ALFREDS
CEICHNERS

Was Europa drohte

DIE
BOLSCHEWISIERUNG
LETTLANDS
1940–1941

W 2 19621

9

ALFREDS CEICHNERS

WAS EUROPA DROHTE

DIE BOLSCHEWISIERUNG LETTLANDS 1940—1941

A. CEICHNERS VERLAG
RIGA 1943

Einbandzeichnung: S. Vidbergs.

~~sf-29884~~ K

ATVIJAS VALSTS BIBLIOTEKA
93—3696

RIGAS PILS. MISSINA BIBLIOT

0-305031466

Inv. # 10.752

Alle Rechte vorbehalten.

AfV Nr. II/00996/01355 Auflage 5200 Expl.
Papier der Graphischen Material- und Papier-Zentralniederlage 61×86 cm.
Gedruckt u. broschiert in der Buchdr. „Rosme" Riga, Adolf-Hitler-Str. 133.
Erschienen November 1943. Gen. Nr. 13624/22529.

Vorwort

Vor 25 Jahren entstand auf dem Territorium des ehemaligen russischen Kaiserreiches ein eigenartiger neuer Staat, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der sich ausserordentlich feindlich gegen die ganze übrige Welt einstellte und unablässig einen gewaltsamen, blutigen Umsturz der bestehenden Staatsordnung in allen Ländern erstrebte und mit allen Mitteln förderte. Mit dem Ausbruch des gegenwärtigen Weltkrieges bekam endlich die Sowjetunion die erste günstige Gelegenheit, die Kommunistenherrschaft über die Grenzen Sowjetrusslands hinaus auszudehnen. Diese Gelegenheit wurde sogleich ausgenutzt, und im Juni 1940 verschwanden plötzlich von der Karte Europas drei kleine Nachbarstaaten des Sowjetreiches — Lettland, Estland und Litauen, die mehr als 20 Jahre lang selbständig gewesen waren. Das Ideal der Kommunisten — die „Weltunion der Sozialistischen Sowjetrepubliken" — war einen Schritt nähergerückt. Was in Lettland während der Bolschewistenherrschaft — vom 17. Juni 1940 bis zum Juli 1941 — geschehen ist, wird in dieser Abhandlung näher geschildert (die Hauptaufmerksamkeit ist der Wirtschaft gewidmet).

Es wird dargestellt: was die Bolschewisten und die Moskauer Regierung über den Freistaat Lettland und die politischen Ereignisse in Lettland im Sommer 1940 behauptet haben (und noch immer behaupten) und wie die Wahrheit in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht war; was die Kommunisten verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Lettland versprochen haben und was daraus wirklich geworden ist. Aus dem Buche ist zu ersehen, welch grosser Unterschied zwischen den Worten, Reden und Versprechungen der Bolschewisten (und der Regie-

rung der Sowjetunion) und ihren Taten besteht, und welchen Wert die von der Moskauer Sowjetregierung unterzeichneten internationalen Verträge haben. Das warnende Beispiel Lettlands zeigt, wie in einem Lande, das in die Hände der Bolschewisten und der Sowjetunion fällt, sofort alle Grundlagen der Wirtschaft, des Volkslebens, des Wohlstandes der Bevölkerung und der Kultur allmählich und systematisch ganz zerstört werden, und welche Qualen die Menschen dabei zu erleiden haben, was mit der Landwirtschaft, Industrie, mit dem Handel, mit dem Lebensniveau und den Ersparnissen des Volkes, mit dem Familienleben, mit den Kindern, mit der Person und dem Vermögen der Bürger in einem plötzlich in eine Sowjetrepublik verwandelten „kapitalistischen" Lande geschieht. Man sieht, wie die Bevölkerung eines wohlhabenden Staates in kurzer Zeit unabwendbar in einen Haufen armseliger, gänzlich beraubter, verängstigter Menschen sich verwandelt, die in keinem Punkte ihres Lebens irgendwelche Sicherheit und Zukunftsaussichten mehr haben.

Lettland hat sich in eigentümlichen Verhältnissen befunden. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung Lettlands war Nicht-Letten; Lettland war 120, 150 Jahre, manche Gebiete sogar zwei Jahrhunderte lang russische Provinz und nur 21 Jahre lang ist Lettland ein unabhängiger Staat gewesen. In den letzten Jahren vor dem 17. Juni 1940 waren die Staatsverfassung und die politischen Verhältnisse in Lettland von eigentümlichem Gepräge. Diese Umstände erleichterten in mancher Hinsicht die Bolschewisierung Lettlands und schwächten am Anfang den geistigen Widerstand eines Teiles der Bevölkerung. Eine Bolschewisierung ist aber auch in anderen Staaten denkbar und möglich, falls der betreffende Staat, wie Lettland, von der Roten Armee der Sowjetunion überwältigt wird.

Diese Abhandlung schildert, wie die Bolschewisierung eines „bürgerlichen" Staates durchgeführt wird, wie das der Verfasser selbst in den Jahren 1940—1941 beobachtet hat. Das Beispiel Lettlands zeigt das wahre Wesen des Bolschewismus und die tiefe Bedeutung des gigantischen Kampfes, der jetzt in Russland zwischen dem Grossdeut-

schen Reiche und seinen Verbündeten für die ganze Menschheit ausgefochten wird. Wenn Grossdeutschland dem Bolschewismus nicht mächtig und siegreich entgegengetreten wäre, würde das Schicksal Lettlands früher oder später auch allen anderen europäischen Staaten gedroht haben.

Weiter ist aus dieser Abhandlung zu ersehen, wie notwendig eine weitgehende Sozialpolitik in jedem Staate ist, wie wichtig es ist, die sozialen und wirtschaftlichen Gegensätze der Bevölkerungsschichten auszugleichen, einen sozialen Frieden zu schaffen und dadurch das Entstehen einer bolschewistischen Stimmung im Volke zu verhindern.

Das I. Kapitel ist der Charakterisierung der Wirtschaft Sowjetrusslands gewidmet, weil die Ursachen und tieferen Wurzeln der Ereignisse in Lettland während der Bolschewistenherrschaft in der Sowjetunion zu suchen sind, und die Vergangenheit und die Gegenwart der Sowjetunion die nächste Zukunft Sowjet-Lettlands (falls das Bolschewistenregime weiter bestanden hätte) deutlich zeigt.

Es muss bemerkt werden, dass diese Abhandlung im wesentlichen schon im August 1942 beendet worden ist.

Mag. oec. *Alfreds Ceichners.*

Riga, August 1943.

I

Einiges aus der Wirtschaftsgeschichte und dem Leben Sowjetrusslands

Eine kleine[1] Gruppe von Menschen ergriff vor 25 Jahren im riesigen russischen Reiche gewaltsam die Macht. Sie nannten sich „Bolschewiken" und später, nach der Oktoberrevolution, auch Kommunisten. Diese Leute gehörten dem radikalen Flügel der russischen Sozialdemokraten an. Die Ermattung und Unzufriedenheit der verlustreichen russischen Armee, die alten sozialen Misstände und nationalen Gegensätze im Zarenreiche und die durch den Weltkrieg hervorgerufenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten bildeten einen günstigen Boden für ihre aufwühlerische Agitation. Sie versprachen Armee und Volk die sofortige Beendigung des Krieges, dem Bauern die Konfiskation und Übergabe des Bodens der Grossgrundbesitzer ohne Entschädigung, den Arbeitern und allen Mittellosen die Kontrolle der Industrie, der Banken, des Handels, der Reichen und der Kriegsgewinnler, eine radikale Verbesserung des Lebensniveau der Armen, die Beseitigung aller Ungerechtigkeiten und jeglicher Unterdrückung des „kapitalistischen" Regimes. Die Wühlarbeit der Bolschewisten hatte Erfolg, und Anfang November (nach der damaligen russischen Zeitrechnung Ende Oktober) wurde die „bürgerliche" oder „kapitalistische" Regierung Russlands gestürzt und die neue „Sowjetregierung" („Räteregierung") kam an die Macht. Es entstand die „Russische Sozialistische Föderative Sowjet-Republik", die später den Namen „Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken" erhielt.

1. Vernichtung der wirtschaftlichen Macht der wohlhabenden Bevölkerungsschicht.

Am 7. November (25. Oktober nach der alten russischen Zeitrechnung) 1917 wurde die bürgerliche Regierung in Petersburg gestürzt und schon am folgenden Tage, dem 8. November, von der neuen Regierung das „Dekret über den Boden" herausgegeben[2]. Danach wurden die Eigentumsrechte der Gutsbesitzer ohne jegliche Entschädigung aufgehoben, und die Güter (auch Kirchen- und Klostereigentum) mit allen Gebäuden und dem Inventar den örtlichen Landkomitees und den „Räten der Bauerndeputierten" übergegeben. Später wurde das ganze Land (auch das Bauernland) enteignet und als Volkseigentum erklärt; jeder Landkauf bzw. Verkauf, als auch das Verpachten des Landes wurde verboten. Das Privateigentum am Land existierte nicht mehr; auch *der Bauer war nicht mehr Eigentümer seines Landes.* Im Jahre 1929 betonte Stalin[3] in einer Rede, dass die Nationalisierung des Landes den Kleinbauern von seiner „sklavischen Anhänglichkeit an sein Fleckchen Land" befreit habe, und dass dadurch der Übergang zur Kollektivwirtschaft erleichtert worden sei.

Als ein besonders wichtiger Bestandteil des kapitalistischen Wirtschaftssystems wurden von Lenin die Banken angesehen. Am 27. Dezember 1917 wurden die Banken (später auch alle anderen Kreditanstalten) nationalisiert und das Bankgeschäft als Staatsmonopol erklärt. Alle Aktienkapitalien der Banken wurden konfisziert. Auch der Inhalt der Tresore in den Banken, — Wertsachen, Wertpapiere, Geld, Gold u. a. — wurde revidiert und konfisziert. Auch *die Sparer verloren ihr Geld,* weil die Einlagen nicht ausgezahlt wurden und überdies nach der Oktoberrevolution durch das ununterbrochene Steigen der Warenpreise durch die Inflation entwertet wurden. Nach Ansicht der Bolschewisten war die Nationalisierung der Banken wichtig, weil dadurch alle Geldmittel der Banken, die zum

Kampfe gegen die Revolution verwendet worden wären, den Händen der gestürzten „Ausbeuter" entrissen waren.

Als Übergangsstufe zur Nationalisierung der Industrie war die Einsetzung der *„Arbeiterkontrolle"* auf Grund des Gesetzes[4] vom 27. November 1917 anzusehen. Die Arbeiterkontrolle über die Produktion, den Kauf und Verkauf der Waren usw. sollte von allen Arbeitern der Fabrik durch ihre gewählten Organe — die Fabrikkomitees — durchgeführt werden.

Bald schritt man zur Nationalisierung der Industriebetriebe, bis man endlich laut Beschluss des Obersten Volkswirtschaftsrates vom 29. November 1920 *alle diejenigen Industriebetriebe nationalisierte, die mehr als 5 Arbeiter hatten* und mechanischen Antrieb besassen, oder die bei mehr als 10 Arbeitern ohne mechanischen Antrieb waren. Das war das Ende der privaten Industrie.

Die Sowjetregierung traf jedoch noch verschiedene andere Massnahmen zur Vernichtung der wirtschaftlichen und politischen Macht der Bourgeoisie. Am 21. Januar 1918 wurde ein Dekret veröffentlicht, das alle auswärtigen und inneren Staatsanleihen, die von der Zarenregierung und der provisorischen Regierung aufgelegt worden waren, als nichtig erklärte. Am 18. April 1918 erschien das Dekret über die obligatorische Registration aller Aktien, Obligationen und der übrigen Wertpapiere; dieses bedeutete eine Konfiszierung und Annullierung des in diesen Wertpapieren liegenden Kapitals. Die Eisenbahnen waren schon vor der Oktoberrevolution Eigentum des Staates. Durch das Dekret vom 26. Januar 1918 wurde die Handelsflotte nationalisiert. Durch ein Dekret vom 21. November 1918 wurde der Binnenhandel nationalisiert. Das Aussenhandelsmonopol wurde durch ein Dekret vom 22. April 1918 errichtet: private Unternehmen wurden aus dem Aussenhandel ausgeschlossen.

Auch fast alle privaten Stadthäuser wurden von den örtlichen „Sowjets (Räte) der Arbeiterdeputierten" enteignet. Am 14. Dezember 1917 erschien ein Dekret, das Geschäfte mit Immobilien verbot: der Kauf und Verkauf des Bodens und der Gebäude in den Städ-

ten war nicht mehr möglich. Laut Verordnung der Sowjetregierung vom 8. August 1921 wurde die Revision der Verzeichnisse der „munizipalisierten" Häuser und die Rückerstattung von Häusern, die klein waren und für staatliche und kommunale Zwecke sich nicht eigneten (nicht rentabel waren), bestimmt. Es konnten nur kleine Häuser mit 1—2 Wohnungen und einer gesamten Wohnfläche bis 25 Quadratsaschen (ca. 114 Quadratmeter) zurückgegeben werden. In Moskau und Leningrad durften Häuser mit höchstens bis 5 Wohnungen zurückerstattet werden. Einzelhäuser, die die Wohlhabenden und Reichen früher inne hatten, durften nicht demunizipalisiert werden. Allgemein wurden Häuser nur dann demunizipalisiert, falls die Hausbesitzer sich verpflichteten, Hausausbesserungen im Laufe eines Jahres auszuführen. In den Häusern des sogenannten „sozialisierten" Sektors wohnten[6] im Jahre 1926: in Moskau und Leningrad 92—95% der Bevölkerung, in Odessa 83%, in den ehemaligen Gouvernementstädten 60%.

Es muss weiter bemerkt werden, dass wohlhabende Leute nicht nur ihre Häuser, ihre Kapitalien, ihr Vermögen und ihre Unternehmungen durch derartige Massnahmen verloren, sie wurden auch ihrer Wohnungen beraubt. Viele Arbeiterfamilien, die am Rande der Städte wohnten, wurden in die guten und grossen Wohnungen der „Bourgeois" einquartiert, und die früheren Einwohner mussten ihre Wohnungen verlassen. Möbel, Kleider und vieles andere mehr wurde diesen Leuten fortgenommen.

Viel Freude hatte der unglückliche „Bourgeois" auch von seinem Bargelde, das ihm zu verbergen gelungen war, nicht. Während des Bürgerkrieges, der der Oktoberrevolution folgte, und während des wirtschaftlichen Zusammenbruchs wurden immer grössere Geldmengen emittiert. Am Ende des Jahres 1920 war der Wert des Papierrubels, im Vergleich mit 1913—1914, etwa 13.000 mal kleiner, also glich ein Vorkriegsrubel rund 13.000 Sowjetrubeln.[7] Später verlor das Geld vollständig seinen Wert. Die Inflation war damals in Russland ein Mittel nicht nur zur Erhaltung und Hebung der Staatsein-

nahmen, sondern auch zur völligen Vernichtung des Vermögens der ehemaligen wohlhabenden und reichen Bevölkerungsschichten. Die Inflation vernichtete den Wert des von diesen Leuten geretteten Geldes. Lenin machte folgenden Vorschlag[8]: „Das Geld ... ist darum gefährlich, weil die Bourgeoisie Vorräte von diesen Papierchen verborgen hält. und dadurch die ökonomische Macht behält ... Wir werden den kürzesten Termin bestimmen, während dieser Zeitspanne muss jeder sein Geld angeben und als Ersatz *neues* bekommen. Bei kleinen Summen wird er Rubel gegen Rubel bekommen. Wenn sie aber die Norm überschreiten wird — wird er nur einen *Teil* bekommen ...“ Dieses Projekt wurde zwar nicht ausgeführt, denn die gewünschte Wirkung wurde bereits durch die Inflation erzielt.

In kurzer Zeit, gleich nach der Oktoberrevolution, hatten die wohlhabenden Bevölkerungsschichten Russlands alles Vermögen verloren. Gutsbesitzer, Adlige, Fabrikanten, auch Inhaber kleiner Handelsbetriebe, Händler, Hausbesitzer, Beamte waren ruiniert und gänzlich verarmt, im besten Fall behielten sie nur ihr nacktes Leben. Auch den grösseren Bauern wurde ein grosser Teil des Landes weggenommen. Selbst Arbeiter, der grösste Teil der Bauern, die kleinen Beamten und Angestellten blieben nicht ohne Verlust; viele von ihnen hatten Geldersparnisse und Einlagen in den Kreditanstalten, zum Teil auch Wertpapiere; alles das verlor seinen früheren Wert.

Die Bevölkerung Sowjetrusslands wurde gleich nach der bolschewistischen Revolution durch Not, Hunger und Tod bedroht. Schon am 20. Dezember 1917 wurde die „Allrussische Ausserordentliche Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution und Sabotage“, die später so „berühmte“ „W. Tsch. K.“, oder „Tscheka“ (so genannt nach den Anfangsbuchstaben des russischen Namens dieser Behörde „Wserossijskaja tschreswitschainaja komissija“) ins Leben gerufen. Am 5. September 1918 (am 30. August 1918 geschah ein Attentat auf Lenin in Moskau) verordnete der Rat der Volkskommissare folgendes: „Nach dem Anhören des Berichtes des Vorsitzenden der Ausserordentlichen Kom-

mission zur Bekämpfung der Konterrevolution über die Tätigkeit dieser Kommission, findet der Rat der Volkskommissare, dass bei der gegenwärtigen Lage die Sicherstellung des Rückens durch den Terror gerade Notwendigkeit geworden ist, ... dass man die Sowjetrepublik durch Isolierung der Klassenfeinde in Konzentrationslagern sicherstellen muss, dass die Erschiessung aller Personen, die an den Organisationen, Verschwörungen und Aufständen der Weissgarden beteiligt sind, erforderlich ist und dass es notwendig ist, die Namen aller Erschossenen und auch die Gründe der Erschiessung zu veröffentlichen".[9] — Der rote Terror tobte in Sowjetrussland lange Jahre und verursachte unzähligen Menschen Qualen und Tod.

2. Der wirtschaftliche Zusammenbruch und die Hungersnot in den Jahren 1918—1921.

Die ersten Jahre der Bolschewistenherrschaft in Russland sind durch einen furchtbaren Zusammenbruch des Wirtschaftslebens gekennzeichnet. Die private Unternehmerinitiative wurde vollständig vernichtet, es herrschte eine völlige wirtschaftliche Unsicherheit, der Bürgerkrieg wütete an vielen Fronten, die alte Wirtschaftsordnung lag zerschmettert, die Arbeitsdisziplin in den Fabriken war vernichtet, es herrschte eine neue chaotische „Ordnung", alles wurde ausschliesslich durch die neuen riesigen Sowjetbehörden geschaffen. Die Ergebnisse wirtschaftlicher Tätigkeit wurden immer geringer. Rohstoffe fehlten, die Industrie hatte kein Heizmaterial, den Arbeitern fehlten Nahrungsmittel, die Eisenbahnen arbeiteten schlecht. Die alten Warenvorräte wurden verbraucht. Die Produktion hörte fast ganz auf. Nach statistischen Daten war der Wert der Bruttoproduktion[10] der Grossindustrie Sowjetrusslands im Jahre 1920 nur 13% der Vorkriegsproduktion und fast nur ein Fünftel des letzten vorbolschewistischen Jahres (1917).

Die Arbeiter bekamen in diesen Jahren sehr wenig Nahrungsmittel, keine Kleider und auch keine andere Waren. Der durchschnittliche monatliche Verdienst

des Bergarbeiters war in Sowjetrussland (in Vorkriegswerten gerechnet, also Werte der Jahre 1913—1914) folgender in Rubeln[11]: im Jahre 1913 42,25 Rubel, 1920 6,60 Rub., resp. 16% des Vorkriegslohnes. Ähnlich war die Lage auch in anderen Industriezweigen.

Die Ernährung wurde in den Städten nach der Bolschewistenrevolution immer schlechter. Die Getreideernten waren im Vergleiche mit der Vorkriegszeit viel kleiner geworden.[12] Im Jahre 1919 erhielten[13] die Einwohner Petrograds auf jede Nahrungsmittelkarte im Jahre: die I. Kategorie (die am besten versorgte) 45 kg Brot pro Kopf, die II. Kategorie 27 kg, die III. Kategorie 13 kg, also täglich 123, 74 und 35 Gramm Brot. Hunger herrschte in Nordrussland auch auf dem Lande, wo die Getreideernten schon früher nicht ausreichend waren und daher ein Teil des Brotgetreides vom Süden hintransportiert werden musste. In den Jahren 1920 und 1921 wurde es mit der Ernährung noch schlimmer. Die Arbeiter und Angestellten in den Städten hielten es nicht aus, und viele verliessen die Stadt, fuhren aufs Land oder in Gebiete Russlands, wo die Ernährung besser war. Die Arbeitsproduktivität und Arbeitsdisziplin in den Fabriken und in anderen Beschäftigungszweigen war ganz zerfallen. Viele Stadteinwohner starben vor Hunger und an epidemischen Krankheiten. Im Winter wurde es in den Städten ganz schlimm und unerträglich, es fehlten Heizmaterialien, die Wohnungen waren kalt, die Zentralheizungseinrichtungen waren beschädigt und wurden nicht ausgebessert. Die Wohnungen und Häuser wurden lange Jahre hindurch nicht repariert.

Es ist nicht bekannt, wieviel Menschen insgesamt in Sowjetrussland in den Jahren 1919—22 vor Hunger starben, aber es gibt amtliche Daten, die den Umfang des Hungertodes in den Jahren 1921—1922 zeigen. Im Jahre 1921 war in weiten Gebieten Russlands eine ausserordentliche Dürre, die im Zusammenhange mit der chaotischen bolschewistischen Wirtschaftsführung in Russland, die grösste Hungersnot der Geschichte Russlands zur Folge hatte. *In den Jahren 1921—1922 verhungerten*[14] *ca. 5 Millionen Menschen.*

Der Hunger in den Städten war so unerträglich, dass die Einwohnerzahl aller grösseren Städte in den ersten Jahren der Bolschewistenherrschaft sich stark verminderte: ein Teil verliess die Städte, ein anderer starb vor Hunger oder an verschiedenen Krankheiten. Die Bevölkerungszahl[15] Moskaus betrug 1917 1.701.000, aber 1920 nur 1.028.000, d. h. 40% weniger. Die Bevölkerung der Hauptstadt und der grössten Stadt des russischen Kaiserreichs, Petrograd (Leningrad), betrug im Jahre 1917 2.500.000, aber 1920 nur 763.000[16].

Folgen des Hungers, des Bürgerkrieges und des allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenbruches waren *epidemische Krankheiten* — Flecktyphus, Unterleibstyphus, Rückfalltyphus, Pocken. Auf je 10.000 Menschen erkrankten[17] in Russland an Flecktyphus: im Jahre 1914 6 Menschen, 1916 (während des Weltkrieges) 10, aber im Jahre 1919 340, im Jahre 1920 339; im Jahre 1921 verbesserte sich die Lage, die Zahl der Erkrankungen betrug nur 60 (auf 10.000 Menschen), aber 1922 (während der Hungersnot) wieder 160. Wenn man bedenkt, dass die Bevölkerung Sowjetrusslands am 28. August 1920 131 Millionen[18] betrug, so bedeuten die genannten Zahlen der Erkrankungen, dass an Flecktyphus in den Jahren 1919 und 1920 je 4½ Millionen Menschen erkrankt waren, also nur in zwei Jahren insgesamt 9 Millionen. Auch im Jahre 1922 erkrankten an Flecktyphus etwa 2½ Millionen Menschen. Von diesen Menschenmengen ist ein Teil gestorben und der Organismus der am Leben gebliebenen Menschen ist als dauernd geschädigt anzusehen. An Pocken erkrankten von 10.000 Menschen: 1914 — 6, 1916 — 9, 1919 — 30, 1920 — 18. Die epidemischen Krankheiten und die Hungersnot haben die physische und geistige Qualität der Bevölkerung Sowjetrusslands wesentlich gesenkt.

Zu den traurigen Eigentümlichkeiten Sowjetrusslands sind noch die zahllosen *„aufsichtslosen" Kinder*, die „besprisornije" zu rechnen. Das sind Kinder, die ihre Eltern (grösstenteils Bauern, aber auch Arbeiter, Angestellte usw.) und ihr Heim durch Hungersnot, epidemische Krankheiten, den Bürgerkrieg und andere Ursachen verloren haben und ohne Mittel zum Le-

ben geblieben sind. Besonders stark wuchs die Zahl der „aufsichtslosen" Kinder im Jahre 1921. Im Jahre 1922 betrug nach den amtlichen bolschewistischen Daten die Zahl[19] dieser Kinder 7 Millionen *(sieben Millionen!)*. Bei den damaligen Verhältnissen in Sowjetrussland, bei dem Hunger, der Kälte, den epidemischen Krankheiten und der verwahrlosten Wirtschaft, konnte man für diese „aufsichtslosen" Kinder nicht viel tun und ein grosser Teil der Kinder muss gestorben oder physisch und geistig ganz verkommen sein. Diese Kinder beschäftigten sich sehr häufig mit Diebstählen, Betteln u. s. w.

3. Agrarrevolution.

Eine ganz besondere Schwäche des alten wirtschaftlichen und politischen Regimes in Russland waren die Agrarverhältnisse. Ein grosser Teil des Bodens gehörte den Grossgrundbesitzern, und sehr viele Bauernwirtschaften waren zu klein, um ihren Besitzern eine genügende Existenz zu sichern. Ein Teil der Landbevölkerung war ohne Landbesitz und Inventar. Nach den amtlichen bolschewistischen Daten[20] besassen im zaristischen Russland die Bauernwirtschaften 214,7 Millionen Hektar landwirtschaftlichen Bodens, die Gutsbesitzer, die Zarenfamilie und die Klöster 152,5 Mill. ha. Die bolschewistische Propaganda hebt hervor, dass die Sowjetmacht die Gutsbesitzerklasse „liquidiert" und den Bauern diese mehr als 150 Millionen Hektar Land gegeben habe. Nur ein kleiner Teil dieser Länder wurde vom Staate behalten — als Staatsbetriebe. Zu den Vorteilen, die die Bauern von der Oktoberrevolution erhielten, zählen die Bolschewisten auch die Befreiung der Bauern von den Schulden für das gekaufte Land und von den Zahlungen für das von den Gutsbesitzern gepachtete Land.

Im Herbst 1917 und später wurden in vielen Gebieten Sowjetrusslands die Güter der früheren Grossgrundbesitzer durch die Bauern zerstört und ausgeraubt; die früheren Gutsbesitzer flüchteten oder wurden ermordet. Die Vorbereitung zur Neuverteilung des Bo-

LATVIJAS VALSTS BIBLIOTĒKA
93— 3.695
030503 1466

dens begann im Dezember 1917. Die Grundsätze der Bodenverteilung waren verschieden, es herrschte eine grosse Willkür. Häufig wurde das ganze Land — nicht nur das Gutsbesitzerland, sondern auch das Bauernland — nach der Personenzahl der Bauernfamilien neu verteilt, so dass jedes Familienmitglied des „armen" Bauern ebensoviel Boden bekam, wie die Familienmitglieder der übrigen, auch der wohlhabenden Bauern. Die Bolschewisten berechnen, dass durch diese Neuverteilung des Bodens im Jahre 1918 die armen und die mittleren Bauern etwa 50 Millionen Hektar „Kulakenland" bekommen haben[21]. Nach der Neuverteilung des Bodens war die Zahl der mittleren Bauernwirtschaften grösser, die Zahl der kleinen und grossen kleiner geworden.

Um die „Kulaken" (die wohlhabenden Bauern) zu bekämpfen und zu ruinieren, das Getreide und andere Nahrungsmittel ihnen und anderen Bauern fortnehmen zu können und die „proletarische Diktatur" im Dorfe zu stärken, wurden durch ein Dekret vom 11. Juni 1918 „Komitees der Dorfarmut" errichtet[22]. Auf Grund dieses Dekretes konnten in die „Komitees der Dorfarmut" alle Einwohner des Dorfes, mit Ausnahme von Kulaken und reichen Bauern, gewählt werden. Zu den reichen Bauern wurden diejenigen Bauern gezählt, die Überschüsse an Getreide oder anderen Nahrungsmitteln hatten, oder die Lohnarbeiter beschäftigten, oder die Industrie- und Handelsunternehmungen unterhielten. Diese Komitees arbeiteten im engen Zusammenhange mit den Organen des Volkskommissariats der Ernährung. Um das Getreide gewaltsam für die rote Armee, für Fabrikarbeiter und andere Stadteinwohner zu erhalten, wurden in die Dörfer besondere bewaffnete „Proviantabteilungen" („Proviantruppen"), bestehend aus städtischen Arbeitern, gesandt. Gleich nach Ankunft der „Abteilung" im Dorfe und nach der Entwaffnung der Dorfbevölkerung begannen die Mitglieder des „Komitees der Dorfarmut" und der Proviantabteilung die Getreidevorräte zu registrieren und die verborgenen Vorräte aufzuspüren. Ein Teil des so gesammelten Getreides wurde nach bestimmten Normen den

Bauern gelassen und zwar zur Ernährung, zur Saat und als Viehfutter. Von den Überschüssen bekamen die „armen" Bauern des Dorfes einen Teil. Der Rest wurde in Getreidelagern zur Verfügung des Staates gehalten.

„Brotkreuzzug", „Kreuzzug gegen die Spekulanten, gegen die Kulaken" — so nannte Lenin[23] im Jahre 1918 die Beraubung aller Bauern, die nicht ganz ohne Vorräte von Getreide waren. Er war der erste grosse Angriff der Bolschewistenmacht gegen das Bauerntum. Das wohlhabende Bauerntum wurde hierdurch geschwächt, jedoch nicht ganz vernichtet. Die völlige Vernichtung sollte etwa 10—12 Jahre später während der „totalen Kollektivierung" der Landwirtschaft erfolgen. Der „Brotkreuzzug", der mehrere Jahre andauerte, hat ein grosses Blutvergiessen hervorgerufen. Die Bauern, denen das Getreide und die anderen Lebensmittel weggenommen wurden, leisteten Widerstand, es wurde mit den Waffen in der Hand gegen die „Proviantabteilungen" und die „Komitees der Dorfarmut" gekämpft. Viele Bauern wurden ermordet oder in Gefängnisse geworfen. Lenin charakterisierte[24] im Jahre 1918 die „Kulaken" (die Bauern) als „Verbrecher, die die Bevölkerung mit Hunger quälen."

Mit den geschilderten grausamen Gewaltmassnahmen konnte nicht viel erreicht werden. Die Produktion sank, weil dem Bauern keine Industriewaren gegeben wurden. Für seine Erzeugnisse bekam der Bauer keinen Gegenwert. Die landwirtschaftliche Produktion wurde immer geringer und im Jahre 1920 war sie auf etwa die Hälfte der Vorkriegsproduktion gesunken.

Am 2. Dezember 1919 sagte Lenin: „... wir haben gelernt, dem Staate das Getreide zu festen Preisen zu erzwingen, ohne Gegenwert. Wir wissen es ... gut, dass der Kreditschein nicht der Gegenwert des Getreides ist[25]." Aber nur etwas mehr als ein Jahr nach dieser Rede sah sich Lenin gezwungen, die Ernährungspolitik der Sowjetregierung als falsch erklären zu müssen und auf sie zu verzichten. Anfang 1921 wurde die Lage der Sowjetregierung kritisch. Die Industrie war fast stillgelegt, die Bevölkerung der Städte hungerte wie noch nie bisher, den Bauern wurden nicht nur die Ge-

treideüberschüsse gewaltsam entrissen, sondern häufig auch das zum Verbrauch notwendige genommen. Die Bauern mussten hungern und verloren das Interesse an der Wirtschaft wie überhaupt an der Steigerung der Produktion. Es entbrannten Bauernaufstände und die hungernde Arbeiterschaft war erbittert. In Kronstadt kam es zu einem grossen Aufstand der Armee. Auf dem 10. Parteikongress im März 1921 (während dieses Kongresses wüteten in Kronstadt Kämpfe) wurde die schwierige wirtschaftliche und politische Lage der Bolschewistenregierung beraten. Einer von den Rednern sprach von der ausserordentlich grossen Entwicklung des „Banditismus" (d. h. der Bauernaufstände) und erwähnte, dass nur in zwei kleinen Städten des Gouvernements Saratow etwa 200 Kommunisten in letzter Zeit getötet worden wären[26]. Indem er von der Ernährungspolitik der Regierung sprach, stellte derselbe Redner weiter folgendes fest: „Wir haben an vielen Stellen häufig nicht nur einen Teil der Ernte, sondern fast volle 100% genommen", und das sei die Ursache der „Kulakenaufstände".[27] Der X. Parteikongress bestimmte[28], dass anstelle der bisherigen Nahrungsmittelablieferungen an den Staat eine genau bestimmte kleinere Proviantsteuer eingeführt werden solle; dass die fleissigen Bauern, die ihre Saatfläche erweitern, Vergünstigungen zu bekommen haben, und dass die Bauern nach der Bezahlung der Proviantsteuer alle Überschüsse frei verbrauchen oder gegen Industriewaren eintauschen können.

Den Rückzug der bolschewistischen Wirtschaftspolitik formulierte (in einer Rede am 17. Oktober 1921) Lenin damals mit folgenden Worten[29]: „An der wirtschaftlichen Front... haben wir im Frühling 1921 eine Niederlage erlitten, viel ernster als irgendeine Niederlage durch Koltschak, Denikin oder Pilsudski, ... viel gefährlicher. ... Unsere Wirtschaftspolitik ... hat nicht zum Wachsen der produktiven Kräfte geführt ... Die Ablieferung von Naturalabgaben auf dem Lande ... hat die Entwicklung der produktiven Kräfte gestört und hat sich als die Grundursache einer tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise erwiesen, auf die wir im Frühling 1921 gestossen sind. Und da-

rum waren Massnahmen nötig, die vom Standpunkte unserer Politik nicht anders genannt werden können als stärkste Niederlage und Rückzug."

4. Die Privatwirtschaft nach 1921.

Der „Rückzug" der Bolschewisten dauerte nur einige Jahre. Während dieser Periode spielten der private Handel und die private Industrie eine bedeutende Rolle; fast die ganze Landwirtschaft war damals privat. Die Umsätze des privaten Kleinhandels betrugen[30] im Jahre 1925/26 42% des gesamten Kleinhandelsumsatzes. Später aber wurde der private Handel mit verschiedenen Zwangsmitteln von der Sowjetregierung allmählich abgewürgt: im Jahre 1928/29 betrug der Umsatz des privaten Kleinhandels nur 16%. Die Zahl der privaten Unternehmungen im Kleinhandel verminderte sich von 424.887 im Jahre 1925/26 auf 47.150 zum 1. Januar 1930. Später wurde der private Handel vollkommen liquidiert. Es wurde nur der Handel der Kolchosbauern mit den Überschüssen ihrer Produkte erlaubt.

Ebenso sah das Schicksal der privaten Kleinindustrie aus. Mit dem Anfang der „neuen ökonomischen Politik" („NEP") verpachtete der Staat an private Unternehmer eine bedeutende Zahl von nationalisierten Industriebetrieben. Es konnten wieder Handwerkerbetriebe und die Hausindustrie (in Bauernwirtschaften) ihre Tätigkeit aufnehmen. 19% der gesamten Industrieproduktion Sowjetrusslands lag 1926/27 in der Hand der Privatindustrie.[31] Aber auch die private Industrie wurde von der Sowjetregierung, nachdem die Staatsbetriebe einigermassen geordnet waren und ihre Produktion anstieg, vernichtet, weil die Bolschewisten keine wirtschaftliche Selbständigkeit und Wohlhabenheit, auch die geringste nicht, leiden können. In seinem Bericht auf dem 18. Parteikongress im März 1939 teilte Stalin mit,[32] dass die Produktion der privaten Industrie im Jahre 1933 nur 0,07%, im Jahre 1938 nur 0,03% der Gesamtproduktion der Industrie betragen habe. Die Handwerkerbetriebe und das Heimgewerbe wurden zwangsweise in „Produktionskooperative" umgewandelt.

In den Jahren der „neuen ökonomischen Politik" erholte sich auch die Landwirtschaft. Die Saatfläche, die Ernte und der Viehbestand — alles das stieg immer höher[33]. Die gesamte Getreideernte vergrösserte sich von 42,2 Millionen t im Jahre 1921 und 56,3 Mill. im Jahre 1922 auf 74,7 Mill. im Jahre 1925, 78,3 Mill. im Jahre 1926 und 71,7 Mill. im Jahre 1929. In viel grösserem Ausmasse wuchs die Ernte an Zuckerrüben und Baumwolle. Dasselbe geschah in der Viehzucht: die Zahl der Pferde erhöhte sich von 24,1 Mill. im Jahre 1922 auf 34,6 Mill. im Jahre 1929, die Zahl des Rindviehs von 45,8 Mill. 1922 auf 70,5 Mill. 1928; die Zahl der Schweine erhöhte sich in derselben Zeit von 12,1 Mill. auf 26 Mill.; der Schafe und Ziegen von 91,1 Mill. auf 146,7 Mill. Gleichzeitig wuchs auch die Milch-, Fleisch- und Wolleproduktion. Der Warenverkehr zwischen Stadt und Land wurde stark gestört durch den grossen Mangel an Industriewaren. Die landwirtschaftliche Produktion wurde schneller restauriert als die Industrieproduktion. Die Produktion dieser beiden Grundzweige der Erzeugung war nicht gleichmässig. Im Jahre 1922 z. B. betrug[34] die Getreideernte 70%, aber die Industrieproduktion nur 25% der Vorkriegszahl. Das Preisverhältnis war für den Bauern sehr unvorteilhaft, die Preise der Industrieerzeugnisse lagen sehr hoch und die Bauern verloren daher wieder das Interesse an der Steigerung der Produktion.

Auch einige Jahre später war der Verbrauch der Industriewaren in den Bauernwirtschaften sehr gering. Nach den amtlichen Daten[35] über die Bauernbudgets im Jahre 1925/26 war die durchschnittliche Menge der von den Bauernfamilien im „Zentralen Schwarzerdegebiet" für Geld gekauften und im Tausch gegen Produkte erworbenen Industrieerzeugnisse folgende (gerechnet auf eine Person der Bauernfamilien): Eisenblech — 0,3 kg, Nägel — 0,1 kg, Ziegel — 4,5 Stück, Baumwollstoff — 3,4 Meter, Wollstoff — 0,1 Meter, Salz — 9,8 kg, Tee — 0,02 kg, Zucker — 1,1 kg, „Machorka" (niedrigste Tabaksorte) — 0,3 kg, Branntwein — 0,3 Flaschen, Petroleum — 3,2 kg, Seife — 1,3 kg.

Wie ersichtlich, können mit diesen winzigen Men-

gen (die Zahlen beziehen sich auf das ganze Jahr!) der Industrieerzeugnisse keine Bauarbeiten ausgeführt, es können auch fast keine Kleider genäht werden, und man kann sich keinen Genuss verschaffen.

5. Kollektivierung der Landwirtschaft.

a) Bolschewistische Klassifizierung der Bauern.

Lenin und die Bolschewistenpartei teilten die Bauern in drei Gruppen ein: 1) die *Armen* („bednota"), 2) die *mittleren* Bauern („serednjaki") und 3) die *Kulaken* („kulaki"). Zur ersten Gruppe wurden die „halbproletarischen" Bauern gerechnet, die sehr wenig Land und Inventar besitzen und die ohne Nebenbeschäftigung von ihrer Wirtschaft nicht existieren können; sie beschäftigen sich zum Teil als Landarbeiter und arbeiten in den Wirtschaften der wohlhabenden Bauern, sie pachten manchmal auch ein wenig Land. Die mittleren Bauern sind diejenigen, die von ihrer Wirtschaft leben können, aber fremde Arbeit (Landarbeiter) nicht „ausbeuten". Eine genaue Definition des mittleren Bauern gibt es nicht. Lenin erwähnte in einer Rede[36] (im Jahre 1919) die Schwierigkeiten einer solchen Definition: „In der Praxis kommen Fälle vor, von welchen ein Genosse der Kommission erzählte. Ihn hätten die Bauern umringt und jeder hätte gefragt: „Bestimme, bin ich „serednjak" oder nicht? Ich habe zwei Pferde und eine Kuh. Ich habe zwei Kühe und ein Pferd."

Über die wohlhabenden, die bestgestellten Bauern äusserte sich Lenin in seinen Thesen (geschrieben im Juni 1920) zum II. Kongress der Kommunistischen Internationale. Die Thesen[37] waren also nicht nur für Russen, sondern auch für den internationalen Gebrauch gedacht: „Grossbauern sind kapitalistische Unternehmer der Landwirtschaft, die gewöhnlich mit einigen Lohnarbeitern wirtschaften ... Diese Leute gehören zu der *zahlreichsten* Bourgeoisiegruppe. Sie sind als entschlossene und offene Feinde des revolutionären Proletariats zu bezeichnen. Auf den Kampf mit dieser Menschenschicht ... müssen die kommunistischen Parteien

bei ihrer Arbeit auf dem Lande ihre Hauptaufmerksamkeit richten. Nach dem Siege des Proletariats in den Städten ist von Seiten dieser Menschenschicht ganz unvermeidlich ein verschiedenartiger Widerstand, Sabotage und ein direkter bewaffneter Aufstand konterrevolutionären Charakters zu erwarten. Darum muss das revolutionäre Proletariat unverzüglich mit der Vorbereitung der notwendigen Kräfte beginnen, um diese Leute total entwaffnen zu können und um so ... schon beim ersten Widerstand derselben ihnen den ... erbarmungslosesten, vernichtendsten Schlag zu versetzen ..."

Über die russischen Grossbauern, die Kulaken (das Wort „Kulak" bedeutet wörtlich „die Faust") hat Lenin noch viel schärfere Worte gebraucht. So z. B. schrieb er in einem Artikel vom August 1918, während des Bürgerkrieges, des Hungers in den Städten und des „Kreuzzugs nach Brot" folgendes:[38] „Die Welle der Kulakenaufstände wälzt sich über Russland. Der Kulak hasst wütend die Sowjetmacht und ist bereit, Hunderttausende von Arbeitern zu erwürgen und totzuschlagen ... Die letzte, aber *zahlreichste Ausbeuterklasse* hat den Aufstand gegen uns in unserem Lande begonnen. Kulaken sind die grausamsten, die härtesten und die wildesten Ausbeuter ... Die Zahl der Kulaken ist grösser als die Zahl der Gutsbesitzer und der Kapitalisten. Aber dennoch sind Kulaken — Minderheit im Volke. ... Diese Blutsauger sind von der Not des Volkes während des Krieges reich geworden; die Preise des Getreides und anderer Lebensmittel erhöhend, haben sie Tausende und Hunderttausende von Rubeln gewonnen. Diese Spinnen wurden auf Kosten der vom Kriege ruinierten Bauern fett, sie wurden fett auf Kosten des hungrigen Arbeiters. Diese Blutegel haben das Blut der Werktätigen getrunken; sie wurden desto reicher, je mehr der Arbeiter in den Städten und in den Fabriken hungerte. Diese Vampire eigneten und eignen sich die Länder der Gutsbesitzer an, sie versklaven die armen Bauern immer wieder und wieder. Erbarmungsloser Krieg gegen diese Kulaken! Tod ihnen!" Der Schluss desselben Artikels Lenin's gibt das „Agrarprogramm" der Bolschewisten: „Engstes Bündnis und

volle Vereinigung mit der Dorfarmut; Nachgeben und Vereinbarung mit dem mittleren Bauern; erbarmungslose Unterdrückung der Kulaken, dieser Blutsauger, Vampire, der Plünderer des Volkes, Spekulanten, die vom Hunger reich werden... Das ist die Politik der Arbeiterklasse".

In bolschewistischen Schriften und Reden finden wir nirgends die bekannte Tatsache erwähnt, dass der Hauptgrund der Wohlhabenheit des Bauern (aber auch anderer Berufstätiger) Fleiss und ein verständiges Wirtschaften ist. Für die Bolschewisten war und ist das kleinste Eigentum und die bescheidenste Wohlhabenheit, die wirtschaftliche Selbständigkeit ein Greuel, etwas „unmoralisches", eine Folge der „Ausbeutung", niemals jedoch das Ergebnis einer fleissigen Arbeitstätigkeit.

Eine genaue Zahlenfeststellung der „Kulaken", dieser „zahlreichsten Ausbeuterklasse", gibt es nicht, und kann es auch gar nicht geben, weil ja der Begriff „Kulak" unbestimmt ist. Zur „Bourgeoisie" (amtlich wird diese Gruppe folgendermassen klassifiziert: Gutsbesitzer, grosse und kleine städtische Bourgeois, Händler und Kulaken) gehörten im Jahre 1913 nach den Daten der bolschewistischen Statistik[39] 15,9% der Gesamtbevölkerung Russlands, wovon 12,3% Kulaken waren. Also waren 80% der „Bourgeoisie" des Zarenreichs wohlhabende Bauern. Zum 1. Januar 1914 wird die Bevölkerungszahl Russlands (in den Grenzen der UdSSR) mit 138 Millionen berechnet.[40] 12,3% dieser Zahl machen 17 Millionen aus.

Die bolschewistische Statistik hat errechnet,[41] dass vor der Revolution 65% der Bauernwirtschaften „armen Bauern" (bednjaki), 20% mittleren Bauern („serednjaki") und 15% Kulaken („kulaki") gehörten.

In den ersten Jahren der Bolschewistenherrschaft erhielten die Kulaken den ersten starken Schlag: ein Teil ihres Landes nebst Inventar wurde weggenommen und unter die übrigen Bauern verteilt; es wurden ihnen auch viele Lebensmittelvorräte entrissen; viele Kulaken wurden in den Jahren 1918—1921 hingerichtet, ermordet und in die Gefängnisse geworfen. Dieses in Be-

tracht ziehend schätzt die bolschewistische Statistik den Prozentsatz der Kulaken im Jahre 1928/29 (also kurz vor der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft) viel niedriger als vor der Revolution: im Jahre 1928/29 waren von den 25 Millionen Bauernwirtschaften 35% arme Bauern, 60% mittlere Bauern und 4—5% Kulaken.[42] 5% von der genannten Gesamtzahl der Bauernwirtschaften sind ca. 1.250.000 Wirtschaften.

Eine andere amtliche Statistik[43] über den Klassenbestand des Sowjetdorfes im Jahre 1927 berechnet die Gesamtzahl der Kulakenwirtschaften auf 900.000, mit rund 6 Millionen Menschen. Als „Unternehmer" (oder Kulaken) wurden solche Bauern gezählt, die ihre Hauptgeldeinnahmen aus dem Verkauf ihrer landwirtschaftlichen Produkte schöpften, die Produktionsmittel (Wirtschaftsgebäude, Vieh, totes Inventar) im Werte von über 1600 Rubel besassen, und die die Lohnarbeit mehr als 50 Arbeitstage im Jahre ausnutzten. Hieraus sieht man, dass man kein grosser „Ausbeuter" sein musste, um als „Kulak" registriert zu werden, *man musste bloss 51 Tage im Jahre einen Lohnarbeiter beschäftigen!*

Auf jede Bauernwirtschaft entfielen[44] 1927 durchschnittlich 6,1 ha eigenes Ackerland und 1,2 ha Wiesen. In der Gruppe mit Produktionsmitteln im Werte von über 1600 Rubeln (also in den Kulakenwirtschaften), waren 11 ha eigenes Ackerland und 1,7 ha Wiesen.

Eine Bauernwirtschaft in der UdSSR hatte durchschnittlich nur 1,0 Pferde und 1,1 Kühe. Die wohlhabendste Gruppe (mit über 1600 Rubel Produktionsmitteln), also die Kulaken, hatte durchschnittlich 2,3 Pferde und 2,5 Kühe.

Alle diese Daten zeigen, dass auch die von den Bolschewisten so verhassten Kulaken, nach europäischem Masstab gemessen, nicht reiche, sondern nur recht bescheidene Bauern waren. Demjenigen russischen Bauern jedoch, der keine Kuh oder kein Pferd hatte, erschien der Kulak als ein reicher und beneidenswerter Mann.

b) Der Übergang zur totalen Kollektivierung.

Durch die „Neue ökonomische Politik" im Jahre 1921 hatten die russischen Bauern eine Erholungspause bekommen. Aber diese Pause dauerte nur einige Jahre. Der Wohlstand der Bauern, der in dem Bürgerkriege furchtbar gesunken war, nahm allmählich etwas zu. Die Bolschewisten beobachteten das mit Argwohn, das war für sie eine gefährliche Erscheinung. Man stellte z. B. fest,[45] dass die Zahl derjenigen Bauernwirtschaften, die eine „grosse" Viehanzahl hatten, zunahm: 1924 betrug die Zahl der Wirtschaften mit 4 und mehr Kühen 2,2% der Gesamtzahl, aber 1925 machte sie schon 2,3% aus. Als Barometer für die Zunahme der „Ausbeutung" der armen Bauern durch die Kulaken galt auch das Anwachsen der Lohnarbeit und die Zunahme der Landpacht. Mit verschiedenen Mitteln (die Kulaken mussten schwere Steuern zahlen, während die „armen Bauern" viel weniger oder gar nichts zu zahlen hatten; den Kulaken wurde er verboten, leitende Posten in den Kooperativen einzunehmen, usw.) begrenzte die Sowjetmacht das Zunehmen der Wohlhabenheit der Kulaken.

Die Bauern hatten wenig Interesse an einer grossen Getreide- und Lebensmittelablieferung an den Staat, weil sie einen sehr geringen Gegenwert an Industriewaren bekamen (das zeigen die vorher erwähnten Daten des Bauernbudgets). Die Forderungen des Staates wurden aber immer grösser. Die Industrialisierungspolitik verlangte die Versorgung neuer Millionenarbeitermassen mit Nahrungsmitteln. Auch die Ausfuhr der Nahrungsmittel musste gesteigert werden, um dem Auslande dafür Maschinen und andere technische Einrichtungen für Industriebauten bezahlen zu können. Darum wurden schon vor der Zwangskollektivierung von Stalin und anderen Bolschewikenführern die wirtschaftlichen Vorteile der Grossbetriebe der Landwirtschaft gepriesen und die Möglichkeit, durch die kollektive mechanisierte Landwirtschaft die Ernten zu heben, gepredigt.

Bis zum Jahre 1929 wurde von den Bolschewisten die Politik der „Begrenzung" der Ausbeutungstendenzen

der Kulaken betrieben, aber bereits schon im Jahre 1929 wurde die Politik der „Liquidierung des Kulakentums als Klasse" (d. h. der völligen Vernichtung der Kulaken) angefangen. Stalin betonte in seiner Rede[46] am 27. Dezember 1929: „Die Entkulakisierung konnte nicht zugelassen werden, ... während wir keine Möglichkeit hatten, die Produktion der Kulaken durch die Produktion der Kolchose und Sowchose zu ersetzen ... Aber jetzt? ... Jetzt haben wir die Möglichkeit mit einem entscheidenden Angriff gegen das Kulakentum vorzugehen, seinen Widerstand zu brechen, *es als Klasse zu liquidieren* und seine Produktion durch die Produktion der Kolchose und Sowchose zu ersetzen. *Jetzt wird die Entkulakisierung durch die armen und mittleren Bauern selbst durchgeführt werden,* sie werden die totale Kollektivierung verwirklichen."

Der Beschluss[47] des Zentralkomitees der Kommunistenpartei vom 5. Januar 1930 über das Tempo der Kollektivierung zeigt die neue Agrarpolitik der Bolschewisten. Das war das wirtschaftliche Todesurteil für das Bauerntum und das tatsächliche physische Todesurteil für Millionen von wohlhabenden Bauern, Kulaken. Dieser „historische" (wie ihn die Bolschewisten nennen) Beschluss betonte dasselbe, was schon (wie oben erwähnt) Stalin einige Tage vorher gesagt hatte, und drückte die Überzeugung aus, dass in kürzester Zeit (im Jahre 1930, zum Teil 1931 und 1932) die Kollektivierung aller Bauernwirtschaften erreicht werden wird. Weiter betonte der Beschluss, dass man einen entschlossenen Kampf gegen das Verhindern der Kollektivierungsbewegung wegen „Mangel an Traktoren und komplizierten Maschinen" führen soll.

Durch eine Verordnung[48] der Sowjetregierung vom 1. Februar 1930 wurde die Landpacht und die Benutzung der Lohnarbeit in den individuellen Bauernwirtschaften der Gebiete der totalen Kollektivierung verboten; die örtlichen Sowjetbehörden erhielten das Recht, in diesen Gebieten „alle notwendigen Massnahmen zum Kampfe gegen das Kulakentum anzuwenden, und zwar bis zur totalen Konfiskation des Eigentums der Kulaken und ihrer Zwangsübersiedelung aus den Grenzen ein-

zelner Bezirke und Gaue." Das konfiszierte Kulakeneigentum sollte in die Fonds der Kolchose übergeben werden und zwar als Einzahlung der armen Bauern und Landarbeiter, die in den Kolchos einzutreten wünschen.

c) Wie die „Entkulakisierung" und Zwangskollektivierung durchgeführt wurde.

Wie die „Entkulakisierung" (raskulatschiwanije) und die „totale Kollektivierung" (sploschnaja kollektiwisazija), die schon Ende 1929 und im Januar 1930 begann, durchgeführt wurde, das zeigt ein Beispiel aus der Sowjetliteratur. Es muss vorher noch bemerkt werden, dass zur Durchführung der „Entkulakisierung" und der „totalen Kollektivierung" Anfang 1930 25.000 Mann (Kommunisten, ehem. Arbeiter usw.) aus den Städten in die Dörfer gesandt wurden. Insgesamt wurden in den Jahren 1928—1930 aus den Städten aufs Land mindestens 250.000 Mann[49] geschickt. Es war die Aufgabe dieser Leute, die Getreideablieferungen zu überwachen und zu realisieren, die Aussaatkampagne zu beschleunigen, die Kulaken und überhaupt alle Bauern zu bekämpfen und zu terrorisieren.

Eine ausführliche künstlerische Darstellung vom Anfang der Entkulakisierung und Zwangskollektivierung im Dongebiet, im Kosakenland, findet man im Roman[50] des Sowjetschriftstellers M. Scholochow „Podnjataja zelina" (Der Neubruch). Ein Fabrikarbeiter (einer von den erwähnten 25.000 Kommunisten), Kommunist und ehemaliger Matrose der Kriegsflotte aus Leningrad, namens Dawidow, kommt im Januar 1930 im Auftrage des Rayonkomitees der Partei in ein Kosakendorf: seine Aufgabe ist dort, die „totale Kollektivierung" durchzuführen. Es besteht an Ort und Stelle ein kleines landwirtschaftliches Artell, aber an dessen Stelle soll ein „Kolchos-Gigant" geschaffen werden. Dawidow erhält die Direktive, es zu veranlassen, dass alle Wirtschaften der armen und mittleren Bauern in den Kolchos eintreten, und die Kulaken unterdrückt werden. Gleich nach der Ankunft beruft Dawidow eine Versammlung der Kommunisten und der armen Bauern des

Dorfes ein. Dawidow berichtet über den Beschluss des Zentralkomitees der Partei über das Tempo der Kollektivierung vom 5. Januar 1930. Dann wird das von dem Dorfkomitee zusammengestellte Verzeichnis der örtlichen Kulaken verlesen und die Anwesenden (32 Mann) werden aufgefordert, den Beschluss[60]a über die Entkulakisierung und Zwangsaussiedlung der Kulaken aus dem Nordkaukasischen Gebiete zu fassen. Die Versammlung stimmt der Entkulakisierung einiger Kulakenfamilien zu, aber als die Reihe an den Kulaken Tit Borodin kommt (er ist im genannten Verzeichnis registriert), da schweigt die Versammlung und sogar ein Kommunist erklärt dem Dawidow, dass die Verhältnisse in diesem Falle eigentümlich seien: dieser Borodin sei im Jahre 1918 freiwillig in die rote Garde eingetreten, hätte mutig gekämpft und stamme von armen Bauern; er sei verwundet worden und sei mit einer silberner Uhr ausgezeichnet; aber nach dem Kriege habe er in seiner Wirtschaft „Tag und Nacht gearbeitet", habe drei Paar Ochsen erworben und einen Bruch durch die Hebung grosser Gewichte bekommen; er habe später 2—3 Lohnarbeiter gedungen, habe dann eine Windmühle erworben, später eine Dampfmaschine von 5 Pferdestärken, habe Viehhandel begonnen; er wäre gewarnt worden, sei trotzdem reich geworden und habe erklärt, er führe nur den Befehl der Sowjetregierung — die Saatfläche zu erweitern — aus; dafür sei ihm schon früher das Wahlrecht genommen. Es wird abgestimmt, auch Borodin soll „entkulakisiert" werden.

Am Morgen des nächsten Tages um 7 Uhr beginnt Dawidow mit 14 armen Bauern in zwei Gruppen die Kulaken aus dem Dorfe zu verschicken. Das Wohnhaus des Kulaken Borodin wird für die Kolchosverwaltung reserviert, die Ställe dieses Kulaken für den Kolchosstall. Es erweist sich, dass Borodin nicht zu Hause ist, er hat zwei Ochsen fortgetrieben, um diese zu verbergen oder zu verkaufen, damit sie nicht den „armen Bauern" in die Hände fallen; er wird jedoch auf dem Wege abgefangen und mit den Ochsen zurückgeführt und verhaftet; erbittert schlägt er Dawidow mit einer eisernen Stange auf den Kopf; dafür wird Borodin der

„GPU" („Tscheka" — die Behörde des roten Terrors) übergeben. Die Gruppen der armen Bauern und Kommunisten gehen in die Häuser der Kulaken und erklären ihnen, dass die Versammlung der Dorfarmut beschlossen hat, den Kulaken aus seinem Hause zu vertreiben, sein ganzes Eigentum und den Viehbestand zu konfiszieren. Sogleich beginnt die Erfassung des Eigentums (Möbel, Geschirr, Kleider, Schuhe, Musikinstrumente), die Getreidevorräte werden gewogen, gleichzeitig spazieren schon einige von den „armen Bauern" in den Filzstiefeln des Kulaken, einer isst mit grossem Löffel den Kulakenhonig ... Die Angehörigen der Kulakenfamilien fluchen, weinen, drohen. — Am Abend des gleichen Tages erklärt plötzlich einer von den aktivsten Dorfkommunisten dem Dawidow, dass er bei der Entkulakisierung nicht mehr weiter arbeiten werde, dass er mit Kindern Krieg zu führen nicht gewohnt sei, dass er nicht Henker sei. Er erklärt, dass der Kulak Gajew 11 Kinder habe, die haben alle geweint, die Frauen seien in Ohnmacht gefallen, er habe das nicht aushalten können und sei davongelaufen. Dawidow wird sehr erregt und zornig und erwidert, dass man die Kulakenkinder nicht bedauern soll, sein Vater sei auch seinerzeit (in der Zarenzeit) nach einem Streike aus der Fabrik entlassen und nach Sibirien verschickt worden, seine Mutter habe mit vier Kindern in sehr schweren Verhältnissen leben müssen und keiner habe sie beklagt. „Darum verschicken wir die Kulaken, damit diese uns nicht stören ein neues Leben zu bauen.. Nun, verschicken wir die Kulaken zum Teufel, verschicken wir sie nach Solowki (ein bekannter schrecklicher Sowjetzwangsarbeitsort im Weissen Meere. A. C.). ... Aber wenn wir das neue Leben erbaut haben, werden diese Kinder nicht mehr Kulakenkinder sein. Die Arbeiterklasse wird sie umbilden." Ein anderer Kommunist, der anwesend ist, schreit, dass er der Revolution diene und wenn es nötig sei, sogar Tausende von „Grossvätern, Kindern, Frauen" mit dem Maschinengewehr zu erschiessen bereit sei.

Auf der allgemeinen Versammlung der Bauern des Dorfes wird weiter die Frage der Gründung der Kollek-

tivwirtschaft besprochen. Einer von den Anwesenden bezweifelt die Vorteile der Kollektivwirtschaft: *einer wird da mehr arbeiten, einer weniger;* obgleich die Sowjetmacht sage, dass es unter armen Bauern keine Faulpelze gäbe, dass das nur die Kulaken ausgedacht hätten, aber das sei nicht wahr, der Bauer Koliba habe das ganze Leben auf dem Ofen geschlafen, er werde auch im Kolchos schlafen, aber die anderen werden arbeiten müssen; schliesslich erklärt der Sprecher, er werde nicht für den Kolchos stimmen. Ein anderer dagegen erklärt, dass er so arm sein ganzes Leben gelebt habe, und dass es im Kolchos nicht schlimmer ergehen werde. Von den 217 anwesenden Bauern stimmen nur 67 für den Kolchos. Aus den hinteren Reihen, aus der Dunkelheit (es ist Nacht) schreit eine Stimme, dass Dawidow sie nicht einschüchtern und vergewaltigen werde. Tit Borodin habe ihm schon das Blut gelassen, man könne das noch ein zweites Mal tun. Dawidow wird zornig und erwidert, dass er hoffe, bis zu einer Zeit zu leben, da alle derartige Kulaken abgeschlachtet sein werden; man sucht den Schuldigen, es entsteht ein grosses Geschrei und Durcheinander.

Am nächsten Tage werden 28 Paar Ochsen in den Kolchosstall getrieben, das Arbeitsvieh derjenigen, die für den Kolchos gestimmt hatten. Einer von den Kolchosanhängern hat die Nacht nicht geschlafen, es tut ihm weh, sich vom Vieh zu trennen. Ein Junge beaufsichtigt im Kolchosstall das Vieh sehr nachlässig und als man ihn schilt, erwidert er: *das ist ja jetzt nicht unser Vieh, sondern das des Kolchos.* — Nach der Ermordung eines armen Bauernpaares durch die Kulaken (die Schuldigen werden nicht entdeckt) beschliesst am 4. Februar die Versammlung der Kollektivbauern einstimmig, alle Kulakenfamilien aus dem Nordkaukasischen Gebiete zu verschicken (bis zu diesem Tage wohnten die Kulaken bei ihren Bekannten oder Verwandten im Dorfe). — *In zwei Nächten ist die Hälfte des Dorfviehs (Ochsen, Schweine, Schafe, Kühe) heimlich geschlachtet,* denn es hiess, man müsse das Vieh in den Kolchos abgeben und dann gehe es ja sowieso verloren. Es schlachten *alle* — die neuen Kollektivbauern und die Indivi-

Kollektivierung der Landwirtschaft in Sowjetrussland (1—4).

Bilder aus dem Sowjetfilm „Podnjataja zelina“ — „Der Neubruch“ — nach dem Roman von M. Scholochow.

1. „Entkulakisierung“. Die Kommunisten konfiszieren das Eigentum einer Kulakenfamilie. An der Tür weinen zwei Frauen der Kulakenfamilie. In der Mitte des Zimmers steht ein Kommunist, der das Kulakenvermögen zu überprüfen hat.

2. Ein „Kulak“ (ein wohlhabender Bauer), der „entkulakisiert“ und dem alles fortgenommen wird, vernichtet aus Verzweiflung seine Wohnungseinrichtung (Geschirr, Spiegel usw.).

dualbauern. Um gegen diese Erscheinung zu kämpfen, beschliesst die Parteizelle des Dorfes, alles Vieh und das Geflügel der Kolchosbauern als Eigentum der Kollektivwirtschaft zu erklären. Das erregt besonders die Frauen. — Kleider und Stiefel der verschickten Kulakenfamilien werden an arme Bauern verteilt. — Die Bauernhöfe sind jetzt „leer und tot", es ist kein Vieh mehr da, sogar keinen Hahn kann man krähen hören: manche Bauern sind besorgt um ihr kollektiviertes Vieh, sie machen sich Sorge, wie es dem Vieh wohl im Kollektivstall gehen wird. — Es ist befohlen worden, die Getreidesaat aller Bauern in den Kollektivspeicher abzugeben. Ein Bauer, der das nicht tun will, wird von einem Kommunisten mit dem Revolver auf dem Kopf geschlagen, drei andere werden verhaftet. Auch Dawidow wird von den Bauern einmal fast totgeschlagen. Dafür werden einige Bauern verhaftet und einer von ihnen auf der Flucht erschossen.

Aus diesem Roman sind das fürchterliche Blutvergiessen, die Grausamkeiten, der Hass, die Qualen, die Verwirrung, die Unordnung und der wirtschaftliche Verlust, den die Zwangskollektivierung in Sowjetrussland hervorgerufen haben, zu sehen. Man muss noch bedenken, dass das ein Sowjetroman ist und darum nicht die volle Wahrheit zeigen kann; er musste ja eine sowjetfreundliche Tendenz haben. In Wirklichkeit war die totale Kollektivierung und die Entkulakisierung viel schrecklicher und blutiger. Auch in der Sowjetpresse erschienen damals (1930) viele Notizen über Ermordungen von Kommunisten, Mitgliedern der Verwaltung der Kolchose und der armen Bauern auf dem Lande durch die Kulaken[61]. Dass die Zahl der ermordeten, ruinierten und langsam in den Zwangsarbeitsstätten zu Tode gequälten „Kulaken" und ihrer Familienmitglieder enorm war, das erwähnen Sowjetpresse und Sowjetliteratur mit keinem Wort. Die Schuldigen sind immer nur die Kulaken und überhaupt die Gegner der Bolschewisten.

Die Zwangskollektivierung hatte in ganz UdSSR bis zum März 1930 58%[15a] der Gesamtzahl der Bauernbetriebe umfasst. Am 2. März 1930 erschien in der „Prawda" ein heuchlerischer Artikel Stalins „Kopf-

schwindel vor Erfolgen".[51b] Stalin erklärte, dass man die Kolchose nur freiwillig gründen darf, nicht gewaltsam; zu seinem Bedauern habe man in verschiedenen Bezirken die Kolchose auf Befehl gegründet; das sei falsch und schädlich; man dürfe auch nicht alles Vieh und Geflügel vergesellschaften.

Die politische und wirtschaftliche Lage auf dem Lande war damals sehr kritisch und gefährlich, die Bauern waren entrüstet über die Zwangskollektivierung, es kam zu blutigen Konflikten. Darum wich die Sowjetregierung einen Augenblick zurück. Nach diesen Erklärungen Stalins wurde es den Kolchosbauern erlaubt, aus den Kolchosen ganz auszutreten und Vieh und Inventar mitzunehmen, auch eine bestimmte geringe Viehzahl als persönliches Eigentum im Kolchos zu behalten. Anstelle von 58% Anfang März 1930 blieben in Kolchosen im April nur 37%, im Mai 28%, im Juli 24% und im September nur noch 21%*) von der Gesamtzahl aller Bauernwirtschaften.[51c] Aber das dauerte nicht lange. Der furchtbare Druck der Regierung wurde verschiedenartig fortgesetzt und zwar in Richtung der „totalen Kollektivierung". Am 3. April 1930 erschien in der „Prawda" ein neuer Artikel[51d] Stalins, in dem er betonte: Die Bauern, welche aus den Kolchosen austreten, tun nicht gut, weil sie sich dadurch im Vergleich mit den Kolchosen in eine schlimmere Lage versetzen: den Kolchosen wird die Regierung verschiedene Vorteile verleihen, z. B. durch die Versorgung mit Maschinen, Traktoren, mit Saatgut, durch die Besteuerung und Kreditierung. Stalin erklärte weiter, dass die Sowjetregierung soeben beschlossen habe, das vergesellschaftete Vieh in den Kolchosen und auch das persönliche Vieh der Kolchosbauern von der Steuer auf zwei Jahre zu befreien, auch die Fristen der Zurückzahlung der Kredite den Kolchosbauern zu verlängern und die neue Kreditierung der Kolchosbauern im Jahre 1930 in einer Höhe von 500 Millionen Rubel zu realisieren. Alle diese Vorteile könnten diejenigen Bauern, die aus den Kolchosen austreten, nicht bekommen,

*) Das zeigt, wie „freiwillig" die Bauern in die Kolchosen eingetreten waren!

darum sei ihr Benehmen ein Fehler. — Andererseits verkündete Stalin in demselben Artikel, dass es für die Kulaken keine Rettung gäbe: „Diese Spinnen und Blutsauger, die die Kolchose anzünden, die Kolchosarbeiter ermorden und die Saatkampagne zerstören wollen, zu dulden, das bedeutet, gegen die Interessen der Arbeiter und Bauern zu gehen. Darum muss die Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse mit Beharrlichkeit und Konsequenz durchgeführt werden, zu der nur Bolschewisten fähig sind.“[51e]

So wurde das Todesurteil der Kulaken nochmals bestätigt. Vor dem Terror mussten im Falle eines Ungehorsams alle Bauern zittern, nicht nur die Kulaken, auch die Mittelbauern wurden mit der „Entkulakisierung“ bedroht. Darum blieb nichts anderes übrig, als in den Kolchos einzutreten. Wenn das früher, vor der Zwangskollektivierung, nur die armen Bauern und die Landarbeiter taten, wurden jetzt dazu auch die Mittelbauern gezwungen.

Am 1. Juli 1931 waren schon wieder 13 Millionen Bauernwirtschaften (53%) mit 68% der gesamten Saatfläche in Kolchose eingetreten. Am 1. Juli 1935 waren es bereits 17,3 Mill. mit 94% der Saatfläche, am 1. Juli 1938 18,8 Mill. mit 99,3% der gesamten Saatfläche.[52] Nur 1,3 Mill. Bauernwirtschaften standen 1938 noch ausserhalb der Kolchose; das sind die „Individualwirtschaften“ — sie bilden 6,5% der Gesamtzahl aller Haushaltungen, aber mit nur 0,7% der gesamten Saatfläche, also sehr kleine Betriebe.

Die wohlhabenden, fleissigen und vorbildlichen Bauern wurden vollkommen vernichtet. „Das Kulakentum wurde expropriiert. Es wurde ebenso expropriiert, wie im Jahre 1918 die Kapitalisten der Industrie expropriiert wurden, nur mit dem Unterschied, dass die Produktionsmittel des Kulakentums nicht in die Hände des Staates übergingen, sondern in die Hände der vereinigten Bauern, in die Hände der Kolchose . . Diese Revolution . . . hat die zahlreichste Ausbeuterklasse in unserem Lande, die Kulakenklasse, die Stütze der Res-

tauration des Kapitalismus liquidiert"[53]. So wird diese blutige Tat im bolschewistischen Katechismus — der Geschichte der Kommunistenpartei — charakterisiert.—

d) Die Zahl der vernichteten Bauern.

Wenn man die schon erwähnte bolschewistische Statistik vom Jahre 1927 betrachtet, so ergibt sich, dass mindestens rund 1 Million Bauernfamilien mit 6 Millionen Menschen von der Entkulakisierung getroffen wurden. Diese Menschen, die völlig beraubt nach den Zwangsarbeitsstätten in Nordrussland, Sibirien und Asien verschickt wurden, sind da wahrscheinlich grösstenteils durch Hunger, Kälte und übermässige Arbeit umgekommen. Ein Teil der Kulaken wurde schon vor der Verschickung hingerichtet. Man muss nicht vergessen, dass die Entkulakisierung hauptsächlich im Januar, während des strengen russischen Winters, durchgeführt wurde. Die Leute wurden aus ihren Häusern hinausgeworfen und für ihre Freunde oder Verwandten war es sehr gefährlich, diesen Leuten Obdach zu geben, man konnte ja selbst „entkulakisiert" werden. Es gab keine genauen Merkmale und Definitionen des Kulaken, hier war eine grosse Willkür möglich. Die örtlichen Kommunisten konnten mit allen ihnen unangenehmen Menschen abrechnen, sie durch die Entkulakisierung ruinieren und töten.

Es kann auch leicht möglich sein, dass die Zahl der „entkulakisierten" Familien und Bauernwirtschaften noch *viel grösser* war, als schon erwähnt. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe wird von der bolschewistischen Statistik im Jahre 1927 mit 23 Millionen berechnet.[54] Jedoch in der bolschewistischen Literatur und Statistik wird auch über 25 Millionen bäuerlichen Haushaltungen im Jahre 1928/29 gesprochen.[55] Nach den Daten über die Ergebnisse der Kollektivierung ergibt es sich, dass in den letzten Jahren, z. B. 1936 und später, nur noch rund 20 Millionen[56] Bauernhaushaltungen vorhanden sind. Die Zahl der Bauernhaushaltungen ist jetzt um mindestens 3 Millionen (aber, vielleicht, auch um 5 Millionen) kleiner als vor der Zwangskollektivierung;

3—5 Millionen Wirtschaften oder Bauernfamilien sind in einigen Jahren verschwunden. In jedem landwirtschaftlichen Betrieb lebten 1928 durchschnittlich 5 Menschen (in 23 Millionen Betrieben also 115 Mill. Menschen); „verschwunden" sind also 15 oder sogar 25 Mill. Menschen. Welches sind die Ursachen dieses grossen Unterschiedes? Ob die Zahl der vernichteten Kulaken grösser gewesen ist als 1 Million Haushaltungen, oder ein Teil der Bauern nach den Städten übergesiedelt ist, um in der Industrie zu arbeiten, oder ob die bolschewistische Statistik fehlerhaft ist, genau kann man das nicht feststellen.

e) Terrorisierung der Bauern in den Jahren 1932—1933.

Der Kampf der Kommunisten gegen die Kulaken dauerte noch einige Jahre nach der Zwangskollektivierung an. Stalin erklärte Anfang 1933: *„Die Kulaken sind zerschlagen, aber noch nicht ganz totgeschlagen"*,[57] und er machte weiter den Kommunisten Vorwürfe, dass sie nicht genügend wachsam gewesen wären bei der Beseitigung des Klassenfeindes, der Kulaken, die in den Kolchosen verschiedene Ämter einnehmen und dabei absichtlich den Kolchosen und der Sowjetregierung schaden. Die Kolchosen seien nur eine Organisationsform, aber die Hauptsache sei der Inhalt dieser Form; die Kolchosen müssen ganz *„bolschewistisch"* sein, die Getreideablieferungen an den Staat müssen besser und ergiebiger werden.

Schon am 7. August 1932 erschien eine Verordnung[58] der Sowjetregierung über den Schutz des Vermögens der Staatsunternehmen und Kolchose und die Befestigung des sozialistischen Eigentums. Das sozialistische Eigentum (Staats-, Kolchosen- und Kooperativeigentum) wurde als „heilig und unantastbar" erklärt und alle, die dieses Eigentum anzugreifen gedenken, wurden zu „Volksfeinden" gestempelt. Das Kolchoseigentum (die Ernte auf dem Felde, die gemeinschaftlichen Vorräte, das Vieh u. a.) wurde dem Staatsvermögen gleichgestellt und eine Entwendung (Diebstahl) desselben wurde laut Gesetz mit der *Todesstrafe* und Vermögenkonfiskation gesühnt.

Falls mildernde Umstände nachgewiesen werden konnten, sollte anstelle der Todesstrafe eine *nicht weniger als 10-jährige Gefängnisstrafe* und die Konfiszierung des ganzes Vermögens ausgesprochen werden. Eine Amnestie für derartige Verbrecher wurde untersagt. Und dennoch wurde im Jahre 1932, 1933 und auch später in den Kolchosen „gestohlen", „geraubt", entwendet — sowohl auf dem Felde, vor und nach dem Mähen, als auch beim Dreschen, in den Speichern, beim Transportieren usw. Es handelte sich hierbei gewöhnlich nicht um Diebstähle zur Bereicherung oder zum Geldgewinn, sondern die „Diebe" wollten nur sich und ihre Familien vor Hunger retten. Die Ernten waren damals schlecht (wegen der Vernichtung des selbständigen Bauerntums), und zwischen Bauer und Staat tobte ein unablässiger Kampf um das Getreide. Der Staat nahm das Getreide den Bauern (Kolchosen) weg, ohne Rücksicht auf den Verbrauchsbedarf der Bauern. Es wurden sogar Getreideähren auf den Kolchosfeldern abgeschnitten, Getreidehaufen wurden vom Felde weggeschleppt usw.

In Erfüllung dieses und noch anderer Beschlüsse von Partei und Regierung wurde in ganz Sowjetrussland ein neuer erbitterter Kampf gegen die Bauern begonnen. Überall wurden besondere Wachttürme errichtet, um die Kolchosfelder Tag und Nacht zu beobachten (damit keine Getreideähre gestohlen wird!); es wurden besondere Abteilungen des kommunistischen Jugendverbandes (Knaben und Mädchen) zur Bewachung des Kolchosvermögens organisiert, besondere berittene (oder mit Fahrrad versehene) Wächter bewachten die Ernte auf den Feldern, damit niemand etwas für sich vom Getreide nehmen konnte. Viele Hunderttausend Bauern wurden wegen des „Raubes" des „gesellschaftlichen" (sozialistischen) Vermögens und wegen anderer „Verbrechen" verhaftet und schwer bestraft (Erschiessung oder nicht weniger als 10 Jahre Gefängnis), und nur darum, weil sie sich an das Kolchossystem nicht gewöhnen konnten und ihr Leben vor Hunger retten wollten.

Die Hungersnot, die dank der Kollektivierung der Landwirtschaft in Sowjetrussland in den Jahren

1932—1933 herrschte, fand ihren Widerhall sogar in einem Jubiläumsbuch zu Ehren des 60. Geburtstages (am 20. Dezember 1939) Stalins. In diesem Buche sind Schriften verschiedener Bolchewistengrössen, Sowjetschriftsteller und Professoren gesammelt, die eingehend die Verdienste Stalins auf verschiedenen Gebieten schildern. Der bekannte Sowjetschriftsteller (Verfasser des Romans „Stiller Don") M. Scholochow schreibt folgendes[59]: Im Jahre 1933 brach im Dongebiet und Nordkaukasus (am Schwarzen Meer) in den Kolchosen eine Hungersnot aus, weil die „Volksfeinde" (Kommunisten) aus der Gebietsverwaltung im Kampfe mit der Sabotage in den Kolchosen den Kolchosbauern „alles Getreide" weggenommen hatten. Viele Kommunisten, die auf die Unrichtigkeit dieser Politik hinwiesen, wurden damals aus der Partei ausgeschlossen und verhaftet. Eine Kommunistengruppe sandte einen Brief an Stalin, der den Hungerleidenden half, Getreide sandte und die Schuldigen bestrafte. In einem Kolchos — nachdem das von Stalin verordnete Getreide angekommen war — wurde eine Versammlung der Kolchosbauern zusammengerufen. „Einige von den Kolchosbauern kamen selbst auf die Versammlung, *viele wurden im Wagen gebracht, weil sie vor Hunger und Erschöpfung nicht gehen konnten.*" Das Wort nahm der Kolchosschmied und schlug der Versammlung vor, statt langer Resolution nur folgende kurze Zeilen Stalin zu senden: „Danke Genosse Stalin." Der Sowjetschriftsteller erzählt diesen Vorfall, um Stalin zu lobpreisen, aber der unparteiische Leser sieht deutlich, dass der Bolschewismus ein für das Volk vollkommen untaugliches wirtschaftliches und politisches Regime ist und Hunger die normale Folgeerscheinung dieser Wirtschaftsart sein muss.

f) Die Katastrophe der Viehzucht.

Die grösste und unmittelbarste Folge der Zwangskollektivierung war die Vernichtung der Viehzucht. Wenn die Kollektivierung dem Ackerbau, besonders dem Getreidebau, neben ausserordentlichen wirtschaftlichen Nachteilen auch einige Vorteile brachte (der Boden

konnte jetzt in grossen zusammenhängenden Flächen bearbeitet werden, man konnte bequem die grossen Maschinen anwenden, die frühere periodische Aufteilung des Dorfbodens zwischen den Bauernwirtschaften und die Zersplitterung des Landbesitzes hörten auf), so hatte die Viehzucht hiervon nur schwere Nachteile. Schon vor dem Eintreten in den Kolchos schlachteten die Bauern eine sehr grosse Menge von ihrem Vieh; die Bauern sahen, dass das Vieh sowieso für sie persönlich verloren ging und darum schlachteten, verzehrten oder verkauften sie es. Ein grosser Teil des Viehs gehörte vor der Zwangskollektivierung den „Kulaken", und da die wohlhabenden Bauern schon vor der Kollektivierung, im Jahre 1928, scharf bedrängt und terrorisiert wurden, begannen sie schon damals mit Vernichtung ihrer Viehbestände. Das Wirtschaften in den Kolchosen war in den ersten Jahren chaotisch, die Bauern hatten ihre Arbeitsfreude verloren und hatten kein Interesse an der Viehzucht; in den Kolchosställen gedieh das Vieh nicht, es wurde nicht genügend gefüttert und gepflegt, die Leitung der Kolchose und der Viehzucht war häufig Leuten anvertraut, die sehr wenig oder garnichts von der Viehzucht verstanden, sodass die Viehzahl immer kleiner wurde. Die Bolschewisten konnten diese grossen Schwächen der Kollektivierung der Landwirtschaft nicht zugeben, und wälzten die Schuld der Katastrophe in der Viehzucht auf die Tätigkeit der „Schädlinge", auf die Kulaken und andere antisowjetische Elemente ab, die sich in den Kolchosen verborgen und das Vieh verschiedenartig verdorben und vernichtet hätten: Z. B. im Kolchose „Pjatiletka" (Bezirk Melitopol) fielen[60] in 2½ Jahren von 75 Pferden 57, im Kolchose „Terpenje" blieben in zwei Jahren von 150 Pferden nur 30 Pferde nach.

Veränderungen des Viehbestandes der UdSSR zeigen folgende Zahlen[61] (in Millionen):

	Pferde	Rindvieh	Schweine	Schafe und Ziegen
1928	33,5	70,5	26,0	146,7
1929	34,6	67,1	20,4	147,0
1930	30,8	53,0	13,3	113,2
1931	26,2	47,9	14,4	77,7

	Pferde	Rindvieh	Schweine	Schafe und Ziegen
1932	19,6	40,7	11,6	52,1
1933	16,6	38,4	12,1	50,2
1934	15,7	42,4	17,4	51,9
1935	15,9	49,2	22,5	61,1
1936	16,6	56,7	30,5	73,7
1937	16,7	57,0	22,8	81,3
1938	17,5	63,2	30,6	102,5

Die Zahl des Viehs, die in den Jahren 1922—1928 immer grösser geworden war, fing plötzlich zu fallen an. 4—5 Jahre nach Beginn der Zwangskollektivierung war der grösste Teil des Viehbestandes verschwunden: von den Pferden waren nur 45% geblieben, vom Rindvieh 55%, von Schweinen 45% und von Schafen 34%. Solche in anderen Ländern unerhörte Katastrophe der Viehzucht geschah *im Frieden,* ohne dass Sowjetrussland einen verheerenden Krieg geführt hätte. Aber es war doch ein Krieg — im ganzen Lande tobte ein Krieg der bolschewistischen Staatsmacht gegen das Bauerntum, um die wirtschaftliche Selbständigkeit der Bauern zu vernichten und ohne Gegenwert die grösstmögliche Menge der Lebensmittel für die Städte, die Armee und die Ausfuhr herauszupressen.

Diese Vernichtung der Viehzucht bedeutete gleichzeitig eine starke Verminderung der Produktion der Milch, des Fleisches, der Häute und der Wolle usw. Die Ernährung der Bauern und der Städter, also des ganzen Volkes wurde viel schlechter, es fehlten Fleisch, Milch, Butter und andere Milchprodukte, es konnten keine Schuhe und keine Wollkleider (Anzüge, Wintermäntel), auch keine Schafspelze für den Winter erzeugt werden. Das Volk hatte keine hochwertigen Nahrungsmittel, die Kinder hatten keine Milch, man musste im Winter frieren und man musste ohne Lederschuhe und Stiefel auskommen. Und diese Entbehrungen des Volkes dauerten nicht ein Jahr oder ein paar Jahre, sondern 10 Jahre und noch mehr — sie dauerten bis zu unseren Tagen. Obwohl die Viehzahl in den letzten Jahren, wie aus amtlichen Daten zu ersehen, wieder allmählich grösser geworden war, so fehlte noch im Jahre 1938 ein Drittel der Zahl der Schafe und die Hälfte der Pferde, im Ver-

gleich mit der Vorkollektivierungszeit. Obwohl die Traktoren eine grosse Zahl von Pferden ersetzten, fehlt es dennoch an Pferden sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Armee. Auf jedem Parteikongress klagte[62] Marschall Budjennij über die ungenügende Entwicklung der Pferdezucht.

Der Wert der Bruttoproduktion der Viehzucht war nach amtlichen Daten folgender (in Millionen Rubel, in den unveränderlichen Preisen des Jahres 1926/27):[63]

	Total	Milch	Fleisch und Fett	Häute	Wolle
1929	5686	2050	2376	457	184
1930	4406	1857	1723	389	142
1931	4093	1610	1583	355	99
1932	3293	1414	1193	253	70
1933	2962	1318	964	256	65
1934	3283	1431	866	229	68
1935	3903	1518	1024	235	—

Von der gesamten Produktion der Viehzucht der Vorkollektivierungszeit war im Jahre 1933 nur die Hälfte geblieben; die Milchproduktion war auf 64%, die Fleischproduktion auf 36%, die Häuteproduktion auf 50%, die Wollproduktion auf 35% herabgesunken. Dasselbe ist auch mit dem Verbrauch dieser Produkte geschehen. Schon vor der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft war die Produktion der Viehzucht in Sowjetrussland im Vergleich mit anderen Ländern sehr gering, aber nach der Kollektivierung war sie ganz zusammengeschrumpft. Man muss noch beachten, dass die Bevölkerungszahl der Union in den Jahren 1927—1939 sich um 23 Millionen, also um 16% vergrössert hatte, so dass der Verbrauch der Produkte der Viehzucht, auf eine Person gerechnet, eigentlich mehr gefallen war, als die soeben erwähnten Zahlen es zeigen.

Wenn man den Wert der Bruttoproduktion der Viehzucht in den Jahren der Zwangskollektivierung mit demjenigen im Jahre 1929 vergleicht, dann erweist es sich, dass *nur in 6 Jahren (1930—1935) der Verlust, der durch die Vernichtung des Viehbestandes entstanden war, 12,2 Milliarden Rubel betrug.* Auch in den folgenden Jahren sind solche Verluste zu verzeichnen.

Ausserdem erlitten auch Ackerbau- und Wiesenproduktion Verluste.

Die Produktion der Landwirtschaft ist in der UdSSR die Grundlage der Volksernährung und der Volksbekleidung. Wie sich diese wichtigste Grundlage des Volkslebens in Sowjetrussland veränderte und entwikkelte, das zeigen folgende Zahlen:

	1927	1937
Bruttoproduktionswert der Landwirtschaft[65] (Milliarden Rubel, in den unveränderlichen Preisen des Jahres 1926/27)	16,9	20,1
Bevölkerungszahl*) der UdSSR (Millionen) . . .	147,0	170,5
Davon:		
Landeinwohner (Mill.)	120,7	114,6
Stadteinwohner (Mill.)	26,3	55,9

Die Bruttoproduktion der Landwirtschaft war 1937 nur um 19% grösser als vor 10 Jahren. Aber auch die Bevölkerungszahl war 1937 etwa um 14% höher als vor 10 Jahren. Also auf 1 Person gerechnet, *ist die Produktion der Landwirtschaft in 10 Jahren (1927—1937) praktisch nicht grösser geworden.*

Die Grundlage der Volksernährung und Bekleidung ist nicht grösser, sondern sie ist alle Jahre von 1929 bis 1936 *viel kleiner* als vor der Zwangskollektivierung geworden. Das waren die Folgen der Zwangskollektivierung: die russische Landwirtschaft wurde durch die Kollektivierung und Vernichtung der wohlhabenden Bauern um viele Jahre zurückgeworfen; ohne die Kollektivierung wäre die Produktion allmählich viel grösser geworden als im Jahre 1927. Dieses beweist die Entwicklung der Jahre 1922—1928. Wenn man das bedenkt, dann sind die volkswirtschaftlichen Verluste durch die Zwangskollektivierung noch viel grösser als oben erwähnt wurde.

---

*) Für das Jahr 1927 sind die Daten der Volkszählung vom 17. Dezember 1926 angegeben, für das Jahr 1937 — die der Volkszählung vom 17. Januar 1939. Die tatsächliche Bevölkerungszahl im Jahre 1937 muss um ein paar Millionen kleiner gewesen sein als 1939.

g) Bauernverknechtung.

Ein wirtschaftlich selbständiges Bauerntum existiert in Sowjetrussland bereits 10—12 Jahren nicht mehr, die Bauern sind in den Kolchosen zu Knechten geworden. Es gibt kein Privatbodeneigentum mehr, die Bauern besitzen kein Arbeitsvieh, keine landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen — alles ist Kollektiveigentum. Die Privatinitiative ist nicht mehr die treibende Kraft der landwirtschaftlichen Arbeit und der Produktion. Die Bauern werden durch Befehle der zentralen Sowjetbehörden und der Kolchosverwaltung (diese Verwaltung besteht aus 5—9 „gewählten" Kolchosmitgliedern, die tatsächlich Kommunisten oder den Kommunisten befreundete Personen sein müssen) zur Arbeit gezwungen. Die früheren Bauern werden in „Brigaden" (Arbeitsgruppen) eingeteilt und jeder Brigade wird ein bestimmtes Stück Land zur kollektiven Bearbeitung übergeben. Grenzen der einzelnen Bauernwirtschaften wurden vernichtet und die Felder in ein einziges Landmassiv umgewandelt und zur kollektiven Bearbeitung bestimmt. Dem Kolchos, der gewöhnlich die juristische Form eines landwirtschaftlichen Artells hatte, wurde der Boden zur Nutzniessung „für alle Zeiten" gegeben (der Boden in der UdSSR ist Eigentum des Volkes, des Staates); dieser Boden durfte nicht gekauft, verkauft oder gepachtet werden. Jede Kolchoshaushaltung bekam zu ihrer individuellen Nutzniessung einen kleinen Landstreifen (0,25—0,5 ha, in Abhängigkeit vom Bezirk), das Wohnhaus, eine bestimmte kleine Anzahl Nutzvieh und Geflügel und Wirtschaftsgebäude, die für die Haltung dieses Viehs nötig waren.

Das Bauerntum, das überall in der Welt als wichtigste Grundlage des Volkslebens, der Volksgesundheit und der Volkswirtschaft gilt, wurde von den Bolschewisten immer als das grösste Hindernis zur Verwirklichung der kommunistischen Ideale betrachtet und bekämpft. Es wurde so lange bekämpft, bis es ganz vernichtet, ganz proletarisiert war. Die früheren Bauern mussten jetzt in den Kolchosen ebenso wie Arbeiter in Fabriken unter beständiger Aufsicht und Kontrolle des

Staates und der kommunistischen Partei arbeiten und leben. Keine wirtschaftliche Selbständigkeit wird von den Bolschewisten geduldet, auch die kleinste nicht. Das Eigentum und auch der Geist des Bauerntums sind von den Bolschewisten zertrümmert worden.

h) Die Arbeitsproduktivität der Kolchose.

Ernten wie auch Milch- und Fleischerträge hängen stets von der Arbeitsproduktivität der Bauern ab. Die Arbeitsproduktivität hatte jedoch mit der Kollektivierung einen schweren Schlag bekommen: die Bauern arbeiteten in den Kolchosen nicht mehr unmittelbar für sich und ihre Familie, sondern für den Kolchos. Die Bauern waren erbittert über den Raub ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit, ihres Vermögens und Inventars, sie waren erbittert wegen der hohen obligatorischen Lebensmittelablieferungen an den Staat, wegen der niedrigen Entlohnung ihrer Arbeit, die nicht mehr nach dem Fleisse, der Geschicklichkeit und dem Arbeitskönnen gegeben wurde. Anfangs wurde der Lohn vielfach nach der Anzahl der Familienmitglieder, der „Esser" gegeben. Später wurde die Arbeit nach der Zahl der „Arbeitstage" berechnet. Am Anfang waren Arbeitsfreude und Arbeitswille der Bauern so gelähmt, dass z. B. im Bezirk Melitopol im Jahre 1932 in einigen Kolchosen die Mehrzahl der Kolchosbauern im Frühling während der Saatkampagne *nicht zur Arbeit kamen;* in einem Kolchos gingen dadurch im Frühling 1200 Arbeitstage, in einem anderen — 2200 Arbeitstage verloren[66]. Um dem Staate weniger abliefern zu müssen, wurden selbst von den Kolchosverwaltungen falsche, d. h. kleinere Erntezahlen angegeben, z. B. in einem Kolchos wurde die Ernte des Winterweizens mit 8 statt der tatsächlichen 14 Doppelzentner gemeldet, in einem anderen — 9 statt 16.

Das alte unproduktive Entlohnungssystem nach der Arbeitsdauer war 10 Jahre lang in Kraft. Nur am 31. Dezember 1940 wurde durch einen Beschluss[67] der Regierung und des Zentralkomitees der Partei eine ergänzende Arbeitsentlohnung der Kolchosbauern in der

Ukraine angenommen. Nur nach 10 Jahren sehr unproduktiver Arbeit sahen die Bolschewisten ein (oder, vielleicht, wurde das alte Entlohnungssystem absichtlich so lange Zeit beibehalten, um die fleissigen und etwas wohlhabenden Bauern zermürben zu können?), dass die *Qualität* der Arbeit, die Arbeitsfreude und das materielle Interesse an der Arbeit sehr wichtig und überall entscheidend sind. Es wurde im genannten Regierungsbeschluss den Kolchosen der Ukraine „empfohlen", ab 1941, für diejenigen Erntemengen (auch Milcherträge u. a.), die die im Produktionsplan vorgesehenen Zahlen übertreffen, den Kolchosbauern einen *Ergänzungslohn* zu zahlen; z. B. diejenigen Brigaden, die auf ihrer Fläche grössere Ernte als im Plane vorgesehen erzielen, sollten ein Viertel des Ernteüberschusses bekommen; die Melkerin, welche den im Plane vorgesehenen Milchertrag für ihre Kuhgruppe übertroffen hatte, sollte 15% des Milchüberschusses erhalten usw. — In der grossen Rede N. S. Chruschtchew's auf der Versammlung des Partei- und Kolchosaktives des Kiewgebietes wurde die Bedeutung dieses „historischen" Beschlusses der Regierung ausführlich erklärt[68]. Er sagte z. B.: „In demselben Kolchose bekam sehr häufig eine Arbeitergruppe zweimal bis dreimal kleinere Ernten, als eine andere Gruppe, die in genau denselben Verhältnissen arbeitete. Warum diese Erscheinung? ... Das ist sehr einfach: bisher war es so, wenn diese Arbeitergruppen die gleiche Zahl Arbeitstage verwendeten, so erhielten sie den gleichen Lohn. Und es geschah, dass ein Mensch ehrlich arbeitete und sich bemühte, aber der andere — die ganze Zeit sich über den ersten lustig machte: einerlei, wir werden das Gleiche bekommen. Nicht selten sehen wir, dass in demselben Kolchos ... die Kuh einer Melkerin 3000 Liter Milch, während die Kuh einer anderen 500 Liter gibt. Warum? Man wird sagen: die Kuh ist schlecht. Aber wenn man auch die schlechte Kuh gut pflegt, so wird auch sie viel Milch geben, und gute Milch. Grosse Bedeutung hat hier die Arbeit der Melkerin, ihr Interesse an der Arbeit, die Liebe zu ihrer Arbeit. *Das alte System der Entlohnung der Arbeit der Kolchosbauern hat die Arbeit der Besten nicht angespornt,*

nicht gefördert". Weiter erzählte der Redner einige Tatsachen der „Ungerechtigkeiten" des alten Entlohnungssystems. In einem Kolchos im Gebiete Kiew z. B. erntete eine Brigade von einer Fläche von 22 ha durchschnittlich 31 dz Hirse pro Hektar und verwendete pro Hektar 23,6 Arbeitstage. Die andere Brigade erntete von 22 ha nur 15,2 dz Hirse pro Hektar und verwendete hierbei 28,4 Arbeitstage pro Hektar. Aber die Arbeiter der besseren Brigade bekamen weniger Lohn, weil sie weniger Arbeitstage gearbeitet hatten. — Also *bekamen die besseren Arbeiter weniger Lohn als die schlechten!* Dieser Grundfehler der bolschewistischen Arbeitsentlohnung in den Kolchosen hat lange Jahre die Produktivität der Arbeit in ganz Sowjetrussland stark herabgesetzt.

i) Kolchosstatistik.

Im Jahre 1938 bestanden[69] in ganz UdSSR 242.392 *Kolchosen* (kollektiwnoje chosjaistwo = Kollektivwirtschaft) mit insgesamt 18.847.600 Bauernhaushaltungen. Durchschnittlich waren in einem Kolchos 78 Haushaltungen (in der Ukraine 141). Kolchosen besassen laut Daten zum 1. Juli 1938 insgesamt[70] 368,8 Millionen Hektar landwirtschaftlich benutzbares Land, durchschnittlich 1529 ha auf 1 Kolchos und 20 ha auf 1 Haushaltung (in der Ukraine nur 9 ha auf 1 Haushaltung, in Weissruthenien 11 ha). Die durchschnittlich vergesellschaftlichte Saatfläche[71] auf 1 Kolchos war 484 ha.

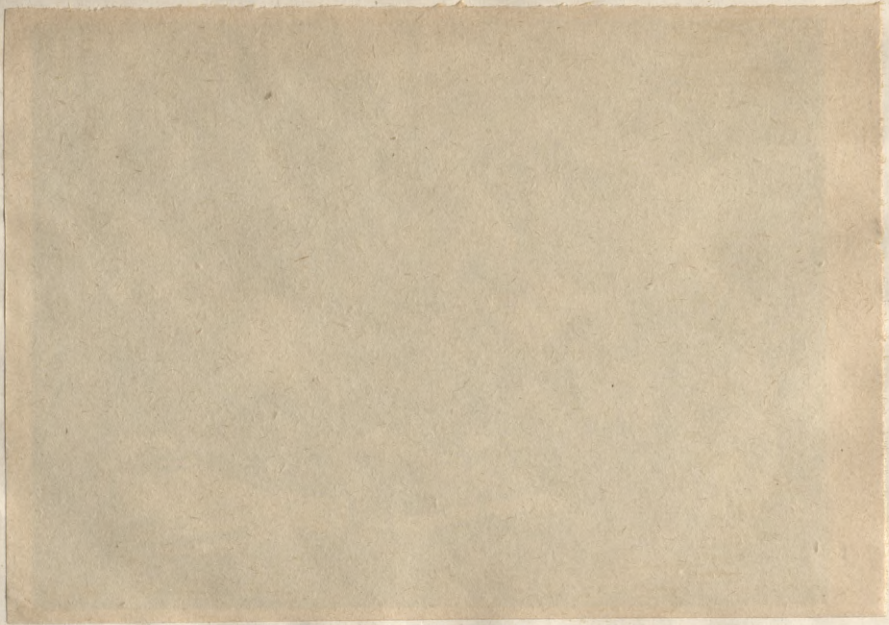
Ausserdem hatten Kolchosbauern für ihre persönliche Nutzniessung durchschnittlich 0,49 ha auf jede Haushaltung[72], also insgesamt rund 9 Millionen Hektar, d. h. 2,3% von der gesamten landwirtschaftlich benutzbaren Fläche der Kolchose.

Die zweite wichtige Gruppe der landwirtschaftlichen Betriebe in Sowjetrussland sind die *Sowchosen* („sowetskoje chosjaistwo" = Staatswirtschaft, eine Wirtschaft, in der, im Gegensatz zu den Kolchosen, wo die Mitglieder keinen bestimmten Lohn bekommen und wo ihr Einkommen von der Ernte abhängig ist, nur Lohnarbeiter beschäftigt werden). Die Zahl[73] der Sowchose war Ende 1938 3961 mit insgesamt 12,4 Millionen

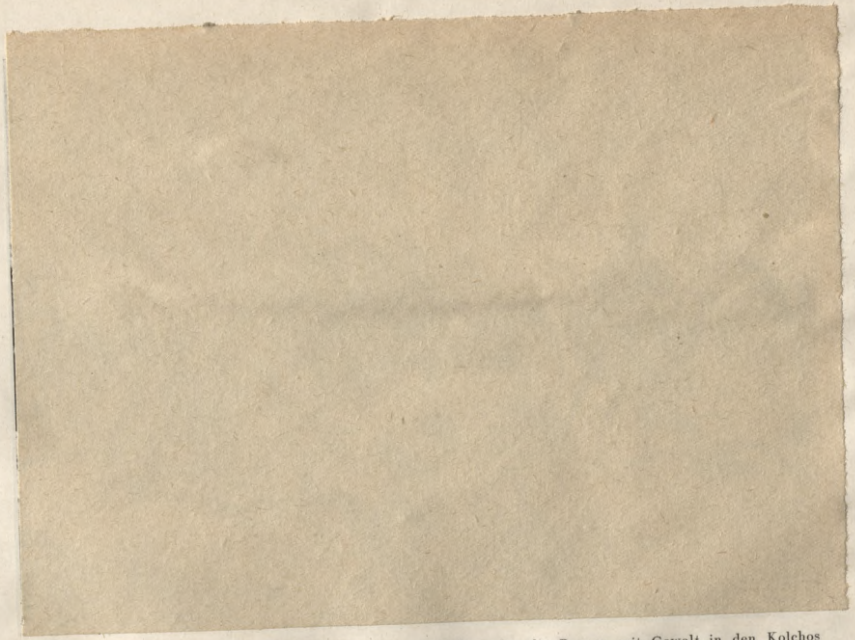
ha Saatfläche und 1.518.000 Arbeitern und Angestellten. Die gesamte[74] landwirtschaftliche Fläche der Sowchose betrug zum 1. Mai 1937 51,1 Millionen Hektar. Auf 1 Sowchos entfielen durchschnittlich 12.800 ha (ein Sowchos war durchschnittlich 8-mal grösser als ein Kolchos).

Einen ganz unbedeutenden Platz nehmen die *„Individualwirtschaften"*, die Einzelwirtschaften der Bauern, ein (Bauern dieser Wirtschaften leben ausserhalb der Kolchose). Ihre Zahl ist etwa 1,2 Millionen mit einer gesamten landwirtschaftlichen Fläche von nur 2 Millionen Hektar[75], also etwa 1,7 ha auf jede Wirtschaft.

Die Bearbeitung des Bodens und die Erntearbeiten werden in der UdSSR zum grossen Teil mit landwirtschaftlichen Maschinen — mit Traktoren und Mähdreschern — durchgeführt. Es bestanden[76] Ende 1938 6358 Maschinen-Traktoren-Stationen mit insgesamt 394.000 Traktoren (7,4 Millionen Pferdestärke), 127.200 Mähdreschern und 74.600 Lastkraftwagen. Auf jeden Kolchos entfallen durchschnittlich fast 2 Traktoren und 0,5 Mähdrescher. Sowchosen hatten in derselben Zeit insgesamt 85.000 Traktoren (1,8 Mill. Pferdestärke) und 26.600 Mähdrescher. Die Bolschewisten rühmen sich, dass das zaristische Russland ein Land mit Hakenpflugbewirtschaftung gewesen sei, die UdSSR dagegen sei ein Land des Traktors, des Mähdreschers und des Automobils. Aber es darf nicht vergessen werden, dass vor dem Weltkriege 1914—1918 auch andere Länder fast keine dieser Maschinen hatten. Die bolschewistische Literatur gibt an, dass im Jahre 1914 in den Vereinigten Staaten von Amerika nur 30 Mähdrescher hergestellt wurden[77]. Die Mechanisierung der Landwirtschaft hat bekanntlich ihre schwache Seite: Die Landwirtschaft der UdSSR ist jetzt ganz abhängig von der Erdölgewinnung des Kaukasus und anderer Stätten und vom Transport der Erdölprodukte. Jede Verzögerung der Zufuhr dieser Produkte verursacht enorme Schäden, das Ausbleiben derselben würde den Zusammenbruch der russischen Landwirtschaft bedeuten, der Boden könnte dann nicht mehr bearbeitet werden, denn Pferde fehlen und auch mit den Erntearbeiten wäre es dann sehr schlimm. — Die Zahl der in den



3. Der Sekretär der Parteizelle des Dorfes — Nagulnow — bedroht einen widerspenstigen Bauern mit dem Revolver und zwingt ihn, das Gesuch um Aufnahme in den Kolchos zu unterzeichnen und einzureichen.



4. Die Bäuerinnen des Dorfes, die den Kommunisten Davidow, der die Bauern mit Gewalt in den Kolchos getrieben und ihnen Vieh und Saatgut genommen hat, angegriffen und geschlagen haben, werden von bewaffneten Milizionären auseinandergetrieben und verprügelt.

Maschinen-Traktoren-Stationen Beschäftigten betrug 1937 992.000 Personen, also rund 1 Million, davon 685.000 Traktoristen[78].

Die Zahl der Mitglieder der Kolchosbauernfamilien (wenn man durchschnittlich 5 Personen, wie die Sowjetstatistik für das Jahr 1927 es festgestellt hat, auf jede Haushaltung rechnet) betrug 1937 etwa 93 Millionen. Die Zahl der „Arbeitsfähigen", die an den Kolchosarbeiten teilnahmen, betrug 1937 40,7 Millionen, durchschnittlich 169 Arbeiter auf 1 Kolchos[79]. Durchschnittlich waren in jedem Kolchos 2,2 Feldbaubrigaden[80], mit einer Arbeiterzahl von je 62 Personen.

Der Wert der Bruttoproduktion[81] der Landwirtschaft der Kolchose betrug 1937 12,7 Milliarden Rubel (berechnet in den „unveränderlichen" Preisen des Jahres 1926/27), wobei auf die Viehzuchtproduktion (Fleisch, Milch, Wolle u. a.) hiervon nur 1,2 Milliarden Rubel bzw. 9,4% entfielen. Die Kolchosen waren fast ausschliesslich Erzeuger der Produkte des Pflanzenbaus. *Die Viehzucht spielte in den Kolchosen fast keine Rolle,* weil die „kollektive" Wirtschaftsweise der Viehzucht sehr ungünstig ist.

Es ist interessant zu bemerken, dass die Mehrzahl des Nutzviehbestandes in den Kolchosen nicht in der „gesellschaftlichen" Herde, nicht in den „Viehfarmen" der Kolchose, sondern in den *persönlichen* Haushaltungen der Kolchosbauern gehalten wurde. Die „gesellschaftliche Herde" der Kolchose zählte[82] Ende 1937 nur 14,8 Mill. Stück Rindvieh, 6,3 Mill. Schweine und 22,7 Mill. Schafe und Ziegen. In den „persönlichen Hilfswirtschaften" der Kolchosbauern wurden 25,5 Mill. Rindvieh, 13,0 Mill. Schweine und 31,3 Mill. Schafe und Ziegen gehalten. Die Zahl des persönlichen Nutzviehs auf 1 Haushaltung betrug durchschnittlich: 1,38 Rindvieh, 0,7 Schweine und 1,69 Schafe und Ziegen. Alle Kolchospferde (1937 — 12,5 Mill.) waren Kollektiveigentum.

Der Wert der gesamten Bruttoproduktion der Landwirtschaft verteilte[83] sich im Jahre 1937 nach den einzelnen Wirtschaftsgruppen: Produktion der Kolchose 62,9%, Produktion der „persönlichen Hilfsbetriebe" der Kolchosbauern (durchschnittlich nur 0,5 ha Land!) 21,5%,

Produktion der Sowchose 9,3%, Produktion der „Hilfsbetriebe" der Arbeiter und Angestellten 4,8%, Produktion der individuellen Bauernwirtschaften 1,5%. Eine auffallend grosse Bedeutung hat die Produktion der „persönlichen Hilfsbetriebe" der Kolchosbauern; das ist hauptsächlich die Produktion der Viehzucht (einen Teil der Futtermittel für sein Vieh bekommt der Kolchosbauer vom Kolchos).

6. Industrieentwicklung und Fünfjahrespläne.

a) Gründe der Industrialisierung Sowjetrusslands.

Die Industrie ist derjenige Zweig der sowjetrussischen Volkswirtschaft, dem die grösste Sorge und Liebe der Regierung und der kommunistischen Partei zugewendet wird. Die Grundlage des Sowjetregimes und die privilegierte Klasse in der Union ist die Arbeiterklasse. Der grösste Teil der kommunistischen Partei besteht aus früheren Arbeitern, die Arbeiter (Fabrikarbeiter) nehmen den grössten Teil der leitenden Posten in Behörden ein, die Arbeiter werden aufs Land geschickt, um mit ihrer Hilfe die Landwirtschaft nach kommunistischen Grundsätzen umzugestalten, die Arbeiter waren vor dem gegenwärtigen Kriege der grösste Bestandteil der Roten Armee (wenigstens zum 1. Januar 1934 46% der Armee[84]), die Arbeiter sind die treueste Bevölkerungsgruppe des Sowjetregimes.

Darum ist das Lebensinteresse der kommunistischen Partei — Zahl und Bedeutung der Fabrikarbeiter mit allen Mitteln zu mehren, zu heben und zu stärken. Nicht umsonst sagte Stalin im Jahre 1928 folgendes über diese sehr wichtige Seite und die Ursachen der beschleunigten Industrialisierung der Sowjetunion: „Das Tempo der Entwicklung der Industrie verzögern, bedeutet die Arbeiterklasse schwächen. Jeder Schritt vorwärts in der Arbeit der Entwicklung der Industrie, jede neue Fabrik ist nach dem Ausdrucke Lenins, eine *„neue Festung" der Arbeiterklasse*, die ihre Positionen im Kampfe gegen kleinbürgerliche Elemente, im Kampfe mit den kapi-

talistischen Elementen unserer Wirtschaft stärkt[85]. — Die „kleinbürgerlichen" und „kapitalistischen" Elemente waren hauptsächlich die Bauern.

Eine sehr wichtige Ursache der Industrialisierung der Sowjetunion war die *Stärkung der Angriffskraft der Roten Armee.* Man musste verschiedene Kriegsmaschinen, Waffen und Rüstungsmaterial produzieren, um Pläne, Glaube und Hoffnungen auf die Weltrevolution realisieren zu können, d. h. um die Möglichkeit zu haben, die „kapitalistischen" Staaten einmal anzugreifen und zu unterjochen.

Zu den weiteren Ursachen der Industrialisierung der Sowjetunion ist die Mechanisierung der Landwirtschaft zu rechnen. Zu diesem Zwecke war eine grosse Anzahl von landwirtschaftlichen Maschinen nötig. Auch das Autarkiebestreben spielte bei der Industrialisierung eine grosse Rolle. Man wollte die Unabhängigkeit vom „kapitalistischen" Auslande erreichen, man wollte ohne Einfuhr, mit den eigenen grossen Naturschätzen des Landes auskommen.

b) Industrialisierung und Volkswohlstand.

In besonders beschleunigtem Tempo wurde die Industrie mit dem Beginn der Fünfjahrespläne erweitert. Das Lebensniveau der Bevölkerung wurde auf der niedrigsten Stufe gehalten, um Mittel zur Ausführung von grossen Industrieneubauten ersparen zu können. *Ein ausserordentlich grosser Teil des Volkseinkommens und der Arbeit des Volkes wurde für die Erweiterung der Industrie verwendet.* Die Bevölkerung bekam nur ganz minimale Mengen von Lebensmitteln, Kleidern, neuen Wohnungen, — alle Bedürfnisse und Bequemlichkeiten des Lebens wurden der Industrialisierung geopfert. Obgleich die Volksernährung in Sowjetrussland während der ganzen Zeit der Bolschewistenherrschaft sehr schlecht war und oft ein furchtbarer Hunger herrschte, wurden grosse Mengen von Getreide, Butter, Eier, Zucker und Fleisch (auch Holzmaterialien, Erdölerzeugnisse, Rauchwaren, Baumwollgewebe u. a.) ausgeführt, um dafür aus dem Auslande Maschinen für die neuen und umgebauten Industriewerke zu bekommen. Ver-

brauchsgüter wurden aus der Einfuhr fast ganz ausgeschlossen, es wurden nur Produktionsgüter — Maschinen und Rohstoffe — importiert.

Gleichzeitig mit der Industrialisierung Sowjetrusslands wurde durch die Zwangskollektivierung die Produktionskraft der Landwirtschaft zerstört; einen besonders schweren Schlag erlitt die Viehzucht. Man kann sagen, dass die Industrialisierung im hungernden Lande auf Kosten des hungernden Volkes durchgeführt wurde.

c) Fünfjahrespläne und ihre Erfolge.

Die Fünfjahrespläne sahen die Erweiterung der Industrie und die Entwicklung der übrigen Zweige der Volkswirtschaft vor. Der erste Fünfjahresplan wurde für die Jahre 1928/29 — 1932/33 ausgearbeitet und in 4¼ Jahren (vom 1. Oktober 1928 bis 31. Dezember 1932) als durchgeführt erklärt. Der zweite Fünfjahresplan umfasste die Jahre 1933 — 1937, der dritte war für die Jahre 1938 — 1942 vorgesehen.

Eine besondere Aufmerksamkeit wendete die Sowjetregierung dem Aufbau der Schwerindustrie zu und zwar der Metallurgie, der Maschinenbauindustrie, der Erdölindustrie, der Steinkohlenindustrie, den Kraft- und Rüstungswerken. Im Jahre 1928 und 1929 begann der Bau von neuen riesigen Schwerindustriewerken: im Jahre 1928 der Bau der Traktorenfabrik in Stalingrad (ehemal. Zarizin), der Uraler Fabrik für schweren Maschinenbau u. a.; im Jahre 1929 der Bau der metallurgischen Fabrik in Magnitogorsk, der Traktorenfabrik in Tscheljabinsk, der Automobilfabrik in Gorkij (ehemal. Nischnij Nowgorod), der Fabrik für schweren Maschinenbau in Kramatorskaja (im Donezgebiet), des chemischen Kombinats in Beresniki (im Nordural) u. a. Besonders gross ausgebaut wurde das „metallurgische Kombinat Magnitogorsk" im Südural[86]. Im Zusammenhang mit dem Bau dieses Industriewerkes wurde in der Steppe eine ganz neue Stadt errichtet (das Projekt dieses Baus wurde von einer amerikanischen Firma ausgearbeitet und später erweitert).

In seiner Rede über die Durchführung des ersten Fünfjahresplanes stellte Stalin im Jahre 1933 fest[87], dass

während dieser Fünfjahresperiode ganz neue Industriezweige geschaffen worden seien, und zwar die Traktorenindustrie, die Automobilindustrie und die Flugzeugindustrie, bedeutend erweitert wären die „schwarze Metallurgie", die Maschinenbauindustrie, die chemische Industrie, die Kraftwerke, die Industrie der landwirtschaftlichen Maschinen, die Erdölindustrie, die Steinkohlenindustrie und die Textilindustrie. In Sibirien, in Mittelasien und im Ural seien neue riesige Betriebe geschaffen worden. Stalin erwähnte damals auch, dass die Sowjetregierung die Verteidigungskraft der UdSSR mächtig gestärkt habe; das Land sei im Stande, alle modernen Waffen massenweise zu produzieren. In der Geschichte der kommunistischen Partei lesen wir hierüber folgendes[88]: „Es war nötig, eine *neue Rüstungsindustrie* zu schaffen — man musste neue Artillerie-, Granaten-, Flugzeug-, Tank- und Maschinengewehrfabriken bauen, weil das im Interesse der Verteidigung der UdSSR während der kapitalistischen Einkreisung notwendig war".

Über das rasche Tempo der Industrialisierung erklärte Stalin in seiner Rede (am 7. Jan. 1933) folgendes[89]: „In der Verwirklichung des Fünfjahresplanes ... wurde von der Partei die Politik des höchst beschleunigten Tempos der Entwicklung der Industrie durchgeführt. *Es war, als ob die Partei das Land mit der Peitsche angetrieben hätte,* ihren Lauf nach vorwärts beschleunigt hätte ..."

d) Zusammenbruch der Landwirtschaftspläne.

Die Ernährungslage während des ersten Plahnjahrfünfts war sehr schwierig. Im ersten Fünfjahresplan war vorgesehen worden, dass die Viehbestände sich jedes Jahr vergrössern würden. Aber, wie schon erwähnt, vernichtete die „totale Kollektivierung" die Viehzucht vollkommen. Und so kam es, dass statt der im Plane für das Jahr 1932 vorgesehenen 36,9 Millionen Pferde, tatsächlich (im Frühling) nur 19,6 Mill. da waren; statt der vorgesehenen 79,3 Mill. Stück Rindvieh, waren nur 40.7 Mill. vorhanden, statt der vorgesehenen 159 Mill. Schafe

und Ziegen nur 52,1 Mill. und statt der 32,7 Mill. Schweine, waren nur 11,6 Mill. Schweine vorhanden[90]. Auch in der Pflanzenzucht wurden die im Fünfjahresplane vorgesehenen Resultate nicht erreicht[91]. Z. B. betrug die Zuckerrübenernte im Jahre 1932 nur 6,6 Mill. t und nicht 16,8 Mill., wie das im Plane verzeichnet war. Diese grossen Unterschiede zwischen den Planziffern und den tatsächlichen Ernten zeigen, welchen grossen Schaden die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft gebracht hatte.

Es ist interessant zu bemerken, dass der amtliche Bericht[96] über die Ergebnisse der Durchführung des ersten Fünfjahresplanes wohl vieles über die Kollektivierung und Mechanisierung der Landwirtschaft erzählt, aber *keine Zahl* über die gesamte landwirtschaftliche Produktion und Viehzucht, über die Ernteergebnisse und über die gesamten Viehbestände der Union angibt. Es wird nur soviel bemerkt, dass der gesamte Viehbestand sich vermindert habe und das sei darum geschehen, weil in der Viehzucht die Kulaken die grösste Rolle spielten, und die Kulaken für die Verminderung der Viehbestände viel agitiert hätten. Die Landwirtschaft, die die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung Sowjetrusslands beschäftigte, war jedenfalls nicht derjenige Zweig der Volkswirtschaft, mit deren Erfolgen die Bolschewisten sich damals rühmen konnten.

e) Erfolge des städtischen Wohnungsbaus.

Auch mit dem Bau der neuen Stadtwohnungen ging es nicht so, wie es im Plane vorgesehen war. In 4 Jahren (1929—1932) sollte man neue Wohnungen mit einer Wohnfläche (Dielenfläche) von insgesamt wenigstens 47 Millionen Quadratmetern[92] bauen, aber es wurde nur eine Wohnfläche von 23,5 Millionen[93] gebaut — also nur die Hälfte. Statt der im Plane für das Jahr 1932/33 vorgesehenen 6,9 Quadratmeter[94] pro Person durchschnittlichen Wohnfläche in den Städten betrug diese Norm tatsächlich Ende 1932 nur 4,66 Quadratmeter[95], d. h. sie war niedriger als am Anfang des Planjahrfünfts (am Anfang des Planjahrfünfts war sie 5,7 Quadratmeter pro Person).

f) Ergebnisse des zweiten Fünfjahresplanes.

Die Erweiterung und Modernisierung der Industrie wurde auch während der folgenden Fünfjahrespläne fortgesetzt. Aber es wurde wieder nicht alles das erreicht, was im zweiten Fünfjahresplane (für die Jahre 1933—1937) vorgesehen war. Auch diesmal war es am schlimmsten in der Viehzucht. Statt der vorgesehenen Bruttoproduktion der Viehzucht für das Jahr 1937 im Werte von 7,1 Milliarden Rubel, wurde tatsächlich nur für 5,1 Milliarden Rubel produziert, also um 28% weniger. Im zweiten Fünfjahresplane war vorgesehen[97], dass in 5 Jahren der Bau neuer Wohnungen mit 65,8 Mill. Quadratmetern Wohnfläche zu beenden sei; aber tatsächlich wurden in diesem Zeitabschnitte nur 26,8 Mill. Quadratmeter[98] neue Wohnfläche erbaut, also nur 40% der Planziffer. Weiter war im Plane vorgesehen[99], dass im Jahre 1937 5100 Mill. Meter Baumwollgewebe zu erzeugen seien, die tatsächliche Produktion jedoch betrug nur 3448 Mill., also war die Produktion um 33% niedriger. Im Jahre 1937 wurden 108 Mill. Meter Wollgewebe anstelle der im Plane vorgesehenen 220 Mill. Meter erzeugt.

Der Vorsitzende des Volkskommissarenrates Molotow erklärte auf dem XVIII Parteikongress im März 1939: „Wie bereits schon im ersten Planjahrfünft, mussten wir, unter Bezugnahme auf die internationale Lage, das vorgesehene Tempo der Entwicklung der Rüstungsindustrie erhöhen ...“[100] Also waren der Umfang des Ausbaus und der Produktion der Rüstungsindustrie immer so gross, dass das Volk ohne Kleider, Schuhe, unzählige andere Industrieerzeugnisse und ohne Wohnungen auskommen musste.

g) Quantitative Erfolge der Industrialisierung Sowjetrusslands.

Die Industrie Russlands ist während der Bolschewistenherrschaft sehr erweitert worden. Die Gesamtzahl[101] der in der Industrie beschäftigten Personen ist von 6,6 Mill. im Jahre 1926/27 bis auf 8 Mill. im Jahre 1932 und bis auf 10,1 Mill. im Jahre 1937 gestiegen. Die amtliche bolschewistische Statistik berechnete, dass

die Bruttoproduktion in der gesamten Industrie von 16,2 Milliarden Rubel (in Preisen des Jahres 1926/27) im Jahre 1913 auf 25,7 Milliarden im Jahre 1929, auf 45,7 Milliarden im Jahre 1933 und auf 106,1 Milliarden im Jahre 1938 gestiegen ist[102]. Die grösste Steigerung fällt auf die Produktionsgüterindustrie; über die Erzeugung von Verbrauchsgütern kümmerte sich die Bolschewistenregierung nicht. Die Produktion einiger wichtiger Erzeugnisse ist folgendermassen erhöht worden[103].

	1913	1929	1933	1938
Maschinenbau und Metallbearbeitungsindustrie	1,4	3,3	11,3	33,6
(Milliarden Rubel — in Preisen des Jahres 1926/27)				
Kohle, Millionen Tonnen	29,1	40,1	76,3	132,9
Erdöl „ „	9,2	13,8	22,5	32,2
Eisenerz „ „	9,2	8,0	14,5	26,5
Roheisen „ „	4,2	4,0	7,1	14,6
Stahl „ „	4,2	4,9	6,9	18,0
Elektrische Energie, Milliarden Kilowattstunden	1,9	6,2	16,4	39,6
Automobile, 1000 Stück	—	1,4	49,7	211,4
Zement, Millionen Tonnen	1,5	2,2	2,7	5,7
Baumwollgewebe, Millionen Meter	2224	2996	2732	3491
Wollgewebe, Millionen Meter	103	101	86	114
Zucker, Mill. Tonnen	1,3	1,3	1,0	2,5

Am meisten sind Eisen, Stahl, Maschinen, Zement, Erdöl und Kohle produziert worden, und zwar für den Ausbau und die Ausrüstung neuer Fabriken, für die Erweiterung der Rüstung, für die Verbesserung des Transports, usw. Bei der Beurteilung dieser Steigerung der Industrieproduktion in Sowjetrussland muss folgendes beachtet werden. 1) Die Bevölkerungszahl[104] der UdSSR war im Jahre 1939 um 23% *grösser* als Anfang 1914 (1939 — 170 Mill., 1914 — 138 Mill.), also konnte auch mehr produziert werden. 2) Die Bolschewistenherrschaft ist *nicht die einzige* Periode in der Wirtschaftsgeschichte des russischen Reiches, in der man eine rasche Steigerung der Industrieproduktion findet. Auch Ende des vorigen Jahrhunderts und von Anfang unseres Jahrhunderts bis zum Weltkriege von 1914—1918 war eine solche Industrialisierungsperiode zu verzeichnen. Die Gewinnung von Steinkohle z. B. betrug in Russland im

Jahre 1860 nur 300.000 t, 1880 — 3,3 Mill. t, 1890—6 Mill., 1900 — 16,3 Mill., 1913 — 36,3 Mill.; also auch im zaristischen Russland erfolgte in 10 Jahren die Verdoppelung und Verdreifachung der Steinkohlengewinnung. Die Produktion von Roheisen, Stahl, Erdöl, Baumwollgewebe usw. ist in dieser Zeit ebenfalls schnell gestiegen. Diese Daten[105] zeigen, dass auch im „kapitalistischen" Russland die Schaffung grosser Industrien möglich war. Nicht nur die Industrie, sondern auch der Eisenbahnbau, der Aussenhandel und andere Volkswirtschaftszweige sind damals schnell vorwärts gekommen. Eine bedeutende Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung Russlands spielten vor der Revolution die Kapitalien des Auslandes.

h) Russlands Naturschätze.

3) Die Grundlagen der Industrieentwicklung in Russland sind die grossen Naturschätze dieses Landes. Was für manches andere Land, dessen Natur nicht so reich ist, schwer und anstrengend zu leisten und erreichen ist, das ist dem Sowjetreiche durch die günstigen Naturverhältnisse *leicht* möglich. Die amtliche sowjetische Berechnung[106] der Naturschätze Sowjetrusslands weist folgende Zahlen, im Vergleich mit der „kapitalistischen Welt" auf:

	UdSSR (zum 1. I. 1938.)	In der ganzen Welt	In der kapitalistischen Welt	In den Vereinigten Staaten von Amerika	In Grossbritannien (ohne Kolonien)	In Frankreich (ohne Kolonien)	In Deutschland
Kohle (in Milliarden Tonnen)	1654	7916	6262	3485	183	11	346
Erdöl (in Millionen Tonnen)	4679	7965	3286	1861	—	1,3	1,2
Waldfläche (Millionen Hektar)	610	3000	2390	243	1	10	13
Torf (Milliarden Tonnen)	151	251	100	13	—	0,3	10
Hydroenergie (Millionen Kilowatt)	280			82		9	3,7
Eisenerz (Milliarden Tonnen)	267	500	233	94	12	12	4,2

Obgleich in der UdSSR nur 8% der Weltbevölkerung[107] leben (170 Mill. leben in der UdSSR, etwa 2116 Mill. in der ganzen Welt), besitzt dieses Land 22% der Weltvorräte an Kohle, 59% des Welterdöls, 20% der Weltwaldfläche, 53% der Weltvorräte an Eisenerzen; weiter besitzt das Land auch eine sehr grosse Fläche fruchtbaren Bodens für die Landwirtschaft. Aus dem Gesagten sieht man, dass die UdSSR alle Voraussetzungen und Möglichkeiten reger Industrietätigkeit hat. Aber trotz der gewaltigen Naturschätze und der bisherigen Erfolge der Industrialisierung, sind die Arbeitserfolge und das Lebensniveau des Sowjetbevölkerung noch sehr niedrig.

Das gegenwärtige politische und wirtschaftliche Regime in Russland macht die vollständige Ausbeutung der grossen Naturschätze unmöglich, und trotz aller Naturschätze ist die Bevölkerung gezwungen, in erbärmlicher Weise zu hungern*) und zu vegetieren.

i) Produktion pro Kopf der Bevölkerung in Sowjetrussland und in den „kapitalistischen" Ländern.

Die sehr niedrige Arbeitsproduktivität und die tiefe Armut der Bevölkerung in der UdSSR hat Stalin im März 1939 auf dem 18. Parteikongress in Moskau betont. Er fand das Tempo der Industrieentwicklung in der Sowjetunion sehr erfreulich und hoch, erklärte aber, dass Sowjetrussland doch im Vergleich mit den kapitalistischen Staaten, wenn man den Umfang der Produktion pro Person der Bevölkerung vergleicht, ein *zurückgebliebenes* Land sei. „Wir haben 1938 etwa 15 Millionen Tonnen Roheisen erzeugt, England hat nur 7 Millionen Tonnen zu verzeichnen. Es scheint, dass bei uns die Sache besser ist, als in England. Aber wenn man diese Ton-

*) Nach den Berechnungen von Prof. C. Ballod könnte Russland, bei richtiger Bearbeitung und vollkommener Ausnutzung des Bodens etwa eine dreimal bis viermal grössere Anzahl von Menschen ernähren als jetzt ernährt werden (Latvijas Augstskolas Raksti — Acta Universitatis Latviensis, IV, Riga 1922, S. 154, 175).

nen Roheisen auf die Bevölkerungszahl verteilt, so erweist es sich, dass in England auf jeden Einwohner 1938 145 Kilogramm Roheisen, in der UdSSR jedoch nur 87 Kilogramm kommen... Worin liegt die Ursache? Die Ursache liegt darin, dass unsere Bevölkerung mehrfach grösser ist als die Bevölkerung Englands. In der Sowjetunion leben 170 Millionen Menschen, in England jedoch nicht mehr als 46 Millionen".[108] Auf demselben Parteikongress sagte der Volkskommissar Mikojan folgendes: „Genosse Stalin betonte nicht den absoluten Umfang der Produktion, sondern die Produktion *auf einen Einwohner* bezogen; dieses geschieht bei uns *das erste Mal.* Wir verglichen gewöhnlich so: z. B. England erzeugt 7 Mill. Tonnen Roheisen, wir erzeugen 15 Mill., folglich nehmen wir den ersten Platz im Vergleich mit England ein. Genosse Stalin hat viele wie mit kaltem Wasser begossen... Sehr viele urteilen so: wenn wir den ersten oder zweiten Platz in der Welt einnehmen, ist alles in Ordnung, man kann sich beruhigen... Aber wo bleibt die Antwort auf die Frage — warum haben wir Mangel an Waren?"[109]

Diese ernsten Betrachtungen der führenden Staatsmänner der UdSSR über die jedem vernünftigen Menschen (ausserhalb Sowjetrusslands) so einfache und selbstverständliche, keine Beweise brauchende, Wahrheit, dass beim Vergleiche der Produktion verschiedener Länder immer auch die Bevölkerungszahl berücksichtigt werden muss, zeigen, dass die bolschewistische Propaganda in Sowjetrussland 20 Jahre lang dem Volke die falsche Überzeugung eingehämmert hat, Sowjetrussland habe fast alle „kapitalistischen" Länder der Welt an Produktion übertroffen, denn es erzeuge ja alles mehr als irgendein anderes Land!

Der Rückstand der Industrie und auch zum Teil das sehr niedrige Lebensniveau der Bevölkerung in Sowjetrussland hat auf demselben Parteikongress der Vorsitzende des Volkskommissarenrates Molotow durch folgende Zahlen[110] illustriert:

Die Produktion) der wichtigsten Industrieerzeugnisse auf 1 Einwohner der UdSSR und in den kapitalistischen Ländern.*

	Masseinheit	UdSSR	Vereinigte Staaten von Amerika	Deutschland	England	Frankreich	Japan
Elektr. Energie	Kilowattstunden	215	1160	735	608	490	421
Roheisen	kg	86	292	234	183	189	30
Stahl	„	105	397	291	279	188	62
Kohle	„	757	3429	3313	5165	1065	643
Zement	„	32	156	173	154	86	60
Baumwollgewebe	Quadratmeter	16	58	**)	60	31	57
Wollgewebe	Meter	0,6	2,8	**)	7,4	**)	**)
Papier	kg	5	48	42	42	23	8
Zucker	„	14	12	29	8	21	17
Seife	„	3	12	7	11	10	**)

Trotzdem die UdSSR viel grössere Naturschätze als die „kapitalistischen" Länder besitzt und trotz der grossen „sozialistischen" Aufbautätigkeit, die von den Bolschewiken lange Jahre Tag für Tag hindurch propagandiert wurde, *ist die Erzeugung der Produktionsgüter* (Roheisen, Stahl, Kohle, Zement, elektrische Energie) *in der UdSSR 2—7 mal niedriger als in den „kapitalistischen" Ländern.* Obgleich die Produktion von Baumwoll- und Wollgeweben nicht ganz gleichbedeutend mit dem Verbrauch dieser Industrieerzeugnisse ist (weil es noch eine Ausfuhr und Einfuhr gibt), ist es doch klar, dass die Bekleidung der Menschen in Sowjetrussland ganz ärmlich und ungenügend ist; es fehlen besonders Wollkleider. Auch mit dem Papier (der Papierverbrauch pro Einwohner der UdSSR lässt auf die engen technischen Möglichkeiten des Bücher- und Zeitungs-

*) Daten über die UdSSR sind nach der Statistik des Jahres 1937 genommen; über die übrigen Länder — nach den letzten veröffentlichten Angaben.

**) Daten fehlen.

druckes und auch auf die beschränkte Möglichkeit des Papierverbrauchs in Schulen und in verschiedenen Wirtschaftszweigen schliessen), mit Zucker und Seife (Hygiene und Gesundheit!) sieht es sehr schlecht aus. (Die ziemlich kleine eigene Produktion von Zucker in England und Amerika wird durch grosse Einfuhr ergänzt.) — Es wurde auf dem erwähnten Kongress von den Bolschewisten der UdSSR folgende „wirtschaftliche Grundaufgabe" gestellt: die kapitalistischen Länder müssen möglichst bald „eingeholt und überholt wrden", d. h. die Produktion auf 1 Einwohner in den kapitalistischen Ländern muss erreicht und übertroffen werden.

k) Die tatsächliche Entwicklung des Volkseinkommens in der UdSSR.

Die Bolschewisten errechnen immer eine ausserordentliche Steigerung des Volkseinkommens Sowjetrussland im Vergleich mit der Vorkriegszeit (d. h. mit der Zeit vor 1914) und auch mit dem Anfange der Fünfjahrespläne. In den Preisen von 1926/27 wird das gesamte Volkseinkommen[111] der UdSSR für das Jahr 1913 mit nur 21 Milliarden Rubel berechnet, aber für das Jahr 1929 schon mit 28,9 Milliarden, 1938 mit 105 Milliarden (auch hier muss man beachten, dass die Bevölkerungszahl Sowjetrusslands um 23% grösser geworden war als 1913, also auf 1 Menschen gerechnet ist der Unterschied im Volkseinkommen zwischen 1913 und 1938 kleiner). Die Grundlage dieser Schätzung ist der Fortschritt der Industrie. Aber die Berechnung kann nicht stimmen, weil gleichzeitig mit der Steigerung der Industrieproduktion, wie schon erwähnt, ein furchtbarer Zusammenbruch der Landwirtschaft und die Vernichtung der Viehzucht erfolgte. Lange Jahre hindurch war der alljährliche volkswirtschaftliche Verlust in der Landwirtschaft durch die Zwangskollektivierung auch nach den bolschewistischen Daten mehrere Milliarden Rubel (nach den Preisen des Jahres 1926/27) gross. Wenn 82% (Ende 1926) oder auch 67% (Anfang 1939) der gesamten Bevölkerung auf dem Lande [112] lebte und also hauptsächlich in der

Landwirtschaft beschäftigt war, und wenn diese *grosse Mehrheit* des Volkes lange Jahre hindurch viel weniger Produkte erzeugte als in den Jahren 1926/27 und 1927/28, und auch noch im Jahre 1937 nur 20% mehr erzeugte als im Jahre 1926/27 — *so kann man von einer ausserordentlichen Steigerung des gesamten Volkseinkommens gar nicht reden.*

Die Arbeitsfrüchte der Landwirtschaft — der Grundbeschäftigung der Bevölkerung in Sowjetrussland noch heute — waren kurz vor dem gegenwärtigen Weltkriege selbst nach der bolschewistischen Berechnung nur fast dieselben wie im Jahre 1913 vor der Revolution. Die gesamte Bruttoproduktion der Landwirtschaft[113] betrug im Jahre 1913 12,6 Milliarden Rubel (in Preisen des Jahres 1926/27) und 1937 — 20,1 Milliarden. Das sind auf 1 Einwohner des jetzigen Sowjetreiches: 1913 — 91 Rubel und 1937 — etwa 120 Rubel. Der Zuwachs beträgt nur 30%. Wenn man nur die Produktion der Viehzucht vergleicht, so ist diese, auf 1 Einwohner Sowjetrusslands gerechnet, auch im Jahre 1937 noch kleiner als 1913: sie betrug 1913 33 Rubel, 1937 nur 30 Rubel (insgesamt 1913 4,6 Milliarden Rubel, 1937 5,1 Milliarden). — Die Zahl der ländlichen Bevölkerung war 1937 fast ebenso gross wie im Jahre 1913.

l) Ein unbestrittener Erfolg der Sowjetmacht.

Wenn man die bolschewistischen Schätzungen der Steigerung des Volkseinkommens mit Recht stark bezweifeln kann, so kann man den Bolschewiken völligen Glauben schenken, wenn sie über eine andere ihre grosse Errungenschaft berichten. Die Resolution des 18. Parteikongresses (im März 1939) betont: „Durch das Ergebnis der erfolgreichen Erfüllung des zweiten Fünfjahresplanes (1933—1937) in der UdSSR ist die *geschichtliche Grundaufgabe* des zweiten Planjahrfünfts gelöst — *alle Ausbeuterklassen sind vollkommen liquidiert worden* ...“[114] Die bolschewistische Statistik gibt folgende Zahlen[115] über dieses Thema:

Bestand der Bevölkerung der UdSSR nach Klassen.

	1913	1928	1934	1937
	(Prozentsatz der Gesamtbevölkerung)			
Bourgeoisie (Gutsbesitzer, grosse und kleine städtische Bourgeois, Händler und Kulaken)	15,9	4,5	0,1	—
Davon: Kulaken	12,3	3,7	0,09	—

Die Bourgeoisie (hauptsächlich die wohlhabenden Bauern) ist gänzlich verschwunden, an ihrer Stelle finden wir jetzt in der Tabelle nur einen Strich! Das haben die Bolschewiken gründlich durchgeführt; diese Arbeit kennen sie gut, sie ist auch nicht sehr kompliziert, und hier gibt es keine Misserfolge, wie sonst bei ihnen in der Wirtschaft! Man kann kaum zweifeln, dass die „Liquidierung" der „Ausbeuterklassen" fast gleichbedeutend mit ihrer physischen Vernichtung gewesen ist.

m) Qualität der Industrieerzeugnisse.

Bisher war die Rede nur von den in der Industrie erzeugten Mengen verschiedener Produkte. Charakteristisch für die bolschewistische Industrie ist die schlechte Qualität der Erzeugnisse. Klagen über die Qualität der Erzeugnisse hören sowohl in der bolschewistischen Presse, als auch in der Literatur und auf den Parteikongressen nicht auf. Auf dem XVI. Parteikongress (im Juni und Juli 1930) erstattete der Vorsitzende der Staatlichen Planierungskommission der UdSSR, Kuibischew, einen Bericht über die Erfüllung des ersten Fünfjahresplanes. Einen ganzen Abschnitt seiner Rede widmete er der Qualitätsfrage der Industrieerzeugnisse. Er sagte[116]: „Die Qualität der Industrieerzeugnisse muss man als äusserst ungenügend bezeichnen." *„Die niedrige Qualität der Erzeugnisse senkt die quantitativen Errungenschaften der Industrie,* verteuert die Kapitalarbeiten, ... verstärkt und verschärft das Bedürfnis nach Waren dadurch, dass die Gebrauchszeit der Erzeugnisse verkürzt ist, und äussert sich endlich

in der Erhöhung der Selbstkosten, weil ja die erdrükkende Mehrheit der Industriezweige Erzeugnisse hervorbringt, die Halbfabrikate für andere Industriezweige sind." Der Redner führte auch einige Beispiele an. Er sagte: „Besonders unerträglich ist die Qualität der Erzeugnisse der Kohlenindustrie... Industriezweige wie Textil-, Leder- und Schuhindustrie kämpfen nicht für die Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse, und daher hat der Ausschuss in einer ganzen Reihe von Fällen die ungeheure Ziffer von 40% bereits erreicht." Am Ende seiner Rede bemerkte Kuibischew noch folgendes: „Kein Plan kann als durchgeführt angesehen werden, wenn er mit einem erhöhten Ausschussprozentsatz erreicht worden ist. Der Kampf um eine hohe Qualität der Produktion ist die wichtigste Aufgabe für die Industrie und für die Arbeiter."

Auf demselben Parteikongresse wurde auch auf Mängel[117] des Industrieausbaues hingewiesen. Einer der damaligen bolschewistischen Grössen, Ordschonikidse, erklärte über die Bauarbeiten für die Metallurgie folgendes: *„Die kapitalen Ausbauarbeiten wurden im höchsten Masse unrationell durchgeführt...* man baute sehr lange und sehr teuer."

Vier Jahr später, auf dem XVII. Parteikongress, wurde wieder über die schlechte Qualität der Industrieerzeugnisse geklagt[118]. Stalin betonte diesen Mangel der Sowjetindustrie; es wurde über die schlechte Qualität der produzierten Maschinen (wo es stets auf eine besondere Genauigkeit und ausserordentlich hohe Qualität der Arbeit ankommt) geklagt; es wurde auf die schlechte Qualität der Erzeugnisse der elektrotechnischen Industrie, was eine grosse Vergeudung des elektrischen Stromes zur Folge hatte, hingewiesen; es wurde über die schlechte und nachlässige Behandlung der Maschinen, Traktoren und Kraftwagen (was zu Bruch und zu vorzeitigen Reparaturbedürfnissen führte) geklagt. „Nirgends, in keinem Lande der Welt, wird soviel Heizmaterial auf eine Krafteinheit verwendet, wie in unserem Lande." (Hier sind Kohle, Brennholz, Erdölprodukte gemeint). „Das Metall wird bei uns barbarisch ver-

schwendet, häufig bilden Späne 20—30%". — Die schlechte Arbeit der Maschinenbauindustrie wurde besonders betont, weil jede schlecht erzeugte Maschine die Arbeit des betreffenden Industriezweiges sehr ungünstig beeinflusst. „Der Ausschuss in einzelnen Fabriken erreicht einen ungeheuren Prozentsatz. Es muss direkt gesagt werden, dass *der Ausschuss eine Plage für unsere Industrie ist.*" — Über die volkswirtschaftlichen Folgen und Ursachen der grossen Ausschusserzeugung äusserte sich derselbe bolschewistische Staatsmann (Rudsutak) noch folgendermassen: „Wenn wir richtig mit der Beseitigungsarbeit der Verminderung und Ausschaltung des Ausschusses beginnen, *können wir dem Lande ungeheure Summen Geld ersparen.* Und nicht nur Geld. Wir werden eine *ungeheure Menge an Arbeitskraft ersparen,* weil die Produktion des Ausschusses nicht weniger Arbeit als die Produktion guter Erzeugnisse verlangt. Wir werden ungeheure Mengen von Materialien ersparen. Endlich werden wir dem Transport ungeheure Erleichterung verschaffen, weil er keine Rohstoffe für die Produktion dieses Ausschusses mehr transportieren müsste." Die Ursache der Ausschussproduktion sei folgende: „Das hängt ausschliesslich von unserer Unwirtschaftlichkeit, von unserer Unkenntnis und auch von unserem Unwillen, gut und gewissenhaft zu arbeiten, ab."

Nach fünf Jahren, auf dem XVIII. Parteikongress (1939), wurde berichtet[119], dass in der „schwarzen Metallurgie", im Maschinenbau usw. der Prozent des Ausschusses der Erzeugnisse ausserordentlich gross sei.

Aber trotz aller Klagen und Vorwürfe hörte dieses umfangreiche Produzieren von Ausschusserzeugnissen nicht auf, es nahm sogar noch zu. Das beweist die Verordnung des Obersten Rates der UdSSR vom 10. Juli 1940. Laut dieser Verordnung wird das Produzieren von Erzeugnissen schlechter Qualität als „Verbrechen gegen den Staat" erklärt und der Tätigkeit der „Schädlinge" gleich gesetzt. Für dieses Verbrechen werden Direktoren, Hauptingenieure und die Leiter von Abteilungen der technischen Kontrolle der Fabriken dem Gerichte übergeben und *mit 5—8 Jahren Gefängnis bestraft*[120].

Die Sowjetzeitungen berichteten in den Jahren 1940—1941 über viele Prozesse, in denen Direktoren und andere technische Leiter der Fabriken wegen der schlechten Qualität ihrer Produktion verurteilt wurden.

Diese beständigen Klagen über die schlechte Qualität der Industrieerzeugnisse und die eingeführten drakonischen Strafen für das „Verbrechen" der Ausschussproduktion zeigen, dass man bei der Beurteilung der Erfolge der Industrialisierung und der Produktion nach Daten der bolschewistischen Statistik, immer sehr vorsichtig sein muss, weil diese Daten ja nur die quantitativen Erfolge, nicht aber die sehr wichtige qualitative Seite der Produktion zeigen.

7. Die Qualität der Wirtschafts- und Betriebsleiter.

a) Arbeiter und Kommunisten — Betriebsleiter in der Industrie.

Die Ergebnisse der wirtschaftlichen Tätigkeit eines Volkes hängen von einem sehr wichtigen Umstand ab — der Bestand der grösseren und kleineren Leiter der Wirtschaftsbetriebe und der Wirtschaftsführer bzw. der „Kadern", wie die Bolschewisten sie nennen, ist massgebend. Alle leitenden Posten der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels, des Transports und auch des Heeres werden von Mitgliedern der kommunistischen Partei besetzt. Diese in Sowjetrussland herrschende Partei besteht grösstenteils aus Arbeitern[121]: z. B. zum 1. Januar 1930 waren 65,3% der Kommunisten frühere Arbeiter (20,2% Bauern und 13,4% Angestellte). Die Arbeiter (hauptsächlich die Industriearbeiter) waren diejenige Bevölkerungsgruppe, die die Grundlage der Kommunistenpartei bildete. Wenn man noch die Bauern hinzurechnet, so *waren im Jahre 1930 85% aller Kommunisten Menschen, die fast keine Schulbildung genossen hatten.*

Obgleich Partei und Sowjetregierung bemüht waren, das Bildungsniveau der Kommunisten zu heben (durch verschiedene Kurse, „Arbeiterfakultäten" usw.),

waren noch im Jahre 1939 von der Gesamtzahl der Parteimitglieder (1.600.000) 70% oder 1.140.000 nur mit einer Anfangsbildung[122]. Auf dem XVIII. Parteikongress sprach man von einem „ungeheuren Wuchs des Kulturniveaus" der Partei, aber man muss stets beachten, dass die sowjetische Hochschulbildung und Mittelbildung nicht der im „kapitalistischen" Auslande gleichzustellen ist, die bolschewistische ist viel kürzer und oberflächlicher.

Im Jahre 1927 waren 97% von den Direktoren der grossen Fabriken in Sowjetrussland Kommunisten und 66% von den Direktoren der Trusts (jeder Trust leitete in Sowjetrussland die Tätigkeit mehrerer, manchmal vieler Industriebetriebe) frühere Arbeiter[123]. Im Jahre 1937 waren von den Direktoren der Fabriken der Schwerindustrie mehr als 50% Arbeiter, und von der Gesamtzahl der Direktoren der Leichtindustrie — 64% Arbeiter; von den Leitern der „Hauptverwaltungen" der Industrie (diese Behörden leiten die Arbeit eines ganzen Industriezweiges in Sowjetrussland) waren 43% Arbeiter[124].

b) Das Bildungsniveau der Kolchosverwaltung.

Das Bildungsniveau der Leiter der landwirtschaftlichen Betriebe in Sowjetrussland — der Kolchose — ist sehr niedrig. Für ganz Sowjetrussland fehlen Daten, aber in diesem Punkte können die Zustände eines Bezirkes das ganze Land charakterisieren. Im Bezirk Melitopol[125] waren in Kolchosen zum 1. Januar 1938 54 Vorsitzende der Kolchose beschäftigt. Von der Gesamtzahl der Vorsitzenden der Kolchose hatten 60% eine beendete Anfangsbildung, 31% hatten ihre Anfangsbildung nicht beendet und nur ein Vorsitzender hatte unbeendete und ein zweiter beendete Mittelbildung. 20% aller Vorsitzenden waren ehemalige Knechte und Arbeiter, die übrigen frühere „arme" Bauern, zum Teil auch „mittlere" Bauern. Die Hälfte der Vorsitzenden waren Kommunisten, 6% waren Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes. Aber ein jeder dieser so wenig gebildeten Vorsitzenden der Kolchose musste einen landwirtschaftlichen Betrieb von durchschnittlich mehr

als 1000 ha leiten! So sieht es nicht nur in diesem Bezirke, sondern in ganz Sowjetrussland aus.

Es ist leicht verständlich, dass solche Leiter die Arbeitsproduktivität sowohl in der Industrie, als auch in der Landwirtschaft nicht günstig beeinflussen können. Praktisch war die Lage noch viel schlimmer, da die Betriebsleiter grösstenteils nur *kurze* Zeit in ihrem Amte verbleiben. Sie werden abgesetzt und durch neue Leiter ersetzt und zwar aus politischen Gründen, Unfähigkeit usw. Nach der amtlichen Statistik[126], waren zum 1. Januar 1938 von 236.528 Vorsitzenden der Kolchose der UdSSR bis zu 1 Jahre im Amt — 46%, 1—2 Jahre — 19,6%, 2—5 Jahre — 25,2% und mehr als 5 Jahre — nur 9,2%. Obgleich die Kolchosen zum grössten Teil damals bereits schon 8—9 Jahre bestanden, war etwa die Hälfte der Vorsitzenden kein volles Jahr auf ihrem Posten. Dasselbe ist auch von den „Brigadieren" zu sagen: von den 528.602 Brigadieren der Pflanzenzucht waren 40% kein volles Jahr im Amt und 24% 1—2 Jahre. Die Folgen dieser Tatsache waren sehr schwerwiegend. In der Sowjetliteratur lesen wir folgendes: „Der Brigadier hat eine ungeheure Bedeutung bei der Arbeitsverteilung und der Arbeitsleistung der Brigade. Die Brigadiere sind jedoch selten lange in ein und derselben Brigade. Heute arbeitet der Brigadier in einer Brigade, morgen in einer anderen, übermorgen in einer dritten. *Der frühere Einzelbauer kannte sein Stückchen Land sehr gut.* Das Land der Brigade ist unvergleichlich grösser als früher das Land des Einzelbauern. Dem Brigadier wird wegen des häufigen Stellenwechsel die Möglichkeit genommen, seinen Bezirk zu erforschen"[127]. Ebenso wie in der Landwirtschaft wurden die Leiter auch in der Industrie häufig gewechselt.

c) „Parteisäuberung".

Man muss Kommunist sein, um eine leitende Stellung bekleiden zu können, aber auch als Kommunist ist man auf seinem Posten nicht sicher. Die grossen politischen Prozesse der letzten Jahre vor dem heutigen Weltkriege in Moskau, die mit der Hinrichtung vieler früherer bolschewistischer Staatsmänner als „Spione,

Verräter und Schädlinge" endeten, und die umfangreiche „Säuberung" der Partei zeigen, dass auch der Kommunist in seinem Amt nicht sicher ist; jeder kann plötzlich seines Amtes enthoben werden und Leben oder Freiheit verlieren. Das Resultat der „Säuberung" (tschistka) der Partei, die kurz vor dem XVIII. Parteikongress erfolgte, war, dass zum Zeitpunkt des erwähnten Kongresses (März 1939) 270.000 Kommunisten weniger in der Partei waren als während des vorigen XVII. Kongresses (1934). Die Zahl der Kommunisten war von 1.874.000 auf 1.600.000 verringert worden[128]; ca. 270.000 Kommunisten wurden aus der Partei ausgeschlossen, zum Teil verhaftet und hingerichtet. Ein grosser Teil der leitenden Beamten in Behörden, Unternehmungen und im Heere (Offiziere) wurde durch neue ersetzt. Das beeinflusste stark die Arbeitsproduktivität dieser Stellen. — Die Säuberungsperiode war eine Zeit, in der die Denunziation blühte. Selbst Stalin betonte[129], dass bei dieser „Arbeit" „ernste Fehler" zu verzeichnen sind. Auf dem Parteikongresse erwies es sich, dass z. B. der Sekretär eines Bezirkskomitees im Gebiete Tambow in kurzer Zeit von insgesamt 175 Mitgliedern der Parteiorganisation 58 Personen aus der Partei ausgeschlossen hatte. In der Parteiorganisation in Archangelsk wurde ein Kommunist entdeckt, der 142 Kommunisten fälschlich angeklagt hatte; im Gebiet Aktjubinsk hatte eine Kommunistin 156 Kommunisten — 64% der örtlichen Parteiorganisation — aus der Partei ausgeschlossen[130].

d) Enorme Aufgaben der Wirtschaftsleitung in Sowjetrussland.

Die leitenden Personen — die „Kader" — in der Wirtschaft der UdSSR sind gewöhnlich Leute mit keiner oder fast keiner Bildung und wenig befähigt die Wirtschaft zu leiten. Ihre Aufgaben sind aber *ausserordentlich und übermenschlich gross.* Die ganze Wirtschaft des riesigen Landes wird durch die Zentralbehörden in Moskau geleitet, Moskau leitet nicht nur die Industrie, sondern auch die Landwirtschaft. Selbst für höchst gebildete und fähige Menschen (Menschen mit

den grössten Organisationstalenten), wäre eine erfolgreiche Leitung der so grossen sowjetrussischen Wirtschaft eine sehr schwierige Aufgabe; man kann sich vorstellen, wie schlecht und unproduktiv die Organisation und das Funktionieren der sowjetrussischen Wirtschaft sein muss, da ja an der Spitze überall ganz ungebildete Menschen stehen, und die private Initiative völlig ausgeschlossen ist (es werden nicht einmal selbständige Handwerker und kleine Bauern zugelassen). — Die Aufgaben der Wirtschaftsleitung waren so schwierig, dass z. B. statt der früheren 14 Volkskommissariate (Ministerien) der UdSSR im Jahre 1939 schon 34 bestanden. Ein Volkskommissariat wurde in zwei oder drei Kommissariate verteilt, um die Produktivität der Behördenarbeit zu heben. Die Zentralbehörden erwiesen sich als zu gross.

Ein Beispiel des gewaltigen Arbeitsfeldes der Sowjetbehörden: Das Volkskommissariat der Landwirtschaft der UdSSR musste im Jahre 1939 folgende Behörden, Wirtschaften und Betriebe leiten: 243.000 Kolchosen (d. h. fast die ganze Landwirtschaft der UdSSR), 6466 Maschinen-Traktoren-Stationen, 5253 Maschinen-Traktoren-Werkstätten, 54 Reparaturfabriken, 1870 Sowchosen und andere besondere landwirtschaftliche Betriebe, 335 wissenschaftliche Forschungsinstitute und Versuchsstationen, 69 landwirtschaftliche Hochschulen, 446 Technika usw. Der Volkskommissar der Landwirtschaft der UdSSR erklärte: „Diese ungeheure Anzahl von Unternehmungen und Organisationen und die ungeheure Armee der Angestellten zu leiten ist bei der gegenwärtigen Struktur des Volkskommissariats und bei der grossen Zentralisierung sehr schwierig[131]."

8. Einige Eigentümlichkeiten der Sowjetwirtschaft.

a) Der übermässig grosse Verwaltungsapparat der Kolchose.

Seitdem die Kolchosen organisiert waren, hören Klagen über die ausserordentlich grossen Verwaltungsausgaben der Kolchosen nicht auf. Zum 1. Januar 1938 wa-

ren in den Kolchosen der UdSSR insgesamt rund 1.660.000 Personen allein in den Verwaltungen beschäftigt[132] und zwar 384.389 Vorsitzende der Kolchosen und deren Stellvertreter, 232.421 Vorsitzende der Revisionskommissionen, 528.602 Brigadiere der Pflanzenzucht, 181.483 Leiter der Viehfarmen, 68.335 Brigadiere der Viehzucht, 248.390 Buchhalter und Rechnungsführer und 16.113 Agronome und „Pflanzenzucht-Techniker". Vor der Zwangskollektivierung waren diese Posten nicht nötig und existierten nicht, jeder Bauer war sein eigener „Vorsitzender", Buchhalter usw. Das gesamte Verwaltungs- und Dienstpersonal der Kolchose ist eigentlich noch viel grösser. In die Ziffer 1,7 Millionen sind nicht mithineingerechnet Wirtschaftsverwalter, Sekretäre, Kassierer, Wächter, Stallknechte der Kolchoskontore, Briefträger, Klubverwalter, Garagenverwalter, Registratoren, Spezialisten zur Bekämpfung der landwirtschaftlichen Schädlinge usw. Als das Land von den selbständigen Einzelbauern bearbeitet wurde, existierten solche Posten nicht. *Alle diese nach Millionen zählenden Leute muss der Kolchosbauer von seiner Arbeit und Ernte ernähren und lohnen.* Es wurde amtlich berechnet[133], dass im Jahre 1939 von der Gesamtzahl der Arbeitsfähigen der Kolchosen folgender Prozentsatz *im Verwaltungsorgan bzw. als Dienstpersonal beschäftigt wurde:* in 40% der Kolchose 10 — 20%, in einem Drittel der Kolchosen 20—30%, in einem Achtel der Kolchosen mehr als 30%. Es wird amtlich anerkannt, dass dieses Personal ausserordentlich gross ist, und dass die Mehrzahl dieser Leute sehr wenig Arbeit haben. Z. B. im Kolchos „Nowaja schisnj" (Das neue Leben!) im Gebiet Krasnodar waren zusammen 81 arbeitsfähige Personen, davon waren 28 Personen (34,5%) im Verwaltungsorgan und als Dienstpersonal beschäftigt; auf dem Felde und in den Ställen arbeiteten also nur 53 Personen; die Saatfläche betrug 450 ha. Im Kolchos „Ural" (Gebiet Molotow) waren im Verwaltungsorgan und als Dienstpersonal 46,8% (also die Hälfte!) aller Arbeitsfähigen beschäftigt. Im Kalinin-Kolchos (Gebiet Krasnodar), wo insgesamt 867 Arbeitsfähige waren, wurden allein 48 Wächter beschäftigt. Die Wächter, Putzfrauen und

Kutscher beim Kontor verdienten häufig *mehr* als die Kolchosbauern, die Feldarbeit verrichteten. Der Stallknecht beim Kolchoskontor verdiente ebensoviel wie ein Agronom, ein „Zootechniker", ein Brigadier und andere qualifizierte Arbeiter. — Man sieht, dass nach der Belohnung dieses übermässig grossen Verwaltungspersonals und der Erfüllung der obligatorischen Lieferungen an den Staat den Kolchosbauern für ihren eigenen Verbrauch von der Ernte nicht viel übrig bleiben konnte.

Aber das ist nicht das erste Mal, dass die ausserordentlich grossen Verwaltungskosten der Kolchose kritisiert werden. Auch im Jahre 1934 wurde gegen diesen Misstand gekämpft[134], das Verwaltungs- und Dienstpersonal wurde gekürzt (allein im Gebiet Moskau wurden hierdurch 3.400.000 „Arbeitstage" erspart), aber nach kurzer Zeit war alles wieder wie früher.

b) Verwaltungskosten in der Industrie.

Dieselbe Erscheinung ist während der 25-jährigen Bolschewikenherrschaft in Russland auch in der Industrie und den anderen Wirtschaftszweigen zu verzeichnen. Überall sind die Verwaltungskosten oder die administrativen Kosten übermässig gross. 20, ja 25 Jahre lang wird in der Sowjetpresse und auf den Parteikongressen über die übermässig grosse Angestelltenzahl in den Behörden und in der Fabrikverwaltung geklagt und gescholten; es wird auch darauf hingewiesen, dass die Mehrheit der Ingenieure nicht in Fabriken, sondern in den die Industrie leitenden Behörden (in Kanzleien) beschäftigt werden. Die Arbeit dieser Spezialisten sei daher unproduktiv. Über dieses Thema sind Hunderte und Tausende von Artikeln in sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften geschrieben worden. Das Schreiben hört nicht auf. Wenn etwas verbessert worden ist, wenn die Beamtenzahl verkürzt worden ist, so ist bereits nach kurzer Zeit wieder alles vergessen worden und die Behördenarbeit geht in alter Weise fort.

Aber sehr grosse Summen verschlangen auch solche Ausgabenposten, wie z. B. Post-Telegraph-Telephonausgaben[135]. In einem Zeitungsartikel wird über die „Ströme der Tinte und des Kontorleims" im Gummi-

Asbest-Kombinat in Jaroslawl geklagt, und es werden phantastische Zahlen über den Verbrauch der Schreibmaterialien angegeben[136]. In den letzten 4 Monaten des Jahres 1939 seien dort 2278 Tintenflaschen, 9000 Tintentabletten, 1888 Leimflaschen, 41.494 Bleistifte, 6600 Federstiele, 7129 Blocknoten und „ungeheure" Mengen von Papier verbraucht worden. Die Ursache dieses Verbrauches wäre eine *schwerfällige Struktur des Verwaltungsapparates, die übermässige Zahl der Angestellten und eine übermässige Korrespondenz.* „Es fliessen Tintenströme, Tausende von Bleistiften werden beim Schreiben verbraucht, die einfachen und „ewigen" Federn knarren, das Papier wird vernichtet, es korrespondieren Abteilungen, es korrespondieren kleine und grosse Angestellte, und es werden Tausende von verschiedenartigen statistischen Formularen ausgefüllt."

Klagen über die „Papierströme" hören in der UdSSR nicht auf. Nicht nur Briefe und Telegramme werden übermässig geschrieben, es werden auch unendlich viele Befehle und Verfügungen erlassen, die Erfüllung dieser Befehle wird jedoch ungenügend kontrolliert. Die Befehle widersprechen sich häufig und Dokumente verlieren daher ihre Kraft und jegliche Autorität. Die unnötige Verzögerung aller Sachen ist auch eine Eigentümlichkeit in den Sowjetbehörden; die Arbeitsproduktivität ist daher niedrig, und die Bevölkerung wird verschiedenartig gequält. Auf dem XV. Parteikongress bezeichnete Stalin[137] als Schande und Verbrechen die nachlässige Arbeit und den Bureaukratismus vieler administrativer und wirtschaftlicher Behörden und der Gerichte. Es ist alles zentralisiert, und es besteht ein grosser Parallelismus in der Arbeit der Behörden.

c) Schwierigkeiten der Rechenschaftsablegung; Papierfluten.

Lenin sagte[138]: *„Sozialismus — das ist Registration". „Registration und Kontrolle* — das ist die *Hauptsache,* was zu der ... richtigen Funktionierung der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft nötig ist". Die Folge der völligen Ausschliessung der Privatinitiative, der totalen Verstaatlichung der ganzen Volkswirtschaft, der

Zentralisierung der Leitung des Wirtschaftslebens und der totalen Planwirtschaft war die ausserordentlich umfangreiche und schwerfällige Rechenschaftsablegung, die sehr viel Arbeit von jeder Fabrik, jedem Kolchos und Sowchos, jedem Trust und jeder Hauptverwaltung, jedem Volkskommissariat und jeder Behörde fordert; man muss immer unzählige Fragebogen und Formulare ausfüllen und den übergeordneten Behörden einsenden. Die Rechenschaftsablegung ist zur Plage der Sowjetwirtschaft geworden. Es wurde darüber viel geklagt, manchmal auch der Umfang der Rechenschaftsablegung verkürzt, aber nach kurzer Zeit wuchs die Rechenschaftsablegung wieder an.

Ein Beispiel ist die Rechenschaftsablegung der Kolchose . Auf dem XVII. Parteikongresse (1934) berichtete man folgendes[139]: „Wir haben eine ganze Reihe von Massnahmen zur Verkürzung der Rechenschaftsablegung ergriffen, welche manchmal wie Fäulnis die Verwaltungen der Kolchose zerfrass. Im Vergleich mit 1932 haben wir Anfang 1933 diese Rechenschaftsablegung um 63% verkürzt. Bis zu dieser Zeit zählte die Rechenschaftsablegung der Kolchose 46 Formulare und 4500 Kennziffern. ... Viele von euch wissen, was die Rechnungsführer der Kolchose sind. Solchen Rechnungsführern ist es manchmal sehr schwer, die Arbeitstage zusammenzurechnen, die Bewegung des Getreides in den Speichern zusammenzurechnen".

Aber 4 Jahre später wurde eine besondere Verordnung[140] des Volkskommissarenrates der UdSSR über die Rechenschaftsablegung der Kolchose herausgegeben. Der Volkskommissarenrat stellte da fest, dass die vom Volkskommissariat der Landwirtschaft und der Plankommission der UdSSR im Jahre 1937 eingeführten Formulare der periodischen Rechenschaftsablegung für die Kolchosen übermässig schwerfällig seien. Die Kolchosen waren verpflichtet, jährlich 31, in einigen Fällen sogar 50 Formulare auszufüllen, worin mehrere Tausende von Kennziffern enthalten waren. Der grösste Teil dieser Daten wurde vom Volkskommissarenrat als unnötig und schädlich für die Leitung der Kolchose erklärt, diese Formen der Rechenschaftsablegung wurden

als „völlig falsch" aufgehoben und statt dieser 11 neue Formulare eingeführt (dazu noch 3 Ergänzungsformulare).

Dieselben Qualen mit der Rechenschaftsablegung bestehen auch in den anderen Wirtschaftszweigen. Z. B. das Volkskommissariat der Forstindustrie hatte im Jahre 1940 190 verschiedene statistische Formblätter[141]. Die Rechenschaftsablegung über das Fällen der Bäume und die Zubereitung von Holzmaterialien enthielt 4169 Fragen; die Kritik in der Zeitung findet als völlig unnötig 3726 Fragen (79%). Antworten auf etwa 200 Fragen wurden telegraphisch jede 5 und 10 Tage nach Moskau gesandt; mit der Post wurden monatliche und vierteljährliche Daten geschickt. Ein grosser Teil dieser Zahlenberichte wurde einfach zu den Akten genäht und nicht benutzt. Die örtlichen Organe und Unternehmungen wurden dadurch mit übermässiger und unnützer Arbeit beladen, es mussten Tausende von unnötigen Angestellten nur für diese Rechenschaftsablegung gelohnt werden; auch die Post, der Telegraph und Rundfunk wurden unnötig belastet. Zu diesen Schlüssen kam der Verfasser dieses grossen Zeitungsartikels.

d) Kritik der letzten Parteikonferenz.

Die Mängel in der Leitung und der Arbeit der Industrie und des Transportes wurden das letzte Mal auf der Parteikonferenz der UdSSR in Moskau im Februar 1941 hervorgehoben. Der grosse Bericht G. M. Malenkow's machte u. a. der Industrieleitung folgende Vorwürfe und schilderte folgende Tatsachen[142].

Die Volkskommissariate tun ihre Arbeit bürokratisch, leiten ihre Unternehmungen nur formell mittels der Korrespondenz, auf dem Papier. Wichtige Sachen werden ausserordentlich verzögert. Die Buchhaltung ist in vielen Fabriken in grosser Unordnung: z. B. der Direktor einer Fabrik des Volkskommissariats der farbigen Metalle wollte wissen, wieviel unbeendigte Erzeugnisse in einer Fabrikabteilung am bestimmten Tag vorhanden waren. Die Buchhaltung der Fabrik berichtete 81,6 t, die Planierungsabteilung nannte die Zahl 47,7 t, die Abteilungsbücher zeigten 51,5 t, aber tatsächlich wurden 11 t

gefunden. In der Industrie liegen viele Maschinen unausgenutzt, z. B. in 7629 Staatsbetrieben 170.000 nichtmontierte Elektromotoren mit 2 Mill. Kilowatt Kapazität. Obgleich Zement für den Bau sehr notwendig ist, waren von der gesamten Produktionskapazität der Zementwerke im Jahre 1936 nur 88% ausgenutzt („was sehr schlecht ist"), aber 1937 — noch schlechter — 77%, 1939 — 65%, 1940 — nur 64%. Im Verbrauche der Rohstoffe, der Heizmaterialien und des elektrischen Stromes herrscht eine „völlig verbrecherische Verschwendung". In vielen Betrieben werden die Rohstoffe, Instrumente, Maschinen sehr nachlässig gehalten und behandelt, sie verrosten, verderben. Im Transport werden die Lokomotiven und Waggons nachlässig repariert und für die Eisenbahnlinien wird nicht gesorgt; darum die vielen Katastrophen. In den Fabriken und auf den Eisenbahnen herrschen häufig grosse Unreinlichkeit und Unordnung, in den Werkstätten liegt allerlei Kram herum (z. B. in der metallurgischen Fabrik in Magnitogorsk), überall findet man Abfälle und Späne, die Fabrikfenster werden nicht geputzt und lassen das Licht schlecht herein. Es werden viel Ausschuss und Produkte mit niedriger Qualität erzeugt. — Die Selbstkosten der Industrieproduktion sind zu hoch. „Viele Tatsachen zeigen, dass die Leiter der Industrie- und Transportunternehmungen wirtschaftlich zu rechnen, kalkulieren und die Volkskopeke zu sparen nicht verstehen". Die Befehle der Fabrikdirektoren werden häufig nicht ausgeführt; man muss ihre Macht und Autorität stärken, um sie zu wirklichen Leitern mit ungeteilter Macht zu machen. — Die Ingenieure und Techniker sind falsch und unproduktiv, zum grössten Teil in Behörden, beschäftigt.

Die Resolutionen der Parteikonferenz verpflichteten alle Partei- und Industrieleiter diese Mängel zu beseitigen.

9. Lebensniveau der Bevölkerung.

a) Die Behauptungen der Bolschewisten.

In den amtlichen Berichten über die Erfüllung der Fünfjahrespläne lesen wir folgendes[148]: „Während der

Jahre 1928—1932 *stieg das Arbeitslohnniveau des Proletariats ununterbrochen,* was aus folgenden Daten zu ersehen ist." Es folgen die Daten:

Jahreslohn (Rubel).

	1928	1932	Steigen des Lohnes (1928 = 100)
Das gesamte Proletariat	703	1427	203
Davon:			
Grossindustrie	870	1466	169
Bautätigkeit	996	1509	152
Landwirtschaft und Forstwirtschaft	306	931	304
Volksaufklärung (Lehrer)	678	1633	241

Die Erfolge des zweiten Fünfjahresplanes[144] werden wie folgt geschildert: „Der durchschnittliche Arbeitslohn der Arbeiter und Angestellten ist im Jahre 1937, im Vergleich mit 1932, um 113,5% gewachsen, d. h. mehr als 2 mal". „Der *reale* Arbeitslohn der Arbeiter und Angestellten ist in den Jahren des zweiten Fünfjahresplanes *mehr als zweimal gewachsen*". Im Jahre 1932 war der durchschnittliche Jahreslohn in allen Zweigen der Volkswirtschaft 1427 Rubel, 1937 — 3047 Rubel.

Nach den amtlichen Daten also war der durchschnittliche Jahresarbeitslohn der Arbeiter und Angestellten in der UdSSR: 1928 — 703 Rubel, 1932 — 1427 Rubel, 1937 — 3047 Rubel; im Jahre 1937 war der Lohn mehr als viermal grösser als 9 Jahre vorher. Ein wirklich bewundernswerter Aufschwung des Lebensniveaus des Proletariats, was in den „kapitalistischen" Ländern etwas ganz unmögliches ist! In den genannten Büchern wird aber kein Wort über die Warenpreise gesagt, und man muss annehmen, dass in den 9 Jahren keine Veränderungen der Preise eingetreten sind, und dass die Arbeiter und Angestellten tatsächlich die Quantität und Qualität ihres Verbrauches ausserordentlich gesteigert haben, sich viel mehr und viel bessere Nahrung, viel mehr gute Kleider verschafft haben, viel bessere Wohnungen bekommen haben und vielleicht auch viel ersparen konnten. — Aber die Wirklichkeit sieht ganz anders aus.

b) Veränderungen des Preisniveaus.

Nicht nur die Löhne, sondern in noch viel höherem Masse sind auch die Nahrungsmittelpreise gestiegen[145]:

Die Kleinhandelspreise in den Städten der UdSSR (Rubel pro kg).

	1928 (Durchschnittspreis)	1937
Roggenbrot	0,09	0,65 — 1,15
Weizenbrot	0,18	2,20 — 2,95
Zucker	0,62	3,27 — 4,50
Rindfleisch	0,66	8,80 — 13,00
Butter	2,26	22,50 — 26,00

Man sieht, dass die Preise der wichtigsten Nahrungsmittel im Jahre 1937 etwa 5, 10, 15 mal höher waren als 1928. Aber die Löhne waren nur etwa viermal höher geworden. Die Ausgaben für die Ernährung machen den grössten Teil der gesamten Ausgaben der Arbeiter- oder Angestelltenfamilie aus. Es kann darum keine Rede von einer Erhöhung des Lebensniveaus der Stadtbevölkerung sein, die Veränderung des Reallohnes war eine ganz entgegengesetzte. *Der Reallohn der Arbeiter und Angestellten war nach der Ausführung der zwei Fünfjahrespläne viel niedriger als im Jahre 1928.* — Nicht nur die Preise der Lebensmittel waren gestiegen, sondern auch die Preise der Kleidungsstoffe (Gewebe u. a.), der Schuhe und anderer Verbrauchswaren. Die Preise[146] der Baumwollwaren (Gewebe u. a.) waren im Jahre 1940 durchschnittlich sechsmal höher, die Preise der Wollwaren neunmal höher, die Preise von Lederschuhen 7½-mal höher, die Preise von Gummischuhen (Galoschen) viermal höher als im Jahre 1926/27.

c) Tatsächlicher Nahrungsmittelverbrauch.

Andererseits, wenn der Arbeitslohn so stark gestiegen wäre, wie die Bolschewisten es behaupten, so müsste in den betreffenden Jahren eine entsprechende grosse Steigerung der Produktion von Nahrungsmitteln, Klei-

dungsmaterialien und anderer Verbrauchswaren erfolgt sein. Aber wir finden in der Sowjetstatistik davon nichts. Wie schon früher erwähnt, folgte der Zwangskollektivierung und Entkulakisierung ein furchtbarer Zusammenbruch der landwirtschaftlichen Produktion, besonders der Viehzucht. Die Grenzen und die Gesamtsummen des Verbrauches der landwirtschaftlichen Produkte und der Produkte der Viehzucht in der UdSSR sind folgenden amtlichen Daten[147] zu entnehmen:

Produktion der Nahrungsmittel.

	In 1000 Tonnen			Pro Kopf der Bevölkerung (kg)		
	1927/28	1932	1938	1927/28	1932	1938
Fleisch und Fett . . .	3 641	2 294	3 607	24,3	14,3	21,2
Milch	31 273	20 558	28 861	209	128	170
Wolle	163	69	133	1,1	0,43	0,78
Roggen.	24 170	22 020	29 200*)			
Weizen	21 550	20 250	46 860*)			
Gerste	4 480	5 030	10 600*)			
Zucker	1 259	828	2 421*)	8,4	5,2	14,2

Man sieht, dass die Produktion (und auch der Verbrauch) von Fleisch und Milch (ebenso der Milchprodukte) im Jahre 1932 — im letzten Jahre des ersten Planjahrfünft — *viel kleiner* war als 1927/28. Pro Kopf der Bevölkerung waren die Fleischproduktion und Milchproduktion, auch die Zuckerproduktion um 40% geringer geworden. Auch die Produktion von Weizen und Roggen war kleiner als 1927. Also war die Ernährungslage der Bevölkerung am Ende des ersten Planjahrfünft unvergleichlich schwieriger und der Verbrauch viel geringer als vor der Ausführung des ersten Fünfjahresplanes. Das war der Verdienst der Zwangskollektivierung und Vernichtung der wohlhabenden, fleissigen und vorbildlichen Bauern. Das Lebensniveau der Bevölkerung und der Reallohn der Arbeiter und Angestellten im Jahre 1932 war *furchtbar gesunken* und nicht gehoben, wie die Bolschewiken es erzählen.

*) 1937.

Noch im Jahre 1938, am Anfang des dritten Planjahrfünft, war die Produktion von Fleisch und Milch bedeutend *niedriger* als im Jahre 1927. Ein gewisser Ausgleich ist durch die starke Erhöhung der Weizenernte geschaffen worden (im Jahre 1937 war eine Rekordernte; in den nächsten Jahren war die Getreideernte wieder niedriger). Aber im ganzen kann von einer allgemeinen Verbesserung der Volksernährung, im Vergleich mit 1927/28, keine Rede sein. Nur im Vergleich mit dem Hungerjahr 1932 ist eine gewisse Verbesserung der Lage zu verzeichnen.

d) Tatsächlicher Kleiderverbrauch.

Die Produktion und der Verbrauch von Textilerzeugnissen wurde in Sowjetrussland auch auf einem sehr niedrigen Niveau gehalten[148]:

Produktion der Textilindustrie.

					Pro Kopf der Bevölkerung (Meter)		
		1927/28	1932	1937	1927/28	1932	1937
Baumwollgewebe,	Mill. Meter	2742	2694	3448	18,3	16,8	20,3
Wollgewebe	„ „	97	89	108	0,65	0,56	0,64
Leingewebe	„ „	165	134	285	1,1	0,8	1,7
Seidengewebe*)	„ „	9,8	21,5	58,9	0,07	0,13	0,35

Auch auf diesem Gebiet gab es keine (oder keine nennenswerte) Steigerungen zu Gunsten der Bevölkerung; die Produktion im Jahre 1932 war bestimmt kleiner als 1927/28; im Jahre 1937 war die Lage ein wenig besser, aber fast dieselbe wie im Jahre 1927/28. Fast das einzige Bekleidungsmaterial der Bevölkerung Sowjetrusslands war das Baumwollgewebe; es werden in diesem Lande fast keine Wollgewebe produziert und verbraucht (obwohl der Winter sehr streng und lang ist!), auch fast keine Seidengewebe. Diese Tatsache wird leicht verständlich, wenn man bedenkt, dass von der Zahl der Schafe nach der Zwangskollektivierung nur ein Drittel nachgeblieben war (ein Teil der verarbeiteten

*) Kunstseidengewebe.

Wolle wurde vom Auslande eingeführt). Wegen des Zusammenbruchs der Viehzucht in den Jahren 1930—1933 fehlten auch die Häute (für Schuhe, Stiefel) und Schafspelze (für die Winterkleidung).

In den Zahlen der Produktion der Textilindustrie findet man also auch keine Bestätigung für die Behauptung der Bolschewisten, dass das Lebensniveau der Bevölkerung ausserordentlich gestiegen ist.

e) Warenhunger.

In Russland herrscht während der ganzen Zeit der Bolschewistenregierung ein ausserordentlicher Warenhunger. Es fehlen die gewöhnlichsten und einfachsten Gegenstände; der Staat sorgt nicht z. B. für Möbel, Musikinstrumente, Geschirr, Uhren, Fahrräder, Rundfunkapparate, Bücher*) (auch Schulbücher), Schreibpapier und andere, verschiedene Kleinigkeiten, die in den „kapitalistischen" Ländern ärmsten Leuten und Familien zugänglich sind und als ganz gewöhnliche Waren gelten, aber für den Lebensgenuss wichtig sind. In Sowjetrussland ist das alles grosser Luxus, der nur wenigen zugänglich ist. Obwohl in den letzten Jahren etwas von diesen Verbrauchswaren produziert wird, so sind das nur verhältnismässig ganz geringe Mengen. Z. B. wurden im Jahre 1938 385.600 Fahrräder erzeugt (1933 — 132.400), d. h. ein Fahrrad auf je 440 Menschen (die Bevölkerung der UdSSR war Anfang 1939 — 170 Mill.); in demselben Jahr wurden 633.000 Taschen- und Handuhren produziert (1933 — nur 102.900), 14.000 Pianinos und Klaviere (1933 — 4.100), usw.[149]

Es herrscht in Sowjetrussland auch ein „Bücherhunger" (nur die politische Agitationsliteratur und die Werke der „Klassiker" des Kommunismus sind in grossen Mengen vorhanden). Der bekannte Sowjetschriftsteller M. Scholochow klagte hierüber[159] auf dem XVIII. Parteikongress (1939): „Der Prozentsatz des Papiers, welches für die Beletristik gegeben wird, ist winzig klein, beleidigend klein!" Die Werke Puschkins wollen eine Million Leser kaufen (sie haben sich angemeldet),

*) Mit Ausnahme von Propagandaliteratur!

aber es werden im Jahre nur einige Zehntausend dieser Bücher herausgegeben. Diese Lage sei „unerträglich".

Die in geringen Mengen[151] vorhandenen Waren sind gewöhnlich *schlechter Qualität.* Die Arbeit der Konfektionsfabriken wird nicht durch Modeforderungen überlastet; es gibt keine Eleganz in diesen Sachen, es gibt auch keine „Kultur", d. h. eine anständige Bedienung, im Sowjethandel. Über diese Mängel des Sowjetlebens klagt immer die bolschewistische Presse. „Die Handelsangestellten verstehen noch nicht kulturell zu handeln. Sehr selten beobachtet man ein anständiges, freundliches Benehmen dem Käufer gegenüber. Dem Käufer wird die Ware nicht angepriesen, im Gegenteil, man stösst ihn ab." — „Der Anzug, der aus billigem Stoff genäht ist, bekommt nach bereits zweiwöchentlichem Tragen ein erschreckendes Aussehen. In der Andrejew-Konfektionsfabrik wurde im Laufe von 8—10 Jahren die Fasson der Frauenmäntel nicht geändert. Ist das nicht eine unerträgliche Geringschätzung der Käuferansprüche?" — Die Schuhindustrie produziert Schuhe einer sehr niedrigen Qualität, die Schuhe sehen sehr grob und abstossend aus, man nennt sie „Bügeleisen". „Zieht ein junger Mann solche ... „Bügeleisen" und dazu noch den Uschakow-Anzug an, so wird er einer Vogelscheuche gleich." — So schreibt[152] in der Zeitung „Prawda" im Jahre 1941 der Sekretär des Moskauer Stadtkomitees der Kommunistenpartei in einem langen Artikel „Über den kulturellen Handel und die Qualität der Waren."

f) Wohnungsnot.

Die Folge der Industrialisierung Sowjetrusslands war eine *Menschenanhäufung in den Städten* und Industriezentren. Obgleich die Sowjetregierung es versprochen hatte und es in den Fünfjahresplänen vorgesehen war, Wohnungsverhältnisse zu verbessern, wurden diese in den Städten in mancher Hinsicht tatsächlich noch viel schlechter. Im Jahre 1927/28 war die durchschnittliche Wohnfläche[153] pro Kopf der städtischen Bevölkerung 5,9 Quadratmeter (in Arbeiterwohnungen 4,9, in Angestelltenwohnungen 7,1). Berg-

werkarbeiter hatten eine Wohnfläche von nur 3,7 Quadratmeter pro Kopf. Am Ende des ersten Planjahrfünfts, d. h. Ende 1932, war die durchschnittliche Wohnfläche[154] in den Städten 4,66 m², also um 20% kleiner als im Jahre 1927/28. In der Steinkohlenindustrie entfielen Ende 1932 pro Kopf nur 3,5 m² Wohnfläche. Die Wohnungsverhältnisse, die schon 1927/28 sehr schlecht und unhygienisch waren, wurden nach 5 Jahren noch bedeutend schlimmer. Der grösste Teil des in den zwei ersten Fünfjahresplänen vorgesehenen Bauprogramms für Wohnungen wurde nicht ausgeführt. Auch für das Ende des Jahres 1937 waren im zweiten Fünfjahresplan nur 5,35 m² pro Kopf für die städtische Bevölkerung vorgesehen. Da, wie schon früher hier erwähnt, nur weniger als die Hälfte des Wohnungsbauprogramms in den Städten in den Jahren 1933—1937 ausgeführt wurde, muss man annehmen, dass die Prokopfquote der Wohnfläche Ende 1937 und bis zu unseren Tagen nicht grösser geworden ist als vor zehn Jahren — im Jahre 1932, (höchstwahrscheinlich noch kleiner). Ausserdem muss man noch beachten, dass die Wohnungen und Häuser 25 Jahre lang ganz ungenügend oder gar nicht ausgebessert wurden. Obgleich die vor der Revolution wohlhabenden Leute aus ihren Wohnungen vertrieben und die Arbeiterfamilien und Kommunisten dort einquartiert, und auch viele neue Wohnungen gebaut wurden, sind die Wohnungsverhältnisse in Sowjetrussland immer ganz schlimm gewesen und werden immer schlimmer, sowohl in physischer als auch in moralischer Hinsicht. Die Stadtbevölkerung hat sich in 12 Jahren verdoppelt (26,3 Mill. Ende 1926 und 55,9 Mill. Anfang 1939). In einer Wohnung müssen mehrere Familien und in einem Zimmer mehrere Menschen (und ganze Familien) leben; besonders bedrückend ist ein solches Leben für gebildete, ältere Menschen, die ein besseres Leben gekannt haben. Der Sowjetschriftsteller M. Soschtschenko hat dieses traurige Leben in einer seiner humoristischen Erzählungen dargestellt: ein junger Mensch fährt von der Provinz nach Moskau, findet dort Arbeit, aber kann gar keine Wohnfläche bekommen; endlich bekommt er als Wohnung ein Badezimmer in einer Wohnung; er heira-

tet und wohnt mit seiner Frau in diesem Badezimmer; sie sind gezwungen in der Wanne zu schlafen; am Morgen und auch während des Tages kommen die vielen Mieter der Wohnung in das Badezimmer und alle ärgern sich; endlich meldet sich noch die Schwiegermutter aus der Provinz und will bei den Kindern (also in demselben Badezimmer) wohnen; nun ist auch die Geduld des jungen Mannes zu Ende und er entflieht.

Die Mehrzahl der Familien bewohnt in den Städten nur ein Zimmer[155]. Die Sowjetstatistik (die sich auf eine grosse Mieteranzahl bezieht) berichtet, dass im Jahre 1935 in Moskau nur 6% aller Mieter eine ganze Wohnung oder mehrere Zimmer bewohnten; 40% der Mieter in alten Häusern bewohnten ein Zimmer (in den neuen Häusern waren es 87%); nur ein *Zimmerteil* wurde von 24% der Mieter in alten Häusern und von 7% in neuen Häusern bewohnt; ausserdem bewohnten in alten Häusern 5% der Mieter die Küche und andere nicht bewohnbare Räume und 25% wohnten in *Gemeinschaftsräumen*. Ähnliche Verhältnisse herrschten in Leningrad, auch hier bewohnten in neuen Häusern 70% der Mieter ein Zimmer und 14% bloss einen Zimmerteil; in den übrigen Städten wohnten in neuen Häusern in einem Zimmer 70% der Mieter und in einem Zimmerteil 6%.

Besonders schlechte Wohnungsverhältnisse und überbevölkerte Wohnungen gibt es in Städten, die in der Sowjetzeit gross geworden bzw. entstanden sind; z. B. in Nowosibirsk (ehemal. Nowonikolajewsk, in Westsibirien), einer der am schnellsten wachsenden Städte, wohnten 1917 70.000 Menschen, 1937 400.000. Die gesamte Wohnfläche betrug 1936 1.210.000 m², also nur 3 m² pro Kopf der Bevölkerung[156].

g) Nichtbeachtung der allerkleinsten menschlichen Bedürfnisse.

Das Sowjetregime in der Wirtschaft ist, obwohl es schon fast 25 Jahre in Russland herrscht, nicht im Stande, sogar sehr einfache, aber doch notwendige und wichtige Lebensbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Z. B. in dem grossen metallurgischen Werke Magnito-

gorsk*) (im Ural), das die Bolschewisten als einen der grössten in der ganzen Welt und als das grösste Hüttenwerk in der ganzen Union rühmen, und mit dessen Bau schon im Jahre 1930 begonnen wurde, kann noch nach 11 Jahren der Arbeiter nicht einmal ein anständiges Mittagessen bekommen. Darüber klagt die Zeitung „Prawda" im Jahre 1941. „Mit jedem Jahr wächst und entwickelt sich das metallurgische Werk, es werden neue Abteilungen gebaut; neue Wohnhäuser", aber „in den letzten Jahren wurde in der Fabrik keine neue Speisestube gebaut. Die Arbeiter... essen in der alten Speisestube. In der Mittagspause ist hier ein Durcheinander. Um einen Stuhl zanken sich 10, oder sogar 15 Menschen. Da für eine genügende Anzahl von Tischen kein Raum vorhanden ist, *stellen die Besucher ihre Teller auf die Diele* und verzehren so das Mittagessen. Aber zum Suppenessen ist noch, wie bekannt, ein Löffel nötig, aber der einfachste Löffel ist der knappste Gegenstand in Magnitogorsk. *Mancher isst die Suppe ohne Löffel*"[157]. In diesem Artikel wird noch folgende interessante Tatsache betont: „Frauen, die sich der gesellschaftlich-kulturellen Arbeit widmen, haben in der Stadt (Magnitogorsk) zwei gute Speisestuben eingerichtet. Diese Stuben waren durch ihre nahrhaften und schmackhaften Mittagessen und durch ihre Sauberkeit und Ordnung bekannt. Aber als diese Speisestuben in die Hände des *Speisestubentrusts* übergeben waren, *veränderte sich gleich alles* und es wurde viel nach dem Klagebuch gefragt." Der Verfasser bemerkt, dass das Mittagessen in der Fabrikspeisestube „ausserordentlich unschmackhaft" sei.

Derselbe tötende Einfluss des Bolschewismus und der bolschewistischen Wirtschaftsmethoden auf die Lebenshaltung des Volkes, selbst in ganz kleinen Dingen, und die unsinnige Nichtbeachtung der allerkleinsten menschlichen Bedürfnisse, auch da, wo es leicht wäre, diese zu befriedigen, ist auch aus dem Schicksal der *Teestuben* auf dem Lande zu ersehen. Anfang 1940 schreibt „Prawda" in einem Artikel über diese Frage

*) Dem Projekt[118] nach sollten in der Fabrik 45.000 Menschen beschäftigt werden.

folgendes[158]: Die Konsumvereine der Provinz Tula haben festgestellt, dass die vor einigen Monaten eröffneten Teestuben auf dem Lande unerwartet grosse Einkommen ergeben. Obgleich diese Teestuben (insgesamt nur etwa 15—20) schlecht eingerichtet und es darin kalt, schmutzig und ungemütlich ist, sind sie immer mit Kolchosbauern überfüllt. Man könnte in der Provinz Tula noch zwei- oder dreihundert solcher Teestuben eröffnen und in Ordnung halten; sie wären immer voll von Menschen. Aber in der Provinz Tula ist es doch mit den Teestuben besser, als in der Mehrzahl der Zentral-, Nord-, Wolga-, Sibirien- und der Uralbezirke; hier gibt es auf den Marktplätzen, an den Eisenbahnstationen, Elevatoren usw. gar keine Teestuben. Aber noch in den Jahren 1923—1927 waren Teestuben da, insgesamt etwa 30.000; die Besucher waren Bauern, Erd- und Bauarbeiter. Die Teestuben waren Privatbesitz. Anstatt die Teestuben zu übernehmen, hat der „Zentrosojus" (Zentrale Union der Konsumvereine der UdSSR. A. C.) die Teestuben einfach geschlossen. „Er (d. h. Zentrosojus. A. C.) hat mit dem Bedürfnis von Millionen Menschen nach Volksteestuben, wo man sich wärmen, sich erholen, beim Tee die Zeitung lesen, mit Menschen sprechen kann, nicht gerechnet." Die Teestuben wurden überall — auf dem Lande und in allen Städten — geschlossen. Das Volkskommissariat des Handels hat in den letzten Jahren die letzten Teestuben in den Städten geschlossen. „Und für Leute, die zum Markt oder nach den Bezirksbehörden fahren, die in den Einkehrhäusern übernachten, die Fuhren führen, ... die Wege bauen, *für Millionen dieser Leute gibt es den geliebten Erholungsort, die Teestube nicht mehr.* Warum? Unverständlich!" — Nur nach 15 Jahren haben die Bolschewisten diesen ihren Fehler entdeckt!

h) Lebensniveau der Bauern.

Schon die allgemeinen Zahlen des Verbrauches der Nahrungsmittel und der Textilien in der Sowjetunion charakterisieren das ärmliche Leben der sowjetrussischen Bauern (die Bauern bilden zwei Drit-

tel der gesamten Bevölkerung Sowjetrusslands). Die durchschnittliche Kolchosbauernhaushaltung (die durchschnittlich aus 5 Menschen besteht) bekam vom Kolchos durchschnittlich (in der ganzen Union) für die Arbeit ihrer arbeitsfähigen Mitglieder im Jahre 1937 (als eine Rekordgetreideernte in der Sowjetunion war): 17,4 dz Getreide und 376 Rubel in Geld[159]. *Das gleicht einer Getreideernte*) von 1½ ha und etwa einem 1½-monatlichen Lohn eines Industriearbeiters* (1 Rubel pro Tag, wenn man alle 365 Tage rechnet). Auf 1 Arbeitstag wurde 4 kg Getreide verteilt. Etwa die Hälfte der Kolchose verteilte für die Arbeit für den Kolchos noch 2,7 kg Kartoffeln pro Arbeitstag[161]. Ausserdem konnte der durchschnittliche Kolchosbauer noch die Ernten (Kartoffel, Gemüse u. a.) und Produkte von seiner ½ ha grossen „persönlichen Hilfswirtschaft" und von seinem persönlichen Nutzvieh (durchschnittlich auf eine persönliche Wirtschaft 1,4 Rindvieh, 0,7 Schweine und 1,7 Schafe oder Ziegen) geniessen, verbrauchen oder verkaufen. Das waren die gesamten Einkommen**) der Kolchosbauern im Jahre 1937; von diesem Einkommen musste eine aus etwa 5 Personen bestehende Familie leben und die nötigen Industriewaren (Kleider, Schuhe usw.) kaufen.

Den geringen Verbrauch einiger in „kapitalistischen" Ländern sehr gewöhnlichen Industriewaren auf dem Lande in der Sowjetunion zeigen folgende Zahlen[162]:

Verkaufte Waren in den Geschäften der Konsumvereine auf dem Lande in UdSSR.

	1932	1936	1938
Grammophone (1000 Stück)	4,0	142,2	279,1
Schallplatten (Mill. Stück)	0,1	4,7	17,7
Fortepiano und Klaviere (Stück)	—	751	920
Fahrräder (1000 Stück)	—	302	266,2
Kraftfahrräder (Stück)	—	—	2472
Rundfunkempfänger (1000 Stück) . . .	keine Daten	74,8	37,1
Nähmaschinen (1000 Stück)	—	19,0	162,7
Uhren (1000 Stück)	keine Daten	304,2	405,4

*) Die Getreideernte war im Jahre 1937 in der Sowjetunion 11,5 dz[160] pro ha.

**) Die Einkommen im Jahre 1937 sind relativ „hoch" gewesen. Im Jahre 1932 bekam die Kolchosbauernhaushaltung *nur 6 dz Getreide*, 1935 — 9,1 dz.

Wenn man bedenkt, dass die Zahl der Bauernhaushaltungen in der Sowjetunion 20 Mill. beträgt und die Zahl der Landbevölkerung 115 Mill. (fast alle diese Menschen arbeiten in der Landwirtschaft oder leben davon), so erweist es sich, dass die in der Tabelle genannten Gegenstände sehr selten auf dem Lande sind. So z. B. wurde im Jahre 1938 1 Grammophon auf 72 Haushaltungen (oder auf 360 Menschen, weil in der Haushaltung durchschnittlich 5 Personen sind), 1 Fahrrad auf 74 Haushaltungen, 1 Rundfunkempfänger auf 340 Haushaltungen (auf 2700 Menschen), 1 Nähmaschine auf 120 Haushaltungen, 1 Uhr auf 50 Haushaltungen gekauft*). Kraftfahrräder und Klaviere sind auf dem Lande fast unbekannt, solche Gegenstände besitzen wahrscheinlich in sehr seltenen Fällen nur die Kolchosverwaltungen für die Bedürfnisse des ganzen Kolchoses. — Was konnte der Kolchosbauer auch kaufen, wenn die ganze Familie nur 1 Rubel pro Tag verdiente (dazu noch eine geringe Geldsumme von dem Verkauf persönlich erzeugter Produkte)?

Das Hungerleben des Kolchosbauern im Jahre 1932 wird durch sein Einkommen in diesem Jahre charakterisiert: im Jahre 1932 bekam eine[163] durchschnittliche Kolchosbauernhaushaltung für ihre Arbeit vom Kolchos nur 6 dz Getreide und 108 Rubel in bar. Wenn man aber weiss, dass die lettische Bauernfamilie für die menschliche Ernährung etwa 300 kg (3 dz) Getreide[164] auf jede erwachsene Person im Jahre verbrauchte, dann sieht man deutlich, dass die Kolchosbauernfamilie mit ihren nur 600 kg Getreide auf 5 Menschen hungern und sterben musste. Die Kaufkraft der 108 Rubel Bargeld (Jahreseinkommen der ganzen Familie) wird ersichtlich, wenn man weiss, dass im Jahre 1933 die Kolchosbauern die nötigen Waren zu folgenden Preisen[165] kau-

*) Man muss noch in Betracht ziehen, dass die Landbevölkerung die genannten Gegenstände nicht nur auf dem Lande, sondern auch in der Stadt gekauft hatte. Die genannte Sowjetstatistik bemerkt, dass Kolchosbauern z. B. Grammophone in der Stadt im Umfange von 67%, Uhren — im Umfange von 41%, Fahrräder — im Umfange von 19% der in den Landgeschäften gekauften Mengen erworben haben.

fen konnten: Männeranzug für 100—115 Rubel, Herbstmantel für 158 Rubel, Frauenmantel Jür 185 Rubel, Männerschuhe für 35 Rubel usw.

Die *Wohnhäuser* der Bauern und überhaupt alle landwirtschaftlichen Gebäude in der Sowjetunion befinden sich in einem sehr schlechten Zustande. Das ist schon daraus allein zu ersehen, dass die Sowjetstatistik und die Sowjetpropaganda (soviel es dem Verfasser dieser Abhandlung bekannt ist) nie die Bautätigkeit auf dem Lande rühmten (die Bautätigkeit in den Städten wurde oft als hervorragend bezeichnet). In den Fünfjahresplänen kann man Zahlen über geplante neue Wohnflächen und Wohnhäuser in den Städten finden, aber nichts steht darin über die Wohnfläche in den Kolchosen. Es scheint, dass die Kolchosbauern in ganz erbärmlichen Wohnungverhältnissen (in alten, verfallenen und engen Häuschen) leben müssen, denn wenn irgendetwas nennenswertes in den Kolchosen auf diesem Gebiete durchgeführt worden wäre, so hätten die Bolschewisten das in ihrer Propaganda nicht unausgenutzt gelassen.

10. Das Rätsel der Bevölkerungszahl der Sowjetunion.

Die Bevölkerungszahl der Sowjetunion beträgt laut Volkszählung vom 17. Dezember 1926 147 Mill., laut Volkszählung vom 17. Januar 1939 170,5 Mill. In 12 Jahren ergibt sich ein Zuwachs von 23,5 Mill. Menschen, etwa 2 Millionen Menschen jährlich. Für das Jahr 1927 berechnete jedoch die Sowjetstatistik[166] einen Geburtenüberschuss von 22,2 auf je 1000 Einwohner; das wäre für die gesamte Sowjetunion ein jährlicher Bevölkerungszuwachs von etwa 3,3 Mill. Menschen. Laut amtlicher statistischer Schätzung betrug die Bevölkerungszahl der Sowjetunion zum 1 Juli 1931 162,1 Mill.[167], zum 1. Januar 1933 165,7 Mill.[168]. Auch Stalin betonte in einer seiner Reden, dass die Bevölkerung der Sowjetunion jedes Jahr um die Bevölkerungszahl Finnlands sich vergrössere (also um etwa 3½ Mill. Menschen). Wenn alle diese Daten und Berechnungen wahr

wären, dann ist nicht verständlich, wie in 8 Jahren vom 1. Juli 1931 bis zum 17. Januar 1939 die Bevölkerungszahl nur um 8 Mill. zugenommen hat (durchschnittlich also nur um 1 Mill. und nicht um 3½ Mill. jährlich!).

Die zweite Volkszählung wurde in der Sowjetunion am 6. Januar 1937 durchgeführt (die erste war im Jahre 1926). Nach der Volkszählung stellte die Sowjetregierung fest, dass die Ergebnisse der Volkszählung falsch seien und ordnete eine zweite Volkszählung zum Jahre 1939 an. Über diese interessante Frage äussert sich eine Sowjetausgabe[169] im Jahre 1938 folgendermassen:

„Der jährliche Zuwachs der Bevölkerung in der Sowjetunion ist der gesamten Bevölkerungszahl eines Landes wie Finnland) gleich.* Von Jahr zu Jahr wächst die Geburtenzahl in der UdSSR: im Jahre 1937 war sie um 18% höher als im Jahre 1936; *die Sterblichkeit ist jedoch im Sinken:* im Jahre 1937 war sie um 40% niedriger als im Jahre 1913." „Auch in dieser Hinsicht befindet sich die UdSSR in einem erstaunlichen Kontrast den kapitalistischen Ländern gegenüber. Die knöcherne Hand des Hungers entreisst mit jedem Jahr eine immer grössere Anzahl Kinderleben, immer kürzer wird die Lebensdauer der werktätigen Massen in den kapitalistischen Ländern. In unserem Lande, im reichsten Lande der Welt, wo es keine Arbeitslosigkeit gibt, lebt die Bevölkerung ein wohlhabendes und kulturelles Leben."

Nach diesem Lobpreise des grossen natürlichen Zuwachses der Bevölkerung und des guten Lebens in der Sowjetunion, schildert der Verfasser die Mängel der Volkszählung vom Jahre 1937: „Die Zentrale Verwaltung der volkswirtschaftlichen Registration, in der sich Volksfeinde eingeschlichen hatten, hat die Volkszählung mit den gröbsten Verletzungen der elementarsten Grundsätze der statistischen Wissenschaft und durch Übertretung der von der Regierung bestätigten Instruktionen durchgeführt. Der Volkskommissarenrat hat darum auch in seinem Beschluss vom 25. September 1937 die Organisation der Volkszählung als unbefriedigend und die Zählungsmaterialien als mangelhaft aner-

*) Finnland hat ca 3,6 Mill. Einwohner.

kannt . Die Volksfeinde — die Spione und Verräter der Bande Trotzkij und Bucharin — haben getan, was sie tun konnten, um die wahre Zahl der Bevölkerung zu verdrehen. Sie haben den Zählern schändlich-falsche Hinweise erteilt und das Ergebnis war, dass zahlreiche Bürgergruppen gar nicht registriert wurden... Die Volksfeinde haben sich verschiedenartig bemüht, damit nur ja die Volkszählung eine *kleinere* Bevölkerunganzahl, als faktisch vorhanden, aufweist."

Wie gewöhnlich, waren auch bei der Volkszählung die „Volksfeinde" (d. h. diejenigen Kommunisten, die der Stalinregierung nicht gefielen) schuld. *Aber auch die neue Volkszählung im Jahre 1939 registrierte für 12 Jahre einen Zuwachs der Bevölkerung von nur 23,5 Mill. Menschen und nicht etwa 40 Mill.,* wie es nach den Schätzungen der Sowjetstatistik sein musste. Woher der Unterschied, wo sind die 16 Mill. Menschen geblieben? Eine wichtige Ursache scheint diejenige zu sein, dass in den Hungerjahren, die der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und der Entkulakisierung folgten, viele Millionen von Menschen vor Hunger und an den Folgen des Hungers gestorben (sowie während der Kollektivierung ermordet) und von der Statistik nicht registriert worden sind.

11. Schlussbetrachtungen.

Obgleich „die magische Kraft des Eigentums Sand in Gold verwandelt"[170], haben die Bolschewisten das Eigentumsrecht auf den Boden aufgehoben, sowie auch jede freie Tätigkeit der Bauern, der Handwerker, Industriellen und Händler in Russland vernichtet. Die fleissigsten, verständigsten und gebildetsten Bauern und ebenso verschiedene Unternehmer und Angehörige der intelligenten Berufe, wurden von den Bolschewisten getötet oder vollständig ruiniert und in den Zwangsarbeitslagern zu Tode gequält. Im Bauernlande Russland war die Landwirtschaft in den letzten 10—12 Jahren so eingerichtet, dass die fleissigen Kolchosbauern (oder genauer gesagt Kolchosknechte) keinen Gewinn von ihrem Fleisse hatten, sondern häufig sogar weniger als die Nachläs-

sigen verdienen konnten. Die Bolschewisten haben unzählige Male ihre Entrüstung über die unsinnige Wirtschaftsordnung in den „kapitalistischen" Ländern gezeigt, wo die erzeugten Produkte (z. B. Kaffee in Brasilien) in den Jahren der Wirtschaftskrise sinnlos vernichtet wurden, um das Angebot zu vermindern. Aber kein anderes Land in der Welt als die *Sowjetunion* (wo es nach Behauptung der Bolschewisten keine Wirtschaftskrise geben kann) ist dasjenige Land, *in dem in Friedenszeiten und in ein paar Jahren plötzlich fast der ganze Viehbestand und die Milch-, Fleisch-, Wolle- und Lederproduktion vernichtet wurden.* Trotz der grossen Naturreichtümer lebte die Bevölkerung der Sowjetunion während der vergangenen 25 Jahre in einer grenzenlosen Armut und viele Millionen von Menschen sind sogar vor Hunger gestorben. Das hat die widersinnige bolschewistische, der menschlichen Natur widersprechende Wirtschaftsordnung erreicht, die nur durch Ermordung und Ausrottung von Millionen wertvollster Menschen und das ununterbrochene Terrorisieren und Quälen der ganzen Bevölkerung aufrecht zu erhalten war. Die Industrialisierung und enorme Rüstung[171] der Sowjetunion wurde mit grosser Verschwendung des Volkseinkommens durchgeführt, Millionen von Menschen mussten dafür Hungers sterben, ihre Gesundheit verlieren oder ein menschenunwürdiges Leben führen. Die bolschewistische Regierung Moskaus begnügte sich nicht nur damit, Russland zu beherrschen und zu unterdrükken, sondern hat immer nach der gewaltsamen Zerstörung der „kapitalistischen" Welt und nach der Schaffung der „Weltunion der sozialistischen Sowjetrepubliken" gestrebt[172]. Als Mittel dazu wurden angewandt: die kommunistische Propaganda und Agitation, die kommunistischen Verschwörungen und Gewalttaten in der ganzen Welt und die Schaffung einer riesigen Armee, einer gewaltigen Rüstungsindustrie und Waffenmengen.

Die schreckliche Bilanz der Bolschewistenherrschaft in Russland ist zahlenmässig noch nicht vollständig geklärt, aber selbst die amtlichen Daten, die die bolschewistische Statistik veröffentlicht hat, geben eine

Vorstellung von dem, was in der Sowjetunion in den letzten 25 Jahren geschehen ist:

In den Jahren 1921—1922 sind mindestens 5 Millionen Menschen vor Hunger gestorben. Unzählige Todesopfer sind auch in den Jahren 1918—1920 in den Städten und auf dem Lande, wegen Hunger, epidemischer Krankheiten verzeichnet, und ausserdem wurden unzählige Menschen im Bürgerkriege und vom roten Terror getötet.

Viele Millionen haben ihre Gesundheit und Lebenskraft durch den Flecktyphus und andere Krankheiten dauernd eingebüsst.

Im Jahre 1922 betrug die Zahl der verwahrlosten Kinder (die ihre Eltern und ihr Heim verloren hatten) 7 Millionen.

Während der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und der „Entkulakisierung" in den Jahren 1930—1933 sind 3—5 Millionen Bauernfamilien mit 15—25 Millionen Menschen verschwunden — grösstenteils ermordet oder zu Zwangsarbeitslager verurteilt. Der bolschewistische Terror gegen die Bauern hat auch noch später gewütet.

Während der Kollektivierung der Landwirtschaft ist der grösste Teil des Viehbestandes vernichtet (19 Millionen Pferde, 32 Mill. Stück Rindvieh, 100 Millionen Schafe, 14 Mill. Schweine) und Millionen Menschen sind wieder vor Hunger gestorben.

Bei der Volkszählung im Jahre 1939 erwies es sich, dass 15—20 Millionen Menschen, die in der Sowjetunion leben sollten, in den Jahren 1927—1939 rätselhaft verschwunden sind.

*

Und die Truppen dieses Staates und dieser Regierung marschierten am 17. Juni 1940 in Lettland ein und okkupierten das ganze Land. Die plötzliche Zerstörung der drei baltischen Staaten und ihre Bolschewisierung waren ein Schritt zur Gründung der „Weltunion der sozialistischen Sowjetrepubliken."

12. Eine prinzipielle Bemerkung.

Alle Daten, die im I. Kapitel (und auch in den nächsten Kapiteln) über Sowjetrussland gebracht wurden, sind nur den *amtlichen bolschewistischen* Quellen entnommen. Schon daraus allein ergibt sich ein düsteres Bild des Lebens der Bevölkerung in der Sowjetunion. In den nächsten Kapiteln werden die Methoden der bolschewistischen Propaganda, die in Lettland zur Vernichtung und Versklavung dieses Staates angewendet wurden, gezeigt und analysiert. Es muss gefolgert werden, dass dieselben Methoden des systematischen Betruges auch bei der sowjetrussischen Bevölkerung 25 Jahre lang benutzt worden sind (einige Beispiele dieses Betruges sind schon geschildert worden!). Der Zweck der bolschewistischen Propaganda ist immer gewesen, das Volk *in einer völligen Unkenntnis über das wahre Leben im Auslande* zu halten und das Leben in der Sowjetunion und die Verdienste der Sowjetregierung und der kommunistischen Partei möglichst wunderbar erscheinen zu lassen. Es ist anzunehmen, dass die tatsächlichen Ernten der Landwirtschaft, die wahre Produktion der Industrie, die wirkliche Bautätigkeit, der wahre Verbrauch von Nahrungsmitteln in Russland und viele andere Daten noch *geringer* sind, als die Zahlen der amtlichen Statistik es zeigen. Anderseits müssen die amtlichen Zahlen über die vor Hunger Gestorbenen, der mit epidemischen Krankheiten Erkrankten usw., wahrscheinlich *zu niedrig* angegeben oder gar nicht veröffentlicht worden sein. Das wahre Leben und das Lebensniveau der Bevölkerung in der Sowjetunion muss also noch schrecklicher und elender*) gewesen sein, als die amtlichen bolschewistischen Daten, die für diese Abhandlung benutzt worden sind, es zeigen.

---

*) Es muss darauf hingewiesen werden, dass der grösste Teil der Bevölkerung Sowjetrusslands das Elend seines Lebens nicht fühlt, oder *nicht vollständig fühlen kann*, weil die Bevölkerung *kein besseres Leben kennt*. Die Volkszählung[173] vom Jahre 1939 hat festgestellt, dass 45% der Bevölkerung im Alter bis zu 20 Jahren ist, also Leute, die nach der Oktoberrevolution geboren und in den Sowjetschulen gebildet und erzogen worden sind. Weitere 18% sollen 20—29 Jahre alt gewesen sein, also zum Momente der

II

Die erste Bolschewistenherrschaft in Lettland im Jahre 1919

Bevor wir zur Darstellung des bolschewistischen Jahres 1940—41 übergehen, müssen einige Worte über die erste Periode der Bolschewistenherrschaft in Lettland, über ihre damaligen Wirtschaftsmethoden gesagt werden. Zum ersten Mal wurde Lettland (russische Provinzen, die später das Territorium des Freistaates Lettland bildeten) mit den Bolschewisten im Jahre 1919 bekannt. Ihre Herrschaft in Riga und im grössten Teile Lettlands dauerte damals etwa 5 Monate, aber in der Provinz Lettgallen (Latgale) blieben die Bolschewisten länger. Ein Teil der Provinz Kurland (mit der Hafenstadt Libau) blieb von den Bolschewisten ganz verschont.

Revolution höchstens etwa 8 Jahre alt, konnten also nichts vom alten Leben in Russland in Erinnerung behalten haben. Weitere 15% der Gesamtbevölkerung standen im Alter von 30—39 Jahren (also zum Momente der Oktoberrevolution nur etwa 9—18 Jahre alt). Es ergibt sich also, dass 63% (oder zwei Drittel) oder sogar 78% der Bevölkerung kein anderes Leben als nur das Sowjetleben gesehen hat oder an kein anderes Leben sich erinnern kann. Nur die älteren Leute sind imstande, einen Vergleich mit der alten „kapitalistischen" Zeit zu machen, aber nur soweit die unablässige Sowjetpropaganda die alten Erinnerungen nicht schon ausgelöscht hat. Menschen, die das Ausland in ihrer Jugend gesehen haben, gibt es in der Sowjetunion sehr wenig. Man darf die Wirkung der Sowjetpropaganda nicht unterschätzen, die 23 Jahre lang jeden Tag und sogar in der Nacht die Wunder und Errungenschaften des Sowjetlandes hervorhebt und lobt, und andererseits, die Schrecken (Hunger, Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrisen, Volksunterdrückung) der „kapitalistischen" Welt bekannt gibt. Und daher können Menschen, die das alte Russland und das Ausland einmal gekannt haben, allmählich zu zweifeln anfangen und sich sagen: „Vielleicht ist doch etwas Wahres an der Sowjetpropaganda!".

Der Friede zwischen Lettland und Sowjetrussland wurde am 11. August 1920 geschlossen.

Lettland war damals vom Weltkriege verwüstet worden. Von der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Gebäude waren 10% vernichtet oder zerstört. Die grosse Industrie Rigas war 1915 nach Russland evakuiert worden. Ein Viertel des Ackerlandes war im Jahre 1920 unbearbeitet geblieben; das Vieh hatte sich stark verringert. Die Bevölkerungszahl Lettlands betrug 1914 etwa 2,5 Mill., aber im Jahre 1917 nur etwas mehr als 1 Million. Ein grosser Teil der Bevölkerung war nach Russland geflüchtet, in die russische Armee einberufen, oder durch Krieg, Krankheiten und Not zu Grunde gegangen. Die Bevölkerung der Hauptstadt Lettlands, Rigas betrug 1914 500.000, aber 1918—1919 nur 200.000.

Unter diesen Verhältnissen begann die erste Bolschewistenperiode in Lettland. Am 3. Januar 1919 nahm die aus Russland kommende bolschewistische Armee Riga ein. Die nationale, bürgerliche Regierung Lettlands, die nach der Proklamation der Unabhängigkeit Lettlands am 18. November 1918 in Riga gebildet worden war, verlegte ihre Tätigkeit nach Libau, wo die Macht in den Händen der deutschen Behörden lag. Das deutsche Heer kämpfte zusammen mit den lettischen Abteilungen gegen die rote Armee und behielt in seiner Herrschaft einen Teil Kurlands.

1. Agrarpolitik.

a) Nationalisierung des Bodens.

Die Grundlage der Wirtschaftspolitik der bolschewistischen Regierung in Lettland war die sowjetrussische Gesetzgebung. Die Dekrete der „sozialistischen Sowjetregierung" Lettlands hatten jedoch einige Eigentümlichkeiten. Das Dekret der Sowjetregierung Lettlands „über die Nationalisierung, die Benutzung und Verwaltung des Bodens" wurde am 1. März 1919 herausgegeben. Es bestimmte folgendes[1]:

„Der ganze Boden Lettlands (Äcker, Wiesen, Weiden, Wälder, Gewässer und unterirdische Schätze) wird

nationalisiert und geht in den Besitz des werktätigen Volkes Lettlands und in die Verfügung seiner sozialistischen Sowjetregierung über, ohne jede Entschädigung den bisherigen Grundbesitzern". Das den Gutsbesitzern angehörige tote und lebende Inventar wird konfisziert und nationalisiert. „Das Inventar der Pächter und der ehemaligen Bauernwirtschaften ist zu erfassen, aber den bisherigen Besitzern zu lassen, sofern es in den von den Besitzern geleiteten Wirtschaften notwendig ist". Alle nationalisierten Besitztümer werden in zwei Gruppen geteilt: 1) in Sowjetwirtschaften und 2) in Pachtwirtschaften. In Sowjetwirtschaften (= „Rätewirtschaften" = Staatswirtschaften) werden alle Wirtschaften mit einer Ackerlandfläche von über 300 Lofstellen (1 ha = 2,69 Lofstellen; 300 Lofstellen = ca. 112 ha) verwandelt (auch kleinere — nach besonderen Bestimmungen des Landwirtschaftskommissariats), und auch alle Wirtschaften mit einer kulturellen und allgemeinen wirtschaftlichen Bedeutung, wie Zuchtviehwirtschaften usw. Die Sowjetwirtschaften werden mit Lohnarbeitern bearbeitet. Die Arbeitszeit der Landarbeiter wird durch dasselbe Dekret durchschnittlich auf 8 Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich bestimmt. Den Landarbeitern der Sowjetwirtschaften ist es verboten, eigenes Vieh zu halten. Die ehemaligen privaten Wirtschaften, die weniger als 300 Lofstellen Ackerland haben, werden vom Staate verpachtet; die ehemaligen Besitzer und Pächter können dieses Land in ihre Nutzniessung auf ein Jahr erhalten, wenn sie das Pachtgeld dem Landwirtschaftskommissariat bezahlen. Eine weitere Verpachtung des vom Staate gepachteten Landes wird nicht zugelassen.

b) In Pächter verwandelte Bauern.

Nach diesem Dekret *waren also alle Grundbesitzer, alle Bauern in Pächter verwandelt,* sie mussten ihr Land vom Staate pachten und dafür Pachtgeld bezahlen. Laut Zirkular[2] des Landwirtschaftskommissariats wurde bekanntgemacht, dass die Arbeiterräte der Landgemeinden mit den ehemaligen Besitzern und Pächtern der Bauernwirtschaften Pachtverträge schliessen sollten.

Falls die ehemaligen Besitzer den ganzen Boden nicht bearbeiten konnten, hatte der Arbeiterrat das Recht, die Wirtschaft demjenigen zu übergeben, der das zu tun imstande war, und den Pachtvertrag mit diesem zu schliessen. Der jährliche Pachtzins war festgesetzt: für 1 Lofstelle Ackerlandes I. Klasse 12 Rubel, II. Klasse 8, III. Klasse 6 Rubel; für Wiesen entsprechend 10, 8 und 6 Rubel. Die Pachtverträge mussten spätestens bis zum 15. März 1919 abgeschlossen werden.

c) Nationalisierung und Enteignung des landwirtschaftlichen Inventars.

Nach einer weiteren Verordnung des Landwirtschaftkommissariats wurde bestimmt[3], dass „alle in Beziehung mit der Landwirtschaft und Milchwirtschaft stehenden Gegenstände", wie Pferde- und Dampfdreschmaschinen, Pflüge, Eggen, milchwirtschaftliche Maschinen, Pferdegeschirr, Saatgut, Kunstdünger u. a., vom Landwirtschaftskommissariat „nationalisiert und zentralisiert" werden und in die Verfügung des Kommissariats übergehen. „Alle, die diese Gegenstände besitzen, müssen sie bis zum 20. März im Landwirtschaftskommissariat anmelden". Also alles landwirtschaftliche Inventar wurde nationalisiert. Eine neue Verfügung[4] des Landwirtschaftskommissariats (vom Mai 1919) bestimmte, dass wegen Mangel an lebendem Inventar in vielen Sowjetwirtschaften, die Kreisvollzugskomitees das Recht haben, aus Privatwirtschaften Pferde und Milchvieh zu requirieren und zwar konnten Pferde, Milch- und Zuchtvieh von Personen genommen werden, die ihre Pferde zur Bodenbearbeitung oder zu anderen staatsnützlichen Arbeiten nicht brauchten, und von Wirtschaften, wo das Vieh die minimale Zahl, die für die eigene Wirtschaft notwendig ist, überstieg.

Das Pachten ihrer eigenen Wirtschaften war für die ehemaligen Grundbesitzer, die Bauern, manchmal nicht ganz einfach. Das beweist folgende Erklärung[5] des Landwirtschaftskommissariats vom 23. April: „Viele Personen haben sich im Kommissariat beklagt, dass die Gemeindevollzugskomitees sich weigern, den ehemaligen

Grundbesitzern das Land zu verpachten. Das Landwirtschaftskommissariat erklärt, dass im Dekret nicht gesagt ist, dass den ehemaligen Grundbesitzern das Land zu verpachten verboten ist; das Recht zu pachten hat jeder, der sich den Regierungsbestimmungen unterwirft".

d) Aufrechterhaltung von Grossbetrieben.

Der Unterschied zwischen dem damaligen Sowjetlettland und Sowjetrussland war folgender: 1) die Güter der Grossgrundbesitzer wurden in Lettland in der Staatsbewirtschaftung behalten und den Landlosen und Bauern nicht zur Verteilung übergeben; 2) alle Bauern, auch die kleinsten, mussten ihr Land vom Staate pachten und Pachtzins bezahlen. In Sowjetrussland war diese Ordnung nicht eingeführt worden. — In einem grossen Leitartikel der Zeitung der kommunistischen Partei Lettlands, der „Cīņa", wurde folgendes am 25. Januar 1919 erklärt[6]: Das Schicksal der Kleinbauern (mit 15—30 Lofstellen Land, d. h. 5,5—11 ha) ist schon vor dem Weltkriege schwer gewesen; sie und ihre Familienangehörigen haben sehr viel arbeiten müssen, weil das Land zu klein war; im Winter mussten sie im Walde arbeiten und im Sommer in den Gütern der Grossgrundbesitzer ihr Geld verdienen. „Wenn man alles Land verteilen würde, würde nicht viel auf jede Wirtschaft entfallen. Die Wirtschaften würden nicht grösser werden, als vor dem Kriege die Haushaltungen der Kleinbauern. Die Landverteilung sieht anziehend nur im ersten Augenblick aus, aber wenn wir an Leute denken, welche schon früher in Kleinwirtschaften gewohnt haben, erkennen wir klar, dass die Verteilung nur eine Plage sein würde". Weiter wurde im genannten Artikel darauf hingewiesen, dass *Grossbetriebe erhalten und neu organisiert werden müssen:* „Den Kleinbauern empfehlen wir, ihre Wirtschaften *zu vereinigen.* Dann wird man die Felder besser verteilen und bessere Maschinen verwenden können und der Boden wird viel fruchtbarer werden." — Den lettischen Kommunisten schwebte also schon damals die Verwandlung der lettischen Landwirtschaft in Sowchosen und Kolchosen vor (in Sowjetruss-

land wurde diese Umwandlung 10 Jahre später durchgeführt).

Man kann sich die Empörung der Bauern, denen die Eigentumsrechte auf ihr Land und Inventar weggenommen wurden, die für ihr eigenes Land Pachtzins zahlen mussten und die jetzt den Pächtern gleichgesetzt worden waren, vorstellen. Aber das war noch nicht alles. Hinzu kamen noch Zwangslieferungen von Getreide und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen an den bolschewistischen Staat zu festen Preisen. Das war die Zeit der „Brotkreuzzüge" und der Tätigkeit der „Proviantruppen" in Sowjetrussland.

e) Terrorisierung der Bauern.

Der Bauer bekam für seine Erzeugnisse keinen realen Gegenwert, wurde aber gezwungen, mit seinen Produkten die ihm verhasste Bolschewistenregierung zu unterstützen. Anstelle des früheren wirtschaftlichen Vorteils trat als Ansporn zur landwirtschaftlichen Tätigkeit, zur Arbeit auf dem Felde und zu Hause, in den Ställen, — die nackte Gewalt. Die Bolschewisten drohten den Bauern mit der Verhängung von harten Strafen, falls sie nicht willig die Forderungen des Staates ausführten. In der Presse ist folgendes zu lesen: „Der Frühling naht mit riesigen Schritten ... Die „grauen Barone" (das war der Spitzname der grösseren wohlhabenden Bauern in Lettland. A. C.) ... muss man zwingen, das in ihrer Verfügung stehende Land zu bearbeiten und zu besäen. Jede kleinste ... Sabotage ist mit Hilfe der Diktatur des Proletariats in den Anfängen zu ersticken, damit die so notwendigen Nahrungsmittel erzeugt werden". Um die Bauern zur Arbeit „anzuspornen", sagt der Verfasser weiter: „Nur dann, wenn *unsere* Wirtschaften (d. h. die Sowjetwirtschaften. A. C.) organisiert sein werden, kann man das Gesetz der Konfiskation des Landes auf die Wirtschaften der „grauen Barone" anwenden. *Die Klasse der „grauen Barone", ähnlich wie die der städtischen Bourgeoisie, muss man vollkommen vernichten.* Ihre Wirtschaften, ähnlich wie die Güter der Grossgrundbesitzer, müssen in die Verfügung der Räte übergehen[7]." Solche Drohungen sollten, nach Meinung der

Bolschewisten, die Bauern zwingen, fleissiger und produktiver zu arbeiten!

f) Die tatsächliche Stimmung der Landbevölkerung.

Die bolschewistische Agrarpolitik in Lettland fand keinen Beifall bei den Bauern und auch nicht bei den Landlosen, denn den Bauern wurde alles weggenommen und die Landlosen bekamen nichts, sie bekamen kein Land. Wie die tatsächliche Stimmung und die Ansichten der Landlosen damals waren, das zeigt ein Zeitungsartikel[8] „Sind das wirklich Kommunisten?" vom 23. Februar. In diesem Artikel wird darauf hingewiesen, dass laut Befragen der Landlosen in der Gemeinde Selburg (Sēlpils), diese die Bodenbearbeitung in den „Kommunen" anerkennen, aber nur in *kleinen,* solchen, welche den Umfang einer Familienwirtschaft nicht übersteigen. Der Verfasser ist mit dieser Ansicht nicht zufrieden: „Über Kommune im Umfange einer Familienwirtschaft zu reden ist einfältig und dumm, weil das ja den Produktionskräften nicht entspricht". „Der Kleinbauer, welchen der imperialistische Krieg zerstört hat, kann, ohne Zweifel, an kein höheres Ideal denken. Er denkt nur an die Restauration, die Zurückgewinnung seiner Wirtschaft, um mit Anwendung aller seiner Kräfte ein wohlhabender Bauer, der keine Not kennt, zu werden. Jeder dieser Kleinwirte bildet sich ein, dass der niedrigste Stand der Stand des einfachen Arbeiters, des Knechtes ist; *ein jeder will mit seinem Fleckchen Land sich zu einer höheren Kategorie erheben,* er hat Aussichten, einmal ein wohlhabender grauer Baron zu werden! Das ist eine typische... Psychologie der kapitalistischen Ordnung — vom kleinen, geringen Ausbeuter ein grosser Ausbeuter zu werden. Dass solche Bestrebungen noch *allgemein* in der grossen Masse der lettischen Landwirte und *sogar bei vielen Landarbeitern herrschend sind,* das ist völlig verständlich, weil bisher der Landarbeiter nicht Mensch, sondern Arbeitsvieh war". *„Derjenige, der ein Pferd hat, bemüht sich ein zweites zu bekommen; wer vorläufig einen Arbeiter lohnt, bemüht sich einen zweiten zu lohnen,* um seine Unternehmung zu erweitern und seinen Wohlstand zu heben". — Obwohl der Verfasser sol-

che allgemeine, von den Kommunisten unbeliebte „kapitalistische" Eigenschaften des lettischen Bauern festgestellt hat, stellt er dennoch die Forderung, dass die Kleinbauern sich in Kommunisten verwandeln sollen: „Was ist zu tun, damit der Kleinbauer im eigentlichen Sinne des Wortes zum Kommunisten werde? ... Man muss sich von seinem Landfleckchen lossagen und sie (die Landfleckchen) in eine kollektive Wirtschaft, die Eigentum der gesamten Gesellschaft wird, vereinigen. Der Kommunismus fordert nicht die Teilung der Produktionsmittel, sondern die Vereinigung derselben in möglichst grosse rationelle Wirtschaften". „Und nur dann, wenn *alle* Menschen *Arbeiter**) sein werden, nur dann wird es einen Kommunismus geben. Darum sagen wir auch, dass *nur ein Arbeiter ein richtiger Kommunist sein kann*". — Aber die Bauern wollten nicht, dass man sie zu Arbeitern und zu Kommunisten macht. Die Bauern und Landlosen, die Landarbeiter, die Pächter, — sie alle wollten ihr Land und eine wirtschaftliche Selbständigkeit, das Eigentumsrecht auf das Land behalten oder neu erwerben.

2. Hunger.

Wie überall in Sowjetrussland, erschien auch in Lettland zusammen mit der Bolschewistenherrschaft der Hunger. Zwar waren auch vor der Bolschewistenherrschaft, durch die lange Dauer des Weltkrieges, die Ernährungsverhältnisse in Lettland nicht besonders günstig. Die Bolschewistenzeit jedoch wurde zu einer Periode echten Hungers. Selbst die bolschewistische Presse erkannte diese Eigentümlichkeit der Bolschewistenherrschaft an. In einem Zeitungsartikel unter dem Titel „Hunger" lesen wir Ende Januar 1919[9]: *„Gleichzeitig mit dem Einmarschieren der Bolschewisten in Riga ist das Brot vom freien Markte verschwunden.* Das hat folgende Ursachen: erstens sind die Bolschewisten Gegner des freien Handels, alles Brot muss normiert verkauft werden, damit mit dem unnormierten Brot die Müssiggängerklasse, die Bourgeois, sich nicht ernähren könnten. Zweitens, auf dem Lande in den Gemeinden

*) Ein sehr charakteristischer kommunistischer Gedanke!

werden alle Getreidevorräte erfasst, so dass die freie Einfuhr fortfällt. Der Zweck dieser Politik ist verständlich: das erfasste Getreide kommt in die Verfügung der Sowjets, davon lässt man den nötigen Teil für das Saatgut und das Übrige wird durch die städtischen Bäckereien zu festen Preisen den Arbeitern verteilt. Das Brot wird zum Monopol der Arbeiter. Und bei der Durchführung des Monopols werden die städtischen Sowjets die Brotrationierung einführen müssen und das Brot hauptsächlich nur den Arbeitern geben. Die Bourgeois, welche nicht arbeiten, sollen nicht essen".

Die vom Ernährungskommissariat für alle Stadteinwohner Lettlands bestimmten Normen waren Ende Februar[10]: ½ Pfund (ca 200 Gramm) Brot täglich pro Kopf, ½ Pfund Salz im Monat; Kinder bis zum Alter von 3 Jahren bekamen 1 Pfund (400 Gramm) Marmelade oder Zucker im Monat; jeder Raucher 10 Stück Zigaretten im Monat. In den letzten Tagen der Bolschewistenherrschaft in Riga, am 19. Mai, wurden von der Regierung folgende Brotrationen für Riga bestimmt[11]: auf Karten der I. Kategorie ¾ Pfund (300 Gramm) täglich, der II. Kategorie ½ Pfund (200 g), der III. Kategorie ¼ Pfund (100 g). Hierdurch sollten in erster Linie die Bedürfnisse der „Werktätigen" befriedigt werden. — Aber selbst diese geringen Rationen konnten nicht verteilt werden.

Ein Leitartikel[12] über die Ernährungsfrage (im Februar) charakterisiert die Lage folgendermassen: „Der Hunger, im eigentlichen Sinn dieses Wortes, hat seine knöcherne Hand ausgestreckt, um die neue Macht zu erwürgen, um die ärmsten Arbeiter zu quälen".

Drei Wochen später (am 28. Februar) schrieb das Organ der Kommunistenpartei[13]: „Wer weiss denn das nicht, dass die Ernährungslage in Riga kritisch und unerträglich ist. Besonders gut wissen das die Arbeiter Rigas, welche diese Hungerlast auf ihren Schultern tragen ... *Viele ... sterben im wahren Sinne des Wortes vor Hunger.*" „Wir wissen auch, dass es in Riga eine sehr grosse Arbeitslosenarmee gibt, welche zu ihrer Lebensfristung ein Halbstof (d. h. ca 0,6 Liter) Suppe täglich bekommt. Dass der Mensch damit nicht zufrieden sein

kann, das ist ja selbstverständlich." „Soviel mir bekannt ist, wird in der letzten Zeit auf den Arbeiterversammlungen von jedem Genossen (Redner) ... die Regelung der Ernährungsfrage und Brot gefordert".

Ende April wurde als „grosses Übel" folgendes berichtet[14]: „Die Arbeiter müssen tagelang um ihr Pfund oder halbes Pfund Brot Reihe stehen, und auch dann kommt es noch vor, dass viele ohne Brot nach Hause gehen müssen".

3. Industrie, Handel und Hausbesitz.

Am 8. März 1919 wurde das Dekret über die Enteignung der Handels-, Industrie- und Landwirtschaftsunternehmungen veröffentlicht[15]. Mit der Durchführung dieses Dekrets waren die Kreisarbeiterräte betraut. Auf Grund besonderer Regierungsverordnungen konnten diese Räte in ihre Verfügung übernehmen: 1) Den Besitz von Personen, deren Vermögenswert 10.000 Rubel überstieg; eine Entschädigung wurde nicht gezahlt. 2) Wo der Wert 10.000 Rubel nicht überstieg; solche Unternehmungen wurden nicht konfisziert, sondern requiriert und die Behörden zahlten eine Taxationssumme zu Gunsten der Rechnung des ehemaligen Besitzers bei der Volksbank. Der ehemalige Besitzer konnte aber von der Bank nicht mehr als 400 Rubel monatlich erhalten. 3) Unternehmungen mit „spekulativem" Charakter wurden nach dem Dekret alle konfisziert, ohne Rücksicht auf den Wert der Unternehmung.

Um einen Begriff von der realen Grösse der soeben genannten 10.000 Rubel zu bekommen, muss bemerkt werden, dass der von der Sowjetregierung im Februar 1919 festgestellte Arbeitslohn[16] für 18-jährige und ältere Arbeiter in Riga und anderen grösseren Städten folgender war: Minimallohn 16 Rubel, Maximallohn 32 Rubel täglich. Also verdiente der bestgestellte Arbeiter im Jahr rund 10.000 Rubel. Wenn also der „Kapitalist" eine Unternehmung in Höhe vom *Jahreslohn eines Arbeiters* besass, dann konnte sein Vermögen ohne Entschädigung konfisziert werden. Aber man konnte jede beliebige Unternehmung konfiszieren, weil ja der

Taxationswert des Besitzes von dem Sowjet abhängig war.

Fast die ganze Industrie Rigas war während des Weltkrieges (1915) nach Russland evakuiert; im Jahre 1920 (nach der Bolschewikenvertreibung) waren in der Rigaer Industrie nur ca 9.000 Arbeiter beschäftigt, d. h. nur 10% der Vorkriegszahl. Auch der frühere Grosshandel hatte fast aufgehört. Ein Teil der Industriebetriebe wurde enteignet und nationalisiert. Die Industrietätigkeit war ganz gering. Viele waren ohne Arbeit. Um die Tätigkeit der Industriebetriebe und ihrer Leitung zu überwachen, d. h. um feststellen zu können, ob der Betrieb mit Erfolg „im Interesse des sozialistischen Staates" arbeite, wurden in Industriebetrieben Kommissionen der Arbeiterkontrolle organisiert[17].

Ein besonderes Dekret[18] vom 19. Februar verfügte die Nationalisierung der Musikinstrumente und der Musikgeschäfte. Alle in Riga befindlichen (nach dem Sinn des Dekrets auch alle diejenigen im Besitz einzelner Personen und Familien) Musikinstrumente und Musikgeschäfte waren dadurch nationalisiert und in die Verfügung der Kunstabteilung des Bildungskommissariats übergeben worden.

Die grösseren städtischen Wohnhäuser wurden ebenfalls nationalisiert. Am 8. März wurde vom „Vollzugskomitee des Rigaer Arbeiterdeputiertenrates" im Regierungsanzeiger[19] die erste Liste der nationalisierten Wohnhäuser in Riga veröffentlicht; es waren 68 Immobilien verzeichnet. Später wurden noch mehrere ähnliche Verzeichnisse der in Riga nationalisierten Häuser veröffentlicht. Eine Woche vor der Vertreibung der Bolschewisten aus Riga, am 15. Mai, wurde eine Liste[20] mit den nationalisierten Häusern Nr. 226—278 veröffentlicht. Also waren am Ende der Bolschewistenherrschaft in Riga 278 Häuser nationalisiert.

4. Bankwesen, Einlagen, Geld und Gold.

Wegen der Inflation, der Warenknappheit und durch die Kriegswirren war der Geldwert auch im damaligen Lettland stark gesunken und die Rolle der Ban-

ken war ganz klein geworden. Doch erliess die Sowjetregierung ein Dekret[21] über die Nationalisierung der Banken, „um Arbeiter, Bauern und alle Werkleute von der Ausbeutung durch das Bankenkapital vollständig zu befreien". Die Operationen der Banken und anderen Kreditanstalten wurden als Staatsmonopol erklärt. Alle Aktienbanken, Bankkontore, Kreditvereine und Sparkassen wurden mit der in Lettland neugegründeten Volksbank zusammengeschweisst. Es wurde erklärt, dass man die Interessen der kleinen Einleger und überhaupt die Interessen der Werktätigen in vollem Masse sichern werde. Es wurde auch ein Dekret über die Annullierung der Wertpapiere herausgegeben[22].

Ein besonderes Dekret[23] über Einlagen bestimmte: Alle Einleger, deren Einlagen in allen Kreditanstalten zusammen 10.000 Rubel nicht übersteigen, bekommen von der Einlage jeden Monat ein Existenzminimum in Höhe von 400 Rubel ausgezahlt. *Alle Einlagen, die 10.000 Rubel übersteigen, werden konfisziert.* Diejenigen Einleger, die einer Kreditanstalt schuldig sind, dürfen die Auszahlung ihrer Einlage, auch wenn sie kleiner als 10.000 Rubel ist, nicht fordern, bevor sie die Schuld der Kreditanstalt bezahlt haben. Die Einlagen, welche nach dem 9. Januar 1919 eingezahlt sind, sind keinen Begrenzungen unterworfen.

Ein Dekret über die Ordnung des Geldumsatzes in Lettland besagte[24], dass Einzelpersonen bei sich Kleingeld (in nicht grösseren Geldscheinen als 10 Rubel) nicht mehr als 100 Rubel und übriges Geld nicht mehr als 1000 Rubel halten durften; der Überschuss musste nicht später als am zweiten Tage in der Volksbank, auf das Konto, abgegeben werden; wenn grössere Summen gefunden werden sollten, müsse das Geld konfisziert werden. — Das war der „gesetzliche" Grund zur Ausplünderung der etwas wohlhabenderen Bevölkerung.

Alle Goldschmiede (Werkstätten) und alle Gold- und Silberwarengeschäfte wurden nationalisiert. Edelmetalle und Edelsteine jeder Form wurden aus dem Umsatz genommen und der Volksbank übergeben. Diese Massnahmen regelte ein besonderes Dekret[25].

5. Die Ausplünderung der wohlhabenden Schichten.

a) Die einmalige ausserordentliche Steuer.

Schon ein Monat nach dem Einmarsch der bolschewistischen Truppen in Riga, am 5. Februar 1919, wurde ein Dekret[26] über eine einmalige ausserordentliche Steuer von den vermögenden Klassen in Lettland veröffentlicht: Die Steuer wird vom Kapital, vom Kriegsgewinn, von städtischen und ländlichen Immobilien, von den Handels- und Industrieunternehmungen und von den freien Berufen erhoben.

a) Vom Kapital und Kriegsgewinn während der 4 letzten Jahre werden folgende Steuersätze berechnet: Kapitalien bis zu 20.000 Rubel sind steuerfrei; 20—30.000 Rubel müssen 5% zahlen; 35—40.000 — 10%, 80—100.000 — 35%, 200—300.000 — 75%, 300—500.000 — 90%, 500.000 und mehr — 100%, d. h. das Kapital wird konfisziert.

b) Städtische Immobilien werden nach ihrem Werte und der Rentabilität in Gruppen eingeteilt; der Steuersatz beträgt hier ½%—8% vom Werte; z. B. in Riga: ein Immobilienwert von 20.000 Rbl. war steuerfrei; für einen Wert von 20—30.000 Rubeln musste ½% gezahlt werden, für 200—300.000 Rub. — 6%. Immobilien, deren Wert 300.000 Rubel übersteigt, werden konfisziert und die ehemaligen Besitzer müssen ausserdem noch 8% vom Immobilienwerte Steuer zahlen.

c) Die ländlichen Besitze werden nach der Ackerlandfläche besteuert: Wirtschaften bis zu 35 Lofstellen Ackerland sind steuerfrei, für 35—50 Lofstellen müssen 50 Rubel gezahlt werden; für 50—75 Lofstellen — 200 Rub., für 100—200 Lofstellen — 1000 Rub., für 200—300 Lofstellen müssen 3000 Rub. Steuer gezahlt werden; Wirtschaften mit über 300 Lofstellen Ackerland müssen 20 Rubel für jede Lofstelle zahlen (also für 301 Lofstelle musste man 6020 Rubel zahlen) und die Immobilien werden sogleich in die Verfügung der Sowjets übergegeben, auch wenn sie auf Grund des Dekrets über die Nationalisierung des Bodens noch nicht zu konfiszieren waren. Den Adligen wird alles bewegliche und

unbewegliche Vermögen konfisziert, mit Ausnahme von nur den „zum Leben notwendigsten Gegenständen".

d) Die Handels- und Industrieunternehmungen müssen 1—10% vom Umsatz des letzten Jahres zahlen.

e) Die freien Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten u. a.), wenn ihre Einkommen im vorigen Jahre 6000 Rubel übersteigen (nach dem bolschewistischen Lohntarif sollte der bestgestellte Arbeiter etwa 10.000 Rubel im Jahr verdienen), zahlen: mit Jahreseinkommen von 6—10.000 Rub. — 10% von der Summe, die 6000 Rubel übersteigt (also von 4000 Rubel Einkommen), mit einem Einkommen von 15—20.000 Rub. — 25% von der Summe über 6000 Rub. (also von 9000—14.000 Rub. Einkommen), 20—30.000 Rub. — 50%; bei einem Einkommen von 30.000 und mehr — werden 15.000 Rubel dem Besitzer gelassen, das Übrige wird weggesteuert.

Um reale Werte, Waren (das Papiergeld hatte nur geringen Wert) aus der Bevölkerung herauszupressen, bestimmte das Dekret noch, dass die vermögenden Klassen die einmalige ausserordentliche Steuer in barem Gelde oder in Waren und Lebensmitteln zahlen konnten. Zahlte man die Steuer mit Gold- und Silbergeld, so wurde 1 Goldrubel 10 Sowjetrubeln, 1 Silberrubel 4 Sowjetrubeln gleichgesetzt.

In derselben Zeitungsnummer war ein Leitartikel des Hauptes der Sowjetregierung Lettlands (Stutschka) über diese Steuer veröffentlicht worden: Die Steuer sei „eine Taktik des streng geführten Bürgerkrieges", der Anfang der „Beraubung der Räuber". „Wir schlagen der Bourgeoisie offenherzig vor eine einmalige Kontribution zu bezahlen, um solcherweise sich von den unregelmässigen örtlichen und personellen Kontributionen zu retten". Weiter sagte Stutschka, dass sobald die Bolschewisten es für nützlich finden, werden sie ohne Verzögern alles Papiergeld als annulliert erklären.

b) Kleider- und Schuhsteuer.

Zehn Tage später erliess der Arbeiterdeputiertenrat der Stadt Riga folgende Verfügung[27] über die „Kleider- und Schuhsteuer" der Bourgeoisie: „An der Front fühlt man scharf den Mangel an warmen Ober- und Unter-

kleidern. Unsere Schützen kämpfen dort unbekleidet und ohne Stiefel... Die vermögenden Klassen in Riga jedoch spazieren in warmen Pelzen und halten ausserordentlich grosse Vorräte an warmer Wäsche und Kleidern verborgen". Darum sollen alle Personen, die die einmalige ausserordentliche Steuer bezahlen müssen, noch mit der Kleider- und Schuhsteuer besteuert werden. In der Zeit vom 19.—22. Februar müssen sie nach bestimmten Punkten männliche Wäsche, Anzüge, Mäntel, Pelze, verschiedene Stiefel, warme Socken, Handschuhe, Bettwäsche, warme Decken, Laken, Kissen, Handtücher, Taschentücher, nicht genähte Kleidermaterialen abliefern. Man müsse alles abliefern; pro Person dürfe man nicht mehr als folgende Normen behalten: 4 Laken, 3 Handtücher, 3 Tischdecken (pro Familie), 12 Taschentücher, 1 warme Decke, 2 Paar warme Socken, 1 Paar Handschuhe, 4 Paar Wäsche, 2 Paar warme Wäsche, 2 Paar Schuhe, 1 Winter- und 1 Sommeranzug, 1 Winter- und 1 Sommermantel. Man müsse die besten Stücke abgeben, alte und verdorbene werden nicht angenommen. — Der 6. Punkt der Verfügung bestimmt: *„Allen Hausknechten und Hausangestellten (Dienstmädchen u. a.) wird zur Pflicht gemacht, streng zu kontrollieren,* dass diese Bestimmungen von der Seite der Bourgeoisie erfüllt werden". — Eine Verbergung und der Ausverkauf der Kleider, um sich so vor der Steuer zu schützen, sollte mit den strengsten Strafen bestraft werden; auch diejenigen, die hierbei helfen oder den Behörden keine Meldung machen, sollten ebenfalls bestraft werden.

Im Leitartikel (in derselben Zeitungsnummer) über diese Steuer wird die Verfügung mit folgenden Worten begründet: „In Pfühlen und weichen Kissen wälzen sich die dicken Bourgeoisfrauen und die ausschweifenden Tagediebe herum. Luxuriös gekleidet, spazieren durch die Strassen Rigas die reichen Müssiggänger. Sie freuen sich über jeden Sieg der Weissgarden. Ihnen sind die Qualen der Revolutionsbeschützer lieb. Das kann so nicht mehr weitergehen. Das ist der grösste Unfug".

Die Bolschewisten waren mit den Erfolgen der einmaligen ausserordentlichen Steuer und der Kleidersteuer

nicht zufrieden und drohten den „Bourgeois" Ende Februar mit folgenden Worten: „Wir sind offen und sagen, dass *wir die Bourgeoisie vernichten wollen und auch vernichten werden*... Wir sagen und predigen offen, dass die Bourgeoisie ihren Reichtümern entsagen muss. Wenn sie die Reichtümer nicht freiwillig hergeben wird, werden wir sie selbst holen[28]".

Eine andere Verfügung[29] des Rigaer Arbeiterdeputiertenrates bestimmte: „Jeder Möbelverkauf ist verboten". Der Verkauf und das Hinübertragen von Möbel in eine andere Wohnung sei nur mit besonderer Erlaubnis der zentralen Wohnungsverwaltung des Arbeiterdeputiertenrates gestattet. — Der Grund dieser Verfügung war, den wohlhabenden Leuten die Möglichkeit zu nehmen, ihre Möbel und andere Gegenstände der Wohnungseinrichtung vor der Konfiszierung zu retten und sie irgendwo zu verbergen oder zu verkaufen. Die Möbel und andere Wohnungsgegenstände wurden den wohlhabenden Leuten weggenommen.

Vom „Revolutionären Kriegsrat" des Rigaer Verteidigungsbezirks wurde eine Massenvertreibung und Beraubung der Bevölkerung Rigas angeordnet (Befehl Nr. 8 vom 25. März 1919)[30]. Im Befehl ist folgendes zu lesen: „Da die Bourgeois in vielen Städten aus Kellern und Hausfenstern die Abteilungen der roten Armee und Arbeiterkampfscharen beschossen haben, befehlen wir: 1) Alle Bürger, welche nicht physische Arbeiter, oder welche nicht Familienangehörige von Arbeitern oder Rotarmisten, oder die nicht in Fabriken, Werkstätten, Sowjetgeschäften und Behörden beschäftigt sind, und falls sie in folgenden Strassen wohnen (es folgt das Verzeichnis der Strassen) ... müssen bis zum 27. März 8 Uhr abends ihre Wohnungen verlassen und in folgende Bezirke ziehen..." Weiter wurde verboten, „unnötige" Nahrungsmittel, Möbel, Kleider, Geschirr und anderes Inventar mitzunehmen. Die verlassenen Wohnungen mussten den Hausknechten übergeben werden. Wer nicht Folge leistete, wurde dem revolutionären Tribunal übergeben. -- Von diesem Befehle wurden viele Familien, die in einer ganzen Reihe von grossen und langen Strassen (z. B. in der Marienstr., Suworowstr., Alexanderboulevard, Alex-

anderstrasse, Grosse Moskauerstrasse, Mitauer Landstrasse, Petersburger Landstrasse, Scheunenstrasse, Weberstrasse u. a.) Rigas wohnten, betroffen.

6. Die Verdächtigung der Intelligenz.

Die Bolschewisten hassten nicht nur Händler, Fabrikanten und Bauern, sie hassten überhaupt alle Arbeiter der Stirn, so z. B. erklärte ein Bolschewistenführer in seinem Artikel[31] („Ob Sabotage?"), dass Lehrer, Ärzte, Beamte und Rechtsanwälte die Kommunisten hassen; sie treten zwar in den Sowjetdienst ein, aber „die Sowjetarbeit ist ihnen nur eine Maske, unter welcher sie ihre schmutzigen Absichten durchsetzen." Die Arbeit der Bolschewiken werde durch diese Leute gehindert und gestört.

„Im Zentrum der Rigaer Wirtschaft stehend und ihre ganze Tätigkeit überblickend, entsteht unwillkürlich die Frage: warum geht die Arbeit nicht so schwungvoll und reibungslos, wie das in unseren Verhältnissen und mit unseren Kräften zu erwarten wäre. Man muss sich fragen: untergraben die neuen Sowjetangestellten, die aus den Reihen der Bourgeoisie kommen, nicht unsere Arbeit?"

„Denn, wenn ... du mit ihnen (d. h. den „bürgerlichen" Sowjetangestellten. A. C.) sprichst, arbeiten sie und erkennen den Bolschewismus an, aber sobald du ihnen den Rücken zukehrst, wird die Arbeit in einem langsamen Tempo verrichtet ... Es wird gearbeitet, aber die Arbeit ist unproduktiv."

Weiter betrachtet der Verfasser einzelne Berufe: „Schon während der Revolution im Jahre 1917 gehörten die Lehrer Lettlands zu den schwärzesten, zurückgebliebensten Arbeitern des öffentlichen Dienstes. Die Lehrerkonferenzen zeigten es klar, dass Lehrer mit Händen und Füssen gegen Neuerungen in Schulen und in Erziehungsmethoden gestimmt haben. Aber jetzt, was sehen wir? Es sieht aus, als ob die Lehrer .. ihre Ansichten geändert hätten. Jeder weiss es, dass Erziehungsarbeit kein Strassenreinigen ist ... Das ist eine Ideenarbeit ... *Die alten Lehrer vergewaltigen die neue*

Schule. Sie tun auch jetzt noch die alte dunkle Arbeit... Das darf nicht zugelassen werden... Nach meiner Meinung, ist es besser, die Schule ganz zu schliessen, falls keine Lehrer aus dem Proletariat da sind... Die Schuljugend kann man nicht verderben lassen."

„Nehmen wir ein zweites Beispiel. Wer weiss es denn nicht, dass Ärzte... dem rechten politischen Flügel angehörten. Und jetzt?.. Ein Teil von ihnen verrichtet Sowjetarbeit. Aber diese Arbeit ist unbefriedigend. Ärzte können sich nicht an das neue Regime gewöhnen. Überall geben sie der Bourgeoisie den Vorzug..."

„Die Advokatur. War sie nicht zum grössten Teil die schwärzeste der schwärzesten Schichten... Aber auch sie hat sich schnell... dem Sowjetdienst angeschlossen. Welchen Nutzen kann die neue Gesellschaft von ihnen erwarten? Ich denke, dass der Nutzen nur sehr klein sein kann. Diese Leute können der neuen Gesellschaft nur schaden, denn ihre bisherige Tätigkeit war nur auf das Betrügen der Menschen gerichtet."

„Endlich ein Wort über die Beamten. Schon von alten Zeiten her waren die Beamten in der Stadt Riga, sowie im übrigen Lettland, ausgesuchte und dressierte Beschützer einer gewissen Klasse. Die Beamten rekrutierten sich aus den bürgerlichen Schichten. Einem anders gesinnten Menschen war das Eindringen in das Beamtentum schwerer, als dem Esel durch ein Nadelohr hindurchzukriechen". Der Verfasser schliesst mit den Worten: „Genossen, hütet Euch und haltet Eure Augen offen!".

Die Intelligenz in den Sowjetbehörden war also den Bolschewiken verdächtig und schädlich. Ebenfalls schädlich und verdächtig waren alle Leute, die sich an der Sowjetarbeit nicht beteiligen wollten! Für die Intelligenz gab es keine Rettung!

7. Terror.

a) Revolutionstribunale.

Bestimmungen über die Revolutionstribunale wurden am 28. Januar veröffentlicht[32]. Laut diesen Bestim-

mungen waren Urteile, die von den Tribunalen gegen Konterrevolutionäre, Spekulanten u. a. gefällt wurden, endgültig. In den damaligen Zeitungen sind häufig Urteile der Tribunale veröffentlicht worden. Z. B. am 18. Februar machte das Revolutionstribunal der Stadt und des Kreises Riga bekannt[33], dass in den Sitzungen am 11. und 13. Januar 6 Leute zum Tode verurteilt worden wären und zwar: 1 Adliger (weil er gegen die Revolutionären im Jahre 1905 gekämpft hatte), 1 Geistlicher, 1 Gutspächter, 1 Arzt (weil er die politischen Gefangenen im Rigaer Zentralgefängnis gequält hätte), 1 Besitzer einer Tischlerwerkstatt und noch eine Person. Am 18. März gab dasselbe Tribunal bekannt[34], dass in einer einzigen „ausserordentlichen" Sitzung 63 Personen zum Tode verurteilt worden wären (42 Personen im Alter von 18 bis 62 Jahren wegen „konterrevolutionärer" Tätigkeit, 15 Personen als „Verräter, Provokateure" usw.); am nächsten Tage (am 19. März) gab das Tribunal 30 neue Todesurteile[35], und noch einen Tag später[36] — weitere 29 Todesurteile bekannt. Am 28. März gab das Mitauer Revolutionstribunal bekannt[37], dass 50 Personen zum Tode verurteilt worden wären, usw.

b) Gefängnisse.

Der „Rat des revolutionären Kampfes" veröffentlichte am 24. Februar Bestimmungen über die Konzentrationslager[38]. In diese Lager werden „Konterrevolutionäre" und alle „der revolutionären Bewegung schädlichen Elemente" untergebracht, bzw. von der übrigen Bevölkerung isoliert.

Im Regierungsanzeiger finden wir am 26. Februar 1919 folgende charakteristische Annonce der „Juristischen Abteilung"[39]: „Gefängniswächter werden für die Rigaer Gefängnisse, sowie auch für das Geleit von Gefangenen benötigt. Anwärter müssen das Führen der Waffen verstehen. Vorzug wird ehemaligen Soldaten und Mitgliedern der Kommunistenpartei gegeben ... Gewünscht sind Empfehlungen von Mitgliedern der Kommunistenpartei, von Sowjetbehörden oder einzelnen Mitarbeitern der Sowjets." — Bestimmungen[40] des Kriegs- und Justizkommissariats über die Gründung von Kon-

voiabteilungen besagen, dass für die Begleitung und Bewachung von Gefangenen besondere Konvoiabteilungen in jeder Kreisstadt gegründet werden sollen und dass diese Abteilungen als Militärabteilungen anzusehen sind.

Das traurige Leben in der damaligen Bolschewikenzeit charakterisieren auch folgende zwei amtliche Bekanntmachungen:

In einer Bekanntmachung[41] wies das Justizkommissariat darauf hin, dass Familienangehörige sich häufig an Strafabteilungen wenden und um die Erlaubnis bitten, mit ihren Angehörigen zusammenkommen zu dürfen. Das Justizkommissariat gibt bekannt, dass diese Erlaubnis nur von denjenigen Gerichts- und Administrativbehörden, in deren Verfügung der Gefangene steht (die Politische Abteilung, das Revolutionstribunal, die Untersuchungskommission u. a.), gegeben werden kann. Die Erlaubnis, mit bereits Verurteilten zu sprechen, gibt der Gefängnisaufseher und nicht häufiger als einmal in der Woche.

Die zweite Bekanntmachung ist die Verfügung Nr. 9 der „Juristischen Abteilung "der Stadt und des Kreises Riga[42] vom März 1919. In der Bekanntmachung ist folgendes zu lesen: „Bisher konnte man allen Verhafteten, die sich in Gefängnissen Rigas befanden, Nahrungsmittel ohne jede Beschränkung von aussen her heranschaffen. Hierdurch wurden die eingeschlossenen Bourgeois und Konterrevolutionäre reichlich mit Nahrung versorgt, sie lebten wie im Hotel. Das Rigaer Proletariat jedoch musste hungern. Um dem ein Ende zu machen, ... wird ab 1. März die bestehende Ordnung abgeändert." Weiter wird bestimmt, dass „Bourgeois, Konterrevolutionäre, Spione und Weissgardisten" Nahrungsmittel von aussen nur *zweimal im Monat* (am ersten und letzten Sonntage) und die übrigen Gefangenen (also — kriminelle) *dreimal in der Woche* bekommen dürfen.

c) Zwangsarbeiten.

Auch nach der Beraubung wurde die früher wohlhabende Bevölkerung nicht in Ruhe gelassen. Viele von ihnen wurden verhaftet (auch hingerichtet) und die Übrigen mussten Zwangsarbeiten leisten. Laut einer Ver-

fügung[43] des Rigaer Arbeiterdeputiertenrates wurde bestimmt, dass bei Strafabteilungen für „die Gegner des Sowjetregimes und verschiedene weniger wichtige Verbrecher" „Arbeitsgruppen" zu organisieren sind. Das höchste Strafmass soll die Verurteilung zu „öffentlichen Arbeiten" in Arbeitsgruppen bis zu 6 Monaten sein. Es soll 8 Stunden täglich gearbeitet werden (bei Brücken, Strassen, Kanal- und Kanalisationsarbeiten u. a.). Nahrungsmittel dürfen von aussen nicht herangeschafft werden. Leute, die fortzulaufen oder sich zu drücken versuchen, werden sogar mit der höchsten Strafe, dem Tode bestraft.

Genau denselben Zweck hatte das „Dekret der Beschäftigung der Bourgeois bei öffentlichen Arbeiten"[44]. Das Dekret bestimmte: Bourgeois sind „unverzüglich" bei öffentlichen Arbeiten zu beschäftigen. Zu beschäftigen sind: a) alle diejenigen, die nicht von ihrer, sondern von fremder Arbeit oder vom arbeitslosen Einkommen (vom Kapital, vom Eigentum, von den sog. „freien Berufen, sowie auch von Ersparnissen dieser Einkommen; weiter Adlige, ehemalige Gutsbesitzer, Hausbesitzer, Privathändler, welche fremde Arbeitskraft ausbeuten, Direktoren verschiedener wirtschaftlicher Unternehmungen) leben; b) Personen ohne bestimmte Beschäftigung, und c) Frauen der im Punkte a) genannten Personen, auch erwachsene Kinder und Verwandte, — falls sie nicht eine „dem Staate oder der Gesellschaft nützliche" Arbeit verrichten. Rechtsanwälte, Professoren, Literaten u. a. freie Berufe werden von Zwangsarbeiten befreit, wenn sie eine nützliche Arbeit verrichten. — „Zur Beschäftigung der obengenannten Personen sind in erster Linie folgende öffentliche Arbeiten zu empfehlen: a) Assanierungsarbeiten, Strassenkehrungsarbeiten und andere Stadtbereinigungsarbeiten; b) eilige Verladearbeiten schwerer Gegenstände für Ernährungs- und Kriegszwecke; c) Transport von verschiedenen Gegenständen in Fällen, wo Pferde und andere Transportmittel fehlen; d) Graben von Befestigungen und überhaupt schwere Erdarbeiten; e) Wäschewaschen . . ." (das Wäschewaschen war für die Frauen der „Bourgeois" gedacht. A. C.) usw. — Damit die „Bourgeois", deren Frauen und Kinder, der

Zwangsarbeit nicht ausweichen können, wurde bestimmt: die „Bourgeois" haben besondere „Arbeitsbüchlein", wo die geleisteten Arbeiten einzutragen sind, zu erhalten und können nur dann Nahrungsmittelkarten bekommen, wenn die Arbeitsbüchlein nach gesetzlicher Form ausgefüllt sind. — Wer von den Zwangsarbeiten sich drücken will, wird dem Revolutionstribunal übergegeben.

Es muss noch erwähnt werden, dass laut einer Bestimmung[45] des Innenkommissariats Waffen nur Mitglieder der Kommunistenpartei tragen durften und nur in besonderen Ausnahmsfällen wurde dieses Recht auch „verantwortlichen" Angestellten der Sowjetbehörden-Nichtkommunisten gegeben, falls diese Angestellten Waffen dringend benötigten.

8. Schlussbemerkungen.

Das der Bevölkerung verhasst gewordene Sowjetregime dauerte im grössten Teile Lettlands nur 5 Monate. Arbeiter und andere städtische Einwohner hungerten und starben vor Hunger und an Krankheiten; den Bauern wurde ihr Eigentum genommen, sie wurden verfolgt und ihre Zukunftsaussichten sahen noch viel schlimmer aus; die wohlhabenden Städter und die Intelligenz wurden beraubt, gequält, in Gefängnisse geworfen und hingerichtet. Allein in Riga[46] wurden von den Bolschewisten mehr als 1000 Personen ermordet und 558 Personen sind in Riga im Jahre 1919 als verhungert registriert (in Wirklichkeit muss die Zahl der indirekten Opfer des Hungers eine noch viel grössere gewesen sein). Auch in anderen Städten und auf dem Lande sind viele Menschen von den Bolschewisten ermordet worden, verhungert und an Krankheiten gestorben. Allein in Riga sind 1919 (im ganzen Jahre) 1713 Menschen an Flecktyphus, 512 an Pocken und 797 an Ruhr gestorben. Die Einwohnerzahl Rigas betrug in der Bolschewistenzeit nur ca. 200.000.

Auf jede 10.000 Einwohner der Stadt Riga sind im Jahre 1919 gestorben: an Flecktyphus 86 (im Jahre 1920 nur 8,2; 1921 — 1,9; 1925 — 0,1; 1927 — 0,03),

an Pocken 25,6 Menschen (1920 — 3,0; nach 1922 ist niemand mehr an dieser schrecklichen Krankheit gestorben) und an der Ruhr 40 (1920 — 5,4; 1921 — 2,1; 1930 — 0,03).

Hunger, Leiden, Angst, Qualen, Krankheiten, Mord und Tod — das waren die Ergebnisse der ersten kurzen Bolschewistenherrschaft in Lettland im Jahre 1919. Nach der Vernichtung der Bolschewistenmacht in Lettland ist festgestellt worden, dass überall noch im letzten Moment die Bolschewisten ihre Gefangenen und Feinde massenweise ermordet hatten. Das ist nicht nur in Riga, sondern auch in anderen Städten geschehen, z. B. es wurde damals (Ende Mai 1919) gemeldet, dass auf der Flucht aus der kleinen Stadt Walk die Bolschewisten 60 Personen erschossen haben sollen (insgesamt wurden damals in Walk, nach der Vertreibung der Bolschewisten, in Gräbern ca. 200 Erschossene aufgefunden), in Wolmar wurden ca. 300 Personen erschossen[47], usw.

Das wirtschaftliche Leben war von den Bolschewisten ganz zerstört worden. Das Eigentum, die Privatinitiative und der Unternehmungsgeist waren von den Bolschewisten vernichtet worden; in den Städten konnte man vor Hunger keine produktive Arbeit leisten; auf dem Lande hatten die Bauern kein Interesse mehr an ihrer Arbeit, sie besassen keine Arbeitsfreude, weil sie von den Bolschewisten immer hörten, dass auch die privaten Bauernwirtschaften nur vorläufig zugelassen werden, und zwar nur wegen der Unmöglichkeit, alles auf einmal bewältigen und vernichten zu können[48]. Das Land wurde auch keinem Landlosen (Landarbeitern oder früheren Pächtern) gegeben; diese mussten (wie früher) als Lohnarbeiter in den Sowjetwirtschaften arbeiten. Alle Sowjetunternehmungen und Behörden, in der Stadt und auf dem Lande, arbeiteten schlecht, waren schwach organisiert; es herrschte ein sehr komplizierter Bürokratismus, die Bevölkerung konnte in dem Wirrnis der Sowjetbehörden garnichts erreichen. Es herrschte, wie auch die Bolschewisten es selbst bekannten, überall eine grosse Willkür[49] der Behörden und der Parteifunktionäre.

Mit Hilfe der deutschen Waffen wurde die Bolschewistenherrschaft in Lettland im Jahre 1919 vernichtet und die Bevölkerung vom unerträglichen Alpdruck befreit. Am 22. Mai wurden die Bolschewisten aus Riga vertrieben.

III

Wirtschaftliche Entwicklung des Freistaates Lettland

Die Bolschewisten wurden aus Lettland in den Jahren 1919—1920 vertrieben. Im August 1920 wurde der Friede zwischen Lettland und Sowjetrussland geschlossen und der neue Staat Lettland begann mit der Gestaltung und Entwicklung seiner Wirtschaft. Die Grundlage des Wirtschaftslebens in Lettland waren Privateigentum und Privatiniative. Dem Staate gehörten anfangs nur der grösste Teil der Wälder, die Eisenbahnen, einige Industriebetriebe, Handelsunternehmungen und Staatsbanken. Die Landwirtschaft war im Besitz freier, selbstständiger Bauern, die Industrie, das Handwerk und der Handel gehörten einzelnen Personen und Aktiengesellschaften, und die Häuser der Städte befanden sich im Besitz von Privatpersonen.

Losgelöst von Sowjetrussland, musste Lettland — die ehemalige Provinz Russlands — sein Wirtschaftsleben auf anderen Grundlagen als früher aufbauen. Vor dem Weltkriege 1914—1918 hatte Lettland eine grosse Industrie, die grösstenteils für Russland arbeitete. Die grossen Waggon-, Gummi- und Metallbearbeitungsfabriken in Riga arbeiteten hauptsächlich für Russland. Die Industrie Rigas wurde schon vor der bolschewistischen Revolution im Jahre 1915 bei der Evakuierung der Industriebetriebe Rigas nach Russland zerstört; Maschinen, Rohstoffe und Materialien, als auch die Arbeiter nebst Familien wurden nach Russland evakuiert. Es blieben in Riga nur leere Fabrikgebäude stehen.

Das selbständige Lettland hatte mit Sowjetrussland nur sehr schwache Handelsbeziehungen. Die Wirtschaft

Sowjetrusslands war anfangs zerstört, und die Bolschewisten wollten nach Möglichkeit wenig mit dem Auslande zu tun haben, nur die notwendigsten Maschinen, die von den Industriestaaten geliefert wurden, auch Rohstoffe, konnten eingeführt werden. Der russische Markt war für die Industrie Lettlands geschlossen.

Durch hohe Einfuhrzölle, durch Investition ausländischer Kapitalien und durch die Stärkung der Kaufkraft der Bauern wurde die am Anfang ganz zusammengeschrumpfte Industrie Lettlands wieder allmählich erweitert und eine sehr beträchtliche Höhe der Industrieproduktion erreicht.

Die Produktion der Landwirtschaft wurde verschiedenartig gefördert. Man erzielte bedeutende Erfolge. Nicht nur das vom Kriege Zerstörte wurde erneuert, sondern auch die Ernten und die Viehzucht stiegen über das Vorkriegsniveau. Statt des russischen Marktes fand man für lettische Erzeugnisse neue Märkte in Mittel- und Westeuropa und in anderen Weltteilen; es entwickelte sich eine grosse Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten und Holzmaterialien. Volkseinkommen und Volkswohlstand stiegen.

1. Landwirtschaft.

Obgleich im Jahre 1920, am Anfang der friedlichen Arbeit in Lettland, die Landwirtschaft durch den Krieg stark verwüstet war,*) genügten einige Jahre anstrengender Arbeit der ländlichen Bevölkerung Lettlands, um das Antlitz der Landwirtschaft vollkommen zu verändern. Die Durchführung der Agrarreform**) und die

*) 400.000 Dessjatinen oder ¼ des Ackerlandes lag unbearbeitet; 10% der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Gebäude waren völlig vernichtet oder zerstört; um 15—20% war weniger Vieh und schlechterer Qualität als vor dem Kriege vorhanden; das tote landwirtschaftliche Inventar war zum Teil vernichtet. Es fehlten auch Menschen: die Bevölkerung Lettlands betrug im Jahre 1920 1,6 Mill., vor dem Kriege waren es 2,5 Mill., im Jahre 1925 1,84 Mill[1].

**) Durch das Agrargesetz von 1920 wurde der Grossgrundbesitz (hauptsächlich der deutschbaltische — etwa 1300 Rittergüter), fast vollständig und entschädigungslos enteignet. Die enteigneten

Restauration der im Weltkriege vernichteten*) Bauernwirtschaften erforderten eine sehr umfangreiche *Bautätigkeit* auf dem Lande. In den vom Kriege zerstörten Wirtschaften und in Jungwirtschaften**) wurden viele neue landwirtschaftliche Gebäude gebaut; auch in der Provinz Lettgallen***), wo die Dörfer aufgelöst wurden, mussten die landwirtschaftlichen Gebäude aus den Dörfern in die neuen Einzelhöfe gebracht und zu neuen Gebäuden umgebaut werden. In landwirtschaftlichen Betrieben waren in ganz Lettland im Jahre 1920 ca 692.000 Gebäude[4]. In den Jahren 1920—1930 wurden 355.000 neue Gebäude gebaut (50% von der Gesamtzahl der Gebäude im Jahre 1920). In den folgenden Jahren 1930—1937 wurden noch weitere 86.000 Gebäude errichtet. Man schätzte den Gesamtwert der in den Jahren 1920—1937 neugebauten Gebäude auf ca. Ls 730 Millionen.

Die landwirtschaftliche Produktion wurde vom Staate verschiedenartig gefördert: die Landbevölkerung wurde fleissig geschult, es wurden ihr landwirt-

---

Gutswälder blieben im lettländischen Staatsbesitz und wurden vom Staate bewirtschaftet und als Staatseinnahmenquelle, zur Förderung der Warenausfuhr und der Bautätigkeit auf dem Lande ausgenutzt, das übrige enteignete Land zerteilte man für die bäuerlichen Jungwirtschaften.

*) Nach den Ergebnissen der ersten Volkszählung in Lettland im Jahre 1920 waren von der Gesamtzahl der registrierten landwirtschaftlichen Gebäude (734.732) völlig zerstört oder vernichtet — 78.278 (10,5%), zum Teil zerstört — 104.576 (14,1%).

**) Im Jahre 1929 wohnten in Jungwirtschaften[2] (69.000, mit einer gesamten Fläche von 943.000 ha) 305.000 Menschen (davon waren 248.000 Besitzer nebst Familienangehörigen und 24.000 — Lohnarbeiter), d. h. 25% der gesamten Landbevölkerung.

***) Auch in Lettgallen wurde eine eigenartige, sehr wichtige Agrarreform durchgeführt: die Dörfer dieser Provinz wurden in Einzelhöfe zerteilt[3]. Bis zum Jahre 1938 zerteilte man in Lettgallen 4338 Dörfer mit einer Gesamtfläche von 701.132 ha (60% der Gesamtfläche der landwirtschaftlichen Betriebe in Lettgallen) in 67.863 Einzelhöfe. Vor dieser Agrarreform war im Dorfe das Land jeder Haushaltung in viele zerstreute kleine Teile (Streifen) zersplittert, ebenso wie vor der Revolution in Russland; bei solchen Verhältnissen war die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft sehr niedrig, es waren keine produktiven und rationellen Arbeitsmethoden möglich. Nach der Zerteilung des Dorflandes bekam jede Bauernhaushaltung ihr Land in einem Stück.

schaftliche Kenntnisse beigebracht (durch Belehrungsartikel in Zeitungen und Zeitschriften, durch Kurse und Vorlesungen, durch landwirtschaftliche Schulen, durch den Rundfunk, durch Bücher u. s. w.). Man hob das allgemeine Bildungsniveau der Bevölkerung (viele neue Schulen wurden gebaut; die Schulen besuchte eine viel grössere Anzahl von Schülern als während der Russenherrschaft und die Lehrerzahl war stark gewachsen). Die Landwirtschaft bekam Staatskredite, es wurde die Ausfuhr der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gefördert. In den Jahren der Weltwirtschaftskrise 1930—1933 und auch später, als die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf dem Weltmarkte katastrophal gesunken waren, garantierte der Staat den Landwirten feste Preise für ihre Erzeugnisse; dieses kam der Produktion sehr zugute. Alle diese Massnahmen, verbunden mit dem Fleisse der lettischen Bauern, denen ihr Land als Privatbesitz angehörte. und die ihre Fähigkeiten zu ihrem eigenen Vorteil frei entfalten konnten, führten zu einer starken Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Erhöhung der Ausfuhr der Lebensmittel und anderer Produkte der Landwirtschaft. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion hatte die Hebung des allgemeinen Volkswohlstandes und des Nahrungsmittelverbrauches zur Folge.

Die gesamte Getreideernte betrug im Durchschnitt in den Jahren 1909—1913 815.000 t jährlich, aber in den Jahren 1934—1938 — 1.245.000*) t, also um etwa 400.000 t — um 50% mehr. Besonders stieg in derselben Zeit die Weizenernte, von nur 38.000 t auf 181.000 t (durch die Erweiterung von Weizenfeldern und durch Steigerung der Ernte pro Hektar). Die Kartoffelernte stieg in derselben Zeit von 639.000 t auf 1.610.000 t im Jahre. Es wurde die ganz neue Zuckerrübenkultur eingeführt. Diese Kultur existierte vor dem Weltkriege 1914—18 in Lettland nicht. Die Zuckerrübenernte betrug im Durchschnitt in den Jahren 1934—1938 275.000 t jährlich; in

*) Im Jahre 1920 betrug die gesamte Getreideernte nur 339.000 t.

den letzten Jahren vor dem gegenwärtigen Kriege wurde fast kein Zucker mehr vom Auslande eingeführt, man kam mit dem inländischen Zucker (ebenso mit dem inländischen Getreide) aus. — Die durchschnittliche Roggenernte pro Hektar war in den Jahren 1934—1938 um 47% grösser als vor dem Weltkriege (1909—1913); die Winterweizenernte pro Hektar — um 21%, die Kartoffelernte — um 63% grösser.

Die Pferdezahl vergrösserte sich von 320.000 im Jahre 1913 und nur 261.000 im Jahre 1920 auf 400.000 im Jahre 1938, die Zahl des Rindviehs von 912.000 und 768.000 auf 1.224.000, usw. Es verbesserte sich auch die durchschnittliche Qualität des Viehs. *Die Milchproduktion stieg*[6] *von 618.000 t im Jahre 1920/21 auf 1.668.000 t im Jahre 1937/38;* die Fleischproduktion von 98.000 t im Jahre 1923/24 auf 168.000 t im Jahre 1936/37.

Die Bevölkerungszahl Lettlands blieb jedoch nach dem Weltkriege bedeutend *kleiner* als vor dem Kriege, obgleich Kriegsflüchtlinge aus Russland zurückgekehrt waren und der alljährliche Geburtenüberschuss die Bevölkerung vergrössert hatte. Die Produktion des Brotgetreides (Roggen und Weizen) stieg *pro Kopf der Bevölkerung* von 150 kg in den Jahren 1909—1913 auf 280 kg im Jahre in den Jahren 1934—1938; die Milchproduktion vergrösserte sich von 360 kg im Jahre 1920/21 auf 840 kg im Jahre 1937/38; dasselbe ist auch vom Fleisch und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu sagen. — Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ist um so bemerkenswerter, weil gleichzeitig die Zahl der ländlichen Bevölkerung in den Jahren 1920—1935 fast dieselbe geblieben war (ca 1,2 Mill.). Im Vergleich mit 1913 war die Bevölkerungszahl auf dem Lande nach dem Weltkriege bedeutend kleiner geworden.

Das bedeutet, dass das Lebensniveau der ländlichen Bevölkerung im Freistaate Lettland stark gestiegen war, die Versorgung der eigenen Familien der Landwirte war reichlicher geworden und die Landwirte waren in der Lage, auch eine viel grössere Menge landwirtschaftlicher Erzeugnisse der städtischen Bevölke-

rung und für die Ausfuhr zu verkaufen. *Die Butterausfuhr stieg von Null auf 23.457 t im Jahre 1938;* der Wert dieses Ausfuhrartikels war 1938 54 Millionen Lats = ¼ des gesamten Ausfuhrwertes. Für die Produktion dieser Buttermenge wurden etwa 600.000 t Milch verwendet.

Die genossenschaftlichen Molkereien erweiterten immer mehr ihre Tätigkeit, im Jahre 1938 verarbeiteten sie 726.000 t Milch, hauptsächlich zur Erzeugung von Exportbutter. Das ist eine zwanzigmal grössere Milchmenge als vor 24 Jahren, vor der Gründung des lettischen Staates, vor dem Weltkriege (im Jahre 1914 waren es nur 35.600 t[6]).

Nicht nur das lebende, sondern auch das tote Inventar der Landwirtschaft wurde stark vergrössert. Die Zahl[7] der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte wurde immer grösser und ihre Qualität besser. Die Zahl der Pflüge betrug im Jahre 1920 309.000, 1937 — 485.000; die Zahl der Grasmähmaschinen betrug im Jahre 1920 — 12.130 und 1937 — 49.031; die Zahl der Traktoren betrug im Jahre 1923 — 127 und 1937 — 616, die Zahl der Separatoren in denselben Jahren 71.822 und 112.279.

Die Verwendung von Kunstdünger war im Jahre 1937 — 1938 zehnmal grösser als im Jahre 1922—1923, ca 230.000 t jährlich, gegen nur 21.000 t 1922—1923; hierdurch wurden die Ernten stark gehoben.

In denselben Jahren, als in Sowjetrussland die Zwangskollektivierung und Vernichtung des selbständigen Bauerntums durchgeführt und die Viehzucht ganz zerstört wurde, ist im kleinen Nachbarland, wo die Grundsätze der Wirtschaftspolitik andere waren, die landwirtschaftliche Produktion stark gestiegen. Wenn man die Jahre 1928—1930 mit den Jahren 1934—1938 vergleicht, so ist die jährliche Durchschnittsernte von Getreide um 400.000 t, fast um 50% gestiegen, die Kartoffelernte um 800.000 t (um 100%), die Zuckerrübenernte um 250.000 t (vor 1930 existierte der Zuckerrübenanbau fast gar nicht). — In derselben Zeit ist die Zahl des Rindviehs um 24%, die Zahl der Schweine um 54%, der Schafe um 38%, der Pferde um 8% gestiegen. Die

Fütterung und Qualität des Viehs wurde verbessert, und darum sind die Milch- und Fleischerträge stark gestiegen. Der Milchertrag[8] ist von 1.160.000 t im Jahre 1927/28 auf 1.668.000 t 1937/38 gestiegen (um 44%); die Fleischproduktion[9] von 113.000 t 1930/31 auf 168.000 t 1936/37, um 50%. Im Gegensatz zu Sowjetrussland, wo die Nahrungsmittelerzeugung und Volksernährung in den Jahren 1930—1938 zerstört wurde, herrschte in Lettland eine Zeitperiode bedeutender Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und des Nahrungmittelverbrauches (es stiegen hauptsächlich der Verbrauch der Milchprodukte und des Fleisches). Es wurde möglich, Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten zu heben. Die Bauern konnten viel mehr von ihren Erzeugnissen verkaufen. Es stieg der ganze Volkswohlstand in Lettland. *Man konnte die frühere grosse Einfuhr von Brotgetreide (ca. 100.000 t jährlich) und von Zucker (bis 40—50.000 t im Jahre) völlig unterbrechen und nur mit eigenem inländischen Weizen, Roggen und Zucker auskommen.* Während einiger Jahre (1934—1936) war Lettland sogar aus einem Einfuhrlande in Hinsicht auf das Brotgetreide in ein Ausfuhrland verwandelt worden.

2. Industrialisierung Lettlands.

Zum ersten Mal wurde Lettland am Ende des vorigen und am Anfang des 20. Jahrhunderts, während seiner Angehörigkeit zu Russland, industrialisiert. Es entstand hauptsächlich in Riga eine grosse Industrie, die grösstenteils für die Bedürfnisse Russlands (auch derjenigen Gebiete, die später, nach dem Weltkriege und nach der russischen Revolution, sich in selbständige Staaten verwandelt hatten) bestimmt war. Aber nach der Evakuierung Rigas *im Jahre 1915 blieben in Riga nur leere Fabrikgebäude übrig,* alle Maschinen, Rohstoffe, Materialien wurden nach Russland fortgeführt; auch die Industriearbeiter mit ihren Familien. Man schätzt[10], dass damals ca 30.000 Waggons mit dem Vermögen der Rigaer Industrie im Werte von ca. 1,3 Milliarden Lats nach Russland geführt worden sind. Die Zahl der Fabrikarbeiter und ihrer Familienangehörigen, die nach

Russland im Jahre 1915 evakuiert wurden, wird mit ca 80.000 berechnet. Anstelle der 93.000 Arbeiter, die in den grösseren Industriebetrieben Lettlands im Jahre 1910 beschäftigt waren, arbeiteten im Jahre 1920 nur 21.000. Aus Russland bekam man von den evakuierten Industriemaschinen garnichts mehr zurück.

Die früheren weiten Wirtschaftsbeziehungen mit Russland waren zerrissen. Es wurden jedoch neue Grundlagen der Industrieentwicklung in Lettland geschaffen und neue Märkte für die lettischen Industrieerzeugnisse gefunden. Hohe Schutzzölle sicherten die Tätigkeit der lettischen Industrie; den Industriebetrieben wurden allmählich bedeutende Staatskredite gewährt; auch verschiedenartige ausländische Kapitalanlagen in Lettland trugen dazu bei, die Industrieproduktion zu erweitern. Die wichtigste Grundlage der lettischen Industrie war der innere Markt, hauptsächlich die Landbevölkerung. Die Kaufkraft der Bauern wurde gestärkt; einen fördernden Einfluss hatte das ständige Wachsen der landwirtschaftlichen Produktion und des Einkommens der Bauern. Aber auch die Ausfuhr der Industrieerzeugnisse wurde vom Staat gefördert, und damit wurden neue Beschäftigungs- und Produktionsmöglichkeiten für die Industrie und für die Arbeiter geschaffen.

Man führte aus dem Auslande neue Maschinen und verschiedene Rohstoffe ein. Lettland lieferte der eigenen Industrie wichtige Industrierohstoffe, wie Holzmaterialien und landwirtschaftliche Erzeugnisse, darunter Flachs, Getreide, Milch, Fleisch, Häute, Wolle, Kartoffel usw. Durch die erwähnten Mittel der Wirtschaftspolitik gefördert, stieg die Zahl der in der Industrie (in Betrieben mit mechanischem Antrieb oder mit wenigstens 5 Lohnarbeitern) beschäftigten Arbeiter von 21.000 im Jahre 1920 auf 50.000 — 1925 und 63.000 — 1930. Nach einem kurzen Rückfall während der Jahre der Weltwirtschaftskrisis, erhöhte sich die Arbeiterzahl[11] auf 98.500 im Jahre 1938 (die gesamte Zahl der in der Industrie beschäftigten Personen, also einschliesslich Kontorpersonal und technisches Personal, betrug 1938 117.000). *Im letzten Jahre vor dem gegenwärtigen Krie-*

ge arbeitete in der Industrie) eine fünfmal grössere Arbeiterzahl als 1920, — eine etwa ebenso grosse Anzahl wie vor dem vorigen Weltkriege, im Jahre 1910* (diese statistischen Daten können nicht ganz genau miteinander verglichen werden, da sie nicht nach den gleichen Methoden berechnet worden sind). Wenn man bedenkt, dass die Bevölkerungszahl Lettlands am Vorabend des gegenwärtigen Krieges nur ca. 2 Millionen betrug, und um etwa eine halbe Million kleiner war als vor dem vorigen Weltkriege, so ist es klar, dass *Lettland im Jahre 1938 nicht weniger industrialisiert war, als vor dem vorigen Weltkriege.* — Die grössten Industriezweige in Lettland im Jahre 1938 waren die Metallbearbeitungsindustrie, die Nahrungsmittelindustrie, die Textilindustrie und die Holzbearbeitungsindustrie.

Nicht nur die Arbeiterzahl, sondern auch die technischen Einrichtungen der Fabriken[12] — wie Kapazität der Kraftmaschinen und Maschinenzahl — wurden stark erweitert. Z. B. im Jahre 1922 beschäftigte man in der Industrie Dampfmaschinen und Dampfturbinen mit insgesamt 36.000 Pferdestärken, im Jahre 1938 betrug die Pferdestärkenzahl bereits 141.000; die Zahl der Elektromotoren stieg in derselben Zeit von 1246 auf 14.733, bzw. von insgesamt 13.000 PS auf 107.000 PS.

Die Produktion einiger wichtiger Industriewaren am Vorabend des gegenwärtigen Weltkrieges, als auch den Aufschwung der Produktion in den letzten Jahren zeigen folgende Zahlen[13]:

	1930	*1937*	*1938*
Ziegel, Mill. Stück	47,4	102,4	125,9
Zement, t	69.537	117.591	154.621
Rundfunkempfänger, Stück	1.340	28.285	31.987
Nägel, t	2.962	5.362	5.040

*) Ausser den alljährlich registrierten Industriebetrieben mit mechanischem Antrieb oder mit wenigstens 5 Lohnarbeitern gab es in Lettland noch viele kleinere Handwerkerbetriebe, einzelne Handwerker und Beschäftigte im Heimgewerbe. Nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung waren in der Industrie im Jahre 1935 insgesamt 175.000 Personen beschäftigt, ca 15% der Gesamtzahl der arbeitenden Bevölkerung (1.193.000). In der Landwirtschaft waren 802.000 Personen beschäftigt (Latvijas statist. gada grām. 1939, S. 8).

Fahrräder, Stück	18.968	47.596	54.049
Gummischuhe, 1000 Paar	2.278	1.899	1.738
Seife, t	2.375	3.036	4.034
Superphosphat, t	46.918	109.945	115.167
Baumwollgewebe, 1000 Quadratmet.	9.330	16.394	16.842
Wollgewebe, 1000 Quadratmeter	1.835	4.131	4.158
Kunstseidengewebe, 1000 Quadratmeter	—	2.556	2.864
Bretter und Planken, 1000 Stand.	220	243	163
Furniere, 1000 Kubikmeter	48	95	95
Papier, t	24.574	30.404	28.869
Zucker (aus Zuckerrüben), t	6.011	45.175	33.336
Butter, t	20.400	24.943	29.661

Die Produktion stieg zum Teil auf Kosten der Einfuhr, die beschränkt wurde (z. B. in der Textilindustrie u. a.).

Die *Gesamtzahl* der in der Industrie und im Handwerk beschäftigten Personen stieg von 61.000 im Jahre 1920 auf 125.000 im Jahre 1925, 164.000 im Jahre 1930, 179.000 im Jahre 1935 und auf 205.000 im Jahre 1937. Aber die Bevölkerungszahl ist von 1,6 Mill. im Jahre 1920 auf 2 Mill. im Jahre 1937 (im Jahre 1925 — 1,84 Mill.) gestiegen, also nur um 25% (es kehrten aus Russland viele Kriegsflüchtlinge zurück und auch der alljährliche Geburtenüberschuss vergrösserte die Zahl der Bevölkerung).

Die Schlussfolgerung ist also: im Freistaate Lettland hat sich die Industrie sehr stark entwickelt.

3. Bautätigkeit.

Im Freistaate Lettland bestand 20 Jahre lang eine rege Bautätigkeit, besonders in den ersten Jahren der Selbständigkeit. Auf dem Lande wurden Kriegsspuren beseitigt, in zerstörten Bauernwirtschaften und Jungwirtschaften Gebäude gebaut und in den letzten Jahren vor dem gegenwärtigem Kriege führte die Regierung grosse Kraftwerk- und Staatsgebäudebauten aus. Wie schon erwähnt, *wurden in den Jahren 1920—1937 in landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt 440.000 Gebäude erbaut.* Der Gesamtwert dieser Gebäude betrug ca 730 Mill. Lats. In 10 Jahren

(1920—1930) wurden aus den Staatsforsteien 10 Millionen[15] Festmeter (Kubikmeter) Bauholz für Jungwirtschaften und den im Kriege zerstörten landwirtschaftlichen Betrieben zugeteilt. Diese Zahl charakterisiert den Umfang der Bautätigkeit auf dem Lande. Auch in späteren Jahren bekamen[16] Landwirte aus den Staatsforsteien jährlich noch etwa 1,2 Mill. Festmeter Bauholz und benutzten für Bauzwecke auch noch Bauholz aus ihren eigenen Wäldern.

Von 1926 bis 1939, in 14 Jahren, betrug der reine Zuwachs[17] der Wohnräume in den Städten insgesamt 58.000 Wohnzimmer (die abgebaute Wohnzimmerzahl ist in Abzug gebracht worden). In demselben Zeitabschnitte sind ausserdem für verschiedene andere Zwecke noch rund 8000 verschiedene Gebäude in den Städten erbaut worden.

Gebaut wurden viele neue Schulen; für Staatsbehörden, für Krankenhäuser, für Sanatorien, für Eisenbahnstationen, für Post-Telegraphkontore und die Industrie wurde eine grosse Anzahl Gebäude errichtet und Kommunalbauten, Brücken, Eisenbahnen und Landwege wurden ausgebaut. In den letzten Jahren vor dem gegenwärtigen Kriege errichtete man das grosse *Kraftwerk Kegums* (im Flusse Düna). Kegums war mit einer Kraftstärke[18] von insgesamt 100.000 PS gedacht. Der Bau wurde 1936 begonnen und die gesamten Ausbaukosten betrugen kurz vor dem Bolschewisteneinbruch ca. Ls 60 Millionen. Durch das Kraftwerk Kegums sollte der Verbrauch des elektrischen Stroms auf dem Lande, in der Industrie und in den Städten erweitert werden, und ausserdem sollte das Kraftwerk beträchtliche Mengen von Kohlen ersparen, die Kohleneinfuhr sollte herabgesetzt werden. Beim Bau dieses Kraftwerkes wurden z. B. im Jahre 1938 fast 3000 Arbeiter beschäftigt[19]. Es sollten nach dem Bauplan[20] ca 200.000 Kubikmeter Beton verwendet werden. Zur Ausarbeitung dieser Menge waren etwa 80.000 t Zement nötig. Die Kraftstärke des neuen Kraftwerkes sollte zweimal grösser sein als die Kraftstärke des grössten bisherigen Kraftwerkes in Lettland, des Kraftwerkes der Stadt Riga.

In den letzten Jahren vor dem gegenwärtigen Kriege

wurden in Riga (und auch in einigen anderen Städten, wie z. B. Dünaburg, Mitau) mehrere *monumentale Staatsgebäude,* wie z. B. der Justizpalast (Baukosten ca. 2,5 Mill. Lats), das Finanzministerium (Baukosten bis Anfang 1939 — 6,3 Mill. Lats), das Kriegsmuseum u .a. errichtet.

Die umfangreiche Bautätigkeit in Lettland in den Jahren 1936—1939 ist durch eine *grosse Steigerung der Baumaterialienproduktion* charakterisiert. Die Zementproduktion ist von 69.537 t im Jahre 1930 (letztes Jahr vor der Wirtschaftskrise in Lettland) und nur 49.629 t 1932 auf 117.591 t 1937 und 154.621 t 1938 gestiegen. Der Zementverbrauch war so gross, dass eine zweite Zementfabrik in den Jahren 1936—1938 erbaut werden musste. Die inländische Zementproduktion war nicht genügend gross, und deshalb wurden im Jahre 1938 24.000 t Zement eingeführt (Reineinfuhr). Die Ziegelproduktion stieg von 47 Mill. Ziegeln im Jahre 1930 und 18 Mill. 1932 auf 102 Mill. 1937 und 126 Mill. 1938. Es wurden auch viel mehr Bauarbeiter beschäftigt.

Während des Bestehens des Freistaates Lettland wurden neue Eisenbahnlinien in einer Länge von 864 Kilometer erbaut[21]. Zum 1. Januar 1938 war die Gesamtlänge der Eisenbahnlinien 3350 Kilometer. Die Gesamtlänge von Chausseen und Landstrassen betrug in Lettland 1920 22.222 Kilometer, 1938 — 34.513 km, bzw. um 12.291 km mehr. Es wurden vom Staate jährlich grosse Summen für den Landstrassenbau verwendet.

4. Aussenhandel.

Mit dem Aufschwung des Aussenhandels war Hebung der Produktion der Landwirtschaft und der Industrie verbunden. Die gesamte Aus- und Einfuhr betrug im Jahre 1921 nur 360.000 t (im Werte von Ls 103 Mill.*),

*) Der Latkurs der Rigaer Börse war bis zur Devalvation des englischen Pfundes und der anderen Geldwerte Ende 1931 folgender: 100 RM = 124 Lats; 1 englisches Pfund = 25,20 Lats; 1 Dollar der Ver. Staaten von Amerika = 5,18 Lats; 100 schweizer. Franks = 100 Lats; 100 schwed. Kronen = 139 Lats. Nach der Geldreform in Lettland Ende 1936 war der Kurs des Lats fol-

1922 — 939.000 t (Ls 636 Mill.), 1937 — 3.215.000 t (Ls 492 Mill.). Zu bemerken ist, dass die Warenpreise in den Jahren der Weltwirtschaftskrise stark gefallen waren. Es entwickelte sich ein reger Warenaustausch zwischen Lettland und der übrigen Welt. An erster Stelle ist Deutschland (aus Deutschland kamen bis ca 45% des gesamten lettischen Einfuhrwertes) und Grossbritannien zu nennen. Lettland führte landwirtschaftliche Produkte (ca 50% vom Gesamtwert der Ausfuhr), Holzmaterialien und einige Industrieerzeugnisse aus. Die Butterausfuhr stieg von Null auf 23.500 t im Jahre 1938, die Ausfuhr der Holzmaterialien (Rundholz, Bretter usw.) von 166.000 t im Jahre 1921 auf 1.607.000 t im Jahre 1937, die Sperrholzausfuhr stieg von 400 t im Jahre 1921 auf 57.000 t im Jahre 1937, an Papier und Pappe wurden im Jahre 1937 13.100 t ausgeführt. Weiter exportierte man noch Flachs, Fleisch und Vieh. Eingeführt wurden verschiedene Rohstoffe und Heizmaterialien für die lettische Industrie (Baumwolle, Wolle, Gummi, Eisen, Stahl, Steinkohle usw.), Maschinen für die Landwirtschaft und Industrie, Kraftwagen und verschiedene Verbrauchswaren. In den ersten 10—12 Jahren des Bestehens des Freistaates Lettland importierte man auch viel Brotgetreide (100.000 t jährlich) und Zukker. Diese Einfuhr ersetzte man später durch die erweiterte und völlig neugeschaffene inländische Produktion.

Schon vor der grossen Weltwirtschaftskrisis (1930—1933) hatte der Aussenhandel Lettlands einen verhältnismässig grossen Umfang erreicht. Auf 1 Einwohner gerechnet[22], betrug die Warenausfuhr Lettlands im Jahre 1930 Ls 130 (damals etwa RM 104). Das war eine verhältnismässig grosse Ausfuhr. Die Ausfuhr anderer Staaten in demselben Jahre war viel kleiner: Estlands Ausfuhr betrug Ls 120 pro Kopf der Bevölkerung. Litauens Ls 74, Polens Ls 45, der Sowjetunion Ls 17, Ungarns Ls 96, Spaniens Ls 99, Portugals Ls 34, Italiens Ls 80, Jugoslawiens Ls 46, Rumäniens Ls 50, Bulgariens

---

gender: 100 RM = 204 Lats; englisches und amerikanisches Geld kostete ebensoviel wie vor 1931; 100 schweiz. Franks = 118—120 Lats; 100 schwed. Kronen = 130 Lats.

Ls 40 und Griechenlands Ls 61. Auch die Wareneinfuhr Lettlands war grösser als in den genannten Staaten.

5. Verkehrswesen.

Im Verkehrswesen sind grosse Fortschritte zu verzeichnen. Die Eisenbahnwirtschaft wurde im Freistaate Lettland stark erweitert und verbessert, die Waggon- und Lokomotivenzahl vergrössert und ihre Qualität verbessert. — Im Jahre 1919 waren in Lettland nur 6 private Kraftwagen verzeichnet, aber im Jahre 1930 — bereits 2975, 1938 — 5829 Kraftwagen. Die Zahl der Motorräder vergrösserte sich von 302 im Jahre 1926 auf 2620 — 1938. Gross war ebenfalls die Zahl der Fahrräder; in den letzten Jahren vor dem gegenwärtigen Kriege wurden in Fabriken Lettlands jährlich ca. 50.000 Fahrräder hergestellt (für den inländischen Verbrauch). — Von der Vorkriegsseeflotte (1914 — 88.000 NRT) waren im Jahre 1920 nur 10% übrig geblieben (8916 Nettoregistertonnen); aber schon 1931 war der Bestand der Handelsflotte 123.286 NRT, um 40% grösser als vor dem Weltkriege (1938 — 114.000 NRT).

6. Lebensniveau der Bevölkerung.

Der Verbrauch von Nahrungsmitteln, von Kleidern, Schuhen und anderen Waren ist während des Bestehens des Freistaates Lettland bedeutend erhöht worden. Das beweisen die Statistik der Ernten und Viehzuchterträge und auch die Einfuhrzahlen. Nach der Restauration der vom Weltkriege zerstörten Landwirtschaft war ein neuer Aufschwung der landwirtschaftlichen Produktion, besonders in den Jahren 1931—1938, festzustellen, dessen Folge eine beträchtliche quantitative und qualitative Erhöhung des Nahrungsmittelverbrauches in Lettland war.

Ein ganz anderes Bild bietet die UdSSR. In Sowjetrussland erhielten die Bauern vom Staate für ihre Erzeugnisse immer die allerniedrigsten Preise, aber für

die gekauften Industriewaren mussten sie ausserordentlich hohe Preise zahlen. Die Bauern mussten tatsächlich fast umsonst arbeiten und umsonst ihre Erzeugnisse den bolschewistischen Machthabern hergeben. Die bolschewistische Regierung war den Bauern gegenüber immer feindlich gesinnt. Wer nicht ganz arm und verkommen war, wer ein paar Kühe oder Pferde (oder noch weniger) hatte, wer fleissig und mit Verstand arbeitete, der wurde als Feind der Sowjetmacht angesehen oder wenigstens mit Misstrauen betrachtet, dessen Lage war gefährdet. Den Bauern in Sowjetrussland wurden ihr Land und Vermögen genommen, ihre Selbständigkeit vernichtet, sie wurden alle zu Knechten gemacht und ihre Arbeitsfreude und die Grundlagen ihrer Arbeitsproduktivität zerstört. Millionen von Bauernfamilien wurden getötet und gequält. Darum der beständige Hunger bzw. die Lebensmittelknappheit in Sowjetrussland; im besten Fall kann sich die Bevölkerung — auf dem Lande und in den Städten — mit Brot, Kartoffeln und Gemüse einigermassen sattessen. Die Einwohner der Sowjetunion sind fast Vegetarier, sie haben fast kein Fleisch; auch Milchprodukte sind gering. Das sind die Ergebnisse, das ist der tötende Einfluss der bolschewistischen Agrarpolitik in Sowjetrussland, in einem Lande, das glänzende natürliche Grundlagen für die Landwirtschaft besitzt.

Eine ganz entgegengesetzte Agrarpolitik wurde im Freistaate Lettland getrieben. Ausgenommen die Forsten, die zum grössten Teil im Staatsbesitz blieben, wurde das ganze übrige Land den Bauern als Privatbesitz zur Bearbeitung überlassen. Nicht die niedrigsten, sondern die Höchstpreise zahlte die Regierung den Bauern für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Damit Ernten gesteigert werden, müssen den Bauern vorteilhafte Preise und genügende Verkaufsmöglichkeiten für landwirtschaftliche Erzeugnisse vom Staate gegeben werden — dieses war der agrarpolitische Grundsatz der autoritären Regierung. Seit den Jahren 1930—1932 wurden deshalb auch allmählich für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse feste „gerechte" Preise und nach Möglichkeit weite Märkte (der ganze innere Markt und auch die Aussenmärkte) von der Regierung

den Bauern sichergestellt. Der Privatbesitz und die Sicherung der notwendigen wirtschaftspolitischen Grundlagen der landwirtschaftlichen Produktion führten zu einer grossen und raschen Steigerung der Ernten als auch der Milch- und Fleischerträge in Lettland. In Lettland brauchte man nicht, wie in Sowjetrussland, zu hungern. Die lettischen Bauern wurden immer wohlhabender, sie konnten eine immer grössere Menge ihrer Erzeugnisse zum Verkauf für die Stadtbevölkerung und für die Ausfuhr verwenden.

Der Nahrungsmittelverbrauch stieg in den letzten Jahren vor dem gegenwärtigen Kriege gerade in den unbemittelten Familien, in den Familien der städtischen Arbeiter, der kleinen Angestellten usw.; auch in den Bauernfamilien, wie die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Buchhaltung es zeigen, ist eine Erhöhung des Verbrauches einiger Nahrungsmittel zu ersehen. Nach den Ergebnissen der Statistik der Familienbudgets (diese statistischen Daten wurden in Lettland zweimal vermerkt — im Jahre 1926/27 und im Jahre 1936/37), stieg[23] der jährliche Verbrauch der wichtigsten Nahrungsmittel in den Arbeiterfamilien (in den Städten Lettlands) folgendermassen: der Verbrauch von Butter betrug 1926/27 auf 1 Verbrauchereinheit (d. h. auf 1 erwachsenen Mann gerechnet) 10,4 kg, aber zehn Jahre später — 1936/37 — 16,2 kg (Zuwachs 56%); der Sahnenverbrauch stieg von 2,6 kg auf 8,2 kg; der Milchverbrauch — von 177 kg auf 204 kg, der Quarkverbrauch — von 4,5 kg auf 6,4 kg, der Käseverbrauch — von 1,2 kg auf 2,4 kg, der Fleischverbrauch — von 63 kg auf 70 kg, der Verbrauch von Weizenbrot — von 48 auf 54, der Verbrauch von Weizenmehl — von 13,9 kg auf 17,3 kg (der Verbrauch von Roggenbrot verminderte sich von 93 kg auf 65,2 kg). In derselben Zeit ist auch der Verbrauch von Fischen, Zucker, Konfekt, Saft, Gemüse, Kartoffeln und Obst in Arbeiterfamilien beträchtlich gewachsen. Gewachsen ist also der Verbrauch der teuersten Nahrungsmittel, der Milch- und Fleischprodukte, des Weizenbrotes usw.

Auch in den Bauernwirtschaften verbesserte sich die Ernährung. Auf 1 Verbrauchereinheit (d. h. auf

eine mehr als 15 Jahre alte Person) wurde durchschnittlich in ganz Lettland im Jahre verbraucht: Roggen — 149,8 kg in den Jahren 1927/32 und 145,1 kg im Jahre 1937/38; Weizen — entsprechend 79,1 kg und 88 kg, Vollmilch — 303 kg und 345 kg, Butter — 9,6 kg und 12,4 kg, Fleisch — 73,7 kg und 81,7 kg und Eier — 69 und 100 Stück. Das sind Ergebnisse der landwirtschaftlichen Buchhaltung[24].

Nach dem Verbrauche der Milch- und Fleischprodukte gerechnet nahm Lettland einen der ersten Plätze in Europa und in der ganzen Welt ein. Wenn man die Ergebnisse der Forschungen und Zusammenstellungen der Behörden des Völkerbundes über den Verbrauch der Nahrungsmittel mit der lettischen Statistik vergleicht, so ergibt es sich[25], dass z. B. der gesamte Fleischverbrauch (ausgenommen Geflügel und Wild) in Lettland im Jahre 1935 36 durchschnittlich 84,8 kg pro Kopf der Bevölkerung betrug, in Australien 91 kg, in Belgien 41 kg, in Dänemark 57 kg, in Holland 44 kg, in Frankreich 34 kg, in Neuseeland 107 kg, in Grossbritannien 64 kg, in Polen 19 kg, in der Schweiz 47 kg, in den Ver. Staaten von Amerika 62 kg, usw. (die Zahlen über die genannten Staaten beziehen sich auf den Durchschnitt der Jahre 1930—1934). Der Verbrauch der Milchprodukte war in derselben Zeit (in Lettland im Jahre 1935 36, in den anderen Staaten 1930—34): in Lettland 566 Liter Milch pro Kopf der Bevölkerung, in der Schweiz 509 l, in Dänemark 417 l, in Frankreich 315 l, in Belgien 341 l, in Holland 363 l, in Italien 105 l, in Grossbritannien 403 l, in Norwegen 446 l, in Polen 226 l, in den Vereinigten Staaten von Amerika 368 l, usw. Freilich war in Lettland der Verbrauch von Eiern, Zucker, Obst und Gemüse viel kleiner als in einigen anderen Staaten. Z. B. es wurden in den genannten Jahren in Lettland 76 Eier pro Kopf der Bevölkerung verbraucht, in Belgien 236; der Zuckerverbrauch war in Lettland 22,2 kg, in Dänemark 54 kg, usw.

Als weitere Merkmale der Erhöhung des Lebensniveaus der Bevölkerung in Lettland sind noch folgende zu rechnen: die Vergrösserung des Kleiderverbrauches, des Genussmittelverbrauches (Tabak, alkoholische

Getränke, Bier), des Verbrauches des elektrischen Stromes; die Passagierbewegung auf den Eisenbahnen und in Kraftwagen, die sich stark vergrösserte; die steigende Anzahl von Fahrrädern und Kraftwagen und die verbesserte Wohnungslage auf dem Lande und in den Städten. Es wurden z. B. im Jahre 1921 verschiedene Textilwaren und Textilrohstoffe insgesamt etwa 1000 t eingeführt, aber im Jahre 1937 — 8000 t. Die inländische Flachsernte und der Wollertrag waren im Jahre 1937 viel grösser geworden. Die Anzahl der Fahrräder in Riga vergrösserte sich von 1191 im Jahre 1920 auf 14.646 im Jahre 1930 und auf mehr als 30.000 im Jahre 1939.

7. Kulturfortschritte.

Während des Bestehens des Freistaates Lettland (bis 1937) sind 22.868 Bücher herausgegeben[26] worden. Die Seitenzahl eines Gesamtexemplares dieser Bücher betrug 1921 — 67.828, 1936 — 231.727. Die Volksbildung wurde gehoben. Die Zahl der Schüler[27] in den Volksschulen der zurückgebliebenen Provinz Lettgallen (wo mehr als eine halbe Million Menschen wohnen) betrug im Jahre 1911 (kurz vor dem Weltkriege, während der Russenherrschaft) nur 20.000, aber 1937/38 — 82.000, also *viermal mehr*, obgleich die Bevölkerungszahl in Lettgallen vor dem Weltkriege etwas grösser gewesen war als 1937/38. In derselben Zeit vermehrte sich die Zahl der Lehrer in den Volksschulen Lettgallens von 700 auf 3200. Die Zahl der Analphabeten (die früher hauptsächlich in Lettgallen beträchtlich gross war) wurde im Freistaate Lettland immer kleiner. Eine grosse Erleichterung für die Volksbildung im Freistaate Lettland war der Gebrauch der lettischen Sprache in den Schulen. Früher in der russischen Zeit wurde in den Schulen schon von Anfang an alles in russischer Sprache gelehrt, ganz abgesehen davon, dass die lettischen Kinder und ihre Eltern die russische Sprache nicht verstanden; das verursachte grosse Schwierigkeiten und senkte damals die Erfolge der Schüler erheblich.

Es verbesserte sich auch die Gesundheitspflege. Die Zahl der Ärzte betrug 1921 — 699, Anfang 1938 — 1566; die Zahl der Zahnärzte — entsprechend 351 und 810. Die Bettzahl in den Krankenhäusern und Sanatorien betrug im Durchschnitt der Jahre 1923—27 7172, aber 1933—37 12.104.

8. Das Wirtschaftsleben seit September 1939.

Mit dem Ausbruch des Krieges wurde auch die lettische Volkswirtschaft fühlbar gestört. Der wunde Punkt war der *Aussenhandel.* Lettland stand in einem regen Warenaustausch mit dem Auslande. Ein grosser Teil der Geldeinnahmen der Landwirte kam von ausgeführten landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Die Warenausfuhr verschaffte Lettland die Möglichkeit, die nötigen ausländischen Waren einzuführen. Ein beträchtlicher Teil (30%) der Rohstoffe, welche in der Industrie verarbeitet wurden, war ausländischen[28] Ursprungs, z. B. Baumwolle, Wolle, Metalle, Tabak, Gummi, Erdöl, Erdölprodukte usw. In der Textilindustrie waren 70% vom Gesamtwerte der im Jahre 1938 bearbeiteten Rohstoffe ausländische Waren, in der chemischen Industrie 63%, in der Metallbearbeitungsindustrie 86%. Vom Gesamtwerte der Industrieproduktion wurden 1938 nach dem Auslande 17% exportiert. Besonders gross war jedoch die Ausfuhr der Erzeugnisse der Holzindustrie (71% der Erzeugnisse wurden exportiert), der Papierindustrie und der Flachsspinnereien.

Vor dem gegenwärtigen Kriege wurden wohl einige Rohstoffreserven gemacht, aber in manchen Fällen genügten diese nur für kurze Zeit. Die Ausfuhr und Einfuhr nach Lettland störte gerade der Seekrieg sehr, denn fast der ganze Aussenhandel erfolgte auf dem Seewege (Sowjetrussland spielte in der lettischen Volkswirtschaft keine Rolle). Einigen Industriezweigen fehlten daher bald die ausländischen Rohstoffe, einigen anderen die ausländischen Absatzmärkte. Bei den Kriegsverhältnissen konnte auch nicht mehr soviel gebaut werden, wie früher, sodass auch die Baumateria-

lienindustrie ihre Tätigkeit und Produktion einschränken musste. Die Zahl der in der Industrie Beschäftigten, die in den Jahren 1933—1938 ununterbrochen stark gewachsen war, wurde seit dem Herbst 1939 kleiner. Ende Mai 1939 waren in der Industrie (nach den Angaben der Krankenkassen) 112.000 Personen, Ende Mai 1940 nur 100.600 Personen beschäftigt[29], d. h. um 11.400, um 10% weniger. In der Holzindustrie war in derselben Zeit die Zahl der Beschäftigten um fast 3000, um 20%, kleiner geworden; in der Baumaterialien- und keramischen Industrie um 2000, um 27% kleiner, usw. Ausserdem wurde in einigen Fabriken die Arbeitszeit verkürzt. — Die Folge war, dass der Verdienst der Arbeiter sich verminderte und viele ihre Arbeit ganz verloren.

Um diese Schwierigkeiten zu bekämpfen, verordnete die Regierung, dass ein Teil der Industriearbeiter im Sommer 1940 aus den Städten in die landwirtschaftlichen Betriebe und in die Torfmoore (um das Heizmaterial für den Winter zu gewinnen) gehen sollte, um dann im Herbst wieder die frühere Arbeit in den Fabriken aufzunehmen. Auch den Beamten und Angestellten wurde von der Regierung empfohlen, fast befohlen, den Urlaub auf dem Lande bei Landarbeiten zu verbringen. Das charakteristische in Lettlands Landwirtschaft war nämlich der Umstand, dass ein grosser Teil der Landarbeiter Ausländer waren, auf dem Lande fehlte es an Menschen*). Das war eine bedeutende Schwäche und Gefahr für die Landwirtschaft und die ganze Volkswirtschaft, besonders während Kriegszeiten, wenn ausländische Landarbeiter nicht mehr zu bekommen sind. Darum bemühte sich auch die lettische Regierung in den Jahren 1938—1940 mit verschiedenen Massnahmen, die inländischen Arbeiter auf dem Lande festzuhalten und zu mehren, und ihre Abwanderung vom Lande in die Städte einzuschränken. In diesen Jahren wurde eine weitere Industrieentwicklung verschiedenartig gehemmt (in den Städten konnten nur

*) Die Zahl[30] der ausländischen Landarbeiter in Lettland vergrösserte sich von nur 14.462 im August 1933 auf 46.502 im August 1937.

solche Personen eine neue Beschäftigung finden, welche einige Jahre in den Städten schon gewohnt hatten; eine Eröffnung und Erweiterung von Industriebetrieben wurde erschwert usw.). Diese Massnahmen der Regierung, gleichzeitig mit den Kriegseinflüssen, hinterliessen ihre Wirkung auf die Anzahl der Industriearbeiter und den Umfang der Industrieproduktion.

Die durch den Krieg verursachte Arbeitslosigkeit und Lohnschmälerung, sowie die Bemühungen der Regierung, die Industriearbeiter fast zwangsweise im Sommer 1940 in der Landwirtschaft und bei anderen Arbeiten unter freiem Himmel unterzubringen, rief bei einem Teil der Arbeiter Unzufriedenheit hervor. Seit dem Eindringen der ersten Sowjettruppen in Lettland im Herbst 1939, auf Grund des „Vertrages der gegenseitigen Hilfe" (abgeschlossen in Moskau den 5. Oktober 1939) zwischen Lettland und der Sowjetunion, war die kommunistische Propaganda und Zersetzung in Lettland sehr verstärkt worden. Die verhältnismässig geringen Wirtschaftsschwierigkeiten der Kriegszeit hatten für diese Propaganda einen sehr günstigen Boden vorbereitet.

IV

Ein Vergleich zwischen der lettischen und sowjetrussischen Wirtschaft

Kurz vor dem gegenwärtigen Kriege war Lettland ein Staat mit einem Territorium von 65.791 km² und mit 2 Mill. Einwohnern, die UdSSR[1] ein Staat mit einer Bodenfläche von 21,4 Millionen km² (etwa $^1/_6$ des bewohnten Festlandes, wie die Bolschewisten es zu bemerken pflegen) und mit 170,5 Mill. Einwohnern (am 17. Januar 1939). Also war die UdSSR der Bodenfläche nach etwa 324-mal, der Bevölkerungszahl nach 85-mal grösser als Lettland. Man kann einzelne Wirtschaftszweige und einzelne Wirtschaftserfolge und Ergebnisse beider Staaten nur dann richtig vergleichen, wenn man alles *pro Kopf der Bevölkerung* berechnet. Um Lettland gleich zu werden, muss also die UdSSR etwa 85-mal grössere Produktionszahlen usw. aufweisen können.

Die wirtschaftliche Struktur der beiden Länder, betrachtet nach der Art der Beschäftigung der Bevölkerung, weist keine grossen Unterschiede auf. In Lettland wohnten im Jahre 1935 63,5% (1.240.000) der Bevölkerung auf dem Lande und 36,5% (710.000) in den Städten. In der Sowjetunion[2] wohnten Anfang 1939 67,2% der gesamten Bevölkerung auf dem Lande und 32,8% in den Städten. Auf dem Lande wohnten 114,6 Mill., in den Städten 55,9 Mill. Da das Wohnen auf dem Lande fast gleichbedeutend mit dem Arbeiten in der Landwirtschaft ist, ergibt es sich, dass in beiden Ländern etwa zwei Drittel der Bevölkerung von der Landwirtschaft leben. In Lettland ist der Prozentsatz der Landbevölkerung etwas *kleiner* als in der UdSSR. — Es muss bemerkt werden, dass Ende 1926 (am 17.

Dez.) in der UdSSR nur 147 Mill. Menschen wohnten, davon nur 26,3 Mill. in den Städten und 120,7 Mill. auf dem Lande. Damals wohnten auf dem Lande 82,1%, in den Städten 17,9% der gesamten Bevölkerung. Die Bedeutung der Landwirtschaft war damals also noch grösser als 1939.

1. Landwirtschaft.

a) Landwirtschaftlich benutzte Bodenfläche.

Die von der Landwirtschaft benutzte Bodenfläche betrug in Lettland[3] im Jahre 1935 3,8 Mill. ha, in der UdSSR[4] zum 1 Mai 1937 — 422 Mill. ha. Die bolschewistische Literatur gibt an, dass im Fernen Osten, in Sibirien, in Kasachstan und anderen Gebieten noch „ungeheure" Flächen von der Landwirtschaft ganz unbenutzt liegen. — Die von der Landwirtschaft benutzte Bodenfläche pro Kopf der Bevölkerung ist: in Lettland 1,9 ha, in der Sowjetunion — ca 2,5 ha, also um ein Drittel grösser; ausserdem ist der russische Boden häufig besser und fruchtbarer als der lettische.

b) Erntehöhe pro Hektar.

Die durchschnittliche Getreideernte (aller Getreidearten zusammen) pro Hektar betrug in den Jahren 1933—1937 in der UdSSR[5] 9,1 Doppelzentner (100 kg) im Jahr, in Lettland — 12,3 dz. *In Lettland erntete man also pro Hektar 35% mehr Getreide als in Sowjetrussland.* Die Kartoffel- und Zuckerrübenernten[5] waren folgende: die Kartoffelernte war in der Sowjetunion im Jahre 1933 87 dz pro Hektar, 1937 — 96 dz, in Lettland — entsprechend 135 und 140 dz; die Zuckerrübenernte war in Sowjetrussland in den Jahren 1934—1938 138 dz, in Lettland — 200 dz. *Die Kartoffelernten und Zuckerrübenernten waren also in Lettland pro Hektar um 50% grösser.*

c) Ernten pro Kopf der Bevölkerung.

Die wichtigsten Ernten insgesamt und pro Kopf der Bevölkerung zeigen folgende Zahlen[6]:

	Lettland			UdSSR		
	1929	1933	1937	1929	1933	1937
	Gesamte Ernte (1000 t)					
Gesamte Kornernte . .	949	1199	1369	71.700	89.800	120.300
Kartoffelernte	1080	1403	1782	45.600	49.300	65.600
Zuckerrübenernte . . .	21	186	280	6.250	8.990	21.860
	Pro Kopf der Bevölkerung (kg)					
Kornernte	500	620	700	470	560	720
Kartoffelernte	570	730	890	300	310	390
Zuckerrübenernte . .	11	96	140	41	56	131

Pro Kopf der Bevölkerung ist die Kornernte (Roggen, Weizen, Gerste, Hafer und auch Erbsen; in Russland noch Mais und Hirse) in beiden Ländern etwa die gleiche; die Kartoffelernte ist in Lettland mehr als zweimal grösser; die Zuckerrübenernte ist in beiden Ländern im Jahre 1937 fast die gleiche gewesen (aber 1933 war die Zuckerrübenernte in Lettland fast zweimal grösser als in Sowjetrussland!).

In den Jahren 1934—1938 war die Zuckerrübenernte pro Kopf der Bevölkerung: in Russland 100 kg, in Lettland 140 kg. In denselben Jahren war die Kornernte in Russland 600 kg, in Lettland 630 kg im Jahre.

d) Viehstand.

Ein ganz anderes Bild zeigt die Viehzucht. Die Gesamtzahl des Viehs und die Zahl des Viehs auf 100 Einwohner war im Jahre 1938 (im Sommer) in beiden Ländern folgende[7]:

	Gezamtzahl (Mill.)		Pro 100 Einwohn.	
	Lettland	UdSSR	Lettland	UdSSR
Pferde	0,40	17,5	20	10
Rindvieh	1,22	63,2	61	37
Schweine	0,81	30,6	41	18
Schafe und Ziegen	1,36	102,5	68	60

Obgleich Russland viel mehr Land (auch landwirtschaftlich benutztes Land) pro Einwohner besitzt, *hatte Lettland, mit Ausnahme der Schafe, etwa zweimal mehr Vieh als Sowjetrussland* (verhältnismässig).

Nicht nur in der Viehanzahl bestehen grosse Unterschiede zwischen beiden Ländern, sondern auch in der

Qualität und Produktivität des Viehs. Der Milchertrag[8] pro Milchkuh betrug in Lettland im Jahre 1937/38 durchschnittlich 1900 kg, in den Kolchosen der UdSSR: im Jahre 1937 — 1027 kg, 1938 — 1100 kg. *In Lettland war der durchschnittliche Milchertrag pro Kuh also fast zweimal grösser als in den Kolchosen der UdSSR.* — Auch das Gewicht des Schlachtviehs ist in Sowjetrussland sehr gering. Das durchschnittliche Lebendgewicht des von den Kolchosen dem Staate abgelieferten Viehs betrug im Jahre 1938: Rindvieh 225 kg pro Stück, Schweine 86 kg, Schafe 35 kg. Im Jahre 1932 waren diese Zahlen noch viel kleiner und zwar: 182 kg, 53 kg und 32 kg. Der Futtermangel, die schlechte Pflege des Viehs und überhaupt das Fehlen einer gesunden und produktiven Grundlage der Viehzucht und der Landwirtschaft senken die Erträge der Viehzucht auf ein sehr niedriges Niveau.

e) Fleisch-, Milch- und Wollerträge.

Die Fleisch-, Milch- und Wolleproduktion pro Einwohner war in beiden Ländern folgende[9]:

	Gesamtproduktion der Viehzucht (1000 t)				Pro Kopf der Bevölkerung (kg)			
	Lettland*)		UdSSR		Lettland		UdSSR	
	1932	1938	1932	1938	1932	1938	1932	1938
Fleisch . .	138	168	2.294	3.607	73	85	14	21
Milch . . .	1438	1668	20.538	28.861	745	835	130	170
Wolle . . .	1,6	2,6	69	133	0,83	1,30	0,44	0,78

Im Jahre 1932 (etwa zwei Jahre nach Beginn der „totalen Kollektivierung" in Sowjetrussland) *war die Fleischproduktion pro Kopf der Bevölkerung in Lettland fünfmal, im Jahre 1938 — viermal grösser als in Sowjetrussland. Die Milchproduktion war in denselben Jahren in Lettland etwa fünf- bis sechsmal grösser, die Wollproduktion — 70 bis 100% grösser.*

---

*) Die Zahlen der Fleischproduktion beziehen sich auf die Jahre 1932/33 und 1936/37, die Zahlen der Milchproduktion — auf die Jahre 1932/33 und 1937/38.

Obgleich Lettland relativ dieselbe Menge Getreide wie Sowjetrussland erzeugte, aber eine viel grössere Kartoffelmenge geerntet hatte, und trotz der viel kleineren landwirtschaftlich benutzbaren Fläche, hatte Lettland noch die Möglichkeit eine wirklich „ungeheure" (ein sehr beliebter sowjetrussischer Ausdruck!) Menge Butter[10] zu erzeugen. In Lettland betrug die Butterproduktion (der Molkereien) im Jahre 1938 29.661 t, etwa 15 kg pro Kopf der Bevölkerung. In demselben Jahre erzeugte man in der UdSSR nur 197.700 t Butter, etwas mehr als 1 kg pro Einwohner! Ausserdem wurden in Lettland noch grosse Mengen Butter in den Bauernwirtschaften (für den Eigenverbrauch und zum Verkauf) erzeugt. — Ausser Butter wurde in der UdSSR im Jahre 1937 493.300 t essbares Pflanzenöl[11] produziert, also etwa 3 kg pro Einwohner; in Lettland[12] in demselben Jahre jedoch — 1800 t, also fast 1 kg pro Kopf der Bevölkerung.

f) Wert der gesamten landwirtschaftlichen Produktion.

Um eine ungefähre Vorstellung vom gesamten Werte der landwirtschaftlichen Produktion pro Kopf der Bevölkerung in beiden Ländern zu bekommen, kann der Wert der wichtigsten Erzeugnisse in lettländischen Preisen berechnet werden[13]:

Wert der landwirtschaftlichen Produktion im Jahre 1938 pro Kopf der Bevölkerung.

	Produktion pro Kopf (kg)		Durchschnittlicher Grosshandelspreis in Riga, Lats pro 100 kg	Wert der Produktion (Ls)	
	Lettland	UdSSR		Lettland	UdSSR
Getreide (1937) . . .	700	720	20	140	144
Kartoffel (1937) . . .	890	390	5	45	20
Milch	835	170	18	150	30
Fleisch	85	21	90	77	19

Der Gesamtwert der erwähnten landwirtschaftlichen Produkte pro Kopf der Bevölkerung war in Lettland etwa Ls 412, in der UdSSR — Ls 213. Obgleich beachtet werden muss, dass ein Teil der Getreide- und

der Kartoffelernte als Viehfutter verwendet wird (Hafer, zum Teil auch Gerste, u. a.) und darum gewissermassen zweimal in den in der Tabelle genannten Zahlen erscheint, kann man doch sagen, dass *die landwirtschaftliche Produktion in Lettland etwa zweimal grösser war als in der Sowjetunion.* Ein noch etwas grösserer Unterschied zugunsten Lettlands erweist sich, wenn man bedenkt, dass in der Landwirtschaft in Lettland ein etwas kleinerer Prozentsatz der gesamten Bevölkerung beschäftigt ist als in Sowjetrussland. Also die Arbeitsergebnisse des lettländischen Bauern waren doppelt so gross als in der Sowjetunion, obgleich die Sowjetunion viel mehr und einen besseren landwirtschaftlichen Boden besitzt. Diese Tatsache bleibt unverändert auch bei Berücksichtigung der übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Die Sowjetunion erzeugte[14] im Jahre 1937 2,6 Mill. Tonnen Baumwolle (rohe) und 574.000 Tonnen Flachsfaser, d. h. 15 kg Baumwolle und 3,4 kg Flachsfaser pro Kopf der Bevölkerung. Aber in Lettland wurde viel mehr Flachsfaser erzeugt: die Ernte war 1937 23.120 Tonnen — etwa 12 kg pro Einwohner.

2. Waldwirtschaft.

Die Wälder sind eins der grossen Naturreichtümer der Sowjetunion. Die gesamte Waldfläche beträgt nach amtlichen Angaben 610 Mill. Hektar[15], nach anderen — sogar 956 Mill. ha.[16] Pro Kopf der Bevölkerung wird in der Sowjetunion 3,7 ha[16] Waldfläche gerechnet. Der jährliche Holzzuwachs in den Wäldern der UdSSR wird amtlich auf 534 Mill. Kubikmeter[16] geschätzt. In Lettland[17] gab es im Jahre 1935 1,75 Mill. ha Wald (davon 1,39 Mill. ha Staatswälder). Der gesamte jährliche Holzzuwachs[18] in den Wäldern Lettlands wurde auf ca 4,5 Mill. Kubikmeter geschätzt.

Die Waldfläche pro Kopf der Bevölkerung betrug: in Lettland 0,88 ha, in der Sowjetunion — 3,7 ha; der jährliche Holzzuwachs betrug pro Einwohner in Lettland 2,3 m³, in der UdSSR — 3,2 m³.

Obgleich der Waldreichtum der Sowjetunion viel grösser ist, werden dort die Wälder viel schwächer aus-

genutzt und die Holzbearbeitungsindustrie ist dort verhältnismässig viel kleiner als in Lettland. Das zeigen folgende Zahlen[19]:

Waldwirtschaft im Jahre 1937.

Die aus dem Walde herausgeführte Holzmenge	Masseinheit Mill. m³ (Festmeter)	Lettland	UdSSR	Pro Kopf der Bevölkerung Lettland	UdSSR
Davon Bau- und Nutzholz . . .	„	6,0*)	201,5	3,0m³	1,2m³
Sägematerialien .	Mill. m³	3,4	111,3	1,7 „	0,7 „
Sperrholz	1000 m³	1,1	33,8	0,55 „	0,2 „
Papier	1000 t	95	672	0,048 „	0,004 „
		30,4	832	15,2 kg	5,0 kg

In Lettland wurden pro Kopf der Bevölkerung 2½-mal grössere Holzmengen und 2½-mal mehr Bau- und Nutzholz gewonnen, als in Russland. In Lettland wurde eine fast dreimal grössere Menge Sägewaren erzeugt, 12-mal mehr Sperrholz und 3-mal mehr Papier als in der UdSSR. Das bedeutet, dass der Verbrauch von Bau- und Nutzholz, auch der Verbrauch von Papier und Sperrholz in der Sowjetunion viel kleiner sein kann als in Lettland, dass in Sowjetrussland weniger Holz als Baumaterial verwendet wird, weniger Bücher und Zeitungen gedruckt werden können, weniger ausgeführt werden kann; es fehlt sogar das Packpapier zum Verpacken der in den Geschäften gekauften Lebensmittel und anderer Waren (der Käufer muss sein eigenes Papier oder einen Korb usw. mitnehmen). — Auch die Ausfuhr der gesägten Materialien, des Rundholzes und des Sperrholzes ist in Sowjetrussland verhältnismässig klein gewesen: z. B. im Jahre 1936 wurden von allen diesen Holzwaren insgesamt nur 6 Mill. t ausgeführt[20], d. h. nur 8-mal mehr als in demselben Jahre aus Lettland (ca 720.000 t), obgleich wohl die Bevölkerungszahl in der UdSSR 80-mal

*) Das sind nur die aus Staatsforsteien herausgeführten Holzmengen. 20% der gesamten Waldfläche Lettlands war damals im privaten Besitz und im Besitz der Selbstverwaltungen. Die in Lettland tatsächlich aus den Wäldern gewonnenen Holzmengen sind also grösser als die in der Tabelle genannten Zahlen es zeigen.

grösser als in Lettland gewesen ist. Die Holzausfuhr Lettlands war im Verhältnis 10-mal grösser als die der UdSSR.

3. Bautätigkeit.

Schon die erwähnten Zahlen der Gewinnung des Bau- und Nutzholzes zeigten, dass in Sowjetrussland weniger Holz für verschiedene Bauten verwendet wird, als in Lettland. In Lettland war im Inlande der Verbrauch[21] des Bau- und Nutzholzes in den Jahren 1924/25 — 1930/31 durchschnittlich 2 Mill. Kubikmeter, d. h. etwas mehr als 1 m^3 pro Kopf der Bevölkerung im Jahre (das Bauholz wurde hauptsächlich für den Bau von landwirtschaftlichen Gebäuden, auch für die Bauten in den Städten, für Eisenbahnlinien usw. benutzt). In der UdSSR war die Gewinnung von Bau- und Nutzholz[22]: im Jahre 1929 — 60 Mill. m^3, 1932 — 99 Mill., 1937 — 111 Mill.; pro Kopf der Bevölkerung — etwa 0,4 m^3, 0,6 m^3 und 0,7 m^3.

Aber auch die Produktion anderer wichtiger Baumaterialien[23] war in der Sowjetunion viel kleiner als in Lettland:

	Lettland			UdSSR		
	1930	1933	1938	1929	1933	1938
Produktion						
Zement, 1000 t . . .	69,5	51,7	154,6	2.232	2.710	5.696
Ziegel, Mill. Stück .	47,4	32,3	125,9	3.755	3.822	8.666*)
Fensterglas, 1000m^2 .	610	520	880		29.788	59.550
Pro Kopf der Bevölkerung						
Zement, kg	37	27	78	15	17	34
Ziegel, Stück . . .	25	17	63	25	24	51
Fensterglas, m^2 . . .	0,32	0,27	0,44		0,19	0,35

Obgleich die Bolschewisten ihre Fünfjahrespläne, deren Erfolge und die Aufbautätigkeit in Sowjetrussland lange Jahre hindruch preisen und als ein nie und nirgend gewesenes Wirtschaftswunder verherrlichen, ist bereits schon aus der Tabelle ersichtlich, dass auch Lettland, das in dieser Hinsicht nicht zu den reichsten

*) Im Jahre 1937.

Staaten Europas gehörte, mit der UdSSR nicht nur sich messen kann, sondern sogar die Sowjetunion in der Produktion der Baumaterialien übertrifft. *Die Zementproduktion in Lettland war immer etwa zweimal (und noch mehr) grösser als die Sowjetrusslands.* Die Ziegelproduktion stand in beiden Ländern auf ungefähr derselben Höhe, die Fensterglasproduktion war in Lettland grösser. Wie schon erwähnt, ist auch die Verwendung von Bauholz in der UdSSR niedriger gewesen. (Ein Vergleich der Verwendung von Eisen als Baumaterial in den beiden Ländern ist nicht möglich.) — Das bedeutet, dass auch in Lettland eine verhältnismässig rege Bautätigkeit bestanden hat und dass Sowjetrussland nicht das einzige Land gewesen ist, wo viel gebaut wurde. Auch „bürgerliche", „kapitalistische" Länder haben in dieser Hinsicht ganz anständige Leistungen vollbracht. Nur war in Lettland der Zweck der Bautätigkeit ein anderer: hier wurden viele landwirtschaftliche Gebäude gebaut (in Sowjetrussland wurde die Landwirtschaft gar nicht beachtet) und Bauten für Friedenszwecke errichtet; in der UdSSR diente ein grosser Teil der Bautätigkeit den Kriegszwecken, der Kriegsvorbereitung, die Kriegsindustrie wurde ausgebaut.

4. Lebensniveau der Bevölkerung.

a) Nahrungsmittelverbrauch.

Die Eigentümlichkeit des Nahrungsmittelverbrauchs in Sowjetrussland ist das allgemein niedrige Niveau und die geringe Fleisch- und Milchproduktenverbrauchsziffer. In Lettland[24] wurden im Jahre 1934/35 etwa 80 kg, im Jahre 1935/36 und 1936/37 etwa 85 kg Fleisch pro Kopf der Bevölkerung verbraucht; in Sowjetrussland[25] im Jahre 1932 — nur 14 kg, im Jahre 1938 — etwa 21 kg. *Der Fleischverbrauch war in Lettland also 4- bis 6-mal grösser als in Sowjetrussland.*

Der Fischfang[25a] in der UdSSR betrug im Jahre 1938 1.560.000 t. Der Fischverbrauch war etwa 9 kg pro Einwohner (Fischeinfuhr und Fischausfuhr sind für Russland relativ ganz unbedeutend). In Lettland be-

trug der Seefischfang in demselben Jahr 14.000 t, der Fischfang in Flüssen und Seen (auch Teichwirtschaften) etwa 3000 t, insgesamt etwa 17.000 t. Ausserdem führte Lettland im Jahre 1938 9000 t Heringe ein (die Ausfuhr von Fischen war mengenmässig unbedeutend). Also verbrauchte man in Lettland etwa 26.000 t Fische bzw. 13 kg pro Kopf der Bevölkerung.

Obgleich ein bedeutender Teil der Milchproduktion, in Form von Butter, ausgeführt wurde, war der Verbrauch von Milch und Milchprodukten in Lettland[26] (in Milch umgerechnet) im Jahre 1934/35 525 Liter (in Kilogramm gerechnet etwas mehr), im Jahre 1935/36 566 l. Der *Milchverbrauch* in Sowjetrussland war im Jahre 1932 etwa 130 kg, im Jahre 1938 — 170 kg, also *etwa 3- bis 4-mal niedriger als in Lettland.*

Die Möglichkeiten des Brotverbrauchs zeigen Zahlen der Brotgetreideernten[27]. Die amtlichen Daten der Roggen- und Weizenernten sind in Sowjetrussland in den letzten Jahren nicht vollständig veröffentlicht worden. In den Jahren 1932—1935 betrug die Roggenernte in der UdSSR durchschnittlich 22 Mill. Tonnen jährlich, die Weizenernte 27 Mill. t, bzw. etwa 140 kg und 170 kg, insgesamt rund 300 kg pro Kopf der Bevölkerung. — In Lettland betrug die Roggenernte in denselben Jahren durchschnittlich 358.000 t, die Weizenernte 181.00 t im Jahre, bzw. etwa 185 kg und 95 kg, insgesamt 280 kg pro Kopf der Bevölkerung. Also gab es in den Jahren 1932—1935 in den beiden Ländern fast keinen Unterschied in der Gesamthöhe der Brotgetreideernte. Als eine Eigentümlichkeit ist nur das zu verzeichnen, dass in Russland das überwiegende Brotgetreide Weizen war, in Lettland Roggen.

Im Jahre 1937 soll nach amtlichen Schätzungen[28] die Brotgetreideernte in Sowjetrussland bedeutend höher gewesen sein, als in den Jahren 1932—1935: die Roggenernte (Winterroggen) 29,2 Mill. t, die Weizenernte 46,9 Mill. t, bzw. etwa 175 kg und 280 kg, insgesamt 455 kg pro Kopf der Bevölkerung. Aber auch in Lettland war die Ernte im Jahre 1937 höher: 421.000 t Roggen und 172.000 t Weizen, bzw. 210 kg und 86 kg, insgesamt rund 300 kg pro Kopf der Bevölkerung. In den

nächsten Jahren — 1938 und 1939 — war die Getreideernte in Sowjetrussland wieder bedeutend kleiner als die Rekordernte im Jahre 1937 (Wirtschaftsdienst, vom 5. Januar 1940, S. 12).

In den Jahren 1934—1936 hat Lettland grosse Mengen Brotgetreide ausgeführt (im Gegensatz zu früheren Jahren, als man Roggen und Weizen jedes Jahr importierte). Die Mengen des als Nahrung verbrauchten Brotgetreides waren in Lettland bedeutend niedriger, als die Erntezahlen pro Kopf der Bevölkerung (selbstverständlich ist auch das verwendete Saatgut zu berücksichtigen), weil ja ein Teil der Ernte auch als Futter für das Vieh verwendet wird. Nach den Ergebnissen der landwirtschaftlichen Buchhaltung, wurden in den Bauernwirtschaften Lettlands in den Jahren 1932—1937 durchschnittlich im Jahre folgende Mengen[29] Brotgetreide als Nahrungsmittel verbraucht (gerechnet auf 1 erwachsene Person): 138,4 kg Roggen und 97,4 kg Weizen, insgesamt 236 kg. Ausserdem verbrauchte durchschnittlich jede erwachsene Person noch 63,1 kg Gerste, 280 kg Kartoffel, 360 kg Vollmilch, 339 kg Magermilch, 10,9 kg Butter, 64,8 kg Schweinefleisch, 15,2 kg Rind- und Kalbfleisch, 7,5 kg Schaffleisch und 98 Eier.

Es könnte noch erwähnt werden, dass die Gerstenernte im Jahre 1937 in Sowjetrussland[30] 10,6 Mill. t, in Lettland 218.000 t betrug, resp. 63 kg bzw. 110 kg pro Kopf der Bevölkerung. Obgleich ein grosser Teil der Gerstenernte in Lettland als Futtermittel für das Vieh verwendet wird, zeigen diese Zahlen, dass in Sowjetrussland verhältnismässig wenig Gerste für die Ernährung der Bevölkerung verbraucht werden konnte. In früheren Jahren ist die Gerstenernte (und der Gerstenverbrauch) in Russsland noch kleiner gewesen, z. B. in den Jahren 1933—1935 nur etwa 47 kg pro Kopf der Bevölkerung.

Wie schon früher erwähnt, war auch die Kartoffelernte in Sowjetrussland auf 1 Einwohner zweimal kleiner als in Lettland. In Lettland wird die Kartoffelernte zum grössten Teil als Viehfutter verwendet.

Der Zuckerverbrauch[31] ist in der UdSSR pro Kopf der Bevölkerung folgender gewesen: 1929 — keine

volle 8 kg, im Jahre 1933 — 6 kg, im Jahre 1938 — 15 kg. In Lettland war der Zuckerverbrauch im Jahre 1930 etwa 24 kg, im Jahre 1937 — 23 kg.

Der Nahrungsmittelverbrauch ist in Lettland viel reichlicher und vielseitiger gewesen als in der UdSSR, wo immer der Fleisch- und Milchproduktenverbrauch ganz gering gewesen ist, und wo es oft sogar an Brot und Kartoffeln gefehlt hat, wo Millionen Menschen vor Hunger gestorben oder an den Folgen des Hungers erkrankt und gestorben sind oder ihre Gesundheit durch Hunger dauernd verdorben und geschädigt haben. In Lettland brauchte keiner zu hungern, es war immer ein Überfluss von Nahrungsmitteln vorhanden.

b) Kleiderverbrauch.

Die Eigentümlichkeit Sowjetrusslands ist nicht nur der quantitativ und qualitativ geringe Nahrungsmittelverbrauch, sondern auch der geringe Kleider- und Schuhverbrauch. Ungeachtet dessen, dass der Winter in der UdSSR sehr streng und lang ist, werden dort sehr wenig Kleider aus Wolle getragen (und auch keine Seidenkleider). Einer der bolschewistischen Führer — N. S. Chruschtschew — betonte[82] auf der „republikanischen Konferenz der besten Arbeiter der Landwirtschaft der Ukraine" (am 8. Februar 1940): „Genossen, das müssen wir uns merken und jedem Bauern sagen: schaffe dir im Kolchos mehr Vieh an, für Fleisch, für Wolle und für Leder. Aber wir haben Kolchosen, die keine Kuh in der Farm besitzen, Stiefel jedoch will jeder haben. Ohne Stiefel kann man nicht gehen. Nun, Genossen, die Stiefel wachsen auf dem Ochsen. Das müssen wir uns merken. Auf dem Ochsen, auf der Kuh, dazu noch auf einer guten Kuh ... *Die Viehzucht — das ist Fleisch, das ist Milch, das ist Butter, die Viehzucht — das ist Wolle, aber die Wolle — das bedeutet Kleidung für den Menschen, warme, gute, schöne Kleider. Die Viehzucht — das ist der Pelz ...*"

Aber gerade die Viehzucht wurde von den Bolschewisten durch die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und die Vernichtung der besten, wohlhabenden, fleissigen und vorbildlichen Bauern ganz zerstört und

dadurch war die Grundlage der Volksernährung und der Bekleidung vollständig zugrunde gerichtet.

Die Gewebeproduktion in beiden Ländern war folgende[33]:

	Produktion Lettlands im Jahre 1938 (Millionen Quadratmeter)	Produktion der UdSSR (Millionen Meter)		Pro Kopf der Bevölkerung	
		1929	1938	Lettland 1938 Quadratmeter	UdSSR 1938 Meter
Baumwollgewebe .	16,8	2996	3491	8,4	20,7
Wollgewebe . . .	4,2	101	114	2,1	0,67
Seidengewebe . .	2,9	13	59	1,5	0,35

In Quadratmetern gerechnet, war die Produktion der Baumwollgewebe in Sowjetrussland, da die Breite des Gewebes schmäler als 1 Meter ist, faktisch kleiner; im Jahre 1937 betrug die Produktion 16 Quadratmeter[34] (nach dem Berichte Molotow's auf dem 18. Parteikongress in Moskau im Jahre 1939) pro Kopf der Bevölkerung. Aus Sowjetrussland wurden im Jahre 1937 120.000 t oder etwa 200 Mill. Meter Baumwolle ausgeführt[35]. In Prozenten gerechnet waren es 5—6% der Baumwollgewebeproduktion oder etwa 1 Meter pro Kopf der Bevölkerung. Es blieben also für den inländischen Verbrauch ca 15 Quadratmeter übrig. — In Lettland wurden im Jahre 1938 751 t Baumwollgewebe eingeführt und 1 t ausgeführt[36]. Die 750 t Nettoeinfuhr gleichen etwa 7,5 Mill. m^2 oder 3,8 m^2 pro Kopf der Bevölkerung. Der gesamte Baumwollgewebeverbrauch im Jahre 1938 kann etwa mit 12,2 pro Einwohner angenommen werden. Es bleibt also kein grosser Unterschied zwischen den Zahlen des Baumwollgewebeverbrauchs in beiden Ländern, besonders wenn man noch das bedenkt, dass die durchschnittliche *Qualität* der Textilerzeugnisse in Sowjetrussland viel niedriger gewesen ist als in Lettland.

Die Produktion und der Verbrauch von Wollgeweben war in Lettland pro Einwohner etwa dreimal) grös-*

*) Das zeigt auch der Vergleich des Verbrauches der Wolle. Verbraucht wurde (im Jahre 1938, pro Kopf der Bevölkerung): in Russland ca 0,8 kg, in Lettland (unter Berücksichtigung der Einfuhr) — mehr als 2 kg.

ser als in der UdSSR (wobei davon abgesehen ist, dass die Produktion in Lettland in Quadratmetern, in der UdSSR jedoch in Metern angegeben wird). Man muss beachten, dass in Lettland eine ziemlich grosse Menge Wollsachen (Stricksachen u. a.) auch in den Bauernwirtschaften erzeugt werden.

Die Flachsfaserernte[37] betrug in Lettland in den Jahren 1937—1938 22.300 t jährlich; etwa die Hälfte wurde exportiert; es verblieben für den inländischen Verbrauch fast 6 kg pro Einwohner. In Sowjetrussland betrug die Ernte im Jahre 1937 570.000 t (in den Jahren 1935—1937 fast ebensoviel); nach Abzug der Ausfuhr (1937 — 35.000 t) blieben für den inländischen Verbrauch ca 3,2 kg pro Kopf der Bevölkerung, zweimal weniger als in Lettland.

Die Produktion und der Verbrauch von *Seidengeweben* (hauptsächlich Kunstseide) war in Lettland etwa *viermal grösser* als in der UdSSR.

Der Lederschuhverbrauch kann in Sowjetrussland nur sehr gering gewesen sein, weil ja der Viehbestand sehr gering ist. Wie schon erwähnt, entfällt auf 100 Einwohner in Sowjetrussland eine zweimal kleinere Rindviehzahl (und schlechterer Qualität) als in Lettland. Ausserdem führte Lettland eine grössere Menge Häute ein (es bestand zwar auch eine kleinere Ausfuhr), was in Sowjetrussland nicht (oder fast nicht) der Fall war. In Sowjetrussland war der „Ochse", auf dem „die Stiefel wachsen", eben nicht da. Besonders schwierig mit Lederschuhen und Bekleidung war es in der UdSSR in den ersten Jahren nach der Vernichtung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Bauern. Damals war auch die inländische Baumwollernte in Sowjetrussland noch kleiner als in den letzten Jahren vor dem gegenwärtigen Kriege.

c) Verbrauch einiger anderen Waren.

Den Warenhunger, der in Sowjetrussland herrscht, charakterisieren Zahlen der Produktion von Fahrrädern, Rundfunkempfängern und anderen Industrieerzeugnissen. Im Jahre 1938 wurden in Lettland[38] 54.049 Stück Fahrräder erzeugt, davon wurden 3030 Stück ex-

portiert; es blieben für den Innenmarkt 51.000 (im Jahre 1937 ca. 46.000), bzw. 1 Fahrrad auf je 40 Einwohner. In der UdSSR wurden in Jahre 1938 385.600 Fahrräder erzeugt (im zweiten Fünfjahresplan waren für das Jahr 1937 575.000 vorgesehen[40]), bzw. 1 Fahrrad auf 440 Einwohner. *Der Fahrradverbrauch war in Lettland elfmal grösser als in Sowjetrussland.*

Im Jahre 1938 wurden in Lettland 31.987 *Rundfunkempfänger*[41] erzeugt, davon wurde etwa ein Drittel exportiert; für den Innenmarkt blieben ca 20.000, bzw. 1 Empfänger auf je 100 Einwohner. In Sowjetrussland wurden in demselben Jahre 202.400 Rundfunkempfänger erzeugt (im zweiten Fünfjahresplan waren für das Jahr 1937 500.000 vorgesehen[39]), bzw. 1 Empfänger auf je 850 Einwohner, also *fast neunmal weniger als in Lettland.* In Lettland und in anderen „kapitalistischen" Ländern so gewöhnliche und leicht zugängliche Verbrauchsgegenstände, wie Fahrräder, Rundfunkempfänger, auch Uhren (im Jahre 1938 wurden in der UdSSR 635.000 Taschen- und Handuhren — 1 Uhr auf 270 Einwohner — erzeugt), kleine Musikinstrumente usw., waren für die Einwohner des Sowjetreiches Luxusgegenstände. Weiter fehlten in Sowjetrussland noch unzählige andere und noch viel kleinere Verbrauchswaren. Die Wirtschaft und Wirtschaftspolitik der Bolschewisten ist eben auf die Befriedigung der elementarsten Bedürfnisse des Menschen nicht eingestellt.

d) Wohnungsverhältnisse.

In der Hauptstadt Lettlands — in Riga — wohnten Anfang 1935 385.000 Menschen, bzw. 54% der Gesamtzahl der Stadtbevölkerung. Am 11. Februar 1930 waren in Riga 95.910 Wohnungen mit insgesamt 197.979 Zimmern[42]. In den Jahren 1930—1939 betrug der Wohnungszimmerzuwachs etwa 25.000 Zimmer[43] (von der Gesamtzahl der neugebauten Wohnungen und Wohnungszimmer ist die Zahl der liquidierten Wohnungszimmer der abgerissenen Häuser in Abzug gebracht). Also war im Jahre 1939 die Gesamtzahl der Wohnungszimmer etwa 223.000. Die durchschnittliche Dielenfläche[44] eines Zimmers in Riga betrug im Jahre 1941 ca. 16,4 Quadrat-

meter. Die gesamte „Wohnfläche" in Riga umfasste im Jahre 1939 (vor dem Kriege) etwa 3,6 Mill. m², d. h. rund 9 m² auf 1 Einwohner

In der UdSSR sollte nach dem zweiten Fünfjahresplan der gesamte „Wohnfonds" in allen Städten zusammen Ende 1937 246,5 Mill. m² gewesen sein[45]. Aber statt der im zweiten Fünfjahresplane zur Vollendung vorgesehenen 65,8 Mill. m² Wohnfläche wurden tatsächlich in den Jahren 1933—1937 nur 26,8 Mill. m² neuer Wohnfläche[46] der Nutzung übergeben. Darum kann angenommen werden, dass die gesamte Wohnfläche in den Städten Ende 1937 um 39 Mill. m² (65,8 abzüglich 26,8) kleiner war, also ca 207 Mill m² betragen haben muss. Die Stadtbevölkerung der UdSSR betrug am 17. Januar 1939 55,9 Mill.[47]. Auf 1 Einwohner entfiel also eine durchschnittliche Wohnfläche von ca 4 m² (oder sogar noch etwas weniger).

Die Bevölkerung in Riga (und überhaupt die Stadtbevölkerung Lettlands) wohnte mehr als zweimal bequemer als die Stadtbevölkerung Sowjetrusslands. In Sowjetrussland sind die Menschen sehr stark zusammengedrängt, was die Gesundheit und den Geist der Menschen äusserst ungünstig beeinflusst.

5. Kultur.

Als ein Masstab der „gewaltigen" Fortschritte der Bildung und der hohen kulturellen Entwicklung der Bevölkerung der UdSSR, womit die Bolschewisten sich ständig rühmen, kann der *Papierverbrauch* dienen. Die Sowjetstatistik unterscheidet die „kulturellen" Papiersorten und die übrigen (für Handels- und Industriezwecke u. a.). Der Papierverbrauch war in den beiden Ländern folgender[48]:

	Lettland	UdSSR	Pro Kopf der Bevölkerung	
	1938	1937	Lettland	UdSSR
	1000 t	1000 t	kg	kg
Zeitungspapier	8,4	207,1	4,2	1,2
Druckpapier	3,7	101,7	1,9	0,6
Schreibpapier	2,5	125,8	1,3	0,8
„Kulturelle" Sorten insgesamt	14,6	434,6	7,3	2,6
Papier für Handels- und Industriezwecke	9,3	397,0	4,7	2,4
Papierverbrauch insgesamt	23,9	831,6	12,0	5,0

Zeitungspapier wurde in Lettland 3½-mal mehr pro Einwohner verbraucht, Druckpapier (also für Bücher, Zeitschriften u. a.) — dreimal, Schreibpapier — um 60% mehr als in Sowjetrussland. Also konnten in Lettland auch entsprechend mehr Zeitungen, Bücher und Zeitschriften gedruckt und Schreibpapier verbraucht werden. Auch für Handels- und Industriezwecke (hauptsächlich als Packpapier) wurde in Lettland zweimal mehr Papier benutzt als in der UdSSR. Der Verbrauch der „kulturellen" Papiersorten war in Sowjetrussland viel niedriger als in Lettland. Aber im Vergleich mit den alten Kulturländern Europas und Amerikas war der Verbrauch von Papier im Sowjetreich noch viel niedriger. Die Papierproduktion pro Kopf der Bevölkerung betrug im Jahre 1937 oder nach den letzten veröffentlichten Angaben: in Sowjetrussland — nur 5 kg (das ist auch der Papierverbrauch), in Deutschland — 42 kg, in England — 42 kg, in Frankreich — 23 kg, in den Vereinigten Staaten von Amerika — 48 kg, in Japan — 8 kg. Wenn man von Papiereinfuhr und Papierausfuhr absieht, so sieht der Papierverbrauch in den „kapitalistischen" Ländern ganz anders aus als in Sowjetrussland. Die soeben genannten Zahlen[49] hat der Vorsitzende der Sowjetregierung Molotow auf dem 18. Parteikongress in Moskau im Jahre 1939 vorgetragen.

6. Der Reallohn des Arbeiters.

a) Löhne.

Nach den jährlich veröffentlichten statistischen Daten[50] betrug im Jahre 1938 in der Industrie Lettlands (Betriebe mit mechanischem Antrieb oder mit wenigstens 5 Lohnarbeitern) der durchschnittliche Jahresverdienst des Arbeiters Ls 1155, eines Angestellten Ls 2670, durchschnittlich betrug der Jahresverdienst des gesamten Lohnpersonals in der Industrie Ls 1300 (im Jahre 1939 — ca. Ls 1340) pro Person.

In der UdSSR[51] verdienten im Jahre 1938 Arbeiter und Angestellte (insgesamt 27,8 Millionen) in der In-

dustrie, im Baugewerbe, auf den Eisenbahnen, im Handel, in Schulen und Behörden, in Krankenhäusern, in der Landwirtschaft und Forstwirtschaft usw. insgesamt 96,4 Milliarden Rubel, durchschnittlich 3467 Rubel im Jahre.

In Lettland verdiente im Jahre 1938 ein Industriearbeiter durchschnittlich Ls 100 im Monat, das gesamte Lohnpersonal der Industrie — Ls 110. In der UdSSR verdiente das Lohnpersonal (Arbeiter und Angestellte) durchschnittlich 290 Rubel im Monat. Wie gross aber war die Kaufkraft eines durchschnittlichen Arbeiter- oder Angestelltenlohnes in beiden Ländern?

b) Warenpreise.

Dazu muss man die Warenpreise vergleichen. Die Kleinhandelspreise einiger wichtiger Nahrungsmittel in Riga und in Moskau waren im Jahre 1938 folgende[52]:

	Kleinhandelspreise in		Kaufkraft 1 Lats in Sowjetrubeln	Für seinen Monatslohn konnte der Arbeiter kaufen:	
	Riga	Moskau		in Riga für Ls 110	in Moskau für Rub. 290
	Ls	Rub.		kg	kg
Schwarzbrot, 1 kg	0,20	1,05	5,2	550	276
Weissbrot, 1 kg . .	0,52	4,40	8,5	212	66
Rindfleisch, 1 kg .	0,86	10.00	11,6	128	29
Schweinefleisch, frisches, 1 kg. .	1,33	14,00	10,5	83	21
Butter, 1 kg	2,64	25,00	9,5	42	12
Zucker, 1 kg . . .	0,67	4,00	6,0	164	73

Die Preise in Moskau waren in Rubeln fünf- bis zwölfmal grösser als in Riga in Lats gerechnet. *Die Kaufkraft des Lats war der Kaufkraft von 5—12 Rubeln gleich. Für seinen ganzen Monatslohn konnte ein durchschnittlicher Arbeiter in Moskau also zweimal weniger Schwarzbrot, dreimal weniger Weissbrot, viermal weniger Fleisch und Butter kaufen als durchschnittlich ein Arbeiter in Riga.* Die billigsten Wollstoffanzüge (für Männer) kosteten im April 1940 in Moskau[53]

mindestens 1000 Rubel, in Riga nur ca. 75 Lats. Lederschuhe kosteten zu gleicher Zeit: in Moskau ca. 250 Rubel, in Riga 19 Lats.

Es muss noch beachtet werden, dass ein Teil von den in sowjetrussischen Städten verbrauchten Nahrungsmitteln nicht in Staatsgeschäften und nach amtlichen Preisen, sondern auf den sog. „Kolchosmärkten" direkt von Bauern gekauft werden. Diese „freien" Preise sind viel höher als die amtlichen, so z. B. kostete in Moskau im April 1940 Rindfleisch in Staatsgeschäften ca 10 Rubel pro kg, aber auf den „Kolchosmärkten"[54] — 17 Rubel; Schweinefleisch kostete entsprechend 15 und 22 Rubel, Milch — 2,20 und 3,60 Rubel pro Liter, Eier — 0,56 und 1,50 Rubel pro Stück, Kartoffel — 0,80 und 4 Rubel pro kg, usw. — Wenn man diesen grossen Unterschied der Preise in Betracht zieht, dann erscheint die Kaufkraft des Rubels im Vergleich mit dem Lat noch niedriger, als soeben berechnet, und auch das Lebensniveau der Stadtbevölkerung in der Sowjetunion noch niedriger.

c) Das Lebensniveau.

Um das gesamte Lebensniveau des lettischen und sowjetrussischen Arbeiters zu vergleichen, kann man folgende Methode anwenden. Die Ausgaben und der Verbrauch der Arbeiterfamilien in Lettland sind zuletzt im Jahre 1936/37 erforscht worden. Wenn man den durchschnittlichen jährlichen Verbrauch von Nahrungsmitteln in einer Arbeiterfamilie in Riga (die aus 3 Personen bestand) nimmt und den Wert dieser Nahrungsmittel[55] nach den Preisen, die in Moskau in den Jahren 1938—1940 bestanden, berechnet, dann ergibt es sich, dass die Gesamtsumme dieser Nahrungsmittel (137 kg Roggenbrot, 113 kg Weizenbrot, 36 kg Weizenmehl, 231 kg Kartoffel, 59 kg Zucker, 23,5 kg frisches Schweinefleisch, 10,4 kg geräuchertes Schweinefleisch, 30,4 kg Rindfleisch, 34 kg Butter usw.) in Moskau etwa 7000 Rubel gekostet hätte (berechnet nur nach den amtlichen Preisen dieser Produkte in den Staatsgeschäften). — Die jährlichen Ausgaben einer solchen Arbeiterfamilie für Kleider, Wäsche und Schuhe betrugen in Lettland

219 Lats[56]. Für diese Summe konnte man im Jahre 1936 in Riga wenigstens 4 billigste Männerwollanzüge kaufen (der Preis[57] des Anzugs war damals Ls 45). Solche 4 Anzüge kosteten in Moskau im Frühjahr 1940 etwa 4000 Rubel.

Um also dieselbe Menge von Nahrungsmitteln, Kleidern und Schuhen zu kaufen, die die Arbeiterfamilie in Riga im Jahre verbrauchte, müsste der Arbeiter in Moskau im Frühjahr 1940 etwa 11.000 Rubel im Jahr verdienen. Aber die Arbeiterfamilie in Riga hatte noch andere Ausgaben (für kulturelle Bedürfnisse, für Rauchwaren, Transport und Verkehr, Hygiene, Wohnung usw.). Man kann sagen, dass, um etwa dasselbe Lebensniveau zu haben, die Arbeiterfamilie in Moskau mindestens 12.000 Rubel im Jahr, oder 1000 Rubel im Monat verdienen musste . Die unqualifizierten Arbeiter der Sowjetunion verdienten jedoch[58] im Frühjahr 1940 nur 250—300 Rubel im Monat, die qualifizierten etwa 450 Rubel. *Also verdiente ein Arbeiter der Sowjetunion durchschnittlich nur etwa ein Drittel oder höchstens 45% des Verdienstes eines Arbeiters in Riga.* Das bedeutet, dass auch der Verbrauch der sowjetrussischen Arbeiterfamilie nur etwa ein Drittel oder weniger als die Hälfte des Verbrauchs der lettischen Arbeiterfamilie sein konnte. Das lettische Lebensniveau konnte auch nicht dadurch erreicht werden, wenn beide*), der Mann und seine Frau, beschäftigt waren und Geld verdienten. Mit seinem sehr schwachen Einkommen konnte der sowjetrussische Arbeiter im besten Fall nur Brot, Kartoffel, Kohl, Gurken und ähnliche Produkte kaufen. Fleisch und Milchprodukte zu haben war für ihn fast gar nicht möglich. Auch Kleider konnten nur wenig und sehr schlechter Qualität gekauft werden (z. B. statt eines Wollanzugs, musste man einen aus Baumwolle tragen usw.).

*) Es muss bemerkt werden[60], dass vom durchschnittlichen Einkommen einer Arbeiterfamilie in Riga im Jahre 1936/37 (Ls 1804) Ls 1536 (78%) das Lohneinkommen des Familienhauptes waren, Ls 214 (11%) — Lohneinkommen der Frau, Ls 9 (0,4%) — Lohneinkommen der Kinder. Also die Arbeit der Frau und der Kinder spielte eine sehr kleine Rolle (im Gegensatz zur Sowjetunion, wo alle Frauen arbeiten müssen).

Auch verschiedene intelligente Berufe in der Sowjetunion konnten grösstenteils nicht so „wohlhabend" wie der lettische Arbeiter leben. Die Monatsgehälter einiger Angestellten in der Sowjetunion waren im April 1940 folgende[59]:

	Rubel
Ärzte — Leiter von Krankenhäusern	650— 950
„ — Abteilungsleiter	500— 650
Agronome — Leiter der Verwaltungen	850—1200
„ — Bezirksleiter	400— 600
„ — Betriebsleiter	300— 450
Hauptingenieure in Fabriken	700—1200
Techniker	250— 325
Ingenieure in Fabriken	400— 700
Zeichner	175— 200

Offiziere:

Kommandeur der Kompanie	750
„ des Bataillons	850
„ des Regiments	1200
„ der Division	1600
„ des Korps	2000

Dem Reallohn des lettischen Industriearbeiters näherten sich nur die Gehälter solcher Angestellten und Berufe der Sowjetunion, wie das eines Hauptingenieurs in einer Fabrik, eines Bataillons- und Regimentskommandeurs, eines Agronomen-Verwaltungsleiters. — Die sehr niedrigen Löhne der Arbeiter und Angestellten in der Sowjetunion zwangen gewöhnlich nicht nur den Mann, sondern die ganze Familie zur Arbeit und zum Verdienen, Frau und Kinder mussten arbeiten.

7. Gesamtbild.

Die Vergleiche der Produktion und des Verbrauches beider Länder zeigen, kurz zusammengefasst, folgendes Bild:

	Lettland	UdSSR
Bevölkerung		
Territorium, 1000 km²	66	21.400
Bevölkerung, Mill.	2	170,5
Landbevölkerung, %	63,5	67,2
Stadtbevölkerung, %	36,5	32,8

	Lettland	UdSSR
Landwirtschaft		
Landwirtschaftlich benutzte Fläche, pro Einwohner, ha	1,9	2,5
Getreideernte pro ha, 1933—1937, dz	12,9	9,1
Kartoffelernte pro ha, 1937, dz	140	96
Ernten pro Kopf der Bevölkerung, kg:		
Korn (1934—1938)	630	600
Kartoffel (1937)	890	390
Zuckerrüben (1934—1938)	140	100
Viehzahl auf 100 Einwohner (1938):		
Pferde	20	10
Rindvieh	61	37
Schweine	41	18
Schafe	68	60
Milchertrag pro Kuh, 1937, kg	1900	1027*)
Produktion der Viehzucht, 1938, pro Einwohner, kg:		
Fleisch	85	21
Milch	835	170
Wolle	1,30	0,78
Butterproduktion, 1938, pro Einwohner, kg	15	1
Flachsfaserernte, 1937, pro Einwohner, kg	12	3,4
Forstwirtschaft.		
Waldfläche, pro Einwohner, ha	0,9	3,7
Aus dem Walde herausgeführte Holzmenge, 1937, pro Einwohner, m^3	3,0	1,2
Schnittholzproduktion, 1937, pro Einwohner, m^3	0,6	0,2
Papierproduktion, 1937, pro Einwohner, kg	15,2	5,0
Baumaterialienproduktion (1938), pro Einwohner.		
Zement, kg	78	34
Ziegel, Stück	63	51**)
Fensterglas, m^2	0,44	0,35
Verbrauch (um 1938), pro Einwohner.		
Fleisch, kg	85	21
Milch und Milchprodukte (alles in Milch verrechnet) kg	566 (Liter)	170
Fische, kg	13	9
Baumwollgewebe, m^2	12,2	15
Wollgewebe, m	2,1	0,7
Flachsfaser, kg	6	3,2
Fahrradproduktion (1 Fahrrad auf ... Einw.)	40	440
Rundfunkempfängerproduktion (1 Apparat auf ... Einwohner)	100	850

*) In den Kolchosen.
**) Im Jahre 1937.

	Lettland	UdSSR
Wohnungen.		
Wohnfläche (um 1938) in den Städten, pro Einwohner, m²	9	4
Papierverbrauch (1938), pro Einw., kg.		
a) „Kultursorten“:		
Zeitungspapier	4,2	1,2
Druckpapier	1,9	0,6
Schreibpapier	1,3	0,8
b) Papier für Handels- und Industriezwecke	4,7	2,4
Insgesamt	12,0	5,0
Reallohn.		
Kaufkraft des Monatslohns eines durchschnittlichen Arbeiters:		
Schwarzbrot, kg	550	276
Weissbrot, kg	212	66
Schweinefleisch, kg	83	21
Butter, kg	42	12

In fast allen Punkten ist Lettland der Sowjetunion weit überlegen*), obwohl Lettland nicht zu den reichsten Ländern der Welt gehört. Wenn man die fortgeschrittensten Staaten mit der Sowjetunion vergleichen würde, wird das Ergebnis für Sowjetrussland noch trauriger sein. Und dieses so arme Land, eines von den ärmsten Ländern der Erde, wagte es dennoch, ein Vierteljahrhundert lang die ganze übrige Welt, die „kapitalistischen“ Länder, zu beschimpfen, zu belügen und seiner Bevölkerung und dem Auslande gegenüber immer zu behaupten, dass die Sowjetunion ein nie dagewesenes Land der Wohlhabenheit und des Fortschrittes sei!

*) Es muss noch betont werden, dass zum Teil der grosse Unterschied in den Wirtschaftserfolgen Lettlands und der Sowjetunion durch die Tatsache erklärt wird, dass die Mehrheit der Bevölkerung in Lettland Letten sind, ein Volk, das andere nationale und geistige Eigentümlichkeiten als die Russen und andere Völker der Sowjetunion hat. Bei der Beurteilung muss man auch gegen die Bolschewisten gerecht sein und sagen, dass nicht der ganze Unterschied zwischen der Wohlhabenheit beider Länder durch die Unsinnigkeit des bolschewistischen Wirtschaftssystems allein zu erklären ist. Auch früher, vor der Oktoberrevolution, war die Arbeitsproduktivität und das Lebensniveau in Lettland durchschnittlich höher als in Russland, obwohl Lettland keine Naturschätze (ausser Wäldern) besitzt.

V

Der Anfang der Bolschewisierung Lettlands im Sommer 1940

1. Die Jahre der autoritären Regierung.

Um die plötzlichen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in Lettland im Sommer 1940 besser verstehen zu können, müssen einige Worte über die Periode des Bestehens der letzten „bürgerlichen" Regierung des Freistaates Lettland gesagt werden. Die Staatsverfassung der Republik Lettland vom Jahre 1922 bestimmte:

Alle Bürger, die 21 Jahre und älter sind, haben das Recht, das aus 100 Abgeordneten bestehende Parlament („Saeima") zu wählen. Das Parlament ist das gesetzgebende Organ und ist auf drei Jahre zu wählen; das Parlament wählt den Staatspräsidenten (auf drei Jahre). Das Ministerkabinett (Ministerpräsident und Minister) muss das Vertrauensvotum des Parlaments haben und seine Tätigkeit steht in Abhängigkeit vom Parlament, bzw. von der Mehrheit (51 Stimmen) im Parlament.

Ein charakteristisches Merkmal des politischen Lebens in Lettland war die Zersplitterung des Volkes in viele politische Gruppen. Das beeinflusste manchmal ungünstig die Gesetzgebung, die Produktivität der Regierungsarbeit, die staatliche Wirtschaftspolitik, die Stabilität des Volkslebens und des ganzen Staates. Das letzte Parlament des Freistaates Lettland, das im Jahre 1931 gewählt wurde, bestand[1] aus Vertretern 27 verschiedener politischer Parteien. Von diesen 27 Parteien hatten 12 nur einen Abgeordneten und fünf wei-

tere Parteien besassen je 2 Abgeordnete. Also waren von 27 Parteien 17 von ganz geringer Bedeutung. Diese übermässig grosse Anzahl der politischen Parteien rief eine scharfe Konkurrenz zwischen den einzelnen Parteien hervor, die besonders scharf während des Wahlkampfes wurde. Diese Methoden des politischen Kampfes verminderten stark das Ansehen der politischen Parteien und des Parlaments.

Das Parlament war in mehrere grosse Gruppen, die einander bekämpften, zerspalten. Die Sozialdemokraten (im letzten Parlament hatten sie 21 Abgeordnete = 21%) standen in einem krassen Gegensatze zu allen übrigen Gruppen. Gewöhnlich beschäftigten sie sich mit dem Kritisieren der übrigen „bürgerlichen" Parteien und der „bürgerlichen" Regierungen und weigerten sich in die sog. Regierungskoalition einzutreten. Unversöhnlich feindlich gegen alle übrigen Parteien, auch gegen die Sozialdemokraten, und gegen das ganze politische und wirtschaftliche Regime Lettlands waren die kommunistisch gesinnten Gruppen eingestellt. Sie nannten sich Vertreter der „linken Arbeiterschaft" und der „Arbeitsbauern" (der „armen" Bauern)*). In den Wahlen im Jahre 1931 haben diese Gruppen 7,4% der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen erhalten. Den grössten Einfluss hatten sie in der Stadt Riga; im erwähnten Jahre erhielten sie dort 14,6% der abgegebenen Stimmen. Für die Kandidatenlisten der nationalen Minderheiten (Deutsche, Russen, Juden, Polen) wurden im Jahre 1931 18,1% der Gesamtzahl aller Stimmen abgegeben; die lettischen Parteien der Provinz Lettgallen erhielten 13,7% (diese Parteien kämpften hauptsächlich für ihre besonderen lokalen Interessen in der genannten Provinz).

Eine Regierung bei diesen Verhältnissen zu bilden war sehr schwierig. Die Stimmenmehrheit im Parlament hing oft von ganz kleinen politischen Gruppen und sogar von Stimmen einzelner Abgeordneter ab. Die Grundlage aller Regierungen Lettlands war eine sehr

*) Da eine legale kommunistische Partei in Lettland nicht bestehen durfte, konnten diese Gruppen sich nicht offen Kommunisten nennen.

kleine parlamentarische Mehrheit, und kleine Gruppen hatten darum die Möglichkeit, den Regierungen grosse Forderungen zu stellen. Es genügte fast immer, nur einige Stimmen im Parlament der Regierungskoalition zu entziehen, um so die Regierung zu stürzen. Die durchschnittliche Regierungsdauer aller Regierungen Lettlands war sehr kurz[2]. Vom 18. November 1918 (von der Proklamation der Unabhängigkeit Lettlands) bis zum 15. Mai 1934, also in 15½ Jahren, waren in Lettland 18 Regierungen gebildet worden. Die durchschnittliche Regierungsdauer war also nur 10 Monate lang. Die vielen Parteien konnten sich schwer einigen, es wurde über Ministerstellen und die verschiedenen Gewinne und Forderungen der einzelnen Parteien gestritten. Ein Regierungsprogramm konnte nur kurze Zeit durchgeführt werden.

Durch den Staatsstreich vom 15. Mai 1934 wurde der damalige Ministerpräsident (er ist auch der erste Ministerpräsident des Freistaates Lettland gewesen und war Führer der grössten bürgerlichen Partei — des lettischen Bauernbundes) Kārlis Ulmanis Führer des lettländischen Staates und Regierungschef. Das Parlament wurde entlassen. Die Tätigkeit aller politischen Parteien wurde aufgehoben. Die „autoritäre" Regierung K. Ulmanis blieb bis zum 17. Juni 1940, bis zum Einmarsch der Roten Armee in Lettland, an der Macht.

Durch diese politische Veränderung wurde eine bestimmte Wirtschaftspolitik für eine lange Dauer möglich. Die frühere Propaganda und Förderung des „Klassenkampfes" in Lettland wurde unterbrochen, und die autoritäre Regierung förderte die friedliche Zusammenarbeit der einzelnen wirtschaftlichen und sozialen Bevölkerungsgruppen.

Den Bauern wurden von der Regierung (durch besondere Staatsunternehmen oder genossenschaftliche Organisationen) feste und „gerechte" Preise für ihre Erzeugnisse gezahlt. Es wurden auch genügend Märkte für diese Produkte im In- und Auslande gesichert und geschaffen. Das Einkommen der Bauern stieg und ihre Kaufkraft in Bezug auf Industrieerzeugnisse erhöhte sich. Die landwirtschaftlichen Kenntnisse der Bauern

wurden verschiedenartig erweitert und gehoben. Die Schuldenlast der Bauern wurde erleichtert. Alles das förderte die landwirtschaftliche Produktion, die Pflanzenernten und die Milch- und Fleischerträge stiegen.

Durch die Beschränkung der Einfuhr der industriellen Fertigwaren und die Hebung der Kaufkraft der Bauern hatte die inländische Industrie neue Möglichkeiten, ihre Produktion zu erweitern und die Lage der Arbeiter verbesserte sich hierdurch. Auch das Interesse der Regierung für die Bautätigkeit trug dazu bei, den Arbeitern neue Arbeit und vorteilhafte Löhne zu verschaffen. *Die Arbeitsmenge war in der Industrie und in der Landwirtschaft so gross, dass etwa 50.000 Arbeiter (Landarbeiter) jährlich vom Auslande nach Lettland gebracht werden mussten.* Arbeit fehlte in Lettland nicht, es fehlten die Arbeiter. Bei solchen Verhältnissen mussten auch die Arbeitslöhne sich auf einem durchschnittlich ziemlich hohen Niveau behaupten. Es wurden einige neue Gesetze zur Hebung des Lebensniveaus erlassen: über den Gesundheitsschutz der Arbeiter in den Fabriken, über die Förderung des Wohnungsbaus für Landarbeiter (die Wohnungen der Landarbeiter waren bis dahin in einem schlechten Zustande), über die Familienzulagen für die Kinder der Landarbeiter u. a.

Im Vergleich mit der Ernte der Jahre 1929—1933, war die Brotgetreideernte (Roggen und Weizen zusammen) in den Jahren 1934—1938 durchschnittlich um 154.000 t im Jahre grösser, also mehr als um ein Drittel; auch die Kartoffelernte war um ein Drittel grösser. Die Zuckerrübenernte war in derselben Zeit von 98.000 t auf 275.000 t gestiegen, die Milchproduktion — von 1.388.000 t im Jahre auf 1.597.000 t (um 15%), die Fleischproduktion — von 135.000 t auf 165.000 t (um 22%). Die Zahl des Rindviehs — von 1.086.000 auf 1.226.000 (um 13%), die Zahl der Schweine — von 557.000 auf 743.000 (um 34%). Die Zahl der in der Industrie Beschäftigten (die in den Krankenkassen versichert waren) betrug im Jahre 1933 72.000, aber im Jahre 1938 111.000, um 54% mehr. Die Industrialisierung Lettlands erfolgte gleichzeitig mit der relativ um-

fangreichen Bautätigkeit. In den genannten Jahren wurde das grosse Kraftwerk Kegums errichtet, monumentale Staatsgebäude wurden erbaut und viele andere Bauarbeiten ausgeführt.

Das sind einige Zahlen zur Charakteristik des Wirtschaftsaufschwungs in Lettland in den letzten Jahren vor dem gegenwärtigen Kriege. Nicht nur die Wirtschaftskrisis der Jahre 1932—1933 wurde überwunden, sondern es wurden noch bedeutende neue Fortschritte erzielt. — Aber es gab auch viele Leute, die unzufrieden mit diesem politischen Regime waren. Die vielen durch den Staatsstreich vom 15. Mai 1934 beseitigten politischen Parteien, ihre Anhänger und einzelne Politiker waren über die politische Veränderung nicht erfreut, besonders die marxistischen Parteien und ihre Anhänger.

2. Pakt der gegenseitigen Hilfe zwischen Lettland und der UdSSR.

Nach dem blitzschnellen Vernichten der polnischen Militärmacht durch die siegreichen deutschen Waffen, reichte am Morgen des 17. Septembers 1939 die Regierung der UdSSR dem Gesandten Polens in Moskau eine Note[4] ein, in der erklärt wurde, dass der polnische Staat durch die Kriegstätigkeit vernichtet worden sei und tatsächlich nicht mehr existiere; darum seien auch die Verträge zwischen der UdSSR und Polen ausser Kraft getreten und die Sowjetregierung habe dem Oberkommando der Roten Armee den Befehl gegeben, die Grenzen Polens zu überschreiten, um das Leben und Vermögen der Bevölkerung der Westukraine und Westweissruthenien unter ihren Schutz zu stellen. — An demselben 17. September wurde von der Sowjetregierung allen Gesandten ausländischer Staaten in Moskau eine Note[5] eingereicht, in der die Sowjetregierung erklärte, dass dem polnischen Gesandten in Moskau die schon erwähnte Note überreicht worden wäre (die Abschrift der Note war der Erklärung beigefügt worden) und dass die UdSSR mit dem betreffenden Staate sich an die Neutralitätspolitik[5a] halten werde. Diese Note wurde von der Sowjetregierung auch den diplomatischen Vertretern der baltischen Staaten — Lettlands, Estlands

und Litauens — übergeben. Also auch diesen Staaten hatte Sowjetrussland die Neutralitätspolitik zugesichert.

In der lettischen Presse wurde diese wichtige Tatsache — der völligen Neutralität Sowjetrusslands Lettland gegenüber — in grosser Aufmachung gebracht. Zugleich war aber in derselben Zeitungsnummer (vom 18. Sept. 1939) eine kurze Notiz über die Flucht eines in Reval (Estland) internierten polnischen Unterseebootes zu finden. Die Flucht hätte am 18. September stattgefunden. Die UdSSR benutzte dieses Ereignis zum Ausgangspunkt von Drohungen und Verleumdungen dem kleinen (1 Million Einwohner!) Freistaate Estland gegenüber. Das Endergebnis dieser Hetzkampagne war eine erzwungene Reise der estnischen Staatsmänner nach Moskau, und vom 24. bis 28. September führten die Esten dort mit der Sowjetregierung Verhandlungen. Am 28. September wurde ein „Pakt gegenseitiger Hilfe" zwischen der UdSSR und Estland geschlossen. Mit ähnlichen politischen und militärischen Forderungen wandte sich die Sowjetregierung auch an Lettland, und der Aussenminister Lettlands war gezwungen, nach Moskau zu reisen, um mit Stalin und Molotow zu verhandeln. Auch mit Lettland wurde (am 5. Oktober) ein „Pakt gegenseitiger Hilfe" abgeschlossen. Am 10. Oktober musste auch Litauen einen gleichen Vertrag unterzeichnen, und am 11. Oktober traf in Moskau der Bevollmächtigte der Regierung Finnlands ein, um ähnliche politische und wirtschaftliche Verhandlungen mit der Sowjetregierung zu führen. Dieses waren die neuen politischen Ereignisse, die der Krieg, der am 1. September 1939 entbrannte, entfesselt hatte.

Der „Pakt der gegenseitigen Hilfe" zwischen Lettland und der UdSSR bestimmte folgendes*): Der Friedensvertrag*) vom 11. August 1920 und der Pakt des

---

*) In diesem Friedensvertrage, der den Krieg zwischen Lettland und Sowjetrussland beendet hatte, erkannte Sowjetrussland die Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Souveränität Lettlands an und verzichtete auf „ewige Zeiten" auf alle Souveränitätsrechte, welche Russland gegenüber Lettlands Volk und Land früher besass.

Nichtangreifens[6a] vom 5. Februar 1932 bleiben als feste Grundlagen der gegenseitigen Beziehungen und Verpflichtungen der beiden Staaten bestehen. Beide Staaten verpflichten sich zu einer gegenseitigen Hilfeleistung, auch militärischen, wenn ein direkter Angriff oder die Drohung eines Angriffs von seiten einer beliebigen europäischen Grossmacht gegen die Seegrenzen der vertragschliessenden Staaten im Baltischen Meere oder gegen ihre Festlandsgrenzen durch das Territorium Estlands oder Litauens erfolgen sollte. Die UdSSR verpflichtet sich, die lettländische Armee mit Waffen und anderen Kriegsmaterialien zu „günstigen" Bedingungen zu versorgen. Und Lettland gab, „um die Sicherheit der UdSSR zu gewährleisten und die eigene Unabhängigkeit zu festigen", der Union das Recht, in den Hafenstädten Libau und Windau Stützpunkte für die Kriegsflotte und ausserdem noch einige Flugplätze zu unterhalten („auf Grund eines Pachtvertrages, zu einem annehmbaren Preise"). Nach denselben Bedingungen erhielt die Union das Recht für ihre Küstenartillerie an der Seeküste zwischen Windau und Pitrags Befestigungen auszubauen. Zum Schutz der Flottenstützpunkte, der Flugplätze und der Küstenartillerie konnte die Union auf eigene Rechnung eine „streng begrenzte" Anzahl von Land- und Lufttruppen unterhalten (die maximale Truppenzahl wurde durch eine besondere Vereinbarung festgesetzt). *„Die Durchführung dieses Paktes darf in keiner Weise die Souveränitätsrechte der vertragschliessenden Seiten, besonders die Staatsverfassung, das wirtschaftliche und soziale System und die militärischen Massnahmen berühren." (Paragraph V des Paktes).* Weiter war vorgesehen, dass Landteile, die für Stützpunkte und Flugplätze eingeräumt sind, zum Territorium der Republik Lettland gehören. Der Pakt wurde auf 10 Jahre abgeschlossen.

Gleichen Inhaltes waren auch die „Pakte der gegenseitigen Hilfe" zwischen der UdSSR und Litauen und Estland[7]; auch von diesen beiden baltischen Staaten erzwang die Sowjetregierung das Recht, Stützpunkte und Flugplätze einzurichten und Truppen zu halten. Der Vertrag mit Estland war auf 10 Jahre, der mit

Litauen sogar auf 15 Jahre abgeschlossen worden. Alle drei baltischen Staaten machten gute Miene zum bösen Spiele, und ihre Staatsmänner und die Presse bemühten sich, nach Möglichkeit allerlei Gutes aus dem Vertrage herauszuholen. So z. B. betonte der damalige Staatspräsident Lettlands, K. Ulmanis, in einer Rede[8], dass dieser Vertrag den guten, freundschaftlichen Beziehungen zwischen Lettland und der UdSSR, sowie auch der Sicherheit Lettlands selbst nur zugute komme; Lettland bleibe selbständig und unabhängig. Um den Abschluss des Paktes zu rechtfertigen, fragte der Staatspräsident: „... Kann nicht die Freundschaft und gegenseitige Hilfe zwischen den Nachbarn auch gewisse Nachgiebigkeit fordern, wenn die Zeit und der Ort das verlangen? Dieser Pakt mit dem grossen Nachbarn, welcher im Geiste der beiderseitigen Treue, des Vertrauens und des guten Glaubens abgeschlossen ist, bringt uns die Sicherheit, entfernt oder beseitigt sogar die Kriegsdrohungen. Noch mehr, er vergrössert auch die Sicherheit der Sowjetunion ..." Der Staatspräsident betonte besonders die Wichtigkeit eines Paktparagraphen: „Im Pakte ist klar gesagt, dass seine Durchführung in keinem Falle die Souveränitätsrechte, die Staatsverfassung, das wirtschaftliche und soziale System und die militärischen Massnahmen der beiden vertragschliessenden Staaten antasten darf." — Etwa dasselbe erklärten damals auch die Staatsmänner Estlands und Litauens in ihren Reden und Zeitungsartikeln.

Die sowjetrussische Presse kommentierte die erwähnten „Pakte der gegenseitigen Hilfe" z. B. mit folgenden heuchlerischen Worten[9]: „Alle, die jetzt ein friedliches Leben geniessen und ruhig arbeiten können (d. h. in den Baltischen Ländern. A. C.), wissen, was sie der Sowjetunion zu verdanken haben. Das wissen und erleben alle unsere Nachbarvölker und ihre Regierungen. Diese Völker überzeugen sich immer wieder, dass die Sowjetunion der sicherste Garant des Friedens ist. Ihre überlegene Stärke hat sie (die Sowjetunion. A. C.) nie veranlasst, die Kleinstaaten — ihre Nachbaren — zu bedrücken oder sich in das Leben dieser Staaten hineinzumischen. Die staatliche Unabhängigkeit dieser Völker,

die sich von Russland seinerzeit abtrennten, hat die Sowjetunion im Gegenteil stets mit der grössten Achtung und mit Wohlwollen respektiert. Die Sowjetunion und Lettland erklärten, dass die staatliche, soziale und wirtschaftliche Struktur des Gegenpartners stets respektiert werden wird. Die prinzipielle Bedeutung dieser Deklaration ist enorm. Sie ist ein Zeichen des gegenseitigen Vertrauens ..."

Aber die Tatsache blieb, dass die UdSSR diese Verträge den baltischen Staaten aufgezwungen hatte, und statt Vertrauen und aufrichtiger Freundschaft herrschten in den baltischen Staaten schwere Befürchtungen für die Zukunft. Das konnte auch gar nicht anders sein, denn in Lettland, Estland und Litauen rückten gleich nach Abschluss der Pakte verhältnismässig grosse Sowjettruppen ein. In Lettland waren es etwa 25.000[10] (die Stärke der lettländischen Armee vor dem Kriege betrug etwa 20.000 Mann); auch in estnischen Zeitungen[11] wurde damals darauf hingewiesen, dass die Sowjetgarnisonen in Estland die Anzahl der eigenen Wehrmacht übersteigen. Die grössten Befürchtungen erregte in den baltischen Staaten das eigentümliche politische und wirtschaftliche Regime des Sowjetreiches, das im krassen Gegensatz zu demjenigen der baltischen Republiken stand. In den baltischen Staaten waren die Grundlage der Wirtschaftstätigkeit und des Volkswohlstandes das Privateigentum und die Privatinitiative (wenn auch diese Initiative vom Staate ziemlich stark kontrolliert und reguliert wurde). In Sowjetrussland gehörte alles dem Staate, kein Bauer besass ein Stückchen Land, kein Handwerker besass auch die kleinste Werkstatt, es existierte kein privates Handels- oder Industrieunternehmen. Es waren in den baltischen Staaten auch die schrecklichen, grausamen bolschewistischen Methoden der Vernichtung der wohlhabenderen Bevölkerungsschichten in Russland bekannt, das tragische Schicksal der russischen Bauern, usw. Die Bolschewisten in der Sowjetunion hatten 20 Jahre ununterbrochen die „kapitalistische Welt" verflucht und beschimpft, die Weltrevolution gefördert, sie hatten immer verschiedenartig die illegalen kommuni-

stischen Parteien in den baltischen Staaten in ihrer staatsfeindlichen Tätigkeit unterstützt und hatten soeben 11 Millionen Menschen der „kapitalistischen Hölle“[12] entrissen*). In Estland erinnerte man sich an den bewaffneten Aufstand der Bolschewisten im Jahre 1924. In Lettland hatte die Bevölkerung die Schrecken der bolschewistischen Herrschaft bereits im Jahre 1919 ertragen müssen. Man kannte die grenzenlose Armut der Bevölkerung in Sowjetrussland und den dortigen Hunger.

Der Abschluss der „Pakte der gegenseitigen Hilfe“ war für Lettland und die übrigen baltischen Staaten ein drohendes „memento mori“.

3. Die Okkupation Lettlands durch die Sowjettruppen im Juni 1940.

Das erste Stadium der Vernichtung des Freistaates Lettland durch die Sowjetunion dauerte nicht lange, nur etwa 8 Monate. Gleich nach Abschluss des „Paktes der gegenseitigen Hilfe“ zwischen Lettland und der UdSSR begann die Rücksiedlung der Deutschen aus Lettland nach dem Reich. Die Rücksiedlung dauerte etwa zwei Monate, und Mitte Dezember 1939 war sie beendet. Die Zahl der Auswanderer[13] betrug etwa 48.000 (darunter auch ein kleiner Teil Letten, die sich vor der Bolschewistengefahr retten wollten). — Ende November 1939 begann der Krieg zwischen der Sowjetunion und Finnland, weil dieser Nordstaat sich geweigert hatte, einen ähnlichen „Pakt der gegenseitigen Hilfe“, wie die drei baltischen Staaten es zu tun sich gezwungen sahen, mit der UdSSR zu schliessen. Nach einigen Monaten, im März 1940, war der Krieg zu Ende, und die Sowjetunion hatte das Verlangte (und noch mehr) doch erhalten: Finnland musste einen Teil seines Territoriums an Sowjetrussland abtreten und Stützpunkte für die Sowjettruppen im eigenen Lande einräumen[13a]. — Wie schon früher (im III. Kapitel) erwähnt, war die wirtschaftliche

*) Die ehemaligen polnischen Gebiete — Westukraine und Westweissruthenien.

Lage Lettlands während des Krieges schlechter geworden; der Aussenhandel*) stockte, der Industrie fehlten einige Rohstoffe, viele Arbeiter verloren ihre Stellen; es fehlten auch Kohlen. Ausserdem war der Winter 1939/40 ungewöhnlich streng.

Im Kampfe mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten und mit bangen Ahnungen wurden in Lettland der Frühling und Sommer erwartet. Verschiedenes wies darauf hin, dass Sowjetrussland sich mit dem Erzwingen des „Paktes der gegenseitigen Hilfe" nicht begnügen werde. Und so geschah es auch. Mit der Erzwingung der Pakte begann die UdSSR im Herbst 1939 mit Estland, dem kleinsten Staate, der nur 1,1 Mill. Einwohner zählte (Sowjetrussland hatte 170 Millionen Einwohner!). Diesmal wurde mit Litauen angefangen.

a) Die Überwältigung Litauens[14].

Am Abend**) des 14 Juni 1940 überreichte der Vorsitzende des Volkskommissarenrates der UdSSR Molotow dem litauischen Gesandten in Moskau eine Note an die litauische Regierung, die folgende Behauptungen und Forderungen enthielt (es muss noch bemerkt werden, dass schon einige Wochen vorher der Ministerpräsident und der Aussenminister Litauens nach Moskau gefahren waren, um einige Beschuldigungen Sowjetrusslands zu widerlegen): Die Sowjetregierung hat festgestellt, dass während der letzten Monate eine Rei-

*) Es muss noch bemerkt werden, dass am 18. Oktober 1939 in Moskau ein neuer Handelsvertrag zwischen Lettland und der Sowjetunion abgeschlossen wurde, der ab 1. November in Kraft trat. Im Vertrage war es vorgesehen, dass der Wert des Handelsumsatzes (der gesamte Wert der Einfuhr und Ausfuhr) viermal grösser sein wird als bisher. Bis zum Ende 1940 sollte die Ausfuhr Lettlands nach der Sowjetunion Ls 30 Mill. erreichen und die Ausfuhr der Union nach Lettland sollte ebenso gross sein (im Jahre 1938 war der gesamte Handelsumsatz bloss 15 Mill. Lats). Laut dem Vertrage sollte die Sowjetunion Lettland mit verschiedenen Rohstoffen, wie Erdölprodukte, Tabak, Eisen, Salz u. a. Waren versorgen (Ekonomists Nr. 21 vom 1. November 1939). — Ein ähnlicher Handelsvertrag wurde auch zwischen Estland und der Sowjetunion abgeschlossen.

**) Am Morgen desselben Tages zogen die siegreichen deutschen Truppen in Paris ein.

he von Fällen vorgekommen sind, wo litauische Behörden Sowjetsoldaten (aus den Sowjetgarnisonen in Litauen) gefangengenommen und misshandelt haben, um militärische Geheimnisse des Sowjetstaates zu ergründen. Einer der Soldaten ist von der litauischen Polizei ermordet worden, ein anderer — verschwunden. Durch Gewalttaten bemühen sich die litauischen Behörden, das Verweilen der Sowjettruppen in Litauen unmöglich zu machen. Dasselbe zeigen auch die Verhaftungen vieler litauischer Bürger, die als Bedienungspersonal (Wäscherinnen, Küchenpersonal) bei den Sowjettruppen in Litauen oder beim Kasernenbau für diese Truppen beschäftigt waren. Alles das beweist, dass die litauische Regierung den „Pakt der gegenseitigen Hilfe" grob verletzt hat, und dass sie einen Angriff gegen die Sowjetgarnisonen in Litauen vorbereitet. Gleich nach Abschluss des Paktes der gegenseitigen Hilfe hat die litauische Regierung militärische Bündnisse mit Lettland und Estland abgeschlossen und so die sogenannte baltische Entente, in der früher in einem militärischen Bündnisse nur Lettland und Estland vereinigt waren, in ein Militärbündnis von drei Staaten umgewandelt. Dieses Militärbündnis ist gegen die Sowjetunion gerichtet. Weiter sind zwischen Litauen, Lettland und Estland geheime Beziehungen angeknüpft worden. — Die Sowjetregierung findet, dass das so nicht weitergehen kann und fordert als „absolut notwendig und unverzüglich": 1) dass in Litauen sofort eine solche Regierung gebildet wird, die fähig ist und den Willen hat, eine „ehrliche Durchführung des sowjetisch-litauischen Paktes der gegenseitigen Hilfe und die energische Unterdrückung der Feinde des Paktes sicherzustellen"; 2) dass zur Sicherstellung der Realisierung des Paktes sogleich eine Anzahl Sowjettruppen, die für die Realisierung des Paktes nötig sind, in das Territorium Litauens hineinzulassen ist. Die Antwort der litauischen Regierung erwartet die Sowjetregierung bis 10 Uhr Morgens den 15. Juni. „Das Nichteinsenden der Antwort der litauischen Regierung bis zu dem genannten Termin wird als Weigerung, die obengenannten

Forderungen der Sowjetunion anzunehmen, betrachtet werden."

Dieses Ultimatum der Sowjetunion wurde dem Aussenminister Litauens in Moskau am 14. Juni 1939, um 23 Uhr überreicht. Am 15. Juni, um 9 Uhr Morgens, übergab der litauische Aussenminister dem Aussenkommissar Molotow eine Antwort der Regierung Litauens, in der alle Forderungen der Sowjetregierung angenommen waren. Am 15. Juni, um 15 Uhr, marschierten bereits die Sowjettruppen an mehreren Stellen über die Grenze in Richtung nach Wilna, Kauen und anderen Städten in Litauen ein. Der Moskauer Rundfunk und die Moskauer Presse berichteten, dass die Rote Armee von der litauischen Bevölkerung mit „grosser Freude" begrüsst wurde, und dass die „Sicherheit" Litauens nun vollkommen garantiert wäre(!). Die Regierung Litauens gab ihren Rücktritt bekannt. Der Staatspräsident und einige andere litauische Staatsmänner flohen nach Deutschland. Die Bildung einer neuen Regierung wurde von der zurückgetretenen Regierung einem General (Raschtikis) anvertraut, aber Molotow war damit nicht einverstanden, der Sowjetregierung sei der General nicht annehmbar, denn eine litauische Regierungsbildung könne nur im Einvernehmen mit der Sowjetregierung geschehen. Am Abend des 15. Juni kam mit dem Flugzeuge in Kauen der Stellvertreter des Aussenkommissars der UdSSR Dekanosow an, um mit den litauischen Behörden über die Bildung der neuen Regierung zu verhandeln. — Der bisherige Ministerpräsident und stellvertretender Staatspräsident A. Merkis war gezwungen, in seiner Rundfunkrede an die litauische Bevölkerung folgendes zu sagen: „... diese Armee ist in unser Land als eine Armee unseres freundschaftlich(!) gesinnten Verbündeten gekommen. So wird sie auch von unserer Armee empfangen. Alle Einwohner des Staates müssen diese Sache gerade so verstehen und bewerten. Vom Standpunkte der gegenseitigen Hilfe gesehen, ist die Vergrösserung der Truppen unseres Verbündeten verständlich. Unsere inneren gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und poli-

tischen Angelegenheiten können dadurch nicht berührt werden."

b) Dasselbe Schicksal trifft Lettland.

Am 15. Juni kapitulierte Litauen. Am 16. Juni überreichte der Vorsitzende des Volkskommissarenrates Molotow im Namen der Sowjetregierung dem lettländischen Gesandten in Moskau eine Note an die lettländische Regierung, die folgenden Inhalt hatte[18]): Die Sowjetregierung stellt fest, dass die Regierung Lettlands das schon vor dem Abschluss des sowjetisch-lettischen „Paktes der gegenseitigen Hilfe" geschaffene Militärbündnis mit Estland, das gegen*) die UdSSR gerichtet ist, nicht liquidiert, sondern sogar noch erweitert hat; in dieses Militärbündnis ist Litauen hineingezogen und die lettische Regierung bemüht sich, auch Finnland hineinzubekommen. Vor dem Abschluss des sowjetisch-lettischen Paktes im Herbst 1939 konnte die Sowjetregierung auf das Existieren eines solchen Militärbündnisses „durch die Finger" sehen. Aber nach dem Abschluss des „Paktes der gegenseitigen Hilfe" betrachtet die Sowjetregierung das Bestehen des Militärbündnisses zwischen Lettland, Estland und Litauen nicht nur als „unzulässig und unertragbar", sondern auch als *„tief gefährlich und drohend"* für die Sicherheit der Grenzen der UdSSR. Die Bemühungen Lettlands und anderer baltischen Staaten, das genannte Militärbündnis zu beleben und zu erweitern, werden durch folgende Tatsachen bewiesen: es sind zwei geheime Konferenzen der drei baltischen Staaten zusammengerufen worden, im Dezember 1939 und im März 1940; die Beziehungen der Generalstäbe der drei Staaten sind insgeheim erweitert worden; es ist ein *besonderes Presseorgan der „baltischen Militärentente"* geschaffen worden — die „Revue Baltique", die in englischer, französischer und deutscher Sprache in Tallinn (Reval) herausgegeben wird. — Alle diese Tatsachen beweisen,

*) Die Bevölkerungszahl Estlands war damals 1,1 Million! Die UdSSR hatte 170 Millionen Einwohner. *Also bedrohten 1 Million Bevölkerung in Estland und 2 Millionen in Lettland das riesige Sowjetreich mit seinen 170 Millionen Einwohnern!*

5. Sowjetpanzer in den Strassen Rigas am 17. Juni 1940. Rechts der Autohafen und das Gebäude der Präfektur.

6. Vor einem Wahlbüro in Riga im Juli 1940. Die Bevölkerung wurde „organisiert" und mit Musik zu den „Wahlen" getrieben.

7. Eine Abteilung der „Arbeitergarde" in Riga im Sommer 1940.

dass die Regierung Lettlands den Pakt der gegenseitigen Hilfe grob verletzt hat. Die Sowjetregierung hält es darum für „notwendig und unverzüglich", folgendes zu verlangen: 1) es muss in Lettland sofort eine Regierung gebildet werden, die „fähig ist und den Willen hat" die „ehrliche" Durchführung des Paktes sicherzustellen; 2) unverzüglich müssen Sowjettruppen nach Lettland hineingelassen und in den wichtigsten Zentren Lettlands in einer Anzahl einquartiert werden, die nötig ist, um die wirkliche Möglichkeit der Realisierung des Paktes zu haben und um einem eventuellen „provokatorischen Akte" gegen die Sowjetgarnisonen in Lettland vorzubeugen. „Die Sowjetregierung betrachtet die Erfüllung dieser Forderungen als diejenigen elementarsten Bedingungen, ohne welche es unmöglich ist, die ehrliche und loyale Erfüllung des sowjetisch-lettischen Paktes der gegenseitigen Hilfe zu erreichen."

Bereits an demselben Tage (den 16. Juni) überreichte der lettische Gesandte in Moskau der Sowjetregierung die zustimmende Antwort der lettischen Regierung. Am 16. Juni trat die lettländische Regierung zurück*) und am frühen Morgen des 17. Juni zogen die ersten Sowjettruppen in Lettland ein.

Am 16. Juni überreichte Molotow eine ähnliche Note auch dem estnischen Gesandten in Moskau, erhielt die Zustimmung der Regierung Estlands, und Sowjettruppen marschierten in Estland ein.

Alle diese erschütternden Nachrichten wurden in der Presse der drei baltischen Staaten ohne Kommentare gegeben. Die Kapitulation vollzog sich stumm, die überwältigende Übermacht der Sowjetunion und die Gefährlichkeit der Lage der baltischen Staaten waren zu gross, um irgendwelche Bemerkungen zu diesen Ereignissen zu machen. Vielleicht hegten die damaligen Staatsführer auch eine leise Hoffnung, dass noch nicht alles verloren sei, dass die Bolschewisten vielleicht

*) In Lettland waren die beiden höchsten Staatsämter in einer Person vereinigt: Kārlis Ulmanis war gleichzeitig Staatspräsident und Ministerpräsident. Nach dem Rücktritt der Regierung blieb K. Ulmanis formell noch einen Monat Staatspräsident.

nicht alle bisherigen Grundlagen des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens zerstören werden...

Nur eine einzige Ausnahme war in der lettischen Presse zu finden, nämlich eine amtliche Erklärung der lettländischen Telegraphenagentur (LTA) vom 15. Juni, also noch vor Empfang der Sowjetnote an Lettland (in der lettländichen Presse erschien diese Erklärung am 16. und 17. Juni). Es wurde erklärt, dass laut amtlicher Meldung der sowjetrussischen Telegraphenagentur (TASS), Litauen dem Militärbündnis zwischen Lettland und Estland beigetreten sei und so die baltische Entente in ein Militärbündnis von drei Staaten umgewandelt worden wäre, und weiter: „Die lettländische Telegraphenagentur ist bevollmächtigt zu erklären, dass *diese Nachricht der Wahrheit nicht enspricht, Litauen hat sich dem Militärvertrag zwischen Lettland und Estland vom 1. November 1923 nicht angeschlossen, und es besteht auch kein anderer Militärvertrag zwischen den drei baltischen Staaten.*“[16]

Diese offizielle Bekanntmachung der Regierung Lettlands (durch die Presse von der Sowjetunion nicht bezweifelt) zeigt, dass das Hauptargument der Note der Sowjetunion gegen Lettland eine reine Lüge war. Ganz lächerlich klingt die Behauptung: die „baltische Militärentente“ (die gar nicht existierte!) ist „tief gefährlich und drohend“ für die Sicherheit der Grenzen der Sowjetunion. Die Einwohnerzahl Estlands betrug damals 1,1 Mill., Lettlands — 2 Mill., Litauens — 2,5 Mill., insgesamt waren es 5,6 Mill. Und diese kleinen Staaten „bedrohten“ ein Weltreich mit 170 Mill. Einwohnern! Unverschämt und lächerlich sind auch die anderen in der Sowjetnote erwähnten „groben Verletzungen“ des „Paktes der gegenseitigen Hilfe“, wie z. B. die Behauptung, dass eine spezielle Zeitschrift — die „Revue Baltique“[16a] — für die „baltische Militärentente“ in Reval geschaffen ist und herausgegeben wird. Die Sowjetregierung konnte der Regierung Lettlands überhaupt keine ernsthaften Vorhaltungen in dieser Hinsicht machen.

Der Einzug der Sowjettruppen in Riga erfolgte am 17. Juni um 12 Uhr. Am Abend desselben Tages (um 22,15 Uhr) hielt der Staatspräsident K. Ulmanis im

Rundfunk eine kurze Ansprache an das Volk. In dieser Ansprache hob er die „Freundschaft" (!) zwischen Lettland und Sowjetrussland hervor, indem er sagte[17]: *„Die Ereignisse der letzten 24 Stunden haben alle Gemüter erregt...* In unser Land ziehen seit heute Morgen Sowjettruppen ein. Dies geschieht mit Vorwissen und Zustimmung der Regierung, was im Einvernehmen mit den freundschaftlichen Beziehungen zwischen Lettland und der Sowjetunion steht. Darum wünsche ich, dass auch die Einwohner unseres Landes die einziehenden Truppen freundschaftlich erwarten... Es ist unvermeidlich, dass die Ereignisse, die wir zu erleben haben, eine gewisse Erregung und Störungen im Gange unseres bisherigen friedlichen Lebens hineintragen. Aber das sind vorübergehende Erscheinungen, mit denen wir in einigen Tagen fertig sein werden. In diesem Augenblicke rufe ich euch zu — beweist in Gedanken und Taten... die Seelenstärke des Volkes..."

Das waren die letzten öffentlichen Worte des früheren Staatsführers und überhaupt der früheren, „bürgerlichen" Staatsmänner. Die „vorübergehenden Erscheinungen" dauerten in Lettland ein ganzes Jahr an, und die „Erregung" des Volkes wurde immer stärker. Aber in der Presse, im Rundfunk und in der Öffentlichkeit war das nicht mehr zu sehen. Da war alles gut, da las und hörte man nur das, was den Bolschewisten lieb und angenehm war. Die wahre Stimmung des lettischen Volkes konnte in der Presse erst nach dem Einzug der siegreichen deutschen Wehrmacht in Lettland und Riga, nach der Vertreibung der Bolschewisten, erscheinen.

4. Die nationalen und sozialen Gegensätze in Lettland.

a) Verschiedenartige Gefühle und Ansichten der Bevölkerung über die Sowjetunion.

Um die Stimmung in verschiedenen Volksschichten in Lettland am 17. Juni 1940 und in den nächsten Wochen und Monaten und die Entwicklung der Ereignisse besser zu verstehen, muss etwas über die nationalen und sozialen Gegensätze in Lettland gesagt, und es muss

auch etwas über die Vergangenheit Lettlands gesprochen werden. Nach der Gründung des Freistaates Lettland und der Loslösung dieses Landes von Sowjetrussland waren die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern fast gänzlich unterbrochen. Man wusste in Lettland nicht viel Genaues über das Sowjetreich. Positives gab es dort sehr wenig; die politische und wirtschaftliche Verfassung des Landes war ganz anders als die in Lettland, ganz fremd und unannehmbar. Es wurde manchmal in der lettischen Presse über Hunger, Armut, Verfolgungen der politischen Gegner, und in den letzten Jahren über die grossen politischen Prozesse, die mit der Hinrichtung der ehemaligen bolschewistischen Führer endeten, geschrieben. Es wäre ja eine sehr dankbare Aufgabe gewesen, das wahre Leben des Volkes der Sowjetunion näher darzustellen, um Arbeitern oder auch anderen Einwohnern Lettlands, die über Sowjetrussland als Arbeiterparadies falsche Vorstellungen hatten, diese Frage durch die Presse und durch Bücher gründlicher zu beleuchten. Aber aus politischen Gründen wollte man das nicht erlauben, weil das der riesigen Sowjetunion nicht angenehm gewesen sein wäre. Um mit der Sowjetunion in Frieden zu leben, schrieb man über dieses Land gar nichts oder fast gar nichts. Das Verhältnis der Bevölkerungszahl war eben 2 : 170 (2 Millionen in Lettland, 170 in der UdSSR). Sowjetrussland war ja das direkte Nachbarland! Man publizierte in Lettland Bücher über das Leben in anderen Nachbarländern, in Estland, Litauen, Finnland, Schweden und in verschiedenen anderen Ländern, aber es erschien kein lettisches Buch über Sowjetrussland. Man konnte ja auch keine Reise durch Russland machen, um das Leben dort mit eigenen Augen zu sehen, wie das sonst in allen anderen Ländern der Erde möglich war. Alle Ausländer galten in Sowjetrussland als verdächtige Leute, als Spione. Die Bolschewisten konnten den Ausländern wenig gutes zeigen, das Volk war dort vollkommen verarmt und niedergedrückt.

Ein grosses Hindernis für das Kennenlernen Sowjetrusslands und überhaupt Russlands und der Russen

war das Nichtverstehen der russischen Sprache, das sich immer mehr in Lettland verbreitete. Auch früher, in der Zarenzeit, kannte ein grosser Teil der Letten die russische Sprache nicht. Aber damals wurde die russische Sprache in allen Schulen gelehrt, auch in der Armee (im Kriegsdienst). Wenn man eine Schule absolvieren wollte, musste man russisch können, denn nicht nur die russische Sprache allein, sondern alle Fächer (Mathematik, Geschichte, Geographie u. a.) wurden nur in russischer Sprache erteilt. Im Freistaate Lettland wurde die russische Sprache in den Schulen nicht mehr gelehrt, sie blieb nur in Schulen, die für russische Kinder bestimmt waren. Darum schimpften die lettischen Bolschewisten in den Jahren 1940—1941 auf die frühere „plutokratische" Regierung, die die für die Bolschewisten so wichtige russische Sprache aus den Schulen herausgeworfen hatte. Die jüngere Generation der Letten konnte die Schriften der Bolschewistenführer in der Originalsprache nicht lesen und konnte sich mit den Russen nicht verständigen. Die jungen Letten kannten die Russen und ihre Sprache überhaupt nicht und waren im national-lettischen Geiste erzogen.

Die mittlere und alte Generation der Letten erinnerte sich noch an die Russenherrschaft und an die Russen der Zarenzeit, die Russen waren ihnen nicht fremd. Aber sie erinnerte sich auch an die Schrecken und den Hunger der ersten Bolschewistenherrschaft in Lettland im Jahre 1919. Viele Letten (auch andere) hatten die Schreckensherrschaft der Bolschewisten und das Elend des Sowjetlebens in Russland während der ersten Jahre der Revolution selbst erlebt. Es gingen wohl Gerüchte um, dass die Bolschewisten jetzt „kultureller" geworden wären und ihre früher gemachten Fehler anerkannt hätten. So erzählte man z. B., das die Bolschewisten in Sowjetrussland zum Entschluss gekommen wären, dass die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in Russland ein Fehler gewesen sei und dass sich in Lettland in keinem Falle solche „Agrarreform" wiederholen würde. Es waren auch manche Leute, die meinten, dass die umfangreichen wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjetrussland vor-

teilhaft für Lettland sein würden, dass die lettländische Industrie neue grosse Produktionsmöglichkeiten erhalten werde und die lettländischen Arbeiter und auch Landwirte viel für den russischen Markt würden arbeiten können. Einige meinten, dass alle lettischen Arbeiter nach der sowjetrussischen Terminologie „Stachanower" (die wenigen vorbildlichen, relativ gut verdienenden Arbeiter in Sowjetrussland) seien, dass die lettischen Arbeiter die russischen Arbeiter in Hinsicht auf Kenntnisse, Arbeitsgeschicklichkeit und Arbeitsproduktivität stark übertreffen und darum ziemlich gut würden leben können. Es waren Letten, die ehrlich meinten, dass die Bolschewistenherrschaft in Lettland gar nicht so schlimm sein werde, wie die Pessimisten es ausmalten.

Ein wichtiger Grund für die Hoffnungen, die ein Teil der Letten gleich nach dem 17. Juni 1940 hegten, war der, dass man am Anfang noch nicht wusste, was für Absichten die Sowjetunion mit Lettland eigentlich hatte, und welche Staatsverfassung in Lettland eingeführt werden wird. Wie schon erwähnt, waren die Sozialdemokraten, die Kommunisten und auch einige bürgerliche Parteien mit der autoritären Regierung unzufrieden, weil allen diesen Parteien und Politikern, sowie den Anhängern und Wählern dieser Parteien, die Gelegenheit genommen war, sich am politischen Leben und auch an einigen Vorteilen, die die Folge des politischen Einflusses waren, zu beteiligen. Viele dieser Leute meinten, bevor die Absichten der Bolschewisten in Lettland klar wurden, dass *die Hauptbedeutung der politischen Veränderung vom 17. Juni der Sturz der Regierung K. Ulmanis sei,* nicht aber das tatsächliche *Ende des Freistaates Lettland,* wie es in Wirklichkeit war. Manche unzufriedene, bürgerlich gesinnte Leute hofften anfangs, dass sie nach dem Sturze der alten Regierung nun ihre persönliche Karriere, die durch das autoritäre Regime unterbrochen, verhindert oder verdorben war, besser machen würden.

Einem Teil der Arbeiter und der übrigen ärmsten Bevölkerungsschichten imponierte die Rolle, die die Arbeiter in der Sowjetunion spielten, wo die verhassten

oder beneideten Reichen und Wohlhabenden vollständig vernichtet*) waren, wo es keine wohlhabenden Bauern mehr gab. Sie kannten das wirkliche Leben in der Sowjetunion nicht, und die Sowjetpropaganda, die auch früher im Rundfunk frei für jeden lettländischen Interessenten zu hören war, erzählte allerlei Wunderbares über das „Arbeiterparadies" und kritisierte ununterbrochen die „kapitalistische" Welt, indem sie deren Mängel hervorhob. Es war allerdings Tatsache, dass die Arbeiter keine hervorragenden und leitenden Stellungen im Wirtschaftsleben oder im politischen Leben Lettlands einnehmen konnten; in Sowjetrussland war dieses der Fall. Wie niedrig aber das Lebensniveau der Arbeitermassen und wie gross die Unterdrückung des Volkes in Sowjetrussland waren, das wussten die lettischen Hörer des Moskauer Rundfunks nicht.

Ganz unannehmbar und drohend erschien der Bolschewismus den Bauern und verschiedenen Unternehmern und Besitzern in Lettland, die zusammen mit ihren Familien den grössten Teil der Bevölkerung Lettlands ausmachten.

b) Die Bedeutung der nichtlettischen Bevölkerung.

Bisher war die Rede nur von Letten. Aber die Bevölkerung Lettlands bestand nicht nur aus Letten, ein grosser Teil gehörte anderen Nationalitäten an. Im Jahre 1935 wohnten[18] in Lettland (nach den Daten der Volkszählung) 1.473.000 Letten und 478.000 Angehörige der nationalen Minderheiten, davon 206.000 Grossrussen, 93.000 Juden, 62.000 Deutsche, 49.000 Polen, 27.000 Weissruthenen, 23.000 Litauer, 7.000 Esten, 10.000 übrige. Also *24,5% oder ein Viertel der Bevölkerung waren Nichtletten.*

Die Russen, welche etwa die Hälfte der Gesamtzahl der nationalen Minderheiten ausmachten und grössten-

*) Es waren auch solche unbemittelte Leute in Lettland, die während der ersten (im Jahre 1919) und zweiten Bolschewistenherrschaft nichts von diesen politischen Veränderungen gewonnen, sogar verloren hatten (besonders im Jahre 1919, als der Hunger in Lettland herrschte), sich aber im Stillen über die Vernichtung der Wohlhabenheit der vermögenden Schichten freuten (ja sogar über deren Qualen und die Ermordung).

teils in Lettgallen als Kleinbauern wohnten, empfanden zum Teil die Niederlage des lettischen Staates und den Einzug der roten Armee in Lettland nicht nur als einen Erfolg der Bolschewisten, sondern als einen Triumph des grossen russisches Reiches, als Triumph der *Russen* (aber es waren auch viele Russen, die antikommunistisch gesinnt und über den Einmarsch der roten Armee entsetzt waren). Es waren augenscheinlich wieder die alten Zeiten zurückgekehrt, wie vor mehr als 20 Jahren, als die herrschende Nation in Lettland nicht Letten, sondern Russen waren. Solche plötzliche Veränderung schmeichelte dem nationalen Gefühl und nationalem Stolze vieler lettländischer Russen. — Andererseits aber muss betont werden, dass lettische Arbeiter und Leute anderer unbemittelter Schichten häufig die Sowjetsoldaten und die Bolschewisten mit Geringschätzung und Verachtung betrachteten, weil diese Leute Russen waren und sich auf einem viel niedrigerem Kulturniveau befanden.

Die Juden freuten sich noch viel mehr als die lettländischen Russen über den Einmarsch der Sowjettruppen. Sie erwarteten zwar keine grossen materiellen Vorteile und Gewinne (eher Verluste), auch war ihr bisheriges Leben im lettischen Staate nicht schwer gewesen. Die Rolle der Juden im Handel und in der Industrie Lettlands war bis zum 17. Juni 1940 gross. Der eigentliche Grund ihrer Freude war der, dass sie das Grossdeutsche Reich hassten und sich fürchteten (wie dieses aus den Gesprächen mit den Juden ersichtlich war) vor dem deutschen Vordringen nach Osten und einem eventuellen deutschen Einmarsch in Lettland, was ein sicheres Ende für den jüdischen Wohlstand in diesem Lande bedeutet hätte. Darum waren die Juden (wenn man von den Kommunisten aller Nationalitäten absieht) diejenigen, die sich am meisten über die Erfolge Sowjetrusslands in Lettland freuten. — Ebenso war es in Litauen, wo viel mehr Juden lebten als in Lettland. In Lettland wohnten im Jahre 1935 93.000 Juden (4,8% der Bevölkerung), in Litauen[19] im Jahre 1932 — 172.000, etwa 7,2% der gesamten Bevölkerung. — Man muss auch bedenken, dass in Sowjetrussland die Juden immer eine sehr grosse

Rolle im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben gespielt hatten. Diese Tatsache hatte einen starken Einfluss auf die Ansichten der lettländischen (oder litauischen) Juden über Sowjetrussland. Ausserdem bestand ein beträchtlicher Teil der lettländischen kommunistischen Partei aus Juden.

Die lettländischen Bürger deutscher Nationalität, für die der Bolschewismus unannehmbar war, waren fast alle im Herbst 1939, dem Rufe des Führers des Grossdeutschen Reiches folgend, nach Deutschland rückgewandert.

c) Nationale Zusammensetzung der Bevölkerung in Riga.

Die bunte nationale Zusammensetzung der Bevölkerung Lettlands verminderte den geistigen Widerstand dem angreifenden Bolschewismus gegenüber umso mehr, weil gerade in der Hauptstadt Riga der Bestand der Bevölkerung in dieser Hinsicht sehr ungünstig, viel schlechter als durchschnittlich im ganzen Staate war. Wenn später in diesem Kapitel die Rede über die „Manifestationen" und Freudekundgebungen der Massen zu Ehren des neuen Regimes in Riga sein wird, dann *darf nicht vergessen werden, dass in Riga im Jahre 1935 nur 63% der gesamten Bevölkerung Letten waren* (243.000 Letten, von der Gesamtzahl 385.000), aber die übrigen 37% waren Deutsche, Russen, Polen, Juden u. a. Die Zahl der Juden in Riga war damals 43.700 = 11,3% der gesamten Bevölkerung Rigas. Ausserdem wohnten in Riga 38.500 Deutsche (10% der Bevölkerung), 28.300 Grossrussen (7,4%), 4.700 Weissruthenen, 15.800 Polen (4%), 5.800 Litauer usw. Da fast alle Deutschen Rigas Ende 1939 nach Deutschland rückwanderten, war der Prozentsatz der Juden und Russen in Riga im Juni 1940 noch grösser. Die Bedeutung der Letten in Riga wurde noch dadurch gemindert, dass ein Teil der Rigaer Letten aus der Provinz Lettgallen eingewandert war.

d) Eigentümlichkeiten der Provinz Lettgallen.

Also war in der Hauptstadt Riga die Bedeutung der Letten viel kleiner als im übrigen Staate und besonders auf dem Lande. Auf dem Lande[21] betrug der Prozentsatz der Letten im Jahre 1935 82% der Gesamtzahl

der Bevölkerung, aber in den Städten nur 65%. Aber in der grossen Provinz Lettgallen[22] waren es *nur 61% der Bevölkerung* (im Jahre 1935 nur 348.000 Letten von der Gesamtzahl — 567.000) und noch von einer etwas anderen Art als im übrigen Lettland. Die übrigen 39% waren in Lettgallen: Grossrussen (154.000), Juden, Polen und Weissrussen. Etwa 30% der Bevölkerung Lettgallens waren Russen.

Lettgallen ist als zweiter schwacher Punkt des geistigen Widerstandes (dem Bolschewismus gegenüber) zu nennen. Diese Provinz (früher ein Bestandteil des russischen Gouvernements Witebsk), die 15.680 km² gross ist (24% oder ein Viertel der gesamten Fläche Lettlands) und die die grösste Bevölkerungszahl unter den vier Provinzen Lettlands besitzt, hat ganz andere geschichtliche Schicksale zu durchleben gehabt, als das übrige Lettland. Daher lebten die Letten dieser Provinz Jahrhunderte unter anderen Gesetzen und anderen kulturellen und wirtschaftlichen Einflüssen als die Letten in den übrigen Provinzen Lettlands. Die Letten dieser Provinz wurden jahrhundertelang stark polonisiert und russifiziert (auch die lettische Sprache ist hier etwas anders als im übrigen Lettland) und das kulturelle und Bildungsniveau der Bevölkerung blieb hier auf einer viel niedrigeren Stufe als im übrigen Lettland, wo der kulturelle Einfluss der Deutschen stark gewesen war. Erst nach der Gründung des Freistaates Lettland wurde Lettgallen mit dem übrigen Lettland vereint.

Die Letten sind in Lettgallen grösstenteils Katholiken, während in den übrigen Provinzen die Letten den evangelisch-lutheranischen Glauben haben. Noch kurz vor dem gegenwärtigen Kriege gab es in Lettgallen verhältnismässig viel *Analphabeten,* besonders unter den Russen.

Zu den weiteren wichtigen Eigentümlichkeiten Lettgallens gehören: eine bedeutend höhere Geburtenzahl und ein höherer natürlicher Bevölkerungszuwachs, aber ein beträchtlich niedrigerer Volkswohlstand. Der grosse natürliche Zuwachs der Bevölkerung in Lettgallen führte zu einer grossen Bevölkerungsdichte in Lettgallen: während in Lettgallen auf dem Lande im Jahre

1935 durchschnittlich 30,6 Menschen auf 1 km² wohnten, betrug diese Zahl in den übrigen Provinzen nur 14,6—16,8; *Lettgallen war auf dem Lande zweimal dichter bevölkert. Im Jahre 1929 war die durchschnittliche Grösse eines Bauernhofes in Lettgallen ca. 12 ha, im übrigen Lettland — 24 ha.* Lettgallen war also eine Provinz mit Kleinbauernwirtschaften; die Betriebe waren hier durchschnittlich zweimal kleiner als in den anderen Gebieten Lettlands. Ernten, als auch Milch- und Fleischerträge, waren in Lettgallen bedeutend niedriger*), die Bevölkerungsdichte jedoch zweimal grösser als im übrigen Lettland (auf dem Lande). Die Lettgaller konnten weniger Nahrungsmittel und Kleider verbrauchen, sie besassen viel ärmlichere Wohnhäuser usw. In diesem Gebiete bestand ein Überfluss an Arbeitskraft, und jedes Jahr wanderten daher Zehntausende von Lettgallern aus ihrer engeren Heimat in die übrigen Provinzen Lettlands aus, um als Lohnarbeiter im Sommer oder während des ganzen Jahres in den grösseren Bauernwirtschaften oder in anderen Wirtschaftszweigen eine Beschäftigung zu finden. Manchmal beneideten die Lettgaller ihre Arbeitgeber und die anderen wohlhabenden Schichten, weil diese ein besseres Leben als die Lettgaller führten. Auch die lettische Intelligenz Lettgallens (die verhältnismässig kleiner war als die übrige Intelligenz Lettlands) war manchmal gegen die anderen Letten gestimmt, weil diese mehr und bessere Posten in Staatsbehörden und im Wirtschaftsleben einnahmen.

So waren denn die nationalen Gegensätze (die bunte Zusammensetzung der Bevölkerung der Nationalität nach) und die sozialen Unterschiede in der Provinz Lettgallen gewissermassen eng verbunden. In bolschewistischer Terminologie gesagt, bestand die Bevölkerung Lettgallens hauptsächlich aus „armen Bauern", aber die

*) Während des Bestehens des Freistaates Lettland waren die Ernten im ganzen Lande, auch in Lettgallen, stark gestiegen. Ein Unterschied zwischen den Ernten der übrigen Provinzen und Lettgallen blieb jedoch bestehen. So z. B. betrug die Roggenernte pro Hektar in den Jahren 1933—1937: in Lettgallen — etwas mehr als 10 dz, in den übrigen Provinzen — 13—18 dz. Ein beträchtlicher Unterschied war auch bei den anderen Pflanzenernten und in der Produktion der Viehzucht zu verzeichnen.

Bauern und auch die anderen Schichten des übrigen Lettlands waren zum grossen Teil „Kulaken". In Lettgallen war also ein viel besserer Grund für die bolschewistische Agitation und Zersetzungsarbeit vorhanden als im übrigen Lettland, ausgenommen Riga selbst, wo die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung günstig für bolschewistische Zwecke war. Auch die sozialen Gegensätze waren in Riga gross, Riga war ja Zentrum der Grossindustrie, des Handels und die Hauptstadt des Landes. In Riga lebten die reichsten und wohlhabendsten Leute Lettlands und andererseits, *auch der grösste Teil der Industriearbeiter Lettlands* (von den 98.000 Arbeitern der Grossindustrie, die in Lettland im Jahre 1938 beschäftigt waren, arbeiteten 64.000 oder *zwei Drittel* in den Industriebetrieben Rigas). Die sozialen Unterschiede dieser Bevölkerungsschichten waren gross und fielen auf. Auch das war für die Bolschewisten sehr vorteilhaft. Fabriken waren ja, wie Lenin sagte, die „Festungen der Arbeiterklasse".

Es muss aber betont werden, dass, *falls in Lettland auch gar keine politischen, nationalen und sozialen Gegensätze und keine „Ungerechtigkeiten" vorhanden gewesen wären und alle Menschen völlig zufrieden mit ihrem Schicksal gelebt hätten, — wären die Bolschewisten dennoch in Lettland eingezogen und hätten dennoch den lettischen Staat vernichtet. Die damalige internationale politische Lage machte ihnen dies möglich.* Die erwähnten schwachen Punkte der geistigen Widerstandskraft der Bevölkerung förderten einigermassen nur die Zersetzungs- und Zerstörungsarbeit der Bolschewisten in Lettland. Riga und Lettgallen waren diejenigen Stellen, an denen die bolschewistische Agitation am schnellsten einige Erfolge haben konnte.

5. Die ersten Massnahmen der neuen Regierung.

a) Zusammensetzung der neuen Regierung.

Am 17. Juni 1940 (es war am Montag) zogen ab etwa 12 Uhr während des ganzen Nachmittags und Abends und in der darauffolgenden Nacht Hunderte von

Sowjetpanzern in Riga ein. Das Knattern der Panzerketten (die Steine waren von den Panzern ganz weiss gerieben) war für die lettischen Patrioten das „Begräbnislied" des Freistaates Lettland. Am selben Tage wurde die Polizei, die die Ordnung am Rigaer Bahnhof beim Vorüberfahren der sowjetischen Panzer zu regeln hatte, von den Kommunisten, die sich über die Kapitulation der bürgerlichen Regierung freuten und triumphierten, angegriffen. Diese Leute sahen, dass ihre Stunde gekommen war. Die Polizei behandelte die Menge mit der grössten Nachsicht (das sah der Verfasser dieser Abhandlung mit seinen eigenen Augen), die Leute konnten nach Belieben die „Internationale" singen, die vorüberziehenden sowjetrussischen Panzer begrüssen und bejubeln (und das taten sie auch). Nur als ein Häuflein Kommunisten die Polizei mehrfach angriff, wehrte sich die Polizei, und es kam zur Anwendung von Waffen und zum Blutvergiessen auf beiden Seiten[23]. Aber das war die letzte Pflichterfüllung der alten Polizei. Bald darauf, nach der Bildung der neuen Regierung, wurden allmählich alle früheren Polizeibeamte entlassen und sind verhaftet und später ermordet worden. Über das Schicksal der Polizei wird hier noch später die Rede sein.

Am Abend des 20. Juni wurde vom Sekretariat des Staatspräsidenten im lettländischen Rundfunk die Zusammensetzung der neuen Regierung bekanntgemacht. Zum Ministerpräsident[24] war A. Kirchensteins berufen worden. Er war fast 68 Jahre alt, Veterinärarzt und Professor der Lettländischen Universität; er hatte über die Bakteriologie, die Milchwirtschaft und die Volksgesundheit geschrieben (auch in Zeitungen) und war Redakteur der Volksgesundheitsabteilung der Tageszeitung „Jaunākās Ziņas". In seiner Biographie war zu lesen, dass er an der revolutionären Bewegung im Jahre 1905 sich beteiligt hatte und emigrieren musste. — Zum Innenminister war V. Lācis, ein Schriftsteller (36 Jahre alt), ausersehen. Er war der Verfasser eines sehr populär gewordenen leichten Romans „Der Sohn des Fischers" (der Held des Romans war ein lettischer Fischer der neuesten Zeit. Dieser Fischer kämpfte er-

folgreich gegen einen „Ausbeuter", einen Fischaufkäufer, der den Fischern sehr niedrige Preise zahlte, und ereiferte sich auch gegen die Tätigkeit eines Sektiererpredigers und Betrügers. Der Roman war vor kurzer Zeit vom Ministerium der öffentlichen Angelegenheiten gefilmt und in den meisten Lichtspielhäusern aufgeführt worden). Sein Vater war Hafenarbeiter und Handwerker gewesen, und er selbst musste als Fischer, Seemann und Hafenarbeiter sein Brot verdienen und war in der letzten Zeit als Bibliothekar in Riga angestellt. — Auch der gleichnamige neue Minister des Volkswohlstandes und zeitweilige Volksbildungsminister, J. Lācis, war Schriftsteller und Journalist, hatte einen Roman über die betrügerische Tätigkeit der Baptistenprediger geschrieben, die ihre Anhänger in neuester Zeit aus Lettland nach Brasilien lockten, wo die Leute in ungewohnten schweren Verhältnissen im Urwald verkamen. Der Roman war (ebenso wie der „Sohn des Fischers") in der grössten lettischen Zeitung „Jaunākās Ziņas" erschienen. — Ausser den genannten befanden sich im Ministerrate noch: ein Journalist, ein Jurist, ein General (Kriegsminister), ein Ingenieur und ein Volkslehrer. Einer von den Ministern war ein ehemaliger (vor dem Staatsstreich am 15. Mai 1934) Sozialdemokrat, ein anderer — ein ehemaliger Minister. Zwei von den neuen Ministern waren Lettgaller. Es ist nicht genau bekannt, welche von den neuen Ministern Kommunisten*) (Mitglieder der illegalen kommunistischen Partei Lettlands) wa-

*) Auch später konnte man nur über einen Teil der lettländischen Kommunisten erfahren, ob sie Mitglieder der Partei waren; es waren viele Angestellte in Behörden, von denen man in dieser Hinsicht nicht im Klaren war. Wahrscheinlich war das für die Kommunisten so vorteilhafter, sie konnten die „Unparteiischen" besser kontrollieren und beobachten. — Von den Ministern der Regierung Kirchensteins, die Ende Juni 1940 gebildet wurde, kann man genau nur soviel sagen, dass zwei Mitglieder dieses Kabinetts — der Innenminister Lācis (der später der Vorsitzende des Volkskommissarenrates der Sowjetrepublik Lettland wurde) und der Ackerbauminister Vanags (der auch später Volkskommissar des Ackerbaus war) — am 19. Dezember 1940, auf dem Parteikongress in Riga, in das Zentralkomitee der lettländischen kommunistischen Partei gewählt wurden („Padomju Latvija" vom 22. Dez. 1940).

ren. Vielleicht waren nur 3—4 Kommunisten darunter. Jedenfalls waren die Minister*) zum grössten Teil keine Kommunisten, sondern nur ehrgeizige, zum Teil auch skrupellose und politisch kurzsichtige Leute oder solche, denen die alte Regierung aus irgendwelchen Gründen nicht imponiert hatte und die von der alten Regierung sich irgendwie beleidigt fühlten oder Verluste erlitten hatten. Eine politische Rolle hatten diese Leute früher grösstenteils nicht gespielt. Sie waren „demokratisch" und „progressiv", manche von ihnen kritisch gegen das „bürgerliche" Staatsregime gesinnt, bereit, gehorsam alle Befehle Moskaus auszuführen. Man wusste ja auch nicht ganz genau, wie sich das politische Leben in Lettland in der Zukunft entwickeln würde.

Am 21. Juni 1940 erfolgte die erste Arbeitssitzung der neuen Regierung im Schloss des Staatspräsidenten. Der Staatspräsident (der frühere Regierungschef und Staatsführer Lettlands) K. Ulmanis hielt eine kurze Ansprache, begrüsste die neuen Minister, verkündete die Regierung als konstituiert und sagte unter anderem[25]: „Ich wünsche gute Erfolge in der Durchführung der bevorstehenden komplizierten Aufgaben. Diese Aufgaben sind die Unterhaltung der Ordnung und Sicherheit, die Sicherstellung und Fortsetzung der normalen Arbeit, die sorgfältige Pflege der guten und freundschaftlichen Beziehungen mit den Nachbarn und besonders mit dem uns freundschaftlich gesinnten grossen Nachbarn im Osten — mit der Sowjetunion. Ich bitte Sie, loyal mit den in unserem Lande befindlichen Truppen der Sowjetunion zusammenzuarbeiten, vor allem bei deren Einquartierung und der Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse". Der neue Ministerpräsident (der gleichzeitig Aussenminister war) antwortete mit folgenden Worten: „Ich bin Ihnen dankbar für die Wünsche, die Sie unserer künftigen Arbeitstätigkeit widmeten und danke für die geleistete Arbeit des Staatspräsidenten und des früheren Ministerkabinetts, die der Hebung und Förderung des Volks-

*) Nach einigen Tagen wurde das Ministerkabinett durch drei neue Minister ergänzt, von denen wenigstens der eine (der Ackerbauminister) ein „richtiger" Kommunist war.

wohlstandes, der Kultur und der Bildung gegolten haben. Besonders muss hier die Bedeutung des „Freundschaftlichen Aufrufes*)" zur Förderung der Volksbildung, sowie die wichtige Bedeutung der Jungscharen, die Jugend an die Arbeit zu gewöhnen, hervorgehoben werden. Ich verspreche im Namen des Ministerkabinetts, unsere ganze Kraft der Hebung des materiellen und geistigen Wohlstandes des lettischen Volkes und dem Schutze des freien und selbständigen Lettland zu widmen." — Die Antwort des neuen Ministerpräsidenten war nur im Regierungsanzeiger gedruckt (den nur sehr wenige lesen), nicht in den gewöhnlichen Tageszeitungen. Es konnte ja vom bolschewistischen Standpunkt nicht zugelassen werden, dass die neue Regierung der alten Regierung, die den „Pakt der gegenseitigen Hilfe" „grob übertreten" hatte, einen Dank für ihre Tätigkeit aussprach und einige ihrer guten Leistungen lobte.

Bei der Übernahme seines Amtes vom alten Bildungsminister betonte der neue Minister folgendes: „Bisher sind aus den Mittelschulen und Gymnasien Absolventen mit schwachen Kenntnissen der englischen und französischen Sprache gekommen, aber mit... unserem grossen Nachbarn Russland, haben wir uns gar nicht verständigen können. Darum wird man diese Frage an erster Stelle regeln müssen"[26].

b) Die Deklaration der neuen Regierung.

In ihrer Deklaration[27] tadelte die neue Regierung zuerst die Politik der alten Regierung: „Die alte Regierung ist gefallen. Sie arbeitete gegen die Volksinteressen und übertrat grob den mit der Sowjetunion am 5. Ok-

---

*) „Freundschaftlicher Aufruf" — ein Aufruf des Staatspräsidenten K. Ulmanis im Jahre 1935 an die Bevölkerung, dass jeder seiner alten Schule irgendwelche Bücher, oder auch Musikinstrumente, Rundfunkempfänger, Gemälde spenden soll. Die Ergebnisse waren erfolgreich: in einigen Jahren bekamen die Schulen Millionen von Büchern und andere nützliche Gegenstände.

Die Jungscharen („mazpulki") war eine auf Anregung des Staatspräsidenten gegründete grosse Jugendorganisation (etwa 40.000 Mitglieder), deren Mitglieder (Schüler u. a.) an landwirtschaftliche und andere Arbeiten gewöhnt wurden.

8. Nichtletten und Kommunisten sind diejenigen gewesen, die bei den „Manifestationen" im Sommer 1940 wirklich begeistert waren.

9. Das bolschewistische „Parlament" in Riga stimmt am 21. Juli 1940 für die Proklamierung Sowjet-Lettlands. In der erhobenen Hand halten die Deputierten ihre Deputiertenkarten. Ganz vorne, in der ersten Reihe, sitzt die damalige Regierung mit dem Ministerpräsidenten A. Kirchensteins.

tober 1939 abgeschlossenen „Pakt der gegenseitigen Hilfe", indem sie geheim von der Sowjetunion in ein Militärbündnis mit den ehemaligen Regierungen Estlands und Litauens einging." — Weiter wurde in der Deklaration folgendes versprochen: „Die neue Regierung stellt sich zur Aufgabe, eine Reihe von Massnahmen durchzuführen, um den materiellen und kulturellen Wohlstand des Volkes zu heben und zu fördern, Freiheit und Volksrechte zu sichern, die Interessen des Staates und aller Bürger unabhängig von ihrer Vermögenslage, Religion, Bildung oder Nationalität sicherzustellen." Als erste Massnahme der neuen Regierung wurde eine *Amnestie* versprochen: „... Die Führung der Republik Lettland verkündet mit ihrem ersten Akt die Amnestie für alle Kämpfer für die Freiheit und das Glück unseres Volkes, allen, welchen ihrer politisch-demokratischen Überzeugung wegen die ehemalige Regierung die Freiheit genommen hat." Als ihre wichtigste Aufgabe erklärte die Regierung die „ehrliche Erfüllung" des „Paktes der gegenseitigen Hilfe" mit der Sowjetunion, um auf Grund dieses Paktes das „starke Bündnis zwischen Lettland und der Sowjetunion vollständig zu gestalten". „Die Anwesenheit der Truppen der uns freundschaftlichen Sowjetunion auf dem Territorium der Republik Lettland ist der beste Beweis für die wahrhaft freundschaftlichen Beziehungen unseres grossen Nachbarn — der UdSSR — zur Republik Lettland". Mit noch vielen anderen Worten wurde die „unerschütterliche Freundschaft" zwischen den beiden Ländern verherrlicht. Die Deklaration schloss mit dem Versprechen, eine neue Staatsverfassung zu geben: „Die Regierung wird dafür sorgen, dass in allernächster Zeit die *Verfassung* der Republik Lettland *nach dem wahren Wunsche des Volkes* realisiert werde".

Auch in Estland und Litauen wurden neue Regierungen gebildet. Der estnische Ministerpräsident war ein Schriftsteller (Dichter) und Arzt[28], der litauische Ministerpräsident — ein Schriftsteller und Journalist und ein Gegner der alten Regierung. Auch einige andere Minister waren in den beiden Ländern Schriftsteller. Wie es schien, waren solche Minister und

Ministerpräsidenten von der Sowjetunion für die drei unterjochten baltischen Länder absichtlich ausgesucht, weil diese im Volke einen gewissen Namen hatten, „demokratisch" und „progressiv" gesinnt waren, der Sowjetunion keine Schwierigkeiten in der Erreichung ihrer Zwecke machten und keine politisch selbständigen Köpfe waren. Sie waren gehorsame Werkzeuge in den Händen der Moskauer Sowjetregierung.

c) Die wahre Macht in den baltischen Ländern im Sommer 1940.

Die neuen Regierungen der drei baltischen Länder beteuerten immer wieder die „Selbständigkeit" dieser Staaten und sogar auch die „Festigung" dieser Selbständigkeit durch die Anwesenheit der Sowjettruppen in den baltischen Ländern. Aber in Wirklichkeit wurde alles nach den Anweisungen und Befehlen der Sowjetunion getan. *Alles wurde in den drei Ländern nach einem Programm, in derselben Zeit und sogar in derselben Stunde durchgeführt. Sogar der Wortlaut der Regierungsverfügungen und der Reden der Minister war fast vollständig derselbe. Alles wurde von einem Zentrum aus geleitet.* In jeder Hauptstadt war ein hoher Vertreter der Sowjetunion anwesend, der alles dirigierte. In Riga war es A. J. Wyschinski, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Volkskommissarenrates der UdSSR, der vor zwei Jahren (im März 1938) durch seine Tätigkeit als Staatsanwalt der UdSSR und als Ankläger im Prozesse des „Blocks der Rechten und Trotzkisten" auch ausserhalb der UdSSR „berühmt" geworden war. Der genannte Prozess endete mit der Hinrichtung der hervorragendsten ehemaligen Bolschewistenführer, wie Rykow (ehemal. Vorsitzender des Volkskommissarenrates der UdSSR, also in diesem Amte ein Vorgänger Molotows und Stalins), Bucharin (der hervorragendste Theoretiker des Kommunismus und einer der ersten Führer der Partei, über welchen in der Grossen Sowjetenzyklopädie vom Jahre 1927 14 Seiten geschrieben waren!), einige ehemalige Volkskommissare der Sowjetunion (der Landwirtschaft, der Finanzen, des Aussenhandels), Leiter der „Tscheka" u. a. Der Mann, der

dieses Prozessschauspiel „erfolgreich" durchgeführt hatte, war nun ausersehen, ein neues grosses Schauspiel auch in Lettland zu inszenieren — das Schauspiel[29] der plötzlichen Umwandlung des Bauernstaates (des „Kulakenstaates", nach der Terminologie der Bolschewisten) Lettland in eine Sowjetrepublik.

In Litauen war Dekanosow, der Stellvertreter des Aussenkommissars der UdSSR eingetroffen, in Estland Schdanow, Mitglied des Präsidiums des Obersten Rates der UdSSR, einer der nächsten Mitarbeiter Stalins. Diese Männer hatten die gleiche Aufgabe wie Wyschinski in Lettland.

Diese drei Männer waren die Vertreter der einzigen wirklichen Macht in den baltischen Ländern — der Regierung der Sowjetunion in Moskau. Lettland, Litauen und Estland waren okkupierte Länder. Die Grundlage der Macht der Sowjetunion war das grosse Sowjetheer in diesem Raume. Die genaue Zahl dieser Truppen ist nicht bekannt, aber einen Hinweis gibt die amtliche Sowjetmeldung. Die Sowjettelegraphenagentur (TASS) erklärte amtlich am 22. Juni 1940: „In letzter Zeit werden im Zusammenhang mit dem Einzug der Sowjettruppen in das Territorium der baltischen Staaten in verstärkter Weise Gerüchte verbreitet, dass an der Grenze zwischen Litauen und Deutschland 100 oder sogar 150 Sowjetdivisionen konzentriert sind und dass die Konzentration der Sowjettruppen durch die Unzufriedenheit der Sowjetunion mit den Erfolgen Deutschlands im Westen hervorgerufen ist ... TASS ist bevollmächtigt zu erklären, dass alle diese Gerüchte ... der Wahrheit nicht entsprechen. *In den baltischen Staaten befinden sich* tatsächlich nicht 100 oder 150 Sowjetdivisionen, sondern insgesamt *nicht mehr als 18—20 Divisionen, ...* und der Zweck dieser Divisionen ist nicht ein „Druck" auf Deutschland, sondern er soll die Garantie sein für die Durchführung der „Pakte der gegenseitigen Hilfe" zwischen der UdSSR und diesen Staaten"[30]. Also waren damals wenigstens ca. 20 Divisionen an Sowjettruppen in den baltischen Staaten (oder vielleicht noch viel mehr). *Die Anwesenheit von Hunderttausenden von Sowjetsoldaten* (die Stärke der lettischen Armee betrug vor dem

Kriege nur etwa 20.000 Mann, der estnischen Armee — vielleicht etwa die Hälfte!) *in den drei baltischen Ländern war das wichtigste Argument der Moskauer Regierung in der Verwirklichung ihrer politischen Pläne im baltischen Raume.* Die Bolschewisten konnten hier jetzt alles tun, was ihnen notwendig erschien.

Selbstverständlich, offiziell wurde immer erklärt und betont, dass die Sowjettruppen bei den politischen Veränderungen gar keine Rolle spielen, dass alles nur von den baltischen Völkern selbst getan werde. Ebenso wie in der Sowjetunion, musste auch in den baltischen Staaten alles „freiwillig" und nur „freiwillig" geschehen. In diesem Zusammenhange kann man einige Worte aus der Rede des neuen estländischen Aussenministers in Reval zitieren, die die wirkliche und die offiziell geschilderte damalige politische Lage in Estland, sowie auch das Programm der neuen Regierung in Bezug auf die Nationalitätenfrage zeigen. Auf einer „grossen Arbeiterversammlung" in Reval am 24. Juni 1940 sagte der neue estnische Aussenminister Andresen folgendes[31]: „Wir dürfen unsere Augen nicht gegen die Tatsache schliessen, die rote Armee ist nicht gekommen, um die Macht in Estland in ihre Hände zu nehmen. Die Führung unserer eigenen Angelegenheiten in Estland bleibt auch in Zukunft uns selbst überlassen. Ich betone das darum, um die tendenziösen Gerüchte zu widerlegen, dass *die einzige Macht in Estland jetzt die rote Armee sei.* Die bisherige Regierung beschäftigte sich nicht nur mit der sozialen, sondern auch mit der nationalen Unterdrückung. Eine der ersten Aufgaben der neuen Regierung wird die Liquidierung des „nationalen Gummiknüppels" sein. In Zukunft werden die Bürger aller Nationalitäten in Estland sich gleichwertig fühlen können. Aber glauben Sie nur nicht an die Gerüchte, dass künftig die Macht in Estland in den Händen der Mitbürger der russischen Nationalität sich befinden wird. *Es ist zur Gewohnheit geworden, die Angehörigen der jüdischen Minderheitsnationalität mit einer gewissen Verachtung anzusehen. Jetzt muss sich dieses alte Kulturvolk in Estland wie zu Hause fühlen".* Auf derselben Versammlung sprach auch der ehemalige politische Ge-

fangene Weimer. Auf die Frage, ob die Absicht der gegenwärtigen Regierung die Einführung des Sowjetregimes in Estland sei, antwortete Weimer, dass eine solche Absicht nicht existiere. Die gegenwärtige Regierung gäbe nur die bürgerlichen Freiheiten für die Entwicklung des Klassenkampfes. Ob die Sowjetverfassung kommen werde, das hänge ganz von der Entwicklung der estnischen Arbeiter und ihrer Gesinnung ab.

6. Die neuen Gesetze in Lettland.

a) Amnestie.

Die erste gesetzliche Massnahme der neuen Regierung war das Amnestiegesetz[32] vom 21. Juni 1940, welches bereits am selben Tage um 13 Uhr in Kraft trat. Nach diesem Gesetze wurden von Verantwortung und Strafe diejenigen befreit, die auf Grund einiger gewisser Paragraphen des Strafgesetzes verurteilt waren, sowie diejenigen, die sich noch in der Untersuchungshaft befanden. Es handelte sich um diejenigen Paragraphen, welche über die Vorbereitung zum gewaltsamen Sturze des Staatsregimes, von Beleidigung des Staatspräsidenten, der Minister, des Heeres, der Polizei und über unziemliches Benehmen und Reden gegenüber dem lettländischen Staat, dem Staatsbanner usw. sprachen. *Auf Grund dieses Amnestiegesetzes wurden aus den Gefängnissen am 21. Juni in ganz Lettland nur etwa 250 Gefangene befreit*[33]. Nicht alle diese Leute waren als Kommunisten verurteilt oder verhaftet, sondern nur ein Teil derselben. Schon an dieser geringen Zahl der Gegner des „bürgerlichen", „kapitalistischen" Regimes in Lettland erkennt man, dass auch die Opposition gegen das alte Staats- und Wirtschaftssystem gering gewesen war, unvergleichlich kleiner als der Widerstand der Bevölkerung gegen den Sowjetstaat während der Bolschewistenherrschaft. Wie ganz anders und enorm gross die Zahl der Gegner der Sowjetrepublik war, oder genauer ausgedrückt, wie hoch die Bolschewisten selbst diese Zahl schätzten, das wird weiter gezeigt werden.

Am selben Tage, den 21. Juni, wurde von den Bolschewisten in Riga eine Manifestation der Fabrikarbeiter u. a. veranstaltet, um die neue Regierung zu begrüssen. Auch sowjetrussische Offiziere und andere Beamte besuchten die Fabriken, und die Arbeiter wurden fast gewaltsam (mit Drohungen) auf die Strassen getrieben. Der damalige Zeitungsbericht erzählt hierüber folgendes[34]: „Beim Umzuge wurden rote Fahnen und Plakate mit Losungen, welche die Freundschaft Lettlands und der Sowjettruppen ausdrückten, Vorwürfe gegen die ehemalige Regierung enthielten und demokratische Reformen forderten, getragen. Es wurden feindliche Ausrufe gegen die alte Regierung gerichtet, aber unseren Verbündeten — der Sowjetunion und ihren Soldaten, die in den Strassen zu sehen waren, jubelten die Manifestanten zu. Die Manifestanten versammelten sich zuerst beim Zentralgefängnis und Termingefängnis, wo mehrere Arbeitervertreter Reden hielten. Sie sprachen die Hoffnung aus, dass die neue Regierung richtiger die Bedürfnisse der Arbeiter verstehen und befriedigen werde. Beim Zentralgefängnis erwarteten die Arbeiter mit Blumen und Begrüssungen die politischen Gefangenen, welche auf Grund des Amnestiegesetzes befreit wurden ... Als die Manifestanten das Haus der Gesandtschaft der Sowjetunion erreichten, begrüssten sie lange die Vertreter unseres verbündeten Staates und ihrer Armee, welche sich auf dem Balkon zeigten. Den Manifestanten antwortete mit einer kurzen Ansprache der Gesandte der Sowjetunion in Lettland W. Derewjanski. Der Gesandte betonte in seiner Ansprache, dass jetzt zwischen Lettland und der Sowjetunion eine enge Freundschaft begründet sei, welche in Zukunft sich noch mehr vertiefen und befestigen werde ... Dann sprach der Stellvertreter des Vorsitzenden des Volkskommissarenrates der Sowjetunion A. J. Wyschinski. Der Vertreter unseres freundschaftlichen Nachbarstaates dankte zuerst für den herzlichen Empfang der Sowjettruppen in Lettland ... „Dieser Tag, wo die Arbeiter Lettlands frei in den Strassen demonstrieren konnten, wird in die Geschichte eingehen, und die Arbeiter werden ihn niemals vergessen", betonte der Redner. Seine Ansprache abschliessend, rief A. J. Wy-

schinski in lettischer Sprache: „Es lebe das freie Lettland, es lebe die Freundschaft zwischen Lettland und der Sowjetunion."

Weiter gingen die Manifestanten am Regierungshaus vorüber, wo sie der Ministerpräsident begrüsste. „Vertreter der Arbeiter Rigas" gingen ins Regierungshaus und überreichten der Regierung die Forderungen der Manifestanten. Das Dokument enthielt unter anderem die Forderung nach einer vom Volke gewählten Vertretung, nach Ausarbeitung einer neuen Staatsverfassung, nach engerer wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit zwischen Lettland und der Sowjetunion und nach der Legalisierung der kommunistischen Partei in Lettland. — Auch in Provinzstädten wurden am selben Tage Manifestationen veranstaltet[35].

Bei einer Bewertung dieser Manifestation (und auch der nächsten) muss man sich an die früher in diesem Kapitel erwähnte Tatsache erinnern, dass *damals in Riga etwa ein Drittel der Bevölkerung Nichtletten waren — hauptsächlich Juden und Russen,* die mit ganz anderen Gefühlen die politischen Veränderungen in Lettland aufnahmen, als die meisten der Letten. Allerdings freute sich anfangs auch ein Teil der Letten über den Sturz der alten Regierung, z. B. ein Teil der Arbeiter, die kommunistisch oder sozialdemokratisch gesinnt waren und noch nicht das wirkliche Leben im Sowjetstaat kannten, denn es hiess ja, dass Sowjetrussland ein Arbeiterparadies sei. — Im Zusammenhang hiermit muss aber darauf hingewiesen werden, dass in Riga keine volle 20% der gesamten Bevölkerung Lettlands lebten; zwei Drittel der Bevölkerung lebten auf dem Lande und bestanden hauptsächlich aus lettischen Bauern und ihren Familien. Im Gegensatz zu der Handvoll Letten in Riga erwarteten die Bauern stumm und mit bangen Ahnungen die weitere Entwicklung der Dinge.

b) Entwaffnung der Bevölkerung.

Die nächste Massnahme der neuen lettländischen Regierung (oder, richtiger gesagt, der Moskauer Regierung) war die Entwaffnung der Bevölkerung. Am

23. Juni beschloss[36] die Regierung, dass die Schutzwehr und ihre Mitglieder, sowie alle Bürger in einer Dreitagefrist die bei ihnen befindlichen Waffen, mit Ausnahme von Jagdgewehren, abzuliefern haben. Zuwiderhandlungen konnten mit Gefängnis bis zu einem Jahr, oder mit Ls 5000 oder mit beiden Strafen zusammen bestraft werden; dieselbe Strafe drohte auch für ein absichtliches Verderben der abzugebenden Waffen. Es mussten nicht nur Schiesswaffen, sondern auch alle „kalten" Waffen abgeliefert werden.

Die Schutzwehr (lettisch „aizsargi") wurde schon im Jahre 1919 von der bürgerlichen Regierung K. Ulmanis gegründet. Nach den Freiheitskämpfen war das eine grosse freiwillige Organisation, in die alle staatlich denkenden Bürger aufgenommen werden konnten. Die Mehrzahl der Mitglieder waren ehemalige Soldaten, mit Reserveoffizieren an der Spitze. Im Jahre 1934 waren es 19 Regimenter, 1 Eisenbahnerregiment und 1 Fliegerregiment, mit insgesamt etwa 40.000 Personen[37]. Die Mitglieder hatten je ein Gewehr und auch andere Waffen. Aufgabe der Schutzwehr war militärische, nationalpolitische und kulturelle Schulung und Bildung der Mitglieder und die Stärkung der äusseren Sicherheit des Staates (mit der Mobilisation sollte die Schutzwehr der Wehrmacht unterstellt werden). Ausserdem bestand parallel auch eine grosse weibliche Schutzorganisation, welche sich auf kulturellem, wirtschaftlichem und sanitärem Gebiete betätigte. Den lettländischen Marxisten war die Schutzwehr dadurch verhasst, weil sich diese Organisation an der Durchführung des Staatsstreiches vom 15. Mai 1934 beteiligt hatte.

Die Schutzwehr wurde zuerst entwaffnet und zwei Wochen später, durch einen Beschluss[38] der Regierung vom 10. Juli, aufgelöst.

Die Bevölkerung Lettlands war entwaffnet, die grosse militärische Schutzorganisation liquidiert, und nun konnten die Bolschewisten allmählich ihr Programm und ihre Absichten mit grosser Sicherheit durchführen. Ein bewaffneter Widerstand (wenn auch nur von einzelnen kleineren Gruppen) war nicht mehr mög-

lich, man konnte ruhig die Bolschewisierung Lettlands und die Vernichtung des bürgerlichen Regimes und der bürgerlichen Institutionen fortsetzen.

c) Forderungen der kommunistischen Partei an die Regierung.

Am Abend des Johannitages (24. Juni), der ein Festtag des Sommers und der Sonnenwende in Lettland, besonders auf dem Lande, ist (an diesem Tage hatte das Volk aber keine festliche Stimmung!), wurden im Rigaer Rundfunk die „Forderungen der Kommunistischen Partei Lettlands an die Regierung" verlesen. Diese Forderungen weniger Personen, die kein Mensch in Lettland kannte, liessen einige künftige Richtlinien der Regierungspolitik ahnen, denn keine andere Partei in Lettland war mehr zu hören! Es hiess[39]: „Die Kommunistische Partei Lettlands wendet sich im Namen des ganzen werktätigen Volkes Lettlands an die neugebildete Regierung Lettlands mit folgenden Forderungen: Um die völlige Freiheit, Unabhängigkeit Lettlands und die nationale Selbständigkeit der Völker Lettlands sicherzustellen, muss die engste freundschaftliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit der Sowjetunion unterhalten werden". — Das war der Grundpfeiler der Bolschewistenpolitik!

Weitere Forderungen waren: „Es muss eine *gewählte Volksvertretung* auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts sichergestellt werden (Volksverräter haben kein Wahlrecht). Es muss eine *neue Staatsverfassung* ausgearbeitet werden. Es muss eine *vollkommene Organisierungs-, Versammlungs-, Presse-, Rede-, Denk-, Religions- und Streikfreiheit* sichergestellt werden". — „Es muss eine Volksarmee und Volksmiliz geschaffen werden, die die Aufgabe haben, das Volk nicht zu unterdrücken, sondern das demokratische Regime zu verteidigen und im Falle eines feindlichen Angriffes zusammen mit der roten Armee für das demokratische Lettland zu kämpfen". — „Die Schutzorganisation muss entwaffnet und liquidiert werden. Es muss eine Kontrolle über die grossen Privatbanken

und grossen Industrieunternehmungen eingeführt werden (die Frage der Nationalisierung der grossen Betriebe wird das vom Volke gewählte Parlament entscheiden). Die kleinen Unternehmungen, Handwerker, Fischer, die Besitzer kleiner Häuser auf dem Lande und in den Städten sollen unterstützt werden". — „Der Besitz der Staats- und Volksfeinde und Verräter soll konfisziert werden. Ebenso sollen den Grosslandwirten die Besitze, die kleinen Gütern ähnlich sind, konfisziert werden, indem für eigene Bedürfnisse Boden und Gebäude im Umfange einer mittleren Wirtschaft den Bauern zurückgelassen werden sollen. Der konfiszierte Boden muss an die Landlosen und Kleinbauern, welche selbst ihr Land bearbeiten, verteilt werden. Es darf der Boden, das Vieh und das Inventar des Arbeitsbauerntums nicht angetastet werden... Die Kollektivierung darf den Bauern nicht gegen ihren Willen aufgezwungen werden". — „Es muss eine *Demokratisierung* des staatlichen administrativen, Gerichts-, Bildungs- und Schulapparates durchgeführt werden... Man muss eine kostenlose Bildung von der Volksschule bis zur Hochschule geben..." — „Alle Einschränkungen der nichtlettischen Nationalitäten müssen aufgehoben werden... *Die kommunistische Partei Lettlands muss legalisiert werden.*"

Mit Erfüllung dieser Forderungen der Kommunisten zögerte die Regierung nicht. Wie schon erwähnt, wurde die Schutzorganisation entwaffnet und liquidiert. Die „Demokratisierung" der Staats- und Kommunalbehörden wurde täglich immer mehr und mehr und massenhaft durchgeführt: gleich nach der Bildung der neuen Regierung erschienen in jeder Zeitungsnummer *lange Verzeichnisse von entlassenen Beamten.* Grössere und kleinere Leiter von Behörden und ihren Hauptabteilungen und verschiedene andere Beamte (Departementsdirektoren, Abteilungsleiter, Vizedirektoren, Verwaltungsmitglieder von Banken und staatlichen Industrie- und Handelsunternehmungen, Referenten, Revidenten, Inspektoren, Polizeibeamte, Lehrer, Professoren, Offiziere usw.) wurden entlassen und an ihre Stelle kamen Kommunisten, frühere Sozialdemokraten (die Zahl der Mitglieder der kommunistischen Partei war sehr klein und

darum konnte man alle freien Stellen mit Kommunisten nicht besetzen; ausserdem waren Intelligenz und Bildung der Kommunisten grösstenteils sehr niedrig) und Leute, die „progressiv" dachten. Es gab Menschen, die von der alten Regierung aus ihren Stellen entlassen waren (z. B. Marxisten) oder die sich irgendwie beleidigt und zurückgedrängt fühlten (manchmal auch mit Recht). Diese Leute bekamen jetzt verschiedene Posten im Staats- und Kommunaldienst. — Die kommunistische Partei wurde nach einigen Tagen legalisiert und es erschien wieder die Zeitung „Cina" („Kampf"), dieselbe Zeitung, die schon von der Bolschewistenherrschaft im Jahre 1919 bekannt war. Die früheren verschiedenen Organisationen der „bürgerlichen" Zeit (verschiedene Vereine, wirtschaftliche Organisationen, Studentenorganisationen) wurden zum grossen Teil liquidiert, oder man entliess wenigstens ihre Verwaltungsorgane und setzte neue kommunistisch gesinnte oder den Kommunisten genehme Personen ein. — *Bei der Besetzung verschiedener freier Stellen wurden ehemalige politische Sträflinge*) und Gefangene bevorzugt.* Die im Gefängnis verbrachte Zeit wurde ihnen ebenso wichtig, wie anderen lange Dienstjahre in Staatsbehörden.

Es muss noch bemerkt werden, dass die „Forderung" der Kommunisten nach kostenloser Bildung *schon in der „bürgerlichen" Zeit verwirklicht war,* denn kein Schüler der Grundschule hatte Schulgeld zu zahlen und auch im Gymnasium und in der Hochschule wurde ein grosser Teil (fleissige und fähige Kinder unbemittelter Eltern) von der Bezahlung des Schulgeldes befreit. In der Hochschule gab es ausserdem mehrere Tausend staatliche Stipendien, die schon vom ersten Semester an ausgezahlt wurden, so dass jeder fähige Unbemittelte studieren konnte. Alle Schüler brauchten ja nicht kostenlos zu lernen, weil viele von ihnen Kinder wohlhabender Eltern waren (ein Teil Bauernkinder, Kinder der Händler, der Fabrikanten, Kinder der mittleren und höheren Beamten usw.).

*) Auch einige Personen (Offiziere u. a.), die früher wegen der Spionage zugunsten der Sowjetunion verurteilt waren, bekamen jetzt bedeutende Posten im Staatsdienst.

Die kommunistische Forderung, eine Versammlungs-, Presse- und Redefreiheit zu gewähren, bedeutete in Wirklichkeit Freiheit nur für die Kommunisten und niemand anders. Ebenso wie in Sowjetrussland, durften auch in Lettland *nur Kommunisten* schreiben, reden und sich versammeln; den anderen — der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung — war das aufs strengste verboten und ganz unmöglich gemacht. *Es erschien kein Wort über die wahre Stimmung des Volkes und über die wirklichen Volksinteressen in der lettländischen Presse seit dem 17. Juni 1940,* seit der Kapitulation Lettlands. Gleich am Anfang wurden in allen Zeitungen besondere bolschewistische Bevollmächtigte eingesetzt, die jedes Wort, das in der Zeitung erschien, kontrollierten. Die alten Redakteure wurden entlassen. Man konnte nur kommunistische Stimmen hören und lesen, Stimmen, die den lettischen Volksinteressen tief feindlich und zuwiderlaufend waren. Das dauerte ein ganzes Jahr, bis zur Vertreibung der Bolschewisten durch die siegreichen deutschen Waffen. Ein ganzes Jahr konnte nur die eine Seite in Lettland (und in den übrigen baltischen Ländern) reden und alles, was sie wünschte und was ihren Interessen entsprach, behaupten. Das waren die Bolschewisten, das war Sowjetrussland. Das unterdrückte Lettland und das lettische Volk waren gezwungen zu schweigen. — Interessant ist zu bemerken, dass die Kommunisten die Streikfreiheit forderten, ein Ding, das in der Sowjetunion nicht existierte. Es kam in Lettland auch nicht in Anwendung; *die Streiks waren auch hier streng verboten,* diese Forderung war ein blosser Agitationsbetrug.

Dieselben Kommunisten, die am 24. Juni alle „bürgerlichen" Freiheiten von der Regierung verlangt hatten, schrieben im Leitartikel ihrer Zeitung bereits nach einer Woche etwas ganz anderes[40]: „... Wir müssen unverzüglich ... unsere Organisationen, unsere Führerin und künftige einzige Anordnerin — die kommunistische Partei, welche schon heute die einheitliche Arbeiterbewegung in Lettland repräsentiert, festigen. *Eine andere Partei hat das werktätige Volk Lettlands nicht und es wird auch keine andere Partei geben.* Keine Kraftzer-

splitterung wird in der Zukunft geschehen und sie wird auch nicht zugelassen werden ..."

Schon in den ersten Tagen nach der Bildung der neuen Regierung erschien auf dem Schauplatz ein „Verband der werktätigen Jugend Lettlands", der Massenversammlungen der „Arbeitsjugend" in Riga und anderen Städten organisierte und sich mit der kommunistischen Propaganda beschäftigte. Es wurde auch eine Zeitung, die „Brīvā Jaunatne" (Freie Jugend) herausgegeben. Auch dieser Jugendverband kam mit seinen „Forderungen"[41]: „Lange Jahre schmachtete die Jugend Lettlands in der Sklaverei des Faschismus. Die werktätige Jugend war die rechtlose Sklavin der Unternehmer und der ländlichen Grosswirte ... Jetzt ist die Macht des Faschismus gefallen. Die mächtige rote Armee brachte Lettland und ihrer Jugend die Freiheit". Der Jugendverband forderte: *Wort-, Presse-, Versammlungs- und Organisierungsfreiheit für die ganze Jugend Lettlands,* politische Rechte für alle, *die das 18. Lebensjahr erreicht haben,* und Liquidierung der „militärisch-faschistischen" Jugendorganisationen: der „Jungscharen" (mazpulki), der „Falken" („vanagi") u. a. Weiter wurde gefordert: *„Die reaktionären und faschistischen Lehrer müssen aus der Schule hinausgeworfen werden,* die faschistischen Lehrbücher müssen unverzüglich entfernt werden, ... als erste fremde Sprache muss in den Schulen die russische Sprache gelehrt werden". In den Schulen sollte die Verherrlichung des Faschismus und die Kultivierung des Chauvinismus und Militarismus, sowie das Aufzwingen der Religion beseitigt werden, alle Einschränkungen für die nichtlettische Jugend sollten liquidiert und: „die Feindschaft zwischen den Nationalitäten muss auf alle Zeiten unterbrochen werden".

d) Zersetzung der Armee.

In allen Beschäftigungszweigen und in allen Bevölkerungsgruppen erhoben sich Stimmen der „Unterdrückten" und der „Versklavten". Auch in der Armee. Man muss bedenken, dass *die lettländische Armee grösstenteils aus Söhnen der Bauern bestand* (weil ja zwei

Drittel der Bevölkerung auf dem Lande wohnten und sich mit der Landwirtschaft beschäftigten). Der überwiegenden Mehrheit der Armee (ebenso wie der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung Lettlands) waren die kommunistischen Ideen und Ansichten fremd und unannehmbar. Diese Mehrheit des Heeres war sehr bedrückt, weil es ja klar war, dass nicht nur die Regierung gewechselt, sondern dass der lettische Staat niedergeworfen war, und dass der eigentliche Herr in Lettland die fremde, feindliche Rote Armee und die Bolschewisten waren, deren Absichten im vollen Umfange zwar noch nicht zu erkennen waren. Die lettischen Soldaten wurden häufig aus ihren Kasernen und ihren bisherigen Orten nach anderen schlechteren und unbequemeren Räumen und Orten gebracht, weil die enormen Massen des sowjetrussischen Heeres sehr viel Raum brauchten. Das lettländische Heer war viel besser gekleidet, hatte eine viel bessere Verpflegung, die Intelligenz und die Kampffähigkeit, auch die physische Entwicklung des lettischen Soldaten standen viel höher als die des Rotarmisten. Der nationale Stolz und Patriotismus der lettischen Soldaten waren beleidigt. Hinzu kam noch die Ungewissheit, was die Bolschewisten mit den Bauern tun würden. Es war ja bekannt, was die Bolschewisten mit den Bauern der Sowjetunion getan hatten, und die lettischen Soldaten waren hauptsächlich selbst Bauernsöhne. Besonders hatten unter diesen Umständen die Offiziere der lettländischen Armee zu leiden (von denen ein grosser Teil allmählich entlassen wurde).

Aber es gab in der Armee auch lettische Arbeiter, Russen, Juden, und die Stimmung dieser Soldaten war zum Teil eine etwas oder ganz andere (die Ursachen sind schon früher erwähnt worden). In der Kommunistenzeitung erschien am 29. Juni ein Artikel „Freiheit und Rechte der Armee!" Darin wurde erklärt[42]: „Jetzt, wo die grausame*) Diktatur gefallen ist, ist es Zeit auch

*) Während der sechs Jahre der autoritären Regierung (aber auch schon viele Jahre früher) ist kein politischer Gegner und Kommunist zum Tode verurteilt worden. Dieses milde Staatsregime

der lettländischen Armee Menschenrechte zu geben ... Die Armee ist immer die Zitadelle der Reaktionäre gewesen". Trotz der politischen Veränderungen befindet sich die Armee noch immer in der bisherigen Lage. „Den Soldaten verbietet man, an Umzügen und Versammlungen teilzunehmen, und Rundfunknachrichten über die grossen Ereignisse anzuhören. Das Lesen der Arbeiterzeitungen ist auf das strengste verboten ... Den Nichtletten verbietet man, in ihrer Muttersprache zu sprechen ... Über die rote Armee versucht man die phantastischsten Unsinnigkeiten zu erzählen, und man tadelt die Freundschaft des Volkes mit unserem mächtigen Freund — der UdSSR ... Wir glauben und hoffen, dass folgende unserer Wünsche sich verwirklichen werden: 1) dass *die völlige Denk- und Wortfreiheit in der Armee* erlaubt werden wird; 2) dass das Lesen der Arbeiterpresse und Literatur gestattet werden wird; 3) dass den Soldaten erlaubt werden wird, in die Arbeiterorganisationen einzutreten und sich an Versammlungen und Umzügen zu beteiligen; ... 5) dass die Armee von den Handlangern der Faschisten gesäubert und in jeder Wehrmachteinheit ein dem Zeitgeist entsprechender politischer Leiter ernannt werden wird ..."

Der neue Kriegsminister (ein General der lettischen Armee) hielt am 29. Juni eine Rundfunkrede an die Armee[43]. Er sagte: „Die alte Regierung Lettlands, welche in unserem Lande das plutokratische*) Regime geschaffen und den Pakt der gegenseitigen Hilfe zwischen Lettland und der Sowjetunion vom 5. Oktober 1939 grob übertreten hatte, ist gefallen ... Jeder Soldat muss wissen und verstehen, dass die Freundschaft zwischen Lettland und der Sowjetunion eine mächtige und reale Kraft ist, die der Sicherstellung unserer Unabhängigkeit, der Sicherheit und der ruhigen Arbeit dient". Die lettländischen Soldaten müssen die Sowjetsoldaten als *„wahr-*

---

bestand in Lettland in einer Zeit, als im Nachbarland — der Sowjetunion — die Menschen massenweise hingerichtet und gequält wurden!

*) Mit etwa solchen Worten musste damals, nach dem Befehl der Moskauer Regierung und ihrer Vertreter in Riga, die Rede jedes Ministers beginnen.

hafte, herzliche Freunde" betrachten. Die Offiziere müssen zu Führern und Erziehern der Soldaten werden, müssen den Soldaten die Bedeutung der gegenwärtigen geschichtlichen Veränderungen erklären und sie „in Freundschaft gegen die Sowjetunion und in Achtung gegenüber der Roten Armee" erziehen. Vor allen Dingen muss eine strenge Disziplin in der Armee unterhalten werden.

Aber wie konnte die Disziplin unterhalten werden, wenn ihre Grundlagen von den Bolschewisten vernichtet waren und jeden Tag noch weiter geschwächt wurden! — Anfang Juli wurde das Gesetz über die *„politischen Leiter"* (russisch: „Politruks") der Armee herausgegeben[44]. Der Inhalt war folgender: Die geschichtlichen Veränderungen und die weite Demokratisierung der Staatsverwaltungsorgane fordert auch eine unverzügliche Demokratisierung der lettländischen Armee, und darum wird das neue Amt des politischen Leiters in der Armee gegründet. Diese politischen Leiter befinden sich: beim Armeestab, bei den Divisionen und Brigaden, bei Regimentern und bei einzelnen Kriegsbehörden und Garnisonen; ihre Aufgaben sind: die Erklärung der neuen Gesetze und Regierungsverordnungen gegenüber den Soldaten, die Erziehung der Soldaten im Geiste der staatlichen-demokratischen Veränderungen, die Förderung der militärischen Disziplin und die Organisierung und Leitung der militärischen Presse.

Der neue Armeekommandeur hielt eine Rundfunkrede[45], in der er die Wichtigkeit dieser neuen politischen Leiter betonte. Er sagte, dass ein jeder Soldat und Offizier ihnen die grösste Treue schenken müsse, sowohl im Dienst, als auch ausserhalb des Dienstes; die politischen Leiter werden für die Stimmung der Armee im Geiste des demokratischen Staates und der Freundschaft mit der UdSSR sorgen. Der Armeekommandeur wies weiter darauf hin, dass zum Beweise dafür, dass die Tätigkeit der politischen Leiter einen ausserordentlichen Wert und Erfolg habe, „die gute Disziplin und hohe Kampffähigkeit der heldenhaften und glorreichen Roten Armee" dienen könne.

Zum höchsten politischen Leiter der Armee wurde ein früherer Sozialdemokrat ernannt, die anderen hat-

ten eine ähnliche marxistische oder kommunistische Vergangenheit. Sie hatten fast alle keine militärische Ausbildung erhalten. Infolge ihrer politischen Tätigkeit hatten sie zumeist im Gefängnis gesessen.

e) Erhöhung der Löhne.

Eine wichtige demagogische Massnahme der neuen Regierung war die Erhöhung der Löhne. Laut Verordnung[46] vom 28. Juni 1940 wurden die Löhne der Arbeiter und Angestellten in der Industrie, in Handwerksbetrieben, im Transport, im Handel und im Baugewerbe ab 21. Juni um 20% bzw. 15% erhöht. Die Verordnung bestimmte ausserdem, dass die Lohnerhöhung die Preise der produzierten Waren in keiner Weise beeinflussen dürfe.

Es ist leicht verständlich, dass solche Massnahme den Arbeitern, besonders den am niedrigsten entlohnten, gefallen musste. Die plötzliche Lohnerhöhung steigerte die Popularität der Bolschewisten und der Sowjetunion. Die Bolschewisten hatten bewiesen, dass sie die „richtigen" Verteidiger der Arbeiterinteressen seien. Die frühere „bürgerliche" Regierung Lettlands hatte sich an den Grundsatz zu halten versucht, dass die Löhne und Warenpreise seit Anfang des Krieges nach Möglichkeit auf dem Vorkriegsniveau erhalten bleiben sollten (was ebenfalls von Regierungen anderer Staaten stets erstrebt wurde). Aber die Bolschewisten verfolgten andere Zwecke, und die Erhöhung der Löhne war ein wichtiges Mittel zur Erhöhung ihrer Popularität unter den Arbeitern.

Einige Tage später wurden auch die Gehälter der niedrigen Staatsbeamten[47] ab 1. Juli erhöht (die niedrigste Kategorie bekam Ls 100 statt Ls 84, also fast 20% mehr). Den Arbeitern und den niedrigen Angestellten und Beamten schien es angenehm zu sein, dass die Gehälter einiger höchsten Beamten im Kommunaldienst und auch die höchsten Staatspensionen gesenkt wurden.

f) Bekämpfung der „Schädlinge".

Ein echt bolschewistisches neues Gesetz war das Gesetz über die Bekämpfung des Schädlingswesens. „Schädlinge" — das war 24 Jahre lang ein sehr popu-

läres Wort und ein beliebter Begriff in Sowjetrussland. „Schädlingswesen — eine der Formen des verschärften Klassenkampfes und des grimmigen Widerstandes der bürgerlichen Elemente gegen die Sowjetmacht und die sozialistische Aufbautätigkeit", — mit solchen Worten wird die Tätigkeit der Schädlinge in einem Sowjetbuch[48] definiert.

Die Bolschewisten hatten ein ganz genaues wirtschaftliches Programm für Lettland, trotzdem aber behaupteten sie anfangs, „man werde nichts nationalisieren". Bereits am 13. Juli wurde das *„Gesetz über die Bekämpfung des Schädlingswesens"* veröffentlicht[49], dessen Inhalt damals vielen, denen die Wirtschaftsmethoden der Bolschewisten in Russland nicht bekannt waren, ganz unverständlich erschien. Das Gesetz bestimmte: *„Es ist verboten, eigenes oder fremdes Vermögen zu vernichten, zu verderben oder zu verbergen, in der Absicht, durch diese Tätigkeit die Staats- oder gesellschaftlichen Interessen zu schädigen"*. Für diese Verbrechen drohte eine Geldstrafe bis Ls 5000 oder eine Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten, aber in „besonders wichtigen Fällen" — Zwangsarbeit, wobei die Schuldigen dem Kriegsgericht zur Verurteilung nach den Gesetzen der Kriegszeit zu übergeben seien.

In „kapitalistischen" Ländern würde solch ein Gesetz unverständlich sein, denn kein Besitzer vernichtet absichtlich und um Staatsinteressen zu schädigen sein Vermögen. Das Verbergen des Vermögens kann in „kapitalistischen" Ländern vielleicht nur im Kriege vorkommen, wenn irgendwelche Güter und Waren vom Staate für Kriegszwecke beschlagnahmt werden. Aber die Bolschewisten wussten ganz genau, dass schon nach einigen Tagen die Beraubung der vermögenden Schichten beginnen wird, und dass die „Bourgeois" dann ihr Vermögen zu retten oder auch aus Zorn über die Räuber es zu vernichten versuchen werden. Zur Bekämpfung dieser Leute musste das Gesetz über das Schädlingswesen herausgegeben werden.

Nach etwa zwei Wochen wurde eine Ergänzung[50] zu diesem Gesetze veröffentlicht. In dieser Ergänzung hiess es: „Es ist verboten, in spekulativer Absicht Waren

zu enteignen, zu erwerben, zu verbergen oder verborgen zu halten, und dadurch den normalen Warenumsatz im Staate zu stören". Solche Waren werden konfisziert. — Diese Ergänzung sollte die Kaufleute treffen, die etwas von ihren Warenvorräten vor der drohenden Nationalisierung zu retten versuchten. Dieses Gesetz konnte auch gegen Käufer von Waren, gegen Leute, die das Ende und die Vernichtung ihrer Geldersparnisse ahnten und durch Einkauf verschiedener Waren (z. B. Kleider usw.) noch etwas davon zu retten versuchten, gerichtet werden.

Noch zwei weitere Gesetze sollten den vermögenden Schichten das Verfügungsrecht über ihr Vermögen entziehen. Veränderungen[51] zum Gesetze über das Erwerben und die Belastung der Immobilien bestimmten, dass es *ohne vorherige Erlaubnis verboten sei, Verträge über Kauf und Verkauf von Immobilien zu schliessen.* Aber diese Erlaubnis konnte man damals nicht erhalten. — Das „Gesetz über die Bekämpfung der Bodenspekulation"[52], herausgegeben am Vorabend der Nationalisierung des Bodens, bestimmte, dass *es verboten ist, die landwirtschaftlichen Immobilien zu enteignen, zu erwerben, zu vereinen oder zu zerteilen,* ohne die Erlaubnis des Justiz- und Ackerbauministers erhalten zu haben. Die Regierung konnte diejenigen Abmachungen, die „in spekulativer Absicht" über die Enteignung, Vereinigung und Zerteilung der landwirtschaftlichen Immobilien *nach dem 1. Oktober 1939* abgeschlossen waren, als nichtig erklären. Dieser Paragraph war gegen diejenigen „weitblickenden" Leute gerichtet, die schon gleich nach der Unterzeichnung des „Paktes der gegenseitigen Hilfe" zwischen Lettland und der Sowjetunion so klug gewesen waren und ihre Landbesitze in irgendeiner Weise verkleinert hatten, weil sie die Möglichkeit des Einbruches der Bolschewisten in Lettland bereits vorausahnten.

Für die „Bourgeois" oder die „Kulaken" gab es keine Rettung mehr, alle Auswege waren für sie gesperrt. Diese Leute konnten ihre Immobilien oder Waren und Inventar nicht mehr verkaufen, verschenken (z. B. Verwandten oder Freunden) oder verbergen. Das war ihnen unmöglich gemacht oder wenigstens riskier-

ten sie strenge Strafen, sogar Kriegsgericht und Zwangsarbeiten. Sie waren gezwungen, ohne Widerstand ihr ganzes Vermögen den Bolschewisten zu übergeben.

Ein bolschewistischer Beamter erklärte über die Bekämpfung des Schädlingswesens[53] folgendes: „Es sind Fälle vorgekommen, wo der Arbeitsbauer, ... durch Schädlinge beeinflusst, sein Vieh abgeschlachtet und das Inventar vernichtet hat... Es sind Fälle notiert, wo Ausschusswaren in der Industrie erzeugt worden sind, und ein leises, erregendes, lügnerisches Flüstern gehört wurde, —... alles das ist als Schädlingswesen zu qualifizieren und verdient eine strenge Strafe... Unsere Volkswirtschaft kann keine unbesäten Felder und untätige Hände besitzen... Das Gesetz zur Bekämpfung des Schädlingswesens ist eine genügend *elastische*... Waffe, um allen denjenigen, die sich mit einer verräterischen Tätigkeit befassen..., der progressiven Aufbautätigkeit schaden, zu erinnern, dass unser Volk unter sich keine Fremdkörper dulden wird... Wehe denen, die das zu tun versuchen!"

g) Die Arbeiterkomitees.

Am 26. Juni wurde das Gesetz über die Arbeiterkomitees bestätigt. Es hiess[54]: Zum Zweck der „Demokratisierung der Verwaltungsordnung der Arbeitsstellen" und der Förderung der Entwicklung der Industrie, des Handels, des Baugewerbes usw., werden in allen Unternehmungen, Behörden und Wirtschaften die Komitees der Lohnarbeiter und Angestellten, welche die Interessen der Arbeiter den Inhabern der Betriebe und der Administration gegenüber zu vertreten haben, organisiert. In allen privaten, Staats- und Kommunalbetrieben, welche 20 und mehr Lohnarbeiter und Angestellte beschäftigen, werden Arbeiterkomitees (mit 3—13 Mitgliedern) gegründet. Die Arbeiterkomitees verteidigen die wirtschaftlichen Interessen des Lohnpersonals, haben für die Befriedigung ihrer kulturellen und Lebensinteressen zu sorgen, und die Arbeit und Arbeitsdisziplin zu fördern. Die Komitees werden von der vollen Versammlung des Lohnpersonals auf 6 Monate gewählt. Die Administration muss dem Arbeiterko-

mitee stets vorgesehene Entlassungen und Arbeitereinstellungen melden.

Auf Grund dieses Gesetzes wurden in Lettland Tausende von Arbeiterkomiteemitgliedern und Stellvertretern gewählt. Die Aufgabe dieser Leute war es, die Bolschewisierung Lettlands verschiedenartig zu unterstützen.

Ebenso wie die Arbeiter in Betrieben, bekamen auch die Soldaten das Recht, in ihren Regimentern *Regimentskomitees* im Umfange von 3—7 Personen zu wählen. Die Hauptaufgabe dieser Soldatenkomitees[56] war die „Verteidigung der Soldateninteressen, die Regelung des Soldatenlebens und die Förderung der Disziplin."

h) Weitere neue Massnahmen.

Die von der alten Regierung geschaffenen sechs Wirtschaftskammern, die eine von den Grundlagen der Wirtschaftsverfassung des Staates zur Zeit der autoritären Regierung bildeten, wurden alle liquidiert[57]. Die bolschewistische Wirtschaftsverfassung sollte ganz anders gestaltet werden.

Der alten Polizei vertrauten die Bolschewisten auch nicht (diese war ihnen verhasst). Die alte Polizei wurde allmählich entlassen und eine neue „Hilfspolizei" organisiert[58]. Die Bestimmungen besagten, dass die Mitglieder der Hilfspolizei „nach Möglichkeit aus *unbemittelten* Kreisen" ausgesucht werden sollen (in den Städten wurden die Mitglieder der Hilfspolizei von den Arbeiterorganisationen aufgestellt).

7. Die Juni- und Juliereignisse in der damaligen Presse.

a) Ausschreitungen gegen die Intelligenz und die wohlhabenden Bevölkerungsschichten.

In manchen Orten verliefen die Ereignisse im Juni 1940 nicht ganz glatt. Die volle Wahrheit ist zwar in der damaligen Presse nicht zu finden, denn es durfte ja kein Wort ohne bolschewistische Zensur in der Presse

erscheinen, und eine „kulturell" und „anständig" sich vollziehende Bolschewisierung Lettlands war für die Bolschewisten wichtig (gegenüber der Bevölkerung und dem Ausland). Damals erschienen nur kurze Meldungen, welche ein wenig Licht auf die tatsächlichen Ereignisse werfen und die Stimmung der Anhänger der Bolschewisten zeigen. So z. B. berichtet[59] das kommunistische Zentralorgan am 29. Juni 1940 im Artikel „Mehr Disziplin, weniger Grosstuerei" folgendes: „Angestellte einiger Arbeitsstellen berichten, dass mehrere Arbeiter sich an sie wegen Regelung ihrer Bedürfnisse gewendet hätten und häufig *sehr ungeduldig und aufdringlich* gewesen wären. Alle denken, dass ihre Forderungen . . . sogleich befriedigt werden sollen, beachten aber nicht, ob das möglich ist. Erhalten sie das Erwünschte nicht, so fangen sie zu schimpfen an und drohen, sie werden sich an die kommunistische Partei wenden, um dort Gerechtigkeit zu erlangen." Das Blatt belehrt die Arbeiter: „Genossen Arbeiter! Die Kontorkräfte und die Intelligenz sind nicht Feinde des Proletariats, sondern seine Verbündeten. Auch diese Leute sind Arbeitende und darum müssen Arbeiter mit ihnen kameradschaftlich und freundschaftlich sein... Mit einem aufdringlichen Auftreten an falscher Stelle und mit Schimpfworten machen wir uns nur lächerlich... und schrecken die werktätige Intelligenz (die untersten Angestellten), unsere Verbündeten, von uns ab. Das schadet der Sache der Arbeiterklasse." Aber noch andere Sachen machen die Arbeiter falsch: *„Häufig beleidigen einzelne Arbeiter auf der Strasse Personen, welche besser gekleidet sind,* sie beschimpfen sie als Bourgeois, Herren usw. Solches Benehmen ist beschämend für die ganze Arbeiterklasse..."

Beim Einzug der roten Armee haben in manchen Orten Kommunisten, Anhänger der Kommunisten und manchmal auch Kriminelle (Diebe, Räuber) Andersgesinnte angegriffen und geplündert. An erster Stelle ist die Provinz Lettgallen zu nennen. Ende Juni 1940 lesen wir: „Als die Sowjettruppen in Rositten einmarschierten, haben einige politisch unbewusste Leute die Abrechnung mit ihren ehemaligen politischen Gegnern be-

gonnen. Um eine Wiederholung dieser Ungehörigkeiten zu vermeiden, hat sich die Rosittensche Organisation der kommunistischen Partei Lettlands mit einem Aufruf, die Gewalttaten zu unterlassen, an alle Einwohner Rosittens und der Umgebung gewendet." (Jaunākās Ziņas vom 28. Juni 1940). — Es wurde damals in der bolschewistischen Presse die Tätigkeit der Parteiorganisation in der Provinz Lettgallen folgendermassen gerügt: „Am 25. Juni 1940 hat das Gebietskomitee Lettgallens einen Aufruf an alle Werktätigen Lettgallens erlassen, worin die Parteilinie in der Wertung des gegenwärtigen Momentes und die Forderungen der Partei entstellt und verzerrt sind. In ihrem letzten Aufruf fordert das Gebietskomitee Lettgalens zur *unverzüglichen* Revolution, zur unverzüglichen Vernichtung der Konterrevolution auf, und macht der Regierung Vorwürfe, dass sie untätig sei. Das Gebietskomitee Lettgallens übersieht die Lage nicht, denn *der grösste Teil der Werktätigen ist für den Übergang zum Sowjetsystem noch nicht vorbereitet*, und der grösste Teil des Bauerntums hat die Notwendigkeit des Wechsels des Wirtschaftssystems noch nicht erkannt." — So schrieb die Zeitung „Proletarskaja prawda" am 27. Juni 1940.

Die kommunistischen Blätter wandten sich gegen ihre voreiligen „linken" Genossen, die die soziale Revolution sogleich machen wollten (nach sowjetrussischem Vorbilde): „Die Ereignisse der letzten Tage haben aber gezeigt, dass auch in den Parteireihen noch politisch Ungebildete sich befinden... In der Zeit, während die Partei die Massen auf dem Wege des Aufbaus der demokratischen Volksrepublik führt, stören diese Elemente die einheitliche Parteitätigkeit. Sie treten mit *vorzeitigen* oder einfach falschen Losungen auf und drängen so die Massen vom richtigen Wege — der Generallinie der Partei — ab"[60]. Also nach der Generallinie der Partei musste alles allmählich und „kulturell" geschehen. Das Endziel war ja klar — die völlige Beraubung und Vernichtung der wohlhabenden Bevölkerung. Die Losungen der hitzigen Köpfe der kommunistischen Partei waren nur „vorzeitig", es mussten noch

einige Monate vergehen, ehe Alles dazu reif geworden war.

b) Reinlichkeit, Ordnung und Disziplin sinken.

Die Ordnung und Reinlichkeit der Städte konnte nicht mehr auf früherer Höhe gehalten werden. So z. B. wurde vom neuen Polizeichef der Stadt Riga auf folgendes hingewiesen[61]: „In letzter Zeit ist in Riga eine gewisse Freiheit in der Beobachtung der obligatorischen Bestimmungen zu bemerken. Das bezieht sich auf Reinlichkeit, auf den Verkehr, den Handel mit alkoholischen Getränken und auf das Erscheinen in der Öffentlichkeit in betrunkenem Zustande... Riga, die Hauptstadt, muss in Hinsicht auf Reinlichkeit und Ordnung das Beispiel nicht nur für ganz Lettland, sondern sogar für das Ausland sein... Ich bitte alle Einwohner Rigas, insbesondere die Hausbesitzer und Hausknechte, die Führer und Fahrer verschiedener Verkehrsfahrzeuge und die Händler mit alkoholischen Getränken, künftig die in Kraft bestehenden Bestimmungen streng zu beobachten." Weiter wird mit Strafe gedroht.

Im Sommer 1940 wurde auch über das Sinken der Arbeitsdisziplin der Industrie geklagt. So z. B. schrieb damals der Sekretär des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Lettlands[62]: „Es sinkt die Arbeitsdisziplin. Warum? Man widersetzt sich der Fabrikleitung, *jeder denkt, dass er so arbeiten kann, wie es ihm gefällt.* So konnte man nur früher (! A. C.) handeln, nicht aber jetzt. Die Arbeiter selbst müssen die Menge und die Qualität der geleisteten Arbeit kontrollieren".

Sogleich nach der Kapitulation der baltischen Staaten wurden Meister, Ingenieure, Fabrikanten und Händler wegen ihrer „ausbeuterischen" Tätigkeit oder „faschistischer" Gesinnung verfolgt.

Es kann noch bemerkt werden, dass es mit der Reinlichkeit während der ganzen Bolschewistenherrschaft in Riga und auch in anderen Städten (auch in Fabriken usw.) sehr arg bestellt war.

Eine damalige Rigaer Zeitung[63] klagte im Frühling 1941 über schmutzige Strassen in Riga und erinnerte an frühere Zeiten. Der betreffende Artikel hiess: „*Wo*

ist das reine Riga geblieben?" Im Artikel hiess es: „Früher war Riga stolz auf seine Reinlichkeit; wo ist diese Reinlichkeit jetzt? .. Jetzt, wo die Hausknechte ordentliche Wohnungen und einen angemessenen Lohn besitzen, *ist ihre Arbeit langsamer und oberflächlicher geworden* ... Auch die Hausverwalter sind nicht genügend energisch ..."

Der Schmutz war in Riga im Frühling 1941 gross und die früher so einfache Sache war so kompliziert und so wichtig geworden, dass am 15. März im Sitzungssaal des Volkskommissarenrates der Sowjetrepublik Lettland eine grosse Besprechung über das Reinhalten der Stadt Riga zwischen Vertretern des Volkskommissarenrates (also der Regierung), des Zentralkomitees der Partei, des Rigaer Vollzugskomitees (d. h. der Stadtverwaltung), der „Arbeiter-Bauern-Milizverwaltung", der staatlichen Sanitätsinspektion u. a. abgehalten werden musste. Es wurde folgendes beschlossen[64]: „Um Reinlichkeit zu schaffen, haben sich an dieser Arbeit *alle Stadteinwohner,* auch Mitglieder der Parteikomitees und Vollzugskomitees, zu beteiligen." — Die Bolschewistenherrschaft hatte die Arbeitsdisziplin so heruntergebracht, dass eine früher ganz einfache Frage zu einer wichtigen und grossen „Staatsangelegenheit" wurde. — Die Arbeiter, Angestellten und andere Einwohner der Stadt Riga wurden im Frühjahr 1941 auch tatsächlich gezwungen die Stadt zu reinigen.

Eine kleine, aber charakteristische Tatsache (die auch gewissermassen im Zusammenhange mit der „Reinlichkeitsfrage" steht) illustriert die Einstellung eines grossen Teiles der Arbeiter und der übrigen Bevölkerungsschichten dem *Staatsvermögen* gegenüber. Die ehemalige bürgerliche Regierung hatte das grosse schöne Staatshotel im Kurort Kemmern erbaut. Das Hotel wurde von Kurgästen bewohnt (auch Ausländer wohnten dort). Die Bolschewisten prahlten häufig und sagten: „Früher war dieses Hotel nur den wohlhabenden Leuten, jetzt aber ist es allen zugänglich gemacht." In einem Zeitungsartikel war ein Gespräch zwischen zwei Kranken, welche in diesem Hotel wohnten, wiedergegeben. Der Verfasser des Artikels hatte folgendes Ge-

spräch der beiden Kranken erlauscht[65]: „Hier ist alles so rein und fein eingerichtet... wenn man auf dem Divan schlafen will, muss man die Stiefel ausziehen." — „Macht nichts, ich aber werde nicht jedesmal, wenn ich schlafen gehe, die Stiefel ausziehen. *Das Herrenvermögen soll zugrundegehen.*" Der Verfasser bemerkt: „Das ist traurig, dass es noch heute Arbeiter gibt, die nicht wissen, dass das Staatsvermögen ja jetzt das Vermögen des ganzen Volkes ist, und dass es Pflicht eines jeden Bürgers ist, dieses Vermögen zu schonen. Wenn sich jeder Kranke so schonungslos benehmen wollte, dann werden ja natürlich die nächsten keine Reinlichkeit und keine Bequemlichkeit mehr haben... Mit dem Volksvermögen muss man schonender und sorgsamer umgehen als mit seinem eigenen Vermögen." — Aber gerade diese Einstellung fehlte häufig während der Bolschewistenzeit nicht nur Arbeitern, sondern auch vielen Betriebsleitern, Hausverwaltern, Leitern von Handelsunternehmungen und verschiedenen grösseren und kleineren Sowjetangestellten. Alles oder fast alles war „nationalisiert" — in Staatsbesitz und Staatsbetrieb verwandelt, und überall fehlten die frühere Sorgfalt der Führung und Bewirtschaftung und auch die Sorgfalt in der Ausführung der Anordnungen der Betriebsleitung. Dieser schwere Mangel der Bolschewistenherrschaft verursachte Lettland einen grossen Schaden und grosse Verluste.

c) Kritik über das alte Regime.

Mit verschiedenen unbegründeten Behauptungen und mit Hilfe falscher Daten und Angaben kritisierten die Bolschewisten im Sommer 1940 die alte Regierung Lettlands und das Leben der Bevölkerung während dieses Regimes. In der Presse wurden „Enthüllungen" über die grossen Gewinne einiger Betriebe, die hohen Gehälter einiger Betriebsführer und über die verschwenderische Tätigkeit einiger Staatsbehörden gemacht. Es erwies sich als selbstverständlich, dass die alte Regierung und ihre Behörden alles schlecht und ungerecht gemacht hatten. Ebenso soll die Besetzung der Ämter der Staatsbehörden einseitig gewesen sein; Marxisten hätte man

entlassen und nie bevorzugt. Jetzt sollte das alles anders werden! Es erschienen in den Zeitungen Forderungen, diese oder jene Behörde, die Universität, die Krankenkassenverwaltung usw. zu „säubern", zu „demokratisieren". Die „progressiven Lehrer" (in einem Artikel ohne Unterschrift) verlangten die Entlassung des Direktors des Schuldepartements, und nach einem anderen Artikel sollte das „Rabennest" (d. h. die Universität Lettlands) von den „reaktionären" und „faschistischen" Professoren, welche in ihren Vorlesungen den Sozialismus und Kommunismus zu kritisieren gewagt hatten[66], gesäubert werden. „Um diese Augiasställe der Faschisten zu reinigen, wird man mit eisernem Besen zu fegen haben", so schrieb das Zentralorgan der kommunistischen Partei über die „Säuberung" des Staatsapparates[67].

d) Zerspaltung der Bevölkerung in feindliche Gruppen.

Die Machtergreifung und das Verbleiben an der Macht ist den Bolschewisten immer dadurch gelungen, dass sie grosse Bevölkerungsgruppen in einander feindlich gesinnte kleinere Gruppen zerspalteten, indem sie verschiedene Gegensätze aufspürten und diese Gegensätze durch Agitation erweiterten. Es ist bereits in Kapitel I dieser Abhandlung über die Zerspaltung der Bauern Russlands in drei Gruppen — die armen, mittleren und wohlhabenden (die Kulaken) Bauern, die Rede gewesen. Auch in Lettland wurde dieses Mittel der Volkszersetzung und Volksvergiftung im Sommer 1940 und später angewandt. Die Bolschewisten sprachen nicht einfach über Bauern, sondern über die „Arbeitsbauern" (d. h. solche, welche nur von ihrer eigenen Arbeit existierten und keine Lohnarbeiter[67a] beschäftigten; dieser Begriff war jedoch unbestimmt) und „Kulaken" („Ausbeuter"). Man konnte zwar nicht genau feststellen, wo die Grenze zwischen „Arbeitsbauer" und dem „Kulaken" zu ziehen war. Ebenso redeten die Bolschewisten über die „Arbeitsintelligenz" (die werktätige Intelligenz); das waren etwa die niedrigsten und mittleren Beamten und Angestellten. Die verdächtige Intelligenz war diejenige, welche zwar auch gearbeitet hatte (und manchmal vielleicht noch mehr als die üb-

rige), aber nur die höchsten, bestbezahlten Stellen im Staatsdienste, in der Industrie, im Handel, in den Banken usw. einnahm oder ein Vermögen besass (z. B. einen landwirtschaftlichen Betrieb oder ein Familienhaus in der Stadt oder in einem Kurorte).

Einen charakteristischen Artikel hierüber finden wir im Zentralorgan der kommunistischen Partei[68]. Der Artikel ist benannt: „Nicht mehr gefälschte, sondern wissenschaftlich begründete Statistik." In diesem Artikel heisst es u. a.: Die „Knechte der Plutokratie" haben die amtliche Statistik in den statistischen Behörden gefälscht und haben auch die „elementarsten Forderungen der statistischen Wissenschaft" nicht beachtet, um so die Wahrheit vor dem Volke zu verbergen. „Der beliebte Kunstgriff der Statistiker des alten Regimes war, die Angabe irgendeiner Massenerscheinung in Gesamtzahlen zu bringen, ohne sie in *kleinere* Gruppen aufzuteilen. Z. B. aus den amtlichen Daten der sozialen Lage der Bevölkerung Lettlands ergibt es sich, dass zwei Drittel der gesamten Bevölkerung zur Eigentümerkategorie gehören. Dabei ist aber die „Kleinigkeit", dass zur Masse der „Eigentümer" sowohl Millionäre als auch Handwerker, Kleinbauern und andere Proletarier gezählt worden sind, unbeachtet geblieben."

Das war gerade das, was die Bolschewisten brauchten, und was ihnen das liebste war: *die Zersplitterung jeder Bevölkerungsgruppe in einzelne sich hassende und bekämpfende kleinere Gruppen.* Wenn zwei Drittel der Bevölkerung irgendein Vermögen oder ein Unternehmen (landwirtschaftlichen Betrieb, Wohnhaus, Handelsgeschäft, Handwerks- und Industrieunternehmen) besassen, so musste den kleinen Besitzern erklärt werden, dass sie von den mittleren und grösseren furchtbar „ausgebeutet" würden, dass ihre Lage unerträglich sei; *es mussten Neid und Missgunst gegen die grösseren Eigentümer hervorgerufen werden.* Das war eine wichtige Aufgabe der bolschewistischen Agitation. — Es muss hier bemerkt werden, dass die „plutokratische" Statistik die ungleiche Verteilung des Vermögens nicht verborgen gehalten hat. In jedem statistischen Jahrbuch Lettlands konnte jeder die detaillierte Verteilung der landwirt-

schaftlichen Betriebe nach ihrer Grösse (Betriebe mit z. B. 5—10 ha, 30—50 ha, 50—100 ha, usw.), die Verteilung der Industriebetriebe nach ihrem Umfange (Betriebe mit 20 Arbeitern, mit 20—49 Arbeitern, usw.) oder auch die Verteilung der Handelsgeschäfte nach ihrem Umsatz verzeichnet finden.

e) Verherrlichung der Sowjetunion.

Während das Leben im bürgerlichen Lettland von den Bolschewisten geschmäht wurde, lobte man gleichzeitig das „glückliche" Leben der Völker der Sowjetunion und die vielen Wunder dieses grossen Landes. Schon im Juni 1940 begann eine Flut von Zeitungsartikeln in der lettländischen Presse über die Errungenschaften der Sowjetunion auf verschiedenen Gebieten zu erscheinen. Die lettländischen Leser erfuhren, dass in der Sowjetunion eine umfangreiche Sozialversicherung existiert, dass die Alters- und Invaliditätspensionen im Jahre 1932 durchschnittlich 27,65 Rbl., aber 1937 — 65,75 Rbl. und 1939 — 126,55 Rbl. im Monat pro Pensionär betragen haben sollen[69]. Ebenso schrieb man über die grossen Fortschritte der Volksbildung[70] in der Sowjetunion: es erwies sich, dass in den Jahren 1923—1938 dort 20.607 Schulen erbaut worden seien, dass die Zahl der Schüler in den Mittelschulen etwa 25-mal grösser geworden wäre als vor der Revolution, dass die gesamte Anzahl der Schüler in der Republik Kirgisien etwa 38-mal grösser geworden wäre als im Jahre 1914/15, dass die Zahl der Studenten in den Hochschulen der Sowjetunion von 112.000 im Jahre 1914 auf 600.000 im Jahre 1938/39 gestiegen sei, usw. Ein besonderer Artikel wurde über jede Sowjetrepublik gedruckt. Z. B. der Artikel mit dem Titel „Das Land der hohen Berge und der Landwirtschaft — die Sowjetrepublik Tadschikistan" machte die Leser mit diesem asiatischen Sowjetland (an der Grenze Chinas und Afghanistans) bekannt. Man sah daraus[71], dass hier im Pamirgebirge die höchsten Berge der Sowjetunion, Stalin-Gipfel (7495 m) und Lenin-Gipfel (7127 m), sich befinden, dass die Ackerlandfläche hier zweimal grösser geworden sei als im Jahre 1913, dass auf den Feldern

der Republik mehr als 3350 Traktoren arbeiteten, dass die Viehzahl in den letzten 4 Jahren fünfmal grösser geworden sei, dass die Industrie grosse Fortschritte gemacht habe.

Andere Artikel berichteten, dass in der Sowjetunion während der Bolschewistenherrschaft 360 neue Städte entstanden seien[72], dass in den Sparkassen der Sowjetunion 17 Millionen Sparer 7 Milliarden Rubel stehen hätten[73]. — Aber der kritisch gesinnte Leser konnte leicht errechnen, dass die durchschnittliche Grösse einer Einlage 412 Rubel betragen haben muss und dass *auf einen Einwohner der Sowjetunion nur etwa 40 Rubel entfallen konnten.* In Lettland[74] gab es im Mai 1940 nur in der Postsparkasse allein 211.000 Sparer mit insgesamt Ls 67,8 Millionen Einlagen, was ca. Ls 320 pro Sparer oder Ls 34 pro Kopf der Bevölkerung ausmacht. Der Unterschied zwischen diesen Zahlen scheint nicht gross, aber der Lat hatte eine ganz andere Kaufkraft als der Rubel, *der Lat hatte die Kaufkraft von 5—10 oder noch mehr Sowjetrubeln* (je nach der Ware). Ausserdem war für Spareinlagen die Postsparkasse nicht die einzige Stelle in Lettland, Spareinlagen befanden sich auch in den genossenschaftlichen Spar- und Leihkassen, in Banken und in anderen Kreditanstalten, insgesamt (zusammen mit den Einlagen der Postsparkasse) betrugen die Spareinlagen im April 1940 Ls 117 Mill., etwa Ls 60 pro Kopf der Bevölkerung, was real mindestens 7—8-mal mehr als in der Sowjetunion ist.

Macht man aber diese Berechnungen nicht, dann scheinen allerdings 68 oder 117 Millionen Lats gegenüber 7000 Millionen Rubel eine verschwindend kleine Summe! Und das war ja der Zweck der bolschewistischen Propaganda — die Bevölkerung des kleinen Lettlands mit *riesigen Zahlen* zu verblüffen und so das wunderbare Leben in Sowjetrussland zu zeigen. *Niemals* wurden in den damaligen Zeitungen oder Reden der Bolschewistenführer in Lettland die Produktion, der Verbrauch oder die Ersparnisse der Sowjetunion *pro Kopf der Bevölkerung* berechnet. Das war ja eine gefährliche Sache, man konnte dadurch die furchtbare

Armut der Bevölkerung Sowjetrusslands zu sehen bekommen.

In den lettländischen Zeitungen schrieb man über die Kulturarbeit in den Dörfern der Sowjetunion, über das „wohlhabende" und „fröhliche" Leben in den Kolchosen („Traktoristen essen ein gemeinsames Mittagessen aus drei Speisen"[75], usw.), über den Erzreichtum und die Produktion der Metalle, über den Waldreichtum, über die Erdölschätze der Sowjetunion, über die sorgfältige und liebevolle Pflege der Kinder („Kinder sind die Lieblinge des Sowjetstaates und Volkes; nichts wird an der Befestigung der Gesundheit und der Erholung der Kinder gespart"[76]), über die Sicherstellung des Alters, über die Kurorte im Sowjetreich. Es wurde auch viel über die Befreiung der Frau in der Sowjetunion geschrieben[77]: Die Frau sei nicht mehr wirtschaftlich vom Manne abhängig. Den Frauen seien in der Sowjetunion alle Laufbahnen frei. Durch Organisierung des „kollektiven Verbrauches" (gemeinschaftliches Essen) und der „Kinderhäuser" sei die Frau von der früheren unproduktiven Arbeit der Speisebereitung und der Kinderpflege befreit worden.

Mit Begeisterung wurde der Ausbau der Hauptstadt Moskau[78] („Nach Moskau sind die Blicke des Weltproletariats gerichtet und die Hoffnungen aller Unterdrückten sind mit der schönen Zukunft der Hauptstadt der Sowjetunion verbunden") geschildert. In 5 Jahren seien dort 500 „grandiose" Häuser mit Wohnungen für 200.000 Menschen erbaut worden. Nach Realisierung des Ausbauplanes werde Moskau 36 Quadratmeter Parkanlagen pro Einwohner haben, gegen nur 9 m² in Paris und London. — In einem grossen Artikel über die landwirtschaftliche Produktion in der Sowjetunion wurde berichtet[79], dass sich in der Sowjetunion 28% der gesamten Fläche der Weizenfelder der Welt befänden, und dass die Weizenernte 31% der Weltweizenernte ausmache. Der durchschnittliche Milchertrag sei im Vorkriegsrussland 800 kg pro Kuh im Jahre gewesen, jetzt aber betrüge derselbe in den Kolchosen — 1100 kg (in Lettland war der Milchertrag fast doppelt so gross!).

„Die Industrie der Sowjetunion hat alle Staaten

Europas überholt", „Die Fallschirmspringer der UdSSR haben alle Rekorde übertroffen", „Die grandiosen Errungenschaften der Landwirtschaft der UdSSR machen einen überwältigenden Eindruck", „Der Sowjetpalast ist der grösste Bau der Welt". Aufsätze mit solchen und ähnlichen Titeln konnte man damals in jeder Zeitungsnummer in Lettland lesen[80]. Über den „Sowjetpalast" in Moskau wurde berichtet[81], dass dieser Bau höher als die Cheopspyramide, der Kölner Dom, der Eiffelturm und die Wolkenkratzer in New York sein werde.

In einem Aufsatz „Die Produktion der Textilwaren und Schuhe in der Sowjetunion" war folgendes zu lesen[82]: „Bei uns ist nicht selten eine ganz falsche Ansicht über die Sowjetunion anzutreffen. Nach dieser Ansicht sei die Sowjetunion ein landwirtschaftliches Land, wo es wohl grosse Naturschätze gibt, aber diese seien noch nicht vollständig ausgenutzt. Mit der Gründung von Sowjet-Lettland und dem Eintritt dieses Landes in die grosse Familie der Republiken der Sowjetunion, *sind darum viele bemüht, sich nach Möglichkeit eine grosse Menge von Schuhwerk und Textilwaren zu kaufen,* weil ... diese Erzeugnisse künftig ja nicht mehr zu haben sein werden. Eine von den wichtigsten Ursachen dieses „Kauffiebers" ist die Unkenntnis ... des landwirtschaftlichen und industriellen Fortschrittes der Sowjetunion, welchen kein anderer Staat in der ganzen Welt aufweisen kann." Nach einer solchen Einleitung schildert der Verfasser die Entwicklung der Baumwoll-, der Flachs-, der Woll- und der Seideproduktion in Sowjetrussland. „Die Schuhindustrie in der Sowjetunion hat sichere Grundlagen. Diese werden durch die Zahl des Rindviehs, welches die Rohhäute liefert, charakterisiert." Es folgen die grossen Millionenzahlen des Viehs usw. — Aber kein Wort wird über den einzig entscheidenden Punkt — über die Produktion der Bekleidungsstoffe und Schuhe pro Kopf der Bevölkerung — gesagt. Wie schon im vorigen Kapitel erwähnt, war die Produktion dieser Erzeugnisse in Sowjetrussland pro Einwohner ganz gering (im Vergleich mit Lettland und anderen Staaten) und wies in 10—12 Jahren gar keinen Fortschritt auf.

Dieser Betrug der bolschewistischen Propaganda sollte die Bevölkerung Lettlands über das wirkliche Leben in Sowjetrussland und über die Zukunft Lettlands täuschen. Aber es dauerte nur einige Monate, und die Einwohner Lettlands begannen die wirklichen Lebensverhältnisse des Sowjetstaates zu spüren. Da sahen sie auch, wie es mit dem „ausserordentlichen Fortschritt" der Kleider- und Schuhproduktion und mit vielen anderen Dingen in Wirklichkeit bestellt war.

Auch in den Reden der neuen Minister Lettlands wurde die Sowjetunion verschiedenartig verherrlicht. Den Gipfel dieser Lobpreisungen bildet eine Rede des damaligen Innenministers und des späteren Vorsitzenden des Volkskommissarenrates der Sowjetrepublik Lettland V. Lācis, der in seiner Rundfunkrede erklärte[83]: „Das beste, das wir haben, haben wir nur durch die Sowjetunion erreicht; ... *für alle Errungenschaften unseres Volkes müssen wir unserem grossen Freunde — der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken — danken.*" — Obgleich in Lettland ein grosser (im Vergleich mit der Sowjetunion) Wohlstand der Bevölkerung gerade wegen der ganz entgegengesetzten Methoden der Wirtschaftspolitik — auf Grund des privaten Eigentums und der Privatinitiative — erreicht worden war, war Lettland der Sowjetunion für alles das zu Dank verpflichtet! Aber eins ist klar, wenn sich Lettland seinerzeit nicht von der Sowjetunion losgelöst hätte, wäre auch Lettland 20 Jahre hindurch ein trostloses Hunger- und Unterdrückungsland, so wie die Sowjetunion gewesen.

Etwas nachdenklich wurden diejenigen, die in Lettland mit den Bolschewisten und den politischen Veränderungen sympathisierten, durch einige Nachrichten aus der Sowjetunion gestimmt. So z. B. wurde am 27. Juni, 10 Tage nach der Kapitulation Lettlands, in Moskau und auch in Lettland eine Verordnung des Obersten Rates der UdSSR veröffentlicht[84], laut welcher Arbeitern und Angestellten ein „eigenmächtiges" Verlassen der Arbeit in den Unternehmungen und Behörden und der Übergang zu einer anderen Arbeitsstelle verboten wurde. Nur mit Erlaubnis des Direktors oder Leiters der Be-

hörde war dieses möglich. Wer dagegen handelte, wurde dem Gericht übergeben und mit 2—4 Monaten Gefängnis bestraft. Auch das Nichterscheinen zur Arbeit ohne einen rechtfertigenden Grund wurde gerichtlich bestraft. — Bald folgten die Nachrichten über die verhängten Strafen; so z. B. wurde aus Moskau Anfang Juli 1940 gemeldet[85]: Das Moskauer Volksgericht hat drei Arbeiter der staatlichen elektrotechnischen Fabrik mit 2—3 Monaten „Zuchtarbeiten" und mit Abzug von 15% vom Lohne bestraft; die Ursache war, dass sie 30 Minuten zu spät zur Arbeit gekomen waren. In Archangelsk war ein Arbeiter wegen eigenmächtigen Verlassens der Arbeit zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. In Moskau war eine Arbeiterin wegen desselben Verbrechens zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, usw.

Viel schwerere Strafen wurden in derselben Zeit über die Vorsitzenden der Kolchosen in der Sowjetunion verhängt[86]. So z. B. wurde ein Vorsitzender des Kolchoses im Gebiet Nowosibirsk mit 2 Jahren „Freiheitsverlust" bestraft, weil er kein Getreide (laut Plan) dem Staate abgeliefert hatte; er hatte auch den Kolchosmitgliedern Getreidevorschüsse gegeben. Ein anderer Vorsitzender in demselben Gebiete war wegen desselben Verbrechens zu 3 Jahren Freiheitsverlust verurteilt.

An solche strenge „Ordnung" waren die lettländischen Arbeiter und Angestellten nicht gewöhnt! Wegen oberflächlicher Arbeit oder Nichterscheinen zur Arbeit konnten sie im „kapitalistischen" Staat höchstens entlassen werden. Sie konnten auch ihre Arbeitsstellen frei wechseln. Diese ungewohnten Nachrichten aus der Sowjetunion stimmten sie nachdenklich.

f) „Befreiung" aller Bevölkerungsgruppen.

Gleich nach der Okkupation Lettlands durch die Sowjettruppen versprachen die Bolschewisten allen die „Befreiung" von den Qualen des Kapitalismus. Nach bolschewistischer Agitation zu urteilen, wurden in Lettland alle, mit Ausnahme von nur einigen „Plutokraten", unterdrückt und ausgebeutet. Die „Befreiung" wurde den Kleinbauern Lettgallens, den „Arbeitsbauern" über-

haupt, den Arbeitern, auch den Frauen und den Minderheitsnationalitäten versprochen. Es wurde das traurige Schicksal der Kleinbauern der Provinz Lettgallen beklagt[87]. „In solchen Verhältnissen lebten die Kleinbauern Lettgallens, — in Armut, Not, Hunger und Elend ... Häufig musste man das letzte Schäfchen und die letzte Fuhre Holz verkaufen, um nur Mittel zur Bezahlung der Prozente und zur Rückzahlung der Anleihe der Landbank zu verschaffen... Die Kleinbauern begrüssen den Sturz der alten Regierung, sie sind begeistert und hoffen auf bessere Zeiten und ein menschlicheres Leben..."

Für die Bolschewisten existierte *der grosse wirtschaftliche Fortschritt Lettgallens* während des Bestehens des Freistaates Lettland nicht. Die gesamte Getreideernte[88] in Lettgallen betrug durchschnittlich in den Jahren 1934—1938 276.000 t jährlich, statt nur 153.000 t in den Jahren 1909—1913 (vor der Gründung des lettländischen Staates, als Lettgalen ein Bestandteil des russischen Gouvernements Witebsk war). Die Kartoffelernte Lettgallens stieg in derselben Zeitperiode von 144.000 t auf 411.000 t jährlich, die Flachsernte — von 6900 t auf 15.200 t im Jahre. Die Zahl der ländlichen Bevölkerung ist in dieser Zeitperiode fast ohne Veränderungen geblieben. Die Bevölkerungszahl Lettgallens (angefangen mit Kindern von 10 Jahren), die lesen konnte, betrug im Jahre 1920 nur 50% (auch im Jahre 1897 gab es nur 50%, die lesen konnten, also *war in der russischen Zeit kein Fortschritt in der Volksbildung zu merken!),* stieg aber auf 73% im Jahre 1935 und wurde noch höher in den folgenden Jahren. Vom Staate wurden in Lettgallen viele neue Schulen gebaut. — Aber für die Bolschewisten bedeutete das alles nichts!

„Freue dich, Arbeitsfrau, nun bist du frei! Du wirst deine Fähigkeiten, deinen Verstand und deine Muskeln in derjenigen Arbeit, zu welcher du dich berufen fühlst, verwenden können und dürfen ... Du bist Mensch, gleichwertiger Genosse des Mannes an der Arbeitsfront... Die Frau hatte ja fast gar keine Berufsauswahl: die *Lehrerinstitute,* verschiedene Technika waren den Mädchen *fast ganz geschlossen.* Die stumpfsinnigsten

Knaben wurden dort aufgenommen, wo die fähigsten Mädchen nicht hinein konnten." Solche Worte[89] lesen wir in einem Aufsatz des Zentralorgans der kommunistischen Partei. — *Auch hier war die Wahrheit eine ganz andere.* In Berufsmittelschulen Lettlands lernten[90] im Jahre 1938/39 insgesamt 4634 Knaben und 3081 Mädchen. Also waren etwa 40% der Schüler der Kommerzschulen, Lehrerinstitute, Landwirtschaftsschulen, Technika, Kunsthandwerkschulen u. a. Mädchen. *Die Lehrerinstitute besuchten 435 Männer und 416 Frauen; also ca. 50% Frauen!* Und dennoch behaupteten die Bolschewisten, dass die Lehrerinstitute für Frauen fast geschlossen gewesen seien! Im Jahre 1937/38 absolvierten Berufsmittelschulen insgesamt 992 Personen, davon 404 Mädchen (Lehrerinstitute absolvierten: 55 Männer und 101 Frauen!). An der Universität Lettlands studierten im Jahre 1938/39 5143 Männer und 2104 Frauen. — Man sieht, dass die Teilnahme des weiblichen Geschlechts an der Volksbildung in Lettland gross gewesen ist, und dass von einer Zurücksetzung der Frau keine Rede sein konnte. — Es kann noch bemerkt werden, dass *die Mehrheit der Lehrer in den Volksschulen Frauen waren,* z. B. im Jahre 1936/37 waren in diesen Schulen in ganz Lettland 4098 Männer und 5039 Frauen beschäftigt[91].

„Liest man eine Arbeiterzeitung, so kann man wieder frei atmen: die Menschen können wieder miteinander reden und offen ihre Meinung sagen. Das Volk ist wieder befreit... Es war zu erwarten, dass sich das Volk an den ehemaligen Machthabern zu rächen versuchen würde, aber statt dessen sind nur Feststellungen wahrer Tatsachen zu lesen. Die Seele des lettischen Volkes — der Arbeiter — hat keine Zeit, viel an die Vergangenheit zu denken, denn es muss ja ein neues Leben geschaffen werden." Dieses ist ein Auszug aus einer Kommunistenzeitung[92]. — „Befreit" waren faktisch nur die Kommunisten und ihre aktiven Anhänger, die Übrigen — die erdrückende Mehrheit des Volkes — waren versklavt und würden auf alle Zeiten versklavt geblieben sein, wenn nicht die siegreiche deutsche Armee nach Lettland gekommen wäre! Nur Kommunisten

konnten offen (falls sie ihre „Ansichten" von Moskau in fertiger, nicht anzutastender Form erhalten hatten!) reden und schreiben. Die Übrigen mussten stumm bleiben. Wie „wahr" die „Tatsachen" in den bolschewistischen Zeitungen geschildert wurden, das haben wir schon gesehen. Die Rache an der Intelligenz und an den wohlhabenden Schichten wurde trotz der obengenannten Verneinung schon nach einigen Monaten und in einer besonders schrecklichen Weise kurz vor der Vertreibung der Bolschewisten aus Lettland vorgenommen. Schon gleich nach dem Einmarsch der Sowjettruppen in Lettland verschwand plötzlich eine Person nach der anderen. Die Leute wurden verhaftet und später ermordet. Einige Amtspersonen verübten bereits in den ersten Tagen der Bolschewistenherrschaft Selbstmord, so z. B. einige hohe Offiziere der lettischen Armee. Diese Menschen sahen deutlich, was sie erwartete. Nur selten gelang es einigen Personen ins Ausland entfliehen. Die eigentliche Rache der Bolschewisten sollte aber erst später kommen.

g) „Die chinesische Mauer ist gefallen!"

Unter diesem Titel erschien in der Tagespresse ein grosser Artikel[93], in welchem der alten Regierung vorgeworfen wurde, dass sie die Wahrheit über die „grandiose Aufbautätigkeit" in der Sowjetunion verschwiegen hätte. „Der alten Regierung war es vorteilhaft und sogar notwendig, das Volk in Unkenntnis über die wahren Lebens- und Kulturverhältnisse in unserem freundschaftlichen Nachbarland zu halten. Vorteilhaft war es, denn es musste die Überzeugung geschaffen werden, dass in Lettland ein wahrhaftes Paradies besteht... Das werktätige Volk Lettlands hätte auch für sich das Recht auf ein menschlicheres Leben gefordert, wenn dem werktätigen Volke die Tatsache richtig beleuchtet worden wäre, dass in der Sowjetunion allen das Alter sichergestellt wird, dass alle eine kostenlose Krankenbehandlung erhalten können und eine den Fähigkeiten entsprechende Arbeit garantiert wird, dass dort der Besuch aller Schulen, auch Hochschulen, kostenlos ist, dass die Sowjetfrau würdevoll neben dem Manne

an allen Arbeiten teilnimmt, dass die Sowjetmenschen kulturell und wohlhabend leben, dass dort das Volk selbst seine Vertreter aus den ehrlichsten und arbeitsamsten Schaffenden frei erwählt ... Darum musste die alte Regierung eine chinesische Mauer zwischen Lettland und der UdSSR errichten." — „Unter der Führung des genialen Stalins haben die Völker der UdSSR den Sozialismus erbaut und leben ein ruhiges, schaffendes und glückliches Leben in tiefer Liebe zu ihrer sozialistischen Heimat, weil ja dort der Mensch den Menschen nicht mehr unterdrückt, weil es dort keine Herren und Knechte gibt ..." — Jetzt sei diese chinesische Mauer gefallen, jetzt sei es möglich, zum ersten Mal in der Presse Artikel zu schreiben, die „objektiv" und „sachlich" die grossen Errungenschaften der UdSSR zeigen, jetzt sei es möglich, die „Wahrheit" über die Sowjetunion zu enthüllen. „Die Feinde der Sowjetunion bemühten sich uns einzureden, dass die Menschen in der Sowjetunion unterdrückt sind, dass die Kolchosen das Grab der Bauern sind, aber nun hören wir aus der Ferne fröhlichste Lieder, Lieder, wie sie noch nie ein Volk gesungen hat."

Die „chinesische Mauer" zwischen Lettland und der Sowjetunion war wirklich gefallen, jetzt konnte man die bolschewistischen Zeitungen, Zeitschriften und Bücher aus der Sowjetunion frei bekommen und lesen, man konnte auch die lettländischen Zeitungen ausschliesslich mit der kommunistischen Propaganda und Lügennachrichten füllen. — Weiter wurden die Verfügungen der alten Regierung, 97 Bücher aus Buchhandlungen und Bibliotheken herauszunehmen, aufgehoben[94]. Das waren hauptsächlich Agitationsbroschüren lettischer Sozialdemokraten und Kommunisten (auch Übertragungen ausländischer Werke in die lettische Sprache) über den Sozialismus, Kapitalismus, die Religionsbekämpfung und ähnliche tendenziöse oder einseitige belletristische Werke und Gedichte.

Aber nun entstand eine viel höhere und dickere neue „chinesische Mauer". Früher war Lettland nur von der Sowjetunion getrennt. Die Trennung war aber nicht vollkommen, denn es wurde immer etwas über die

Grenzen gelassen, wie z. B. verschiedene belletristische, auch wissenschaftliche Werke u. a. Aber gleich nach der Okkupation Lettlands durch die Sowjettruppen war Lettland von der Aussenwelt, von den 2000 Millionen Menschen, von der Kultur und Literatur dieser Menschen völlig abgeriegelt. Man konnte nur die stumpfsinnige russische politische Literatur, in der Marx, Engels, Lenin und Stalin alle Probleme des menschlichen Lebens für ewige Zeiten geklärt hatten, aus der Sowjetunion beziehen. Man konnte aus dem Ausland kein wissenschaftliches Buch, keine Zeitschrift (von der schönen Literatur ganz abgesehen) bestellen; man bekam auch keine ausländische Zeitungsnummer mehr zu kaufen. Dafür aber konnte man die „Prawda" und „Iswestija" aus Moskau erhalten, auch die Zeitschrift „Besboschnik" („Der Gottlose"), die Zeitschrift „Istorik marksist" (Geschichtsforscher-Marxist) und ähnliche Literatur waren zu haben. Der Rest der ausländischen Belletristik und der ausländischen wissenschaftlichen Werke aus alter Zeit war in ein paar Monaten in den Rigaer Buchhandlungen ausverkauft und ferner konnte der Leser nur noch diejenigen deutschen, auch englischen Bücher erhalten, die in der Sowjetunion gedruckt waren. Z. B. zählte die Zeitungsannonce über „deutsche Neuerscheinungen" am 5. April 1941 folgende Werke[95] in deutscher Sprache auf (Ausgaben des „Verlages für fremdsprachige Literatur" in Moskau): „Klassiker des Marxismus-Leninismus: Marx-Engels-Gesamtausgabe, Band 3 und 6; W. J. Lenin — Sämtliche Werke, Band 23 und 26, usw. (es folgten verschiedene Einzelarbeiten und Broschüren von Marx, Engels, Lenin, Stalin). Man konnte noch z. B., das Werk vom Chef der „Tscheka" — L. Beria — „Zur Geschichte der bolschewistischen Organisationen in Transkaukasien" bekommen. Das war damals die ganze Auswahl deutscher „Neuerscheinungen in Riga! Drei deutsche Bücher waren „über Genossen Stalin" erhältlich und zwar: 1) J. W. Stalin, Kurze Lebensbeschreibung; 2) Erzählungen alter Arbeiter über den Genossen Stalin; 3) Begegnungen mit Genosse Stalin.

Am Anfang der zweiten Bolschewistenherrschaft in

Lettland konnte man die *völlige kulturelle Abschliessung vom Auslande* auch nicht ganz ernst nehmen, weil man Hoffnungen auf eine Wendung und Komplikation des grossen Krieges und auf die Erfolge der deutschen Waffen hegte. Aber wenn man sich vorstellt, dass ein Zustand des völligen geistigen Hungers viele Jahre in Lettland gedauert hätte (ebenso wie in Russland), dann erst erkennt man die schreckliche Lage und die tragischen Aussichten der lettischen Intelligenz.

Ausserdem war diese geistige Abriegelung Lettlands vom Auslande nicht der einzige Schritt der Bolschewisten zur geistigen Erwürgung der lettischen Intelligenz und des lettischen Volkes. Es wurden noch viele andere Sachen gemacht. *Die alte Regierung hatte nicht einmal 100 marxistische Bücher und Broschüren verboten, aber die Sowjetregierung Lettlands verbot das Lesen von mehr als 4000 Büchern!* Während der Bolschewistenherrschaft wurden drei „Verzeichnisse der verbotenen Bücher und Broschüren" zusammengestellt und gedruckt[96]. Das erste ist von der „Hauptverwaltung der Literatur der Sozialistischen Sowjetrepublik Lettland" im November 1940 herausgegeben worden, das zweite im Februar 1941, das dritte im März 1941. Das erste Verzeichnis umfasste 92 Seiten, das zweite 99 Seiten, das dritte 20 Seiten. Verboten wurden alle Bücher, die irgendeinen Zusammenhang mit den lettischen nationalen Ideen, mit der lettischen Geschichte, mit dem lettischen Staate, mit der Tätigkeit der ehemaligen politischen Parteien und mit der Religion hatten. Auch die Werke der ehemaligen lettischen Politiker und Staatsmänner, Schullehrbücher, diejenigen philosophischen, soziologischen und andere wissenschaftlichen Werke, in denen irgend etwas kritisches und für die Bolschewisten unangenehmes über die Sowjetunion oder über die kommunistischen Ideen und über das Judentum zu finden war. Aber auch Bücher über die indischen Yoga, allerlei leichtere Romane, Kriminalromane, Kirchenliederbücher wurden verboten. Die Werke derjenigen lettischen Schriftsteller und Belletristen, die den Bolschewisten durch ihre nationale Tätigkeit besonders unangenehm waren, wurden fast alle verboten. — Es waren alle Bücher verboten, wel-

che die Bevölkerung Lettlands an die vorbolschewistischen Zeiten — in politischer, kultureller, philosophischer und allgemeiner Hinsicht — erinnern konnten. *Die vorbolschewistische Zeit, das „bürgerliche" Zeitalter, sollte in der Erinnerung des lettischen Volkes vollständig ausgelöscht werden,* sofern dies durch die Vernichtung der Bücher zu erreichen war. Die mehr als 4000 „schädlichen" Bücher*) sollten aus den Buchhandlungen und öffentlichen Bibliotheken (Staats-, Stadt-, Vereins-, Schulbibliotheken und privaten Leihbibliotheken) herausgenommen und vernichtet werden.

In Lettland wurden während der Bolschewistenherrschaft *nur solche belletristischen Werke (Romane, Erzählungen u. a.) neu herausgegeben, welche die von den „Kapitalisten" irgendwo vollzogene Menschenquälereien oder irgend einen Aufstand des unterdrückten Volkes schilderten.* Die bolschewistischen lettischen Belletristen, die plötzlich an der Macht waren, die gute Stellen im Staatsdienst bekommen hatten und deren Bücher jetzt gut bezahlt wurden, schrieben gewöhnlich über ihre eigene oder die Erlebnisse ihrer Genossen im „kapitalistischen" Gefängnis, über die Kämpfe längst vergangener Zeiten (z. B. die lettische Revolution des Jahres 1905 gegen den Zarismus) und über die bolschewistische Revolution und den Bürgerkrieg in Russland. Ähnliche ausländische und sowjetrussische Werke wurden in die lettische Sprache übertragen, wie z. B. über einzelne Episoden der bolschewistischen Revolution in Russland, über die gegenwärtige Unterdrückung der Neger in den Vereinigten Staaten Amerikas, über die Aufstände der Iren gegen England usw. Alle Romane und Erzählungen, welche nicht über die Unterdrückung, Ausbeutung und das Un-

*) Der Befehl Nr. 3 (Punkt 6) der „Hauptverwaltung der Literatur" besagte, dass man die *„konterrevolutionäre antisowjetische, Weissemigranten-, antisemitische, religiöse und Schundliteratur"*, welche in Lettland oder im Ausland nach der Oktoberrevolution 1917 herausgegeben ist, aus den Bibliotheken herausnehmen und aus den Katalogen ausstreichen muss („Verzeichnis der verbotenen Literatur" Nr. 2, S. 4), und auch dann, wenn die Bücher in den „Verzeichnissen der verbotenen Literatur" nicht genannt sind.

glück und den Betrug der Menschen in den „kapitalistischen" Ländern handelten, hatten für die Bolschewisten keinen Wert und durften nicht gedruckt werden. Die Literatur, sowie die Zeitungen und Zeitschriften, sollten das Leben ausserhalb der Sowjetunion als eine wahre Hölle zeigen.

Gleiche Veränderungen vollzogen sich auch im Rundfunk, im Kino und im Theater. Ebenso wie in den Zeitungen plötzlich nur die „kurze Geschichte der kommunistischen Partei Sowjetrusslands", die Biographien Lenins und Stalins und anderer Sowjetführer gedruckt wurden (auch Romane über den letzten Bürgerkrieg in Spanien, usw.), so veränderte sich auch das Rundfunkprogramm. Auch im Rundfunk wurde die Geschichte der kommunistischen Partei Russlands erzählt und kommentiert, die „Stalinsche Verfassung" erklärt, und über das wirtschaftliche und kulturelle Leben und das Schulleben der Sowjetunion gesprochen. Jeden Sonntag wurde im Rundfunk der „Arbeitermorgen" übertragen, er bestand aus Spielen der „Internationale", einer Vorlesung über das Leben Lenins und dem Gesang des sowjetrussischen „Liedes vom Stalin" (Komponist Dunajewski). Alle Hörspiele und Erzählungen handelten gewöhnlich von der Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen vor der bolschewistischen Revolution in Russland und ausserhalb dieses Landes, sie dienten der „Entlarvung" und der Verspottung des „kapitalistischen" Regimes. Häufig wurden Sowjetlieder (auch aus den Sowjetfilmen) und Werke sowjetrussischer Dichter und Romanschriftsteller übertragen. Einen wichtigen Platz in der Musik nahmen jede Woche die Werke russischer Komponisten ein. Im Rundfunk wurde auch die russische Sprache gelehrt.

In den Theatern Lettlands verdrängten bald nach der Okkupation Lettlands durch die Sowjettruppen die Sowjetschauspiele alle anderen Stücke. Der Inhalt der sowjetrussischen Theaterstücke war: Bürgerkrieg in Sowjetrussland, Verherrlichung der Bolschewisten-Revolutionäre und eine Verleumdung der Anhänger des kapitalistischen Regimes usw. Auch ähnliche Tendenzstücke der ausländischen Verfasser, in denen die Revo-

lutionäre in Gefängnissen von der „kapitalistischen" Polizei gemartert werden, wurden aufgeführt. In der Oper inszenierte man die Sowjetoper „Stiller Don" (nach dem schon im Kapitel I erwähnten Roman des Sowjetschriftstellers M. Scholochow). Man konnte in den Theatern nichts Interessantes mehr sehen, die Theater waren in langweilige, eintönige und stumpfe Propagandaanstalten verwandelt.

Dasselbe ist über die Lichtspielhäuser zu sagen. Auch hier verschwanden bald nach der Okkupation Lettlands alle ausländischen (deutsche, amerikanische u. a.) Filmen. Nach wenigen Monaten konnte man nur noch Sowjetfilme aus Russland (in Lettland selbst wurden grössere Filme nur selten geschaffen) mit ihrem tendenziösem Inhalt zu sehen bekommen, wie z. B. „Lenin in Oktober" (Vorbereitung zur Oktoberrevolution im Jahre 1917), Einnahme der „Mannerheimlinie", Taten der sowjetrussischen Polarforscher, das Leben des verstorbenen Bolschewistenführers Swerdlow, verschiedene Episoden aus dem Bürgerkriege, Taten berühmter geschichtlicher Persönlichkeiten aus der Vergangenheit Russlands, wie z. B. Filme aus dem Leben des Feldherrn Suworow, über Peter den Grossen u. a. Andere Filme sollten das gute Leben und die „Errungenschaften" der Sowjetunion zeigen. Alle Sowjetfilme hatten die Aufgabe, die wunderbaren Erfolge und die Heldentaten der Bolschewistenführer hervorzuheben oder die Macht des russischen Reiches und Volkes zu verherrlichen. — Als Ausnahme wurden auch einige alte ausländische Filme gezeigt. Obwohl diese Filme schon früher in Riga vorgeführt worden waren und überhaupt nur Erzeugnisse von ordinärem Werte waren, wurden sie dennoch aussergewöhnlich gut besucht, die Lichtspieltheater waren immer voll (zu gleicher Zeit waren Kinos und Theater, die Sowjetfilme brachten, oft halbleer). Dieses hebt klar die Sehnsucht der Bevölkerung nach den für Lettland verschwundenen (vielleicht für immer) alten „bürgerlichen" Zeiten und der „kapitalistischen" Welt hervor.

VI

Wie der Freistaat Lettland in eine Sowjetrepublik verwandelt wurde.

Bis zum 15. Mai 1934 bestand in Lettland eine parlamentarisch-demokratische Staatsverfassung. Das Recht der Gesetzgebung gehörte dem Parlament (lettisch: Saeima). Durch die Verordnung des Ministerpräsidenten Kārlis Ulmanis wurde das Parlament entlassen und die Tätigkeit aller politischen Parteien in Lettland unterbrochen. Die Deklaration der neuen „autoritären" Regierung*) vom 18. Mai 1934 lautete': „Ab 15. Mai 1934 23 Uhr bis zur Durchführung der Verfassungsreform übernimmt das Ministerkabinett die Funktionen der Saeima" (Unterzeichnet: Ministerpräsident K. Ulmanis und seine neuen Minister). Die neue Regierung versprach die Beseitigung des Klassenkampfes, die Festigung des Staates und die Regelung der wirtschaftlichen, nationalen und sozialen Fragen. Bis zum Ausbruch des gegenwärtigen Krieges kam es jedoch noch nicht zu einer Verfassungsreform, obwohl verschiedene einzelne Elemente der geplanten neuen Staatsordnung bereits geschaffen waren.

1. Das neue Wahlgesetz.

a) Bestimmungen des Gesetzes.

Die neue Regierung Lettlands (gebildet nach dem Einmarsch der Roten Armee), die ganz unter dem Einfluss der Moskauer Regierung stand und nur das verord-

*) Im Manifest der neuen Regierung (mit den Unterschriften des Ministerpräsidenten K. Ulmanis und des Kriegsministers J. Balodis) vom 16. Mai 1934 wurde die Regierung als eine „unparteiische" Regierung bezeichnet (Pirmais gads, S. 12).

nen konnte, was die Regierung der Sowjetunion und ihre Vertreter in Riga für notwendig fanden, beschloss am 4. Juli 1940 folgendes[2]: „Durch den Beschluss der ehemaligen Regierung vom 18. Mai 1934 hatte das Ministerkabinett die Funktionen der Saeima übernommen, was eine Übertretung der Verfassung der Republik Lettlands bedeutete. In Anerkennung seiner Pflicht und um dem lettischen Volke die Möglichkeit zu geben frei seinen Willen in Aufgaben, welche in der gegenwärtigen Zeit vor unserem Vaterland im Staatsaufbau und in der Staatsverwaltung erstanden sind, erfüllen zu können.... ist beschlossen worden: 1) die Saeima-Wahlen in Übereinstimmung mit dem Paragraph 6 der Verfassung*) der Republik Lettland durch eine *allgemeine, gleiche, direkte und geheime Verhältniswahl* durchzuführen; 2) die Zeit der Saeima-Wahlen auf den 14. und 15. Juli 1940 festzusetzen; 3) das Wahlgesetz sofort auszuarbeiten und zu realisieren."

Das neue „Gesetz über die Wahlen der Saeima" bestimmte folgendes: Das Wahlrecht haben alle lettländischen Bürger, welche 21 Jahre alt sind. Lettland wird in 5 Wahlgebiete eingeteilt (zusammen werden 100 Deputierte gewählt). „Die Wähler haben das Recht, die Kandidatenlisten bis zum 10. Juli 1940 20 Uhr einzureichen" (Paragraph 14). — „Jedes eingereichte Kandidatenverzeichnis der Saeima-Deputierten muss wenigstens von 100 Wählern unterschrieben werden" (Paragraph 19). — „Als Kandidaten kann man jeden lettländischen Bürger aufstellen..." (Paragraph 20). — *„In den Wahlräumen ist ein geschlossenes Zimmer oder eine Abteilung einzurichten, wo der Wähler allein und ungestört eine Wahlliste frei wählen kann..." (Paragraph 27).*

b) Bolschewistenfeinde und Bolschewistenfreunde.

Für diejenigen, die sich während der Tätigkeit der alten Regierung nach dem Parlamentarismus und der Demokratie sehnten, schien die Freiheitsstunde ge-

*) Hier ist die alte Verfassung Lettlands vom Jahre 1922 gemeint, die bis zum 15. Mai 1934 in Kraft war.

schlagen zu haben: man konnte ja wieder frei wählen und das Parlament wird dann ja alles weitere tun. Die alten Zeiten schienen wieder zurückgekehrt, die „Freiheit" war wieder da. Aber auch die Gegner der Bolschewisten konnten sich freuen, weil es ja ganz klar war, dass die Bolschewisten in den Wahlen nie siegen und nie die Mehrheit der Stimmen bekommen würden. Das zeigte schon die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung Lettlands. Im Jahre 1935 betrug die Zahl der Bauern und ihrer Familienangehörigen 1.100.000[3], die Zahl der Inhaber der Handelsunternehmungen und ihrer Familienangehörigen im selben Jahre 54.000[4], die Zahl der Inhaber der Handwerks- und Industrieunternehmungen und der einzelnen selbständigen Handwerker 50.000[5] (die Familienangehörigen müssen noch hinzugerechnet werden). Ausserdem gab es noch eine beträchtliche Anzahl von städtischen Hausbesitzern (sofern sie nicht gleichzeitig auch Händler, Handwerker oder Industrielle waren) und Mitglieder der freien Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte u. a.). Auch ein Teil der Beamten und Angestellten in den Staatsbehörden, Kommunalbehörden und privaten Unternehmungen besass Immobilien auf dem Lande oder in der Stadt. Man kann rechnen, dass etwa *zwei Drittel* der Bevölkerung Lettlands (die 2 Millionen gross war) aus den *Besitzern der landwirtschaftlichen Betriebe, Handwerks- und Industriebetriebe, Handelsunternehmungen, städtischer Wohnhäuser und ihren Familienangehörigen bestanden.* Nur ein Drittel der Bevölkerung war Lohnpersonal (Arbeiter, Angestellte) und ihre Familien. Das bestätigen auch die Daten der letzten Volkszählung in Lettland[6]. Aber auch viele Angestellten und Arbeiter hatten auf dem Lande in den Bauernfamilien Verwandte, und besassen häufig selbst ein Häuschen in der Stadt oder hatten Ersparnisse in den Kreditanstalten.

Darum konnte es kein Zweifel sein, dass bei freien Wahlen, wie sie vor den politischen Veränderungen vom 15. Mai 1934 in Lettland durchgeführt wurden, die Kommunisten nimmer die Mehrheit bekommen hätten, sondern nur eine relativ kleine Stimmenzahl. Die alles tötende Wirtschaft der Kommunisten und ihre Schrek-

kenstaten waren ja aus dem Jahre 1919 in Lettland, aus der Zeit der ersten Bolschewistenherrschaft, bekannt. Eine grosse Anzahl von Menschen war in den ersten Jahren der Bolschewistenherrschaft in Russland gewesen (als Kriegsflüchtlinge in den Jahren des Weltkrieges), hatte die russischen Bolschewisten in ihrer Tätigkeit beobachtet und den Hunger und verschiedene andere Qualen selbst erleben müssen. Es war bekannt, wie die Bolschewisten die Bauern in Russland vernichtet hatten, wie sie Millionen von unschuldigen Menschen niedergemetzelt hatten und Hungers sterben liessen.

Wie im vorigen Kapitel bereits erwähnt, haben die geheimen Kommunisten in den letzten Parlamentswahlen im Jahre 1931 nur 7 Deputierte im Parlament erhalten (von der Gesamtzahl 100) und hauptsächlich durch die Wähler Rigas. Wenn man auch annehmen konnte, dass die Bolschewisten nun einen bedeutend grösseren Wahlerfolg erzielen würden, weil sie ja jetzt die Möglichkeit der freien Agitation und Propaganda hatten und sich auf die riesige sowjetrussische Okkupationsarmee stützen konnten, konnte es ihnen jedenfalls nicht gelingen, die Mehrheit im Parlament zu bekommen. Man muss ausserdem noch bedenken, dass der grösste Teil der Anhänger der marxistischen Parteien früher nicht für die Kommunisten, sondern für die Sozialdemokraten, die in der letzten Saeima 21 Deputierte (= 21 %) hatten, stimmten.

Aber die Bolschewisten brauchten sich nicht über die Ergebnisse der Parlamentswahlen zu fürchten. Alles war schon vor den Wahlen entschieden, man wusste, was geschehen würde.

c) Wyschinski's bedeutungsvolle Rede.

Am gleichen Tage, an dem das Gesetz über die Parlamentswahlen angenommen wurde, sandte das Ministerkabinett zwei Telegramme nach Moskau — dem „grossen Führer der Völker der UdSSR und der Arbeiter der ganzen Welt" — Stalin, und dem Regierungschef der UdSSR — Molotow. Das Telegramm an Stalin lautete[7]: „Die Regierung der demokratischen Republik Lettland hat heute das Gesetz über die Saeima-Wahlen angenom-

men. Das gibt dem lettländischen Volke nach 6 rechtlosen Jahren und Jahren der Unterdrückung die Freiheit, das Recht wieder, über sein Schicksal zu entscheiden und die Möglichkeit in wahrer Freundschaft mit der grossen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und ihren Völkern zusammen zu arbeiten. In diesem grossen geschichtlichen Augenblick sendet die Regierung der Republik Lettland im Namen des lettländischen Volkes Euch, dem genialen Führer der Werktätigen der ganzen Welt, seinen Dank für die wiedergewonnene Freiheit und Gerechtigkeit. Es lebe die Freundschaft zwischen Lettland und der UdSSR, es lebe das feste und unzerreissbare Bündnis zwischen der Republik Lettland und der UdSSR, es lebe der Führer und der beste Freund der Werktätigen Josif Wissarionowitsch Stalin!"

Zu Ehren des neuen Wahlgesetzes wurde von der lettländischen kommunistischen Partei am 5. Juli wieder eine Arbeitermanifestation in Riga veranstaltet. Die Manifestanten zogen am Hause der sowjetrussischen Gesandschaft vorbei. Im Zeitungsbericht[8] war zu lesen: „Die Manifestation erreichte ihren Höhepunkt am Gebäude der Gesandtschaft der Sowjetunion." „Mächtig erschollen die Jubelrufe der Manifestanten dem Führer der Völker der Sowjetunion Stalin, dem Vorsitzenden des Volkskommissarenrates Molotow und der Roten Armee entgegen." — Die Kommunisten hatten alles Mögliche getan, um die Manifestation eindrucksvoller zu machen. Durch Einschüchterungen hatten sie viele solche Leute (Arbeiter, Angestellte) zur Manifestation gezwungen, die gar nicht Anhänger der Kommunisten waren. Eine grosse Rolle in der Manifestation spielten die Juden, auch Russen. Es waren verschiedene Plakate und rote Fahnen angefertigt, weil der Tag der Manifestation den Kommunisten ja schon von früher her bekannt war. — Den Manifestanten antwortete der bereits erwähnte Stellvertreter des Vorsitzenden des Volkskommissarenrates der UdSSR Wyschinski. Er sagte[9]: *„Aufgabe der Arbeiter, der Bauern, der Arbeitsintelligenz und aller ehrlichen lettländischen Patrioten ist es, unter Führung der lettländischen Partei den Volkswillen nach dem Muster eurer Brüder im Osten, die von*

dem Ausbeutungsjoch sich befreit haben, zu organisieren." — Das war bereits schon ein klarer Hinweis auf das Schicksal, das Lettland in den nächsten Tagen zu erwarten hatte, denn die „Brüder im Osten" hatten ja die *bolschewistische* Staatsordnung mit allen ihren sozialen und wirtschaftlichen Eigentümlichkeiten! Wyschinski wies in seiner Rede noch darauf hin, dass die „lettländischen Arbeiter, Bauern, und die werktätige Intelligenz als lettländischer Block der Werktätigen, unter der Führung der lettländischen kommunistischen Partei, vereint zu den Wahlen treten würden."

2. Das Wahlprogramm des Blocks des werktätigen Volkes.

Am 6. Juli wurde in der Presse und im Rundfunk der Wahlaufruf des „Blocks des werktätigen Volkes" bekanntgemacht. Nach der üblichen Beschimpfung der alten Regierung und der Verherrlichung der Sowjetunion, hiess es im Aufruf[10]: „Das lettländische Volk muss in diesen Tagen zu den Wahlurnen mit dem Bewusstsein gehen, dass der einzige Weg zum Glück, zur Unabhängigkeit des Staates, zum Aufblühen der Kultur und zu höchsten Errungenschaften des materiellen Volkswohlstandes — der Weg einer festen Freundschaft und der ehrlichen Realisierung des Bündnisses zwischen Lettland und der UdSSR ist ..." — Über die Zusammensetzung des „Lettländischen Blocks des werktätigen Volkes" erklärte der Aufruf folgendes: „Wir, Arbeiter, Bauern, werktätige Intelligenz, Gewerkschaften, die Arbeiterkomitees der Fabriken, Kultur-, Bildungs- und Sportorganisationen, die Frauen des freien Lettland, die werktätige Jugend Lettlands und die lettländische kommunistische Partei, haben uns zur Bewältigung der grossen Aufgabe der Saeima-Wahlen im „Lettländischen Block des werktätigen Volkes" vereinigt, um freundschaftlich alle wie einer die Wahlen durchzuführen und in der Saeima ... die wahren Volksvertreter zu wählen, welche den wahren Willen des Volkes erfüllen werden."

Alle Wähler wurden aufgefordert, ihre Stimmen den Kandidaten des „Blocks" abzugeben. Das Programm

des Blocks war folgendes: „Äussere Politik: Freundschaft zwischen den Völkern Lettlands und der Sowjetunion und ein festes unzerreissbares Bündnis zwischen der Republik Lettland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken." Das war der erste Programmpunkt des „Blocks"! — „Innere Politik: 1. Weitgehende Staatshilfe für die Landlosen und Kleinbauern bei der Erwerbung des Bodens. 2. Die Befreiung der armen und unbemittelten Bauern von den Schulden an den Staat, von Steuern usw.... 3. Die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten durch *Lohnerhöhung*... 5. Staatliche Sicherstellung der Arbeitsinvaliden und der Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter... 8. Demokratisierung der Armee. 9. Im Interesse der Werktätigen eine entsprechende *Wort-, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. 10. Die Unantastbarkeit der Person und des Vermögens aller Bürger.* 11. Eine weitgehende Pflege der nationalen Kultur und Wissenschaft, der Bildung und Kunst." — Das waren die 11 Programmpunkte der „inneren Politik" des „Blocks des werktätigen Volkes" (einige hier nicht genannte Forderungen bezogen sich auf den Arbeitsschutz, die Sozialversicherung, die medizinische Hilfeleistung u. a.; die Sozialversicherung, wie wir noch weiter sehen werden, war jedoch in Lettland auch vor der Bolschewistenherrschaft sehr umfangreich).

Der 10. Programmpunkt sprach über die Unantastbarkeit der Person und des Vermögens aller Bürger. Er sollte das Misstrauen und die Furcht aller Bevölkerungsschichten gegen den „Block" zerstreuen. Zur Bekräftigung dieser Versicherung wurde im Aufruf noch folgendes behauptet: „Die Feinde unseres Volkes, die Anhänger des alten Regimes, die Provokateure verbreiten verschiedene unbegründete Gerüchte, um unsere Einheit zu zerstören... Sie verbreiten provokatorische Gerüchte, dass es die Absicht der Arbeiter und der Kommunisten sei, die Landwirtschaft zwangsweise zu kollektivieren. Diese Lügen werden verbreitet, um die Gemeinschaft der Arbeiter und Bauern zu zerspalten. Glaubt nicht an diese provokatorischen Gerüchte, entlarvt die Provokateure!" — Die Wähler wurden aufgefordert:

„Arbeiter und Arbeiterinnen, Bauern und Bäuerinnen, werktätige Intelligenz, Staats- und Kommunalangestellte, Lehrer und Ärzte, Ingenieure, Schriftsteller und Journalisten, Advokaten, Professoren, Soldaten, alle progressiven Bürger unseres Staates, stimmt für unsere Plattform . . .!"

Dieser Aufruf, der damals vielfach in den Zeitungen und Flugblättern gedruckt wurde und der immer unter dem Titel *„Für Frieden, für Brot, für die Freiheit des Volkes"* (das war die Losung des „Blocks") erschien, war von den niemand (ausser dem Häuflein ihrer früheren illegalen Anhänger) bekannten Mitgliedern des „Zentralkomitees der lettländischen kommunistischen Partei", vom ebenso unbekanntem „Zentralkomitee des lettländischen Verbandes der werktätigen Jugend", vom Zentralkomitee der Organisation „Rote Hilfe", von Vertretern der kommunistischen „Gewerkschaften", von 6 niemand bekannten „Vertretern des Bauerntums von Lettgallen, Semgallen, Kurland und Livland" (die aus nur 5 Landgemeinden stammten, während die Gesamtzahl der Gemeinden in Lettland 517 betrug), von 17 Soldaten — „Vertretern der lettländischen Armee" (von denen, dem Namen nach, etwa 6 oder 7 Russen und Juden waren, wie z. B. ein Mawrik Wulfson, ein Wasilij Pokrow, ein Foma Lukjanow u. a.) und kommunistisch oder sozialdemokratisch gesinnten „Vertretern" einiger Vereine*) (2 Studentenvereine, Lehrerverein u. a.) unterzeichnet[11].

---

*) Gleich nach der Okkupation Lettlands durch die Sowjettruppen wurden aus allen Vereinen, Genossenschaften und kulturellen, wirtschaftlichen und beruflichen Organisationen alle den Kommunisten unangenehmen Mitglieder der Verwaltung (auch ordinäre Mitglieder) verjagt und ausgeschlossen und an ihre Stelle die „progressiv-demokratisch" Gesinnten (Marxisten) gesetzt. Die „national" und „bürgerlich" Gesinnten hatten kein Wort mitzureden, sie wurden überall hinausgeworfen und im besten Fall mussten sie stumm bleiben. Es erschienen auf der Bühne nur „progressiv-demokratische" (das war das Schlagwort damals!) Ärzte, Lehrer, Agronomen, Ingenieure, Rechtsanwälte usw.

3. Die Kandidaten des „Blocks des werktätigen Volkes".

a) Die Zusammensetzung der Kandidaten.

Es wurden 100 Kandidaten des „Blocks" aufgestellt, entsprechend den 100 Deputiertenstellen des Parlaments. 19 Kandidaten waren als „Arbeiter" (darunter — „Näherin", „Hafenarbeiter", „Landarbeiterin", „Bauarbeiter "u. a.) bezeichnet[12]; 2 Kandidaten waren „Schuster"; weitere 12 waren „Landleute", 3 „Landwirte", 2 „Eisenbahnangestellte", 8 „Lehrer", 6 „Journalisten" oder „Schriftsteller", 4 Ärzte, 3 Professoren und Dozenten, 9 Sekretäre verschiedener örtlicher Organisationen der lettländischen kommunistischen Partei oder Mitglieder des Zentralkomitees der Partei; 2 Generale; die übrigen waren „Juristen", „Agronomen", „Kooperatoren", 1 „Opersänger", „Beamte" und „Angestellte", „Ingenieure", „Soldaten", „Arbeiter des öffentlichen Dienstes". Von den ehemaligen Politikern waren nur etwa 3 vertreten, davon zwei ehemalige Sozialdemokraten (der eine von ihnen war schon vor der Bolschewistenherrschaft zu den Kommunisten übergetreten), die vor dem 15. Mai 1934 Deputierten der Saeima gewesen waren, und 1 Lettgaller. Die Übrigen waren dem Volke als Politiker völlig unbekannte Leute. Nur einige Personen waren unter den Kandidaten, die auch früher bedeutende Ämter bekleidet hatten (oder bekannt waren): die erwähnten 2 Generale, die vor der Bolschewistenherrschaft pensioniert waren und jetzt die Ämter des Kriegsministers und des Armeekommandeurs einnahmen; die genannten 3 früheren Politiker, einige Professoren und ein bekannter alter sozialistischer Romanschriftsteller. Wer von den Kandidaten Kommunist war, ist nicht genau bekannt. Jedenfalls erfüllten die Kandidaten-Nichtkommunisten vollkommen den Willen der Kommunisten.

Die Ursache, warum auch mehrere früher bekannte Persönlichkeiten sich zwischen den Kandidaten befanden, waren verschiedene: einige waren persönlich über die gestürzte Regierung erbittert, denn diese hatte ihre Ansprüche auf höhere Ämter nicht beachtet und sie abgewiesen (besonders unzufrieden mit der alten Regie-

rung mussten die Sozialdemokraten gewesen sein); einige waren ihr ganzes Leben lang „links" gesinnt, diese Leute verhielten sich der „bürgerlichen" Staatsordnung gegenüber kritisch (obgleich sie nicht gerade Kommunisten waren); auch Ehrgeiz spielte eine Rolle, dazu noch bei manchen die Überzeugung, dass Lettland auf ewige Zeiten in das riesige russische Reich einverleibt worden sei, dass da nichts mehr zu machen sei und man sich bequemer und möglichst „gut" einrichten müsse. Vielleicht hegten unter ihnen noch manche einfältigen Leute Hoffnungen, dass Lettland nicht ganz nach sowjetrussischem Beispiel umgewandelt werden würde. Es kann auch möglich sein, dass für einige der letzten Kategorie später, als es ganz klar wurde, welche wahren politischen und wirtschaftlichen Absichten die Kommunisten hatten, es keinen Rückzug und Zurücktreten mehr gab. Sie mussten ihre „Rolle" bis zum Ende spielen, im entgegengesetzten Falle drohte ihnen der Tod. Die letzten grossen politischen Prozesse in Moskau hatten ja bewiesen, dass die Bolschewisten aus ihren Opfern alles nötige herauspressen können. Und der in Riga damals weilende Wyschinski war ja gerade in diesen Sachen, wie schon erwähnt, Spezialist! Die „Unparteiischen" waren von den Bolschewisten nur zur Ausschmückung der Kandidatenliste herangezogen worden, um bessere Erfolge in den Wahlen zu erzielen und zu beweisen, dass hier nicht nur die Kommunisten, sondern das „ganze werktätige Volk" vertreten sei, auch die Intelligenz. Das war derselbe „Block der Kommunisten und Unparteiischen", der in Sowjetrussland seit der Einführung der Stalinschen Verfassung die einzige Kandidatenliste für die „Wahlen" in den Obersten Rat der UdSSR aufstellen konnte. Dieser „Block" hatte in Lettland nur einen anderen Namen: „Block des werktätigen Volkes".

Es muss noch bemerkt werden, dass auch der damalige neue Ministerpräsident und die Minister und ihre Stellvertreter, Kandidaten des „Blocks des werktätigen Volkes" waren. Unter den Kandidaten waren auch 8 Frauen. Dadurch sollte wahrscheinlich gezeigt werden, dass die Frau von den Bolschewisten wirklich „befreit" worden sei und jetzt aktiv an der Neugestal-

tung der Staatsordnung teilnehmen solle. Der grösste Teil der Kandidaten bestand aus Letten, nur etwa 5—7 waren Nichtletten (Russen und Juden, soweit man sowohl dem Namen nach als auch nach noch einigen anderen Anhaltspunkten urteilen kann). Von den 100 Kandidaten waren etwa 27 Lettgaller (Kandidaten der Provinz Lettgallen).

b) Biographien der Kandidaten.

In der Presse wurde der Lebenslauf der bedeutendsten Kandidaten des „Blocks" geschildert. An erster Stelle waren die beiden Sekretäre des Zentralkomitees der Lettländischen Kommunistischen Partei — J. Kalnbērziņš*) un Ž. Spure — erwähnt. Der Lebenslauf des ersten wurde folgendermassen geschildert[18]: *„Jānis Kalnbērziņš* (ist in der Partei unter dem Namen Zakis bekannt) wurde 1893 in Katlekaln geboren ... Sein Vater war Mitglied der Kampfabteilung der Revolution des Jahres 1905. In die Partei ist J. Kalnbērziņš im Februar des Jahres 1917 eingetreten, und seit dieser Zeit arbeitet er ununterbrochen in den Reihen der alleraktivsten Parteimitglieder. Nach dem Jahre 1919 lebte er einige Jahre in der Sowjetunion, wo er das Institut der roten Professur zur Forschung der Parteigeschichte besuchte und absolvierte; daraufhin arbeitete er als Lehrkraft und Propagandist. Drei Jahre hat er in der Roten Armee gearbeitet. Er hat sich auch an der XI., XII. und XIII. Plenarsitzung des Vollzugskomitees der *Komintern* beteiligt. Nach Lettland ist er im Jahre 1925 zurückgekehrt, widmete sich hier ganz der *illegalen Parteiarbeit* und leitet diese Arbeit erfolgreich bis zum 6. Juli 1939, als man ihn im Zusammenhang mit der Entdeckung der illegalen Druckerei der „Cīņa" verhaftete. *Am 21. Juni 1940 befreite ihn das revolutionäre Proletariat Rigas aus dem Gefängnis.* Zur Zeit ist er der I. Sekretär des Zentralkomitees der Lettländischen Kommunistischen Partei."

---

*) Dieser Mann nahm in der lettländischen kommunistischen Partei offiziell etwa die gleiche Stellung ein, wie Stalin in der Sowjetunion (Stalin war der Generalsekretär der Partei).

Der zweite Bolschewistenführer: *Žanis Spure* wurde am 10. September 1901 in Riga in einer Arbeiterfamilie geboren. Seine Arbeitstätigkeit hat er auf dem Lande als Hirte begonnen ... Er ist in der Holzsägerei Dombrowski beschäftigt gewesen. Im Jahre 1920 ist er in die Partei ... eingetreten. In demselben Jahre wurde er zum erstenmal verhaftet. Das zweite Mal verhaftete man ihn im Jahre 1922. Im Jahre 1923 wurde er gegen lettische Nationalisten ausgetauscht*) und nach der UdSSR abgeschickt. Ab 1936 arbeitet er in der illegalen lettländischen kommunistischen Partei. Im April des laufenden Jahres wurde er wieder verhaftet und in das Rigaer Zentralgefängnis eingesperrt. *Das Volk befreite ihn am 21. Juni.* Jetzt ist Ž. Spure der II. Sekretär des Zentralkomitees der Lettländischen Kommunistischen Partei und Sekretär der Parteiorganisation Rigas."

Über einige andere bedeutende lettische Kommunisten wurde berichtet: „A. Jablonskis**) wurde in Durben als Sohn eines Arbeiters im Jahre 1880 geboren. Schon im Alter von 9 Jahren hat er seine Arbeitstätigkeit begonnen, anfangs auf dem Lande, später in der Stadt. Er erlernte den Beruf eines Setzers und arbeitete im Buchdruckgewerbe. An der sozialistischen Bewegung beteiligte er sich bereits ab 1899 in Libau. Das erste Mal wurde er im Jahre 1900 wegen Verbreitung von illegaler Literatur verhaftet. Im Jahre 1904 errichtete er in Libau eine illegale Parteidruckerei ... Im Freistaate Lettland arbeitete er die ganze Zeit *in engem Kontakt mit der illegalen kommunistischen Partei.* Nach dem faschistischen Umsturz vom 15. Mai 1934 widmete er sich ganz der illegalen Parteiarbeit ... Auf der Konferenz der lettländischen kommunistischen Partei im Februar 1939 wurde er in das Zentralkomitee ... sowie in die Redaktion der illegalen Zeitung „Cīņa" ...

---

*) In den ersten Jahren des Bestehens des Freistaates Lettland wurden häufig die in Lettland verhafteten Kommunisten gegen die in Sowjetrussland gefangenen nationalen und bürgerlichen Letten ausgetauscht.

**) Dieser Mann war Aussenminister in der neuen lettländischen Regierung, die nach dem Sturze der Regierung Ulmanis gebildet wurde.

gewählt. Am 9. April 1940 wurde er verhaftet und vom Volke am 21. Juni aus dem Gefängnisse befreit. Gegenwärtig ist er einer der Sekretäre des Zentralkomitees der LKP und der Redakteur des Zentralorgans der LKP „Cīņa".

„Olga Augusts (die später das wichtige Amt des Staatskontrolleurs der Lettländischen Sowjetrepublik einnahm. A. C.) wurde 1896 in der Familie eines Lehrers in Ramdan (Wiskali) geboren. Im Jahre 1915, während des Weltkrieges, wurde sie zusammen mit der Union-Fabrik und den Fabrikarbeitern nach Charkow (Ukraine) evakuiert. In diesem Industriewerk ... hat sie 18 Jahre gearbeitet ... Sie ist Mitglied der kommunistischen Partei ab 1925. Sie hat die Kommunistische Universität absolviert. Ab Ende 1935 befindet sie sich in der illegalen Arbeit der lettländischen kommunistischen Partei. Im Jahre 1939 fiel sie in die Hände einer politischen Spionin und wurde ins Termingefängnis eingesperrt. Am 21. Juni 1940 wurde sie befreit. Sie ist Mitglied des Zentralkomitees der LKP."

„Arnolds Tabaks (der damals Staatskontrolleur und später „Volkskommissar der Finanzen" war. A. C.) ist in der Gemeinde Behnen (Bēne) im Jahre 1907 geboren worden ... Im Jahre 1928 hat er das Lehrerinstitut absolviert und ... ist Student der mathematischen Fakultät der Lettländischen Universität geworden ... Tabaks ist Mitglied des Studentenvereins „Zemgalija"*) geworden; im Jahre 1932 war er Vorsitzender dieses Vereines ... Nach dem 15. Mai 1934 ist Tabaks in die lettländische kommunistische Partei eingetreten. Am Anfang war er Propagandist, später wurde ihm *die Führung der revolutionären Studentenbewegung* anvertraut. Am 9. April 1940 wurde er verhaftet ... Befreit wurde er am 21. Juni. Jetzt ist Tabaks Staatskontrolleur."

„R. Lapiņš wurde 1898 in der Gemeinde Lodiger (Lēdurga) geboren. Sein Vater war Schneider. (Er selbst erlernte den Schusterberuf). Ende 1925 trat er in die kommunistische Partei ein ... Verhaftet wurde er sehr oft ...

*) Ein alter sozialdemokratischer Studentenverein in Lettland.

Fünfmal hat er im Rigaer Zentralgefängnis wegen kommunistischer Tätigkeit gesessen. Im Jahre 1933 wurde Lapiņš als Deputierter der Saeima verhaftet und zu 8 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Im Jahre 1936 wurde Lapiņš auf Grund des Amnestieaktes befreit. Aus dem Gefängnis entlassen, knüpfte Lapiņš sofort die Verbindungen mit der kommunistischen Partei an und organisierte die Streikbewegung, welche mit Erfolg gekrönt war. Im Jahre 1939 verhaftete man Lapiņš wieder... Er wurde am 21. Juni befreit."

Diese Biographien der lettischen Bolschewistenführer zeigen, dass *fast alle* von ihnen bei der Okkupation Lettlands durch die Sowjettruppen *im Gefängnis sassen*, d. h. in den Händen der „bürgerlichen" oder (nach der kommunistischen Terminologie) „faschistischen" Regierung waren. Es erwies sich, dass die lettische politische Polizei ziemlich gut gearbeitet hatte! Die damalige Regierung hätte diese dem Staate und Volke schädlichen Personen nach Belieben hinrichten können, dennoch wurden sie am Leben gelassen. So milde verfuhr die alte Regierung mit ihren unversöhnlichen und zu allen Gewalt- und Bluttaten bereiten politischen Gegnern. Hätten diese Menschen eine gegen die Grundlagen der Staatsordnung gerichtete Zerstörungsarbeit in Sowjetrussland verrichtet, so würden sie sogleich vernichtet — erschossen worden sein! In Lettland wurden solche Leute geschont, sie wurden nur zu einigen Jahren Gefängnis oder Zwangsarbeit verurteilt, und dennoch beschimpften die Kommunisten die alte Regierung als „grausame" Unterdrückerin usw. Gleich nach ihrer Befreiung aus dem Gefängnis fingen diese Leute mit ihrer Vernichtungsarbeit gegen das ganze lettische Volk an.

4. Beseitigung der Wahlgegner.

Der „Wahlkampf" vollzog sich sehr einfach. Die Gegner der Kommunisten oder des „Blocks des werktätigen Volkes" wurden von der bolschewistischen Polizei verhaftet und verprügelt. Schon am 1. Juli, vor der Veröffentlichung des neuen Gesetzes über die Parlamentswahlen, betonte[14] das Zentralorgan der kommu-

nistischen Partei: „... Die Kommunistische Partei... repräsentiert schon heute die einheitliche Arbeiterbewegung in Lettland. *Eine andere Partei hat das werktätige Volk Lettlands nicht und wird sie nicht haben.* Keine Zersplitterung der Kraft wird künftig geschehen und wird auch nicht zugelassen werden... *Die einzige Führerin der Revolutionsmacht wird künftig die Lettländische Kommunistische Partei sein.*" — Das war ein klarer Hinweis, dass keine andere Partei als die kommunistische in Lettland geduldet werden würde, dass es keine Sozialdemokraten und verschiedene bürgerliche Parteien, wie das vor dem 15. Mai 1934 der Fall gewesen war, geben würde. So verstanden die Bolschewisten die von ihnen selbst vor einigen Tagen geforderte „vollkommene Organisierungs-, Versammlungs-, Presse-, Rede-, Denkfreiheit"!

Um eine eventuelle Wahlkonkurrenz zu verhindern, veröffentlichte[15] die zentrale Wahlkommission (der Vorsitzende war ein ehemaliger lettischer Sozialdemokrat vom „linken" Flügel dieser Partei, der schon 10 Jahre vorher die engste wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gepredigt hatte) folgenden Beschluss vom 7. Juli: „Um der Ausnutzung der Wahlen zu eigensüchtigen, persönlichen und dem demokratischen Lettland schädlichen Absichten vorzubeugen, hat die zentrale Wahlkommission ... einstimmig beschlossen, dass *nur solche* Listen entgegengenommen werden, denen eine entsprechende Wahlplattform der Wählergruppe oder Organisation, *mit dem Beweise, dass diese Plattform der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist,* beigefügt wird".

Man muss folgendes vor Augen halten: das Gesetz über die Parlamentswahlen wurde am 5. Juli 1940 veröffentlicht; bis zum Abend des 10. Juli mussten die Wähler die Kandidatenlisten der Wahlkommission einreichen, also in 5 Tagen; schon zum 14. und 15. Juli waren die Wahlen festgesetzt. Trotz dieser ausserordentlichen Eile hatten die Kommunisten dennoch Angst, dass politische Gegner auftauchen und trotz der unmöglich gemachten Verhältnisse (die Kommunisten waren ja zur Wahlpropaganda vorbereitet, weil sie über die Heraus-

gabe des Wahlgesetzes schon vorher wussten!) den Sieg davontragen könnten. Darum wurde beschlossen, dass Wählergruppen, die ihre Kandidatenlisten der Wahlkommission einreichen, Beweise beilegen müssen, dass ihre Wahlplattform der Öffentlichkeit bekanntgemacht worden ist. Die öffentliche Bekanntmachung kann ja in unserer Zeit nur durch die Zeitungen, durch Flugblätter oder durch den Rundfunk geschehen. Aber *alle diese Wege (auch Versammlungen) waren den Gegnern der Kommunisten versperrt, weil alle Zeitungen, Rundfunk und Druckereien in den Händen der Bolschewisten waren und kein Wort der Gegner dort zugelassen wurde;* den Druckereien war es verboten, irgendwelche Oppositionsschriften zu drucken. Also keine Gruppe, ausgenommen die Gruppe der Bolschewisten und ihres „Blocks des werktätigen Volkes", konnte den Beweis liefern, dass ihr Wahlprogramm der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sei.

Abgesehen davon versuchten die bürgerlich und antibolschewistisch gesinnten Kreise das neue Wahlgesetz für ihre Wahlpropaganda ausnutzen. Irgendwie wurden einige Flugblätter angefertigt und die ersten kleinen Versuche einer Wahlpropaganda gemacht. Aber dieser mutige Versuch wurde gleich unterdrückt: *die Kandidaten, Versammlungen und Propagandisten wurden verhaftet, in der Polizei verhört und verprügelt* (der Verfasser hat damals selbst mit einigen der Gelittenen — Studenten der Universität — darüber gesprochen). In den Zeitungen wurde damals (am 10. Juli) folgende Bekanntmachung (ohne Unterschrift) veröffentlicht[16]: „Einige Bürger der wohlhabenden Kreise ... haben zu den Saeima-Wahlen ihre *Liste der demokratischen Letten* zu organisieren angefangen, obgleich alle wahrhaft demokratische Einwohner Lettlands sich schon dem lettländischen Block des werktätigen Volkes angeschlossen haben. Diese Politiker haben ihr Unternehmen augenscheinlich in der Hoffnung organisiert, um für sich wie in früheren Zeiten irgendwelche Gewinne zu erwerben ... Sie haben unter den Einwohnern Unterschriften gesammelt, obgleich die Kandidatenliste nicht zusammengestellt worden ist ... Unsere

Sicherheitsbehörden haben dieses politische Abenteuer rechtzeitig entdeckt und die Sache zur Aufklärung und Regelung dem Staatsanwalt übergeben. Bürger! ... *Die einzig demokratische und progressive Kandidatenliste ist die Liste des Lettländischen Blocks des werktätigen Volkes,* deren Wahlplattform verkündet und von allen progressiven Organisationen angenommen ist und in die die Vertreter aller Bevölkerungsschichten eingereiht sind. Bürger und Bürgerinnen! Gebt eine angemessene Antwort allen Feinden des demokratischen Lettlands am 14. und 15. Juli. Geht alle zu den Wahlurnen und stimmt für die Liste des Lettländischen Blocks des werktätigen Volkes."

In einem Leitartikel wurde der „Block des werktätigen Volkes" gerühmt und das „Monopol" des „Blocks" folgendermassen motiviert[16a]: „Der aufmerksame Beobachter der Kandidatenliste des Lettländischen Blocks des werktätigen Volkes wird in der Liste die ehrlichsten Menschen aus allen Kreisen unseres Volkes erblicken. Da sind Arbeiter und Arbeiterinnen, Soldaten, Landarbeiter und Bauern, da sind Vertreter der werktätigen Intelligenz, der Presse, Schriftsteller, Lehrer, Professoren, da sind Rechtsanwälte, Ingenieure, Eisenbahnangestellte, Arbeiter des öffentlichen Dienstes ... *Es ist keine Konkurrenz von Kandidatenlisten nötig* ... Hinter den Kandidaten dieses Blocks stehen alle Organisationen der Werktätigen, die demokratische Regierung unseres freien Lettland, *die Sympathien und Stütze unseres grossen Freundes* — der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken." „Und *es ist ja klar, dass es gar keine andere Kandidatenlisten geben kann.* Der Lettländische Block des werktätigen Volkes hat alle positiven, schaffenden Kräfte des Volkes umfasst; *was ausserhalb des Blockes bleibt, sind die Überbleibsel der Vergangenheit.* In solchen Verhältnissen würde jede weitere Liste eine politische Spekulation bedeuten, deren Grundlage nur enge persönliche Motive sein können. *Darum müssen alle anderen Listen abgewiesen werden.*"

Also alle „positiven" Kräfte des Volkes waren in der Kandidatenliste des „Blocks" vereinigt; die übrigen wa-

ren nur „*Volksfeinde*"; hinter dem „Block" stand die Sowjetunion.

Trotzdem nach den Paragraphen 14 und 19 des Wahlgesetzes je 100 Wähler das Recht hatten, eine Kandidatenliste einzureichen, wurde nur eine einzige Liste — die des Blocks des werktätigen Volkes — von der Wahlkommission angenommen! In dieser Liste waren nur 100 Kandidaten genannt, genau die Zahl der Deputiertensitze in der Saeima. In den letzten Parlamentswahlen der alten Zeit, im Jahre 1931, nahmen an den Wahlen 44 verschiedene politische Parteien und Gruppen teil (von denen nur 27 gewählt wurden). Auf die 100 Deputiertensitze konkurrierten damals fast 2000 Kandidaten! Nach 6 Entbehrungsjahren konnte man jetzt wieder „wählen", aber es gab keine Auswahl der Parteien und Kandidaten und keinen eigentlichen Wahlkampf, es gab nur eine einzige Liste. Alle Gegner der Bolschewisten mussten schweigen.

Eine ähnliche Erledigung der Wahlkonkurrenten geschah auch in den beiden anderen von den Sowjettruppen okkupierten baltischen Staaten. So z. B. wurde aus *Estland* (Reval) in der *lettischen* Presse berichtet[17]: „Gestern (d. h. den 10. Juli 1940) wurde eine Sitzung aller Wahlbezirkskomitees veranstaltet und über die eingereichten Kandidatenlisten gesprochen. Es erwies sich, dass den Gesetzforderungen nur 80 angemeldete Kandidaten, alle vom Block des werktätigen Volkes, entsprochen haben. *Die vielen übrigen Kandidaten waren nicht annehmbar,* weil ihre bisherige Tätigkeit gegen die Volksinteressen gerichtet gewesen ist. Die Zentralkommission war daher gezwungen, 66 Kandidaten zu streichen. Die übrigen haben selbst ihre Kandidatur zurückgenommen ..." — „Der Aussenminister Andresen betonte gestern Abend im Rundfunk, dass die Freiheit der Werktätigen nicht darum gewonnen ist, damit verschiedene Elemente sie zur Unterdrückung der Freiheit des werktätigen Volkes ausnutzen." — Diese Nachricht erschien in der lettischen Zeitung unter einer grossen Überschrift: *„Die Kandidaten der Volksfeinde in Estland abgewiesen."*

Man sieht, dass überall die erdrückende Mehrheit

des Volkes — die Bauern, die Unternehmer, die national gesinnte Intelligenz, ein Teil der Arbeiter — einfach als „Volksfeinde" bezeichnet und ihre Kandidatenlisten abgewiesen wurden. Es durfte nur eine einzige bolschewistische Kandidatenliste für die Parlamentswahlen vorhanden sein. Die Bestimmungen des Wahlgesetzes waren nur Lüge und Betrug, die Wähler und das Volk sollten dadurch nur irregeführt werden.

5. Kommunistische Versprechungen.

In den Zeitungen erschienen verschiedene Artikel, die die Wahlen, die neugewonnene „Freiheit", die „unzerstörbare Freundschaft" zwischen Lettland und ihrer Beschützerin, der Sowjetunion, lobten und verherrlichten und den Wählern verschiedene Versprechungen machten. Die eingeschüchterten Wähler, die etwas wohlhabenden Schichten, die Bauern, Unternehmer und Hausbesitzer, wurden verschiedenartig beruhigt. Man behauptete, dass man keinem etwas schlechtes tun wolle. Hier einige Beispiele dieser Versprechungen.

a) Beruhigung der Bauern und der Eigentumsbesitzer.

Auf der ersten Zeitungsseite[18] war ein spezieller Hinweis unter dem Titel: *„Für Grundbesitz und Sicherheit des Eigentums"* zu sehen. Der Inhalt war folgender: „Die Feinde der neuen Demokratie und des Volkes verbreiten niederträchtige Gerüchte über die Zwangskollektivierung der Bauern, über die Konfiszierung des Eigentums usw. Die lettländische kommunistische Partei hat ja bekannt gegeben, dass der Boden, das Vieh und das Inventar des werktätigen Bauerntums nicht angerührt werden. Es wird auch keine Zwangskollektivierung der Bauern vorgenommen werden. *Ebenso wird die Unantastbarkeit des Eigentums jedes ehrlichen Bürgers garantiert.* Die Wahlplattform des Lettländischen Blocks des werktätigen Volkes fällt mit der Deklaration der kommunistischen Partei zusammen. *Wer in den Saeima-Wahlen für den Lettländischen Block des werktätigen Volkes stimmt, der stimmt für Grundbesitz und Sicherheit des Eigentums."*

Dasselbe betonte der neue Ackerbauminister in seiner Rundfunkrede[19] am 6. Juli: „Euch (d. h. den Bauern. A. C.) wird zugeflüstert, dass es keinen Sinn mehr hat, die Produktion fortzusetzen, dass man den Boden und das Inventar konfiszieren und euch selbst in die Kolchosen treiben wird... Die kommunistische Partei hat offen gesagt, dass der Boden, das Vieh und das Inventar des werktätigen Bauerntums nicht berührt werden. Die Produktion darf also auch nicht eingeschränkt werden..."

Die Bolschewisten versicherten den Bauern die Unantastbarkeit des Bodens und des Inventars. Zwar sprachen sie in diesen Fällen manchmal nicht einfach von Bauern, sondern von „Arbeitsbauern" („werktätigen Bauern"). Das war ein neues bolschewistisches Wort in Lettland, aber dieser Begriff wurde von den Kommunisten nicht näher erklärt und definiert.

Von den 36 Losungen des lettländischen Blocks des werktätigen Volkes, die ein paar Tage vor den Wahlen veröffentlicht[20] wurden, lautete die 7. Losung: *„Bauer! Wenn du deine Wirtschaft sichern und befestigen willst, stimme für den „Lettländischen Block des werktätigen Volkes."*

Auch der schon früher erwähnte 10. Punkt der Forderungen der „inneren Politik", der im Wahlprogramm des „Blocks" enthalten war, lautete[21]: *„Die Unantastbarkeit der Person und des Eigentums aller Bürger wird gesichert."* — Diese „Forderung" des „Blocks" wurde in einem Leitartikel über das Wahlprogramm des „Blocks" folgendermassen kommentiert[22]: „Im Programm ist die bestimmte Forderung aufgestellt — die Unantastbarkeit der Person und des Eigentums sicherzustellen. Die Aufstellung dieser Forderung beweist, dass *der Lettländische Block des werktätigen Volkes für die Schaffung und Erhaltung bestimmter und stabiler Verhältnisse im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben, für die Beachtung der Gesetze und der Gerechtigkeit in allen Zweigen und allen Fällen Sorge trägt."*

Also alles schien sehr schön zu sein, auch die wohlhabenden Leute und Bauern konnten ruhig für den

„Block" stimmen! Die Kommunisten waren ja gar nicht so schrecklich!

b) Beruhigung der Fabrikanten.

„Es werden einzelne Tatsachen über die unehrlichen „patriotischen" Unternehmer bekannt, die ohne... Grund die Arbeiten einschränken oder sogar völlig unterbrechen wollen... Die Fabrikbesitzer fürchten für ihre Fabriken und ihre Waren, oder wollen bewusst dem demokratischen Lettland und seiner Regierung durch die Schaffung der künstlichen Arbeitslosigkeit und gleichzeitig der Unzufriedenheit in den Arbeitermassen schaden. Was sich auf die Befürchtungen der Industriellen bezieht, so sind diese völlig grundlos. *Es wird keine Konfiskationen und Nationalisierungen geben.*" — So schrieb[23] in seinem Leitartikel das Zentralorgan der kommunistischen Partei, um die Besitzer der Industrieunternehmungen zu beruhigen.

c) Andere Versprechungen der Kommunisten.

„Angestellte und werktätige Intelligenz, stimmt für die Kandidaten des „Lettländischen Blocks des werktätigen Volkes", weil sie für die *Hebung eures Lebensniveaus*, für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in den Kreisen der Intelligenz kämpfen!" — Das war eine von den Losungen des „Blocks". Wie das Lebensniveau der Angestellten in Wirklichkeit „gehoben" wurde, das erwies sich nach einigen Monaten. Später wird davon die Rede sein. — Den Frauen, den Soldaten, den Wissenschaftlern und Künstlern, den „jungen Leuten und Mädchen", den Lettgallern, — allen wurden Versprechungen gemacht: die „Befreiung", die „Demokratisierung" der Armee, die Förderung der Künste und der Wissenschaften, die kostenlose Bildung, die Sozialversicherung usw. Der Ministerpräsident und die Minister hielten im Rundfunk Reden und spornten die Wähler an, für den „Block" zu stimmen. Es wurde auch viel über die grossartigen wirtschaftlichen Aussichten Lettlands, die durch die guten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit Sowjetrussland entstehen werden, gesprochen.

Verschiedene Vereine, die alle plötzlich *„progressiv-demokratisch"* geworden und sich in den Händen der Bolschewisten befanden, forderten ihre Mitglieder auf, für den „Block" zu stimmen. Z. B. unter dem Titel „Progressive Rechtsanwälte werden für die Liste des lettländischen Blocks des werktätigen Volkes stimmen" erschien in der Zeitung ein Artikel[24] der „progressiven Rechtsanwälte": „Von dem Zwange der Reaktion befreit, begrüssen die progressiven Rechtsanwälte mit Genugtuung die demokratische Regierung Lettlands... In den Saeima-Wahlen fordern die progressiven Rechtsanwälte alle auf, für den lettländischen Block des werktätigen Volkes zu stimmen... Mit der Durchführung dieses Programms wird sich Lettland auf dem Wege des geistigen und materiellen Fortschrittes befinden." — Ebenso lautete der Aufruf[25] des provisorischen Präsidiums des Studentenrates der lettländischen Universität an die Studenten: „Verflossen sind die trüben Gewässer der alten Regierung, es fliesst ein neuer, kräftiger, neues Leben schaffender Strom. Niemand wird diese Flut zum Stehen bringen, niemand wird den Strom aufhalten können ... Wir wollen mit der Mehrheit des Volkes — mit dem werktätigen Volk Lettlands — marschieren! ... Wir fordern alle Studenten auf, ihre Bürgerspflicht zu erfüllen. Wir fordern sie auf, für den lettländischen Block des werktätigen Volkes zu stimmen."

Aber *weder im Wahlprogramm noch in der Wahlpropaganda wurde ein Wort über die Verwandlung Lettlands in eine Sowjetrepublik, über die Enteignung des privaten landwirtschaftlichen und städtischen Bodens, über die Nationalisierung der Industrie- und Handelsunternehmungen, der Banken und des ganzen Bodens erwähnt!*

6. Drohungen.

Durch Versprechungen, Gewalttaten und Unterdrückung ihrer Gegner, Lügen und Betrug bemühten sich die Bolschewisten, die Wahlen zu ihren Gunsten zu beeinflussen; auch durch Terrorisieren der Wähler. So z. B. erschien in der Zeitung ein Artikel mit folgender

Überschrift[26]: „Nichtabstimmen ist ein Verbrechen gegen die Volksinteressen." In diesem Artikel betonte der „politische Leiter der Armee": „Wenn wir die grosse Bedeutung der neuen Saeima in Betracht ziehen, müssen alle Soldaten zur aktiven Teilnahme an den Saeima-Wahlen aufgefordert werden ... Stimmen wir zugunsten des Blocks des werktätigen Volkes, so erfüllen wir ehrlich unsere Bürger- und Soldatenpflicht gegen Staat und Volk ... Keine Stimme darf verloren gehen; insbesondere muss darauf hingewiesen werden, dass *ein Nichtabstimmen oder ein Streichen*) der Kandidaten als Verbrechen gegen das Volksinteresse und als eine Verweigerung der bürgerlichen Pflichterfüllung anzusehen ist.*"

Am 12. Juli, am Vorabend der Wahlen, wurden durch Beschluss des Ministerkabinetts strenge Strafen für Wahlstörungen erlassen[27]. So z. B. wer Wähler durch Drohungen, Gewalt, List, Belohnung oder Versprechung am Abstimmen verhindert oder den Wähler veranlasst, sich der Abstimmung zu enthalten, dem drohte eine Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten. Ebenso drohte das Gefängnis dem, der „falsche Gerüchte" über die Kandidaten verbreitet oder der die Wahlplakate und Aufrufe abreisst oder verdirbt.

Es war alles getan, um dem Wähler jede Möglichkeit einer (auch sehr begründeten) Kritik zu nehmen, um jede politische Opposition zu unterdrücken und den Wähler mit falschen Versprechungen, Betrug und Drohungen zu den „Wahlurnen" zu treiben. In den Händen der Bolschewisten befand sich die ganze Presse, der Rundfunk, die Regierung, die Polizei und die Armee. Hinter den Bolschewisten stand die riesige sowjetrussische Okkupationsarmee mit der sowjetrussischen Luftwaffe und den unzähligen sowjetrussischen Panzerabteilungen. Die Bevölkerung war entwaffnet. In Lettland hörte man nur das Geschrei der Bolschewisten. Sie konnten bequem und ohne Hindernisse schreiben, reden und behaupten, was ihnen wünschenswert erschien. *Keine Silbe konnte von der anderen Seite er-*

*) Nach den Wahlbestimmungen mussten Listen, in denen Wähler Kandidaten gestrichen oder neue hinzugeschrieben haben, als *ungültig* betrachtet werden.

klingen; die Gegner mussten ganz stumm bleiben; keine Kandidatenliste wurde ihnen erlaubt, sie konnten sogar kein kritisches Wort über die Bolschewisten und ihre Handlungen sagen, ohne sofort schwere Strafen zu erwarten. Die ganze Macht lag in den Händen der Bolschewisten, der Moskauer Regierung und ihrer Vertreter und Knechte. Die Bolschewisten waren zu jeder Schrekkenstat fähig und bereit. Das hatten sie schon mehr als 20 Jahre lang in Russland bewiesen, sie hatten dort Millionen Menschen gequält und ermordet. Diese blutdürstigen Leute bemühten sich nun im Juli 1940, das „Vertrauensvotum" für ihre künftigen Taten in Lettland durch die Komödie der sogenannten „Parlamentswahlen" zu erzwingen.

7. Ergebnis der Wahlen und die Ursachen.

Die Bolschewisten veröffentlichten in der Presse[28] das Ergebnis der Wahlen: insgesamt sind in Lettland 1.179.649 Stimmen abgegeben worden, davon sind für die Kandidatenliste des „Lettländischen Blocks des werktätigen Volkes Nr. 1" (eine andere Kandidatenliste, also Nr. 2, Nr. 3 usw., gab es ja nicht!) 1.151.730 Stimmen oder 97,6% zu verzeichnen. Die übrigen 27.919 Stimmen sind laut Wahlgesetz als ungültig erklärt worden, weil in den Listen die Kandidaten gestrichen oder neue hinzugeschrieben standen. Auf dem Lande hatten sich an den Wahlen 714.973 Wähler, in den Städten 464.676 Wähler beteiligt, insgesamt 94,7% der Gesamtzahl der Einwohner, die das 21. Jahr überschritten hatten (gerechnet nach der Volkszählung des Jahres 1935). In Städten sind 5703 Listen (etwa 1,3% der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen) mit gestrichenen Kandidaten registriert worden, auf dem Lande 22.216 (etwa 3% der Gesamtzahl der auf dem Lande abgegebenen Stimmen).

Es kann kein Zweifel darüber sein, dass auch im Falle, wenn die wirkliche Zahl der für den „Block" abgegebenen Stimmen viel kleiner gewesen wäre, in der Presse und der Öffentlichkeit die Bolschewisten doch immer fast 100% gemeldet hätten. Aber selbst wenn wir

annehmen, dass die wirkliche Zahl der abgegebenen Stimmen viel niedriger gewesen ist als die in der Presse bekanntgegebene (die Wahlmaterialien und Archive sind bisher, nach der Vertreibung der Bolschewisten aus Lettland im Juli 1941, nicht überprüft und wissenschaftlich erforscht worden), oder dass die wirkliche Zahl der gestrichenen Listen viel grösser gewesen ist, als amtlich angegeben, muss dennoch die wirkliche Zahl der abgegebenen Stimmen gross gewesen sein.

Aber das bedeutet nicht, dass alle Wähler bolschewistisch gesinnt waren. Der grösste Teil der Wähler war Gegner der Bolschewisten. Man muss aber bedenken, dass die Bevölkerung sehr eingeschüchtert war. Laut Wahlgesetz musste nach dem Abstimmen im Büro des Wahlbezirkes diese Tatsache *im Pass des Wählers mit einem besonderen Stempel* vermerkt werden. Es gingen damals Gerüchte um, und das konnte man sich denken, dass diejenigen, welche nicht wählen (das war ja nach der bolschewistischen Behauptung ein „Verbrechen gegen die Volksinteressen"), in verschiedene Unannehmlichkeiten geraten konnten. So z. B. konnte ein Arbeiter, Angestellter oder Beamter sofort entlassen werden (weil nach seinem Pass es ja gleich festzustellen war, ob er seine „Bürgerpflicht" getan hatte); auch den Bauern und allen anderen Berufen konnte die bolschewistische Staatsmacht verschiedenartige materielle Verluste verursachen oder sie und ihre Familien als politisch verdächtig bezeichnen und verfolgen. Nach der damals herrschenden Meinung der Bevölkerung (sofern der Verfasser dies beurteilen kann) konnte man den Wahlen nicht ausweichen; das war allerdings sehr unangenehm, vielleicht auch, vom hohen moralischen Standpunkt, manchmal etwas feige; aber man tröstete sich und sagte, dass sowieso nichts zu machen und zu ändern ist, dass Lettland sowieso verloren geht.

Es gab nur einen Ausweg, wie man die „Bürgerpflicht" erfüllen und doch zugunsten der Bolschewisten nichts tun konnte; das war das *Verderben und Ungültigmachen der Kandidatenliste durch Ausstreichen eines oder mehrerer* Kandidaten. Aber auch dieser Weg war grösstenteils versperrt, weil es *in den Wahlräumen kei-*

nen) besonderen Raum für den Wähler gab* (wie Paragraph 27 des Wahlgesetzes es vorschrieb; die Wahlen sollten ja nach dem Gesetz auch „geheim" sein!), in dem der Wähler ungestört die Kandidatenliste „wählen" konnte. Es gab ja in Wirklichkeit keine Auswahl, weil nur eine einzige Kandidatenliste vorhanden war; darum konnte man im Wahlraum gleich sehen, welcher Wähler ein „unreines" Gewissen hatte und in den geschlossenen Raum gehen wollte, um dort die Liste zu „verderben" und seine Stimme ungültig zu machen. In jedem Wahlbüro waren ausserdem mehrere bolschewistische Beobachter, welche diesen Ausweg des Protestes gegen die Bolschewistenherrschaft unmöglich oder wenigstens gefährlich machten. Manche waren der Meinung, falls auch ein Streichen der Liste gelingt, so ist das doch sehr gefährlich, weil die bolschewistischen Beobachter es bemerken und vielleicht durch eine etwas eigentümlichere Bestempelung des Passes oder auf irgendeine andere Art notieren können.

Um das gewünschte Abstimmen sicherer zu machen (und auch, um die grosse „Begeisterung" für die Wahlen und die „Freiheit" zu demonstrieren), wurden Arbeiter und Angestellte grösserer Fabriken oder Behörden zum Abstimmen „organisiert" geführt, d. h. sie marschierten in grossen Massen (alle oder doch der grösste Teil der Gesamtzahl der Arbeiter einer Fabrik) nach dem Wahlbüro. Ebenso wurden auch ganze Abteilungen der lettländischen Armee zu den Wahlen geführt. Hier gab es kein Ausweichen vor den Wahlen mehr. So z. B. berichtete das kommunistische Blatt[29]: „Gestern, am ersten Wahltage, marschierte das Flakartillerieregiment im vollen Bestande in Begleitung seiner Offiziere ... nach dem Wahlbezirk und ... stimmte diszipliniert für die Kandidatenliste des Blocks des werktätigen Volkes ...

---

*) Der Vorsitzende der zentralen Wahlkommission und Deputierter der neuen Saeima (ein ehemaliger Sozialdemokrat und alter Rechtsanwalt) erklärte zynisch in seiner Rede im „Parlament", dass keine Klagen über die Wahlen eingetroffen wären: „Es sind nur Bemerkungen gemacht worden ..., dass in einigen Fällen die Wahlräume ungenügend gewesen wären, *schlecht eingerichtet seien die geschlossenen Räume, wo man die Liste streichen oder auf eine andere Art verderben konnte, gewesen*" (Rīts, vom 24. Juli 1940).

Ebenso diszipliniert erfüllten ihre Pflicht auch die Soldaten der übrigen Wehrmachtsabteilungen." — Der Vorsitzende des Arbeiterkomitees der Fabrik „Zasulauka manufaktūra" („Manufaktur Sassenhof") in Riga erzählt[30]: „Zum Abstimmen gingen wir organisiert. Von 300 Arbeitern, die in der Fabrik beschäftigt werden, fehlten nur 3 oder 4 Mann, welche gesondert gestimmt haben."

8. „Erpressung unter Todesdrohung ist kein Scherz!"

Den Ausgang der Wahlen im Juli 1940 könnte man mit vollem Recht folgendermassen bewerten: „Erpressung unter Todesdrohung ist kein Scherz. Sie bricht nicht nur das Leben hinfälliger Greise, sondern manchmal auch das Leben junger, kräftiger, starker und gesunder Menschen"[31]. Diese Worte wurden im Jahre 1938 in Moskau, auf dem Prozess des „antisowjetischen Blocks der Rechten und Trotzkisten" erwähnt; mit diesen Worten versuchte der amtliche „Verteidiger", die Schuld einiger Angeklagten zu mindern, die sich als vom Angeklagten Jagoda, dem ehemaligen Chef der „Tscheka", zu verschiedenen Verbrechen und Mordtaten beeinflusst und bedroht gewesen zu sein behaupteten. *Überall in der Welt gilt die Erpressung als schweres Verbrechen, das mit Zuchthaus oder Zwangsarbeiten bestraft wird. Dieses Verbrechen, die Erpressung, wurde im Juli 1940 an Lettland, am lettischen Volke verübt.* „Erpressung unter Todesdrohung ist kein Scherz . . ." Zwar wurde der Bevölkerung Lettlands nicht buchstäblich mit dem Tode gedroht, aber es war bekannt, dass im Hintergrund der von den Bolschewisten erzwungenen verschiedenen „freiwilligen" Taten der Menschen und ganzer Völker immer als bewegende Kraft und Grundlage — die Drohung mit dem Tode und die Todesstrafe stand. Es kann kein Zweifel sein, dass im Falle die Bolschewisten im Juli 1940 nur kleine formelle Erfolge in den Wahlen erzielt hätten, der Anfang der Bolschewistenherrschaft in Lettland mit denjenigen grossen Schreckenstaten, mit denen die Bolschewisten ihre Herr-

schaft in Lettland tatsächlich beendeten, begonnen hätte; es wäre schon im Sommer und Herbst 1940 dieselbe massenhafte Verhaftung und Verschleppung der lettischen Bevölkerung (der wohlhabenden Schichten, der Bauern, der Intelligenz) nach Sibirien vorgenommen worden, mit welcher tatsächlich erst im Juni 1941 angefangen wurde.

„Erpressung unter Todesdrohung" — das war die wahre und wichtigste Ursache der „Wahlerfolge" der Bolschewisten in Lettland im Sommer 1940.

9. Manifestation am 18. Juli 1940 in Riga.

Das „Parlament" war gewählt. Die Bolschewisten triumphierten und erklärten, dass die ganze Bevölkerung auf ihrer Seite sei (1.151.730 Stimmen gegen nur 27.919 Stimmen!), dass die alte Regierung nur eine kleine „reaktionäre Clique" gewesen und dies jetzt klar bewiesen worden sei. Es wurde über einen „glänzenden Sieg des lettländischen Blocks des werktätigen Volkes" und über den „schamvollen Bankerott der reaktionären Clique" geschrieben und gesprochen. Gleichzeitig bekannte das kommunistische Blatt[32], dass „alle diese grossen Erfolge der kommunistischen Partei vorläufig von einem *sehr engen* illegalen Parteiaktiv, das grösstenteils in den grösseren Städten sich befand, erreicht worden sind. Die Provinz und besonders das Land hat sich nur in der kurzen Agitationszeit zu rühren angefangen." Also selbst die Kommunisten bestätigen, dass ihre Anzahl in Lettland ganz gering gewesen ist.

Die Bolschewisierung Lettlands wurde weiter fortgeführt, auch in Kleinigkeiten. Der Minister der öffentlichen Angelegenheiten unterzeichnete eine Bekanntmachung[33], dass „in einer wirklichen demokratischen Volksrepublik die Benutzung der Anrede „Herr" oder „Frau" (Madame) in Ansprachen und Schriften nicht mehr zulässig ist. Statt dessen wäre es wünschenswert, als Anrede die dem Zeitgeiste entsprechenden Worte

„Bürger" oder „Bürgerin" zu benutzen." Eine ähnliche Bekanntmachung wurde auch in Estland*) veröffentlicht, auch dort wurde die Anrede „Herr" und „Frau" entfernt. — Weiter wurden in Lettland die Studentenkorporationen (nebst den „Philistervereinen") geschlossen, in den Zeitungen erschienen lange Verzeichnisse der „Veränderungen in den Gemeindeselbstverwaltungen" (es wurden da die alten Gemeindeältesten, die Mitglieder der Gemeindeverwaltungen und der Gemeinderäte entlassen), es wurden die Leiter verschiedener Vereine und Unternehmungen entlassen und neue marxistisch oder „progressiv" gesinnte an ihrer Stelle ernannt usw.

Der nächste bedeutende Schritt der Umwandlung Lettlands in eine Sowjetrepublik war die von den Bolschewisten am 18. Juli veranstaltete Manifestation in Riga (auch in anderen Städten), um die „Freude" und „Begeisterung" über den „Sieg" des Blocks des werktätigen Volkes zum Ausdruck zu bringen. Wieder marschierten die Manifestanten am Gebäude der sowjetrussischen Gesandtschaft und dem Regierungsgebäude vorbei. Es wurden viele Plakate mit Losungen getragen. *„Der grösste Teil der Losungen und Plakate forderte den völligen Anschluss Lettlands an die Sowjetunion als 14. Republik."* Das las man in den Zeitungen[34] am nächsten Tage. Eine Zeitung sagte folgendes[35]: „Höher erhoben sich die roten Fahnen und Plakate, auf denen die Losungen der Manifestanten zu lesen waren. Zwischen diesen las man am häufigsten: Der Block des werktätigen Volkes hat gesiegt! Es lebe die demokratische Saeima! *Es lebe das Sowjet-Lettland als 14. Republik der Sowjetunion! Wir fordern den Anschluss Lettlands an die Sowjetunion!* Wir fordern die Stalinsche Verfassung!" — Mit diesen Plakaten und einem ununterbrochenen Schreien der Losungen verkündete die

*) Auch in Estland und Litauen erfolgten die Parlamentswahlen am 14. und 15. Juli und ebenfalls nach nur einer Kandidatenliste — der Liste des „Blocks des werktätigen Volkes"; die Ergebnisse der Wahlen waren dieselben wie in Lettland; es wurde überhaupt alles in den drei okkupierten baltischen Staaten nach ein und demselben Muster, grosse, als auch kleine Angelegenheiten, geregelt.

Menge (genauer gesagt, die Kommunisten und ihre Anhänger, besonders Juden und auch Russen, die nach den Befehlen Moskaus handelten und alles notwendige vorbereitet hatten) den „Volkswillen". Der Ministerpräsident hielt eine Rede[36], er rühmte die Sowjetunion und die rote Armee und betonte, dass, während überall Krieg sei, „Lettland mit Litauen und Estland den Frieden geniessen. Sie stehen da wie Inseln im stürmischen Meer." Das sei das Verdienst der Sowjetunion. — Eine Ansprache hielt auch der Leiter und Meister der politischen Erpressungen Wyschinski (der Stellvertreter Molotows): „Im Namen der Regierung der Sowjetunion danke ich für eure brüderlichen Grüsse und hoffe, dass die *neue Saeima den lange Jahre gehegten Wunsch (! A. C.) des lettländischen Volkes, enge, unzerreissbare Freundschaftsbande zwischen Lettland und der UdSSR zu schaffen und ein neues glückliches Leben unter den roten Arbeitsfahnen zu errichten, in Erfüllung gehen wird*"[37]. — Auch der Sekretär des Zentralkomitees der lettländischen kommunistischen Partei hielt eine Ansprache an die Manifestanten. Unter anderem sagte er: „Ich sehe in dieser Manifestation viele Plakate und Losungen, welche den Anschluss an die Sowjetunion und eine Gründung Sowjet-Lettlands fordern ... *In der neuen Saeima werden die kommunistischenDeputierten die Organisierung Sowjet-Lettlands fordern.* Die wenigen Volksfeinde, die dieser Forderung des Volkes noch Widerstand leisten wollen, müssen den Siegesweg des werktätigen Volkes ... schnellstens räumen. Es fürchte sich jetzt niemand mehr vor den Worten „Sowjet-Lettland". Vor ihnen fürchten sich nur die Volksfeinde. Ich wiederhole nochmals: wir werden das Land den Bauern nicht wegnehmen. Ganz umgekehrt, wir werden ihnen Boden noch hinzugeben und ihre Lage verbessern. Wir werden das Land nur den ungesetzlichen Besitzern fortnehmen"[38].

Das Zentralorgan der kommunistischen Partei betonte in seinem Leitartikel über die Manifestation vom 18. Juli („Der Wille des Volkes"): „Die neue Saeima, welche am Sonntag den 21. Juli zusammenkommen

wird, *wird sich in ihren geschichtlichen Beschlüssen von dem vom lettländischen Volke ausgedrückten Willen leiten lassen*"[39].

10. Proklamierung der Sowjetrepublik Lettland.

Schon am Sonnabend waren in den Zeitungen auf den ersten Seiten[40] riesige Losungen zu lesen, wie z. B. *„Wir grüssen die 14. Sowjetrepublik Lettland! Es lebe das sozialistische Sowjet-Lettland! Es lebe die Kommunistische Internationale!"* Oder auch: „Das Volk hat seinen Willen geäussert, der Wille ist unabänderlich, Lettland muss Sowjetland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken angeschlossen werden!" — Am 21. Juli versammelte sich die neue Saeima, Sie versammelte sich absichtlich in denselben Räumen des Nationaltheaters in Riga, in denen am 18. November 1918 die Unabhängigkeit Lettlands proklamiert wurde. Die Komödie der „gesetzgeberischen Arbeit" wurde vom „Parlament", das durch Betrug, Lügen und Drohungen geschaffen worden war, begonnen. Es versammelten sich 100 Deputierten, Leute, die dem Volke zum grössten Teil ganz unbekannt*) waren. Die Sitzung wurde vom „ältesten" Deputierten, einem Mann, der kaum lesen konnte und der als „Landmann" in der Kandidatenliste des „Blocks" bezeichnet war, eröffnet. Anwesend waren auch Vertreter verschiedener „Arbeiterorganisationen", ausländische Diplomaten und die sowjetrussische Gesandtschaft. Die Sitzung war dem Rundfunk angeschlossen.

*) Nach der ersten Sitzung der Saeima am 21. Juli, schrieb das Zentralorgan der kommunistischen Partei kurze „Interviews" einzelner Deputierten. Der Deputierte Krūmiņš hatte geäussert: „Von Fabriken und vom Lande kommend, fühlten sich die Werktätigen am Anfang im prächtig dekorierten Raume ein wenig ungeschickt; das verging bald und dann hatten die Volksvertreter ihre Aufgaben vollkommen erkannt." (Cīņa, 22/VII 1940). — Die Kommunisten hatten in die Saeima viele einfache Arbeiter und andere ähnliche Leute hereingezogen. Diese Leute hatten von Politik und von den zu lösenden wichtigen Fragen keine Ahnung. Sie verstanden nur gehorsam die Hände zu heben, „abzustimmen", zu schreien und zu applaudieren!

Die Tagesordnung wurde „einstimmig"*) angenommen. Sie lautete: 1) Bericht des Ministerpräsidenten über die Tätigkeit der Regierung; 2) die Frage der Staatsgewalt in Lettland; 3) Anschluss Lettlands an die UdSSR; 4) Bodenreformfrage; 5) Nationalisierung der Banken und Unternehmungen der Grossindustrie und des Handels.

Bevor die Tagesordnung begann, wurde die Saeima von Delegationen des Heeres und der Arbeiter begrüsst.[41] Ein Mitglied der Heeresdelegation (ein „politischer Leiter" der Armee) behauptete in seiner Rede: „Soldaten aller Waffengattungen sind überzeugt, dass die neuen Volksvertreter den Wunsch aller Soldaten (! A. C.) erfüllen werden, Lettland in die Völkerfamilie der Sowjetunion einzuverleiben." Die Rigaer Arbeiterdelegation forderte: „Wir fordern die Gründung von Sowjet-Lettland, welches uns von der internationalen Bourgeoisie am 22. Mai 1919**) fortgenommen wurde ... Nur in der Völkerfamilie der Sowjetunion wird Lettland unabhängig und selbständig werden." Weiter gab der Vorsitzende der Saeima bekannt, dass eine ganze Reihe von Telegrammen eingelaufen sei, welche alle den Anschluss Lettlands an die Sowjetunion „forderten".

Der Deputierte Ž. Spure, der Sekretär des Zentralkomitees der lettländischen kommunistischen Partei, hielt eine grosse Rede über die Staatsgewalt, die einerseits aus unwahrhaftesten Behauptungen, Lügen und ärgsten Beschimpfungen der alten Regierung und des alten Regimes, und andererseits aus einer Verherrlichung der Sowjetunion bestand. Diese niederträchtige Rede des Moskauer Söldlings enthielt u. a. folgende Behauptungen[42]: Lettland hat während der Herrschaft der alten Regierung „am Rande des Abgrundes" gestanden. Die ganze Bevölkerung befand sich in der „mittelalterlichen Sklaverei". *In Lettland herrschten „Arbeitslosigkeit", „Elend und Hunger".* Aber die „Regierungs-

*) Wie es bei den Bolschewisten gewöhnlich ist, waren auch alle späteren Beschlüsse immer „einstimmig".

**) Am 22. Mai 1919 wurden die Bolschewisten durch die deutschen, und zum Teil auch lettischen Truppen aus Riga vertrieben.

clique" hat sich bereichert. „Die Mittel der Krankenkassen flossen in die Taschen der Diebe." Diese Politik hat zur „materiellen und physischen Vernichtung der Arbeiterklasse" geführt. „Das Bauerntum hat nicht weniger als die Arbeiterschaft gelitten, war mit Steuern, Strafen und Versteigerungen überlastet." „Bei der Abgabe von Getreide und Vieh hat der Bauer statt Geld nur Quittungen erhalten." Die Bauern wurden verschiedenartig ausgebeutet. „Die Bildung war nur den reichen Leuten zugänglich ... Die Kinder von armen Eltern konnten von einer Mittelschulbildung nicht einmal träumen." „Aus grosser Angst vor den progressiven Ideen wurde aus den Schulen die russische Sprache hinausgeworfen. Die alte Regierung wollte gegen die Sowjetunion Krieg führen." — Die Sowjetunion ist das Land der „grandiosen Industrie" und *„der gewaltigsten Landwirtschaft in der Welt"* geworden. Der Redner führte als Beispiel verschiedene „Errungenschaften" der Republik Aserbeidschan und der Ukraine an. „In der Republik Aserbeidschan*) hat die Produktion der Schwerindustrie im Jahre 1913 402 Millionen Rubel erreicht, aber 1937 bereits 2 Milliarden 247 Millionen Rubel." „In der Sowjetrepublik Armenien verstanden im Jahre 1913 nur 15% das Lesen, aber 1940 bereits 93%." „Diese Beispiele beweisen die grandiosen, in keinem kapitalistischen Lande vorhandenen Erfolge der sozialistischen Sowjetrepubliken." — Zum Schluss sagte der Redner: „Die grosse geschichtliche Erfahrung der Sowjetunion lehrt, dass nur die Sowjetgewalt die wahre Beschützerin der Werktätigen ist ... Alle übrigen Gewalten, wie wir das in den kapitalistischen Staaten sahen, und ebenso aus der bitteren Erfahrung in unserem eigenen Lande wissen, sind nichts anderes als ein Betrug des Volkes." „Indem sie den Willen des ganzen lettländischen werktätigen Volkes ausdrückt, verkündet die Saeima von diesem Moment an die Gründung der Sowjetgewalt auf dem Territorium Lettlands. Lettland wird als Lettländische Sozialistische Republik proklamiert. Von diesem Augenblick an gehört die ganze Gewalt in

*) Ein Gebiet, in dem das Erdölzentrum Baku liegt.

der Lettländischen Republik den Räten der städtischen und ländlichen Werktätigen."

Der Redner „proklamierte" *allein* also die Gründung der Sowjetrepublik in Lettland, ohne sogar diese so wichtige Frage (die Form der Staatsgewalt und der Staatsverfassung!) dem Abstimmen der Saeima zu übergeben! In der kommunistischen Partei und in Moskau war alles schon vorher abgemacht und klar. *Selbst die kommunistischen „Formalitäten" des „einstimmigen" Beschlusses schienen dem Redner (oder der kommunistischen Partei) unnötig!* Nur nach der Rede von Ž. Spure und nach der von ihm allein gemachten Proklamierung der Sowjetrepublik (die mit grossem Jubel von den Kommunisten begrüsst wurde, mit Rufen „Es lebe Genosse Stalin", „Es leben die Sowjets", „Es lebe die Lettländische Sowjetrepublik", usw.) kam einer von den Deputierten mit dem Vorschlage — die Saeima solle folgende Resolution über die Frage der Staatsgewalt in Lettland annehmen: „Nach dem Anhören und der Erwägung des Berichtes des Deputierten Spure über die Staatsgewalt in Lettland, beschliesst die Saeima: *1) indem sie den Willen des ganzen freien lettländischen werktätigen Volkes ausdrückt, proklamiert die Saeima feierlich die Gründung der Sowjetgewalt in Lettland. Von diesem Augenblick an gehört die ganze Gewalt in der Lettländischen Sozialistischen Sowjetrepublik dem städtischen und ländlichen werktätigen Volke.* Die Trägerin dieser Gewalt sind die Räte der Deputierten des werktätigen Volkes."

Diese Resolution[43] wurde „einstimmig" angenommen. Es kann sein, dass die nichtkommunistischen Deputierten der Saeima, bei der Zustimmung ihre Kandidatur auf die Wahlliste zu setzen, nicht gerade die Proklamierung der Sowjetrepublik voraussahen, aber keiner hatte den Mut, gegen die Sowjetrepublik zu stimmen. Er konnte sein Leben verlieren, denn es kann kein Zweifel sein, dass nach kurzer Zeit der betreffende Mann auf ewige Zeiten verschwunden wäre.

Die „Deklaration über die Staatsgewalt" wurde in derselben Sitzung etwas später angenommen. Dem Umfang nach war diese Deklaration viel grösser als die

soeben erwähnte Resolution. Ebenso wie die Rede von Ž. Spure, besteht auch diese „Deklaration" aus zwei Teilen: erstens aus der Beschimpfung der alten Regierung und alten Staatsordnung Lettlands und zweitens aus der Verherrlichung der Staatsverfassung und des Lebens in der Sowjetunion. Einige Stellen aus diesem „historischen" Dokument lauten: „Lange Jahre litt das lettländische Volk unter dem schweren Joch des reaktionären Regimes, welches das Land in die Sackgasse auf dem Felde der inneren sowie der äusseren Politik führte. *Arbeitslosigkeit, Not und Hunger waren das Schicksal der städtischen und ländlichen Werktätigen Lettlands.* Die gesetzlichen Interessen und Bedürfnisse des lettländischen werktätigen Volkes wurden zugunsten eines Häufleins Ausbeuter, Kapitalisten und Grossgrundbesitzer, welche in Lettland herrschten, geopfert... Der lettländische Staat war ein Gefängnis für das Volk. In Lettland herrschten Chauwinismus und nationale Ungleichheit... Das freie Wort und der freie Gedanke wurden schonungslos unterdrückt... Die herrschende Clique... führte eine feindliche Politik gegen die Sowjetunion und bemühte sich, das Territorium Lettlands in einen Platz für die gegen die UdSSR vorbereiteten Angriffe zu verwandeln." — „In der Sowjetunion ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf alle Zeiten erledigt... Nur die Sowjetgewalt ist die demokratischste Staatsgewalt..." usw.

11. Deklaration über den Anschluss Lettlands an die Sowjetunion.

Mit derselben niederträchtigen Beschimpfung und Verleumdung des bisherigen Lettlands und der bisherigen Staatsordnung beschäftigte sich in derselben ersten Sitzung der Saeima auch der Innenminister V. Lācis[44].

Durch „einstimmigen" Beschluss der Saeima wurde die „Deklaration über den Anschluss Lettlands an die Sowjetunion" angenommen. Die lange Deklaration (von der später noch näher die Rede sein wird) endete mit folgenden Worten[45]: „Auf den einstimmig ausgedrückten Willen des lettländischen Volkes sich stützend,

beschliesst die Saeima sich an den Obersten Rat der UdSSR mit der Bitte zu wenden, die Lettländische Sozialistische Sowjet-Republik unter denselben Bestimmungen, wie die sozialistische Sowjetrepublik Ukraine, Weissrussland und andere verbündete sozialistische Sowjetrepubliken, in den Bestand der Sowjetunion aufzunehmen.

Um die „Begeisterung" des Volkes über das Zeitgeschehen kundzugeben, wurden am Abend desselben Tages (am 21. Juli) in Riga und anderen Städten wieder Manifestationen veranstaltet. Die Saeima übersandte Stalin und Molotow Telegramme. Im Telegramm[46] an Stalin hiess es u. a.: „Unter Ihrer genialen Führung hat die Sowjetmacht die Ausbeutung, Arbeitslosigkeit und die Massenarmut in einem Sechstel der Welt vernichtet... Wir begrüssen Sie begeistert, geliebter Genosse Stalin, als unseren grossen und weisen Führer und Lehrer, als den Befreier des lettländischen Volkes, welches Sie von den Schrecken des Krieges, von Armut und vom Hunger gerettet haben."

Also *das Land der schrecklichsten Armut und des beständigen Hungers hatte das relativ reiche Lettland vor Hunger und Armut gerettet!* Wie in Wirklichkeit die „Armut" Lettlands und der „Reichtum" der Sowjetunion aussahen, das haben wir im IV. Kapitel dieser Abhandlung gesehen. Der lettländische Arbeiter verdiente einen dreimal höheren Reallohn als der sowjetrussische Arbeiter! Allein das zeigt schon die ganze Niederträchtigkeit der kommunistischen Behauptungen. Über die lügnerischen Daten der Bolschewisten über Lettland wird noch später ausführlich die Rede sein.

Am gleichen Tage (dem 21. Juli) wurde auch in Litauen und Estland die Sowjetmacht proklamiert. Es geschah alles nach einem Schnitt, so z. B. erklärte auch in Estland der kommunistische Redner, der über die Frage der Staatsgewalt sprach, genau dasselbe, was über Lettland gelogen wurde: „Die reaktionäre Regierung Estlands... interessierte sich nicht für den Wohlstand und die Sicherheit des Volkes, sie liess die Arbeiterklasse in grösster Not, in Arbeitslosigkeit und Hunger"[47].

12. Nationalisierung des Bodens und der grossen Unternehmungen.

Am nächsten Tage, am 22. Juli, wurden in der Sitzung der Saeima zwei neue Deklarationen „einstimmig" angenommen[48]: 1) Deklaration über die Bodenfrage in Lettland, und 2) Deklaration über die Nationalisierung der Banken und grossen Unternehmungen.

Die Erste bestimmte folgendes: *„Die Saeima erklärt den gesamten Boden nebst den Bodenschätzen, Wäldern, Seen und Flüssen als Eigentum des gesamten Volkes, d. h. als Staatseigentum. Die Bauern sollen nicht mehr als 30 ha Bodenfläche zur Nutzung haben.* Der Überschuss über diese festgesetzte Norm hinaus muss im Staatslandfonds verbleiben, um dem Staat zu ermöglichen, Landlose und Kleinbauern mit Land zu versorgen." — Nach dieser Deklaration *war kein Bauer mehr Besitzer seines Landes, auch der kleinste nicht.* Hatte eine Wirtschaft 40 ha, so wurden ihr 10 ha weggenommen; wer 100 ha besass, dem wurden 70 ha genommen.

Im Wortlaut der zweiten Deklaration hiess es: „Die Saeima ... beschliesst, die Nationalisierung der grossen Handels- und Industrieunternehmungen und Banken auf dem ganzen Territorium Lettlands zu verkünden. *Von diesem Augenblick an erklärt die Saeima alle grossen Unternehmungen des Handels, der Industrie und des Transportes als auch die Banken nebst dem Vermögen der Banken, als Volkseigentum, d. h. als Staatseigentum."* — Der Begriff der „grossen" Unternehmung wurde in der Deklaration nicht definiert. Die Regierung wurde beauftragt, unverzüglich ein Verzeichnis der zu nationalisierenden Unternehmungen und Banken zusammenzustellen. — Über diese zwei Deklarationen wird noch später ausführlich die Rede sein.

13. Versprechungen und Taten.

Bevor wir zur Betrachtung des letzten Aktes des Schauspiels der Verwandlung Lettlands in eine Sowjetrepublik übergehen, wird es interessant sein, sich an einige Worte, die am Vorabend der Wahlen, am 13. Juli, in einem Leitartikel[49] der grössten Zeitung Lettlands

10. Ministerpräsident A. Kirchensteins (auf der Tribüne) bittet am 3. August 1940 in Moskau auf der Sitzung des „Obersten Rates der UdSSR" um die Aufnahme Lettlands in die UdSSR. Unter der Tribüne steht die Delegation des bolschewistischen „Parlaments" Lettlands. Links von der Tribüne, ganz in der Ecke, sitzt I. Stalin.

11. Der Rat der Volkskommissare der Lettländischen SSR im August 1940. Von links nach rechts: in der ersten Reihe — Volkskommissar der Staatskontrolle B. Trubiņš, V. des Ackerbaus J. Vanags, V. der Justiz A. Jablonskis, der Vorsitzende V. Lācis, der Stellvertreter des Vorsitzenden F. Deglavs, V. des Innern A. Noviks, V. der Volksaufklärung J. Lācis; in der zweiten Reihe — V. der sozialen Sicherstellung A. Nurža, V. der Leichtindustrie K. Šics, V. der Arbeit L. Kažemaks, V. der Kommunalwirtschaft J. Jagars, V. der Forstindustrie J. Gustsons, V. des Handels J. Pupurs, V. der Lokalindustrie K. Karlsons, V. der Finanzen A. Tabaks.

geschrieben waren, zu erinnern. Der Aufsatz hiess: „Der geschichtliche Augenblick ist gekommen! Morgen gehen alle zu den Wahlurnen!" In diesem Artikel wurde betont:

„Einige von den Gegnern des „Lettländischen Blocks des werktätigen Volkes" sind sehr traurig darüber, dass in der Deklaration des Blocks die Forderungen über die Enteignung des Bauernlandes, über die unverzügliche Anschliessung Lettlands an die Sowjetunion usw. nicht aufgenommen sind. Darum *erfinden* sie diese Forderungen und schrecken damit die Bauern."

Aber acht bis neun Tage später, am 21. und 22. Juli, war Lettland schon Sowjetrepublik und hatte die Moskauer Regierung gebeten, Lettland in die Sowjetunion aufzunehmen; kein Bauer war mehr Besitzer seines Landes, die „grossen" (in Wirklichkeit auch ganz kleine!) Unternehmungen der Industrie, des Handels u. a. waren nationalisiert, enteignet! Solchen Wert hatten die Versprechungen der Bolschewisten! Alles war nur Betrug und Lüge gewesen, das Volk musste beruhigt und zu den „Wahlurnen" gelockt werden.

14. Der letzte Akt des Schauspiels. — Der „Segen" des Asiaten.

Der letzte Akt des Schauspiels der Verwandlung des Freistaates Lettland in eine Sowjetrepublik und die Einverleibung Lettlands in die Sowjetunion wurde in Moskau aufgeführt. Die Saeima beschloss, nach Moskau eine besondere Delegation von 20 Deputierten zu senden, um die Sowjetunion zu „bitten", Lettland in die Union aufzunehmen. Dasselbe taten auch die „Parlamente" Litauens und Estlands. Die Zeitungen erschienen in grosser Aufmachung, die lettländische Delegation wurde feierlich von den Arbeiterdelegationen zum Bahnhof platz begleitet und Reden wurden gehalten. In einer Zeitung war im Leitartikel „Nach Moskau!" folgendes geschrieben[50]: „Man stelle sich nur vor, was das bedeutet — die Delegation Sowjet-Lettlands fährt nach Moskau. Ja, was ist denn Moskau? — Die Hauptstadt der Sowjetunion, also das Herz des Landes des Sozia-

lismus. Ja, heute ist sie die Hauptstadt der Sowjetunion, eines Sechstels des Erdballs, aber *wir alle glauben und wissen, dass die Zeiten nicht mehr weit sind, dass Moskau die Hauptstadt der ganzen Arbeitswelt geworden sein wird.*"

Am 30. Juli fuhr die aus etwa 14 Kommunisten (fast alle in Lettland völlig unbekannte Persönlichkeiten, Arbeiter u. a.) und 6 „unparteiischen", „progressiven" (darunter ein paar ehemalige Sozialdemokraten, 1 General der lettländischen Armee, 2 Professoren und 3 Journalisten und Schriftsteller) Abgeordneten bestehende Delegation nach Moskau. Die „Bitten" der drei baltischen Staaten wurden auf der 7. Session des Obersten Rates*) der UdSSR (vom 1. Aug. — 7. Aug. 1940) besprochen und in derselben Reihenfolge, wie diese Staaten im Juni 1940 von der Sowjetunion vergewaltigt worden waren: zuerst kam Litauen an die Reihe, dann Lettland und zuletzt Estland. Am 5. August wurde Lettlands „Bitte" entschieden. Nach dem Berichte des Ministerpräsidenten Prof. A. Kirchenšteins (in dem er das bisherige „schreckliche" Schicksal der lettländischen Bevölkerung schilderte) und den Reden (voller Klagen und Geschimpf) noch einiger anderer Mitglieder der lettländischen Delegation, wurde das Wort dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Rates der Sowjetrepublik Usbekistan[51] — *Achunbabajew* — gegeben. Dieser Mann hielt seine Rede[52] in usbekischer Sprache, die später ins russische übersetzt wurde. Auch dieser Redner beschimpfte (nach dem üblichen Muster) die alte Regierung Lettlands (obgleich er sicher von Lettland keine Ahnung hatte!), verherrlichte das Sowjet-

*) Laut der „Stalinschen Verfassung" ist der Oberste Rat das höchste Organ der Staatsgewalt und der Gesetzgebung in der UdSSR. Er besteht aus zwei Kammern: dem Rate der Union und dem Rate der Nationalitäten. In den Rat der Union wird 1 Deputierter auf je 300.000 Einwohner „gewählt". Der Rat der Nationalitäten wird in den einzelnen Sowjetrepubliken „gewählt". Jede Republik wählt 25 Deputierten. Insgesamt waren damals im Rate der Union mehr als 500 Deputierten, im Rate der Nationalitäten fast ebenso viel. Die Fragen über die Aufnahme der baltischen Staaten in die Sowjetunion wurden auf der gemeinsamen Sitzung der zwei Räte erörtert.

regime und die Sowjetunion und rühmte die grossen „Errungenschaften" Usbekistans während der Bolschewistenherrschaft. „Das Volk der Usbeken wurde vor der Revolution ebenso unterdrückt, wie die Völker Lettlands, Litauens und Estlands in naher Vergangenheit unterdrückt worden waren... Usbekistan hat sich mit der brüderlichen Hilfe des grossen russischen Volkes, unter der Führung der Partei, der Regierung und persönlich des Genossen Stalin (lang dauernder Beifall), in eine vorwärtsschreitende blühende Republik verwandelt. In unserer Republik gab es keine Industrie, jetzt ist sie ausgebaut. Mehr als 99% aller Bauernwirtschaften sind in Kolchosen vereinigt, sie leben ein kulturelles, wohlhabendes Leben... Das Eintreten der baltischen sozialistischen Sowjetrepubliken in die Sowjetunion eröffnet auch für diese Staaten *glänzende Aussichten* des allseitigen Aufblühens der Industrie, der Landwirtschaft, der freien nationalen Entwicklung und des Aufstieges der nationalen Kultur." Zum Schluss erklärte der Redner, dass die Regierung der UdSSR ihn beauftragt habe, folgenden Gesetzentwurf der Session des Obersten Rates einzureichen: „... Der Oberste Rat... beschliesst: 1. Die Bitte der Lettländischen Saeima zu genehmigen und die Lettländische Sozialistische Sowjetrepublik in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken als gleichberechtigte unionistische sozialistische Sowjetrepublik aufzunehmen..."

Selbstverständlich wurde dieser Gesetzentwurf „einstimmig" angenommen. Mit dem „Segen" und der „Fürsprache" eines unbekannten Usbeken war Lettland in die Sowjetunion aufgenommen worden!

In derselben Session des Obersten Rates sprach auch Molotow und erklärte[53], dass durch das Eintreten der baltischen Länder in die Sowjetunion die Bevölkerungszahl der Union um 2.880.000 Einwohner Litauens, 1.950.000 Einwohner Lettlands und 1.120.000 Einwohner Estlands sich vergrössert habe. Ausserdem kommen noch 3.200.000 Einwohner Bessarabiens, mehr als 500.000 Einwohner der Nordbukowina und mehr als 13 Millionen Einwohner der Westukraine und Westweissrutheniens hinzu. Die Bevölkerungszahl der Sowjetunion sei so im

letzten Jahre um mehr als 23 Mill. Menschen vergrössert und die Union hätte jetzt insgesamt mehr als 193 Mill. Einwohner. *„Eine erstklassige Bedeutung hat die Tatsache, dass von jetzt an die Grenzen der Sowjetunion bis zu den Ufern des Baltischen Meeres getragen worden sind.* Dadurch bekommt unser Land eisfreie Häfen am Baltischen Meere, Häfen, die uns so notwendig sind."

Gleich nach der Aufnahme Lettlands in die Sowjetunion erhob sich in Riga und in ganz Lettland wieder ein grosses Geschrei in der Presse. Man organisierte „Manifestationen", man freute sich, man beschimpfte das bürgerliche Lettland, man rühmte die Sowjetunion, man sah für Lettland eine glänzende Zukunft gesichert. Es wurden Telegramme von der Partei und der Regierung an Stalin, Molotow, Timoschenko, Dimitrow (den Führer der Kommunistischen Internationale) gerichtet. Die Kommunisten hatten ja auch tatsächlich Grund sich zu freuen, weil sie ja alles plötzlich erreicht hatten. Aber sie schilderten diese ihre Freude als die Begeisterung ganz Lettlands, als die Begeisterung der ganzen Bevölkerung.

15. Die „Stalinsche Verfassung" in Lettland.

Am 25. August wurde in der Saeima „einstimmig" die Verfassung der Sowjetrepublik Lettland angenommen. Der „Vorsitzende der Verfassungskommission" der Saeima, der schon erwähnte Parteisekretär Ž. Spure, hielt eine Rede in der Saeima, in der er die frühere bürgerliche Verfassung mit der „Stalinschen Verfassung" verglich. Er erklärte[54]: „Die alte Verfassung, welche am 15. Februar 1922 angenommen worden war, wurde *ohne Teilnahme des Volkes* ausgearbeitet und angenommen und war gegen die Volksinteressen gerichtet. Sie war eine Verfassung von Kapitalisten und Grossgrundbesitzern."

Die Ursache dieses Urteils ist die, dass die legale „Arbeit" der kommunistischen Partei in Lettland nicht erlaubt war. Aber was sollte man mit den Kommunisten, mit den von der Moskauer Regierung erkauften Söldlin-

gen, mit Verbrechern, Betrügern, Fanatikern und Halbirrsinnigen anderes tun, als ihre Tätigkeit verbieten und sie bestrafen. Diese Leute wollten ja nicht, wie die übrigen politischen Parteien, die Bevölkerung überzeugen, sie wollten ja bei erster Gelegenheit die Staatsordnung in Lettland mit Gewalt und mit Blutvergiessen und Bürgerkrieg stürzen, die grosse Mehrheit der Bevölkerung quälen, ermorden und zu einer unmenschlichen Wirtschaftsordnung nach dem Muster der Sowjetunion zwingen. Es war natürlich, dass das Volk und der Staat sich vor solchen Leuten sichern mussten.

Die Verfassung vom Jahre 1922 wurde durch wirklich freigewählte Vertreter des Volkes ausgearbeitet und angenommen. 39% aller in den Wahlen der Konstituierenden Versammlung abgegebenen Stimmen wurden damals für die Sozialdemokraten abgegeben. Das war auch eine marxistische Arbeiterpartei; aber sie war den Kommunisten als Konkurrent verhasst (nach kommunistischer Terminologie waren die Sozialdemokraten die „Verräter" der Arbeiterklasse), und darum war auch die damals angenommene Staatsverfassung Lettlands für die Kommunisten schlecht, obgleich in den Wahlen von 1928 und 1931 auch Kommunisten unter der Maske der „Fraktion der linken Arbeiter und werktätigen Bauern" Eingang in das Parlament fanden und dort ihre Propaganda betreiben konnten.

Weiter kritisierte Spure denjenigen Paragraphen der alten Verfassung, laut welchem das Wahlrecht nur Personen, die das 21. Jahr überschritten hatten, besassen. „Dieser Paragraph verbot einer grossen Zahl der werktätigen Jugend, sich im politischen Leben aktiv zu beteiligen. Nach dem Entwurf der neuen Verfassung hat man das Recht an den Wahlen teilzunehmen und gewählt zu werden, wenn man das 18. Lebensjahr erreicht hat." — Die *Jugend* war ja diejenige Bevölkerungsgruppe (wenigstens ein Teil dieser Jugend), die die Bolschewisten am schnellsten mit ihrem Geschrei und ihren Phrasen über die Gerechtigkeitsideale verwirren, betören und verderben konnten.

Der Redner erzählte und behauptete noch verschiedene andere Dummheiten, Lügen und Unsinn über die

einzelnen Paragraphen der neuen Verfassung. Die neue Verfassung „sicherte" der Bevölkerung das Recht auf Arbeit, das Recht auf Bildung, die Wort-, Presse- und Versammlungsfreiheit, allerlei Rechte der Frau, die Alterspensionen usw. Die Verfassung war von der „Stalinschen Verfassung" abgeschrieben und nur mit einigen kleinen Änderungen, entsprechend der „ersten Stufe" der Bolschewisierung Lettlands, versehen worden. Der Privatbesitz an ganz kleinen Industrie- und Handelsbetrieben war nicht aufgehoben, und es fehlte z. B. noch der sowjetrussische Paragraph über die Kolchosen.

16. Die neue Sowjetregierung in Lettland.

Gleich nach der Annahme der neuen Verfassung wurde die neue Regierung — der „Rat der Volkskommissare" — gebildet und die Saeima bekam den Namen — „Oberster Rat" der Sowjetrepublik Lettland. Als „Volkskommissariate" (den früheren Ministerien ähnlich) galten in Lettland nach der Verfassung folgende: 4 Industrievolkskommissariate*) (der lokalen Industrie; der Leichtindustrie; der Forstindustrie; der Nahrungsmittelindustrie); Volkskommissariate der Finanzen, des Ackerbaus, des Handels, der Justiz, der inneren Angelegenheiten, des Gesundheitsschutzes, der Bildung, der Kommunalwirtschaft, der sozialen Sicherstellung, der Arbeit, der Staatskontrolle (Rechte eines Volkskommissars besass auch der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission). Auch die Bevollmächtigten der allunionistischen Volkskommissariate (aus Moskau) in Lettland waren gleichzeitig Mitglieder des lettländischen Volkskommissarenrates. Mit Ausnahme der Volkskommissariate der lokalen Industrie, der Bildung, der Arbeit, der Kommunalwirtschaft und der sozialen Sicherstellung, waren die übrigen Volkskommissariate nicht nur dem Volkskommissarenrate Lettlands, sondern

*) Später wurde das Volkskommissariat der Nahrungsmittelindustrie in zwei Volkskommissariate geteilt: 1) der Nahrungsmittelindustrie und 2) der Fleisch- und Milchindustrie.

auch den entsprechenden allunionistischen Volkskommissariaten in Moskau unterstellt; die genannten 5 Volkskommissariate waren direkt dem Volkskommissarenrate der Sowjetrepublik Lettland untergeordnet. — Einige frühere Ministerien des Freistaates Lettland — das Kriegsministerium, das Aussenministerium, das Verkehrsministerium, auch das Aussenhandelsdepartement — wurden liquidiert und an ihrer Stelle wurden keine Volkskommissariate organisiert, weil die Staatsverteidigung, die äusseren Angelegenheiten, die Verkehrsmittel (Eisenbahnen, Post, Telegraph, Handel, Flotte, Rundfunk) und der Aussenhandel nur die Kompetenz der zentralen, allunionistischen Volkskommissariate in Moskau war. Auch einige grossen Fabriken Lettlands, die als Unternehmungen der Schwerindustrie galten, wurden aus der Kompetenz der Volkskommissariate der Sowjetrepublik Lettland herausgenommen und direkt den entsprechenden Moskauer Behörden unterstellt. — Bald nach der „Aufnahme" Lettlands in die Sowjetunion reisten die ausländischen diplomatischen und konsularen Vertreter aus Lettland ab und die ausländischen Gesandtschaften wurden geschlossen. Am nächsten Tage nach der Annahme der „Stalinschen Verfassung" im bolschewistischen „Parlament" in Riga, erschien in der lettländischen Presse ein Befehl des Volkskommissars der Verkehrswege der UdSSR L. Kaganowitsch über die Umorganisierung der lettländischen Eisenbahnen in ein Bestandteil des Eisenbahnnetzes der UdSSR (zum Chef der „Lettländischen Eisenbahn" wurde ein Russe aus der Sowjetunion — Worobjow — ernannt). Am gleichen Tage (den 26. August) erschien in der Presse die Bekanntmachung des Bevollmächtigten des Volkskommissariates des Aussenhandels der UdSSR bei der Sowjetregierung Lettlands, dass alle vom ehemaligen Aussenhandelsdepartement des Finanzministeriums ausgegebenen Genehmigungen über den Aussenhandel ausser Kraft gesetzt seien.

Die lettländische Armee wurde laut Beschluss[55] des Volkskommissarenrates der Sowjetrepublik Lettland vom 27. August 1940 in das *„Territoriale Schützenkorps der Roten Armee"* umgenannt und in den Bestand des

Heeres des „Besonderen Baltischen Militärbezirks" eingegliedert. Die Kriegsflotte wurde der „Seemarine der Arbeiter und Bauern" übergegeben. Laut diesem Beschluss wurden die Bewaffnung, das Vermögen, die Gebäude und verschiedene Bauten der ehemaligen lettländischen Armee und des Kriegsministeriums, sowie die Archive aller dieser Behörden, der Leitung des „Besonderen Baltischen Militärbezirks" übergeben. Alle Soldaten und Offiziere des „Korps" mussten im Laufe von 2 Monaten den Kriegseid der Roten Armee leisten. Es hiess[56] im Text dieses Eides u. a.: „Ich schwöre ... bis zum letzten Atemzuge ... meiner Sowjetheimat und der Regierung der Arbeiter und Bauern treu zu sein. Immer bin ich bereit, dem Befehle der Regierung der Arbeiter und Bauern zu folgen und meine Heimat — die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu schützen ..." — Man kann sich vorstellen, mit welchen Gefühlen diesen Eid der grösste Teil der lettländischen Armee leistete, die aus Bauernsöhnen und lettischen Patrioten bestand und die jetzt gezwungen waren, einer ganz fremden und Lettland tief feindlichen Regierung — der „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken" Treue zu schwören und von dieser verhassten Regierung Befehle zu empfangen. Das war eine *tiefe Erniedrigung und Vergewaltigung des menschlichen Geistes.* Zwar wurde ein grosser Teil der Offiziere entlassen, aber nicht jeder, der es wünschte, konnte von der Armee weggehen, und die Demobilisierten, die kein Vermögen hatten und als Entlassene als politisch verdächtig galten und keinen anderen Posten bekommen konnten, gerieten in vielen Fällen in eine sehr kritische Lage.

Zum Vorsitzenden des Volkskommissarenrates wurde der Schriftsteller V. Lācis, der bisherige Innenminister (dieser Mann war später Mitglied des Zentralkomitees der Partei) bestellt. Die beiden Stellvertreter[57] des Vorsitzenden waren schon damals Mitglieder des Zentralkomitees der lettländischen kommunistischen Partei, zwei alte illegale Kommunisten (etwa 41 und 42 Jahre alt); einer von ihnen war gleichzeitig der Vorsitzende der neuen wichtigen bolschewistischen Staatsbehörde, der Staatlichen Plankommission; ei-

ner von ihnen hatte in Lettland eine Strafe von 4 Jahren Zwangsarbeiten hinter sich, der andere war im Jahre 1926 zu 6 Jahren Zwangsarbeiten, im Jahre 1939 wieder zu 8 Jahren Zwangsarbeiten verurteilt und nur im Juni 1940 auf Grund der Amnestie befreit worden; diese zwei Stellvertreter des Regierungschefs waren professionelle Kommunisten und Revolutionäre, haben auch einige Jahre in Sowjetrussland gelebt; der eine war in seiner Jugend in Lettland Gemeindesekretär, über den Anderen ist nichts genaues über Beruf und Bildung bekannt, man weiss nur, dass sein Vater ungelernter Arbeiter und seine Mutter Wäscherin gewesen sein soll. Zum Volkskommissar der lokalen Industrie wurde ein junger, 33 Jahre alter Ingenieur und Kommunist ernannt; der Volkskommissar der Leichtindustrie war ein Schuster; der Volkskommissar der Forstindustrie—ein ehemaliger Seemann; der Volkskommissar der Nahrungsmittelindustrie ein Volksschullehrer. Von 18 Mitgliedern des Volkskommissarenrates waren etwa 14—15 Kommunisten, davon waren 9 damals oder etwas später Mitglieder[58] des Zentralkomitees der Partei. Die übrigen 3—4 waren: 1 ehemaliger Sozialdemokrat, 1 „bürgerlicher" Lettgaller, 1 Schriftsteller*) und 1 junger Arzt. Nach ihrem früheren Berufe gegliedert, kann man die Mitglieder der Regierung folgendermassen einteilen: 2 Schriftsteller, 2 Ingenieure, 1 Arzt, 1 Schuster, 1 Seemann (der als Steuermann in der Handelsflotte gearbeitet hatte, aber wegen unzähliger Konflikte mit den Schiffsinhabern, denen gegenüber er die „Interessen der Seeleute" verteidigte, entlassen wurde und der die letzten 3 Jahre als Hafenarbeiter beschäftigt gewesen war), 1 Agronom (Diplomlandwirt), 1 Volkslehrer, 2 ehemalige Angestellte, 1 Eisenbahner; die übrigen hatten früher verschiedene und unbestimmte Beschäftigung, darunter waren auch Berufsrevolutionäre und von der Partei und Sowjetrussland in ihrer unterirdischen Zersetzungsarbeit subsidierte Leute.

*) Das war J. Lācis, der Volkskommissar der Bildung, der bald, nach einigen Monaten, plötzlich verabschiedet und verhaftet wurde und seitdem verschwunden ist (man sagte, dass er wegen irgendeines Ungehorsams erschossen worden sei).

Jeder Volkskommissar hatte einen oder zwei Stellvertreter, die grösstenteils kommunistische Letten aus der Sowjetunion waren, die in Lettland geboren waren und in ihrer Kindheit oder Jugend hier gelebt hatten, aber seit der bolschewistischen Revolution in Sowjetrussland gewohnt und dort verschiedene Posten bekleidet hatten und die mit der Tätigkeit der Sowjetbehörden vertraut waren. Später wurden in allen Volkskommissariaten Lettlands auch Russen aus der Sowjetunion für verschiedene hohe Ämter eingesetzt; manchmal waren sie Stellvertreter des Volkskommissars, manchmal Leiter verschiedener Abteilungen und Unternehmungen des Volkskommissariats. Einer dieser Russen war selbständiger Volkskommissar (der Fleisch- und Milchindustrie). Auch Juden der Sowjetunion waren vertreten.

Der ehemalige Ministerpräsident Prof. A. Kirchenšteins wurde zum Vorsitzenden des Präsidiums des zeitweiligen*) Obersten Rates ernannt[59] und mit seiner Unterschrift wurden alle „Dekrete" des „Obersten Rates" (des gesetzgebenden Organs) veröffentlicht. Wahrscheinlich sollte dieses den Eindruck machen, dass die Gesetze nicht ganz bolschewistisch seien und dass die Regierung nicht allein in den Händen der Bolschewisten sich befände, sondern dass dabei auch „Unparteiische" sich beteiligen. Diesem Zwecke dienten auch die anderen „bürgerlichen" oder „halbbürgerlichen" Marionetten, Mitglieder des Präsidiums des zeitweiligen Obersten Rates: die schon früher erwähnten zwei ehemalige Generale der lettländischen Armee (der eine war im Kabinett Kirchenšteins Kriegsminister, der andere Armeekommandeur gewesen; der letztere blieb auf dem Posten des Kommandeurs des „Territorialen Schützenkorps" bis zum Sommer 1941, als man ihn mit allen übrigen höheren lettischen Offizieren, die im Dienst waren, unter dem Vorwande „Kurse" zu besuchen, nach Moskau verschickte), ein Professor (es waren also im

*) Die im Juli gewählte Saeima wurde im August 1940 zum „zeitweiligen Obersten Rat" der Sowjetrepublik Lettland umbenannt; neue „Wahlen" in den „Obersten Rat" Lettlands fanden während der Bolschewistenherrschaft nicht statt; die Zeit war den Bolschewisten zu kurz.

Präsidium des Obersten Rates insgesamt zwei Professoren der alten Zeit), ein Journalist und 1 ehemaliger bürgerlicher Politiker aus der Provinz Lettgallen. Von den 14 Mitgliedern des Präsidiums des zeitweiligen Obersten Rates waren etwa 8 Kommunisten und 6 „Unparteiische" Aber die Letzteren hatten keine Bedeutung. Sie mussten die Posten bekleiden, weil ihre Namen den Zeitungslesern, den Studenten, der Armee, der Bevölkerung Lettgallens usw. einigermassen bekannt waren. Wie sich diese „bürgerlichen Elemente" in dieser ihrer „Rolle" fühlten, ist nicht genau bekannt (fast alle diese Personen sind zusammen mit den Kommunisten Ende Juni 1941 nach Russland geflüchtet). Vielleicht hat mancher am Anfang nicht gedacht, dass die Kommunistenherrschaft so schlimm und schrecklich für Lettland sein würde, aber es gab für diese Personen kaum einen Rückzug, sie mussten bis zum Ende mit den Kommunisten halten, denn sonst riskierten sie ihr Leben.

*

Obgleich das kleine Lettland nur in Frieden leben wollte und alle militärischen Forderungen der Sowjetunion im Herbst 1939 erfüllt hatte, war das der Moskauer Regierung dennoch nicht genug. Der Freistaat Lettland sollte ganz vernichtet werden! Mit brutaler Gewalt und ohne von seiten Lettlands dazu veranlasst worden zu sein, okkupierte die grosse Sowjetarmee das ganze Territorium Lettlands und zerstörte im Sommer 1940 den lettländischen Staat. Trotz unzähliger gegenteiliger Versprechungen und Versicherungen*) wurde von Juni bis

*) Auf der 5. ausserordentlichen Session des Obersten Rates der UdSSR in Moskau am 31. Oktober 1939 gab der Vorsitzende des Volkskommissarenrates und Aussenkommissar W. Molotow in seiner grossen Rede eine Übersicht über die Aussenpolitik der Sowjetregierung. Einen bedeutenden Platz in dieser Rede widmete er den Beziehungen zu den baltischen Staaten, die kurz vorher die Pakte der gegenseitigen Hilfe mit der UdSSR abgeschlossen hatten. Molotow betonte die gegenseitige „Freundschaft" und unterstrich das „Vertrauen" zwischen der Union und den baltischen Staaten. Er behauptete u. a.: „Der spezielle Charakter der erwähnten Pakte bedeutet gar keine Einmischung der Sowjetunion in die

August 1940 im schnellsten Tempo die Bolschewisierung Lettlands durchgeführt. Gegen den Willen der erdrükkenden Mehrheit der lettländischen Bevölkerung wurde die Verwandlung Lettlands zum Bestandteile der Sowjetunion durchgeführt. Die Mittel, die man zur Erreichung dieses Zweckes verwendete, waren Lügen, Betrug, Drohungen und Vergewaltigungen. Es sollte der Eindruck erweckt werden, dass die Bevölkerung „freiwillig" und mit „Begeisterung" die Bolschewisierung ihres Landes wünsche. Es fanden sich Leute ein, selbst aus lettischen „bürgerlichen" Kreisen, die sich an dieser von den Bolschewisten aufgeführten abscheulichen Komödie aktiv beteiligten. Das lettische Volk schien verloren, auf ewige Zeiten der grausamsten Unterdrückung, dem Hunger, der hoffnungslosen und grenzlosen Armut, dem physischen, materiellen und geistigen Untergang verfallen zu sein.

Angelegenheiten Estlands, Lettlands und Litauens, wie das die ausländischen Zeitungen darzustellen sich bemühen. Ganz im Gegenteil, die... Pakte... präzisieren strikt die Unantastbarkeit der Souveränität der vertragschliessenden Staaten und das Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten des Partners... *Wir sind für die ehrliche und genaue Durchführung der abgeschlossenen Pakte und erklären, dass das Geschwätz über eine Sowjetisierung der baltischen Staaten nur unseren gemeinsamen Feinden und verschiedenen der Sowjetunion feindlich gesinnten Provokateuren vorteilhaft ist.*" (Jaunākās Ziņas vom 1./XI. 1939). — Nach einigen Monaten erkannten jedoch die baltischen Staaten den wahren Wert der Deklaration des Chefs der Sowjetregierung!

VII.

Zwei bolschewistische Lügendokumente

Schon in den vorigen Kapiteln sind verschiedene Lügen und betrügerische Behauptungen der Bolschewisten in Lettland im Sommer 1940 erwähnt und näher erklärt worden. Auch in den nächsten Teilen dieser Abhandlung wird noch hierüber die Rede sein. In diesem VII. Kapitel werden nur zwei bolschewistische Lügendokumente betrachtet: 1) die am 5. August 1940 in Moskau, im Kreml, in der Sitzung des Obersten Rates der UdSSR gehaltene „historische" Rede des Ministerpräsidenten Lettlands A. Kirchensteins, wo er die Bitte der lettländischen Saeima um die Aufnahme Lettlands in die Sowjetunion begründet, und 2) eine Broschüre, die in Moskau im August 1940 über Lettland herausgegeben worden ist.

1. Eine Rede im Kreml.

„Die Jahrhunderte langen Leiden des lettländischen werktätigen Volkes sind zu Ende, die finstere Erzählung über das, wie die Reichen, die Kapitalisten, die Gutsbesitzer, die Kulaken und die Barone, die englischen und französischen Bankiers und Spekulanten, die das Blut des Volkes saugten und das Volk unmenschlich unterdrückt haben, ... ist der Geschichte übergeben" ... — Mit solchen Worten[1] wurde die Geschichte Lettlands charakterisiert. Es wurde sogar auf die Schrecken der längst vergangenen Leibeigenschaft zurückgegangen, um so die Vergangenheit Lettlands ganz schwarz zu machen, um dann die endgültige „Befreiung"

durch die Sowjetunion desto erschütternder und das „Glück" der lettländischen (und auch der sowjetrussischen!) Bevölkerung desto fabelhafter erscheinen zu lassen.

Die bisherige Lage des „Proletariats" in Lettland wurde in der Rede folgendermassen charakterisiert[2]: *„Das Proletariat Lettlands litt an Arbeitslosigkeit und hungerte.* Hierdurch bereicherte sich das Häuflein der Reichen — der Kapitalisten, Bankiers und Grossgrundbesitzer — unter dem Schutze und der Protektion der alten Regierungen, auf Kosten des Volkes, auf die... schamloseste Weise. Darum sanken während der Herrschaft der alten Regierungen in Lettland die Geburtenziffern systematisch und der Zuwachs der Bevölkerung fiel. Nach statistischen Daten, war im Jahre 1935 in den Städten Lettlands statt des natürlichen Zuwachses der Bevölkerung sogar ein *Aussterben der Bevölkerung* zu beobachten. Der Überschuss der Sterbefälle im Vergleich mit den Geburten betrug 3,3 Personen auf je 10.000 Personen, in Riga sogar 4".

a) Ist der Freistaat Lettland wirklich ein Hungerland gewesen?

Arbeitslosigkeit und Hunger in Lettland waren die beliebtesten und niederträchtigsten Behauptungen in Reden und Schriften der Kommunisten. Wie war es in Wirklichkeit mit dem „Hunger" und der „Arbeitslosigkeit" in Lettland während des Bestehens des den Bolschewisten so verhassten Freistaates Lettland bestellt? Im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise war auch in Lettland in den Jahren 1931 und 1932 eine Einschränkung der Industrieproduktion und Verminderung der Anzahl der Beschäftigten zu beobachten. Aber in den folgenden Jahren und bis zum gegenwärtigen Weltkriege vergrösserten sich die Arbeiterzahl und die Produktion in der Industrie immer mehr. Die Einfuhr ausländischer Industrieerzeugnisse wurde eingeschränkt, die Kaufkraft der Bauern befestigt und vergrössert und eine umfangreiche staatliche Bautätigkeit betrie-

ben. Alles das gab der lettländischen Industrie neue Arbeitsmöglichkeiten und *die Zahl*[3] *der in der Industrie Beschäftigten stieg von 61.000 im Jahre 1932 (und 72.000 im Jahre 1930, vor der Krise) bis auf 117.000 im Jahre 1938. In sechs Jahren also fast eine Verdoppelung!* In Lettland herrschte nicht Arbeitslosigkeit, sondern *Arbeitermangel!* Das beweist die Tatsache, dass *etwa 30.000 ausländische Arbeiter in der lettländischen Landwirstchaft beschäftigt wurden.* Die Industrialisierung, der Aufschwung der Industrie, war so stark, dass ein grosser Arbeitermangel in Lettland entstand. Diese den Kommunisten unangenehme Tatsache erwähnten die Kommunisten mit keinem Wort! Zwar wurde die Tätigkeit der Industrie am Anfang des Krieges etwas eingeschränkt, sodass im Mai 1940 11.000 Menschen, nicht volle 10%, weniger in der Industrie arbeiteten[4] als im Mai 1939, vor dem Kriege. Ausserdem war die Arbeitszeit in manchen Betrieben verkürzt. Das stand im Zusammenhang mit den durch den Krieg hervorgerufenen Störungen des lettländischen Aussenhandels, der Einfuhr der Rohstoffe und der Ausfuhr der Industrieerzeugnisse. Aber auch für diese Arbeitslosigkeit gab es einen einfachen Ausweg, denn auf dem Lande fehlten Arbeiter.

Vom Hunger in Lettland wagten die Agenten desjenigen Landes zu sprechen, in dem der Fleischverbrauch im Jahre 1932 nur 14 kg, im Jahre 1938 21 kg, wo der Verbrauch der Milch und der Milchprodukte in denselben Jahren nur 130 und 170 kg Milch pro Kopf der Bevölkerung betrug! In Lettland war der Fleischverbrauch viermal bis sechsmal grösser, der Milchverbrauch dreimal bis viermal grösser als in der Sowjetunion. In Lettland verbrauchte man etwa 85 kg Fleisch und fast 600 kg Milch (einschliesslich auch Milchprodukte) pro Kopf der Bevölkerung (nähere Angaben — siehe Kapitel IV). Auch der Verbrauch der Fische, des Zuckers und anderer Nahrungsmittel war in Lettland viel reichlicher. Die Bevölkerung der Sowjetunion hatte häufig nicht genug Brot und Kartoffeln zum Essen; viele Millionen Menschen waren während der Bolschewistenherrschaft an Hunger und Epidemien gestorben, im

Freistaate Lettland jedoch ist kein Mensch vor Hunger gestorben. Jeder, der arbeiten wollte, konnte sich reichlich ernähren, wenigstens im Vergleich mit der Sowjetunion (aber auch, wie schon erwähnt, im Vergleich mit vielen anderen Staaten). In Lettland brauchte keiner zu hungern.

Wie schon im Kapitel IV geschildert, war der Reallohn des lettländischen Arbeiters etwa zweimal bis dreimal grösser als der Lohn des sowjetrussischen Arbeiters.

Und dennoch schrieen die Kommunisten über „Hunger" in Lettland; und das geschah im Zentrum des wirklichen Hungerlandes — in Moskau — und wurde von „Vertretern" des lettischen Volkes behauptet!

b) Das „Aussterben" der Bevölkerung in Lettland.

Dass in Riga im Jahre 1935 kein Geburtenüberschuss gewesen ist, ist wahr. Auf jede 10.000 Einwohner sind 4 mehr gestorben als geboren wurden[6]. Für die Jahre 1933 und 1934 hätten die Kommunisten jedoch noch „bessere" Zahlen finden können: im Jahre 1933 starben in Riga 6, im Jahre 1934 sogar 17 Menschen mehr als geboren wurden (auf 10.000 Einwohner). Für das Jahr 1934 hätten also die Bolschewisten viermal grössere, „erschütterndere" Zahlen angeben können, als für das Jahr 1935, aber die bolschewistischen Propagandaleute arbeiteten schlecht und oberflächlich. In den Jahren 1936—1938 (auch in den Jahren 1921—1932, mit Ausnahme des Jahres 1929) war in Riga jedoch ein Geburtenüberschuss zu verzeichnen: im Jahre 1936 — 4, 1937 — 3, 1938 — sogar 19 auf je 10.000 Einwohner.

Der niedrige Geburtenüberschuss in den einzelnen Jahren hat aber seine Erklärung nicht in der „schädlichen" Tätigkeit der bürgerlichen Regierungen, wie die Bolschewisten es behaupteten, sondern die Ursache war eine zunehmende, bewusste Beschränkung der Kinderzahl in den städtischen und auch in ländlichen Familien. Diese bewusste Beschränkung der Familiengrösse stand nicht im Zusammenhange mit einer zunehmenden Ar-

12. Das Präsidium des zeitweiligen Obersten Rates der LSSR (des „gesetzgebenden" Organs Sowjet-Lettlands). Von links nach rechts: in der ersten Reihe Mitglied des Präsidiums O. Auguste, der Sekretär des Präsidiums P. Blaus, der Stellvertreter des Vorsitzenden A. Upīts, der Vorsitzende des Präsidiums Prof. A. Kirchenšteins, Stellvertreter des Vorsitzenden P. Plēsums. Mitglied des Präsidiums R. Dambītis; in der zweiten Reihe — Mitglieder des Präsidiums J. Niedre, Ž. Spure (der zweite Sekretär des Zentralkomitees der LKP), K. Gailis, J. Pabērzs und R. Kļaviņš.

15. Landvermessungsarbeiten für die bolschewistische Agrarreform in Lettland im Sommer 1940.

mut*), sondern im Gegenteil, gewöhnlich mit der zunehmenden Wohlhabenheit der Bevölkerung. Fast überall in der Welt sind die Geburtenziffer und der Geburtenüberschuss gewöhnlich gerade bei den ärmsten und ungebildetsten Völkern und Staaten oder Bevölkerungsgruppen am grössten. Auch in der Stadt Riga war die Geburtenziffer nicht in den ärmsten Stadtvierteln (wo, nach der bolschewistischen Behauptung, Arbeiter von „Kapitalisten" und der „plutokratischen" Regierung so furchtbar unterdrückt und „ausgebeutet" wurden), sondern in den wohlhabendsten**) Vierteln am niedrigsten (dasselbe ist auch in ausländischen Grosstädten festgestellt worden). Die amtliche Statistik der Stadt Riga zeigt, dass in Polizeibezirken, die von „Reichen" bewohnt werden, die Geburtenziffer viel niedriger gewesen ist als in Polizeibezirken, die von der Mittelschicht und den „Armen" bewohnt werden. Auf je 1000 Einwohner wurden in Riga geboren:[6]

	Im Jahre 1924/25	Im Jahre 1929/30
In den „reichen" Bezirken	8,6	8,1
„ „ „mittleren" Bezirken	15,1	11,9
„ „ „armen" Bezirken	21,9	19,3
Im Durchschnitt	16,0	14,4

Die Geburtenziffer in den „armen" Bezirken war mehr als zweimal grösser als in den „reichen" Bezirken der Stadt Riga. Mit zunehmender Wohlhabenheit ist die Geburtenziffer in der ganzen Welt gesunken.

c) Fälschung der Zahl der „armen" Bauern in Lettland.

Ein beliebter Kniff der bolschewistischen Propaganda war in verschiedenen Reden und Schriften der Vergleich der Zahl der „armen" Bauernwirtschaften

*) Nur in Jahren schwerer wirtschaftlichen Krisen, bei grosser Arbeitslosigkeit und in Kriegsjahren kann dieses der Fall sein.

**) Die Gruppierung der Polizeibezirke nach dem materiellen Wohlstande ihrer Bevölkerung ist nach der durchschnittlichen Wohnungsgrösse und der Wohndichte in den einzelnen Polizeibezirken durchgeführt worden.

und der den „armen" Bauern gehörenden Bodenfläche mit der Gesamtzahl der Bauernwirtschaften und der gesamten Bodenfläche aller Bauernwirtschaften. Je grösser der erste von diesen zwei Prozentsätzen und je kleiner der entsprechende andere Prozentsatz war, desto besser war es für die Bolschewisten. Ihre Absicht war zu zeigen, dass eine erdrückende Mehrheit der Bauern nur einen relativ kleinen Teil des gesamten Bodens besitzt, dass der grösste Teil des Bodens in den Händen von einer kleinen Zahl von Grossbauern sich befindet, dass der landwirtschaftliche Boden sehr „ungerecht" verteilt ist. Z. B. finden wir in der Rede Kirchensteins' in Moskau folgende Stellen[7]: *„Mehr als 60% der Bauernwirtschaften fristeten kümmerlich ihr Leben,* weil den Bauern Land fehlte oder das Land zu klein war, und weil die Bauern kein Arbeitsvieh und landwirtschaftliches Inventar besassen. Das Arbeitsbauerntum Lettlands schmachtete unter dem Joche der Kapitalisten, Kulaken und Barone, und war der zügellosesten*), grausamsten, unmenschlichsten Ausbeutung unterworfen... Bisher war der Landfonds in Lettland so verteilt, dass *von insgesamt mehr als 270.000 Wirtschaften etwa 180.000 Wirt-*

---

*) Diese Rede Kirchensteins' in der Sitzung des Obersten Rates der UdSSR in Moskau wurde in lettischer Sprache gehalten und dann von einem anderen Mitglied der lettländischen Delegation ins Russische übersetzt (weil ja die lettische Sprache keiner oder fast keiner der Anwesenden verstand). Wenn man den lettischen Text dieser Rede (gedruckt in der Zeitung „Jaunākās Ziņas" am 6. August 1940) mit dem russischen Text (gedruckt in der genannten amtlichen Ausgabe des Obersten Rates der UdSSR in Moskau), vergleicht, so fallen einige *Unterschiede* auf. Z. B. lautet die soeben zitierte Stelle im lettischen Texte: „Das Arbeitsbauerntum... war einer unwürdigen Ausbeutung unterworfen". Statt des Wortes „unwürdigen" finden wir im russischen Text die Worte: „zügellosesten, grausamsten, unmenschlichsten". Man kann vermuten, dass für die Moskauer Hörer der lettische Ausdruck von den Zensoren dieser Rede als zu schwach gefunden wurde. In Moskau und überhaupt in der Sowjetunion wurden ja immer die „kräftigsten" Worte gegen die Gegner gebraucht. Und man musste der Bevölkerung der Sowjetunion die bisherige Lage des lettländischen Volkes so schrecklich wie möglich darstellen. Denn dadurch wurde der Verdienst der „Befreierin" — der Sowjetunion — grösser! Der lettische Text der Rede war nicht so wichtig, weil ja fast niemand diese Sprache in Moskau verstand.

schaften, d. h. mehr als 60%, kein Land oder sehr wenig Land besassen... In der gleichen Zeit waren in den Händen der Kulaken, der sogenannten „grauen Barone", etwa zwei Drittel des gesamten Arbeits- und Nutzviehs und fast das ganze landwirtschaftliche Inventar (mehr als 85%) konzentriert."

Also 180.000 Bauernwirtschaften konnten kaum existieren, weil sie kein Land oder zu wenig Land besassen. Wenn wir die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Zählung vom Jahre 1935 näher betrachten, so finden wir folgende Zahlen:[8]

Betriebsgrösse ha	Zahl der Betriebe	%	Gesamte Bodenfläche ha	%
Bis zu 1 ha (einschl.) .	44.078	16,0	13.669	0,3
1 — 2	11.611	4,2	17.665	0,4
2 — 5	22.878	8,3	79.437	1,8
5 — 10	44.089	16,0	336.081	7,5
10 — 15	39.689	14,4	495.226	11,0
15 — 20	38.167	13,8	666.558	14,9
20 — 30	35.448	12,9	843.758	18,8
30 — 50	24.302	8,8	947.737	21,1
50 — 100	14.365	5,2	936.182	20,9
Mehr als 100	1.071	0,4	151.277	3,4
Insgesamt . .	275.698	100,0	4.487.600	100,0

Auf Grund dieser Zahlen konnten also die Bolschewisten errechnen, dass in Lettland 180.000 Bauernwirtschaften oder 60% „kein oder wenig" Land besassen. Wenn man die Zahl der Betriebe mit einer Fläche bis zu 15 ha zusammenzählt, bekommt man etwa 162.000, was rund 59% der Gesamtzahl der Betriebe ausmacht. In der Rede Kirchensteins' in Moskau war die Zahl 180.000 genannt. Vielleicht hatte er einen Teil der Gruppe mit 15—20 ha Land hinzugerechnet. Die „Methode", wie die Bolschewisten zu den erwähnten Zahlen gelangt sind, ist nicht genau bekannt.

Die Bolschewisten konnten errechnen, dass 59% der Gesamtzahl der Bauernbetriebe (die „armen" Bauern) nur 21% der gesamten Landfläche aller Bauernbetriebe besassen und dass Betriebe mit mehr als 30 ha nur 14% der Bauernbetriebe ausmachten, aber 45% der

gesamten Landfläche inne hatten. Der Vergleich dieser zwei Angaben sollte die grosse „Ungerechtigkeit" der „bürgerlichen" Verteilung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes in Lettland zeigen. — Nach der Berechnung Kirchensteins' waren die „Kulaken" oder „grauen" Barone bereits diejenigen Bauern, die mehr als 15 oder mehr als 20 ha Land besassen (obgleich das bolschewistische Parlament Lettlands Bauern mit bis 30 ha Land als ehrliche „Arbeitsbauern" annerkannt hatte). Wahrscheinlich musste im vorliegendem Falle in Moskau, im „Obersten Rate", die grösstmöglichste Kulakenanzahl vorgetragen werden, um so die „unmenschliche" Ausbeutung der „armen" Bauern zu „beweisen".

Wenn wir die Zahlen der Tabelle näher analysieren, so erweist es sich, dass die durchschnittliche Grösse der angegebenen Betriebe bis 1 ha Land nur etwa 0,3 ha, die durchschnittliche Grösse der Betriebe mit 1—2 ha Land nur etwa 1,5 ha ist. Von den genannten winzigen Betrieben (bis 1 ha Land) befinden sich[9] auf dem Lande nur 11.595 (26%), der grösste Teil dieser Betriebe jedoch — 32.483 (74%), — ist in den *Städten* zu suchen. Auch viele Betriebe (2469 = 21%) mit 1—2 ha Land befinden sich ebenfalls in den Städten. *Diese zwei Gruppen, diese 55.000 Betriebe, die 20% der Gesamtzahl der Betriebe ausmachten, waren gar nicht Bauernbetriebe, sondern grösstenteils städtische Gemüsegärten,* die mit Kartoffeln und Gemüse bebaut wurden. Das Haupteinkommen der Besitzer dieser kleinen Flächen war nicht Landwirtschaft, sondern ein ganz anderer Beruf, sie waren Handwerker, Angestellte, Staatsbeamte, Händler, auch Arbeiter und Mitglieder der freien Berufe. Es ist ja auch klar, dass in den Städten keine richtigen Bauernwirtschaften sein können, solche können dort nur ausnahmsweise vorkommen. Auch auf dem Lande besitzen viele Handwerker, Händler und andere ein kleines Landstück. Dass diese 55.000 Betriebe „wenig Land" haben, ist keine „Ungerechtigkeit" und „Ausbeutung", sondern eine natürliche Erscheinung. Es ist vom sozialpolitischen Standpunkt gerade wünschenswert, dass eine möglichst grosse Anzahl Städter eine kleine Fläche

Land besitzt, aber diese Flächen können und brauchen gar nicht gross zu sein.

Wenn man die 55.000 ganz kleinen Betriebe fortfallen lässt, bleiben von den genannten 180.000 Bauernbetrieben, die „kein oder wenig Land" und „kein Arbeitsvieh und landwirtschaftliches Inventar" besitzen, nur noch 125.000 nach. Die bolschewistische Lüge über die enorme Anzahl der von ihnen so geliebten „armen" Bauern bekommt hierdurch einen starken Schlag. Es ist ja auch klar, dass Betriebe, die hauptsächlich in den Städten liegen und die eine durchschnittliche Grösse von 0,3 ha oder 1,5 ha haben, *kein Pferd und keine landwirtschaftlichen Maschinen oder grosse Geräte (Pflüge usw.) brauchen.*

d) Die wirkliche Lage der Landarbeiter.

Nach der Rede Kirchensteins' in Moskau wurden „Arbeitsbauern" im Freistaate Lettland „grausam und unmenschlich" von den „Kapitalisten, Kulaken und Baronen" ausgebeutet: „Die schwere wirtschaftliche Lage des Arbeitsbauerntums zwang Hunderte und Tausende von Bauern, die eigenen Wirtschaften zu verlassen. Durch die Not getrieben, waren sie gezwungen den Erwerb ausserhalb*) der Heimat zu suchen und zu den Kulaken als Knechte arbeiten zu gehen. Die Verstärkung der Ausbeutung der Knechte durch die Kulaken fand ihren Ausdruck *im starken Sinken des Lohnes der Landarbeiter und in der Verlängerung des Arbeitstages bis zu 16—18 Stunden.*"

Die „traurige" Lage der lettländischen Bauern ist bereits im Kapitel IV geschildert worden. Wie dort gezeigt, ist die landwirtschaftliche Produktion der Bauern Lettlands pro Kopf mindestens**) zweimal grösser ge-

*) Hier sind augenscheinlich die Kleinbauern Lettgallens und ihre Familienangehörigen gemeint, die jedes Jahr nach den übrigen Teilen Lettlands als Saisonarbeiter fuhren.

**) Wenn man der Sowjetstatistik etwas Glauben schenken darf! In Wahrheit sind die landwirtschaftliche Produktion und das Lebensniveau der Bauern in der Sowjetunion vielleicht noch bedeutend niedriger gewesen, als in den amtlichen Daten angegeben.

wesen, als die Produktion der Bauern der Sowjetunion. Der Nahrungsmittel- als auch der Kleiderverbrauch und der Verbrauch anderer Erzeugnisse stand in den Bauernfamilien Lettlands auf einer ganz anderer Höhe als der Verbrauch dieser Sachen in den Bauernfamilien der Sowjetunion. Dass die Provinz Lettgallen im Vergleich mit den übrigen Gebieten Lettlands wirtschaftlich und kulturell stark zurückgeblieben war, ist ein Ergebnis der jahrhundertelangen eigenartigen geschichtlichen Entwicklung dieser Provinz. Aber die Bauernfamilien in Lettgallen hatten die Möglichkeit, ihr Einkommen durch Arbeit im übrigen Lettland — in der Landwirtschaft, aber auch in der Bautätigkeit und Industrie — zu ergänzen. Der Arbeitermangel, besonders auf dem Lande, war ja in den letzten Jahren gross.

Ein durchschnittlicher männlicher Jahreslandarbeiter verdiente[10] in Lettland im Jahre 1940 (am Vorabend der Bolschewisteninvasion) Ls 600 bar bei freier Verpflegung, eine Jahreslandarbeiterin Ls 460. Für seinen jährlichen Geldlohn konnte der Jahreslandarbeiter in Riga im Mai 1940 etwa 400 kg frisches Schweinefleisch oder 200 kg Exportbutter oder 8 der billigsten Wollanzüge, oder 30 Paar Chromlederschuhe kaufen, denn die Kleinhandelspreise waren in Riga im Mai 1940 folgende:[11] frisches Schweinefleisch kostete Ls 1,50 je Kilogramm, Butter Ls 3,00, der billigste Wollanzug Ls 75, ein Paar billigster Chromlederschuhe Ls 20. In Moskau hätten dieselben Mengen im Frühling 1940 etwa folgende Summen gekostet: Schweinefleisch 6000 Rubel, Butter 5000 Rubel, Anzüge 8000—10.000 Rubel, Schuhe 7500 Rubel, denn die Preise in den Staatsgeschäften in Moskau waren im April 1940 folgende:[12] Schweinefleisch 15 Rubel Kilogramm, Butter 25 Rub., Anzug — mindestens 1000 Rubel und ein Paar Schuhe — mindestens 250 Rubel. Es sei noch betont, dass die Nahrungsmittelpreise auf den „Kolchosmärkten"[13] viel höher als die soeben genannten waren, so kostete z. B. Schweinefleisch etwa 22 Rubel kg, Rindfleisch — 17 Rubel (statt 9,50 Rubel in Staatsgeschäften). Die Warenvorräte in den Staatsgeschäften waren ungenügend, und die städtische Bevölkerung musste auch

etwas auf den „Kolchosmärkten" (wo die Kolchosbauern die „Überschüsse" ihrer Produktion absetzten) kaufen. — Die durchschnittlichen Löhne der Arbeiter in der Sowjetunion waren im April 1940: die Löhne unqualifizierter Arbeiter 250—300 Rub. im Monat, die Löhne qualifizierter Arbeiter etwa 450 Rubel. Also verdiente der lettländische Landarbeiter (nach den Preisen der genannten Produkte und Waren gerechnet) im Jahre in bar fast den zweijährigen Lohn des ungelernten sowjetrussischen Arbeiters. Aber ausserdem bekam der lettländische Landarbeiter vom Bauern noch die volle Verpflegung, deren Wert etwa dem Geldlohne gleich war. *Insgesamt bekam also der lettländische Landarbeiter wenigstens einen dreimal grösseren Reallohn als der ungelernte Arbeiter der Sowjetunion.*

Die Löhne der Landarbeiter konnten ja auch gar nicht niedrig sein, denn in Lettland herrschte ein grosser Landarbeitermangel. Man war gezwungen, alljährlich etwa 50.000 polnische und litauische Landarbeiter aus dem Auslande kommen zu lassen. Diese ausländischen Landarbeiter bekamen in Lettland einen viel höheren Lohn und eine viel bessere Verpflegung als in ihrer Heimat. *Die Löhne der Landarbeiter stiegen in den letzten Jahren vor dem Kriege besonders hoch,*[14] so z. B. verdiente der Jahresknecht im Jahre 1938/39 einen durchschnittlichen Geldlohn von Ls 475 (bei freier Verpflegung und Wohnung), im Jahre 1939/40 Ls 547, im Jahre 1940 Ls 591; die Jahresmagd verdiente entsprechend 363, 427 und 463 Lats im Jahre (zwar waren wohl in diesem Zeitabschnitt auch die Preise einiger Waren etwas gestiegen). Von einem „scharfen Fallen" der Landarbeiterlöhne kann also gar keine Rede sein.

Die tatsächliche Länge des Arbeitstages betrug in der Landwirtschaft nicht 16—18 Stunden, sondern durchschnittlich das ganze Jahr hindurch (nach den Ergebnissen der landwirtschaftlichen Buchhaltung[15] in den Jahren 1932—37) 10,3 Stunden. Freilich war die Arbeitszeit im Juni und Juli länger und betrug durchschnittlich etwa 12,5 und 12,6 Stunden (im Dezember jedoch nur 8 Stunden). Aber diese langen Stunden hin-

durch arbeiteten nicht nur die Landarbeiter, sondern auch die Bauern und ihre Familienangehörigen selbst; letztere häufig noch länger und anstrengender als die Landarbeiter.

e) Die wirkliche Stimmung der Bevölkerung in Lettland im Sommer 1940.

A. Kirchensteins hob weiter in seiner Rede in Moskau den grossen „Wahlsieg" des „Blocks des werktätigen Volkes" (es hätten 97,6% aller abgegebenen Stimmen für den „Block" gestimmt) hervor und sagte:[20] „Der glänzende Sieg in den Wahlen am 14.—15. Juli d. J. war ein krasser Beweis nicht nur für den flammenden Hass gegen die Unterdrücker des lettländischen Volkes, ... nicht nur eine Äusserung des grossen Strebens, die Staatsverfassung ... im Einklang mit den Interessen des Volkes zu organisieren, sondern auch ein Beweis der grossen Freundschaft zur Sowjetunion, deren Beispiel und heldenhafte Taten im Kampfe für den Sozialismus immer das ganze lettländische Volk begeistert haben."

Aber manchmal bekannten sogar die Bolschewisten selbst, dass die „Begeisterung" der Bevölkerung über die Bolschewisierung Lettlands in Wirklichkeit viel kleiner war, als in Moskau und in Lettland erzählt wurde. So z. B. lesen wir gleich nach der Aufnahme Lettlands in die Sowjetunion, am 9. August 1940, in einem Leitartikel der bolschewistischen Presse[21] in Riga (der Artikel hat einen bedeutungsvollen Titel: „Die Frohen und die Traurigen"): „Fast unmerklich und ohne Blutvergiessen ist in Lettland die soziale Revolution geschehen: aus dem kapitalistischen Staate hat sich Lettland in anderthalb Monaten in eine sozialistische Sowjetrepublik verwandelt ... Sind aber alle Einwohner Lettlands froh? Nein, nicht alle. Und das würde vollkommen anormal sein, wenn auch die Männer der alten Gewalt und die Ausbeuter der Werktätigen — die Fabrikanten, Spekulanten, Direktoren, Grossgrundbesitzer und alle anderen Ausbeuter des Volkes, die Raffgierigen und ihre Handlanger — froh wären. Ihre Macht ist vernichtet, ihr Goldstrom ist zum Stehen gebracht, ihr Glückstraum ist

ausgeträumt und ihre Hoffnungen sich zu bereichern sind zerschmettert ... „Es ist keine Freude mehr zu arbeiten", — so weinen auf dem Lande viele Grossgrundbesitzer, und sie finden Anklang auch zum Teil bei ... den *Jungwirten*)* ... Warum ist die Freude an der Arbeit geschwunden? — Der Boden, den ich bebaue, ist nicht mehr mein Boden, antworten sie. Wem gehört er denn? Einem andern Herrn? Nein, das Land gehört dem Volke. Also so grosse Freunde ... des lettländischen Volkes sind diese Herren gewesen, dass sie sofort die Freude an der Arbeit verlieren, wenn der Boden in den Besitz des Volkes übergeht ... Sie weinen ihre Krokodilentränen und schrecken sich und andere mit den Schrecken und Gefahren, welche Lettland von den Kommunisten und Arbeitern drohen ... Auch *ein Teil der Intelligenz* ist nicht erfreut. Das ist derjenige Teil der Intelligenz, der die Beziehungen zu den Volksmassen verloren hat ... Wir werden nicht über die ehemalige obere Schicht der Intelligenz, über die Bank-, Departement- und Unternehmungsdirektoren sprechen. Ihre Trauer ist leicht verständlich: die Zeit ihrer Herrschaft ist beendet. *Aber traurig ist auch ein Teil der kleinbürgerlichen Intelligenz* ... Sie weinen ..., die nationale Kultur sei verloren, Lettlands Ehre sei vernichtet ..."

Die Kommunisten bekannten also selbst, dass nicht nur Grossbauern, sondern auch Jungwirte (die durchschnittliche[22] Gesamtfläche einer Jungwirtschaft war in Lettland 14 ha), Mittel- und Kleinbauern und die Intelligenz Gegner der Kommunisten und der Sowjetunion sind. Nach einiger Zeit wurde auch ein grosser Teil der Arbeiterschaft Gegner der Bolschewisten (über die Ursachen dieser Erscheinung wird später die Rede sein).

Sollte die ganze Bevölkerung Lettlands (100%) sich über die Bolschewistenherrschaft und die Verwandlung Lettlands in eine Sowjetrepublik gefreut haben (die Bolschewisten behaupteten dieses), dann ist es ganz unverständlich, warum die Bolschewisten in ihren Reden und Schriften immer über *die Notwendigkeit einer*

---

*) Jungwirte sind Bauern, die ihr Land auf Grund der Agrarreform vom Jahre 1920 bekommen hatten.

„revolutionären Wachsamkeit" sprachen. Von der kommunistischen Partei wurde eine besondere *„Arbeitergarde"* organisiert, über deren Aufgaben das Zentralorgan der Partei folgendes schrieb:[23] „Aufgabe der Arbeitergarde ist — selbstverleugnend das neue Sowjet-Lettland zu schützen... Es wäre falsch zu denken, dass das neue Sowjet-Lettland keine Feinde... besitzt. Die Gründung Sowjet-Lettlands bedeutet noch lange nicht, dass der Feind uns zu schaden vergessen haben sollte. Gerade im Gegenteil. Er wird alle Kräfte anwenden, um auf allen Gebieten des wirtschaftlichen als auch kulturellen Lebens uns Schaden zubereiten. Er wird versuchen, Sowjet-Lettland zu zerstören... Von Unternehmern sind bereits Versuche gemacht worden, Maschinen aus Fabriken hinauszuführen, Rohstoffe zu verbergen, Fabrikeinrichtungen zu verderben und der neuen Ordnung zu schaden... Wir müssen wachsam sein! Jeder Versuch der Volksfeinde, dem neuen Sowjet-Lettland zu schaden, muss schonungslos und von Grund aus vernichtet werden. Die sehr verantwortliche Aufgabe der Arbeitergarde ist Fabriken, Behörden, Unternehmungen, Arbeiterversammlungen, Umzüge, Räume der Arbeiterorganisationen und das Volks- und Staatsvermögen zu beschützen und die Tätigkeit der Feinde gleich am Anfange zu paralysieren... In den Abteilungen der Arbeitergarde muss eine eiserne Disziplin eingeführt werden und die Gardisten müssen verstehen, mit Waffen umzugehen."

Die Bolschewisten wussten sehr gut, dass sie nur mit Hilfe der Sowjetunion und ihrer riesigen Armee das Volk Lettlands unterjocht hatten und in Zukunft noch mehr drücken werden, und darum fürchteten sie sich vor der Bevölkerung sehr, sie waren sehr misstrauisch, sahen überall „Schädlingswesen" und Gefahren, und mussten Tag und Nacht „wachsam" sein.

f) Entstehungsort der „Deklarationen" der baltischen Staaten.

Es wurde in dieser Abhandlung schon früher erwähnt, dass die politischen und wirtschaftlichen Ver-

änderungen, die Bolschewisierung in den drei baltischen Staaten im Juni-August 1940, nach einem Muster nicht nur in grossen, sondern auch in allerlei kleinen Sachen durchgeführt wurde. Es wurden überall dieselben Gesetze und an genau denselben Tagen, ja sogar Stunden angenommen und die gleichen Regierungsverfügungen herausgegeben. Dass alle diese politischen Schauspiele in einem Zentrum, *in Moskau* ausgearbeitet und von dort dirigiert wurden, das zeigt deutlich ein Vergleich von drei „geschichtlichen" Dokumenten, die im Obersten Rat der UdSSR in Moskau Anfang August 1940 von den „Vertretern der Parlamente" der drei baltischen Länder vorgelesen wurden. Das waren die drei „Deklarationen über den Eintritt in die UdSSR", die am 21. Juli sowohl in Riga, als auch in Kauen und Reval in den neuen „Parlamenten" „einstimmig" angenommen wurden.

Die *lettländische* „Deklaration" (vorgelesen von A. Kirchensteins am Ende seiner Rede) fing mit folgenden Worten an:[24] „Während langer Jahre stöhnte das lettländische Volk unter dem Joch der Ausbeuter, es war dem Raube und der Versklavung unterworfen, es wurde zur Armut und zum Aussterben verurteilt. *Die lettländischen Arbeiter und die Arbeitsintelligenz waren der Arbeitslosigkeit und dem Hungertode geweiht.* Fast *alle* lettländischen Bauern hatten *Mangel am Boden,* weil die schwarzen und grauen Barone*) und andere Grossgrundbesitzer mit geringen Ausnahmen den ganzen Boden an sich gerissen hatten. *Mit jedem Jahr wurde Lettland immer mehr und mehr ruiniert.*

*) Die „schwarzen Barone" sind die ehemaligen Grossgrundbesitzer deutscher Nationalität in Lettland. Die Bolschewisten liessen diese „Barone" nicht in Ruhe, obgleich ihnen nach der Durchführung der Agrarreform (auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1920) nur 50 ha Land zurückgelassen worden waren (der übrige Boden war entschädigungslos enteignet worden) und sie insgesamt nur etwa 50.000 ha Land besassen[25], was 1% der gesamten Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe ausmachte; ausserdem waren die Deutschen im Herbst 1939 nach Deutschland rückgewandert. Die Bolschewisten erwähnten jedoch die Barone immer, um so die alten und vergangenen Konflikte zwischen den Letten und den deutschen Gutsbesitzern in Erinnerung zu bringen und dadurch für sich irgendeinen politischen Gewinn zu erzielen.

Ihre Wirtschaft wurde zerstört und die produktiven Kräfte vernichtet. Der Zuwachs der Bevölkerung wurde immer kleiner. Das Volkseinkommen sank immer mehr, die Staatsschulden wurden immer grösser. Gleichzeitig wurde die für Lettland so verderbliche ökonomische und politische Abhängigkeit von den imperialistischen Raubtieren, von den ausländischen Kapitalisten und Bankiers immer grösser ... Lettland drohte die Gefahr, eine Beute der Imperialisten zu werden. Die verbrecherische Clique der ehemaligen Herrscher Lettlands versuchte mit künstlichen Massnahmen das lettländische Volk von den Völkern der UdSSR abzusondern ... Statt Völkerfreundschaft entzündete und provozierte die früher an der Regierung in unserem Staate stehende reaktionäre Clique den nationalen Hass und den menschenfeindlichen Chauvinismus."

Das Allerschlimmste, was man sich nur denken kann, wurde von den Bolschewisten in dieser „Deklaration" gebracht und gegen die bürgerliche Staatsordnung und Regierung gerichtet: Arbeitslosigkeit, Not, Hunger und Hungertod, gänzlicher Bodenmangel, Zerstörung der Wirtschaft und der produktiven Kräfte, ein ununterbrochenes Sinken des Volkseinkommens, eine verderbliche Abhängigkeit von den ausländischen „Räubern", usw. Die Wirklichkeit war jedoch ganz entgegengesetzt.

Fast denselben Text hat die *estländische* „Deklaration". Der Anfang dieser Deklaration lautet:[26] „Lange Jahre hat das estländische Volk unter dem Joche des reaktionären, ausbeuterischen Regimes gelitten, war dem Raube und der Versklavung unterworfen, *der Armut und Halbhungerexistenz geweiht.* Das Schicksal der estländischen Arbeiter und der Arbeitsintelligenz war eine chronische Arbeitslosigkeit und ein vollkommenes Unwissen, was morgen sein wird. *Das estländische Bauerntum litt sehr an Bodenmangel,* es war der Schuld- und Steuerlast und dem Joche der Wucherer und Spekulanten preisgegeben. Das Wirtschaften der reaktionären Clique hatte das Land in eine Sackgasse geführt. *Die Volkswirtschaft Estlands*

geriet in Verfall. Ihre produktiven Kräfte entwickelten sich nicht. Der Zuwachs der Bevölkerung verminderte sich immer mehr. Das Volkseinkommen sank immer niedriger, die Staatsschuld wurde immer grösser. Die Industrie geriet in eine immer grössere Abhängigkeit vom ausländischen Kapital. Das Schicksal der Landwirtschaft war den Launen des Weltmarktes unterworfen. Die für Estland verderbliche ökonomische und politische Abhängigkeit von den imperialistischen Räubern, von den ausländischen Kopitalisten und Bankiers vergrösserte sich. Die gegen das Volk gerichtete Politik des alten reaktionären Regimes hat Estland an den Rand des Abgrundes geführt. Estland drohte die Gefahr eine Beute der Imperialisten zu werden. Während die Lebensinteressen des estländischen Volkes die engste und allseitigste Zusammenarbeit zwischen Estland und der UdSSR forderten, errichtete die Clique der ehemaligen Herrscher Estlands zum Schaden des Volkes eine künstliche Barriere zwischen den Völkern Estlands und der UdSSR. In ihren gewinnsüchtigen und engen Klasseninteressen säte sie Feindschaft zwischen unserem Volke und den Völkern der UdSSR, kultivierte den menschenfeindlichen Chauvinismus ... Die alte Regierung trachtete den von Estland abgeschlossenen Vertrag vom 28. September 1939 zu vernichten und stiess verräterisch unser Land in den Krieg und dem Untergange entgegen."

Die *litauische* „Deklaration" (der „historische" Beschluss des litauischen Parlaments) fing mit folgenden Worten an:[27] „Das litauische Volk, das schonungslos von Ausbeutern unterdrückt wurde, dem Raube und Gewalttätigkeiten unterworfen, *der Armut und dem Aussterben geweiht war,* hat in Litauen eine neue Staatsordnung errichtet ... Diese Ordnung ist das Sowjetregime ... Die litauischen Arbeiter und die Arbeitsintelligenz haben lange Jahre durch an *Arbeitslosigkeit* gelitten, haben in Unterdrückung, Not und Rechtslosigkeit gelebt. Das litauische Bauerntum litt stark an *Landmangel,* weil Gutsbesitzer und andere Grossgrundbesitzer den grössten Teil des Bodens an sich gerissen hatten. Gut lebten im alten Litauen nur

die Ausbeuter — Unternehmer, Fabrikanten, Bankiers, Gutsbesitzer und die höheren Beamten, welche nach hohen Gewinnen und einem grossen Einkommen strebten, und die Werktätigen Litauens versklavten. Die verkäuflichen ... Herrscher legten in Litauen ausländisches Kapital an, das unersättlich raubte und mit raubgierigen Krallen den Körper des litauischen Volkes zerfleischte. Immer mehr wuchs die ökonomische und politische Abhängigkeit Litauens von den imperialistischen Räubern, von den ausländischen Kapitalisten und Bankiers ... Die verbrecherische, reaktionäre Clique der ehemaligen Herrscher Litauens verhinderte mit verschiedenartigen Mitteln das brüderliche Zusammenleben der UdSSR mit Litauen ..."

Alle drei „Deklarationen" schlossen mit dem Hinweis auf die ausserordentliche Wichtigkeit des Anschlusses der baltischen Staaten an die Sowjetunion. Diese Stelle lautete in der lettländischen Deklaration wie folgt:[28] „Die jetzt versammelte Volks-Saeima Lettlands ist überzeugt, dass nur der Beitritt zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken die wirkliche *Souveränität* unseres Staates, das wirkliche Aufblühen unserer Industrie, unserer Landwirtschaft, unserer nationalen Kultur, den *glänzenden und mächtigen Aufschwung* des materiellen und kulturellen Wohlstandes des lettländischen Volkes, und eine grossartige Entwicklung und Blühen unseres geliebten Vaterlandes sicherstellt."

In der estnischen Deklaration hiess es:[29] „Das Parlament ist überzeugt, dass nur der Beitritt Estlands zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken die wirkliche *Souveränität* unseres Staates, die freie nationale Entwicklung unseres Volkes, das Aufblühen unserer Industrie, der Landwirtschaft, unserer nationalen Kultur, einen *mächtigen Aufschwung* des materiellen und kulturellen Wohlstandes des estnischen Volkes und das Blühen unseres geliebten Vaterlandes sicherstellt."

In der litauischen Deklaration[30] hiess es: „Das Volksparlament Litauens ist überzeugt, dass nur der Beitritt zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken die wirkliche *Souveränität* des Litauischen Staates, den

wirklichen Aufschwung der Industrie und der Landwirtschaft, das wirkliche Aufblühen der nationalen Kultur, die wirkliche Entwicklung der materiellen und geistigen Kräfte des Volkes sicherstellt."

Man sieht, dass *in allen drei Deklarationen fast dieselben Worte und dieselben Phrasen standen,* was natürlich nie der Fall sein könnte, wenn diese drei „historischen" (auch ein Originalausdruck der Reden der „Volksvertreter" der baltischen Länder in Moskau!) Dokumente wirklich selbständig und von verschiedenen Personen (wenn auch von Bolschewisten!) in den drei Hauptstädten der baltischen Länder ausgearbeitet wären. Aber das ist nicht der Fall gewesen. *Dieses Dokument wurde von der Sowjetregierung der UdSSR und ihren Bevollmächtigten geschrieben und die „Volksvertreter" der drei baltischen Länder hatten nur die einfache Aufgabe, dieses Dokument mit einigen kleinen lokalen Variationen, mit Änderung einiger Worte, in den „Parlamenten" „einstimmig" anzunehmen und dann in Moskau auf der Sitzung des Obersten Rates gehorsam vorzulesen.* Dasselbe Verfahren wurde auch in der Redaktion verschiedener Gesetze (später „Dekrete") und Regierungsverordnungen der bolschewistischen Regierungen der baltischen Länder angewandt. *Alle diese Gesetze sind in Moskau entstanden.*

So sah in Wirklichkeit die so gelobte „wirkliche Souveränität" der baltischen Länder aus!

2. Lügen aus der Broschüre „Sowjetskaja Latwija".

Gleich nach der Aufnahme Lettlands in die Sowjetunion erschien in Moskau (im „Staatsverlag der politischen Literatur") in 100.000 Exemplaren die Broschüre von M. Markow „Sowjetskaja Latwija" („Sowjet-Lettland"), in der die geschichtliche Vergangenheit Lettlands, das Wirtschaftsleben und die bisherige und die neue staatliche Wirtschaftspolitik Lettlands geschildert wurden. Ähnliche Broschüren wurden in Mos-

kau auch über Estland und Litauen gedruckt*). Es war der Zweck dieser Werke, die Bevölkerung Sowjetrusslands mit den drei baltischen Ländern, den drei neuen Sowjetrepubliken, bekanntzumachen. Diese sowjetrussische Broschüre über Lettland wimmelt geradezu von verschiedenartigen Lügen über den Freistaat Lettland, das Lebensniveau der Bevölkerung und die Tätigkeit und die Wirtschaftspolitik der Regierungen Lettlands. Hier einige Beispiele aus der Broschüre:

a) Wer stürzte die alte Regierung Lettlands?

Die Broschüre beginnt mit einer unverschämten Lüge[31]: „22 Jahre schmachteten die Werktätigen Lettlands unter dem Joch der reaktionären Clique, welche die werktätigen Massen grausam ausbeutete... Die Geduld des lettländischen Volkes war erschöpft. *Das Volk warf die ihm verhasste reaktionäre Regierung nieder...*" — In Wirklichkeit wurde die Regierung Lettlands nur durch den Druck der Sowjetunion und *die riesige Rote Armee* gestürzt. Die *inneren* Feinde des Regimes — die illegalen Kommunisten — *spielten hierbei gar keine Rolle,* sie waren ein winziges Häuflein von Menschen. Dieser Sieg der Sowjetunion kann nicht als glänzend bezeichnet werden, weil ja *gegen 2 Millionen Einwohner Lettlands 170 Millionen der Sowjetunion standen!* Über den Ausgang eines militärischen Konfliktes konnte hier überhaupt kein Zweifel sein. Ebenso unsinnig und lächerlich war die ewige Behauptung der Bolschewisten, Lettland und die übrigen baltischen Staaten bereiten sich zu einem Angriff gegen die Sowjetunion vor, sie beabsichtigen einen Krieg mit dem Koloss anzufangen. Tatsächlich waren die baltischen Staaten glücklich, wenn die Sowjetunion sie nur in Ruhe liess. Die baltischen Staaten mussten sich 20 Jahre lang vor Sowjetrussland fürchten. Dass diese Furcht nicht unbegründet war, erwies sich schon bei der ersten günstigen Gelegenheit: als die in-

*) K. Grigorjew, Sowjetskaja Litwa (Sowjet-Litauen), und M. Jefimow, Sowjetskaja Estonija (Sowjet-Estland).

ternationale politische Lage es erlaubte, vernichtete die Sowjetunion sofort ihre kleinen Nachbarn.

b) „Kulakenagrarreform".

Über die grosse Agrarreform, welche im Freistaate Lettland durchgeführt wurde, ist in der Broschüre[32] folgendes zu finden: „Die kulakenhafte „Agrarreform" verbesserte nicht die Lage der armen Bauern. Sie war auf die Befestigung des Kulakentums — der Grundstütze des alten reaktionären Regimes — gerichtet... *Einen enormen Teil des Bodens bekamen Kulaken. Gutsbesitzern und Kirchspielen allein wurden mehr als 80.000 Grundstücke zugesprochen...* Die kulakenhafte „Agrarreform" verstärkte die Ausbeutung der kleinen und mittleren Bauern durch die Gutsbesitzer, Kapitalisten und Wucherer".

Nichts ist für die Bolschewisten gut gewesen, was im bürgerlichen Lettland getan worden war. Nur die „armen" Bauern (mit Wirtschaften bis ca 10 ha) fanden Gnade in den Augen der Bolschewisten (wenigstens bis zum Zeitpunkt der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft!). Jungwirte, die durchschnittlich etwa 14—15 ha Land bekommen hatten, waren vom bolschewistischen Standpunkt schon „Kulaken".

Den ehemaligen Gutsbesitzern wurden in Wirklichkeit[33] *nach der Agrarreform insgesamt nur 1253 „nicht zu enteignende" Güterteile gelassen, dem Kirchenbesitz 216, aber nicht 80.000,* wie es in der Broschüre behauptet worden ist. — Die Bauern wurden grösstenteils von Staatsbanken kreditiert. Die wirtschaftliche Lage der Bauern konnte nach der Agrarreform nur besser geworden sein, weil einige Zehntausende die Möglichkeit selbständiger wirtschaftlicher Existenz bekommen hatten und vom Staate mit Krediten, mit Bauholz aus den Staatsforsten und anderen Mitteln unterstützt wurden.

c) Versteigerungen von landwirtschaftlichen Betrieben.

In der Broschüre sind auch einige Zahlen über Versteigerungen von landwirtschaftlichen Betrieben

zu finden. Das stets von den Bolschewisten so erwünschte Argument — der Beweis der „Ausbeutung" der Bauern und ihrer traurigen wirtschaftlichen Lage — wird auch in einem grossen Artikel der Moskauer Zeitung „Prawda" über Lettland besonders hervorgehoben. Dieser Artikel (von W. Kruschkow) wurde am 25. Juli 1940 in der genannten Zeitung gebracht, in die lettische Sprache übertragen und erschien dann in den lettischen Zeitungen Rigas. Im Artikel lesen wir z. B.[34]: *„In den letzten 6 Jahren sind mehr als 26.000 Bauernwirtschaften versteigert worden."*

In Wahrheit aber waren *nur etwa 10%* dieser Bauernwirtschaften versteigert worden. Die in der Moskauer Zeitung angegebene Zahl war in Wirklichkeit nur die Zahl der *angekündigten* Versteigerungen der ländlichen Immobilien (genaue Daten hierüber waren jeden Monat in den amtlichen statistischen Bulletins zu finden). *Zur tatsächlichen Versteigerung von Bauernwirtschaften kam es selten,* denn die Schuld wurde fast immer irgendwie geregelt oder der Bauer erhielt eine weitere Zahlungsfrist. Die wirkliche Zahl[35] der auf den Versteigerungen verkauften ländlichen Immobilien war im Jahre 1935 — 499, 1936 — 573, 1937 — 532, 1938 — 362, 1939 — 601, insgesamt in 5 Jahren also — 2767. In den Jahren der Wirtschaftskrise und später wurde die Schuldenlast der Bauern von der Regierung verschiedenartig erleichtert. Mit den Versteigerungen hielt man zurück. So bricht denn auch dieses von den Kommunisten so beliebte Argument bei näherer Überprüfung zusammen. Die Leser der sowjetrussischen und damaligen lettischen Zeitungen, als auch die Hörer des Rundfunks konnten natürlich die bolschewistischen Zahlen nicht überprüfen und eine Kritik existierte damals überhaupt nicht. Es muss bemerkt werden, dass diese Angaben nicht die einzigen falschen Angaben im genannten Artikel der „Prawda" („Wahrheit"!) gewesen sind.

d) Brotverbrauch.

Um den „Hunger" in Lettland zu beweisen, schreibt der Verfasser der Broschüre folgendes[36]: „Im Jahre

1933 wurde das Getreidemonopol eingeführt. Die Getreidepreise erhöhten sich und die Regierung fing an das Getreide zu exportieren. Der Getreideverbrauch verminderte sich. *Im Jahre 1929 wurden 468.200 t Roggen verbraucht, aber im Jahre 1934 fiel der Verbrauch auf 274.400 t.*" Also hatte die Regierung das Brotgetreide ausgeführt, die Preise erhöht und die Bevölkerung musste hungern. In Wirklichkeit betrug[37] die zum Verbrauch (für Menschennahrung, für das Vieh und die Bedürfnisse der Industrie) verfügbare Menge Brotgetreide (d. h. die Ernte, abzüglich Saat und Nettoausfuhr) im Erntejahr 1929/30 (ab 1. Aug.) — 295.972 t Roggen und 118.575 t Weizen, insgesamt 414.547 t Brotgetreide (im Jahre 1928/29 — 450.816); im Jahre 1934/35 — 280.329 t Roggen und 165.605 t Weizen, insgesamt 445.934 t Brotgetreide (1933/34 — 470.496 t). Der Verbrauch von Brotgetreide war *gestiegen*, besonders der Weizenverbrauch; der Roggenverbrauch war fast ohne Veränderungen geblieben. Wo der sowjetrussische Verfasser die Zahl 468.200 t Roggenverbrauch für das Jahr 1929 gefunden hat, ist unbekannt. In der Sowjetunion (auch im bolschewistischen Lettland) war Schreiben eine leichte Sache, denn niemand konnte die gebrachten Zahlen, die Schlüsse und Behauptungen bestreiten, und *je schlimmer es in Lettland aussah, desto besser für die Sowjetregierung in Moskau und für den Verfasser!*

Die Brotpreise[38] waren in den letzten Jahren vor dem Kriege in Lettland *viel niedriger* als im Jahre 1929, vor der Weltwirtschaftskrise: Schwarzbrot kostete in den Städten Lettlands im Jahre 1929 Ls 0,32, im Jahre 1934 Ls 0,21, im Jahre 1939 und 1940 (bis zum Einmarsch der roten Armee) — Ls 0,20. Weissbrot kostete entsprechend Ls 0,69, Ls 0,52 und 0,57—0,59.

e) Schulden der Landwirte.

Auf die Schuldenlast der Bauern wurde grosses Gewicht gelegt. „Die Schulden der Landwirte überstiegen schon im Jahre 1935 500 Millionen Lats... Die Schulden der armen und der mittleren Wirtschaften waren bedeutend höher als diese allgemeinen Durch-

schnittsziffern es zeigen. Auf jeden Hektar entfielen in Lettland etwa 100 Lats Schulden, aber in den armen und mittleren Wirtschaften erreichte die Schuldenlast 500 Lats auf 1 ha." So wird in der Broschüre[39] behauptet.

Tatsächlich betrug[40] die Gesamtschuld der Landwirte im Jahre 1935 nur Ls 287 Mill., im Jahre 1939 — Ls 302 Mill., also fast nur die *Hälfte* der bolschewistischen Zahl. Auf 1 ha des landwirtschaftlich benutzten Landes entfielen im Jahre 1939 durchschnittlich Ls 74 der gesamten Schuldenlast (nicht Ls 100!). In Betrieben mit einer Fläche bis 15 ha waren die Schulden durchschnittlich Ls 127 pro ha (nicht 500 Lats, wie die Bolschewisten es behaupteten!), in Betrieben mit 15—20 ha Ls 129, mit 20—50 ha — Ls 85, usw.

f) Ausländische Kapitalinvestierungen in Lettland.

Die kommerziellen und finanziellen Beziehungen zum „kapitalistischen" Ausland waren für die Bolschewisten ein Greuel, ein „Verbrechen". Immer wieder wiederholte sich in den Reden und Schriften der Bolschewisten das Schimpfen über die ausländischen Kapitalinvestierungen in Lettland. Auch hier war es den Bolschewisten unmöglich, mit der Wahrheit allein auszukommen, denn dann wäre das Bild nicht so „schrecklich" gewesen. Darum schrieb der Verfasser in seiner Broschüre:[41] „Die im Besitze der Aktiengesellschaften befindliche Industrie und die Banken waren *fast ganz in den Händen des ausländischen Kapitals.* Vom Jahre 1925 bis zum Jahre 1929 wurde das ausländische Kapital in Lettland fast zweimal grösser und machte 53,5% des gesamten Aktienkapitals aus. Im Jahre 1931 war der Anteil des ausländischen Kapitals in der Industrie: in der chemischen Industrie 69%, in der Textilindustrie 53%, in der Metallindustrie 68,9%, in der Papierindustrie 57,6%, in der Holzindustrie 60,4% ... Die äusseren Schulden Lettlands erreichten zum 1. April 1938 Ls 123,4 Millionen." — Die wirtschaftlichen Verbindungen mit dem „kapitalistischen" Ausland waren ein Verbrechen, aber gut und lobenswert war der Han-

del mit der Sowjetunion: „Obgleich die wirtschaftlichen Beziehungen zur UdSSR sehr vorteilhaft waren, bemühten sich die ehemaligen Herrscher Lettlands mit allen Kräften, den Aussenhandel mit der UdSSR auf ein Minimum zu bringen... Das hatte die Verminderung des Umfanges der Industrie zur Folge. Wenn vor dem Kriege 70% der Erzeugnisse der chemischen Industrie, hauptsächlich der Gummi- und Zündhölzerindustrie, auf dem russischen Markte abgesetzt wurden, so hörte diese Ausfuhr während des Wirtschaftens der plutokratischen Bande in Lettland fast auf. Das „Wirtschaften" der lettländischen herrschenden bürgerlichen Kreise führte das Land dem Verfalle entgegen. Lettland war in ein *halbkoloniales Land,* abhängig von imperialistischen Räubern, umgewandelt worden."

Die Statistik über die ausländischen Kapitalien Lettlands ist in der Broschüre nur bis zum Jahre 1931 angegeben (obgleich das Büchlein im Jahre 1940 geschrieben worden ist!), denn *die Daten der letzten Jahre passten der Sowjetpropaganda nicht.* In den letzten Jahren vor dem Kriege hatte sich nämlich die Bedeutung des ausländischen Kapitals *stark verringert.* Am 1. Januar 1931 betrug der Anteil des ausländischen Kapitals[44] am Grundkapital der lettländischen Aktiengesellschaften Ls 104,7 Millionen, aber am 1. Januar 1939 — nur Ls 39,9 Mill. *Im Jahre 1931 betrug das ausländische Kapital 53,7%; im Jahre 1939 — nur 25,4% des gesamten Grundkapitals der Aktiengesellschaften. In der Metallindustrie besassen Ausländer Anfang 1939 nur etwa 2% des Gesamtkapitals (nicht 69%,* wie die bolschewistische Broschüre es behauptete!). Ganz gering war auch der Anteil des ausländischen Kapitals in den Aktienbanken: Anfang 1939 — nur 8% des Gesamtkapitals dieser Banken (Anfang 1935 — 68%). Es ist noch zu bemerken, dass die drei grössten Banken Lettlands *Staatsbanken* waren, nicht Aktiengesellschaften; darum war die Rolle der ausländischen Kapitale im gesamten Bankkapital Lettlands verschwindend gering. Grosse Industrie- und Verkehrsunternehmungen waren in den letzten Jahren vor dem gegenwärtigen Kriege in den Besitz des Staates über-

gegangen. Die autoritäre Regierung hatte eine neue grosse nationale Bank gegründet und einige den Ausländern gehörende Aktienbanken wurden liquidiert. Darum *war die Bedeutung des ausländischen Kapitals in Lettland stark gesunken.* Das war für die bolschewistische Lügenpropaganda keine angenehme Sache, und darum suchte sie eine 10 Jahre alte Statistik für ihre Zwecke.

Wie schon erwähnt, wurde in der „Deklaration über das Eintreten Lettlands in die Sowjetunion", die vom Ministerpräsidenten und stellvertretenden Staatspräsidenten A. Kirchensteins in Moskau dem Obersten Rate vorgelesen wurde, betont, dass das Volkseinkommen Lettlands immer mehr gesunken, aber die Staatsschuld immer mehr gewachsen sei (dasselbe war auch in den „Deklarationen" der zwei anderen baltischen Staaten behauptet worden). Wir sahen aber schon früher (im Kapitel III und IV), dass das Volkseinkommen Lettlands (die landwirtschaftlichen Ernten, die Industrieproduktion, usw.) in den letzten Jahren und überhaupt während des Bestehens des Freistaates Lettland nicht gesunken, sondern allmählich *stark gestiegen war.* Das Umgekehrte ist von der *äusseren Staatsschuld* zu sagen. Diese Schuld ist noch im Jahre 1939 stark vermindert worden[45]: die äussere Staatsschuld betrug zum 1. April 1939 Ls 130,7 Mill., aber ein Jahr später — nur Ls 93,5 Mill., weil in der Zwischenzeit eine grosse Staatsschuld zurückgezahlt wurde. Ausserdem ist noch zu bemerken, dass der grösste Teil der äusseren Staatsschuld (am 1. April 1940 — Ls 80,7 Mill.) Schulden aus der Zeit des Unabhängigkeitskrieges waren (an England und die Vereinigten Staaten von Amerika). Gleich anderen Ländern zahlte Lettland diese Kriegsschulden lange Jahre (seit der Weltwirtschaftskrise) nicht mehr. Die inneren Staatsschulden waren in Lettland ganz gering.

g) Arbeiterlohn.

Über den Arbeiterlohn äusserte sich der Verfasser der Broschüre folgendermassen:[46] „Der ohnehin schon bettlerische Lohn der lettländischen Arbeiter wurde von Jahr zu Jahr stark gekürzt. Der monatliche Ver-

dienst eines Arbeiters betrug Ls 44, der Arbeiterin — Ls 34."

In Wirklichkeit war der durchschnittliche Monatsverdienst[47] des Industriearbeiters in Riga im Jahre 1939: der Verdienst des qualifizierten Arbeiters ca. Ls 150, der qualifizierten Arbeiterin Ls 90, des unqualifizierten Arbeiters Ls 110, der unqualifizierten Arbeiterin Ls 70. Sogar die Löhne der unqualifizierten Arbeiter waren tatsächlich *mehr als zweimal grösser* als es im erwähnten bolschewistischen Büchlein behauptet wurde.

h) Ansichten der Bolschewisten über die Sozialdemokraten.

Weiter wurde in dieser Broschüre der Unsinn behauptet, dass die Regierung Lettlands mit der Sowjetunion einen Krieg hätte beginnen wollen. Auch die Sozialdemokraten Lettlands wurden beschimpft. „In den antisowjetischen Plänen der ehemaligen Herrscher Lettlands wurde eine grosse Rolle den lettländischen Sozial-Verrätern (d. h. den Sozialdemokraten. A. C.) gegeben. Der grimmigste Feind der UdSSR, der Führer der II. Internationale Kautsky, forderte die lettländische Sozialdemokratie zur aktiven Teilnahme am Kriege gegen die Sowjetunion auf... Die lettländischen Sozial-Verräter führten die Hinweise ihres „Führers" eifrig aus und beteiligten sich zusammen mit der lettländischen Reaktion an der Zertrümmerung der Arbeiterbewegung und an der Vorbereitung der antisowjetischen Provokationen[48]." So bekämpften und vernichteten die Bolschewisten jede Partei, sogar die marxistischen Parteien!

i) 4000 treue Söhne des lettländischen Volkes — im Gefängnis.

Eine komische Fälschung der Tatsachen bildete in der Broschüre eine „Statistik" der Eingekerkerten. „Im Lande wüteten grausamer Terror und wilde polizeiliche Willkür. *Die Gefängnisse waren mit revolutionären Arbeitern, Bauern und Intelligenzlern überfüllt... In den Gefängnissen schmachteten mehr als 4000 treue*

Söhne des lettländischen Volkes." So schrieb[49] über dieses Thema die genannte Broschüre.

Die Gesamtzahl[50] der Gefangenen in Lettland betrug am 1. Januar 1939 3942 und am 1. Jan. 1940 3970, also wirklich rund 4000. Nicht alle aber waren politische Gefangene, nicht alle waren Kommunisten, den grössten Teil machten — *Kriminalverbrecher* aus! Wie schon im Kapitel V erwähnt, war die Gesamtzahl der politischen Gefangenen, die nach dem Eindringen der roten Armee in Lettland, auf Grund des neuen Amnestiegesetzes, Ende Juni 1940 aus den Gefängnissen befreit wurden, in ganz Lettland nur etwa 250 (nicht 4000!); unter diesen Gefangenen war nur ein Teil Kommunisten. Wenn man die Statistik der von den Gerichten in ganz Lettland Verurteilten betrachtet, so erweist sich folgendes[51]: von den (im Jahre 1939) 12.010 verurteilten Personen waren 4978 wegen Diebstahl, Raub und Erpressung verurteilt, 917 wegen Verletzungen des öffentlichen Friedens, 308 wegen Mord, 531 wegen Verletzung der Akzisegesetze (Steuergesetze), 661 wegen Verletzung der Bestimmungen des Volksgesundheitsschutzes usw.; wegen „verbrecherischer Handlungen gegen die Staatsordnung" (ein Teil dieser Leute sind Kommunisten gewesen) waren nur 58 Personen verurteilt, wegen Hochverrat 4, wegen „verbrecherischer Handlung gegen den Staatsfrieden" 37, wegen „verbrecherischer Handlung gegen den Staatspräsidenten" 1. Also *insgesamt wurden nur einige Dutzend Kommunisten im Jahre verurteilt.* Die in den Gefängnissen schmachtenden 4000 „treue Söhne des lettländischen Volkes" waren gewöhnliche Kriminalverbrecher!

VIII

Löhne, Preise und das Lebensniveau der Arbeiter und Angestellten

Die materielle Lage der Arbeiter und Angestellten (der „Arbeitsintelligenz") während der Bolschewistenherrschaft wird durch den Vergleich der Lohn- und Preisveränderungen gekennzeichnet. Dieser Vergleich zeigt, wie die Bolschewisten ihre Versprechungen über die Verbesserung des Lebensniveaus der Arbeiter und Angestellten gehalten haben.

1. Erhöhung der Löhne ab 21. Juni 1940.

Wie schon im Kapitel V erwähnt, war eine der ersten Massnahmen, die die neue, ganz unter dem Bolschewisteneinfluss und unter dem Druck und der Aufsicht der Sowjetunion stehende Regierung Lettlands ergriff, ein Versuch, die Sympathien der weiten Kreise der Bevölkerung, der Arbeiter und Angestellten, für die neue Regierung und zu den politischen Veränderungen zu erwecken; hierdurch sollten gleichzeitig die Ergebnisse der Parlamentswahlen für die Bolschewisten günstig beeinflusst werden. Diese Massnahme war die Erhöhung[1] der Löhne ab 21. Juni 1940.

Nach einer Verordnung vom 28. Juni 1940 wurden die Löhne der Arbeiter und Angestellten in der Industrie, in Handwerksbetrieben, im Transport, im Handel und im Baugewerbe ab 21. Juni folgendermassen erhöht: Die Löhne der Arbeiter und Angestellten, welche am 21. Juni pro Stunde bis Ls 0,75 verdienten, wurden um 20% erhöht. Diese Zulage musste wenigstens so gross sein, um für Frauen einen Mindestlohn

von Ls 0,30 und für Männer Ls 0,40 pro Stunde sicherzustellen. Arbeiter und Angestellte, welche Ls 0,76—Ls 1,00 verdienten, erhielten eine Zulage von 15%. Die Erhöhung der Löhne derjenigen, welche Ls 1,01 und mehr pro Stunde verdienten, war nicht obligatorisch. Laut Verordnung wurde ausserdem bestimmt, dass die Lohnerhöhung die Warenpreise keinerlei beeinflussen dürfe. Die Erklärung[2] zu dieser Verordnung bestimmte, dass die Löhne der *Landarbeiter* ausserhalb der Stadtgrenzen (also auf dem Lande) *nicht* erhöht werden müssen.

In den Industriebetrieben der Stadt Riga (Betriebe mit mindestens 20 Arbeitern) waren die durchschnittlichen Arbeitslöhne im Mai 1940 folgende[3]:

	Lohnsatz pro Stunde	Tatsächlicher Verdienst*) pro Stunde
	Ls	Ls
Qualifizierte Arbeiter	0,69	0,81
„ Arbeiterinnen	0,38	0,51
Unqualifizierte Arbeiter	0,49	0,62
„ Arbeiterinnen	0,32	0,38

Die Gewinne der Arbeiter und Angestellten durch die Lohnerhöhung wurden in der Presse veröffentlicht. Aus den dort befindlichen Berechnungen ging hervor[4], dass das Lohnpersonal insgesamt Ls 3,5—4 Mill. im Monat oder Ls 42 — 48 Mill. im Jahre mehr verdienen werde. Man betonte, dass dieser Gewinn der Arbeiter und Angestellten auch real sei, weil man eine Erhöhung der Warenpreise nicht zulassen werde. Weiter wurde von der Regierung unterstrichen, dass diese Lohnerhöhung *nur der erste Schritt sei.* Einer der Punkte[5] der „Wahlplattform" des „Blocks des werktätigen Volkes" besagte ja: *„3. Die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten durch die Erhöhung der Arbeitslöhne".* Das wurde nach der ersten Lohnerhöhung versprochen; also sollten die Löhne und Gehälter noch weiter erhöht werden.

*) Eingerechnet sind: Überstunden und Akkordverdienst.

2. Gehaltserhöhung für die niedrigeren Staatsbeamten ab 1. Juli 1940.

Durch eine besondere Verordnung[7] vom 10. Juli 1940 (am Vorabend der Parlamentswahlen) wurden die Gehälter der niedrigeren Staatsbeamten (20.—13. Kategorie) ab 1. Juli 1940 erhöht.[8]

Die Zulage war so berechnet, dass die niedrigste*) Kategorie der Staatsbeamten — die zwanzigste — mindestens 100 Lats im Monat bekommen sollte. Das Monatsgehalt der Beamten der 1. Stufe der 20. Kategorie war um 19%, das Monatsgehalt der 1. Stufe der 18. Kategorie um fast 16%, das Monatsgehalt der 16. Kategorie um 10%, der 1. Stufe der 13. Kategorie nur um 1,4% erhöht worden (Beamten, die Gehalt nach der 2., 3. usw. Stufe bekamen, hatten von der Gehaltserhöhung einen geringeren Gewinn). Es wurde amtlich mitgeteilt, dass diese Gehaltserhöhung von der Staatskasse etwa 6 Millionen Lats im Jahre erfordern werde. — Auch in der Armee und in den Militärbehörden wurden die Gehälter der 20.—13. Kategorien um 5—16 Lats im Monat erhöht.

Die Presse schrieb hierüber folgendes[9]: „Schon aus den Schilderungen Tschechow's, Gogol's und Dickens' kennen wir die traurige materielle Lage und die geistige Unterdrückung dieser Kreise (d. h. der Staatsbeamten. A. C.). ... Wenn die Gehaltserhöhung der 13. Kategorie gewissermassen nur eine symbolische Geste ist, welche zeigt, dass in der neuen Ordnung die Regierung bei erster wirtschaftlicher Möglichkeit diese Beamtengruppen effektiver zu unterstützen sich bemühen wird, so ist die Gehaltserhöhung der 20. Kategorie schon jetzt ein fühlbarer wirtschaftlicher Gewinn, weil sie die Kaufkraft dieser Bürger im Vergleich mit der früheren um fast 20% vergrössert." Weiter berechnet der Verfasser die Anzahl derjenigen Beamten, die durch die Gehaltserhöhung einen Gewinn erzielt hatten. „Insgesamt berührt das neue Gesetz mehr als 28.000 Staats-

*) Das Monatsgehalt der 1. Stufe der 1. Kategorie betrug Ls 740 (der 4. Stufe — Ls 962). Die Gehälter der Minister waren höher.

beamte." Den wahren Zweck dieser Gehaltserhöhung zeigt der Schluss des Artikels: „Die Staatsbeamten ..., besonders die untersten und mittleren Gruppen, müssen überhaupt beachten, dass die erneute Republik ihr Staat ist, welcher seine Stütze nicht mehr in den vermögenden Schichten der Stadt- und Landbevölkerung sucht, sondern in den Arbeitern, Arbeitsbauern und in der Arbeitsintelligenz ... Das hier betrachtete Gesetz zeigt schon deutlich die Sympathien der neuen Staatsführer. Jeder Patriot der neuen Ordnung hofft, dass diese Sympathie *nicht einseitig bleiben wird,* sondern dass mit derselben Sympathie auch alle diejenigen antworten werden, die schon ab 1. Juli fühlbare Gewinne durch das erhöhte Einkommen geniessen werden. *Die beste Äusserung der Sympathie der Staatsbeamten im gegenwärtigen Moment könnte sich in der Unterstützung der Regierung in den bevorstehenden Wahlen zeigen, durch das Abstimmen für den lettländischen Block des werktätigen Volkes,* dessen führende Persönlichkeiten in der gegenwärtigen Regierung sind ..."

Also für die Gehaltserhöhung sollten die Staatsbeamten (und ebenso die Arbeiter) ihre Stimme für die Bolschewisten abgeben. Wahrscheinlich hat ein grosser Teil dieser Bevölkerungsgruppen das auch in ehrlicher Überzeugung getan. Eine Regierung, die zur Macht gekommen, sogleich Löhne und Gehälter erhöht, musste ja doch eine gute Regierung sein; keine der früheren Regierungen hatte so rasch gehandelt. Ausserdem wurden für die Zukunft noch weitere Lohnerhöhungen versprochen.

3. Senkung höherer Gehälter.

Die andere Seite der Demagogie der Bolschewisten war die Senkung der Löhne der besserstehenden Beamten, z. B., der Bürgermeister und Stadträte. Durch Verfügung[10] des neuen Innenministers wurde bestimmt, dass das Monatsgehalt des Oberbürgermeisters der Hauptstadt Riga ab 15. Juli 1940 nicht höher als Ls 750 sein dürfe; die Gehälter der Bürgermeister Rigas — nicht höher als Ls 650; das Gehalt des Bürgermeisters der

Stadt Libau — nicht höher als Ls 500; der Stadt Mitau — nicht höher als Ls 400, usw. Der Innenminister erklärte, dass die Gehälter des Oberbürgermeisters und der Bürgermeister der Stadt Riga um die Hälfte, die Gehälter in grösseren Provinzialstädten — um Ls 100 bis Ls 200 monatlich gekürzt würden.

Im September 1940 wurde das Pensionsgesetz (für Staatsbeamten, Angestellten, Künstler, Schriftsteller usw.) geändert. Laut Gesetzbestimmung wurde die höchste Pension auf Ls 300 reduziert[11]. Der Volkskommissar der sozialen Sicherstellung äusserte sich über die Veränderungen des Pensionsgesetzes folgendermassen: „Es ist nicht normal gewesen, dass ein Teil der Pensionierten übermässig grosse Pensionen bekam, Pensionen, welche den Arbeiterlohn mehrfach überstiegen. Jetzt ist durch die Ergänzung*) des Gesetzes bestimmt worden, dass die höchste Pension Ls 300 nicht übersteigen darf. Diese Summe ist für die Sicherstellung der Existenz vollkommen genügend".[11]

4. Erhöhung der Löhne und Gehälter ab 16. September 1940.

„Zur Hebung der materiellen Grundlage des Lebensniveaus" (Wortlaut des Beschlusses des Volkskommissarenrates der Lettländischen Sozialistischen Sowjetrepublik und des Zentralkomitees der Lettländischen Kommunistischen Partei) wurde am 25. September 1940 bestimmt,[12] dass Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten durchschnittlich folgendermassen erhöht werden müssen (ab 16. September, also mit rückwirkender Kraft):

	Durchschnittliche Erhöhung %
Tageslohnsätze der Arbeiter:	
Metallindustrie	60
Textilindustrie	55

*) Laut denselben Ergänzungen des Pensionsgesetzes wurden die Pensionen der ehemaligen Mitglieder der Schutzwehr und der Geistlichen aufgehoben.

	Durchschnittliche Erhöhung %
Nahrungsmittelindustrie	45
Bekleidungsindustrie	45
Industrie der Steine und Erden (auch Keramik)	40
Chemische Industrie	40
Papierindustrie	40
Kommunalwirtschaft	40
Eisenbahn-, See- und Flusstransport	40
Hafenarbeiter	40
Verkehrsunternehmungen	40
Holzindustrie	35
Lederindustrie	35
Poligraphische Industrie (Druckereien u. a.)	25
Baugewerbe	15
Gehälter der:	
Lehrer der Grund- und Mittelschulen	40
Lehrkräfte der Hochschulen	40
Des mittleren und niedrigsten Medizinpersonals	40
Stadtärzte	25
Landärzte	30
Ingenieure und der Angestellten der Behörden und Betriebe	30
Agronome	40

Bei der Durchführung dieser Verfügung wurden die Lohnsätze und Gehälter ausgeglichen: die niedrigsten Löhne wurden mehr erhöht, als die höheren Löhne; die Lohnsätze für einige Berufe (z. B. Schlosser), die in verschiedenen Betrieben desselben Industriezweiges verschieden hoch waren, wurden ausgeglichen; die höchsten Gehälter wurden nicht erhöht. Die oben genannten Erhöhungsprozentsätze waren nur durchschnittliche, und zwar für einzelne Industriezweige. Z. B. der durchschnittliche Prozentsatz der Lohnerhöhung für Arbeiter in der Textilindustrie betrug 55%, aber durch den Befehl des Volkskommissars der Leichtindustrie wurden in der Fabrik der ehemaligen Aktiengesellschaft „Latvijas Kokvilna" die Arbeiterlöhne nur um 35% erhöht, im Betriebe der Akt.-Ges. „Zvejnieks" — um 80%, im Betriebe „K. Bitenieks" — sogar um 100%, usw.[13] — Durchschnittlich wurden die Löhne der Industriearbeiter um etwa 40% erhöht.[14]

Gleich nach der Bekanntmachung dieser neuen Lohnerhöhung waren in den Zeitungen Artikel über die grosse Freude der Arbeiter und Angestellten über die Lohnerhöhung, z. B. unter folgender Überschrift zu lesen: „Wir danken der Partei und der Regierung für die neuen Löhne." In diesem Artikel[15] sind die Ansichten verschiedener „Werktätigen" über diese Massnahme der Regierung zusammengefasst. Im Artikel heisst es: „Die kommunistische Partei befreite uns von der geistigen Sklaverei, gab uns unsere Freiheit wieder, und jetzt sehen wir, dass sie auch unseren materiellen Wohlstand zu heben versteht — das ist ein allgemeines Urteil der Arbeiter über die Lohnerhöhung. *Alle bezeugen ihre unendliche Dankbarkeit dem grossen Führer der Werktätigen, Genossen Stalin, dessen Sorgen für den materiellen und geistigen Wohlstand der Werktätigen unermesslich sind.* In den Unternehmungen und Behörden herrscht heute grosse Freude und Begeisterung ... Das ist *der erste Fall* im Leben der Arbeiter unseres Landes, dass die Löhne so umfangreich erhöht werden. Die neuen Löhne werden die bisher in dieser Hinsicht bestehende Ungerechtigkeit ausgleichen und den materiellen Wohlstand der Arbeiter und gleichzeitig auch das kulturelle Niveau der Werktätigen heben." — Ein Schlosser der Staatlichen Elektrotechnischen Fabrik — „Stachanowarbeiter" Augusts Ramba sagte: *„Alle Handwerker sind begeistert* und mit doppelter Energie greifen sie ihre Arbeit an, um für sich und die grosse Heimat (d. h. die Sowjetunion. A. C.) zu arbeiten." — Ein Arzt und Universitätsassistent erzählte (nach demselben Zeitungsartikel): „In ein paar Tagen ist das geschehen, wovon wir lange Jahre nur träumen konnten ... Wenn man bisher 13 Stunden und noch mehr für Ls 195 (augenscheinlich Monatsgehalt in der Universität. A. C.) arbeiten musste, dann war das nicht normal. Im Ärzteverein wurde darüber fast in jeder Konferenz gesprochen, aber es fehlten die Einmütigkeit und der Mut, sich an die Regierung mit einer entsprechenden Forderung zu wenden, und darum kümmerten sich die Herren um uns nicht. Nur diejenigen bekamen etwas, die auf dem Bauche krochen ... Jetzt ist

in einigen Tagen ein Beschluss gefasst, der radikal und positiv unser ganzes Leben verändert. Es fehlen Worte, um die Freude hierüber auszudrücken." — Der Hausknecht O. Vandavs (von der Marienstrasse 64) sagte: „Gestern war in meinem Leben der grösste Festtag. *Diese Lebens- und Arbeitsfreude, die ich jetzt habe, habe ich noch niemals erlebt.* Lange Jahre hindurch war man gewöhnt, dass alle auf mich und mir ähnlichen von oben herab blickten, weil wir nur Hausknechte waren. Jetzt ist es anders. Im sozialistischen Staate habe ich nur einige Monate gelebt. Versprochen ist wenig, aber getan ist mehr als ich jemals hoffen durfte. Meinen herzlichsten Dank der kommunistischen Partei und der Regierung." — Ein Kontorist in einem Handelsunternehmen soll sich wie folgt geäussert haben: „Die Lohnerhöhung werde ich für kulturelle Bedürfnisse verwenden, ich werde mehr lernen... Der bisherige Lohn erlaubte es den schlecht bezahlten Angestellten kaum, Bücher zu kaufen und wertvolle Schauspiele im Theater zu besuchen."

Es ist möglich, dass die in diesem Zeitungsartikel genannten Personen tatsächlich nicht gerade die erwähnten Worte gesagt haben (es sind dem Verfasser dieser Abhandlung Fälle bekannt, wo von bolschewistischen Journalisten in den Mund einiger Menschen Worte und Urteile gelegt wurden, die letztere nie gesagt haben, aber die für die bolschewistische Propaganda vorteilhaft waren). Andererseits aber war ja damals für die „grosse Freude und Begeisterung" eine ganz reale Grundlage vorhanden. Man stelle sich vor, dass z. B. in der *Metallindustrie,* wo die Arbeiterlöhne schon im Juni 1940 grösstenteils um 20% erhöht worden waren, die Löhne im September wieder um durchschnittlich 60% erhöht wurden. *Es ergibt sich, dass nach dieser letzten Erhöhung die Löhne im Vergleich mit denen vor der ersten Erhöhung im Juni um rund 92% grösser sein mussten* (wenn der Arbeiter vor der ersten Lohnerhöhung z. B. Ls 100 im Monat verdiente, so bekam er ab 21. Juni Ls 120 im Monat, aber seit dem September 1940 noch 60% dazu, also eine Zulage von Ls 72, insgesamt Ls 192). Die Löhne waren in diesem Fall fast verdop-

pelt worden. Das war wirklich eine fabelhafte Veränderung, denn die Warenpreise blieben in den Monaten Juni-September 1940 ohne grössere Veränderungen.

Der Sekretär des Zentralkomitees der lettländischen kommunistischen Partei Ž. Spure hielt am 27. September (am Tage nach der Bekanntmachung der Löhnerhöhung) in Riga eine grosse Rede[16] über diese Frage auf einer grossen Versammlung der Parteisekretäre, Propagandisten, Gewerkschaftsleiter und Vertreter der Arbeiterkomitees. Bei dieser Gelegenheit wurde die schon früher unzählige Male behauptete niederträchtige Lüge wiederholt: „Genossen Arbeiter, ... im März 1940 verzeichnete die „Jaunākās Ziņas" (eine damalige Zeitung in Riga. A. C.) 13 Selbstmorde und als Ursache wird „Lebensüberdruss"genannt. Aber... warum dieser Lebensüberdruss? — Darum, Genossen, *weil der Mensch nichts zu essen hatte.* Das Leben war so „süss", dass die Menschen lieber das letzte, was ihnen gehörte — ihr Leben, vernichteten, um nur nicht in diesem „Paradies" schmachten zu müssen." Der Redner betonte: *„Die Sowjetregierung und die kommunistische Partei nähren nicht mit leeren Versprechungen: was sie versprechen, das erfüllen sie auch."(!)* Über die Lohnerhöhung sagte der Parteisekretär: „Was für einen Zweck hat dieser Beschluss? — Erstens, die materielle Lage aller Arbeiter und Angestellten zu verbessern. Zweitens, den bisherigen riesigen Unterschied zwischen den Löhnen der Arbeiter und der leitenden Angestellten auszugleichen: auf der einen Seite unverhältnismässig niedrige Löhne, auf der anderen Seite unverhältnismässig hohe Löhne. Diese Lage war nicht zu ertragen... Die Ansichten, dass alle den gleichen Lohn bekommen sollen, sind falsch und schädlich. Warum — das sagt Genosse Stalin im Artikel..."

Über die Gründe der *Lohnausgleichung* sprach auf derselben Versammlung auch der Volkskommissar der Arbeit:[17] „In den Löhnen und Lohnsätzen der Arbeiter, Ingenieure, des technischen Personals als auch der Angestellten war eine *grosse Verschiedenheit* zu beobachten. So z. B. bekam ein qualifizierter Arbeiter-Metallist 63 Centimes pro Stunde, aber ein Arbeiter mit einer viel

niedrigeren Qualifikation, z. B. in der Kommunalwirtschaft, bekam 70 Centime in der Stunde. Die Arbeiter in der Textilindustrie, der Nahrungsmittel-, der Holzindustrie, sowie auch die Arbeiter anderer Industriezweige bekamen 50—53 Cent. pro Stunde, dagegen die Arbeiter der Lederindustrie 61 Cent. pro Stunde... Häufig bekamen die Arbeiter desselben Industriezweiges einen ungleichen Lohn. Z. B. die Meister der „Rigaer Manufaktur" bekamen Ls 400 im Monat, die Meister der Fabrik „Rekord" Ls 350, aber die Meister der „Lenta" Ls 475. Die Weber der „Dentelle" bekamen 42 Cent. pro Stunde, aber die Weber der „Rekord" 35 Cent. pro Stunde. Die Schlosser der „Dentelle" bekamen 54—72 Cent. pro Stunde, die Schlosser von „Rekord" 34 Cent., aber die Schlosser der „Rigaer Manufaktur" bekamen 60—90 Cent. pro Stunde... Es ist ganz natürlich, dass solche Lage ungerecht und unerträglich ist. Der Lohn muss von der Qualifikation abhängig sein." Der Redner betonte noch: „Die Lohnerhöhung hebt besonders die sowjetische *Arbeitsintelligenz* hervor: die Grund- und Mittelschullehrer, die Lehrkräfte der Hochschulen, sowie auch die anderen intellektuellen Angestellten. Der Lohn dieser Angestellten ist um 30 bis 40% erhöht worden."

Auch in den beiden anderen baltischen Ländern wurden die Löhne ab 16. Sept. 1940 erhöht[18] und der „grosse Dank" der Bevölkerung gemeldet.

Es ist noch zu bemerken, dass etwa zwei Wochen später (d. h. nach der Verordnung der allgemeinen Lohnerhöhung) in Lettland durch einen Befehl[19] der Volkskommissare der Arbeit und des Ackerbaus auch die Löhne aller Jahres- und Halbjahreslandarbeiter um 20% ab 16. September erhöht wurden. Die Lohnerhöhung bezog sich nur auf den *Geldlohn* (nicht auf die Verpflegung oder deren Geldwert). In der Verordnung vom 25. September waren die Landarbeiter nicht erwähnt.

5. Die erste allgemeine Erhöhung der Warenpreise (ab 1. Oktober 1940).

Es schien, dass die Bolschewisten wirkliche Wohltäter der Arbeiter und Angestellten seien, dass sie ihre Versprechungen in vollem Masse erfüllten und wirtschaftliche Wunder vollführten. Es schien für viele klar zu sein, dass die „Kapitalisten" und ihre Regierungen früher die Arbeiter wirklich beraubt und „ausgebeutet" hatten und die Arbeiter wenigstens relativ im Hunger leben mussten. Es genügte nur, dass die Bolschewisten an die Macht kamen, und die Löhne konnten nach ein paar Monaten sogar verdoppelt werden. Ein wirkliches Wirtschaftswunder war geschehen.

Aber gleich einige Tage nach der Verordnung der zweiten allgemeinen Lohnerhöhung bekamen die Arbeiter und Angestellten eine sehr unangenehme Überraschung, eine kalte Dusche. Nachdem die mit den bolschewistischen Wohltaten Überhäuften ihre ehrliche Freude und Begeisterung kundgegeben hatten, folgte eine neue unerwartete (oder nur von wenigen Einsichtigen erwartete) Regierungsverordnung über die Erhöhung der Warenpreise. Noch am 28., 29. und 30. September wurden in vielen Fabriken der Stadt Riga Arbeiterversammlungen veranstaltet, in denen die Vertreter der kommunistischen Partei, der Gewerkschaften und die Fabrikleitung die Arbeiter mit der Bedeutung der soeben verordneten Lohnerhöhung bekanntmachten. Überall wurden die „begeisterten" Resolutionen angenommen, die die Freude und den Dank der Arbeiter ausdrückten. Der Vertreter der kommunistischen Partei betonte in einer dieser Versammlungen folgendes:[20] *„Das sind nicht die letzten Lohnerhöhungen, es werden noch andere folgen.* Die Warenpreise können steigen, aber sie werden niemals so hoch steigen, wie der Arbeiterlohn steigen wird. Das wird jetzt möglich sein, weil die Arbeitsproduktivität steigen wird und die grossen Gewinne der Kapitalisten fortfallen werden. *Verschiedene Schädlingsgerüchte der Bourgeoisie über das scharfe Steigen der Preise und über den Warenmangel sind unsinnig."* — Über die Ergebnisse dieser Arbeiter-

versammlungen wurde berichtet:[20] „Die Arbeiter begrüssten den Beschluss der Lohnerhöhung mit Begeisterung. In einigen Stellen jedoch war es den Feinden und Störern gelungen verschiedene schädliche Gerüchte zu verbreiten, was in den Reihen der Arbeiter eine gewisse Erregung hervorgerufen hatte. Die sachlichen Erklärungen und Hinweise zerstreuten rasch alle Gerüchte und *am Ende der Versammlungen zeigten alle Arbeiter lächelnde Gesichter.*"

Aber zwei Tage später bekamen die „lächelnden Gesichter" eine saure Miene, weil ab 1. Oktober 1940 die Kleinhandelspreise beträchtlich erhöht wurden. Während die Arbeiter und andere sich über die Lohnerhöhung freuten und von den Kommunisten über die „Schädlingsgerüchte" beruhigt wurden, *war schon der Beschluss des Volkskommissarenrates über die Preiserhöhung vorbereitet und das neue Preisverzeichnis gedruckt.* Die bolschewistischen Versicherungen erwiesen sich wieder (ebenso wie es bei den Parlamentswahlen im Juli 1940 geschah, als die Kommunisten noch am letzten Tage vor den Wahlen in der Presse ihre wahren Absichten — die Enteignung des Bauernlandes und die unverzügliche Anschliessung Lettlands an die Sowjetunion, auch die „Nationalisierung" der Industrie und Banken — leugneten und als Erfindung der „Volksfeinde" darstellten) als grober Betrug und Lüge.

Vom 17. Juni 1940 bis zum 1. Oktober 1940 blieben die Warenpreise ohne grosse Veränderung. Die Preise einiger Waren wurden zwar erhöht, aber einen grossen Einfluss auf die Lebenshaltung und das Wirtschaftsleben hatte das im allgemeinen nicht. Darum hatten die Arbeiter mehr als 3 Monate einen gewissen Gewinn von der Erhöhung ihrer Löhne ab 21. Juni 1940. — Die Kleinhandelspreise, die am 30. September bestanden, wurden ab 1. Oktober folgendermassen erhöht[21]:

	Preiserhöhung um
Steinkohle, Steine, Ton, Torf	25%
Zement, Betonerzeugnisse, Ziegel usw.	50%
Geschirr und andere Waren aus Ton, Porzellan, Glas (auch Fensterglas)	25%
Aluminiumwaren	25%

	Preiserhöhung um
Kraftwagen, Fahrräder, ihre Teile, Uhren, Edelmetall- und Juwelierwaren, Nägel	50%
Andere Metallwaren	ohne Veränderung
Erzeugnisse der chemischen Industrie (Gummischuhe, Chemikalien usw.)	25%
Wäscheseife, Zündhölzchen, künstliche Düngemittel, Erdölerzeugnisse, Apothekenwaren, Arzneien	ohne Veränderung
Lederwaren, Lederschuhe, Pelzwaren	50%
Textilwaren (Gewebe aus Baumwolle, Wolle, Kunstseide usw., auch fertige Kleider)	50%
Bauholz	30%
Furniere	40%
Brennholz, Möbel	25%
Papierwaren, auch Drucksachen	25%
Milchprodukte, Eier, Fleisch und Fleischwaren, Zucker, Brot, Mehl u. a. Lebensmittel, auch Tabakwaren	25%
Kaffee, alkoholische Getränke (Bier und Wein — 25%)	50%

Diese plötzliche Erhöhung der Preise war eine sehr unangenehme Überraschung für die Arbeiter und Angestellten, deren Löhne am 25. September erheblich erhöht waren (mit Rückwirkung vom 16. September). Die Kleider und Kleidermaterialien, auch Lederschuhe waren um 50% teurer geworden, Lebensmittel um 25%, Fahrräder um 50%. Aber die Löhne im Baugewerbe waren nur um 15% erhöht, in der Holzindustrie und Lederindustrie um 35%; die Gehälter der Beamten und Angestellten waren nur um 30% erhöht. *Viele Arbeiter, Angestellte, Ingenieure hatten mehr Verlust von der Preiserhöhung als Gewinn von der Lohnerhöhung.* Im allgemeinen blieb von der Lohnerhöhung doch ein kleiner reiner Gewinn für die Arbeiter und Angestellten übrig, abgesehen von der *Entwertung des Geldes und der Ersparnisse;* z. B., wenn ein Arbeiter seine früheren Ersparnisse für den Kauf der Kleider oder eines Fahrrades verwenden wollte, so konnte er für sein Geld nur zwei Drittel der Warenmenge bekommen, welche er früher hätte kaufen können. Ein Fahrrad kostete vor dem 1. Oktober etwa Ls 120—130, ab 1. Oktober — mindestens Ls 190.

6. Erhöhung der Preise ab 25. November 1940.

Das Geschilderte war nur ein kleiner Vorgeschmack dessen, was noch folgen sollte. Die neuen Preise dauerten etwa zwei Monate an. Ab 25. November 1940 wurden die Warenpreise wieder plötzlich und ausserordentlich stark erhöht; die Preise einiger Warengruppen erreichten eine phantastische Höhe.

Am 24. November 1940 wurde in den Zeitungen eine Bekanntmachung[22] des lettländischen Volkskommissarenrates veröffentlicht, dass laut Beschluss der Regierung der UdSSR, *ab 25. November 1940, in Lettland neben dem Lat auch die Sowjetvaluta — der Rubel — als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt werde;* die Annahme des Rubels war obligatorisch bei allen Zahlungen und für alle Betriebe, Behörden und Privatpersonen; *1 Rubel wurde 1 Lat gleichgesetzt.*

Der Beschluss[22] des lettländischen Volkskommissarenrates und des Zentralkomitees der lettländischen kommunistischen Partei vom 23. November 1940 bestätigte die vom Volkskommissariat des Handels ausgearbeiteten (und am 24. November schon gedruckt vorliegenden und käuflichen) Preisverzeichnisse für den Kleinhandel ab 25. November 1940. Es wurden mehr als 30 derartige Preisverzeichnisse herausgegeben, jedes etwa 20— 34 Seiten stark. In jedem Preisverzeichnis war für jede Warensorte der entsprechende Preis (nicht mehr in Lats, sondern in Rubeln) angegeben. Wenn man die Preise einiger wichtiger Waren im Juni 1940

	Kleinhandelspreise in Riga, pro kg				
	Juni 1940 Ls	September 1940 Ls	1. Oktober 1940 Ls	25. November 1940 Rubel	Preise am 25. November (Juni 1940 = 100)
Schwarzbrot	0,20	0,20	0,25	0,40	200
Weissbrot	0,57	0,57	0,75	1,20	200
Schweinefleisch (frisches)	1,53	1,63	2,15	3,85	250
Rindfleisch (Kochfleisch)	1,11	1,04	1,30	2,30	210
Butter (Export-)	2,70	2,86	3,55	7,00	260
Zucker	0,67	0,67	0,84	2,50	370

(also vor den bolschewistischen Veränderungen) mit den Preisen ab 1. Oktober und ab 25. November vergleicht, so ergibt sich ein Bild, wie es die Tabelle auf S. 331 darstellt[28].

Im Vergleich mit den Kleinhandelpreisen, die am 30. September 1940 in Kraft waren (diese Preise waren fast dieselben, die im Juni, vor den bolschewistischen Eingriffen in das lettländische Wirtschaftsleben, bestanden), waren die Preise im Oktober und November um etwa folgende Prozentsätze erhöht worden:

	Preiserhöhung ab 1. Oktober (in Prozenten der Preise vom 30. September)	Preiserhöhung ab 25. Novemb. (in Prozenten der Preise vom 1. Okt. bis 24. Nov.)	Preiserhöhung insgesamt (in Prozenten der Preise vom 30. September)
Nahrungsmittel	%	%	%
Schwarzbrot	25	60	100
Weissbrot	25	60	100
Schweinefleisch	25	80	150
Rindfleisch	25	80	125
Butter	25	100	150
Zucker	25	200	275
Bekleidung			
Baumwollgewebe	50	110	215
Wollgewebe (und Wollgarn)	50	400	650
Kunstseidegewebe	50	320	530
Pelzwaren	50	200	350
Lederschuhe	50	140	260
Verschiedene Waren			
Fahrräder	50	180	320
Rundfunkempfänger	—	125	125
Goldwaren	50	300	500
Papierwaren	25	100	150
Aluminiumgeschirr	25	50	88
Emailliertes Eisengeschirr	—	75	75
Waschseife	—	135	135
Kerzen	25	125	180
Petroleum	—	67	67
Brennholz	25	60	100
Baumaterialien			
Zement	50	350	570
Nägel	50	200	350
Ziegel	50	90	180
Nadelholzbretter	30	130	200

Ab 25. November waren die Preise der wichtigsten Nahrungsmittel plötzlich um 60—200% höher als am 24. November. Ganz ausserordentlich hoch waren die Preise der Bekleidungsstoffe gestiegen: die Preise der Baumwollgewebe waren „nur" um etwa 110% (es gab für einige Sorten auch höhere Prozentsätze der Preiserhöhung), *aber die Wollgewebe waren um 400% verteuert, die Kunstseidegewebe — um 320%. Auch Lederschuhe waren um 140%, Pelzwaren — um 200% teurer gemacht.* Ebenso ausserordentlich teuer waren Fahrräder, Goldwaren (Goldwaren waren ausserdem aus dem Handel genommen), Zement*), Nägel, andere Baumaterialien und viele andere Waren.

Es muss noch beachtet werden, dass 1) schon in den Monaten Juli-September die Preise einiger Waren (Bekleidungsstoffe, Nägel, Fensterglas, Leder, Lederschuhe u. a.) um 10—20% gestiegen waren und 2) seit dem 1. Oktober hatten die Preise noch eine allgemeine beträchtliche Erhöhung erfahren. Darum kosteten z. B. Wollgewebe für Herrenanzüge, deren Preis kurz vor dem Einbruch der roten Armee etwa 17—20 Lats pro Meter war, ab 25. November 1940 — mindestens 200 Lats, also etwa zehnmal mehr (wenn man den Lat dem Rubel gleichsetzt). Fast ebenso verteuert waren die Kunstseidegewebe. Nur die Baumwollgewebe waren „billig" — nur etwa dreimal teurer, als vor den Bolschewisten. Lederschuhe waren etwa viermal teurer geworden, als vor der Okkupation Lettlands durch die rote Armee. Auch die Preise der Nahrungsmittel waren zweimal bis viermal höher. Das früher so gewöhnliche und allen zugängliche Fahrrad war in einen Luxusgegenstand verwandelt, weil dessen Preis von etwa 120 Lats (vor der Bolschewistenzeit) bis auf wenigstens 500 Rubel erhöht war. Es erwies sich auch, dass Uhren plötzlich eine unzugängliche Kostbarkeit darstellten: eine gewöhnliche Taschenuhr, welche vor der Bolschewistenzeit in Riga Ls 20 kostete, kostete nach

*) Im Mai 1940 war der Kleinhandelspreis des Portlandzements in Riga Ls 48 pro Tonne (1000 kg), aber ab 25. Nov. 1940 — 400 Rubel, also achtmal höher.

dem 25. November 1940 etwa 500 Rubel, und eine bessere Uhr („Omega"), die früher Ls 50—60 gekostet hatte, kostete Ende November 1940 etwa 1200 Rubel!

Es muss noch bemerkt werden, dass die *Wohnungsmieten* nach dem 25. November 1940 nicht erhöht, sondern zum Teil (wenn man die früheren Lats mit den sowjetrussischen Rubeln nominell vergleicht) noch etwas gesenkt wurden. Ein besonderer Beschluss[24] des Volkskommissarenrates vom 23. November 1940 bestimmte für die Stadt Riga ab 1. Dezember 1940 ein Mietgeld von 0,75—1 Rubel pro Quadratmeter „benutzbarer Wohnungsfläche" im Monat. Die monatliche Wohnungsmiete[25] war in Riga im Mai 1940 etwa 18—20 Lats pro Zimmer. Wenn man die durchschnittliche Fläche eines Zimmers mit etwa 16 Quadratmeter annimmt, so ergibt es sich, dass die neuen Mietgelder durchschnittlich etwas weniger pro Quadratmeter in Rubeln als früher in Lats ausmachten.

7. Die „Erhöhung" der Arbeiterlöhne ab 10. November 1940.

„Um die materielle Sicherung der Arbeiter noch weiter zu heben" (Wortlaut der Verordnung), setzte die Regierung am 23. November 1940 fest,[26] dass Löhne der Arbeiter der Industrie, Transport- und Verkehrsunternehmungen und der Kommunalwirtschaft, *bis zum Niveau der Lohnsätze, welche ähnliche Betriebe der Stadt Leningrad zahlen, „erhöht" werden müssen,* und dass die erhöhten Löhne bereits ab 10. November zu zahlen sind. Vom gleichen Tage an wurden auch neue Gehälter für Angestellte, Beamte, Ingenieure, Techniker, Lehrer, das medizinische Personal, in Übereinstimmung mit dem Niveau der Gehälter dieser Berufe in der UdSSR bestimmt. Ab 10. November durften Löhne und Gehälter in Privatbetrieben nicht niedriger als Löhne in Staatsbetrieben und Behörden sein. Die Leiter der Staatsbetriebe wurden verpflichtet, überall einen Akkordlohn einzuführen.

Ein grosser Artikel[26], der in allen Zeitungen am 24. November 1940 gedruckt war (mit der Überschrift

„Besonders wichtige Beschlüsse der Partei und der Regierung"), erklärte die Gründe der Lohn- und Preisveränderungen. Im Artikel hiess es: „Um die Lage der Werktätigen nicht zu verschlechtern, werden gleichzeitig mit der Umstellung der Preise auch die Löhne *um durchschnittlich 48% erhöht*, und es wird das direkte unbegrenzte Akkordarbeitentlohnungssystem eingeführt. Ausserdem wird die Lohnerhöhung ab 10. November, dagegen die neuen Warenpreise, die mit den Preisen der übrigen Republiken der Sowjetunion gleichgesetzt sind, ab 25. November in Kraft treten. *Die Arbeitslöhne der Arbeiter und Angestellten werden bis zum Niveau der in der Sowjetunion bestehenden höchsten Sätze erhöht.* Das Umstellen der Preise ist derartig gestaltet, dass am wenigsten die Gegenstände des Massenverbrauches berührt werden ..."

8. Veränderungen des Lebensniveaus der Arbeiter.

Ab 10. November waren also die Arbeiterlöhne durchschnittlich um 48% erhöht worden. Gleichzeitig (ab 25. November) waren jedoch die Brotpreise um 60%, die Fleischpreise um 80%, die Butterpreise um 100% und die Zuckerpreise um 200% gestiegen. Die Preise der Bekleidungsstoffe waren ausserordentlich hoch erhöht: die Preise der Wollgewebe — um 400% (die Arbeiterlöhne — nur um 48%, also fast zehnmal weniger!), die Preise der Kunstseidegewebe — um 320%, der Baumwollgewebe — um 110%, der Lederschuhe — um 140%. Die Preise der Fahrräder waren um 180% gesteigert, der Rundfunkempfänger — um 125%, der Taschen- und Handuhren — um 300%, des Brennholzes — um 60%, der Waschseife — um 135%, usw. *Es ist überhaupt keine Ware zu finden, deren Preis nur um 48% (Prozentsatz der Lohnerhöhung) erhöht worden wäre.* Die Prozentsätze der Preiserhöhung waren alle viel grösser, in manchen wichtigen Fällen sogar fünf- bis neunmal grösser.

Es ist klar, dass das Lebensniveau der Arbeiter nach dem 25. November plötzlich sehr stark gelitten

hatte. Zu demselben Ergebnisse gelangt man, wenn man die gesamte Lohnerhöhung und die gesamte Preiserhöhung in der Zeit vom 21. Juni (als die Löhne das erste Mal erhöht wurden) bis zum 25. November 1940 vergleicht. Die Arbeiterlöhne wurden ab 21. Juni durchschnittlich um etwa 20% erhöht (die höchsten Kategorien — nur um 15% oder gar nicht), ab 16. September noch um 40% und ab 10. November wieder um 48%. Es ergibt sich, dass *die Arbeiterlöhne nominell durchschnittlich insgesamt um etwa 150% erhöht worden waren* (wenn der Arbeiter vor dem 21. Juni z. B. Ls 100 im Monat verdiente, so bekam er ab 21. Juni Ls 120, ab 16. September — 40% mehr, d. h. Ls 168, ab 10. November — weitere 48% mehr, also rund 250 Rubel). Was die Preise anbelangt, so muss gesagt werden, dass nur sehr wenig Waren ab 25. November 1940 weniger als um 150%, im Vergleich mit der Zeit vor der Okkupation Lettlands durch die sowjetrussische Armee, im Preise gestiegen waren. Nur Brot war um 100% teurer, Schweinefleisch und Butter — um 150%, Zucker — um 275%, Baumwollgewebe — um fast 300%, Wollgewebe — um etwa 800%, Lederschuhe um 300%, Fahrräder — um 320%, Goldwaren (z. B. ein Ehering!) — um 500% teurer usw. Dieser Vergleich zeigt, dass *von dem kleinen realen Reingewinn, der durch die Lohnerhöhung im Juni und September den Arbeitern gegeben worden war, nach dem 25. November nichts mehr übrig blieb und ausserdem noch ein bedeutender Verlust verzeichnet werden konnte; das Lebensniveau der Arbeiter war also im Durchschnitt stark gesunken!* Als einziger „Trost" wurde von den Bolschewisten im genannten Zeitungsartikel der Umstand hervorgehoben, dass die Arbeiter zwei Wochen lang (10. Nov. — 24. Nov.) die „erhöhten" Löhne bekommen hatten, denn die Preise waren erst ab 25. November erhöht worden. Dieser Trost war aber sehr schwach.

9. Gehälter der Angestellten.

Die Veränderung der Gehälter der Angestellten, des technischen Personals in der Industrie (Ingenieure,

Techniker, Meister), der Lehrer, Ärzte usw., war noch *viel ungünstiger*, als die Veränderung des Arbeiterlohnes. Die Gehälter der Angestellten und überhaupt der intelligenten Berufe waren dem Lohnniveau der Sowjetunion angeglichen. Die Veränderung der Gehälter*) des technischen Personals und der Angestellten in den Rigaer Industriebetrieben zeigen folgende Zahlen:

	Durchschnittliches Monatsgehalt im Jahre 1939 Ls	Durchschnittliches Monatsgehalt ab 25. November 1940 Rbl.
Fabrikdirektor	940	750
Ingenieure	410	550
Techniker	190	400
Meister	290	500
Buchhalter	310	350
Betriebskassierer . . .	250	260
Maschinenschreiberin .	140	225
Hausknecht	100	160
Wächter	90	160
Chauffeur	160	330

Die Gehälter der Fabrikdirektoren waren ab 25. November in Rubeln kleiner als früher in Lats; obgleich der Lat eine ganz andere Kaufkraft als der Rubel hatte! Die neuen Gehälter der Ingenieure waren nominell in Rubeln nur etwa um 30%, die der Techniker — um 100%, der Meister — um 70%, der Maschinenschreiberinnen und Hausknechte — um 60%, der Wächter — um 80% und der Chauffeure — um 120% „höher" als vor der Okkupation Lettlands. Bedenkt man jedoch, dass die Arbeiterlöhne in der Industrie ab 25. November um etwa 150% „höher" waren als vor der Bolschewistenzeit und dass dennoch die ausserordentliche Steigerung der Lebenshaltungskosten durch die Preiserhöhung die Lohnerhöhung ohne Wirkung machte und den Arbeitern einen beträchtlichen Verlust der

*) Die Gehälter der Angestellten der Industrie waren abhängig von der Grösse des Betriebes, z. B. für Betriebe mit einer Arbeiteranzahl bis 100 war das Gehalt des Meisters 330—400 Rubel, in Betrieben mit einer Arbeiteranzahl bis 400 — 400—530 Rubel, mit mehr als 400 Arbeitern — 530—650 Rubel. Das Gehalt des Ingenieurs war ebenfalls je nach der Grösse des Betriebes 400—700 Rbl. im Monat.

Kaufkraft zufügte, so sieht man, dass *das technische Personal und die Angestellten in der Industrie jetzt viel schlechter als die Arbeiter entlohnt wurden (im Vergleich mit den früheren Zeiten im Freistaate Lettland). Ein grosser Teil des früheren realen Gehalts der Angestellten war von den Bolschewisten gestrichen worden.*

Dasselbe war auch im Handel[27] zu sehen. Die Geschäftsführer, die in Riga im Jahre 1939 durchschnittlich etwa Ls 260 im Monat bekommen hatten, erhielten ab 25. November 1940 250—700 Rubel; der Verkäufer bekam früher Ls 165, die Verkäuferin — Ls 95, seit 25. November 1940 aber erhielten die Verkäufer (ohne Unterschied des Geschlechts) in Riga 150—280 Rubel (durchschnittlich etwa 200 Rubel). Auch hier war also *die „Lohnerhöhung" viel kleiner als bei den Arbeitern in der Industrie.* Das Lebensniveau der Handelsangestellten war also beträchtlich gesenkt worden.

Ebenso war es mit den Gehältern der *Staatsbeamten* in den zentralen Staatsbehörden (früher — Ministerien, in der Bolschewistenzeit — Volkskommissariate):

	Monatsgehalt im Mai 1940[28] Ls	Gehalt ab 25. Nov. 1940 Rbl.
Departementsdirektor .	710—770	1200
Referent	326—494	500—700
Schriftführer	180—200	300
Kurier	84—105	150—175

Die nominellen Gehälter der Staatsbeamten waren in der Bolschewistenzeit nur um etwa 50—70% „höher" als vorher, dagegen die „billigsten" Nahrungsmittel, wie Brot (ab 25. November), um 100%, Wollkleider um fast 1000% teurer als früher im Freistaate Lettland. Vor den Bolschewisten bekamen die Staatsbeamten (ebenso die Kommunalbeamten) noch besondere *Zulagen für Kinder, für die Dienstzeit und für Hochschulbildung.* Diejenigen, die schon einige oder viele Jahre im Staatsdienst waren, bekamen beträchtlich mehr als Anfänger; z. B. die 7 Stufen der niedrigsten Kategorie des staatlichen Zivildienstes — der 20. Kategorie — waren Ls 84 bis Ls 105;

die 6 Stufen der 7. Kategorie — Ls 333 bis Ls 494. Nach den Bestimmungen vom Jahre 1929 erhöhte sich das Gehalt des Staatsbeamten alle 3 Jahre um eine Stufe; unter dem Druck der Weltwirtschaftskrisis wurde aber im Staatsbudget gespart und nur alle 4, später (vom Jahre 1932) alle 5 Jahre das Gehalt um eine Stufe erhöht. Wer eine dem Dienstzweige entsprechende Hochschulbildung hatte, der bekam ein um zwei Stufen höheres Gehalt; z. B. bekam der Beamte der 7. Kategorie mit Hochschulbildung nicht die 1. Stufe (Ls 333), sondern die 3. Stufe (Ls 397), d. h. um Ls 63 resp. um fast 20% mehr als ohne Hochschulbildung. — Alle diese Zulagen, die einen beträchtlichen Teil des Gesamtgehalts der Staatsbeamten bildeten, wurden von den Bolschewisten aufgehoben. Das war *ein sehr bedeutender Verlust für ältere Beamte, Gebildete und Familienväter.* Z. B. ein Beamter der 5. Stufe der 7. Kategorie, der früher Ls 461 bekommen hatte, erhielt schon im Oktober 1940 (vor den Lohnveränderungen Ende November) nur das gleiche Gehalt, wie ein Beamter der 1. Stufe derselben Kategorie, der früher nur Ls 333 bekommen hatte. Seit November 1940 wurden auch die alten Gehaltskategorien aufgehoben und das sowjetrussische Lohnsystem eingeführt. — Die Lage der Staatsangestellten der Behörden verschlechterte sich in der Bolschewistenzeit noch dadurch, dass *die Angestellten viel mehr (dabei unproduktiv!) arbeiten mussten, als im Freistaate Lettland.*

Ebenso war das Lebensniveau der *Lehrer* und der anderen intelligenten Berufe gesenkt. Z. B. bekam ein im Dienste der Rigaer Stadtverwaltung stehender Leiter der Grundschule (der gleichzeitig auch Lehrer war), mit Hochschulbildung und mit mindestens 15-jähriger Lehrerpraxis, früher Ls 386 im Monat: ausserdem bekam er Familienzulage für Kinder Ls 15 pro Kind. Wenn er drei Kinder hatte, so bekam er eine Zulage von Ls 45, also insgesamt Ls 431. Ab 25. November bekam er keine Familienzulagen, nur ein Gehalt von 626 Rubel, also ein nominell etwa um 50% „höheres" Gehalt als früher. Die Warenpreise jedoch waren um

100—1000% gesteigert! — Besonders niedrig waren die neuen Gehälter der *Ärzte.*

10. Löhne der Landarbeiter.

Für Landarbeiter sorgten die Bolschewisten noch viel weniger als für Industriearbeiter. *Die nominellen Löhne der Landarbeiter wurden viel weniger als die Löhne der Industriearbeiter erhöht.* Im Juni 1940, als die Löhne der Industriearbeiter um 20% und 15% erhöht wurden, blieben die Löhne der Landarbeiter unverändert. Im September 1940, als man die Löhne der Industriearbeiter durchschnittlich wieder um etwa 40% erhöhte, wurde nur der Geldlohn der Landarbeiter und nur um 20% erhöht (in der Verordnung der Regierung über die Lohnerhöhung waren die Landarbeiter gar nicht erwähnt; ihre Lohnerhöhung erfolgte erst später). *Nach dem 25. November, auch für das Jahr 1941, wurden die Löhne der Landarbeiter mit etwa 160 Rubel im Monat festgesetzt, während die Industriearbeiter im Frühling 1941 durchschnittlich etwa 300 Rubel im Monat verdienten.*

Ab 10. November 1940 setzte das Volkskommissariat der Arbeit für Landarbeiter folgende Löhne*) fest:

	Rubel im Monat
Jahresarbeiter	150—170
Sommerarbeiter	160—170
Winterarbeiter	130—150
Hirten	110—130
Vorarbeiter	170—180

Das war der gesamte Lohn, einschliesslich Verpflegung, deren Wert mit 70—75 Rubel im Monat amtlich berechnet war. Also bekamen die Landarbeiter einen Geldlohn von 90—100 Rubel monatlich. Die Löhne waren für Arbeiter und Arbeiterinnen die gleichen

*) Die Tagesarbeiter bekamen in der Zeit vom 10. Mai bis 10. November Rub. 5—8 pro Tag (bei voller Verpflegung); vom 11. Nov. bis 9. Mai — Rub. 3—6 pro Tag. Im Jahre 1939 betrug der Geldlohn der Tagesarbeiter in der Landwirtschaft durchschnittlich: für Männer — Ls 3,33, für Frauen — Ls 2,66 pro Tag.

(früher waren die Löhne der Mägde um etwa 20% niedriger als die Löhne der Knechte).

Früher (im Jahre 1940, vor der Okkupation Lettlands) bekam der Jahresknecht einen Geldlohn von durchschnittlich 50 Lats monatlich, die Jahresmagd 40 Lats. Der Sommerknecht bekam im Monat ca Ls 60 in Bargeld, die Sommermagd ca 30 Lats; Hirten bekamen Ls 25 monatlich.

Der Landarbeiter kauft für seinen Geldlohn nicht Nahrungsmittel, deren Preise verhältnismässig „wenig" erhöht waren, sondern gerade Waren, deren Preise ausserordentlich hoch standen. Der billigste Wollanzug kostete in Riga vor der Bolschewistenzeit im Mai 1940 ca Ls 75, aber nach dem 25. November 1940 etwa 500—600 Rubel. In der alten Zeit konnte der Sommerknecht diesen Anzug fast für seinen Monatslohn kaufen, aber in der Sowjetzeit musste er dafür 5—6 Monate arbeiten. Das Fahrrad konnte der Sommerknecht noch im Mai 1940 für 120—130 Lats kaufen, also für einen zweimonatlichen Lohn. In der Bolschewistenzeit musste er dafür 600 Rubel zahlen — den Geldlohn eines halben Jahres, der ganzen Sommersaison. Früher konnte der Landarbeiter Chromlederschuhe für 18—20 Lats das Paar kaufen, aber in der Bolschewistenzeit musste er dafür 80—100 Rubel zahlen; also für seinen Monatslohn konnte er früher 3 Paar Schuhe kaufen, jetzt nur 1 Paar. Uhren waren zwanzigmal teurer als vor der Sowjetzeit! Wenn der Landarbeiter Branntwein kaufte, so musste er viermal mehr bezahlen als in der alten Zeit (der staatliche Branntwein kostete Anfang Juni 1940 nur Ls 2,20 das Halbliter, seit dem 25. November jedoch 8 Rubel).

Der nominelle Geldlohn des Landarbeiters war nur um etwa 100% gestiegen, die Preise der wichtigsten vom Landarbeiter gekauften Industrieerzeugnisse waren jedoch um 300—700—800% gestiegen. Von der früheren Kaufkraft des Geldlohnes) des Landarbeiters war*

*) Weil man Landarbeiter nicht bekommen konnte, wurde den Landarbeitern faktisch manchmal auch etwas mehr gezahlt als die amtlich festgesetzten Lohnsätze und zwar, bis etwa 130 Rub. in Bargeld monatlich.

nur ein Drittel oder sogar ein Viertel oder Fünftel übriggeblieben. Die Landarbeiter hatten von den Bolschewisten keinen Gewinn, nur Verluste, wenn man nicht als Gewinn das Sinken der Arbeitsdisziplin rechnet. Manchen Landarbeitern machte es eine Freude sich in der Landarbeitergewerkschaft zu betätigen: es waren im ganzen 19 Kreiskomitees dieser Gewerkschaft und mehr als 500 Landgemeindekomitees gegründet. Es wurde Propaganda getrieben, Wandzeitungen erschienen, „Kultur" wurde gefördert, usw.

Die *Familienzulagen,* welche der Landarbeiter früher bekommen hatte, wurden in der Bolschewistenzeit nicht mehr gezahlt; das war auch ein beträchtlicher Verlust für die Landarbeiter. Die systematische *Verbesserung der Landarbeiterwohnungen,* welche 1938 begonnen hatte, hörte in der Sowjetzeit auf.

Im Jahre 1937 wurde von der autoritären Regierung K. Ulmanis ein neues Gesetz herausgegeben, welches Familienzulagen für die Landarbeiter einführte. Später folgten mehrere Ergänzungen zu diesem Gesetz. Jahresarbeiter (d. h. Arbeiter, die auf ein ganzes Jahr einen Arbeitsvertrag schliessen) bekamen Zulagen für alle Kinder, die nicht mehr als 11 Jahre alt waren: für die ersten zwei Kinder je Ls 4 monatlich, für die übrigen Ls 5 monatlich. Ein Landarbeiter, der 1 Kind (bis zu 11 Jahren) hatte, bekam Ls 4, der 2 Kinder hatte — 8 Lats, für 3 Kinder 13 Lats, für 4 Kinder 18 Lats, für 5 Kinder 23 Lats, für 6 Kinder 28 Lats monatlich, usw. Das war für kinderreiche Landarbeiterfamilien eine wichtige Hilfe; *hatte ein Arbeiter 6 Kinder, so bekam er im Jahre 1939 zu seinem Jahreslohne (Ls 547) noch Ls 336 (28×12) hinzugezahlt, d. h. 61%.* — Diese Zulagen bekamen auch (vom 1. Mai 1939 ab) die Eltern und Grosseltern der Jahresarbeiter, jeder Ls 6 monatlich, wenn sie mehr als 65 Jahre alt waren und vom Arbeiter versorgt wurden. — Im April 1940 wurden Familienzulagen auch für Landarbeiter, welche ausserhalb ihres gewöhnlichen Wohnortes einen Arbeitsvertrag auf 6 Monate bis zu 1 Jahr schliessen (wenn ihre Familie am früheren Wohnorte bleibt), eingeführt. Kinder und auch Brüder und Schwester (bis

zu 11 Jahren) dieser Landarbeiter bekamen: die ersten zwei je Ls 2,50 monatlich, die übrigen je 3 Lats. — Im März 1939 bekamen 5372 Familien der Jahresarbeiter Zulagen insgesamt für 10.395 Kinder. Im Jahre 1938/39 wurden Ls 500.000 ausgezahlt[29].

Im April 1938 wurde das Familienleben der Landarbeiter durch ein weiteres Gesetz erleichtert und gefördert — durch das Gesetz über den Fonds für den Bau von Landarbeiterwohnungen. *Dieser Fonds bekam jedes Jahr mehr als 2 Mill. Lats.* Diese Summe wurde (für 1% pro Jahr) an die Landwirte zum Bau von Landarbeiterwohnungen verliehen. Nach der Vollendung der Bauten wurde die Hälfte der Anleihe gestrichen, die andere Hälfte musste dem Staate in 18 Jahren zurückgezahlt werden. Bis zum 15. Juni 1939 haben von diesem Fonds 2009 Wirtschaften Ls 2.674.000 zum Ausbauen von 1651 neuen Landarbeiterwohnungen und zum Umbauen von 1337 Wohnungen erhalten. Diese Massnahme war sehr wichtig und fördernd für die Gründung des Familienlebens der Landarbeiter, denn der allgemeine Mangel an anständigen Wohnungen war eine der Hauptursachen der Landflucht und des Mangels an beständigen Landarbeitern in Lettland gewesen.

11. Bolschewistische Motivierung der Preiserhöhung.

Wie die Bolschewisten die „Begeisterung" der Arbeiter und Angestellten Ende September 1940 schilderten, als die Löhne erhöht waren, ist bereits erwähnt worden. „Alle bestätigen ihre unendliche Dankbarkeit dem grossen Führer der Werktätigen, Genossen Stalin, dessen Sorge für den materiellen und geistigen Wohlstand der Werktätigen unermesslich ist." So schrieb man damals in den Zeitungen[30] über die Lohnerhöhung. Aber schon nach einigen Tagen wurden die Warenpreise stark erhöht und die Stimmung der Arbeiter wurde schlechter. Nach der Preiserhöhung ab 25. November 1940 konnten selbst die Bolschewisten mit aller ihrer grenzenlosen Unverschämtheit eine solche „Begeisterung" der Arbeiter, gleich der im September, nicht hervorru-

fen. Sie versuchten dennoch ihre neue „Wohltat" für die Arbeiter zu motivieren und zu rechtfertigen. Im schon erwähnten grossen amtlichen Artikel, der in allen Zeitungen am 24. November (am Sonntag, als die Zeitungen gewöhnlich nicht erschienen; an diesem Tage erschienen aber ausnahmsweise alle Zeitungen, um der Bevölkerung die neue Preiserhöhung, die am Montag in Kraft trat, zu erklären) gedruckt war, hiess es[31]: „Dieser Beschluss hat eine ausserordentliche politische und wirtschaftliche Bedeutung, weil er unser Wirtschaftsleben *im Einklang mit den Prinzipien und System der übrigen Sowjetrepubliken* umändert; er wird uns neue Kräfte geben, wird die Quelle der Mittel zur Befestigung des sozialistischen Staates, zur *Befestigung der Verteidigungsfähigkeit* unserer grossen Heimat und die Quelle der weiteren Verbesserung der materiellen und geistigen Lage der Werktätigen sein." — „Wir dürfen nicht vergessen, dass ausserhalb der Grenzen unserer grossen Heimat („grosse Heimat" — das war damals die übliche Bezeichnung der Sowjetunion. A. C.). ... schon lange der zweite imperialistische Krieg tobt ... Die Blüte der Menschheit — die Jugend der Werktätigen — wird vernichtet ... *Arbeitslosigkeit, Entbehrungen, Verwüstungen, ungerechtfertigte Steigerung der Lebenshaltungskosten (! A. C.), unverschämte und unerträgliche Ausbeutung und direkte Beraubung der Werktätigen,* unbegrenzter Zuwachs der Kriegsgewinne der Spekulanten, die Militarisierung des ganzen Lebens, ... bestialische Verfolgung der Kommunisten ... — das sind die „Errungenschaften" des Kapitalismus ..." — „Wenn wir die plutokratische Regierung nicht gestürzt und Sowjet-Lettland nicht gegründet hätten, *wären diese Schrecken ... jetzt das Schicksal des lettländischen Volkes gewesen.* Jeder ehrliche Bürger Sowjet-Lettlands — Arbeiter, Arbeitsbauer und der Intelligente — weiss, dass nur dank der weisen Aussenpolitik der Regierung der UdSSR unsere Heimat gegen diese Schrecken geschützt worden ist ... und er kann ruhig seiner Arbeit des sozialistischen Aufbaus nachgehen ..." — „Nur im Falle, dass ... die UdSSR stärker als irgendein Zusammen-

schluss der imperialistischen Staaten sein wird, wird sie ihre Friedenspolitik realisieren können. Darum muss die Sowjetunion mehr Fabriken, mehr Maschinen, mehr Kohle und Erdöl, mehr Stahl und Eisen, mehr Lokomotiven und Waggons, *mehr Panzer, Geschütze, Munition, mehr Kraftwagen und mehr Flugzeuge* haben." — „Das Vollbringen dieser geschichtlichen Aufgaben fordert ... eine *riesige Mobilisierung der Mittel,* die Hebung der Arbeitsproduktivität in allen Zweigen der Volkswirtschaft, intensivste Arbeit und einige *Opfer.*" — Es wurden in diesem Artikel alle „Wohltaten" der Sowjetmacht in Lettland aufgezählt und dann der Schluss gezogen: „Um Mittel zur *weiteren Stärkung der Verteidigungsfähigkeit unseres Staates* zu vergrössern und die raschen Tempi der sozialistischen Industrialisierung zu sichern, ist laut Beschluss von Partei und Regierung die Preisumstellung notwendig."

Um die Mehrheit der Bevölkerung, die mit dieser Argumentation und Erklärung nicht zufrieden und sehr erbittert war, einzuschüchtern, war am Ende des Artikels folgende Drohung hinzugefügt: „Wir sind überzeugt, dass jeder politisch richtig denkende Sowjetbürger alle seine Kräfte anwenden wird, um die Beschlüsse der Partei und Regierung ruhig, schnell und richtig durchzuführen ..., und jedem *Volksfeinde,* der diese Beschlüsse zur Provokation und konterrevolutionären Agitation auszunutzen versuchen sollte, einen *gebührlichen Gegenschlag versetzen wird.*"

Die Bolschewisten erkannten also selbst, dass die Bevölkerung über die phantastischen Preisveränderungen nicht begeistert sein konnte. Als der einzige Trost wurden die „Schrecken" der kapitalistischen Länder ausgemalt. In derselben Zeitungsnummer am 24. November war noch ein anderer grosser Artikel[32] zu finden: „Dunkle Aussichten in kapitalistischen Ländern für den kommenden Winter". In diesem Artikel wurde über den Hunger und die Missernte im „kapitalistischen" Europa gesprochen, obgleich wohl gerade Sowjetrussland das beständige und charakteristische Hungerland mehr als 20 Jahre hindurch gewesen war.

Um die ausserordentliche Preiserhöhung und die

Senkung des Lebensniveaus der Bevölkerung zu rechtfertigen, hatte das Zentralkomitee der lettländischen kommunistischen Partei sogar eine besondere Broschüre[33] für die Agitation herausgegeben. Auch hier waren die „Greuel" der kapitalistischen Ausbeutung und das fabelhafte Leben in der Sowjetunion geschildert. Z. B. sind in der Broschüre folgende Zeilen zu lesen: „Nach den Angaben des „Journal of Commerce" haben 400 Aktiengesellschaften in USA nur in der ersten Hälfte des Jahres 1940 2,25 Milliarden Dollar Gewinn erzielt, d. h. um 59% mehr als in derselben Zeit im vorigen Jahre... Die fabelhaften Gewinne erwerben die Kapitalisten mit der grenzenlosesten, grausamsten Ausbeutung der Werktätigen." — Über *Finnland* wurde erzählt: „Als Ergebnis des Krieges hat sich die Ausfuhr Finnlands um ein Drittel verringert... Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Die Kosten der Heizung und der Beleuchtung sind um 113% gestiegen... In Helsinki sind in diesem Jahre fünfmal mehr Einbruchsdiebstähle registriert worden als im Jahre 1939." — „Die Welle der Lebensverteuerung flutet über alle kapitalistischen Länder. In Dänemark sind Brot um 100%, Erbsen um 200%, Kartoffel um 180% teurer geworden... Trotz dieser riesigen Preiserhöhung ist der Lohn der Arbeiter und Angestellten in allen kapitalistischen Ländern derselbe geblieben; in vielen Staaten sogar gesenkt worden. Das Ergebnis ist, dass der reale Lohn des Arbeiters und Angestellten... nur ein Hungerleben sichert."

Gleich nach der Preiserhöhung wurde in einem Zeitungsartikel mit echt bolschewistischer Unverschämtheit folgendes behauptet[34]: *„Die neuen Preisverzeichnisse haben den Gegnern des Sowjetregimes die Phantasiewaffen aus den Händen geschlagen.* Die Preise mehrerer Waren sind die bisherigen geblieben. Die Preiserhöhung der Zündhölzchen, des Petroleums und der Seife ist gering. Ebenso ist die Preiserhöhung, gleichzeitig mit der Lohnerhöhung, nicht gross bei Nahrungsmitteln, Baumwollgeweben und anderen wichtigen Verbrauchswaren." Welche Warenpreise ohne Veränderung geblieben waren, das gab der Verfasser

nicht an! Die „geringe" Preiserhöhung (im Vergleich mit dem 24. November) der Seife seit dem 25. November war 135% (die gelbe Wäscheseife kostete früher Ls 0,86, seit dem 25. November — 2 Rubel das Kilogramm), des Petroleums — 67%. Wenn die Löhne der Arbeiter ab 10. November nur um 48% „erhöht" waren (und die Löhne der Angestellten um einen noch viel kleineren Prozentsatz), die Fleischpreise aber gleichzeitig um 100%, die Zuckerpreise um 200%, die Baumvollgewebe um 110% usw., so ist ja natürlich die Preiserhöhung „nicht gross" gewesen! In Wirklichkeit war die Preiserhöhung eine geradezu phantastische, im Freistaate Lettland (und auch in anderen Staaten der Welt) unerhörte und niemals dagewesene Tatsache.

Um die Wahrheit zu verdrehen, wurden von den Bolschewisten noch andere Versuche gemacht. So z. B. lesen wir im Zentralorgan der kommunistischen Partei[35]: „In diesen Tagen wird über die Veränderungen der Löhne und Preise... viel gesprochen. Es haben sich Müssiggänger gefunden, die offensichtlich keine andere Beschäftigung haben, als *an den Schaufenstern der Geschäfte zu stehen, die neuen Preise zu studieren und Unsinn zu schwatzen*... Wir haben auch solche Müssiggänger getroffen, die absichtlich Schaufenster mit den höchsten Preisen suchen und dann *entsetzt stehen bleiben.* Die Mehrheit der Arbeiter jedoch sehen die Preis- und Lohnfrage real an".

Obgleich die Stimmung der Arbeiter sehr ungünstig für die den Kommunisten immer notwendige „Begeisterung" war, wurden doch in verschiedenen Fabriken und anderen Unternehmungen wieder „einstimmige" Resolutionen über die Beschlüsse der Partei und Regierung die Preiserhöhung betreffend herausgepresst. Z. B. in einem grossen Artikel „Die Metallisten begrüssen die Beschlüsse der Partei und Regierung"[36] wird erzählt, dass auf der Arbeiterversammlung der Rigaer Waggonfabrik ein Vertreter der kommunistischen Partei erklärt habe: „Wenn wir... denselben Frieden und dieselbe Sicherheit geniessen wollen (wie in den übrigen Republiken der Sowjetunion. A. C.), dann müssen wir auch einen Teil von den Pflichten auf uns nehmen, die die Arbeiter der an-

deren Republiken mit Begeisterung auf sich genommen haben." Das Resultat dieser Rede war ein sehr erfreuliches: mit „stürmischem Beifall" nahmen die Arbeiter die Resolution an, in welcher sie die Beschlüsse der Partei *„begrüssten"*. Es konnte ja auch gar nicht anders sein, weil die Kommunisten ja gesagt hatten, dass jeder „ehrliche" Bürger (mit Ausnahme der „Volksfeinde") völlig zufrieden mit den Preiserhöhungen sei. Keiner wollte als „Volksfeind" registriert werden, um dann die sehr gefährlichen Folgen einer solchen Qualifizierung zu spüren, keiner wollte den versprochenen „Gegenschlag" erleben. Die Bolschewisten waren ja Meister in der Herauspressung jeder denkbaren und für sie nötigen „Begeisterung" aus einzelnen Menschen und ganzen Völkern. Wie schon früher erwähnt, zeigten in Moskau sogar ehemalige Volkskommissare (Minister — nach der „bürgerlichen" Terminologie) im Gerichtssaal deutlich ihre „Freude" über das eigene Todesurteil. Im Vergleich mit solchen Gipfeln der „Freudekundgebungen" war ja die „Freude" über die Preiserhöhung in Lettland im November 1940 eine Kleinigkeit.

12. Das neue Lebensniveau in Lettland vom sowjetrussischen Standpunkte betrachtet.

In normalen Friedenszeiten sind ausserhalb der Grenzen der Sowjetunion Arbeiter und Angestellte gewöhnlich schon bei ganz kleinen Preiserhöhungen, z. B. von 10 bis 20%, wenn nicht gleichzeitig eine entsprechende Lohnerhöhung den Ausgleich bringt, unzufrieden. Auch in Lettland wurde in früheren Zeiten von den marxistischen Parteien ein grosses Geschrei erhoben, als zugunsten der Bauern und der ganzen Volkswirtschaft (auch der Arbeiter) während der Wirtschaftskrise die katastrophal gesunkenen Getreidepreise von der Regierung ein wenig erhöht wurden. Man kann sich aber die Empfindungen des Lohnpersonals (zum Lohnpersonal gehörten in der Sowjetzeit fast aller Städter, weil private Unternehmungen grössten-

teils „nationalisiert" waren) vorstellen, als sie die neuen unerhörten Preise erfuhren.

Vom Standpunkt der sowjetrussischen Bolschewisten jedoch waren die neuen Arbeiterlöhne und die neuen Lebenshaltungskosten der Arbeiter und Angestellten gar nicht so schlimm, jedenfalls nicht so schlimm, wie es den lettländischen Arbeitern und Angestellten schien. Die Löhne wurden in Lettland ab 10. November auf das Niveau der Sowjetunion „gehoben", die Warenpreise jedoch blieben in Lettland zeitweilig noch sehr „billig" (vom sowjetrussischen Standpunkt aus gesehen), besonders Nahrungsmittel; z. B. kostete Schwarzbrot in Lettland 0,40 Rubel, in Moskau mehr als 1 Rubel; Weissbrot 1,20 Rub. bzw. etwa 4 Rubel; Butter 7 Rub. bzw. 24 Rubel das Kilogramm; usw. Auch die Kleider- und Schuhpreise waren in der Sowjetunion viel teurer. Darum fanden auch die Sowjetbeamten aus Moskau, die nach Riga reisten, die hiesigen Löhne „gut" und die Preise ungewöhnlich „niedrig". Vom sowjetrussischen-bolschewistischen Standpunkt konnte es ja nicht zugelassen werden, dass in dem riesigen Hunger-und Elendlande — der Sowjetunion — ein kleines Gebiet mit so ausserordentlich hohem (im Vergleich mit Sowjetrussland) Lebensniveau existierte, ein Gebiet, wo der Reallohn des Arbeiters dreimal grösser war, als in den übrigen Sowjetrepubliken. Die hohen Einkommen der Bevölkerung Lettlands konnte die Moskauer Regierung gut für ihre militärischen und für anderen Zwecke ausnutzen.

13. Klagen über niedrige Löhne.

Die neuen Lohnsätze der Arbeiter in Lettland waren im November 1940 verschieden gross. Für jeden Industriezweig gab es 8 bis 9 Tageslohnsätze, z. B. in der Metallindustrie (und Gummiindustrie) betrug der Tageslohnsatz der 1. Kategorie 6 Rubel, der 2. Kategorie — 7,08 Rubel, der 3. Kategorie — 8,34 Rub., der 8. Kategorie (der höchsten) — 19,20 Rub.; für schwere Arbeiten bekam man 10% mehr. Im Baugewerbe waren die Tageslohnsätze 5,65 — 20,34 Rubel; in den Sä-

gemühlen und Papier- und Möbelindustrie 5—15 Rubel, in der Seidenindustrie 5—18 Rub. Aber es gab auch Industriezweige, wo die Löhne viel niedriger waren, z. B. in der Lederindustrie 4,50—12,96 Rubel, in der Bier- und Spiritusindustrie 5—12,50 Rubel, in der Butterherstellung 5—13 Rubel. Für jeden Beruf waren in jedem Industriezweige bestimmte Lohnkategorien vorgesehen. Unqualifizierte Arbeiter verdienten 5—7—8 Rubel täglich. Die Lohnsätze für ein und denselben Beruf waren in verschiedenen Industriezweigen nicht gleich. In Lohnfragen herrschte eine grosse Unklarheit und Verwirrung; die bolschewistische Presse klagte und schimpfte, dass in einigen Betrieben die neuen Lohnsätze zu niedrig, in anderen zu hoch festgesetzt wären (d. h. nicht im Einklang mit dem amtlichen Tarifhandbuch), auch — dass „willkürliche" Lohnsätze (welche im amtlichen Tarifhandbuch gar nicht vorgesehen waren) eingeführt seien. Man musste in kürzester Zeit überall Akkordarbeit einführen, aber das war in vielen Betrieben und bei vielen Arbeitsarten gar nicht möglich. Es wurden „Spezialisten" für Lohnfragen aus der Sowjetunion nach Lettland geschickt, um Lohnfragen nach den sowjetrussischen Bestimmungen und Mustern zu regeln.

Trotz der Unmöglichkeit und Verpöntheit jeder Kritik der Lohn- und Preisveränderungen und der Senkung des Lebensniveaus waren manchmal in Zeitungen oder in Reden auf Versammlungen Stimmen zu hören, die über die ausserordentlich niedrigen Reallöhne der Arbeiter und Angestellten laut wurden. Z. B. im März 1941 lesen wir in einer Rigaer Zeitung:[37] „Wir warten schon 4 Monate auf die neuen Löhne der Hausknechte, weil die bisherigen sehr niedrig sind. Um den Schnee zu bergen, arbeiten wir täglich 16 und mehr Stunden. Die Arbeit tun wir nach bestem Können und ungeachtet dessen, wie gross das in Ordnung zu haltende Gebiet ist: 3 Strassen, Hof und Korridore. ... Unser Lohn ist nur 85 Rubel im Monat. Es wurde uns versprochen, dass neue Tarife eingeführt und die Hausknechte einen gebührenden Lohn bekommen werden ... Wo ist hier die Schuld, warum macht man nicht alles gerecht?" —

In einem anderen Artikel hiess es: „Obgleich es streng verboten ist, haben Direktoren in vielen Unternehmungen die Lohnsätze über die im Befehl festgesetzten Grenzen hinaus erhöht... In der 1. Tabakfabrik ... ist der Lohn der Meister mit 350 Rubel monatlich festgesetzt, obwohl im Befehl des Volkskommissariats 400—450 Rub. vorgesehen sind. In derselben Zeit zahlt man den Wächtern statt 175 Rubel — 210 Rubel".[38] — Über die niedrigen Löhne der Handelsangestellten wird geschrieben:[39] „Eine von den schmerzlichsten Fragen in unserem Lande war bisher die ungeregelte Frage der Angestelltenlöhne... *Fast jeden Tag (in Riga) verlassen wertvolle Kräfte die Handelsunternehmungen, weil sie mit dem bisherigen Lohn unzufrieden sind*".

Auf der Konferenz der leitenden Angestellten der Nahrungsmittelindustrie in Riga am 7./8. Mai 1941 betonten [40] einige Redner die grossen Schwierigkeiten, die mit den niedrigen Arbeitslöhnen zusammenhängen. Der Vertreter einer Schokoladenfabrik sagte: Die Schlosser bekommen bei uns 10 Rubel pro Tag, aber in der Metallindustrie 12 Rubel. *Einige betrinken sich absichtlich, um entlassen zu werden* (weil man ohne Erlaubnis der Administration die Stelle nicht wechseln darf) und die vorteilhaftere andere Stelle annehmen zu können. Man muss darum für die gleiche Arbeit überall den gleichen Lohn zahlen. — Die Leiter der Spiritusbrennereien klagten auf derselben Konferenz, dass die Mehrheit der Arbeiter nach der 3. Lohnkategorie entlohnt werden, d. h. 7,20 Rub. pro Tag oder etwa 180 Rubel im Monat erhalten. Viele Arbeiter verdienen auch die 4. Kategorie — 9,10 Rubel pro Tag oder etwa 220 im Monat. — Dasselbe erzählte der Direktor der grössten Bierbrauerei Lettlands „Aldaris": *der Arbeiterlohn ist hier so niedrig, dass man keine neuen Arbeiter bekommen kann,* weil eben der Lohn eines männlichen Arbeiters nur 7,20 Rub. pro Tag ist. Darum war die Fabrik gezwungen, Zigeuner und ehemalige Sträflinge anzunehmen. Akkordlöhne kann man bei den Arbeiten auf dem Hofe nicht anwenden, aber zahlen darf man nicht mehr als 7,20 Rub. pro Tag.

Hier kann bemerkt werden, dass im Jahre 1938 die Arbeiter in den Spiritusbrennereien und Bierbrauereien etwa mit 4 Lats pro Tag (für 8 Stunden) bezahlt wurden[41]. Die Kaufkraft dieser 4 Lats war etwa 14—15 Sowjetrubeln des Jahres 1941 gleich. Also *verdienten diese Arbeiter im Frühling 1941 etwa nur die Hälfte des realen Lohnes vom Jahre 1938.* Selbstverständlich konnten sie nicht vergnügt sein. Es sind im Jahre 1941 Fälle vorgekommen, wo Arbeiter der Spiritusbrennereien sich wegen des niedrigen Lohnes geweigert hatten, weiter zu arbeiten. Der Direktor einer Spiritusbrennerei erklärte: „Die Arbeiter der Spiritusbrennerei haben ein von Allen unterzeichnetes Schreiben eingereicht, dass sie die Arbeit verweigern, wenn die Lage nicht gebessert wird. Wenn man die Forderung der Arbeiter erfüllen wird, dann wird man auch Arbeit verlangen können... Die Arbeiter betrinken sich... Verbessern wir die Lage des Arbeiters, reissen wir ihn vom Alkohol fort, sorgen wir, dass er besser zu Schuhen und zu Kleidern gelangen kann, dass er sich für die Kultur sich interessiere. Dann werden wir von ihm auch Disziplin fordern können." — Der Hauptbuchhalter des „Trusts der Mehl- und Brotindustrie" sagte in seiner Rede : Nur der Hauptbuchhalter und der ältere Buchhalter werden verhältnismässig gut entlohnt, aber die übrigen Angestellten schlecht. Ein Angestellter, der 2—3 Jahre auf der Universität studiert hat, bekommt 225 Rubel im Monat. „Sagen Sie, *wie kann man leben, wie kann man auskommen?*" Diese 225 Rubel waren nach der Kaufkraft etwa 60—70 früheren Lats gleich, aber im Freistaate Lettland bekam die niedrigste Kategorie der Staatsbeamten — die 20. Kategorie — wenigstens 84 Lats im Monat (die 1. Stufe). — Alle diese Reden aber blieben ohne Wirkung, man konnte die von der Sowjetunion, von Moskau festgesetzten Lohnsätze nicht so leicht ändern.

14. Die „Preisschädlinge".

Schon gleich nach dem 25. November 1940 bemerkte der Vorsitzende des Zentralrates der Gewerkschaften in seiner Rede auf der Versammlung der Bankangestell-

ten in Riga folgendes:[42] „Noch andere Fälle bestätigen die Provokationen des Feindes. Schon am Sonntagabend (am 24. November, als die neuen Preise veröffentlicht wurden. A. C.) waren in den Schaufenstern eines Rigaer Kleidergeschäfts*) Frauenmäntel höchster Qualität ausgestellt. Einer von ihnen hatte die neue Preisbezeichnung „2500 Rubel", der andere „1500 Rubel", obgleich in demselben Geschäfte gute Frauenmäntel auch für 500 und 600 Rubel sich befanden; in den Schaufenstern sieht man hiervon nichts... Unser Klassenfeind versucht seine Provokationen überall, wo es ihm nur möglich ist, zu äussern. Wir aber werden diese Erscheinungen ausmerzen."

Die Situation, in der die lettländischen Bolschewisten sich befanden, behagte ihnen nicht, denn durch die Preiserhöhung war das Lebensniveau der Arbeiter und Angestellten nicht, wie versprochen, verbessert, sondern verschlechtert worden. Das Lohnpersonal fühlte sich betrogen. Darum versuchten die Bolschewisten nach alter sowjetrussischer Methode „Schädlinge" zu finden. Spure, der Sekretär des Zentralkomitees der Partei, besuchte gleich nach dem 25. November selbst ein grosses Unternehmen der Kleiderindustrie und des Kleiderhandels („Drēbnieks") und verordnete, dass in den Schaufenstern nur die *billigsten* Kleider und Bekleidungsstoffe ausgestellt werden sollen, damit so die Empörung und Erregung der Bevölkerung nicht zu gross werde.

Nur anderthalb Monate vergingen und die an der Preiserhöhung schuldigen „Schädlinge" waren gefunden. Am 9. Januar 1941 erschien in den Zeitungen auf der ersten Seite im fetten Druck eine Bekanntmachung[43] des Volkskommissarenrates und des Zentralkomitees der Partei folgenden Inhalts: „Bei der Prüfung der in Handelsunternehmungen bestehenden Preise, hat der Volkskommissarenrat der Lettländischen SSR und das Zentralkomitee der Lettländischen Kommunistischen Partei (der Bolschewisten) viele Fälle festgestellt, wo der Beschluss... vom 23. November 1940 über Kleinhan-

*) Man muss bemerken, dass alle grösseren Handelsunternehmungen in Lettland damals schon nationalisiert waren, sich also in den Händen des Staates befanden.

delspreise von Industriewaren in grober Weise übertreten worden ist. Bei der Prüfung ist festgestellt, dass die Preise, besonders der Industrieerzeugnisse des Massenverbrauchs, anderthalbmal, aber in einigen Fällen sogar zweimal und mehr, im Vergleich mit den in der Sowjetunion bestehenden Preisen erhöht worden sind ... Der Volkskommissarenrat ... und das Zentralkomitee ... haben den Staatsanwalt der Republik beauftragt, *eilig alle diese Fälle der Entstellung der Preise der Industrieerzeugnisse zu untersuchen und die Schuldigen, die die ungesetzliche Tätigkeit zugelassen haben, zur Verantwortung zu ziehen.* Der Volkskommissarenrat ... und das Zentralkomitee ... haben das Volkskommissariat des Handels ... beauftragt, unverzüglich die zugelassenen Entstellungen der Preise der Industrieerzeugnisse zu verbessern ...“

Zwei Tage später erschien in den Zeitungen ein grosser Leitartikel[44] über die „Preisentstellungen“. Darin wurde erzählt, dass die Preise der Woll- und Halbwollgewebe, der Kinderschuhe, der Halsbinden (!) und der Zahnbürsten (!) u. a. „willkürlich“ erhöht seien. Die Ursache sei folgende gewesen: „Im Volkskommissariat des Handels war ... die Realisierung dieser wichtigsten politischen Massnahme ... den in den sowjetischen Handelsapparat eingeschlichenen Menschen anvertraut, die nicht überprüft ... waren.“ Es folgte das Beschimpfen des „Hauptschuldigen“ — des Preisinspektors (der auch bei der alten Regierung dieses Amt bekleidet hatte). „Dieser Schurke hat zusammen mit seinem Gehilfen ... *die Schädlingsarbeit der Preisentstellung durchgeführt, um den Sowjethandel zu stören* und den Beschluss des Volkskommissarenrates und des Zentralkomitees der ... Partei ... über die Kleinhandelspreise der Industrieerzeugnisse zu diskreditieren.“ Weiter wurde in demselben Artikel bekannt gegeben, dass die drei Schuldigen, der Preisinspektor, sein Gehilfe und der Stellvertreter des Volkskommissars des Handels entlassen sind und zur „strengen Kriminalverantwortung“ gezogen werden. Der Preisinspektor wurde sogleich verhaftet und verbrachte fast ein halbes Jahr im Gefängnis; ihm drohte das „höchste Strafmass“; später wurde er nach

Sowjetrussland verschleppt; sein weiteres Schicksal ist bisher unbekannt geblieben. Es kann nur bemerkt werden, dass die neuen Preise in engster Zusammenarbeit mit den höchsten Beamten der Sowjetunion aus Moskau (die in Riga weilten) bestimmt wurden und dass der Preisinspektor vorher persönlich in Moskau die Instruktionen darüber bekommen hatte. — Ebenso, wie in der Sowjetunion immer nur „Schädlinge" am Zusammenbruch der Landwirtschaft, an der allgemeinen niedrigen Arbeitsproduktivität, am Hunger und Elend der Bevölkerung schuldig waren, wurden auch in Lettland „Schädlinge" gefunden, die an den neuen phantastischen Warenpreisen „schuld" waren und auf die das Volk seine Wut und Empörung auslassen konnte.

Es fragt sich nun, wie die Preise nach der Entlarvung der „Schädlinge" (die merkwürdigerweise genau *drei Tage vor den Wahlen* in den Obersten Rat der UdSSR erfolgte, also als eine neue „Wohltat" der Sowjetregierung berechnet war!) verändert wurden. Die Preise blieben im grossen und ganzen ohne Veränderung; ebenso wie vorher, konnten weder Arbeiter noch Angestellte Wollkleider kaufen, auch viele andere Erzeugnisse waren den Massen nicht mehr zugänglich. Die Preise wurden nur für solche Waren ermässigt, deren Vorrat gering war oder die wenig oder überhaupt nicht erzeugt wurden. Die Preise einiger Waren wurden nicht gesenkt, sondern sogar erhöht. In den Zeitungen[45] wurden damals z. B. folgende „Preisermässigungen" bekanntgegeben: der Preis der Gummistiefel für Fischer wurde von 73 Rubel auf 65 Rubel das Paar ermässigt (also um 8 Rubel, etwa 10%); der Preis des sog. „Volksgewebes" (Baumwollgewebe) von 12,40 Rub. auf 10,70 Rub. pro Meter usw.

15. Das neue Lebensniveau des Lohnpersonals.

Durch die enorme Preiserhöhung wurden die Lebenshaltungskosten in den Städten Lettlands ab 25. November stark gesteigert. Um eine Vorstellung von der durchschnittlichen Erhöhung der Lebenshaltungskosten

zu bekommen, muss man die Verteilung der Ausgaben einer Arbeiterfamilie näher betrachten. Im Jahre 1936/37 wurden die letzten Forschungen[46] der Familienbudgets in den Städten Lettlands durchgeführt. Es erwies sich, dass in einer durchschnittlichen Arbeiterfamilie in der Stadt Riga für Nahrungsmittel 40% der Gesamtausgaben der Familie verwendet werden, für Kleider (auch Wäsche und Schuhwerk) 12%, für Wohnungsmiete 14%, für Heizung und Beleuchtung 5%, für die übrigen Bedürfnisse (Möbel, Transport, Verkehr, Sozialversicherung, kulturelle Bedürfnisse, Hygiene, Tabak, Getränke usw.) 29%. Wenn man die detaillierte Zusammensetzung[47] dieser Ausgabenposten betrachtet (z. B. den jährlichen Verbrauch der einzelnen Nahrungsmittel, usw.) und die Preiserhöhungen der einzelnen Waren während der Bolschewistenzeit in Betracht zieht, so ergibt es sich, dass die gesamten Ausgaben der Arbeiterfamilie im Durchschnitt nicht weniger als um 200%, d. h. dreimal[47a] grösser geworden waren als vor der Okkupation Lettlands durch die rote Armee. So z. B. verdiente ein Arbeiter früher 100 Lats im Monat, so brauchte er nach der Preiserhöhung vom 25. November 1940 nicht weniger als etwa 300 Rubel zur Bestreitung derselben Ausgaben.

Im April 1941 war der Durchschnittsverdienst[48] des Arbeiters (einschliesslich der Frauen) in der Industrie etwa 300 Rubel im Monat (das „ingenieur-technische Personal" verdiente durchschnittlich 450 Rubel, die Angestellten, d. h. das Kontorpersonal 324 Rubel). Der durchschnittliche Verdienst eines in der Industrie Beschäftigten betrug 317 Rubel. Der durchschnittliche Verdienst eines Arbeiters war verschieden, je nach dem Industriezweige: z. B. in Betrieben für Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten 398 Rub., in der Tabakindustrie 332 Rubel, in Molkereien 242 Rub., in der Getränkeindustrie 261 Rubel, in der Papierindustrie 274 Rub., in Sägewerken 308 Rub., usw.

Nach einer anderen Zusammenstellung des Statistischen Amtes verdienten im Februar 1941 die 279.000 Beschäftigten aller Branchen (Arbeiter und Angestellten der Industrie, das Eisenbahnpersonal, die Angestellten

der Staats- und Kommunalbehörden, der Banken, die Lehrer usw., mit Ausnahme von Landarbeitern, welche in Bauernbetrieben beschäftigt waren) insgesamt 86,5 Mill. Rubel, also durchschnittlich 310 Rubel im Monat.

Im Mai 1940 verdienten[49] Industriearbeiter in Lettland durchschnittlich etwa Ls 110*). Also verdiente der Arbeiter in den letzten Monaten der Sowjetzeit, im Frühling 1941, fast dreimal oder um etwa 200% mehr Rubel als vor der Okkupation Lettlands Lats. Wie schon erwähnt, verdiente der Arbeiter in der Industrie Ende November 1940 durchschnittlich nur 150% mehr als vor dem Eindringen der roten Armee. Der Unterschied (50%) erklärt sich zum Teil durch den von der Regierung befohlenen Übergang (überall, wo das nur möglich war) zum Akkordlohn, d. h. die Steigerung des Lohnes wurde durch grössere Anstrengung der Kräfte des Arbeiters erreicht.

Wenn die Lebenshaltungskosten des Arbeiters um 200% und die Löhne auch um fast 200% erhöht worden waren, so bedeutet das, dass das Lebensniveau des Industriearbeiters *durchschnittlich* etwa auf derselben Höhe wie vor der Bolschewistenherrschaft geblieben war. Aber für denselben Reallohn mussten die Arbeiter anstrengender arbeiten als früher. Ir Wirklichkeit war also der durchschnittliche Reallohn des Arbeiters etwas gesenkt. Es muss aber hinzugefügt werden, dass die Veränderungen des Lebensniveaus nicht in allen Arbeitergruppen dieselben waren, hier gab es bedeutende Unterschiede. Die Löhne der früher am niedrigsten entlohnten Arbeiter (darunter auch Frauen) waren in vielen Fällen über den Durchschnittslohn erhöht worden und darum war auch das Lebensniveau dieser Arbeitergruppen, im Vergleich mit dem früheren Stande der Lage, etwas gehoben. Die Löhne der besser gestellten Arbeiter dagegen wurden viel weniger gehoben und das Ergebnis war — eine beträchtliche Senkung des Reallohns und des Lebensniveaus dieser Gruppen. Wie

*) In der Industrie Rigas verdienten im Mai 1940: qualifizierte Arbeiter im Durchschnitt Ls 162 monatlich, qualifizierte Arbeiterinnen Ls 102, unqualifizierte Arbeiter Ls 124, unqualifizierte Arbeiterinnen Ls 76.

schon erwähnt, waren die Löhne der *Landarbeiter* in der Sowjetzeit sehr niedrig und das Lebensniveau dieser so umfangreichen grossen Arbeitergruppe (1937 — 150.000) stand *viel niedriger* als im Freistaate Lettland.

Auf eine viel niedrigere Stufe war auch das Lebensniveau der Intelligenz herabgesenkt worden. Die Gehälter der Ingenieure, der Maschinenschreiberinnen, der Staatsbeamten waren nur um etwa 50—70% „erhöht" (wenn man Lat dem Rubel gleichsetzt), die Gehälter der Techniker und Buchhalter um etwa 100%, die Gehälter der Meister (in den Fabriken) etwas unter 100%, aber die Lebenshaltungskosten waren um mindestens 200% verteuert. Wenn man das frühere (vor der Bolschewistenherrschaft) Lebensniveau erhalten wollte, so musste z. B. ein Ingenieur in der Industrie in der Sowjetzeit durchschnittlich wenigstens *dreimal mehr* als früher verdienen, etwa 1200 Rubel, aber tatsächlich wurde ihm nur etwa die Hälfte (600 Rubel) gezahlt; *vom früheren Reallohn der Ingenieure war also etwa nur die Hälfte geblieben.* Ebenso musste ein Meister etwa 900 Rubel im Monat verdienen, aber man zahlte ihm nur ca. 500 Rubel, um 44% weniger. Auch ein Buchhalter in der Industrie verdiente statt 900 Rubel nur ca. 550 Rubel. Ein Referent im Ministerium, der früher etwa 400 Lats verdiente, bekam in der Sowjetzeit nicht 1200 Rubel, sondern nur etwa 600 Rubel, nur die Hälfte seines früheren Arbeitslohnes. Eine Maschinenschreiberin (in der Industrie) bekam statt 430 Rubel nur 230 Rubel, *die Hälfte ihres früheren Reallohnes.* Dieselbe Senkung des Reallohnes hatte auch im Handel, Transport und Verkehr für die Angestellten stattgefunden. Das Gehalt der Beamten und Angestellten musste in der Sowjetzeit grösstenteils nur für die Ernährung verwendet werden, wollene Kleider und viele andere Gegenstände waren nicht mehr zugänglich.

Die grossartigen Versprechungen der Bolschewisten über die Hebung des Lebensniveaus des Lohnpersonals und ihre ersten Massnahmen in dieser Richtung hatten sich als Lügen und Betrug erwiesen. *Das Leben der Arbeiter und besonders der Angestellten, der Intelligenz war tatsächlich viel schlechter und ärmer ge-*

macht. In Arbeiter und Angestellte war in der Bolschewistenzeit fast die ganze Stadtbevölkerung verwandelt worden, weil ja fast die ganze private Industrie, der private Handel, Transport und Verkehr nationalisiert, verstaatlicht war, und was noch übrig geblieben war, das verschwand allmählich ganz. Die Stadtbevölkerung konnte jetzt viel weniger als früher kaufen und verbrauchen, sie war gezwungen, sich auf allen Gebieten einzuschränken und allmählich auf das furchtbar niedrige Lebensniveau der Bevölkerung der Sowjetunion herabzusinken.

16. Schwierigkeiten mit Nahrungsmitteln in Riga Anfang 1941.

Die nahe *Zukunft* der Arbeiter und Angestellten, überhaupt der Stadtbevölkerung, war aber noch viel ungünstiger als ihre Lage am Ende der Bolschewistenherrschaft in Lettland. Schon im Winter und Frühjahr des Jahres 1941 war es in den Städten schwer geworden Fleisch zu bekommen. Die Fleischpreise stiegen und die Bauern forderten von den Verbrauchern häufig das Doppelte des amtlich festgesetzten Fleischpreises *(das steigerte die Lebenshaltungskosten).* Milch fehlte in den Städten und auch andere Produkte konnte man nicht mehr bekommen (obgleich es *Friedenszeit* war!). Das war die Folge der bolschewistischen, wirtschaftlich unsinnigen Bedrückung der Landwirtschaft und der Einschränkungen des Handels, zum Teil auch eine Folge der Vergrösserung der Stadtbevölkerung durch die grossen Truppenabteilungen aus Sowjetrussland (ab Frühling 1941 wurden die Truppen in Lettland immer wieder verstärkt); das Vieh wurde in einem erheblichen Umfange nach Sowjetrussland ausgeführt. Und *so verwandelte sich Lettland allmählich aus einem Lande des Überflusses von Nahrungsmitteln in ein Land, wo Fleisch und andere Nahrungsmittel immer knapper wurden, und wo das Leben immer mehr dem in der Sowjetunion angeglichen wurde.* Um etwas kaufen zu können, mussten die Käufer in Riga in den Fleischläden stundenlang in langen Schlangen stehen; man musste schon am frühen Morgen zu den Geschäften gehen, und wer das wegen seiner

Beschäftigung (in einer Behörde oder Fabrik) und wegen des Fehlens von Familienangehörigen nicht tun konnte, musste am Abend ohne Fleisch und Milch auskommen. Die zunehmende Knappheit voraussehend, bemühten sich viele Stadteinwohner, Fleisch- und Fettreserven für die Zukunft zu besorgen. Es zirkulierten immer Gerüchte über eine bevorstehende Preiserhöhung der Nahrungsmittel und dieser Umstand förderte das Einkaufen der Produkte für künftige Bedürfnisse.

Im Mai 1941 wurde vom Volkskommissar des Handels ein Befehl[50] erlassen, laut welchem ab 15. Mai 1941 jeder Käufer in Staats-, Kooperativ- und Privatgeschäften nur folgende *maximale Mengen* von Fleisch, Fleischprodukten (Würsten) und Butter auf einmal bekommen durfte: Butter bis 400 Gramm, Fleisch bis 500 g, gekochte Würste bis 500 g, geräucherte Würste und andere geräucherte Fleischprodukte bis 200 g. Am 1. Juni 1941 (drei Wochen vor dem Kriege zwischen Deutschland und der Sowjetunion) lesen wir im Zentralorgan der kommunistischen Partei[51]: *„Ich bin zum Geschäft schon in frühester Stunde gegangen, als aber meine Reihe dran kam, waren im Laden nur noch... leere Flaschen geblieben,"* erzählt die Arbeiterin der Staatlichen Elektrotechnischen Fabrik, Genossin Skutkewitsch. Ähnliche Klagen über die Störungen in der Milchversorgung hört man in den letzten Tagen von vielen Einwohnern Rigas. Die Lage ist folgende: am frühen Morgen ist Milch noch in den Geschäften, aber später kann man sie nur noch in seltenen Stellen bekommen." — Aber es fehlten im Handel am Ende der Bolschewistenherrschaft auch viele Industriewaren, so z. B. wird in der Zeitung am 15. Mai geklagt[52]: „Vielleicht haben Sie ein Paar Schuhe für meinen Knaben, ich habe alle Geschäfte besucht, aber es gibt keine, *es ist wie mit einem Besen ausgefegt"*, das hört man jetzt häufig in unseren Geschäften. Es fehlen Kinderkleider und Kinderschuhe. In Riga ist dieser Mangel nicht allgemein, aber *auf dem Lande gibt es überhaupt fast keine Kinderkleider und Kinderschuhe mehr."*

17. Was der städtischen Bevölkerung noch bevorstand.

Die „Erhöhung" der Löhne wurde in Lettland vollkommen durchgeführt, die Erhöhung der Preise jedoch noch nicht. In Lettland wurden dieselben Löhne, wie in ähnlichen Industriebetrieben Leningrads gezahlt. Die Angestellten und intelligenten Berufe hatten dieselben Gehälter wie in der Sowjetunion. Aber die Leningrader Preise für Lebensmittel (auch Kleider und Schuhe) waren in Lettland noch nicht eingeführt. Das hatten die Arbeiter und Angestellten Lettlands noch zu erwarten! In Riga kostete die Butter ab 25. November 1940 nur 7 Rubel pro Kilogramm, in Leningrad und Moskau jedoch 28 Rubel (auf den „Kolchosmärkten", wo die Kolchosbauern die „Überschüsse" ihrer Produktion verkauften, waren die Preise noch viel höher); Rindfleisch kostete in Leningrad und Moskau 12 Rubel, in Riga nur 2,50 — 3 Rubel; der Preis des Schwarzbrots war in den genannten russischen Städten 1,10 Rubel, in Riga nur 0,40 Rubel pro Kilogramm, usw. *Dieselben enormen sowjetrussischen Preise hätten früher oder später auch die lettischen Arbeiter und die Intelligenz,* die ganze Stadtbevölkerung zahlen müssen. Das Programm der „Hebung" des Wohlstandes der Arbeiter, der „Werktätigen", war noch nicht in vollem Umfange durchgeführt. Der lettische Arbeiter, der vor der Bolschewistenherrschaft einen etwa zwei- bis dreimal höheren Reallohn als der sowjetrussische Arbeiter bekommen hatte, musste allmählich ebenso elend leben wie die Arbeiter in der Sowjetunion.

Auch von einer anderen Seite noch war das Schicksal der lettischen Arbeiter und Angestellten in naher Zukunft schwer bedroht. Wie noch später, im nächsten Kapitel, näher erläutert werden wird, erschienen am Ende der Bolschewistenzeit in Lettland, Ende Mai 1941, Anzeichen, dass die „Kollektivierung" der Landwirtschaft auch in Lettland bald durchgeführt werden wird. Die ersten „Kolchosen" wurden bereits gegründet. *Die „Kollektivierung" hätte die Vernichtung der lettischen Landwirtschaft bedeutet.* Im Kapitel I sind die

furchtbaren Folgen der Kollektivierung der Landwirtschaft in Sowjetrussland geschildert: die Vernichtung des Viehs, der Verfall der landwirtschaftlichen Produktion, der grosse Mangel an Fleisch, Milchprodukten und anderen Nahrungsmitteln und der Hunger. Dieselbe „Entwicklung" drohte auch der lettischen Landwirtschaft, wenn die Bolschewisten von der siegreichen deutschen Armee aus Lettland nicht vertrieben worden wären. *Die unvermeidliche Folge des bevorstehenden Zusammenbruchs der lettischen Landwirtschaft wäre — eine weitere Senkung des Lebensniveaus der Arbeiter und der Intelligenz gewesen.* Im besten Falle hätten dann die Arbeiterfamilien nur Brot und Kartoffeln zum Verbrauch erhalten können; Fleisch und Milchprodukte, wollene Kleider und Schuhe (diese Erzeugnisse stehen im Zusammenhange mit dem Wohlstande der Landwirtschaft) würden dann nicht mehr zu haben gewesen sein.

18. Trauriges Ende der Arbeiterersparnisse.

Durch die Erhöhung der Preise ab 25. November 1940 wurden nicht nur die Einkommen, sondern auch die Ersparnisse der Arbeiter und Angestellten ganz entwertet. Z. B. wenn ein Arbeiter früher Ls 1000 erspart hatte, so konnte er damit vor dem 17. Juni 1940 etwa 8 anständige Anzüge kaufen; aber nach dem 25. November — nur einen Anzug! Seinem Bankkonto konnte der Arbeiter oder Angestellte in der Bolschewistenzeit nicht mehr als Ls 100 oder Rbl. 100 im Monat entnehmen. Ende März 1941 wurde plötzlich verkündet, dass laut Beschlusses der Regierung, alle privaten Bankkonten mit über 1000 Rubeln annulliert seien. Von den früheren Ersparnissen (viele Arbeiter, Angestellte und Beamte hatten in langen Jahren durch mühselige Arbeit und Entbehrungen einige Tausend Lats, auch 10.000 Lats und noch mehr erspart) blieben also nur 1000 minderwertige Sowjetrubel übrig. So endeten die Ersparnisse der Arbeiter, Angestellten und aller übrigen Sparer.

IX

Landwirtschaft

1. Sorgen der Bauern und wie sie beruhigt wurden.

Die Bolschewisten wussten sehr gut, dass die Befürchtungen des Hauptteils der Bevölkerung Lettlands — der Bauern — im Juni und Juli 1940, gleich nach der Okkupation Lettlands durch die rote Armee, gross waren. Da aber von der wirtschaftlichen Sicherheit die Arbeitsproduktivität der Bauern und von der Ernte alle übrigen Wirtschaftszweige Lettlands und die Stadtbevölkerung abhängig waren, versicherten die Bolschewisten den Bauern unaufhörlich, dass sie sich nicht zu fürchten brauchten, dass es keine „Kollektivierung" der Landwirtschaft geben würde, dass der Boden und das Inventar der Bauern vom Staate nicht angetastet werden würde, dass die Bauern nur Gutes von der neuen Regierung zu erwarten hätten. Immer wurden die „gemeinsamen" Interessen der Bauern und Arbeiter betont und „bewiesen". Die ausserordentliche Wichtigkeit der Erhaltung der Arbeitsfreude und Arbeitsproduktivität der Bauern wurde z. B. folgendermassen betont[1]: „Alle Landwirte und Agronomen müssen beachten, *welch grosser volkswirtschaftlicher Schaden* zu erwarten ist, falls die Viehanzahl sich verringert und die Erträge sinken (damals war wegen andauernder Dürre ein Mangel an Futtermitteln entstanden. A. C.). Wenn sich der gesamte Milchertrag nur um 15—25% verringern würde, würden im ganzen Staate 300—400.000 t Milch im Werte von 30—40 Millionen Lats verloren gehen."

In einem Leitartikel[2] unter dem Titel „Der Bauer kann seine Arbeit ruhig fortsetzen" wurde geschrieben:

„Die wichtigen Veränderungen im Staatsleben, die in den letzten Wochen geschehen sind, *haben die Landbevölkerung zum grössten Nachdenken veranlasst...* Aber schon in der vergangenen Woche fing die Erregung zu schwinden an. Die Bauern haben ihre Zuversicht und Ruhe wieder gewonnen... Jetzt blicken sie mit guten Hoffnungen in die Zukunft." Aber bereits einige Tage später bekannte (auf der Versammlung der „progressiv-demokratischen" Agronome) der neue Ackerbauminister J. Vanags (ein Kommunist), dass die Lage auf dem Lande „traurig" und „katastrophal" sei: *„Die Lage auf dem Lande ist wirklich traurig, sogar katastrophal.* Die ehemalige Clique sät mit allen Mitteln im Volke Hass,... sie verbreitet verschiedene Gerüchte und Lügen und bemüht sich überall die Arbeitsproduktivität und Arbeitsfreude der Bauern zu verringern. Sie verbreiten Gerüchte, dass das Eigentum der Bauern und ihr Arbeitslohn bedroht seien und meinen, dass das Weiterproduzieren keinen Wert mehr hätte."[3]

2. „Die Fehler des Jahres 1919 werden sich nicht wiederholen."

Wie schon im Kapitel II geschildert, hatten die Bolschewisten in Lettland im Jahre 1919 den gesamten Boden „nationalisiert", alle Bauern in Pächter verwandelt (alle mussten dem Staate das Pachtgeld zahlen) und die Güter der Grossgrundbesitzer nicht unter den Landlosen aufgeteilt, sondern als Staatsgüter mit Lohnarbeitern bewirtschaftet. Dadurch machten sich damals die Bolschewisten allen Bauern und Landarbeitern (Landlosen) verhasst. Nun erklärten die Bolschewisten, dass sie die Fehler des Jahres 1919 nicht wiederholen würden. So z. B. sagte der Ackerbauminister J. Vanags in seiner schon erwähnten Rede[4]: „Wir — das Arbeitsbauerntum — gehen zusammen mit der Arbeiterschaft, mit der lettländischen kommunistischen Partei. Das erregt in manchen, vielleicht, gewisse *Zweifel,* besonders bei der älteren Generation der Agronome, die die damaligen Mängel dieser Partei im Jahre 1919 erlebt haben. Damals waren in dieser Partei verschiedene

Elemente, die die wahren Absichten der Partei in ein anderes Fahrwasser hineinlenkten. Heute ist die Partei diejenige Stelle, um welche alle progressiv und demokratisch Denkenden sich versammeln müssen. Auch Sie — die Agronomen und das Arbeitsbauerntum — müssen das tun. *Die gegenwärtige Losung ist — für das demokratische Lettland.*"

Zu derselben Erkenntnis kam auch der lettländische „Stalin" (wenigstens dem Parteiamte nach) — der I. Sekretär der lettländischen kommunistischen Partei Kalnbērziņš, der in einem Artikel über die erste Bolschewistenherrschaft in Lettland im Jahre 1919 folgendes schrieb:[5] „Aber die Regierung Sowjet-Lettlands und unsere Partei haben im Jahre 1919 auch grobe Fehler gemacht und die Verteidigungskraft Sowjet-Lettlands geschwächt... *Ein grosser und unverbesserlicher Fehler war die Nichtzerteilung der Länder der Adeligen und der deutschen Barone unter die Landlosen und Kleinbauern Lettlands,* welche den Boden erwarteten und nicht bekamen, und darum auch kein materielles Interesse an der Verteidigung der Sowjetmacht gegen die Feinde Sowjet-Lettlands hatten".

3. „Arbeitsbauern".

Die Bolschewisten sprachen im Sommer 1940 selten vom „Bauern", gewöhnlich gebrauchten sie das Wort „Arbeitsbauer". Dieses Wort bedeutete etwa einen Bauern, der allein mit der Arbeit seiner Familienangehörigen auskommen kann; dieser Begriff war jedoch nicht genau bestimmt . Der neue Ackerbauminister erklärte diesen Begriff mit folgenden Worten[6]: „Man darf in keinem Fall dem Arbeitsbauerntum den Boden wegnehmen, sein Vieh, Inventar oder anderes Vermögen bedrohen. Was ist eigentlich das Arbeitsbauerntum, welche sind seine Grenzen? *Es wäre ein Irrtum, diese Grenzen nach der Hektarzahl festzusetzen. Arbeitsbauer ist jeder, der eine ehrliche und produktive Bauernarbeit leistet.* Auch ich gehöre zum Arbeitsbauerntum . Zwar verrichte ich keine physische Arbeit,

aber ich arbeite zum Wohle des Bauerntums und des werktätigen Volkes und daher können auch Sie — Agronomen — sich zu Arbeitsbauern zählen."

4. Die bolschewistische „Agrarreform".

a) Nationalisierung und Enteignung des Bodens.

Die Versicherungen der Unantastbarkeit des Bodens und des Vermögens der Bauern waren von den Bolschewisten vor den „Parlamentswahlen" ausgesprochen worden. Gleich aber nach den „Wahlen" äusserte sich der II. Sekretär der kommunistischen Partei Spure wie folgt:[7] „An die Einrichtung von Kolchosen hat jetzt noch niemand gedacht und das wird auch nicht geschehen. *Kolchosen taugen nicht für uns.* Die Regierung muss zuerst denjenigen zum Boden verhelfen, welche ihn nicht haben und die ihn selbst zu bearbeiten wünschen. *Andere Veränderungen sind auf dem Lande nicht vorgesehen ...* An die Einrichtung der Kolchosen wird man dann denken können, wenn das Volk anders zu denken gelernt haben wird und selbst Kolchosen einzurichten wünschen wird." Diese Äusserungen waren unter der Überschrift „Es wird keine Kolchosen geben" veröffentlicht. — Aber das Volk hatte ja immer nur „Wünsche", die dem Interesse der Bolschewisten entsprachen! So hatte ja die ganze Bevölkerung Lettlands „begeistert" für die Bolschewisten gestimmt und „freiwillig" ihren „heissen Wunsch" geäussert, dass der Freistaat Lettland in eine Sowjetrepublik verwandelt werden sollte, und darum konnte es ja auch nicht schwierig sein, ein wenig später den „einstimmigen Wunsch" der Bauern nach der Einrichtung der Kolchosen zu erhalten.

Trotz der Versprechungen und Versicherungen der Bolschewisten über die Unantastbarkeit des Vermögens der Bauern, deklarierte die bolschewistische Saeima schon in ihrer zweiten Sitzung, am 22. Juli 1940, *dass Grund und Boden — „Eigentum des ganzen Volkes, d. h. Staatseigentum" seien, dass die Fläche, die den „Arbeitsbauern" zur Nutzung „für alle Zeiten" gelassen wird, nicht höher als 30 ha sein darf und dass die 30 ha über-*

steigende Fläche in den staatlichen Landfonds eingetragen und an landlose Bürger und Kleinbauern vergeben werden wird. Dieselbe Deklaration besagte weiter:[8] „Von diesem Tage an ist in unserem Lande kein Platz und wird es auch keinen Platz geben für Leute, welche vom Schweisse des Arbeitsbauerntums gelebt haben — für Grossgrundbesitzer und für ihre Anhänger."

Das Bodengesetz vom 29. Juli bestimmte[9], dass der staatliche Landfonds an erster Stelle zur Vergrösserung von Kleinwirtschaften, welche keine 10 ha besitzen, verwendet werden soll, so dass diese Minimalfläche erreicht wird. Neue Wirtschaften werden (bis zu 10 ha gross) denjenigen Bürgern, deren Hauptbeschäftigung am 22. Juli 1940 Landwirtschaft war, zugeteilt. Der staatliche Landfonds übernimmt weiter alles der Kirche, den Pfarrgemeinden und Klöstern gehörige Land; das Land der „Volksfeinde und Bodenspekulanten" wird dem Fonds in seiner gesamten Grösse übergegeben*) (also nicht nur die Bodenfläche, die 30 ha überstieg). — Laut Instruktion[10] zu diesem Gesetz wurde bestimmt, dass in Fällen, wo ein Bauer *mehrere* Grundstücke besitzt, er *nur eins* dieser Grundstücke (bis 30 ha) behalten kann, die Übrigen müssen dem Landfonds übergegeben werden. Auch in Fällen, wo *Mitglieder einer Familie* (Mann, Frau, Kinder usw.) mehrere Landflächen besitzen, die zusammen 30 ha übersteigen, können sie *alle zusammen nur eine Einheit* behalten (auch nicht mehr als 30 ha). — Selbstverständlich erhielten die ehemaligen Besitzer, denen das Land weggenommen wurde, keine Entschädigung (die neuen Bauern bekamen vom Staate das Land auch kostenlos).

Keinem Bauern konnte die „Nationalisierung" des ganzen Bodens angenehm sein, weil jeder das volle Eigentumsrecht seines Besitzes behalten wollte. Die bolschewistische Presse (eine andere Presse gab es nicht!) druckte verschiedene Erklärungen und Kommentare zum Bodengesetze, für „Landlose", welche Land der „Ku-

*) Es ist zu bemerken, dass nur 13 Besitzer als „Volksfeinde" anerkannt wurden. Die Betriebe (mit einer Gesamtfläche von etwa 500 ha) dieser Leute wurden in vollem Umfange dem Landfonds übergeben.

laken" erhalten wollten. Man schrieb, dass auf dem Lande viele ein reges Interesse für das neue Bodengesetz zeigen, dass verschiedene Fragen von Landlosen gestellt werden. „Manchen ist das Wesen des neuen Gesetzes nicht klar. Sie fragen, *warum ist der Boden als Volkseigentum erklärt worden?* Die Antwort auf diese Frage lautet: darum, weil es auf eine andere Weise nicht möglich gewesen ist, die Macht der Grossgrundbesitzer zu brechen und das Arbeitsbauerntum und alle Werktätigen auf dem Lande von den Krallen der Kapitalisten und Bodenspekulanten zu befreien."[11] — Aber diese Antwort befriedigte die Landlosen wahrscheinlich nicht. Auch die Landlosen wollten nicht nur ein Nutzungsrecht, sondern das volle Eigentumsrecht auf das Landstück erhalten.

b) Ergebnisse der Neuverteilung des Bodens.

Die notwendigen Landvermessungsarbeiten wurden in grösster Eile bis zum 22. September 1940 durchgeführt. Diese Arbeit (mit deren Geschwindigkeit die Bolschewisten viel prahlten) bewältigten 1667 Personen[12]. Von diesen Leuten waren nur 424 Fachleute (Landmesser u. a.). Die neuen Einheiten wurden auf Grund von meist alten und unvollständigen Plänen festgesetzt. Es wurden alle Berufe mobilisiert, die irgendwelche Kenntnisse von Landvermessungen hatten — Landmesser, Ingenieure, Kulturtechniker, Techniker, Agronome, Lehrer u. a. Es ist klar, dass diese wichtige Arbeit nur sehr oberflächlich durchgeführt werden konnte. Aber die Bolschewisten hatten ja andere weitere Absichten mit der Landwirtschaft und *diese Vermessungsarbeiten im Sommer 1940 hatten nur einen rein politischen Zweck — die Sympathien der Landlosen für die Bolschewisten zu erregen und die wohlhabenden Bauern zu vernichten.*

Der Landfonds übernahm[13] insgesamt 961.394 ha. Betroffen wurden insgesamt 48.164 Bauernwirtschaften. Etwa 38.000 Wirtschaften wurden 30 ha belassen und die restlichen ca 10.000 Bauernwirtschaften wurden ganz aufgeteilt. Von diesem Fonds wurden folgende Einheiten

gebildet[13]: a) 51.762*) ganz neue Betriebe in einer Grösse von je etwa 10 ha, mit einer Gesamtfläche von 524.517 ha; b) 23.321 Kleinbauern bekamen insgesamt 72.544 ha zur Vergrösserung ihrer Fläche bis zu 10 ha; c) das Volkskommissariat für Forstindustrie erhielt 25.054 Waldstükke mit insgesamt 255.787 ha; d) für den Bedarf des Staates und einiger Organisationen wurden 37.711 ha vorgesehen; e) im Landfonds blieben 10.517 Landstücke unverteilt, meistens Wiesen, mit insgesamt 70.835 ha.

Von der Gesamtzahl der neugegründeten Wirtschaften hatten 4282 landwirtschaftliche Gebäude, 3267 hatten nur zum Teil Gebäude und die Übrigen besassen keine Gebäude. Die neuen Bauernwirte wurden mit ihrem Inventar zwangsweise in den Gebäuden der alten verringerten Bauernhöfe untergebracht. Obgleich die Gebäude als Privateigentum angesehen und die Lösung der Entschädigungsfrage vorgesehen wurde, bekamen die ehemaligen Besitzer dennoch keine Entschädigung und bis zur Flucht der Bolschewisten wurden diesbezüglich keine weitere Bestimmungen getroffen.

c) Kosten der bolschewistischen Agrarreform.

Nach den Berechnungen des im Oktober 1940 im Volkskommissariat des Ackerbaus ausgearbeiteten „landwirtschaftlichen Planes" für das Jahr 1941 sollten in diesem Jahre 8000 Gebäude in den neugegründeten Wirtschaften erbaut werden (Wohn- und Wirtschaftsgebäude unter einem Dache), das sollte Ls 32 Millionen kosten. Dieses sollte aber nur der Anfang der grossen und kostspieligen Bautätigkeit sein! — Ein Teil der neuen Wirte hatte das notwendigste Inventar, aber für die Mehrheit musste das Inventar vom Staate beschaffen werden. Es wurde angenommen, dass jede dieser Wirtschaften zum Anfangen 1 Pferd, 1 Kuh, 2 Schweine und 2 Schafe nötig hat. Die zu beschaffende Viehanzahl war folgende: 33.000 Pferde à Ls 700, 28.000 Kühe à Ls 300, 56.000 Ferkel à Ls 25, 56.000 Schafe à Ls 25;

*) Land hatten ca 150.000 Personen angefordert[14] und zwar 38% Kleinbauern, 37% Landarbeiter, 19% Pächter und 6% Deputatlandarbeiter.

im Gesamtwerte von Ls 34,3 Mill. Es musste auch totes Inventar (Arbeitswagen, Schlitten, Pferdegeschirr, Pflug, Egge) beschaffen werden und zwar für jede Wirtschaft im Werte von ca Ls 430, zusammen für 30.000 Betriebe für Ls 12,9 Mill. Ausserdem brauchten die neuen Wirtschaften Saatgut, Kunstdünger und landwirtschaftliche Maschinen (Maschinen benötigten 1000 „Pferde-Maschinenpunkte"; mit Hilfe dieser Punkte wollte man die neuen Betriebe bedienen). Insgesamt wurden für die Einrichtung der neuen Bauernbetriebe im Jahre 1941 Ls 90,6 Mill. benötigt. Da aber die neuen Wirte selbst etwas Geld hatten und zum Teil ihre eigene Arbeitskraft zum Bau der Gebäude verwenden konnten, wurde gerechnet, dass insgesamt nur die Hälfte der obengenannten Summe nötig sei. *Kühe für die neuen Wirte sollten hauptsächlich den alten Landwirten (deren Betriebe verringert wurden) enteignet werden* (allerdings mit dem Versprechen, die Entschädigung von den Bankschulden des betreffenden Wirtes in Abzug zu bringen).

Die bolschewistische Agrarreform verursachte grosse und neue volkswirtschaftliche Schwierigkeiten. Die maximale Grösse der Bauernwirtschaft war jetzt 30 ha, die ehemaligen grösseren Bauern hatten bis 70 ha (in manchen Fällen sogar noch viel mehr) Land verloren. Von der Neuverteilung des Bodens waren gerade diejenigen Wirtschaften betroffen, die für den inneren und äusseren Markt am meisten erzeugt hatten. Es enstand auch ein *grosser Arbeitskraftmangel* auf dem Lande. Die früheren Landarbeiter, zum Teil auch Pächter, mussten zu ihren neuerworbenen Wirtschaften gehen, und in den 30 ha grossen Betrieben entstand ein Mangel an Landarbeitern. Im amtlichen „Landwirtschaftsplan" für das Jahr 1941 wurde berechnet, dass man im Jahre 1941 mit Hilfe von landwirtschaftlichen Maschinen die Arbeit von 80—90.000 Menschen auf dem Lande ersetzen können wird. In den neuen Wirtschaften mussten viele neue Gebäude gebaut werden, und die alten Gebäude in den alten grösseren Wirtschaften verloren ihren wirtschaftlichen Wert, weil sie ja für einen viel

grösseren Betrieb gebaut und eingerichtet waren (nicht für 30 ha, sondern für 50, 70, 100 ha).

Die von der bolschewistischen Regierung eingeteilten neuen Bauernwirtschaften waren etwa 10 ha gross. Das war die Grösse, von der früher selbst die Bolschewisten behaupteten, dass sie zu klein sei und darum diese Bauern sehr arm wären; die Bolschewisten beklagten früher das Schicksal dieser Kleinbauern. Zur Macht gekommen, richteten sie jedoch selbst eine ganze Menge dieser kleinen, schwachen Betriebe ein. Das neue Bodengesetz (Paragraph 6) bestimmte zwar, dass für den ganzen Boden Lettlands die bisherigen Besitzer, denen das Land in vollem Umfange oder zum Teil belassen war, sowie auch die neuen Bauern, entsprechende Grundbuchakten bekommen sollten (das Land wird den Arbeitsbauern zur Erbnutzung solange gegeben, bis irgendein direkter und gesetzlicher Erbe das Land bearbeitet). Aber diese Bestimmung des Gesetzes wurde nicht erfüllt. Die Grundbuchämter wurden völlig geschlossen und das Eintragen aller Rechtsgeschäfte, Korroboration, Ingrossation usw. unterbrochen. Es waren Staatskredite für die Einrichtung der neuen Bauernbetriebe und den Bau der Gebäude versprochen, aber tatsächlich hat nur ein kleiner Teil der neuen Wirte mit der Besorgung der Baumaterialien begonnen. Es muss noch bemerkt werden, dass auch die neuen Bauern, dank der ausserordentlichen Preiserhöhung Ende November 1940, ihre *Geldersparnisse,* die sie für die Einrichtung und den Ausbau ihrer Wirtschaften zu verwenden beabsichtigten, *grösstenteils vernichtet sahen.* So z. B. konnte man früher mit 1000 Lats schon recht viel anfangen, aber mit 1000 Rubeln nach dem 25. November 1940 konnte man nur sehr wenig kaufen. Wer sein Geld in Lats weiter aufbewahrte, der verlor Ende März 1941 sein ganzes Geld, weil das lettische Geld (Lat) als Zahlungsmittel völlig annulliert wurde. — Viele neuen Wirte sahen, dass die Regierung es mit ihnen nicht ganz ernst meinte und etwa 7000 haben sich später (im Jahre 1941) von den ihnen zugesprochenen Wirtschaften (Grundstücken) wieder losgesagt.

5. Weitere Bodenenteignungen auf dem Lande.

Nach der Durchführung der Agrarreform wurden 15 Bauernhöfe[15] mit einer Gesamtfläche von etwa 2000 ha, die sich in einem sehr guten Zustande befanden, als Musterbetriebe nicht verteilt und in Nutzung der ehemaligen Besitzer gelassen. Doch schon im Februar 1941 wurden auch diese Betriebe mit lebendem und totem Inventar den alten Wirten weggenommen und in Sowjetwirtschaften (Sowchosen = Staatswirtschaften) verwandelt. Während der Bolschewistenherrschaft sind insgesamt 31 Sowchosen mit ca 13.000 ha gebildet worden, davon 22 auf dem Boden der ehemaligen Bauernhöfe (die Übrigen waren schon früher Staats- oder Kommunalwirtschaften).

Nur die 30 ha übersteigende Fläche der Bauernhöfe und die erwähnten 15 Musterbetriebe enteignete man auf Grund wirklicher „Gesetze". Alle übrigen Enteignungen (die Zahl ist gross) erfolgten auf Grund geheimer, der Öffentlichkeit nicht bekannter Verfügungen. Bis zum März 1941 erlaubte das Volkskommissariat des Ackerbaus, Bauernwirtschaften unter der Bedingung zu verpachten, dass für die Benutzung des Landes kein Pachtgeld genommen wird. Jedoch im März 1941 wurde die Ausgabe dieser Genehmigungen eingestellt und die schon gegebenen wurden annulliert. Die Vollzugskomitees der Landgemeinden übernahmen ca 4000 solcher verpachteter Wirtschaften mit allen Gebäuden und einer Gesamtfläche von etwa 70.000 ha. Diese Wirtschaften, ebenso wie die 7000 erwähnten wirtelosen neugegründeten 10 ha-Wirtschaften, wurden von den Gemeindevollzugskomitees meist den ehemaligen Pächtern auf ein Jahr zur zeitweiligen Benutzung übergeben. Die ehemaligen Besitzer dieser Wirtschaften (darunter auch viele alten Leute, die selbst nicht den Boden bearbeiten konnten, z. B. pensionierte Lehrer) wurden von ihrem Besitze vertrieben.

Ebenso wurden im März 1941 und später mehr als 600 der besten Bauernhöfe, die nach der bolschewistischen „Agrarreform" nur 30 ha Land besassen, plötzlich

konfisziert[15a]. Die ehemaligen Besitzer mussten mit ihren Familien ihre Wirtschaft auf der Stelle (in einigen Stunden) verlassen und durften sogar ihr Wohnungsinventar (Möbel, Kleider, Geschirr usw.) nicht mitnehmen, sie mussten häufig nur mit einem Handkoffer versehen weggehen. Sie waren ja die den Bolschewisten so verhassten „Kulaken" und mit ihnen wurde ebenso verfahren wie seinerzeit in der Sowjetunion (wie im Kapitel I schon erwähnt), nur mit dem Unterschiede, dass die Kulaken in Sowjetrussland bei der „Entkulakisierung" zum Teil gleich ermordet oder nach Norden und Asien zu Zwangsarbeiten verschickt wurden. Die Behandlung der Kulaken war also in Lettland vorläufig „human". Man vertrieb sie nur aus ihren Wirtschaften und nahm ihnen das ganze Vermögen. Aber die massenhafte Verhaftung und Zwangsverschickung der Kulaken sollte bald kommen! — In diesen 600 Bauernhöfen wurden meistens „Maschinen-Traktoren Stationen" und „Pferde-Maschinenpunkte" eingerichtet. Die Zahl der „MTS" betrug 50, die der Pferde-Maschinenpunkte ca 500.

Ausserdem wurden viele Bauernhöfe (ca. 150) den ehemaligen Besitzern weggenommen und verschiedenen Wirtschaftsorganisationen übergeben, so z. B. dem Trust der Fleischindustrie, den Handelsunternehmungen grosser Städte usw.

a) Wie man sowjetrussische Flugplätze ausbaute.

Angefangen vom Herbst 1939 (nach Abschluss des „Paktes der gegenseitigen Hilfe" mit der Sowjetunion) sind in Lettland zahlreiche Flugplätze[16] für die Luftwaffe der Sowjetunion eingerichtet worden. Etwa 14.500 ha landwirtschaftlichen Bodens wurden für diese Zwecke geräumt und ungefähr 1500 Bauernwirtschaften vollständig oder zum Teil vernichtet. Die Gebäude wurden abgerissen, das Land blieb landwirtschaftlich unbenutzt und wurde teilweise zum Ausbau der Flugplätze verwendet; die Bauern vertrieb man von ihren Wirtschaften. So wurden 35 Flugplätze, je 100—400 ha gross, ausgebaut. Ausserdem sind an weiteren 54 anderen Stellen der Ausbau von Flugplätzen

und Kasernen vorgesehen, die Pläne dieser Werke ausgearbeitet, die Grenzen gezogen, die Bauern zum Teil vertrieben und die Gebäude teilweise zerstört worden. Der Erfolg der deutschen Wehrmacht hat diese Arbeiten der roten Armee unterbrochen. Die Flugplätze wurden hauptsächlich in Kurland angelegt (im Kreise Libau, Windau u. a.), auch in Semgallen und zum Teil in Livland (hauptsächlich in der Umgebung Rigas, aber auch in anderen Plätzen) und in Lettgallen. Ausser den Flugplätzen wurden auch neue Schiessplätze eingerichtet oder alte erweitert. Zu diesem Zwecke waren ca. 5000 ha vorgesehen und zum Teil schon in Anspruch genommen. Für die derartig enteigneten Bauernwirtschaften wurde den Besitzern keine Entschädigung gezahlt. Ein Teil dieser Bauern erhielt zum Teil an einer anderen Stelle aus dem staatlichen Landfonds den nationalisierten Boden der ehemaligen Grossbauern.

Auf diese Art und Weise verloren die Bauern nicht nur ihre Wirtschaften, sondern viele von ihnen wurden noch mit den Arbeiten beim Ausbau der Flugplätze gequält. Die Zwangsarbeit der Bauern beim Ausbau eines dieser Flugplätze (in Gross-Essern, lettisch Ezere, im Kreise Libau) wird nach der Vertreibung der roten Armee und der Bolschewisten aus Lettland folgendermassen geschildert[17]: „In Ezere, auf dem Ufer des Flusses Vadakste, haben militärische Spezialisten der „Unbesiegbaren"*) einen Flugplatz auszubauen beschlossen. Er sollte der drittgrösste Flugplatz in der ganzen Sowjetunion, wie die Roten prahlten, werden. Anfang Mai bekamen plötzlich Hunderte von Bauern der Gemeinde Gross-Essern den Befehl, sich zum Transport von Erde zu melden... Bald wurden zum Transportieren der Erde und Steine Landwirte... sogar von 65 Kilometer entfernten Gemeinden zusammengetrieben... Auf allen Wegen der Gemeinde Gross-Essern bewegten sich vom Morgen bis zum späten Abend, wie in Sklavenzeiten, Tausende von Pferden und Wagen. Oft arbeiteten auf dem Flugplatz beim Abtransport der schwarzen Oberschicht der Erde, beim Ab-

*) D. h. der „unbesiegbaren" roten Armee, wie die Streitkräfte der Sowjetunion gewöhnlich in den bolschewistischen Zeitungen gerühmt wurden.

graben der Hügel und beim Verschütten des Flusstales sogar bis 2000 Gespanne ... Die Vollzugskomitees mancher Gemeinden trieben fast alle Landwirte ohne Unterbrechungen auf 10—15 Tage, ungeachtet dessen, dass zu Hause die dringendsten Landarbeiten stehen blieben, zur Arbeit. Sich weigern und nicht fahren konnte man nicht, weil man dann sogleich als Schädling bezeichnet wurde, und diesen Leuten wurde mit dem Volkstribunal gedroht. Gleichzeitig aber schämten sich die Machthaber nicht, mit Repressalien für die Nichtbeachtung der Aussaattermine zu drohen und verboten, Landarbeiter zu beschäftigen. Die ganze Umgegend in einer Breite von 10 Kilometern war in eine riesige Staubwolke gehüllt. Diese Staubwolke bedeckte die Felder, die Saaten, verhinderte den Graswuchs, erstickte die Getreidesaaten, richtete Pferde zugrunde und verzog sich sogar in der Nacht nicht. Es verging kein Tag, an dem auf dem Bauplatz nicht mehrere Pferde umkamen, im Staube erstickten oder zusammenrannten. Es sind auch Menschenopfer zu verzeichnen gewesen ... Mit jedem Tage wurden die Arbeitsnormen erhöht ... Jedes Pferd musste mit vollbeladenem Wagen, ohne Wege, im Staub und durch Sand, täglich ca. 25 Kilometer machen." — Am 23. Juni 1941 wurde dieser Flugplatz von der deutschen Luftwaffe zerstört und die Bauern waren von der Zwangsarbeit befreit.

6. Wieviel Kulaken gab es in Lettland?

Obgleich nach der bolschewistischen „Agrarreform" die maximale Grösse der Bauernwirtschaften in Lettland 30 ha betrug, erklärte doch der Vorsitzende der Sowjetregierung (des Volkskommissarenrates) Lettlands V. Lācis, am 27. Februar 1941 in einer Sitzung des Obersten Rates der UdSSR in Moskau[18]: *„Lettland ist eine agrare Kulakenrepublik gewesen.* Die Politik der ehemaligen plutokratischen Regierung war die Gründung von Kulakenwirtschaften, welche eine Stütze des reaktionären bürgerlichen Regimes waren. 17 Jahre lang wurde im bürgerlichen Lettland die Agrarreform durchgeführt. *Das Ergebnis dieser Reform war: der ganze*

Boden wurde Kulakenbesitz." Aus diesen Worten des Chefs der Sowjetregierung kann man folgern, dass nicht nur die „Altwirte", sondern *auch „Jungwirte", die ihr Land auf Grund der Agrarreform bekommen hatten, als Kulaken angesehen wurden!* Die grösseren Jungwirtschaften besassen eine Bodenfläche von 10—15 ha, 15—20 ha und 20—30 ha. Die Zahl[19] dieser neugegründeten Wirtschaften war im Jahre 1929 12.061, 21.976 und 14.585. Die durchschnittliche Flächengrösse dieser Wirtschaften war 13 ha, 17,5 ha und 22,5 ha. Das waren also alles Kleinwirtschaften, kleiner als die nach der bolschewistischen Agrarreform gelassenen 30 ha - Wirtschaften. *Für die Bolschewisten, besonders für die sowjetrussischen Bolschewisten, waren fast alle Bauern Lettlands Kulaken.* Vom sowjetrussischen Standpunkt und Masstab aus gesehen, war fast jeder lettische Bauer ein reicher Mann! Vor der Kollektivierung galt in Sowjetrussland als Kulak schon ein Bauer, der etwa 2 Pferde und 2—3 Kühe hatte oder sogar noch weniger Vieh besass. Also auch die 30 ha - Wirtschaften konnten in Lettland *nur eine kurze Übergangsstufe* zu weiteren bolschewistischen Veränderungen in der Landwirtschaft sein.

7. Landarbeit mit „Hilfe" des Staatsanwalts.

In der „kapitalistischen" Zeit galten als Ansporn der Bauern zur Arbeit: das Eigentumsrecht auf den Boden, die Sicherheit, dass die Arbeitsfrüchte den Bauern nicht weggenommen werden, sondern dass er sie frei geniessen und ausnutzen kann, und die Tatsache, dass das Verhältnis der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und der Industriewaren nach Grundsätzen der Gerechtigkeit von der Regierung gestaltet wurde. Man brauchte den Bauern nicht mit Gewalt und Drohungen zur Arbeit zu zwingen. Alle diese Grundlagen der früheren fleissigen Bauernarbeit, die wiederum die Grundlage der lettischen Volkswirtschaft ausmachte, wurden in der Bolschewistenzeit zerstört und zerrüttet. Kein Bauer war mehr Eigentümer seines Landes. Obgleich die Bol-

schewisten jeden Tag beteuerten, dass es keine Zwangskollektivierung der Landwirtschaft geben würde, *fehlte trotzdem auf dem Lande jede wirtschaftliche Sicherheit.* Die Bolschewisten hatten ja ihre betrügerischen Methoden im Juli 1940 bewiesen, als der Freistaat Lettland in eine Sowjetrepublik verwandelt wurde und verschiedene Nationalisierungen trotz der gegenteiligen Versprechungen dennoch durchgeführt worden waren. Die „Parlamentswahlen" waren ein gutes Beispiel der Vergewaltigung, Erpressung und des Betruges, den die Bolschewisten gegen das lettische Volk verübt hatten. Auch die rein ökonomische Lage der Bauern war verschlechtert worden.

a) Aussaat des Winterkorns im Herbst 1940.

Die früheren wirtschaftlichen Grundlagen der Bauernarbeit waren zerstört, an ihre Stelle trat die einzige bolschewistische Methode (abgesehen von der niederträchtigen betrügerischen Propaganda) der Menschenbeeinflussung — *die nackte Gewalt, der Zwang, die Drohungen, die Strafen.* Schon vor der Durchführung der Neuverteilung des Bodens versicherten die Bolschewisten, um die landwirtschaftliche Produktion aufrecht zu erhalten, dass „wer säen wird, der wird auch ernten", d. h. die Grossbauern, die einen Teil Land verloren hatten, sollten ruhig arbeiten, die Wintersaaten besorgen und sich über die Ernte von diesen Feldern im nächsten Jahre (1941) nicht sorgen. Am 29. August beschloss der Volkskommissarenrat und das Zentralkomitee der LKP über die Durchführung der Aussaat des Winterkorns im Herbst 1940 folgendes[20]: Die Saat der Winterkulturen für die Ernte des Jahres 1941 muss nicht später als bis zum 15. September 1940 beendet sein. Die Gesamtfläche der Wintersaaten darf nicht kleiner als im Jahre 1939 sein — und muss für ganz Lettland 375.000*) ha betragen. Alle

*) Im Jahre 1939 war die Saatfläche des Winterroggens 296.000 ha, des Winterweizens 78.000 ha.

örtlichen Partei- und Sowjetorgane werden beauftragt, jedem Landwirt und Pächter bekannt zu machen, dass er mit Winterkorn eine Fläche, die ebensogross ist wie die Fläche, von der er die Ernte im laufenden Jahr eingeholt hat, besäen muss. Alle Landwirte und Pächter, deren Land zum Teil dem staatlichen Landfonds übergeben worden ist, müssen mit Winterkorn die ganze in ihrer Nutzung vorhandene Fläche, die ihnen zurückgelassene und auch die enteignete (über 30 ha) besäen. *„Wer sich vor der Aussaat drückt und die Aussaat nicht ordnungsgemäss durchführt, wird dem Gericht übergegeben."* Die Gemeindeverwaltungen, die Gemeinde- und Kreisparteiorganisationen müssen die Bearbeitung des Bodens für die Wintersaaten, seine Düngung und das Besäen „streng kontrollieren." Das Volkskommissariat des Ackerbaues muss „täglich" den Gang der Aussaatarbeiten überwachen und die Daten über die besäte Fläche periodisch in der Presse bekannt geben.

In der bolschewistischen Presse wurde dieser Beschluss der Regierung folgendermassen kommentiert:[21] „Es gibt nachlässige und faule Wirte, die ... gewöhnlich alle Termine versäumen und Ratschläge nicht befolgen ... Es gibt auch solche, die mit den Wintersaatarbeiten zögern. Diese sehen noch immer misstrauisch in die Zukunft. *Sie zweifeln, ob ihre Arbeitsfrüchte doch nicht von anderen fortgenommen werden.* ... Die Dritten ... sind schon direkt feindlich gesinnt, sie möchten am liebsten kein Korn säen. Es sind ihrer nicht viele, aber dennoch gibt es solche Leute ... Diese ... sollen wissen, dass man sie für die Nichtbefolgung dieses Regierungsbeschlusses zur Verantwortung ziehen wird."

In gleicher Weise beschlossen am 21. September die Regierung und die Partei, dass man die Einholung der Zuckerrübenernte im Herbst 1940 nicht später als bis zum 26. Oktober vollenden müsse. Auch hier sollten die Partei- und Sowjetorgane die Durchführung der Arbeit „streng kontrollieren". Es sollten überhaupt alle landwirtschaftlichen Arbeiten in Lettland immer unter „strenger Kontrolle" der Bolschewisten durchgeführt werden!

Unter der Überschrift „Ein gutes Beispiel" berich-

tete[22] die Zeitung am 3. September 1940, dass der Bauer A. Brumelis aus der Gemeinde Barbern (Bārbele) 4 ha Boden mehr für die Wintersaat bearbeitet habe, und diese 4 ha seien der auf seinem Boden neugegründeten Jungwirtschaft zugedacht. Ein anderer Landwirt (P. Šmits aus dem Kreise Hasenpoht, lettisch Aizpute) habe sich freiwillig von 45,5 ha Land losgesagt und hätte für sich nur 3,5 ha behalten. Das war ja das bolschewistische Ideal, dass alle „Kulaken" möglichst schnell verschwinden sollen! Diesem Landwirt war es offensichtlich in den bolschewistischen Verhältnissen nicht mehr möglich, sein Land zu bearbeiten, und ausserdem wäre er ein wenig später sowieso von seiner Wirtschaft vertrieben worden.

b) Überwachung der Frühjahrsaussaat 1941.

Ein besonderer Beschluss der Regierung und Partei erfolgte am 7. Februar 1941 und war der Frühjahrsaussaat 1941 gewidmet[23]. Die Frühjahrsaussaat wurde als „eine der wichtigsten wirtschaftlichen Massnahmen" erklärt. Der Frühjahrsaussaatplan war mit 1.107.700 ha festgesetzt worden: Sommerroggen 2900 ha, Sommerweizen 88.200 ha, Hafer 398.200, Gerste 174.300 ha, Kartoffel 160.000 ha, Flachs 75.000 ha, Zuckerrüben 17.500 ha, usw. Diese Zahl überragte die tatsächliche Saatfläche im Jahre 1939 (so z. B. war damals die Saatfläche von Sommerweizen 75.000 ha, Kartoffeln 145.200 ha, usw.). Die festgesetzte Saatfläche war als Minimalfläche gedacht und sollte nach Möglichkeit vergrössert werden. Der Gesamtplan sollte vom Volkskommissariat des Ackerbaues auf die einzelnen Kreise verteilt werden. Von denjenigen Landwirten, die keine kultivierten Wiesen und Weiden und nicht genügend Futtermittel hatten, wurde verlangt, jedes Jahr (ab 1941) eine gewisse Bodenfläche von Sträuchern, Steinen usw. zu säubern, zu entwässern und zu bepflügen: in den Wirtschaften bis 5 ha Gesamtfläche $^1/_6$ ha, mit 5—15 ha $^1/_3$ ha, usw. Ausserdem wurde es zur Pflicht aller Besitzer gemacht, die für die Frühjahrsaussaat not-

wendigen landwirtschaftlichen Maschinen bis zum 15. März auszubessern.

Später wurde von der Regierung und der Partei noch bestimmt, *dass die Frühjahrsaussaat spätestens bis zum 25. Mai durchgeführt werden solle.* In der Presse wurde betont[24]: „Mit dem Herannahen der Aussaatzeit haben sich die örtlichen Sowjetorgane im Mobilisationszustande zu befinden. An erster Stelle ist zu beachten, dass die Aussaat sich nicht verzögert. Von der rechtzeitigen und guten Aussaat ist das Ernteergebnis abhängig." — Am 23. Mai 1941 konstatierte die Presse[25]: „Obgleich bis zum festgesetzten Termin (dem 25. Mai) nur noch 3 Tage geblieben sind, sind nur 298.270 ha oder 26,4% von der im Plane vorgesehenen Fläche besät worden... Die Aussaatarbeiten werden hauptsächlich durch die Passivität der Arbeitsbauern und die unsinnige Ansicht, dass eine spätere Aussaat vorteilhafter als die frühe ist, gestört... Die Parteiorganisationen und örtlichen Vollzugskomitees müssen ihr Möglichstes tun, um die verzögerten Aussaatarbeiten im Stosstempo zu bewältigen." — In Wirklichkeit war die Ursache der „Verzögerung" der späte Frühling. Viele Bauern wurden durch die Kommunisten, die dazu überall auf dem Lande herumfuhren und die Aussaatarbeiten an Ort und Stelle in den einzelnen Wirtschaften „streng kontrollierten", zur unsinnig frühen Aussaat gezwungen, obgleich es wohl ganz klar war, dass eine solche Aussaat bedeutungslos war und Saatgut verloren ging. Später mussten viele Felder zum zweiten Mal besät werden, und die Ernte des Jahres 1941 fiel in diesen Wirtschaften schlecht aus.

Der Leiter der Landwirtschaftsabteilung des Zentralkomitees der Partei schrieb im Juni 1941 (einige Tage vor der Vertreibung der Bolschewisten) über die „erste bolschewistische Frühlingsaussaat in Lettgallen"[26]: „Im sozialistischen Aufbau Sowjet-Lettlands ist noch ein weiterer grosser Sieg errungen worden — die Frühlingsaussaat, die erste bolschewistische Aussaat ist am 5. Juni 1941 im Umfange von 101,9% beendet worden... Aber das ist nicht leicht, besonders in Lettgallen, erreicht worden... *Jeder Kommunist... muss auf*

Schritt und Tritt die Schlauheit der Klassenfeinde zu entlarven und zu beseitigen verstehen. In Lettgallen waren die Partei- und die Sowjetorganisationen vor Beginn der Frühlingsaussaat zu gutmütig gestimmt. *In dieser Gutmütigkeit ist ihr grösster Fehler verborgen gewesen* ... Jeder ... Bolschewist musste wissen, dass eine Verzögerung der Frühlingsaussaat in Lettgallen zur Verminderung der Ernte führen musste ... Die Kulaken und ihre Agenten versuchten in Lettgallen, die Aussaat verschiedenartig zu verzögern ... Anfangs traten die Kulaken aktiv gegen die frühe Aussaat auf. In allen Gemeinden und im Kreise (im Kreise Rositten. A. C.) hörte man sagen: „es ist noch zu früh zu säen, es ist nass", „Traktore und Pferde versinken." — Weiter „analysierte" der Parteibeamte sehr ausführlich die „schädliche" Tätigkeit eines örtlichen Agronomen:*) „Dieser Mann schreibt (in einer Zeitung in Lettgallen. A. C.) am 13. Mai: „Körner, in eine kalte Erde gesät, keimen schlecht auf und gehen sogar zugrunde." Das bedeutet, dass am 13. Mai die Erde noch kalt ist und man darf sie nicht besäen ... Meiner Meinung nach, ist in dieser Betrachtung (des Agronomen. A. C.) die Kulakenseele deutlich zu sehen".

Also waren die Kulaken und die Agronome aus der „plutokratischen" Zeit an der „Verzögerung" der Aussaat schuld. Eine sehr „wirksame" Hilfe in der Bekämpfung der „Schädlinge" leistete den Bolschewisten der „Staatsanwalt der Lettländischen SSR" E. Soldnieks. *Dieser berühmte Mann (ein Lette, Kommunist aus der Sowjetunion) „half" in allen Zweigen des Wirtschaftslebens:* in der Industrie, auf den Eisenbahnen, in der Landwirtschaft, auch in der Bekämpfung des „Hooliganismus" usw. Überall, wo etwas nach seiner Meinung und der Ansicht der Bolschewisten nicht stimmte (und das war überall!), erschien in der Presse der „Staatsanwalt der Lettländischen SSR" mit einem langen Artikel, in dem die Paragraphen des sowjetrussischen Strafgesetzes angeführt und ihre Anwendung in

*) Dieser Agronom wurde später, im Juni 1941, verhaftet und nach Sowjetrussland verschleppt.

Lettland erklärt wurde. Dieser Mann erblickte überall „Schädlinge" und drohte mit den schwersten Strafen. Die von den Gerichten verhängten Strafen waren ihm immer zu milde. Auch im Zusammenhange mit der Frühjahrsaussaat veröffentlichte er einen Artikel[27] unter der Überschrift: „Die Beteiligung der Staatsanwaltschaft in der Frühjahrsaussaat". Im Artikel hiess es: Die Staatsanwaltschaft muss gegen die Verkünder entgegengesetzter Tendenzen in der erfolgreichen Realisierung der Massnahmen der Frühjahrsaussaat energisch vorgehen; die Böswilligkeiten, Untätigkeit und Nachlässigkeit ... der Angestellten der Behörden des Volkskommissariats des Akkerbaus, der landwirtschaftlichen Kooperation und anderer Behörden müssen ausgemerzt werden." — „Man muss alle Fälle von Saatgutverschwendungen entlarven ... Es sind bereits einzelne Fälle bekannt, in denen hochwertiges Saatgut als Futtermittel verwendet wurde. So können nur die feindlichen Elemente — die Verbrecher, die Feinde des sozialistischen Staates — handeln." — „Es ist allen bekannt, dass für die Sicherstellung hoher Ernten Mineraldünger eine ungeheure Bedeutung hat. *Darum darf nicht zugelassen werden, dass auch nur ein Gramm dieses wertvollsten Stoffes verdirbt.* Selbstverständlich ist, dass Personen, welche das Verderben des Mineraldüngers zugelassen haben ..., zur kriminellen Verantwortung zu ziehen sind." — „In der Landwirtschaft spielt das Pferd eine grosse Rolle, *mit dem Pferde muss man schonend umgehen.* An dieser Stelle ist es zweckmässig an den 79. Paragraphen des 3. Teiles des I. Strafkodex zu erinnern, an die Strafen für ... eine *absichtliche Verstümmelung von Pferden.* In diesem Paragraph wird nicht nur die bewusste Tötung und Verstümmelung des Pferdes in Betracht gezogen, sondern auch die Anstiftung zu einer solchen Tat; die Strafe ist ... Freiheitsverlust bis zu 2 Jahren mit Verschickung oder ohne Verschickung. *Die Subjekte dieser Verbrechen sind Altwirte* und private Aufkäufer." — „Mit der Reparatur des landwirtschaftlichen Inventars hat der Bürger Kristaps Bolšteins keine Eile und übertritt damit den von der Regierung bestimmten Termin." — *Auf jedem Schritt und Tritt konnte also jeder*

Bauer ein Kriminalverbrecher werden; ebenso drohte im „sozialistischen" Staate diese Gefahr auch jedem Bürger; ohne Strafe und Gefängnis war im Sowjetstaat schwer durchzukommen!

c) Strafen.

Diese drohenden Zeitungsaufsätze waren aber keine leeren Worte. Am 31. Mai stand in der Zeitung[28] unter der Überschrift „Harte Strafen für das Verderben der Frühjahrsaussaat!" folgendes zu lesen: „Der Bürger Antons Lupgins aus der Gemeinde Kaunaten des Kreises Rositten besitzt 30 ha Land, besät hat er jedoch nur ... 1 ha. Lupgins besitzt 3 Pferde, 5 Kühe, hat das notwendige landwirtschaftliche Inventar und Saatgut. Früher war seine Wirtschaft 75 ha gross. Trotz mehrfacher Mahnungen des Gemeindevollzugskomitees hat Lupgins sich dennoch geweigert, seine Pflicht zu erfüllen und hat die Rolle eines böswilligen Verbrechers an der Frühjahrsaussaat gespielt. Lupgins ist dem Gericht laut Paragraph 61 des Kriminalkodex der Russischen Föderativen Sozialistischen Sowjetrepublik übergeben worden. Das Volksgericht hat laut Urteil vom 28. Mai ihn mit dem Verluste der Freiheit auf die Dauer von 2 Jahren und der Konfiskation seines gesamten Vermögens bestraft."*) — „Der Bürger K. P. Tropiņš aus der Gemeinde Borchhof besitzt 14 ha Land ... und hat bis zum 24. Mai nur 0,5 ha besät. Vor der Gründung der Sowjetgewalt in Lettland war Tropiņš Kommandeur im Schutzkorps. Tropiņš ist dem Gericht übergeben worden und wurde am 27. Mai laut Paragraph 61 ... *mit dem Verluste der Freiheit auf die Dauer von 2 Jahren und der Konfiskation seines gesamten Vermögens bestraft und ist auf 10 Jahre verschickt***) *worden.*" Eine ähnliche Strafe hatte noch ein dritter Bauer empfangen. Zum Schluss dieser Bekanntmachung wurde bemerkt: „Diese Urteile, die die böswilligen Schädlinge an den Massnahmen der Frühjahrsaussaat erhalten ha-

*) Der zweite Teil des Paragraphes 61 enthält Strafen für „Kulakenelemente", die „nur einmal" sich weigern, staatliche Aufgaben oder Arbeiten zu erfüllen.

**) Nach Sibirien oder den Polargebieten.

ben, sollen eine ernste Warnung für diejenigen sein, die es mit ihren Pflichten dem Staate gegenüber nicht ehrlich meinen, die die Sowjetgesetze übertreten und damit die Durchführung der wichtigsten wirtschaftlichen Massnahmen zu verhindern sich bemühen. Diese Urteile sollen ... die Arbeitsbauern zu einer aktiveren und erfolgreicheren Realisierung der Frühjahrsaussaat, zu einer hochwertigen Erfüllung der Frühjahrsfeldarbeiten anspornen." —*An Stelle der Arbeitsfreude und des Gewinnes hatten die Bolschewisten Gefängnis, Konfiskation des Vermögens und Verschickung nach Sibirien als Grundlagen der landwirtschaftlichen Arbeit gesetzt.* Das drohte jetzt jedem Bauern, auch für die Nichterfüllung der unsinnigsten Befehle der Bolschewisten konnte man diese Strafen erhalten.

d) Charakteristik der bolschewistischen Leiter der Landwirtschaft.

Die bolschewistischen Leiter der Landwirtschaft und die bolschewistische Ordnung werden durch folgende Zeilen aus einem Aufsatz, der nach der Vertreibung der Bolschewisten geschrieben worden ist, gut charakterisiert[28a]: „Finster und qualvoll war diese Zeit, sowohl für die Bauern als auch für Angestellte, die in der Landwirtschaft tätig waren. Über die Felder Semgallens erteilte seine kommunistischen Befehle ein roher Machthaber — der Leiter der Landabteilung des Kreises Mitau (Sitz Mitau) Boitmanis. Ein Mensch ohne die nötige Bildung, krank und mit einem unerträglichen Charakter. Bei der Regelung der Kreis- und Angestelltenangelegenheiten *war ihm ein menschliches Benehmen unbekannt.* Jeden Bauer, der sich schüchtern an die Landabteilung wandte, und jeden landwirtschaftlichen Angestellten überhäufte er mit scharfen Befehlen und groben Drohungen. Der Agronom wurde von ihm häufig in Gegenwart der Bauern erbarmungslos beschimpft. In solchen Fällen blickten sich die Letten ... verständnislos an und verabschiedeten sich stumm. Für Boitmanis war der Schlüssel zu allen Fragen die Faust und die Losungen des „Vaters im Kreml", der nichts

Menschliches duldete ... Obgleich die Planwirtschaft gerühmt wurde, *herrschte in allen Verfügungen und Befehlen die grösste Verwirrung und Unklarheit.* Das Ergebnis war, dass man *jede Arbeit umarbeiten musste;* für die Misserfolge wurden einzig und allein die landwirtschaftlichen Angestellten als schuldig erkannt, sie wurden Anarchisten und Saboteure genannt, ihnen wurde mit Disziplinarstrafen und Gericht gedroht. Trotz dieser Drohungen wurde der „Aussaatplan" im Kreise Mitau nicht so erfüllt, dass die Führung das gehoffte Lob hätte bekommen können, denn beträchtliche Ackerflächen Semgallens waren für Kriegsbauplätze enteignet worden. Diese Flächen konnten selbstverständlich nicht besät werden, aber das galt als ein grosses Geheimnis und diese Flächen durfte man von der gesamten Aussaatfläche nicht in Abzug bringen ... *Die Arbeit auf dem Lande bestand nur aus der Zusammenstellung und dem Einreichen von verlangten Daten.* Der Agronom arbeitete 10—15 Stunden täglich und erwartete von den Gemeinden des Kreises die nutzlosen Zahlen über die besäten Flächen ... Boitmanis hörte häufig die Telephongespräche der Angestellten mit den Gemeinden ab. Wenn der Agronom in solchen Fällen das Wort „bitte" gebrauchte, oder das Gespräch nachsichtig war, so blieben die gewöhnlichen Drohungen über das Nichtverstehen in sozialistischer Art und Weise die Sachen zu regeln, nicht aus ... Die Partei- und die Kreisverwaltung hielten häufig Konferenzen ab, die für jeden Bauer und Agronomen geschlossen waren, weil auf diesen Sitzungen die Pläne der Vernichtung unserer Intelligenz und des Bauerntums geschmiedet wurden. Die Agronome und landwirtschaftlichen Angestellten der Landabteilung des Kreises Mitau waren in einer verzweiflungsvollen Lage. Sie konnten ihre Arbeit nicht verlassen, weil man nicht befreit wurde, aber die Drohungen und der Terror wuchsen mit jedem Tag. Mit schwerem Herzen und glimmenden Hasse arbeiteten der lettische Bauer und Agronom und verbargen sorgfältig ihren unerschütterlichen Glauben an die Zukunft."

8. Die ökonomische Lage der Bauern.

Die ökonomische Lage der Bauern in der Bolschewistenzeit wird durch die Veränderungen der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und der Industriewaren gekennzeichnet.

a) Produzentenpreise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

Die Preise der vom Landwirte erzeugten und verkauften Produkte wurden in der Bolschewistenzeit nominell „erhöht". Die Landwirte bekamen für ihre Produkte folgende Preise[29]:

	Preise 1939 (Jahresdurchschnitt)	Maipreise 1940 (Preise des letzten vorbolschewistischen Monats)	Preise ab 25. November 1940 (die staatlichen Einkaufspreise)	Staatliche Einkaufspreise für die obligatorischen Ablieferungen an den Staat (15. Mai 1941)
	Ls	Ls	Rbl.	Rbl.
Roggen 100 kg . .	18,00	19,10	24,00	11,10
Weizen 100 kg . .	23,20	24,60	38,50	16,40
Gerste 100 kg . . .	15,80	18,30	25,50	9,90
Hafer 100 kg . . .	14,10	18,40	25,00	9,35
Flachs 100 kg . . .		210,00	410,00	
Leinsaat 100 kg . .	28,70	32,60	65,00	
Kartoffel 100 kg . .	4,70	6,70	8,00	3,50
Butter 1 kg	2,00	2,30	6,00	3,40
Schweine (Lebendgewicht) 100 kg . .	82,50	94,10	200,00*)	100,00

Ab 25. November 1940 (nach der ausserordentlichen Erhöhung der Warenpreise, dem Einführen des Sowjetrubels als gesetzliches Zahlungsmittel und der Gleichsetzung des Lats mit dem Rubel) bekamen**)

*) Am 12. Juni 1941 wurden die neuen staatlichen Einkaufspreise für das Vieh veröffentlicht; für Schweine war der Preis durchschnittlich 2,50 Rub. pro kg, also höher als der Preis ab 25. November 1940 (siehe „Сына" vom 12. Juni 1941).

**) Man muss noch bemerken, dass für Fleisch von den Bauern manchmal höhere Preise, als die gesetzlich vorgeschriebenen, erzielt wurden, und zwar, wenn sie die Produkte nicht an den Staat, sondern direkt an den Verbraucher verkauften.

Landwirte für ihre Hauptprodukte: für Roggen nur 26% mehr als vor der Bolschewistenzeit im Mai 1940; für Weizen 56% mehr; für Gerste und Hafer 38% mehr; für Schweinefleisch und Flachs 100% mehr; für Butter 160% mehr als im Mai 1940.

b) Preise für obligatorische Lieferungen an den Staat.

Das waren die *gewöhnlichen* Preise, die vom Staate gezahlt wurden. Aber einen grossen Teil ihrer Produktion mussten die Landwirte *obligatorisch* an den Staat abliefern. Und für diese obligatorischen Lieferungen wurden ganz andere, ausserordentlich niedrige Preise festgesetzt (laut Beschluss des Volkskommissarenrates vom 15. Mai 1941).

Für Roggen bekam der Landwirt im Mai 1940 Ls 19 pro 100 kg, aber für die obligatorisch an den Staat abzuliefernde Mengen sollte er im Herbst 1941 nur 11 Rubel erhalten, also nominell 42% weniger; für Weizen bekam der Landwirt nominell 33% weniger, für Gerste, Hafer und Erbsen 50% weniger, für Schweinefleisch etwa denselben nominellen Preis als kurz vor der Bolschewistenherrschaft, u. s. w.

c) Preise der vom Landwirt gekauften Industrieerzeugnisse.

Die Preise, welche der Landwirt für die ihm und seiner Familie nötigen Industrieerzeugnisse zahlen musste, waren den Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gegenüber hoch. Die Geldausgaben der Landwirte für die *Produktion* in der Bolschewistenzeit waren stark gestiegen. Zwar blieben die vorbolschewistischen Preise der Düngemittel und der landwirtschaftlichen Maschinen fast ohne Veränderung, aber die Ausgaben für Düngemittel bildeten 1938/39 nur 7% der gesamten Geldausgaben[30] der Landwirte für die Produktion (nach den Ergebnissen der Buchführungsstatistik), so dass die verhältnismässig niedrigen Preise der Düngemittel keinen wesentlichen Einfluss auf die Lage der Landwirte ausübten.

Die Geldausgaben für die Landarbeiterlöhnung stiegen um etwa 100% (im Vergleich mit den Löhnen im Frühling 1940) . Stark stiegen auch die Preise für Reparaturen, für Bauarbeiten, für den Kauf von Inventar u. s. w. Ab 25. November war der Preis einiger für den Landwirt wichtiger Industrieerzeugnisse, im Vergleich mit den Preisen im Mai 1940, folgendermassen gestiegen:

	Preis im Mai 1940	Preis ab 25. November 1940
Zement	100	670
Ziegel	100	230
Schiefer (für Dächer)	100	300
Fensterglas	100	220
Nägel	100	450
Pferdegeschirr	100	260

Auch die Preise anderer Waren waren sehr hoch. Wie ersichtlich, sind *die Preise der Waren, welche der Landwirt braucht, viel höher gestiegen als die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse.*

Durchschnittlich noch viel höher waren die Preise der Waren erhöht worden, welche der Landwirt (und auch der Landarbeiter!) *für den Verbrauch seiner Familie* kauft. Im Jahre 1934/35 wurde berechnet (nach den Ergebnissen der landwirtschaftlichen Buchführung), dass die Geldausgaben des Landwirtes für den Verbrauch seiner Familie hauptsächlich aus den Ausgaben für *Kleider und Schuhen* bestanden. Für diese Waren wurden 43% der gesamten Geldausgaben verwendet.[31] Aber gerade die Preise der Kleider wurden von den Bolschewisten in eine phantastische Höhe getrieben:

	Preis im Mai 1940	Preis ab 25. November 1940
Wollgewebe	100	740
Kunstseidengewebe	100	620
Baumwollgewebe	100	315
Pelzwaren	100	450
Lederschuhe	100	360
Galoschen	100	335

Während die Preise der verkauften landwirtschaftlichen Produkte nur um 26—100—160% gestiegen waren, waren die Preise der von den Landwirten gekauften Industrieerzeugnisse — die Preise der Bekleidungsmaterialien — um 215—640% erhöht worden! Die Einkaufspreise für die obligatorischen Lieferungen an den Staat jedoch waren sogar nominell viel *niedriger* als vor der Bolschewistenherrschaft!

Auch die Preise aller anderen vom Landwirte verbrauchten Industrieerzeugnisse waren stark erhöht:

	Preis im Mai 1940	Preis ab 25. November 1940
Fahrräder	100	420
Aluminiumgeschirr	100	190
Seife	100	240—300
Petroleum	100	170
Uhren (Hand- und Taschen-)	100	2000
Goldwaren	100	600
Zeitungsnummer	100	250
Zucker	100	400
Branntwein	100	360
Papier	100	275

Auch die Preise der Eisenbahnfahrkarten waren vielfach höher als vor der Bolschewistenzeit.

d) Kaufkraft der landwirtschaftlichen Produkte.

Im Freistaate Lettland (im Mai 1940) konnte der Bauer, wenn er 100 kg Roggen verkaufte, leicht ein Paar Chromlederschuhe kaufen. In der Bolschewistenzeit (seit Ende November 1940) musste er, um dieselben Lederschuhe kaufen zu können, etwa 400 kg Getreide verkaufen. Den billigsten Wollanzug konnte der Bauer in Riga für einen Wert von etwa 300 kg Weizen kaufen; in der Bolschewistenzeit brauchte er dazu wenigstens 1500 kg Weizen. Für den Wert von 100 kg Kartoffeln konnte der Bauer im Mai 1940 10 kg Zucker kaufen, in der Bolschewistenzeit — nur 3 kg.

Dieser Vergleich der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist auf Grund der *allgemeinen* staatlichen Einkaufspreise gemacht worden. Wie schon

erwähnt, musste ein grosser Teil der Getreideproduktion, auch Milch- und Fleischproduktion *obligatorisch* an den Staat abgeliefert werden und zu einem viel niedrigeren Preise. Wenn man diese ausserordentlich geringen Preise zur Grundlage nimmt, dann kommt man zum Ergebnis, dass statt der früheren 100 kg Roggen der Bauer im Jahre 1941 etwa 800—900 kg Roggen für das obenerwähnte Paar Lederschuhe verkaufen musste, oder für denselben Gegenstand *statt der früheren etwa 100 kg Hafer 1000 kg oder 1 Tonne Hafer verkaufen musste!*

Das traurige Schicksal und die Armut der Kleinbauern in der Provinz *Lettgallen* wurden von den Bolschewisten besonders beklagt. Der Hauptposten der Geldeinnahmen der Bauern in Lettgallen war Flachsverkauf. *Für den Wert von 100 kg Flachs (der besten Sorte) konnte der lettgallische Bauer in Dünaburg*[32] *früher drei Wollanzüge der billigsten Sorte kaufen, aber in der Bolschewistenzeit — kaum einen.* Für den Wert von 1 kg Flachs konnte man früher 3 kg Zucker kaufen, aber seit November 1940 — nur 1,6 kg. Für den Wert von 100 kg Flachs konnten früher fast zwei Fahrräder gekauft werden, später jedoch — kaum ein Fahrrad. So sah die „verbesserte" Lage der armen Bauern Lettgallens in Wirklichkeit aus!

Es muss noch bemerkt werden, dass das *Geld,* das die Bauern vom Verkauf ihrer Erzeugnisse (z. B. vom Verkauf des Getreides der Ernte 1940) vor Ende November 1940 eingenommen hatten, durch die unerhörte Erhöhung der Preise der Industrieerzeugnisse *ganz entwertet wurde und einige Monate später gingen die übrig gebliebenen alten Geldersparnisse und Bankeinlagen der Bauern völlig verloren,* denn die Bolschewisten annullierten die Einlagen und das lettische Geld (Lat). Auch die 50.000 neuen Bauern, die die Zehnhektarwirtschaften von der bolschewistischen Regierung empfangen hatten, verloren ihre Geldersparnisse, die sie zur Einrichtung ihrer neuerworbenen Wirtschaften hätten verwenden können.

Die ökonomische Lage der Bauern war stark verschlechtert. Hinzu kamen noch die hohen Steuern!

9. Die obligatorischen Produktenablieferungen an den Staat.

Die obligatorischen Lieferungen an den Staat wurden durch den Beschluss[33] der Regierung und der Kommunistischen Partei vom 31. März 1941 bestimmt.

a) Getreide.

Von jedem Hektar Ackerlandes, nicht eingerechnet die Zuckerrübenfelder, die Flachs- und Hanffelder, und unabhängig von der tatsächlichen Fläche der Getreideaussaaten, mussten im Jahre 1941 an den Staat obligatorisch folgende Mengen Getreide abgeliefert werden (je nach Kreis):

Betriebe mit einer Fläche:	
bis zu 5 ha	40— 55 kg
5—10 „	50— 65 „
10—15 „	65— 85 „
15—20 „	80—100 „
20—25 „	140—170 „
mehr als 25 ha	220—270 „

Für einzelne Bauerngruppen konnten diese Normen um 30% höher oder niedriger festgesetzt werden, aber die von der Gemeinde geforderte Gesamtmenge musste erfüllt werden. Nicht weniger als 60% von den genannten Mengen mussten in Nahrungsgetreide (Roggen, Weizen, Erbsen, Bohnen) geliefert werden. Im August mussten 20% von diesen Normen abgeliefert werden, im September 40%, im Oktober 30%, im November 10%. Von den Lieferungen wurden nur arbeitsunfähige Bauern befreit, die in ihrem Betriebe kein anderes arbeitsfähiges Familienmitglied hatten. Als arbeitsunfähig rechnete man: 60 Jahre alte und ältere Bauern und 55 Jahre alte und ältere Bäuerinnen, Kinder bis zu 16 Jahren, Krüppel und Invaliden. Diese Befreiung von den Ablieferungen bezog sich nicht auf diejenigen Betriebe, welche Einkommen *„nicht von eigener Arbeit"* hatten, also — Betriebe mit Lohnarbeitern, auch diejenigen, welche Einkommen von den Handels- und Industrieunternehmungen besassen. Wenn der Bauer

diese Mengen in der vorgeschriebenen Zeit nicht ablieferte, so wurde er bestraft (Geldstrafen und auch kriminelle Verantwortung).

b) Fleisch.

Unabhängig vom Viehstand im Betrieb, musste jede Bauernwirtschaft im Jahre 1941 dem Staate auch folgende Mengen Fleisch abliefern (Lebendgewicht):

Betriebe:	
bis zu 5 ha	30 kg
5—10 „	50 „
10—15 „	80 „
15—20 „	130 „
20—25 „	220 „
25—30 „	300 „

1 Kilogramm dieses abzuliefernden Lebendgewichtes war gleichgesetzt: 800 Gramm Speckschweine; 850 Gramm Halbspeckschweine und Baconschweine; 1000 Gramm Fleischschweine im Gewicht von 30—75 kg; 1000 Gramm mittelgemästetes Rindvieh und Schafe; u. s. w. Von den Fleischlieferungen waren *Kollektivwirtschaften* und die neuen Bauern, welche früher kein Land und das Land von der Sowjetmacht bekommen hatten, befreit; befreit waren auch die alten arbeitsunfähigen Bauern und Pensionäre.

c) Milch und Butter.

Auch obligatorische Milchablieferungen (mit einem Fettgehalt von 3,8%) waren für das Jahr 1941 festgesetzt. Sie waren unabhängig von Viehstand und wurden vom Hektar der gesamten Fläche (je nach Kreis) berechnet:

Betriebe:	
bis zu 5 ha	40— 70 Liter
5—10 „	45— 75 „
10—15 „	50— 80 „
15—20 „	55— 85 „
20—25 „	65—100 „
mehr als 25 ha	80—110 „

Betrieben, welche Einkommen „nicht von eigener Arbeit" hatten (also Lohnarbeiter beschäftigten oder Handels- und Industrieunternehmungen besassen), wurden die genannten Normen noch um 50% erhöht. Befreit von der Milchlieferung waren *Kollektivwirtschaften* und diejenigen, welche ihr Land von der Sowjetmacht bekommen hatten. Diejenigen, welche nicht mehr als 2 km von den Molkereien wohnten, mussten die Milch dort abgeben; die übrigen Bauern konnten Butter liefern.

d) Kartoffeln.

Es mussten auch Kartoffeln an den Staat abgeliefert werden und zwar vom Hektar des Ackerlandes, unabhängig von der tatsächlichen Fläche der Kartoffelfelder:

Betriebe:	Vom Hektar des Ackerlandes:
bis zu 5 ha	40— 60 kg
5—10 „	60— 80 „
10—15 „	90—110 „
15—20 „	130—150 „
20—25 „	180—200 „
mehr als 25 ha	210—230 „

Auch Wolle wurde verlangt (80—200 Gramm vom Hektar der Gesamtfläche).

Diejenigen Bauern, welche die bestimmten Mengen der genannten Produkte im vollen Umfange ablieferten, konnten über die übrige Produktion frei verfügen. Die Preise, welche für diese obligatorischen Lieferungen an den Staat bezahlt wurden, waren sehr niedrig — viel niedriger als die nominellen Preise vor der Bolschewistenherrschaft und *glichen nur der Hälfte oder dem Drittel* (bei Erbsen sogar nur dem Viertel!) der gewöhnlichen gesetzlich vorgesehenen staatlichen Einkaufspreise in der Bolschewistenzeit (nach dem 25. November 1940).

e) Verluste, die die Landwirte von den obligatorischen Ablieferungen hatten.

Die obligatorischen Ablieferungen waren in Wirklichkeit hohe Steuern, welche besonders schwer die grösseren Betriebe und die Betriebe mit Lohnarbeitern trafen. Man kann berechnen,[34] dass in ganz Lettland fast 300.000 t Getreide (davon nicht weniger als 60% Nahrungsgetreide) abgeliefert werden sollten; auch ca. 30.000 t Fleisch (Lebendgewicht), mehr als 300.000 t Milch (oder eine entsprechende Menge Butter), und ca. 350—400.000 t Kartoffeln.

Welchen Teil der Produktion die obligatorischen Lieferungen bildeten, hing von der Ernte ab. Man kann annehmen, dass sie etwa 40% der gesamten Roggen- und Weizenproduktion (Saat abgezogen) und ca. 25% der gesamten Produktion (ohne Saat) der übrigen Getreidearten, auch 25% der Kartoffelproduktion (ohne Saat) ausmachte. Es mussten auch etwa 25% der gesamten Milchproduktion abgeliefert werden.

Der Verlust, den die niedrigen Preise für die obligatorischen Lieferungen hervorriefen, kann auf etwa 120 Mill. Rubel im Jahre geschätzt werden, wenn man die niedrigen Preise, welche hier gezahlt wurden, mit den gewöhnlichen bolschewistischen Einkaufspreisen vergleicht.

Ausserdem muss noch bemerkt werden, dass viele Landwirte keine so grossen, zur Ablieferung vorgeschriebenen Mengen an Getreide, Milch, Wolle oder Fleisch produzierten und daher, um nicht schwer bestraft zu werden, *gezwungen waren die fehlenden Quantitäten zu kaufen!*

f) Motivierung der obligatorischen Ablieferungen.

Die bolschewistische Presse schrieb[35] über die Beschlüsse der Regierung und der Partei hinsichtlich der obligatorischen Ablieferungen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen an den Staat folgendes: „Die obligatorische Ablieferung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse an den Staat nach bestimmten Normen besteht auch in den übrigen Sowjetrepubliken... Der Beschluss des Volkskommissarenrates der UdSSR und des Zentral-

komitees der Allunionistischen Kommunistischen Partei (der Bolschewisten) vom 10. Januar 1941 hat die abzuliefernden Normen nach der Ackerfläche und den Gebieten festgesetzt. Diese Massnahme erwies sich als ein *mächtiger Ansporn* für die zurückgebliebenen Kollektivwirtschaften und Einzelwirtschaften. Diese Wirtschaften waren gezwungen, eine grössere Viehanzahl einzuführen, die Felder rationeller zu bearbeiten und Weiden zu kultivieren. Auch in unserer Republik wird dieses neueingeführte System ein mächtiger Ansporn zur Hebung der Bodenproduktivität, zur Bearbeitung des gesamten Bodens ... sein." — Mit echt bolschewistischer Unverschämtheit behaupteten die Bolschewisten: „Für die abzuliefernden landwirtschaftlichen Produkte zahlt der Staat *feste Preise, welche die Produktionsselbstkosten dieser Erzeugnisse sichern.*" Aber wie konnten die Produktionsselbstkosten gesichert sein, wenn der Preis, der z. B. für den obligatorisch abzuliefernden Roggen bezahlt wurde, nominell um fast 50% niedriger war als vor den Bolschewisten, aber die Löhne der Landarbeiter — um 100% höher als früher standen und die Kosten verschiedener Produktionsmittel und Industriewaren in die Höhe getrieben waren! — Ebenso wie Kommentare zu anderen bolschewistischen Verordnungen, die zur Zerstörung der Wohlhabenheit der Bevölkerung dienten, wurden auch diese Zeilen von den Bolschewisten mit Drohung beschlossen: „Die geheimen Feinde unseres Volkes werden sich bemühen, diese neuen Beschlüsse für ihre dunklen Absichten auszunutzen. Sie werden sagen, dass man den Bauern nun alles wegnehmen und sie in die Kolchosen treiben wird. Aber die Arbeitsbauern wissen, dass durch diese neuen Beschlüsse die geheimen Volksfeinde geschlagen werden, dass diejenigen, welche vielleicht ihr Land unbebaut und das Getreide ungedroschen halten wollten, gezwungen werden, so wie die Arbeitsbauern zu arbeiten." — Aber auch die „Arbeitsbauern", die „armen" Bauern, konnten sich in Wirklichkeit über diese Beschlüsse der Sowjetregierung nicht freuen, auch für sie waren die obligatorischen Ablieferungen eine schwere Last.

g) Misstände bei den Ablieferungen.

Die Durchführung der Regierungsbeschlüsse über die obligatorische Ablieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen an den Staat war (wie alles im Sowjetreich) schlecht organisiert. Für viele Bauern waren die festgesetzten Normen übermässig gross; an manchen Orten wurden die Lieferungen auch von alten arbeitsunfähigen Bauern und von den im Herbst geschaffenen „Jungwirten" verlangt. Darum wurde hierüber viel geklagt, so z. B. nur im Kreise Wolmar allein wurden der zuständigen Behörde Klagen von 1500 Bauern eingereicht.[36] Im Kreise Modohn waren bis Anfang Juni 1941 nur zwei Viehannahmepunkte eingerichtet worden, so dass ein Teil der Bauern ihr Vieh 40 Kilometer weit treiben oder transportieren musste.[36] Es fehlten Instruktionen und es herrschte grosse Unordnung, Willkür und Menschenquälerei.

10. Die Landwirtschaftssteuer.

Hinzu kam noch die Landwirtschaftssteuer[37] (Dekret vom 13. Mai 1941). Alle Steuern, die der Landwirt bisher zahlte, wurden aufgehoben und dafür eine Landwirtschaftssteuer eingeführt. Die Steuer wurde vom Einkommen berechnet. Als mittlere Einkommensnormen wurden festgesetzt: pro Hektar Ackerlandes 300 Rub. im Jahr, pro Hektar Gartenland 380 Rub., pro Hektar Wiesenland 120 Rub., von jeder Kuh (2½ Jahre alten) 280 Rub., vom Schweine (9 Monate alten) 160 Rub., vom Pferde 200 Rub., vom Ochsen 150 Rub. Die Steuer wurde von der Gesamtsumme der Einkommen des Betriebes berechnet: Betriebe mit wenigstens 1200 Rub. bis 2000 Rub. Einkommen zahlten 11 Rub. plus 3 Kopeken von jedem Rubel über 1200 Rub., usw. Betriebe mit einem Einkommen über 10.000 Rubel zahlten 1515 Rub. und dazu noch 55 Kopeken (also 55%) von jedem Rubel über 10.000 Rubel. Also *Betriebe mit 1200 Rub. Einkommen zahlten etwa 1%, die mit 10.000 Rubeln — 15% vom Einkommen.*

Der 24. Paragraph des Dekretes bestimmte, dass *die „wohlhabenden Betriebe mit Einkommen von frem-*

der Arbeit" (also Betriebe mit Lohnarbeitern) 25—50% mehr zahlen müssen. Also ein Betrieb mit einem Lohnarbeiter und 10.000 Rubel Einkommen musste nicht 15%, sondern sogar 22,5% vom Einkommen zahlen.

Mitglieder der „Genossenschaften zur gemeinsamen Bearbeitung des Landes" und Landwirtschaftsartelle (Kolchosen) mussten vom Einkommen ihrer „persönlichen" Wirtschaften um *20% niedrigere Steuersätze* zahlen.

Im bolschewistischen Staatsbudget[38] für das Jahr 1941 waren die Einnahmen des Staates von dieser Landwirtschaftssteuer mit 61.170.000 Rubel berechnet (von 230.796 Betrieben mit insgesamt 1250,6 Mill. Rubel des berechneten Einkommens).

a) Steuerlast der Landwirte früher und in der Bolschewistenzeit.

Vor der Bolschewistenherrschaft zahlten[39] Landwirte nur die Immobiliensteuer (dem Staate und der Selbstverwaltung) und die Selbstverwaltungssteuer, insgesamt ca. 15 Mill. Lats fährlich (eine Einkommensteuer bestand für Landwirte nicht).

In der Bolschewistenzeit mussten Landwirte ca. 120 Mill. Rubel durch die obligatorischen Lieferungen entrichten und ca. 60 Mill. Rubel als Landwirtschaftssteuer, also zusammen ca. 180 Mill. Rubel zahlen.

Also: *früher — 15 Mill. Lats, bei den Bolschewisten — 180 Mill. Rubel jährlich.* Sogar wenn man die viel grössere Kaufkraft des Lats in Betracht zieht, war die Steuerlast für die Landwirtschaft in der Bolschewistenzeit vielfach schwerer geworden.

Es muss noch betont werden, dass auch die gewöhnlichen bolschewistischen staatlichen Einkaufspreise (nicht die für die obligatorischen Lieferungen) sehr niedrig im Vergleich mit den Preisen der Industrieerzeugnisse waren. Also auch von dieser Seite aus gesehen, mussten die Landwirte eine grosse faktische Steuer (viele Millionen Rubel jährlich) zahlen.

b) „Begeisterung" der Bauern über die neue Steuer.

Und dennoch behaupteten die Bolschewisten in einem Leitartikel[40] über die neue Landwirtschaftssteuer: „Das am heutigen Tage veröffentlichte ... Dekret über die Landwirtschaftssteuer werden unsere Arbeitsbauern mit Begeisterung aufnehmen. ... Das Gesetz über die Landwirtschaftssteuer zerstreut die von den Kulaken verbreiteten Gerüchte einer Zwangskollektivierung und eines „Steuerzwangs", welcher angeblich gegen diejenigen, welche in die Kollektivwirtschaften nicht eintreten, gerichtet sein sollte."

Ohne „Begeisterung" durfte ja im Sowjetland nichts geschehen. Obgleich die „wohlhabenden" Bauernwirtschaften, die einen Lohnarbeiter (wenn auch nur auf kurze Zeit!) beschäftigten, um 50% grössere (als die mittleren) Steuersätze, aber die Mitglieder der Kolchose und der „Genossenschaften zur gemeinsamen Bodenbearbeitung" um 20% niedrigere (als die mittleren) Steuersätze zahlen mussten, war dennoch nach bolschewistischer Behauptung eine Steuertendenz zugunsten der Kolchose nicht vorhanden. Die Unverschämtheit der Bolschewisten zu übertreffen war unmöglich!

c) Die Intelligenz der bolschewistischen Amtspersonen auf dem Lande.

Die gebildeten, vorbildlichen und fleissigen Landwirte, die gewöhnlich auch entsprechend wohlhabend waren, taugten für die Bolschewisten nicht, sie waren sogar verdächtige und schädliche Leute, mit einem Wort — sie waren Kulaken, oder, nach Lenin's Ausdruck, „Blutsauger, Vampire, Spinnen", die gefährlichsten Feinde des Sowjetstaates. Alle diese Menschen wurden auch aus den Gemeindeverwaltungen hinausgeworfen und an ihrer Stelle bolschewistisch gesinnte ernannt. Bildung und persönliche landwirtschaftliche Arbeitsleistungen und Kenntnisse der Landwirtschaft waren nicht gerade die starke Seite dieser neu eingesetzten Leute. Selbst die bolschewistische Presse gab das zu. Am 14. Juni 1941 lesen wir[41]: „Um die Landwirtschaftssteuer gerecht zu berechnen und die eigen-

artigen Verhältnisse jeder Gemeinde in Acht nehmen zu können, hat das Vollzugskomitee des Kreises Riga von den Gemeindevollzugskomitees Daten über die durchschnittlichen Ernten angefordert ... Diese Berechnungsdokumente, die von den Vorsitzenden und Sekretären der Vollzugskomitees unterschrieben sind, sind eigenartig, ja noch mehr, *man kann sie überhaupt nicht verwenden.*" — So z. B. berichtet das Vollzugskomitee der Gemeinde Ascheraden, dass dort die Ernte 7 Zentner Roggen (vom Hektar) und 6 Zentner Gerste sei. „Bei uns ist ein Zentner 100 kg gleich. Nach dieser Kalkulation ist die Getreideernte ungefähr *um die Hälfte* kleiner angegeben, als sie tatsächlich im Kreise Riga nach dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre war." Die Gemeinde Bevershof berichtet, dass die Roggenernte 26, die Flachsernte 24 Quintal sei, „obgleich im Kreise Riga nur 13 Quintal Roggen und 3,7 Quintal Flachs vom Hektar geerntet werden konnte. *Es muss bezweifelt werden, ob man in Bevershof statt 3,7 Quintal 24 Quintal Flachs ernten konnte.* Was würden die Einwohner der Gemeinde Bevershof sagen, wenn der Kreissteuerinspektor auf Grund dieser Dokumente die Steuer berechnet hätte". Die Gemeinde Dahlen gibt an, dass vom Hektar 16,5 Zentner Zuckerrüben geerntet seien, statt den überall üblichen 200 Zentnern. *Eine andere Gemeinde (Pabbasch) gibt die Heuernte mit 600 Zentner vom Hektar, statt der mittleren 20—25 Zentner an!* Die Gemeinde Pinkenhof hat die Ernte in Tonnen pro Hektar berechnet: Roggen — 4,5 t, Weizen — 3,5 t, Kartoffeln — 80 t, was 45, 35 und 800 Quintal gleich ist! Die tatsächlichen Ernten[42] im Kreise Riga waren im Jahre 1939: Roggen 18,4 q, Weizen 14,5, Kartoffeln 123 q. Auch viele andere Gemeinden haben ähnliche unsinnige Erntezahlen berichtet. Der Verfasser des Artikels sagt zum Schluss: „Man müsste doch endlich verstehen, dass diese Daten nicht zur Belustigung der Angestellten des Kreisvollzugskomitees, sondern zur Berechnung der Landwirtschaftssteuer benötigt werden!"

11. Verminderung der Landarbeiteranzahl.

Besonders schwere Zeiten hatten grössere Betriebe, welche Lohnarbeiter beschäftigten, durchzumachen. In der Sowjetzeit war es überhaupt gefährlich etwas Vermögen zu besitzen: je grauer und kleiner der Mensch war, desto sicherer war das Leben. Es war gefährlich und auch sehr kostspielig, Lohnarbeiter zu beschäftigen und damit „Ausbeuter" zu sein (andererseits musste das Land vollständig bearbeitet werden, sonst drohten schwere Strafen!). Den grösseren Betrieben (über 30 ha) wurde ein grosser Teil ihres Landes weggenommen. Im Jahre 1935 (nach den Ergebnissen der Landwirtschaftszählung) waren in Betrieben mit über 30 ha Flächengrösse zusammen 91.000 Lohnarbeiter beschäftigt = 62% der Gesamtzahl der Lohnarbeiter (146.200). Von erwachsenen Lohnarbeitern waren in den genannten Betrieben 70% der Gesamtzahl beschäftigt. Nach der bolschewistischen Agrarreform hatten die früheren Grossbetriebe, die nach der Reform nur 30 ha Bodenfläche besassen, keine ökonomische Grundlage mehr für die Beschäftigung von soviel Lohnarbeitern. Viele Arbeiter hatten eigenes Land bekommen. *Die Beschäftigung von Lohnarbeitern war eine unwürdige und schändliche, auch gefährliche und sehr kostspielige Sache geworden,* so dass sich nur ziemlich wenige Betriebe die Beschäftigung der Lohnarbeiter erlauben konnten. Man versuchte mit der Arbeitskraft der Familienmitglieder auszukommen. Ausserdem wurden viele Landarbeiter von der städtischen Industrie (es wurde deklariert, dass in einigen Jahren Lettland vom Agrarstaat in einen Industriestaat verwandelt werden wird) und auch von den sowjetrussischen militärischen Rüstungs- und Befestigungsarbeiten aufgesogen. Die Zahl der Landarbeiter wurde in der Bolschewistenzeit viel kleiner als sie früher war.

a) Grosse Sozialversicherungsbeiträge der Landwirte.

Die Beschäftigung von Lohnarbeitern wurde auch durch die hohen Sätze der Sozialversicherungszahlungen

eingeschränkt. Laut Beschluss der Regierung vom 10. Januar 1941 war bestimmt, dass Bauernbetriebe mit einer Bodenfläche von mehr als 23 ha, *für die Sozialversicherung ihrer Arbeiter 16% vom Arbeitslohne zahlen sollen.* Betriebe mit 10—23 ha Land sollten 10%, Betriebe mit bis 10 ha — 6% (hierzu wurden auch diejenigen Betriebe mit bis 13 ha Bodenfläche, welche Bauern in der Sowjetzeit bekommen hatten, gezählt) zahlen. Die *Beiträge wurden vom vollen* Lohne des Arbeiters berechnet (dabei wurde angenommen, dass die Verpflegung gleich 100% des Geldlohnes beträgt). Diese Zahlungen durften vom Lohne des Arbeiters nicht abgezogen werden. Im Freistaate Lettland hatte der Landwirt keine Beiträge für die Sozialversicherung zu zahlen.

12. Unheildrohende Vorboten der Kollektivierung der Landwirtschaft.

a) Genossenschaften der gemeinsamen Bodenbearbeitung.

Während die Bolschewisten am Anfang ihrer zweiten Herrschaft in Lettland in den Zeitungen, im Rundfunk und in ihren Reden immer wieder beteuerten, dass es keine Kollektivierung der Landwirtschaft geben werde, *bezeugten im Frühling und Sommer 1941 schon verschiedene Vorzeichen, dass das Ende der wirtschaftlichen Selbständigkeit der lettischen Bauern nicht weit sein könne.* Laut Beschluss[43] der Regierung und Partei vom 3. März 1941 „über die Hilfeleistung für arme und mittlere Bauernwirtschaften" wurde u. a. bestimmt: „Es muss als *falsch und den Interessen der armen und mittleren Wirtschaften widersprechend* angesehen werden, dass die örtlichen Sowjet- und Parteiorgane sich auf das Verbot, Arbeitsbauern gegen ihren Willen Kollektivwirtschaften aufzuzwingen berufen und *ohne jeden Grund den Bauern nicht gestatten,* die *einfachsten* Formen der Kooperation und der gegenseitigen Hilfe auf streng freiwilliger Grundlage zu organisieren." Diese „einfachste Form" der Kooperation ist die *„Genossenschaft zur gemeinsamen Bodenbearbei-*

tung". Laut dem erwähnten Beschluss der Regierung wurden die Sowjetbehörden beauftragt, „Landarbeitern und armen Bauern", welche von der bolschewistischen Regierung Land bekommen haben, aber keine Gebäude und kein Inventar besitzen, unbenutzte Gebäude zur Verfügung zu stellen und Hilfe bei der Einrichtung der Wirtschaft und dem Bau der Gebäude leisten. Die ehemaligen Landarbeiter und armen Bauern sollten die Baumaterialien für Gebäude zu $^1/_5$ der festgesetzten Preise von den Staatsforsteien erhalten können. In dem erwähnten Beschluss war weiter folgendes über die Bauweise betont: „Um die wirtschaftliche und kulturelle Unterstützung der Bauern zu erleichtern, muss als zweckmässig angesehen werden, dass Neubauten *in Dorfform* errichtet werden."

Auch dieser Hinweis zeigte die künftige Richtung der bolschewistischen Agrarpolitik. Diese Richtung war — die „Kollektivierung" der lettländischen Landwirtschaft. Die lettischen Bauern lebten in Einzelhöfen, nicht in Dörfern; nur in der Provinz Lettgallen lebten die Bauern früher grösstenteils in Dörfern, aber auch hier war während des Bestehens des Freistaates Lettland eine Agrarreform durchgeführt und die Dörfer in Einzelhöfe zerteilt worden; die alten Dorfgebäude wurden abgerissen und an einer anderen Stelle, etwa im Zentrum der neuen Einzelhöfe errichtet oder ganz neu erbaut. Die sowjetrussischen Bauern lebten im Gegensatz hierzu nur in Dörfern. Diese „Kollektivwirtschaften" und das Dorfleben sollten auch in Lettland und zwangsweise eingeführt werden.

Diese „Genossenschaften zur gemeinsamen Bodenbearbeitung" bekamen vom Sowjetstaate grosse *Erleichterungen" und Unterstützungen,* wie das die bolschewistische Presse mit Nachdruck betonte. *Die Genossenschaften konnten das Land zur terminlosen Nutzung und gemeinsamen Bearbeitung vom staatlichen Landfonds erhalten.* Die Bank der Landwirtschaft hatte 4 Millionen Rubel für die Kreditierung dieser Genossenschaften (zur Beschaffung von Inventar, Vieh usw.) vorgesehen. Wie schon erwähnt, waren diese Genossenschaften von den obligatorischen Fleisch-,

Milch- und Wollelieferungen an den Staat *befreit;* sie hatten das Recht, Hilfsunternehmungen (Ziegelbrennereien, Mühlen, Kraftwerke usw.) zu organisieren; die Gemeindevollzugskomitees waren verpflichtet, ihnen alle nötige Hilfe zu leisten; alle komplizierten landwirtschaftlichen Maschinen mussten zuerst an die „Genossenschaften zur gemeinsamen Bodenbearbeitung" verkauft werden; die Genossenschaften konnten vom Staate auch Saatgutanleihen erhalten, falls den Mitgliedern das zum Besäen des vom Staate überlassenen Bodens nötige Saatgut fehlte.

In den Zeitungen wurden im Sommer 1941 *Musterstatuten* der „Genossenschaften zur gemeinsamen Bodenbearbeitung" veröffentlicht[45]. Die Gebäude, das Vieh und Inventar blieben im persönlichen Besitz der Mitglieder der Genossenschaften. Der Boden sollte gemeinsam bearbeitet werden, wobei der Boden, den die Genossenschaft vom Landfonds bekommen hatte, obligatorisch gemeinsam bearbeitet werden musste.

Ein Beispiel, wie eine solche Genossenschaft entstand, gibt die Genossenschaft der gemeinsamen Bodenbearbeitung „Iskra" (ein russisches Wort, bedeutet „Funke") in *Lettgallen,* im Kreise Dünaburg. Das war die *erste* derartige Genossenschaft in Lettland, die gesetzlich und auf Grund von *Statuten* registriert wurde. Die Registration vollzog sich einige Tage vor Anfang des Krieges zwischen Sowjetrussland und dem Deutschen Reich und der Vertreibung der Bolschewisten aus Lettland. Die bolschewistische Presse sprach[46] von über insgesamt 2000 solcher Genossenschaften, die tatsächlich bestehen, aber noch nicht gesetzlich registriert und bestätigt seien. Die in der bolschewistischen Presse erzählte Geschichte der „Iskra" war folgende:[47] In dieser Genossenschaft hatten sich 15 Kleinbauern und 1 Landloser vereint; die Gesamtzahl der Beteiligten war 100 Personen, davon 67 Arbeitsfähige. In keiner Familie waren weniger als 5 Köpfe, in manchen sogar 9 und noch mehr. Der grösste Teil der Familien hatte 3—5 ha Land, einige Familien ca. 9 ha. Ein Teil des Bodens soll wertlos gewesen sein; der Boden brauchte Entwässerungsanlagen, aber für das Graben der Gräben reich-

ten die Arbeitskräfte dieser einzelnen Familien nicht aus. Die Gesamtfläche dieser „armen" Bauernwirtschaften war ca. 120 ha. Es wurde beschlossen, das Land gemeinsam zu bearbeiten und *zur persönlichen Nutzung nur 0,5 ha pro Familie zu belassen* (das ist eine Flächengrösse, wie sie in der Sowjetunion die Kollektivbauern zur persönlichen Nutzung bekommen). *Vom staatlichen Landfonds hatte die Genossenschaft zur gemeinsamen Bodenbearbeitung weitere 120 ha Land bekommen:* ein ehemaliges Gut 100 ha gross (der Besitzer dieses Gutes hatte sein Eigentum gleichzeitig mit dem Einmarsch der roten Armee im Juni 1940 verlassen) und 20 ha Kirchengrundbesitz. Die tatsächliche gemeinsame Bearbeitung dieser 120 ha fremden Bodens wurde von den Genossenschaftsmitgliedern schon im Herbst 1940 begonnen. Im Frühling 1941 wendeten sich die Mitglieder der Genossenschaft an das Zentralkomitee der Partei und an das Volkskommissariat des Ackerbaus und baten um Unterstützung und um die gesetzliche Befestigung und Bestätigung der Genossenschaft. Am 14. Juni 1941 erschienen auf der Versammlung der Mitglieder „hohe" Gäste: der Vertreter des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, der Stellvertreter des lettländischen Volkskommissars des Ackerbaus (ein Russe — Golubow) und Vertreter der örtlichen Sowjet- und Parteiorganisationen Lettgallens. Die Statuten wurden verlesen und man beschloss einstimmig, sie anzunehmen und dann wurden Reden gehalten. — Es muss noch betont werden, dass die Mitglieder der „Iskra", wie schon der Name der Organisation zeigt, nicht Letten, sondern *Russen* waren. Die Namen der Unterzeichner der Statuten waren: S. Mitrofanow, K. Stepanow, N. Stepanowa, M. Nasarow, J. Iwanow, usw. — Eine andere bemerkenswerte Tatsache ist die, dass die Mitglieder der Genossenschaft mit Hilfe des Staates ihr Land verdoppelt hatten, also *nicht ohne Gewinn* „freiwillig"*) die Genossenschaft organisiert hatten. Wahrscheinlich war auch die Qua-

*) Die bolschewistische Presse betonte, dass die „Iskra" sich vollkommen „freiwillig" organisiert hätte.

lität der hinzugekommenen 120 ha besser als das eigentliche Bauernland; offensichtlich hatten die Bauern auch das Vieh und das Inventar des ehemaligen Gutsbesitzers erhalten. Ausserdem sollten noch verschiedene andere Unterstützungen vom bolschewistischen Staate der Genossenschaft zugute kommen. Das Organisieren dieser Genossenschaft der gemeinsamen Bodenbearbeitung war also für die armen Mitglieder, die nichts zu verlieren hatten, ein sehr vorteilhaftes Geschäft.

Die grosse Sorge der Bolschewisten um das Organisieren und die Unterstützung der „Genossenschaften der gemeinsamen Bodenbearbeitung" wird verständlich, wenn man erfährt, dass diese Genossenschaften die *„einfachste Form der Kollektivwirtschaften"*[48] sind. *„Die Bedeutung der „TOS"*) war die, dass sie als einfachste Form der Kollektivierung die armen und mittleren Bauern zum kollektiven Wirtschaften und zu höheren Formen der Kollektivierung vorbereitet haben."* So erklärt ein Sowjetbuch[48] die Bedeutung der „Genossenschaften der gemeinsamen Bodenbearbeitung." Aus derselben Quelle erfahren wir auch, dass *zum 1. Juni 1929, am Vorabend der totalen Zwangskollektivierung, 60% der Gesamtzahl der Kolchosen in der Sowjetunion „Genossenschaften der gemeinsamen Bodenbearbeitung („TOS") waren;* 34% waren Artelle und 6% landwirtschaftliche Kommunen. Später verschwand diese „einfachste" Form der Kolchosen und machte den „landwirtschaftlichen Artellen", den „wirklichen" Kolchosen, Platz.

b) Die ersten Kolchosen in Lettland.

Im Sommer 1941 hatte man also in Lettland mit der Gründung der Kolchosen begonnen. Aber es wurden nicht nur die „einfachsten Formen" der Kolchosen organisiert, es entstanden gleichzeitig auch „richtige" Kolchosen. Das erste „Landwirtschaftsartell" in Lettland wurde wieder in *Lettgallen,* in der Gemeinde Hochstätt (Augšpils), Kreis Abrehnen, am 15. Juni 1941 gegrün-

*) Der aus Anfangsbuchstaben bestehende russische Name dieser Genossenschaften („towarischtschestwo po sowmestnoi obrabotke semli").

14. Vertreter der Partei und des Vollzugskomitees überprüfen die Aussaatarbeiten in der Landgemeinde Wenden. Von links nach rechts der erste ist der Vorsitzende des Vollzugskomitees der Landgemeinde Wenden K. Jakobsons, der zweite ist der Vertreter des Parteikomitees des Kreises Wenden M. Garatschow (ein Russe), der dritte — ein neuer „Arbeitsbauer" J. Vitols.

15. Die russischen „armen" Bauern stimmen im Juni 1941 für die Errichtung des ersten Kolchos in Lettland (Gemeinde Hochstätt, in der Provinz Lettgallen).

16. Nationalisierung eines Textilwarengeschäftes in Riga.

det.[49] An diesem Tage erschienen auf der Versammlung der Artellmitglieder die bereits schon erwähnten zwei Männer — der Vertreter des Zentralkomitees der Partei und der Stellvertreter des Volkskommissars des Ackerbaues (die einen Tag vorher, am 14. Juni, die erste Genossenschaft der gemeinsamen Bodenbearbeitung mit ihrer Anwesenheit beehrt hatten). Man beschloss, das erste Landwirtschaftsartell das „Stalin-Artell" zu nennen und die Statuten wurden „einstimmig" angenommen. In diesem Artell (einem „richtigen" Kolchos) waren 20 „Arbeitsbauern" mit 250 ha Land (ein grosser Teil dieser Fläche wurde offensichtlich vom Landfonds gegeben) vereinigt. Auch hier wurde die „vollständige Freiwilligkeit" der Beschlüsse betont. Zu persönlicher Nutzung wurden jeder Familie gelassen: 0,5 ha Land (wie in Sowjetrussland), 2 Kühe, 2 Kälber, 2 Schweine, 10 Schafe, Geflügel und Kaninchen nach Belieben. Man konnte auch weniger besitzen, mehr aber nicht, jeder Überschuss wurde Kolchoseigentum. Auch das Wohnhaus und andere für die persönliche Wirtschaft nötigen Räume, sowie kleinere Arbeitsgeräte blieben in persönlicher Nutzung der Mitglieder. Die Gründer dieses ersten Kolchos waren *Russen* (A. Jewdokimow, A. Grigorjewa, D. Michailow usw.).

Die Mitteilung über die Gründung der ersten „Genossenschaft der gemeinsamen Bodenbearbeitung" und des ersten „Landwirtschaftsartells" in Lettland erschien in der bolschewistischen Presse am 17. Juni 1941, *am Jahrestage der Okkupation Lettlands durch die rote Armee,* am Jahrestage des Endes des Freistaates Lettland, in grosser Aufmachung. *Das erste Jahr der zweiten Bolschewistenherrschaft in Lettland sollte also mit dem Anfang der Kolchosbildung abgeschlossen werden!*

Am 22. Juni (Kriegsbeginn zwischen Grossdeutschland und der Sowjetunion!) wurde in den Zeitungen ein grosser Artikel der Gründung eines neuen Kolchoses[50] in Lettgallen (im Kreise Dünaburg, in der Gemeinde Lievenhof) gewidmet. Die Gründer waren wieder Russen: 4 Brüder Anfimow, R. Romanow, M. Stepanow, M. Archipow; zusammen mit den Familienangehörigen waren es 41 Menschen. Jeder Wirtschaft

wurde zur persönlichen Nutzung eine Kuh gelassen. *Diese Kleinbauern besassen zusammen 60 ha eigenes Land und vom Landfonds hatten sie 47 ha erhalten;* insgesamt war also die Bodenfläche des Kolchoses 107 ha. Das Artell wurde „Lenin-Artell" genannt. — Am 24. Juni berichtete die Presse[51] wieder über die Gründung eines weiteren Kolchoses („Landwirtschaftsartells") im Kreise Ludsen, in der Gemeinde Karsau (auch Provinz Lettgallen). Hier hatten sich 30 „Arbeitsbauernwirtschaften" mit einer Gesamtfläche von 280 ha vereinigt; insgesamt besassen diese Wirtschaften 28 Arbeitspferde. Das Artell erhielt den Namen — „Stalin-Artell". Auch hier waren die Gründer nicht Letten. — In allen Zeitungen Rigas wurden im Juni 1941 die *Musterstatuten des sowjetrussischen „Landwirtschaftsartells" veröffentlicht*[52] (die Statuten waren zwei Zeitungsseiten lang!)."

c) Beweggründe der „freiwilligen" Kollektivierung.

Über die Hintergründe und wahren Ursachen der „freiwilligen" Kolchosgründung in Lettland schrieb man im Herbst 1941, nach der Vertreibung der Bolschewisten, folgendes[53]: „Im Kolchos, der in Schlossberg (Gemeinde Lievenhof) organisiert wurde, wurden wunderliche Dinge entdeckt. Die 7 Gründer des Kolchoses waren *nicht Letten, sondern kommunistisch gesinnte Russen:* 4 Brüder Anfimow, Romanow, Stepanow und Archipow. Alle Brüder Anfimow waren Rotgardisten. Diese 7 „Bauern" bewirtschafteten früher jeder einen kleinen Einzelhof und beim Einmarsch der Bolschewisten wurden sie gleich aktive Kommunisten: jetzt war ihre Zeit gekommen, die Lebensfreuden auszukosten, weil sie sich früher unterdrückt und ausgebeutet fühlten, denn sie konnten es nicht verstehen, dass nur durch Arbeit das Wohlstandsniveau der Nachbarn höher als das ihrige stand. Das Verdienst dieser Russen ist, dass im Frühling in Schlossberg (Lievenhof) ein strebsamer Landwirt verhaftet, seine Familie aus der Wirtschaft vertrieben und in der Wirtschaft ein Pferdemietepunkt eingerichtet wurde. Sogleich als die Russen sich über die Grün-

dung des Kolchoses geeinigt hatten, *bekamen sie zu ihren Grundstücken 47 ha Land von den Nachbarwirtschaften hinzu.* Die Maschinen-Traktoren-Station von Prellen sandte Maschinen und mit der Arbeitskraft des Pferdemietepunktes wurde ein Teil der Felder bearbeitet, denn die Kommunisten mussten ja zeigen, dass sie die Kolchosen unterstützen, und die Russen konnten sich freuen, dass sie nun die Arbeit losgeworden sind und nun wie „echte Bolschewisten" leben konnten: der Vorsteher überwachte sie, der Rechnungsführer kalkulierte nach der „Grafik" und den Plänen die Arbeitsstunden und Normen der Hirten und Arbeiter, der Sekretär korrespondierte mit der Partei, der Inventarverwalter schrieb tagelang Verzeichnisse von zerbrochenen Eggen usw. Und so phantasierten sie, berieten sich und kalkulierten wochenlang über ihre 8 abgeschundenen Pferde und 17 Kühe. In einer guten Wirtschaft würden mit allen diesen Arbeiten ein paar Menschen leicht fertig geworden sein; diese russischen Familien jedoch waren sehr beschäftigt, sie mussten nachdenken, wie man plangemäss Maschinen, Inventar, Gebäude und Vieh den wohlhabenden lettischen Bauern fortnehmen könnte. Schon in kurzer Zeit hatten die „Kolchosbauern" in dieser Branche Erfolge zu verzeichnen: der Russe Romanow wohnte sorglos und nachlässig in seiner halbverfallenen Hütte und dachte, dass die Kapitalisten schuld daran sind, dass er in so unerträglichen Verhältnissen leben muss, während gleichzeitig die Nachbarn in bequemen und schönen Stuben wohnen konnten. Selbstverständlich wurde dank der Fürsorge der Kolchosmachthaber dem Nachbarn das Häuschen genommen und Romanow übergegeben, weil das doch nicht Kommunismus ist, dass einer im verfallenen Hause, der Andere aber im neuen und schönen Hause wohnen kann."

Die Gründung der ersten Kolchosen war für die Gründer, die „armen" Bauern, ein vorteilhaftes Geschäft. Sie bekamen vom Staate Land und Inventar und konnten den Nachbarn Land und Gebäude wegnehmen. Ausserdem bekamen die Kolchosen vom Staat verschiedene

Erleichterungen, sie wurden von den obligatorischen Lieferungen, wie Milch, Fleisch, Wolle u. s. w. an den Staat befreit.

d) Anfang der „Entkulakisierung".

Den lettischen Bauern erwartete in ganz naher Zukunft das Schicksal der sowjetrussischen Bauern, die Zwangskollektivierung und die „Entkulakisierung". Schon im Winter 1940/41 wurden viele vorbildliche Bauern aus ihren Höfen verjagt, sie konnten nicht einmal ihr Vermögen, wie Wohnungsgegenstände, Kleider u. a., mitnehmen. Es fehlte nur noch die massenhafte Verschickung und Ermordung der „Kulaken", wie das bisher in Sowjetrussland der Fall gewesen war. Aber auch das sollte bald kommen: Im Juni 1941 wurden Tausende von Landwirten mit ihren Familien (Frauen, Kindern) verhaftet und nur mit einigen Koffern versehen auf alle Zeiten (so war wenigstens die Absicht der Bolschewisten) nach den entferntesten Gegenden Sowjetrusslands, nach Sibirien, Mittelasien und in die Polargegenden zu Zwangsarbeiten verschleppt. Dort mussten sie vor Hunger, Kälte und schwerer Arbeit zugrunde gehen (von dieser Frage wird noch später die Rede sein). Den lettischen Bauern drohte also dieselbe Sklaverei und dasselbe Elend, wie den Kulaken der Sowjetunion. Die lettischen Bauern, die an ein freies selbständiges Leben und Wirtschaften mehr gewöhnt waren als früher die russischen Bauern, mussten vernichtet werden, weil sie fast alle nach Ansicht der Bolschewisten, „Kulaken", d. h. unversöhnliche Feinde der Sowjetmacht waren. Die Folge der „Kollektivierung" der Landwirtschaft wäre der Verfall dieses Grundzweiges der lettländischen Volkswirtschaft gewesen. Die früheren Zeiten des Überflusses der landwirtschaftlichen Produkte, des hohen Nahrungsmittelverbrauches in Lettland wären auf alle Zeiten vorüber. In Lettland sollte dasselbe Hungerleben wie in der Sowjetunion herrschen.

13. Der Bauer war — ein Hund.

Trefflich wurde die verzweiflungsvolle Lage der lettischen Bauern in der Bolschewistenzeit zwei Wochen nach der Vertreibung der Bolschewisten aus Lettland durch die deutsche Wehrmacht in einer lettischen Zeitung charakterisiert:[54] „Ein Jahr ist kein grosser Zeitabschnitt, wenn das Jahr hell und sonnig gewesen ist. Anders ist es, wenn in zwölf Monaten unbeschreibliche Leiden erlebt werden müssen, wenn Qualen und Todesnähe zu spüren sind. Dann ist das Jahr eine Ewigkeit ... In einem schrecklichen Ring hatte die Kommunistenregierung den lettischen Bauern eingeschlossen. Er wurde gezwungen sich zu erniedrigen und seinen Rücken der satanischen Macht zu beugen, der freie Bauer wurde zum Sklaven gemacht. Schamröte bedeckte die Wangen der freien Bauern, aber die Augen der lettischen Männer blitzten vor Zorn: einmal werdet ihr Schurken für alles teuer bezahlen müssen ... *Was war der Bauer nach dem 17. Juni 1940? Nichts! Für die Kommunisten war er ein Hund, dem jeder mit dem Fuss einen Stoss versetzen konnte.* Jeder Hund kann sich verteidigen, er kann beissen — der Bauer konnte das nicht, weil er „Kulak" war, dem nur ein Weg offen steht — Tod und Untergang ... Das beliebteste Schimpfobjekt der Kommunisten war der Bauer. Wie verhungerte Schakalscharen warfen sich die russischen und lettländischen Kommunisten auf den lettischen Bauernhof. Der sollte in allen seinen Grundlagen zerstört werden — der Boden, das Vieh, die Maschinen, das Arbeitsgerät — alles das hatte der Bauer in einer zu grossen Menge. Er war „Kulak-Bourgeois" und als solcher hatte er keinen Platz in Lettland. ... Der Bauer wurde erniedrigt, verachtet, verhöhnt. Ihm wurde das Land weggenommen, das Vieh geraubt, die Maschinen genommen, und dennoch verlangte man von ihm Steuern und Arbeitsleistungen wie nie vorher ... Den lettischen Bauern zu vernichten und an seine Stelle ein Armenasyl erster Klasse zu errichten — den Kolchos mit ... Direktoren, politischen Leitern und Buchhaltern — das war die Absicht der Kommunisten. Ihre Losung — alle müssen in

Lumpen gehen, beeilten sich die Bolschewisten im Stosstempo zu erfüllen ... Für den Bauern konnte es keine grössere Erniedrigung geben, als die, dass ihn Analphabete im Frühling Aussaatarbeiten zu verrichten lehrten und ihn kommandierten. ... Dumme Jungen und Armeedeserteure, wie Davids Boitmanis*), welche keine Ahnung von landwirtschaftlicher Arbeit hatten, kommandierten die greisen Letten wie Schuljungen. War der Lette nicht genau über die Aussaatzeit unterrichtet? Hatte der von Vätern und Vorvätern Tausende Jahre lang geschulte Bauer die Aussaat versäumt, ist er je hungers gestorben, oder hat er je in Elend zu leben gehabt? Nein, Genosse Boitmanis, das wusste der lettische Bauer besser als alle anderen, und er schämte sich über Ihren Schwachsinn, weil Sie das Getreide in Schnee und Eis aussäen liessen, was der lettische Bauer niemals getan hätte. Das war ein *Befehl mit Todesbeigeschmack,* und der Bauer erfüllte ihn gezwungen. Warum war das nötig? Nur damit die Aussaatmassnahme hundertprozentig erfüllt würde und mit einem Überschuss. Welche Scham und welcher Unsinn."

*) Der schon früher erwähnte Kommunist — Leiter der Landabteilung im Kreise Mitau.

X

Industrie

1. Nationalisierung der Industriebetriebe.

Trotz der schon erwähnten Versicherungen der Bolschewisten gleich nach der Okkupation Lettlands durch die rote Armee, dass es keine Nationalisierungen geben werde und dass das Vermögen eines jeden Bürgers unantastbar sei, wurde schon am 22. Juli 1940, ein Monat nach dem Untergange des Freistaates Lettland, im bolschewistischen „Parlament" die „Deklaration über die Nationalisierung von Banken und grossen Unternehmungen" angenommen. Diesem Beschlusse ging die Rede[1] des neuen Finanzministers (es ist anzunehmen, dass der Finanzminister Kommunist gewesen ist) voraus. In der Rede wurde folgendes behauptet und betont: „Werfen wir noch einmal einen Blick zurück und sehen uns die bisherige Ungerechtigkeit an. Ein unermesslicher Reichtum und eine Verschwendung auf der einen Seite, Armut und Hunger auf der anderen; hier riesige Gewinne der Händler und Industriellen, dort erbärmliche Groschen — für die Arbeiter." Der Redner nannte die Höhe der Gewinne verschiedener Unternehmen und die niedrigsten Lohnsätze der Arbeiter. „Wo diese grossen Gewinne geblieben sind, das ist ein offenes Geheimnis: das Geld wurde für das ausschweifende Leben der Herren verschwendet." Zum Schluss der Rede hiess es: „Alle grossen Fabriken, Banken und andere Unternehmen, welche noch nicht Staatseigentum sind, müssen dem Staate übergeben werden. Das werktätige Volk hat diese Werte geschaffen und es ... hat sie zurückzunehmen. *Jeder Arbeiter ... wird jetzt*

Mitbesitzer des Volksvermögens sein. Keine Stunde, keine Minute dürfen wir es mehr gestatten, dass diese riesigen Gewinne in die Taschen einzelner Menschen fliessen, das Volk aber arm bleibt."

In der „Deklaration" selbst hiess es u. a.[2]: „Die Saeima der Republik Lettland ... beschliesst, alle grossen Handels- und Industrieunternehmen und Banken Lettlands zu nationalisieren und die Nationalisierung bekannt zu geben. Vom gegenwärtigen Augenblicke an erklärt die Saeima alle grossen Handels-, Industrie- und Transportunternehmen sowie auch alle Banken mit ihren Werten als Volksvermögen, d. h. als Staatseigentum. Mit diesem grossen geschichtlichen und gesetzgeberischen Akte wird eine neue Seite in der Geschichte des lettländischen Volkes aufgeschlagen, und der Volkswirtschaft ist die Möglichkeit zum mächtigen und raschen Aufblühen des Volkswohlstandes und Glückes gegeben worden ... Die Volkssaeima beauftragt die Regierung unverzüglich, ein Verzeichnis der zu nationalisierenden Unternehmen zusammenzustellen und zu bestätigen."

Schon am Ende des Bestehens des Freistaates Lettland spielten Staatsunternehmen in der Industrie Lettlands eine grosse Rolle. Zwar waren im Jahre 1939 *formell* nur 108 Staatsbetriebe[3] mit 12.400 beschäftigten Personen (was nur etwa 10% von der Gesamtzahl der in der Industrie Beschäftigten — 117.500 — ausmachte) verzeichnet. In der Hauptsache gehörten diese Betriebe der Metallindustrie (mit 7700 Beschäftigten) und der Nahrungsmittelindustrie (mit 2100 Personen) an. *Dem Staate gehörten alle grösseren Metallbearbeitungsfabriken, die grosse Staatliche Elektrotechnische Fabrik, alle Zuckerfabriken usw.* Die grössten Unternehmen der Textilindustrie (Baumwoll- und Wollbearbeitungsfabriken), der Holzindustrie, der Mehlindustrie, die Schokoladenfabriken, die grossen Bierbrauereien, Erdölraffinerie usw. waren zwar formell private Unternehmen (Aktiengesellschaften), aber fast das ganze Aktienkapital befand sich im Besitz des Staates und daher sind auch diese Fabriken und Unternehmen eigentlich *Staatsbetriebe* gewesen. Diese Aktiengesellschaften wurden

von der autoritären Regierung gegründet und spielten in der Industrie Lettlands eine sehr grosse Rolle.

Laut Gesetz vom 25. Juli 1940 wurden 804 „grosse" Industrieunternehmen[4] als nationalisiert erklärt. Darunter fielen[5] 642 Industrieunternehmen (im engeren Sinne dieses Wortes) *mit mindestens 20 Arbeitern* (nach der Erklärung der bolschewistischen Regierung mit insgesamt 57.000 Arbeitern) und 155 Bauunternehmen mit 9300 Arbeitern; der Wert der Bruttoproduktion der nationalisierten Betriebe betrug insgesamt 437 Mill. Lats im Jahr. Die bolschewistiche Presse gab an, dass *die nationalisierten Unternehmen zusammen mit früheren Staats- und Kommunalbetrieben insgesamt etwa 73% oder drei Viertel des Gesamtwertes der Bruttoproduktion der Industrie ausmachen.* Es muss aber bemerkt werden, dass der tatsächliche Umfang der von den Bolschewisten „nationalisierten" Industrie beträchtlich kleiner als soeben geschildert gewesen ist, denn eine ganze Reihe grosser Fabriken, die wohl formell als privat galten, waren schon früher faktisch wirkliche Staatsbetriebe.

Nach der alten „bürgerlichen" Statistik[5a] bestanden im Jahre 1939 in Lettland insgesamt 6067 Industriebetriebe (mit mechanischem Antrieb oder mit mindestens 5 Lohnarbeitern) mit insgesamt 117.500 beschäftigten Personen (davon 97.500 Arbeiter). Die Zahl der Betriebe mit weniger als 20 Arbeitern war 5301; in diesen Betrieben arbeiteten insgesamt 29.000 Personen. Die Zahl der übrigen Betriebe (der „grossen" Industrieunternehmen, nach bolschewistischer Terminologie), die 20 Arbeiter und mehr beschäftigten, war 766, mit insgesamt 88.500 beschäftigten Personen (davon 76.500 Arbeiter). Die von den Bolschewisten als „gross" bezeichneten Betriebe umfassten im Jahre 1939 75% der Gesamtzahl der in der Industrie Beschäftigten.

Am 16. Oktober 1940 wurde das Dekret über Veränderungen und Ergänzungen des Verzeichnisses der nationalisierten Industrieunternehmen unterzeichnet[6]: 10 nationalisierte Betriebe wurden von der Nationalisierung befreit und 156 neue Betriebe nationalisiert, darunter hauptsächlich Getreidemühlen, Brotbäckereien, Wurstfabriken, Spiritusbrennereien und Bierbrauereien.

Später wurden noch viele andere Industriebetriebe nationalisiert und von ganz geringer Grösse; ein Teil wurde sogar geheim, ohne eine Bekanntmachung, nationalisiert. — *Der Nationalisierung verfielen alle Betriebe, die 20 Arbeiter und mehr beschäftigten* (das war also der bolschewistische Begriff des „grossen" Industrieunternehmens!), aber auch viele *kleinere* Betriebe, wie z. B. alle Druckereien*). Bei der Nationalisierung herrschte eine grosse Willkür. Es kamen z. B. Fälle vor, wo feindlich gesinnte Arbeiter oder Angestellte eines kleinen Betriebes, der weniger als 20 Arbeiter beschäftigte, die Besitzer denunzierten und als „Schädlinge" beschuldigten; der Inhaber wurde verhaftet und das Unternehmen nationalisiert.

Die Technik der Nationalisierung war folgende: Der Finanzminister ernannte für jeden nationalisierten Betrieb einen Staatskommissar. Die Verfügungen des bisherigen Besitzers oder des Direktors waren nur mit der Unterschrift des Staatskommissars gültig (auch die bisherigen Direktoren wurden gewechselt). Bei der Übernahme der Fabrik durch eine besondere Kommission mussten das Vermögen, die Kasse und die Geschäftsbücher überprüft werden. *Es musste besonders festgestellt werden, ob nicht „Schädlingswesen" oder „Sabotage" stattgefunden hatten.* Die grösste Sorge der Bolschewisten war es zu verhindern, dass der bisherige Besitzer noch vor Übergabe der Fabrik Geld, Waren oder einen Teil des Inventars mitnahm. *Es durfte kein Lat fehlen,* das „Volk" sollte das ganze Vermögen der „Ausbeuter" und „Parasiten" zurückerhalten. Selbstverständlich bekamen die ehemaligen Besitzer keine Entschädigung und darum ist es ja begreiflich, dass in vie-

*) Die Furcht der Bolschewisten vor dem Druck feindlicher Flugblätter oder anderer „illegaler" konterrevolutionärer Druckschriften, war so gross, dass in den Sowjetbehörden sogar Schreibmaschinen jeden Nachmittag, nach Beendigung der Büroarbeiten, in einen Schrank gesetzt wurden. Dieser Schrank wurde plombiert und erst am nächsten Morgen wurde die Plombe wieder abgenommen. Ausserhalb der Büroarbeit durfte also keiner die Schreibmaschine, um eine eventuelle Verbreitung „konterrevolutionärer" Schriften zu verhindern, antasten.

len Fällen der Versuch gemacht wurde, wenn auch Kleinigkeiten vom ehemaligen Vermögen zu retten. Es kam zu vielen Prozessen, und ehemalige Industrielle wurden mit schweren Strafen belegt. Mit „Schädlingen" konnte man ja nicht scherzen! So z. B. lesen wir in der Presse[7]: „In der Zeit vom 20. bis zum 23. Juli (1940), d. h. in der Zeit, als die Volkssaeima das Dekret über die Nationalisierung annahm, hatte der Inhaber der Kommanditgesellschaft „Bau- und Holzindustrieunternehmen L. Neiburgs und Ko" Ludvigs Neiburgs aus seinem Unternehmen durch Betrug mehr als 50.000 Lats genommen. Neiburgs wurde zur Verantwortung gezogen, aber er bekannte sich nicht als schuldig. Es wurde jedoch bewiesen, dass, obgleich das Gesetz über die Bekämpfung des Schädlingswesens schon in Kraft war, welches eine Investierung der von geschäftlicher Tätigkeit erworbenen Mittel in ein anderes Vermögen verbot, L. Neiburgs die Gelegenheit schurkisch benutzt und, als das Unternehmen noch unter seiner Überwachung stand, den Interessen der sozialistischen Gesellschaft und des Staates einen schweren Schaden zugefügt und die Kriminalnormen übertreten hatte. Der Staatsanwalt des Zentrumbezirks der Stadt Riga hat L. Neiburgs dem Volksgericht übergegeben." Die Industriellen und andere „Bourgeois" hatten sich also plötzlich in Kriminalverbrecher verwandelt!

Es wurden nicht nur Industrieunternehmen, sondern auch Wohnhäuser, Handelsgeschäfte, Kraftwagen und anderes Vermögen, das nicht direkt zu dem nationalisierenden Unternehmen gehörte, nationalisiert. Die ehemaligen Besitzer mussten nach der Nationalisierung auch noch einen grossen Teil ihrer Schulden[8] bezahlen, obgleich die Einkommensquelle weggenommen und die Bankkonten konfisziert oder gesperrt worden waren. Anerkannt wurden nur diejenigen Schulden des nationalisierten Unternehmens, die „im Zusammenhang mit den Bedürfnissen des Unternehmens" entstanden waren. Aber diejenigen, die „im Zusammenhang mit der Befriedigung der Bedürfnisse des ehemaligen Besitzers" entstanden waren, musste der ehemalige Besitzer selbst bezahlen. Die Klassifizierung dieser zwei Schuldenarten hing von

den bolschewistischen Behörden ab und das Ergebnis war, dass viele ehemalige Industrielle ihre Schulden (auch unbezahlte und von den Bolschewisten berechnete neue Steuern) nicht bezahlen konnten, und daher wurden ihre Wohnungseinrichtung, Kleider usw. versteigert. Die Leute wurden auf diese Art und Weise vollständig ruiniert.

2. Das Fallen der Arbeitsdisziplin und der Warenqualität.

Die radikalen politischen Veränderungen in Lettland, die bolschewistische Agitation, die Nationalisierung der Industrie, — alles das rief eine grosse Erregung bei den Arbeitern hervor. Die „Freiheit" war endlich gekommen, die Arbeit wurde nachlässiger, der Hass eines Teiles der Arbeiter gegen die „Unterdrücker" und „Ausbeuter" (Fabrikanten, Ingenieure, Meister) loderte auf und die Ansprüche und Forderungen der Arbeiter wurden immer grösser. Selbst den Bolschewisten war das nicht angenehm. In den Reden des bolschewistischen Finanzministers und des 2. Sekretärs der LKP Spure Ende Juli 1940 hiess es[9]: *„Die Arbeitsdisziplin ist an manchen Stellen gefallen.* Das ist eine beschämende Sache, dass der lettische Arbeiter, der immer in den vordersten Reihen der Revolutionäre gestanden hat, jetzt in seinem Staate die Arbeitsdisziplin nicht mehr beachtet. *Der übermässige Gebrauch von Alkohol* muss bekämpft werden. Unsere nationalisierte Industrie darf nicht schlechter, sondern muss besser als die kapitalistische arbeiten... In der Produktion dürfen nicht Lücken entstehen; *die Arbeitsunterbrechungen und Streiks*) sind Verrat an der Arbeiterklasse.*" — In den Erklärungen, die der Finanzminister und sein Stellvertreter (ein Lette — Kommunist aus der Sowjetunion) der Presse den 29. Juli 1940 gaben, hiess es[10]: „Es ist festgestellt worden, dass in der letzten Zeit in einzelnen Industriezweigen die Arbeitsdisziplin sich

*) Die Streikfreiheit war eine der Forderungen der lettländischen kommunistischen Partei an die Regierung Ende Juni 1940, gleich nach der Okkupation Lettlands!

vermindert hat und die Qualität der Erzeugnisse gefallen ist. *Es sind Fälle vorgekommen, wo 50% und noch mehr der erzeugten Ware als untauglich anerkannt werden musste.* In der Glasindustrie musste man wegen der Nachlässigkeit der Arbeiter sogar den Inhalt eines ganzen Ofens als Bruch hinauswerfen. Hier muss betont werden, dass die Hebung der Disziplin und der Arbeitsqualität eine von den ersten Aufgaben in der Wirtschaft des neuen sozialistischen Staates ist. *In der Industrie muss dieselbe Diszplin wie in der Armee eingeführt werden,* weil die Industrie für die Lebensinteressen des Staates nicht weniger wichtig als die Armee ist ... Die Fabrikarbeiter, die schon eine Lohnerhöhung um 20% erhalten haben, fordern ohne Grund eine Lohnerhöhung um weitere 100%. Solche Forderungen können nicht beachtet werden, denn das könnte unsere ganze Industrie zerstören."

Der Parteisekretär Spure (der während der Bolschewistenherrschaft in den verschiedensten Versammlungen — der Lehrer, der Staatsbeamten, der Eisenbahner, der Fabrikarbeiter, der Ärzte usw. — grosse Reden hielt und die ganze Bevölkerung belehrte) schrieb[11] gleich nach der Nationalisierung der Industrie: „Die Menschen denken nicht an eine bessere Organisierung der Produktion, sondern an das *Hinauswerfen einzelner Personen und gerade der alten Spezialisten aus der Arbeit,* aus dem Produktionsprozess ... *Die Verfolgung der Spezialisten erweitert sich mit jedem Tag* ... Welche sind die gewöhnlichen Beschuldigungen? — Er hat beim ehemaligen Fabrikant gearbeitet und darum muss er jetzt verjagt werden. Das sind die gewöhnlichsten Motive ... Es gibt einzelne Typen, die die schlechtesten Arbeiter sind, welche einmal wegen einer persönlichen Ursache in einen Konflikt mit einem Spezialisten geraten sind; die glauben jetzt die Gelegenheit zum Abrechnen gekommen zu sehen ... Die Arbeitsdisziplin fällt... Der Fabrikleitung wird nicht mehr Folge geleistet, *ein jeder glaubt, dass er so, wie es ihm gefällt, arbeiten* kann."

Etwas später erklärte derselbe Spure auf einer Parteisitzung folgendes[12]: „Die Lage mit den Spe-

zialisten in den Unternehmen ist noch immer anormal, *noch immer wird die Verfolgung der Spezialisten fortgesetzt.* Die Partei darf dieser *Psychose* nicht nachgeben. Die Nationalisierung muss planmässig vor sich gehen, die Nationalisierung darf nicht ein Chaos in der Produktion schaffen." In derselben Sitzung betonte der Finanzminister: „Alte Spezialisten wegen geringer Ursachen aus den Unternehmen zu werfen, darf nicht zugelassen werden, das stört die Produktion."

Noch zwei Wochen später schrieb Spure[13]: „In letzter Zeit ist in den Unternehmen eine ungesunde Erscheinung zu verzeichnen, welche die Produktion stark stören kann... Statt einer sachlichen Kritik zur Beseitigung der Produktionsmängel ist eine *Reibung zwischen den Gewerkschaften, Fabrikkomitees und der Fabrikadministration entstanden. In vielen Stellen ist es sogar nicht möglich zu unterscheiden, wer der wahre Leiter der Fabrik ist.* Dass eine solche Erscheinung ungünstig die Arbeit des ganzen Unternehmens beeinflussen kann, scheint unleugbar... In einigen Fabriken hat man sogar angefangen, Mitglieder des Fabrikkomitees, die den Fabrikdirektoren bei der Erfüllung der Aufgaben helfen, zu verachten und als Verräter der Arbeitersache anzusehen... Es sind Fälle vorgekommen, wo diese Agitatoren noch weiter gehen und zum Streik in den sozialistischen Unternehmen aufhetzen, so z. B. in der „Lenta"*) in Riga".

Mit der Machtergreifung der Bolschewisten war plötzlich ein beständiger Kampf für die Hebung der Arbeitsdisziplin und der Warenqualität nötig. Früher hörte man davon nichts (diese Sachen wurden ohne öffentliche Aufregung und Geschrei geregelt). Und mit allen Reden und Schriften, mit allen Strafen konnten diese in der „kapitalistischen" Ordnung selbstverständlichen Eigenschaften der Industriearbeit nicht erreicht werden. *Die Klagen der Bolschewisten über die schlechte Arbeitsdisziplin und die niedrige Qualität der Industrieerzeugnisse hörten während der Bolschewistenherrschaft überhaupt gar nicht auf (ebenso wie in der*

*) Eine grosse Baumwollspinnerei und Weberei.

ganzen Sowjetunion!). Die Zerstörung der alten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung hatte gleichzeitig die Grundlagen der Industrietätigkeit zerrüttelt. Ebenso wirkte die spätere Veschlechterung des Lebensniveaus der Arbeiter durch die enorme Erhöhung der Warenpreise und die allgemeine brutale und grausame Unterdrückung der ganzen Bevölkerung und der Arbeiter; das förderte die Arbeitsproduktivität nicht und darum musste man über dieses Thema unzählige Aufsätze in den Zeitungen drucken und in allen ihren Reden mussten die Bolschewisten diese Sachen stets hervorheben.

3. Die neue Organisation und Leitung der Industrie.

Die nationalisierte Industrie befand sich hauptsächlich unter der Leitung von vier Volkskommissariaten der Industrie. Ausserdem wurden einige grössere Metallbearbeitungs- und Maschinenbaufabriken direkt von Moskau, von den „allunionistischen" Volkskommissariaten verwaltet. Unter der Aufsicht des Volkskommissariats der Lokalindustrie standen Anfang September 1940 312 Betriebe[14] mit insgesamt 25.000 Arbeitern (Metallindustrie, chemische Industrie, Keramik, Zement-, Ziegel-, Glasindustrie und Baugewerbe). Später wurden (wie schon erwähnt) die grössten Metallfabriken aus der Kompetenz dieser Behörde genommen und direkt Moskau unterstellt. Das Volkskommissariat der Leichtindustrie vereinigte Textil-, Leder-, Schuh- und Gummiindustrie, insgesamt 148 Betriebe mit 22.000 Arbeitern; das Volkskommissariat der Forstindustrie — 98 Betriebe (Sägewerke, Sperrholzfabriken, Möbel- und Papierfabriken) mit 9000 Arbeitern, das Volkskommissariat der Nahrungsmittelindustrie — 87 Betriebe (Zuckerfabriken, Fleisch-, Konserven-, Schokoladenfabriken, Bierbrauereien, Tabakfabriken u. a.) mit 9500 Arbeitern.

Jedes Volkskommissariat wurde vom Volkskommissar (gewöhnlich einem Kommunisten) und etwa zwei seiner Stellvertreter geleitet (diese Stellvertreter

waren grösstenteils aus der Sowjetunion entsandte Letten und Russen). Im Volkskommissariat gab es folgende Hauptabteilungen: 1) der Produktion und der Technik (die aus Ingenieuren bestand); 2) der Pläne und der Ökonomie (die aus „Ökonomisten" bestand, die die „Produktionspläne" ausarbeiteten und ihre Durchführung kontrollierten); 3) der Buchhaltung und der Finanzen (die die Buchhaltung in den einzelnen Trusts und Betrieben beaufsichtigte und die Finanzierung der Industrie regelte); 4) der „Kader" (deren Aufgabe die Auslese und Beaufsichtigung des ganzen Personals des Volkskommissariats und der ihm unterstellten Trusts und Betriebe war). Die Volkskommissariate regulierten und leiteten die Industriebetriebe nicht direkt, sondern durch die Trusts. So hiessen die Behörden, die jede einen besonderen Zweig der Industrie verwalteten. So z. B. waren dem Volkskommissariat der Leichtindustrie folgende Trusts unterstellt: 1) Trust der Baumwollindustrie, 2) Trust der Wollindustrie und der fertigen Kleider, 3) Trust der Schuh-, Leder- und Gummiindustrie, usw. Es ist noch zu bemerken, dass einige nationalisierte Industriebetriebe später vereinigt wurden, so dass die Gesamtzahl der Betriebe sich faktisch verringerte. Jedes Volkskommissariat der Industrie hatte einen besonderen „Trust der Versorgung und des Absatzes", dessen Aufgabe es war, die Industriebetriebe seiner Branche mit allen Rohstoffen, Materialien und Maschinen zu versorgen und andererseits die Erzeugnisse der Industrie zu verkaufen.

Am Anfang wurden zu Direktoren der nationalisierten Industriebetriebe die alten Spezialisten (Ingenieure u. a.) und einige ehemalige Besitzer ernannt. Aber *das Ideal der Bolschewisten war Direktoren aus der Arbeiterschaft.* Später wurden auch viele Arbeiter zu Direktoren ernannt. So z. B. berichtete[15] der Volkskommissar der Leichtindustrie auf der Konferenz der leitenden Angestellten dieser Behörde und der Betriebsleiter der Leichtindustrie am 21. April 1941 in Riga, dass in den 158 Betrieben der Leichtindustrie 46 ehemalige Arbeiter zu Direktoren ernannt worden sind und dass 33 Direktoren Mitglieder der Partei seien. Die

Methoden der bolschewistischen Propaganda, das Betrügen des Volkes (17—21).

17. Die „Rote Ecke" der Gemeinde Schlockenbeck (Milzkalne).

18. „Pioniere" der 40. Grundschule in Riga arbeiten bei der „Wandzeitung" zum Tage der Roten Armee.

19. Einer von den vielen bolschewistischen Umzügen in Riga. In den ersten Reihen werden die kommunistischen „Heiligenbilder" getragen.

Zusammensetzung der Betriebsdirektoren nach der Bildung charakterisierte der Volkskommissar wie folgt: 5 Direktoren (4%) besassen eine Hochschulbildung, 10 Direktoren (9%) eine mittlere technische Bildung, 72 Direktoren (64%) — nur eine Grundschulbildung. *Zwei Drittel der Direktoren hatten die niedrigste Bildung,* „was uns vor die dringende Aufgabe stellt, für die Hebung ihrer Qualifikation zu sorgen", bemerkte der Volkskommissar. — Auf der Konferenz der Betriebsleiter des Volkskommissariats der Nahrungsmittelindustrie im Mai 1941 wurde berichtet[16], dass in den 85 Industriebetrieben dieses Zweiges 40 ehemalige Arbeiter zu Direktoren ernannt worden sind; 7 Direktoren seien Parteimitglieder. Die Biographien einiger Direktoren zeigen, dass z. B. einer von ihnen, der zum Direktor einer Tabakfabrik ernannt worden war, früher der Vorstand eines Lagers gewesen ist; ein anderer, Direktor der 2. Brotfabrik in Riga, war früher in derselben Fabrik Bäcker; ein weiterer, Direktor einer Mühle in Libau, war früher in derselben Mühle Müller. — Nach einem Bericht des Volkskommissars der Lokalindustrie vom Ende Dezember 1940 waren von den 126 Betriebsdirektoren dieses Volkskommissariats: 42 ehemalige Arbeiter, 38 Ingenieure und Techniker, 10 ehemalige Meister und 36 ehemalige Besitzer. 14 Direktoren waren Mitglieder der Partei und 5 — Kandidaten. Im Berichte war auch notiert, dass von den 126 Betriebsdirektoren 7 ehemalige Mitglieder des Schutzkorps seien.

Die Nationalisierung der Industrie, die Vertreibung der Besitzer und der alten Spezialisten, das Fehlen des tieferen Interesses für das Wohlergehen des Betriebes bei der neuen Betriebsleitung, senkte die Arbeitsergebnisse der Industrie. Die realen Gehälter der Direktoren in der Bolschewistenzeit waren (wie schon im Kapitel VIII erwähnt) sehr niedrig, der Direktor eines grossen Betriebes verdiente nur etwa soviel, wie früher ein niedriger oder mittlerer Staatsbeamter, nur etwa ein Viertel oder ein Fünftel (in vielen Fällen noch weniger) seines früheren realen Gehaltes. So z. B. in einer grossen Textilfabrik in Riga, die 1000 Arbeiter beschäftigte, bekamen früher zwei Direktoren Ls 3500 und Ls 1500

pro Monat; gleich nach der Nationalisierung wurde das Gehalt dieser Betriebsleiter mit Ls 700 und Ls 300 festgesetzt[17]. Später, Ende November 1940, nach der enormen Preiserhöhung, wurden die realen Gehälter der Betriebsleiter in Lettland noch kleiner (auch Ingenieure, Techniker und Meister bekamen sehr niedrige Gehälter). Das förderte die Arbeitsproduktivität dieser Leute nicht. Freilich waren für einen Teil der neuen Direktoren, die früher Arbeiter gewesen waren, auch die niedrigen bolschewistischen Gehälter gut. Aber die Besetzung vieler Posten von Betriebsleitern mit ungebildeten Leuten, mit schwachen oder gar keinen Kenntnissen für eine Betriebsleitung, war für die Produktion und die Ordnung in den Fabriken nicht günstig. Bei den Arbeitern waren die neuen Direktoren - Arbeiter manchmal populär: diese Betriebsleiter besuchten die Werkstätten, schwatzten kameradschaftlich mit den Arbeitern oder Arbeiterinnen, im Kabinett des Direktors wurde manchmal brüderlich mit Arbeitern zusammengetrunken, diese Direktoren waren für die Arbeiter „zugänglich". Früher war das grösstenteils allerdings nicht der Fall.

4. Auslese der bolschewistischen „Kader".

Im Zusammenhang mit der Frage der Besetzung der Posten der Betriebsleiter muss etwas näher das bolschewistische Prinzip der Bildung der „Kader", d. h. des Personals der Behörden und Betriebe, erörtert werden. Der unerlässliche Bestandteil jedes Volkskommissariats, jedes „Trusts", jeder bolschewistischen Behörde, sogar jedes grösseren Betriebes (Fabrik, Handelsgeschäft u. a.) war die „Kaderabteilung". Die Leiter dieser Abteilungen waren treue Kommunisten, zum Teil Russen aus der Sowjetunion, die die wichtige Aufgabe hatten, die „Kader" so zu gestalten, dass die „schädlichen" Elemente nicht in den Sowjetapparat eindringen konnten. Besonders verhasst waren den Bolschewisten die ehemaligen Mitglieder der Schutzwehr (darunter auch Frauen), die ehemaligen Mitglieder der Studentenkorporationen und

der ehemaligen grössten nationalen, bürgerlichen Partei — des „lettischen Bauernbundes". Diese Leute (und ihre Zahl war gross) wurden überall aus den Behörden und Betrieben herausgelesen und entlassen. Zum grössten Teil konnten diese Menschen nirgends eine entsprechende Beschäftigung finden; sie mussten sich häufig als Arbeiter irgendeine physische Arbeit verschaffen (die „dunkle" Vergangenheit der Arbeiter wurde von den Bolschewisten nicht so eifrig erforscht, hier waren die Forderungen des „unbefleckten" Lebenslaufs nicht so streng). Auch die ehemaligen Angestellten der Polizei und der Gefängnisse wurden stark verfolgt; für diese Leute war sogar schwer eine physische Arbeit zu finden. Dasselbe galt für die ehemaligen Offiziere der lettischen Armee, die vor 20 Jahren an irgendeiner Front gegen die Bolschewisten gekämpft hatten. Besonders verdächtig waren für die Bolschewisten auch die Bürger deutscher Nationalität und solche, welche das Ausland bereist oder im Auslande Verwandte hatten.

Zur Erfassung der Vergangenheit und der Loyalität der Angestellten mussten alle Angestellten einen Fragebogen ausfüllen und auf verschiedene Fragen Antwort geben. In einem solchen Fragebogen, der in einigen Volkskommissariaten eingeführt worden war, waren 61 Fragen zu beantworten. Dieser Fragebogen musste in zwei Exemplaren ausgefüllt und der Kaderabteilung eingereicht werden; auch jeder Stellensucher musste diesen Fragebogen ausfüllen. Unter anderem enthielt der Fragebogen folgende Fragen: *soziale Herkunft;* soziale Lage der Eltern und ihre Beschäftigung (die Antwort auf diese Frage zeigte, ob der Angestellte Sohn oder Tochter eines Landwirts, eines Händlers, Beamten oder Arbeiters war); Kommunisten hatten besondere Fragen zu beantworten (wie lange sie Mitglieder der kommunistischen Partei oder des kommunistischen Jugendverbandes gewesen sind, Nummer der Partei- oder Kandidatenkarte, ob sie aus der Partei ausgeschlossen sind und welcher Ursachen wegen, ob sie an den Oppositionen der Partei teilgenommen haben, usw.); ob man Mitglied politischer Parteien gewesen ist, in welcher und welche Ämter man bekleidet hat;

ob und in welchen Organisationen man Mitglied gewesen ist, wann und welche Ämter man bekleidet hat, ob man Mitglied der Schutzwehr und im Polizeidienst gewesen ist; ob man an der revolutionären Bewegung teilgenommen hat; ob man in den „weissen Armeen" (d. h. in den Armeen der „konterrevolutionären" Generale Denikin, Koltschak, Wrangel u. a.) gedient hat und in welchen Ämtern; *ob man (oder Verwandte) irgendwelches Vermögen (Immobilien) besitzen oder besessen haben* (wenn ja, dann — welches, wo, und ihr ungefährer Wert; wenn liquidiert, dann wann und warum); ob man (oder Verwandte) in Unternehmen und mit welcher Summe Anteil genommen hat; *ob man im Auslande gewesen ist, wann, wo, wie lange,* in welcher Absicht, mit welchen Mitteln; *ob man Verwandte im Auslande hat,* wo und wann die Verwandten dorthin gereist sind, was für eine Beschäftigung sie im Auslande haben; *ob man Bekannte zwischen den Angestellten der ausländischen diplomatischen Vertretungen (in Lettland) hat,* welche und seit wann. Man musste auch alle bisherigen Beschäftigungen und Arbeitsstellen angeben, die Bildung usw.

Aus diesen Angaben konnten die Bolschewisten dann schliessen, welche der Angestellten als verdächtig anzusehen, welche zu entlassen, welche zu degradieren oder zu erhöhen sind. Wer nicht der Sohn oder die Tochter eines Arbeiters oder niedrigen Angestellten war (wer also keine „proletarische" Herkunft hatte), wer Vermögen oder ein Unternehmen hatte oder gehabt hatte (wenn sein Vermögen von den Bolschewisten „nationalisiert" worden war), wer im Schutzkorps oder in den bürgerlichen politischen Parteien Mitglied gewesen war, oder in der Polizei gedient hatte, wer fremde Sprache verstand, im Auslande herumgereist war (also das Leben im Auslande mit dem Leben im Sowjetstaate vergleichen konnte!) oder Verwandte dort hatte und wer gegen die Bolschewisten vor 20 Jahren gekämpft hatte — dem misstrauten die Bolschewisten, der musste entlassen, degradiert, beaufsichtigt oder sogar verfolgt, verhaftet und ermordet werden.

Die bolschewistischen Führer klagten immer wie-

der über die schlechte Zusammensetzung der Kader. So z. B. betonte der I. Sekretär der Partei Kalnbērziņš auf dem IX. Kongress der LKP im Dezember 1940 folgendes[18]: „Die Hauptmängel in der Industrie sind die, dass in unseren Volkskommissariaten der Industrie, in unseren Industrietrusts und besonders in unseren nationalisierten Unternehmen an mehreren Stellen und in leitenden Ämtern der Sowjetmacht fremde, ja sogar feindlich gesinnte Leute sich befinden. Unsere Volkskommissariate müssen unverzüglich zur... *Vorbereitung der Kader aus der Mitte der Arbeiter* schreiten, um so allmählich an alle leitenden Posten der Industrie der Sowjetmacht gutgesinnte, selbstverleugnende Leute zu setzen." — Der Vorsitzende des Volkskommissarenrates V. Lācis sagte in seiner Rede auf demselben Kongress[19]: „Mit dem alten bürokratischen Apparat kann die Sowjetmacht nicht arbeiten. Die alten Ministerien, die alten Direktoren, die alten Kanzleien mit ihren alten Arbeitsmethoden taugen nichts... *Eine der ersten Aufgaben der neuen Sowjetgewalt muss die Vernichtung des alten Staatsapparates sein.* Es muss betont werden, dass dieses nicht überall mit bolschewistischer Energie durchgeführt wird. Wenn man in den wichtigsten Volkskommissariaten... *Kommunisten an den Fingern einer Hand zusammenzählen*) kann,* und in allen Hauptabteilungen und Verwaltungen der alte Beamtenbestand, welcher ... im neuen Geiste zu arbeiten nicht versteht, sitzt, dann ist hier das Kaderproblem nicht richtig aufgefasst worden... In den Apparat müssen... *Arbeiter direkt aus der Produktion, aus den Fabriken* gesetzt werden. Nur so werden wir unseren Apparat zu bolschewistischer Höhe erheben können..." — Die Angestellten der Sowjetbehörden und Betriebe waren über diese Reden der Bolschewistenführer nicht erfreut, sie mussten für ihre

---

*) In dem schon erwähnten Berichte des Volkskommissariats der Lokalindustrie (vom Dezember 1940) ist erwähnt, dass von den 75 Angestellten des Volkskommissariats 5 Mitglieder der Partei und 2 Kandidaten des kommunistischen Jugendverbandes sind (4 seien ausserdem ehemalige Mitglieder der Schutzwehr!).

Stellen (auch für ihre Freiheit, ja sogar das Leben) bangen.

Um die „Kader" nach bolschewistischem Geschmack zu bilden und zusammenzusetzen, wurde die Jugend in den Schulen und ausserhalb der Schulen kommunistisch erzogen, der Jugend wurde der Hass gegen die frühere Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung eingeimpft, und die „genialen" Lehren von Marx-Engels-Lenin-Stalin gelehrt. Auch die Angestellten und die Arbeiter in den Behörden und Unternehmen mussten obligatorisch (es hiess, wie immer und überall bei den Bolschewisten, „freiwillig"!) monatelang, etwa zweimal in der Woche, „politische Seminare" besuchen, die in jeder Behörde oder jedem Betriebe veranstaltet wurden. Die Leiter dieser „Seminare" waren höhere Sowjetangestellte, Kommunisten, grösstenteils Letten, Russen und Juden aus der Sowjetunion (welche ja das bolschewistische Alphabet auswendig kannten!), manchmal auch russische Offiziere der roten Armee. Diese „Seminare" bestanden gewöhnlich aus Erklärungen der „Stalinschen Verfassung", der „kurzen" Geschichte der kommunistischen Partei und ähnlichem Material. Wer diese stumpfsinnigen Erläuterungen nicht hören und lernen (es mussten auch entsprechende „Lehrbücher" studiert werden und die Kenntnisse der Kursisten wurden öffentlich geprüft!) wollte, der riskierte mindestens mit seiner Stelle und höchstwahrscheinlich auch mit seiner Freiheit. Dem Verfasser sind persönlich Fälle bekannt, wo das Nichtbesuchen der „Seminare" ein schwerwiegendes Misstrauen der „Kaderabteilung" gegen die Schuldigen erregte.

Für die Vorbereitung der neuen „Kader" wurden verschiedene *kurzfristige Kurse* veranstaltet. So wurden z. B. *in nur einem Monat* Hunderte von neuen Lehrern vorbereitet (früher mussten Lehrer mehrere Jahre lang in Lehrerseminaren lernen). Früher wurden nur diejenigen, die mindestens die 6-jährige Grundschule und die 5-jährige Mittelschule (Gymnasium) absolviert hatten (also insgesamt wenigstens 11 Jahre die Schule besucht hatten), in die Kriegsschule (zur Offiziersvorbereitung) zugelassen; die Bolschewisten forderten nur

die Absolvierung von 4 Grundschulklassen (statt 11 Klassen!). In einem oder in ein paar Monaten wurden in Kursen die neuen „Spezialisten" für Sowjetgerichte und Staatsanwaltschaft vorbereitet. *Ganz ungebildete Leute mit Grundschulbildung oder sogar mit noch geringerer Bildung wurden in einigen Monaten zu Studenten von Hochschulen ausgebildet* (früher musste vorher die Grund- und Mittelschule absolviert werden, also etwa 11 Jahre*) gelernt werden). Unter dem Titel „Es wächst die neue Sowjetintelligenz" wurde folgendes berichtet[20]: *„Um in 6 Monaten neue Studenten für die Universität vorzubereiten,* wurde am 1. Februar mit einem Vorbereitungskurse bei der Lettländischen Staatsuniversität begonnen. Fast 75% der Kursisten kommen aus Arbeiterfamilien und Familien armer Bauern, die Übrigen aus Familien der Arbeitsintelligenz und der Handwerker... *Besonders gute Erfolge weisen die Kursisten im Studium des Marxismus-Leninismus auf.* In den übrigen Gegenständen sind die Erfolge jedoch *schwächer.* Das ist natürlich, weil so ein bunter Bestand mit ungleichen Vorkenntnissen nicht auf einmal gute Resultate geben kann... Genosse Mūrnieks ist früher Tischler in Windau gewesen und hat nur die Grundschule absolviert... Beim alten Regime würde sich ihm der Weg zu einem anderen Leben wahrscheinlich niemals eröffnet haben... Genosse Mūrnieks will in der Kunstakademie studieren... (Ein anderer Kursist) will die Ingenieurwissenschaften studieren... Im Herbst werden diese neuen Studenten allen Fakultäten frische Kräfte geben. *Das wird das neue proletarische Blut sein, welches mit seiner ... Energie eine neue Richtung dem Universitätsleben geben wird."* — Es wurden auch besondere *Parteischulen* und Parteikurse eingerichtet. „Dort werden Arbeitsleute systematisch die Lehren des Kommunismus studieren, um sich für die Arbeit des sozialistischen Aufbaus vorzubereiten." So wurde der Zweck dieser „Lehranstalten" erklärt[21]. In der Parteiabendschule wurde drei Abende

*) Und trotzdem wurde von der Universitätsleitung geklagt, dass die Kenntnisse der Mittelschulabsolventen für die Universität oft ungenügend seien!

in der Woche unterrichtet. Während eines Jahres waren vorgesehen worden: 150 Stunden für das Studium der Geschichte der allunionistischen kommunistischen Partei, 105 Stunden für das Studium der Geschichte der Völker der Sowjetunion und eine ebenso grosse Stundenzahl für die russische Sprache, die Stalinsche Verfassung, das Parteiprogramm und die Parteistatuten.

Die Praxis der Bildung der neuen Kader war die, dass man in Behörden und Betrieben häufig *junge Leute*, die zwar keine Kommunisten, aber doch mit einer politisch und sozial „unbefleckten" Vergangenheit waren, aus kleinen Posten plötzlich zu bedeutenden und grossen Ämtern erhob, zu Ämtern, die diese Leute bei der früheren Staatsordnung nie zu bekommen auch nur hoffen konnten. Dasselbe wurde häufig mit *Frauen* gemacht, auch sie bekamen statt ihrer früherer kleinen Stelle verschiedene ziemlich bedeutende Posten. Selbstverständlich, waren die meisten dieser Leute den Bolschewisten für ihre schnelle Karriere dankbar, und die Bolschewisten behielten die Hoffnung, diese Leute mit der Zeit noch bolschewistisch zu „erziehen". Mit den älteren Beamten und Spezialisten war das nicht mehr gut möglich.

Um den Staatsapparat und die Leitung der Unternehmen bolschewistisch zu gestalten, wurden derartige Mittel von den Bolschewisten in Lettland gern und häufig angewendet. Die Bolschewistenpartei in Lettland war früher klein und bedeutungslos, wie das die Kommunisten selbst bekannten. So z. B. sagte der Stellvertreter des Vorsitzenden des Volkskommissarenrates und gleichzeitig der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission F. Deglavs auf dem IX. Parteikongress der lettländischen kommunistischen Partei folgendes[22]: „Nach dem Sturze der plutokratischen Clique... *war unsere Partei schwach und es fiel ihr sehr schwer, die riesigen Aufgaben zu erledigen, die sie als herrschende Partei bewältigen musste*". Aber mit Hilfe der grossen sowjetrussischen Okkupationsarmee und der „Tscheka" konnte dieses Häuflein grösstenteils stumpfsinniger

und minderwertiger, zum Teil fanatischer, früher häufig im Solde Moskaus stehender und für Geld arbeitender Leute Lettland nach dem Willen Moskaus gestalten.

5. Grundlagen der Industrieentwicklung vor dem Weltkriege 1914—1918.

Die Industrie ist der Liebling der Bolschewisten. Dieses wird verständlich, wenn man an die Worte Lenins und Stalins, dass *Fabriken — „Festungen der Arbeiterklasse"* und der Sowjetherrschaft sind, denkt. Im Gegensatz hierzu ist die Landwirtschaft das Stiefkind des bolschewistischen Staates, weil die Bauern, auch nach ihrer „Kollektivierung" und grausamen Unterdrückung, noch immer nicht zuverlässig geworden, sondern verdächtig geblieben sind. — Die Bolschewisten beklagten oft das Schicksal der lettländischen Grossindustrie und schimpften auf die früheren bürgerlichen Regierungen, die, um der Arbeiterklasse zu schädigen und sie in Lettland zu schwächen, die Industrie absichtlich „zerstört" hätten. Es existierten im Freistaate Lettland tatsächlich mehrere grosse Fabriken, die vor dem Weltkriege 1914 in Riga tätig gewesen waren, nicht mehr. Die grösste Fabrik in Riga im Jahre 1913 war die Gummifabrik der Aktiengesellschaft „Prowodnik" mit ca. 14.000 Arbeitern[28]; in der „Russisch-Baltischen Waggonfabrik" in Riga waren damals ca. 4000 Arbeiter, in der Waggonfabrik „Phönix" (auch in Riga) — ca. 3300 Arbeiter beschäftigt. Es waren damals auch noch mehrere andere grosse Fabriken, die nach dem Weltkriege ganz still gelegt wurden oder nur in einem ziemlich geringen Umfange weiter arbeiteten. Diese grossen Fabriken hatten in Lettland ihre wirtschaftliche Grundlage verloren, denn die früheren Wirtschaftsbeziehungen mit Russland waren fast gleich Null. Aber (wie schon im Kapitel III erwähnt) wurden im Freistaate Lettland andere Industriezweige erweitert und statt der grossen Fabriken viele kleinere Unternehmen gegründet. *Im grossen ganzen war die Industrie Lettlands am Vorabend des Weltkrieges 1939 etwa auf derselben Höhe wie im Jahre 1913/14* (der Anzahl der be-

schäftigten Arbeiter nach). Um die volle Bedeutung dieser Tatsache zu verstehen, muss folgendes im Auge behalten werden.

Im Jahre 1939 wohnten in Lettland nur 2 Millionen Menschen, 1914 waren es ca. 2,5 Mill. Schon darum allein musste die vor dem Weltkriege so umfangreiche Industrie im Freistaate Lettland eingeschränkt werden. Wären auch die Möglichkeiten der Industrieentwicklung wie vor dem Weltkriege geblieben, Lettland hätte die für die Industrie nötigen Fabrikarbeiter nicht mehr. Es wurde hier schon früher darauf hingewiesen, dass die Arbeitskraftreserven in Lettland in den letzten Jahren vor dem gegenwärtigen Kriege erschöpft waren. *Die Industrie war zwar stark erweitert worden, aber es fehlten Arbeiter in der Landwirtschaft;* jährlich mussten fast 50.000 Landarbeiter aus dem Auslande eingeführt werden. Die relativ hohe Industrialisierung Lettlands vor dem gegenwärtigen Kriege war also zum Teil auf Kosten der Landwirtschaft erreicht worden.

Aber auch vor dem Weltkriege 1914 war die grosse Industrie, wie sie damals in Riga und Lettland bestand, für die einheimische Bevölkerung Lettlands gar nicht nötig. Diese Industrie fusste nicht nur auf der einheimischen in Lettland schon Jahrzehnte wohnenden Bevölkerung, sondern im beträchtlichen Masse auf Arbeitern *anderer Teile* des damaligen russischen Reiches. Das ist aus der Zusammensetzung der Bevölkerung Rigas nach Nationalitäten ersichtlich[27]:

Bestand der Bevölkerung in Riga (in 1000):

	1913*)	1930
Letten	210	228
Deutsche	69	44
Russen	91	34
Polen	47	17
Litauer	35	7
Juden	33	42
Insgesamt	498	378

*) Für das Jahr 1913 ist nur die Zivilbevölkerung angegeben worden, das Militär ist nicht miteingeschlossen.

Während im Jahre 1913 in Riga insgesamt 173.000 Russen, Polen und Litauer wohnten, betrug ihre Anzahl im Jahre 1930 nur 58.000, um 115.000 weniger; es war nur ein Drittel der Vorkriegszahl geblieben. Der grösste Teil dieser Russen, Polen und Litauer, welche in so grosser Anzahl vor dem Weltkriege in der Rigaer Industrie arbeiteten, grösstenteils als Arbeiter, waren nicht einheimische, sondern in Lettland in den letzten Vorkriegsjahren *eingewanderte* Leute, die der Aufschwung der Rigaer Industrie herangelockt hatte. Es waren also Auswanderer aus Russland, Polen und Litauen. Als die Industrie in Riga in den Kriegsjahren und noch etwas später fast stillgelegt worden war, zogen diese Russen, Polen und Litauer mit ihren Familien wieder nach ihrer Heimat zurück. Für die ständigen Einwohner Lettlands, die einheimische Bevölkerung, war die grosse Vorkriegsindustrie nicht nötig, und diese Industrie musste die ihr so nötigen Arbeiter ausserhalb Lettlands suchen.

6. Bolschewistische Industrialisierungspläne.

Die Bolschewisten betonten in ihren Reden und Schriften, dass es ihre Absicht und ihr Plan sei — die Republik Lettland aus einem „zurückgebliebenen" Agrarland in einen Industriestaat zu verwandeln. So z. B. erklärte der Sekretär des Zentralkomitees der Partei Spure am 3. September 1940 in einer seiner Reden folgendes[25]: „Die ehemalige Fabrik „Phönix" (jetzt „Vairogs") wird bald wieder 6000 Arbeiter beschäftigen. Laut dem Plane wird „Vairogs" im nächsten Jahre schon 6000 Waggons herauslassen können. Die Arbeiterzahl der „VEF"*) wird dreimal grösser werden. Überhaupt wird die Arbeiterzahl im nächsten Jahre 200.000**) erreichen."

*) „Staatliche Elektrotechnische Fabrik", wo vor den Bolschewisten etwa 2000 Arbeiter beschäftigt waren. In „Vairogs" (vor dem Weltkriege 1914 „Phönix" genannt) waren 1938 ca 800 Arbeiter beschäftigt.

**) Die Arbeiterzahl der Industrie betrug im Jahre 1939 ca 100.000.

Der von der Sowjetregierung und dem Zentralkomitee der Partei am 10. Februar 1941 bestätigte Volkswirtschaftsplan[26] für das Jahr 1941 (eine gedruckte Broschüre von 94 Seiten) enthält den Plan der Entwicklung der Industrie, der Landwirtschaft, der Kommunalwirtschaft, des Handels usw. Die grösste Aufmerksamkeit ist der Industrie gewidmet. Der „Volkswirtschaftsplan" (Beschluss der Regierung und Partei) fängt mit folgenden Worten an: „Die Grundaufgaben des Volkswirtschaftsplanes der Lettländischen SSR für das Jahr 1941 sind folgende: *Mit allen Kräften muss die sozialistische Industrie der Lettländischen SSR entwickelt werden.* Man muss die Maschinenbau- und Metallbearbeitungsindustrie (Waggonbau, elektrotechnische Industrie, Wasserturbinenproduktion, Industrie der landwirtschaftlichen Maschinen u. a. Industriezweige) rekonstruieren ... es muss die Produktion des örtlichen Heizmaterials, der Baumaterialien und der Massenverbrauchswaren entwickelt werden, ebenso muss die ganze vorhandene Produktionskapazität ausgenutzt werden. — Im Zusammenhang mit dem Erwähnten, beschliesst das Zentralkomitee der Lettländischen Kommunistischen Partei und der Volkskommissarenrat der Lettländischen SSR ..., usw." — Es folgt als I. Abschnitt der Produktionsplan für die Industrie. Es werden folgende Mengen der Produktion der wichtigsten Industrieerzeugnisse für das Jahr 1941 bestätigt: elektrischer Strom — 250 Millionen Kilowattstunden, Portlandzement — 150.000 t, Ziegel — 150 Mill. Stück usw.

Die Bolschewisten prahlten, dass der Aufschwung der Produktion in der Industrie im Jahre 1941 „unerhört" gross sein werde. „Der gesamte Zuwachs der Produktion im Jahre 1941 um 37% (im Vergleich mit 1940) — ein in der ganzen Geschichte Lettlands nie dagewesener Zuwachs"[27]. „Schon im laufenden Jahre (d. h. 1941) muss die Produktion mehr gesteigert werden, als das im bürgerlichen Lettland während seines ganzen Bestehens möglich war."[28] Die Produktionssteigerung wurde als Folge des Anschlusses Lettlands an die Sowjetunion bezeichnet. — Aber in Wirklichkeit war

die für das Jahr 1941 vorgesehene Produktion der Industrie, obgleich wohl etwas höher als im Jahre 1940 (das erste Halbjahr dieses Jahres stand unter dem ungünstigen Einfluss des begonnenen Weltkrieges, im zweiten Halbjahr litt die Industrie unter der Bolschewisierung, der Nationalisierung und dem Sinken der Arbeitsproduktivität und Arbeitsdisziplin), aber *nicht höher als im letzten normalen Vorkriegsjahr (1938).* Viele Industrieerzeugnisse waren im bolschewistischen Plane dem Quantum nach etwa ebensogross wie im Jahre 1938 oder 1939 vorgesehen; für einige waren grössere, für andere wichtige Erzeugnisse beträchtlich kleinere Produktionsmengen gedacht. So z. B. war die Produktion des Schnittholzes (Bretter u. a.) für das Jahr 1941 mit 600.000 m³ vorgesehen, statt 1.182.000 m³ im Jahre 1937 und 817.000 m³ im Jahre 1938. Die Produktion von Butter war für 1941 mit 20.000 t geplant, statt 29.700 t tatsächlicher Produktion im Jahre 1938.

Die bolschewistische Statistik der Industrieproduktion war anders gestaltet als im Freistaate Lettland, und darum kann man keinen genauen Vergleich ziehen, besonders, was den Wert der Bruttoproduktion betrifft (die Warenpreise waren vollkommen verändert worden). Die bolschewistische Statistik[29] gibt an, dass im April 1941 in den nationalisierten Industriebetrieben (die den Volkskommissariaten und ihren Trusts unterstellt waren) 111.579 Personen beschäftigt gewesen sein sollen. Nationalisiert waren alle Betriebe mit 20 und mehr Arbeitern und auch viele kleinere Betriebe. Betriebe mit 20 und mehr Arbeitern beschäftigten im Jahre 1938 und 1939 ca. 90.000 Personen[30]. Die kleinen Privatbetriebe waren jedoch in der Bolschewistenzeit sehr unterdrückt, weil sie keine oder stellenweise fast keine Rohstoffe bekamen und dann nur unter grossen Schwierigkeiten bekommen konnten, und weil sie mit verschiedenen anderen grossen Hindernissen zu ringen hatten. Privatunternehmer, sogar die kleinsten, waren ja nach bolschewistischer Ansicht „Ausbeuter", Verbrecher. Das Resultat war, dass die Tätigkeit der kleinen privaten Unternehmen stark zusammenschrumpfte. Und daraus kann man nun schliessen, dass die Gesamt-

zahl der in der Industrie Beschäftigten in der Bolschewistenzeit, im Vergleich mit der Vorkriegslage (1938—1939) keine grossen Veränderungen erfahren haben konnte. Grösser ist der Unterschied, wenn man das Jahr 1941 mit dem Jahr 1940 vergleicht; im Jahre 1940 war die Produktion in der Industrie unter dem Einfluss des Krieges kleiner als 1938 und 1939. Über den Wert der Produktion im Jahre 1941, im Vergleich mit der „bürgerlichen" Zeit, kann man nichts genaues sagen, weil die Warenpreise im Jahre 1941 ganz andere waren, und die Bolschewisten nur ein halbes Jahr in Lettland wirtschaften konnten. Obgleich die Bolschewisten die Arbeitsproduktivität in den Fabriken mit verschiedenen neuen Methoden zu erhalten und zu heben versuchten, erreichten doch die Bolschewisten auch hier nur Misserfolge.

Der Stellvertreter des Volkskommissars der Leichtindustrie beklagte sich und rügte Ende Januar 1941 die Betriebsleiter wegen des *Sinkens der Arbeitsproduktivität* in der Textilindustrie. Er führte in seiner Rede folgende Daten an[32]:

Monatliche Produktion eines Arbeiters im Jahre 1940.

	Okt.	Nov.	Dez.
Baumwollgarn, kg . . .	300	246	234
Baumwollgewebe, Meter . .	810	657	662
Leingarn, kg	155	120	118
Seidengewebe, Meter . . .	247	204	208

Der Redner betonte, dass die Industrie schlecht arbeite und behauptete, dass in der Textilindustrie zu viel neue ungelernte Arbeiter angenommen seien: „Ich behaupte, dass wir in vielen unserer Betriebe eine *übermässig grosse* Arbeitskraft besitzen, und dass unsere Arbeiter nicht vollkommen beschäftigt werden... Solche Verhältnisse können nicht zugelassen werden . . ., es müssen alle Kräfte herangezogen werden . . . um die Produktion pro Arbeiter von Monat zu Monat zu steigern, nicht aber sinken zu lassen."

Es ist sehr möglich, dass die Bolschewisten, wenn es nicht zum Kriege der Sowjetunion mit Deutschland

und seinen Verbündeten gekommen wäre, in den nächsten Jahren die Industrie in Lettland beträchtlich erweitert hätten. Aber *Lettland und die lettländische Bevölkerung brauchten einen solchen Industrieaufschwung nicht.* Die übermässige Industrieentwicklung in Lettland war nur für die Bolschewisten, also für die Sowjetunion nötig. Das konnte nur mit dem Zustrom von Arbeitern verschiedener anderer Nationalitäten (nicht Letten) aus der Sowjetunion erreicht werden. Lettlands Interessen hatten damit nichts zu tun. — Die Bolschewisten, indem sie den Befehlen Moskaus Folge leisteten, versprachen, Lettland aus einem „zurückgebliebenen" Agrarland in ein Industrieland zu verwandeln. Es muss dazu noch bemerkt werden, dass (nach amtlichen Daten geurteilt) in Lettland eine verhältnismässig mehr entwickelte Industrie bestand, als in der Sowjetunion: in Lettland lebten auf dem Lande 63,5%, in der Sowjetunion 67,2% der Bevölkerung.

Der bolschewistische Produktionsplan der Industrie für das Jahr 1941 wurde im ersten Vierteljahr ungleich erfüllt. Einige Erzeugnisse wurden (nach den amtlichen Berichten[31]) in grösserem Umfange als im Plane vorgesehen, erzeugt, z. B. Baumwollgewebe, Gummischuhe, bei anderen Waren jedoch wurde der Plan nicht erfüllt, so z. B. wurde im I. Vierteljahr nur 15% der im Plane vorgesehenen Rundfunkempfängerzahl fertiggestellt (es haben da verschiedene Materialien und Bestandteile gefehlt), Sägematerialien wurden nur im Umfange von 83% des Planes erzeugt usw.

7. Kampf gegen die Ausschussproduktion.

Viele Zeitungsartikel und viele Reden waren in der Bolschewistenzeit dem Kampf gegen die Produktion von Ausschusswaren gewidmet. Immer wieder wurde darauf hingewiesen, dass der Produktionsplan wohl erfüllt (oder sogar übererfüllt) sei, aber die Qualität der Ware sei schlecht. „Bei der Planerfüllung ... muss besonders die *Qualität* der Erzeugnisse beachtet werden. *In keinem Falle dürfen wir den Zuwachs der Produk-*

tion auf Kosten der Qualität zulassen. Was bedeutet jetzt die Produktion von Ausschusswaren? *Eine Verschwendung des Volksvermögens.* Wenn man dem Verbraucher schlechte Ware gibt, wird sie schneller abgenutzt oder ist gar nicht benutzbar. Die verwendeten Materialien, die geleistete Arbeit werden nicht vollständig ausgenutzt. Das ist ein enormer Schaden vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen... Wir haben Unternehmen, in denen gleichzeitig mit dem Zuwachs der Produktion auch der Ausschussprozentsatz zugenommen hat. So z. B. verschlechterte sich die Qualität einiger Arbeiten in der „Rigaer mechanischen Fabrik" beträchtlich gleich in den ersten Tagen nach Einführung der Akkordnormen... Ähnliche Fälle gibt es reichlich." So schrieb[33] das Zentralorgan der Partei im Februar 1941. — Auch die sowjetischen Handelsunternehmen klagten[34] über die schlechte Qualität der Waren: *„Erzeugnisse mit grösseren oder kleineren Schäden, mit unvollkommener oder ungenauer Bearbeitung... aus Materialien schlechter Qualität sind in fast allen unseren Industriezweigen anzutreffen."* Weiter werden ausführlich verschiedene Mängel der Metallwaren (Draht, Nägel, Ofentüren, Kessel*), des Geschirrs, der Glaswaren, des Leders u. a. Waren geschildert.

An der Ausschussproduktion waren die Bolschewisten selbst schuld: das Niveau der Betriebsleitung war stark gesenkt worden; alle Fabriken waren „nationalisiert"; es herrschte überall in der Produktion eine grosse Verwirrung; die früheren Handelsbeziehungen mit dem Auslande, die Einfuhr ausländischer Rohstoffe, Materialien und Maschinen hatte aufgehört; das Lebensniveau des technischen Personals und auch der Arbeiter war nicht gehoben, wie versprochen wurde, sondern gesenkt, die Leute hatten kein Interesse an der Arbeit; die Produktionspläne mussten um jeden Preis erfüllt werden, und darum wurde häufig die Qualität der Quantität geopfert; die Grundlagen der alten Arbeitsdisziplin waren untergraben. Und dennoch beschuldig-

*) Emaillierte Gusseisenkessel seien so ausgearbeitet, dass die Emaille häufig uneben sei und schnell abbröckele.

ten und bedrohten die Bolschewisten die Betriebsleiter und das technische Personal. So z. B. äusserte sich in seiner Rede[34] der Stellvertreter des Volkskommissars der Leichtindustrie auf der Konferenz der Betriebsleiter der Textilindustrie im Januar 1941: „Sie wissen, Genossen, dass die Qualität der Produktion eins der wichtigsten Masstäbe der Industrietätigkeit ist... *Viele unsere Unternehmen produzieren... Ausschuss, welchen wir den Verbrauchern nicht geben können,* über welchen dem Volkskommissariat und der Regierung viel geklagt wird... Jetzt hat die Staatsanwaltschaft sich für diese Sache zu interessieren angefangen. Die Staatsanwaltschaft hat schon unsere Direktoren vorgeladen. Sie wissen, dass in der Sowjetunion ein Gesetz besteht, laut dem für die Produktion von Ausschusswaren die Direktoren und technischen Leiter zur strengsten Verantwortung gezogen werden... Wenn Sie... auch in Zukunft Ausschuss erzeugen werden, dann werden viele von Ihnen sich vor Gericht stellen müssen."

Im Kampfe gegen die Ausschussproduktion konnte auch der Staatsanwalt der Lettländischen SSR E. Soldnieks nicht fehlen. Er kündete in einem grossen Zeitungsartikel (Pad. Latvija, vom 7. März 1941) den Erzeugern von Ausschusswaren einen unerbittlichen Kampf an und drohte mit Gefängnisstrafen.

Bei der Bewertung der bolschewistischen Produktion muss noch beachtet werden, dass *das Assortiment der Waren sehr vermindert wurde.* Bald nach der Nationalisierung der Industrie (als es keine Konkurrenz der Fabriken mehr gab) wurde z. B. in der Wollindustrie die Sortenzahl der Waren von 303 auf 99 (im Dezember 1940) vermindert[35], in der Baumwollindustrie von 280 auf 80, in der Seidenindustrie von 80 auf 35. Der Stellvertreter des Volkskommissars der Leichtindustrie sagte auf der erwähnten Konferenz folgendes über diese Frage: „In allen Branchen ist unser Assortiment fühlbar vermindert worden... Zweifellos haben die Unternehmen und Trusts in einzelnen Fällen das Assortiment *mehr als nötig vermindert.* Zweifellos müssen wir dafür sorgen, dass unser Assortiment die Forderungen der Verbraucher befriedigen kann." Die Bolschewi-

sten hatten also viel leichter als früher zu produzieren, auch wenn das auf Kosten des Geschmacks der Verbraucher und der Mode geschah.

8. Pläne für Kapitalanlagen.

Im Volkswirtschaftsplan der Lettländischen SSR für das Jahr 1941 waren auch verschiedene „Kapitalarbeiten" im Umfange von 210 Mill. Rubel*) vorgesehen (davon im I. Vierteljahr 38,7 Mill.). Mehr als die Hälfte (insgesamt 116,8 Mill. Rubel) dieser Summe war für die Erweiterung und Modernisierung der Industrie bestimmt (für die Landwirtschaft waren nur 31,5 Mill. vorgesehen). Die Bolschewisten prahlten, dass diese „Kapitalarbeiten" etwas in Lettland noch nie dagewesenes seien. Aber wenn man die früheren nominellen Preise der Baumaterialien und die Bauarbeiterlöhne mit den bolschewistischen vergleicht, erkennt man, dass die bolschewistischen Behauptungen wieder eine Lüge gewesen sind. Es wurde berechnet,[36] dass in den Jahren 1934/35 — 1938/39 (in fünf Jahren) für verschiedene Bauzwecke (verschiedene Gebäude in der Stadt und auf dem Lande, Brücken, Häfen, Wege u. a.) ca. Ls 90 Mill. im Jahre ausgegeben worden sind. Ziegel kosteten in Riga im Grosshandel[37]: im Jahre 1936 Ls 29 pro 1000 Stück, 1937 — 34 Lats, 1939 — 42 Lats; der bolschewistische Preis war jedoch im März 1941 150 Rubel. Portlandzement kostete im Jahre 1936 45 Lats die Tonne, 1939 — 48 Lats, aber im März 1941 — 133 Rubel[38] (ab 25. November 1940 — sogar 400 Rubel!). Auch die Preise anderer Baumaterialien und die Löhne der Bauarbeiter sind mehrfach höher (wenn man den Lat mit dem Rubel nominell vergleicht) als früher gewesen. Wenn man dieses in Betracht zieht, sieht man, dass der reale Wert der 210 Millionen Rubel, die für die Kapitalbautätigkeit für das Jahr 1941 vorgesehen waren, in Wirklichkeit *viel kleiner gewesen ist als früher im Freistaate Lettland* die im Jahre ausgegebenen 90 Millionen Lats.

*) Ausserdem waren besondere Summen für diejenige Kapitalbautätigkeit vorgesehen, die direkt von Moskau finanziert und geleitet wurde.

Für das Jahr 1941 wurde der Bau von 13.000 Quadratmeter Wohnungsfläche in Städten vorgesehen[39]. Auch das war für die Bolschewisten etwas „Unerhörtes". In Wirklichkeit aber war das eine sehr kleine Ziffer. Die durchschnittliche Fläche eines Wohnzimmers in Riga ist ca. 16 m²; 13.000 m² gleichen einer Wohnfläche von nur ca. 800 Zimmern. Im Freistaate Lettland wurden in den Städten im Jahre 1938 4625 neue Wohnungszimmer gebaut[40], im Jahre 1939 — 5308, also *sechs- bis siebenmal mehr als die Bolschewisten bauen wollten!*

Aber auch mit dieser ziemlich kleinen Bautätigkeit konnten die Bolschewisten nicht fertig werden. Vorgesehen war die Erweiterung der Zementindustrie, der Eisenindustrie, der Maschinenindustrie, der Bau einer neuen Zuckerfabrik und einiger anderer Bauten. Aber es fehlte an Baumaterial (Ziegeln, Zement), Bauarbeitern, Transportmitteln usw. Die Bolschewisten schimpften und drohten den Betriebs- und Behördenleitern, aber der Plan der Kapitalbautätigkeit konnte nur in einem sehr kleinen Umfange erfüllt werden. So z. B. wurde in einem Leitartikel[41] über diese Frage am 9. Mai 1941 folgendes berichtet: im ersten Vierteljahr sei nur 45% von der im Plane vorgesehenen Gesamtsumme (für Kapitalarbeiten) verwendet worden, für den Bau von Industriewerken nur 33% der im Plane für das I. Vierteljahr bestimmten Summe. Am 25. Mai 1941 wird die Ziegelindustrie mit etwa folgenden Worten zur Tätigkeit angespornt[42]: *im Mai 1941 ist der Plan der Ziegelproduktion nur im Umfange von 30% erfüllt worden;* das bedroht die Erfüllung des Planes der Kapitalbautätigkeit: den Arbeitern in den Ziegelfabriken fehlen Nahrungsmittel und Wohnräume. Noch am 15. Juni wird über den Mangel von Arbeitern in Ziegelfabriken (es fehlen 1000 Arbeiter), über ihre schlechte Versorgung (eine Fabrik hatte zwei Tage lang kein Brot) und schlechte Arbeitsdisziplin (das willkürliche Verlassen der Arbeitsstätte) geklagt.[43] — Es wurde auch über die häufig („jede zwei Wochen") erfolgte Änderung der „Koeffizienten der Baukostenkalkulationen" von Seite

des „Bautrusts"*) geklagt,[44] denn das Umkalkulieren der komplizierten Baukostenkalkulationen (bei einer Preisänderung) seien die Folge. Auch diese hier geschilderte bolschewistische Unordnung und Unklarheit wirkte verzögernd auf den Gang der Bautätigkeit.

9. Das Schicksal der Kleinindustrie und des Handwerks.

Die Bolschewisten begnügten sich nicht mit der Nationalisierung der „grossen" Industrieunternehmen, sie liessen auch die ganz kleinen Betriebe mit weniger als 20 Arbeitern nicht in Ruhe. Die Anzahl[45] dieser (von der Statistik jedes Jahr registrierten) Unternehmen betrug im Jahre 1939 5300 mit 29.000 beschäftigten Personen (davon 21.000 Arbeiter). Also kamen auf einen Betrieb durchschnittlich 5—6 Gefolgschaftsmitglieder (davon 4 Arbeiter). Ebenso wie in Sowjetrussland musste auch in Lettland jeder selbständige (auch der kleinste) Industrie- oder Handwerksbetrieb vernichtet werden, die ganze Wirtschaft sollte sich in den Händen der Bolschewisten befinden. Eine „Ausbeutung" konnte ja nicht zugelassen werden! Es durfte auch keine Konkurrenz mit den nationalisierten Unternehmen erlaubt werden. Die kleinen Unternehmen wurden durch den Mangel an Rohstoffen (im volkswirtschaftlichen Plane war nur die Versorgung der nationalisierten Betriebe mit Rohstoffen vorgesehen), durch hohe Steuern und durch noch andere Beschränkungen gezwungen, ihre Tätigkeit allmählich zu liquidieren und in den Dienst der Staatsbetriebe als Lohnpersonal zu treten oder „Artelle" zu bilden. Eine grosse Anzahl von kleinen Betrieben wurde den Besitzern auch gewaltsam und ohne jede Entschädigung genommen und zu besonderen Industrieunternehmen der örtlichen Sowjets vereinigt und von diesen Unternehmen verwaltet.

Die Statuten[46] des *„kooperativen Produktionsartells"* bestimmten, dass das wichtigste Arbeitsgerät und die Rohstoffvorräte, die den einzelnen Artellmitglie-

*) Die Bautrusts führten alle Bauarbeiten aus.

dern gehören, in kollektives Eigentum des Artells verwandelt werden müssten. Die Arbeit der Mitglieder des Artells wurde nach der Quantität der Arbeit entlohnt. Die Tätigkeit des Artells wurde duch den Produktionsplan des Artells bestimmt. Die Mitglieder konnten die Arbeit im Artell nur mit der Genehmigung des Vorsitzenden der Artellverwaltung verlassen. Im Artell gab es keine „Ausbeutung" der Menschen! — Auch die Kriegs- und Arbeitsinvaliden wurden von den Bolschewisten aufgefordert, sich in Artellen (der Schuster, Schneider, Tischler u. a.) zu organisieren. Der 34. Paragraph der Musterstatuten des „kooperativen Artells der Invaliden" bestimmte[47]: „Jedes Mitglied des Artells, das willkürlich die Arbeit im Artell verlassen hat oder ohne einen genügend wichtigen Grund zur Arbeit nicht gekommen ist, oder die Arbeit um mehr als 20 Minuten versäumt hat, *ist unverzüglich dem Gerichte zu übergeben.*" Im Artell sollte eine sehr strenge Ordnung herrschen!

In einem Leitartikel schrieb das Zentralorgan der Partei („Cīņa") am 13. Februar 1941 folgendes: „Es kann nicht zugelassen werden, dass ein Handwerker nur darum die Rolle des „Herren" spielt und an der produktiven Arbeit sich nicht beteiligen will, weil er 3 oder 4 Arbeiter beschäftigt... Die grossen Massen der Kleinproduzenten muss man zum Sozialismus hinüberführen." — Wie es in den neugegründeten Artellen aussah, sieht man aus einem Bericht[48]: „Es gibt noch sehr grosse Unklarheiten. Nur ein kleiner Teil der 150 neuen Artelle hat rechtzeitig den Arbeitsplan ausgearbeitet und Interesse für die Rohstoffbeschaffung gezeigt... Das Artell ist ein Produktionsunternehmen des sozialistischen Staates, welches ohne Plan nicht arbeiten kann und darf... *In Artellen sitzen Leute manchmal ganze Tage lang ohne Arbeit, weil wegen Nachlässigkeit Rohstoffe nicht rechtzeitig angefordert worden sind*... Es ist beobachtet worden, dass in einigen Artellen die ehemaligen Unternehmer Arbeitern ihren Willen aufzwingen wollen... In der Verwaltung des Artells dürfen sich nur solche ehemalige Unternehmer befinden, welche der Sowjetregierung gutgesinnt sind..."

Ausser den etwa 1000 nationalisierten „grossen" In-

dustriebetrieben wurden noch etwa 1500 kleine Industrie- und Handwerkerunternehmen[49] ihren Besitzern genommen und 29 neugeschaffenen bolschewistischen Industriebehörden, sog. *„Industriekombinaten"* übergegeben. Diese „Kombinate" waren bei den örtlichen Sowjets organisiert. In Riga-Stadt wurden 6 solcher „Kombinate" organisiert (in jedem bolschewistischen Stadtbezirk ein Kombinat); auch in den Städten Libau, Dünaburg, Mitau und Windau befand sich in jeder Stadt ein Kombinat; ausserdem waren noch 19 Kreisindustriekombinate vorhanden. In diesen „Kombinaten" waren verschiedene Kleinunternehmen vereinigt: Werkstätten von Tischlern, Schneidern, Schustern und der Metallbearbeitung, Mühlen, Webereien, Ziegelbrennereien usw. Der vom Volkskommissarenrat im April 1941 bestätigte Produktionsplan[50] der „örtlichen Rayonindustrie" für das Jahr 1941 (für 9 Monate) hatte den Wert der gesamten Produktion der „Industriekombinate" mit 90 Mill. Rubel bestimmt; die Zahl der Arbeiter war im Plane mit 7333, die Zahl des technichen Personals und der Angestellten mit 1562 festgelegt.

10. Vorbereitung von Arbeitskraftreserven.

Nach sowjetrussischem Beispiele wurde auch in Lettland im April 1941 die Mobilisierung von Jünglingen für eine Vorbereitung zur Arbeit in der Industrie angeordnet. Laut Befehl[51] Nr. 204 der „Hauptverwaltung der Arbeitskraftreserven" beim Volkskommissarenrat der UdSSR wurde folgendes verfügt: In Lettland sollen Fabrikschulen für eine Vorbereitung von Massenberufsarbeitern (mit einer Lehrzeit von 6 Monaten) und Handwerks- und Eisenbahnschulen (mit zweijähriger Lehrzeit) für die Vorbereitung von qualifizierten Industrie- und Eisenbahnarbeitern organisiert werden. In Fabrikschulen sollen Jugendliche männlichen Geschlechts der Stadt und des Landes in einem Alter von 16—17 Jahren, unabhängig von der allgemeinen Bildung, aufgenommen werden. In Handwerks- und Industrieschulen sollen Jugendliche männlichen

Geschlechts im Alter von 14—15 Jahren mit mindestens Grundschulbildung aufgenommen werden. Die Schüler sollen eine kostenlose Verpflegung, Kleider, auch Bücher und gemeinsame Wohnungen bekommen. In Handwerks- und Eisenbahnschulen soll das Lernen der russischen Sprache eingeführt werden. In Fabrikschulen sollten auf dem Wege der Mobilmachung und der freiwilligen Anmeldung 10.500*) (im Juni 1941), in Handwerks- und Eisenbahnschulen 6200 (im August 1941) aufgenommen werden, insgesamt 16.700 Jugendliche. Nach dem Absolvieren dieser Schulen galten alle Jünglinge als mobilisiert und mussten obligatorisch 4 Jahre — nach den Hinweisen der Hauptverwaltung der Arbeitskraftreserven in Moskau — in Staatsbetrieben arbeiten; da sollten sie den üblichen Lohn erhalten. — Später wurde der Plan[52] der Mobilisierung der Jugendlichen für die genannten Schulen bestätigt. Laut Plan mussten jede Stadt und jeder Kreis (auch jede Gemeinde) eine bestimmte Anzahl von Schülern geben; die Provinz Lettgallen (wo sich grosse unausgenutzte Arbeitsreserven befanden) musste insgesamt 6800 Menschen, Riga-Stadt 2000 Jugendliche stellen, usw.

Die Bolschewisten rühmten diese Verfügung der Regierung und betonten, dass das den Jugendlichen und ihren Eltern sehr vorteilhaft sei. Die Jugendlichen bekämen eine kostenlose Berufsbildung und später Arbeit. Aber in Wirklichkeit konnte und musste diese Mobilisierung sehr schwere Folgen für viele Jugendliche, die (oder deren Eltern) keine Lust zur Fabrikarbeit besassen, haben. Die Mobilisierung bedeutete, dass die Jugendlichen auf wenigstens 4½—6 Jahren von ihren Familien getrennt wurden und zum grössten Teil, vielleicht, gar nicht in Lettland, sondern irgendwo in der fremden Sowjetunion beschäftigt werden sollten. Die Mobilisierung konnte als ein gutes Mittel für die Abrechnung mit den den Bolschewisten unsympathischen Leuten ausgenutzt werden; aus einer Familie, der man schaden wollte, konnten die örtlichen Sowjetmachthaber den

*) Davon 7500 — für Bauarbeiten (Maurer, Maler, Zimmerleute u. a.).

Sohn mobilisieren und ihn den Eltern auf lange Jahre wegnehmen[52a]. Es wurde im Juni 1941 zwar berichtet, dass viele Jugendliche sich freiwillig für die Schulen melden, aber gleichzeitig betonte[53] der Chef der Hauptverwaltung der Arbeitskraftreserven in Moskau, dass in einigen Gebieten die Auswahl der Jugendlichen für Fabrikschulen „nicht genügend streng" durchgeführt werde, und dass das „Hauptprinzip" hier die *„Mobilisierung"* (nicht die freiwillige Anmeldung) bleibe. — Der Sieg der deutschen Wehrmacht zerstörte auch diese Pläne der Bolschewisten. Den Fabrikschulen war die Zeit zur Entfaltung ihrer Tätigkeit in Lettland genommen worden.

Grosse Aufmerksamkeit wurde von den Bolschewisten auch der *Frauenarbeit* gewidmet. Sie rühmten immer die „Befreiung" der Frau, die Gleichstellung der Frau mit dem Manne. Es wurde z. B. berechnet[54], dass für die Realisierung des Volkswirtschaftsplanes für das Jahr 1941 70.000 neue Arbeiter in der Industrie und im Baugewerbe nötig seien. Einen grossen Teil dieser Arbeiter könne man dadurch erhalten, dass man anstelle der bisherigen männlichen Arbeiter Frauen setze und Männer bei anderen Arbeiten verwende. Es wurde betont, dass Frauen Schaffner und Kassierer auf den Strassenbahnen, Briefträger der Post, Schweizer, Kassierer der Elektrizitätsanstalt, Hausknechte, auch Maler usw. leicht sein können. — Während der Bolschewistenherrschaft wurden viele Frauen auf den Strassenbahnen und bei anderen Arbeiten angestellt.

11. Mängel der bolschewistischen Industrie.

a) Der „Papiersumpf".

Einige Auszüge aus der bolschewistischen Presse zeigen verschiedene Mängel der Industrietätigkeit während der Bolschewistenherrschaft. So z. B. sagte der „berühmte" Sekretär des Zentralkomitees der Partei, Spure, über die schlechte Leitung der Industrie folgendes[55]:

„Die Volkskommissariate und die Trusts interessieren sich wenig für die Tätigkeit der Unternehmen. *Die Trusts haben sich in Papierhaufen vergraben und kommandieren die Industrie.* Wie die Unternehmen arbeiten, von welcher Qualität ihre Waren sind, welche Rohstoffe fehlen, das wissen sie nicht... Es gibt keinen Plan für die Verteilung der fertigen Produkte. Jede Fabrik arbeitet auf ihre eigene Art und Weise. Es ist vorgekommen, dass einige Organisationen sich mit Waren auf mehrere Jahre versorgt haben, aber an einigen Orten auf dem Lande fehlen sogar Streichhölzer. Wie kann das vorkommen? Durch die planlose und führerlose Arbeit in den Zentren. Einige Fabrikdirektoren sind völlig der konkreten Führung des Unternehmens entrissen. *Sie beschäftigen sich nur mit der Beantwortung von Fragebogen, welche vom Trust zugeschickt werden.* Darüber ist schon geschrieben und gesprochen worden, aber es sind keine Resultate zu sehen... Die Partei wird es nicht zulassen, dass die wirkliche Arbeit in Papierfluten versinkt... (Die Wirtschaftsleiter) wird man einfach aus dem Papiersumpf herausziehen und in frischer Luft spazieren gehen lassen müssen. Es gibt keinen anderen Ausweg... Wir sagen mit Bestimmtheit: *heraus aus den Papieren, unverzüglich an die konkrete, an die leitende Arbeit!*... Die oberste Leitung interessiert sich wenig für die Finanzen der Unternehmen, diese befinden sich in einer chaotischen Lage. Die Direktoren wissen nicht, was sie tun und auch nicht, was sie kaufen dürfen. Es gibt überhaupt keine Klarheit und Bestimmtheit mehr, auch die kleinste nicht... Sie sind bis zur Lächerlichkeit angelangt, sie fordern z. B. von jedem Arbeiter zwei Fragebogen*) und zwei Photographien..." Diese schlechte Leitung der Industrie bedrohe die Erfüllung des Produktionsplans für das Jahr 1941.

Über die traurige Lage in einzelnen Fabriken schrieb derselbe Spure noch folgendes[50]: „Am 26. Februar hat das Rigaer Komitee der LKP(B) den Bericht des Direktors der Fabrik „Latvello"**) Genossen Bob-

*) D. h. für die schon erwähnten „Kaderabteilungen".
**) Eine Fahrradfabrik in Riga.

row angehört. Es enthüllte sich ein trauriges Bild. Die Lage in der Fabrik wird mit jedem Tage schlimmer... Die Arbeit in der Fabrik ist desorganisiert. *Die Fabrik arbeitet völlig ohne Leitung, jeder tut, was ihm gefällt.* Die Meister wissen am Morgen ihre Tagesaufgaben nicht, und darum können sie den Arbeitern keine Anweisung geben... In der Fabrik herrscht ein Chaos... Der Plan ist nur etwas über 50% erfüllt worden. Das ist eine Schande für die Fabrik."

b) Übermässig grosse Verwaltungsapparate.

Über den schweren und sehr kostspieligen Verwaltungsapparat in den Industriebetrieben wird in einem Leitartikel am 23. März 1941 geklagt[57]: „In dem Holzsägewerk Voleri zahlt der Fabrikdirektor... jeden Monat 14.000 Rubel Arbeitslöhne, aber das Unternehmen hat ab 15. November vorigen Jahres bis heute dem Staate noch kein Brett geliefert. Im Sägewerk werden die ganze Zeit Reparaturen ausgeführt. Das verrichten 19 Arbeiter von einer 40 Menschen grossen Gesamtzahl des Sägewerkpersonals, denn alle Übrigen sind Kontorpersonal mit dem Direktor an der Spitze, und 11 Wächter, welche insgesamt nicht weniger als 8000 Rubel im Monat verschlingen, während die Arbeiter nur ca. 5500 Rubel erhalten... Noch unerträglicher ist die Lage in der Textilfabrik „Roter Morgen". Wenn man hier die den Arbeitern auszuzahlende Lohnsumme in einer gewissen Periode gleich 100 setzt, dann betragen die Löhne des Verwaltungsapparats in gleicher Zeit 220; *also kostet der Verwaltungsapparat im „Roten Morgen "eine mehr als zweimal grössere Summe als die gesamte in der direkten Produktion beschäftigte Arbeitskraft...* Und daher ist es verständlich, dass die Selbstkosten der Waren hier übermässig hoch sind..."

Den übermässig grossen Verwaltungsapparat der Industrie während der Bolschewistenherrschaft charakterisiert folgender Vergleich:

	Die Anzahl des in der Industrie Lettlands beschäftigten Personals	
	In Industriebetrieben*) mit 20 und mehr Arbeitern, im Jahre 1939[58]	In nationalisierten, den Volkskommissariaten der Industrie unterstellten Industrieunternehmen und in Industriebehörden, im Mai 1941[59]
Arbeiter in den Industriebetrieben . . .	69.300	73.200
Angestellte (technisches und Kontorpersonal) in den Industriebetrieben	10.400	23.200
Personal der Volkskommissariate der Industrie, der Trusts und anderer Industriebehörden	—	3.700
Insgesamt . . .	79.700	100.100

Die Anzahl der Industriearbeiter, die direkt in der Produktion beschäftigt wurden, war in der Bolschewistenzeit fast dieselbe wie im Jahre 1939 im Freistaate Lettland. Aber, während im Jahre 1939 nur 10.400 Personen das technische und Kontorpersonal bildeten, waren im Mai 1941 26.900 Personen damit beschäftigt, also zweieinhalbmal mehr. Im Jahre 1939 betrug der Verwaltungsapparat 15% der Arbeiterzahl, im Mai 1941 — 37%. Die Produktion der Industrie war im Durchschnitt nicht gestiegen. Die Bolschewisten hatten den Verwaltungsapparat der Industrie übermässig, um 16.000 Menschen (Kontorpersonal, Aufsichtspersonal, technisches Personal) vergrössert. — Das ist dieselbe Erscheinung, welche auch in der Sowjetunion zu beobachten war (im Kapitel I erwähnt).

---

*) Nicht eingerechnet ist die poligraphische Industrie, die in der Bolschewistenzeit einer besonderen Behörde (nicht den Volkskommissariaten der Industrie) unterstellt war, ebenso die Staatliche Elektrotechnische Fabrik und einige andere grosse Fabriken der Metallindustrie, die direkt den zentralen Behörden in Moskau unterstellt waren.

c) *Versorgung der Industrie mit Rohstoffen und Materialien.*

Schlimm war in der Bolschewistenzeit auch die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen und verschiedenen Materialien. In einem grossen Zeitungsartikel lesen wir hierüber[60] folgende Beispiele: „Um den Bautätigkeitsplan erfolgreich durchführen zu können, darf man keinen Tag, keine Stunde verzögern. In Wirklichkeit sehen wir das Gegenteil. Schon drei Tage können die Arbeiter an vielen Arbeitsstellen nicht produktiv arbeiten, weil *die Anfrage nach Materialien, die Übersendung der Anfragen von einer Behörde nach der anderen, unendlich viel Zeit erfordert und das Heranschaffen der Materialien verzögert wird.*" — „Wegen geringer formeller Ursachen ereignen sich häufig unnötige Arbeitsverzögerungen. Das I. Baukontor leistet jetzt eilige Arbeiten in der Fabrik „Sarkanā Atspole". Um die Arbeiten fortsetzen zu können, sind Schlüssel ... nötig. Das Baukontor hat herausgefunden, dass man die nötigen Materialien in einem nationalisierten Handelsunternehmen in der Dorpaterstrasse bekommen kann. Die Ware steht eingepackt, die Rechnung ist ausgeschrieben, aber die Staatsbank nimmt die Einzahlung nicht an, weil in der Rechnung der Kleinhandelspreis angegeben ist, denn dem Baukontor ist der Einkauf nur zu Grosshandelspreisen gestattet. Die entsprechende Grosshandelsbasis*) aber ist gar nicht organisiert." — „Der Fabrik „Roter Metallist" fehlen Stahldraht und Reifeisen. Die Anfrage ist dem Versorgungstrust vor drei Wochen eingereicht. Im Handel ist Stahldraht und Reifeisen in genügender Menge zu erhalten, aber in den Grosshandelsbasen kann man diese Materialien nicht erhalten. Was soll man tun? Um die Arbeiten nicht zu unterbrechen, *gingen einzelne Arbeiter in die Handelsgeschäfte und kauften einige Kilogramm.* Die Geschäfte durften eine Rechnung nicht ausstellen. Der „Rote Metallist" braucht Beweise, dass das Geld für Rohstoffe ausgegeben ist. Man machte es so, dass ein Arbeiter in Begleitung zweier anderer kaufen ging, um später schrift-

*) Ein staatliches Warendepot.

lich bescheinigen zu können, dass der gekaufte Draht und das Reifeisen wirklich für die Bedürfnisse des Unternehmens verwendet worden sind." — „Das Hauptdepot der Rohhäute brauchte für die Reparatur von Lastkraftwagen einen halben Standard Bretter. *Um die Bretter zu erhalten, musste das Hauptkontor der Basis den Antrag dem Versorgungstrust einreichen, der Trust sandte den Antrag der technischen Basis weiter, dann dem Forstwirtschaftstrust und dieser dem Holzindustrietrust.* Den Auftrag über die Ausgabe der Materialien durfte nur der Holzindustrietrust geben." — „Einen noch längeren Weg musste man gehen, um zehn Bretter für die Petersbadestube kaufen zu können. Die Petersbadestube befindet sich in der Grossen Milchstrasse. Dortselbst sind Sägemühlen und Baumaterialiendepots. Der Antrag ist von einer Behörde zur anderen gegangen, und endlich hat der Holzindustrietrust die Genehmigung, zehn Bretter in dem in der Moskauerstrasse befindlichem Baumaterialiengeschäft zu kaufen, erteilt. *Der Transport von einem Rande der Stadt zum anderen hat mehr als die Bretter selbst gekostet* und die notwendige Reparatur wurde um mehrere Wochen hinaus verzögert."

Dieselben Klagen ertönten auch auf allen Konferenzen der Leiter der Industriebetriebe. Über die grossen Schwierigkeiten der Versorgung der Betriebe mit verschiedenen Materialien klagten auf der Konferenz der Betriebsleiter der Nahrungsmittelindustrie im Mai 1941, der Direktor einer Zuckerfabrik, der Direktor einer Bierbrauerei, die Leiter der Spiritusbrennereien usw. Der Direktor einer Bierbrauerei erzählte[61]: Der Kessel hatte ein Loch bekommen und musste dringend repariert werden. Dazu brauchte man Zinn. Das Versorgungskontor erwidert, dass es kein Zinn habe. Das Zinn war in dem Unternehmen „Kalvis" zu haben, und später musste nur die formelle Seite geregelt werden, aber das ist bis heute noch nicht möglich gewesen, und der Mann, der das Zinn gegeben hat (was im Plane nicht vorgesehen war!) wird dem Staatsanwalt übergeben werden, denn seine Tat gilt als Verbrechen.

XI

Handel und Transport

A. HANDEL.

1. „Einkaufsfieber" im Sommer 1940.

Schon der Anfang des gegenwärtigen Weltkrieges hatte im September 1939 in Lettland eine Erregung der Bevölkerung hervorgerufen; man befürchtete den Mangel verschiedener Verbrauchswaren (Kleider, Schuhe, Lebensmittel usw.) und begann diese Waren für den zukünftigen Bedarf einzukaufen. Später verminderten sich einigermassen diese Einkäufe. Aber bereits vom ersten Tage der Okkupation Lettlands durch die sowjetrussische Armee an vergrösserte sich die Kauflust der Bevölkerung stark. Obgleich die bolschewistische Presse immer wieder behauptete, dass grosse Warenvorräte vorhanden und die Befürchtungen eines Warenmangels ungerechtfertigt seien, wussten doch die meisten Menschen, dass bereits in nächster Zukunft, wie es bei den Bolschewisten immer der Fall gewesen ist, Waren verschwinden würden. Man wusste oder ahnte, dass Bolschewistenherrschaft und Überfluss an Waren und Lebensmitteln zwei unvereinbare Dinge sind. Es gingen damals Gerüchte um, dass das lettische Geld bald annulliert werden würde. Grosse Käufer waren auch die unzähligen Sowjetoffiziere und andere aus der Sowjetunion eingereiste Leute. Man sah, dass diese Menschen Lettland allmählich auskaufen würden. Alles das veranlasste die Bevölkerung in Riga und anderen Städten und auf dem Lande möglichst grosse und eilige Einkäufe zu machen. Jeder, der ein wenig bares Geld hatte, versuchte von seinen Ersparnissen zu retten, was noch zu retten war.

Das gefiel den Bolschewisten nicht. „In den letzten

Tagen ... kann man häufig Menschenmengen bei Geschäften sehen, im Einkauffieber warten dort geduldig die reaktionären Schädlinge, um ihrerseits zur Lähmung des normalen Warenumsatzes beizutragen." So schrieb am 23. Juli 1940 (zwei Tage nach der Proklamierung Sowjet-Lettlands) die bolschewistische Presse[1]. In demselben Artikel wurde folgendes versprochen und angedroht: „Die Regierung hat erklärt, dass vorgesorgt worden ist, und dass auch künftig für die zum normalen Verbrauch nötigen Warenvorräte gesorgt werden wird ... Es wird keinen Warenmangel geben! *Die Regierung hat für die Stabilität des Latkurses gesorgt und wird es auch weiter tun, weil die Kaufkraft des Lats eine der Grundbedingungen des Arbeiterwohlstandes bleiben wird* ... Aber wenn es noch immer Leute gibt, die das nicht verstehen wollen, ... dann sind diese Leute Volks- und Staatsfeinde, und mit solchen Leuten werden wir entsprechend verfahren." — Wie es mit der Stabilität und der Erhaltung der Kaufkraft des Lats in Wirklichkeit wurde, das ist schon im Kapitel VIII geschildert worden.

Der neue bolschewistische Polizeipräfekt Rigas äusserte sich über dasselbe Thema einige Tage später folgendermassen[2]: „Ein Teil der Bürger ist von einer *unbegründeten Panik* ergriffen und bemüht sich, für das freie Geld verschiedene nötige und unnötige Waren zu kaufen. Die zweite Kategorie sind die *Inhaber der Handelsgeschäfte,* welche mit verschiedenen erfundenen Motiven sich bemühen, Waren aus den Geschäften in ihre oder in die Wohnungen ihrer Verwandten zu bringen ... Das Benehmen dieser Leute ist zweifellos Schädlingswesen, ... ihre Strafe wird sehr hart sein ... In Riga sind genügend viel politisch bewusste Bürger, welche es für ihre Bürgerpflicht halten, den Aufsichtsbehörden eine jede verdächtige Handlung anzumelden, welche sie in Handelsgeschäften oder in Privathäusern beobachten."

Die angedrohten Strafen folgten. Am 25. Juli finden wir ein ganzes Verzeichnis[3] bestrafter Händler und Käufer-Verbraucher: so z. B. ist ein Händler in Düna-

burg mit 6 Monaten Gefängnis und mit Ls 5000, seine Schwester mit 1 Monat Gefängnis und Ls 1000 als Schädlinge für das Verbergen einer grösseren Menge Textilwaren bestraft worden.

2. Nationalisierung der grossen Handelsunternehmungen.

Schon in der von der bolschewistischen Saeima am 22. Juli 1940 angenommenen „Deklaration über die Nationalisierung der Banken und grossen Unternehmungen" waren auch alle „grossen" Handelsunternehmungen zu Volks- oder Staatseigentum erklärt worden. Aber tatsächlich wurde die eigentliche Nationalisierung sogleich noch nicht durchgeführt. Im August 1940 ernannte der Finanzminister besondere Bevollmächtigte für alle Handelsunternehmungen der 1. und 2. Kategorie. Die Aufgaben dieser Bevollmächtigten waren: unverzüglich den Kassenbestand der Unternehmungen zu überprüfen und alle Geldauszahlungen zu kontrollieren und, wenn nötig, zu untersagen. Sie mussten auch alle Kreditgeschäfte der Unternehmungen (Wechsel, Zahlungsanweisungen) überwachen. *Insbesondere musste verhindert werden, dass der Geschäftsinhaber für sich Geld aus seinem Geschäfte herausholte; auch die Verbergung von Waren und der übermässige Verkauf von Waren an Verbraucher musste verhindert werden*[4]. — Eine besondere Verfügung des Volkskommissars des Handels bestimmte, dass zur Liquidierung aller Handelsunternehmungen eine Genehmigung dieses Volkskommissariats nötig sei[5]. Diese Bestimmung blieb bis zum Vertreiben der Bolschewisten aus Lettland im Jahre 1941 in Kraft; viele private Händler, die nichts oder fast nichts mehr verdienen konnten, oder die keine Waren mehr für den Handel hatten, konnten ihre Geschäfte dennoch nicht schliessen, sie mussten Miete zahlen, und sogar Verkäufer entlohnen, weil ihnen eine Liquidierung des Geschäfts nicht erlaubt wurde.

Die Bevollmächtigten enthüllten[6] verschiedene Fälle des „Schädlingswesens". So z. B. hatte ein Juwelier der Kasse seines Unternehmens für seine persönlichen Be-

dürfnisse Ls 92.000 entnommen, der Inhaber eines Modegeschäfts Ls 23.000 (nach der Forderung des Bevollmächtigten hatte er Ls 15.000 zurückgezahlt), usw. Einige hatten ihre Geschäfte absichtlich ausverkauft oder die Waren verborgen.

Zur Verhinderung des übermässigen Wareneinkaufs von seiten der Verbraucher wurden verschiedene Einschränkungen eingeführt: *Einkäufe von Kleidern, Schuhen und anderen Waren mussten in den Pass des Käufers eingetragen werden,* oder der Käufer musste im Geschäft eine Erklärung unterzeichnen, dass er zu Hause nur eine minimale Anzahl der entsprechenden Gegenstände besitze. Die Gold- und Silberwaren, auch Edelsteine wurden fast vollständig aus dem Handelsumsatz genommen, sie wurden faktisch konfisziert.

Nach diesem „Vorspiel" wurde endlich am 28. September 1940 das Dekret über die Nationalisierung der Handelsunternehmungen herausgegeben. Im Dekret lesen wir[7]: „Um den Staats- und kooperativen Handel zu entwickeln, um die Bedienung der Bevölkerung zu verbessern und die Spekulanten zu bekämpfen, beschliesst das Präsidium des Obersten Rates der Lettländischen SSR ... Handelsunternehmungen mit einem Jahresumsatz von Ls 100.000 und mehr (resp. alle Unternehmungen der 1. und 2. Kategorie) zu nationalisieren." Das Dekret trat am selben Tage, den 28. September 1940, in Kraft. Selbstverständlich wurden die Handelsunternehmungen ihren Inhabern ohne jede Entschädigung weggenommen. Auf Grund dieses Dekrets verfügte der Volkskommissarenrat die Nationalisierung von 1144 Unternehmungen[8].

Ein Leitartikel[9] (unter der Überschrift „Die grossen Handelsunternehmungen — Eigentum des Volkes") des Zentralorgans der kommunistischen Partei erklärte, dass die Planwirtschaft auch den Handel nach dem Plane erfordere, dass die Händler Spekulanten gewesen seien, dass sie das „werktätige Volk" durch einen künstlich geschaffenen Warenhunger und Preistreibereien berauben wollten. „In jeder Zeitungsnummer haben wir über die bestraften Händler, welche ungesetzlich die Preise erhöht hatten, gelesen. Aber das hat nichts geholfen. Die

Beraubung der Werktätigen durch die Spekulanten wurde fortgesetzt. Die Gewinne der Grosshändler wuchsen und wurden riesig gross... sie wurden steinreich... Die Unternehmer beraubten einfach die Kassen ihrer Unternehmungen. So z. B. hat Jānis Vanags*) in der Zeit vom 1. Januar bis zum 7. August aus seiner Kasse für persönliche Bedürfnisse Ls 177.770,06 herausgenommen... Diese Nationalisierung ist nichts ungesetzliches und ungerechtes. Mit Betrug, Spekulationen, einer grausamen Ausbeutung der Werktätigen und tatsächlichem Raube haben die Kapitalisten ihre Reichtümer erworben... Darum hat die gesetzliche Macht der Werktätigen der schreienden Ungerechtigkeit durch die Nationalisierung aller grossen Handelsunternehmungen ein Ende gemacht... *Die kleinen Unternehmungen sind durch die Nationalisierung nicht berührt worden* und das ist auch nicht nötig. Von den Grosskapitalisten befreit und mit den Arbeitern zusammengehend, *werden die kleinen Händler wie alle Werktätigen ein besseres Leben führen können.*" — Wie es den „kleinen" Händlern später erging und wie ihr „besseres Leben" aussah, das werden wir noch sehen. Warum die Händler in Lettland plötzlich die Waren verbergen wollten, und warum sie plötzlich sich bemühten, so viel Geld aus ihren Unternehmungen herauszuschöpfen, das sagten die Bolschewisten nicht! Die Furcht der ganzen Bevölkerung vor Warenmangel, der der beständige Gefährte der Bolschewistenherrschaft war, und vor der drohenden Geldentwertung, sowie die Angst der Händler, ihr ganzes Vermögen zu verlieren, — diese Tatsachen existierten für die Bolschewisten und ihre Presse nicht. Die ganze plötzliche Zerrüttung und der Zerfall des Handels war für die Bolschewisten nur das Ergebnis der Machenschaften von „Schädlingen" und „Volksfeinden".

Bei der Nationalisierung verloren die Inhaber nicht nur ihre Geschäfte (mit den Warenvorräten, der Einrichtung), sondern auch ihr bares Geld in der Kasse und

*) Ein Textilwarenhändler in Riga. Also war, nach der Ansicht der Bolschewisten, auch das ein „Verbrechen", wenn der Händler Geld *vor* der Bolschewistenzeit aus seiner Unternehmung genommen hatte.

die Bankguthaben, obgleich diese auf den Namen des Inhabers lauteten (formell nichts mit dem Geschäft gemein hatten), auch die Häuser, in denen die Unternehmungen sich befanden, und persönliche Verkehrsmittel (Kraftwagen), manchmal auch Möbel, wenn die Wohnung des Inhabers im Hause des Geschäfts sich befand. Die Schulden der Unternehmung und die unbezahlten Steuern musste der ehemalige Inhaber auch nach der Nationalisierung bezahlen. Wenn er kein Bargeld irgendwo verborgen hatte, wurden sein Familienhaus, seine Wohnungseinrichtung und seine Kleider versteigert, und er behielt nur das nackte Leben. Wenn er später eine Lohnstellung annahm und seine Schulden noch nicht geregelt hatte, wurde sein Gehalt beschlagnahmt. Das bolschewistische Prinzip war: je schlimmer der „Bourgeois" behandelt wird, desto besser! Die ehemaligen Inhaber wurden von ihren Handelsunternehmungen vertrieben, und nur selten wurden sie als Verkäufer oder Arbeiter in ihrem früheren Geschäft gelassen.

3. Der „unkulturelle" Handel.

Welche Veränderungen im Handel gleich nach der Nationalisierung geschahen, das zeigt die grosse Rede[10] des Parteisekretärs Spure auf der Versammlung der Handelsangestellten am 8. Oktober 1940: „Der Handelsapparat muss jetzt viel besser als bisher arbeiten . . . Der Angestellte ist nun nicht mehr einfacher Angestellter, sondern er ist der Beschützer des sozialistischen Vermögens, der Gestalter des sozialistischen Lebens . . . Im Interesse jedes Angestellten des Sowjethandels muss in Sowjet-Lettland der Handel zu einem kulturellen Handel gestaltet werden . . . Aber es soll gesagt sein, . . . der Handelsangestellte erfüllt seine Arbeit nicht gut — er handelt schlecht, ja sogar sehr schlecht." — Weiter führte der Redner verschiedene Beispiele des *„unkulturellen"* Handels an: *„Die Verkäufer in den Handelsgeschäften benahmen*) sich früher nicht*

*) Grobe und nachlässige Bedienung der Käufer.

so, das erlauben sie sich nur jetzt im Sowjethandel... Das ist Sabotage, das schlimmste Schädlingswesen... Im Sowjethandel kann nicht zugelassen werden, dass die Käufer schlechter bedient werden als früher... Es *ist beobachtet worden, dass man in einigen Geschäften den Käufer absolut nicht beachtet,* besonders in Möbelgeschäften. Dort will man mit dem Käufer nicht sprechen. Im Geschäft selbst herrscht *völlige Unordnung,* das Geschäft erinnert mehr an eine Brennholzscheune als an ein Geschäft. ... *In einigen Textilwarengeschäften... wird dem Käufer nur nach einem strengen Auftreten vom Verkäufer mit grosser Faulheit und Nachlässigkeit irgend etwas auf den Tisch geworfen, und das ganze Benehmen des Verkäufers zeigt, dass er sich sehnt, den Käufer möglichst bald loszuwerden...* — Wenn der Käufer in das Geschäft kommt, um eine gekaufte Ware umzutauschen,... sagt man ihm: „Jetzt gehört alles dem Staate, wir können nichts tauschen". Solches Benehmen, Genossen, ist echter Bürokratismus." — „Den Schaufenstern wird nicht mehr die notwendige Aufmerksamkeit zugewandt. Auf meine Frage hin in einem Geschäft, warum das Schaufenster leer und schmutzig ist, antwortete man mir: *„Schaufenster zu schmücken ist nicht mehr nötig, das Geschäft ist nationalisiert."* — Der Redner beschuldigte auch die Arbeiterkomitees: „Das Benehmen und die Ansichten der Arbeiterkomitees... unterscheiden sich nicht von der Ansicht einiger Arbeiterinnen in der Fabrik Tomberg*), welche so sagen: „Warum müssen wir jetzt arbeiten? Wir haben jetzt einen grossen und reichen Staat**), darum muss man nur für sich sorgen."

4. Bekämpfung der „Spekulation".

Ab 1. Oktober wurden die Warenpreise stark erhöht. Die Leute, die möglichst viel Waren in den Monaten Juni — September eingekauft hatten, waren nicht dumm gewesen. Aber auch nach dieser ersten allge-

*) Eine bekannte Parfümeriefabrik in Riga.
**) Gemeint ist die „reiche" Sowjetunion.

meinen Preiserhöhung hörte das „Kauffieber" nicht auf; es gingen Gerüchte herum, dass das noch nicht das Ende der Preiserhöhung sei. Darum musste die bolschewistische Presse auch im Oktober klagen: „Bei den Türen der Schuhwaren- und Bekleidungsgeschäfte sind häufig Käuferreihen zu sehen. Die Menschen stehen dort sogar mehrere Stunden lang. Solches durch nichts gerechtfertigtes Benehmen der Bürger zerstört unseren Handel. Vorräte aller Waren sind genügend vorhanden"[11]. — Wie es sich jedoch nach einem Monat erwies, war die Handlungsweise der Käufer sogar sehr „gerechtfertigt", denn die Preise wurden ab 25. November auf eine unerschwingliche Höhe gehoben und das lettische Geld wurde ganz entwertet. Ende März 1941 wurde das lettische Geld ganz annulliert. Diejenigen, die vorher etwas gekauft hatten, hatten einen Teil ihrer Ersparnisse gerettet.

Im Oktober wurde wieder ein neues Dekret[12] herausgegeben, das den „Spekulanten" mit schweren Strafen drohte. Mit Gefängnis bis zu 10 Jahren und mit der Konfiszierung des ganzen Vermögens sollten alle diejenigen bestraft werden, die verschiedene Erzeugnisse und Nahrungsmittel aufkaufen oder verbergen, um sie später weiter zu verkaufen, oder auch um Vorräte zu schaffen, die die Bedürfnisse des normalen Verbrauchs übersteigen. Das Zentralorgan der Partei schrieb in diesem Zusammenhange[12]: „Die Einen kaufen Butter, Bekleidungsmaterialien, Schuhe, Teppiche, auch Schwarzbrot, und verbergen diese Waren in ihren Wohnungen, die Anderen verbergen Waren des Geschäftes und verkaufen sie heimlich, die Dritten bemühen sich alles aufzukaufen, was nur möglich ist, um später teurer zu verkaufen und zu verdienen..."

Über das Kauffieber und die Unliebenswürdigkeit der Handelsangestellten schrieb man noch Ende Oktober[13]: „In vielen ... Handelsunternehmungen sind die unerwünschten Erscheinungen, die in den ersten Tagen nach der Nationalisierung bemerkbar waren, noch nicht verschwunden. *Die Verkäufer sind schweigsamer und unliebenswürdiger geworden.* ... Nach der Proklamierung Sowjet-Lettlands hat eine wahre Jagd nach

Möbeln begonnen. Ins Geschäft kommen Menschen und fragen — was ist bei Ihnen zu kaufen? Das beweist, dass diese Bürger keine Bedürfnisse haben, sondern dass sie vom überflüssigen Gelde sich zu befreien wünschen. ... Im Schuhwarengeschäft „Alma" ... spazieren die Verkäuferinnen ohne Arbeit hin und her, aber keine rührt sich, um die anwesenden Käufer zu bedienen. *Früher war in demselben Geschäft der Käufer noch nicht ganz durch die Tür hereingekommen, als die Verkäuferinnen ihm entgegenliefen, um ihn so rasch wie möglich zu bedienen.*" — Die Zeiten hatten sich auch im Handel geändert, der Handel war nicht mehr „kulturell".

5. Nationalisierung der kleinen Handelsunternehmungen.

Obgleich die Bolschewisten den kleinen Händlern im September 1940 ein „besseres Leben" versprochen und versichert hatten, sie sollten nicht angetastet werden, erfolgte im Mai 1941 die zweite grosse Nationalisierung der Handelsunternehmungen. Das „Dekret über die Nationalisierung der privaten Handelsunternehmungen" vom 17. Mai 1941 lautete[14]: „Zur Bekämpfung der Spekulation, der Böswilligkeiten, der Erhöhung der Warenpreise und der Sabotage von Seite der privaten Händler, was die normale Versorgung der Bevölkerung mit Waren stört, ebenso wie im Zusammenhang mit der Gestaltung und Befestigung des Staats- und Kooperativhandels, beschliesst das Präsidium des Obersten Rates der Lettländischen SSR: 1. Alle privaten Handelsunternehmungen, deren Jahresumsatz 50.000 Rubel übersteigt, zusammen mit allen am Tage der Nationalisierung im Geschäft befindlichen Waren, Materialien, Geldwerten, Inventar und anderem Vermögen zu nationalisieren ..." — Es wurden 2162 Unternehmungen nationalisiert.

Diese nationalisierten Unternehmungen waren ganz kleinen Umfanges, denn 50.000 Rubel waren etwa bloss 15.000 früheren Lats gleich (berechnet nach den Preisen der Nahrungsmittel, wenn man den Rubel und den Lat

nominell vergleicht, denn Nahrungsmittel waren um etwa 200% erhöht worden) oder sogar nur 8—10.000 Lats gleich (berechnet in Preisen für Textilwaren, denn diese Preise waren enorm hochgetrieben worden). Das waren (nach dem früheren Masstab) die kleinsten Handelunternehmungen in Lettland*). Der geringe Umsatz dieser Unternehmungen ist dadurch charakterisiert, dass *die genannten 50.000 Rubel jährlichen Umsatzes dem gesamten Jahreslohn von 14 Arbeitern glichen* (der durchschnittliche Arbeiter verdiente 300 Rubel im Monat oder 3600 Rubel im Jahre).

In einem grossen Leitartikel[16] der bolschewistischen Presse wurden verschiedene „Sünden" der privaten Händler aufgezählt: „Der normale Absatz der Erzeugnisse der sozialistischen Wirtschaft wird in einem beträchtlichen Masse durch die grösseren Privathändler gestört... Die Privatunternehmer... verhindern die Befreiung der Fabriklager... Diese unehrlichen Händler erhöhen willkürlich die Preise oder verbergen die Waren, nach denen eine grosse Nachfrage besteht... Als im Staatshandel das Rindfleisch 3 Rubel Kilogramm kostete, verkauften private Händler es... sogar zu 7 oder 8 Rubel... Gerade diese Handelsunternehmungen waren die Hauptnester der Spekulation... Gerade von diesen Handelsunternehmungen kamen die böswilligen Gerüchte, deren Absicht die Zerstörung des Ansehens des Staates, die Störung der Bevölkerung in ihrer täglichen Arbeit war... Alle Werktätigen unserer Republik können diese Massnahme der Regierung nur begrüssen, weil jetzt ein Strich durch die dunklen Absichten ... der Privatspekulanten gezogen ist." — Auch diesmal versicherten die Bolschewisten: *„Das neue Dekret ist nicht gegen die kleinen Händler, welche in der Versorgung der Bevölkerung kleine Dienste leisten..., gerichtet." (!)*

---

*) Im Jahre 1939 existierten[15] in Lettland 753 Handelsunternehmungen der 1. Kategorie (die die Handelsscheine der 1. Kategorie hatten; ihr Umsatz überstieg 200.000 Lats jährlich), 733 der 2. Kategorie (Umsatz 100—200.000 Lats im Jahre), 1668 der 3. Kategorie (Ls 50—100.000), 15.221 der 4. Kategorie (Ls 10—50.000) und 16.770 der 5. Kategorie (unter Ls 10.000).

Was die Beschuldigungen gegen die Privathändler betrifft, so war die Lage folgende: *Die Privathändler lebten in beständiger Furcht vor der plötzlichen Nationalisierung,* die jeden Augenblick erfolgen und die Früchte und Ersparnisse des ganzen Lebens vernichten konnte. Es war ja bekannt, dass das Wirtschaftsprogramm der Bolschewisten in Lettland noch nicht zu Ende war, dass am Ende keine privaten Handelsunternehmungen in Lettland bleiben würden, ebenso wie solche in Russland schon 10 Jahre nicht mehr bestanden. Das wirtschaftliche „Ideal" der Bolschewisten war die vollständige Vernichtung des privaten Handels (ebenso wie der privaten Industrie und des privaten Handwerks, auch der privaten Landwirtschaft). Darum wäre es Leichtsinn gewesen, im Geschäft grosse Warenvorräte zu halten. Das ärgerte die Bolschewisten, nach deren Ansicht ein „ehrlicher" Händler ruhig und gehorsam, mit möglichst grossen Vorräten, sein von Bolschewisten vorbereitetes Schicksal erwarten sollte, damit die Bolschewisten ihm alles bequem wegnehmen konnten. Leider gab es keine derartigen „ehrlichen" Händler in Lettland, sie waren alle „böswillig". — Auch das war den Bolschewisten sehr unangenehm, dass die Privathändler mit den Staatsgeschäften, mit den schwerfälligen Handelsunternehmungen erfolgreich konkurrieren konnten. — Die Bevölkerung lebte in beständiger Furcht vor Warenmangel und Warenhunger (auch vor einem echten Hunger) und bemühte sich, möglichst grosse Waren- und Nahrungsmittelvorräte zu besorgen. Wie schon im Kapitel VIII erwähnt, war bereits Ende des Winters und im Frühjahr und Sommer 1941 in den Städten der Mangel an verschiedenen Lebensmitteln und anderen Erzeugnissen fühlbar. Die Preise, die die Bauern vom Staate für ihre Erzeugnisse bekamen, waren niedrig. Alle diese Umstände begünstigten die Erhöhung der Preise und die Tätigkeit der Privathändler.

6. Weitere Nationalisierungen des Handels.

In der Zwischenzeit (d. h. zwischen den zwei grossen Nationalisierungen im September 1940 und Mai

1941) wurden noch einige Nationalisierungen kleineren Umfanges durchgeführt. Im Februar 1941 wurden alle noch nicht nationalisierten privaten Metallwarenhandlungen (mehr als 300; dieses Dekret wurde sogar nicht veröffentlicht), ausserdem noch 110 Handelsunternehmungen anderer Zweige (auch ohne Dekret) und 47 Speisehäuser und Restaurants nationalisiert. Weiter nationalisierten die Stadtverwaltungen (die Vollzugskomitees der örtlichen Sowjets) viele Handelsunternehmungen für sich. Auf dem Lande erreichte man mit verschiedenen Zwangsmitteln, dass die Privathändler ihre Geschäfte den Konsumvereinen übergaben. Eine der grössten Nationalisierungen seitens der örtlichen sowjetischen Kommunalbehörden war die von dem Rigaer Vollzugskomitee im Januar 1941 durchgeführte Nationalisierung der Weinhandlungen (insgesamt 78 Geschäfte).

7. Organisation des bolschewistischen Handels.

Die Versorgung der nationalisierten Industriebetriebe mit Rohstoffen, Maschinen und verschiedenen Materialien, ebenso die Verteilung der Erzeugnisse der lettländischen Industrie, war Aufgabe der „Versorgungs- und Verteilungstrusts", die bei jedem Industrievolkskommissariat gegründet waren. Diese Trusts hatten ihre „Basen" (Grosshandelslager). Als Grosshandelsunternehmungen waren weiter einige direkt Moskau untergeordnete Unternehmungen organisiert: „Glawtekstilsbit" (für Textilwaren), „Glawchimsbit" (für Chemikalien), „Latoptorg" (für alle Waren, ausgenommen Textilwaren und Chemikalien) u. a. Diese Unternehmungen besorgten Waren direkt von den Fabriklagern, durch Basen der Trusts, oder führten Waren auch aus anderen Sowjetrepubliken unmittelbar ein.

Die nationalisierten Geschäfte (von denen einige vereint wurden) wurden mehreren neugegründeten staatlichen „Handelsunternehmen" untergeordnet. Das „Rigaer I. staatliche Handelsunternehmen" verwaltete alle nationalisierten Handelsgeschäfte in Riga, die

mit Industrieerzeugnissen handelten (1009 Geschäfte); das „Rigaer II. staatliche Handelsunternehmen" vereinigte alle in Riga nationalisierten Nahrungsmittelgeschäfte (372); dem Rigaer III. staatlichen Handelsunternehmen („Rigaer Trust der Restaurants, Speise- und Kaffeehäuser") waren 115 Geschäfte unterstellt. Das „Rigaer Universalwarenhaus" (ehemaliges Armeewarenhaus) bestand als ein selbständiges Handelsunternehmen. Besondere staatliche „Handelsunternehmen" waren in den grössten Städten (Libau, Dünaburg, Mitau und Windau) organisiert, denen alle in der Stadt nationalisierten Geschäfte übergeben wurden. So z. B. waren dem staatlichen Handelsunternehmen in Libau 261 Handelsgeschäfte untergeordnet. — Die Geschäfte der Konsumgenossenschaften wurden nicht nationalisiert. Der Verband der lettländischen Konsumvereine erhielt alle auf dem Lande und in den kleinen Städten befindliche nationalisierten Geschäfte (1439). — Die genannten zentralen staatlichen Handelsunternehmen eröffneten auch ganz neue Geschäfte (ein Teil der nationalisierten Geschäfte wurde liquidiert).

Diese zentralen „staatlichen Handelsunternehmen" und der Verband der Konsumvereine erhielten Waren für ihre Geschäfte von den bereits erwähnten Grosshandelsunternehmen („Glawtekstilsbit" u. a.) oder auch direkt von den Basen der Trusts; sie hatten auch das Recht, die Waren unmittelbar von den Produzenten (Landwirten und privaten Industriebetrieben und Handwerkern) einzukaufen und auch in ihren eigenen Hilfswerkstätten und landwirtschaftlichen Farmen für den Verkauf selbst zu produzieren. Die nationalisierten Kleinhandelsgeschäfte und die privaten Händler bezogen die Waren von den zentralen „staatlichen Handelsunternehmen", wie auch vom Verbande der Konsumvereine.

Ausserhalb dieses bolschewistischen Handelssystems bestanden noch besondere sowjetrussische Unternehmen, die den zentralen Behörden der Sowjetunion untergeordnet waren: „Wojentorg" (für die Bedürfnisse der Kommandeure der roten Armee und deren Familienmitglieder), „Wojenflottorg" (für die Kommandeure der roten Flotte) u. a. Diesen Organisationen wa-

ren einige nationalisierte grosse Handelsgeschäfte übergeben, welche verschiedene (lettische oder zum Teil auch aus der Sowjetunion eingeführte) Waren verkauften.

Es ist noch zu bemerken, dass eine Reihe von nationalisierten Handelsgeschäften nicht den „staatlichen Handelsunternehmen", sondern den Industrievolkskommissariaten (und ihren Behörden) untergestellt waren. Derartige Handelsgeschäfte bestanden früher bei den einzelnen Industrieunternehmungen (Fabriken) für den Verkauf der Erzeugnisse der Fabrik und wurden zusammen mit den Fabriken nationalisiert.

Insgesamt waren etwa 5000 Handelsunternehmen nationalisiert worden (vor dem Eindringen der roten Armee bestanden in Lettland ca. 35.000 Handelsunternehmen). Der Umsatz[17] dieser nationalisierten Unternehmen betrug den grössten Teil des gesamten Handelsumsatzes. Der grösste Teil der vorläufig im Privatbesitz gelassenen kleinen Handelsgeschäfte wurde von den Besitzern „freiwillig" liquidiert, weil der „Warenhunger" schon angefangen hatte, und weil die Privathändler fast keine Waren vom Staate zum Verkauf bekamen. Zum 1. Februar 1941 waren nur noch 11.000 private Handelsunternehmungen vorhanden[17]. Am Ende der Bolschewistenherrschaft in Lettland jedoch war diese Zahl noch viel kleiner geworden, denn alle „Ausbeuter" und „Parasiten" mussten ja möglichst bald vernichtet werden!

8. Mängel des Sowjethandels.

Nach der ersten grossen Nationalisierung versprachen die Bolschewisten:[18] „Die Nationalisierung der grossen Handelsunternehmungen ist ein neuer Sieg der Arbeiterklasse, der *die gerechten Preise, die richtige Warenversorgung* und die Realisierung der sozialistischen Planwirtschaft sicherstellen wird." Aber in Wirklichkeit war es mit der Warenversorgung sehr schlecht; das zeigen einige Beispiele.

In der bolschewistischen Presse und auf den Konferenzen der Leiter der bolschewistischen Handelsunternehmen klagte man beständig über verschiedene grosse

Mängel des Sowjethandels. Früher, im Freistaate Lettland, bei der „kapitalistischen" Ordnung, war der Wareneinkauf für den Verbraucher eine sehr einfache Sache. Obgleich während der Bolschewistenherrschaft in Lettland Frieden herrschte (die Bolschewisten betonten immer wieder, dass sie der Bevölkerung Lettlands den Frieden nebst den Gütern des Friedens gesichert haben!), entstanden doch im Handel allmählich eine solche Verwirrung und ein solcher Warenmangel, wie es gewöhnlich nur in Kriegszeiten zu beobachten ist. Viele Waren konnte man gar nicht mehr bekommen, oder man bekam sie unregelmässig, oder man musste Schlangen stehen und stets viel Zeit verlieren.

a) Stockung des Sowjethandels.

Im Februar 1941 erklärte der Stellvertreter des Volkskommissars der Leichtindustrie folgendes[19]: „Augenblicklich befinden sich in den Fabriken der Leichtindustrie Warenvorräte im Werte von über 50 Millionen Rubel. Die Fabriken sind in vielen Fällen vor eine anscheinend unlösbare Frage gestellt: *in den Fabriklagern ist kein Platz mehr für die neu erzeugten Waren, die Verteilungsbasen jedoch nehmen diese Waren nicht rechtzeitig ab und versorgen mit ihnen den Markt nicht.* Eine derartige Lage dauert bereits schon 3 Monate lang. Ähnliche Umstände herrschen auch in den Fabriken der anderen Industriezweige. Die Volkskommissariate der Industrie haben vielfach das Handelskommissariat veranlasst, tatkräftige Massnahmen zur Verbesserung der Warenverteilung und der Entlastung der Fabriken von den erzeugten Waren zu ergreifen. Die Ergebnisse sind jedoch bisher recht unbefriedigend gewesen." — Das so beschuldigte Volkskommissariat des Handels verteidigte sich, und der stellvertretende Volkskommissar des Handels erklärte[20], dass an den Mängeln auch die Fabriken und die Industriebehörden selbst schuld seien: „Wir denken, dass in den Verteilungstrusts ernste Arbeitskenntnisse fehlen, es fehlt das Verantwortungsgefühl für die Störungen, die ihre Nachlässigkeit in die Produktion hineinträgt." — Eine wichtige Ursache dafür, dass der Warenstrom im Handel damals stockte, war

nicht nur das Chaos, das im bolschewistischen Handelssystem herrschte, sondern auch die enorme Preiserhöhung Ende November 1940, die besonders in den ersten Monaten den Verkauf von Bekleidungsmaterialien (hauptsächlich der Woll- und Seidenstoffe) an die Bevölkerung lähmte. Aber diese Ursache durfte in der bolschewistischen Presse und in amtlichen Erklärungen nicht erwähnt werden.

b) Warenmangel und Verwirrung im Handel.

Wie es in der Provinz mit der „sozialistischen" Warenversorgung damals aussah, das beweisen die Ergebnisse der von den Vertretern des Volkskommissariats des Handels im März 1941 durchgeführten Kontrolle der Handelsunternehmungen in Rositten (einer Stadt in Lettgallen, mit 13.000 Einwohnern): „Es ist konstatiert worden, dass sich die Versorgung der Geschäfte und der Bevölkerung mit Waren sehr unbefriedigend dort abwickelt, *es fehlen die Arbeitsorganisation und die Selbstinitiative.* Die Waren bekommt man in ungenügender Menge, *sie kommen nicht rechtzeitig an* und werden nicht ordentlich verteilt. Schlittschuhe, die im Dezember vorigen Jahres angefordert worden sind, hat man erst Anfang März erhalten. In den Geschäften der Konsumvereine liegen Waren für sehr grosse Summen, was für die Bilanzen der Geschäfte schwer belastend ist; aber die Amtspersonen haben nichts getan, um sich von diesen Waren zu befreien. Zu diesen Waren*) gehören fertige Kleider, verschiedene Bekleidungsmaterialien und grosse Mengen Seidengewebe. In der Stadt fehlen schon lange Baumwollgewebe, Konserven und Schreibpapier. Unbefriedigend arbeitet auch die Basis der Konsumvereine Rosittens. Ihr fehlt es an Selbstinitiative, sie bemüht sich nicht, Fehler und Mängel zu beseitigen. Die Misstände im Handel der Stadt werden auch durch die Oberflächlichkeit des Zentrums**) ver-

*) Es scheinen diejenigen Waren zu sein, die der Bevölkerung durch die Preiserhöhung im November 1940 unzugänglich gemacht waren!

**) D. h. der Behörden in Riga.

ursacht. So z. B. hat die Rosittener Basis das Schreibpapier dreimal angefordert: am 2., 9. und 25. Februar, hat es aber nicht erhalten ... Eine ausserordentliche Unordnung ist in der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch festgestellt worden. *Schon längere Zeit fehlt in der Stadt Rindfleisch* und das hat eine Unzufriedenheit in der Stadt erregt."[21]

Solche Klagen erklangen auch in anderen Städten, so z. B. in Mitau auf einer Versammlung der Leiter der Handelsunternehmen und der Handelsbehörden Mitaus sprach ein Mitglied des Stadtkomitees der Partei: „Der Redner wies auf viele Mängel, Misstände und schwache Arbeitsdisziplin (im Handel) hin. In den Handelsunternehmungen wird heimlich Alkohol gebraucht, *die Käufer werden oberflächlich bedient, es herrscht grosse Unreinlichkeit* ... Man versorgt die Geschäfte nicht rechtzeitig mit Nahrungsmitteln ... Die Angestellten sind passiv; im Geschäfte wird getrunken ... Die Mehllager befinden sich in untauglichen Räumen, das Mehl verdirbt ... Es sind nicht Sachverständige zur Gestaltung des Mitauer Handels herangezogen worden."[22]

Die Debatten und Resolutionen[23] des Kongresses des Verbandes der Konsumvereine der Lettländischen SSR im März 1941 in Riga geben ein Bild der bolschewistischen Misstände im kooperativen Handel. In den Resolutionen wird betont: „In der praktischen Arbeit sind auch viele Mängel. Es hat Störungen in der Versorgung mit Waren des Massenverbrauchs gegeben, in einer Reihe von Geschäften wurden die Waren unordentlich aufbewahrt, die Reinlichkeit wird nicht beachtet, und die Verkäufer benehmen sich unliebenswürdig dem Publikum gegenüber." In den Debatten erzählte ein Genosse Zāģeris aus Jakobstadt, dass Fälle vorgekommen seien, wo wegen schlechter Organisation und Unordnung *„100 Pferdegespanne drei Tage vergeblich nach künstlichen Düngern gefahren seien und wo das vierte Mal sich die Bauern zu fahren geweigert hätten."* Über die „Vorzüge" der sozialistischen Planwirtschaft erzählte Genosse Iwanow aus Preekuln (eine kleine Stadt mit 1300 Einwohnern): „Zur Versorgung der Stadt mit Brot

ist ein neuer Ofen nötig, ... aber wir können keine feuerfesten Ziegel bekommen, weil es sich erweist, dass *dieselben im Plane nicht vorgesehen sind.* Das verzögert die ganze Versorgungsarbeit." Auch ein Genosse aus Libau sagte: „es können im Brotbacken grosse Störungen eintreten, wenn man die feuerfesten Ziegel nicht besorgen wird." Genosse Rubulis aus Ludsen (eine Stadt mit 5500 Einwohnern) erzählte: *„Statt der geforderten Sommermützen sind uns Wintermützen zugeschickt worden, statt Männerfahrräder Frauenfahrräder,* usw. Manchmal schickt man Rechnungen 2 Wochen später zu als Waren, manchmal wieder umgekehrt." — Die Bedeutung des *privaten* Unternehmertums und der Privatinitiative im Handel charakterisierte folgende Bemerkung des Genossen Schumilin aus „Zentrosojus" (Zentrale der sowjetrussischen Konsumvereine in Moskau): „In der Nähe von Riga in einem Konsumvereine trafen wir den Geschäftsleiter, der früher der Privatbesitzer dieses Geschäftes gewesen war. Im Geschäfte waren keine Waren. Als wir ihn fragten, ob er die Waren auch dann nicht bekommen hätte, wenn das Geschäft *ihm selbst* gehören würde, antwortete er, dass er *in solchem Falle die Waren bestimmt bekommen hätte.* Solche Angestellte muss man aus Konsumvereinen sofort vertreiben."

c) Misstände bei Zustellung von Zeitungen.

Über die früher so einfache Sache wie die Zustellung von Zeitungen wurden in der Presse lange Klageartikel geschrieben. Die Durchführung dieser Arbeit war Aufgabe der neugeschaffenen Filiale einer besonderen Moskauer Behörde — der „Sojuspetschatj". Zeitungskioskeninhaber in Städten und Zeitungsabonnenten sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande beklagten sich über die „grossen Mängel" in der Tätigkeit dieser Behörde: „Die Kioskeninhaber der Städte beklagen sich, dass 1) den Kiosken Zeitungen viel zu spät zugeschickt werden; 2) Zeitungen unordentlich eingepackt und beschädigt sind und in ungeprüfter Anzahl zugeschickt werden ..." — „Es sind Fälle vorgekommen, wo die

„Atpūta"*), die schon am Freitag erscheint, in den Kiosken erst am Sonntag Nachmittag empfangen wurde. Die Zeitungen werden gewöhnlich um 8½, 9 und 10 Uhr geliefert, die „Padomju Latvija" ist einmal sogar erst am Nachmittag zugesandt worden. Zeitungen werden oft zerrissen und beschmutzt zugeführt, ... und sehr häufig erwies es sich, dass die angegebene Exemplaranzahl in dem Paket nicht vollzählig gewesen ist... Ebenso werden Zeitungen den Abonnenten ins Haus und zu Arbeitsstellen mit Verzögerungen zugestellt. Um die Massen an das systematische Lesen der Zeitungen zu gewöhnen,... müsste man Zeitungen früher zustellen — und zwar um 6, 6½, 7 Uhr morgens, in einer Zeit, wenn unorganisierte**) Leser zur Arbeit gehen. Das würde diese Leser veranlassen, schon auf dem Wege zur Arbeit die Zeitung zu lesen. Erscheint die Zeitung erst später, dann erhalten alle diese Leser die Zeitung nur nach der Arbeit, wenn das Interesse für die Zeitung fast vergangen ist."[24]

d) Handelsgeschäfte in ungenügender Anzahl.

Die Verbraucher hatten Schwierigkeiten auch wegen der ungenügenden Anzahl der Staats- und Kooperativgeschäfte. Der alte private Handelsapparat war zerstört und der neue bolschewistische war noch nicht vorhanden. Im Befehl Nr. 365 des Volkskommissars des Handels vom 12. April 1941 war zu lesen[25]: „... neben Erfolgen weist die Arbeit des Staats- und kooperativen Handels eine Reihe von ernsten Mängeln auf. Der grösste Teil der Handelsgeschäfte befindet sich in Zentren der Städte, *in den Arbeiterbezirken und am Stadtrande ist ihr Netz jedoch ungenügend*... Besonders zurückgeblieben ist das Netz der Nahrungsmittelgeschäfte..." Weiter wurde die Vergrösserung der Anzahl der Handelsgeschäfte bis zum 1. Januar 1942 und auch die Beseitigung anderer Mängel des Handels befohlen.

*) D. h. „Erholung" — eine weitverbreitete illustrierte lettische Zeitschrift, die allwöchentlich erschien.

**) D. h. die Leser, welche die Zeitung nicht abonnieren, sondern täglich kaufen.

Aber noch im Juni 1941 klagten Verbraucher über eine ungenügende Anzahl von Geschäften, man schrieb z. B.: „In Kiefernhalt*) ist ein Lebensmittelgeschäft vorhanden und darum stehen dort immer lange Reihen ... Am Morgen steht man in der Reihe sogar bis 2 Stunden, um in das Geschäft hineinzukommen ... Wäre es nicht besser, wenn die Einwohner diese Zeit für ihre Erholung oder Arbeit verbrauchen würden? Man muss dafür sorgen, dass in Kiefernhalt noch ein Lebensmittelgeschäft eröffnet wird." (Cīņa, 4. VI 1941).

e) Konferenz der Handelsleiter im Mai 1941.

Auf einer Konferenz des „Aktivs" seines Volkskommissariats Ende Mai 1941 tadelte der Volkskommissar des Handels öffentlich seine höchsten Angestellten (Leiter von Handelsunternehmungen, Angestellte des Volkskommissariats u. a.). Seine Rede und die Debatten der Konferenz charakterisieren die Mängel und Misstände des Sowjethandels in Lettland. Der Redner betonte u. a. folgendes:[26] „Warum fehlen in Geschäften häufig Waren? Darum, weil die Leiter der Unternehmungen sich sehr wenig für die Befriedigung der Bedürfnisse der Verbraucher interessieren ... *Wenn die Leiter unseres Handels künftig nicht mehr Initiative zeigen und in der Arbeit nicht genügend energisch sein werden, wird man sie von ihren Ämtern entheben müssen* ... Die Angestellten des Kommissariats verrichten ihre Arbeit *bürokratisch, formell* und verbergen sich hinter Bergen von Papieren ... Bald werden die Arbeitermassen an den Rigaer und Libauer Strand fahren, aber für ihre Ernährung und Bedienung in den Geschäften ist nicht genügend gesorgt worden ... Es ist viel über die schlechte Bedienung der Käufer geklagt worden ... Die Sommersaison hat tatsächlich schon begonnen, aber für das entsprechende Warenassortiment ist wenig gesorgt worden. Eine anormale Erscheinung ist, dass in den Basen Winterwaren liegen, aber das, was der Verbraucher im Sommer nötig hat, fehlt." ...

Auf derselben Konferenz sprach auch der Stellver-

*) Eins von den Bezirken des Rigaer Strandes.

treter des Volkskommissars, was in derselben Zeitung folgendermassen geschildert wurde: „Die Leiter der Handelsorganisationen haben vom Stellvertreter des Volkskommissars Genossen Bagel scharfe Vorwürfe zu hören bekommen ... Es ist sehr wenig getan worden, um Hilfswirtschaften*) zu schaffen, denen es möglich wäre, die Geschäfte mit Nahrungsmitteln zu beliefern. In der Dünaburger Hilfswirtschaft ist die Lage sehr schlimm. Die Leiter dieser Hilfswirtschaft denken, dass Schweine in grösstem Schmutz leben müssen; aber wenn es sich dann erweist, dass die Tiere krank geworden sind, antworten die Leiter, sie hätten keine ärztlichen Kenntnisse. Warum ist alles so furchbar vernachlässigt worden? Die Hilfswirtschaft leitet der ehemalige Besitzer, und *dieser hat die Frechheit zu behaupten, dass in alten Zeiten, als alles ihm gehörte, die Hilfswirtschaft in Ordnung gewesen sei.* Im Geschäft Nr. 4 in Dünaburg ist unlängst eine Reparatur gemacht worden, aber schon jetzt muss man sich schämen dort hineinzugehen. Es scheint, dass das Geschäft *nie gereinigt worden ist* ... In Dünaburg sind Handelsgeschäfte, in denen man in einer Nacht Remonte machen könnte, aber in der Praxis haben sich die Reparaturen bis zu 6 Wochen in die Länge gezogen. Die Türen sind verschlossen, und die Verbraucher müssen stark darunter leiden."

Einer von den Rednern (der Stellvertreter des Direktors des „Rigaer II. staatlichen Handelsunternehmens") betonte: „Die Mängel im Handel sind zum grössten Teil durch die *übermässig niedrigen Löhne* zu erklären. Angestellte gehen täglich zur Industrie über und Stellvertreter so schnell zu erziehen, ist nicht möglich." Wie schon im Kapitel VIII erwähnt, waren die Reallöhne der Handelsangestellten in der Bolschewistenzeit viel niedriger, als im Freistaate Lettland.

---

*) Landwirtschaftliche Betriebe, die ihren ehemaligen Besitzern fortgenommen wurden. Solche „Hilfswirtschaften" besassen verschiedene Sowjetbehörden und auch Handelsunternehmungen.

f) Mängel im kooperativen Handel.

Dieselben Mängel schilderte der Vorsitzende der Verwaltung des Verbandes der Konsumvereine der Lettländischen SSR auf einer Konferenz[27] des „Aktivs" dieses Verbandes Ende Mai 1941: „Die Verteilung der Geschäfte*) ist nicht richtig, an einer Stelle sind viele, an einer anderen wenig Geschäfte. In der Gemeinde Aglohn sind auf 6600 Einwohner 5 Geschäfte, aber in der Gemeinde Kappingen auf 7000 nur ein Geschäft... Auch für Warenreserven ist wenig gesorgt worden. Im Geschäfte in Bikernieki gibt es kein Weissbrot, keine Zigaretten, keine Kinderschuhe, keine Toilettenseife und keinen Branntwein... Es ist viel über Pläne gesprochen, aber *häufig existieren diese Pläne nur auf dem Papier*... Die Annahme von Gemüse, Beeren und Pilzen musste vorbereitet sein, aber für Räume, Keller und Geschirr ist nicht gesorgt worden." — Der Vertreter des Konsumvereins in Schwanenburg klagte: „Das Warenassortiment auf dem Lande ist schlecht. Für die Sommergewebe, für Arbeitskleider und für viele andere notwendigen Waren des Massenverbrauchs ist nicht gesorgt worden." — Die Protokolle der Konferenz betonen die Wichtigkeit der „Kaderfrage" (d. h. der Frage des Angestelltenpersonals): „Viele Redner der örtlichen Konsumvereine berührten die so schmerzhafte Kaderfrage. Die Eröffnung der Geschäfte und die gute Bedienung der Käufer wird in starkem Masse durch den Kadermangel gestört... Immer mehr muss man die Frau**) zu leitenden Ämtern heranziehen." — Der Leiter der Handelsabteilung des Zentralkomitees der LKP sagte u. a.: „Bei der Nationalisierung der Geschäfte wurden Fehler zugelassen. *In der Gemeinde Wolkenburg waren früher 15 Geschäfte, jetzt aber sind dort nur 3.* In der Gemeinde Kaunaten sind von 12 nur 2 Geschäfte geblieben. Bei der Nationalisierung der Geschäfte darf man nicht nur Waren beschlagnahmen, sondern man muss auch dafür sorgen, dass die Räume

*) D. h. der Geschäfte der Konsumvereine.
**) Weil sie sich mit einem niedrigeren Lohne zufriedenstellen lässt.

der Unternehmung auch künftig für den Handel ausgenutzt werden könnten. Das Handelsnetz muss nicht verringert, sondern erweitert werden. Geschäfte müssen nur in Ausnahmsfällen liquidiert werden."

*

Die Nationalisierung des Handels, die Zerstörung des Privathandels, die Unterdrückung jeder Selbstinitiative der Leiter der staatlichen Handelsunternehmungen, die geringe Bildung der neuen Leiter der Handelsunternehmungen und das häufige Fehlen jeder Handelskenntnisse bei ihnen, die Senkung der Reallöhne der Handelsangestellten, der ausserordentlich schwerfällige bolschewistische Handelsapparat und die ebenfalls schwerfällige Kontrolle der Tätigkeit des Handelsapparates und die „Planung" des Handels, das waren Ursachen des Verfalls und der Verwirrung im Handel Lettlands. Zu alledem kam noch die durch die bolschewistische Politik geförderte beständige Einkaufspanik der Bevölkerung und die grosse Kauflust der enormen Zahl der aus der Sowjetunion nach Lettland gekommenen Offiziere und Angestellten (zum Teil auch der Soldaten), denen die lettländischen Warenpreise am Anfang phantastisch niedrig und auch nach der Preiserhöhung im November 1940 noch nicht überhöht*) erschienen. Diese aus Russland angekommenen Sowjetleute kauften in Lettland die verschiedenartigsten Waren (Kleider, Schuhe, Stiefel, Fahrräder, Rundfunkempfänger, Uhren, Möbel, Nahrungsmittel usw.) und nicht nur für sich, sondern auch für ihre Frauen und Kinder und für Verwandte und Freunde in der Sowjetunion (man schickte die Waren nach der Sowjetunion).— Alle diese Umstände ruinierten den lettländischen Handel, die Warenvorräte wurden immer kleiner, die Ein-

*) So z. B. kosteten nach dem November 1940 in Riga Schuhe etwa 80—100 Rubel, aber in Moskau — 250 Rubel; die Preise der Wollgewebe waren in Riga mindestens zwei- bis dreimal niedriger. Ausserdem konnte man in Lettland Waren ganz anderer Qualität als in der Sowjetunion bekommen. Viele in Lettland ganz alltägliche Erzeugnisse waren in der Sowjetunion auch für Geld nicht zu bekommen.

kaufschwierigkeiten immer grösser, und viele Waren konnte man gan nicht mehr bekommen. Die Bolschewisten hatten den Arbeitern und der Bevölkerung eine bessere Versorgung mit Waren versprochen, aber auch das war nur Lüge und Betrug.

B. TRANSPORT.

1. Veränderungen auf den Eisenbahnen.

Die Eisenbahnen haben die Bolschewisten nicht zu nationalisieren brauchen, denn dieser Wirtschaftszweig befand sich bereits im Freistaate Lettland im Staatsbesitz. Die lettländischen Eisenbahnen wurden in das System der Eisenbahnen der Sowjetunion eingegliedert und direkt dem Volkskommissariat des Verkehrs in Moskau (dem Volkskommissar L. M. Kaganowitsch) unterstellt. Auch in den übrigen einzelnen Sowjetrepubliken gab es derartige selbständige Volkskommissariate nicht. Auf der Versammlung der Eisenbahngewerkschaft am 3. September 1940 betonte der Chef der „Eisenbahn der Lettländischen SSR" A. Worobjow (ein Russe aus der Sowjetunion) folgende Grundaufgaben der Eisenbahner:[28] „Um zu verstehen, wie gross die Bedeutung unserer Eisenbahn ist, genügt daran zu erinnern, dass vor dem imperialistischen Kriege*) durch die drei Häfen Lettlands — Riga, Libau und Windau — 21% der gesamten Ausfuhr Russlands gingen ... Das sozialistische Vermögen zu schützen — das ist das erste und wichtigste Gebot, welches sofort in das Herz jedes Eisenbahners eindringen muss ... Die Beachtung der strengsten Arbeitsdisziplin ist das zweite wichtigste Gebot der Eisenbahner ... Wir werden sehr viel arbeiten müssen, um die Menschen umzubilden. Augenblicklich glauben einige politisch unbewusste Eisenbahner, dass es ihnen, weil die Sowjetgewalt gekommen ist, erlaubt ist, ungestraft die Disziplin zu zerstören. Ein-

*) Der Weltkrieg im Jahre 1914.

zelne Eisenbahner kommen betrunken oder kommen gar nicht zur Arbeit ..."

Auch in der Eisenbahnwirtschaft vollzogen sich dieselben charakteristischen Veränderungen, wie in anderen Wirtschaftszweigen. Die schwerfällige Verkehrs- und Arbeitsorganisation der sowjetrussischen Eisenbahnen wurde auch in Lettland eingeführt. Es wurden viele neue unnötige Dienstposten eingeführt und *das Betriebspersonal*[29] *der Eisenbahnen vergrösserte sich von ca. 13.000 im Jahre 1939/40 auf rund 26.000 im Juni 1941.* Im Freistaate Lettland war die Entwicklung eine entgegengesetzte gewesen. Im Jahre 1924/25 betrug die Anzahl des Betriebspersonals 16.600 (durchschnittlich 6,4 auf 1 km der Strecke oder 3,2 auf 1000 Zugkilometer), aber im Jahre 1939/40 nur 13.000 (4,0 auf 1 km der Strecke oder 1,3 auf 1000 Zugkilometer). Im Juni 1941 betrug das Betriebspersonal 7,7 auf 1 km der Strecke. Der Personalbestand wuchs in allen Zweigen der Eisenbahnwirtschaft. Das übermässige Anschwellen des Personalbestandes in den Behörden und Unternehmungen ist immer eine Eigentümlichkeit der Sowjetwirtschaft gewesen. Viel unnütze Arbeit und daher eine übermässig grosse Zahl von Angestellten erforderte das von den Bolschewisten eingeführte tägliche Sammeln verschiedener statistischer Daten (angefangen von den niedrigsten Dienststellen) und die Zusammenstellung und das Weiterschicken dieser Daten an das Volkskommissariat des Verkehrswesens in Moskau. Die Kleinlichkeit dieser Daten und die verlangte Präzision überschritten die Grenzen der reellen Bedürfnisse. Während der Bolschewistenzeit verloren die Eisenbahnen eine grosse Anzahl von tüchtigen und erfahrenen Angestellten und Arbeitern. Vom Juni 1940 bis Juli 1941 mussten 678 Personen ihren Dienst verlassen, von diesen sind 311 nach der UdSSR verschleppt und etwa 207 verhaftet worden. Die Letzteren sind anscheinend auch nach der UdSSR verschleppt oder sogar erschossen worden. — Wie überall in den Sowjetbehörden und Unternehmungen, waren auch im Eisenbahndienst die durchschnittlichen Reallöhne der Angestellten sehr niedrig, *viel niedriger als sie im Freistaate Lettland waren.* Die

kleinen Angestellten bekamen[80] 150—175 Rubel, Vorsteher von Bahnhöfen der 3. und 4. Klasse Rub. 300—450, ihre Gehilfen — Rbl. 210—310 im Monat. Im Freistaate Lettland wurde denselben Vorstehern von Bahnhöfen Ls 159—247 und ihren Gehilfen Ls 144—190 gezahlt, wobei man aber nicht vergessen darf, dass nach den Lebenshaltungskosten, vor und während der Bolschewistenzeit berechnet, 3 Sowjetrubel 1 Lat gleich sind. Die Kaufkraft der Ls 159—247 war gleich der von etwa 480—740 Rub., die Kaufkraft der Ls 144—190 gleich der von 430—570 Rub. gewesen.

Ab 16. November 1940 wurden die Passagiertarife um 50% erhöht und alle bisherigen Ermässigungen (für Schüler, Sportvereine u. a.) aufgehoben. Gleich darauf wurde angeordnet, den allgemeinen lettländischen Personentarif dem sowjetrussischen Tarif gleichzustellen, und ab 1. Dezember 1940 wurde der allgemeine lettländische Tarif um etwa 200% (im Vergleich mit der Zeit vor dem 16. November) erhöht. Die Arbeiterlöhne wurden jedoch ab 10. November nur um 40—50% „erhöht", die Angestelltenlöhne um noch viel weniger. Man sieht, dass das Reisen mit der Eisenbahn zu einem relativ sehr kostspieligen Vergnügen gemacht worden war. — Der sowjetrussische Gütertarif ist auf den lettländischen Eisenbahnen ab 1. März 1941 eingeführt worden. Die Eigentümlichkeit dieses Tarifes war u. a. die, dass die Fracht für private Absender um 100% (im Vergleich mit den Normalsätzen) höher festgesetzt war.

Der Personenverkehr verminderte sich während der Bolschewistenherrschaft; im Jahre 1940 war er kleiner als im Jahre 1939, und im Jahre 1941 wurde er noch geringer. Die Zahl der Personenzüge wurde vermindert, hauptsächlich im Nahverkehr (welcher meistens von den Angestellten und Arbeitern benutzt wurde). Die Geschwindigkeit der Personenzüge auf den wichtigsten Eisenbahnlinien erreichte im Jahre 1939 die Höchstzahl von 90 bis 100 km pro Stunde, im Jahre 1941 betrug sie nur noch 70 km. Dadurch verlängerte sich die Reisedauer zwischen den wichtigsten Punkten um 35—50%, was sich sehr ungünstig auf den Personenverkehr auswirkte. — Der Güterverkehr vergrösserte sich

in der Sowjetzeit: in der ersten Hälfte des Jahres 1941 sind 4,3 Mill. t befördert worden, in der ersten Hälfte des Jahres 1940 waren es nur 2,5 Mill. t. Eine immer grössere Bedeutung erreichten die Beförderungen des Heeres und die Transporte für seine Versorgung. Es vollzog sich auch eine beschleunigte *Ausfuhr von lettischen Waren (Holzmaterialien, Furnieren, Papier, lebenden Tieren, Butter usw.) nach der Sowjetunion.*

Die finanzielle Lage der Eisenbahnen wurde in der Sowjetzeit immer schlimmer. Während in den letzten Jahren des Bestehens des Freistaates Lettland die Einnahmen der Eisenbahnen vom Personen- und Güterverkehr alljährlich beträchtlich grösser waren als die Betriebsausgaben (der Überschuss betrug im Jahre 1936/37 Ls 5,1 Mill., 1937/38 — 10,8 Mill., 1938/39 — 5,5 Mill.), betrug das Defizit schon allein im Monat Dezember 1940, trotz gesteigerter Güterbeförderung und erhöhter Personentarife, 6,5 Mill. Rubel. Im Januar 1941 waren die Einnahmen 9,6 Mill., die Betriebsausgaben aber — 14,4 Mill. Rubel, im Februar — 8,6 und 14,1 Mill., im März — 11,0 und 16,1 Mill. Rubel. Das monatliche Defizit betrug also etwa 5—6 Mill. Rubel.

2. Folgen der „Planwirtschaft".

Obgleich auf den Eisenbahnen die so gerühmte sowjetrussische Planwirtschaft eingeführt war, wurde über die schlechte Arbeit der Eisenbahnen sehr viel geklagt (früher war das nicht der Fall). So z. B. konnte man am 21. März 1941 lesen[31]: „Wegen fehlender planmässiger Übereinstimmung zwischen Industrie und Transport haben mehrere Fabriken und Unternehmungen, hat die ganze Volkswirtschaft gelitten. Im Rigaer Hafen sind vom 1. Januar bis zum 5. Februar wegen nicht rechtzeitiger Waggonlieferungen 11.580 Arbeitsstunden versäumt und den ohne Arbeit stehenden Arbeitern 18.907 Rubel bezahlt worden. In der Rigaer Zementfabrik müssen für die Erzeugung von Romanzement täglich 2—3 Waggons Gipsstein herangeschafft werden. *Wegen Waggonmangel konnte die Fabrik nur in einem beschränkten Umfange arbeiten* und ab Ende

Februar, als alle Rohstoffe aufgebraucht waren, musste man die Fabriköfen sogar auf 9 Tage auslöschen... Der grösste Mangel in der Arbeit unserer Eisenbahn ist die Nichterfüllung des Planes... Es ist vorgekommen, dass in der ersten Hälfte des Monats Waggons gar nicht oder in einem verminderten Umfange geliefert wurden, am Ende des Monats aber ist dann die Lieferung im Sturmtempo erfolgt... *Der „Rote Metallurg" hat im März 105 Waggons beantragt, erhielt aber in der ersten Hälfte des Monats nur 10 Waggons.* Die Fabrik ist mit fertigen Erzeugnissen, welche von den Abnehmern erwartet werden, überfüllt, und es fehlt an Platz für neue Waren. Für die Rigaer Glasfabrik waren im März 61 Waggons vorgesehen, aber bisher sind nur 8 geliefert worden. Für den Bautrust waren im März 788 Waggons vorgesehen, aber bis zum 15. März sind nur 121 geliefert worden... Der Trust der Ziegelindustrie hatte die Genehmigung für 58 Waggons ausserhalb des Planes erhalten, um Ziegel von Riga für den Bau der neuen Maschinen-Traktoren-Stationen eilig zu liefern. In den ersten 4 Tagen wurde kein Waggon gegeben, und später wurden die Waggons unregelmässig geliefert. Der Bau der M. T. S. droht strk verzögert zu werden... Die Unternehmungen wissen gewöhnlich nicht, wann man ihnen die Waggons liefern wird. Vom Trust der Torfindustrie wird berichtet, dass an einem Tage Waggons um 8 Uhr, am anderen um 14 Uhr, und schliesslich an einem dritten Tage in der Nacht oder gar nicht mehr geliefert wurden. Arbeiter muss man für alle drei Schichten bereit halten und ihnen Lohn zahlen, denn für jeden zurückgehaltenen Waggon ist eine hohe Strafe angesetzt. Die geladenen Waggons stehen später oft 24 Stunden an einer Stelle." Weiter werden noch viele andere derartige Beispiele der schlechten Arbeit der Eisenbahnen angeführt. So sah die berühmte bolschewistische Planwirtschaft in Wirklichkeit aus!

XII

Planwirtschaft

Immer wieder betonten die Bolschewisten, dass ihre Wirtschaftsführung einen unermesslichen Vorzug vor der Wirtschaft des „Kapitalismus" besitze — die Planwirtschaft. Das verhindere und beseitige die Wirtschaftskrisen und die Arbeitslosigkeit, das hebe systematisch das materielle und kulturelle Lebensniveau der Bevölkerung, das komme der Produktion zugute. Auch in Lettland rühmten die Bolschewisten die Wunder der Planwirtschaft. Man konnte denken, dass in der Sowjetunion, wo die Planwirtschaft schon 20 Jahre lang existierte, für alle Wirtschaftszweige Handbücher der Planung ausgearbeitet und gedruckt wären, aus welchen jeder die ganze Weisheit der Planungsarbeit leicht schöpfen könnte. Aber in Wirklichkeit war es nicht so. Aus der Sowjetunion bekamen die Angestellten der lettländischen Volkskommissariate, der Trusts und der Industriebetriebe, besonders in den ersten Monaten der Bolschewisierung Lettlands, keine oder fast keine Belehrungen. Es kamen von dort nur einige Formulare, welche bei der Planaufstellung ausgefüllt werden mussten.

1. Industrieplanung.

Die Planung der Industrieproduktion verlief etwa folgendermassen. Für jeden Monat, jedes Vierteljahr und jedes Jahr musste ein Plan ausgearbeitet werden. Alle nationalisierten Betriebe jedes Volkskommissariats der Industrie mussten mehrere Formulare ausfüllen: den Plan der Erzeugnisse, den Plan der Kader und Löhne, der Rohstoffe und Materialien, der Kapitalreparaturen

und der Hilfsmaterialien, des Brennstoffverbrauchs, der Selbstkostenkalkulation, der Beschaffung von Maschinen und Einrichtungen, usw. Im „Plan der Erzeugnisse" musste jeder nationalisierte Industriebetrieb die faktische Produktionsmenge eines jeden Erzeugnisses der letzten vergangenen Zeitperiode angeben (des letzten Vierteljahres und Jahres); auch die Vorräte an Erzeugnissen, die für den nächsten Produktionszeitabschnitt (Vierteljahr, Jahr) vorgesehene Produktion (Menge und Wert), die zum Verkaufen vorgesehenen Erzeugnisse, die Vorräte der Erzeugnisse am Ende der Planperiode usw. mussten angegeben werden. Im „Plan der Kader und der Löhne" musste jeder Industriebetrieb für jede Arbeiter- und Angestelltengruppe („Brigadiere", Handwerker, Arbeiter, Lehrlinge, Ingenieure und technisches Personal, Büroangestellte usw.) deren Anzahl und die Gesamtsumme der Löhne pro Monat vorherbestimmen. Der „Plan der Rohstoffe und Materialien" bestand aus Angaben für Rohstoffe, die im vorigen Zeitabschnitt verbraucht und für die Planperiode zum Verbrauch noch vorgesehen waren.

Diese Betriebspläne übersandte man dem entsprechenden Trust (z. B. dem Trust der Baumwollindustrie, usw.) und dort wurde der Gesamtplan für den ganzen Industriezweig aufgestellt. Dieser letztere wurde dem entsprechenden Volkskommissariat weitergegeben, wo man den Gesamtplan für die ganze dieser Behörde unterstellte Industrie ausarbeitete. Von den Volkskommissariaten gingen die Pläne zur „Staatlichen Plankommission" (deren Vorsitzender gleichzeitig der Stellvertreter des „Ministerpräsidenten" — des Vorsitzenden des Volkskommissarenrates war) und da entstand der schon erwähnte „Volkswirtschaftsplan der Lettländischen SSR" (für das Jahr 1941), der noch nach Moskau geschickt und dort von der Staatlichen Plankommission der UdSSR geändert, genehmigt und bestätigt werden musste.

2. Der Volkswirtschaftsplan Lettlands und seine Erfüllung.

Der „Volkswirtschaftsplan der Lettländischen SSR" ist schon teilweise erwähnt worden. Der Hauptbestandteil dieses Planes war der Industrieplan. Die weiteren Teile waren: „Kapitalarbeiten", Landwirtschaft, Handel, Volksbildung, Beschaffung von Rohstoffen, Materialien, Brennstoffen und Betriebseinrichtungen. Im Landwirtschaftsplan war die gesamte Fläche der Winter- und Sommersaaten für das Jahr 1941 mit 2.087.000 ha festgesetzt (weiter folgte die Gliederung nach den einzelnen Kulturen) und für dasselbe Jahr wurden folgende durchschnittliche Ernten*) pro Hektar und folgende Gesamternten „bestimmt": Winterroggen — 14,63 Zentner (100 kg) pro Hektar und 4.396.300 Zentner Gesamtertrag; Winterweizen — 16,67 und 1.241.900 Zentner, usw. Es wurde auch der Viehstand, welcher Ende 1941 in Lettland vorhanden sein musste, „bestätigt". Ende 1941 mussten in Lettland 420.000 Pferde und 1.180.000 Stück Rindvieh, usw. vorhanden sein. — Über den Handel wurde „bestimmt", dass der Warenumsatz im Kleinhandel (im Staats- und Kooperativhandel) im Jahre 1941 1400 Millionen Rubel betragen sollte.

„Der Volkswirtschaftsplan ist seinem Wesen nach Staatsgesetz, dessen Erfüllung obligatorisch ist. Die Kontrolle der Realisation des Staatsplanes ist gleichzeitig auch ernste Kontrolle der Qualität der Wirtschaftsführung, eine Kontrolle der Fähigkeiten der Wirtschaftsleiter, den Kampf um die Erfüllung der quantitativen und qualitativen Koeffizienten des Produktionsprogramms zu organisieren." Mit diesen Worten charakterisierte der Bevollmächtigte der Staatlichen Plankommission der UdSSR in Lettland G. Bikow[1] die Bedeutung des volkswirtschaftlichen Planes.

Alle 10 Tage musste jeder nationalisierte Industrie-

*) Die im Plane vorgesehene Erntengrösse (auch die Zahlen des Viehbestandes) unterschied sich nicht viel von den entsprechenden Zahlen der letzten Jahre des Freistaates Lettland.

betrieb einen „Dekadebericht" über die Erfüllung des Produktionsplanes seinem Trust einreichen; ausserdem musste er einen Bericht über die Erfüllung des Monats-, Vierteljahres- und Jahresplanes (in manchen Fällen wurde die Produktion sogar täglich gemeldet) dem Trust angeben. Vom Trust ging die Zusammenstellung zum Volkskommissariat und von dort wurde ein Gesamtüberblick der Staatlichen Plankommission übergeben. In jedem Trust und jedem Volkskommissariat bestand eine besondere Planabteilung, die hauptsächlich mit der Ausarbeitung und der Kontrolle der Planerfüllung beschäftigt war. Auch die einzelnen Betriebe hatten mit der Ausarbeitung und der Berichterstattung der Planerfüllung viel zu tun. Es fehlten Handbücher und autoritative Erklärungen, man wusste nicht recht, wie und was zu melden; die Planungsarbeit erforderte viel Zeit und viel Anstrengung, und dennoch waren die Ergebnisse nicht erfreulich.

Die erfolgreiche oder ungenügende Arbeit der Industrieunternehmen, des Trusts oder des Volkskommissariats (sogar der Sowjetregierung!) wurde hauptsächlich nach dem *Prozentsatz der Planerfüllung* gewertet. Wenn der mengenmässige Produktionsplan im Umfange von 100% oder sogar etwas besser erfüllt worden war, dann war es gut, und alle Leiter der Industrie freuten sich. Wenn jedoch der Produktionsplan nicht im vollen Umfange durchgeführt war, dann hatten die leitenden Personen eine scharfe Kritik der höher stehenden Behörden, der Partei und der Presse zu erwarten. Hatte man den Plan übermässig gut erfüllt, dann war es auch schlecht, jedenfalls aber besser, als wenn der Produktionsplan nicht hundertprozentig erfüllt worden war. Gewöhnlich hatte es keinen Nutzen, wenn die Fabrik auch beweisen konnte, dass die Erfüllung des Planes unmöglich gewesen ist, weil irgendwelche Materialien (vielleicht Einfuhrware aus der Sowjetunion) gefehlt hatten oder etwas anderes nicht zur Verfügung stand. Das Entscheidende der ganzen Angelegenheit war stets, dass der Plan nicht hundertprozentig erfüllt worden war, das war für das Unternehmen und ihre Leiter, auch für die höheren Industriebehörden

stets ein Makel, und darum waren alle Betriebsleiter und Industriebehörden immer sehr um die Planerfüllung besorgt. Um die Planerfüllung erreichen zu können, war das Einfachste — mässige oder niedrige Produktionspläne auszuarbeiten und vorzuschlagen, denn dann konnten die Ergebnisse der Planerfüllung nicht mehr so gefährlich für Betriebs- und Behördenleiter werden.

a) Absichtliche Verminderung der Produktionspläne.

Der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission erklärte auf einer Partei- und Gewerkschaftsversammlung folgendes[2]: „Wir verstehen schlecht die Aufstellung der Pläne. Und hier ist nicht nur der Mangel an Erfahrung schuld. Die Wurzeln sind tiefer zu suchen ... Einige unsere Kommissariate, Trusts und Fabrikleiter wollen nicht gerne den ernsten Kampf für die Realisierung eines anstrengenden hohen Planes aufnehmen. Sie wollen ... sich eine Rückendeckung schaffen und geben darum verminderte Pläne an. Das ist in einigen Betrieben der Metallindustrie, der Holzindustrie, der Baumaterialienindustrie und auch in anderen Zweigen konstatiert worden ... *Die Tendenz zur Verminderung der Pläne* ist ausserordentlich schädlich und gegen diese müssen alle gesellschaftlichen Organisationen unerbittlich kämpfen." — Also die schönen Zahlen der Planerfüllung waren kein Beweis der guten und produktiven Arbeit der bolschewistischen Industrie, sondern zeigten nur die „Weitsichtigkeit", mit der die Industrieleiter für ihre eigene persönliche Sicherheit, die im Sowjetstaate so notwendig war, gesorgt hatten.

b) Pläneerfüllung auf Kosten der Qualität der Ware.

Derselbe Redner rügte noch einen anderen wichtigen Missstand der Planerfüllung: „Es wäre völlig falsch zu denken, dass nur die Menge der Erzeugnisse die Planerfüllung bestimmt. *Die Planerfüllung wird nicht nur durch die Menge der Erzeugnisse, sondern auch durch ihre Qualität bestimmt.* Darum ist der Kampf um die gute Qualität der Erzeugnisse, der Kampf gegen den Ausschuss, die zweite wichtigste Auf-

gabe der... Bolschewisten in den Unternehmen. Es muss leider gesagt werden, dass diese wichtige Aufgabe noch sehr wenig beachtet wird. Die Ausschussproduktion wird fortgesetzt, und in einigen Industriezweigen zeigt sie sogar eine Wachstumstendenz." Aus Furcht vor der Nichterfüllung des vorgeschriebenen Produktionsplanes konnte die Warengüte nicht viel beachtet werden, denn die Hauptsache war und blieb die Quantität (die verschiedenen Ursachen des Ausschusses sind schon früher, im Kapitel über die Industrie, erwähnt worden).

c) Ungleichmässige Erfüllung der Pläne.

Die Betriebsleiter und alle Angestellten und Arbeiter wurden von den Bolschewisten immer wieder angespornt, den Produktionsplan nach Möglichkeit in noch grösserem Umfange zu erfüllen, als es dem Betrieb oder dem Industriezweig vorgeschrieben war, ungeachtet dessen, dass das dem Wesen der Planwirtschaft grösstenteils eigentlich widersprach, weil für das ganze Jahr Rohstoffe, Maschinen, Transportmittel und Arbeitskräfte zwischen den einzelnen Betrieben und Industriezweigen schon vorher verteilt waren und die Übersteigerung des Planes den gesamten Volkswirtschaftsplan irgendwie verwirren musste.

Wie wir gleich sehen werden, war nicht nur die Übererfüllung, sondern auch die hundertprozentige Erfüllung des Planes häufig schwierig und sogar unmöglich, eben weil Kleinigkeiten fehlten, die im Plane nicht vorhergesehen waren. *Gewöhnlich war eine grosse Übersteigerung des Produktionsplanes nur ein Ergebnis „schlechter" Planung.* Einer der Leiter der lettländischen Staatlichen Planungskommission schrieb in einem Aufsatz über die Erfüllung des Planes für das Jahr 1941 folgendes*: „Diese Zahlen*) zeigen, dass der Plan sehr ungleichmässig durchgeführt wird und das

*) D. h. Zahlen über die Erfüllung des Produktionsplanes im 1. Vierteljahr des Jahres 1941: Sägematerialien waren im Umfange von 83%, Tische — 76%, Betten — 83%, Zündhölzchen — 61%, Butter im Umfange von 143% des Planes erzeugt worden.

beweist, dass eine sehr schlechte Planung in den Unternehmen, Trusts, Kommissariaten und in der Staatlichen Planungskommission durchgeführt worden ist... Die Übersteigerung des Planes ist die beste und wünschenswerte Sache, aber wenn der Plan falsch ausgearbeitet worden ist, dann ist das schlecht. Das Übersteigern des Produktionsplanes kann noch erfolgreicher sein, wenn alles vorher vorgesehen ist und rechtzeitig die notwendigen Materialien angeschafft sind... Häufig kommt es jedoch vor, dass, falls jemand seinen Plan nicht erfüllt, *die Arbeitsmöglichkeit anderer Betriebe beeinflusst wird* und dadurch kann die Erfüllung des Planes der anderen Unternehmen zerstört werden."

Auch der Volkskommissar der Leichtindustrie beklagte sich auf der Konferenz des „Aktivs"*) seiner Behörde über die Planerfüllung[4]: „Im ganzen und in den wichstigten Posten ist der Plan**) gut realisiert worden. Aber... *in einzelnen Industriezweigen ist der Plan ungleichmässig durchgeführt — und zwar von Null bis 400%*. Das ist bestimmt eine unerwünschte Erscheinung... Der Plan für die Herstellung von Frauenstrümpfen ist im Umfange von 293%, aber der Plan für Männersocken — nur im Umfange von 58% erfüllt worden... Die Fabrik „Meteor" hat den Plan der Gummisportgeräte im Umfange von 910% erfüllt, aber das Spielzeug wurde, trotzdem es im Plane vorgesehen, gar nicht produziert... Wenn auch im Masstabe des ganzen Kommissariats diese Fehler ausgeglichen werden — in den Augen der Arbeiter der einzelnen Unternehmen *diskreditieren diese Fehler das ganze Planungssystem*... Welches sind die Ursachen dieser Fehler? Hier sind die Planungsabteilung des Volkskommissariats und die Trusts zu beschuldigen. Die Planungsabteilung des Kommissariats hat in einzelnen Fällen eine falsche Gesamtsumme

---

*) Die sog. Konferenzen des „Aktivs" der einzelnen Volkskommissariate bestanden aus den Leitern der Industriebetriebe, den leitenden Angestellten des Volkskommissariats und seiner Trusts und aus den angesehensten „Stachanowarbeitern" des betreffenden Industriezweiges. Es wurden die Erfolge und die Mängel der Industrie und der Behördentätigkeit besprochen.

**) D. h. der Plan des 1. Vierteljahres 1941.

des Planes ausgerechnet... Die Trusts haben den empfangenen Plan falsch zwischen den einzelnen Unternehmen verteilt... Die Unternehmen beachten die Arbeitsdisziplin nicht und erzeugen nicht das, was ihnen nach dem Plan vorgeschrieben ist, *sondern das, was schneller herzustellen ist und was finanziell vorteilhafter erscheint.* So z. B. erzeugen die Baumwollwebereien sehr gern die einfachen Printers (glatter, ungebleichter Kattun. A. C.), die alle Lager überfüllen, aber drücken sich vor der Erzeugung der Frauenkleidergewebe..."

3. Übermässige und unsinnige Arbeit in den Behörden.

Wie schon erwähnt, war die „planmässige" Versorgung der Industriebetriebe mit Rohstoffen und Materialien, als auch die „planmässige" Verteilung der fertigen Erzeugnisse der Industrie mit grossen Schwierigkeiten verbunden. Eine Plage für die Industrie und andere Wirtschaftszweige war die Zusammenstellung verschiedener statistischer Daten und eine ausserordentlich ausführliche Rechenschaftsablegung über die Tätigkeit der Betriebe und ganzer Industriezweige. Alle diese Arbeiten der Betriebe und der Behörden standen irgendwie im Zusammenhang mit der Planwirtschaft. Wie Lenin gesagt hatte: *„Sozialismus ist Registrieren."* Es wurde tatsächlich alles mögliche „registriert", und es wurden unzählige Formulare ausgefüllt. Und alles das musste gewöhnlich in grösster Eile getan werden, auf Befehl der Bolschewisten musste das Verlangte sofort da sein. Die Angestellten mussten nicht nur für die Sowjetbehörden arbeiten, sondern hatten auch viel für das Zentralkomitee oder die örtlichen Komitees der kommunistischen Partei (der wirklichen Regierung!), die beständig die Tätigkeit aller Unternehmen und aller Staatsbehörden kontrollierten, zu tun; die Parteiorganisationen verlangten von den Behörden und Unternehmen laufend verschiedene Berichte über ihre Tätigkeit, über ihre Pläne und deren Durchführung usw. In den Behörden hatte man keinen Tag Ruhe, die mittleren und höheren Angestellten waren nicht nur die

offizielle Arbeitszeit (durchschnittlich in den Behörden 7 oder 7½ St.), sondern häufig die doppelte Stundenzahl beschäftigt*). Sie wurden häufig aus ihren Wohnungen um Mitternacht zur Arbeit gerufen, um irgend einen neuen „Plan" oder seine Veränderung auszuarbeiten. Gewöhnlich hatte diese Eile gar keinen Sinn und keinen Nutzen. Auch für die Moskauer Behörden musste viel gearbeitet werden, dorthin schickte man laufend verschiedene Berichte und Daten. Die Angestellten, die lettische Intelligenz, hatten keine Lebensfreude mehr: ihr Reallohn machte nur die Hälfte oder 60—70% des früheren aus (häufig noch viel weniger, weil viele höhere Beamten degradiert worden waren), die Arbeitsmenge war aber viel grösser als früher (dazu war die Arbeit zum grössten Teil unsinnig und nutzlos). Die Angestellten aller Behörden waren damit vollkommen einverstanden, dass *das Sowjetregime die Eigentümlichkeit hat, den Angestellten ungeheure Menge von Arbeit, dabei grösstenteils unnütze Arbeit zu verschaffen* (dasselbe Urteil hörte damals der Verfasser auch von Offizieren der ehemaligen lettländischen Armee, des „Territorialen Schützenkorps"; die Offiziere erklärten, dass auch sie ihre Arbeit *nie vollenden können).* Dabei herrschten in der Behördenarbeit (ebenso in den Unternehmen) grosse Unklarheiten; die bolschewistischen Arbeitsmethoden und die Wünsche der Bolschewisten waren nicht genau bekannt, Befehle wurden häufig gewechselt, und die schon vollendeten Arbeiten wurden dadurch wertlos gemacht. Ausserdem mussten die Angestellten in einer beständigen Atmosphäre des Misstrauens, der Furcht und des Terrors arbeiten. *Die Intelligenz wurde von den Bolschewisten nur zeitweilig geduldet und grösstenteils als politisch verdächtig betrachtet.* Es war für die Intelligenz, die jetzt nur in

*) Nach der von den Bolschewisten eingeführten unsinnigen Ordnung musste in jeder Behörde regelmässig einer von den Angestellten den Nachmittag, den Sonntag und die ganze Nacht hindurch anwesend sein. Es musste jeden Augenblick jemand in der Behörde da sein (gewöhnlich war aber nichts zu tun). Den Angestellten waren auf diese Art und Weise Nächte, Sonntage und Festtage verdorben.

verschiedenen Sowjetbehörden und Sowjetunternehmen arbeiten und ihr Leben kümmerlich fristen konnte (weil es private Beschäftigungsmöglichkeiten nicht mehr gab, weil alles „nationalisiert", verstaatlicht war), eine schwere Zeit.

4. Unfug der Planwirtschaft.

a) In der Industrie.

Auf der Konferenz[5] des „Aktivs" des Volkskommissariats der Nahrungsmittelindustrie am 7. und 8. Mai 1941 erklärte der Direktor der grössten Bierbrauerei („Aldaris") folgendes: Wir sind beauftragt, die Bierbrauerei „Tannhäuser" zu restaurieren, aber uns fehlt Ammoniak, ohne welchen Stoff alle Arbeit nutzlos ist. *Die Materialbeschaffung „auf eigene Hand" ist häufig erfolgreicher als die gesetzlich erlaubte, die „planmässige".* Wir haben 1 kg Sohlenleder nötig. Zu diesem Zweck müssen wir 4 Arbeiter beauftragen, in ein Geschäft zu gehen, ihren Pass vorzuzeigen und im „freien" Handel jeder 250 Gramm Leder für die Fabrik zu kaufen; die Fabrik kauft den Arbeitern das Leder gegen eine Rechnung ab, und auf diese Art kommen wir zum Leder, sonst wohl schwer.

Der Direktor der Zuckerfabrik in Kreuzburg klagte auf derselben Konferenz: Die Tatsache, dass wir für jedes notwendige Material Formulare in 5—6 Exemplaren ausfüllen, bedeutet noch nicht, dass wir dieses Material auch tatsächlich bekommen werden. In 100 Tagen, vom 1. Januar bis zum 1. April 1941, hat die Fabrik mehr als 240 verschiedene Fragebogen ausfüllen müssen, durchschnittlich 2½ Stück täglich. Einige von ihnen sind kurz, aber es kommen auch solche vor, die mehrere Hunderte Stunden Arbeit verlangen. Ein grosser Teil dieser Daten wäre nicht nötig, wenn eine grössere Planmässigkeit in ihrer Forderung herrschen würde. Eine derartige Verschwendung der Arbeitskraft ist wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen. — Ein Vertreter des Trusts der Zuckerindustrie klagte: Ab 1. Januar 1941 ist in unserem Volkskommissariat das Buchhaltungs-

system der Sowjetunion eingeführt worden. Dieses System ist für unsere Betriebe sehr schwerfällig. *Die neue Nomenklatur und Buchhaltung ist nicht mehr Beruf, sondern gewissermassen eine „Wissenschaft". Selbst erfahrene Buchhalter können sich nur mit grossen Schwierigkeiten darin orientieren.* Die statistischen Daten werden so *eilig* gefordert, dass man in einer so kurzen Zeit den in der Provinz befindlichen Betrieben gar nicht die Formulare zuschicken kann. Einen Beschluss des Volkskommissarenrates über Kapitalbauten, als deren Durchführungstermin der 25. März festgesetzt ist, hat der Trust erst am 22. März erhalten.

Der Vertreter der I. Rigaer Brotfabrik erzählte: Daten werden manchmal in unmöglich kurzer Zeit gefordert. *Heute fordert man, aber der Termin der Durchführung war schon gestern!* — Der Direktor einer kleinen Seifenfabrik (mit nur 8 Arbeitern) klagte: Im April haben wir 42 Fragebogen bekommen, fast 2 pro Tag. Für diese Arbeit haben wir nur einen Angestellten, der damit grosse Schwierigkeiten hat; selbstverständlich müssen die Daten auch vom Direktor geprüft werden. Es ergibt sich, dass $^3/_4$ der Arbeitszeit in der Fabrik mit der Ausarbeitung der Antworten auf die Fragebogen verbracht werden.

Über Papierfluten klagten auch alle anderen Behörden; so z. B. der Direktor des Trusts der Seidenindustrie (auf der Konferenz der Leichtindustrie im April 1941): *„Wir sind mit Papieren überhäuft.* Im April haben wir vom Kommissariat 60 Befehle, Zirkulare und Verfügungen erhalten"[6].

b) Im Transport.

Über den Unfug der „Planwirtschaft" klagte[7] eine Deputierte auf der Sitzung des bolschewistischen „Obersten Rates" im April 1941 in Riga (sie wohnte in der Hafenstadt Windau): „Zentralisierung ist eine gute Sache, aber die Zentralisierung durch die Trusts und Kommissariate muss elastisch sein und unsere Aufbauarbeit nicht stören. Es kommen Fälle vor, wo ein Schiff in den Hafen kommt, und es ein paar Planken zur Aus-

besserung braucht ..., um den Hafen wieder verlassen zu können. Aber laut Verfügung des Trusts *gibt man an Ort und Stelle kein Stückchen Holz ohne eine schriftliche Genehmigung,* und das Ergebnis ist, dass das Schiff nicht repariert werden kann. Man muss nach Riga telefonieren, aber ehe man die schriftliche Genehmigung bekommt, vergehen 2—3 Wochen. — Ein zweiter Fall: die Genossenschaft führt Eis ein; um es in den Keller herunterlassen zu können, muss man ein paar dickere Bretter haben. Doch man gibt sie nicht. Selbst die Sägespäne bei den Stationen darf man nicht verkaufen: man muss eine Genehmigung des Kommissariats oder des Trusts haben, nur dann darf man verkaufen, sonst nicht. Selbstverständlich ist die Kontrolle des Trusts und Kommissariats nötig, aber an Ort und Stelle muss die Möglichkeit gegeben werden so zu arbeiten, *dass die Hände nicht gebunden sind* ... Z. B. für die Reparatur des Schiffes ist ein kleines Stückchen Zinn- oder Kupferdrahtes nötig. Man muss wieder nach Riga telefonieren und um Genehmigung bitten, nur um aus dem Geschäfte ein Stückchen Kupfer oder Zinn verkaufen zu dürfen, welches vielleicht etwa 20 Kopeken kostet, für die Ferngespräche hat man jedoch mehrere Zehn Rubel ausgeben müssen."

Dieselben Schwierigkeiten der „Planwirtschaft" waren auch in der Eisenbahnwirtschaft zu verzeichnen; auch hier verlangte die Planung eine ebenso grosse und unproduktive Arbeit, wie in den anderen Wirtschaftszweigen. Das Volkskommissariat des Verkehrswesens in Moskau rechnete gar nicht mit den Planeingaben aus Riga und, mit den lokalen Verhältnissen gänzlich unvertraut, gab diese Moskauer Behörde der lettländischen Eisenbahn ganz unzutreffende Grundziffern für den Plan, welche sich von den eingereichten Planentwürfen stark unterschieden[7]. Für jedes Vierteljahr wurde den Eisenbahnen eine gewisse Materialmenge („Materialfonds") zugewiesen; es bestand keine Möglichkeit, auch nur die geringste Menge Material über den Fonds hinaus oder was darin nicht enthalten war, zu erhalten. Infolge der kurzen Herrschaft der Bolschewisten in Lettland machten sich hier die Folgen

dieser Ordnung nicht so ausgesprochen fühlbar, aber in der Sowjetunion entstanden dadurch häufig unüberwindliche Schwierigkeiten; so z. B. konnten dort sehr dringend benötigte Werkzeugmaschinen wegen Mangel von einigen Metern Kabel nicht in Betrieb genommen werden. Die bewilligten Fonds waren zum Decken des normalen Bedarfs gänzlich unzureichend.

c) Im Handel.

Ebenso wurde der Handel durch die Nationalisierung und Planung in Verwirrung und Unordnung und dem Zusammenbruch nahe gebracht. Im Volkskommissariate des Handels war es nicht ganz klar, nach welchen Formularen und Mustern die Handelspläne ausgearbeitet werden sollten . Die Moskauer Zentralbehörden schickten nach Riga jedes Vierteljahr neue Formulare zur Ausarbeitung der Pläne und Kennziffern. Dabei schickte eine Moskauer Behörde (das Volkskommissariat des Handels der UdSSR) ihre Vorschriften und Bestimmungen, eine andere (der Ökonomische Rat beim Volkskommissarenrat der UdSSR) andere Bestimmungen, und der Zentralverband der Konsumvereine der UdSSR seiner lettländischen Filiale wieder andere, obgleich die Umsätze der Konsumvereine ein Bestandteil des gesamten lettländischen Handelsplanes waren. Die aus Moskau eingetroffenen „Spezialisten" des Handels gaben wieder andere Vorschriften zur Ausarbeitung der Pläne. Die Pläne wurden mit grosser Verzögerung ausgearbeitet, und dann mussten sie nach Moskau zur Bestätigung geschickt werden. In Moskau veränderte man die Rigaer Pläne, so z. B. wurde für das 1. Vierteljahr des Jahres 1941 der geplante Umsatz des Staatshandels von 190 Mill. Rubel auf 150 Mill. vermindert, aber der Umsatz des Verbandes der Konsumvereine von 140 Mill. Rubel auf 180 Mill. Rbl. erhöht, obgleich 140 Mill. Rubel für die Konsumvereine schon sowieso zu viel waren. Der bestätigte Plan für das 1. Vierteljahr 1941 wurde im lettländischen Volkskommissariat des Handels aus Moskau am 24. Februar empfangen[9], der bestätigte Plan für das

2. Vierteljahr (der Anfang dieser Zeitperiode war der 1. April) — den 13. Juni, d. h. am Ende des Zeitabschnittes, als der Plan keinen Sinn mehr hatte! Laut Plan musste Lettland aus der Sowjetunion verschiedene Waren erhalten, aber, weil die Pläne nicht am Anfang der entsprechenden Zeitperiode, sondern nur am Ende derselben fertig und bestätigt waren, *bekam man z. B. Filzstiefel und andere warme Sachen für den Winter im Frühling, und Sommergewebe konnten nur im Herbst oder im Winter empfangen werden.* Aus der Sowjetunion bekam man in Lettland sehr wenig Waren und zum grössten Teil schlechter Qualität, so dass selbst die sowjetrussischen Offiziere und Beamten diese Waren nicht kaufen wollten (die Qualität der lettischen Waren war eine ganz andere). Häufig kamen die Waren aus der Sowjetunion nicht dort an, wo sie verlangt wurden, und nicht die angeforderten Mengen, sondern an einer ganz anderen Stelle und in ganz anderen Mengen (manchmal wurde statt der verlangten eine ganz andere Ware zugeschickt). Es kam häufig vor, dass die verlangte Ware nur nach einigen Monaten geschickt wurde und in einer Zeit, in der man die Ware nicht mehr verbrauchen konnte.

d) Schlechte Versorgung mit Erzeugnissen der Sowjetunion.

Die sehr schlechte Versorgung Lettlands mit verschiedenen Erzeugnissen der Sowjetunion — dieses (nach der bolschewistischen Propaganda) reichen und wunderbaren Landes des Überflusses, ist auch aus dem Beschluss Nr. 214 des Volkskommissarenrates der Lettländischen SSR vom 15. Februar 1941 ersichtlich. In diesem Beschluss hiess es[10]: „1. Der Volkskommissarenrat der Lettländischen SSR konstatiert, dass die materiell-technische Versorgung der Volkswirtschaft der Republik im 1. Vierteljahr des Jahres 1941 sich *in einer sehr unbefriedigenden Lage* befunden hat. Die vorhandenen materiellen *Reserven,* aus welchen hauptsächlich die wirtschaftlichen Forderungen der Republik am Anfang des Jahres befriedigt wurden, sind jetzt erschöpft.

Von den für das 1. Vierteljahr vorgesehenen Fonds sind keine Materialien, die aus den übrigen Republiken der UdSSR eingeführt werden sollten, empfangen worden... 3. Der Volkskommissarenrat der Lettländischen SSR ersucht den Volkskommissarenrat der UdSSR die Volkskommissariate der UdSSR zu verpflichten, in einem beschleunigten Tempo und im vollen Umfange die Bedürfnisse der Republik an notwendigen Rohstoffen, Materialien, Heizmaterialien und Fabrikanlagen zu befriedigen..." — In der Presse aber, in den öffentlichen Berichten durften diese Schwierigkeiten der Warenbeschaffung aus der Sowjetunion nicht erwähnt werden. Das galt als unanständig und unverschämt. In der Sowjetunion musste alles glänzend aussehen.

5. Kuriositäten der Planwirtschaft.

Wie die bolschewistische Planwirtschaft mit ihren starren Vorschriften und Fehlern die Industrie und die ganze Volkswirtschaft beeinflusste, das zeigen einige Beispiele. Im Volkskommissariat der Nahrungsmittelindustrie war unter anderem auch der Plan der Mehlproduktion ausgearbeitet und von höheren Behörden bestätigt worden (gemeint ist hier nur die Mehlproduktion für die Bedürfnisse der Stadtbevölkerung, die Brot und Mehl kaufen muss). Im Produktionsplan war für das Jahr 1941 die Erzeugung von 65.000 t Roggenmehl und 45.000 t Weizenmehl (verschiedener Sorten) vorgesehen und den Mühlen vorgeschrieben. Aber schon Anfang 1941 erwies es sich, dass der Plan zu gross war. Der „Trust der Mehl- und Brotindustrie" meldete schon im Dezember 1940, später im Januar und Februar 1941, dem Volkskommissariat der Nahrungsmittelindustrie, dass die Nachfrage für Mehl viel kleiner sei, dass das erzeugte Mehl keine Abnehmer fände. So berichtet z. B. der Trust in seinem Schreiben an das Volkskommissariat vom 5. Februar 1941 folgendes[11]: Nach dem bestätigten Produktionsplan ist es dem Trust vorgeschrieben, 65.000 t Roggenmehl (im Jahre 1941) zu erzeugen. *Bei der Festsetzung dieser Menge ist der Umfang der Nachfrage der Verbraucher ausser Acht gelassen...*

In Erfüllung des genannten Produktionsplanes sind im Januar insgesamt 5420 t Roggenmehl, im November 1940 3229 t und im Dezember 1940 3458 t erzeugt worden. Im Januar 1941 sind 3450 t Roggenmehl verkauft worden, im Dezember 1940 3141 t, im November 1940 2937 t. Der monatliche Verbrauch ist durchschnittlich 3200—3300 t. Wenn man den durchschnittlichen Monatsverbrauch mit der vorgeschriebenen Produktionsmenge vergleicht, *beträgt der Überschuss ca. 2100 t Roggenmehl im Monat.* Zum 4. Februar betrugen die Vorräte an Roggenmehl 3300 t, d. h. mehr als ein Monatsverbrauch... Unsere Lager in Riga und in der Provinz sind bis zur letzten Möglichkeit überfüllt..." Es wird weiter darauf hingewiesen, dass die Mehlvorräte immer grösser werden, dass das Mehl schnell verderben kann, dass eine Sackknappheit drohe. — Diese Korrespondenz und das Gerede über das Mehl dauerten monatelang, aber der vorgeschriebene Produktionsplan war ja ein „Gesetz", und Gesetze sind nicht so leicht zu ändern! Obgleich es eine einfache Sache war, den Plan der Mehlproduktion auszuarbeiten (weil ja die frühere Produktion der grossen Mühlen, die für die Versorgung der Städte arbeiteten, bekannt war), war doch der Plan irgendwie ganz falsch berechnet und bestätigt worden. Es waren keine grossen Ausfuhrmöglichkeiten vorhanden (nur nach Litauen wurde etwas Mehl exportiert). Um dem Unsinn der übermässigen Mehlproduktion ein Ende zu machen, verfügte, nach vergeblichem Ersuchen um Verminderung des Mehlplanes, der Leiter des Trusts schliesslich am 21. Februar 1941 die sofortige Unterbrechung der Roggenmehlproduktion (zum Teil auch der Weizenmehlproduktion, weil auch der Weizenmehlplan grösser als der Bedarf war). Später wurde diese Sache in der Staatlichen Planungskommission derartig geregelt, dass man eine Genehmigung von dieser hohen Behörde bekam, den Plan der Mehlproduktion für das 2. Vierteljahr 1941 bis zum tatsächlichen Mehlbedarf zu vermindern, aber ohne eine Verminderung des Jahresplanes.

Dieselbe Plage hatte der „Trust der alkoholischen und nichtalkoholischen Getränke" mit der Produktion

von Branntwein und Hefe. Der Verbrauch des Branntweins war Ende 1940 und Anfang 1941 viel kleiner als die Produktion dieser Getränke. Die Ursachen waren: die ausserordentliche Erhöhung des Branntweinpreises (der Branntweinpreis wurde ebenso wie der Preis aller anderer Waren Ende November 1940 erhöht) u. a. Aber der Produktionsplan, der Gesetzes Kraft besass, verlangte die Fortsetzung der übermässigen Produktion. Der Direktor des „Rigaer Kombinats für Hefe und für alkoholische Getränke" schrieb am 1. Februar 1941 an das Volkskommissariat der Nahrungsmittelindustrie[12]: „... Zum 1. Februar beträgt der unverkaufte Überschuss der Hefe in den Lagern des Kombinats 11,2 t... Die uns zur Erzeugung vorgeschriebene Hefemenge — 590 t im Jahre oder 48,98 t im Monat — entspricht nicht dem tatsächlichen Hefeverbrauch in der Lettländischen SSR..., der in den letzten Jahren etwa 475 t im Jahre war. Trotz unserer begründeten Einwendungen blieb der Plan unverändert und das Kombinat hat ihn auch erfüllt... Wenn der Plan unverändert bleibt, wird der Überschuss immer grösser wachsen, was einen wirtschaftlichen Schaden bringen wird, weil Hefe verdirbt und ausserdem wird hierdurch die Tätigkeit der Fabrik*) desorganisiert, falls man die Erzeugung der Hefe nach dem falsch berechneten Produktionsplan noch weiter fortzusetzen gezwungen ist..." (Auch hier fehlte die Ausfuhrmöglichkeit).

*

Statt versprochener Wunderdinge und der Befreiung von allen Übeln der „kapitalistischen" Wirtschaft, war das Ergebnis der bolschewistischen Planwirtschaft in Lettland eine allgemeine Verwirrung, ein Chaos, eine Hemmung der Industrietätigkeit, des Handels, der Eisenbahnen und der ganzen Volkswirtschaft. Das Lebensniveau der Bevölkerung wurde nicht geho-

*) Aufgabe der Fabriken in der Bolschewistenzeit war nur die Erfüllung des vorgeschriebenen Produktionsplans. Absatz der Erzeugnisse war nicht ihre Sache, das besorgten die „Versorgungs- und Verteilungstrusts" der Volkskommissariate der Industrie.

ben; die faktischen Folgen dieser Wirtschaft waren Entbehrungen, Qualen und Unbequemlichkeiten in der Arbeit und im Leben. Aber das war nur ein *kleiner Anfang* der Planwirtschaft und der Bolschewistenherrschaft, denn *in Lettland konnte man verhältnismässig lange aus dem materiellen Überflusse der alten Zeiten schöpfen* und spürte daher die Verheerung noch nicht in vollem Umfange. Wenn die Bolschewistenherrschaft in Lettland länger gedauert hätte, hätte diese Planwirtschaft auch das Fundament der lettländischen Volkswirtschaft — die *Landwirtschaft* — getroffen und (zusammen mit der bevorstehenden „totalen Kollektivierung") vollkommen zugrunde gerichtet.

XIII

Der Hausbesitz in der Stadt

1. Vorspiel der Nationalisierung der städtischen Häuser.

Ende August 1940 wurde die neue „Verfassung" der Lettländischen SSR von der bolschewistischen Saeima angenommen. Laut Paragraph 6 dieser „Stalinschen Verfassung"[1] waren der Boden, die „grossen" Fabriken usw., und auch die *„grossen Häuser in den Städten* und Industrieorten" als Staatsbesitz erklärt worden. Aber der Begriff des „grossen" Hauses wurde nicht näher definiert. Die Bevölkerung und die Hausbesitzer konnten denken, dass es sich um 4—5—6-stöckige Häuser handelt. Erst zwei Monate später erfuhr man, was die Bolschewisten eigentlich unter den „grossen" Häusern verstanden.

Die eigentliche Nationalisierung der städtischen Häuser wurde im Sommer 1940 noch nicht durchgeführt. Man spornte die Hausbesitzer an, Heizmaterialien für den Winter einzukaufen. Am 31. Juli erliess der Innenminister „obligatorische Bestimmungen"[2] über Verbesserung der Wärmehaltung von Wohnhäusern und Reparatur der Öfen. Alle privaten Hausbesitzer wurden hierzu verpflichtet; die Bestimmungen drohten mit Kriminalverantwortung. Später wurde es verständlich, dass die Bolschewisten nach Möglichkeit viel aus den Hausbesitzern herauspressen wollten: der Zweck der Verzögerung der Nationalisierung war — die Hausbesitzer zu bewegen mit ihrem Geld noch verschiedene Reparaturen durchzuführen und die Häuser mit Heizmaterial für den Winter zu versorgen und dann die Häuser zu nationalisieren. Aber die Besitzer der „grossen" Häuser oder wenigstens ein Teil von ihnen ahnten ihr nahes Schicksal und kümmerten sich um Heizmate-

rialien wenig. Die bolschewistische Presse klagte[3] am 10. August 1940: „Das Haus von Augusts Rudzitis, Dorpater Str. 2, verbraucht im Winter 100 t Koks; vorläufig ist es nur mit Heizmaterialien in Höhe von 7 t Koks versorgt... Jānis Kalniņš hat sein Haus auf der Mühlenstrasse 34a statt mit 150 t nur mit 11 t Koks versorgt. Und die Anzahl derartiger Hausbesitzer beträgt in Riga ca. 400... Fast alle diese Leute haben Brennholz noch gar nicht gekauft. Vielleicht denken sie es auch überhaupt gar nicht zu tun."

Das Vorspiel zur Nationalisierung der Häuser war die Einführung der *Überwachung*[4] *der privaten Immobilien* (im August 1940). Die Hauptstadt Riga wurde in 31 Bezirke gegliedert. Jeder Bezirk umfasste 55—90 grössere Immobilien. Der Überwachung waren alle privaten Immobilien unterworfen, die mindestens vier Wohnungen vermieteten und deren Bruttoeinkommen grösser als 6000 Lats im Jahre war (bei der Berechnung des Bruttoeinkommens sollte auch der Wert der Miete der Wohnung des Hausbesitzers und seiner Familienangehörigen miteingerechnet werden). Besondere Sowjetangestellte hatten das Recht, den Hausbesitzern Anweisungen zur Wohnungswirtschaft zu geben, und hatten dafür zu sorgen, dass die Hausbesitzer für ihre Häuser Heizmaterialien beschafften. Die Mieter hatten das Mietgeld nicht mehr dem Hausbesitzer, sondern auf das Bankkonto der genannten Kontrolleure zu zahlen. Diese Kontrolleure mussten auch darauf achten, dass das Mietgeld vom Hausbesitzer nur für Reparaturen des Hauses, für Heizmaterialien und Steuerbezahlung verwendet und nur im Ausnahmefalle für persönliche Bedürfnisse behalten wurde. Hausbesitzer, die den Kontrolleuren nicht Folge leisteten, wurden als Schädlinge bestraft.

2. Die Nationalisierung.

Am 28. Oktober 1940 wurde endlich das Dekret über die Nationalisierung*) der „grossen" Häuser he-

*) Am selben Tage wurde auch das Dekret über die Nationalisierung der privaten Lichtspielhäuser, Hotels, Krankenhäuser, Apotheken u. a. angenommen.

rausgegeben[5]: „Die grossen Häuser in den Städten und Industrieorten werden nationalisiert (laut Paragraph 6 der Verfassung)". „Der Nationalisierung sind Häuser unterworfen, deren eigene nutzbare Fläche und die nutzbare Fläche ihrer Nebenbauten folgende Gesamtfläche übersteigt: in den Städten Riga, Libau, Windau, Mitau, Dünaburg 220 Quadratmeter; in den übrigen Städten und Industrieorten 170 Quadratmeter." Am Anfang wusste niemand, was eigentlich unter „nutzbare Fläche" im Dekret gemeint sei. Einige Hausbesitzer meinten damals, dass das vielleicht die Fläche des vom Hause und den Wirtschaftsbauten (Brennholzscheunen u. a.) eingenommenen Bodens sei. Aber bereits am nächsten Morgen erschienen bei den Hausbesitzern junge Leute, die eine Bescheinigung der „Nationalisierungskommissionen" vorwiesen, dem Hausbesitzer erklärten, dass sein Haus nationalisiert sei und ihn aufforderten, ihnen das Hausbuch (wo alle Mieter eingeschrieben werden), die Hausdokumente und Hauspläne abzuliefern. Es wurden auch alle vorhandenen Baumaterialien, Karren, Spaten, Besen und anderes Hausgerät beschlagnahmt. In den Sommerhäusern am Rigaer Strande (und in anderen Orten) wurden auch Möbel konfisziert. Selbstverständlich vollzog sich die Nationalisierung der Häuser ohne jede Entschädigung für die ehemaligen Besitzer.

Erst drei Tage nach der Veröffentlichung des Dekrets erschien in der Presse eine Erklärung[6] des „Volkskommissariats der Kommunalwirtschaft" über die Berechnung der „nutzbaren Fläche" der nationalisierten Häuser: Es musste die „nutzbare Fläche" aller Wohnungen des ganzen Hauses berechnet werden. Die nutzbare Fläche war die Dielenfläche (in Quadratmetern) aller Wohnungen, auch der Handels-, Industrie- und Behördenräume. In die 220 bzw. 170 Quadratmeter wurde nicht hineingerechnet die von Öfen, Treppenräumen, Schornsteinen, Korridoren, Küchen, Badezimmern, Sommerveranden usw. eingenommene Fläche.

Die Verzeichnisse der zu nationalisierenden Häuser waren von den Stadtverwaltungsbehörden zusammengestellt worden. *Die „nutzbare Fläche" war aber*

vorher gar nicht gemessen worden. Der Verfasser interessierte sich damals, nach welchen Richtlinien die Verzeichnisse aufgestellt worden waren. Es erwies sich, dass die Aufstellung des Verzeichnisses nach Formularen erfolgte, die die Hausbesitzer in den Städten einige Wochen vor der Nationalisierung ausfüllen und den städtischen Behörden einreichen mussten. Diese Formulare[7] enthielten folgende Daten: Anzahl von Wohnungen und anderen Räumen (Geschäfte, Garagen, Kontors, Lager usw.). Anzahl und Grösse*) der Räume (Zimmer) (bis 12 m²; 12—35 m²; mehr als 35 m² gross), usw. Die Bolschewisten hatten diese Daten über die Zimmer- oder Raumgrösse zu ihren Nationalisierungszwecken ausgenutzt und zwar folgendermassen: alle Zimmer oder Räume bis 12 m² gross wurden als durchschnittlich 10 m² gross angenommen, alle Räume mit 12—35 m² wurden mit 20 m² berechnet, und alle Räume über 35 m² — mit 40 m². Durch diese so rohe Berechnungsweise wurden beträchtliche Fehler gemacht. So z. B. ist ein Fall dem Verfasser bekannt, wo ein Haus nationalisiert wurde, obgleich es keine volle 200 m² „nutzbarer Fläche" hatte; nach bolschewistischer Berechnung hatte es 240 m², weil die 12 Zimmer in der Rubrik 12—35 m² eingetragen waren; tatsächlich war die Flächengrösse der Zimmer nicht 20 m², sondern nur ca. 16 m².

Solche Fehler sind in sehr vielen Fällen gemacht worden; selbst nach bolschewistischen Dekreten waren sehr viele Häuser ungesetzlich, willkürlich nationalisiert worden. *Der bolschewistische Begriff des „grossen" Hauses war nicht ein 5—6-stöckiges Haus, sondern ein ganz kleines Haus:* in Riga und anderen grösseren Städten war es schon ein Haus mit 11 Zimmern zu je 20 m², in den kleinen Städten mit 8—9 solcher Zimmer. Also *wurden schon Häuser mit nur zwei oder drei grösseren Wohnungen nationalisiert.* Viele kleine Leute — Beamte, Angestellte, kleine Händler, Lehrer, Handwerker, manchmal sogar Arbeiter — verloren ihre

*) Nach der genauen Grösse der Räume wurde nicht gefragt, es sollte nur die Anzahl der Räume in die betreffenden drei Rubriken angegeben werden.

Häuser, die sie mit den Ersparnissen ihres ganzen Lebens erworben oder erbaut hatten (oder von ihren Eltern geerbt hatten).

Besonders tragisch war die Lage derjenigen Hausbesitzer, deren „nutzbare Fläche" *nur ein wenig* die 220 bzw. 170 Quadratmeter überstieg. Der Verfasser kennt persönlich einige solche Fälle. So z. B. wurde damals auch das Haus einer pensionierten alten Lehrerin und das Haus eines kleinen Bauunternehmers in Riga nationalisiert, weil diese Häuser jedes ca. 230—235 m² „nutzbare Fläche" hatte, also nur 10—15 m² mehr als die für den Privatbesitz erlaubte Höchstzahl der Quadratmeter. Die beiden Leute beklagten sich über die Nationalisierung; die Lehrerin bekam ihr Haus zurück, weil sie als „Werktätige" betrachtet wurde; aber dem Unternehmer wurde sein Haus nicht zurückgegeben, weil er ja ein „Ausbeuter" gewesen war (dieser Mann blieb in seinem ehemaligen Hause als Hausknecht). Leider hatten die Hausbesitzer, als sie vor 20—30—40 Jahren ihr Haus bauten, nicht gewusst, dass es nicht ein „grosses" Haus, dass es nicht grösser als 220 oder 170 Quadratmeter sein darf!

Die Eigentümlichkeit der Häusernationalisierug war noch die, dass der *ganze* Besitz weggenommen wurde. Auf dem Lande wurden den Bauern 30 ha Bodenfläche gelassen (wohl nur vorläufig — bis zur „totalen Kollektivierung"!). Der städtische Hausbesitzer, der nur einige Quadratmeter mehr über die maximale Norm hinaus besass, behielt im Gegenteil gar nichts, *sogar seine eigene Wohnung nicht,* auch dafür musste er sogleich die gewöhnliche Miete zahlen und konnte aus seiner Wohnung jeden Augenblick hinausgeworfen werden. Manche ehemaligen Hausbesitzer (häufig alte Leute, die keine andere Einnahmequelle als ihr Haus hatten) ersuchten die Sowjetbehörden, ihnen wenigstens den Posten des Hausknechts in ihrem ehemaligen Hause zu geben; aber auch diese bescheidene Bitte und selbst vom bolschewistischen Standpunkte ökonomische Regelung der Hausknechtsfrage (weil ja der ehemalige Besitzer besser für das Haus sorgen würde, als ein fremder Hausknecht) wurde nicht erfüllt. Einem 70 Jahre

20. Auch Schüler wurden gezwungen an den bolschewistischen „Manifestationen" teilzunehmen. Umzug am 1. Mai 1941 in Riga.

21. Eine Versammlung von Arbeitern in der Rigaer Fabrik „Rigas Audums". Die müden Arbeiter sind gezwungen, nach der Arbeit die langweiligen und lügnerischen Erörterungen der Kommunisten anzuhören.

alten Mann (ehemaligem Hausbesitzer), der Hausknecht in seinem eigenen Hause bleiben wollte (der Mann ist dem Verfasser persönlich bekannt), wurde ein Hausknechtsposten in einem ganz anderen Bezirk Rigas, in einem fremden Hause, angeboten! Die „Ausbeuter" mussten eben mit allen Mitteln gequält, erniedrigt und vernichtet worden!

Die Nationalisierung*) der Häuser „begründeten" und kommentierten die Bolschewisten mit folgenden Worten[8]: „Wir wissen alle sehr gut, mit welchen Mitteln die Hausbesitzer ihre Häuser erworben haben. Keiner hat sein Haus mit seinem Arbeitslohn, sondern mit Hilfe der Spekulation und des Betruges erbaut. Die Häuser sind mit dem Schweisse der Werktätigen gebaut worden... Der Inhaber und seine Familie konnten ohne Arbeit leben, sich alle Bequemlichkeiten, welche nur die kapitalistische Ordnung verschaffen kann, erlauben, und diese Bequemlichkeiten wurden von denjenigen bezahlt, deren einzige Einkommensquelle der Arbeitslohn war... Wie gross war die Zahl solcher Häuser, deren Inhaber sich für den Wohlstand der Mieter, für die Reparaturen und die Wohnungshygiene

*) Über die gleichzeitige Nationalisierung der Kinotheater, Apotheken usw. äusserte sich die bolschewistische Presse folgendermassen[11]: „Nicht Volksinteresse, sondern nur das Interesse ihres Geldbeutels beachteten die Inhaber der Kinotheater. Was ist das für eine „Kultur", die das Volk von privaten Kinotheatern holen konnte? Flachheit, Leere und dem Proletariat feindliche Tendenzen vergifteten jahrelang den Volksgeist. Das Kino ist ein wichtiges Erziehungsmittel, und darum kann und darf die Sowjetgewalt es nicht in den Händen des Klassenfeindes lassen. — Private Apotheken waren einträgliche Goldgruben für die Besitzer der städtischen und ländlichen Apotheken. — Aber wie war es mit den privaten Krankenhäusern? Vielleicht stand dort die Volksgesundheit an erster Stelle? Nein, der grösste Teil der Besitzer der privaten Krankenhäuser waren Ärzte-Scharlatane, Gelderpresser des Romanes „Zitadelle" des berühmten englischen Schriftstellers Cronin... Möglichst viel Geld aus dem Kranken „auspumpen", das war mit seltenen Ausnahmen der Zweck der Besitzer der privaten Krankenhäuser. Das Dekret der Sowjetgewalt hat endlich dieser unmoralischen Tätigkeit das Ende gemacht und die Sache der Volksgesundheit zur Sache des ganzen Staates umgewandelt. — Aber wie war es mit den Hotels? Dienten sie den Bedürfnissen der Werktätigen? Nein, auch sie waren nur Gewinnquellen. Und nur für die „Herren" waren Hotels ohne Wanzen".

interessierten? Solche Hauswirte sind fast gar nicht zu finden ...“ — Eine andere Zeitung (das Zentralorgan der Partei) bemerkte[9]: „Von 19.000 Häusern Rigas sind 10.000 — 12.000 nationalisiert. Das sind grosse Häuser, die nur zu Bereicherungszwecken erbaut sind.“

Im Jahre 1935 waren von der Gesamtzahl der bebauten und bewohnten Grundstücke Rigas (13.053) nur 10% (1269) solche, die 21 und mehr Wohnungen[10] hatten; 13% (1666) waren solche, die 11—20 Wohnungen hatten. Also war die Anzahl der wirklich „grossen“ Häuser, die zu „Bereicherungszwecken“ erbaut waren, klein.

3. „Fehler“ der Nationalisierung.

Über den Umfang und die „Fehler“ der Nationalisierung der städtischen Häuser berichtete der I. Sekretär des Zentralkomitees der Partei Kalnbērziņš auf dem Parteikongress in Riga im Dezember 1940 folgendes[12]: „Nach der Nationalisierung der Häuser sind dem Volkskommissariat der Kommunalwirtschaft 16.000 Häuser mit 7.000.000 Quadratmetern nutzbarer Wohnfläche und 2.100.000 Quadratmeter für das Wohnen unbenutzbarer Fläche zur Verfügung gestellt worden. Wenn man über die Nationalisierung der Häuser spricht, muss gesagt werden, dass *diese wichtige Aufgabe mit grossen Fehlern realisiert worden ist.* Indem man das Dekret der Regierung formell interpretierte, *sind viele Häuser von Werktätigen ungesetzlich nationalisiert worden.* In der ganzen Lettländischen SSR sind 3000 Klagen hierüber eingereicht worden, von diesen Klagen sind nur 616 durchgesehen, und den früheren Besitzern sind 310 Häuser zurückgegeben worden.“

Nur nach der Nationalisierung fingen die Bolschewisten mit dem Ausmessen der „nutzbaren Fläche“ der städtischen Häuser an (von einigen Quadratmetern hing das Schicksal des Besitzers ab!), obgleich das eigentlich vor der Nationalisierung getan werden müsste. Dadurch wäre vielen kleinen Hausbesitzern die unnütze Aufregung erspart geblieben! Aber für die Bolschewisten hatte Menschenquälerei keine Bedeutung. Den

„Ausbeutern" musste ihr Vermögen plötzlich weggenommen werden, damit sie nicht die Möglichkeit hatten, vielleicht einen Besen, Spaten oder Gummischlauch zum Besprengen der Strassen mit Wasser oder auch eine kleine Summe Geldes für sich verbergen zu können. Das war die Hauptsache: der bolschewistische Staat durfte nicht eine Kopeke des Vermögens der „Ausbeuter" verlieren!

4. Lage der nichtnationalisierten Hausbesitzer.

Auch die nichtnationalisierten Hausbesitzer hatten das Walten der Bolschewisten zu spüren bekommen. Durch die Regelung der Mieten Ende November 1940 *waren die Einkommen dieser kleiner Hausbesitzer entwertet worden.* Wie schon im Kapitel VIII erwähnt, wurden damals die Mieten in Rubeln etwa in der gleichen Höhe wie früher in Lats festgesetzt oder sogar noch niedriger. Durch die enorme Erhöhung der Warenpreise hatte das Geld aber die Kaufkraft verloren. Ab Ende November 1940 konnte man für 100 Rubel nur etwa so viel Nahrungsmittel kaufen, wie vor der Bolschewistenzeit für 30 Lats; wenn man Kleider kaufte, so war die Kaufkraft des Sowjetrubels noch viel niedriger. Wenn daher der kleine Hausbesitzer sein Häuschen zum grössten Teil vermietete und früher von diesem Einkommen lebte, so konnte er mit dem Mietgeld jetzt nichts mehr anfangen, er konnte damit sehr wenig kaufen, seine Existenz war ruiniert.

Ebenso wie die nach der bolschewistischen „Agrarreform" gebliebenen „Arbeitsbauern", die kleinen Händler und Handwerker, so hatten auch die kleinen städtischen Hausbesitzer schlechte Aussichten. *Die durchgeführte Nationalisierung war noch nicht das Ende der Nationalisierung der städtischen Häuser,* obgleich am 6. Februar 1941 in der bolschewistischen Presse folgendes erklärt wurde[13]: „Am 1. Januar 1941 war die Wohnungsbilanz Rigas folgende: in der Stadt waren 114.017 Wohnungen. Unter den 17.000 Häusern, die in den Grenzen der Stadt sich befinden, sind ca. 9000 Häuser nationalisiert ... In Riga gibt es noch ca. 300 neue

halberbaute Häuser mit 1600—1800 Zimmern. Das sind nichtnationalisierte Familienhäuser mit höchstens 2 Stock, die 220 Quadratmeter nicht übersteigen. Es wäre zweckmässig, in kurzer Zeit den Bau dieser Häuser zu vollenden. Die von heimlichen Volksfeinden verbreiteten Gerüchte, dass künftig auch die Nationalisierung dieser kleinen Häuser vorgesehen ist, sind kategorisch abzuweisen. *Alle Bürger müssen den 10. Paragraph der Verfassung der UdSSR und der Verfassung der Lettländischen Republik kennen lernen.* Dort ist gesagt, dass das Gesetz das Recht des persönlichen Eigentums der Bürger auf Einkommen und Ersparnisse aus ihrer Arbeit, auf das Wohnhaus und die häusliche Hilfswirtschaft, auf die Gegenstände des Hausstandes und Hausbedarfes, auf Gegenstände des persönlichen Verbrauchs und der Bequemlichkeit, sowie auch das Erbrecht auf das persönliche Eigentum der Bürger beschützt... Ohne Zweifel wird die Kommunalbank den Besitzern der neuzubauenden Familienhäuser entgegenkommen und ihnen Kredite zuweisen. Doch einen beträchtlichen Teil der Mittel zur Vollendung der Neubauten müssen die Besitzer selbst beschaffen. Der grösste Teil der zu bauenden Häuschen besteht aus mehreren Wohnungen, und darum können ihre Besitzer die kooperative Bautätigkeit ausnutzen."

5. Zukunftsaussichten der kleinen Hausbesitzer.

Aber diese Erklärung war wieder eine Lüge und ein Betrug. Ein sowjetrussischer Professor kommentiert in seinem Werke über die Organisation und Ökonomie der Wohnungswirtschaft der UdSSR den obenerwähnten und zitierten Paragraphen 10 der Verfassung*) der UdSSR (der „Stalinschen Verfassung") folgendermassen[14]: „Die Stalinsche Verfassung gestattet, ein Wohnhaus... als persönliches Eigentum zu besitzen; dieses Recht ist gleichzusetzen dem Recht auf den Be-

*) Der Paragraph 10 der Verfassung der Lettländischen SSR lautet genau so (die lettländische Verfassung ist von der „Stalinschen Verfassung" einfach abgeschrieben worden).

sitz der Arbeitseinkommen und Ersparnisse, der Gegenstände des persönlichen Verbrauchs und der Bequemlichkeit (Paragraph 10 der Verfassung der UdSSR). Dieses Einreihen des persönlichen Eigentums auf das Wohnhaus in die Kategorie der Rechte auf Arbeitseinkommen, Ersparnisse und Verbrauchsgegenstände... *beseitigt eine erweiterte Deutung des Paragraphen* und gestattet kategorisch nicht die Ausnutzung des im persönlichen Besitz der Bürger befindlichen Wohnhauses in einer anderen Weise als *nur* im Einklang mit seiner direkten Bestimmung — für *Verbrauchszwecke.*"

Diese Kommentare des Sowjetgelehrten beweisen, dass das private Wohnhaus in der Sowjetunion *nur für direkte Verbrauchszwecke* ausgenutzt werden konnte und *nicht zum Vermieten* gedacht war. Es darf ja im „sozialistischen Staate" keine „Ausbeutung des Menschen durch Menschen" zugelassen werden! Die Belehrung aus diesem Sowjetbuche ist die, dass auch in Sowjet-Lettland mit der Zeit ein Wohnhaus im Privatbesitz nur für Verbrauchszwecke, d. h. nur als Wohnung für den Besitzer und seine Familie ausgenutzt werden durfte. Eine Vermietung eines Teiles des Wohnhauses (auch nur eines Zimmers) sollte künftig nicht zugelassen werden.

Aber mit der Beseitigung der „Ausbeutung" würde das bolschewistische Programm hinsichtlich des städtischen Hausbesitzes noch nicht zu Ende gekommen sein. Viele Hausbesitzer in Lettland würden froh gewesen sein, wenn ihnen ihre kleinen Häuser gelassen wären, wenn auch nur zu ihrem eigenen Verbrauch, nicht mehr zur Vermietung (weil ja die Mieten so niedrig und wertlos gemacht waren, dass der gänzliche Verlust der Mieten zum grössten Teil nicht viel Schaden zugefügt hätte). *Aber auch die Bewohnung des ganzen Hauses durch den Besitzer und seine Familie war nicht gestattet,* auch dieser Ausweg war dem armen Hausbesitzer versperrt! Laut der vom Volkskommissarenrate der Lettländischen SSR bestätigten Instruktion des Volkskommissariats der Kommunalwirtschaft *durfte eine Person in der Stadt nur 9 Quadratmeter Wohnungsfläche bewohnen.* So z. B., wenn die Familie aus 3 Personen bestand, so durfte sie 27 Quadrat-

meter bewohnen, für 6 Menschen betrug die gesetzliche Wohnfläche 54 m², usw. Für den Unterschied zwischen der gesetzlichen Norm und der tatsächlich bewohnten Wohnfläche (die bei den Mittelschichten und der ehemaligen „Bourgeoisie" viel grösser als die gesetzliche Norm war) musste der Mieter eine um 50% höhere Miete*) zahlen. Freilich wurde diese Verfügung bis zum Ende der Bolschewistenherrschaft noch nicht in vollem Masse realisiert, aber auf die Dauer hätte man auf die Durchführung dieser Bestimmung nicht lange zu warten brauchen. „Wenn in einer Stadt der Raummangel nicht fühlbar ist, können die örtlichen Sowjets es selbst erlauben, vorläufig mehr als 9 Quadratmeter pro Person zu bewohnen."

Die Zeit musste also bald kommen, wo nach der „Stalinschen Verfassung" nur ganz kleine Häuschen im Privatbesitz gelassen werden sollten: eine für Letten ziemlich grosse Familie von 5—6 Menschen würde dann ein eigenes Haus von nur etwa 45—54 m² (und nicht mehr 220 bzw. 170 m²!) bewohnen dürfen, d. h. ein Häuschen von nur 3—4 kleinen Zimmern. Kleinere Familien (z. B. kinderlose oder nur mit 1 oder 2 Kindern) hatten noch schlechtere Aussichten. *In der nächsten Zukunft drohte auch den kleinsten privaten Hausbesitzern entweder die Nationalisierung oder das Zusammendrängen ihrer Familien in nur ein paar Zimmern ihres eigenen Hauses.* Dieses Zusammendrängen wurde absichtlich in vielen grösseren Wohnungen (besonders in den Wohnungen der ehemaligen Besitzer der nationalisierten Häuser) vorgenommen oder bald beabsichtigt. Darüber sagte der I. Sekretär des Zentralkomitees der Partei auf dem Parteikongress Ende Dezember 1940 folgendes[16]: „Es ist notwendig darauf hinzuweisen, dass das Volkskommissariat der Kommunal-

*) Personen, welche nicht vom Arbeitslohn lebten, mussten um 75% höhere Mieten zahlen (im Vergleich mit den Normalsätzen). So z. B., wenn ein Angestellter 50 Rubel für seine Wohnung monatlich zahlte, so musste ein Rechtsanwalt, der privat (nicht für Lohn) arbeitende Arzt, der ehemalige Hausbesitzer, Händler und Industrielle (die nicht irgendwo für Lohn beschäftigt wurden) für dieselbe Wohnung 87,50 Rubel zahlen.

wirtschaft noch nicht die Direktiven der Partei und der Regierung über die richtige Ausnutzung der grossen Wohnungen realisiert hat, man schämt sich, *gewesenen Leuten zu befehlen, mit ihren Schosshündchen sich zusammenzudrängen,* um den ardern auch Platz zum Wohnen ... zu geben." — In dieser Hinsicht war die Bemerkung im obenerwähnten Aufsatze (am 6. Februar 1941) über die Beendigung der Neubauten der Familienhäuser in Lettland, dass (da diese Häuser grösstenteils aus mehreren Wohnungen bestehen) die Besitzer die kooperative Bautätigkeit ausnutzen können, so zu verstehen, dass statt des einen Besitzers man eine Wohnungsgenossenschaft bilden kann, ein Haus kann das Eigentum mehrerer Personen oder Familien werden. Auch ein Haus mit nicht mehr als 220 bzw. 170 m² konnte in Sowjet-Lettland in der Zukunft nur mehreren Besitzern gemeinsam gehören.

Die Zahl der privaten städtischen Hausbesitzer war nach der Nationalisierung der „grossen" Häuser im Oktober 1940 nicht gross und ihre Häuschen bildeten nur einen geringen Teil des gesamten Wohnungsbestandes. In der Stadt Riga[17] waren am 1. April 1941 3.095.100 m² nutzbare Wohnungsfläche (also Küchen, Korridore usw. nicht eingerechnet) und 895.300 m² unbewohnbare Fläche (Geschäfte, Werkstätten, Lager) nationalisiert. Die Zahl der nationalisierten Wohnungen betrug 79.257, die Zahl der Zimmer in diesen Wohnungen betrug 188.824. Die Gesamtzahl der Wohnräume in Riga im Jahre 1939 kann man auf 223.000 schätzen[18]. Aus dem Gesagten ergibt sich, dass 85% der Wohnräume nationalisiert und nur 15% im Privatbesitz geblieben waren. Das waren Häuschen mit durchschnittlich je 4—5 Zimmern. Der bolschewistische Begriff des „grossen" Hauses war also ein sehr eigentümlicher.

Die übriggebliebenen Privatbesitzer sollten auch dadurch von ihrem Besitz keine Freude haben, weil nominell die Mieten dieselben wie früher geblieben oder sogar noch niedriger gemacht worden waren, aber *die Preise der Baumaterialien waren ausserordentlich erhöht* und auch die Löhne der Bauarbeiter waren dreimal höher

als früher. Andererseits mussten die privaten Hausbesitzer ihre vermieteten Wohnungen in Ordnung halten, weil andernfalls der Mieter sich bei den Sowjetbehörden beklagen konnte und das war dann für den Hausbesitzer — den „Ausbeuter" — mit einem grossen Risiko verbunden. Die Reparaturen waren mit grossen Kosten verbunden. Die Mieter aus ihrem Hause vertreiben konnte der private Hausbesitzer nicht, er musste die Wohnungen vermieten. Also musste er für das Vergnügen, sein eigenes Haus zu besitzen, aus eventuellen anderen Einkommensquellen hinzuzahlen.

6. Beschränkungen der Wohnungsnutzung.

Obgleich im Herbst 1939 (und zum Teil auch Anfang 1941) eine beträchtliche Zahl der städtischen Bevölkerung (besonders aus Riga) nach Deutschland rückgewandert war, war der Zufluss des Militärs und anderer Leute aus der Sowjetunion so gross, dass bald ein Mangel an Wohnungen in Riga und anderen Städten enstand. Manche Wohnhäuser wurden schon in den ersten Tagen der Okkupation Lettlands zwangsweise für die Bedürfnisse der roten Armee geräumt. So z. B. am Morgen des 24. Juni 1940 (der ein Festtag in Lettland ist — der Johannitag) wurden plötzlich ohne eine vorherige Warnung mehrere grosse fünfstöckige Wohnhäuser in Riga (in der Hansa Str.) für sowjetrussische Militärbedürfnisse vollständig geräumt. Das Möbel und alle andere Wohnungseinrichtung wurde auf die Strasse gesetzt und die Einwohner dieser Häuser konnten anfangen, was sie wollten: für eine neue Wohnung mussten sie selbst sorgen. Nur mit Hilfe der lettischen Soldaten gelang es den unglücklichen Mietern ihre Sachen aus den Häusern irgendwie herauszuschleppen und vorläufig zu Verwandten oder Freunden zu befördern. Da viele Mieter, wie es in Lettland gewöhnlich ist, zum Johannitag aufs Land oder an den Strand gefahren waren, wurden ihre Wohnungen aufgebrochen und ihre Habe nach Niederlagen geschleppt.

Schon im August wurde der Wechsel der Wohnung

in Riga ohne einen wichtigen Grund verboten[19]; man musste hierzu eine *besondere Genehmigung* erhalten haben. Es wurde amtlich empfohlen: „Um die Wohnungen für andere, notwendigere Zwecke freizumachen, wird es der Bevölkerung, besonders kleineren Familien, die jetzt allein grosse Wohnungen bewohnen, empfohlen, gemeinsame Wohnungen einzunehmen."

Am 12. September 1940 wurde das „Dekret über die rationelle Exploitation der bewohnten Häuser und die Versorgung der Bürger mit Wohnungen" erlassen[20]. Im Dekret hiess es: Das Volkskommissariat der Kommunalwirtschaft hat das Recht, diejenigen Städte zu bestimmen, wo Wohnungskommissionen gegründet werden sollen. Diese Kommission besteht aus dem Vorsitzenden (der vom örtlichen Sowjet ernannt wird) und drei Mitgliedern — der Volksmiliz, der kommunistischen Partei und der Gewerkschaften. Die Kommission verteilt die freien Wohnungen, erteilt die Genehmigung zum Einziehen in die Wohnung, sorgt für die Beachtung der „minimalen Wohndichte" und bestimmt die Miteinwohner für Wohnungen, für die rechtzeitig nicht die entsprechende Anzahl Miteinwohner gefunden worden ist. In den Städten darf eine Person ohne Familie nicht mehr als einen Wohnraum bewohnen; eine Familie bis vier Personen darf nicht mehr als drei Wohnräume einnehmen, und auf jede weitere zwei Personen je ein Wohnzimmer mehr. Ein Zimmer, dessen Fläche mehr als 35 m² beträgt, wird als zwei Zimmer gerechnet. Angehörige spezieller Berufe, Lehrkräfte und Leiter der Behörden, Organisationen und Unternehmungen können ausser der üblichen Norm noch ein Zimmer für die Ausübung ihres Berufes einnehmen; falls die Ausübung des Berufes mit dem Publikumsempfang verbunden ist, ist noch ein Zimmer für den Aufwarteraum gestattet.

Die für die Stadt Riga bestätigte Instruktion[21] zu diesem Dekret bestimmte, dass bis zum 8. Oktober (d. h. in zwei Wochen) alle Personen und Familien in Riga, die mehr als die im Dekret genannte Zimmerzahl bewohnen, die nötige Anzahl Miteinwohner hinzunehmen müssen; *wer dies nicht tut, dem werden die Miteinwohner von der Wohnungskommission zwangsweise be-*

stimmt. Falls ein Mieter bis zur bestimmten Zeit die betreffende Zimmerzahl in seiner für ihn zu grossen Wohnung für die Miteinwohner nicht befreit, kann er mit Polizeigewalt aus den entsprechenden Zimmern herausgesetzt werden. Wenn die Wohnung oder ein Teil der Wohnung vom Mieter befreit wird, muss der Hausbesitzer das in 2 Tagen melden. Wenn ein Familienmitglied oder ein Untermieter die Wohnung verlässt, muss das der Wohnungskommission vom Mieter selbst gemeldet werden. Wenn das nicht getan wird, werden die Schuldigen administrativ bestraft.

Im Januar 1941 wurde das Verzeichnis[22] der Amtspersonen und Angehörigen der freien Berufe, die das Recht auf eine Ergänzung der Wohnungsfläche hatten, veröffentlicht. Ausser den 9 m² pro Person, hatten die Mitarbeiter der Staatsbehörden und Unternehmungen, der Partei, der Gewerkschaften, die „verantwortliche" Posten bekleideten, auch Offiziere, Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, auch Kranke (mit besonderen Krankheiten Erkrankte) das Recht auf eine ergänzende Fläche von 15 m²; Gelehrte, Schriftsteller, Literaten, Künstler, Bildhauer und Komponisten — auf 25 m². Diese Bestimmungen sollten in allen Häusern, in nationalisierten und auch privaten, angewendet werden.

Im Jahre 1930 wohnten in Riga[23] durchschnittlich 1,8 Menschen *) in einem Wohnraum (die Küchen wurden nicht miteingerechnet). In Einzimmerwohnungen lebten durchschnittlich 3,0 Personen, in Zweizimmerwohnungen 1,9 Menschen, in Dreizimmerwohnungen 1,5, in Wohnungen mit 4 Zimmern 1,3, mit 5 Zimmern 1,1 und mit 6 Zimmern 1,0 Personen in einem Wohnzimmer. Fast zwei Drittel der Bevölkerung Rigas wohnten in Wohnungen mit 1 und 2 Zimmern. Die Zahl der Einzimmerwohnungen betrug 45.659, der Wohnungen mit 2 Zimmern 21.254, mit 3 Zimmern 12.166, mit 4 Zimmern 6619, mit 5 — 4081, mit 6 — 1955, mit 7 Zimmern — 865, mit 8 — 484, mit 9 — 160 und mit 10 — 81; die Gesamtzahl der Woh-

*) Im Jahre 1940 lebte man in Riga etwas bequemer, weil in der Zwischenzeit viele neue Wohnungen gebaut und im Herbst 1939 die Deutschen nach Deutschland rückgewandert waren.

nungen war 96.850 (die Gesamtzahl der Zimmern — 199.705; auf eine Wohnung entfielen durchschnittlich 2 Zimmer). Der von den Bolschewisten erstrebte Zustand war, in einem Zimmer etwa 2 Personen wohnen zu lassen (die durchschnittliche Fläche des Zimmers in Riga beträgt etwa 16 m², wie schon im Kapitel IV erwähnt). Die Leute, die in den Wohnungen mit 4—6 oder noch mehr Zimmern wohnten, mussten (mit ihren „Schosshündchen"!) zusammengedrängt werden, konnten pro Person nur 9 m² bekommen. So z. B. eine Familie von 4 Personen, die früher vielleicht 4 oder 5 Zimmer bewohnt hatte, musste jetzt mit nur etwa 2 Zimmern ($9 \times 4 = 36$ m²) sich begnügen. Die Zusammendrängung der mittleren und bisher wohlhabenden Schichten der städtischen Bevölkerung war durch die grosse Anzahl des sowjetrussichen Militärs und der Angestellten, durch die Vergrösserung der Anzahl der in der Industrie und in den Sowjetbehörden Beschäftigten und auch durch das absichtliche Quälen der „Bourgeois" verursacht worden. Dieses Programm wurde zwar noch nicht in vollem Umfange durchgeführt, aber das war nur eine Frage der Zeit. Die künftige Entwicklung der Wohnungsverhältnisse (wenn die Bolschewisten an der Macht geblieben wären) sollte in den Städten Lettlands genau die gleiche sein, wie in der Sowjetunion: die Steigerung der Industrieproduktion, die Vergrösserung der Zahl der städtischen Bevölkerung, die immer grössere Wohndichte und die immer schlechter werdenden Wohnungen.

7. Verwahrlosung der Wohnungen.

Die Eigentümlichkeit der bolschewistischen Wohnungswirtschaft ist die Verwahrlosung der Wohnungen. Darüber erzählt z. B. ein Leitartikel[24] der Moskauer Zeitung „Prawda" (Organ des Zentralkomitees der kommunistischen Partei der UdSSR) im Jahre 1941 (die Überschrift lautete: „Der Wohnungsfonds muss geschützt werden"): „Der Wohnungsfonds unseres Landes ist ein ungeheurer Wert, den man schonen und beschützen muss ... Auch jetzt gibt es in der Wohnungswirtschaft

vieler Städte ... grosse Mängel ... Unlängst wurde der schlechte Zustand des Wohnungsfonds der Stadt Simferopol festgestellt, wo in vielen Häusern Unwirtschaftlichkeit und antisanitäre Zustände herrschen. Die gleiche Lage ist auch in einer Reihe anderer Städte zu verzeichnen. Die Hausverwalter ... sind häufig nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben. Sie orientieren sich kaum für die Fragen der technischen Exploitation der Häuser, sie besuchen die Wohnungen zu selten ... Das Holzspalten in der Küche und in den Treppenräumen, das Trocknen der Wäsche in Wohnzimmern, die Verwandlung des Badezimmers in eine Vorratskammer für Gemüse, die Verstopfung der Kanalisation usw. ..., alles das ist eine häufige Erscheinung geworden. Die Leute benehmen sich oft als Barbaren gegen die ihnen zur Verfügung gestellte Wohnung ... Wie häufig hat man Beschädigungsfälle in den Wohnungen feststellen müssen, und nur darum, weil einer von den Mietern in seinem Badezimmer den Kran zuzudrehen vergessen hatte und selbst aus der Wohnung fortgegangen war ... Dass viele Häuser allmählich zugrunde gehen und viele Häuser dringende Kapitalremonte erfordern, ist die Folge einer Nichtkontrolle des Wohnungsfonds". — Dieser Artikel wurde auch im Zentralorgan der lettländischen kommunistischen Partei in Riga übersetzt und gedruckt[25].

Wie es mit dem Bau neuer Wohnhäuser in der Sowjetunion ging, das wurde schon im Kapitel I geschildert. Hier möchte der Verfasser nur noch ein Urteil aus der Moskauer „Prawda"[26] bringen: „In Nowosibirsk und Kursk ist der Plan für die Erbauung neuer Wohnungen im vergangenen Jahre (also 1939. A. C.) nur im Umfange von 31% erfüllt worden, in Orel im Umfange von 27%, in Tambow im Umfange von 19%, in Wologda im Umfange von 15%. Die örtlichen Sowjets der Städte Krasnodar, Simferopol, Grosnij und Ufa haben im Jahre 1939 nicht einmal einen Quadratmeter Wohnfläche liefern können. Schon das fünfte Jahr werden in Saratow 2 grosse Häuser gebaut und sind noch immer nicht vollendet ... Schon das siebente Jahr dauert der Bau der Wohnhäuser in Smolensk und Tula ..."

Diese Verwahrlosung der Wohnungen und Häuser

und dieses Tempo der Bautätigkeit, das gleich nach der Nationalisierung seinen Anfang nahm, drohte auch in Lettland einzureissen. „In letzter Zeit beklagen sich Mieter vieler Häuser, dass in ihren Wohnungen die Wasserleitungen zugefroren sind, dass Klosette und Abgüsse nicht funktionieren ... So z. B. im 5-stöckigen Hause auf der Welonenschen Str. 14 haben 200 Menschen 6 Tage lang ohne Wasser und Kanalisation leben müssen ...“ So schrieb[27] die bolschewistische Presse im Februar 1941 über Riga. Am 3. März 1941 konnte man folgendes lesen[28]: „Wegen Dachbeschädigung fliesst in der Schmiedestr. 52 (in Riga) Wohnung 3 das Regenwasser durch die Zimmerdecke ... Das Wasser fliesst auf die Diele ... Die Mieterin erzählt, dass ... sie das schon am 25. Januar der Hausverwalterin und dem Hausknecht gemeldet hätte ... Am 15. Februar hatte das Wasser wieder in Strömen zu fliessen begonnen. Dreimal hat sich die Mieterin an die Bezirksverwaltung der Häuser in der Schmiedestr. 14 — 16 gewandt, aber ohne Erfolg ... Zweifellos hätte eine rechtzeitige Ausbesserung des Daches ... viel weniger Geld gekostet, als jetzt, nachdem die Ausbesserung des Volksvermögens so lange auf sich warten liess.“ — Klagen ähnlicher Art waren in der Presse häufig zu finden.

8. Chaos der Wohnungswirtschaft.

Die „Expropriierung“ und Beseitigung der Hausbesitzer und die Gründung und Tätigkeit der bolschewistischen Wohnungsbehörden hatte eine grosse Unordnung in die Wohnungswirtschaft gebracht, die verschiedene Unbequemlichkeiten, Quälereien und Verluste den Mietern verschaffte und an Häusern und Wohnungen materielle Verluste verursachte. Über dieses Thema sagte der Vorsitzende des Rigaer Vollzugskomitees („Oberbürgermeister“) Ende Februar 1941[29]: „In der Wohnungswirtschaft haben wir die gewünschte Ordnung noch nicht erreicht. Das bezieht sich auf die Wohnungswirtschaft und ebenso auf die Wohnungsverteilung ... Zwischen den Hausverwaltern, deren Zahl mehr als ein Tausend ist, sind noch Menschen, die nicht fähig

sind, mit der Verwaltung des ihnen anvertrauten sozialistischen Vermögens fertig zu werden. Die Hausverwalter haben Zeit genug gehabt, um richtig und rechtzeitig die Wohnungen zu vermessen, Dokumente für jede Wohnung anzufertigen und Mieten, Beheizungsgeld und andere Zahlungen in Einklang mit den entsprechenden Dekreten zu errechnen. Ein grosser Teil der Hausverwalter ist damit noch nicht fertig geworden. Es muss betont werden, dass auch die Wohnungsverwaltung (die zentrale Behörde der Wohnungswirtschaft. A. C.) mit dieser Arbeit nicht fertig geworden ist und sie nicht kontrolliert hat, *sie ist in Haufen von Papieren und fehlerhaften Kalkulationen versunken* ... Weiter muss noch gesagt werden, dass *die Mehrzahl der Hausknechte sehr schlecht ihre Aufgaben erfüllt hat* ... Die Treppenräume sind nicht in Ordnung und sind schmutzig, dasselbe ist auch über die Bürgersteige und die Strassen zu vermerken. Die Hauswände sind noch jetzt mit Wahlplakaten „geschmückt" ...

Dieselben Klagen[30] ertönten auch Mitte März 1941: *„In der Wohnungsverteilung herrscht ein völliges Chaos.* Die Reihen an den Mietezahlungsstellen vermindern sich fast nie. Die Termine der Mietebezahlung wechseln jeden Tag ... Was hat das Vollzugskomitee getan, um die Qualifikation der Hausverwalter zu heben ...? ... Es ist technisch gar nicht möglich, die Hausverwalter mit den häufigen Verfügungen, die nicht selten einander völlig widersprechen, bekannt zu machen ... Am 25. Februar hat das Vollzugskomitee erklärt, dass für den März die Miete spätestens am 10. März zu bezahlen ist ... Es standen unübersehbar lange Menschenreihen an den Schaltern ... Wenn man ein wenig nachgedacht hätte, wäre es klar gewesen, dass die Einkassierung so grosser Summen von Zehntausenden von Menschen in einigen Tagen praktisch gar nicht möglich ist. Nur dann, als bei den Kassen eine unübersehbare Menge war ..., erwachten die Terminbestimmer und beschlossen, die Miete für den März bis zum 25. März ohne Strafgeld zahlen zu lassen ... *Unbeschreibliche Unsinnigkeiten geschehen bei Wohnungsanweisungen.* An erster Stelle ist hier die Wohnungs-

kommission des Kirowbezirks*) zu nennen. In der Betreuung des Publikums besteht überhaupt keine Ordnung mehr ... Es stehen Reihen auf der Strasse ... Das ist Bürokratismus höchster Art. Ein Mitarbeiter einer Kunstbehörde ist aus Libau zur Arbeit nach Riga versetzt worden. Obgleich er schon am 10. Februar in Riga eingetroffen ist, hat er bis zum heutigen Tage (d. h. bis zum 15. März. A. C.) eine Wohnung noch nicht empfangen, er ist gezwungen in Hotels oder bei Bekannten irgendwie zu wohnen ... Hat in diesen Sachen nicht auch der Staatsanwalt ein Wort mit zu reden?"

Etwas später erschien wieder in der Zeitung ein grosser entrüsteter Artikel[31]: „Der Hausüberwachungskontrolleur nimmt überhaupt keine Rücksicht auf die Einwohner, bewertet die Umstände launenhaft, sorgt für nichts ... Die Vollzugskomitees der Bezirke sind nicht genau informiert, wieviel freie Wohnungen sie besitzen, wo diese sich befinden und wie gross die Anzahl von Wohnungen ist, wo man noch irgendeine kleinere Familie oder Einzelperson noch unterbringen könnte ... Die ganze Zuweisung der Wohnungen und freien Räume geschieht planlos ... *Noch immer will man nicht aufhören, auf eine Wohnung mehrere Orders auszustellen* ... Die Wohnungsabteilung des Vollzugskomitees der Stadt Riga gibt eine Ordre, das Bezirksvollzugskomitee eine andere, irgendein Angestellter unterschreibt eine dritte Ordre, und das Ergebnis ist fast eine Rauferei der Wohnungssucher an der Tür der betreffenden Wohnung."

Dass es auch „Proletariern", denen hygienische Wohnungen versprochen worden waren, nicht gut erging, das zeigt eine Notiz in einem grossen Artikel[32], der im April 1941 derselben Wohnungswirtschaft und Verwirrung gewidmet war: „Es wurde zwar der Grundsatz aufgestellt, dass die Wohnungen denen angewiesen

*) Die Bolschewisten hatten Riga in 6 Bezirke eingeteilt: Moskauer-Bezirk, Kirow-Bezirk (nach dem Namen des im Jahre 1934 ermordeten sowjetrussischen Bolschewistenführers Kirow), Proletarier-Bezirk, Stalin-Bezirk, Lenin-Bezirk und Bezirk der Roten Armee. Jeder Bezirk wurde von einem Vollzugskomitee verwaltet und in jedem Bezirk gab es eine Wohnungskommission.

werden müssen, die ein grösseres Bedürfnis nach einer Wohnung haben. Aber wie geschieht es in Wirklichkeit? Im „Proletarierbezirk"*) ist z. B. der Antrag von der S. Bērziņš abgewiesen worden. Sie lebt mit ihrem Manne und zwei Kindern in einem dunklen, feuchten Kellerraum von 14 Quadratmetern. ... Der Fall der Bērziņš ist aber nicht der einzige".

Das früher (als Sommerhäuser sich noch im Privatbesitz befanden) so einfache Mieten eines Sommerhauses am Rigaer Strande**), war in der Bolschewistenzeit ausserordentlich kompliziert geworden. Ein grosser Teil der Sommerhäuser (mit mehr als 170 m² und auch kleinere) wurde nationalisiert, und darum gab es beim Mieten dieser Häuser keine Ordnung mehr. Die ungünstigen Veränderungen sind aus folgenden Zeilen (die Ende Mai 1941 veröffentlicht wurden) ersichtlich[34]: „Die Sowjetgewalt... hat den Rigaer Strand Werktätigen zur Verfügung gestellt. Aber wegen des seltsamen Benehmens der Behörden und Personen, denen die Verwaltung der Kurplätze anvertraut worden ist, herrscht auf dem Strande noch eine grosse Stille. Niemand kann sagen, wann es da möglich sein wird, eine Erholung zu geniessen, obgleich offiziell die Erholungssaison am 15. Mai begonnen hat. Alles wird durch die ungeregelte Frage der Sommerhäuservermietung verzögert, denn bis zum heutigen Tage weiss niemand, wie gross das Mietgeld sein wird. ... Täglich... treffen am Strande Hunderte von Menschen ein, und wollen sich eine Sommerwohnung aussuchen. Das fällt schwer, denn vorläufig ist nur das Mieten privater Sommerhäuser möglich... Eine grosse Unklarheit wird auch durch den schwerfälligen Verwaltungsapparat der Strandimmobilien verursacht..."

Über das Benehmen bolschewistischer Behörden und Organisationen, denen der grösste Teil der nationalisierten Sommerhäuser vermietet wurde, und über das Zerstören des „sozialistischen" Vermögens klagte auch die Presse[35]: „Die Wohnungsverwaltung des Rigaer

*) Einer der Bezirke der Stadt Riga.

**) Am Rigaer Strande (Rīgas Jūrmala) wohnten im Jahre 1938 ca. 39.000 Kurgäste[33].

Der zweite bolschewistische Wahlschwindel in Lettland im Winter 1940/41.

22. Eine Agitatorin (Genossin Maslovska) besucht eine Wohnung (Rāmavas Str. 3) in Libau (im Januar 1941, kurz vor den „Wahlen" in den „Obersten Rat der UdSSR"), um den Leuten die grosse Bedeutung der „Wahlen" zu erklären.

23. Ein „vorbildliches" Wahlbüro (im Staatstechnikum) der Stadt Riga im Januar 1941. Bilder und Dekorationen sollen die „Wähler" beeinflussen und ihnen zeigen, dass die „Wahlen" nicht Komödie, sondern eine sehr wichtige Staatsangelegenheit sind.

24. Die aus dem Rigaer Zentralgefängnis am 21. Juni 1940 befreiten Kommunisten und ihre Anhänger, Freunde und Verwandten. Ganz vorne, der zweite Sträfling von links ist der 1. Sekretär des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Lettlands J. Kalnbērziņš. Die befreiten Kommunisten sehen frisch und munter aus. Zwanzig Jahre lang ist im Freistaate Lettland kein Kommunist zum Tode verurteilt worden. Wie die Praxis der Sowjetregierung war, das Zeigt Bild 25.

Strandes klagt, dass einige politisch unbewusste Bürger *die Sommerhäuser demolieren,...* die bisherigen Einwohner der Sommerhäuser willkürlich aus dem Hause vertreiben... Unverzeihlich und verbrecherisch gegen das sozialistische Vermögen haben sich die Vertreter des Kollektivs der „Rigaer keramischen Fabrik" benommen. Am 18. Mai sind sie in das dem Fabrikkollektiv zugewiesene Sommerhaus (Karlsbader Prospekt 40) eingetroffen, haben aus dem Fenster des zweiten Stockes Möbel hinausgeworfen, ein Teil davon ist zerbrochen... Die Arbeiter derselben Unternehmung haben weiter aus der Wohnung Karlsbader Prospekt 51 die bisherigen Einwohner hinausgeworfen... In anderen Fällen sind Zäune zerbrochen, Türen aufgebrochen und die Schlösser verdorben worden..."

Über die schlechte Sommerhäuserwirtschaft wurde am 24. April 1941 ein besonderer Beschluss (Nr. 637) vom Volkskommissarenrat angenommen: „Der Volkskommissarenrat der Lettländischen SSR stellt fest, dass bei der Erhaltung und wirtschaftlichen Nutzung der nationalisierten Sommerhäuser *sehr grosse Mängel herrschen.* Etwa 3000 nationalisierte Sommerhäuser, die einen grossen Staatswert besitzen, sind unter den Behörden verteilt und befinden sich in einer katastrophalen Lage, in einzelnen Fällen werden sie ruiniert und ihre Einrichtungen sogar geplündert." Laut Beschluss wird die Organisierung eines besonderen „Sommerhäusertrusts" beim Vollzugskomitee der Stadt „Riga-Strand" verfügt und dem Trust wird es gestattet, kleine nationalisierte Sommerhäuser (mit nicht mehr als 60 m² Wohnfläche) einzelnen Bürgern bis zu 5 Jahren zu verpachten.

*

Eine immer grössere Wohndichte, das zwangsweise Zusammenpferchen möglichst vieler Menschen und Familien (auch ganz fremder Familien!) in einer Wohnung und in einem Zimmer, die Verwahrlosung der Wohnungen und Häuser, die Gefährdung und Zerstörung der physischen und moralischen Gesundheit und des Familienlebens der Menschen, und eine unsinnige

Menschenquälerei und Verwirrung — das waren die Merkmale und die Entwicklungstendenzen der Bolschewisierung der Wohnungswirtschaft in Lettland. Auch in dieser Hinsicht sollte die Stadtbevölkerung Lettlands auf dieselbe ausserordentlich niedrige Wohlstandsstufe herabgedrückt werden, auf welcher die ganze Sowjetunion sich befand, wo die Wohndichte der Stadtbevölkerung nicht die von den Bolschewisten für die lettländische Stadtbevölkerung vorläufig bestimmte Wohnfläche von 9 m² pro Kopf, sondern durchschnittlich nur höchstens 4 m² erreichte (also etwa 4—5 Menschen in einem Zimmer!).

XIV

Geld und Kredit

1. Einlagen.

a) Beschränkungen der Auszahlung von Einlagen.

Gleich vom ersten Tage der Okkupation Lettlands durch die Sowjettruppen (vom 17. Juni 1940) an wurde die Auszahlung der Bankeinlagen unterbrochen und nach einigen Tagen nur in ganz beschränktem Umfange erneuert. Laut der Verordnung[1] der Regierung durften Kreditanstalten in der Zeit vom 21. Juni bis zum 30. Juni 1940 jedem Inhaber der Einlage insgesamt nicht mehr als Ls 50 auszahlen. Eine Ausnahme war nur für Auszahlungen zu Produktionszwecken und anderen volkswirtschaftlich notwendigen Zwecken (für Bezahlung der Löhne, für Beschaffung von Rohstoffen usw.) gestattet. Auch die Erteilung der neuen Darlehen wurde vollkommen beschränkt. Später wurde die Auszahlung der Einlagen mehrfach geändert, bis schliesslich Ende Juli 1940 bestimmt wurde[2], dass jeder Inhaber von Einlagen insgesamt nicht mehr als Ls 100 im Monat bekommen kann.

Für Sparer (hauptsächlich waren es alte Leute) und Geschäftsleute waren die Bankkonten fast vollkommen verloren. Sie konnten ihre Ersparnisse und die den Kreditanstalten anvertrauten Geldmittel nicht zum Kaufen irgendwelcher Waren oder vielleicht eines Grundstücks oder Häuschens verwenden, um so zu versuchen die Früchte ihrer Lebensarbeit einigermassen zu retten. Zwar wurde später erlaubt, aus Kreditanstalten noch gewisse (nicht grosse) Summen für besondere, mit Dokumenten zu beweisende, Bedürfnisse

(z. B. für die Reparatur des Wohnhauses) auszuzahlen oder von einem Konto auf das andere zu übertragen (z. B. vom Konto des Käufers von für die Reparatur notwendigen Baumaterialien auf das Konto der Baumaterialienfabrik). Aber nicht allen wurde das erlaubt und nicht alle Inhaber von Bankeinlagen besassen ein Haus, welches irgendwo ausgebessert werden musste. Seit dem November 1940 wurden Auszahlungen von 100 Sowjetrubeln (statt 100 Lats) im Monat erlaubt. Gleichzeitig mit der Nationalisierung von Industrie- und Handelsunternehmungen wurden auch die Bankkonten der ehemaligen Inhaber dieser Unternehmungen beschlagnahmt.

b) Entwertung der Einlagen.

Durch die enorme Preiserhöhung ab 1. Oktober und 25. November 1940 waren die Einlagen und die geringen Auszahlungen aus diesen Einlagen (ebenso wie das bare Geld, das die Bevölkerung hatte) sehr entwertet worden. Wenn ein Sparer z. B. Ls 1000 auf der Bank vor dem Bolschewisteneinbruch gehabt hatte, so konnte er für diese Summe im Freistaate Lettland etwa 8 anständige Männeranzüge kaufen, Ende November 1940 aber — nur einen Anzug!

c) Annullierung der Einlagen.

Aber es sollte noch schlechter werden. Wenn ein Sparer früher Ls 10.000 auf der Bank hatte, so konnte er diese Summe von der Bank nur nach 100 Monaten (nach 8 Jahren, wenn man den Zinsenzuwachs nicht berücksichtigt!) ausgezahlt bekommen. Aber auch diese langwierige Rückzahlung des Geldes wurde von den Bolschewisten plötzlich und einfach erledigt. Ende März 1941 erschien in der „Rigaer zentralen staatlichen Arbeitssparkasse" (diese bolschewistische Kreditanstalt hatte die frühere Postsparkasse übernommen und auch die Spareinlagen anderer früheren Banken wurden in diese neue Kreditanstalt überwiesen) an der Wand folgende Bekanntmachung: „Bürger! Auf Grund des Beschlusses des Volkskommis-

sarenrates der Lettländischen SSR vom 25. März des laufenden Jahres haben die staatlichen Arbeitssparkassen den Auftrag erhalten, jede in Lats eingezahlte Einlage bis Ls 1000 ohne Einschränkungen auszuzahlen. *Einlagensummen, die Ls 1000 übersteigen, werden annulliert.* Die übriggebliebenen 1000 Rubel, welche seinerzeit in Lats eingezahlt worden sind, werden in Sowjetvaluta umgewandelt und können künftig mit neuen Einlagen ergänzt werden, oder können in Teilen oder in einer Gesamtsumme (ohne jede Beschränkung) aus der Kasse genommen werden. Die Unantastbarkeit dieser Einlagen (wie aller Einlagen in der Sowjetunion) wird durch die Regierung der Sowjetunion garantiert." — Anstelle der Unterschrift stand: „Die Administration der Rigaer zentralen staatlichen Arbeitssparkasse".

Diese Bekanntmachung (und der Beschluss des Volkskommissarenrates) wurde in der Presse nicht veröffentlicht, wahrscheinlich, um die Bevölkerung nicht zu erregen; diese Methode wurde von den Bolschewisten häufig angewendet (der Verfasser hat diese Bekanntmachung damals abgeschrieben). Aber es war Tatsache, dass Einlagen, mit Ausnahme von 1000 Rubeln, weggenommen wurden. 1000 Rubel waren im Frühling 1941 etwa dem durchschnittlichen *dreimonatlichen Lohne eines Industriearbeiters* gleich. Höhere Summen waren offensichtlich als Vermögen der „Nichtarbeitenden" angesehen worden; ein Arbeiter konnte ja, wie die Bolschewisten es meinten, keine Ersparnisse haben. So war es jedenfalls in der Sowjetunion, wo die Bevölkerung 25 Jahre lang ihr Leben kaum fristen konnte, und wo vielen Millionen sogar dieses unmöglich gewesen ist — sie haben vor Hunger sterben müssen.

Die Inhaber der Einlagen hatten ihre Ersparnisse verloren. Inhaber von Einlagen der Postsparkasse gehörten früher hauptsächlich dem Lohnpersonal an (Angestellte und Arbeiter). Viele kleine Leute gab es auch unter den Inhabern der Einlagen in anderen Kreditanstalten (kooperative Sparkassen). Zum 1. Januar 1939 gehörten Einlagen[3], grösser als 1000 Lats: in der Postsparkasse — ca. 19.000 Sparern (69% der gesamten Einlagensumme), in den kooperativen Sparkassen (zum 1. Januar

1938) — 8500 Sparern. Ein grosser Teil dieser Leute verloren fast ihre ganzen Ersparnisse. Es wurden damals dem Volkskommissariat der Finanzen sehr viele Gesuche und Klagen über die Annullierung der Einlagen eingereicht, aber sie wurden nicht berücksichtigt. So verloren viele alte Männer und Frauen, die ihr ganzes Leben fleissig gearbeitet, entbehrt und gespart hatten, ihr ganzes Vermögen.

2. Das Ende des Lats.

a) Verschwinden des Silbergeldes.

Die Bolschewisten zerstörten nicht nur die in Form von Bankeinlagen vorhandene Kaufkraft der Bevölkerung, sondern auch diejenige, welche die Einwohner Lettlands in Form von Bargeld bei sich hatten. Gleich nach dem Einmarsch der roten Armee begann ein Verbergen und Einziehen des Metallgeldes, nämlich des Silbergeldes*), weil Gerüchte verbreitet waren, dass eine Annullierung des lettischen Geldes bevorstehe und darum wollte man sich vom Papiergelde sobald wie möglich befreien; das Silbergeld behielt wenigstens seinen Metallwert. In diesem Zusammenhange klagte Anfang Juli 1940 die bolschewistische Presse[4]: „In der letzten Zeit ist in Geschäften und anderen Unternehmungen beobachtet worden, dass Geschäfte sehr ungern als Zahlung Papiergeldscheine entgegennehmen. Sie entschuldigen sich mit Mangel an Kleingeld. Selbst auf Märkten sind Fälle vorgekommen, wo Händler dem Käufer, der einen 10-Lat-Geldschein gibt, das Wechseln verweigerten und die Ware nicht verkauften... Die genannte Erscheinung ist mit der völlig unbegründeten *Massenpsychose der Käufer*, die sich bemühen, alle Zahlungen nur mit Papiergeldscheinen zu regeln und das Kleingeld in Händen zu behalten, zu erklären." — Trotz dieser Mahnungen und Erklärungen, ver-

*) Im Freistaate Lettland waren im Umsatz Münzen im Werte von 1, 2 und 5 Lat. Das Gewicht der 1-Lat-Münze war 5 Gramm, des 2-Lat-Stückes — 10 g, des 5-Lat-Stückes — 25 g. Das Metall enthielt 835 Teile Silber und 165 Teile Kupfer.

schwand das Silbergeld immer mehr aus dem Umsatz, so dass zum Schluss nur Nickel- und Bronzegeld blieb, und neues Papierkleingeld gedruckt werden musste. Wie die späteren Ereignisse es bewiesen, war die „Massenpsychose" der Bevölkerung durchaus begründet gewesen.

b) Betrügerische Versicherung der bolschewistischen Regierung.

Am 23. Juli 1940 erschien in allen Zeitungen folgende Deklaration[5] der Regierung mit den Unterschriften des bolschewistischen Ministerpräsidenten und des Finanzministers: „In den letzten Tagen ist beobachtet worden, dass einige politisch unbewusste lettländische Bürger und auch einige gegen die Regierung des lettländischen werktätigen Volkes unloyal gestimmte Kreise sich bemühen, im lettischen Volke eine unbegründete Panik über die künftige Wirtschaftslage Lettlands zu erregen. Im Zusammenhange damit deklariert die neue Regierung des werktätigen Volkes des Sozialistischen Sowjet-Lettlands: ... Vom Warenmangel für den normalen Bedarf kann auch künftig nicht die geringste Rede sein. Es sind genügend Waren vorhanden, und es werden stets genügend Waren zu haben sein, und die Bedürfnisse des normalen Verbrauchs der Bürger werden auch künftig befriedigt werden. Darum *ist das übermässige Einkaufen der Bürger ... völlig ungerechtfertigt.* Ebenso hat die Regierung für die Stabilität des Latkurses gesorgt... *Die bisherige Stabilität des Lats wird auch künftig unterhalten werden.* Der Lat als Zahlungsmittel bleibt auch künftig in Kraft. Wenn im Prozess der wirtschaftlichen Umgestaltung das Bedürfnis zu einer Änderung des Geldsystems kommen würde, dann wird die Regierung diese Änderungen durchführen, indem sie den Inhabern des Lats ein *vollwertiges Äquivalent (Gleichwert)* sichern wird. Gerüchte über eine Inflation sind Erfindungen der Feinde der Volksregierung. Es wird keine Inflation geben, und *die Kaufkraft des Lats wird erhalten werden.* Die Verminderung der Kaufkraft des Lats stände im Widerspruch mit der Regierungspolitik, die Lage der Lohn-

arbeitskraft zu verbessern. Schon wegen dieser Erwägung allein *ist eine Devalvation des Lats ausgeschlossen.*" Weiter, wie gewöhnlich, wurde den „unbewussten" Bürgern und „Schädlingen" mit verschiedenen Strafen gedroht.

c) Panischer Schrecken der Bevölkerung.

Aber nach einigen Monaten erwies es sich, dass die „unbewussten" Bürger und „Schädlinge", d. h. die ganze Bevölkerung Lettlands, sehr klug taten, als sie ihr bares Geld und ihre Bankeinlagen (soweit es möglich war) eiligst in Waren und Nahrungsmittel verwandelten. Das Geld wurde entwertet, die Einlagen annulliert und es verschwanden zum grössten Teil auch Waren. Vom 25. November 1940 ab wurde neben dem Lat der Sowjetrubel als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt und *der minderwertige Rubel dem Lat gleichgesetzt.* Schon einige Tage später verbreiteten sich in ganz Riga Gerüchte, dass in den nächsten Tagen die völlige Annullierung des Lats erfolgen werde. Es herrschte grosse Aufregung, die Menschen sprachen viel über diese Gerüchte, und man erfand verschiedene Mittel zur Rettung des lettischen Geldes. So z. B. rieten einige, sogleich mässige Summen in Lats der Post zur Überweisung an einen Freund oder Verwandten einzuzahlen; dieses Geld, obgleich in Lats eingezahlt, werde man dem Empfänger auch nach der Annullierung des Lats (die nach den Gerüchten jeden Augenblick eintreten konnte) in Sowjetrubeln auszahlen. Oder man versuchte einen Bekannten in einer Dienststelle (Behörde oder Unternehmung), wo täglich viel Geld eingezahlt und ausgezahlt wurde (Bank, Post, Eisenbahn usw.), zu bewegen, Lats in Sowjetrubel umzutauschen. — Gleichzeitig wurden Gerüchte verbreitet, dass in den nächsten Tagen der Butterpreis (die Butter kostete im Kleinhandel ab 25. November 1940 7 Rubel je Kilogramm) bis zum Niveau der Sowjetunion (in Moskau — etwa 25—28 Rubel!) erhöht werden würde und jeder bemühte sich, wenigstens noch einige Kilogramm Butter zum „billigen" Preise (7 Rubel) zu kaufen; es bildeten

sich plötzlich lange Reihen an den Molkereigeschäften. Die Bevölkerung versuchte durch den Kauf verschiedener Waren in grösster Eile vom Lat, der dem Untergang geweiht war, loszukommen. — Etwas später waren wieder neue Gerüchte über die bevorstehende Annullierung nicht des Lats, sondern einiger Sowjetrubelscheine im Umlauf, z. B. der 30-Rubelscheine. Die Bevölkerung der Stadt Riga „wusste" genau, dass solche Massnahmen auch in der Sowjetunion von den Bolschewisten ergriffen wurden, um angeblich die Bevölkerung zu bewegen, das ersparte Geld nicht zu Hause zu halten, sondern in die staatliche Sparkasse zu legen. Darum bemühte sich die Bevölkerung, die „unglücklichen" Geldscheine loszuwerden (dem Verfasser ist jedoch nicht bekannt, ob solche Massnahmen in der Sowjetunion in den letzten Jahren wirklich ergriffen worden sind).

d) Annullierung des Lats.

Diese damals — Ende 1940 und Anfang 1941 — in Riga herrschenden Gerüchte zeigen, wie panisch erschrocken die Bevölkerung unter der Bolschewistenherrschaft war, und dass man die Bolschewisten jedes Raubes und jeder niederträchtigen Tat für fähig hielt. Zwar wurde der Lat nicht sogleich Ende November 1940 annulliert, auch die Butterpreise wurden nicht erhöht, aber nach 4 Monaten, am 25. März 1941, erschien plötzlich in den Zeitungen an unauffälliger Stelle unter dem kleinen Titel „Bekanntmachung" folgende kurze Notiz[6]: „Laut Beschluss des Volkskommissarenrates der Lettländischen SSR und des Zentralkomitees der Lettländischen Kommunistischen Partei (der Bolschewisten) wird ab 25. März 1941 der Lat als annulliert erklärt und seine Annahme bei allen Zahlungen ist unterbrochen." — Das war das Ende des lettischen Geldes. Es gab dazu keine Kommentare. Wer Lats noch nicht ausgegeben oder in Sowjetrubel umgetauscht hatte, der hatte seine Ersparnisse verloren. Es gab damals viele Menschen, die ihre ganze materielle Existenz eingebüsst hatten: sie waren aus dem Staatsdienst oder aus

einer Unternehmung entlassen, sie hatten gleichzeitig durch die Nationalisierug ihr Haus verloren. Durch die Annullierung ihrer Bankeinlagen und ihres Bargeldes sind sie gänzlich mittellos geworden.

Durch die Annullierung der Bankeinlagen und des Lats verlor die Bevölkerung viele Millionen Lats. Aber ca. 32 Mill. Lats*) in Silbergeld ist vom Publikum zurückbehalten worden; obgleich das Verbergen des Silbergeldes in grösseren Summen verboten war und als „Schädlingswesen" bestraft wurde, hatte die Bevölkerung doch den grössten Teil des emittierten Silbergeldes erfolgreich gerettet. Dieses Geld wird jetzt, nach der Vertreibung der Bolschewisten, von den Inhabern zur Herstellung verschiedener Schmucksachen (Ringe, Armbänder u. a.) verwendet. Die Silberschmiede Lettlands werden noch jahrelang mit solchen Bestellungen überhäuft sein.

3. Weitere Veränderungen und verschiedene andere Enteignungen.

Im August 1940 wurde laut Beschluss der bolschewistischen Regierung der Kauf und Verkauf von Wertpapieren unterbrochen. Alle Inhaber von Wertpapieren, auch alle Kreditanstalten, mussten ihre Wertpapiere der „Bank Lettlands" (Staatsbank) abliefern; im widrigen Falle drohten schwere Strafen. Die Wertpapiere (in Gesamtsumme von ca. 900 Mill. Lats) wurden faktisch konfisziert.

Im Freistaate Lettland bestanden 73 Staatsfonds, die ihre Mittel aus dem Staatsbudget, aus besonderen Steuern, aus Spenden und anderen Quellen bezogen und zur Förderung von verschiedenen wirtschaftlichen und kulturellen Zwecken gegründet worden waren. Durch die Geldentwertung und den Beschluss der Sowjetregierung, die Fonds zu liquidieren und als Staatseinnahmen anzusehen, sind diese Fonds (die insgesamt einige Hunderte Millionen Lats zählten) vernichtet worden (da-

*) Also etwa 160.000 Kilogramm Silbermünzen, mit ca. 134.000 kg reinen Silbers.

runter auch der Staatspensionenfonds, der zur Sicherstellung der pensionierten alten Beamten, auch Schriftsteller und Mitglieder anderer intellektueller Berufe, bestimmt war).

Im Juli 1940 wurde verordnet, dass alle Juweliergeschäfte und Werkstätten der „Bank Lettlands" ihr Gold, Silber, Platin und alle Edelsteine abzuliefern hätten; diese Werte wurden konfisziert. Ebenso enteignete man dieselben Gegenstände, die sich im Lombard befanden. Der Inhalt der Banksafes fiel ebenfalls den Bolschewisten zum Opfer.

Im Juli 1940 wurden alle Banken, Versicherungsgesellschaften, Lombarde und die Banksafes der Privatpersonen nationalisiert. Die Aktionäre und sonstigen Inhaber von Bankkapitalien verloren ihr Vermögen. Die nationalisierten Banken wurden mit den Filialen der sowjetrussischen Staatsbanken*) in Lettland (die grösstenteils aus den früheren lettländischen Staatsbanken gebildet waren) vereinigt. Es blieben nur die städtischen und ländlichen Kreditgenossenschaften („Spar- und Darlehnskassen"). Diese Kassen wurden nicht nationalisiert, sondern nur nach den bolschewistischen Grundsätzen umgestaltet. In den ländlichen Kreditgenossenschaften wurden die alten Verwaltungsorgane abberufen und neue bestellt: „Nach den Hinweisen der Partei und der Regierung haben die Neuwahlen der Verwaltungen der ländlichen Kreditgenossenschaften begonnen... In den schon neugewählten Verwaltungen von 91 Genossenschaften sassen früher 101 Grossbauern, die 50 und mehr Hektar Land besassen; jetzt kommen von diesen Kreisen nur 28. Die Zahl der Bauernwirte, die 30—50 ha Land besassen, betrug früher 90, jetzt 30. Die Zahl der Bauern, die bis 10 ha besitzen, war früher 56, jetzt 140; die Zahl der Bauern mit 10—20 ha betrug 94, jetzt 120." So berichtete[8] die bolschewistische Presse im Februar 1941.

---

*) Die Staatsbank, die Kommunalbank, die Landwirtschaftsbank und die Industriebank.

4. Die neuen bolschewistischen Staatssparkassen.

Laut Beschluss[9] des Volkskommissarenrates vom 24. Dezember 1940 wurde die Liquidierung der Postsparkasse und die Organisation von „Staatssparkassen der Werktätigen", um „den Werktätigen die Möglichkeit einer sicheren und vorteilhaften Aufbewahrung der Geldersparnisse und freien Mittel zu verschaffen", beschlossen. Es sollten im Jahre 1941 226 neue Sparkassen verschiedener Grösse (Zentrale, Kreissparkassen usw.) organisiert werden. — Es wurden bei den örtlichen Sowjets und in Gewerkschaften, Unternehmungen und Behörden besondere „Kommissionen zur Förderung des Staatskredits und der Sparkassen" organisiert. Es war die Aufgabe dieser Kommissionen, den Arbeitern und Angestellten, sowie der ganzen Bevölkerung die „Bedeutung und Rolle der Volksersparnisse in der Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft" zu erklären und die Bevölkerung zu Einlagen in die neuen Sparkassen anzuspornen, d. h. mit verschiedenen Mitteln möglichst viel Geld für den bolschewistischen Staat auszupressen. In der Presse erschienen viele Artikel über die „Sowjetsparkassen", und es wurde eine grosse Reklame gemacht (auch gleich nach der Annullierung der alten Einlagen Ende März 1941). Die früheren Sparkassen Lettlands und überhaupt der „kapitalistischen" Länder wurden beschimpft und die wunderbaren Sparkassen der Sowjetunion gerühmt. Die Sowjetsparkassen fördern die Hebung des Wohlstandes der Werktätigen und die sozialistische Aufbautätigkeit, aber: „Ganz anders werden die Mittel ... in den Sparkassen der kapitalistischen Länder ausgenutzt. Dort werden die Einlagen zur Erweiterung der Ausbeutung der Werktätigen und zur Befestigung der Macht bestimmender Kapitalistenklassen verwendet. In der letzten Zeit benutzten die Regierungen der imperialistischen Staaten die Mittel der Sparkassen zur Deckung der Ausgaben des blutigen Krieges"[10]. — Es wurde immer wieder betont, dass die Einlagen der Sowjetsparkassen vollkommen sicher seien, das garantiere die Regierung der Sow-

jetunion (dieselbe Regierung, die den fleissigen und alten Leuten in Lettland ihre Einlagen und ihre Geldmittel soeben geraubt hatte!).

a) Zwang zu den neuen Spareinlagen.

Die obenerwähnte Propaganda konnte natürlich keine Erfolge haben, man konnte hauptsächlich nur zwangsweise das Geld für die neuen Sparkassen aus der Bevölkerung herauspressen, denn die Reallöhne der Arbeiter und besonders der Angestellten waren gesenkt und die alten Einlagen und das alte Geld und seine Kaufkraft vernichtet, was ein böses Vorzeichen für die Zukunft war (in der Sowjetunion, wo die Warenpreise beständig in die Höhe stiegen, verloren auch die Einlagen und Geldersparnisse bald ihren realen Wert). — Der Volkskommissarenrat der Lettländischen SSR (Beschluss[11] Nr. 589 vom 17. April 1941: „Über die Ergebnisse der Erfüllung des Planes der Mobilisierung der Mittel im I. Vierteljahr") rügte die Tätigkeit der Organisationen zur Förderung der Sparkassen mit folgenden Worten: „Die Organe der staatlichen Arbeitssparkassen haben nicht in nötigem Umfange die Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung betrieben, haben nicht genügend über die Bedeutung der Aufbewahrung der freien Mittel in den Sparkassen Propaganda gemacht, und darum ist auch die Heranziehung der Einlagen der Werktätigen zu den staatlichen Arbeitssparkassen nicht genügend durchgeführt worden." — In demselben Beschluss wird für das II. Vierteljahr folgender Plan der „Mobilisierung der Mittel" bestätigt: 1) von Steuern 26 Millionen Rubel, 2) von der Staatsversicherung — 2,1 Mill. und 3) von den neuen Einlagen in den Sparkassen — 8 Mill. Rubel*) (hiervon allein in Riga — 2,7 Mill.).

Die Bolschewisten bemühten sich, Einlagen für Sparkassen auch von Bauern zu erpressen: „In der Einlagenangelegenheit arbeiten die ländlichen Kredit-

*) Die 8 Millionen Rubel waren früheren etwa 2—3 Millionen Lats gleich. Am 1. September 1939 waren allein in der Postsparkasse[12] 87 Mill. Lats Spareinlagen vorhanden!

genossenschaften unbefriedigend. Die Verwaltungsorgane tun in der Aufklärung und Popularisierung der Einlagenangelegenheit nichts... Die alten Verwaltungsorgane bemühten sich sogar ihre Untätigkeit zu rechtfertigen, indem sie erzählten, dass die ländliche Bevölkerung zur Zeit kein freies Geld für Einlagen besitzt. Das ist nicht wahr. Die Sowjetregierung hat für landwirtschaftliche Erzeugnisse gebührliche Preise festgesetzt, die beträchtlich grosse Geldüberschüsse schaffen . Die Bauern haben freie Mittel auch für Einlageoperationen."[13] — Trotz Raub und Betrug in Geldsachen und bei Einlagen mussten dennoch neue „Ersparnisse" und Einlagen geschaffen werden!

5. Bolschewistische Staatsanleihen.

Im Mai 1941 beschäftigten sich die lettländischen Zeitungen (ebenso die Zeitungen der Sowjetunion) mit der Propaganda für die neue Staatsanleihe der Sowjetunion. Es wurde erklärt, dass in „kapitalistischen" Ländern die Staatsanleihen (nebst Steuern) nur Mittel zur „Ausbeutung" des „werktätigen Volkes" seien. Mit Hilfe der Anleihen decke der kapitalistische Staat nur die „unproduktiven" Ausgaben (Unterhaltung des polizeilichen und bürokratischen Staatsapparates, Vorbereitung zu Raubkriegen, Deckung der Budgetdefizite usw.). Eine ganz andere Bedeutung hätten die Staatsanleihen in der Sowjetunion — im sozialistischen Staate. Hier fördern die Staatsanleihen die Hebung des materiellen und kulturellen Niveaus des Volkes, stärken seine Unabhängigkeit von der kapitalistischen Welt und seine Verteidigungskraft. Das sei der prinzipielle Unterschied zwischen den Staatsanleihen im Sowjetland und den kapitalistischen Anleihen. Die Sowjetanleihen werden produktiv verwendet — es werden mit ihrer Hilfe neue Fabriken, Eisenbahnen, Schulen, Krankenhäuser, Theater und Wohnungen errichtet. Die Staatsanleihen heben das Volkseinkommen und die Militärstärke des Sowjetstaates.

Die Propagandisten erklärten[14]: „Auf Forderung der Werktätigen" wurde im Jahre 1927 die erste In-

dustrialisierungsanleihe — für 200 Millionen Rubel — auf 10 Jahre emittiert und im Volke durch Subskription und Ratenzahlung verbreitet. Seitdem ist die Bedeutung der Staatsanleihen ausserordentlich gewachsen. Während des 2. Fünfjahresplanes (1933—1937) hat der Staat mittels Anleihen von der Bevölkerung 19 Milliarden Rubel erhalten — 17% der Totalsumme der Kapitalinvestitionen in diesem Zeitabschnitt. Während 3 Jahren des dritten Fünfjahresplanes (1938—1942) hat der Staat für 20,7 Milliarden Rubel Anleihen emittiert — 19% der Totalsumme der Kapitalinvestitionen in diesem Zeitabschnitt. Im Jahre 1939 haben über 50 Millionen Personen für die Anleihe gezeichnet, im Jahre 1940 betrug diese Zahl bereits 60 Millionen.

Weiter wurde betont, dass die Sowjetanleihen stets „einen enormen Enthusiasmus" hervorriefen und die Subskriptionen stets anwuchsen. Die Subskription verlaufe immer „mit ausserordentlichem Erfolge" und „übersteige" gewöhnlich die festgesetzte Summe der Staatsanleihe. Die Propaganda unterstrich, dass dank der Staatsanleihe das Lebensniveau der Bevölkerung und der Wohlstand der sozialistischen Wirtschaft stark gehoben werde.

Es wurde noch darauf hingewiesen, dass die Ausführung des Planes für das Jahr 1941 enorme Mittel verlange. Die Ausgaben des Staatsbudgets der UdSSR seien insgesamt mit 216,1 Milliarden Rubel vorgesehen, davon 70,9 Milliarden zur Stärkung der Verteidigung*) der UdSSR. Auch die Ersparnisse der Sowjetbürger hätten zur Deckung dieser Ausgaben viel beizutragen.

Laut Beschluss[15] des Volkskommissarenrates der UdSSR vom 2. Juni 1941 wurde eine neue Staatsanleihe auf 20 Jahre**) für 9,5 Milliarden Rubel emittiert — vom 1. November 1941 bis 1. November 1961 — und zwar zu 4% jährlich. In der ganzen Sowjetunion wurde sogleich eine grosse Propaganda gemacht; der Volks-

*) Die bolschewistische Propaganda betonte immer, dass die UdSSR sich in „kapitalistischer Einkreisung" befinde und dass der UdSSR Kriegsgefahr drohe.

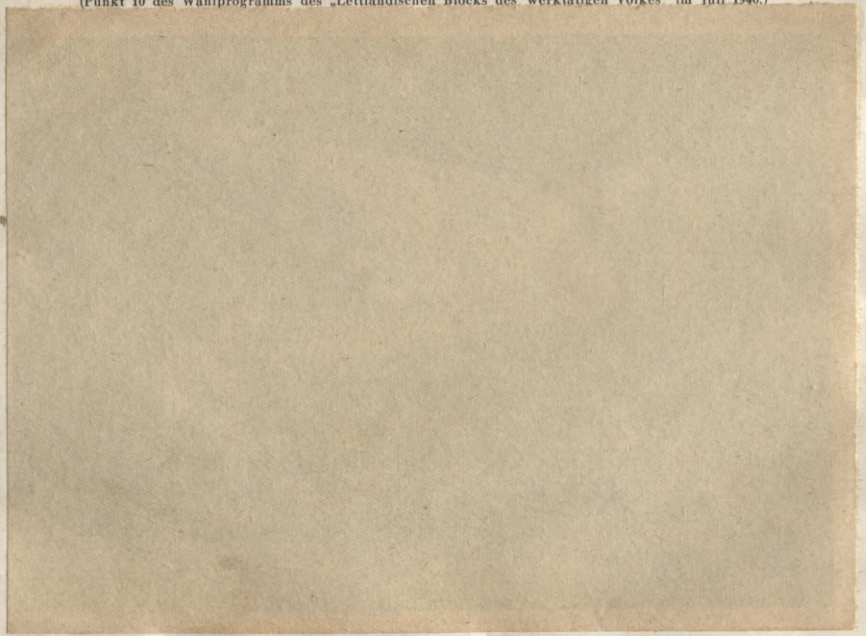
**) Auch die früheren Anleihen waren auf 20 Jahre emittiert worden.

kommissar der Finanzen der UdSSR hielt am 2. Juni eine grosse Rundfunkrede. Auch in Lettland wurden am Abend des 2. Juni alle Angestellten (auch Arbeiter) bei den Arbeitsstellen versammelt, um die Rede des genannten Volkskommissars aus Moskau im Rundfunk zu hören. Gleich nach der Rede wurden den Leuten die Subskriptionslisten vorgelegt. Der Leiter der Arbeitsstelle und einige Kommunisten aus der Mitte des Personals hielten „begeisterte" Ansprachen*) und forderten das Personal gewöhnlich auf, eine Summe in Höhe des monatlichen Gehalts sogleich zu zeichnen. Gewöhnlich war die Prozedur in einer halben Stunde erledigt. Der Zentralrat der Gewerkschaften der UdSSR veröffentlichte einen Beschluss[16], in dem er Arbeiter, Angestellte, Ingenieure, Ärzte, Lehrer, Künstler u. a. aufforderte, die Anleihe in Höhe von einem 2—4-wöchentlichem Gehalt zu zeichnen. Wie immer, war auch die Subskription der Anleihe ganz „freiwillig". Wer aber diese Freiwilligkeit ernst meinte und nicht den vollen monatlichen Lohn (wie z. B. der Volkskommissar oder ein anderer Leiter der Behörde es vorgeschlagen hatte), sondern nur einen 14-tägigen Lohn

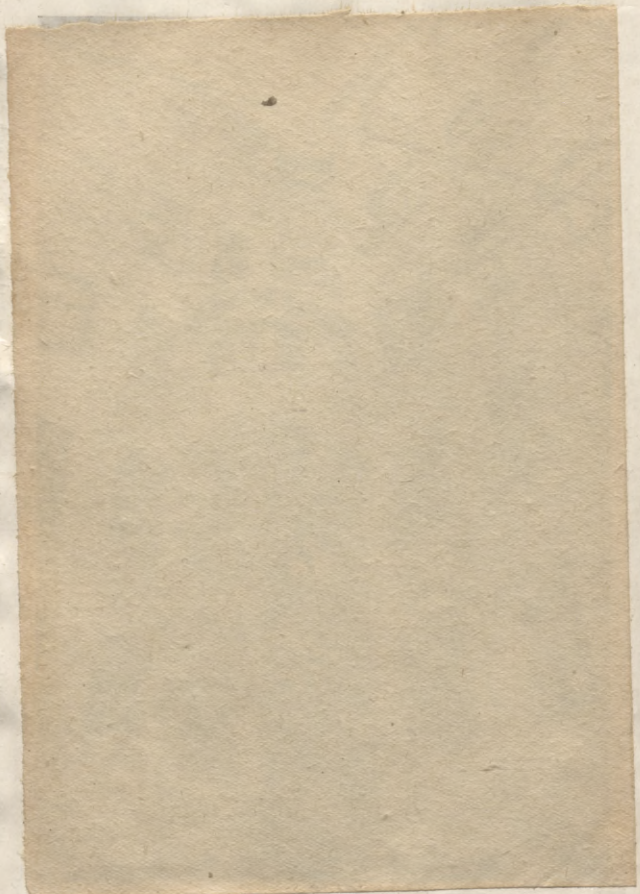
*) So z. B. wurde die Zeichnung der Anleihe in der grössten lettländischen Gummifabrik „Sarkanais Kvadrats" (Rotes Quadrat) folgendermassen geschildert[17]: „Mit raschen Schritten tritt Genosse M. Tschatagonow hervor (das geschieht auf der Versammlung der Arbeiter und Angestellten der Fabrik, gleich nach dem Abhören der Rede des Finanzkommissars aus Moskau. A. C.) ... Genosse Tschatagonow gibt in herzlichen Worten als erster bekannt, dass er die Anleihe im Umfange eines Monatslohnes zeichne ... Auf einem langen Tische liegen die Subskriptionslisten und alle erwarten mit Ungeduld ihre Reihe. Noch ehe Genosse Baranow ... den Bleistift hingelegt hat, ergreift ihn schon Genosse Lawrinowitsch. Auch er freut sich, seinen Monatslohn für den Bau neuer Fabriken, für den Endsieg des Kommunismus zu geben. „Panzer haben wir nötig, Flugzeuge. Ich wünsche, dass unser Unternehmen in der Zeichnung an erster Stelle wäre." — Aber die Wirklichkeit war ganz anders. Arbeiter und Angestellte waren erbittert über diese Zwangsanleihe, die gewaltsame Kürzung des ohnehin schon geringen und seit Ende November 1940 so stark verminderten Reallohnes. Im Volke sprach man nicht von einer Anleihe, sondern von einer „Spende", was den Tatsachen auch wirklich entsprach. Den Kommunisten gefiel das jedoch nicht und sie betonten immer wieder, dass das keine Spende sei.

„Die Unantastbarkeit der Person und des Vermögens aller Bürger muss sichergestellt werden".

(Punkt 10 des Wahlprogramms des „Lettländischen Blocks des werktätigen Volkes" im Juli 1940.)



25. Die Praxis der Bolschewistenregierung war eine ganz andere. Das Bild zeigt die gleich nach der Vertreibung der Bolschewisten in Dreiliņi (in der Umgebung Rigas) gefundenen und ausgegrabenen Leichen der von der „Tscheka" ermordeten lettischen Patrioten.



26. Innenansicht des Tscheka-Gebäudes in Riga (Adolf-Hitler-Strasse 37/39).

zeichnete, der wurde bald bitter enttäuscht und die Folgen waren für ihn schlimm. Dem Verfasser dieser Abhandlung sind persönlich einige Fälle bekannt, wo Angestellte, die den vollen Monatslohn für die Anleihe nicht gezeichnet hatten, nach ein paar Tagen entlassen wurden, so z. B. ein ehemaliger Oberst der lettischen Armee, der in einem Volkskommissariat in Riga nur 350 Rub. (gleich etwa Ls 100) monatlich verdiente, und nicht für das ganze monatliche Gehalt, sondern nur für 200 Rubel gezeichnet hatte. Nur selten weigerten sich Arbeiter oder Angestellte, für die Anleihe zu zeichnen. Solche Leute wurden als politisch unsicher vermerkt und ihre Zukunftsaussichten waren traurig. Nicht nur jeder Arbeiter, Angestellte oder Bauer musste Obligationen kaufen, sondern auch jede Hausfrau (Frauen von Angestellten oder Arbeitern), welche ausserhalb des Hauses nicht beschäftigt war. Alle Wohnungen in der Stadt wurden von Kommunisten besucht, und alle Einwohner wurden kontrolliert, ob auch wirklich alle für die Anleihe gezeichnet hatten.

Die Obligationen konnten in Raten (10 Monate lang) vom Juni 1941 bis März 1942 (einschl.) bezahlt werden. Die Raten wurden jeden Monat bei der Lohnauszahlung in Abzug gebracht. Die Obligationen sollten den Zeichnern nach Abzahlung der ganzen Summe ausgehändigt werden.

Einige Tage nach der Emission der neuen Staatsanleihe waren alle lettischen Zeitungen (und auch die Zeitungen der UdSSR) mit Schilderungen und Bildern voll, in denen gezeigt wurde, wie Arbeiter und Angestellte mit „Begeisterung" für die Anleihe zeichneten. Es wurden „Wettbewerbe" organisiert, z. B. zwischen den einzelnen Abteilungen einer Arbeitsstelle, wer prozentual mehr (vom Monatslohne gerechnet) zeichnen würde.

Das Ergebnis aller dieser Agitationsaktionen und des tatsächlichen Zwanges war folgendes[18]: in ganz Lettland wurden insgesamt 102.532.000 Rubel gezeichnet (in Riga 37.675.000 Rubel); es beteiligten sich 328.708 Arbeiter und Angestellte und 170.171 „Arbeitsbauern". — In der ganzen UdSSR wurden (bis zum

16. Juni) mehr als 10,8 Milliarden Rubel gezeichnet; diese Summe „übertraf" den vorgesehenen Betrag (9,5 Milliarden) um 1,3 Milliarden Rubel. Am 17. Juni wurde die Zeichnung eingestellt.

Die Zahlungen für die Staatsanleihe waren tatsächlich eine Steuer*), welche *jedes Jahr* gezahlt werden musste (weil die Anleihe jedes Jahr emittiert wurde). Wenn der Arbeiter oder Angestellte seinen zweiwöchentlichen Lohn zeichnete, so büsste er 3,8% seines Jahreslohnes ein; wenn er 3 Wochen zeichnete, büsste er 5,8%, wenn er 1 Monat zeichnete, 8,3% seines Jahreslohnes ein. Man kann annehmen, dass ein jeder Arbeitende durchschnittlich ein 3-wöchentliches Gehalt gezeichnet hatte.

*) Wenn auch nach vielen Jahren die Arbeiter ihr Geld zurückbekamen, so war dann der Wert des Geldes viel geringer, weil in der Sowjetunion die Warenpreise stets erhöht wurden.

XV

Staatsfinanzen

1. „Eigentümlichkeiten" des „sozialistischen" Staatsbudgets.

In seiner Rede im Obersten Rate der Lettländischen SSR am 1. April 1941 charakterisierte der Volkskommissar der Finanzen den prinzipiellen Unterschied zwischen dem früheren „plutokratischen" und dem gegenwärtigen „sozialistischen" Staatsbudget (für das Jahr 1941) folgendermassen:[1] „Das vom Volkskommissarenrat eingereichte Budget für das Jahr 1941 ist das erste Budget der sozialistischen Wirtschaft, das sich radikal von Budgets der ehemaligen plutokratischen Regierungen unterscheidet. Die Budgets können gar nicht verglichen werden. Das Budget der plutokratischen Regierung war nur das Budget der administrativen Behörden,*) denn die Bedeutung der staatlichen wirtschaftlichen Unternehmen war in der damaligen Volkswirtschaft gering. Dieses Budget war das Budget der Unterdrückung des werktätigen Volkes und der Befestigung der Macht der Bourgeoisie, das nicht im geringsten Masse die Interessen der Werktätigen beachtete... Jetzt... ist das Budget ein Budget des Neuaufbaus der sozialistischen Wirtschaft und der Kultur und der sozialen Sicherstellung des werktätigen Volkes. — Das Budget der alten Regierung schöpfte seine Mittel haupt-

*) Der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission charakterisierte in einem Leitartikel das „plutokratische" Budget wie folgt[2]: „Im Budget der plutokratischen Clique, das zum grössten Teil ein Budget der Unterhaltung der administrativen Verwaltung, der Gerichte, der Gefängnisse und des Heeres war, verzehrten den Löwenanteil (37,5%) die Verwaltung und das Heer".

sächlich aus einer erbarmungslosen Besteuerung der mittellosen Klassen ... Unser Budget ist das Budget der sozialistischen Planwirtschaft und stützt sich auf die Erfolge dieser Wirtschaft — auf das Wachstum der Produktion, auf die Hebung der Arbeitsproduktivität ..."

2. Zusammensetzung der Staatseinnahmen im Freistaate Lettland und in Sowjet-Lettland.

Auch auf dem Gebiete der Staatsfinanzen sind in der bolschewistischen Propaganda die grössten Lügen und Wahrheitsverdrehungen zu finden. Aber bevor man diese Fälle betrachtet, müssen einige Worte über die Zusammensetzung der Staatseinnahmen im Freistaate Lettland und in der Sowjetunion und in Sowjet-Lettland gesagt werden. Im Freistaate Lettland betrugen[3] die Staatseinnahmen (laut Budget für das Jahr 1938/39) Ls 191 Mill. Hinzuzurechnen sind noch die Einnahmen der ländlichen Selbstverwaltungen (der Gemeinden) in Höhe von Ls 18 Mill. und die Einnahmen der städtischen Selbstverwaltungen in Höhe von Ls 70 Mill. Im genannten Jahre setzten sich die Haupteinnahmen des Staatsbudgets aus folgenden Posten zusammen: Zölle (hauptsächlich Einfuhrzölle — von Erdölprodukten, Tabak, Obst, Kraftwagen, Baumwollgeweben und Baumwollgarn, Wolle und Wollgarn, Seidengarn usw.) 35,6 Mill., Akzise (von Tabakwaren, Bier, Wein und Zündhölzchen) 21,1 Mill., Spiritusmonopol (einer Verbrauchssteuer gleich) 23,5 Mill., Zuckermonopol 16,1 Mill., Einkommensteuer 11 Mill., Handels- und Industriesteuer 7,6 Mill., Steuer von ländlichen und städtischen Immobilien*) 5,7 Mill., Stempelsteuer 13 Mill. Die grössten Einnahmen erzielte der Staat durch die Steuer auf Spiritus, Zucker, Bier, Tabak und verschiedene Einfuhrwaren.

Etwa dieselbe Rolle spielte die Besteuerung der Verbrauchswaren in der Sowjetunion: für das Jahr 1941 waren Einnahmen[4] von der Umsatzsteuer mit 124,5

*) Eine viel grössere Immobiliensteuer musste den Selbstverwaltungen bezahlt werden.

Milliarden Rubeln vorgesehen, was fast 60% von der Gesamtsumme der Staatseinnahmen (216,2 Milliarden) ausmachte. Den zweiten grössten Einnahmeposten bilteten Abzüge von den Gewinnen der staatlichen Unternehmen — 31,3 Milliarden Rubel. Diese zwei Posten zusammen ergaben 72% der Gesamtsumme der Staatseinnahmen der Union. — Die Sätze der Umsatzsteuer waren in der Sowjetunion sehr hoch, so z. B. waren die *Steuersätze für Nahrungsmittel*[5] folgende: für Zucker — 78% vom Umsatz, für Rindfleisch 67—72% (abhängig von der Zone, in der sich die Gegend befand), für Lammfleisch, Schweinefleisch und Kalbfleisch 60—67%, für Wurstwaren 47—68%, für Butter 57—60%, für Käse 65—75%, für Quark 22—39%, für Margarine 58—65%, für Zigaretten 83—88%, für Rauchtabak 60—70%, für Branntwein 83%, für Bier 42—50%, für Brot aus feinem Weizenmehl 5—10% (das gewöhnliche Brot wurde nicht besteuert), für Schokolade 65% usw. Also wenn z. B. die betreffende Staatsindustrie dem Handel Butter lieferte, so musste sie von jeden 100 Rubeln der empfangenen Zahlung 57—60 Rubel in die Staatskasse als Umsatzsteuer bezahlen; der grösste Bestandteil des Butterpreises setzte sich also aus der Umsatzsteuer zusammen.

3. Die Umsatzsteuer in Lettland.

Diese bolschewistische Steuer war auch in Lettland eingeführt worden. Laut Beschluss[6] des Volkskommissarenrates der Lettländischen SSR (Nr. 318) wurde der Umsatz der staatlichen und kooperativen Unternehmen vom Warenverkauf besteuert. Die Besteuerung erfolgte bei jeder Ware nur einmal. Verkaufsumsätze folgender Waren waren von der Umsatzsteuer befreit: Flachs, Baumwolle, Tabak (Rohstoff), Wolle, Saaten, Zeitungen und einige andere Waren. Die Zahler der Umsatzsteuer waren die Industriebetriebe, die ihre Erzeugnisse verkauften; von jeder empfangenen Geldsumme (also vom Preise der Ware) musste die Steuer (zweimal im Monat) bezahlt werden. Die Umsatzsteuer war vom 1. Januar 1941 an in Kraft. Bis zum 1. April 1941 waren folgende

provisorische Steuersätze bestimmt worden: für Baumwollgewebe 30—45%, für Wollgewebe 30%, für Seidengewebe 40%, für Schuhe 25%, für Gummischuhe 50%, für Schallplatten 30%, für Rundfunkempfänger 15%, für Photoapparate 25%, für Uhren 50%, für Juweliererzeugnisse 45%, für Zucker 40%, für Schokolade 35%, für Zigaretten 60%, für Trinkspiritus 85%, für Branntwein 80%, für Bier 40%, für Parfümeriewaren 50%, usw. Bis zum 1. Juli 1941 sollten die wichtigsten Nahrungsmittel praktisch ohne Umsatzsteuer bleiben (für Getreide-, Milch- und Fleischerzeugnisse betrug der Steuersatz nur 1%). Um aber die Steuersätze den sowjetrussischen Steuersätzen zu nähern, war ab 1. Juli 1941 eine *starke Erhöhung* der Umsatzsteuersätze vorgesehen worden, besonders hoch sollten künftig die Steuersätze für Nahrungsmittel sein. Die Folgen wären also eine starke Erhöhung der Lebensmittelpreise gewesen. Der Krieg zerstörte diese finanziellen Pläne der Bolschewisten — die unerhört hohe und nirgends in der Welt (mit Ausnahme der Sowjetunion) existierende Steuer auf die nötigsten Lebensmittel und andere Verbrauchswaren, deren Zweck die Senkung des Lebensniveaus des lettischen Volkes sein sollte, konnte nicht mehr eingeführt werden.

4. Das bolschewistische „Finanzwunder".

Die masslose Unverschämtheit und Lächerlichkeit der bolschewistischen Behauptungen über das Staatsbudget kann eine Stelle[7] aus der schon erwähnten Rede des Volkskommissars der Finanzen vom 1. April 1941 charakterisieren. Der Redner weist darauf hin, dass die Gesamtsumme der Einnahmen des Staates und der Selbstverwaltungen im Jahre 1940 von der „plutokratischen" Regierung mit 288 Millionen Rubel vorgesehen war, von der Sowjetregierung jedoch für das Jahr 1941 mit 1019 Mill. Rubeln. Weiter betont er folgendes: „Wenn wir dieses Budget mit dem Budget des Jahres 1939/40 vergleichen, können wir feststellen, dass die Einnahmen sich um 730.940.300 Rubel oder um 354,5%

vergrössert haben. *Solch ein Zuwachs eines Budgets ist nur im Sowjetstaate möglich,* im Sowjetstaate, wo die politische Basis das werktätige Volk ist, und die vom werktätigen Volk gewählten Deputiertenräte die Verwaltung in der Hand haben, und wo die ökonomische Basis das sozialistische Eigentum auf die Produktionsmittel bildet, wo das Wirtschaftsleben nach einem bestimmten Plane im Interesse der Vergrösserung des Volksvermögens, im Interesse der Hebung der Kultur und der Verteidigungskraft des Sowjetstaates geleitet wird. *Das ist nur dort möglich, wo die kommunistische Partei die führende Rolle im Staatsleben besitzt.*" — Also, wenn die Kommunisten an die Macht kommen, dann geschieht plötzlich eine wunderbare Veränderung auch im Staatsbudget (zwar hatte sich das Budget nicht um 350%, sondern tatsächlich nur um 250% „vergrössert"!). Die „Vergrösserung" des Budgets erklärt sich jedoch sehr einfach: *die frühere Budgetsumme — 288 Mill. Rubel — sind nicht Sowjetrubel, sondern Lats gewesen!* Diese Lats hiessen nur darum Rubel, weil die bolschewistische Regierung den minderwertigen Sowjetrubel Ende November 1940 dem guten alten lettischen Lat gleichgesetzt hatte. Da die Staatsausgaben aus Kosten verschiedener Waren (Baumaterialien, Nahrungsmittel, Textilwaren usw.) und aus Löhnen der Arbeiter und Angestellten bestehen, so ergibt es sich, dass *der reale Wert der 1019 Mill. Rubel nicht grösser war als der Wert der ehemaligen 288 Mill. Lats,* denn die Warenpreise waren ausserordentlich erhöht worden. Es war kein Finanzwunder geschehen, sondern die „Vergrösserung" des Budgets war nur ein grobes Kunststück der bolschewistischen Propaganda, das nur ganz stumpfsinnige Leute verblüffen konnte.

5. „Befreiung" der Bevölkerung von Steuern.

Die Bolschewisten prahlten, dass sie die Bevölkerung Lettlands von „ungerechter" schwerer Steuerlast der „plutokratischen" Zeit befreit hätten. Der Volkskommissar der Finanzen erklärte[7]: „Eine bestimmte Rolle im Budget des Jahres 1941 spielen Ersparnisse

der Wirtschaft und des sozialistischen Sektors — insgesamt 60 Prozent. *Die Zahlungen der Bevölkerung machen im Budget 1941 nur 18,5% aus, aber im Budget der bürgerlichen Regierung erbrachten die Steuern 73,3% ...* Das Budget des Jahres 1940 stützte sich auf die Besteuerung der mittellosen Klasse, besonders mit den sogenannten indirekten Steuern. Diese Steuern ergaben 70% von den gesamten Staatseinnahmen."

Nach der Behauptung der Bolschewisten hatten sie die Bevölkerung in wunderbarer Weise von den Steuern fast vollständig befreit, und die „Zahlungen der Bevölkerung" spielten jetzt im Staatsbudget nur eine ganz geringe Rolle. Wieder war ein „unerhörtes" Finanzwunder geschehen.

In Wirklichkeit aber hatten die Bolschewisten den Steuern nur eine andere Bezeichnung gegeben: die „Ersparnisse der Wirtschaft des sozialistischen Sektors" bestanden aus: a) der Umsatzsteuer (219 Mill. Rubel — 21,5% der Gesamteinnahmen des Budgets) und aus b) den Abzügen von den Gewinnen der nationalisierten Industrie- und Handelsbetriebe (401 Mill. Rub. — 39% der Gesamteinnahmen des Budgets). Diese beiden Einnahmeposten rechneten die Bolschewisten nicht zu den „Zahlungen der Bevölkerung" (d. h. Steuern), obgleich der eine Posten auch formell den Namen „Steuer" (Umsatzsteuer) trug. Auch der zweite Posten — die „Abzüge von den Gewinnen" der nationalisierten Industriebetriebe — war eine Steuer; denn diese Gewinne waren ja Bestandteile der von den Bolschewisten ausserordentlich erhöhten Preise der Industriewaren, die die Bevölkerung kaufte und damit gleichzeitig die Steuer bezahlte. Wenn diese „indirekte" Steuer nicht da gewesen oder kleiner gewesen wäre, so hätte die Bevölkerung die Industrieerzeugnisse billiger kaufen können. Also stützte sich das bolschewistische Budget ebenso auf die Besteuerung der „mittellosen Klasse", wie das in der „plutokratischen" Zeit geschehen ist, aber nur mit dem Unterschied, dass jetzt die ganze Bevölkerung „mittellos" gemacht war oder in naher Zukunft gemacht werden sollte (die bevorstehende Kollektivierung der Landwirtschaft!).

6. Wieviel Geld Moskau für sich aus Lettland schöpfte.

Aus dem bolschewistischen Budget war die tatsächliche Steuerlast, die die Bevölkerung tragen musste, nicht zu ersehen. Im Staatsbudget figurierten Einnahmen von der Umsatzsteuer nur mit 219 Mill. Rubel. In Wirklichkeit waren die „Zahlungen der Bevölkerung" *viel grösser.* Der schon erwähnte Volkskommissar der Finanzen bemerkte in seiner Rede folgendes[7]: „Die für das Jahr 1941 vorgesehenen Produktionseinnahmen*) betragen 2777,8 Mill. Rubel. Auf Grund dieses Produktionsplans hat das Volkskommissariat der Finanzen eine 710 Mill. Rubel grosse Umsatzsteuer errechnet; 28,5% dieser Summe oder 218,8 Mill. Rubel sind für das Budget der Lettländischen Sozialistischen Sowjetrepublik bestimmt." — Es fragt sich nun, wo der Rest der Umsatzsteuer — die 500 Mill. Rubel — bleiben sollten? *Diese 500 Millionen Rubel gingen nach Moskau, in das Budget der UdSSR,* und wurden für unbekannte und der Bevölkerung Lettlands fremde und feindliche Zwecke verwendet! Die Umsatzsteuer bildete in Lettland durchschnittlich 25% des Preises der Industrieerzeugnisse (710 Mill. Rubel gegenüber 2778 Mill.). Von der gesamten Summe dieser Steuer blieben zur Verfügung der Lettländischen SSR nur 28,5%. Das wurde durch den Beschluss[8] des Volkskommissarenrates der UdSSR in Moskau vom 8. März 1941 verfügt (die Litauische SSR behielt 48,9% der gesamten Einnahmen der Umsatzsteuer, die Estnische SSR — 39%). *Die tatsächlichen Staatseinnahmen* (einschliesslich auch der Budgets der örtlichen Sowjets, d. h. der früheren Selbstverwaltungen der Städte und der Landgemeinden) *für das Jahr 1941 waren in Lettland also nicht mit 1019 Mill. Rubeln, sondern etwa mit 1500 Mill. Rub. vorgesehen!* 500 Millionen, die aus der lettländischen Bevölkerung für die Bedürfnisse Moskaus herausgepresst wurden, waren im Budget gar nicht erwähnt, weil es sonst als „schonungslose Ausbeutung" der Bevölkerung ausgesehen hätte und anerkannt werden konnte.

*) Die Einnahmen vom Verkauf der Erzeugnisse der Industrie.

7. Um welchen Preis Lettland von Militärausgaben „befreit" wurde.

Der bolschewistische „Finanzminister" behauptete weiter, dass noch ein „Wunder" geschehen wäre: „Wenn das Budget der Bourgeoisie mit seiner ganzen Schwere auf den Schultern der mittellosen Werktätigen lastete, so finanzierte es hauptsächlich einen Apparat zur Unterdrückung der Werktätigen... Als *unproduktive* Ausgaben der bürgerlichen Regierung Lettlands sind 108 Mill. Rubel*) (für die Verwaltung und die Verteidigung) oder 37,5%, d. h. mehr als ein Drittel, zu bezeichnen. *In unserem Budget dagegen sind für diese Bedürfnisse 9% vorgesehen, weil für unsere äussere Sicherheit unsere mächtige Rote Armee sorgt, deren Unterhaltung im Budget der Sowjetunion vorgesehen ist*". — Aber auch diesmal entsprach die plötzliche „Befreiung" der lettländischen Bevölkerung von den finanziellen Militärlasten und den Verwaltungsausgaben nicht den Tatsachen. Zwar figurierten im lettländischen Staatsbudget nicht mehr die früheren Ausgaben des Kriegsministeriums, des Innenministeriums**) und einiger anderer Behörden (weil diese Volkskommissariate in den einzelnen Sowjetrepubliken nicht existierten und nur als örtliche Organe der Moskauer Zentralbehörden direkt von dort finanziert wurden). Aber dafür musste Lettland der Sowjetunion für die „Befreiung" von diesen Staatsausgaben die erwähnten 500 Millionen Rubel (und noch andere enorme Summen!) zahlen! (Im Jahre 1938/39 betrugen die Ausgaben des Kriegsministeriums im Staatsbudget Lettlands Ls 46 Mill.)

---

*) In Wirklichkeit — 108 Mill. Lats!

**) Das „Volkskommissariat der inneren Angelegenheiten" war das berühmte „NKWD" (Narodnij komisariat wnutrennich djel), das die Funktionen der früheren „Tscheka" — der politischen Polizei — erfüllte.

8. Unterstützung der Bildung, Kunst und Wissenschaft im Freistaate Lettland.

Der Bericht des Volkskommissars der Finanzen im „Obersten Rate" wimmelte geradezu auch noch von verschiedenen anderen lügnerischen Behauptungen. So z. B. erklärte der Volkskommissar folgendes[9]: „Die Sowjetregierung Lettlands sorgt dafür, dass Studenten eine grössere materielle Unterstützung bekommen als in früheren Jahren. Im Jahre 1938/39 lernten auf der Universität 6900 Studenten... Zurückzahlbare Stipendien bekamen 100 Studenten zu je 60 Lats und 75 Studenten zu je 40 Lats im Monat. Die gesamte Unterstützung der Studenten betrug 253.500 Lats. Im Jahre 1941 erhalten 30% von der Gesamtzahl der Studenten eine Unterstützung[10] und zwar zu je 200 Rubel im Monat, was insgesamt 5.273.000 Rubel ausmacht."

Es scheint, dass es hier wirklich einen enormen Unterschied zugunsten der Bolschewisten gegeben hat. Aber tatsächlich war die Lage ganz anders. Vor dem Eindringen der Bolschewisten bekamen ca. 3800 Studenten von der „Lettländischen Kreditbank" (einer faktischen Staatsbank) Darlehen; das hatte in den letzten Jahren die autoritäre Regierung Lettlands eingeführt. Die vollen Darlehen (Stipendien) betrugen 80 und 100 Lats im Monat. Zum Teil bekamen sogar schon Studenten des ersten Semesters Darlehen, falls sie sehr gute Erfolge aus der Mittelschule aufweisen konnten. Die Gesamtzahl der Studenten auf der Lettländischen Universität im Jahre 1939/40 betrug 6500. Also bekam ein viel grösserer Teil von Studenten im Freistaate Lettland grössere Realstipendien, als die Bolschewisten es für das Jahr 1941 vorgesehen hatten. 80 Lats waren ihrer Kaufkraft nach mindestens 250 Rubel, 100 Lats — mindestens 300 Rubel des Jahres 1941 gleich. So sah es in Wirklichkeit aus! Der Weg zur Bildung war im Freistaate Lettland keinem fähigen mittellosen Menschen versperrt.

Es kann in diesem Zusammenhang noch erwähnt werden, dass das kleine Lettland in den letzten Jahren jährlich 6—7 hervorragenden Schriftstellern, Künstlern,

Gelehrten, Komponisten u. a. die von der autoritären Regierung gegründete „Vaterlandsprämie" zugesprochen hatte, die durchschnittlich etwa 8000 Lats gross war. In der riesigen und „reichen" Sowjetunion mit einer fast hundertmal grösseren Bevölkerung wurden im Jahre 1941 insgesamt etwas mehr als 200 „Stalinsche Prämien"[11] für wissenschaftliche, technische und künstlerische Leistungen gegeben. Diese Prämien (die in den letzten Jahren gegründet wurden) waren: I. Stufe — 100.000 Rubel, II. Stufe — 50.000 und III. Stufe — 25.000 Rubel. Wenn man aber bedenkt, dass die Kaufkraft des Lats gleich der von etwa 10 Rubel war, so ergibt es sich, dass das kleine Lettland seine hervorragenden Männer und Frauen mit einer der „Stalinschen Prämie" der I. Klasse gleich grossen Staatsprämie auszeichnete; aber im Verhältnis zur Bevölkerungszahl war die Zahl der Prämien in Lettland viel grösser als in der Sowjetunion, wo die Sorge der Regierung für Wissenschaft und Kunst „ungeheuer" gross sei, wie die bolschewistische Presse rühmte.

9. Steuerlast vor und während der Bolschewistenherrschaft.

a) Einkommensteuer für das Lohnpersonal.

Bis zum Weltkriegsausbruch 1939 wurden in Lettland von der Einkommensteuer alle Einkommen, die 2000 Lats im Jahre nicht überstiegen, befreit (die Landwirtschaft war von dieser Steuer ganz befreit). Laut Gesetz wurden nur 60% der Einkommen vom Arbeitslohn oder Gehalt mit der Einkommensteuer besteuert, ebenso nur 60% der Honorare der Schriftsteller, Journalisten, Maler, Komponisten, Schauspieler usw. Darum mussten alle Arbeiter, Angestellte, Staats- und Kommunalbeamte u. a. die Einkommensteuer nur von 60% ihres Lohnes, Gehalts oder Honorars zahlen, so dass nur diejenigen, die wenigstens 3334 Lats im Jahre (60% von dieser Summe machten 2000 Lats und einige Centimes aus) verdienten, mussten die Einkommensteuer zahlen. Die

Einkommensteuersätze waren folgende: vom Einkommen von 2000 bis 2010 Lats — Ls 32 jährlich (1,6% vom Einkommen), von 3000 Lats — Ls 136 (4,5%), von Ls 4000 — Ls 220 (5,5%), von Ls 5000 — Ls 310 (6,2%), von Ls 8000 — Ls 614 (7,5%), von Ls 24.000 — Ls 2806 (11,7%), usw. Arbeiter brauchten keine Einkommensteuer zu zahlen, weil Arbeiter Ls 3334 im Jahre nur sehr selten (oder gar nicht) verdienten (der durchschnittliche Jahresverdienst eines Industriearbeiters betrug ca. Ls 1000). Auch der grösste Teil der Angestellten und Staatsbeamten brauchte keine Einkommensteuer zu zahlen; die Zahl derjenigen, die Ls 278 im Monat (3334 : 12) und mehr verdienten, war klein. Angestellte mit einem Jahresgehalt von Ls 3334 zahlten also Ls 32 = 1% vom Einkommen jährlich.

Die Bolschewisten prahlten, dass sie die alten „ungerechten" Steuer aufgehoben hätten. Aber auch hier war die Wirklichkeit eine ganz andere. Die Bolschewisten hatten *zwei neue Steuern* für Arbeiter und Angestellte eingeführt: die Einkommensteuer und die „Gebühr für Bedürfnisse des Wohnungsbaus und der kulturell- gesellschaftlichen Aufbautätigkeit" (verkürzter Name dieser Steuer war „Kulturgebühr"). Von diesen zwei Steuern[12] waren nur Arbeiter und Angestellte befreit, die nicht mehr als 150 Rubel (also etwa 50 frühere Lats) im Monat verdienten. Diese Steuer zahlten auch Pensionäre und das Militär nicht. Die genannten zwei Steuern wurden jeden Monat in den Unternehmen und Behörden vom Lohne abgezogen. Der durchschnittliche Lohn in der Industrie betrug im Jahre 1941 300 Rubel im Monat. Von diesem Lohne wurden 6 Rubel Einkommensteuer und 5,30 Rubel Kulturgebühr, insgesamt 11,30 Rubel = 3,8% abgezogen. Die Steuern waren progressiv: Vom Lohne in Höhe von 1000 Rubeln mussten beide Steuern (die fast einander gleich waren) insgesamt 79,80 Rubel (= 8%) bezahlt werden.

Im Freistaate Lettland waren alle Löhne und Gehälter bis etwa 1000 Sowjetrubel (diese Summe war etwa früheren 300 Lats gleich) im Monat von der Einkommensteuer befreit. Also *diese beiden bolschewisti-*

schen Steuern, die zusammen bis 8% des Lohnes und noch mehr ausmachten, stellten eine ganz neue Belastung der Arbeiter- und Angestelltenlöhne dar, die früher nicht bestand.

b) Einkommensteuer für Unternehmer.

Viel höher waren die Sätze[18] der bolschewistischen Einkommensteuer und Kulturgebühr für Handwerker, Inhaber der Handels- und Industrieunternehmen und für Hausbesitzer. Laut bestehenden Dekreten mussten schon die *in Artellen vereinigten* Hausgewerbetreibenden, Handwerker und Fuhrleute um 10% höhere Steuersätze (beide Steuern zusammen) als Arbeiter und Angestellte zahlen. Besonders hohe Steuer mussten die Inhaber der Handels- und Industrieunternehmen, die *in Artellen nicht vereinigten* Hausgewerbetreibenden, Handwerker, Fuhrleute und Inhaber von Taxametern, welche *Lohnarbeiter* beschäftigten, zahlen (dieselben Sätze waren auch für alle Geistlichen bestimmt). Diese Gruppe der wirtschaftlich Selbständigen (die den Bolschewisten so verhasst waren) und die Geistlichen mussten folgende Einkommensteuer*) zahlen: von einem Jahreseinkommen bis 1200 Rubel — 4% vom Einkommen; 1200 — 1800 Rubel — 48 Rubel plus 6% von der Summe, die 1200 Rubel übersteigt, usw.; Jahreseinkommen 24.000 Rubel und höhere — 8952 Rubel plus 60% der Summe, die 24.000 Rubel übersteigt.

Vom Einkommen 6000 Rubel (was etwa den früheren 2000 Lats entsprach) war die Steuer 804 Rubel = 13,4% jährlich; ausserdem musste noch die Kulturgebühr — 312 Rubel = 5,2%, bezahlt werden. Insgesamt zahlten wirtschaftlich selbständige Leute („Ausbeuter") und Geistliche mit 6000 Rubel Einkommen 1116 Rubel = *18,6% jährlich.* Arbeiter und Angestellte mit demselben Einkommen (6000 im Jahre oder 500 Rubel im Monat) zahlten die beiden Steuern insgesamt 316 Rubel — also *nur 5,3%.* Im Freistaate Lettland muss-

*) Von der Einkommensteuer waren diejenigen befreit, deren Einkommen nicht höher als 600 Rubel im Jahre (also 50 Rub. im Monat = etwa 15 Lats) betrug.

ten Personen mit 2000 Lats Einkommen im Jahre gar keine Einkommensteuer zahlen.

Händler, Handwerker, Industrielle u. a., die 24.000 Rubel (oder etwa 8000 Lats) im Jahre verdienten, mussten 38% Einkommensteuer zahlen und ausserdem noch 7,2% Kulturgebühr, *insgesamt 45,2% vom Einkommen* entrichten. Im Freistaate Lettland zahlten Unternehmer, die 8000 Lats Einkommen hatten, nur 613,60 Lats = 7,5% vom Einkommen (nicht 45%, wie in der Bolschewistenzeit!). Arbeiter und Angestellte, welche 24.000 Rubel im Jahre (oder 2000 Rub. im Monat) verdienten (aber so hohe Einkommen gab es bei den Bolschewisten fast gar nicht) mussten in der Bolschewistenzeit für beide Steuern zusammen nur 10% vom Einkommen zahlen (nicht 45% wie die Unternehmer).

Leichter waren Hausgewerbetreibende, Handwerker, Fuhrleute und Inhaber von Taxameter, die *keine Lohnarbeiter* (oder Angestellte) beschäftigten, besteuert; zu dieser Gruppe gehörten auch Hausbesitzer. Wer Einkommen bis 1000 Rubel im Jahre hatte, zahlte 1% Einkommensteuer. Vom Einkommen in Höhe von 6000 Rubeln im Jahre mussten 3,6% Einkommensteuer und 5,2% Kulturgebühr, insgesamt 8,8%, gezahlt werden (nicht 18,6%, wie die „Ausbeuter", die Lohnarbeiter beschäftigten, zahlen mussten). Diejenigen, die 20.001 Rubel und mehr verdienten, zahlten Einkommensteuer in Höhe von 3975 Rubeln plus 38% (nicht 60%, wie „Ausbeuter") von der Summe, die die 20.000 Rubel übersteigt. Also musste ein Bürger mit 24.000 Rubel jährlichen Einkommens für beide Steuern zusammen 30% vom Einkommen zahlen (nicht 45% wie „Ausbeuter"). — Das Dekret bestimmte noch, dass die nicht in Artellen vereinigten Heimgewerbetreibenden und Handwerker, die mit einem Lohnarbeiter arbeiten und wenn das die Produktionsverhältnisse erfordern (Schmiedearbeit, Herstellung von Rädern, Ziegelproduktion u. a.), — mit der gleichen Einkommensteuer und Kulturgebühr, wie diejenigen, welche keine Lohnarbeiter beschäftigen, besteuert werden sollten.

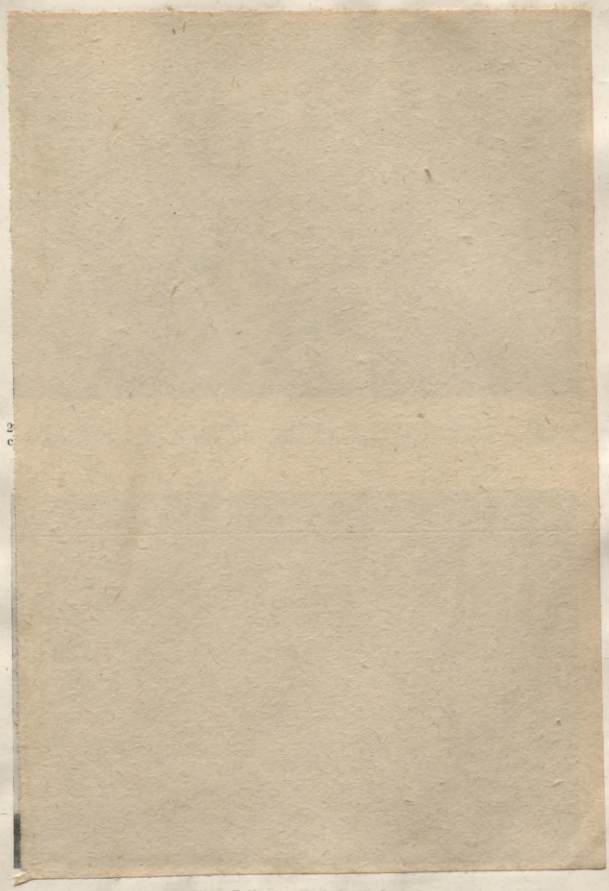
c) Gewerbesteuer für private Handels- und Industrieunternehmen.

Im Freistaate Lettland zahlten die Handels- und Industrieunternehmen die „Handels- und Industriesteuer". Die kleineren Handelsunternehmen (der V. Kategorie — mit einem Umsatz bis Ls 10.000 im Jahre, und der IV. Kategorie — mit einem Umsatz von Ls 10.— 50.000) zahlten jedes Jahr die Grundsteuer — Ls 5 bzw. 30. Die kleineren Industrieunternehmen (der VII., VI. und V. Kategorie, mit einem Umsatz oder dem Wert der Bruttoproduktion Ls 10. — 80.000 im Jahre) zahlten die Grundsteuer — jährlich 10 bzw. 20 und 40 Lats. Ausserdem wurde von den Handels- und Industrieunternehmen die „prozentuale Gewinnsteuer"*) gezahlt: von den ersten Ls 2000 Reingewinn — 5%, von den nächsten 3000 Lats — 10%, von den weiteren 3000 Lats — 14% und von demjenigen Teile des Reingewinns, der 8000 Lats überstieg — 16%. Also zahlte man von Ls 2000 Reingewinn — Ls 100 (5%) prozentuale Gewinnsteuer, von Ls 5000 Reingewinn — Ls 400 (8%), von Ls 8000 — Ls 920 (11,5%).

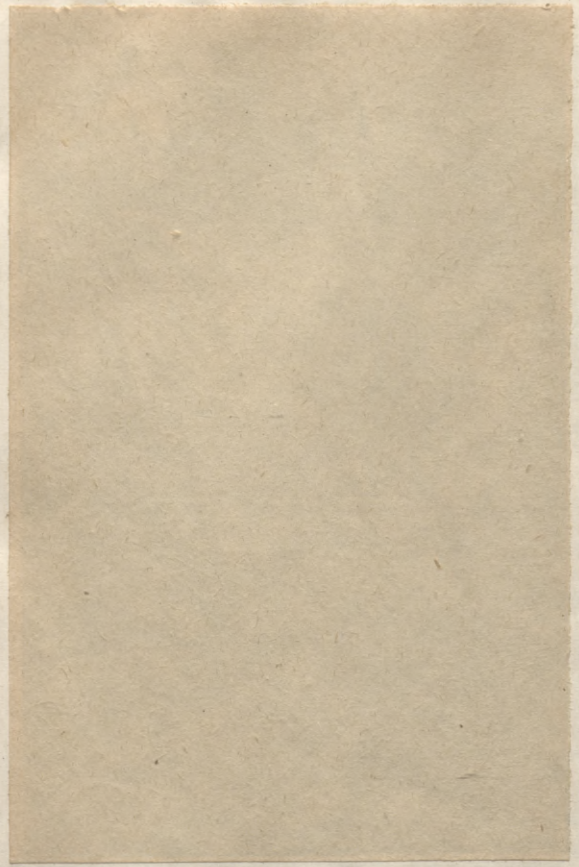
Laut Dekret[14] vom 13. Mai 1941 mussten Unternehmen des Kleinhandels und des Handwerks die Gewerbesteuer zahlen. Diejenigen Unternehmen, die nicht mehr als drei Lohnarbeiter beschäftigten, zahlten jährlich „feste" Steuersätze: 1. Kategorie 20—60 Rubel; 2. Kategorie 30—120; 3. Kategorie 80—300; 4. Kategorie 160—500 Rubel. Die übrigen Unternehmen wurden mit einer prozentualen Steuer vom Umsatz besteuert. Alle Handelsunternehmen, die nur einen Lohnarbeiter (Verkäufer) hatten, wurden nicht nach festen Sätzen, sondern vom Umsatz besteuert. Mit dem festen Satz der 3. und 4. Kategorie (80—500 Rubel jährlich) sollten diejenigen Handelsunternehmen besteuert werden, die in Buden oder Zelten mit nicht mehr als 5 Quadratmeter Fläche verkauften und dabei Lohnarbeiter nicht beschäftigten.

Alle gewöhnlichen Kleinhandelsunternehmen (die

*) Die Besteuerung der Aktiengesellschaften war anders gestaltet.



28. Eine Zelle im Tscheka-Gefängnis.



29. Ausgrabung von Ermordeten — Bolschewistenopfern — im Hof des Rigaer Zentralgefängnisses im Juli 1941. 98 Letten waren das Opfer der Tscheka im Rigaer Zentralgefängnis.

nicht in winzigen Buden oder Zelten tätig waren) und die Handwerksunternehmen mit vier und mehr Lohnarbeitern sollten die Gewerbesteuer prozentual vom Umsatz zahlen. Die Steuersätze waren folgende: für den Handel mit Lebensmitteln, mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, mit Holzmaterialien und Holzerzeugnissen, mit Brennholz — 5% vom Umsatz; für den Handel mit übrigen Waren 10%; für Speisehäuser und Restaurants 10—15%; für Badehäuser und Wäschereien 5%; für Transportunternehmen (also für Fuhrleute, Taxameter u. a.) 5%; für die Produktion von Lederschuhen und Textilwaren (also Schuhmacher, Schneider und Näherinnen) 10%; für alle übrigen Handwerkszweige 5%. Das Volkskommissariat der Finanzen hatte das Recht, die genannten Sätze für einzelne Unternehmen oder Gewerbezweige zu senken oder zu erhöhen, jedoch nicht mehr als um 50%.

Im Freistaate Lettland zahlte also der Inhaber eines kleinen Lebensmittelgeschäftes die prozentuale Gewerbesteuer in Höhe von 5% vom *Gewinn,* aber in Sowjet-Lettland — 5% vom *Umsatz.* Der Gewinn bildet ja bekanntlich nur einen ziemlich kleinen Teil der Umsatzes. Im Jahre 1935 hatten die Steuerbehörden für die Kleinhandelsunternehmen der Stadt Riga folgende Reingewinne[15] in Prozenten des Umsatzes (des Wertes der im Jahre verkauften Waren) auskalkuliert: für die allgemeinen Lebensmittelgeschäfte (Brot, Mehl, Zucker u. a.) 8%, für Molkereigeschäfte (Handel mit Milch, Butter, Eiern usw.) 5%, für Fleischgeschäfte 6%, für Wurstgeschäfte (auch Handel mit Schinken) 8%, für Textilwarengeschäfte (Gewebe, fertige Kleider, Wäsche) und Schuhgeschäfte 10—12%. Es ergibt sich, dass die kleinen Lebensmittelgeschäfte, die im Freistaate Lettland eine prozentuale Gewinnsteuer in Höhe von etwa 5% vom Gewinn gezahlt hatten, in der Bolschewistenzeit eine Gewerbesteuer von — 62,5% vom Gewinn zahlen mussten, also *12½- mal*) mehr!* Die Milchgeschäfte mussten sogar zwanzigmal grössere Steuern als früher

*) Wenn man annimmt, dass die Lebensmittelgeschäfte einen Reingewinn in Höhe von 8% des Umsatzes (wie es im Freistaate Lettland berechnet war) haben.

zahlen (denn der Reingewinn dieses Handelszweiges betrug früher nur 5% vom Umsatz), d. h. sie mussten die Gewerbesteuer in einer Höhe von 100% des Reingewinns bezahlen. Wenn die kleinen Händler der „Manufakturwaren" (Gewebe u. a.) vor den Bolschewisten die prozentuale Gewinnsteuer 5% oder 8% vom Reingewinn zahlten, so mussten sie im Jahre 1941 die bolschewistische Gewerbesteuer 10% vom Umsatz zahlen, d. h. *100% vom Reingewinn.* Mit anderen Worten — *der ganze Reingewinn sollte weggesteuert werden!*

Zu den gleichen Schlüssen kommt man auch durch eine andere Überlegung. Die städtischen Kleinhandelsunternehmen bekamen nach dem 25. November 1940 (nach der Erhöhung der Warenpreise) folgende amtlich festgesetzten Rabatte[16] vom Preise, den die Verbraucher in den Geschäften zahlten: vom Mehlpreise und Brotpreise 10%, vom Zuckerpreise 6%, vom Fleischpreise 16%, vom Wurstpreise 11%, vom Butterpreise 8%, vom Milchpreise 10%, vom Staatsbranntwein- und Bierpreise 8%, vom Preise verschiedener Gewebe (Baumwoll-, Woll-, Seidengewebe) 10%. Also wenn der private Inhaber eines kleinen Lebensmittelgeschäftes die Gewerbesteuer in Höhe von 5% vom Umsatz zahlen musste, so bedeutete das, dass er die Hälfte und noch mehr seines Bruttogewinnes (nicht des Reingewinnes!) dem Staate geben musste. Da die Textilwarengeschäfte 10% Rabatt vom Kleinhandelspreise bekamen und 10% Gewerbesteuer vom Umsatz bezahlen mussten, *so blieb ihnen nicht nur kein Reingewinn, sondern auch kein Bruttogewinn!* Für das Vergnügen, privater Händler zu sein, sollten sie nicht nur umsonst arbeiten, sondern noch Miete für Geschäftsräume, für ihre Beheizung und Beleuchtung usw. hinzuzahlen (dazu noch hohe Einkommensteuer und „Kultursteuer").

Es ist klar, dass die neuen bolschewistischen Steuergesetze den einzigen Zweck verfolgten — *die vorläufig gebliebenen Privatunternehmer in kürzester Zeit durch unerträgliche Steuern zu ruinieren und die private Beschäftigung mit Handel und Handwerk ganz unmög-*

lich zu machen. Die „Ausbeuter" und überhaupt wirtschaftlich Selbständigen sollten verschwinden; im Sowjetstaate müssen alle Arbeiter und Angestellte sein.

d) Besteuerung der städtischen Grund- und Hausbesitzer.

Die frühere Immobiliensteuer für den städtischen Grundbesitz wurde aufgehoben und ab 1. Januar 1941 wurden zwei neue Steuern[17] eingeführt: die Gebäudesteuer und die Grundrente. Inhaber der privaten Gebäude, die Arbeiter, Angestellte, Pensionäre und Mitglieder der Gewerbe- und Invalidenartelle waren, zahlten jährlich 1% vom Versicherungswerte des Gebäudes. Die „Inhaber der Handels- und Industrieunternehmen, Geistliche verschiedener Religionen und übrige Personen, die nicht vom Arbeitseinkommen leben," mussten 2% zahlen. Die Grundrente (der ganze Boden Lettlands war „nationalisiert") musste von allen privat benutzten, bebauten und unbebauten Grundstücken bezahlt werden. Lettland war in 7 Klassen eingeteilt worden, jede Klasse hatte ihre Grundrentensätze. In der Stadt Riga (wo die höchste Grundrente eingeführt war) musste für das von privaten Hausbesitzern benutzte Land (Gemüsegarten, Obstgarten, Hof, landwirtschaftliches*) Land) 7 Kopeken pro Quadratmeter jährlich Grundrente bezahlt werden; für das vom Gebäude selbst eingenommene Stück Land mussten 25 Kopeken bezahlt werden.

Wie sich die Steuerlast für die kleinen städtischen privaten Hausbesitzer verändert hatte, das zeigt folgendes Beispiel. Ein alter Hausbesitzer in Riga, der am Stadtrande ein altes Häuschen und etwa 3700 m² Land (hauptsächlich Gemüsegarten, wo Kartoffeln, Erbsen usw. für eigenen Bedarf gebaut wurden) besass, zahlte für das Jahr 1940 Ls 42 Immobiliensteuer. In der Bolschewistenzeit musste derselbe Besitzer für Gebäudesteuer und Grundrente zusammen etwa 500 Rubel entrichten. Er war Angestellter; wenn er ein „Ausbeuter" gewesen

*) Mit Ausnahme der Landwirte, die die Landwirtschaftssteuer zahlten.

wäre, der vom „Nicht-Arbeitseinkommen" lebt, würde er etwa 700 Rubel zahlen müssen (früher gab es einen solchen Unterschied in der Besteuerung nicht). Wenn man auch die niedrige Kaufkraft des Rubels berücksichtigt, so war doch die bolschewistische Steuer (500 oder 700 Rubel, statt der früheren 42 Lats) *viermal bis sechsmal grösser als im Freistaate Lettland.* Die Immobiliensteuer war nominell (wenn man Rubel dem Lat gleichsetzt, wie das die Bolschewisten machten) zwölfmal oder sogar siebzehnmal grösser. Hier ist noch zu bemerken, dass die Wohnungsmieten nominell etwas niedriger standen, als vor der Bolschewistenzeit (das Mietgeld in Rubeln war niedriger als früher in Lats). Also war das nominelle Einkommen der kleinen privaten Hausbesitzer von den Wohnungsmieten *niedriger* als in alten Zeiten, die neue nominelle Immobiliensteuer jedoch wenigstens *zwölfmal grösser!* Wenn der Hausbesitzer keine anderen Einkommensquellen hatte, so war er vollständig ruiniert, hatte nichts mehr zum Leben und konnte natürlich auch keine Reparaturen an seinem Hause machen.

10. Die formellen und tatsächlichen Steuern.

Die Bolschewistenherrschaft in Lettland brachte eine *ausserordentliche Erhöhung der Steuerlast* mit sich, die die gesamte Bevölkerung erdrückte. Bisher war die Rede nur von den formellen Steuern. Aber es gab auch mehrere *tatsächliche* Steuern, die zwar nicht Steuern hiessen, aber deren Wirkung dieselbe wie die der Steuern war. Die Bauern zahlten solche Steuern in Form von obligatorischen Produktenablieferungen an den Staat, weil die Preise, die für diese Lieferungen den Bauern gezahlt wurden, so gering waren, dass *die obligatorischen Ablieferungen in Wahrheit eine Steuer waren* (die Besteuerung der Bauern ist ausführlich im Kapitel über die Landwirtschaft geschildert worden). Eine zweite tatsächliche neue hohe Steuer war die *Senkung des Lebensniveaus der Arbeiter und Angestellten* durch die ausserordentliche Erhöhung der Warenpreise

Ende November 1940, die den Angestellten plötzlich ein Drittel, die Hälfte oder einen noch grösseren Teil ihres Realgehaltes entriss und auch den Arbeitern grossen Schaden zugefügt hatte. Im Freistaate Lettland waren den Steuerzahlern schon einige Prozent Steuern vom Einkommen fühlbar und manchmal unangenehm, aber in der Bolschewistenzeit wurden die Gehälter der Angestellten durch die Preiserhöhung plötzlich mit 30, 40, 50% und noch mehr „besteuert"!

Diese tatsächlichen Steuern erpressten aus der Bevölkerung zusätzlich Hunderte Millionen Rubel im Jahre. Gleichzeitig *senkten die bolschewistischen Wirtschaftsmethoden unaufhaltsam die Produktion* (besonders der Landwirtschaft) und das Volkseinkommen, was die Steuerlast *verhältnismässig (in Prozenten des Volkseinkommens)* noch viel schwerer machte.

XVI

Sozialversicherung und Gesundheitsfürsorge

1. Vor der Bolschewistenherrschaft.

Vor der Bolschewistenherrschaft bestanden in Lettland folgende Arten der Sozialversicherung und der Volksgesundheitsfürsorge: die Krankenversicherung, die Krankensicherstellung auf dem Lande, die Versicherung gegen Unfälle und Berufskrankheiten, die Altersversicherung und ein Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Für bedürftige alte Leute und für Kinder sorgte ausserdem die Sozialfürsorge der Selbstverwaltungen und des Staates. Zum Ausgleich der sozialen Gegensätze, für die Hebung des Lebensniveaus und für Familienunterstützungen der Arbeiter wurden ausserdem auch noch einige andere Mittel angewendet.

a) Krankenkassen.

In den Krankenkassen waren alle Arbeiter und Angestellten obligatorisch versichert. Nur Staatsbeamte und der grösste Teil der landwirtschaflichen Arbeiter (mit Ausnahme von Jahresarbeitern-Familienversorgern) waren in Krankenkassen nicht versichert. Im Jahre 1939 betrug die Gesamtzahl[1] der Krankenkassenmitglieder in Lettland 229.000, die Gesamtzahl ihrer zu versorgenden Familienangehörigen (Frauen, Kinder, Eltern) — 155.000; insgesamt waren in Krankenkassen 385.000 Personen versichert.

Die Mittel der Krankenkassen flossen aus den Zahlungen der Kassenmitglieder (2% vom Arbeitslohne), Zahlungen der Arbeitgeber (4% vom ausgezahlten

Lohne) und Staatsbeiträgen (1%); insgesamt bekamen die Krankenkassen von der Lohnsumme der Arbeiter und Angestellten 7%. Zu den Einkommen der Krankenkassen sind ausserdem noch Beiträge der Kassenmitglieder und ihrer Familienangehörigen für eine ärztliche Behandlung zu rechnen. Die Einnahmen[2] der Krankenkassen im Jahre 1939 betrugen insgesamt Ls 21,7 Mill., durchschnittlich pro Kassenmitglied Ls 95.

Die Statuten der einzelnen Krankenkassen waren in Lettland nicht gleich. Den durchschnittlichen Stand zeigt die „Rigaer allgemeine zentrale Krankenkasse", die die grösste Kasse Lettlands war. In Krankheitsfällen erhielten Kassenmitglieder und ihre Familienangehörigen ärztliche Behandlung in Krankenkassenambulanzen oder bei Rayonärzten, die in schweren Fällen zu den Kranken auch ins Haus kamen. Kassenmitglieder mussten für jede ärztliche Konsultation (auch für jede zahnärztliche Behandlung, für eine einfache Zahnfüllung oder Extraktion) eine Ergänzungszahlung in Höhe von Ls 0,20 leisten; Familienangehörige: für eine ambulatorische Konsultation — Ls 0,25; für Hausbesuch bei Kindern bis 12 Jahre — Ls 0,25, für alle übrigen Familienangehörigen — Ls 0,50. Für Arzneien zahlten Kassenmitglieder 15%, Familienangehörige — 30% des Preises. Brillen (ab 1 Dioptrie) erhielten Kassenmitglieder einmal jährlich kostenlos. Die Krankenkasse erteilte ihren Mitgliedern und deren Familienangehörigen auch spezielle ärztliche Behandlung in Sanatorien, Erholungsheimen, balneologische Behandlung in Kemmern, Baldon, Libau u. a. Orten und spezielle Behandlungen mit Höhensonne, Röntgenbestrahlung usw. Ausserdem schickten die Krankenkassen jeden Sommer Kinder ihrer Mitglieder im Alter von 6—12 Jahren zur Erholung aufs Land.

Kassenmitglieder, die ihre Familien versorgten, erhielten bei Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit während 26—52 Wochen jährlich (abhängig von der Länge der Zeit, die sie der Kasse zugehörig waren) Geldunterstützungen: wenn sie zu Hause gepflegt wurden — 80%, im Krankenhause und Sanatorium — 60% vom Lohne. Alleinstehende erhielten 80% und 40%. Falls

die Arbeitsunfähigkeit länger als 26—30 Wochen dauerte, erhielten Mitglieder 30%—60% vom Lohne (Alleinstehende 15—60%). — Bei einer Geburt erhielt das weibliche Mitglied eine Geldunterstützung im vollen Umfange ihres Lohnes 4 Wochen vor und 8 Wochen nach der Entbindung, also für 12 Wochen oder 84 Tage. Ausserdem bekamen sie noch eine Geldunterstützung von 5% des Lohnes (nicht unter Ls 15 monatlich) für die Ernährung des Neugeborenen im Laufe von 8 Monaten nach der Entbindung. — In Todesfällen des Mitgliedes (falls der Tod nicht durch Arbeitsunfall verursacht war) zahlte die Krankenkasse eine Geldunterstützung für die Beerdigung in Höhe von einem 40-fachen durchschnittlichen Tageslohn des Verstorbenen. — Bei der Entbindung der zu versorgenden Ehefrau des Kassenmitgliedes zahlte die Krankenkasse eine einmalige Unterstützung in Höhe von Ls 40 und für die Ernährung des Kindes während 8 Monaten nach der Entbindung ausserdem noch Ls 15 monatlich (für Zwillinge war die Geldunterstützung doppelt so gross). Im Todesfall der Familienangehörigen zahlte die Krankenkasse für die Beerdigung: für Kinder bis zum 8. Jahre Ls 40, vom 8.—16. Jahre Ls 50, für alle ältere Familienangehörigen Ls 60.

Im Jahre 1939 setzten sich die Ausgaben der Krankenkassen aus folgenden Summen zusammen: ärztliche Behandlung der Mitglieder und ihrer Familienangehörigen — Ls 13,7 Mill., Geldunterstützungen — Ls 6,2 Mill. und Verwaltungsausgaben — Ls 1,6 Mill.

b) Krankensicherstellung auf dem Lande.

In Krankenkassen waren fast nur Stadteinwohner (das Lohnpersonal) versichert. Medizinische und Geburtshilfe wurde der Landbevölkerung (ausser in Arbeitsunfällen und bei Berufskrankheiten) laut „Gesetz der Sicherstellung der ländlichen Bevölkerung in Krankheitsfällen" (herausgegeben im Jahre 1928, umgearbeitet 1934) zuerteilt. Die Sichergestellten hatten keine vorherigen Einzahlungen zu machen. Die Ausgaben für medizinische Behandlung deckten der Staat

und die Selbstverwaltungen. Der Sichergestellte zahlte einen gewissen Tarif für jede erhaltene Hilfeleistung. Dieses Gesetz bezog sich auf die ganze ländliche Bevölkerung (Lohnarbeiter, Angestellte, Landbesitzer, Landwirte, Pächter, Besitzer der Handels- und Industrieunternehmen und ihre Familienangehörigen), mit Ausnahme der Ausländer und Personen, die laut anderen Gesetzen versichert waren (z. B. in den Krankenkassen).

Die Landeinwohner erhielten folgende Hilfeleistungen: Hilfe bei plötzlicher Erkrankung; ambulatorische Behandlung; ärztliche Behandlung zu Hause; balneologische Behandlung; stationäre Behandlung in Krankenhäusern und Sanatorien mit voller Verpflegung, und Geburtshilfe. Die Landarbeiter (Jahres- und Sommerarbeiter) erhielten während der Arbeitsunfähigkeit in Krankheitsfällen vom Arbeitgeber (Landwirt) eine 6-wöchentliche Verpflegung und Wohnung. Falls der kranke Landarbeiter unfähig war, den Arzt selbst zu besuchen, musste der Arbeitgeber ihn zum Arzt und zurück befördern, oder den Arzt zum Kranken holen. — Die Bezirksärzte erteilten ihre ambulatorische Hilfeleistungen der Landbevölkerung laut einem bestimmten Tarif (z. B. für eine Konsultation während der Empfangszeit wurde Ls 0,50, ausserhalb der Empfangszeit Ls 1 gezahlt). Falls erforderlich, konnte die Bevölkerung gegen eine festgesetzte kleine Ergänzungszahlung den Arzt auch nach Hause rufen. Die medizinische Hilfe wurde auch von Spezialärzten denjenigen Kranken erteilt, die von Bezirksärzten zu ihnen geschickt wurden.

Die Bezirksärzte erhielten vom Volkswohlfahrtsministerium ein Monatsgehalt von Ls 150—240 und ausserdem für Konsultationen Zahlungen laut Tarif. Die Patienten hatten in Erkrankungsfällen für Hilfeleistungen und für Arzneien eine Ergänzungszahlung zu leisten. Die Ergänzungszahlungen waren verschieden, je nach der Gruppe, in die der Sichergestellte nach seinem Wohlstande*) eingereiht worden war. Es gab eine be-

*) Nach der Grösse seiner Wirtschaft oder seines Unternehmens oder ob er Landarbeiter, Pächter uzw. war.

sondere Gruppe, die der „bedürftigen" Landeinwohner, die von der Gemeindeverwaltung ein Armenzeugnis erhalten hatten; die „Bedürftigen" zahlten Ärzten und Krankenhäusern nichts, alle Kosten deckten der Staat und die Selbstverwaltungen (die Gemeinden). Die wohlhabendste Gruppe zahlte gewöhnlich die vollen Kosten der medizinischen Behandlung selbst.

Im Jahre 1939 war Lettland für medizinische Behandlung der Landbevölkerung in 337 Bezirke eingeteilt. Zum Jahresschluss wurden in diesen Bezirken 314 Ärzte, 41 Zahnärzte, 350 Hebammen und 18 Feldscher, insgesamt 723 Personen beschäftigt.[3]

Die Ausgaben (Ergänzungszahlungen) des Staates für die ärztliche Behandlung der Landbevölkerung betrugen im Jahre 1939 Ls 4,3 Mill.,[4] die Ausgaben der Gemeindeselbstverwaltungen im Jahre 1938/39 — Ls 2,3 Mill.,[5] insgesamt also — Ls 6,6 Mill.

c) Versicherung gegen Unfälle und Berufskrankheiten.

Wenn die Arbeitsunfähigkeit infolge eines Unfalles oder durch Berufskrankheit entstand, so wurden die ärztliche Hilfe, Geldunterstützung bzw. Pension laut Gesetz über Versicherung gegen Umfälle und Berufskrankheiten gegeben (Gesetz vom 1939; bis 1939 war ein ähnliches Gesetz vom Jahre 1927 in Kraft). Laut diesem Gesetze war die Versicherung gegen Unfälle und Berufskrankheiten obligatorisch. Die Versicherungsträgerin war die Unfallversicherungsverwaltung beim Volkswohlfahrtsministerium. Das Gesetz bezog sich auf alle Lohnarbeiter und Angestellten (ausgenommen die Staatsbeamten, die laut anderen Gesetzen ärztliche Behandlung und Pensionen bei Unfällen erhielten), sowie auf alle Bauern und die in ihren Betrieben beschäftigten Familienangehörigen, ebenso Besitzer von Werkstätten mit Industriescheinen der 7. Kategorie (der niedrigsten) oder ohne Industriescheine und auf deren Familienangehörige, die in diesen Werkstätten arbeiteten (also auch auf Handwerker, die keine Lohnarbeiter hatten), auch auf Fischer und deren mitarbeitende Familienangehörige. Sämtliche in diesem Gesetz nicht erwähnten Per-

sonen konnten sich und ihre mitarbeitenden Familienangehörigen freiwillig gegen Unfälle und Berufskrankheiten versichern.

Die Verunglückten oder Berufskranken hatten das Recht auf ärztliche Behandlung, auf Geldunterstützung während vorübergehender Arbeitsunfähigkeit, zeitweilige Ruhegelder (falls Aussicht auf Besserung bestand), dauernde Pension (wenn die Arbeitsunfähigkeit dauernd blieb). Die Geldunterstützung während der vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit war 70% des durchschnittlichen Tageslohnes des Verunglückten, und 50%, wenn der Patient im Krankenhaus gepflegt wurde und kein Familienversorger war. Die Pensionen wurden wie folgt ausgezahlt: 1) wenn die Arbeitsfähigkeit hundertprozentig verlorengegangen war — 70% des Jahreslohnes; 2) bei nicht gänzlich verlorengegangener Arbeitsfähigkeit wurden die 70% entsprechend der eingebüssten Arbeitsfähigkeit vermindert. Wenn der Verunglückte geisteskrank oder völlig blind geworden war, oder beide Hände oder Füsse durch Unfall verloren hatte, mit einem Worte ganz hilflos geworden war und die Pflege anderer Menschen bedurfte, erhielt er eine Pension im vollen Umfange seines Jahreslohnes. Wenn der Verunglückte nur 10% oder 11—20% seiner Arbeitsfähigkeit eingebüsst hatte, konnte man ihm anstelle der Pension einen einmaligen Betrag in Höhe von einer fünfjährigen bzw. zehnjährigen Pension auszahlen. Wenn der Versicherte im Laufe von drei Jahren nach dem Unfall starb, erhielten seine Familienangehörigen das Bestattungsgeld (Gehalt von 40 Tagen) und eine Pension.

Die Mittel der Unfallversicherungsverwaltung bestanden aus: 1) Versicherungsbeiträgen der Arbeitgeber (0,3—13% der Löhne, entsprechend der Gefährdung des Arbeitsgebietes); 2) Staatsbudgetmitteln (für die ärztliche Hilfe und Geldleistungen an die in der Landwirtschaft und Fischerei Versicherten). Die Einnahmen[6] der Unfallversicherungsverwaltung im Jahre 1939 betrugen Ls 7,9 Mill. (davon Beiträge der Arbeitgeber Ls 4,5 Mill., Beiträge des Staates Ls 2,3 Mill.). Im

selben Jahre sind 13.743 Pensionäre[7], die bei der Arbeit verunglückt waren, verzeichnet worden.

d) Staatspensionen.

Laut dem Pensionsgesetze hatten Recht auf Pension Staatsbeamte, Offiziere und Kriegsbeamte, Angestellte der Staatsbetriebe und der Selbstverwaltungsbehörden, Lehrkräfte aller Lehranstalten, Krankenschwestern verschiedener Heilanstalten, Pfarrer, Kommandeure der Schutzwehr usw. Diese Personen hatten das Recht auf die Pension (unabhängig von ihrer Arbeitsfähigkeit), falls sie von ihrem Amt beurlaubt wurden, mindestens 25 Jahre gedient hatten und nicht unter 55 Jahre alt waren. Es bestand beim Volkswohlfahrtsministerium ein Pensionsfonds, der sich aus Gehaltsabzügen und Beiträgen der Arbeitgeber zusammensetzte. In der letzten Zeit betrugen die Abzüge 6% von Gehältern der Pensionsberechtigten; die Arbeitgeber (der Staat u. a.) hatten 4% hinzuzuzahlen. Nach 25 Dienstjahren betrug die Pension 50% des Gehalts; für jedes nächste Dienstjahr erhöhte sich die Pension um 2%, bis sie 70% vom Gehalt erreicht hatte. In sonstigen Fällen (Arbeitsunfähigkeit, Unfall usw.) war die Pensionshöhe verschieden. Im Todesfalle der Pensionsberechtigten ging das Recht der Pension auf die Familienangehörigen über, auf die Ehefrau, Kinder und Eltern.

Das waren die Bestimmungen des ersten Teiles des Pensionsgesetses. Der zweite und dritte Teil des Gesetzes bestimmte, dass noch folgende Kategorien Recht auf Pension hatten: Gelehrte, Schriftsteller und Journalisten, Künstler, Angestellte der Landwirtschafts-, Viehzuchts- und Milchwirtschaftsunternehmen, Angestellte der Genossenschaften und Krankenkassen, beständig arbeitende Handwerker und Arbeiter der Staatsunternehmen.

Das Pensionsgesetz stellte das Lebensalter von ca. 80.000 Beamten, Angestellten u. a. (und auch deren Familienangehörigen) sicher. Die Zahl[8] der Staatspensionäre betrug im Jahre 1939/40 13.446, der Gesamtbetrag der Pensionen war Ls 12,8 Mill. (durchschnittlich pro

Person Ls 930 im Jahre bzw. Ls 79 im Monat). Die Grösse der einzelnen Pensionen war verschieden, sie entsprach den 20 Kategorien der Beamtengehälter. Die Einnahmen des Staatspensionsfonds betrugen im Jahre 1939/40 Ls 14,9 Mill.

Die Angestellten der Selbstverwaltungsbehörden waren in besonderen Pensionskassen versichert; solche Kassen bestanden in Riga, Libau, Windau und Mitau. — Ausserdem bekamen noch Kriegsinvaliden die Staatspensionen.

Etwa 100.000 Staats- und Selbstverwaltungsbeamte und einige kleinere Gruppen waren pensionsberechtigt. Landwirte (Bauern), Industrielle, Kaufleute, Mitglieder der freien Berufe waren gewöhnlich im Alter durch Eigentum und Ersparnisse genügend sichergestellt. Die Arbeiter hatten kein sichergestelltes Alter, sie (und andere bedürftige arbeitsunfähige Bevölkerungsgruppen) bekamen Unterstützung von Behörden der Sozialfürsorge. Die Hauptausgaben der Sozialfürsorge[9] hatten die Selbstverwaltungen (in der Stadt und auf dem Lande), die zum 1. Januar 1940 insgesamt 44.505 Personen unterstützten (davon 11.872 Kinder); die gesamten Ausgaben betrugen im Jahre 1939 Ls 10,3 Mill. Die Armenpflege war zum grössten Teil offen, in Asylen lebten nur ca. 10.000 erwachsene Personen.

Die autoritäre Regierung hatte die Absicht zu einer weiteren Sicherstellung der bedürftigen und arbeitsunfähigen Leute gehabt. Im Jahre 1938 erschien das Gesetz über den „Fonds für die Sicherstellung des Lebensabends". Der Zweck des Fonds war, „Mittel zur Sicherstellung des Alters aufzusparen" (Wortlaut des Gesetzes). Aber dieser neue Plan der Regierung konnte nicht vollständig durchgeführt werden, denn schon im nächsten Jahre fing der gegenwärtige Weltkrieg an, und ein Jahr später erfolgte der Zusammenbruch des Freistaates Lettland.

e) Übrige Arten der Sozialversicherung.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bestand beim Volkswohlfahrtsministerium ein besonderer Fonds.

Seine Mittel wurden im Notfalle für die Organisierung der öffentlichen Arbeiten und zur Schaffung anderer Arbeitsmöglichkeiten (Bauten, Eisenbahnarbeiten u. a.) verwendet. Die Arbeiter und Angestellten hatten für den Fonds 1% oder 2% (grösstenteils 1%) vom Lohne zu zahlen, gleich grosse Einzahlungen hatten alle Arbeitgeber zu entrichten. Ausserdem mussten Besitzer städtischer Immobilien und die Mitglieder der freien Berufe bestimmte Beiträge zahlen. Für die jährlichen Einnahmen des Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit waren im Staatsbudget für das Jahr 1938/39 (ab 1. April) Ls 6,5 Mill. vorgesehen. Während der Jahre der Weltwirtschaftskrisis (1931—1933) war auch in Lettland eine verhältnismässig bedeutende Arbeitslosigkeit in den Städten zu beobachten, aber in den letzten Jahren vor dem gegenwärtigen Kriege war in Lettland ein grosser industrieller Aufschwung (auch in der Bautätigkeit) und ein bedeutender Fortschritt in der Landwirtschaft zu verzeichnen. Es bestand in Lettland nicht Arbeitslosigkeit, sondern Arbeitermangel, besonders in der Landwirtschaft.

Eine wichtige sozialpolitische und gesundheitsfördernde Wirkung hatten die Massnahmen der autoritären Regierung in den letzten Jahren vor dem gegenwärtigen Kriege: die Verbesserung der Landarbeiterwohnungen (die sehr schlecht waren) und die Familienzulagen für Kinder der Landarbeiter (diese Massnahmen sind schon im Kapitel VIII erwähnt worden).

2. Die neue bolschewistische Ordnung der Sozialversicherung.

Bis zum November 1940 war in den Hauptzügen noch die geschilderte alte Form der sozialen Versicherung gültig. Die Bolschewisten rühmten durch die Presse die Vorzüge des sowjetrussischen Sozialversicherungssystems und beschimpften die Sozialversicherung des Freistaates Lettland. Endlich, Ende November 1940, wurden auch in Lettland die sowjetrussischen Gesetze über die Sozialversicherung eingeführt. Eine besondere Verordnung der Sowjetregierung Lettlands

vom 23. November 1940 bestimmte folgendes: „Um die Arbeiter und Angestellten von ungerechten Steuern zu befreien, bestimmt der Volkskommissarenrat der Lettländischen SSR: 1. Zahlungen der Arbeiter und Angestellten für Krankenkassen, Pensionskassen und den Arbeitslosigkeitsfonds werden aufgehoben. 2. Die soziale Versicherung der Arbeiter und Angestellten haben die Staats-, kooperativen und gemeinschaftlichen Unternehmen und Behörden, sowie auch die Privatunternehmer auf ihre Kosten, ohne Abzug vom Lohne der Arbeiter und Angestellten, zu bestreiten." Ferner verfügte dieselbe Verordnung, dass die Einkommensteuer vom Arbeitslohne aufgehoben ist. Doch laut derselben Verordnung sollten die neue, sowjetrussische Einkommensteuer und „Kulturgebühr" vom Lohne der Arbeiter und Angestellten bestritten werden.

An demselben 24. November wurde eine Verordnung[11] der Regierung veröffentlicht, laut welcher ab 25. November die Zahlungen der Arbeiter, Angestellten und „Arbeitsbauern" für die ärztliche Behandlung in staatlichen Krankenhäusern, Polikliniken, Ambulanzen und anderen medizinischen Anstalten aufgehoben werden.

Das Dekret[12] vom 28. November 1940 bestimmte, dass in Lettland ab 10. November 1940 die soziale Versicherung der Arbeiter und Angestellten nach den Gesetzen der Sowjetunion eingeführt worden ist. Der Beschluss[21] des Volkskommissarenrates der Lettländischen SSR vom 29. November 1940 bestimmte, dass die bisherigen Versicherungsträger — die Unfallversicherungsverwaltung und die Krankenkassen, — als „den Interessen der Arbeiter und Angestellten nicht entsprechend" bis zum 1. Januar 1941 liquidiert werden sollten. Die Inventarien dieser Behörden wurden den Gewerkschaften übergeben; Ambulanzen, medizinische Kabinette und Kindersanatorien für Tuberkulose — dem Volkskommissariate des Gesundheitsschutzes. Die Verordnung bestimmte weiter, dass sämtliche Arbeiter und Angestellte Lettlands auf Staatskosten folgende Arten der Sicherstellung zu erhalten haben: 1) Geldunterstützung: a) während vorübergehender Arbeitsunfähigkeit (d. h. wegen Krankheit oder Unfall), b) während

der Schwangerschaft und Entbindung, c) in Geburtsfällen, d) für Beerdigung; 2) Alters- und Invalidenpensionen; 3) Pensionen im Todesfalle des Familienversorgers; 4) Erholungsheime, Sanatorien und Kurorte; 5) Pionierlager und Kindersanatorien für Kinder der Arbeiter und Angestellten und 6) alles weitere, was in den Gesetzen der UdSSR vorgesehen ist. — Sämtliche Betriebe und Wirtschaften hatten ab 10. November 1940 bestimmte Prozentsätze von den Gehältern der Arbeiter und Angestellten zu berechnen und in die Gewerkschaften (wo „Abteilungen der staatlichen Sozialversicherung" organisiert werden sollten) einzuzahlen. Staats- und genossenschaftliche Betriebe zahlten 3,7—9,3% (durchschnittlich etwa 7%) von Lohnsummen, die den Arbeitern und Angestellten ausgezahlt wurden (so z. B. zahlte die Baumwollindustrie 9,3%, Metallurgie 8,7%, Zuckerindustrie und Buchhandlungen 4,6%, usw.). *Private* Unternehmen und Wirtschaften zahlten für die Sozialversicherung 16% vom Lohne ihrer Arbeiter und Angestellten. Für die hauswirtschaftlichen Angestellten (weibliche Dienstboten) gab es einen besonderen Tarif: ihre Arbeitgeber zahlten 1—6 Rubel im Monat, abhängig vom monatlichen Lohne des Arbeitgebers; Personen, die *„nicht vom Arbeitseinkommen* lebten" (also kleine Händler, Industrielle usw.), zahlten für ihre Dienstboten 15 Rubel im Monat. Über die Zahlungen der Bauern für die Lohnarbeiter war schon früher die Rede, an dieser Stelle sei aber noch bemerkt, dass auch hier die grösseren Bauern viel mehr als die kleineren zu zahlen hatten. — Die Geldunterstützungen der Sozialversicherung wurden von den Fabrikkomitees oder den örtlichen Komitees (in den Behörden) auf Kosten der Versicherungseinzahlungen ausgezahlt. Die Arbeiter der Privatunternehmen erhielten Geldunterstützungen von Versicherungspunkten, die vom Verbande der Gewerkschaften organisiert worden waren. Aufgabe der Gewerkschaften war, Erholungsheime und Sanatorien für Arbeiter und Pionierlager für Kinder einzurichten. Die Erteilung und die Auszahlung der Pensionen wurde dem Volkskommissariate der sozialen Sicherstellung auferlegt.

Die Eigentümlichkeiten dieser neuen bolschewistischen Ordnung der Sozialversicherung und der Gesundheitsfürsorge, die Ende 1940 nach dem Muster der Sowjetunion in Lettland eingeführt wurde, waren folgende: 1) es gab mehr keine besondere*) Regel für Sozialversicherung und ärztliche Behandlung einzelner Bevölkerungsgruppen; 2) die Arbeiter und Angestellten brauchten für die Sozialversicherung keine Einzahlungen mehr zu leisten; 3) folgende drei Gebiete wurden getrennt: a) ärztliche Behandlung; b) Gelderstützungen (Krankheitsgelder u. a.), c) Alters- und andere Pensionen. Früher waren entweder alle drei oder mindestens zwei Gebiete in einer Behörde vereint.

3. Alters- und Invaliditätspensionen in der UdSSR.

a) Alterspensionen.

Nach den Gesetzen[13] der UdSSR erhalten Arbeiter und Angestellte sämtlicher volkswirtschaftlicher Gebiete Alterspensionen. Männer erhalten sie mit dem 60. Jahre, wenn sie mindestens 25 Jahre**) gearbeitet haben; Frauen mit dem 55. Jahre, wenn sie mindestens 20 Jahre gearbeitet haben. Die Alterspensionen werden im Umfange von 50%, 55% und 60% vom Lohne vor der Pensionierung genehmigt. Grösstenteils beträgt die Pension 50% vom Lohne. Aber nicht jeder Arbeiter und Angestellte kann 50% seines Lohnes als Pension erhalten. Es besteht eine Grenze[14] in der Höhe der Pension. *Die Pension (auch die Invaliditätspension) darf höchstens von 300 Rbl. Monatslohn berechnet wer-*

*) Früher unterschied man zwischen einer Stadtbevölkerung und einer Landbevölkerung, zwischen Industrie- und Landarbeitern, zwischen Beamten von Staatsbehörden und Angestellten in Privatbetrieben, zwischen Beamten und Arbeitern.

**) Eine Ausnahme bilden die Untergrundarbeiter (in Bergwerken) und Arbeiter bei gesundheitsgefährlichen Arbeiten; diese Arbeiter können die Alterspension schon mit dem 50. Jahre und falls sie mindestens 20 Jahre (davon 10 Jahre bei Untergrundarbeiten oder bei anderen gesundheitsschädlichen Arbeiten) gearbeitet haben, erhalten.

den). Also kann die Alterspension nicht höher als 150—180 Rubel monatlich sein* (gewöhnlich nicht höher als 150 Rubel).

In der UdSSR gibt es auch eine *Minimalgrenze* der Alterspension. Eine Verordnung der Sowjetregierung vom 28. Dezember 1938 bestimmte[16]: Es gibt in der UdSSR Pensionäre, die „vor vielen Jahren" pensioniert worden sind, als die Pensionen und Löhne beträchtlich kleiner als Ende 1938 waren, und daher wird bestimmt, dass *die Alterspension nicht weniger als 50, 60 oder 75 Rubel sein darf* (50 Rubel wenn der Pensionierte keine arbeitsunfähige Familienangehörige zu versorgen hat; wer einen solchen zu versorgen hat, bekommt mindestens 60 Rubel; mit 2 Familienangehörigen 75 Rubel). Dasselbe bezog sich auch auf die Arbeitsinvaliden der 1. Gruppe.

b) Wert der Alterspension.

Einen welch hohen realen Wert die Alterspension hat (falls dieselbe die einzige Einkunftsquelle ist; man konnte aber eine Pension bekommen und weiter arbeiten)[16], zeigt ein Vergleich mit den Preisen der letzten Zeit (im Jahre 1940/41) in den grössten Zentren der UdSSR, wie Moskau und Leningrad. So z. B. kostete Butter Rub. 28 pro Kilogramm; Schweinefleisch Rub. 14; ein Paar Lederschuhe Rub. 300—350. Für die minimale Pension (Rub. 50—60) konnte man also nur 2 Kilogramm Butter monatlich kaufen, oder für die Pension eines halben Jahres nur ein Paar Schuhe. Auch die maximale Pension, die zweimal bis dreimal grösser war als die minimale, war für eine Alterssicherstellung viel zu dürftig.

Wenn schon für den vollen Lohn der sowjetische Arbeiter nur mit Kummer und Not seine Existenz fristen konnte, dann kann man sich gar nicht vorstellen, in welch eine Lage der Arbeiter geriet, wenn er in seinen alten Tagen nur mit der Hälfte oder mit einem noch

*) Mit Ausnahme der Untergrundarbeiter der Kohlindustrie[15]; ihre Pension wird vom tatsächlichen Verdienst berechnet, doch nicht mehr als von 450 Rubel monatlich und nur im Falle, wenn die letzte Untergrundarbeit wenigstens 2 Jahre ohne Unterbrechung in einem Schachte ausgeübt worden war.

kleineren Teile seines kümmerlichen Gehaltes auskommen sollte. Besonders schwer war die Lage derjenigen Arbeiter und Angestellten, deren Gehalt z. B. zweimal oder dreimal höher war, als die maximalen Rub. 300, von denen die Alterspension berechnet wurde. Die Alterspension dieser Angestellten — der Intelligenz — war manchmal ein Viertel, ein Fünftel, ein Sechstel oder sogar noch weniger vom Gehalte.*) Die Alterspensionen der UdSSR waren so gering, dass, um nicht Hungers zu sterben, sogar 70-jährige Arbeiter ihre Arbeit in den Fabriken fortsetzten.

Durch das beständige Steigen der Warenpreise sinkt der reale Wert der schon so geringen Alterspensionen in der UdSSR allmählich fast bis auf Null herab. So z. B. stiegen in der Zeit von 1928 bis 1938 die staatlichen Kleinhandelspreise für Lebensmittel wie folgt: Roggenbrot von 0,09 Rubel auf 1 Rubel Kilogramm, Rindfleisch von 0,66 Rub. auf ca. 11 Rubel, Butter von 2,26 Rub. auf 25 Rubel Kilogramm (siehe Kapitel I dieser Abhandlung). Da die erteilten Pensionen viele Jahre ohne Veränderungen blieben, verlor die Pension fast ihren ganzen realen Wert. Das war eine Eigentümlichkeit der Pensionen in der Sowjetunion (trotz der grossen Reklame)!

c) Privilegierte Pensionäre.

Es gibt in der UdSSR aber auch privilegierte Pensionäre, die eine viel grössere Pension erhalten. Das sind die sogenannten „Personalpensionen“[17] für diejenigen, die sich „besondere Verdienste um die Republik erworben haben in der revolutionären, beruflichen und gesellschaftlichen Tätigkeit, im Sowjetaufbau sowie auch in der Wissenschaft, Kunst und Technik“ (Text aus dem Gesetz). Ein „unbestreitbares“ Anrecht auf die Personalpensionen haben Mitglieder der „revolutionären Parteien, die aktiv für die Macht des Proletariates gekämpft haben.“ Die Grösse[18] der Personalpen-

*) So z. B., wenn ein Angestellter 600 Rubel im Monat bekam, so war seine Alterspension nur 150 Rubel (50% von 300 Rubel) — ein Viertel seines Gehaltes.

sionen wird in jedem einzelnen Falle von einer besonderen Kommission beim Volkskommissarenrate der UdSSR bestimmt. Es hängt von den besonderen Verdiensten des Pensionierten ab, und auch „andere Umstände, die seine Arbeit und Tätigkeit charakterisieren", werden in Betracht gezogen. Auf diese Art und Weise werden den Kommunisten privilegierte Pensionen zugesichert.

d) Pensionen der Arbeitsinvaliden.

Die Arbeitsinvaliden (die ihre Arbeitsfähigkeit bei einem Arbeitsunfall, wegen Berufskrankheit oder wegen anderer Gründe verloren haben) werden in der UdSSR in drei Gruppen (nach dem Grade ihrer Arbeitsunfähigkeit) geteilt. Die Pensionen[19] der Arbeitsinvaliden (allgemeiner Krankheiten wegen) waren: in der 1. Invaliditätsgruppe (hierzu gehörten Leute, die vollständig ihre Arbeitsfähigkeit verloren haben und gepflegt werden müssen) 67—69% vom Lohne; in der 2. Gruppe 47—49%, in der 3. Gruppe (falls der Rest der Arbeitsfähigkeit irgendwie ausgenutzt werden kann) 33—35% vom Lohne. Also erhielt*) der grösste Teil der Arbeitsinvaliden eine Pension, die etwas weniger als die Hälfte**) und oft ein Drittel des Arbeitslohnes war. Auch die Invalidenpension wurde *höchstens von 300 Rubel im Monat* berechnet, so dass diejenigen, die mehr verdient hatten, häufig viel weniger als ein Drittel ihres früheren Lohnes als Pension erhielten.

---

*) Um die Invalidenpension zu erhalten, musste der Arbeiter oder Angestellte eine minimale Zeit gearbeitet haben; so z. B. Männer im Alter von 40—45 Jahren mussten wenigstens 12 Jahre gearbeitet haben, im Alter von 30—35 Jahren 8 Jahre, usw.

**) Nur in Fällen von Verkrüppelung bei der Arbeit oder Berufskrankheiten erhielten die Invaliden der 1. Gruppe eine Pension von 100% ihres Lohnes; die 2. Gruppe erhielt 75%, die 3. Gruppe — 50% des Lohnes.

4. Die Alters- und Invaliditätspensionen in Sowjet-Lettland.

a) Das Schicksal der alten Pensionäre

Die Pensionsgesetze der UdSSR wurden in Lettland ab 10. November 1940 eingeführt, alle bisherigen Pensionen wurden revidiert und gemäss den Gesetzen der UdSSR abgeändert. Die Zahl der alten Pensionäre wurde durch die Verordnung des Volkskommissariates für soziale Sicherstellung im Dezember 1940 (bestätigt am 3. Dezember 1940 im Volkskommissarenrat der LSSR) sehr stark verringert. Die Verordnung wurde sämtlichen Stadt-, Bezirks- und Rayonabteilungen der sozialen Sicherstellung mitgeteilt, aber nicht publiziert, und den Pensionären war sie nicht bekannt. Auf Grund dieser Verordnung *wurden viele Gesuche der alten Pensionäre abgewiesen und die Auszahlung der Pension ohne jede Erklärung unterbrochen.* Die Verordnung bestimmte:

„In Betracht ziehend, dass die Tätigkeit der leitenden Beamten vor Einführung der Sowjetherrschaft und bei den konterrevolutionären Regierungen die zaristische und kapitalistische Ordnung verstärkte, die die Oktoberrevolution und die Einführung der Sowjetherrschaft in Lettland vernichtet hat, kann diese Tätigkeit nicht zu den Dienstjahren, die nötig sind, um ein Anrecht auf Pension laut den Gesetzen der Sozialversicherung zu haben, gezählt werden. Das Volkskommissariat der sozialen Sicherstellung der Lettländischen SSR verordnet: 1) Bei Pensionsberechnungen wird von den Dienstjahren die in folgenden Ämtern verbrachte Zeit ausgeschlossen". Es folgte das Verzeichnis dieser Ämter:

a) „Bei der Regierung des ehemaligen zaristischen Russlands": Senatoren, Direktoren und Vizedirektoren der Departements der Ministerien, Leiter der Abteilungen und ihre Vertreter, Staatsanwälte und verschiedene andere Gerichtsbeamte, Gutsverwalter, Vorsitzende und Mitglieder der Verwaltungen von Aktiengesellschaften und der Verwaltungen der Eisenbahn-, Handels- und Bankunternehmen, usw. b) „Bei den ehemaligen *kon-*

terrevolutionären Regierungen Lettlands, von 1918 bis zur Sowjetherrschaft 1940": Minister und Vizeminister, Stadtbürgermeister und Kreisälteste, Departementsdirektoren der Ministerien, Direktoren und Mitglieder der Räte der Staatsbank und Kreditbank Lettlands, Polizeibeamte der politischen Verwaltung, Angestellte der Gefängnisse, Vorsitzende der Wirtschafts- und Kulturkammern ,die Verwaltungsmitglieder der Banken, wie auch der Industrie- und Handelsbetriebe, Mitglieder der Schutzwehr, Geistliche, Gerichtsbeamte, Inspektoren der Jugendorganisationen, Freiwillige im Militärdienst der zaristischen (bis zum 1918) und „weissen" Armeen (ausser denen, die in der Kommunistenzeit im Jahre 1940 in das Besondere Territoriale Korps versetzt worden waren). — Paragraph 2 der Verordnung bestimmte, dass die Organe des Volkskommissariates der sozialen Sicherstellung das Recht haben, auch *anderen* oben nicht erwähnten höheren Beamten die Dienstjahre vor der Sowjetherrschaft in Lettland nicht anzurechnen.

Wegen dieser Verordnung blieben viele alte Pensionäre ohne Pensionen. Es fehlen diesbezügliche Daten für ganz Lettland. Zu unserer Verfügung stehen nur Daten der Stadt Riga (ausser dem Kirowrayon; Riga war in der Bolschewistenzeit in 6 Rayons eingeteilt, in jedem Rayon befand sich eine Abteilung der sozialen Sicherstellung). Bis Ende Mai 1941 waren in Riga 6244 Gesuche von alten Pensionären eingereicht worden, aber nur 2472 Pensionen wurden bestätigt*), 2518 abgewiesen. Also wurden von den Bolschewisten in Riga mehr als die Hälfte der alten Pensionen aus rachsüchtigen Gründen abgewiesen (teilweise aber auch, weil die alten Pensionäre den Gesetzen der UdSSR nicht entsprachen), z. B. sämtliche pensionierten Gerichts- und Gefängnisbeamten (sogar Ärzte und Kraftwagenleiter der Gefängnisse und Kanzleibeamte der Gerichtsbehörden) wurden abgewiesen. Man war bestrebt, auch diejenigen abzuweisen, die die entsprechenden Beweise

*) Ausserdem waren bis Ende Mai 1941 in Riga (ausser dem „Kirowrayon") 3701 neue Pensionen (an Leute, die früher keine Pension empfangen hatten) erteilt und 1091 neue Pensionsgesuche abgewiesen.

für die Arbeitszeit nicht bringen konnten. Die Leiter des Volkskommissariats für soziale Sicherstellung erklärten ihren Angestellten, dass bei der Pensionenregelung die Interessen des Staates, nicht aber die der Menschlichkeit in Betracht zu ziehen seien.

Es bestand auch eine Tendenz, alten Menschen möglichst geringere Pensionen zu erteilen, die alten, arbeitsunfähigen Menschen sollten schneller aussterben[20].

b) Grösse der bolschewistischen Pensionen.

Die Anordnung des Volkskommissarenrates der UdSSR (Nr. 721 vom 29. März 1941) hinsichtlich der Sicherstellung der Pensionäre in Lettland, Litauen und Estland, war für die alten Pensionäre sehr ungünstig. Diese Anordnung bestimmte, dass Pensionen, die vor der Sowjetherrschaft erteilt worden waren, neu durchzusehen und die Pensionen nach dem letzten Gehalte des Pensionierten zu berechnen seien. Das bedeutete, dass die Pensionen von den früheren *nominellen* Gehältern der Pensionäre berechnet wurden, ganz ungeachtet dessen, dass sämtliche Nahrungsmittel und Warenpreise in der Kommunistenzeit mehrfach teurer geworden waren.

Nach dem 25. November 1940 waren die Lebenshaltungskosten um etwa 200% gesteigert worden (im Vergleich mit Mai 1940). Wenn z. B. der Pensionär vor der Bolschewistenzeit Ls 100 (die bolschewistischen Behörden rechneten dafür 100 Rubel!) monatlich verdiente und die Bolschewisten ihm eine Monatspension von Rub. 50 gaben (Rubel dem Lat gleichgestellt, obgleich in Wirklichkeit ein enormer realer Unterschied bestand), dann erhielt der Pensionär tatsächlich anstatt der Hälfte nur $^1/_6$ seines ehemaligen realen Gehaltes, denn in der Bolschewistenzeit konnte man für Rub. 50 nur etwa soviel kaufen, wie früher für Ls 16 (Nahrungsmittel, Kleider, Wohnung usw.). Die Pension müsste anstatt 50 Rubel mindestens 150 Rubel im Monat betragen haben, aber auch dann hätte sie kaum der Lebensteuerung entsprochen (wenn man die ausserordentlich hohen Preise der Kleider in Betracht zieht!).

Also waren die ehemaligen Pensionen der alten Pensionäre in der Bolschewistenzeit fast vollständig annulliert: ein grosser Teil erhielt keine Pension mehr und die übrigen Pensionäre erhielten nur einen geringen Teil ihrer früheren reelen Pension, so dass sie damit nicht leben konnten. Hierbei ist noch zu bemerken, dass die bolschewistischen Pensionen gewöhnlich nur 50% des Gehaltes betrugen, die Höhe der ehemaligen Pensionen war in manchen Fällen 70%, sogar 80% des Gehaltes. Ungünstig war die bolschewistische Pension noch in manchen anderen Punkten.

Die Alterspensionen der Bolschewistenzeit konnten (ebenso wie in der Sowjetunion) *nicht mehr als ca. Rub. 150 monatlich* (etwa 50 Lats, wenn man die Pension in der ehemaligen Währung und entsprechend der Lebensteuerung berechnet) betragen.

c) Invalidenfürsorge.

Wie die bedürftigen Arbeitsunfähigen von den Bolschewisten versorgt wurden, sieht man aus den Bestimmungen für diejenigen Invaliden (einschliesslich Blinde und Taubstumme), auf die sich die Gesetze der Sozialversicherung nicht beziehen. Hier sind solche bedürftigen und arbeitsunfähigen Invaliden gemeint, die keine Dienstjahre haben oder sie nicht beweisen[21] können. Für diese Leute war folgendes bestimmt[22]:

Die Invaliden der dritten Gruppe (die noch ein wenig arbeiten können) sind damit sicherzustellen, dass man ihnen Arbeit gibt. Die Invaliden der ersten und zweiten Gruppe (die ihre Arbeitsfähigkeit vollständig verloren haben), sowie auch die Blinden und Taubstummen, werden in „Invalidenheimen" (Armenasylen) aufgenommen, wenn sie keine Verwandten, die für sie sorgen könnten, haben, und es unmöglich ist, ihnen eine ihren Fähigkeiten entsprechende Arbeit zu verschaffen, Wenn man sie aber wegen Mangel an Invalidenheimen oder freien Stellen in denselben, in Invalidenheime nicht aufnehmen kann, erhalten sie eine *Monatspension von Rub. 20.* Also konnten diese Invaliden nur $^1/_{15}$ des durchschnittlichen monatlichen Arbeiterlohnes (am Ende der Bolschewistenzeit in Lettland) erhalten.

d) Schlechte Arbeit der Pensionsbehörden.

Während der Bolschewistenzeit herrschte bei der Vergebung von Pensionen die grösste Unordnung. Prinzipielle und technische Fragen waren nicht geklärt, die leitenden Behörden erteilten widersprechende Anordnungen, die Zahl der Pensionsgesuche steigerte sich und die Arbeit häufte sich an. Darunter litten die alten Pensionäre sehr. Die Pensionsauszahlung auf Grund der ehemaligen Gesetze wurde am 1. Dezember 1940 unterbrochen. Die Durchsicht der Pensionsgesuche dauerte lange. In den Akten der Rigaer Sozialsicherstellungsabteilung befinden sich Beschwerden von Pensionsberechtigten darüber, dass ihre Gesuche in 6 Monaten nicht durchgesehen worden sind. Auch der grösste Teil derjenigen, die irgendeine Pension erhalten hatten, reichten Beschwerden ein. Die Unzufriedenheit der Pensionsberechtigten und der Pensionierten war gross. In besonders schweren Verhältnissen lebte die Intelligenz, doch sie durfte keine offene Kritik üben.

Die Empörung und die Unzufriedenheit der Pensionierten und Pensionskandidaten war so gross, dass die entsprechende Zentralbehörde Lettlands, das Volkskommissariat der sozialen Sicherstellung, mehrmalig seinen Organen Anordnungen erteilte, ordentlicher und schneller zu arbeiten. Z. B. im Befehl des Kommissariats vom 14. März 1941 ist folgendes erwähnt worden:

Nach den Auskünften von 19 Sozialsicherstellungsabteilungen hat man die Pensionen für Januar-Februar 1941 nur 9347 Pensionären in Gesamtbetrag von Rub. 847.044 ausgezahlt*). Besonders schlecht ist die Tätigkeit der Sozialsicherstellungsabteilung von Dünaburg (ebenso der Abteilung vom Kreise Windau), die keine

*) Um einen Vergleich zu bekommen, ist es erforderlich zu wissen, dass 1939 (vor der Sowjetherrschaft) der Gesamtbetrag der vom Staat und von den Selbstverwaltungen ausgezahlten Pensionen Ls 21,7 Mill. betrug, d. h. ca. Ls 1,8 Millionen monatlich. In zwei Monaten macht es Ls 3.600.000 aus. In der Kommunistenzeit aber wurden in zwei Monaten nur Rub. 847.000 ausgezahlt, deren Kaufkraft etwa Ls 280.000 gleich war. Also hatten die Kommunistenbehörden im Januar und Februar 1941 *nur 8% der ehemaligen Pensionen* ausgezahlt!

einzige Pension für Januar-Februar den alten Pensionären ausgezahlt hat, gewesen. Der grösste Teil der Sozialsicherstellungsabteilungen zahlt die neuerteilten Pensionen ungewöhnlich langsam aus. Die Windauer Stadtabteilung hatte keine einzige Pension von den 115 neuerteilten Pensionen ausgezahlt. Auch die Abteilungen von Rositten, Mitau und Modohn hatten bisher keine neuerteilten Pensionen ausgezahlt. — Der Befehl hebt hervor, dass dies alles eine „ungesunde Stimmung unter den versicherten Massen hervorruft und *zu begründeten Vorwürfen Anlass gibt.*" Der Befehl erteilte einen strengen Verweis an einige Leiter der Abteilungen und ordnete an, die Pensionsangelegenheiten in kürzester Frist zu ordnen.

Dass sich die Lage doch nicht gebessert hatte, weist das Zirkular des Volkskommissariates der sozialen Sicherstellung vom 4. April 1941 an sämtliche Sozialsicherstellungsabteilungen auf. Das Zirkular wurde im Zusammenhang mit der Feier des 1. Mai herausgegeben. Es lautete:

„Die Arbeiterbevölkerung von Sowjetlettland wird zum ersten Male den 1. Mai zusammen mit den vielen Millionen Brüdern der UdSSR unter den Sonnenstrahlen der Grossen Stalinskonstitution feiern... Ich beauftrage folgende Massnahmen vorzunehmen: a) vom 5—15. April haben die Pensionserteilungskommissionen der Sozialsicherstellungsabteilungen alle vorhandenen Pensionsgesuche und Mitteilungen über Pensionserteilungen zu überprüfen. Die Resultate der Durchsicht sind unverzüglich den Arbeitern, die Pensionen erhalten haben, mitzuteilen,..." usw.

Doch auch nach dieser Frist waren Tausende von Pensionsgesuchen nicht durchgesehen. Sogar die Tagespresse wies auf diese Mängel hin:

„Die Pensionsfrage ist in letzter Zeit sehr akut geworden, weil *der grösste Teil der bisherigen Pensionäre fast 3 Monate lang die Pensionen nicht erhalten hat*"[23].

In derselben Zeitung[23] wurde weiter bekannt gemacht, dass Kriegsinvaliden, die sich bis zum 11. August 1920 (d. h. bis zum Friedensabschluss zwischen Lettland

und Sowjet-Russland) im aktiven Dienst befanden und jetzt Pension verlangen, zu beweisen haben, dass sie damals nicht gegen die Rote Armee gekämpft haben.

e) Die Intelligenz der Leiter der Pensionsbehörden.

Die Leitung der Pensionsbehörden befand sich zum grössten Teil in den Händen von unwissenden und unintelligenten Personen. So z. B. war der Leiter der Sozialsicherstellungsabteilung des Kirow-Rayons (einer von den Rayons der Stadt Riga) ein ehemaliger Kraftfahrer, und in seiner Abteilung herrschte ein volles Chaos; im Stalin-Rayon der Stadt Riga war der Abteilungsleiter ein Arbeiter — ein ehemaliger geheimer Revolutionär; im Lenin-Rayon (auch in Riga) — eine russische Arbeiterin. Auch die Abteilungen anderer Rigaer Rayons wurden von Arbeitern geleitet. Eine Ausnahme bildete der „Proletarier-Rayon", wo der Leiter ein ehemaliger Buchhalter war. Die Inspektoren dieser Abteilungen waren ehemalige Tischler, Spinnerinnen u. dgl. Diese Leiter beeinflussten die Tätigkeit ihrer Behörden und damit auch das Schicksal der Pensionäre sehr ungünstig.

f) Ausgaben für Pensionen und zur Versorgung von Invaliden im Jahre 1939 und 1941.

Wie die Sicherstellung der alten, armen und arbeitsunfähigen Leute vor und während der Bolschewistenherrschaft war, sehen wir aus den Staats- und Selbstverwaltungsausgaben für diese Zwecke (jede Hilfeleistung muss ja mit Geld bezahlt werden).

Im Jahre 1939 betrugen die tatsächlichen Staats- und Selbstverwaltungsausgaben für Sozialfürsorge und Alters- und Invalidenpensionen Ls 35,2 Millionen, im Jahre 1941 waren sie mit Rub. 57,7 Millionen (gleich ca. Ls 18—19 Millionen) im Budget vorgesehen. *Die Bolschewisten hatten nur etwa 50% von den ehemaligen realen Gesamtausgaben für die obenerwähnten Zwecke festgesetzt* und eine andere Einteilung*) eingeführt.

*) Die Gesamtzahl der Pensionäre im Jahre 1939 war 23.000 (mit Ausnahme von Kriegsinvaliden); im bolschewistischen Budget

Für die Alters- und Arbeitsinvalidenpensionen allein sind im Jahre 1939 Ls 22 Millionen ausgegeben worden, aber für 1941 wurden nur Rub. 30 Mill. (= Ls 10 Millionen) zur Ausgabe vorgesehen, also *weniger als die Hälfte.*

Im Staatsbudget 1941 war vorgesehen: für Alterspensionen durchschnittlich für jeden Pensionär Rub. 984 jährlich oder Rub. 82 (= Ls 27) monatlich. 1939 betrug die staatliche Durchschnittspension für jeden Pensionär Ls 79 monatlich, sie war also dreimal grösser als die Bolschewisten auszuzahlen gedachten.

Weiter ist zu bemerken, dass die Auszahlungen für die soziale Sicherstellung sehr schwach realisiert wurden. Bis zum 1. Mai 1941, d. h. während 4 Monaten, hatte man nur Rub. 3.013.000 von den in dem Republiksbudget vorgesehenen Rub. 31,6 Millionen ausgegeben, d. h. knapp 10% (anstatt der für das Jahresdrittel vorgesehenen 10 Millionen).

Diese Vergleiche zeigen, dass in der Bolschewistenzeit die Versorgung der arbeitsunfähigen und armen Leute in einem viel schlechteren Zustande war als vorher in Lettland. Zwar erhielten einige Tausend Arbeiter in der Bolschewistenzeit Alterspensionen (was früher nicht der Fall war), doch war die Zahl derselben sehr gering, und vor allem genügte die Unterstützung für den Lebensunterhalt nicht. Ausserdem wurden diese Pensionen *auf Kosten der alten Pensionäre* (denen die Pensionen zurückbehalten oder stark vermindert wurden) ausgezahlt. Einerseits wurde also den Arbeitern etwas gegeben, andererseits entriss die Bolschewistenregierung durch die *beispiellose Preissteigerung* den Arbeitern einen Teil des reellen Verdienstes, der Kaufkraft. Ausserdem beabsichtigten die Bolschewisten in der nächsten Zeit weiter und noch viel mehr das reelle Einkommen der Arbeiter zu vermindern, indem sie in Lettland die Warenpreise bis zur Höhe der Unionspreise zu heben gedachten und mit der vorgesehenen Kollektivie-

---

für das Jahr 1941 wurde zum 1. Januar 1942 mit 42.000 Personen gerechnet. In Wirklichkeit jedoch war die Zahl der Pensionäre zum 10. Mai 1941 nur 18.816[25].

rung der Bauernwirtschaften die Landwirtschaft Lettlands und gleichzeitig das Lebensniveau der Arbeiter vernichten wollten. Die Alterspensionen wären dann eine einzige Kleinigkeit im Vergleich zu dem ausserordentlichen Verlust der Arbeiter gewesen.

Die Intelligenz hatte während der Bolschewistenherrschaft viel gelitten, und ihre materielle Lage war schwer, weil ihre Gehälter in keinem Verhältnis zu den gesteigerten Preisen standen.

Gross waren bloss der Lärm und die Reklame der Bolschewisten über die vollständige und wunderbare Alterssicherstellung der Arbeiterklasse.

5. Gesundheitsfürsorge.

a) „Freie" ärztliche Hilfe.

Ab 25. November 1940 wurden alle Ergänzungszahlungen der Arbeiter, Angestellten und Landarbeiter für die ärztliche Behandlung in Staatskrankenhäusern, Ambulanzen und anderen Heilanstalten aufgehoben.

Die Anordnung des Volkskommissariats für Gesundheitsfürsorge vom 28. April 1941 bestimmte, dass die stationäre ärztliche Behandlung in den Krankenhäusern für die Arbeitsbauern, Arbeiter, sowie Angestellten und deren Familienmitglieder spesenfrei ist; die Übrigen müssen entsprechend den Selbstkosten des Krankenhauses zahlen. Das Rigaer Vollzugskomitee z. B. hatte am 8. Mai 1941 festgelegt, dass Personen, die nicht zu den „Werktätigen" gehören, Rigaer Krankenhäusern 22 Rubel pro Tag zu zahlen haben.

Die ärztliche Behandlung in Ambulanzen war für alle Patienten (ohne Unterschied) kostenfrei, aber für Arzneien mussten alle den vollen Preis entrichten.

b) Gewinn und Verlust der Patienten infolge der neuen Ordnung.

Die Ersparnisse, die die Aufhebung von Zahlungen in den Ambulanzen den Arbeitern und Angestellten gab, waren ganz unbedeutend, besonders wenn man bedenkt, dass vor der Bolschewistenherrschaft Kranken-

kassenmitglieder und ihre Familienangehörigen für jede ärztliche Konsultation (in Ambulanzen oder falls der Arzt nach Hause gerufen wurde) gewöhnlich nur Ls 0,20—0,25 zahlen mussten (auch für jeden ärztlich behandelten Zahn). Für Arzneien zahlten die Kassenmitglieder 15%, die Familienangehörigen 30% vom Werte der Arznei (in der Bolschewistenzeit mussten alle Patienten den vollen Preis der Medizin bezahlen).

Wenn im Jahre 1939 die bolschewistische Ordnung bestanden hätte, hätten Krankenkassenmitglieder und ihre Familienangehörigen insgesamt Ls 859.142 erspart (Ergänzungszahlungen für ärztliche Konsultationen, für ärztliche Behandlung der Zähne usw.). Aber andererseits hätten sie Ls 2.334.349 mehr für die Arzneien ausgeben müssen (weil ja in der Bolschewistenzeit für Medizin der volle Preis bezahlt werden musste). *Der reine Verlust wäre Ls 1,5 Mill. im Jahr gewesen.* Also hatte die „kostenlose" ärztliche Behandlung in der Bolschewistenzeit für die ehemaligen Krankenkassenmitglieder und ihre Familien keinen Wert, sie hatten von der neuen Ordnung, im Vergleich mit der früheren Ordnung, nur einen beträchtlichen Verlust.

Dasselbe gilt auch für die ländliche Bevölkerung. Im Freistaate Lettland wurden Bedürftige von der Zahlung des Ärztehonorars und auch von den Kosten der ärztlichen Behandlung in Krankenhäusern ganz befreit, sie mussten nur $^1/_8$ der Arzneikosten zahlen. In der Bolschewistenzeit mussten auch Landarbeiter und Bedürftige den vollen Preis der Arznei zahlen; *ihre Lage war also schlechter geworden!* Die kostenlose ärztliche Hilfe hat ja nur für Arme Sinn, die wohlhabenden Bevölkerungsgruppen brauchten sie nicht. Auch die ländliche Bevölkerung hatte keinen Gewinn von der „kostenlosen" ärztlichen Hilfe der Bolschewisten.

c) Gehälter der Ärzte und des übrigen medizinischen Personals.

Ab 10. November 1940 wurden folgende monatlichen Gehälter für Ärzte festgesetzt:[26]

	Praxis:		
	bis 5 Jahre Rub.	5—10 Jahre Rub.	über 10 Jahre Rub.
Ärztliche Leiter der städtischen Ambulanzen oder Polikliniken . . .	400	450	500—600
Ärzte in Landkrankenhäusern . . .	400	450	550
Ärzte in städtischen Krankenhäusern oder Ambulanzen	300	350	400
Zahnärzte	265	285	340—390

Diese Gehälter waren den Gehältern in der Sowjetunion gleich. Im Vergleich mit den Löhnen der Arbeiter waren die Gehälter der Ärzte in der Bolschewistenzeit ausserordentlich niedrig. Industriearbeiter verdienten durchschnittlich etwa 300 Rubel im Monat; Chauffeure 350—400 Rubel; Maschinenschreiberinnen 250—300 Rubel. Also verdiente der Arzt in einem Krankenhause oder in der Ambulanz (für die Arbeit von etwa 6—7 Stunden) denselben Lohn oder weniger als ein Chauffeur; der Zahnarzt (für 6 Stunden Arbeit täglich) verdiente nur soviel wie ein Durchschnittsarbeiter in der Industrie.

Die Gehälter der Ärzte in der Bolschewistenzeit waren ausserordentlich niedrig auch im Vergleich mit ihren früheren Gehältern. Im Jahre 1939 war das Gehalt des Arztes in Staatsambulanzen Ls 130 monatlich für 1 Stunde Arbeit täglich (Ls 5 für jede Arbeitsstunde). Die Kaufkraft der 130 Lats war mindestens 400 Rubeln gleich. Also verdiente ein Arzt vor der Bolschewistenzeit monatlich für 1 Stunde täglich ebensoviel wie während der Bolschewistenzeit für 6—7 Stunden täglich. *Vom früheren reellen Gehalte hatten die Bolschewisten den Ärzten also nur $^1/_6$—$^1/_7$ gelassen.*)* Etwas mehr

*) Die Ärzte (auch die Zahnärzte) hatten in der vorbolschewistischen Zeit nicht nur Patienten aus den Krankenkassen oder Staatsbeamte usw. zu betreuen, sie besassen auch eine private Praxis, wo viel höhere Honorare gezahlt wurden. Darum hatten diese Ärzte noch viel grössere Verluste durch die Bolschewisten zu erleiden, als Ärzte, die nur im Dienste der Krankenkassen waren und ein festes Gehalt erhielten. Den privaten Ärzten ging es schlecht, sie hatten keine wohlhabenden Patienten mehr, weil ja alle städtischen Hausbesitzer, Industrielle, Händler u. a. ruiniert worden waren.

konnte der Arzt in der Bolschewistenzeit nur dann verdienen, wenn er 1½, 2 oder mehr Arztstellen bekleidete, d. h. wenn er nicht 6 Stunden, sondern 9 oder 12 Stunden täglich arbeitete.

Das Gehalt eines Zahnarztes der staatlichen Ambulanzen war vor der Bolschewistenzeit Ls 230—270 monatlich für 3 Stunden Arbeit täglich, also für 6 Stunden Ls 460—540. In der Bolschewistenzeit bekam der Zahnarzt nur 265—390 Rub. monatlich für 6 Stunden Arbeit täglich, im Durchschnitt ca. 330 Rub. Früher bekam er für dieselbe Arbeit ca. 500 Lats — mindestens also 1500—1600 Rubel. Vom früheren Gehalte des Zahnarztes war in der Bolschewistenzeit also nur $^1/_5$ geblieben.

Auch das „mittlere" und „jüngste" medizinische Personal verdiente in der Bolschewistenzeit weniger als früher. Pflegerinnen und Schwestern bekamen in der Bolschewistenzeit nur etwa 60% ihres früheren reellen Gehaltes.

d) Die Arbeit der „Polikliniken" (in Riga).

In den Städten wurde die ambulatorische ärztliche Hilfe von „Polikliniken" geleistet. In Riga bestanden 12 Polikliniken. Im Dienste der Polikliniken standen Ärzte (Ärzte in Ambulanzen und Rayonärzte), Zahnärzte, auch Schulärzte. Jede Poliklinik hatte an verschiedenen Orten ihre Ambulanzen, ihre Gesundheitspunkte für Kinder, medizinischen Punkte (in einzelnen Fabriken), Kinderheime, Kindergärten. Jeder Einwohner Rigas konnte nur in seinem Rayon ärztliche Hilfeleistungen erhalten. Diese Ordnung machte Schwierigkeiten für diejenigen, die früher in Ambulanzen des Stadtzentrums die ärztliche Hilfeleistung erhielten (im Zentrum waren bessere Ärzte). Die Polikliniken waren schlecht organisiert, die Ärzte hatten sehr viel Arbeit. Das alte Gesundheitsschutzsystem war zerstört, aber das neue bolschewistische System funktionierte schlecht. Ärzte beklagten sich über die über-

mässige*) Arbeit in den Polikliniken, über die übermässigen und unnötigen Anforderungen für Krankenvisiten im Hause und über die ausserordentlich niedrigen Gehälter; die Patienten – über die langsame**) ärztliche Hilfe bei Hausbesuchen und manchmal sogar über die unvollkommene und schlechte ärztliche Hilfeleistung.

Im Februar 1941 hielt der Sekretär des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Lettlands — Spure — auf der Ärztekonferenz Lettlands in Riga eine grosse Rede[27]. Er betonte: Im Volkskommissariat des Gesundheitsschutzes wird viel geschwatzt und nicht gearbeitet oder sehr langsam gearbeitet. Die Arzneipreise***) sind noch immer nicht geregelt, obgleich das einen Schatten auf die Sowjetregierung wirft. *Die Lage in den Apotheken ist chaotisch.* In Behörden wird für die Gesundheit der Bürger nicht gesorgt. So z. B. ist in einer Poliklinik ein Augenarzt mit schwacher Sehkraft angestellt und die Kranken fürchten sich, der Arzt könne ihnen die Augen gänzlich verderben. Es sei falsch, dass Spezialärzte für innere- und Magenkrankheiten und Kinderärzte als Rayonärzte ange-

*) Früher, vor der Bolschewistenzeit, mussten Arbeiter, Angestellte und Beamte (in Krankenhäusern usw.) eine Kleinigkeit für die ärztliche Konsultation hinzuzahlen. Der Zweck war, unnötige ärztliche Konsultation einzuschränken. Diese kleine Einschränkung fehlte in der Bolschewistenzeit und darum hatten die Ärzte viel und unnütze Arbeit.

**) In der satyrischen bolschewistischen Zeitschrift „Rigaer Krokodil" war folgende Karikatur zu sehen: Ein Arzt der Poliklinik kommt zum Kranken nach Hause und erfährt von einer Nachbarin, dass der Kranke schon vor zwei Wochen begraben worden sei!

***) Die Preise der Arzneien waren in der Bolschewistenzeit sehr erhöht worden, und alle Patienten hatten den vollen Preis zu zahlen. Ende November 1940 wurden die Preise der Arzneien in den Apotheken durchschnittlich um etwa 100% erhöht. Anfang 1941 etwas ermässigt und waren nach der Ermässigung um etwa 50% höher (Rubel dem Lat gleichgesetzt) als vor Ende November 1940. Einige Arzneien waren aber teurer (um 300% und mehr). In vielen Fällen war die Preiserhöhung der Arznei (und auch die Tatsache, dass man für die Arznei den vollen Preis zahlen musste) für die Kranken sehr fühlbar, besonders für diejenigen Arbeiter und Angestellten, die die niedrigsten Löhne erhielten, grosse Familien besassen, öfters oder lange krank waren, oder mit besonders teuren Arzneien behandelt werden mussten.

stellt werden. Ein Teil der Ärzte arbeitet sehr schlecht. Aber auch die Kranken sind zu beschuldigen, welche die Schwere der Ärztearbeit nicht begreifen wollen. Das Volkskommissariat des Gesundheitsschutzes kommt den Ärzten zu wenig bei ihrer Arbeit entgegen. Einige Ärzte sind bis 20 Stunden täglich beschäftigt, haben keine Verkehrsmittel (für den Krankenbesuch), die Räume der Ambulanzen sind schlecht. *„Man sagt, dass die Gehälter der Ärzte klein sind... Wenn der Arzt mit seinem Gehalt unzufrieden ist, ist das kein Grund dafür, dass er sich und das Sowjetregime kompromittiert.* Man muss doch menschlich sein — das fordert die Sowjetmacht von den Ärzten".

Der Redner betonte weiter: „Die *Hauptsache* ist, *man muss die Lehre des Marxismus-Leninismus studieren. Das ist der Grundpfeiler aller Arbeit.* Es ist bewiesen worden, dass man ohne das Studium des Marxismus-Leninismus *in keinem Arbeitszweige einen Erfolg haben kann*".

e) Gesundheitslage in Lettland.

Die Gesundheitslage der Bevölkerung in Lettland wurde stark durch die neuen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und durch die Anwesenheit der Roten Armee während der Bolschewistenzeit beeinflusst. Die Okkupation Lettlands durch die Rote Armee, die Vorbereitungen Sowjetrusslands zum Kampf gegen Deutschland und die Sowjetisierung und Industrialisierung Lettlands verursachten eine starke Vergrösserung der Einwohnerzahl und einen grossen Wohnungsmangel in den Städten.

Die Reinlichkeit in den Städten, auf der Strasse, in Industriebetrieben und in Häusern hatte fühlbar gelitten. Selbst in Zeitungen erschienen Artikel, die die Frage nach der früheren Reinlichkeit der Strassen Rigas stellten. Hauswärte arbeiteten nicht mehr so gut wie früher. Es wurden Zwangsbestimmungen über die Reinlichkeit herausgegeben, man machte grosse Propaganda, um die Reinlichkeit in Fabrikwerkstätten zu heben. Die Arbeitsdisziplin in den Fabriken war gesunken, die Arbeiter arbeiteten nachlässiger; die neuen

Fabrikdirektoren durften gegen die Arbeiter nicht so streng wie früher verfahren; die neuen Direktoren waren häufig frühere Arbeiter, und darum wurde vieles in den Reinlichkeitsfragen unbeachtet gelassen. Die Verbraucher klagten viel (auch in den Zeitungen) über die Unsauberkeit der Milchflaschen, des Bieres, des Brotes und anderer Waren.

Schmutzig waren auch die russischen Soldaten und besonders die aus Russland hergebrachten russischen Arbeiter (oft Sträflinge). Sie brachten auch Krankheitskeime und Läuse mit sich. Einige Krankheiten, die in Lettland und besonders in Riga vor der Bolschewistenzeit gar nicht oder sehr selten vorkamen, wurden von den russischen Soldaten und Arbeitern hereingeschleppt. In Riga, wo früher Flecktyphus und Dysenterie gar nicht vorgekommen waren, wurden in der Bolschewistenzeit einige Fälle dieser Krankheiten registriert; es verbreiteten sich auch Erkrankungen mit Unterleibstyphus. Auch andere epidemische Krankheiten wurden in Riga und Lettland im Jahre 1941 viel häufiger registriert als vor der Bolschewistenzeit. Die Zukunftsaussichten waren noch viel schlimmer, weil Menschenmassenverschiebungen zwischen Lettland und Russland stark zugenommen hatten. In Russland wurde die Bevölkerung mehr als 20 Jahre hindurch sehr schlecht genährt, sie musste häufig hungern, hatte schlechte Wohnungen und schlechte Kleider, und die ansteckenden Krankheiten waren dort sehr verbreitet.

Die Zusammendrängung der städtischen Bevölkerung in engen Wohnungen, die Unreinlichkeit, die Einschleppung ansteckender Krankheiten aus Russland — alles das wirkte ungünstig auf die Gesundheit der Bevölkerung Lettlands. Dazu kam noch die für die Gesundheit ungünstige geistige Atmosphäre (das Leben in beständiger Furcht verhaftet, deportiert oder ermordet zu werden oder neue materielle Verluste zu erleiden) und die übermässige und häufig zwecklose Arbeit vieler Menschen, besonders der Angestellten in den Sowjetbehörden und Unternehmen.

6. Geldunterstützungen der Sozialversicherung.

Die Geldunterstützungen der Sozialversicherung während vorübergehender Arbeitsunfähigkeit infolge Erkrankungen und in Geburtsfällen wurden Arbeitern und Angestellten nicht mehr wie früher von Krankenkassen, sondern von den Fabriks- oder Behördenkomitees der Gewerkschaften ausgezahlt. Diese Arbeit wurde von dem „Zentralrat der Gewerkschaften" geleitet.

a) Krankheitsunterstützungen.

Hierüber waren folgende Bestimmungen*) der Sowjetregierung in Kraft: Die Geldunterstützung[28] während Arbeitsunfähigkeit infolge Erkrankung (oder Unfalls) ist bis zum Tage der Genesung oder bis zum Tage der Feststellung der Invalidität zu zahlen. Arbeiter und Angestellte — Mitglieder der Gewerkschaften — empfangen eine der *ununterbrochenen Dienstzeit* entsprechende Geldunterstützung (ausgenommen in Geburtsfällen):

bei ununterbrochener**) Dienstzeit	über 6	Jahre	— 100%	vom	Lohne,
„	„	„	3—6	„	— 80%	„	„
„	„	„	2—3	„	— 60%	„	„
„	„	„	unter 2	„	— 50%	„	„

Arbeiter und Angestellte, die nicht Mitglieder der Gewerkschaften sind, empfangen nur die *Hälfte****) dieser Geldunterstützungen, also 25%—50% vom Lohne. Wenn der Arbeiter oder Angestellte seine Arbeitsstelle wechselte,*****) oder infolge Verletzung der Arbeitsdis-

*) Dieselben Bestimmungen bestehen in der ganzen Sowjetunion.

**) D. h. ununterbrochene Dienstzeit im Unternehmen oder in der Behörde, in der der Arbeiter oder Angestellte sich zur Zeit befindet.

***) Das war ein Ansporn zum Eintritt in die Gewerkschaften (die Zahlungen betrugen 1% monatlich vom Lohne).

****) Laut Beschluss[29] des Rates der Volkskommissare der UdSSR vom 28. Dezember 1938. In diesem Beschluss wird betont, dass es Arbeiter gibt, die unehrlich und schlecht arbeiten, häufig und willkürlich von einem Betriebe zum anderen gehen, die Arbeitsdisziplin nicht beachten und der Industrie, dem Transport und der ganzen Volkswirtschaft einen grossen Schaden zufügen.

ziplin oder wegen Verbrechens entlassen wurde, konnte er die Unterstützung während vorübergehender Arbeitsunfähigkeit auf der neuen Arbeitsstelle *nur nach einer 6-monatlichen Arbeitsdauer erhalten.*

Vor der Bolschewistenherrschaft erhielt das Krankenkassenmitglied in Krankheitsfällen gewöhnlich 40—80% des Lohnes, ohne Rücksicht auf die Anzahl der Arbeitsjahre (nur im Falle sehr langwieriger Krankheit hatten ältere Krankenkassenmitglieder Vorrecht), und ohne Unterschied, ob sie Gewerkschaftsmitglieder waren oder nicht. Den Staatsbeamten (die nicht Mitglieder der Krankenkassen waren, sondern nach besonderen Bestimmungen ärztlich behandelt wurden) wurde früher im Krankheitsfall das volle Gehalt gezahlt, sehr langwierige Krankheit (mehrere Monate) ausgenommen. Während der Bolschewistenzeit bekamen auch Staatsbeamte dieselben Unterstützungen wie alle übrigen Arbeitnehmer. Ein Teil der Versicherten bekam grössere prozentuale Unterstützung als früher, der andere Teil bekam weniger (ehemalige Staatsbeamte und auch viele Arbeiter und Angestellte, die nur kurze Zeit im Betriebe oder bei Behörden gearbeitet haben, sowie auch Saisonarbeiter).

b) Entbindungsunterstützung.

Im Falle der Schwangerschaft bekamen weibliche Arbeiter und Angestellte Urlaub — 35 Tage vor und 28 Tage nach der Geburt, also insgesamt 63 Tage[30]. Dies

---

Bei der Auszahlung der Unterstützungen während vorübergehender Arbeitsunfähigkeit (Krankheit) sei bisher kein grosser Unterschied gemacht worden zwischen den ehrlichen Arbeitern, welche lange Jahre ununterbrochen im Betriebe arbeiteten und denjenigen, die die Arbeitsdisziplin verletzen, die von einem Betriebe zum anderen wandern. Ein grosser Missbrauch geschehe auch mit dem Geburtsurlaub. Es kämen nicht selten Fälle vor, wo Frauen, um vom Staate etwas zu gewinnen, in der Fabrik oder in der Behörde zu arbeiten beginnen, um nur auf Kosten des Staates 4 Monate Urlaub zu erhalten und dann nachher zur Arbeit nicht mehr zurückzukehren. „Die Interessen des Staates fordern, dass man diesem Missbrauch unverzüglich ein Ende macht." — Diese Verordnung der Regierung vom 28. Dezember 1938 enthält viele Massnahmen zur Hebung der Arbeitsdisziplin.

bezog sich nur auf Frauen, die mindestens 7 Monate vor dem Urlaube im Betriebe beschäftigt waren.

Vor der Bolschewistenherrschaft erhielten weibliche Krankenkassenmitglieder eine Geldunterstützung im vollen Umfange ihres Lohnes, 4 Wochen vor und 8 Wochen nach der Entbindung resp. 12 Wochen oder 84 Tage, also *21 Tage (3 Wochen) mehr* als während der Bolschewistenzeit. Vor der Bolschewistenzeit wurde eine lange Angehörigkeit zur Krankenkasse nicht verlangt: Frauen mussten bloss 3 Monate vor der Entbindung Mitglieder von Krankenkassen sein.

Arbeitende Frauen bekamen in Entbindungsfällen durchschnittlich: 1) vor der Bolschewistenzeit: *100% vom Lohne für 84 Tage;* 2) während der Bolschewistenzeit: *75%*) vom Lohne für 63 Tage.*

Ausserdem bekam die als Arbeiterin oder Angestellte beschäftigte Frau für jedes neugeborene Kind folgende besonderen Geldunterstützungen:

1) in der Bolschewistenzeit — Rub. 135 (= ca. Ls 40—45); 2) vor der Bolschewistenzeit — Ls 120**), also reell etwa dreimal mehr als bei den Bolschewisten.

Der zu versorgenden Ehefrau eines Kassenmitgliedes zahlte früher die Krankenkasse eine einmalige Entbindungsunterstützung in Höhe von Ls 40 und für die Ernährung des Kindes, im Laufe von 8 Monaten nach der Entbindung, noch Ls 15 monatlich, insgesamt also Ls 40 + Ls 120 = Ls 160. Diese Summe ist Rub. 300 der Bolschewistenzeit gleichzusetzen. Solche Unterstützungen der ausserhalb ihrer Familie nicht arbeitenden Ehefrauen waren im Sowjetrecht gar nicht vorgesehen, da ja alle Frauen im Sowjetlande in Fabriken oder Behörden arbeiten mussten (das war die berühmte „Befreiung" der Frau!) .

---

*) Der Prozentsatz des Lohnes war verschieden, er war abhängig von der Dauer der ununterbrochenen Dienstzeit in einem Betriebe und von der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft. Der durchschnittliche Prozentsatz (75%) ist nach den Daten der Abteilung der Sozialversicherung des Zentralrates der Gewerkschaften errechnet worden.

**) So war es jedenfalls in der Rigaer zentralen allgemeinen Krankenkasse; in einigen anderen Kassen zahlte man etwas weniger.

c) Beerdigungsunterstützung.

Im Todesfalle des Arbeiters oder des Angestellten zahlte man folgende Unterstützungsgelder:

1) während der Bolschewistenherrschaft[31] Rub. 40 (gleich etwa Ls 12—13);

2) vor der Bolschewistenzeit (in Krankenkassen) Ls 145[32], also *elf- bis zwölfmal mehr als während der Bolschewistenherrschaft.*

Eine ganz bescheidene Beerdigung kostete in Riga während der Bolschewistenherrschaft etwa 300 Rubel, also sieben- bis achtmal mehr als das Unterstützungsgeld (Rub. 40).

7. Schlussbemerkungen.

Die ganze Bevölkerung wurde gleichgeschaltet; lange Zeit herrschte in der Sozialversicherung ein Chaos; es wurde einem etwas Neues gegeben, aber nur durch Beraubung des anderen, auf Kosten des anderen.

Wie die gesamte Versorgung der (vorübergehend oder beständig) arbeitsunfähigen, alten, kranken und bedürftigen Leute vor und während der Bolschewistenherrschaft war, sehen wir, da jede Hilfeleistung Geld verlangt, aus den Ausgaben für diese Zwecke.

Vor der Bolschewistenherrschaft betrugen die tatsächlichen jährlichen Ausgaben des Staates, der Selbstverwaltungen, der Krankenkassen und gesellschaftlichen Organisationen für verschiedene ärztliche Behandlung (in Krankenhäusern, Ambulanzen, Sanatorien usw.), für Arzneien, für die Unterhaltung und Vergrösserung der ärztlichen Anstalten, für Alters- und Invaliditätspensionen, für die Armenfürsorge (Armenasyle usw.), für Unterstützungen im Falle von Krankheit, in Entbindungsfällen und Unfällen, für Kinderfürsorge usw. insgesamt ca. Ls 90 Mill.[33]

Wenn man die Resultate der Tätigkeit der bolschewistischen Behörden in den ersten Monaten des Jahres 1941 und die Realisierung der Budgets der Sozialversicherung*), der sozialen Sicherstellung und der Ge-

*) Das Budget des Zentralrates der Gewerkschaften für die Sozialversicherung wurde im Jahre 1941 durchschnittlich monat-

sundheitsfürsorge betrachtet, so kann man annehmen, dass im günstigsten Falle die gesamten Ausgaben (aus dem „republikanischen" Budget, aus den Budgets der örtlichen Sowjets und aus dem Budget des Zentralrates der Gewerkschaften) für die Sozialversicherung, die soziale Sicherstellung, die Armenfürsorge und die Gesundheitsfürsorge im Jahre 1941 nicht mehr als ca. 190—200 Mill. Rubel[44] betragen haben würden. Diese Summe ist etwa 60—65 Mill. Lats gleichzusetzen und *beträgt nur etwa zwei Drittel der früheren jährlichen Ausgabenziffer.*

Trotz des grossen Lärmes und der grossen Reklame, gab die bolschewistische Regierung dem Volke eine viel geringere Sozialversicherung und Gesundheitsfürsorge als früher. Nur die Verteilung der Summen war anders als früher.

Durch die Ausgaben für Sozialversicherung und Gesundheitsfürsorge sollen gewöhnlich der Gesundheitsstand der Bevölkerung und deren Wohlstand gehoben, ausgeglichen und verbessert werden. Auch die Sowjetregierung hatte Ausgaben zur Hebung des Volkswohlstandes vorgesehen, aber andererseits *schadete diese Regierung dem Wohlstande und der Gesundheit des Volkes durch ihre blosse Existenz* und ihre Massnahmen. Die Grundlagen des Volkseinkommens wurden untergraben, die private Initiative wurde aus Industrie und Handel ganz ausgeschaltet, dasselbe sollte auch in sehr naher Zukunft in der Landwirtschaft geschehen (mittels der Kollektivierung). Die wichtigsten Grundlagen des Wirtschaftslebens und der Produktion wurden zerstört und damit auch der Wohlstand und die Gesundheit des Volkes. Es nützte nichts, wenn unter diesen Umständen

---

lich für ca. 340.000 Arbeiter und Angestellte und mit einer Totalsumme von 328,7 Mill. Rubeln Lohn im 1. Vierteljahr gerechnet. Aber das Budget war falsch berechnet worden, die tatsächliche Zahl der Versicherten betrug nur 258.592 (war also um 24% niedriger) und der gesamte Lohn (im 1. Vierteljahr) betrug 229,5 Mill. Rubel (um 35% weniger als vorgesehen), und darum waren auch die Budgeteinnahmen viel geringer als vorgesehen, nur etwa 70% der für das 1. Vierteljahr vorgesehenen Summe. So mussten sich also auch die Ausgaben geringer gestalten als im Budget vorgesehen.

auch etwas neues und positives in der Sozialversicherung von den Bolschewisten eingeführt wurde (wie z. B. die Alterspensionen für Arbeiter u. a.). *Mit der einen Hand gaben sie dem Arbeiter einige Millionen Rubel, aber mit der anderen Hand vernichteten sie das Volkseinkommen, erhöhten die Warenpreise und entrissen so der Bevölkerung Hunderte Millionen von Rubeln* (oder „ersparten" Millionen von Rubeln auf Kosten der Gehälter der Ärzte und des übrigen medizinischen Personals). Die Bolschewisten terrorisierten, quälten und hielten in ewiger und zunehmender Angst fast die ganze Bevölkerung Lettlands. Unter diesen Umständen konnte die Sozialversicherung keinen Nutzen bringen. Es wurden dem Volk viel grössere Verluste an Wohlstand und Gesundheit zugefügt, als die Sozialversicherung es ersetzen konnte.

8. Abzüge vom Arbeiter- und Angestelltenlohn für Sozialversicherung und Steuern.

Vor der Bolschewistenzeit hatte der durchschnittliche Industriearbeiter nur 3% vom Lohne für die Sozialversicherung zu zahlen. Er zahlte keine Einkommensteuer, keine Kultursteuer, er kaufte keine Zwangsanleihen.

In der Bolschewistenzeit zahlte er: 3,8% vom Lohne für die Einkommen- und Kultursteuer, 1% für die Gewerkschaft, ca. 5,8% für den Kauf der Obligationen der Staatsanleihe, insgesamt — 10,6%, also *etwa 3½-mal mehr als vor der Bolschewistenherrschaft.* In der Bolschewistenzeit musste der Arbeiter allein denselben Prozentsatz von seinem Lohne für die Zwangszahlungen verwenden wie früher der Arbeiter und sein Arbeitgeber zusammen.

Der Angestellte zahlte in der Bolschewistenzeit: 8,3% für die Staatsanleihe (einen ganzen Monatslohn), 1% der Gewerkschaft, durchschnittlich 5—6% Einkommen- und Kultursteuer, insgesamt 14—15% seines Ge-

haltes*). Früher zahlte der Staatsbeamte dem Staate etwa 7—10% seines Gehalts (darunter 6% an den Pensionsfonds, auch Einkommensteuer und für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit). Die Angestellten der privaten Betriebe zahlten weniger, weil sie gewöhnlich für das Alter nicht versichert waren, also etwa 3—4—5% des Gehalts.

Somit waren die regelmässigen Zwangszahlungen in der Bolschewistenzeit viel grösser als früher. Es waren noch einige andere Zwangszahlungen vorgesehen: 1) Zahlungen für den „Ossoawiachim" (Gesellschaft zur Förderung des Luftschutzes und für die Bekämpfung der chemischen Waffen); 2) obligatorische Zahlungen von „Ersparnissen" an die Staatssparkassen; 3) obligatorische Lebensversicherung. Vielleicht würden noch einige andere Zwangszahlungen hinzukommen. Aber die Bolschewisten hatten keine Zeit mehr, neue Zwangszahlungen in Lettland einzuführen.

Dieser Vergleich beweist, dass auch das Prahlen der Bolschewisten, dass sie die „Werktätigen" von allen Zahlungen für die Sozialversicherung und von Steuern befreit hätten, nur Lüge und Betrug war. Die Zwangszahlungen waren mehrfach grösser geworden als im Freistaate Lettland.

---

*) Ausserdem entrissen die Bolschewisten den Beamten ein Drittel oder die Hälfte ihres ehemaligen reellen Gehaltes und in vielen Fällen einen noch grösseren Prozentsatz!

XVII

Das Ende der Bolschewistenherrschaft in Lettland

1. Der rote Terror.

Im Gegensatz zum Jahre 1919 (der ersten Bolschewistenherrschaft in Lettland), als die Namen der von den Revolutionstribunalen zum Tode verurteilten „Konterrevolutionäre" für gewöhnlich in den Zeitungen veröffentlicht wurden, war die Praxis der Bolschewisten in den Jahren 1940—1941 verändert. Man predigte beileibe keinen Terror gegen die Feinde des Sowjetregimes mehr (man sprach in den Zeitungen nur über die Notwendigkeit einer revolutionären Wachsamkeit usw.), es war in den Zeitungen auch kein Wort über politische Verhaftungen, Verurteilungen oder Hinrichtungen zu lesen. Abgesehen von den grossen materiellen und geistigen Verlusten, die die Bolschewisten allen Bevölkerungsschichten zufügten, und der Angst um die Zukunft, schien Lettland, nach der Presse zu urteilen, in Frieden zu leben.

Aber die Wirklichkeit war ganz anders. Schon in den ersten Tagen der Bolschewistenherrschaft in Lettland begannen plötzlich Menschen zu verschwinden — sie wurden durch die bolschewistische politische Polizei verhaftet. Einige hohe lettische Offiziere verübten gleich nach dem 17. Juni 1940 Selbstmord. Sie sahen die kommenden traurigen Ereignisse voraus. Aber in der Presse stand darüber kein Wort. Verhaftet wurden Staats- und Polizeibeamte, Offiziere, Soldaten, Politiker, ehemalige Minister, Gesandte, Industrielle, Richter, Bauern usw., dazu Leute, die früher Mitglieder

von politischen Parteien oder der Schutzwehr gewesen waren, höhere Ämter bekleidet hatten, als unversöhnliche Feinde der Sowjetgewalt angesehen wurden, vor vielen Jahren gegen die Bolschewisten gekämpft hatten oder von ihren Feinden bei den bolschewistischen Behörden verleumdet worden waren. Es wurden auch viele Menschen verhaftet, die, auch vom bolschewistischen Standpunkte aus gesehen, ganz harmlos und nie aktive Feinde der Bolschewisten gewesen waren oder in der Zukunft sein konnten. Sie hatten Unglück; sie sind durch Zufall oder durch irgendeine Verleumdung in die Hände der „Tscheka" gefallen. Schon bald nach der Besetzung Lettlands durch die Sowjettruppen wurden der ehemalige Staats- und Ministerpräsident Karlis Ulmanis und der ehemalige Kriegsminister J. Balodis nach Sowjet-Russland verschickt. Einige andere ehemalige Minister und Ministerpräsidenten wurden verhaftet und später nach Russland abgeschoben. Alle diese lettischen Staatsmänner sind seitdem spurlos verschwunden, über ihr Schicksal ist nichts bekannt. Es wurde bekannt, dass ehemalige Staatsbeamte, Richter, Industrielle u. a. verhaftet, zu langjährigen Zwangsarbeiten (7, 10 Jahre) verurteilt und nach Sowjetrussland deportiert wurden. Man sprach auch von heimlichen Erschiessungen.

Im Zentrum der Stadt Riga (ehemalige Freiheitsstrasse 37/39, heute Adolf-Hitler-Str.), wo sich früher das Innenministerium (nebst anderen Behörden) befand, wurde das Volkskommissariat für innere Angelegenheiten eingerichtet. Der wichtigste Bestandteil dieses Kommissariats war die bolschewistische politische Polizei. Ab Herbst 1940 konnte jeder Vorübergehende den Stacheldrahtzaun sehen, der auf dem Dache dieses grossen sechsstöckigen Gebäudes von den neuen Herrschern angebracht worden war, um die Flucht der Gefangenen aus diesem Gebäude über das Dach unmöglich zu machen, und um das Schreckenshaus von den Nebenhäusern abzugrenzen.

Durch Gerüchte über heimlich erfolgte Verhaftungen, Verurteilungen und Hinrichtungen, durch das allmähliche und plötzliche Verschwinden vieler Men-

schen, sowie durch die Kenntnisse über die Schreckenstaten der Bolschewisten in Sowjetrussland, war die Bevölkerung über alle Massen eingeschüchtert. Die Menschen fürchteten sich, die Bolschewisten auf der Arbeitsstelle oder zu Hause zu kritisieren. Es hiess, dass die bolschewistische Spionage so raffiniert sei, dass sogar durch die Ventilatoren und Telephonapparate hindurch die Gespräche der Gegner des Sowjetregimes abgelauscht werden könnten. Als der Verfasser dieser Abhandlung im Frühling des Jahres 1941 einen bekannten Angestellten in einer Behörde in Riga am Abend*) besuchte, und ihm etwas über die soeben im Rundfunk gehörte Rede des Führers Grossdeutschlands, Adolf Hitler, erzählen wollte, wies der Angestellte stumm auf den Telephonapparat und den Ventilator an der Wand. Der Verfasser verstand, dass sein Partner sich fürchtete, Gespräche über ein solches gefährliches Thema zu führen und zuzuhören (obgleich er ein guter Bekannter und ebenso gesinnt wie der Verfasser war, und im ganzen Korridor der Behörde zu dieser späten Stunde nur diese beiden Menschen allein waren). Das Gespräch musste abgebrochen werden. Der Verfasser hat auch gesehen, wie Menschen, die in ihrem Hause die Bolschewisten kritisieren wollten, zuerst den Telephonapparat mit den Kissen verdeckten und dann im Flüsterton sprachen, damit nur ja nicht ihr Gespräch von der „Tscheka" belauscht werden konnte.

Das erwähnte grosse „Tscheka"-Gebäude war für gewöhnlich in der ganzen Nacht beleuchtet, alle Fenster waren hell, es wurde dort emsig und fieberhaft „gearbeitet". Als in einer Nacht im Herbst 1940 die Vorübergehenden die „Tscheka" fast dunkel fanden, ging sogleich in Riga das Gerücht herum, dass das ein

*) Die Bolschewikenherrschaft war durch das übermässige und unsinnige Anschwellen der Büroarbeiten charakterisiert. Die Angestellten in den Behörden und Unternehmen waren vom Morgen bis zum Abend mit der Zusammenstellung und Umarbeitung irgendwelcher „Pläne" sowie der Berichte über ihre Erfüllung beschäftigt. Sie waren gezwungen, häufig sogar in der Nacht und am Sonntag zu arbeiten; es war nichts ungewöhnliches, wenn man den Angestellten z. B. um 12 Uhr nachts nach der Behörde zur Arbeit rief.

sehr günstiges Zeichen sei — die Bolschewisten (unter dem Drucke des Grossdeutschen Reiches) bereiteten sich vor, Lettland zu verlassen! Leider wurde aber das berüchtigte Haus bald wieder hell.

2. Die Leistungen der „Tscheka"[1]

a) Die Bluttaten im Rigaer Zentralgefängnis

Die Resultate der Tätigkeit der Tscheka konnte man nur nach der Vertreibung der Bolschewisten aus Lettland sehen. Die Stadt Riga wurde von der deutschen Wehrmacht am 30. Juni und 1. Juli 1941 befreit. Schon am 4. Juli begann im Hofe des Rigaer Zentralgefängnisses die Ausgrabung der Leichen der Ermordeten: „Heute um 6 Uhr begann man mit der Ausgrabung der von den Tschekisten ermordeten Opfer... Es gelang, 10 Erschossene auf Grund verschiedener Quittungen, die man in ihren Kleidern fand, zu identifizieren. Um 1 Uhr nachmittags liess man das Publikum zu den Leichen im Hof des Zentralgefängnisses. Unbeschreiblich sind die Schrecken, die in den Gesichtern der Wartenden zu sehen waren, die schon vom frühen Morgen an am Gefängnistor gestanden hatten, um Näheres über ihre Verwandten und Freunde erfahren zu können... Die Leichen der Erschossenen befanden sich nur ein Halbmeter unter der Erde. Die Gerichtsärzte untersuchten jede Leiche ausführlich... Es ist ein erschütterndes Bild, wenn man diese Erschossenen sieht, die vor dem Tode noch verschiedenartig gequält worden waren. Der Gerichtsarzt J. Kocers konstatiert, dass die Patrioten aus einer sehr geringen Entfernung mit einem Revolver erschossen worden waren. Einigen wurde der Revolver sogar an den Nacken oder die Stirn gelegt. Andere wurden in den Bauch geschossen..." — So berichtete die Rigaer Zeitung[2] am 4. Juli 1941.

Am nächsten Tage wurde berichtet:[3] „Heute... wurde festgestellt, dass im Zentralgefängnis am 27., 28. und 29. Juni (1941) 98 lettische Patrioten erschossen worden waren. Im grossen Graben sind 62 Opfer gefunden worden. Sie wurden in der Nacht auf den 27. Juni

erschossen . Im kleineren Grabe wurden 36 Opfer aufgefunden. Diese Opfer sind in der Nacht vom 28. zum 29. Juni erschossen worden." — 79 von diesen Opfern des roten Terrors wurden am 6. Juli 1941 auf dem Waldfriedhof in Riga in einem gemeinsamen Grabe beerdigt,[4] die übrigen 19 auf den Friedhöfen ihrer Familien.

Es wurde das Verzeichnis[5] von 73 Personen, die in Riga Ende Juni 1941 zum Tode verurteilt wurden, gefunden („Verzeichnis von Personen, die vom Volkskommissariat der Staatssicherheit der Lettländischen SSR für konterrevolutionäre Tätigkeit auf Grund der Verordnung des Präsidiums des Obersten Rates der UdSSR über die Einführung des Kriegszustandes verhaftet worden sind"). Am Ende dieses Verzeichnisses steht der Beschluss des Volkskommissars der Staatssicherheit der LSSR, S. Schustin, vom 26. Juni 1941: „Wegen sozialer Gefährdung sind alle zu erschiessen." Von diesen Personen sind 62 im Massengrabe im Zentralgefängnis gefunden worden. Zwischen den 73 im erwähnten Verzeichnis genannten Personen waren einige ehemalige Obersten der lettischen Armee, Staatsbeamte und andere Persönlichkeiten.

b) Das Mörderhaus von Weissensee.

Ende Juli 1941 wurde ein grosser geheimer Hinrichtungsort der Tscheka in der Nähe von Riga bei Weissensee entdeckt: „In der Mitte eines mit dichtem Baumbestand bedeckten Grundstückes steht ein braunfarbiges Holzhaus mit Strohdach und blauen Fensterläden... Wahrscheinlich wegen des einsamen, stillen Ortes haben die Tschekisten das Sommerhaus für ihre bestialischen Zwecke als geeignet gefunden... Den örtlichen Einwohnern erschien es seltsam, als bärtige russische Arbeiter eintrafen und um das ganze Grundstück einen undurchsichtigen, an manchen Stellen mehr als 3 Meter hohen Zaun zu bauen begannen und dabei sogar in der Nacht arbeiteten. Sorgfältig wurden sogar jedes Astloch und jede Spalte zugedeckt... Man sagte, dass im Sommerhause junge Milizionäre schiessen ler-

nen würden, dass dort ein Sportklub der Tschekisten eingerichtet sei. So wurden die Schüsse erklärt, die aus dem geheimnisvollen Sommerhause nachmittags und abends zu hören waren. Häufig kam aus Riga ein geschlossener Personenkraftwagen und fuhr durch das immer von der Innenseite geschlossene Tor... Sonst herrschte im Sommerhause Stille. Niemand wohnte dort... Alles deckte der hohe Zaun... Jetzt hat die Staatsanwaltschaft festgestellt, dass zu diesem Sommerhause... die Tschekisten die zum Tode verurteilten Verhafteten zum Erschiessen führten... Die Verhafteten sind mit Kleinkaliberpistolen erschossen worden. In der Nähe des Sommerhauses entdeckte man 13 Gruben... Aus den ersten 6 Gruben wurden gestern 51 Leichen entnommen. Je 8 und 9 Leichen waren in eine Grube geworfen, aber in einer lagen 16 Opfer, deren Hände auf dem Rücken mit einer Schnur zusammengebunden waren... Wie zu ersehen ist, haben die Gruben die dem Tode Geweihten selbst gegraben, wobei fast alle durch Schüsse in den Kopf von der Rückseite getötet worden sind. Es scheint, dass einige erschossen wurden, während sie noch mit der Schaufel auf dem Grunde der Grube arbeiteten, weil die Kugeln unmittelbar von oben gekommen sind. Die Spuren von Kleinkalibergeschossen sind auch in einigen Fichten und im Zaune zu finden. An einigen der Getöteten fand man die Spuren von Schlagwunden am Kopfe. Die Mehrzahl der Leichen wurde identifiziert nach den in den Kleidern gefundenen Quittungen oder den Kopien der Todesurteile vom „Kriminalkollegium des Rigaer Kreisgerichts" oder vom „Revolutionstribunal des Baltischen Militärbezirkes". Aus diesen Urteilsabschriften sieht man, dass alle Unglücklichen laut § 58 wegen konterrevolutionärer Tätigkeit verurteilt worden waren... Das Haus, das einst erbaut war, damit Menschen hier die Naturschönheiten und Erholung geniessen könnten, haben die roten Ungeheuer in ein Haus des Leidens und des Todes verwandelt; das wird niemand, der Zeuge dieser Entdeckungen war, sein ganzes Leben lang vergessen"[6] — „Von den 113 in Weissensee erschossenen Opfern der Tschekisten gelang es, 90 zu identifizieren.

30. Die Verwandten der schon seit langem Verhafteten versuchen, auf dem Hofe des Zentralgefängnisses in Riga (Anfang Juli 1941), die sterblichen Überreste ihrer Väter, Brüder und Söhne wiederzufinden.

31. Rings um das einst so friedliche Sommerhaus in Weissensee fand man nach dem Abzug der Bolschewisten 113 ermordete Letten, in Massengräbern verscharrt, auf. Unser Bild gibt einen Ausschnitt aus der Exhumierungsarbeit der ersten Tage.

23 wurden gestern als Unbekannte beerdigt... Bei vier der Ausgegrabenen sind Folterungsspuren gefunden worden... In der Motivierung der Todesurteile ist lakonisch gesagt — erschossen wegen antikommunistischer Einstellung... Die Ermordeten sind in der Zeit vom Januar bis zum 20. Juni 1941 „verurteilt" worden."[7] Alle 113 Toten wurden auf dem Friedhof Neuermühlen bestattet.

Die in Weissensee Ermordeten waren u. a. ehemalige Polizeibeamte, ein Lehrer, ein Notar, ein Rechtsanwalt, ein Agronom, ein Tischler, Arbeiter, Studenten, Industrielle, Offiziere.

Ähnliche Entdeckungen wurden auch an vielen anderen Orten Lettlands gemacht (z. B. in Dreiliņi usw.).

3. Die „Bartholomäusnacht" des lettischen Volkes.

Die letzten Tage ihrer Herrschaft in Lettland benutzten die Bolschewisten zu einer neuen, grossangelegten, barbarischen Schreckenstat. Schon im Sommer 1940 waren in Riga Gerüchte im Umlauf, wonach die Bolschewisten beabsichtigten, viele Letten, die national und antikommunistisch gesinnt waren, also vor allem die Intelligenz und die „Bourgeois", aus Lettland nach der Sowjetunion zu verschicken. Das sollte aber erst ein Jahr später verwirklicht werden. Es war klar, dass die Mehrzahl der Letten niemals zu Freunden der Kommunisten gemacht werden konnte. Die Mehrzahl der Bevölkerung gehörte dem Bauernstande an, dem der Boden nationalisiert und zum Teil ganz weggenommen worden war. Die Intelligenz war durch die phantastische Preiserhöhung im November 1940 und die ausserordentliche Senkung des Lebensniveaus beraubt worden. Hierdurch hatten natürlich auch die Arbeiter gelitten. Händler, Industrielle, Geschäftsleute und Hausbesitzer waren vollständig ruiniert. In kurzer Zeit sollte ja Lettland der Sowjetunion in allen Punkten gleichgemacht werden. Lettland musste ebenso wie Sowjetrussland ein Land des Hungers und der Armut werden.

Aber es muss nachdrücklich betont werden, dass trotz aller dieser masslosen Bedrohungen ein bewaffneter Widerstand in Lettland nicht zu verzeichnen war. Die Menschen versuchten, irgendwie unter dem Sowjetregime zu leben, und durch Gehorsam ihr Leben und ihre ärmliche Existenz zu fristen. Man hörte nichts von irgendwelchen Angriffen und Attentaten auf die Kommunisten oder die Rotarmisten.*) Bei der riesigen Okkupationsarmee,**) die sich in Lettland befand, und ohne Waffen (die Bevölkerung war entwaffnet worden), war an einen Widerstand auch gar nicht zu denken. Die wohlhabenden Leute gaben gehorsam ihr Vermögen den Bolschewiken, die Intelligenz arbeitete in den Sowjetbehörden, ein Teil der Offiziere und die Soldaten dienten weiter in der Armee (die ein Bestandteil der Roten Armee geworden war) und die Bauern erfüllten ihre Pflichten. Es wurde keine „Konterrevolution" vorbereitet, weil das ja einfach unmöglich war. Man musste die Bolschewistenherrschaft ertragen und geduldig warten. Und darum waren auch die Mordtaten der Tscheka und vieler Tribunale keine Vergeltung für irgendwelche „konterrevolutionären" Versuche (was eventuell zu begreifen gewesen wäre), sondern nur Rache für die Vergangenheit, in der die Bolschewisten in Lettland sich bedrückt gefühlt hatten und ihre jetzigen Opfer an der Macht waren. Die Schreckenstaten der Tscheka entsprangen auch nicht minder dem Misstrauen und der Angst, die die Bolschewisten in Lettland fühlen mussten, denn es war für sie klar, dass die Bevölkerung ihnen niemals freundschaftlich gesinnt sein konnte, und darum erblickten sie in jeder Kleinigkeit, in jedem unvorsichtigen Worte eine gefährliche „Konterrevolution" und bemühten sich, die Menschen mit barbarischen Strafen einzuschüchtern. In Riga zirkulierte damals

*) Hätten Angriffe wirklich stattgefunden, so hätten die Bolschewiken das sogleich zu einem Blutbad in Lettland ausgenutzt!

**) Laut Erklärung der Sowjettelegraphenagentur (TASS) vom 22. Juni 1940 befanden sich damals in den baltischen Staaten 18—20 Divisionen der Roten Armee (aber wahrscheinlich noch viel mehr!).

folgende Anekdote: Eine Frau sei in die Tscheka gegangen, um sich über die Verhaftung ihres unschuldigen Mannes zu beklagen und hätte von einem Tschekisten folgende Antwort erhalten: „Wenn wir auch jeden zweiten Letten verhaften würden, auch dann würden wir nicht zu viel verhaftet haben." Ob ein solches Gespräch wirklich stattgefunden hat, ist nicht bekannt, aber diese Anekdote charakterisiert sehr gut das damals herrschende Verhältnis zwischen den Bolschewisten und der lettischen Bevölkerung.

In der Sowjetunion ist die Deportation ein lange Jahre umfangreich angewendetes Mittel gewesen, um die unerwünschten und antisowjetisch gesinnten Leute aus ihrer Heimat zu vertreiben, in die Zwangsarbeitslager im Norden, nach Sibirien zu bringen und dort langsam zu vernichten. Ähnliches geschah nun auch in Lettland in der Nacht vom 13. zum 14. Juni 1941. Heimlich waren Listen der mißliebigen Personen zusammengestellt worden. Kurz vor der Menschenjagd waren in ganz Lettland von Unternehmen und Behörden Kraftwagen und Chauffeure angefordert und in Riga und an anderen Orten an einigen Plätzen in grossen Mengen bereit gehalten worden. Der Zweck dieser Massnahme erklärte sich am frühen Morgen des 14. Juni. Einem plötzlichen Signal folgend, das in der letzten Minute gegeben wurde, zerstreuten sich die Kraftwagen über ganz Lettland. In jedem Wagen waren Milizionäre, Tscheka-Beamte, Mitglieder der kommunistischen Partei und der Arbeitergarde. Ihre Aufgabe war gleichzeitig (damit niemand entkommen konnte), in jeder Stadt und jeder Landgemeinde die verzeichneten Personen mit ihren Familienangehörigen zu verhaften, in die Kraftwagen zu verladen und nach einer Eisenbahnstation zu führen, wo bereits besonders vergitterte Güterwagen bereit standen. Der Zweck war, in kurzer Zeit die Opfer der Bolschewisten in besonderen Zügen, die streng bewacht wurden, nach der Sowjetunion zu deportieren. Es war ein umfangreicher Plan ausgearbeitet worden, in dem alle Einzelheiten der Menschenjagd und der Deportation vorgesehen waren. Mehrere diesbezügliche Dokumente* sind gefunden worden

(„Instruktion über die Ausführungsordnung der Deportation der antisowjetischen Elemente Litauens*), Lettlands und Estlands"; „Verzeichnis der Stationen der Verladung"; „Instruktion für die Leiter der Gefangenenzüge aus den baltischen Ländern"). Die Deportation wurde in diesen Dokumenten als eine wichtige politische Aufgabe bezeichnet. Den zur Deportation Bestimmten sollte nach der Durchsuchung ihrer Wohnung bekanntgemacht werden, dass sie laut Beschluss der Regierung in andere Gebiete der Sowjetunion deportiert würden. Es sollte die ganze Familie nur bis zur „Verladungsstation" in einem gemeinsamen Wagen geführt, auf der Station jedoch getrennt werden. Die Familienhäupter sollten in besondere Waggons „verladen" und von den Frauen und Kindern getrennt bleiben. Die Männer sollten in ganz andere Orte als die Frauen und Kinder verschickt werden. Die Bestimmungsorte der Züge waren grösstenteils Sibirien, Turkestan (die Gebiete Krasnojarsk, Nowosibirsk, Karaganda, Wladiwostok u. a.) und der hohe Norden des Europäischen Russlands.

Man kann sich die Angst und die Verzweiflung[8a] der vielen Tausenden von Menschen vorstellen, die in der Nacht vom 13. zum 14. Juni plötzlich von bewaffneten Menschen aus dem Schlafe gerissen und mit Frauen und Kindern fortgeschleppt wurden! Sie wussten ja gar nicht, worum es sich handelte, vielleicht sollten sie sogleich ermordet werden! Sogar Säuglinge (auch ganz alte Menschen) wurden nicht geschont, auch die musste die Mutter mitnehmen, denn es war verboten, Säuglinge in Lettland zurückzulassen. Es sollten eben ganze Familien ausgerottet werden.

Am Morgen des 14. Juni, als die Bevölkerung von den Nachtereignissen erfuhr, herrschte in Riga und in ganz Lettland eine unglaubliche Aufregung. Man betrauerte und beklagte das Schicksal der Gefangenen und fürchtete für sich und seine Familienangehörigen, weil dasselbe Schicksal ja doch noch viele andere Per-

*) Wie alles, so wurde auch die massenhafte Deportation im Juni 1941 gleichzeitig in allen drei ehemaligen baltischen Staaten durchgeführt.

sonen treffen konnte. Man sah noch die Kraftwagen voll mit Gefangenen und ihrer Bewachung durch die Strassen rollen. In jeder Behörde*), in jedem grösseren Unternehmen, in jeder Landgemeinde erfuhren die Angestellten, Arbeiter, Bauern, dass aus ihrer Mitte einige weggerissen und verschleppt worden waren. Jeder der Verschleppten hatte Verwandte, Freunde und Arbeitskollegen. Diese versuchten den Unglücklichen, die, schlechter als das Vieh in vergitterten und verschlossenen, heissen Güterwagen zusammengepfercht, streng bewacht, auf den Stationen noch einige Zeit verweilten (wie man erfuhr, ohne Nahrungsmittel und Wasser), zu helfen und Lebensmittel und andere nötige Sachen herbeizuschaffen. Das wurde aber von den Wachen nicht zugelassen. Menschliche Gefühle haben die Bolschewisten niemals gehabt.

Am 14. Juni wurden in Lettland 14.693**) Personen von den Bolschewisten gefangen und deportiert[9] (darunter 8436 Männer und 6257 Frauen). Die grösste Gruppe bildete die Landbevölkerung — 3838 (3662 Landwirte nebst Frauen und anderen erwachsenen Familienmitgliedern, 27 Agronomen, 149 Übrige). Viele Bauernhöfe sind ganz leer geworden — ganze Familien wurden verschleppt. Die Anzahl der in der Industrie und dem Handwerk beschäftigten Verschleppten betrug 1037 (196 Inhaber von Unternehmen, 780 Arbeiter, 61 Ingenieure), im Handel 549 (darunter 271 Inhaber von Unternehmen). Ausserdem: 20 Seeleute, 150 Eisenbahner, 11 Chauffeure, 333 ehemalige Polizeibeamte, 538 ehemalige Offiziere, 91 Soldaten und Unteroffiziere, 650 Staatsbeamte, 46 ehemalige Richter, 544 Selbstverwaltungsbeamte, 350 Lehrer, 23 Geistliche, 56 Rechtsanwälte, 70 Ärzte, Zahnärzte und Veterinärärzte, 8 Hebammen, 44 Apotheker und Pharmazeuten, auch viele Professoren, Schriftsteller, Journalisten usw. Die Anzahl der „Nichtarbeitenden" betrug 5439 (112 Hausbesitzer, 84 Pensionäre, 125 Studenten, 1977 Schüler, 1188

*) Einige Personen wurden am Morgen des 14. Juni auf ihren Arbeitsstellen (Behörden, Fabriken) verhaftet.

**) Aus Riga 3540, aus Livland 2942, aus der Provinz Kurland 2146, aus Semgallen 2655 und aus Lettgallen 3358.

Kinder bis zum 6. Lebensjahre und 1953 Hausfrauen). Unbekannt ist die Beschäftigung von 482 Deportierten.

Wenn man bedenkt, dass die Deportierten fast ausschliesslich Letten waren (nicht Russen oder Juden), und dass die Anzahl der Letten im Freistaate Lettland etwa 1,5 Mill. gross war, so ergibt sich, dass *in einer einzigen Nacht 1% aller Letten verhaftet und deportiert wurde.* Aber das war nur ein kleiner Anfang der Deportation. In Lettland gab es noch zahlreiche andere Personen, die vom bolschewistischen Standpunkt aus gesehen dieselbe Strafmassnahme „verdient" hatten. Nur der Ausbruch des Krieges zwischen dem Grossdeutschen Reiche und der Sowjetunion am 22. Juni (eine Woche nach der Deportation der Letten) verhinderte eine weitere Verschleppung. Da das normale Leben in der Sowjetunion traurig, voll Armut und Hunger ist, und die Lebensumstände in den Zwangsarbeitslagern (wie überhaupt in den fernen nördlichen Gebieten der Sowjetunion) ganz unmenschlich sind, kam die Deportation für die Mehrzahl einem langsamen Tode gleich, besonders, wenn man die Kriegsverwirrung beachtet.

Es muss noch betont werden, dass in der damaligen lettländischen bolschewistischen Presse kein Wort über die plötzliche massenhafte Deportation zu finden war. Während das ganze Land tief aufgeregt und verzweifelt war, existierte für die Presse dieses Thema gar nicht.*)

In einem Gedenkartikel (von P. Kovalevskis) vom 13. Juni 1942 (ein Jahr nach der Nacht vom 13. zum 14. Juni 1941) schrieb die Rigaer lettische Zeitung „Tē-

*) Nur in der russischen Zeitung[10] Rigas war damals ein merkwürdiger Nekrolog (mit dem Bildnis eines Verstorbenen) zu lesen: „Am 14. Juni 1941 ist bei der Erfüllung seiner Dienstpflichten der treue Sohn des werktätigen Volkes, Mitglied der Kommunistischen Partei der Bolschewisten, Genosse Nikolai Kondratjew, vorzeitig gestorben... Aus unseren Reihen ist einer der besten Söhne unserer Partei, ein guter... Kamerad ausgeschieden..." Es folgten etwa 40 Unterschriften („Gruppe der Kameraden"), nur russische und einige jüdische Namen. Der „treue Sohn" war ein „Tschekist", der in der unheilvollen Nacht von einem lettischen ehemaligen Offizier, der in seiner Wohnung verhaftet werden sollte, erschossen wurde (der mutige Offizier hatte sich daraufhin selbst das Leben genommen).

vija": „Niederträchtige Gewalttätigkeit — dieses Wort ist zu schwach für die Erniedrigung, die das lettische Volk an jenem schrecklichen Tage erlebte. Zehntausende von Letten gingen den Weg der Qualen, und Hunderttausende mussten mit verbissenen Lippen und im ohnmächtigen Zorne, in Schmerz und Empörung das Drama, das von Moskau, der Zitadelle der satanischen Pläne, aufgeführt wurde, ansehen... Und jeder von uns, wir alle wären denselben Weg der Deportierten gegangen... Viele Tausende weilen in diesen Tagen im Gedanken bei den Weggeführten... Die Mutter Lettland segnet in stolzer Trauer ihre Kinder in der Ferne. Das lettische Volk beugt sein Haupt vor seinen Märtyrern. Die wehenden Fahnen des Trauertages sollen dem Beweise der tiefsten Ehre, die die Heimat den in der Ferne Unerreichbaren geben kann, dienen".

4. Statistik des bolschewistischen Terrors.

Aber die Deportation der Letten am 14. Juni 1941 ist nicht der einzige Verlust, den die Bolschewisten dem lettischen Volke zugefügt haben. Schon vor dieser Massendeportation wurden viele Menschen verhaftet, ermordet oder nach der Sowjetunion zur Zwangsarbeit verschickt. Das geschah auch nach dem 14. Juni 1941. *Insgesamt sind dem Volke 34.250*) Personen entrissen worden:*[11] 14.693 Deportierten (am 14. Juni 1941); 6041 Volksgenossen sind vor dem 14. Juni verhaftet worden (der grösste Teil dieser Leute ist nach der Sowjetunion in den letzten Kriegstagen, und nur ein Teil war schon vor dem Kriege verurteilt und nach der Sowjetunion verschickt worden); nach dem 14. Juni sind 12.161 als verschwunden registriert; ermordet sind 1355.

---

*) Zum 1. Januar 1942; nach den Daten vom 1. Januar 1943 ist diese Zahl etwas grösser und beträgt 35.828, weil in der Zwischenzeit noch einige Ergänzungen im Verzeichnisse der Bolschewistenopfer gemacht worden sind.

a) Gefängnisinsassen.

6041 Verhaftete (5697 Männer und 344 Frauen) haben in den Gefängnissen gesessen. Die Rache und die Wut der Bolschewisten waren hauptsächlich gegen die Männer gerichtet. Die Verhafteten verteilen sich nach Berufsgruppen wie folgt: 648 Bauern, 10 Agronomen, 73 Industrielle, 20 Ingenieure, 814 Arbeiter und Angestellte der Industrie, 88 Händler, 30 Seeleute, 164 Eisenbahner, 30 Chauffeure, 258 ehemalige Polizeibeamte, 248 Offiziere, 176 Soldaten und Unteroffiziere, 359 Staatsbeamte, 11 Richter, 191 Selbstverwaltungsbeamte, 61 Lehrer, 5 Geistliche, 9 Rechtsanwälte, 18 Ärzte und Zahnärzte, 6 Hebammen, 8 Apotheker, 15 Hausbesitzer, 23 Pensionäre, 140 Studenten, 224 Schüler, 42 Hausfrauen usw.; die Beschäftigung von 1919 Menschen ist unbekannt. Ein Teil dieser 6041 Menschen ist mit langjährigen Freiheitsstrafen belegt und schon einige Monate vor Ausbruch des Krieges mit Deutschland in die Wälder und Tundren der Sowjetunion zu Zwangsarbeiten verschickt worden.

b) Die Verschwundenen nach dem 14. Juni 1941.

Das sind Menschen, die hauptsächlich in den ersten Kriegstagen von der fliehenden roten Armee nach der Sowjetunion zwangsweise fortgerissen wurden. Darunter sind 10.496 Männer und 1665 Frauen. Zu ihnen gehören: Industriearbeiter — 2695, Soldaten — 3055, Chauffeure — 1087, Eisenbahner — 641, Seeleute — 530, Schüler — 896 (ausserdem 105 Kinder bis zum 6. Lebensjahre, 298 Hausfrauen, 211 Landwirte usw.). Diese Fabrikarbeiter, Soldaten,*) Chauffeure, Eisenbahner, Seeleute wurden zwangsweise von den Bolschewisten aus Lettland in den ersten Kriegstagen fortgeführt, weil sie den Bolschewisten auf der Flucht helfen sollten. Die Chauffeure waren unentbehrlich für die Führung von Kraftwagen, womit verschiedene Amtspersonen mit ihren Familienangehörigen und mit Vermögen

*) Der grösste Teil der lettischen Soldaten geriet später (gewöhnlich absichtlich, weil das Sowjetregime auch den Soldaten verhasst war) in die deutsche Gefangenschaft und ist nach Lettland zurückgekehrt.

nach der Sowjetunion flohen; ebenso die Seeleute, die auf Befehl und unter bolschewistischer Drohung aus Lettland nach Reval oder Leningrad fahren sollten; auch die Eisenbahner, weil Militär und Kriegsmaterial evakuiert werden sollten, mussten mit. Schüler und Kinder stammten aus den bolschewistischen „Pionierlagern" und Kinderkolonien. Aus diesen Anstalten evakuierte man die Kinder (ohne Erlaubnis der Eltern und sogar entgegen deren Bitten!) nach der Sowjetunion; auf dem Wege kamen viele ums Leben, viele verhungerten. Manche lettischen Mütter reisten später nach dem von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebiet von Pleskau, um ihre verschleppten Kinder dort zu suchen. — Es muss noch betont werden, dass die Anzahl dieser nach dem 14. Juni verschwundenen Menschen die Zahl der Kommunisten und die mit ihnen Sympathisierenden nicht umfasst, die freiwillig oder aus Angst vor den Deutschen oder den lettischen Patrioten nach der Sowjetunion flohen (diese Zahl beträgt ca. 25.000). Die Organisation „Volkshilfe" hat möglichst sorgfältig nur diejenigen Verschwundenen zu registrieren versucht, die Nichtkommunisten waren. Es sind also Leute registriert, die gegen ihren Willen nach Sowjetrussland verschleppt worden sind.

c) Die Ermordeten.

Ermordet sind 1355 Personen. Diese Zahl umfasst alle von der Tscheka und auch während des Krieges von den Bolschewisten politischer Ursachen wegen ermordeten Menschen, darunter auch Freischärler, die in den Kriegstagen den Heldentod fanden (die Ausrottung von Bolschewistenbanden, die hauptsächlich in Wäldern hausten, dauerte noch monatelang nach der Vertreibung der Bolschewisten aus Lettland). Ermordet sind 1246 Männer und 109 Frauen. Die Ermordeten verteilen sich wie folgt: 205 Bauern (192 Männer und 13 Frauen), 7 Agronome, 3 Industrielle, 3 Ingenieure, 140 Arbeiter und Angestellten der Industrie (davon 9 Frauen), 4 Händler, 17 Seeleute, 22 Eisenbahner, 18 Chauffeure, 45 ehemalige Polizeibeamte, 49 Offiziere, 96 Soldaten und Unteroffiziere, 40 Staatsbeamte, 1 Richter, 33 Selbstverwal-

tungsbeamte, 14 Lehrer, 9 Geistliche, 1 Rechtsanwalt, 8 Ärzte (auch Zahnärzte und Veterinärärzte), 3 Hausbesitzer, 20 Studenten, 25 Schüler (davon 2 Mädchen), 4 Kinder (bis zum 6. Lebensjahr), 3 Hausfrauen u. a. Unbekannt ist die Beschäftigung von 529 Ermordeten.

Am 27. Juni 1942 schrieb der lettische Untersuchungsrichter A. Grantskalns (der von Anfang an bei den Untersuchungen der bolschewistischen Mordtaten mitgearbeitet hatte) im Leitartikel „Heldenhafte Märtyrer" folgendes:[12] „Bis zum 14. Juni 1941, als die grosse Deportation der Letten stattfand, waren schon verhaftet und in Gefängnissen untergebracht: 6041 Personen, davon 338 Frauen und 17 Kinder (weniger als 16 Jahre alte). Einen Teil dieser Verhafteten hatten die verschiedenen bolschewistischen Gerichte mit langjährigen Freiheitsstrafen belegt. Ab April 1941 waren bereits mehrere Züge mit diesen Sträflingen nach speziellen Lagern in den nördlichen Gegenden der Sowjetunion abgefertigt worden. Ein Teil der Bestraften wurde zum Tode verurteilt, und das Urteil ist in Lettland vollstreckt worden. Sogleich nach Ausbruch des Krieges mit Deutschland führten die Bolschewisten alle Gefangenen, die schon Bestraften als auch die, die sich noch in Untersuchungshaft befanden, in mehreren Zügen nach der Sowjetunion. Doch die Gefängnisse wurden nicht leerer, weil bis zur Mittagszeit des 28. Juni verstärkte Verhaftungen stattfanden. Einen Teil dieser in den letzten Tagen Verhafteten fand man ohne Gerichtsurteil ermordet, der Rest ist aus den Gefängnissen am Morgen des 30. Juni ausgebrochen oder wurde einen Tag später von der deutschen Wehrmacht befreit."

„Bisher ist festgestellt worden, dass während des Bolschewistenjahres auf dem Territorium Lettlands insgesamt 1355 Menschen das Leben verloren haben, und es ist nicht denkbar, dass diese Zahl sich beträchtlich ändern könnte. Von dieser Gesamtzahl sind 121 im aktiven Kampf*) gegen die Kommunisten gefallen, 332 sind aus unbekannten Gründen ums Leben gekommen und 902, davon 40 Frauen, sind entweder auf Grund

*) Die Freischärler.

der Urteile des bolschewistischen Gerichts oder einfach von den Tschekisten erschossen oder zu Tode gequält worden... Die Mehrzahl der Opfer sind Letten..."

„Nach der Durchsicht der wenigen im Gericht, in den Gefängnissen, in den Militärtribunalen und in der Tscheka aufgefundenen Akten und nach der Restauration der bei den Leichen gefundenen Urteiltexte, erwies es sich, dass die Schicksalsentscheider der lettischen Märtyrer folgende Instanzen gewesen sind: das Tribunal des Heeres des Volkskommissariats der inneren Angelegenheiten („NKWD", später in „NKGB"*) umgenannt), das Militärtribunal des besonderen Baltischen Militärbezirks (PRIBOWO**), das Kriminalkollegium des Obersten Gerichts und die Kriminalkollegien der Kreisgerichte."

„Auffallend wenig Zeugen wurden in den Gerichtssitzungen verhört, zum grössten Teil wurden alle gegen die Beschuldigten gerichteten Anklagen durch blosse Behauptungen der Untersuchungsakten als bewiesen betrachtet. *In den Tribunalsitzungen sind keine Protokolle geschrieben, die Urteile sind nicht motiviert und Zeugen sind nicht verhört worden.*"

„Es kann nicht den geringsten Zweifel geben, dass alle diese Gerichtsurteile *völlig ungesetzlich* gewesen sind sogar vom Standpunkte der bolschewistischen Gesetze aus. Ab 26. November 1940 wurden in Lettland der Kriminalkodex und der Kriminalprozesskodex der Sowjetunion eingeführt. Der zweite Paragraph des Kriminalprozesskodex bestimmt, dass der verbrecherische Charakter und die Strafbarkeit einer Handlung durch das Strafgesetz bestimmt wird, das *im Augenblick des Stattfindens des Verbrechens* in Kraft ist... Aber trotzdem legte man den Beschuldigten Handlungen zur Last, die schon im Jahre 1920 und später auf dem Territorium des Freistaates Lettland begangen worden waren, und richtete sie nach dem Strafgesetze, das bei uns

---

*) D. h. „Narodnij kommissariat gosudarstwennoi besopasnosti" — Volkskommissariat der Staatssicherheit.

**) D. h. Pribaltijskij osobij wojennij okrug.

erst im Jahre 1941 anstelle des lettländischen Strafgesetzes eingeführt worden war."

„Aber wenn man auch diesen formellen Standpunkt unbeachtet lässt, *kann die Schuld keines Ermordeten auch dem Wesen nach nicht bewiesen werden.* Darum mussten die Bolschewisten, um ihre Niederträchtigkeiten zu rechtfertigen, zu Argumenten greifen, die man im vollen Sinne des Wortes als lächerlich bezeichnen könnte, wenn sie nicht als Motive für Todesurteile geschrieben wären. Die Ursachen, wegen deren so viele ihr Leben verlieren mussten, sind folgende: „Stammt von Kulaken ab", „Ist Mitglied der Jungscharen*) gewesen", „Ist Mitglied der Schutzwehr gewesen", „Ist Mitglied der Studentenkorporation gewesen", „Ist Mitglied der faschistischen Organisation Pērkonkrusts gewesen", „Hat in der lettländischen Armee gegen den Bolschewismus gekämpft", „Ist mit Bärentöter-Militärorden ausgezeichnet worden", „Hat als Schutzmann in der Polizei gedient", „Hat die Arbeiter gehasst", „Hat fremde Arbeitskraft ausgebeutet" (d. h. war Unternehmer), „Hat Bekanntschaft mit Ausländern gehabt" (während der Zeit des selbständigen lettländischen Staates!), „Hat sich während eines Luftalarms auf dem Friedhof aufgehalten", „Hat lettische Volkslieder gesungen", „Hat am 1. Mai die Internationale nicht gesungen", „Hat sich im Walde verborgen", „Hat die kommunistische Partei geschmäht", „Hat die Rotarmisten verspottet", „Ist Adjutant des lettländischen Präsidenten gewesen". „Ist antikommunistisch gesinnt gewesen" usw. — Kein ernster Beweis, keine ernste strafbare Handlung. Aber alles das verhinderte die bolschewistischen Gerichte nicht, kaltblütig diese besten Vertreter der lettischen Intelligenz zum Tode zu verurteilen . . ."

„Konnte man sich gegen solche Argumente verteidigen, hatte es einen Nutzen? Selbstverständlich nein! Wer einmal in die Hände der Tscheka gefallen war, dessen Schicksal war besiegelt; alles übrige war nur Theater. Und doch konnten die Bolschewisten den Geist dieser unglücklichen Märtyrer nicht brechen.

*) Eine lettische Jugendorganisation („mazpulki").

Trotz aller Methoden der Tscheka ist über ihre Lippen kein Wort gekommen, das ihren Schicksalsbrüdern oder anderen Letten schaden konnte... Beugen wir das Haupt vor diesen Märtyrern, vor diesen Helden."

d) Gesamtzahl der Opfer des Bolschewismus.

Der Beschäftigung nach verteilt sich die Zahl der Opfer wie folgt:

	Männer	Frauen	Insgesamt
Bauern	3176	1550	4726
Agronome	50	1	51
Übrige in der Landwirtschaft Beschäftigte	515	89	604
Inhaber*) von Industrie- und Handwerksunternehmen	308	47	355
Ingenieure	95	—	95
Arbeiter und Angestellte der Industrie und des Handwerks	3814	615	4429
Inhaber (oder ehemalige Inhaber) von Handelsunternehmen	308	76	384
Übrige im Handel Beschäftigte	382	175	557
Seeleute (Matrosen, Kapitäne usw.)	589	8	597
Eisenbahner	941	36	977
Chauffeure	1146	—	1146
Übrige im Transport und Verkehr Beschäftigte	198	24	222
Polizeibeamte	692	—	692
Offiziere	1084	—	1084
Soldaten und Unteroffiziere	3418	—	3418
Staatsbeamte	1135	227	1362
Richter	63	—	63
Selbstverwaltungsbeamte	759	199	958
Kontorangestellte in privaten Unternehmen	114	59	173
Lehrer	254	236	490
Geistliche	41	—	41
Rechtsanwälte	64	2	66
Übrige in freien Berufen und mit Bildung und Kunst sich Betätigende (Journalisten, Schriftsteller u. a.)	141	29	170
Ärzte, Zahnärzte, Veterinärärzte	75	28	103
Hebammen	—	14	14
Apotheker, Pharmazeuten	38	20	58
Übrige in der Gesundheitspflege Beschäftigte	94	92	186

*) Oder ehemalige Inhaber.

	Männer	Frauen	Insgesamt
Übrige Werktätige	317	130	447
Personen mit unbekannter Beschäftigung	2995	467	3462
Nicht-Werktätige	3069	4251	7320
davon:			
Hausbesitzer	90	43	133
Pensionäre	84	34	118
Studenten	301	53	354
Schüler	1888	1234	3122
Kleinjährige Kinder (bis zum 6. Lebensjahr)	706	591	1297
Hausfrauen	—	2296	2296
Insgesamt	25.875	8.375	34.250

Alle diese 34.000*) Menschen sind nicht mehr in Lettland oder sind nicht mehr am Leben — sind ermordet oder sind auf dem Wege in die Wüsten, Tundren und Wälder der Sowjetunion gestorben oder in weiter Ferne an Hunger, Kälte, übermässiger Arbeit, Krankheiten und geistigen und physischen Qualen zugrunde gegangen. Das Dasein der noch am Leben gebliebenen muss sehr schwer sein, und besonders schwer ist es in der gegenwärtigen Kriegszeit.

34.000 Menschen sind etwa 1,8% der gesamten Bevölkerung Lettlands oder 2,4% der Gesamtzahl der Letten. Was dieser Verlust an Menschen in anderen kleinen Staaten Europas bedeuten würde, das kann man leicht verstehen, wenn man bedenkt, dass 1,8% z. B. in Finnland (Bevölkerungszahl — 3,6 Mill.) gleich 65.000, in der Schweiz (4,2 Mill.) — 76.000, in Schweden (6,3 Mill.) — 113.000 Menschen gleich sind.

5. 250 gegen 34.000.

Wie schon im Kapitel V erwähnt, wurden laut Amnestie Ende Juni 1940 250 politische Gefangene aus den Gefängnissen Lettlands befreit (Kommunisten

*) Wie schon erwähnt, ist nur ein Teil der aus Lettland verschleppten Soldaten, einige Chauffeure u. a. nach Lettland auf dem Wege über die deutsche Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, die übrigen aber, die Deportierten und Leute, die auf der Flucht von den Bolschewisten mitgerissen wurden, sind bisher noch verschollen geblieben.

sind nicht alle 250 gewesen). Die Opposition gegen das wirtschaftliche, soziale und politische Regime des Freistaates Lettland während der Herrschaft der autoritären Regierung war so gering, dass nur 250 Menschen in Haft gehalten werden mussten, wobei nur ein Teil dieser Leute Kommunisten gewesen sind. Obgleich die Regierung es ganz genau wusste, dass Kommunisten unversöhnliche und zu allen Schandtaten bereite Feinde des Staates und der grossen Volksmasse waren, ist dennoch während vieler Jahre in Lettland kein Kommunist zum Tode verurteilt worden.

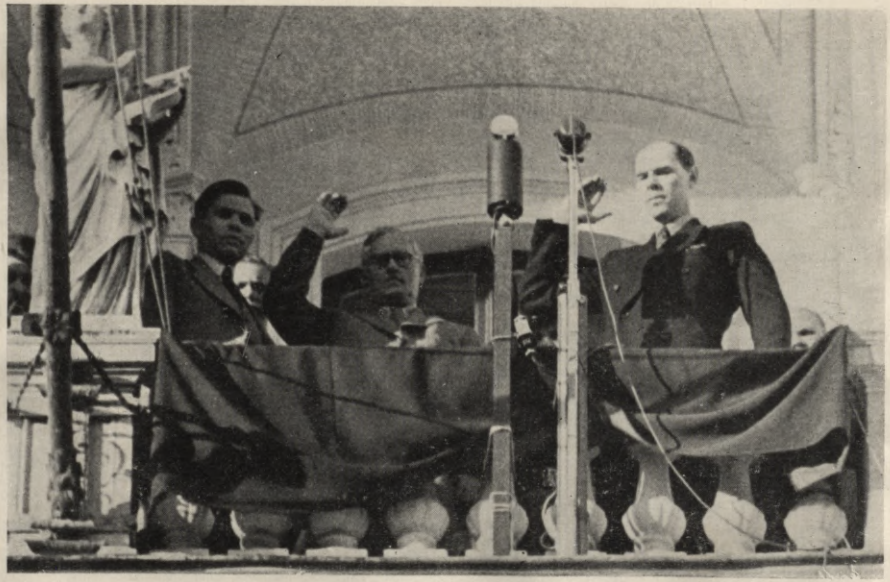
Ganz anders war es während der Bolschewistenherrschaft. Im Laufe von einigen Monaten ermordete die Sowjetregierung 1000 unschuldige Menschen, die gegen die Bolschewisten nichts unternommen hatten (im Gegensatz zu den Kommunisten, die beständig ihre unterirdische Zersetzungsarbeit im Freistaate Lettland verrichteten und dafür bestraft werden mussten). In einer Nacht verhaftete die Sowjetregierung 15.000 unschuldige Menschen und deportierte sie nach Sibirien zu Zwangsarbeiten, was einen langsamen und qualvollen Tod bedeutete. In einigen Monaten verhaftete die bolschewistische Regierung 6000 Menschen, die ebenso zu Zwangsarbeiten verurteilt und nach Sibirien verschickt wurden, und schliesslich, als die Bolschewisten unter den Schlägen des deutschen Heeres aus Lettland fliehen mussten, rissen sie ca. 12.000 weitere Leute mit sich. Insgesamt sind rund 34.000 Letten verhaftet, verschleppt oder ermordet worden. *Das Sowjetregime war so unmenschlich und widersinnig, dass die erdrükkende Mehrheit der Bevölkerung gegen das Regime eingestellt war, und daher musste die Kommunistenregierung das ganze Volk als unversöhnliche Feinde betrachten* und entsprechend behandeln, unterdrücken, einschüchtern und ausrotten. Mord, Vernichtung und Menschenquälerei, das waren die Grundlagen der Sowjetherrschaft in Lettland.

6. Die Auflösung der lettländischen Armee.

Das Schicksal der lettländischen Armee während der Bolschewistenherrschaft wird in einem Aufsatz eines ehemaligen Offiziers wie folgt geschildert:[18]

„Als gegen den Willen des lettischen Volkes die bolschewistischen Panzer in unser Land hineinrollten, und die roten Truppen hineinmarschierten, waren die Soldaten der lettländischen nationalen Armee gezwungen sich passiv zu verhalten und ihr Schicksal zu erwarten. Man fragte — was wird mit denjenigen geschehen, die sich an den Kämpfen gegen die Bolschewisten während des Befreiungskrieges*) beteiligt oder sich irgendwie anders „verbrecherisch" gegen den Kommunismus benommen hatten? Die bolschewistischen Agenten sagten allerdings, dass sie nicht mehr diejenigen vom Jahre 1917 seien. Alles werde gut gehen, die Vergangenheit sei vergessen... Aber der gesunde Verstand sagte etwas ganz anderes... Die lettländische nationale Armee wurde Volksarmee genannt. Der Bestand der höchsten kommandierenden Offiziere wurde etwas verändert und eine neue Regierung ernannt. Die neuernannten Personen schienen keine Volksverräter zu sein. Über Verhaftungen hörte man nichts, nur einige verantwortliche lettische Offiziere sahen sich gezwungen, aus dem Leben zu scheiden, um so mit sich ins Grab das mitzunehmen, was die Tschekisten nicht wissen sollten. Bald darauf wurde aber die Volksarmee liquidiert, und aus den lettischen Truppen wurde das 24. Territoriale Schützenkorps gebildet. Die kommandierenden Offiziere des Korps wurden zum Teil aus der Mitte der lettischen Offiziere genommen, und es wurden ihnen Kommissare und politische Leiter zur Seite gestellt, grösstenteils Russen, Juden, hin und wieder auch Letten, die aus der Sowjetunion eingetroffen und Mitglieder der Kommunistenpartei waren. In jeder grösseren Heeresgruppe befand sich ausserdem noch ein Bevollmächtig-

*) In Lettland im Jahre 1919—1920. Ein Teil der lettischen Offiziere hatte auch in den Armeen der „konterrevolutionären" Generale Denikin, Koltschak usw. gedient.



32. „Es ist eure Aufgabe, unter Führung der kommunistischen Partei den Volkswillen nach dem Muster eurer Brüder im Osten zu organisieren!" (In der Mitte A. Wyschinski, stellv. Vorsitzender des Volkskommissarenrates der UdSSR auf dem Balkon der sowjetischen Gesandtschaft in Riga während der grossen Demonstration zu den Parlamentswahlen vom 14/15. Juli 1940; rechts von ihm — der Gesandte der UdSSR in Lettland W. Derewjanski).

Das Ende.

33. Die Kommunisten hatten den „Volkswillen", wie sie ihn verstanden, in gemeinsamer Arbeit mit der Tscheka „organisiert". 1000 unschuldige Männer, Frauen und Kinder fielen den Henkern der Tscheka auf grauenhafte Weise zum Opfer. Unser Bild gibt einen Ausschnitt aus dem Rigaer Waldfriedhof, auf dem ein Teil der Opfer zur letzten Ruhe gebettet wurde.

ter der Tscheka, der besondere Vollmachten hatte, und weder dem Kommandeur, noch dem Kommissar unterstellt war. Mit dem Eintreffen dieser Männer wurde die Lage in den Heeresgruppen des Korps mit jedem Tag düsterer und drückender. Überall waren Spione... Häufig wurden sogar ganz unbedeutende Worte gegen den Kommunismus dem Kommissar und dem Tschekisten bekannt gemacht. Durch diese Umstände gezwungen, wurden die Soldaten... mit jedem Tage stiller... Häufig verschwanden auch lettische Offiziere, und niemand wusste, wo sie blieben. Grösstenteils wurden sie zum Korpsstab gerufen und kehrten von dort nicht mehr zurück. Einige Offiziere versuchten, den Abschied zu nehmen. Der grösste Teil der Abschiedsgesuche wurde jedoch abgewiesen, und wenn auch irgendeiner seinen Abschied erhielt, so verschwand er gewöhnlich in den Kellern der Tscheka. Es retteten sich nur diejenigen, die sich nach der Verabschiedung verbargen...

Den hiesigen Kommunisten war das lettische Korps ein Dorn im Auge... Sie sagten, dass das lettische Korps der Untreue wegen zu liquidieren, zu zerteilen und nach der Sowjetunion zu schicken sei. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde jedes unvorsichtige Wort der lettischen Soldaten entsprechend gedeutet und „ausgeschmückt", um als Beweis und Grund zur Liquidation des lettischen Korps zu dienen... Wegen des Singens der lettischen Volkslieder, die als „konterrevolutionäre" Lieder galten, verhaftete man sieben Soldaten, und das Tribunal verurteilte sie zu 6—12 Jahren Zwangsarbeiten... — Im Interesse Lettlands war es, das lettische Korps unliquidiert in Lettland zu behalten, und darum musste alles getan werden, um keine Ursachen für die Liquidation des Korps zu geben.. Besonders schwer war es, die lettischen Soldaten*) zu zügeln, die häu-

*) Der Verfasser dieser Abhandlung hörte damals von einem alten Bekannten (einem Kämpfer des vergangenen Weltkrieges und einem alten Offizier der lettländischen Armee), der als Regimentskommandeur im lettischen territorialen Schützenkorps diente, folgende Einzelheiten über den Dienst: Die lettischen Soldaten lernten absichtlich die obligatorische russische Sprache nicht und

fig und sogar in einer sehr scharfen Form das Sowjetregime kritisierten und damit nicht nur sich selbst, sondern dem ganzen lettischen Korps schadeten. Ab 1. Juni wurde das lettische Korps zusammengezogen und im Sommerlager in Lettien*) (Litene) untergebracht. In dieser Zeit war eine Veränderung im Benehmen der „Politruks" gegen Deutschland zu beobachten. Früher vermieden sie in Gesprächen, Deutschland auch nur zu erwähnen oder gar zu kritisieren. Jetzt dagegen wurde in Versammlungen erklärt, dass früher oder später ein Krieg mit Deutschland entstehen werde. Es schien, dass es ein grosser Fehler gewesen war, die lettischen Truppen an einem Platze zu konzentrieren: beim Ausbruch des Krieges konnten diese Truppen die Bolschewisten unangenehm überraschen, weil die Stimmung der Soldaten bestimmt antibolschewistisch war. Aber es erwies sich, dass sich die Bolschewisten einen gewissen Plan ausgedacht hatten, den das lettische Korps bald erfahren sollte. Kurz vor dem verhängnisvollen 14. Juni verbreitete sich eines Morgens unter den Soldaten das Gerücht, dass die lettischen Kommandeure und Stabschefs ausgewechelt werden sollten, und dass an ihre Stelle Russen bestellt seien ... Den Wechel vollzog man unter der Maske einer Kommandierung zu militärischen Kursen**) in Moskau. Gleich darauf wurde das lettische

---

stellten sich dumm. Der bolschewistische Militärdienst war für die lettischen Soldaten ausserordentlich schwer. Man gestattete den Soldaten keine Erholung und gönnte ihnen während der Nacht nur einige Stunden Schlaf. Jede, auch die kleinste Übertretung des Reglements, wurde grausam bestraft. Der Offizier meinte, dass Disziplin eine notwendige und gute Sache sei, aber der bolschewistische Militärdienst sei eine „Kinderquälerei". In seinem Regiment hatte ein lettischer Soldat den „Politruk" erschossen und dann Selbstmord verübt. Der erwähnte Offizier wurde von seinem Amte kurz vor dem 14. Juni 1941 entfernt; er musste sich in der „Kaderabteilung" des Stabs des „Baltischen Militärbezirks" in Riga melden, hat das auch getan und ist seitdem spurlos verschwunden (man nimmt an, dass er verhaftet und nach der Sowjetunion verschleppt worden ist).

*) Ein Ort in der Provinz Livland.

**) So wurden kurz vor Ausbruch des Krieges mit Deutschland nach Moskau Hunderte hohe und älteste lettische Offiziere weggeschickt. Zurückgeblieben sind nur wenige.

Korps mit Russen, Soldaten und Offizieren, und in einer solchen Menge ergänzt, dass die lettischen Soldaten in den Truppenteilen die Minderheit bildeten. Es gab Einheiten, in denen die Letten nur 10—20% zählten. Aus den Dokumenten der neuangekommenen russischen Soldaten war ersichtlich, dass sie alle Mitglieder der Bolschewistenpartei oder des kommunistischen Jugendverbandes waren, alle also speziell auserlesene Männer, um die ungetreuen Letten zu schwächen... Am Morgen des 14. Juni bekam ein Teil der Offiziere durch ihren Kommissar den Befehl zur Ausfahrt zu Feldübungen. (Zurückgekehrt sind die Offiziere nicht mehr)... Der Kommissar erklärte später, dass die fortgeführten lettischen Offiziere „Konterrevolutionäre" gewesen seien, und dass es wegen der Verschärfung der Beziehungen zu Deutschland notwendig gewesen wäre, diese Elemente zu isolieren. So wurden aus den Truppenteilen etwa 50—60% aller Offiziere fortgeführt. Aus den später in der Tscheka in Schwanenburg gefundenen Verzeichnissen der verschleppten Offiziere sind die Ursachen ihrer Verschleppung zu ersehen. Grösstenteils waren in der entsprechenden Rubrik folgende Bemerkungen: „hat im Dienste der Informationsabteilung gestanden"; „hat sich an den Wahlen nicht beteiligt"; „hat für die Staatsanleihen nicht gespendet"; „ist Sohn eines Kulaken"; „ist Sohn eines Polizisten"; „hat in der Armee Koltschaks gedient" usw.

Alle diese Ereignisse beeinflussten die lettischen Soldaten so niederdrückend, dass die Nerven einiger nicht aushielten. Einige nahmen sich das Leben. Es war allen klar, dass eine Befreiung von diesem Joch nur ein Krieg mit Deutschland bringen konnte, darum erwarteten alle den Krieg mit der grössten Ungeduld... Sogleich nach der Kriegserklärung begann die Desertion der lettischen Offiziere und Soldaten. An manchen Stellen nahmen sie ihre Tätigkeit in Freischärlergruppen auf, die sich aus den desertierten Soldaten, den ehemaligen Mitgliedern der Schutzwehr und anderen lettischen Patrioten gebildet hatten..." Ein Teil der Offiziere und der Mannschaften wurde von den Bolschewisten verabschiedet, ein Teil ist nach der Sowjet-

union zum Kampfe gegen Deutschland geschickt worden (diese gerieten absichtlich in die deutsche Gefangenschaft und sind später nach der Heimat zurückgekehrt), ein Teil ist dem Kommunistenjoch entkommen, und ein Teil wurde von den Bolschewisten ermordet. „Mit Freischärlern waren alle Wälder Lettlands voll, und aus jeder Hecke störten sie den Rückzug der bolschewistischen Truppen und sicherten so die Bevölkerung gegen Raub und Mord."

7. Lettland ist frei!

Das Leben der Bevölkerung, besonders der Intelligenz, der ehemaligen „Bourgeoisie", der Bauern, verlief in der Bolschewistenzeit in Trauer und Angst. Wären die Bolschewisten in Lettland geblieben, so wäre die Lage der Bevölkerung hoffnungslos geworden. Von einer Verbesserung des Lebensniveaus, von einer menschlicheren Politik der Bolschewisten gegen die Bevölkerung konnte keine Rede sein. Im Gegenteil, das Leben wurde immer schlechter, immer ärmlicher und gefährlicher, besonders nach der Schreckensnacht des 13./14. Juni 1941. In naher Zukunft stand bevor: die totale Kollektivierung der Landwirtschaft, eine starke Erhöhung der Nahrungsmittelpreise und der Preise anderer Waren, eine weitere ausserordentliche Senkung des Lebensniveaus der Bevölkerung, Hunger- oder ein Halbhungerleben und, was das schrecklichste war, die Fortsetzung der massenhaften Deportation der Letten nach Sibirien, dem Verderben und Tode entgegen. Dasselbe Schicksal, das die 14.000 Menschen in einer Nacht erlebt hatten, sollte allmählich weitere Zehntausende oder sogar Hunderttausende treffen. Es war ja bekannt, dass die „Entkulakisierung" in der Sowjetunion mit Deportation, Ermordung und Vernichtung von Millionen von Bauernfamilien verbunden gewesen ist. Und diese Entkulakisierung sollte in Lettland noch kommen; und zu Kulaken zählten die Bolschewisten fast alle Bauern Lettlands! Die Letten sollten aus Lettland deportiert werden und in Sibirien zugrunde gehen, und die in Lettland gebliebenen sollten bis zum erbärmlichen Ni-

veau der sowjetrussischen Bevölkerung herabgedrückt werden. Die Zukunft der Letten in Sowjet-Lettland war klar: vegetieren, verkümmern, sterben.

Die einzige Hoffnung war ein Krieg zwischen der Sowjetunion und Deutschland. Die einzige Freude der Bevölkerung und die einzige Möglichkeit, etwas über die kommenden Ereignisse in der Aussenwelt zu erfahren, gab der Rundfunk. Man hörte Tag und Nacht am Rundfunkempfänger*) die Nachrichten verschiedener ausländischer Sender ab und bemühte sich, etwas Günstiges für Lettland herauszufinden. Die lettischen Hörer erwarteten mit ausserordentlichem Interesse jede Rede des Führers Grossdeutschlands Adolf Hitler und hofften stets, darin etwas Günstiges für Lettland zu finden.

Nach den Ereignissen des 14. Juni 1941 flohen viele Menschen in die Wälder, verbargen sich oder verbrachten wenigstens die Nächte bei ihren Verwandten und Freunden, die als von den Bolschewisten nicht oder weniger bedroht angesehen werden konnten. Die meisten aber mussten einfach ihr Schicksal erwarten: viele Familien hielten damals ihre Koffer mit Kleidern, Nahrungsmitteln und anderen notwendigen Gegenständen bereit, damit sie etwas auf den weiten Weg nach Sibirien mitnehmen könnten. Die Einwohner Rigas verfolgten in jeder Nacht alle Geräusche auf der Strasse und an der Tür ihres Hauses oder ihrer Wohnung: ob nur nicht ein Lastkraftwagen (in solchen Kraftwagen wurden die verhafteten Menschen am 14. Juni nach den Güterwaggons in den Eisenbahnstationen zur Deportation weggeführt) herbeirollte, oder ob nicht jemand an die Tür klopfte. Jede blaue Mütze des Milizionärs oder die blau-rote Mütze des „Tschekisten" (des Beamten oder Soldaten der Truppen

*) Aber auch diese Freude sollte schwinden: im Frühling 1941 verfügten die bolschewistischen Behörden die obligatorische Registrierung aller Rundfunkempfänger, und genaue Daten über die Apparate wurden verzeichnet. Die Bevölkerung war überzeugt, dass in der nächsten Zeit die grossen Rundfunkempfänger, mit denen man ausländische Nachrichten hören konnte, nun weggenommen werden würden.

des Volkskommissariats der inneren Angelegenheiten), die in der Nähe der Wohnung eines Menschen erschien, der eine etwas „dunkle" Vergangenheit hatte, jagte einen grossen Schrecken ein.

Endlich kam der lang ersehnte Augenblick: am frühen Morgen des 22. Juni 1941 hatten viele lettische Hörer des Rundfunks, die fleissig die Nachrichten der ausländischen Sender verfolgten, das grosse Glück, die Kriegserklärung der deutschen Regierung zu hören. Bald war dieses gewaltige Ereignis in ganz Riga und in anderen Orten Lettlands bekannt. Es herrschte die allgemeine Überzeugung, dass in ein paar Tagen Riga von den Bolschewisten frei sein würde. Die damalige Stimmung der Bevölkerung (oder wenigstens des grössten Teils der Bevölkerung) wird folgendermassen charakterisiert:[14] „Wahrscheinlich wird es in der Welt wenig Städte geben, die mit so grosser Sehnsucht, ja, sogar leidenschaftlich ihre Bombardierung, Zerstörung und Vernichtung erwartet hätten, wie Riga an diesem ersten Tage (d. h. am 22. Juni 1941). Alles Böse, alles Schwere, alles Erlittene, was in diesem Blutjahre den Menschen die Ostmacht zugefügt hatte, alles das vereinigte und konzentrierte sich in einem einzigen Gedanken, einem Wunsch, einem Willen: Feuer möge vom Himmel kommen und die Schlangenbrut vernichten ..."

Am 29. und 30. Juni waren bereits ein Teil Rigas und viele andere Städte Lettlands in deutscher Hand. Am 1. Juli war Riga vollkommen frei. Endlich, nach einem langen Jahre des Schweigens, konnte wieder die Wahrheit über die Bolschewisten in der Presse erscheinen. Die lettische Zeitung[15] schrieb am 1. Juli 1941, am Tage der Befreiung Rigas, in ihrem Leitartikel folgende aus dem Herzen kommende Worte: „Der 17. Juni 1940 geht in die Geschichte unseres Volkes als der Tag blutiger Qualen und bestialischer Unmenschlichkeit ein. Es ist in der Menschensprache noch kein Wort geschaffen worden, das am richtigsten und ganz wahrheitsgemäss das bezeichnen könnte, was von denjenigen getan wurde, die unser Land, unser Volk ein ganzes Jahr im Regime der Vernichtung, des Mordes und des Raubes, der durch den sadistischen Wahnsinn

diktiert wurde, gehalten haben. Es gibt kein solches Wort in der Menschensprache, weil die Geschichte der Menschheit solche Schreckenstaten und eine solche Zerstörungslust nicht kennt.

Mit Lügen sind die Stalinschen bolschewistischen Banden in unser Land eingedrungen. Heimlich haben sie die Eroberung der baltischen Staaten vorbereitet... Lüge und abscheuliche List waren die Freundschaftsversicherungen gegen uns und gegen unsere in dasselbe Elend und Unglück hineingestossenen Nachbarn, die Esten und Litauer, für die die Befreiungsstunde gleichzeitig mit der unseren schlägt...

Mit unerhörten zynischen Lügen wurden wir nach dem Schreckenstage, dem 17. Juni, gespeist. Man liess uns glauben, dass nur das innere Regime verändert, und dass die Unabhängigkeit Lettlands nicht wesentlich beschränkt würde. Doch die Kommunisten und andere Verräter vollbrachten ihre Schandtat und ... einen in der Geschichte unseres Volkes unerhörten Verrat und beschlossen, die Stalinsche Bande in Moskau zu bitten, uns ihren bis zum Tode gequälten, erniedrigten und ins Elend hineingestossenen Sklaven anzuschliessen. Und dann begann die offene zynische Ausraubung unseres Landes, die Ermordung unserer Bürger und die moralische Tortur in den Kellern und Verhörzimmern der Tscheka.

Aber die schrecklichsten Qualen*) hätten uns noch in den nächsten Tagen erwartet, falls diese Henker und bestialischen Sadisten, die in der Nacht vom 13. zum 14. Juni in ihrer Todesangst den grausamen Kampf gegen die lettischen Familien aufgenommen hatten, noch länger hier geblieben wären... Frauen, die vor einigen Tagen ein Kind zur Welt gebracht hatten, und Kinder mit Lungenentzündung und Scharlach, riss man aus den Betten, warf sie in Kraftwagen, um sie sodann in vergitterte Waggons zu laden und ohne Luft und Licht, in grosser Eile nach dem Tschekistenstaat zu verschik-

*) Die Fortsetzung der Deportation der Letten, die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft usw.

ken. Die grössten Qualen standen uns in nächster Zukunft bevor...

Wir sind ein europäisches Volk, wir stehen auf dem Schutzwall zwischen Europa und Asien... Das ganze Jahr hindurch griffen wir gierig nach der kleinsten Nachricht,... die sagen könnte, dass Europa den heiligen Kreuzzug gegen das schrecklichste Elend der Menschheit — gegen die Bolschewisten des Moskauer Kreml — beginnen wird.

Und der 1. Juli 1941 ist der Tag, an dem wir mit den Waffen der machtvollen deutschen Armee vom Fluche der Räuber und Mörder befreit und wieder in die Familie der europäischen Völker eingeschlossen worden sind..."

Diese leidenschaftlichen Worte geben eine kleine Vorstellung von der Freude, die in Lettland nach der Vertreibung der Bolschewisten herrschte. Der deutsche Sieg hatte die Letten dem Tode entrissen. Die Stimmung der Bevölkerung in Riga am 1. Juli, als zum ersten Mal wieder im Rigaer Rundfunk die ehemalige Nationalhymne der Letten „Gott segne Lettland" ertönte, wird folgendermassen geschildert:[15] „Unzählige Augen werden feucht. Die Herzen klopfen unaufhaltsam. Viele weinen gerührt. Sie weinen wie Kinder vor tiefer, mächtiger, mit Worten nicht auszudrückender Freude und Erregung. Lettland ist frei! Es öffnen sich die Türen und die Fenster... Über den Häusern wehen schon die rotweissroten Fahnen... Bisher ganz fremde Menschen umarmen einander und küssen sich. Alles, was sich in der vergangenen Schreckenszeit in der Volksseele angehäuft hatte, bricht hervor!"

Was für die Letten die Befreiung ihrer Heimat durch die siegreiche deutsche Wehrmacht bedeutet, das hat der Reichskommissar für das Ostland Hinrich Lohse in seinem Aufruf an die Letten im August 1941 mit folgenden Worten hervorgehoben:[16]

„Der Bolschewismus bedrohte ganz Eiropa. Er war auf dem Marsch, Deutschland zu überfallen, er hat auch Euch die furchtbarsten Wunden geschlagen. Wenn dieser Weltfeind noch einige Jahre bei Euch gehaust hätte, dann wäre Euch von Eurem Gut und Eu-

rem Volke nichts übriggeblieben. Die Bolschewistenführer hätten Euch nach Sibirien verschleppt, Euch ausgerottet und ermordet. Mit dem Einsatz ihres Blutes hat die Wehrmacht des deutschen Volkes den bolschewistischen Weltfeind niedergeschlagen ..."

*

Zwar waren in den ersten Monaten nach der Vertreibung der Bolschewisten die Zeitungen Lettlands jeden Tag mit unzähligen Todesanzeigen der von den Bolschewisten ermordeten Personen, mit Annoncen, wo Menschen ihre verhafteten oder verschwundenen Familienangehörigen oder Freunde suchten und mit Abbildungen von aufgefundenen Leichen der Ermordeten überfüllt. Wenn man bedenkt, dass jeder Ermordete, Verhaftete und nach Sowjetrussland Deportierte eine Anzahl von Verwandten, Freunden, Arbeitskameraden und Nachbarn hatte und dass die Zahl der Bolschewistenopfer 34.000 betrug, so wird es klar, dass in einem Lande, wo nur 1,5 Mill. Letten und insgesamt nicht mehr als 2 Mill. Menschen überhaupt lebten, die Mehrzahl der Bevölkerung Trauer tragen musste.

Aber gross waren auch die Freude und der Dank der in Lettland gebliebenen Bevölkerung über ihre Befreiung. Sieg und Opfer der deutschen Wehrmacht haben die Letten vor dem sicheren Tode gerettet. Die deutschen Behörden haben die bolschewistischen Hindernisse, die die Arbeitsfreude und die Arbeitsproduktivität hemmten, beseitigt und die wichtigsten alten Grundlagen des Wirtschaftslebens wiederhergestellt. Der durch die bolschewistische Agrarreform entrissene Boden ist wieder zur Verfügung der alten Inhaber gestellt worden. Es hat die Reprivatisierung des städtischen Hausbesitzes, der Handels-, Industrie- und Handwerksunternehmen begonnen. Die Menschen können wieder ruhig arbeiten und leben. Das bolschewistische Schreckensjahr ist vorbei.

XVIII

Schlusswort

Mit der Darstellung der Bolschewisierung Lettlands kommen wir nun zum Schluss. Es war eine Zeit der niederträchtigsten und unzähligen Lügen, des Betruges, der Erpressung, des Raubes, der Menschenquälerei und des Mordes. Mit Gewalt hatte die Sowjetunion den Freistaat Lettland und die beiden anderen baltischen Staaten besetzt. Wohl wurde der Bevölkerung eine „freie" Entscheidung ihres Schicksals durch „demokratische" Wahlen versprochen, aber in Wirklichkeit bekamen nur die Kommunisten Freiheit. Die Bevölkerung jedoch wurde mit Drohungen und betrügerischen Versprechungen zu den Wahlurnen gelockt und gezwungen, für die einzige bolschewistische Kandidatenliste abzustimmen. Ihre wahren Absichten — die Eingliederung Lettlands in die Sowjetunion, die Beraubung der wohlhabenden Schichten, die Senkung des Lebensniveaus der Arbeiter und Angestellten, die Nationalisierung des gesamten Bodens, die Vernichtung und Ermordung der Bauern, der Intelligenz, der vermögenden Leute leugneten die Bolschewisten ab und versprachen — das Gegenteil.

Aber gleich nach den „Parlamentswahlen" wurde Lettland in die Sowjetunion einverleibt, der Boden als Staatseigentum erklärt, die bolschewistische Agrarreform und die „Nationalisierung" der Industrie- und Handelsunternehmen sowie der Banken durchgeführt. Bald darauf folgte die Nationalisierung des städtischen Hausbesitzes und der Handelsflotte. Es ist in Lettland kein wohlhabender Mensch geblieben, nicht nur die grossen, sondern auch die ganz kleinen Unternehmer und Hausbesitzer wurden gänzlich beraubt. Tausende von Staatsbeamten und Angestellten wurden ihrer Ämter

enthoben und wegen ihrer früheren Tätigkeit verfolgt. Die lettischen Staatsmänner, die soeben noch mit der Moskauer Regierung Verträge geschlossen hatten, von der Sowjetregierung in Moskau mit grossen Ehren empfangen worden waren, wurden plötzlich zu Verbrechern erklärt, verhaftet und nach Sowjetrussland verschickt.*) Seitdem sind diese Staatsmänner spurlos verschwunden. Ebenso erklärte man in Sowjet-Lettland die ehemaligen Industriellen, Händler, Unternehmer, grösseren Bauern („Kulaken"), ehemaligen höheren Staatsbeamten u. a. zu Verbrechern, die jeden Augenblick verhaftet, hingerichtet oder doch sonstwie geschädigt werden konnten. Dasselbe Los eines Kriminalverbrechers drohte auch jedem Bürger, jedem Arbeiter und Angestellten, weil im bolschewistischen Strafgesetzbuch so viele in anderen Ländern der Welt unbekannte „Verbrechen" verzeichnet waren, dass es schwer war, sich vor Gefängnisstrafe oder Zwangsarbeiten zu bewahren.

Den Arbeitern und Angestellten nun versprachen die Bolschewisten Lohnerhöhung und ein besseres Leben. Aber in Wirklichkeit wurden die früheren Reallöhne, besonders die Angestelltengehälter, stark gesenkt. Die Bolschewisten zertörten die Grundlagen des Wirtschaftslebens und der Arbeitsproduktivität: die Arbeitsfreude der Bauern, der Arbeiter, der Intelligenz wurden vernichtet, die private Initiative und der Fleiss der Unternehmer völlig ausgeschaltet. Das Volkseinkommen verringerte sich zusehends, die gute und fleissige Arbeit, besonders auf dem Lande, hatte keinen Sinn mehr, sie war sogar verdächtig und konnte schlimme Folgen für den „Kulaken" haben. Die bolschewistischen Leiter des Wirtschaftslebens, die bolschewistischen „Kader", trugen viel dazu bei, die Wirtschaft ganz zu zerstören.

---

*) Mit grösster Freude würde die Regierung der Sowjetunion auch die Staatsmänner eines jeden anderen „kapitalistischen" Staates, sogar eines Staates, der mit der Sowjetunion politische Freundschaftsverträge schliesst, nach Sibirien verschicken oder ermorden, falls es der Sowjetregierung nur gelingen würde, die betreffenden Personen und den „kapitalistischen" Staat in ihren Machtbereich zu bekommen!

Damit aber nicht genug: grosse Werte wurden nach der Sowjetunion gebracht. Nahrungsmittel, wie Butter, Getreide, Fleisch usw., dazu Vieh, Flachs, Holzmaterialien und verschiedene Industrieerzeugnisse wurden dem Lande entzogen. Auch das aus Russland gekommene Sowjetmilitär verbrauchte grosse Warenmengen. Die Sowjetoffiziere und Beamten und ihre Frauen kauften in Lettland zu Preisen, die ihnen lächerlich niedrig erscheinen mussten, verschiedene Waren und Nahrungsmittel. Alle diese Einkäufe bedeuteten für Lettland einen reinen Verlust, weil das Sowjetgeld ja keinen realen Wert hatte, und weil man aus der Sowjetunion sehr wenig neue Waren erhalten konnte. Weiter wurden während der Flucht der Roten Armee aus Lettland viele Güter fortgeschleppt: der grösste Teil der Kraftwagen und Omnibusse, viele Eisenbahnwaggons und Lokomotiven, dazu Gold, Silber, Nahrungsmittel, Textilwaren, Pferde, ja, sogar Kassen von Behörden und Unternehmen wurden geleert und das Geld von den Bolschewisten mitgenommen. Im Kampfe und aus Bosheit wurden dazu noch von den Bolschewisten unmittelbar viele Gebäude zerstört und niedergebrannt.

Mit jeder Nationalisierung eines Unternehmens oder Besitzes waren kleinere oder grössere traurige Erlebnisse verbunden. Aber wahre Tragödien ergaben die Ermordungen, Verhaftungen und die Deportation, die die Bolschewisten massenweise durchführten.

Aber alles das war doch nur der Anfang der Bolschewistenherrschaft in Lettland. Das Schwerste stand noch bevor: die Fortsetzung der Massendeportation der Letten nach Sibirien, die Vernichtung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Bauern (die „totale Kollektivierung" und „Entkulakisierung" der Landwirtschaft), die Senkung des Lebensniveaus (und der Arbeitsproduktivität) der Bevölkerung bis zum Niveau der Sowjetunion, die Verwandlung der Bevölkerung in eine ebenfalls stumpfsinnige, gehorsame Sklavenmasse, wie das seit je mit den Menschen in Sowjetrussland gemacht worden war, die physische und geistige Vernichtung und Verstümmelung der Mehrheit des lettischen Volkes. Was in Lettland in den nächsten Jahren der

Bolschewistenherrschaft geschehen sollte, das zeigte das Beispiel Sowjetrusslands klar: *die Vergangenheit und die Gegenwart Sowjetrusslands waren Lettlands nächste Zukunft.*

Die zweite Bolschewistenherrschaft in Lettland dauerte ein ganzes Jahr und hinterliess noch viel schwerere Spuren, noch tiefere Leiden, Verzweiflung und Verluste, als die erste Herrschaft im Jahre 1919. Auch das zweite Mal wurden Lettland und ebenso die beiden andern baltischen Länder durch die siegreiche deutsche Wehrmacht und ihre Blutopfer von der Schreckensherrschaft befreit.

Die Erlebnisse der Letten lassen den tieferen Sinn des gigantischen Kampfes des Grossdeutschen Reiches gegen die unmenschliche Sowjetmacht im Osten deutlich erkennen. Ebenso wie Lettland, wird Deutschlands Sieg über den Bolschewismus viele andere Staaten und Völker und ganz Europa und andere Kontinente vor demselben Schicksal — der Vergewaltigung, Versklavung, Vernichtung und dem Untergange retten.

ANHANG I

Kriminalkodex der Sowjetunion — ein Lebensspiegel der Sowjetunion

Der radikale Unterschied zwischen dem Leben in der Sowjetunion und in den übrigen Staaten der Welt, die Eigentümlichkeiten des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens der Bevölkerung in der UdSSR, können durch eine kurze Betrachtung des Kriminalkodex der „RSFSR" (d. h. der Russischen Sowjetischen Föderativen Sozialistischen Republik) charakterisiert werden. Dieser Kriminalkodex[1] wurde nach der Umwandlung des Freistaates Lettland in eine Sowjetrepublik im Jahre 1940 auch in Lettland eingeführt.

Die erste Eigentümlichkeit dieses Gesetzbuches ist, dass sogar Minderjährige (schon zwölfjährige Kinder) für Diebstahl, Gewalttaten, zugefügte physische Beschädigungen, Mord oder Versuch eines Mordes, dem Kriminalgericht übergeben werden und allen*) Strafen unterliegen (Paragraph 12 des Gesetzbuches).

Diese Bestimmungen sind im Jahre 1935 eingeführt worden — „um so schnell wie möglich das Verbrechen unter Minderjährigen zu liquidieren".[2] Personen, die Unmündige zu verschiedenen Verbrechen heranziehen oder sie zur Spekulation, Prostitution und Betteln zwingen, werden mindestens zu einer 5-jährigen Gefängnisstrafe verurteilt[2]. — Hieraus kann gefolgert werden, dass das Leben und das Lebensniveau der Bevölkerung im Sowjetstaate grosse Mängel aufweist und dass die Zahl der verwahrlosten Kinder und ihrer Verbrechen

*) Zwar bestimmt Paragraph 22, dass Personen, die im Augenblick der verbrecherischen Tat das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, zum Tode nicht verurteilt werden können.

sehr gross ist, da sonst ja solche ungewöhnlich scharfe Strafen für Minderjährige nicht eingeführt worden wären.

Alle Verbrechen, für die im Kriminalkodex Strafen vorgesehen sind, werden laut Paragraph 46 in zwei Gruppen eingeteilt: a) diejenigen, die gegen die Grundlagen des Sowjetregimes gerichtet sind und b) alle übrigen Verbrechen. Für die Verbrechen der ersten Kategorie bestimmt der Kodex die Minimalstrafe (zu einer kleineren Strafe darf das Gericht nicht verurteilen), für die zweite Kategorie die Maximalstrafe (eine höhere Strafe darf vom Gericht nicht bestimmt werden).

1. Staatsverbrechen.

a) Konterrevolutionäre Verbrechen.

Der „spezielle Teil" des Kriminalkodex beginnt mit den „gefährlichsten" (nach der Terminologie des Kodex) Verbrechen — mit den „Staatsverbrechen". An erster Stelle stehen die „konterrevolutionären Verbrechen". Das sind Taten, die eine Störung oder Schwächung der Sowjetgewalt und der „wirtschaftlichen, politischen und nationalen Grunderoberungen der proletarischen Revolution" (Wortlaut aus dem Paragraphen 58^{1}) zu erreichen bestrebt sind. Verrat am Vaterlande, Spionage, Enthüllung von Militär- und Staatsgeheimnissen, die Flucht zum Feinde oder ins Ausland sind Taten, die die höchste Strafe, die Todesstrafe (und Konfiskation des gesamten Vermögens) nach sich ziehen (§ 58^{1a}).

§ 58^{1w}, ein für das Sowjetregime charakteristischer Paragraph, lautet: Wenn eine im Militärdienst befindliche Person nach dem Auslande „flieht oder fliegt", werden seine volljährigen Familienmitglieder (Ehefrau, Eltern, Kinder, Brüder und Schwestern), die diese Flucht auf irgendeine Art und Weise gefördert haben, oder auch von der Flucht wussten und die Behörden hierüber nicht benachrichtigt haben, zu einem Freiheitsverlust von 5 bis 10 jahren und der Konfiskation des gesamten Vermögens verurteilt. Die übrigen volljährigen Familienmitglieder des „Verräters" (wenn sie

auch die Flucht nicht gefördert und von der Flucht nichts gewusst hatten), die zusammen mit ihm wohnten oder von ihm versorgt wurden, werden „in entlegene Gebiete Sibiriens" auf 5 Jahre verschickt. — Auch für andere „konterrevolutionäre" Tätigkeiten (bewaffneter Aufstand, Unterhaltung von Verbindungen mit dem Ausland mit konterrevolutionären Absichten, konterrevolutionäre Propaganda und Agitation usw.) ist gewöhnlich die Todesstrafe bestimmt.

Ein Sonderbeschluss des „Zentralen Vollzugskomitees der UdSSR" (Vorgänger des „Obersten Rates der UdSSR") vom Jahre 1929 lautet: Wenn ein Bürger der UdSSR — Amtsperson einer Behörde oder eines Unternehmens der UdSSR im Auslande — sich weigert, in die Sowjetunion zurückzukehren, wird er als Verräter betrachtet und „vogelfrei" (ausserhalb des Gesetzes stehend) erklärt, d. h. sein gesamtes Vermögen wird konfisziert und der Verurteilte wird 24 Stunden nach Feststellung seiner Persönlichkeit erschossen[3]. — Dieser Beschluss war gegen die Sowjetdiplomaten und andere Sowjetbeamten, die nach Sowjetrussland nicht zurückkehren wollten (weil das Leben dort selbst für die Kommunisten gefährlich und trostlos war oder denen dort die Todesstrafe drohte), gerichtet.

Furchtbare Folgen für die Bauern der Sowjetunion hatte eine Verordnung[4] der Sowjetregierung vom 7. August 1932, die zum „Schutz des Vermögens der Staatsunternehmen und Kolchosen" herausgegeben worden war. Wie schon im Kapitel I dieser Abhandlung erwähnt, wurde diese Verordnung in den ersten Jahren der Zwangskollektivierung und „Entkulakisierung" zum Kampfe gegen die hungernden Bauern und die übrige Bevölkerung der Sowjetunion herausgegeben. Die Verordnung erschien, als Menschen vom Hunger (Folge der Kollektivierung und der Zerstörung der Grundlagen der Landwirtschaft) gequält und um ihr Leben zu retten, es versuchten, Getreide für ihre Familie zu erbeuten (sogar die Ähren vom Felde wurden gestohlen!). Gegen „Diebstähle" am Kolchosvermögen und an Waren, die mit der Eisenbahn und auf dem Wasserwege

34. Die siegreiche deutsche Wehrmacht zieht in Riga am 1. Juli 1941 ein und wird von der Bevölkerung bejubelt und mit Blumen geschmückt.

35. Ein Umzug der Bevölkerung in Riga am 1. Juli 1941, nach der Vertreibung der Bolschewisten. Endlich durften auch wieder die heimatlichen rot-weiss-roten Fahnen gezeigt werden.

transportiert wurden, sowie auch wegen „Gewalttaten und Drohungen der Kulaken", verfügte die Regierung folgendes: die genannten „Diebstähle" werden mit der Todesstrafe und der Konfiskation des ganzen Vermögens bestraft; bei mildernden Umständen besteht die Strafe in einem Freiheitsverlust von mindestens 10 Jahren. Mit derselben Strafe wurde noch bestraft: „Sabotage bei landwirtschaftlichen Arbeiten, Stehlen des Saatguts, absichtliche schadenverursachende Verminderung der Aussaatnorm, absichtliche schadenverursachende Arbeit beim Pflügen und bei der Aussaat, durch welche die Felder verderben und der Ernteertrag gesenkt wird, eine absichtliche Beschädigung der Traktoren und Maschinen, die Vernichtung der Pferde" usw.[5] — Diese grausame Verordnung bekamen Hunderttausende von Menschen zu fühlen.

Das „Schädlingswesen" („Schädigung der Staatsindustrie, des Transports, des Handels, des Geldwesens oder Kreditwesens, der Kooperation in konterrevolutionärer Absicht durch eine entsprechende Ausnutzung der Staatsbehörden und Unternehmen oder durch eine Störung ihrer normalen Tätigkeit" ... — Wortlaut des § 58[7]) wird mit der Todesstrafe*) bestraft. Die Kommentare[6] zum Kriminalkodex erklären, dass das Schädlingswesen „auf jedem Gebiet der sozialistischen Aufbautätigkeit" vollzogen werden kann, z. B. auch auf dem Gebiete der Volksbildung, der Kunst usw., und dass zum Verurteilen der Verbrecher (der „Schädlinge") das Eintreten des beabsichtigten Resultates der Schädigung der sozialistischen Aufbautätigkeit nicht nötig ist.

Alle „Terrorakte" gegen die „Vertreter der Sowjetgewalt oder die Mitarbeiter der revolutionären Arbeiter- und Bauernorganisationen" (§ 58[8]) werden mit der Todesstrafe bestraft. Vertreter der Sowjetgewalt sind[8]: Deputierte der Sowjets, Mitglieder der Regierung, Beamte des Gerichtes, der Staatsanwaltschaft, des Volkskommissariats der Staatssicherheit, Angestellte der Staatsbehörden und Unternehmungen. Die Mitarbeiter der

*) Die Todesstrafe (nach dem P. 58[7]) drohte auch für „heimliches Mahlen" von Getreide[7].

Arbeiter- und Bauernorganisationen sind — Mitarbeiter der Gewerkschaften, des „Ossoawiachim" u. a. Der genannte Paragraph 58^8 wird auch im Falle eines terroristischen Aktes (Mord oder schwere körperliche Beschädigung) gegen den örtlichen Korrespondenten der Sowjetpresse (Arbeiter, Angestellte oder Landeinwohner, die für die Presse arbeiten) und die „Stossarbeiter" angewendet. Auch terroristische Akte gegen Lehrer sind hier gemeint, falls die Verbrechen „im Zusammenhange mit dem Klassenkampfe" vollbracht werden.

Dieser Paragraph 58^8 beweist deutlich, dass *Vertreter der Sowjetgewalt und die Kommunisten in der Sowjetunion von der Bevölkerung nicht gerade beliebt sind.* So meldet z. B. die Sowjetpresse zahlreiche Fälle von Mordtaten gegen Sowjetleute. — Eine besondere Verfügung bestimmte, dass sogar das Vernichten des Vermögens einer Amtsperson durch Brandstiftung als terroristischer Akt laut § 58^8 bestraft wird. — Es gibt kein anderes Land in der Welt, wo ein so erbitterter und beständiger Krieg zwischen Regierung und Bevölkerung wütet.

Ein besonderer Paragraph (58^{10}) ist der konterrevolutionären Propaganda und Agitation gewidmet. Propaganda liegt vor[9], wenn „konterrevolutionäre Gedanken" („gerichtet auf die Stürzung oder Schwächung der Sowjetgewalt") im engen Kreise verbreitet werden, Agitation — wenn dasselbe unter einer grossen Zahl von Personen geschieht. Auch das Nichterscheinen zur Arbeit oder das Verweigern der Arbeit in Kolchosen, kann laut § 58^{10} bestraft werden[10]. Die hier vorgesehene Strafe ist: Freiheitsverlust von mindestens 6 Monaten und sogar Todesstrafe.

„Konterrevolutionäre Sabotage, d. h. bewusste Nichterfüllung der Pflicht oder absichtliche Pflichtvernachlässigung, um die Regierungsgewalt oder die Tätigkeit des Staatsapparates zu schwächen" (Wortlaut des § 58^{14}), wird durch Freiheitsverlust von mindestens einem Jahr (und Konfiskation des Vermögens) oder, bei erschwerenden Umständen, mit der Todesstrafe bestraft. Die Kommentare erklären[11], dass Sabotage auf jedem Gebiete — in der Industrie, in der Landwirt-

schaft, im Transport, in der Bautätigkeit, in der Volksbildung und in der Kunst verwirklicht werden kann. Der Unterschied zwischen Schädlingswesen und Sabotage sei der, dass beim Schädlingswesen der „Volksfeind" aktiv tätig ist, bei Sabotage passiv.

b) Die übrigen Staatsverbrechen.

Bisher war die Rede von „konterrevolutionären" Verbrechen (Paragraph 58). Der nächste Paragraph (59) umfasst „für die Sowjetunion besonders gefährliche, gegen die Verwaltungsordnung gerichtete Verbrechen". Diese Verbrechen sind: weit um sich greifende Unordnungen (begleitet von Mordtaten, Zerstörung der Eisenbahnlinien, Brandstiftungen usw.), „Banditismus" (Organisierung bewaffneter Banden und deren Beteiligung an Überfällen auf Sowjetbehörden oder einzelne Bürger, an Aufhalten von Zügen und an der Zerstörung der Eisenbahnlinien un anderer Verkehrsmittel), Feuerwaffendiebstahl aus Niederlagen der Roten Armee, usw. Höchststrafe für diese Verbrechen ist die Todesstrafe.

§ 59[3w] spricht von Übertretungen der Arbeitsdisziplin beim Transport: alle Transportarbeiter und Angestellte, welche schuld an der Übertretung der Bestimmung des Verkehrs*) oder an schlechter Reparatur von Eisenbahnwagen, Lokomotiven oder Linien sind, und falls diese Übertretungen irgendeinen Schaden (z. B. Beschädigung von Eisenbahnwagen und Eisenbahnlinien, eine Verzögerung der Abfahrt der Züge und Schiffe) oder Unglücksfälle mit Menschenopfern zur Folge haben oder haben konnten, werden mit Freiheitsverlust bis zu 10 Jahren bestraft. Falls das Verbrechen einen „offensichtlich böswilligen" Charakter trägt, wird der Schuldige erschossen und sein Vermögen konfisziert. Die Kommentare erklären[12], dass ein derartiger Fall vorliegt, wenn eine Person von den schweren Folgen der Übertretung der Arbeitsdisziplin weiss und dennoch durch ihre Tätigkeit das Eintreten der Folgen zu-

*) So z. B. Fahrt mit unerlaubter Geschwindigkeit, Fahrt auf einer geschlossenen Strecke, falsche Signale usw.

lässt. Z. B. wenn ein betrunkener Chauffeur mit übermässiger Geschwindigkeit fährt und hierdurch mehrere Personen ums Leben kommen.

Laut § 59[7] werden (sogar mit Todesstrafe) Propaganda und Agitation, falls nationale oder religiöse Feindschaft oder Zwistigkeit hervorgerufen werden sollen, bestraft. Auf die Herstellung und das Verbreiten falscher Münzen, Papiergeld oder Wertpapieren steht ebenfalls die Todesstrafe (§ 59[8]).

§ 59[9] spricht von Konterbande und sieht für dieses Verbrechen auch die Todesstrafe vor.

2. Weitere Verbrechen gegen die Verwaltungsordnung.

§ 60 straft das Nichtzahlen von Steuern und Prämien der Zwangsversicherung am bestimmten Termin, falls die Möglichkeit zum Zahlen vorlag, mit Verlust der Freiheit bis zu 1 Jahre.

§ 61 spricht von Arbeitsverweigerung bei Arbeiten und Aufgaben mit allgemeiner staatlicher Bedeutung. Als Strafe gilt Geldstrafe, Verlust der Freiheit bis zu 2 Jahren, Konfiskation des Vermögens oder Verschickung.

Die schwersten Strafen sind im Kodex für „Kulaken" bestimmt. Der betreffende Paragraph ist an erster Stelle für die Landbevölkerung — die Kolchosbauern und die Einzelbauern gedacht. Falls die obligatorischen Getreideablieferungen an den Staat nicht rechtzeitig erfüllt werden, muss der Bauer dem Gerichte (nach 10 Tagen) übergeben und mit einer Geldstrafe bis zum fünffachen Werte der obligatorischen Lieferung bestraft werden. Wenn erschwerende Umstände (wie z. B. Widerstand bei der Zwangsabnahme der Lieferung usw.) vorliegen, ist dem Bauer die Freiheit zu nehmen.

§ 62 straft das absichtliche „organisierte" Nichtzahlen von Steuern, d. h. wenn die zu besteuernden oder zu registrierenden Gegenstände verborgen oder falsch angegeben werden. Die Strafe ist Freiheitsverlust bis zu 2 Jahren, manchmal auch eine grosse Geldstrafe (bis zum fünffachen Werte der Steuersumme).

§ 73[1] spricht von Drohungen mit Mord, mit Vermögensvernichtung oder mit Gewalttätigkeiten und von schon vollbrachten Gewalttätigkeiten (z. B. Schlägen, leichten körperlichen Beschädigungen). Drohungen, die gegen Amtspersonen oder die „gesellschaftlich Betätigten" gerichtet sind, werden mit Zwangsarbeiten bis zu 6 Monaten, mit Geldstrafe oder mit Ausweisung aus dem Wohnort bis zu 3 Jahren bestraft. Gewalttätigkeiten (auch gegen „Stachanowarbeiter", „Stossarbeiter", Kolchosbauern) werden mit Verlust der Freiheit bis zu 5 Jahren bestraft.

„Hooliganismus" in Unternehmungen, Behörden und an öffentlichen Stellen wird mit 1 Jahr Gefängnis bestraft; wenn aber das Verbrechen besonders schwer ist oder „besonders zynisch und unverschämt" — ist die Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren auszudehnen. Unter Hooliganismus versteht man z. B. folgende Taten:[12] Lärm, Geschrei, Schimpfen, Belästigung der Bürger auf der Strasse und an öffentlichen Stellen, Skandal in Klubs, Lichtspielhäusern, Theatern, Beschmutzen der Erholungsorte der Bürger, Störung der Ruhe der Bürger in gemeinsamen Wohnungen, usw. — Dieser Paragraph des Kriminalkodex charakterisiert das niedrige kulturelle Niveau der Bevölkerung in der Sowjetunion und die grosse Verbreitung des „Hooliganismus", der durch die furchtbare bolschewistische Zerstörungsarbeit auf dem Gebiet der Kultur, Moral, Religion, Wirtschaft in der Sowjetunion besteht.

Aus der Periode der Zwangskollektivierung und „Entkulakisierung" ist § 79[1] im Kodex verblieben, der das „Raubschlachten" und die absichtliche Verstümmelung des Viehs und das Veranlassen anderer Personen zu solchen Taten (zum Zwecke der Schädigung der Kollektivierung der Landwirtschaft) mit dem Verlust der Freiheit bis zu 2 Jahren und mit Verschickung bestraft. In manchen besonderen Fällen wurde dieser Paragraph auch in den letzten Jahren noch angewandt.

Werden durch „verbrecherische Nachlässigkeit" Traktoren und landwirtschaftliche Maschinen der Sowchosen, Kolchosen und Maschinen-Traktoren-Stationen verdorben oder zerbrochen, so sind, dem Gesetze nach, die

Schuldigen (laut § 79[2]) mit einer Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren zu bestrafen. Dieselbe Strafe ist auch für „durch Unvorsichtigkeit verursachten Brandschaden" (in Kolchosen, Sowchosen usw.) vorgesehen[14].

Laut § 79[4] ist die erwähnte Strafe (Verlust der Freiheit bis zu 3 Jahren) für eine „verbrecherische Nachlässigkeit", derzufolge Pferde in den Kolchosen, Sowchosen usw. zugrunde gehen oder gebrauchsunfähig werden, bestimmt. In den Kommentaren wird darauf hingewiesen, dass dieser Paragraph (wie auch viele andere!) manchmal falsch angewandt wurde. So z. B. sei in einem Falle der „Brigadier" eines Kolchoses dafür zu Zwangsarbeiten verurteilt worden, weil auf der Fahrt nach Heu das Kolchospferd stolperte und sich ein Bein brach[15].

Das Einreisen oder Ausreisen über die Grenze der Sowjetunion ohne Pass und Erlaubnis der entsprechenden Behörden wird mit Zwangsarbeitslager von 1 bis 3 Jahren bestraft (§ 84). Wenn die Flucht aus der Sowjetunion in der Absicht Hochverrat zu begehen, geschehen ist, wird das Verbrechen laut § 58[1a] mit dem Tode durch Erschiessen gesühnt. — Da der Begriff Verrat in der UdSSR stets stark erweitert ausgelegt wird, ist jede Flucht aus Russland ins Ausland lebensgefährlich, auch falls sie nur des schweren Lebens wegen in Russland vorgenommen wird. Wie es scheint, würde die Anzahl der Flüchtlinge sehr gross sein, und etwas Gutes würden diese Flüchtlinge dem Auslande von ihrer Heimat wohl nicht erzählen können. Würde das Leben in der UdSSR wirklich schön, glücklich und wohlhabend, besser als in den „kapitalistischen" Ländern (wie das die Kommunisten stets hervorheben) sein, dann ist ja ein derartig strenger Paragraph des Kodex überflüssig. Durch die Einführung dieser strengen Satzung ist den Sowjetbürgern jede Möglichkeit den Ausländern die nackte Wahrheit zu sagen genommen.

§ 87[a] spricht von Übertretungen der Gesetze über die Nationalisierung des Bodens. Weil der Boden dem Staate gehört und der Kauf, Verkauf oder das Pachten des Bodens verboten ist, wird jede Form eines Verkaufes, Schenkens, Tausches von Grundstücken mit Verlust der

Freiheit bis zu 3 Jahren bestraft. Ebenso werden die Leiter der Kolchosen und Sowchosen, die die Bearbeitung des den Kolchosen oder Sowchosen gehörenden Landes zu persönlichen Zwecken gestatten, verurteilt.

In der Verordnung der Regierung der UdSSR vom 20. Mai 1932 wurde folgendes angeordnet: „Die Eröffnung von Geschäften durch private Händler darf nicht zugelassen werden, und Aufkäufer und Spekulanten, die auf Kosten der Arbeiter und Bauern sich zu bereichern versuchen, müssen mit verschiedenen Mitteln ausgemerzt werden."[16] Am 22. August 1932 wurde das allunionistische Gesetz zur Bekämpfung der Spekulation herausgegeben, laut dem Spekulanten und Aufkäufer ins Konzentrationslager auf 5—10 Jahre eingesperrt werden sollten. § 107 des Kriminalkodex bestimmt, dass das Aufkaufen und der Wiederverkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Gegenständen des Massenverbrauchs durch Privatpersonen, um zu profitieren, durch Verlust der Freiheit mit nicht weniger als 5 Jahren nebst Konfiskation des Vermögens bestraft werden soll. — Der private Handel (nach bolschewistischer Terminologie — Spekulation) ist in der UdSSR ein schweres Kriminalverbrechen. In den Kommentaren zum Kriminalkodex ist folgender Satz zu lesen: „Spekulation ist ein besonders gefährliches Verbrechen, das den Sowjethandel bedroht." Und in einer seiner Reden sagte Stalin (wie das dieselben Kommentare erwähnen): „Der Sowjethandel ist ein Handel ohne grosse und kleine Kapitalisten und Spekulanten."

3. Amtsverbrechen.

Angestellte der Sowjetbehörden, Unternehmungen und Organisationen können in der UdSSR nicht ruhig leben, sondern müssen beständig fürchten, laut verschiedenen Paragraphen des Kriminalkodex bestraft zu werden. § 111 bestimmt, dass für Untätigkeit und für nachlässige und ungewissenhafte Erfüllung der Dienstpflichten, die als Folge den Bürokratismus, eine Verzögerung der Arbeit und der Rechenschaftsablegung und andere Störungen der Arbeit der Behörde haben, die

entsprechende Amtsperson mit Verlust der Freiheit bis zu 3 Jahren zu bestrafen ist. Auch wenn die schädlichen Folgen der nachlässigen Arbeit nicht eingetreten sind, sondern nur eintreten konnten, wird der Schuldige bestraft. So z. B. wurden im Jahre 1939 zwei Angestellte des Volkskommissariats der Leichtindustrie vom Moskauer Stadtgericht wegen folgender „verbrecherischer Nachlässigkeit" verurteilt: in einer statistischen Übersicht der Bruttoproduktion der Industrie dieses Volkskommissariats für das Jahr 1938 hatten sie eine um 425 Mill. Rubel höhere Summe angegeben. Das Oberste Gericht der RSFSR hob das Urteil auf, weil die Fehler keine schädlichen Folgen gehabt haben. Aber das Oberste Gericht der UdSSR fand, dass das kein Grund für das Aufheben des Urteils gewesen sei und hat beantragt, die Angelegenheit wieder laut § 111 zu überprüfen[17]. — Wegen Untätigkeit wurde ein Leiter der Versorgungsabteilung verurteilt, weil er einen Antrag auf Heizmaterial nicht rechtzeitig eingereicht hatte und darum eine Fabrikabteilung einen ganzen Tag nicht arbeiten konnte[18]. — Auch die Leiter der Kolchosen[18], die nicht den Kampf gegen die Übertretungen der Arbeitsdisziplin führen, sind laut § 111 verantwortlich. — Die Anwendung dieses Paragraphen ist übrigens vielseitig.

4. Wirtschaftliche Verbrechen.

Ein besonderes Kapitel ist im Kodex den „wirtschaftlichen Verbrechen" gewidmet (ausserdem handeln über wirtschaftliche Dinge auch noch viele andere Paragraphen des Kodex). § 128 bestraft die „unwirtschaftliche Tätigkeit" der Leiter der staatlichen Behörden, Unternehmen oder Organisationen, resp. die oberflächliche oder „ungewissenhafte" Erfüllung der Arbeit und den hierdurch entstandenen Schaden und Verlust am Vermögen der Behörde oder des Unternehmens, mit Verlust der Freiheit bis zu 2 Jahren. Laut Gesetzesparagraph gilt als unwirtschaftliche Arbeitsleitung eine Arbeitsleitung[19], die von der allgemein eingeführten Ordnung oder den den Interessen der Arbeit entsprechenden Methoden abweicht und überall dort, wo die leitende Ar-

beit nur gleichgültig und formell durchgeführt wird. Z. B. wenn in einer Textilindustrie die Versorgung mit Rohstoffen auf 12 Monate erforderlich ist, so kann die Nichterfüllung dieses Planes laut § 128 bestraft werden. — Dieser Paragraph bestraft Verwaltungsmitglieder, Leiter von Unternehmen und Behörden, die Gehilfen derselben oder ihre Bevollmächtigten. — In den Kommentaren zum Kriminalkodex heisst es: „Der sozialistische Staat, der Organisator und Leiter von unzähligen Industrie- und Handelsunternehmen und landwirtschaftlichen Betrieben, wünscht, dass die sozialistische Wirtschaft gut funktioniert und sich immer weiter und besser entwickelt ... Unter den wichtigsten Bestimmungen, die die Durchführung dieser Aufgabe gewährleisten, hat sich auch das Kriminalgesetz zu befinden". — Also wird im „sozialistischen" Staate die Planwirtschaft nur mit Hilfe des Kriminalkodex und mit seinen unzähligen unmenschlichen Strafen aufrecht erhalten.

Laut § 128-a können „Direktoren, Hauptingenieure und Leiter der Abteilungen der technischen Kontrolle" in Industrieunternehmen für Produktion von Waren schlechter Qualität mit einer Strafe von 5—8 Jahren Gefängnis bestraft werden. Der Paragraph betont, dass dies ein dem Schädlingswesen gleichwertiges Verbrechen, also eins von den schwersten Verbrechen gegen den Staat ist. Auch der „Massenverkauf" oder der „systematische Verkauf" von Waren schlechter Qualität in Handelsunternehmen wird mit Verlust der Freiheit bis zu 5 Jahren bestraft. Die Kommentare[20] weisen darauf hin, dass laut § 128-a strafbar nicht nur die „Produktion" von Waren (z. B. Maschinen, Glas, Stiefel usw.) schlechter Qualität, sondern auch jede schlechte Bautätigkeit (z. B. ein neues Gebäude) und schlecht ausgeführte Reparatur (von Lokomotiven, Waggons, Traktoren usw.) ist. Es ist gleichgültig, ob die Schuldigen schlechte Waren aus Unvorsichtigkeit, Nachlässigkeit oder absichtlich erzeugt haben. — Wie schon früher erwähnt, wurde dieser Paragraph in den letzten Jahren in der Sowjetunion viel angewandt und viele Leiter von Industriebetrieben wurden schwer bestraft.

Auch den Fabrikdirektoren in Sowjet-Lettland drohte man mit diesem Paragraphen.

§ 128-w droht den Angestellten der staatlichen Handelsunternehmen (private Händler gibt es in der Sowjetunion gar nicht), die beim Verkauf der Waren gegenüber den Verbrauchern falsche Waagen, falsche Gewichte und andere falsche Masse anwenden, oder die die festgesetzten Kleinhandelspreise übertreten und Waren niedriger Qualität als Waren höherer Qualität verkaufen. Diese Personen werden für „das Bestehlen des Verbrauchers und den Betrug des Sowjetstaates", mit Verlust der Freiheit bis zu 10 Jahren bestraft. — Es kamen sogar Fälle[21] vor, wo diese Verbrechen ganz geringfügig waren. So z. B. ist ein Leiter eines Handelsgeschäftes auf dem Lande und ein Verkäufer desselben Geschäftes für Betrügereien verurteilt, weil der erste von ihnen ein Paar Galoschen für 3 Rubel mehr, der zweite zwei Paar Galoschen für nur 1,40 Rubel teurer als vorgesehen verkauft hatten. Das „Oberste Gericht der UdSSR" hatte allerdings dieses Urteil wegen der „offensichtlich geringfügigen Bedeutung" aufgehoben und eine Disziplinarstrafe festgesetzt. Im übrigen soll § 128 nur dann nicht angewendet werden, wenn bloss einige Gramm Ware fehlen oder ein falsches Wiegen nur als Einzelfall ohne Gewinnabsicht vorgenommen worden war.

5. Beschränkung der Freiheit des Lohnpersonals.

Jeder Arbeiter und Angestellte der Sowjetunion wird laut Verordnung[22] des Obersten Rates der UdSSR vom 26. Juni 1940 für eigenmächtiges Verlassen des staatlichen, kooperativen oder gesellschaftlichen Unternehmens oder der Behörde mit 2—4 Monaten Gefängnis, und für Bummelei mit Zwangsarbeiten auf seiner Arbeitsstelle bis zu 6 Monaten und einem Abzug vom Arbeitslohne bis zu 25% bestraft*). Die Arbeitsstelle kann

*) In diesem Falle verliert der Arbeiter oder Angestellte einen beträchtlichen Teil seines schon so geringen Lohnes und gilt als „verurteilt gewesen".

nur mit Genehmigung der Leitung des Unternehmens oder der Behörde gewechselt werden; wenn man das ohne Genehmigung tut, wird man als Verbrecher mit Gefängnis bestraft. Als Bummelei werden folgende Übertretungen der Arbeitsdisziplin angesehen: verspätetes Erscheinen zur Arbeit um mehr als 20 Minuten; ein vorzeitiges Verlassen der Arbeit (mehr als 20 Minuten vor Schluss der Arbeitszeit); verspätetes Erscheinen zur Arbeit nach der Mittagspause (um 20 Minuten und mehr) oder vorzeitiges Weggehen von der Arbeit zum Mittagessen (um 20 Min. vor der Mittagspause); Erscheinen zur Arbeit ohne Verspätung, aber in betrunkenem Zustande, usw. Der Schuldige wird nur dann nicht vom Gerichte bestraft, wenn wichtige Ursachen vorliegen, z. B. Krankheit u. a.

6. Das Leben bedrohende Verbrechen und Verbrechen das Vermögen betreffend.

Wenn nicht der Sowjetstaat, das Sowjetregime, das „sozialistische" Vermögen bedroht sind, sind die Strafen für Verbrechen verhältnismässig mild. Ein absichtlicher Mord, der aus Gewinnsucht oder Eifersucht, oder von einer Person, die schon früher einen Mord verübt hat und dafür schon einmal bestraft worden ist, oder falls diese Tat*) für das Leben vieler Menschen gefährlich gewesen ist, oder für den Ermordeten besonders qualvoll**) war, usw. — wird nur mit Verlust der Freiheit bis zu 10 Jahren bestraft (§ 136). Nur die im Militärdienst befindlichen Personen werden für Mord (bei erschwerenden Umständen) erschossen. Ein absichtlicher Mord ohne „erschwerenden Umstände" (die im § 136 aufgezählt sind) wird nur mit Verlust der Freiheit bis zu 8 Jahren bestraft (§ 137).

Diebstahl (§ 162) wird gewöhnlich mit Verlust der Freiheit von 3 Monaten bis zu 2 Jahren bestraft, wobei

*) Z. B. Niederbrennen eines grossen Hauses, um *einen* Menschen zu töten.

**) Mord durch ein langsam wirkendes und grosse Schmerzen verursachendes Gift, Mord durch Erzeugung vieler Wunden, usw.

Diebstahl in staatlichen und gesellschaftlichen Lagern, Waggons und Schiffen viel schwerer bestraft wird (Verlust der Freiheit bis zu 5 Jahren) als das Bestehlen von Privatpersonen. Schon ein ganz geringer Diebstahl „im Unternehmen oder in der Behörde", „unabhängig von seinem Umfange", wird mit 1 Jahre Gefängnis bestraft. Also, wenn ein Arbeiter von seiner Fabrik irgendeine Kleinigkeit mitnimmt, wird er auf 1 Jahr eingesperrt.

Aus dem Erwähnten ist ersichtlich, dass *Mord in der Sowjetunion etwa ebenso schwer bestraft wird wie „Spekulation" (d. h. der unerlaubte Privathandel, § 107), wie die Produktion von Waren schlechter Qualität (§ 128-a), wie die Übertretung der Arbeitsdisziplin im Transport (§ 59ter)*, usw. Das Menschenleben (wenn es nur nicht das Leben der Kommunisten und der bolschewistischen Amtspersonen ist) hat in der Sowjetunion einen relativ kleinen Wert.

*

Auf jedem Schritt droht jedem Sowjetbürger die Gefahr, ein Kriminalverbrecher zu werden und nach einem Paragraph des Kriminalkodex bestraft zu werden. Die von den Bolschewisten geschaffenen neuen Grundlagen des Wirtschaftslebens sind so unmenschlich, der menschlichen Natur so widersprechend, das Lebensniveau der Bevölkerung ist so niedergedrückt, die Armut so grenzenlos, die frühere Moral und das frühere Familienleben so zerstört, dass die grausamsten Zwangsmittel beständig angewandt werden müssen, um das Sowjetregime zu hüten. Eines von diesen Mitteln ist der Kriminalkodex mit seinen grausamen Strafen, mit den Gefängnissen und Zwangsarbeitslagern*) (wo unzählige

*) § 28 des Kriminalkodex bestimmt, dass die Strafen des Verlustes der Freiheit bis zu 3 Jahren in den „allgemeinen Gefängnissen" abgebüsst werden müssen, aber die Strafen von 3 Jahren und mehr werden in „Zuchtarbeitslagern", die in „entlegenen Gegenden der UdSSR" (§ 20) sich befinden, verlebt. Das schreckliche Leben in den Zwangsarbeitslagern kann man sich vorstellen, wenn man bedenkt, dass schon der „frei" lebende durchschnittliche Sowjetbürger so furchtbar arm an Nahrungsmitteln, Kleidern, Schuhen und Wohnung ist. Die Lebensverhältnisse der

Sowjetbürger eingesperrt, gequält und zugrunde gerichtet werden) und umfangreichen Hinrichtungen. Es tobt zwischen der Regierung und der Bevölkerung schon 25 Jahre lang ein ununterbrochener hasserfüllter Kampf. Ein grosser Teil des bolschewistischen Strafgesetzbuches enthält Paragraphen, die in der „kapitalistischen" Welt, d. h. in allen übrigen Staaten der Welt, nicht existieren. In der ganzen Welt werden hohe Leistungen der Arbeiter, Angestellten, Staatsbeamten, Fabrikdirektoren, Bauern durch friedliche Mittel gesichert und gefördert, nur in der Sowjetunion ist fast das einzige Mittel ein unmenschlicher Zwang mit Menschenquälerei und Hinrichtungen.

7. Das sowjetrussische Strafgesetz in Lettland.

Die grausame Härte des sowjetrussischen Strafgesetzes hat auch die Bevölkerung Lettlands zu spüren bekommen. Die Tätigkeit der „Tscheka" und der rote Terror sind im Kapitel XVII dieser Abhandlung geschildert, und wie „Schädlinge" und „Kulaken" bestraft wurden, ist in den Kapiteln über Landwirtschaft und Industrie erwähnt. Auch in vielen anderen Fällen werden in der lettländischen bolschewistischen Presse barbarische Strafen für Handlungen, die in der „bürgerlichen" Zeit gar nicht strafbar waren oder als ganz kleine Verbrechen galten, erwähnt. Unzählige harmlose oder ganz unbedeutende Handlungen wurden im Sowjetstaate als sehr schwere Verbrechen angesehen. Hier einige Beispiele:

a) Verletzung der Disziplin auf den Eisenbahnen.

Zwei Eisenbahner (der Station Tauerkaln) wurden wegen „verbrecherisch nachlässiger Erfüllung der Ar-

---

Gefangenen aber müssen natürlich viel schlechter sein. Die Zwangsarbeitslager sind ausserdem gewöhnlich in Sibirien und verschiedenen anderen Nordgebieten eingerichtet, wo der Winter sehr streng und ungünstig ist.

beitspflichten" verurteilt: J. Baronas — zu 10 Jahren, J. Lazda — zu 4 Jahren Freiheitsentziehung[23]. Solche Fälle kamen viel vor.

b) Nichtbeachtung von Feuerschutzvorschriften.

Wegen Nichtbeachtung der Feuerschutzvorschriften wurde ein gewisser Davids Finks mit 3 Jahren Gefängnis und Konfiskation des Vermögens bestraft. F. Freimanis, der Leiter der Rigaer Filzfabrik, wurde für ein ähnliches Vergehen zu 1 Jahre Gefängnis verurteilt. 1 Jahr Gefängnisstrafe erhielt auch der Nachtwächter einer Tischlerwerkstatt, K. Neimanis, weil durch seine „verbrecherische Nachlässigkeit" ein Brand entstand.[24]

c) Verbreitung unbegründeter Gerüchte.

Im Juni 1941 erschien in der bolschewistischen Presse folgende kurze Mitteilung:[25] „Die Bürgerin Milda Putniņa aus der Gemeinde Laubern traf am 16. Oktober 1940 auf der Landstrasse zwei Bekannte. Im Gespräche verbreitete Putniņa unbegründete Gerüchte über die politische Lage. In diesen Tagen hat das Oberste Gericht der Lettländischen SSR den Fall behandelt und Milda Putniņa zu 6 Jahren Freiheitsentziehung verurteilt; die Strafe ist mit dem Verlust der Wahlrechte auf 5 Jahre verbunden worden."

d) Zerstörung des „sozialistischen" Vermögens.

Unter der Überschrift „Das höchste Strafmass für die Vernichtung des sozialistischen Vermögens" war in der Presse folgendes zu lesen[26]: Am 11. November 1940 ist ein Brand in der Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen „Imanta" in Riga entstanden. Die Giessereiabteilung brannte nieder, es wurden 15.000 Rubel Schaden verursacht. Wie bewiesen werden konnte, wurde die Brandstiftung vom Fabrikschmied, dem 35-jährigen Z. Vjakss verursacht... Wegen Betrunkenheit ist Vjakss mehrere Male zur Arbeit gar nicht erschienen und ist häufig mit Verspätung gekommen. Nach der Gründung der Sowjetgewalt in Lettland hat Vjakss die

Arbeitskameraden aufgefordert, alles, was den Kapitalisten gehörte, zu vernichten und neu zu errichten. Das Kriegstribunal hat auf Grund des § 58° des Kriminalkodex der RSFSR Vjakss als ein „sozialgefährliches Element" mit dem „höchsten Strafmass" — Todesstrafe und Konfiskation des Vermögens bestraft.

ANHANG II

Einige Bemerkungen über die bolschewistische Propaganda in Lettland

Als wichtiges Mittel zur Befestigung des Sowjetregimes in Lettland war die bolschewistische Propaganda gedacht, die in allen möglichen Formen betrieben wurde, und der niemand ganz entrinnen konnte, ob er Bauer, Arbeiter, Angestellter, Hausfrau, Kind oder Schüler war, ob jung oder alt, ob Stadt- oder Landeinwohner, ob Mann oder Frau. Die Propaganda wurde durch die Presse, den Rundfunk, in Fabriken, Behörden, Gewerkschaften, auf dem Lande, bei allerlei Versammlungen, in allen Schulen, in der Armee und auch in einzelnen Wohnhäusern entfaltet. Die Formen dieser Propaganda und Agitation waren sehr mannigfaltig — Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Broschüren, Flugblätter, „Wandzeitungen", Plakate, Fahnen, Reden, „rote[1] Ecken", Schulunterricht durch Lehrer in den Schulen und Kindergärten, verschiedene Rundfunkvorträge, Theaterstücke, Filme, Manifestationen und Umzüge, „politische Seminare", Schallplatten, Lieder und Musik. Diese unablässige Flut der niederträchtigsten bolschewistischen Lügen ergoss sich über das Land und seine Bevölkerung jeden Tag und jede Stunde (ausgenommen einige Nachtstunden!). Sie sollte die frühere „bürgerliche" Staats- und Gesellschaftsverfassung Lettlands verleumden und falsche Ansichten über die ganze übrige Welt, über das „kapitalistische" Ausland hervorrufen. Der Zweck der Propaganda war, einen beständigen und tiefen Hass der unbemittelten Bevölkerungsschichten gegen die ehemaligen Vermögenden zu erwecken und zu unterhalten, sie sollte den Klassenkampf ent-

36. Die vor Freude tief erschütterten Menschen am lettischen Freiheitsdenkmal in Riga am 1. Juli 1941.

37. Die während des Krieges Ende Juni 1941 zerstörte Altstadt Rigas (in der Mitte die niedergebrannte St.-Petri Kirche mit dem eingestürzten Turm).

zünden und sollte die „Errungenschaften" der Sowjetunion und Sowjetlettlands verherrlichen. Ein Beschluss der Konferenz der Rigaer Kommunistischen Organisation lautete[1a]: „Im Zusammenhang mit der Verschärfung und Vertiefung des Klassenkampfes, muss die Parteiorganisation ihre besondere Aufmerksamkeit der Erziehung der Gefühle der Wachsamkeit und der *Klassenunversöhnlichkeit* gegen die Volksfeinde in jedem Kommunisten zuwenden".

Besonders in den Fabriken und Behörden, wo die Menschen jeden Tag in grosser Zahl zur Arbeit an einer Stelle vereinigt waren, gab es keine Rettung, man konnte sich der Einwirkung der lügenhaften, langweiligen und stumpfen bolschewistischen Propaganda nicht entziehen. Die Arbeiter und Angestellten mussten zwangsweise die häufigen Vorlesungen, Reden und Belehrungen der Kommunisten anhören.

Und dennoch klagten die Bolschewisten über „Passivität" der Arbeiter beim Besuchen der Versammlungen, besonders in den ersten Monaten der Bolschewistenherrschaft in Lettland, als die „Disziplin" der Bevölkerung noch nicht vollkommen war. So z. B. lesen wir im Zentralorgan[2] der kommunistischen Partei im Oktober 1940: „In der Rigaer Waggonfabrik*) ... fand gestern nach Arbeitsschluss eine Arbeiterversammlung statt. Es erschien der Sekretär der Kommunistischen Partei Lettlands, Genosse Ž. Spure. Der Vertreter der Roten Armee, Genosse Abramenko, machte die Arbeiter mit den grossen Möglichkeiten bekannt, die der Sowjetjugend in der Sowjetunion zu Erwerbung der Militärbildung gegeben sind... Genosse V. Briedis... betonte, dass... Referate (über die Bedeutung der Oktoberrevolution. A. C.) unverzüglich in allen Abteilungen der Fabrik veranstaltet werden müssen. Dann sprach zu den Arbeitern der Sekretär der KPL(B), Genosse Ž. Spure. Er stellte die *Passivität eines Teiles der Arbeiter* fest..., denn, als er zur Versammlung kam, konnte er viele Arbeiter treffen, die nach Hause gingen."

---

*) Eines von den grössten Industrieunternehmen in Riga (ehemalige AG. „Phönix").

— Eine andere Zeitungsnotiz[3]: „Auf der am Sonntag zusammengerufenen Mitgliederversammlung der Gewerkschaft der Arbeiter der Süssigkeitsindustrie *waren von 1700 Mitgliedern nur — 30 anwesend,* die Versammlung musste aufgeschoben werden... Wo *aktive* Funktionäre vorhanden sind, z. B. in „Auglu Konzums" („Obstkonsum"), sind von 20 Arbeitern des Unternehmens 15 zur Versammlung gekommen, von den übrigen grossen Fabriken jedoch — insgesamt nur 15 Mitglieder." Der Zeitungsartikel untersucht dann die Ursachen dieses Misserfolges (Nachlässigkeit der Gewerkschaftsfunktionäre usw.).

Um die Arbeiter zum Besuch der Versammlungen zu zwingen (die Versammlungen durften nur nach Ende des Arbeitstages abgehalten werden, was den Arbeitern sehr unangenehm war), griff man häufig zu folgender Massnahme: das Fabriktor wurde einfach kurz vor Arbeitsschluss geschlossen und alle Arbeiter und Angestellten mussten der Versammlung beiwohnen; zu protestieren war in solchen Fällen für den Arbeiter sehr gefährlich.

In jeder Sowjetbehörde und jeder Fabrik, ebenso auf dem Lande wurde die sogenannte *„rote Ecke"* eingerichtet — ein Zimmer, in dem Büsten Stalins und Lenins standen, oder Bilder dieser Sowjetmachthaber oder anderer Bolschewistenführer an der Wand aufgehängt waren; in diesem Raume wurde auch die bolschewistische Propagandaliteratur (Bücher, Zeitungen, Zeitschriften) aufbewahrt. Hier konnten und sollten die Arbeiter und Angestellten ihre tägliche kommunistische „Andacht" halten, die kommunistischen „Heiligenbilder" ansehen, die kommunistische Literatur und Zeitungen lesen und kommunistische Reden, Ermahnungen und Belehrungen anhören.

Ausserdem mussten jede Behörde und jedes Unternehmen (auch jede Schule und sogar jede Klasse!) eine eigene *„Wandzeitung"* haben, die mindestens einmal im Monat erscheinen musste. Auf einem grossen Stück festen (dunklen) Papiers wurden verschiedene auf der Maschine geschriebene Artikel (über Errungenschaften und aktuelle Massnahmen der Sowjetmacht, über die

Arbeit und das Leben des Betriebes oder der Behörde usw.), Bilder und Karikaturen aufgeklebt, und dann wurde die Wandzeitung an der Wand in einem Korridor oder Treppenraum an einer sichtbaren Stelle befestigt. Der Zweck der Wandzeitungen war — kommunistische „Erziehung" der Arbeiter und Angestellten, als auch Verspottung, Einschüchterung und Anspornung derjenigen Arbeiter oder Angestellten, deren Benehmen bei der Arbeit oder im Leben den Kommunisten nicht gefiel, nicht genügend „sowjetisch" war. Die Mitarbeiter der Wandzeitungen waren Arbeiter und Angestellte der betreffenden Arbeitsstelle; es schrieben nicht nur Kommunisten und die dem Kommunismus Sympathisierenden, sondern auch jeder Unparteiische, der etwas schreiben konnte, wurde zwangsweise zur Mitarbeit hinzugezogen (jede Weigerung wurde als verdächtig und sowjetfeindlich aufgefasst).

Ebenso wie in der Stadt, wurde auch *auf dem Lande* bolschewistische Agitation und Propaganda betrieben. Noch zwei Tage vor Ausbruch des Krieges zwischen Grossdeutschland und der Sowjetunion konnte man im Zentralorgan der Partei folgendes über die Zwekke der politischen Agitation auf dem Lande lesen:[4] „Brennpunkt der Agitation auf dem Lande muss sein: der konkrete, zweckmässige, politisch scharfe Kampf für die Hebung der Produktion ... für die rechtzeitige Ernte und ihre gute Aufbewahrung, der Kampf ... für das wohlhabende Leben der Arbeiter der Maschinen-Traktoren-Stationen ..., der Sowjetwirtschaften, der neuen, in Genossenschaften der gemeinsamen Bodenbearbeitung oder in Artellen vereinigten Arbeitsbauern... Das Fundament unserer bolschewistischen Agitation auf dem Lande muss sein: eine allseitige und eingehende Erklärung der Partei- und Regierungsbeschlüsse und die Mobilisierung der Massen zur hundertprozentigen ... Ausführung dieser Beschlüsse ... Diese Arbeit muss *unablässig jeden Tag, sogar jede Stunde* verrichtet werden, zu dieser Arbeit muss jeder sowjetische Aktivist auf dem Lande herangezogen werden, der vorbereitet ist und die Arbeit des gemeinsamen Zeitungslesens, der individuellen und massenhaften Agitation

durchzuführen versteht; *diese Arbeit muss jeden einzelnen Landarbeiter, jeden einzelnen Arbeitsbauern umfassen.* Es genügt nicht, wenn man dieser Arbeit, wenn auch systematisch, nur Sonntage widmet oder sie nur in den Räumen ... der Klubs, der Volkshäuser, der Bibliotheken, der Gemeindevollzugskomitees und der roten Ecken durchführt. Einberufungen gut vorbereiteter Versammlungen ... und Konferenzen genügen nicht ... Die Agitationsarbeit muss *systematisch jeden Tag vor der Arbeit, in der Mittagszeit, am Abend nach der Arbeit,* in jeder Maschinen-Traktoren-Station ..., in jeder Sowjetwirtschaft, Genossenschaft der gemeinsamen Bodenbearbeitung, in jedem Molkereipunkt, in jedem Punkt der obligatorischen Produktenlieferung, in jeder Schule usw. durchgeführt werden. Die Arbeit muss nach Möglichkeit das Haus jedes einzelnen neuen Arbeitsbauern*) umfassen. Besonders muss man dafür sorgen, dass die Arbeit der individuellen und massenhaften Agitation gerade auf der Arbeitsstelle — *auf den Feldern und Wiesen* — durchgeführt wird, da, wo sich an den Arbeitstagen die Hauptproduktionsprozesse der Landwirtschaft und der Viehzucht abwickeln ... Eine der wichtigsten Aufgaben der bolschewistischen Agitation ist — den Massen der Werktätigen die internationale und innere Lage der sozialistischen Heimat zu erklären, sie mit den laufenden Ereignissen bekannt zu machen ... Man muss über die kapitalistische Einkreisung erzählen, über die Errungenschaften der besten Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften berichten" ... usw.

1. Die Presse.

Der Inhalt der bolschewistischen Presse (eine andere Presse gab es in Lettland in der Bolschewistenzeit nicht!) war nur der Einprägung der kommunistischen Lügen und der „Erziehung" der Bevölkerung nach den neuen kommunistischen Grundsätzen gewidmet. In jeder Zeitungsnummer beschimpfte man die frühere

*) D. h. der Bauern, die auf Kosten der grösseren Bauern von der Bolschewistenregierung 10 ha Land bekommen hatten.

Staatsordnung Lettlands und kritisierte das Leben der „kapitalistischen" Welt, d. h. der ganzen Welt ausserhalb Sowjetrusslands. Vor den Bolschewisten war ein grosser Teil jeder Zeitungsnummer, zumeist mehrere Seiten, den Auslandsnachrichten gewidmet, besonders seit dem Ausbruch des gegenwärtigen Weltkrieges. Während der Bolschewistenherrschaft blieb von den Auslandsnachrichten in den grössten Zeitungen nur eine Seite oder sogar noch weniger. Es waren da nur kurze amtliche Nachrichten über den Krieg und grosse Propagandaartikel, z. B. mit folgenden charakteristischen Überschriften*) zu finden: „Die schwere Lage der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Staaten", „Hunger in Europa", „Welche Opfer fordert der moderne Krieg", „Was ich in Spanien sah", „Das Steigen der Lebenshaltungskosten in verschiedenen Staaten", „Millionen von Arbeitslosen in den kapitalistischen Staaten", „Die Tragödie der Kinder in den kapitalistischen Staaten", „Die Verfolgung der Arbeiter in den kapitalistischen Staaten", „Hunger, Arbeitslosigkeit, Armut in Spanien", „Den Arbeitern die Kriegszwangsarbeit, den Kapitalisten das Paradies", „Arbeitslosigkeit, Armut und unerträgliche Steuern in Schweden", usw. Gut und wohlhabend konnte ja die Bevölkerung selbstverständlich nur in der Sowjetunion leben, in der übrigen Welt gab es nur Qualen, Ausbeutung, Sklaverei und Tod. Dieser grundsätzliche Unterschied sollte allmählich der Bevölkerung durch die Presse und verschiedenartige andere Propagandamittel eingeprägt werden.

Beliebt war in der lettischen bolschewistischen Presse die kritische Beleuchtung der wirtschaftlichen Lage Finnlands, auch Schwedens. So z. B. konnte man

*) Über die Überschriften in der bolschewistischen Presse äusserte sich (am „Festtag der bolschewistischen Presse") ein Mitglied des Präsidiums des Obersten Rates der Lettländischen SSR (ein „Unparteiischer") folgendermassen: „Man müsste die *einförmigen und scharf klingenden Überschriften* vermeiden. In mancher Nummer sind 4—5 solche Überschriften zu finden, und *man fühlt sie wie das Pfeifen der Peitschenschnur in der Luft.* Unser Volk ist arbeitsam und empfindsam, das Anspornen zur Arbeit darf *nicht so scharf, nicht in Befehlsform* geschehen." (Padomju Latvija, vom 5. Mai 1941.)

im Februar 1941 über Schweden folgendes lesen[5]: *„Es wächst in Schweden die Arbeitslosigkeit.* Im ganzen Staat sind amtlich schon 100.000 Arbeitslose erfasst worden... Aber auch diese Zahl ist weit von der Wirklichkeit entfernt... *Die Steuern sind in Schweden bis zum äussersten erhöht worden...* Die Steuern sind in den letzten 5 Jahren dreimal grösser als früher geworden. Es ist charakteristisch, dass die Mittel, die man durch die Steuern gewinnt, nicht in die Staatskasse fliessen, sondern in den „landwirtschaftlichen Hilfsfonds", d. h. *in den Taschen der Gutsbesitzer und Kulaken verschwinden...* Der Wert der Nahrungsmittelration ist in der Zeit von 1935 bis Ende 1940 um 770 Kronen gestiegen, aber der nominelle Arbeitslohn ist in derselben Zeit nur um 130 Kronen gehoben worden. Für das Jahr 1941 ist eine weitere Verschlechterung des Lebensniveaus der Werktätigen in Schweden vorauszusehen. Jedoch *die Einkommen der Bourgeoisie sind stark gewachsen.* Das Einkommen der Privatpersonen ist im Jahre 1940 um 30% höher geworden. Obgleich im Jahre 1940 die Ernte sehr niedrig stand, ist das Einkommen in der Landwirtschaft um 600 Millionen Kronen gestiegen. Mit anderen Worten: *die Kulaken haben die Missernte ausgenutzt,* haben die Preise des Getreides und der Futtermittel stark erhöht und haben 600 Mill. Kronen in ihre Taschen gesteckt."

Über Finnland (das die Sowjetunion 1939/40 ganz zerstören wollte und dessen gänzlicher Untergang nach dem russisch-finnischen Kriege nur ein wenig aufgeschoben war) äusserte sich die lettische bolschewistische Presse im Juni 1941 wie folgt[6]: *„... Hunger, Armut und Zusammenbruch haben drohenden Umfang erreicht...* Die Staatsschulden betragen nicht weniger als 35 Milliarden Mark. Die Goldvorräte der Bank von Finnland haben sich in einem Jahre fast um die Hälfte verringert... Im Aussenhandel ist eine fast völlige Erstarrung eingetreten. Die Versuche der regierenden Kreise, den wirtschaftlichen Zusammenbruch zu bekämpfen, haben sich hauptsächlich auf den Abschluss neuer Anleihen, auf die Einführung neuer Steuern, auf die Senkung des Arbeitslohnes und auf die *Hebung der Preise*

beschränkt... In vielen Gebieten hat sich die Viehzahl um 85—90% verringert... Suppe ist zur Hauptspeise in Finnland geworden... Die Preise steigen, und es entwickelt sich die Spekulation. Die Presse kann das Elend der Werktätigen nicht verbergen... Die Arbeitslosigkeit wächst... Das Bauerntum befindet sich in keiner besseren Lage... Saatgut ist wenig vorhanden... Zugkraft fehlt. Die Pferde sind herabgekommen, denn es fehlt an Futtermittel... Finnland fühlt auch den scharfen Mangel an Kunstdünger..." So schrieb die Sowjetpresse über das Land, das die Moskauer Bolschewistenregierung selbst durch ihren plötzlichen Angriff ruiniert hatte. Aus solchen Zeitungsartikeln sollten die Leser folgende Belehrung ziehen: Finnland kann nur durch einen Anschluss an die Sowjetunion Rettung finden; die Bürger Sowjet-Lettlands sollten an ihr Glück, an die Zugehörigkeit zur Sowjetunion denken; in Sowjet-Lettland (das dem Ruf der Sowjetunion im Juni 1940 gefolgt und sich ergeben hatte) war das Leben gut, aber in „ungehorsamen" Ländern wie Finnland (und überhaupt in „kapitalistischen" Ländern) war das Leben unerträglich! — Trotz dieser so aufdringlichen, groben und unablässigen Propaganda wusste die Bevölkerung Lettlands schon nach einigen Monaten Bolschewistenherrschaft ganz genau, dass das Leben nirgends so schlimm wie im Sowjetstaate sein kann!

Die geringe Wirkung der bolschewistischen Propaganda ist aus folgendem kleinen Beispiel zu ersehen. Die Presse berichtete[7] (an sichtbarer Stelle im Februar 1941) über das Steigen der Lebenshaltungskosten im Auslande: während des ersten Kriegsjahres, vom September 1939 bis zum September 1940 sollten die Lebenshaltungskosten in Rumänien um 38,74%, in Norwegen um 24,28%, in Finnland um 20,54%, in Schweden um 15,2%, in der Schweiz um 10,85% gestiegen sein. *Die Zeitung erwähnte aber nicht, dass in Sowjetlettland von der bolschewistischen Regierung im Oktober-November 1940 die Lebenshaltungskosten plötzlich um ca. 200% erhöht worden waren!*

Als eine wichtige Eigentümlichkeit der bolschewistischen Presse hob der Staatsanwalt der Lettländischen

SSR E. Soldnieks am „Festtage der bolschewistischen Presse" (in seinem grossen Artikel „Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft und Presse") folgendes hervor: „Nur im sozialistischen Staate dient die Presse den wirklichen Volksinteressen. *Die bolschewistische Presse entlarvt beständig, systematisch und schonungslos diejenigen, die mit ihrer Tätigkeit oder Untätigkeit unser Emporstreben zum Kommunismus verzögern und schwächen.* Wenn man den Tag der bolschewistischen Presse, den 5. Mai erwähnt, muss stets die grosse Hilfe, die die Presse den Organen der Staatsanwaltschaft in der Entdeckung der Böswilligkeiten geleistet hat, besonders hervorgehoben werden. Von den Zeitungen hat die Staatsanwaltschaft viele ernste Winke erhalten, und das hat der Staatsanwaltschaft zum Anlass gedient, entsprechende Massnahmen zu ergreifen, und in einzelnen Fällen sogar Kriminalfälle einzuleiten ..."[8] Weiter folgte eine Aufzählung der „Böswilligkeiten", die mit Hilfe der Presse von der Staatsanwaltschaft entdeckt und später bestraft wurden (so z. B. wurden einige Ärzte bestraft, die die medizinische Behandlung in Notfällen verzögert hatten; für die Unordnung in der Rigaer Wohnungswirtschaft, für die Zerstörung der nationalisierten Sommerhäuser, für die Nichterhöhung der Arbeiterlöhne in den privaten Industriebetrieben usw. sind die Schuldigen dem Gerichte übergeben worden). — Wer in der bolschewistischen Presse irgendwie missbilligend erwähnt wurde (und das geschah fast in jeder Zeitungsnummer), dem drohte Entlassung, Gericht und Gefängnis und oft noch viel mehr.

Ebenso wie in der sowjetrussischen Presse wurde auch in den Zeitungen Sowjetlettlands die „geniale" und „einzigartige" Persönlichkeit Stalins masslos verherrlicht. So konnte man z. B. anlässlich des 61. Geburtstages Stalins, in einem grossen Leitartikel folgendes lesen:[9] „... Stalin! Wir haben keinen teureren ... Namen ... Stalin! Dieser Name ist zum Symbol der wahren Freiheit und des menschlichen Glückes für die Werktätigen des Erdballs geworden. Der Metallarbeiter in Detroit und der Schiffbauer in Sidney, die Textilarbeiterin in

Shanghai und der Seemann in Marseille, der Fellache in Ägypten und der indische Bauer an den Ufern des Ganges — sie alle sprechen mit Liebe von Stalin ... Unser Land, das früher arm und elend war, ist ein starkes, reiches Land geworden ... Als grosser Wissenschaftler bereicherte er die Wissenschaft aller Wissenschaften — Marxismus-Leninismus — mit Entdeckungen, die eine kolossale geschichtliche Bedeutung haben ... Er selbst ist ein tiefer Theoretiker und Denker ... Heute grüsst das Sowjetland, grüssen die Millionen der Werktätigen in der ganzen Welt den Führer der Völker, den grossen Begründer des Kommunismus. Die besten Gedanken, Gefühle und Wünsche der Völker der UdSSR sind Stalin, dem bedeutendsten Menschen unserer Zeit, zugewendet ... Stalin — unsere Fahne! Stalin — unser Glück! ..."

In der „kapitalistischen" Zeit dienten die Zeitungen in Lettland (genau so wie in den übrigen Ländern der Welt — mit Ausnahme von Sowjetrussland) auch zur Unterhaltung des Lesers; in der Presse konnte man Feuilletons, Anekdoten, Humor, verschiedene kleine interessante Artikel über das ausländische Leben, Karikaturen und zahlreiche Information über die Ereignisse und über den Krieg im Auslande finden. Die Zeitungen waren interessant. Die bolschewistische Presse jedoch war durch das Gegenteil gekennzeichnet — durch ihre ausserordentliche Langweiligkeit und Ungeniessbarkeit. Alles, was die erdrückende Mehrheit der Leser interessieren konnte, war aus den Zeitungen ausgeschlossen. Die beliebtesten Themen der sehr schwerfälligen und langweiligen Zeitungsartikel waren: die Geschichte der kommunistischen Partei, Hebung der Arbeitsdisziplin und der Produktivität der Arbeit, verschiedene Industriethemen, Erfüllung der Produktionspläne, Verherrlichung Sowjetrusslands, Stalins und seiner Staatsverfassung und das Beschimpfen und Kritisieren der „kapitalistischen" Welt und des Freistaates Lettland. Man brauchte nicht viel Zeit, um solche Zeitungen zu lesen, man las gewöhnlich nur die Nachrichten über den Krieg und die Politik im Auslande. Man hatte keine Freude mehr daran, Zeitungen zu lesen.

2. Literatur.

Ausser den rein technischen, praktischen und wissenschaftlichen Büchern erschienen während der Bolschewistenherrschaft in Lettland kein Buch und keine Broschüre, die nicht irgendein Propagandaziel hatten. Die Herausgabe von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften war Monopol des bolschewistischen Staates; private Unternehmen waren ganz ausgeschlossen. Über die Tätigkeit des Lettländischen staatlichen Verlages der sozialen und ökonomischen Schriften berichtete man (im April 1941) z. B. folgendes:[10] Seit September 1940 sind schon 50 Bücher herausgegeben worden. In grösster Auflage (in 50.000 Exemplaren) ist Stalins Werk „Über die Grundlagen des Leninismus" erschienen. Ausserdem: das Buch Lenins „Imperialismus als höchste Phase des Kapitalismus" (35.000 Exempl.); „Stalin und die Rote Armee" von Woroschilow (30.000 Exempl.), usw. In allernächster Zeit wird die Verfassung der Lettländischen SSR in lettischer und russischer Sprache erscheinen; in denselben beiden Sprachen wird die dritte Auflage der Verfassung der UdSSR vorbereitet. Von den vorgesehenen 13 Broschüren der antireligiösen Bibliothek sind schon 9 herausgegeben; in den nächsten Tagen erscheint die Broschüre „Mythus über Christus und das Christus-Fest." Der Roten Armee sind die Ausgaben „Unsere Heimat" und „Der zweite imperialistische Krieg" gewidmet; in Vorbereitung befinden sich: „In den Kämpfen für das sozialistische Vaterland" und „Die UdSSR — sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern". Eine Reihe Bücher ist der MOPR (d. h. Internationale Organisation der Hilfe für die Revolutionäre) und den Fragen der internationalen Solidarität gewidmet, z. B. „Die Kämpfer der Revolution" (35.000 Exempl.) u. a. In Vorbereitung befinden sich verschiedene Gesetzbücher der UdSSR. — Gleichzeitig mit dem Staatsverlag werden viele Bücher auch vom Parteiverlag herausgegeben; das bedeutendste Buch ist die „Kurze Geschichte der Kommunistischen Partei der Union" (50.000 Exempl.).

Die Tätigkeit des Lettländischen staatlichen Verla-

ges der schönen Literatur sah im März 1941 etwa wie folgt aus.[11] Im Bericht liest man: Bisher sind 64 Bücher herausgegeben worden, aber bis Ende März werden weiter mehr als 30 Bücher erscheinen. Die Auflage der meisten Bücher übersteigt 8000 Exemplare. Der Roman „Wie härtet man Stahl"[11a] von N. Ostrowski wird sogar in 30.000 Exemplaren gedruckt (der amtliche Bericht bemerkt, dass in der Zeit des alten Regimes die Auflage der Bücher der schönen Literatur selten 2—3000 Exemplare überstieg). Der Roman „Der stille Don" von Scholochow ist schon in zweiter Auflage erschienen. Es sind auch einige Werke von Gorkij herausgegeben worden. Im zweiten Viertel dieses Jahres erscheint das Buch über Stalin von Barbusse, die auserlesenen Werke von Lermontow, Heine, Voltaire und Swift.

Von lettischen Schriftstellern wurden nur Werke herausgegeben, die das „schwere" Leben der Bevölkerung Lettlands unter dem alten Regime schilderten, die Kämpfe und Qualen der Kommunisten darstellten oder die Sowjetmacht und die Sowjetunion lobten. Fast alle übrigen lettischen Schriftsteller (und das war die erdrückende Mehrheit der Schriftsteller) wurden aus der Schriftstellervereinigung ausgeschlossen und ihre Werke wurden nicht mehr herausgegeben (obgleich gerade nach den Werken dieser nationalen Schriftsteller während der Bolschewistenherrschaft eine sehr grosse Nachfrage bestand) oder sie wurden sogar ganz verboten. Anlässlich der Eröffnung der Vereinigung der Schriftsteller Sowjetlettlands erklärte der Volkskommissar der Volksaufklärung folgendes[12]: *„Die Regierung Sowjetlettlands wird alle diejenigen unserer Schriftsteller unterstützen, welche in ihren Werken das bisherige schwere Leben unserer Werktätigen zeigen werden,* und die das freie Leben, ein Leben voll Arbeit und Arbeitsbegeisterung, das es in Zukunft in unserem grossen Vaterland — in der Sowjetunion — geben wird, schildern werden." — Von ausländischen Schriftstellern übersetzte man nur Werke, die Ausbeutung oder Mängel der „kapitalistischen" Welt und den Kampf gegen die „Unterdrücker" zeigten.

Im März 1941 war in der Zeitung auf der ersten Seite folgende Bekanntmachung[13] zu lesen (unter der Überschrift „Versprechen der Schriftsteller"): „Auf Anregung der „Padomju Latvija" hin, ein Lied über das freie lettische Volk und über dessen grossen Freund und Führer der Werktätigen der ganzen Welt, J. W. Stalin, zu schaffen, haben sich die unten unterzeichneten Mitglieder der Vereinigung der Schriftsteller der Lettländischen SSR entschlossen, dieses Lied in Monatsfrist zu erdichten." Es folgten die Unterschriften von 11 lettischen Schriftstellern; der grösste Teil von ihnen war kommunistisch gesinnt, aber einige waren auch früher ziemlich bekannte Schriftsteller, von denen einer kurz vor der Bolschewistenherrschaft sogar eine bedeutende nationale Prämie für seine Werke bekommen hatte. Auch die Schriftsteller wurden von den Bolschewisten gezwungen, Stalin zu verherrlichen, obgleich Stalin nicht der „grosse Freund", sondern in Wahrheit der grösste Feind des lettischen Volkes (und auch der Völker der übrigen Welt) ist! Eine gewisse Rolle spielten hier vielleicht auch die Aussichten, die gehorsame Schriftsteller eventuell von der bolschewistischen Regierung erwarteten.

Kurz vor der Vertreibung der Bolschewisten aus Lettland veröffentlichte man einen Wettbewerb[14] für Maler und Bildhauer. Die Themen für die Maler waren folgende: 1) Die Proklamierung Sowjetlettlands auf der Sitzung der Saeima im Jahre 1940 (Länge des Gemäldes — 6 Meter). 2) Der neunte Parteitag der LKP im Jahre 1941 (Ausmass 2—3 Meter). 3) *Die Versteigerung einer Jungwirtschaft*)* (in den Jahren des alten Regimes!). 4) Die illegale Druckerei der „Cīņa" bei der Arbeit. Die Themen für die Bildhauer waren: die Büsten Stalins und Lenins, der Rotgardist u. a. — Wer an diesen Wettbewerben teilnahm und prämiiert wurde, der konnte auf ein ziemlich sicheres und erträgliches Leben hoffen.

---

*) In der Beleuchtung der bolschewistischen Lügenpropaganda war ja das Leben der Bauern unter dem alten Regime, besonders der kleinen Bauern, nur eine ununterbrochene Qual und ein einziger wirtschaftlicher Zusammenbruch.

Auch Schauspieler wurden veranlasst. nur in solchen Schauspielen mitzuwirken, deren Inhalt der Bürgerkrieg in Russland während der Bolschewistenrevolution, der Kampf gegen irgendwelche Unterdrücker, oder die Verherrlichung der Sowjetmacht war. Andere Schauspiele gab es nicht mehr. — Mehrere Schriftsteller und Komponisten wurden Anfang 1941 sogar gezwungen, Text und Musik für eine neue sowjetische lettische Oper auszuarbeiten.

Es muss noch bemerkt werden, dass die Wirkung der bolschewistischen Literatur und Kunst auf die Bevölkerung noch dadurch wesentlich verstärkt wurde, dass gleichzeitig mit der Flut der Propagandaliteratur *die alte Literatur* (aus den Zeiten des Freistaates Lettland oder sogar noch früheren Zeiten) *massenhaft aus dem Buchhandel und den Bibliotheken herausgenommen wurde;* Hunderttausende und Millionen Bücher wurden vernichtet (oder sollten vernichtet werden). Wenn die Bolschewistenherrschaft in Lettland länger gedauert hätte, wäre bald eine Zeit gekommen, wo man nur noch kommunistische Literatur haben konnte. Die Folge, besonders für die Jugend, darf nicht unterschätzt werden.

Die bolschewistische Propaganda wurde auch noch dadurch gefördert, dass man die Preise der Bücher relativ niedrig hielt (wegen der grossen Auflagen war das ja auch leicht möglich), während die Preise anderer Waren (im Vergleich mit den vorbolschewistischen Preisen) sehr erhöht wurden.

Die Werke der lettischen bolschewistischen Schriftsteller (Bellestristen) waren sehr minderwertig. Das betonten selbst die bolschewistischen Machthaber. So z. B. sagte der Vorsitzende des Organisationskomitees der Vereinigung der Schriftsteller in seiner Rede auf dem Kongress der lettischen Schriftsteller in Riga im Juni 1941 (als die Bolschewisten schon ein Jahr in Lettland geherrscht hatten): „Es muss zugegeben werden, dass unsere Arbeit auch Mängel aufweist: *Die Schriftsteller Sowjetlettlands haben noch kein grösseres Werk geschrieben,* wo die Entwicklung der sozialistischen Ordnung in den Städten und auf dem Lande dargestellt

wird. Am liebsten verweilen die Schriftsteller bei vergangenen Zeiten und berühren nur in ein paar kurzen Hinweisen, *protokollmässig*, das Zeitgeschehen. Die Vielseitigkeiten des Lebens sind aus den Schriften nicht zu entnehmen... Nicht einmal ein zeitgemässer Held ist geschaffen worden..."[14a]. — Die Herrschaft und Tätigkeit der Bolschewisten ist eben nicht im Stande, eine wertvolle Belletristik hervorzurufen; die wahre dichterische Arbeit wird durch den Bolschewismus nur gänzlich zerstört und unterdrückt.

3. Rundfunk.

Ein sehr wichtiges Mittel der bolschewistischen Propaganda war der Rundfunk. Mit Ausnahme von einem Teil der Musik, war fast das ganze Rundfunkprogramm der Propaganda gewidmet. Durch Hörspiele, Vorlesungen, „revolutionäre" Lieder und zum Teil auch durch Musik wurden die Hörer in gewünschter Richtung ununterbrochen geführt. Der Inhalt des Rundfunkprogramms kann durch folgendes Beispiel charakterisiert werden. Im Rundfunkprogramm Lettlands für die Zeit vom 23. März bis zum 29. März 1941 (also für 1 Woche) wurden folgende soziale und politische Fragen behandelt[15]: „Arbeitermorgen" (Leben Lenins); kurze halbe Stunde — politische Fragen; kurze halbe Stunde — die werktätige Frau; die Geschichte der kommunistischen Partei der UdSSR und Fragen über Marxismus-Leninismus; aktuelle Fragen; antireligiöse Propaganda; politische Terminologie; Gedenken anlässlich des 55. Geburtstages des Revolutionärs S. M. Kirow (ein Bolschewistenführer, der 1934 in Leningrad ermordet wurde. A. C.); Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs im ersten Planjahrfünft; kurze halbe Stunde — die Stachanowarbeiter. Alle diese Vorlesungen waren der bolschewistischen Propaganda gewidmet. Der Propaganda dienten auch die Hörspiele und die Vorlesungen für Lehrer und Schulen (für Schüler waren Vorlesungen über folgende Themen bestimmt: Wie lernten Lenin, Stalin, Molotow, Gorkij). Einen bedeutenden Platz in der Musik nahmen die sowjetrus-

sischen und die alten russischen Komponisten und russischen Volkslieder ein. — Der Rundfunk hatte im Frühjahr 1941 ca. 170.000 Abonnenten. Dieselbe Auflage hatte das Rundfunkprogramm (die „Radiowelle"). Neben dem Programm wurden in dieser Zeitschrift die Biographien Lenins und anderer Bolschewistenführer, die Schilderungen des Bürgerkrieges in Sowjetrussland, verschiedene sowjetrussische Erzählungen und Kurse der russischen Sprache (für Letten) gebracht.

4. Schulen.

Mit der kommunistischen Erziehung, der Verkrüppelung und Vergiftung der Kinder wurde schon im Kindergarten und in den ersten Klassen der Grundschule begonnen. Die Leiter der Schulen und alle Lehrer[15a] wurden gezwungen, statt der früheren Erziehung im nationalen, bürgerlichen Geiste, statt der Erklärung und Stärkung der Ideen des unabhängigen Freistaates Lettland und der nationalen autoritären Regierungsform — jetzt die ihnen ganz fremde kommunistische Lehre zu predigen und den fremden und blutigen Tyrannen Stalin zu verherrlichen. Gleichzeitig musste die bisherige Staatsverfassung, musste der Freistaat Lettland beschimpft und kritisiert werden. *Alle früheren Schulbücher wurden als ungültig erklärt*, es mussten ganz neue geschrieben und gedruckt werden, damit den Schülern der neue Geist ununterbrochen eingepaukt werden konnte. Man kann sich vorstellen, wie diese plötzliche gewaltsame Veränderung auf die feinfühligen Lehrer, die etwas älteren Schüler und ebenso auf die Eltern der Schüler einwirken musste. Der Verfasser dieser Abhandlung hat damals mit national gesinnten Lehrerinnen gesprochen, die weinten und ganz verzweifelt über diese niederträchtige Vergewaltigung ihrer menschlichen Würde und ihre Erniedrigung sprachen. Viele Lehrer wurden von den Bolschewisten entlassen (oder in einen anderen Ort versetzt) und an ihre Stelle kamen marxistisch gesinnte Lehrer, die früher etwas zurückgesetzt waren. Die Stelle freiwillig verlassen, konnten viele Lehrer der materiellen Not wegen nicht, ausserdem wäre

eine derartige Handlungsweise gefährlich gewesen, weil man das als eine sowjetfeindliche Handlung angesehen hätte; man blieb im Amte und wartete auf bessere Zeiten, obgleich das Leben der Lehrer sehr schwer war.

Wie schwer es den Lehrern fiel, im neuen kommunistischen Geiste zu arbeiten und sich dem Kommunismus anzupassen, kann z. B. aus der Rede[16] des Leiters einer Grundschule in Riga (eines national gesinnten Mannes) ersehen werden (die Rede wurde auf der Versammlung der Schüler, Lehrer und der Eltern der Schüler anlässlich des Anfangs der Schulzeit am 23. September 1940 gehalten): „Der Tag ist gekommen, der Tag, der anders aussieht als die gewöhnlichen Tage — der erste Schultag... Wir alle wissen, welche Veränderungen in unserem Staate geschehen sind... Mitte Sommer marschierte in unser Land die mächtige Rote Armee ein — die Trägerin und Beschützerin der Freiheit der Werktätigen. Diese Armee gab auch unserem Lande die Freiheit — unseren Arbeitern und Bauern... Wir haben jetzt einen freien Staat, wo es keine Herren und Knechte mehr gibt; darum werden wir auch dieses Wort „Herr" nicht mehr gebrauchen, weil alle gleich sind — wir sind Genossen... Unser freier Staat hat sich den anderen gleichen, freien Staaten der Werktätigen in der grossen Union — der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken — angeschlossen und darum sind gross und weit auch die Grenzen unseres Landes. Wenig haben wir bisher über diese grosse Sowjetunion, unsere gegenwärtige weite Heimat, gewusst. Wenig sind uns deren Führer — Stalin, Lenin, Kalinin, Molotow, Woroschilow und andere — bekannt. In diesem Raume sehen Sie ihre Bilder: ... Man wird jetzt viel Neues lernen müssen... über die Führer der Werktätigen der Welt. Wir haben eine neue Staatsverfassung, die Verfassung des grossen Genossen Stalin, eine neue Staatsführung, eine neue Staatsfahne... Die neue rote Fahne ist die Fahne des Kampfes und der Siege, mit dem Zeichen der Sichel und des Hammers"... usw. Die Rede schloss mit den obligatorischen Worten: „Es lebe die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken! Es lebe der Führer der Werktätigen Genosse Stalin! Es

erklinge die Hymne der Werktätigen der ganzen Welt, die „Internationale"!"

Obwohl der grössten Mehrheit der Lehrer und Schulleiter die Sowjetunion und ihre Führer, die neue Staatsordnung in Lettland tief verhasst waren, waren sie doch gezwungen, immer über die „Befreiung" Lettlands, über den „geliebten" Stalin, über die neue „grosse Heimat" (d. h. die Sowjetunion) den Schülern zu erzählen. Trotz dieser ununterbrochenen Belehrungen, verstanden die Schüler der älteren Klassen der Grundschule, die Schüler der Gymnasien und Studenten der Universität und anderer Hochschulen ganz gut, dass die neue Staatsordnung und die Bolschewistenherrschaft nur Betrug, Versklavung und Beraubung bedeuten, und gaben ihren Gefühlen häufig dadurch Ausdruck, dass sie heimlich irgendwelche spöttische und die Bolschewisten schmähende Aufschriften auf den Hauswänden, auf den Zäunen, auf der Klassentafel schrieben, die Büsten Stalins in der Schule zerschlugen, die roten Dekorationstücher herunterrissen, den Text der kommunistischen Lieder verunstalteten usw. Dafür wurden viele Schüler bestraft und häufig verhaftet, zu Zwangsarbeiten verurteilt und sogar ermordet.

Andererseits, mehr Erfolg hatten die Kommunisten bei den kleinen Kindern, die den Kindergarten oder die ersten Klassen der Grundschule besuchten. Diese Kinder konnten z. B. mit demselben Interesse die lettische Staatshymne oder die „Internationale" singen. Der Verfasser kennt eine Familie in Riga, wo die Eltern in der Bolschewistenzeit mit Trauer anhören mussten, wie ihr kleines Söhnchen in der Wohnung „revolutionäre" Lieder (mit blutdürstigem Text über die Vernichtung der Bourgeois usw.) sang. Die Lieder hatte das Kind im Kindergarten gelernt, und es war gefährlich, dem Kinde das Singen zu verbieten; es konnte das im Kindergarten erzählen, und das konnte dann schwere Folgen für die Eltern haben.

Alle Schulbücher waren in der Bolschewistenzeit neu zusammengesetzt oder aus dem Sowjetrussischen übersetzt (in allen Schulen wurde das Lernen der russischen Sprache obligatorisch gemacht). Auch die

Schulbücher wurden für die bolschewistische Propaganda benutzt. So z. B. im Schulbuch der Arithmetik waren folgende Aufgaben zu lesen:[17] „Am Ende des zweiten Planjahrfünfts befanden sich in allen Kindergärten der UdSSR 4.271.000 Kinder. In derselben Zeit waren in allen Kindergärten Frankreichs nur 407.000 Kinder, in den Vereinigten Staaten von Amerika 639.000 Kinder, in Japan 143.000 Kinder. Wieviel Kinder waren in dieser Zeit in den sämtlichen Kindergärten der UdSSR mehr, als insgesamt in den Kindergärten Frankreichs, der Vereinigten Staaten und Japans?" (Aufgabe 105). Oder: „In 6 Monaten des Jahres 1936 haben die kinderreichen Familien der UdSSR 203.400.000 Rubel Unterstützung bekommen, in den 9 Monaten des Jahres 1937 — 875.700.000 Rubel. Um wieviel Rubel, im Vergleich mit dem vorigen Jahr, ist die durchschnittliche monatliche Gesamtsumme der Unterstützung gewachsen?" (Aufgabe 106).

Statt der Geschichte Lettlands wurde in der Bolschewistenzeit in den Schulen die Geschichte der UdSSR gelehrt. Selbstverständlich war da alles nur vom kommunistischen Standpunkt beleuchtet. So z. B. war in einem Schulbuche der Geschichte der UdSSR folgendes zu lesen[18]: „Die Gutsbesitzer sogen wie die Spinnen aus den Bauern alles heraus, was sie konnten. Am Ende des 19. Jahrhunderts war die Hälfte der Bauern zu Bettlern gemacht: entweder hatten sie kein Pferd oder ein ganz abgeschundenes Pferd ... Nicht nur die Gutsbesitzer beraubten und unterdrückten die Bauern, sondern auch die Kulaken ..." — „Das Leben der Arbeiter war nicht besser. Die Industriellen und Fabrikanten zwangen die Arbeiter, nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen und Kinder, täglich 13—14 Stunden zu arbeiten. Häufig dauerte der Arbeitstag 17—18 Stunden ... Für diese Zwangsarbeit zahlte man Groschen, denn viele Hungernde standen an den Toren der Fabriken und Werkstätten und baten, ihnen Arbeit zu geben ..." — Die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Vernichtung der selbständigen Bauern in Russland wurden folgendermassen geschildert: „Die Partei verstand nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten

den Bauern die enormen Vorzüge der Kollektivwirtschaften im Vergleich mit den Kleinwirtschaften zu zeigen. Die Sowjetregierung schickte viele Traktoren auf das Land, Mähdrescher und andere Maschinen ... Als die Kulaken sahen, dass die Kolchosen sie zu vernichten drohten, fingen sie an, der Organisierung der Kolchosen Widerstand zu leisten ... Aber die Partei der Bolschewisten ... half dem Bauerntum, den Widerstand der Kulaken zu brechen und sie zu vernichten. Die Kolchosen wuchsen, wurden stark und näherten sich rasch einem glücklichen und wohlhabenden Leben ..." — Über die „Schädlinge": „... Schädlinge waren auch im Innern des Landes ... Sie wollten die Rückkehr der Kapitalisten in unser Land. Sie bereiteten einen neuen Krieg gegen die UdSSR vor. Die Sowjetmacht hat die Schädlinge ergriffen und hart bestraft. Daraufhin begannen Arbeiter und Bauern ihre Rote Armee fleissiger zu stärken und zu bewaffnen und *halfen den Tschekisten, die Feinde des Sowjetvolkes zu entlarven* ..." — Noch einige Zitaten: *„In keinem Lande der Welt werden so viel Bücher und Zeitungen herausgegeben wie in der UdSSR* ..." — „Die Sowjetunion ist so stark und mächtig wie kein anderer Staat in der Welt. Sie ist stark mit ihrer Roten Armee, die mit den Errungenschaften der modernsten Technik und Wissenschaft bewaffnet ist. Sie ist berühmt mit ihren Marschällen und Kommandeuren, mit ihren heldenhaften Kämpfern — den Rotarmisten. ... Die Sowjetunion ist die sozialistische Heimat der Werktätigen der ganzen Welt ... Die Arbeiter der ganzen Welt sind von der UdSSR begeistert und wünschen ihr die besten Erfolge ..., diese Unterstützung macht die UdSSR noch mächtiger ..." — Die Eingliederung der baltischen Staaten in die UdSSR wurde u. a. mit folgenden Worten geschildert: „Die neuen, unserer Heimat freundschaftlich gesinnten Regierungen Litauens, Lettlands und Estlands veranstalteten im Juli 1940 *freie Wahlen* für die Parlamente der baltischen Staaten ... *Die gewählten Deputierten ... beschlossen einstimmig, in Litauen, Lettland und Estland die Sowjetgewalt zu gründen* ... Seit dem September 1939, im Laufe eines Jahres wuchs infolge der Aussen-

politik der Sowjetregierung die Zahl der Bevölkerung der UdSSR um 23 Millionen Werktätige... Alle diese Errungenschaften erzielte die UdSSR *auf dem Friedenswege,* von den Völkern Bessarabiens, Nordbukowinas, Litauens, Lettlands und Estlands feurig unterstützt..."

Auch die Schüler (ebenso die Lehrer) wurden gezwungen, an den verschiedenen bolschewistischen Manifestationen teilzunehmen, z. B. am 1. Mai, am 7. November (Fest der Oktoberrevolution) usw. Anlässlich des Jubiläums der Oktoberrevolution im Jahre 1940 schrieb die bolschewistische Presse (unter der grossen Überschrift: „Die Aufgabe der Schulen — hundertprozentig an den Manifestationen teilzunehmen") folgendes:[19] *„Zum Feste der Oktoberrevolution müssen sich die Schulen mit der grössten Sorgfalt vorbereiten... In der Manifestation am 7. November werden Schüler vom 12. Jahre an teilnehmen.* ... Im sozialistischen Wettbewerb ist für Schulen und Klassen eine neue Aufgabe entstanden — *hundertprozentig an den Manifestationen teilzunehmen.* Die Schulen müssen bei der Herstellung von Plakaten wetteifern..." — In derselben Zeitungsnummer lesen wir noch: „Am 7. November wird die ganze Universität — Studenten und Professoren — an dem grossen Umzuge der Manifestation teilnehmen. ... An der Spitze des Umzugs der Studenten wird man die Bilder der Klassiker des Marxismus — Marx - Engels - Lenin - Stalin — tragen... Im Umzug werden 2—3 Orchester spielen... (Auf der Wand des Universitätsgebäudes) wird ein grosses Bild Stalin's befestigt werden..." usw.

Obgleich die Mehrzahl der Schüler und Studenten national und feindselig gegen die Kommunisten gestimmt war (es waren ja grösstenteils Söhne und Töchter von Bauern, Beamten und Angestellten, von Händlern, Handwerkern usw.), waren sie alle gezwungen, zu Ehren ihrer Unterdrücker stundenlang zu marschieren. Dasselbe mussten auch die Arbeiter und Angestellte tun; das Einzige, was alle diese Leute noch gegen die Kommunisten tun konnten, war, dass sie grösstenteils stumm an den Tribünen der bolschewistischen

Machthaber vorbeimarschierten und nicht „begeistert" die kommunistischen „Losungen" riefen, wie die Bolschewisten es forderten.

Der Verfasser dieser Abhandlung war Augenzeuge der grossen Aufregung einiger angesehener Sowjetangestellten (einer von ihnen war vor der Bolschewistenzeit selbständiger Fabrikant) in Riga, im Stadtteil Überdüna am Morgen des 1. Mai 1941. Die Angestellten waren ganz verzweifelt darüber, dass die Brücke über die Düna plötzlich zeitweilig für das Publikum gesperrt war, denn die Rote Armee marschierte über die Brücke. Diese unvorhergesehene Überraschung drohte die Ankunft der Angestellten zur Stelle der Versammlung ihrer Arbeitskollegen zum Aufmarsch in der bolschewistischen Manifestation zu verzögern, was mit grossen Unannehmlichkeiten verbunden war, denn die Beteiligung an der Manifestation war für jeden Angestellten und Arbeiter obligatorisch und die Namen derjenigen, die nicht erschienen, wurden von den Kommunisten vermerkt und die betreffenden Personen als antisowjetisch betrachtet.

In der Universität Lettlands wurden von den Bolschewisten grosse Veränderungen vorgenommen. Viele Professoren und Dozenten wurden entlassen, und eine Anzahl neuer Lehrkräfte (auch der Rektor der Universität) kamen aus der Sowjetunion — es waren lettische Kommunisten mit einer sehr minderwertigen Bildung. Ein ganz neuer Lehrstuhl wurde in allen Fakultäten errichtet — der *Lehrstuhl des Marxismus-Leninismus,* von wo aus die Weisheiten und Lehren Marx's, Lenin's und Stalin's gepredigt wurden. Dieses neue Fach erklärten die Kommunisten als die *einzige Grundlage aller Wissenschaften und des ganzen Universitätsunterrichts,* und dem Studium des Marxismus-Leninismus waren mehr Stunden gewidmet, als den wichtigsten wissenschaftlichen Fächern. Nicht nur alle Studenten, sondern auch alle Lehrkräfte mussten den Marxismus-Leninismus eifrig studieren (für die Lehrkräfte wurden besondere Vorlesungen veranstaltet). Der neue bolschewistische Rektor der Universität (ein wenig gebildeter Lette aus der Sowjetunion) und der Prorektor erklärten

im Februar 1941: „... aus der alten Universität des kapitalistischen Systems, deren charakteristisches Merkmal ein unsystematisches Arbeiten ... war, musste in kurzer Zeit *eine auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus fussende Universität* geschaffen werden. Das ist auch vollbracht worden".[20] — Diejenigen Studenten, die irgendwie offen ihre kritische Einstellung gegen den Bolschewismus zeigten, wurden streng bestraft, aus der Universität ausgeschlossen, oder sogar verhaftet und später zu Zwangsarbeiten verurteilt. So z. B. berichtet die Presse im Oktober 1940 folgendes:[21] „Mit Befehl Nr. 19 vom 24. Oktober hat der Rektor für ein offen feindseliges und demonstrativ-herausforderndes Benehmen während der Vorlesung über den Marxismus-Leninismus die Studenten Eriks Laimiņš und A. V. Golts ... (es folgen die Namen von noch drei anderen Studenten und die Aufzählung ihrer „Verbrechen") aus der Universität ausgeschlossen. Von allen Mächten, die die Geschichte der Menschheit kennt, ist die Sowjetmacht die h u m a n s t e (! A. C.) ... Schon mehrere Monate vollzieht sich die Arbeit der Demokratisierung und Reorganisierung der Universität. *Die theologischen Fakultäten sind liquidiert,* verändert ist das Programm des Unterrichtes, erneuert ist der Bestand der Lehrkräfte; gegründet ist der Lehrstuhl des Marxismus-Leninismus ... Die Mehrzahl der Studenten setzt sich jetzt noch aus den Mitgliedern der vermögenden Schichten (auch die Bauern — die Mehrzahl der Bevölkerung Lettlands — waren „vermögende" Schicht. A. C.) oder ihren Mitläufern zusammen ... Die Sowjetuniversität wird sich gegen die Übertreter der Disziplin und die Schädlinge *mit der grössten Härte wenden.* Sie haben keinen Platz in der Universität und werden auch keinen mehr haben ... *Alle Studierenden ... müssen Sowjetpatrioten sein ...*" Das „Verbrechen" der ausgeschlossenen Studenten war — dass sie während der Vorlesungen über den Marxismus oder während der Versammlungen irgendwelche direkt oder indirekt die Bolschewisten kränkende Bemerkungen über die kommunistischen lügnerischen Behauptungen machten oder den bolschewistischen „Professoren" verfängliche Fragen stellten.

Die traurige moralische Lage der Lehrer in den Schulen Lettlands während der Bolschewistenzeit wurde nach der Vertreibung der Bolschewisten folgendermassen geschildert („Izglitības mēnešraksts", Nr. 2 1942, S. 47): *„Die Lehrer ... gingen mit grosser Seelenqual zur Schule.* Wenn sie über die wunderbaren Errungenschaften der Sowjetunion erzählten, konnten diese Lehrer ihren Schülern nicht einmal offen in die Augen blicken." Ein damaliger Schüler erzählt in seinen Erinnerungen folgendes: „Bedauernswert waren diejenigen Lehrer, die in ihren Fächern das Sowjetregime loben mussten. Es kann nicht leicht sein, der Klasse das zu erzählen und zu erklären, was man selbst nicht glaubt und worüber man mit den Schülern selbst lachen muss ... Als die Lehrer gegen ihre Überzeugung uns von dem Leben im Sowjetlande erzählten, dann sparten wir gewöhnlich nicht mit ziemlich lauten und scharfen Bemerkungen. Die Lehrer beachteten diese unsere Bemerkungen und antworteten auf die ihnen gestellten Fragen nicht, denn es ist schwer, das zu verteidigen, woran man selbst nicht glaubt."

5. Moralische Erziehung der Kinder und der Jugend.

Die Aufgabe der kommunistischen Kinder- und Jugendorganisationen („Pioniere" und „Kommunistischer Jugendverband") war das Erziehen von Schülern, Studenten und der übrigen Jugend nach bolschewistischen Grundsätzen. Die Mitglieder und Leiter (gewöhnlich ungebildete Leute) dieser Organisationen bespitzelten und verrieten den Bolschewisten die national und antibolschewistisch gestimmten Schüler und Lehrer. Die Tätigkeit der bolschewistischen Jugendorganisationen (und ebenso aller anderen Partei- und Sowjetorgane und ihrer Funktionäre, die sich ins Schulleben einmischten) untergrub die Disziplin der Schüler und die Autorität der Lehrer.

Eine lettländische Lehrerin, die in einer Schule gearbeitet hatte, wo auch einige Kinder der aus der Sowjetunion nach Lettland gekommenen Rotarmisten lern-

ten, erzählt von diesen sowjetrussischen Kindern folgendes:[21a] „Im vorigen Schuljahre 1940/41 hatte ich Gelegenheit, einige Monate in einer Klasse zu arbeiten, in der 7 Kinder von Rotarmisten lernten. Am Anfang hatte ich für diese Arbeit ein lebhaftes Interesse; ich hoffte, dass alles gut gehen wird, weil ja die Disziplin dieser Sowjetschüler so berühmt gemacht worden war. Später musste ich erkennen, dass die Disziplin unserer Schüler unvergleichlich höher zu stellen ist, als die Disziplin in den Schulen der Sowjetunion, denn von diesen sieben Schülern drohte unser Schulgebäude umgestürzt zu werden. Diese Schüler hatten überhaupt keine Disziplin, weder in den Stunden, noch in den Pausen, noch auf der Strasse. Ausdrücke, wie „bitte" und „danke" kannten diese Schüler nicht. In den Pausen jagten sie durch den Saal und die Korridore und beachteten weder Lehrer noch sonst jemand ... Das einzige Mädchen — Schülerin der 5. Klasse — war noch toller als die Knaben. Ich gewann den Eindruck, dass *diesen Kindern der elementarste Begriff der Anständigkeit fremd ist.* Sie waren aus verschiedenen Schulen (der Sowjetunion. A. C.) gekommen, jedoch hatten sie alle etwas Gemeinsames: *ihnen fehlte jegliche Achtung vor dem Menschen.*" — Das waren die Ergebnisse der kommunistischen Erziehungsmethoden im Lande, das 23 Jahre lang von den Bolschewisten beherrscht war, und das sollte allmählich auch die Zukunft der Schüler in Lettland werden.

Wie eigenartig und schrecklich die neue Moral war, die den Kindern und Schülern in den kommunistischen Kinder- und Jugendorganisationen eingepaukt wurde, das charakterisiert der Inhalt einer Broschüre, die für den Gebrauch in den „Pionierabteilungen" (kommunistische Kinderorganisation) aus dem Russischen ins Lettische übertragen worden war. Das ist das Büchlein von E. Smirnow „Pawlik Morosow"[21b]. Das Vorwort des Büchleins lautet: „Erinnerungen an den berühmten Pionier Pawlik Morosow, der mutig gegen die Klassenfeinde kämpfte und von der Hand eines bestialischen Kulaken fiel, leben und werden ewig in den Herzen unserer Kinder leben. Sein berühmtes Leben und sein

heldenhafter Tod sind ein erschütterndes und ergreifendes Thema für Gespräche in der Pionierabteilung... Der ungleiche Kampf, den Pawlik Morosow gegen die Kulakenbande (einschliesslich seinen eigenen Vater — den Verräter) durchgeführt hatte, ist ein helles Beispiel der echten Pionier-Tätigkeit und der ausserordentlichen Treue zur Sache der Revolution. *Mit solchen Beispielen erzieht man unsere Kinder...* Die Leiter der Pionierabteilungen sollen dieses Büchlein bei der Arbeit mit den Kindern benutzen."

Der Inhalt der Geschichte ist etwa folgender: Fern in der Taiga (in Sibirien) liegt das Dorf Gerasimowka. Hier wurde Pawlik im Jahre 1918 geboren. Sein Vater Trofim war einer der ärmsten Bauern des Dorfes, er hatte nur ein Pferd und eine Kuh, aber seine Familie war gross, er hatte insgesamt vier kleine Kinder. Der Vater kümmerte sich um seine Familie wenig, er war dem Trunke ergeben. Auch der Grossvater Pawliks liebte die Kinder nicht; besonders Pawlik war ihm wegen seiner Klugheit und Selbständigkeit verhasst. Der reichste Bauer des Dorfes war Kulukanow, ein Verwandter der Familie Pawliks. „Kulukanow war ein schlauer Bauer. Vor den Menschen — einfach, gutmütig, religiös. In Wahrheit — ein Wolf. Er war bereit, dem Andern alles wegzunehmen..." In den letzten Jahren, als der Vater Pawliks zum Vorsitzenden des Dorfsowjets gewählt wurde, befreundete sich Kulukanow mit Trofim und veranstaltete häufig Trinkgelage. Pawlik, der etwa 12 Jahre alt war, wurde von den Kindern zum Vorsitzenden der Pionierabteilung des Dorfes gewählt. Dafür, dass Pawlik ohne Erlaubnis in die Pioniere eingetreten war, wurde er vom Vater so geschlagen, dass er krank wurde. Pawlik erfährt, dass sein Vater als Vorsitzender des Sowjets, einem reichen Bauern für Bestechungsgeld eine Armutsbescheinigung ausgestellt hat. Pawlik denkt: „Der Vater ist ein Feind. Er hat sich den Kulaken verkauft." Pawlik fragt die Leiterin der Pionierabteilung (eine örtliche Lehrerin), was man tun soll, wenn man etwas über einen Feind der Sowjetmacht erfährt. Die Lehrerin erklärt: „Wenn es ein heimlicher Feind ist, dann muss

der Pionier über ihn die volle Wahrheit sagen." Pawlik fragt weiter, ob man auch über den Vater berichten muss. Die Lehrerin erklärt: „Du weisst doch: Pionier ist der erste Gehilfe der Partei und der kommunistischen Jugend und steht immer für die Sache Lenins ... und darum *muss man auch über den Vater sprechen, wenn der Vater ein Feind ist.*" Pawlik berichtet nun dem Vertreter des Parteikomitees über die antisowjetische Tätigkeit seines Vaters. Der Vater wird verhaftet und später auf Grund der Aussagen seines Sohnes Pawlik zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Auf dem Gerichte erklärt Pawlik: „Er verkaufte sich den Kulaken. Aber die Kulaken sind die Feinde der Sowjetgewalt und also auch unsere Feinde, die Feinde der Pioniere ... Zu ihm kamen die Kulaken, die Banditen, und er verkaufte ihnen Bescheinigungen, dass sie arm sind. ... Schwer ist es für mich gewesen, dieses zu berichten ... Er war doch mein Vater. Aber später überlegte ich das und sagte mir: was ist er denn für ein Vater für mich? *Er ist ein Feind, ein Handlanger der Kulaken, ein Verräter ... Ich, als Pionier, bitte — ihn streng zu bestrafen.*" — Später entlarvt Pawlik die Kulaken, die ihr Getreide dem bolschewistischen Staate nicht abgeben wollen. Die Kulaken verfolgen Pawlik, er wird einmal ins Wasser geworfen, aber ertrinkt nicht. Später werden Pawlik und sein Bruder Fedja im Auftrage der Kulaken vom Grossvater und noch einem anderen im Walde erstochen. Kulukanow und andere Kulaken werden verhaftet, zum Tode verurteilt und erschossen. *„Das ganze Land ehrt nun Pawlik Morosow* ... Den Namen Pawlik tragen die besten Pionierabteilungen, ... die Kinderhäuser der Kolchosen und Schulen ... Am Tage seines tragischen Todes versammeln sich jedes Jahr in den Abteilungen die jungen Pioniere, zünden ein Feuer an und denken an ihren Kameraden, den Helden. Es denkt an ihn auch derjenige, der ununterbrochen für das Glück der Völker sorgt — der geliebte Führer und der Vater aller Kinder — Genosse Stalin. Vor einem Jahr hat Genosse Stalin dem Moskauer Sowjet empfohlen, auf dem Roten Platze

in Moskau ein Denkmal für Pawlik Morosow zu errichten."

So wurden die Kinder in Lettland gelehrt, ihre Eltern, Verwandten und andere zu bespitzeln und den Bolschewisten zu verraten. Das waren höchste Moral und Heldentum. — Zum Schluss muss noch bemerkt werden, dass diese Erzählung auch als Schauspiel in den lettländischen Schulen für Kinder aufgeführt wurde.

6. Religion.

Schon von Anfang an war die Bekämpfung der Religion und der Kirche das Ziel der Sowjetregierung Lettlands. Eins der ersten Schritte war die Entfernung des Religionsunterrichts aus allen Schulen und die Liquidierung der theologischen Fakultäten der Universität; alle Religionslehrer wurden entlassen. In der Presse und in den Versammlungen kritisierte und verspottete man die Lehren der Religion und „entlarvte" die schädliche und betrügerische Tätigkeit der Geistlichen. Die früheren Sonntagssendungen des Gottesdienstes im Rundfunk wurden aufgehoben und statt dessen regelmässige Sendungen der antireligiösen Propaganda eingeführt. Auch die wichtigsten christlichen Feste wurden nicht gefeiert, z. B. das Osterfest 1941; es sollte auch das Weihnachtsfest aufgehoben werden; von einer Feier der anderen christlichen Feste war gar keine Rede. An allen diesen Festtagen mussten die Arbeiter und Angestellten in den Fabriken und Behörden arbeiten und die Schüler die Schule besuchen. Besonders die Angestellten in den Sowjetbehörden wurden von ihren bolschewistischen Vorgesetzten gewarnt, die Gottesdienste zu besuchen, das wäre mit dem Sowjetdienst nicht zu vereinigen (es drohte die Entlassung). Die religiösen Gemeinden und die Geistlichen konnten selbstverständlich keine Bücher und Zeitschriften mehr drucken (alle Druckereien waren nationalisiert). Die Kirchen wurden mit hohen Steuern belegt. Alle Geistlichen wurden in der Presse als Feinde der Arbeiterklasse, als Alkoholiker[22], als habsüchtige und unmoralische Menschen geschildert. Um alle Spuren der Religion (auch über-

haupt der alten Zeit) allmählich zu vertilgen, wurden Strassen umgenannt[23], so z. B. in Riga: die Jesuskirchenstrasse wurde die Gottlosenstrasse genannt, die Kreuzkirchenstrasse — die Zukunftsstrasse, die Bischofstrasse — die Darwinstrasse usw.

Durch Beschluss[24] des Rates der Volkskommissare der Lettländischen SSR Nr. 645 vom 24. April 1941 wurden die Statuten des *„Verbandes der aktiven Gottlosen der LSSR"* bestätigt. Die Aufgabe des Verbandes wurde in den Statuten folgendermassen formuliert: „Vereinigung der grossen Massen der Arbeiter, Bauern und der Arbeitsintelligenz zum aktiven, systematischen und konsequenten Kampfe gegen die Religion." Der Kampfruf des Verbandes lautete: *„Kampf gegen die Religion ist Kampf für den Kommunismus."* Zur Erreichung seiner Zwecke sollte der Verband der aktiven Gottlosen folgendes tun: „Zum Zwecke der Verwirklichung einer einheitlichen Front tritt der Verband der aktiven Gottlosen in Verbindung mit den Sowjetorganen, der Kommunistischen Partei (Bolschewisten) Lettlands, dem Leninschen Kommunistischen Jugendverbande Lettlands, mit den Gewerkschaftsorganisationen, den freiwilligen Verbänden usw. und sucht mit den Grundgedanken der antireligiösen Propaganda in jede Art der politisch-bildenden und kulturellen Arbeit einzudringen".

Am Ende der Bolschewistenherrschaft in Lettland (im Juni 1941) erschien ein Bericht[25] über die Tätigkeit der Gottlosen in der Fabrik „Roter Quadrat" (die grösste Gummifabrik in Riga): „Am 9. Januar d. J. begann die Gruppe der Gottlosen des Roten Quadrats im Bestande von 7 Mitgliedern ihre Arbeit als eine von den ersten Organisationen dieser Art in Sowjetlettland... Zur Zeit beträgt die Zahl der Mitglieder 50. Dass der Kampf gegen die Religion schwer ist, das weiss jeder Kenner dieser Sache. Um den Arbeitern richtige Begriffe über die schädlichen Folgen der Religion zu geben, hat die Gottlosengruppe des Unternehmens in Verbindung mit dem Bezirkskomitee der Partei mehrere Massenversammlungen im Unternehmen veranstaltet, wo die Arbeiter mit den schädlichen Folgen der Religion bekannt

gemacht wurden. Es sind auch schon 4 Nummern der Wandzeitung mit dem Aufruf „Lies und bedenke" erschienen. Am Haupteingang des Unternehmens ist eine Zeichnung mit Erklärungen zu sehen. Hier ist ein Schema über die Herkunft und Entwicklung des Menschen zu sehen... Die Arbeiter interessieren sich sehr für die antireligiöse Wandzeitung, denn hier schildern die Arbeiter selbst ihre Erlebnisse mit den Schwarzröcken (d. h. den Geistlichen. A. C.). Wir, die Mitglieder der Gottlosenorganisation des Roten Quadrats, die in nächster Zeit die Mitgliederkarten erhalten werden, *versprechen, gegen die Religion mit allen Mitteln zu kämpfen.*"

ANHANG III

Der zweite bolschewistische Wahlschwindel in Lettland 1940/41

Die Vorbereitungen zu den „Parlamentswahlen" am 14./15. Juli 1940 dauerten nur eine Woche, für die zweite „Wahlkampagne" — zu den „Wahlen" in den „Obersten Rat der UdSSR" — dagegen, benötigten die Bolschewisten volle zwei Monate. Die Propaganda fing Anfang November 1940 an und dauerte bis Anfang Januar 1941. Laut Dekret des „Obersten Rates der UdSSR" vom 11. November 1940 sollten die „Wahlen" in den Obersten Rat (nach der „Stalinschen Verfassung" ist der Oberste Rat das höchste Organ der Staatsgewalt und der Gesetzgebung in der UdSSR; siehe S. 274 dieser Abhandlung) in den neuen baltischen Sowjetrepubliken am 12. Januar 1941 stattfinden. In den „Rat der Union" sollten von Lettland 7, in den „Rat der Nationalitäten" — 25 Deputierte „gewählt" werden. Das Gesetz[1] über die Wahlen in den Obersten Rat der UdSSR bestimmte folgendes:

1. Bestimmungen des Wahlgesetzes.

Die Deputierten werden in einer *allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahl* gewählt. Wahlberechtigt sind alle Bürger, die das Alter von 18 Jahren erreicht haben (auch Frauen). Die Wählerverzeichnisse werden für jeden Wahlbezirk (in Alphabetordnung) von den Stadt- und Landsowjets der Deputierten der Werktätigen aufgestellt. Das Recht zur *Aufstellung von Kandidaten* für den Obersten Rat der UdSSR haben folgende „gesellschaftliche Organisationen und Vereine der Werktätigen: *die Organisationen der Kommunistischen Par-*

tei, die Gewerkschaften, die Genossenschaften, die Jugendorganisationen, die Kulturvereine und noch andere Organisationen ..." Dieses Recht wird nicht nur von den Zentralstellen und den örtlichen Organen der genannten Organisationen und Vereine, sondern auch *von den Arbeitern selbst* auf den Versammlungen der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben (in Sowjetrussland auch auf den Versammlungen der Bauern in den Kolchosen) und der Rotarmisten in ihren Abteilungen benutzt. — Das Wahlgesetz bestand aus 112 Paragraphen und füllte drei ganze Zeitungsseiten aus. Für die Wahlen in den Rat der Union wurde Lettland in 7, für die Wahlen in den Rat der Nationalitäten in 25 Wahlgebiete gegliedert. Jedes Wahlgebiet war weiter in eine Anzahl von Wahlbezirken eingeteilt.

2. Die „Bedeutung" der Wahlen für die Bevölkerung Lettlands.

Die bolschewistische Presse Lettlands bemühte sich in unzähligen Artikeln, die *ausserordentliche Bedeutung* der Wahlen in den Obersten Rat der UdSSR für die lettländische Bevölkerung zu betonen. So z. B. schrieb die Zeitung „Padomju Latvija" in ihrem Leitartikel am 13. November 1940 folgendes: „Das Dekret des Präsidiums des Obersten Rates der UdSSR über die Deputiertenwahlen für den Obersten Rat der UdSSR in den baltischen Sowjetrepubliken ... hat eine tiefe geschichtliche Bedeutung. *Wir, die Einwohner Sowjet-Lettlands ..., werden jetzt ... an der Gesetzgebung unserer grossen Heimat (d. h. der UdSSR. A. C.) teilnehmen können.* Einen grossen neuen Sieg wird uns der 12. Januar bringen. An diesem Tage werden unsere Arbeiter, Arbeitsbauern und die Arbeitsintelligenz zu den Wahlurnen schreiten, um ihre Vertreter für das höchste Organ der Gesetzgebung unserer grossen Heimat zu wählen. Es wird ein Tag des Sieges sein, weil das werktätige Volk Lettlands an diesem Tage nochmals seine unerschütterliche Einigkeit bezeugen wird. In das höchste Organ der Gesetzgebung wird das werktätige Volk die wahrhaft Besten wählen. An unserer Stelle werden sich die

Deputierten an der verantwortlichen Gesetzgebungsarbeit beteiligen, sie werden über die Bedürfnisse unserer Republik berichten und zusammen mit den Vertretern der anderen Republiken *über das Schicksal unserer grossen Heimat entscheiden ...*"

3. „Resolutionen" der Arbeiterversammlungen.

Sogleich nach der Veröffentlichung des Dekrets über die Wahlen in den Obersten Rat der UdSSR wurden nach dem üblichen bolschewistischen Muster in allen Betrieben und Behörden Versammlungen der Arbeiter und Angestellten abgehalten. Reden von Kommunisten über die Wahlen wurden angehört und entsprechende „Resolutionen" angenommen. So z. B. berichtete die Presse[1] über die Versammlung der Arbeiter der Gummifabrik „Quadrat"; *„Einmütig und mit grosser Begeisterung* wurde die Resolution angenommen, dass das Kollektiv sich verpflichtet, *hundertprozentig* an den Wahlen teilzunehmen und für die Besten seines Landes abzustimmen." — Die „Resolution" der Arbeiterversammlung einer anderen Fabrik (Lackfabrik W. Hjordt in Riga) lautete: „Als Kandidaten werden wir *nur diejenigen* aufstellen, die treu den von unserem genialen Führer Stalin gegebenen Richtlinien folgen und immer ihre grosse Treue der Kommunistischen Partei (der Bolschewisten) bewiesen haben." Das war ein klarer Hinweis, dass *nur Kommunisten* wirkliche Kandidaten für die Deputiertenplätze im Obersten Rat der UdSSR sein können.

4. Der Umfang der bolschewistischen Wahlkampagne.

Den Umfang der bolschewistischen „Arbeit" in der „Wahlkampagne" charakterisieren einige Hinweise aus der Presse[2]: „Indem wir die Wahlkampagne beginnen, beobachten wir eine ungeheure Begeisterung ... Die verantwortlichsten und wichtigsten Pflichten sind den *Wahlkommissionen* anvertraut. ... An der Arbeit der

Wahlgebietskommissionen (insgesamt 32. A. C.) werden sich 352 Vertreter der Organisationen und Vereine der Werktätigen beteiligen (jede Kommission bestand aus 11 Mitgliedern. A. C.). *Insgesamt werden bei der Durchführung der Wahlen in Sowjet-Lettland etwa 16.000 Menschen arbeiten...* Wir wollen *nur diejenigen* wählen,... *die bereit sind ihr Leben... für den Kommunismus zu opfern...*"

Die gesamte Anzahl[3] der wahlberechtigten Einwohner Lettlands (18 Jahre alt und älter) betrug nach bolschewistischen Angaben 1.330.802. In jedem Wahlgebiet für die Wahlen in den „Rat der Nationalitäten" betrug die Zahl der Wähler ca. 50—60.000. In jedem Wahlgebiet für die Wahlen in den „Rat der Union" betrug die Zahl der Wähler fast 200.000.

5. Die Aufgaben der Wahlagitation.

Über die Bedeutung der Wahlen und die Wahlkampagne äusserte sich der I. Sekretär des Zentralkomitees der Lettländischen Kommunistischen Partei J. Kalnbērziņš folgendermassen[4]: „... Die Wahlen in den Obersten Rat der UdSSR sind eine *Schule für die politische Erziehung der Massen...* Der Inhalt der Agitation muss folgender sein: Die Wähler müssen die wichtigsten gegenwärtigen politischen Fragen, insbesondere die Errungenschaften der sozialistischen Aufbautätigkeit der UdSSR..., die weise Politik der Sowjetregierung, die den Völkern der UdSSR ein friedliches Leben gesichert hat, kennen lernen, und, was *besonders wichtig* ist, den Wählern muss *die ungeheure Bedeutung des Führers der Bolschewistenpartei und der Völker, des Genossen Stalin,* in den gegenwärtigen und zukünftigen Siegen, im Kampfe der Sowjetunion für die Gestaltung der kommunistischen Gesellschaft, erklärt werden... Nachdem die Wahlgebietskommission den betreffenden Kandidaten für das Deputiertenamt registriert hat, ist es die Aufgabe der Agitationsarbeit der Parteiorgane des Gebietes, in grossem Umfange die Agitation für diesen Kandidaten zu entfalten und *es zu erreichen,* dass am Wahltage für den Kandidaten *alle einstimmig ab-*

stimmen, und dass alle Wähler an den Wahlen *hundertprozentig* teilnehmen. Bei der Agitationsarbeit unter den Wählern muss man alle Kommunisten, alle bereits genügend geschulten Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes und alle geprüften aktiven Unparteiischen beschäftigen; *man muss Zehntausende von Agitatoren zu den Massen schicken ...*"

6. Hausagitation.

Grosse Aufmerksamkeit widmeten die Bolschewisten der *Hausagitation.* In einem Artikel[5] lesen wir: „... Die Wahlkampagne ist die *Schule der breitesten Massen der Werktätigen,* in der jedem die bisherige Lage, die neuen grossen Veränderungen der ... gesellschaftlichen Ordnung und unsere Aufgaben in der Verteidigung der Heimat ... klar dargelegt werden ... Von den Versammlungen kann jedoch die ganze Bevölkerungsmasse Sowjet-Lettlands nicht erfasst werden. Es gibt viele Leute, die ... die Wahlversammlungen oder die Beratungsbüros der Wahlbezirke nicht besuchen können. In unserem sozialistischen Staate darf es aber *Keinen* geben, der im Unklaren darüber ist, warum gerade nur die von den gesellschaftlichen Organisationen und in den Versammlungen der Werktätigen ausgesuchten Kandidaten die einzig Würdigen sind im Stalinschen Parlamente, im Obersten Rate der UdSSR zu sitzen ... Dieses Umstandes wegen nimmt gerade die Hausagitation in der Wahlkampagne einen besonders wichtigen Platz ein. Es ist die Aufgabe der Hausagitation, jeden Bürger des betreffenden Wahlbezirks entsprechend vorzubereiten. Die Arbeiter-Agitatoren und auch die jugendlichen Aktivisten haben *alle Wohnhäuser ihres Wahlbezirks zu besuchen.* Sie sprechen mit den Einwohnern und bemühen sich besonders um die Belehrung der *Hausfrauen* und Hausarbeiterinnen, die gewöhnlich verhindert sind, die Wahlversammlungen zu besuchen. Ein solcher Aktivist-Agitator organisiert an Abenden Versammlungen und Seminare, und erklärt auf diesen Zusammenkünften die Stalinsche Konstitution, das Wahlgesetz, die Beschlüsse der Regierung und der Partei ..."

7. Unterschied zwischen den Wahlen im Sowjetstaat und in den „kapitalistischen" Ländern.

Zwei Monate lang waren in jeder Rigaer Zeitungsnummer mehrere Seiten mit Agitationsartikeln über die „Wahlen" am 12. Januar 1941 und über den Gang der „Wahlkampagne" (z. B. über die Wahlversammlungen, über den Lebenslauf der Kandidaten, die Anschriften der unzähligen Wahlbezirke, über den Bestand der Wahlkommissionen, verschiedene Erläuterungen*) über die Wahlen usw.) beschrieben. Es wurden Tausende von verschiedenen Artikeln und Bildern (verschiedene Wahlversammlungen, Photographien der Kandidaten usw.) in den Zeitungen veröffentlicht. Auch im Rundfunk wurden in dieser Zeit viele Vorlesungen über die Wahlen gehalten. Dazu kam noch die Hausagitation. — In den Zeitungen und in den Reden priesen die Bolschewisten die fabelhafte „Stalinsche Verfassung" und die wunderbaren Wahlen: alles das war das Beste überhaupt, die Wahlen in der UdSSR waren die *„freiesten und demokratischsten" in der ganzen Welt.* Andererseits kritisierte man die Staatsverfassungen der übrigen, der „kapitalistischen" Welt: hier seien die Parlamentswahlen nur ein Betrug und eine Unterdrückung der Wähler, der Bevölkerung; in „kapitalistischen" Ländern hätten die Frauen, die Jugend, die Ungebildeten und die Mittellosen kein Wahlrecht (oder nur in einem beschränkten Umfange).

Die lettische bolschewistische Presse[6] zitierte z. B. folgende Worte Stalins (aus seiner Rede vom 11. Dez. 1937): „In den kapitalistischen, sog. demokratischen Ländern üben Kapitalisten, Gutsbesitzer, Bankiers und andere Haifische des Kapitalismus einen *Druck* auf die Wähler aus. Solche Wahlen kann man sogar dann nicht als vollkommen frei und demokratisch bezeichnen, wenn sie auch allgemein, gleich, direkt und geheim sind.

*) In vielen Zeitungsnummern veröffentlichte man damals die Erläuterungen zum Wahlgesetz („Das Gesetz über die Wahlen in den Obersten Rat der UdSSR in Fragen und Antworten") von A. J. Wyschinski, demselben Wyschinski, der im Sommer 1940 die Bolschewisierung Lettlands geleitet und beaufsichtigt hatte.

Bei uns dagegen, in unserem Lande, sind die Wahlen ganz anders. Wir haben keine Kapitalisten und keine Gutsbesitzer, und darum üben bei uns die vermögenden Schichten auch keinen Druck auf die mittellosen Klassen aus... Das ist die Ursache, warum *unsere Wahlen die einzig wahren, freien und demokratischen sind.*"

Aber die Bolschewisten erwähnten nur nicht, dass statt des „Druckes der Haifische des Kapitalismus", in der Sowjetunion (und auch in Sowjet-Lettland) *ein anderer, unvergleichlich furchtbarerer, unwiderstehlicher Druck ausgeübt wird!* Im Sowjetstaate darf kein Wort der Bolschewisten kritisiert werden; über alle Massnahmen, Taten, Reden und Dekrete der Bolschewisten darf und muss bei jedem Bürger nur „Begeisterung" herrschen und gezeigt werden. Wer sich die kleinste Bemerkung in der Öffentlichkeit erlaubt (solche verwegenen Leute gab es in Lettland aber selten!), der fällt sofort in die Hände der „Tscheka", wird ins Gefängnis eingesperrt und hat alle Aussichten, früher oder später sein Leben einzubüssen. Wer nicht über alles, was die Bolschewisten tun, „begeistert" ist und seine Kritik nicht verborgen hält, der kann nur im Gefängnis oder Zwangsarbeitslager schmachten oder muss sich vom Leben scheiden. In den „kapitalistischen" Ländern ist das bekanntlich anders.

8. Die Aufstellung der Kandidaten.

a) In Riga.

Die „Wahlkampagne" vollzog sich in Lettland folgendermassen: In allen Betrieben wurden „Wahlversammlungen" zur „Aufstellung der Kandidaten" abgehalten. Was auf diesen Versammlungen geschah, das zeigt z. B. folgender Bericht[7]: „Gestern fand in der Fabrik „Sarkanā zvaigzne"*) (Roter Stern) die Versammlung der Arbeiter, des technischen Personals und der Administration statt. Der Leiter der Organisations-

*) Die grösste Fahrradfabrik in Riga (ehemalige Firma Erenpreis).

abteilung des Zentralrates der Gewerkschaften, Genosse Melnis, wies in seiner Ansprache auf den grossen Ernst und die Verantwortung hin, mit der bei der Wahl der Kandidaten für den Obersten Rat der UdSSR vorzugehen ist. Als der Leiter der Versammlung nach der Rede des Genossen Melnis die Arbeiter aufforderte, ihre Meinung zu sagen, ergriff Genosse V. Vorps (ein Arbeiter. A. C.) das Wort: „Ich schlage als Kandidaten für den Deputiertenplatz im *Rate der Union* Genossen Jānis Kalnbērziņš*) vor. Genosse Kalnbērziņš ist am 17. September 1893.... geboren... Schon in früher Kindheit hat er die Schwierigkeiten des Arbeiterlebens im kapitalistischem Regime ausgekostet. Schon vom 9. Lebensjahre an beginnt Kalnbērziņš für seine Existenz zu sorgen. Er arbeitet als Hirt, Laufjunge... (Weiter folgt der Lebenslauf des Kalnbērziņš)... *Genosse Kalnbērziņš hat sein ganzes Leben dem Kampfe und Siege der Arbeiterklasse gewidmet.* Und wenn wir jetzt Bürger der Sowjetunion sind, wenn wir im sozialistischen Staate leben, *dann müssen wir dafür der Bolschewistenpartei danken,* deren selbstverleugnender Kämpfer Genosse Kalnbērziņš war und ist. Ihm können wir getrost die Verteidigung unserer Interessen im Obersten Rate der UdSSR anvertrauen." Den Vorschlag des Arbeiters Genossen Vorps unterstützten auch die Genossen Melnis und Kosmatschow. *Einstimmig und mit grosser Begeisterung* war die Versammlung mit der Wahl des Genossen J. Kalnbērziņš zum Kandidaten für den Rat der Union einverstanden. — Als Kandidaten für den Rat der *Nationalitäten* empfiehlt Genosse A. Kakss (auch Arbeiter der „Sarkanā zvaigzne". A. C.) der Versammlung den Arbeiter der Porzellanfabrik „Rigas keramika" (Rigaer Keramik — eine Porzellanfabrik in Riga. A. C.) Genossen Jānis Laminskis... (Weiter wird von A. Kakss der Lebenslauf des J. Laminskis erzählt.) „... Laminskis ist *unparteiischer Bolschewist***)* und hat immer die Interessen der Arbeiter-

*) J. Kalnbērziņš — der I. Sekretär des Zentralkomitees der LKP.

**) Bezeichnung derjenigen, die dem Bolschewismus wohl gutgesinnt, aber nicht Mitglieder der Partei waren.

klasse verteidigt... Darum wollen wir für ihn hundertprozentig abstimmen. ... Die Teilnehmer der Versammlung sind mit der Kandidatur des Genossen J. Laminskis *vollkommen einverstanden*..."

b) Auf dem Lande.

Genau ebenso war es *auf dem Lande.* In der Presse konnte man folgendes lesen[7]: „Im Kulturhause der Landgemeinde Welonen (in der Provinz Lettgallen. A. C.) fand gestern eine Massenversammlung (mit 1000 Teilnehmern) der Einwohner der Gemeinde — der Arbeiter, der Arbeitsbauern und der Arbeitsintelligenz — statt... Als Kandidaten für den Rat der Nationalitäten empfahl Genosse Jemeljanovs Genossen Aleksandrs Strupišs, ein Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes. Den Vorschlag unterstützte Genosse Veselovs. Er machte die Versammlung mit dem Lebenslauf des vorgeschlagenen Kandidaten bekannt, indem er unter anderem sagte: „Genosse A. Strupišs ist 1902 in der Gemeinde Welonen in der Familie eines Arbeitsbauern geboren. Im Jahre 1924 hat er die Lehrerkurse absolviert... 1928 ist er der LKP(B) beigetreten... Während seiner *illegalen Tätigkeit* wurde er im Jahre 1931 verhaftet und *mit 5 Jahren Zuchthaus bestraft*..." — Dem Vorschlag des Genossen Veselovs schliesst sich auch Genosse Jānis Pizikis und Genosse Jānis Kuzminovs an. Der 80 Jahre alte Genosse J. Pizikis, der im Dorfe Masalski, etwa 20 Kilometer von der Heimat des A. Strupišs wohnt, behauptet Genossen A. Strupišs zu kennen, weiss von seiner Arbeit und verspricht, am 12. Januar zu den Wahlurnen zu gehen und für den Kandidaten abzustimmen. Der 68 Jahre alte Einwohner der Gemeinde Welonen Genosse J. Kuzminovs erzählt, dass er zu Hause 3 Söhne und 2 Töchter hat; auch sie kennen Genossen A. Strupišs und alle werden am 12. Januar ihre Stimmen für A. Strupišs abgeben. Die Teilnehmer der Versammlung waren daraufhin *einstimmig* mit der Wahl des Genossen A. Strupišs zum Kandidaten für den Rat der Nationalitäten einverstanden."

c) Zusammensetzung der Kandidaten.

In einer solchen Weise wurde für jedes Wahlgebiet *nur ein einziger* Kandidat aufgestellt. *Für die „Wähler" gab es keine Auswahl der Kandidaten.* Alles war vorher in der Kommunistischen Partei ausgemacht. *Die Teilnehmer der „Wahlversammlungen" hatten nur eine Aufgabe — die Reden und die Vorschläge der Kommunisten anzuhören, „begeistert" zu applaudieren und am Ende gehorsam die Hände zu heben, um dadurch „einstimmig" den Kandidaten aufzustellen.* Keiner wagte den Kommunisten zu widersprechen. Der grösste Teil der 32 Kandidaten (7 für den „Rat der Union", 25 für den „Rat der Nationalitäten") waren Mitglieder der Kommunistischen Partei. Zu den „Unparteiischen" (bezw. deren Parteiangehörigkeit nicht bekanntgegeben war) gehörten nur ein halbes Dutzend. Diese Leute bildeten den „Block der Kommunisten und Unparteiischen" (diese Bezeichnung, die in Sowjetrussland üblich ist, wurde in Lettland zwar selten gebraucht). Von den 7 Kandidaten für den Rat der Union waren auch *zwei Russen aus Sowjetrussland,* die nichts mit Lettland gemein hatten. Das waren: 1) W. Derewjanski, der frühere Gesandte der Sowjetunion (vor dem 17. Juni 1940) in Lettland und der spätere „Bevollmächtigte des Volkskommissarenrates der UdSSR in der Lettländischen SSR", und 2) F. Schamanin, der Chef der Verwaltung der politischen Propaganda des Besonderen Baltischen Militärbezirks. Nach den Befehlen Moskaus sollten auch diese zwei Russen aus der Sowjetunion „Vertreter" Lettlands im „Rate der Union" sein. — Kandidatin für den Rat der Nationalitäten war auch eine 18-jährige Arbeiterin (Weberin) aus Riga (Hilda Mieze). Dieses war höchstwahrscheinlich vorgesehen, um zu beweisen, dass auch der Jugend in der UdSSR alle Wege frei seien.

9. Beschlüsse der Wahlkommissionen.

Nachdem nun in den Arbeiterversammlungen auf diese Art und Weise die Kandidaten aufgestellt waren, wurde der *Beschluss der Wahlgebietskommission,* dass auf Grund der eingereichten „Dokumente" (über die

entsprechenden Arbeiter- oder Arbeitsbauernversammlungen) die entsprechende Person als Kandidat für das Wahlgebiet registriert ist, bekanntgegeben. In diesen Beschlüssen wurde auch die Anzahl der Versammlungsteilnehmer erwähnt. So z. B. war im Beschluss der Wahlgebietskommission Nr. 666*) (für die Wahlen in den „Rat der Nationalitäten") in Windau gesagt[8], dass die Kandidatur der Kommunistin Ieva Paldiņa-Rūsis auf folgenden Versammlungen aufgestellt sei: Versammlung der Arbeiter und Angestellten eines Baukontors (mit 250 Teilnehmern); Arbeiter- und Angestelltenversammlung der Industriebetriebe „Latvijas koks" und „M. Civians" (mit 210 Teilnehmern); Versammlung der Soldaten und Kommandeure der Abteilung N der Roten Armee und der Abteilung N der Kriegsmarine (die Anzahl der Teilnehmer der Soldatenversammlungen wurde in den Beschlüssen der Wahlkommissionen nicht erwähnt). — Also offiziell nur 460 Menschen und eine unbekannte Anzahl von Soldaten haben die Kandidatur des Deputierten aufgestellt. Der schon erwähnte Kommunist Aleksandrs Strupišs (Wahlgebiet Nr. 685 in Rositten) war von Versammlungen mit insgesamt 1350 Teilnehmern als Kandidat aufgestellt[8]. Wie schon erwähnt, betrug die Zahl der Wähler im Wahlgebiet für die Wahlen in den Rat der Nationalitäten ca. 50.—60.000, aber in den Wahlgebieten für die Wahlen in den Rat der Union — ca. 200.000. Einer der Kandidaten für den Deputiertenplatz im Rate der Union — Kommunist V. Latkovskis — wurde von insgesamt nur 2267 Versammlungsteilnehmern „aufgestellt"[9].

10. „Überprüfung" der Wählerverzeichnisse.

Nach dem Wahlgesetz sollten in den Büros der Wahlbezirke Verzeichnisse der Wähler (in alphabetischer Ordnung) zusammengestellt werden. Eine Eigentümlichkeit der „Wahlen" war, dass die Bolschewisten die „Wähler" immer ermahnten und anspornten, ihre

*) Die Nummern waren darum gross, weil die Numeration für die ganze Sowjetunion galt.

„Pflicht" zu erfüllen: nach dem Wahlbüro zu gehen und die Wählerverzeichnisse zu *„überprüfen"* (d. h. nachzusehen, ob ihre Namen auch richtig in das Verzeichnis eingetragen sind). In Wirklichkeit war das nur eine Prüfung der Unterwürfigkeit der Bevölkerung: Die Bolschewisten wollten die Menschen einschüchtern und sie zwingen, schon vor den Wahlen das Wahlbüro zu besuchen und so vor der Öffentlichkeit die „Begeisterung" der Bevölkerung zu beweisen. Andererseits wollten die Bolschewisten, wie es schien, mit den verschiedensten Mitteln die „Wichtigkeit" der Wahlen betonen, und die einheimischen Bolschewisten hatten ein grosses Interesse daran, die Wähler in grösstmöglicher Anzahl zu den „Wahlen" zu treiben, um so die Anerkennung und das Lob Moskaus zu erhalten. Die Wähler wurden von den Bolschewisten in der Presse in *„faule"* und *„fleissige"* „Erfüller ihrer Pflicht" eingeteilt. So z. B. wurde berichtet[10], dass im Kreise Wenden die „faulsten" Wähler die Wähler der Landgemeinden Ramelshof, Jummerdehn, Erlaa, Rosenbeck, Nötkenshof u. a. seien (nur 15—20% der Wähler dieser Gemeinden hätten die Wählerverzeichnisse „überprüft"), am „fleissigsten" seien die Wähler der Gemeinden Drustenhof, Gotthardsberg u. a. (dort hätten 60—80% der Wähler die Wählerverzeichnisse überprüft). Nach der Meinung der Presse taten die Wähler der erwähnten „faulen" Gemeinden selbstverständlich gut, wenn sie rasch der Mahnung, die Wählerlisten zu „überprüfen", Folge leisteten!

11. Stellenangebote.

Ein paar Tage vor den „Wahlen" erschienen in den Rigaer Zeitungen[11] *plötzlich unzählige Arbeitsangebot-Annoncen* von vielen Fabriken und Behörden. So z. B. benötigte das Volkskommissariat des Gesundheitsschutzes plötzlich 700—800 Angestellte, der Rigaer Bautrust brauchte 100 Zimmerleute, 30 Maurer, 20 Töpfer usw. Auch das war eine wohldurchdachte Aktion der Demagogie und Agitation der Bolschewisten, denn in Wirklichkeit wurden nur wenige Menschen eingestellt.

So näherte sich allmählich der 12. Januar 1941.

Wieder erschienen in allen Zeitungen im Fettdruck Schlagworte wie z. B.: „Heute alle zu den Wahlen!" In einem Leitartikel[12] war u. a. folgendes zu lesen: „Der grosse Festtag der Völker Lettlands, der 12. Januar, ist gekommen... Heute ist die ganze Sowjetrepublik Lettland im Festschmuck... In allen Wahlbezirken werden Arbeiter, Arbeitsbauern, die Arbeitsintelligenz, die freien Frauen Sowjetlettlands und die Jugend... für die Kandidaten des Blocks der Kommunisten und Unparteiischen stimmen... Die Kandidaten sind unsere besten Söhne un Töchter, unsere selbstlosen Kämpfer für die Interessen der Werktätigen, für die Freiheit des Volkes... Die Sowjetgewalt ist die *einzige* Gewalt in der Welt, die den Fortschritt, die friedliche und produktive Arbeit, den allgemeinen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung fördert... *Darum darf es keinen Bürger geben, der nicht für die Festigung der Sowjetgewalt steht*... Im vergangenen Jahre und im Januar dieses Jahres ist überall in allen Produktionszweigen eine *Nachfrage nach Arbeitskräften* zu verzeichnen. In der kapitalistischen Welt würde man eine derartige Erscheinung ein Wunder nennen. Wir wissen aber, dass nicht das Wunder dem Volke Lettlands geholfen hat, geholfen hat die gerechtere Staatsordnung — das Sowjetregime!.. *Es darf keinen Wähler geben,* der sein Bürgerrecht, das Recht Deputierte in den Obersten Rat der UdSSR — in das höchste Organ der Staatsgewalt der Sowjets — zu wählen, nicht ausnutzt!.."

12. Der wahre Zweck der „Wahlen".

Die „Wahlen" am 12. Januar waren eine abscheuliche Komödie. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung Lettlands wollte überhaupt keine Gemeinsamkeit mit den Kommunisten, mit Moskau und irgendwelchen „Obersten Räten" haben, für sie war die ganze bolschewistische Tätigkeit nur eine ganz brutale Vergewaltigung und Verspottung des Menschen. Nur das Häuflein der Kommunisten hatte wirklich Grund sich zu freuen, für sie war der 12. Januar wirklich ein Festtag. An diesem Tage konnten sie wieder ihre Macht über die Bevölke-

rung Lettlands zeigen: die Menschen waren gezwungen, in die „Wahlbüros" zu gehen, und unter Aufsicht der Bolschewisten die „Wahlbulletins" gehorsam in die Urne zu werfen. Der Wähler brauchte seinen Kopf nicht zu zerbrechen, seine Pflicht war ganz einfach. Im „Wahlbüro" bekam er zwei „Wahlbulletins", das eine für die Wahlen in den Rat der Union, das andere für die Wahlen in den Rat der Nationalitäten. Gleichzeitig *wurde im Wählerverzeichnis vermerkt, dass der Wähler abgestimmt hat.* Jedes Bulletin enthielt *nur einen einzigen* Kandidatennamen; eine „Auswahl" der Kandidaten (wenn auch der bolschewistischen!) gab es nicht. Für jedes Wahlgebiet hatte die Kommunistische Partei (alle Organisationen, die Gewerkschaften, Jugendverbände u. a., wurden nur von Bolschewisten geleitet und waren ganz in ihrer Macht) nur einen (ganz parteitreuen und unbedeutenden) Kandidaten ausgesucht. Die Wahlbestimmungen sprachen über ein „spezielles", „vollkommen isoliertes" Zimmer, in welchem der Wähler im Wahlbüro sein „Recht" der „geheimen" Wahl verwirklichen konnte. Aber, wenn auch ein solches Zimmer irgendwo war, so war es ganz bedeutungslos: wer in diesen Raum hineinging, wurde von den anwesenden Bolschewisten als politisch verdächtig vermerkt, denn alle „Wähler", die ein „reines" Gewissen hatten, brauchten ja dieses „geheime" Zimmer nicht, sie konnten gleich, ohne viel zu überlegen, ohne das „isolierte" Zimmer zu benutzen, die Bulletins in die Urne werfen; und andererseits hatte man ja in diesem Zimmer eigentlich nichts zu tun*), denn es gab ja keine Auswahl der Kandidaten und der Bulletins. Im „isolierten" Zimmer konnten die Bulletins nur „verdorben" und ungültig**) gemacht werden.

---

*) Über den Zweck dieser Zimmer berichtete die Presse (Padomju Latvija vom 5. Januar 1941) folgendes: „Nachdem der Wähler die Wahlbulletins bekommen hat, geht er in ein besonderes Zimmer, um dort mit den Bulletins näher bekannt zu werden."(!)

**) Laut dem „Wahlgesetz" (§ 90) galten als *ungültig:* Bulletins, welche dem vorbestimmten Muster und der Farbe nicht entsprachen; Bulletins, welche ohne Umschlag oder im Umschlag, der nicht dem bestimmten Muster entsprach, abgegeben worden waren. — Nach den Erkundigungen des Verfassers in Riga und auf dem

Selbstverständlich konnten derartige „Wahlen" (in Sowjetlettland und ebenso in der ganzen UdSSR) die Politik der Sowjetregierung in keiner Weise beeinflussen. Alle so „gewählten" Deputierten des „Obersten Rates" der UdSSR hatten nur eine einzige Aufgabe — „einstimmig" jedes Regierungsprogramm zu bestätigen, die von der Regierung oder Partei vorgeschriebenen und zusammengestellten Reden zu halten, zu applaudieren und zum Schluss zum „Abstimmen" die Hände zu heben. Ein Widerspruch gegen die Regierungsvorschläge war unmöglich. — Aber für die „Deputierten" hatte ihr „Amt" auch seine angenehmen Seiten: man konnte z. B. von Lettland nach Moskau reisen, bekam eine gute Entlohnung, die Bilder der Deputierten und ihre Biographien wurden in den Zeitungen gedruckt, die Deputierten wurden „berühmt", konnten auf den „Wählerversammlungen" Reden halten usw. Vielen Arbeitern schmeichelte es vielleicht, dass ihre Kollegen jetzt als „Deputierten" im „Parlament" der riesigen Sowjetunion sassen und sich formell an der „gesetzgeberischen" Arbeit beteiligen konnten.

Für die Bolschewisten Lettlands hatten die Wahlen folgende Bedeutung: Zwei Monate lang hatten die Bolschewisten die Möglichkeit, die Bevölkerung durch grossen Lärm (durch Zeitungen, im Rundfunk, auf Versammlungen) zu betäuben und einzuschüchtern, die kommunistischen Lügen und Lehren den Menschen einzuhämmern und die Bevölkerung an die bolschewistische „Disziplin" und an Gehorsam zu gewöhnen. Für

---

Lande (bei den ehemaligen Mitarbeitern der Wahlbüros — Lehrern, Gemeindesekretären und anderen), erwies sich, dass eine bedeutende Zahl falscher Wahlbulletins von den Wählern in die Urnen hineingeworfen waren: leere Papiere von ähnlicher Form und Farbe; in einer Landgemeinde (Tauerkaln) war, zur Entrüstung der Bolschewisten, sogar ein Bild des ehemaligen Staatspräsidenten K. Ulmanis gefunden worden. Der Sekretär dieser Gemeinde erinnert sich, dass der Vorsitzende des Vollzugskomitees der Gemeinde die Mitarbeiter warnte, die „verdorbenen" und falschen Wahlbulletins (als sie nach den Wahlen aus der Urne genommen wurden) anzufassen. Der Sekretär meint, dass es die damalige Absicht der Bolschewisten gewesen sein konnte, die Fingerabdrücke der „schuldigen" Wähler zu erforschen, diese Wähler zu finden und zu verfolgen.

die Kommunisten selbst war es eine gute Schule der Agitation und des Betrügens der Bevölkerung. Nur bei ganz einfältigen Menschen konnten die Bolschewisten vielleicht durch ihren betäubenden Lärm den Eindruck erwecken, dass die „Wahlen" eine wirklich wichtige Staatsangelegenheit, ja, dass sie wirkliche Wahlen seien, und dass die Wähler irgend einen aktiven Anteil an der Staatsgewalt und Regierungspolitik hätten. Eins aber konnten die Bolschewisten durch diese Wahlen doch erreichen, nämlich sie gewannen hier und dort eine Übersicht über die ihnen gegenüber kritisch veranlagten bzw. gleichgültig gesinnten Menschen, denn aus den Wählerverzeichnissen war ja zu sehen, welche Wähler nicht abgestimmt hatten.

13. Ergebnisse der „Wahlen" und wie sie erreicht wurden.

Über den Ausgang der „freiesten" und „demokratischsten Wahlen" konnte kein Zweifel sein, alle Wähler mussten ja abstimmen! Es wurde bekanntgegeben[13], dass von der Gesamtzahl der Wähler Sowjetlettlands (1.429.781)*) sich an den Wahlen in den Rat der Union 1.402.905, an den Wahlen in den Rat der Nationalitäten 1.398.359 Wähler beteiligt hatten. Für den „Block der Kommunisten und Unparteiischen" waren 1.381.733 (98,5%) und 1.377.172 (98,5%) Stimmen abgegeben worden. Lettland hatte Litauen und Estland übertroffen, dort hatten sich nur 90—97% der Wähler an den Wahlen beteiligt und nur 95—97% der Wähler hatten für den sog. „Block" gestimmt.

Über den tatsächlichen Ablauf der geschilderten „Wahlkampagne" berichtete[14] bald nach der Vertreibung der Bolschewisten aus Lettland ein Beamter des Statistischen Amtes, der ein technischer Mitarbeiter der „republikanischen Wahlkommission" Sowjetlettlands gewesen war, folgendes: „... Am Wahltage trafen alle 3 Stunden von den Kreisen und Wahlgebieten Meldungen ein über die Zahl und den Prozentsatz der zu den

*) Diese Zahl ist etwas grösser als die vorher in diesem Abschnitt erwähnte.

Wahlen erschienenen Wähler; die Zusammenstellung dieser Daten wurde sogleich nach Moskau berichtet. Wie beobachtet werden konnte, stimmte das lettische Volk trotz der Drohungen sehr „faul". Das machte die „grossen Genossen" bei uns und ebenso in Moskau nervös. Um die Mittagszeit, nach einem Telephongespräch mit dem Kreml, befahl der entsandte Bevollmächtigte Moskaus, A. Wasiljew, alle verantwortlichen Mitarbeiter zusammenzurufen. Sichtlich verwirrt und erregt sagte er, dass die Wahlen in Lettland schlecht gingen, dass Moskau damit höchst unzufrieden sei, und dass bereits in den nächsten Stunden eine bestimmte Verbesserung der Lage erreicht werden müsse. Sogleich wurde fieberhaft nach allen Kreisen, zu den Zentren der Wahlgebiete, geläutet. Sofort fing im ganzen Lande *eine regelrechte Jagd nach Wählern* an: ... verschiedene Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes, Aktivisten und ähnliche Leute liefen in die Häuser und rissen die Menschen fast mit Gewalt zu den Wahlbüros. „Ziehen Sie die Wähler an den Ohren zu den Urnen!" — schrie Genosse Jūlijs Ādamsons*), der Stellvertreter des Vorsitzenden der Wahlkommission, der gewöhnlich mit Worten nicht wählerisch war, ins Telephon. Wie aus den später eingereichten Klagen ersichtlich, haben an manchen Orten Aktivisten mit dem Revolver Fahrende aus Schlitten hinausgesetzt und die Schlitten für die Wählerjagd benutzt. Aber auch diese Bemühungen halfen nicht viel. Der Prozentsatz der abgegebenen Stimmen war auch spät am Nachmittage noch so niedrig, dass die einheimischen „grossen Genossen" nur mit Herzklopfen die Resultate nach Moskau melden konnten. Dann wurde der letzte Trumpf ausgespielt. Eine Verfügung über die „Befreiung von Formalitäten", die am vorherigen Tage bereits vorbereitet war, wurde angewandt. Laut dieser Verfügung konnte jeder dort abstimmen, wo er wünschte. *Den Wahlbezirken gab man den Hinweis, von den Wählerverzeichnissen diejenigen Wähler zu streichen, die noch nicht abgestimmt haben,* denn zum Abstimmen in einem anderen Bezirk

*) Dieser Mann (ein kommunistischer Lette aus Sowjetrussland) war in der Bolschewistenzeit Direktor des Statistischen Amtes.

brauchte man keine speziellen Bescheinigungen. Man sagte: „der Wähler hat sicher schon in einem anderen Bezirk abgestimmt." Ausserdem wurden noch andere „Gerechtigkeitsgründe" für das Streichen der Wähler erfunden, um nur nicht das sagen zu müssen, was in Wahrheit der Inhalt dieses Befehles war: einfach diejenigen zu streichen, die nicht abgestimmt haben, *um dann so dieselbe 99%-ige Teilnahme an den Wahlen zu erreichen,* die schon früher in anderen Republiken erreicht worden war (nun wissen wir, mit welchen Mitteln). Den Mitarbeitern der Kreisvollzugskomitees wurde telephonisch gesagt: „Vielleicht haben Sie in den Wählerverzeichnissen schwachsinnige Leute registriert, diese Leute muss man streichen," oder: „In Ihrem Kreis sind sicher Bauernhöfe, die sich wegen Krankheit in Quarantäne befinden und deren Einwohner daher noch nicht in die Wahlbüros kommen können; solche Leute muss man streichen"; usw. Es war klar, was erreicht werden sollte. In einem Kreise war am Telephon aber zufällig ein Mann, der nicht genügend stark „bolschewistisch denken" konnte; er protestierte lange. Seine Wählerverzeichnisse seien vollkommen in Ordnung und Gründe zum Streichen wären nicht vorhanden. Auf diesen „Zurückgebliebenen" schrie der Vorsitzende der Republikanischen Wahlkommission P. Plēsums*) mit Donnerstimme ein: „Ich sehe, dass Sie die Wahlen durchfallen lassen wollen!", und sagte ihm mit klaren Worten, was und warum man es tun soll. — Daraufhin wurde an allen Orten gestrichen... Diese plötzliche „Aktivität" der Wähler erzielte wunderbare Resultate auf dem Lande: in den letzten 3 Stunden, von 21 bis 24 Uhr, wurden in der ganz dunklen Winternacht, in der wohl kein Mensch eine mehrere Kilometer lange Reise nach der Gemeindeverwaltung durch den tiefen Schnee machen konnte, in manchem Kreis soviel Stimmen „abgegeben", dass der Prozentsatz der Wähler, die ihre Stimme angeblich schon abgegeben hatten, blitzschnell von 70—75% auf 98—99% stieg. In einem Kreis (wenn ich mich richtig erinnere — im Kreise Wolmar) wurde

*) Ein Kommunist — Stellvertreter des Vorsitzenden des Obersten Rates der Lettländischen SSR.

sogar eine 100%-ige Stimmenabgabe erreicht... So sahen die „demokratischsten" Wahlen am 12. Januar d. J. aus."

Nach den Erkundigungen des Verfassers dieser Abhandlung bei einigen Sekretären der Gemeindeverwaltungen auf dem Lande (z. B. in der Gemeinde Tauerkaln), hatten die Leiter*) der Wahlen am Abend des 12. Januars, als sie sahen, dass an 100% noch viel fehlte, einfach alle noch nicht ausgenutzten Wahlbulletins in die Urnen geworfen und in den Wählerverzeichnissen vermerkt, dass alle oder fast alle Wähler abgestimmt hätten. Zum Schluss sei noch bemerkt, dass die Zählung der Wahlbulletins nach der Wahl gewöhnlich nur von den örtlichen Kommunisten, in einem Zimmer, in das kein Unparteiischer hineingehen durfte, vorgenommen wurde.

*) Die örtlichen Kommunisten und Amtspersonen waren persönlich für den Ausgang der Wahlen mit ihrem Leben oder wenigstens ihrer Stellung der Partei gegenüber verantwortlich.

Quellen und Bemerkungen

I. Einiges aus der Wirtschaftsgeschichte Sowjetrusslands.

[1] Nach amtlichen Daten, die in der „Grossen Sowjetenzyklopädie" (Band 11, S. 532, Moskau 1930, in russischer Sprache) veröffentlicht sind, betrug die Zahl der Mitglieder der Kommunistischen Partei Russlands Anfang 1905 nur 8400, Anfang 1917 — 23.600, im April 1917 — 40.000, im August 1917 (also kurz vor der bolschewistischen Revolution) — 200.000, Anfang 1918 — nur 115.000, Anfang 1919 — 251.000, Anfang 1920 — 431.400, Anfang 1921 — 585.000, Anfang 1925 — 789.804 und Anfang 1930 — 1.674.910. Die Zahlen der Jahre 1905 — 1921 beziehen sich nur auf die Mitglieder der Partei, in den späteren Zahlen sind auch Kandidaten mit eingeschlossen (z. B. Anfang 1930 betrug die Mitgliederzahl 1.182.320, die Kandidatenzahl — 492.590).

Auf jede 10.000 erwachsene Einwohner der UdSSR wird, nach derselben Statistik, folgende Anzahl von Kommunisten gerechnet: im Jahre 1922 — 77, im Jahre 1929 — 192 (also nicht volle 2%).

Die Zahl der Parteimitglieder und Kandidaten war Anfang 1939 1.600.000 (aus der Rede Stalin's auf dem XVIII. Parteikongress der Sowjetunion am 10.—21. März 1939, nach dem stenographischen Bericht in russischer Sprache, S. 28). Am 17. Januar 1939 betrug die Bevölkerungszahl der UdSSR 170,5 Millionen.

Die Bedeutung und Zahl der alten Kommunisten, welche schon vor der Machtergreifung, als die Tätigkeitsentfaltung gefährlich war und es keine materiellen Vorteile gab, Mitglieder der Partei waren, ist jetzt ganz gering (Gr. Sowjetenzyklopädie, Band 11, S. 537). Schon im Jahre 1927, als die Partei 774.798 Mitglieder und 372.276 Kandidaten zählte, war die Zahl der Mitglieder, die bis zum Jahre 1916 (einschliesslich) in die Partei eingetreten waren, nur 8933 (1,1% der Gesamtzahl aller Mitglieder), die Zahl derjenigen, die im Jahre 1917 eingetreten waren, war 30.219 (3,9%). Also wenigstens 95% der Gesamtzahl der Mitglieder waren der Partei nach der Oktoberrevolution beigetreten. Seit 1927 sind 13 Jahre vergangen und die Bedeutung und Zahl der „alten" Kommunisten ist viel kleiner geworden, denn viele sind gestorben, viele wurden hingerichtet und die Partei ist grösser geworden.

Zu den Kommunisten (Mitglieder und Kandidaten) gehörten um 1. I. 1930 folgende Gruppen (dieselbe Quelle, S. 532): Arbeiter (oder ehemalige Arbeiter) — 1.094.506 (65,3%), Bauern (oder ehemalige Bauern) — 338.809 (20,2%), Angestellte — 224.397 (13,4%), übrige — 17.198 (1,1%), insgesamt — 1.674.910. Die Mehrzahl der

Kommunisten waren ehemalige Arbeiter. Wenn man aber bedenkt, dass am 17. Dez. 1926 82% (121 Mill.) der Bevölkerung Sowjetrusslands auf dem Lande wohnten, also hauptsächlich Bauern waren, so sieht man, dass die Zahl der kommunistischen Bauern sehr gering war. In der Industrie ist die Zahl der Kommunisten bedeutend grösser.

[2] „Dokumenti po istorii graschdanskoi woini w SSSR" („Dokumente der Geschichte des Bürgerkrieges in der UdSSR"), Band I, 1940, S. 17—18; „Raswitije sowjetskoi ekonomiki" — Die Entwicklung der Sowjetökonomie (Arbeit der Akademie der Wissenschaften der UdSSR), Moskau 1940, S. 91.

[3] J. Stalin, Woprosi leninisma (Probleme des Leninismus), 11. Ausgabe, S. 281.

[4] Dokumenti po istorii graschdanskoi woini w SSSR, Band 1, S. 24—25.

[5] Prof. W. L. Kobalewskij, Organisazija i ekonomika schilischtschnowo chosjaistwa SSSR (Organisation und Ökonomik der Wohnungswirtschaft der UdSSR), Moskau 1940, S. 43 u. folgende.

[6] Dieselbe Quelle, S. 54.

[7] Raswitije sowetskoi ekonomiki, S. 171.

[8] Lenin's Werke (russisch), 3. Ausgabe, Band 23, S. 20—21.

[9] Dokumenti po istorii graschdanskoi woini w SSSR, Band 1, S. 216.

[10] Rasw. sow. ekonom., S. 134—137.

[11] Gr. Sowjetenzyklopädie, Band 17 (Moskau 1930), S. 779.

[12] Statistisches Handbuch der Weltwirtschaft, Berlin 1936, S. 251; Latvijas statistiskā gada grāmata 1930, S. 462.

[13] Zeitschrift „Istorik marksist" (Geschichtsforscher Marxist) No 9, 1940, S. 84.

[14] Gr. Sowjetenzyklopädie, Band 17, S. 463.

[15] Narodnoje chosjaistwo SSSR, statist. sprawotschnik 1932 (Die Volkswirtschaft der UdSSR, statistisches Nachschlagebuch 1932), S. 405.

[16] Gr. Sowjetenzyklopädie, B. 36, S. 490.

[17] „ „ Band 64, Moskau 1933, S. 521—522.

[18] Narodnoje chosjaistwo SSSR, statistitscheskij sprawotschnik 1932, S. 401.

[19] Gr. Sowjetenzyklopädie, Band 5, Moskau 1927, S. 786—787.

[20] 20 ljet sowjetskoi wlasti (20 Jahre Sowjetmacht), statistitscheskij sbornik, 1937, S. 44.

[21] Rasw. sow. ekon., S. 98.

[22] Dieselbe Quelle, S. 99—106; Gr. Sowjetenzykl., Band 33, Moskau 1938, S. 553—556.

[23] Lenin's Werke, Band 23, S. 58.

[24] Dieselbe Quelle, S. 60.

[25] „ „ Band 24, S. 569.

[26] Protokoli X. sjesda RKP(b) — Protokollen des X. Parteikongresses der RKP(B), Moskau 1933, S. 69—71.

[27] Die „Kulakenaufstände" waren oft sehr gross. Z. B. die sogenannte „Antonowschtchina" (nach dem Namen des Führers dieser Bauernbewegung A. Antonow) — eine der Sowjetmacht feindliche

Bauernbewegung im Gouvernement Tambow in den Jahren 1919—1921. Wie die Bolschewisten selbst gestehen (Gr. Sowjetenzykl., Band 3, Moskau 1926, S. 98—99), war diese „Kulakenbewegung" eine Folge der Unzufriedenheit der Bauern wegen der Wegnahme von Lebensmitteln. Anfang 1921 zählte das Heer Antonow's schon 50.000 Mann. Das war nun eine „Bauernarmee" (so nennt sie die Sowjetenzyklopädie). Die Bewegung wurde im Sommer 1921 niedergeschlagen.

[28] Protokoli X. sjesda, S. 564, 584.

[29] Lenin's Werke, Band 27, S. 40—41.

[30] Rasw. sow. ekon., S. 321—322.

[31] Statist. spraw. SSSR 1928, Moskau 1929, S. 487, 500.

[32] XVIII. sjesd wsesojusnoi kommunistitscheskoi partii (b), stenografitscheskij ottschot (XVIII. Parteikongress der Kommun. Partei der UdSSR, stenographischer Bericht), 1939, S. 16—17.

[33] Narodnoje chosjaistwo SSSR, statist. spraw. 1932, S. 121; Rasw. sow. ekonom., S. 213.

[34] Rasw. sow. ekonom., S. 222—223.

[35] Statist. sprawotschnik SSSR, 1928, S. 136—143.

[36] Lenin, Auserwählte Werke (russ.), Band II, 1941, S. 405.

[37] Dieselbe Quelle, S. 570—571.

[38] Dokumenti po istorii graschdanskoi woini w SSSR, Band I, S. 180—182.

[39] 20 ljet sowjetskoi wlasti, 1937, S. 7.

[40] Narodnoje chosjaistwo SSSR, statist. spraw. 1932, S. 401.

[41] 20 ljet sowjetskoi wlasti, S. 46.

[42] Dieselbe Quelle, S. 46.

[43] Statist. sprawotschnik SSSR 1928, S. 88, 42, 940.

[44] Dieselbe Quelle, S. 100, 101, 108, 109, 144, 145, 128.

[45] Rasw. sow. ekonom., S. 217.

[46] J. Stalin, Woprosi leninisma, 11. Ausgabe, S. 292, 293.

[47] WKP(b) w resoljuziach i reschenijach sjesdow, konferenzij i plenumow ZK (Allunionistische Kommunistenpartei der Bolschewisten in Resolutionen und Beschlüssen der Kongresse, Konferenzen und Plenarsitzungen des Zentralkomitees), Teil II, 1941, S. 389.

[48] Rasw. sow. ekon., S. 335.

[49] XVI sjesd wsesojusnoi kommunistitscheskoi partii (b), stenografitscheskij ottschot (XVI. Parteikongress der Allunionistischen Kommunistenpartei der Bolschewisten, stenographischer Bericht), Moskau 1930, S. 67, Kaganowitsch's Bericht.

[50] M. Scholochow, Podnjataja zelina (Der Neubruch), Buch I, 1934.

[50a] Einer von diesen unzähligen Beschlüssen lautete wie folgt (A. E. Arina, G. G. Kotow, K. W. Lossewa, Sozialno-ekonomitscheskije ismenenija w derewne, Melitopolskij rajon, 1885—1938 g., Moskau 1939, S. 162. Deutsch: Sozialökonomische Veränderungen auf dem Lande, Rayon Melitopol, 1885—1938):

„Protokoll Nr. 2 der allgemeinen Versammlung der Mitglieder der Gesellschaft für kollektive Bodenbearbeitung „Die Arbeit des Bauern" am 31. Januar 1930 im Dorfe Troizkoje."

„Es wurde angehört: „Die Kollektivierung und Liquidierung des Kulakentums als Klasse." Bericht der Genossin Osipowa.

Es wurde beschlossen: „Wir, Mitglieder der Gesellschaft für kollektive Bodenbearbeitung „Die Arbeit des Bauern", haben den Bericht der Genossin Osipowa über die Liquidierung des Kulakentums als Klasse im Dorfe angehört. Weil die Kulaken Klassenfeinde der Grundmasse der Dorfbevölkerung sind und die Massnahmen der Partei und der Sowjetmacht in Bezug auf die Reorganisierung der Landwirtschaft bremsen, haben wir beschlossen — das Verzeichnis der Kulaken, welches auf der Versammlung des „Komitees der Dorfarmut" und der Landarbeiter bestätigt worden ist, zu bestätigen, das Vermögen der Kulaken, das bewegliche als auch das unbewegliche, unverzüglich zu beschlagnahmen und zur Verfügung der Gesellschaft für kollektive Bodenbearbeitung zu stellen, und die Administrative Abteilung des Bezirkes zu bitten, die Kulaken, einschliessend den Geistlichen G. H. Charachasch, aus den Grenzen der Gegend zu verbannen."

Nachdem ähnliche Beschlüsse von der Plenarversammlung des Dorfsowjets bestätigt waren, wurde die Entkulakisierung und die Verbannung der Kulaken aus dem Dorfe durchgeführt.

[51] Rasw. sow. ekonom., S. 336. Z. B. laut einem Bericht aus der Stadt Troizk (im Uralgebiet) vom 24. Juli 1930 wird gemeldet: Der entkulakisierte Kulak P. Solotarjew betrank sich, ging durch die Strassen und schrie: „Wer mich heute entkulakisiert hat, hüte sich, ich kriege ein Gewehr und schiesse ihn nieder." In der Nacht wurde aus dem Dorfsowjet ein Gewehr geraubt. Am nächsten Tag fuhren zwei Mitglieder der Verwaltung der Kollektivwirtschaft A. Katorin und A. Preskopow auf die Felder. Zurückgekehrt sind nur die Pferde mit dem Wagen allein. Im Wagen wurden nur die Mützen der beiden Beamten gefunden. Im Dorfe Kamenj (Rayon Ischim, Sibirien) ermordeten Kulaken — die Brüder Dubrowskij — in der Nacht vom 21. auf den 22. Juli, den Vorsitzenden der Kollektivwirtschaft „Kamenj", den Genossen A. Jedin, einen armen Bauer — Mitglied der „Gruppe der Dorfarmut" und den Dorfkorrespondenten der Zeitung „Krasnoje Snamja" — den Genossen Dudarjew. Diese Begebenheit berichtet die Zeitung „Krasnoje Snamja" in Tomsk, am 31. Juli 1930.

[51a] Gr. Sowjetenzykl., Band 33, S. 359.

[51b] I. Stalin, Woprosi leninisma, S. 299.

[51c] Gr. Sowjetenzykl., Band 33, S. 360.

[51d] I. Stalin, Woprosi leninisma, S. 317.

[51e] Ebendaselbst, S. 319.

[52] Kolchosi wo wtoroi stalinskoi pjatiletke (Kolchosen im zweiten Stalinschen Planjahrfünft), Moskau 1939, S. 1.

[53] Istorija wsesojusnoi kommunititscheskoi partii, bolschewikow (Die Geschichte der allunionistischen Kommunistenpartei der Bolschewisten), 1940, S. 291—292.

[54] Statist. sprawotschnik SSSR 1928, S. 88.

[55] 20 ljet sowjetskoi wlasti, S. 46.

[56] Kolchosi wo wtoroi stalinskoi pjatiletke, S. 1.

[57] J. Stalin, Woprosi leninisma, S. 407.

[58] Selskochosjaistwennaja enziklopedija (Landwirtschaftliche Enzyklopädie), Band 3, Moskau 1938, S. 259.

[59] Stalin (K schestidesjatiletiju so dnja roschdenija — Zum 60. Geburtstage), S. 239—241.

[60] Arina, Kotow, Lossewa, S. 276.

[61] Narodnoje chosjaistwo SSSR 1932, S. 191; Sozialistitscheskoje stroitelstwo SSSR, 1934, S. 226; Planowoje chosjaistwo, 1939, Nr. 7, S. 156.

[62] Z. B.: XVIII. sjesd wsesojusnoi kommunist. partii (im Jahre 1939), S. 449.

[63] Selskoje chosjaistwo SSSR, jeschegodnik 1935 (Die Landwirtschaft der UdSSR, Jahrbuch 1935), S. 221.

[64] Statistisches Handbuch der Weltwirtschaft, Berlin 1936, S. 251.

[65] Statistitscheskij sprawotschnik SSSR 1928, S. 274—277; Sozialistitscheskoje stroitelstwo SSSR (1933—1938), S. 84.

[66] Arina, Kotow, Lossewa, S. 167—175.

[67] Sobranije postanowlenij i rasporjaschenij prawitelstwa SSSR (Sammlung der Verordnungen und Verfügungen der Regierung der UdSSR), Nr. 2 1941 (vom 16. Januar).

[68] Prawda (Die Zeitung „Prawda") vom 11. Februar 1941.

[69] Kolchosi wo wtoroi stalinskoi pjatiletke, S. 4—5.

[70] Dieselbe Quelle, S. 9, 10.

[71] „ „ S. 4.

[72] „ „ S. 11.

[73] Sozialistitscheskoje stroitelstwo SSSR (1933—1938), S. 87.

[74] Kolchosi wo wtoroi stalinskoi pjatiletke, S. 9.

[75] Dieselbe Quelle, S. 9.

[76] Sozialistitscheskoje stroitelstwo SSSR (1933—1938), S. 86, 87.

[77] Selskochosjaistwennaja enziklopedija, Band 2, S. 291.

[78] Kolchosi usw. S. 80.

[79] „ „ S. 35.

[80] „ „ S. 49.

[81] „ „ S. 81.

[82] „ „ S. 96, 106.

[83] Sozial. selskoje chosjaistwo SSSR 1939, S. 87.

[84] XVII. sjesd wsesojusnoi komunist. partii (stenographischer Bericht) S. 232, die Rede von Woroschilow. Der Prozentsatz der Bauern in der Armee war damals 42,5%, der der Angestellten — 11,7%.

[85] J. Stalin, Woprosi leninisma, S. 190.

[86] Gr. Sowjetenzyklopädie, Band 37, Moskau 1938, S. 652.

[87] J. Stalin, Woprosi leninisma, S. 373—374.

[88] Istorija wsesojusnoi kom. partii (bolsch.), 1940, S. 268.

[89] J. Stalin, Woprosi leninisma, S. 376, 375.

[90] Pjatiletnij plan narodno-chosjaistwennowo stroitelstwa SSSR, Band 2, Teil 1, Moskau 1929, S. 332—333; Sozial. stroit. SSSR, Moskau 1934, S. 226.

[91] Dieselben Quellen, S. 338—339 und S. 203, 211.

[92] Pjatiletnij plan, usw. (Moskau 1929), Band 2, Teil 2, S. 292 —293.

[93] Sozial. stroit. SSSR, Moskau 1934, S. 436.

[94] Pjatiletnij plan (Moskau 1929), Band 2, Teil 2, S. 285.

[95] Wtoroi pjatiletnij plan raswitija narodnowo chosjaistwa SSSR (Zweiter Fünfjahresplan der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR), Moskau 1934, Band 1, S. 533.

[96] Itogi wipolnenija perwowo pjatiletnewo plana raswitija narodnowo chosjaistwa SSSR (Die Resultate des ersten Fünfjahresplanes der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR), 2. Auflage, Moskau 1934.

[97] Wtoroi pjatiletnij plan, Band 1, S. 533.

[98] XVIII. sjesd wsesojusnoi kom. partii, S. 286 (aus der Rede des Vorsitzenden des Volkskommissarenrates — Molotow's).

[99] Wtoroi pjatiletnij plan, Band 1, S. 461; Itogi wipolnenija wtorowo pjatiletnewo plana, S. 85.

[100] XVIII. sjesd, S. 285.

[101] Statist. sprawotschnik SSSR 1928, S. 488; Itogi wipolnenija wtorowo pjatil. plana, S. 104.

[102] Sozial. stroitelstwo SSSR (1933—1938), S. 34.

[103] Dieselbe Quelle, S. 40.

[104] Narodnoje chosjaistwo SSSR, statist. sprawotschnik 1932, S. 401.

[105] Prof. P. J. Ljaschtschenko, Istorija narodnowo chosjaistwa SSSR (Geschichte der Volkswirtschaft der UdSSR), Band 1, Moskau 1939, S. 440—442, 576.

[106] Sozial. stroit. SSSR (1933—1938), S. 31.

[107] Annuaire statistique de la Société des Nations 1937/1938, Genève 1938, S. 21. Die Schätzung der Weltbevölkerungszahl Ende 1936.

[108] XVIII. sjesd, S. 17—18.

[109] Dieselbe Quelle, S. 213.

[110] Sozial. stroitelstwo Sojusa SSSR (1933—1938) S. 26.

[111] Dieselbe Quelle, S. 18. Wenn man das Volkseinkommen auf 1 Einwohner berechnet, so ergeben sich pro Kopf für das Jahr 1913 152 Rubel, für 1938 — 618 Rubel, also viermal mehr.

[112] Dieselbe Quelle, S. 8—9.

[113] Sozialistitscheskoje selskoje chosjaistwo SSSR 1939, S. 86.

[114] XVIII. sjesd, S. 648.

[115] Sozial. stroit. Sojusa SSSR (1933—1938), S. 16.

[116] XVI. sjesd wsesojusnoi kommunist. partii (b), stenographischer Bericht, Moskau 1930, S. 497—498.

[117] Dieselbe Quelle S. 302, 725.

[118] XVII. sjesd, Moskau 1934, S. 116, 178, 267 (Reden der Kommunisten Jenukidse, Mikojan und Rudsutak). — Noch im Jahre 1939 klagt der Volkskommissar für Landwirtschaft der UdSSR, Benediktow (in der Zeitung „Prawda"), über die „barbarische" Behandlung der Traktoren und anderer landwirtschaftlichen Maschinen. Die Maschinen werden im Herbst nach Erledigung der landwirtschaftlichen Arbeiten einfach auf dem Felde ohne Schutzdach und Aufsicht bis zum Frühling gelassen, wobei das sogar in Gebieten geschehe, wo viele Wälder seien und wo man leicht ein Schutzdach oder einen Schuppen bauen könne. Die

Maschinen verrosten, Maschinenteile werden gestohlen, und im Frühjahr ist häufig grosse, teure Reparatur nötig; der volkswirtschaftliche Verlust sei ungeheuer gross.

[119] XVIII. sjesd, S. 339, 472—473 (Reden der Kommunisten Merkulow und Swerew).

[120] Zeitschrift „Problemi ekonomiki" (Probleme der Ökonomik), 1940, Nr. 8, S. 11.

[121] Gr. Sowjetenzyklopädie, Band 11, S. 532.

[122] XVIII. sjesd, S. 28, 148.

[123] Gr. Sowjetenzyklopädie, Band 11, S. 543.

[124] Dieselbe Quelle, Band 47, Moskau 1940, S. 876.

[125] Arina, Kotow, Lossewa, S. 214—217, 156.

[126] Kolchosi wo wtoroi... pjatiletke, S. 60, 75.

[127] Arina, Kotow, Lossewa, S. 216 (aus der Rede des Kommunisten L. M. Kaganowitsch).

[128] XVIII. sjesd, S. 28, aus dem Berichte Stalin's.

[129] Dieselbe Quelle.

[130] „ „ S. 521.

[131] „ „ S. 28, 414—415.

[132] Sozial. selskoje chosjaistwo SSSR, 1939, S. 51.

[133] Die Zeitschrift des Volkskommissariats der Landwirtschaft der UdSSR „Sozialistitscheskoje selskoje chosjaistwo" (Sozialistische Landwirtschaft), Nr. 2 (Februar) 1941, S. 31—41.

[134] XVII. sjesd, S. 280.

[135] Zeitung „Industrija" (Industrie), Moskau, 1./III. 1940.

[136] „Industrija", vom 20. März 1940.

[137] XV. sjesd, S. 63.

[138] Lenin's Werke, 2. Ausgabe, Band 22, S. 50, und Band 21, S. 440.

[139] XVII. sjesd, S. 280 (Bericht des Kommunisten Rudsutak).

[140] Waschneischije reschenija po selskomu chosjaistwu sa 1938—1940 godi (Die wichtigsten Beschlüsse über die Landwirtschaft in den Jahren 1938—1940), Moskau 1940, S. 212.

[141] Zeitung „Prawda", 23./IV. 1941.

[142] „Prawda", 16./II. 1941.

[143] Itogi wipolnenija perwowo pjatiletnewo plana, S. 178.

[144] Itogi wipolnenija wtorowo pjatiletnewo plana, S. 62, 105.

[145] Die Zahlen für das Jahr 1928: Narodnoje chosjaistwo SSSR, statist. sprawotschnik 1932, S. 348—350. Die Zahlen für das Jahr 1937:

a) Brotpreise: Preiskurant zen na towari chlebopekarnoi i makaronnoi promischlenosti, isdanije ofizialnoje (wtoroje), Moskau 1939 (Preisverzeichnis für Waren der Brotbäckerei und der Makaronenindustrie). Der Preisstand ist hier zum 1. Januar 1938 angegeben. Für jede Ware sind 7 Preise angegeben, nach den 7 Zonen, in die das Territorium der UdSSR geteilt ist. Preise für Weizenbrot sind im Verzeichnis für vier verschiedene Sorten angegeben; in der kleinen Tabelle ist der Durchschnitt zwischen dem niedrigsten und höchsten Preise des Weizenbrotes angegeben.

b) Zuckerpreise: Preiskurant zen na towari sacharnoi, tschainoi, soljanoi... promischlennosti, Moskau 1938 (Preisverzeichnis

für Waren der Zucker-, Tee-, Salz-Industrie. Ausgabe des Volkskommissariats der Nahrungsmittelindustrie der UdSSR). Der Preisstand ist hier zum 1. Januar 1938 für 4 Zonen angegeben. Das sind Preise für 1 Tonne franko Waggon Bestimmungsstation.

c) Rindfleischpreise: Preiskuranti pojasnisch rosnitschnich zen na mjaso, mjasoprodukti, kolbasnije isdelija, usw., Moskau 1940 (Preisverzeichnisse der Zonenkleinhandelspreise für Fleisch, Fleischerzeugnisse, Wurstwaren usw.). Die Preise sind am 22. Januar 1940 vom Ökonomischen Rat beim Volkskommissarenrat der UdSSR bestätigt worden. Es bestehen 3 Preiszonen (z. B. die Städte Moskau und Leningrad nebst Gebieten sind in die 4. Zone eingeteilt. Das Rindfleisch kostete hier 10 Rubel Kilogramm). Die Preise sind Kleinhandelspreise.

d) Butterpreise: Preiskuranti pojasnich rosnitschnich zen na maslo schiwotnoje, siri, usw. (Preisverzeichnisse der Zonenkleinhandelspreise für Butter, Käse usw.), Moskau 1940. Diese Preise sind vom Ökonomischen Rat am 8. April 1940 bestätigt worden. Es gibt 5 Preiszonen. In der kleinen Tabelle ist die 1. Sorte der ungesalzenen Butter angegeben (für das Jahr 1928 ist der Preis für geschmolzene Butter angegeben).

[146] Berechnet nach den Aktenmaterialien des ehemaligen Volkskommissariats der Leichtindustrie der Sowjetrepublik Lettland.

[147] Statistitscheskij sprawotschnik SSSR sa 1928 god, S. 224—227; Sozial. selskoje chosjaistwo SSSR 1939, S. 73; Sozial. stroitelstwo SSSR, statist. jeschegodnik, Moskau 1934, S. 203; Itogi wipolnenija wtorowo pjatiletnewo plana, S. 86, 94; Statist. sprawotschnik SSSR sa 1928, S. 311. Die Bevölkerungszahl der UdSSR ist 1927/28 rund 150 Mill., 1932 — rund 160 Mill., 1938 — rund 170 Mill. angenommen worden.

[148] Pjatiletnij plan narodno-chosjaistwennowo stroitelstwa SSSR, Band 2, Teil 1, S. 256; Statist. sprawotschnik SSSR sa 1928, S. 308—309; Itogi wipolnenija wtorowo pjatiletnewo plana, S. 85.

[149] Sozial. stroitelswo SSSR (1933—1938), S. 141.

[150] XVIII. sjesd, S. 476.

[151] Die „Prawda" (Nr. 301, 1939) beklagte sich in einem Artikel („Tausende von Kilometern — nach Holzlöffeln") über die unerträgliche Lage der Industrie in der Stadt Barnaul und im Altai-Gebiet (Sibirien). Es erweist sich, dass die genannten Gebiete von den Tausende von Kilometern entfernten Zentren der Sowjetunion Holzlöffel, Kinderspielsachen usw. bekommen. Kinderwagen, Kinderschlitten, Stühle und Tische für Kinder werden aus Moskau und Leningrad herangeschafft. Einige ganz einfache Waren werden sogar aus Minsk geführt, d. h. von der äussersten Westgrenze der Sowjetunion. Aber das Altai-Gebiet sei „fabelhaft" reich an verschiedenen Rohstoffen — Wäldern, Baumaterialien, Tier- und Pflanzenerzeugnissen. Die technische Leitung der Industrie sei schwach. Die örtlichen Fabriken erfüllen ihre Produktionspläne nicht, einige seien sogar stillgelegt worden. In der Behörde, von der die örtliche Industrie geleitet wird, seien während zwei Jahren schon neun Leiter gewechselt worden.

[152] „Prawda", 10. III. 1941.
[153] Pjatiletnij plan narodno-chosj. stroitelstwa SSSR, Band 2, Teil 2, Moskau 1929, S. 281.
[154] Wtoroi pjatiletnij plan, Band 1, S. 533.
[155] Trud w SSSR, statist. sprawotschnik (Arbeit in der UdSSR), Moskau 1936, S. 346.
[156] Gr. Sowjetenzykl. Band 42, Moskau 1939, S. 255.
[157] Prawda, 15. IV. 1941.
[158] Prawda, 8. II. 1940.
[159] Kolchosi wo wtoroi stalinskoi pjatiletke, S. 110.
[160] Sozialistitscheskoje stroitelstwo Sojusa SSSR (1933—1938), S. 97.
[161] Kolchosi usw., S. 112.
[162] Sozialist. selskoje chosjaistwo SSSR, S. 100.
[163] Kolchosi, S. 110.
[164] Latvijas lauksaimniecība 1939. gadā, S. 87.
[165] Potreblenije i spros w SSSR, sbornik statei pod redakcijei A. J. Malkisa (Verbrauch und Nachfrage in der UdSSR), Leningrad 1935, S. 140.
[166] Statist. sprawotschnik SSSR 1928, S. 76—77.
[167] Narodnoje chosjaistwo SSSR, statist. sprawotschnik 1932, S. 401.
[168] Sozial. stroitelstwo SSSR, statist. jeschegodnik, Moskau 1934, S. 353.
[169] J. Sautin, Wsesojusnaja perepis naselenija 1939 goda (J. Sautin, Die allunionistische Volkszählung im Jahre 1939), Staatsverlag der politischen Literatur, 1938, S. 8—9, 19, 20, 21.
[170] John Stuart Mill, Grundsätze der politischen Ökonomie, Jena 1924, I. Band, S. 412.
[171] Das ganze Ausmass der Rüstung der Sowjetunion und der Vorbereitung zum Kriege gegen die „kapitalistischen" Staaten ist noch nicht bekannt, aber eine kleine Vorstellung davon bekommt man, wenn man die Zahlen, die in der Rede des Führers des Grossdeutschen Reiches Adolf Hitler vor dem Reichstag am 11. Dezember 1941 enthalten sind, liest: bis zum Dezember 1941 betrug die Zahl der von der deutschen Wehrmacht in Sowjetrussland vernichteten oder erbeuteten Panzer 21.391, die der Geschütze 32.541 und die der Flugzeuge 17.322 (Deutsche Zeitung im Ostland, vom 12. Dez. 1941).
[172] In der Grossen Sowjetenzyklopädie (Band 33, Moskau 1938, S. 714, 717) lesen wir folgende Definition der Kommunistischen Internationale: „Die Kommunistische Internationale, die Komintern... — alleinige kommunistische Weltpartei, der Führer und Organisator der revolutionären Weltbewegung des Proletariats,.. kämpft für die Errichtung der Weltdiktatur des Proletariats, für die Schaffung der Weltunion der Sozialistischen Sowjetrepubliken." „Von der Gründung bis zum Jahre 1935 haben sieben Weltkongresse der Komintern stattgefunden... Zum VII. Kongress vereinigte die Komintern 76 kommunistische Parteien verschiedener Länder... Die stärkste und führende Sektion der Komintern ist die Allunionistische Kommunistische Partei (der

Bolschewisten)... Die Stütze jeder kommunistischen Partei in ihrem heldenhaften Kampfe ist die Partei des siegreichen Sozialismus — die Allunionistische Kommunistische Partei (der Bolschewisten)."

[173] Mēneša biļetens, Nr. 7 1940, Riga, S. 496.

II. Die erste Bolschewistenherrschaft in Lettland im Jahre 1919.

[1] „Latvijas Sociālistiskās Padomju Valdības Ziņotājs" (Der Regierungsanzeiger der Lettländischen Sozialistischen Sowjetregierung), Nr. 23 vom 19./III. 1919.

[2] „Ziņotājs", Nr. 16.
[3] „ Nr. 19, vom 15./III. 1919.
[4] „ Nr. 64, „ 8./V. 1919.
[5] „ Nr. 53, „ 24./IV. 1919.

[6] Zeitung „Cīņa" (Der Kampf) vom 25./I. 1919. Das ist der Artikel von J. Danischewski (einer von den Regierungsmitgliedern Sowjetlettlands): „Gegen die Verteilung von Land und Inventar".

[7] „Cīņa", vom 28./I.
[8] „ „ 23./II.
[9] „ „ 25./I.
[10] „Ziņotājs", Nr. 3, vom 25./II.
[11] „Cīņa", vom 19./V.
[12] „ „ 7./II.
[13] „ „ 28./II.
[14] „ „ 24./IV.
[15] „Ziņotājs" Nr. 23, vom 19./III.
[16] „Cīņa", vom 6./II.
[17] „Ziņotājs" Nr. 25, vom 21./III.
[18] „ Nr. 3, „ 25./II.
[19] „ Nr. 13, „ 8./III.
[20] „ Nr. 70, „ 15./V.
[21] „ Nr. 13, „ 8./III.
[22] „ Nr. 57, „ 29./IV.
[23] „ Nr. 13, „ 8./III.
[24] „ Nr. 13, „ 8./III.
[25] „ Nr. 23, „ 19./III.
[26] „Cīņa", vom 5./II.
[27] „ „ 16./II.
[28] „ „ 28./II.
[29] „Ziņotājs" Nr. 2, vom 24./II.
[30] „Cīņa", vom 26./III.
[31] „ „ 25./II.
[32] „ „ 28./I.
[33] „ „ 18./II.
[34] „Die rote Fahne", Nr. 60 vom 18./III.
[35] „ „ „ Nr. 61, „ 19./III.
[36] „ „ „ Nr. 62.
[37] „ „ „ Nr. 69. vom 28./III.

[38] „Ziņotājs" Nr. 2, vom 24./II.
[39] „ Nr. 4, „ 26./II.
[40] „ Nr. 6, „ 28./II.
[41] „ Nr. 6, „ 28./II.
[42] „ Nr. 16.
[43] „ Nr. 16.
[44] „ Nr. 22, vom 18./III.
[45] „ Nr. 10.

[46] H. Handraks, Rīgas iedzīvotāju dabīgā kustība 1911—1930 (H. Handrak, Die natürliche Bevölkerungsbewegung Rigas 1911—1930), Ausgabe des Statistischen Büros der Stadt Riga, Riga, 1932, S. 15, 116—119.

[47] „Jaunākās Ziņas" (die Zeitung „Neueste Nachrichten"), Riga, vom 27./V. 1919.

[48] Der Vorsitzende der Sowjetregierung Lettlands P. Stutschka erklärte in einem Artikel in der „Cīņa": „Es ist nicht möglich, ganz Lettland auf einmal zu sowjetisieren. Darum lässt die Sowjetregierung die Pachtwirtschaften (d. h. die Bauernwirtschaften) mit Lohnarbeitern *vorläufig* bestehen" („Cīņa" vom 29./III. 1919.). — Auch das Parteikomitee der Stadt Riga erklärte in seinem Wahlaufruf: „Grosse Wirtschaften mit mehr als 300 Lofstellen Ackerland werden in Sowjetwirtschaften verwandelt. *Vorläufig wird man die kleinen und mittleren Wirtschaften ihren bisherigen Bearbeitern nicht wegnehmen, sondern sie in Pachtwirtschaften verwandeln*". („Cīņa" vom 15./III. 1919).

[49] Selbst der Vorsitzende der Sowjetregierung Stutschka bekannte in einem Leitartikel der „Cīņa", dass die Unterdrückung und das Quälen der Bevölkerung weit verbreitet seien und nicht nur wohlhabende, sondern auch ganz arme Leute getroffen habe. Im genannten Artikel („Cīņa" vom 6./V. 1919) beschreibt er einige Klagen der kleinen Leute, die ihm, als Regierungschef, eingesandt worden sind (und wahrscheinlich von ihm auch überprüft wurden). Ein Mann schreibt ihm etwa folgendes: Ich habe eine kranke Frau und 8 Kinder. Mir gehören 5 Lofstellen Ackerland. Bin kein Ausbeuter. Der einzige Sohn ist 10 Jahre alt. Um etwas Brennholz zu bekommen, habe ich ein kleines Stück Jungwald gekauft und dafür die Ersparnisse meines ganzen Lebens verwendet. Die Sowjetmacht hat mir den Wald genommen; ich muss von demselben Walde jetzt das Brennholz das zweite Mal kaufen, aber ich habe kein Geld und werde erfrieren müssen. Die bäuerlichen Lasten sind viel grösser als in der Sklavenzeit. Man muss aus dem Walde obligatorisch Holzmaterialien führen. Ich selbst bin Krüppel, kann diese Arbeiten nicht verrichten; habe keinen Wagen; mein Sohn ist noch ein Kind. Wird man mich als einen Konterrevolutionär anschen? — Stutschka schilt und kritisiert diese falsche (selbst vom Bolschewistenstandpunkt) willkürliche Tätigkeit der örtlichen Behörden. — Aber das ist kein Einzelfall, sondern nur einer von den unzähligen Fällen der bolschewistischen Menschenquälereien.

III. Wirtschaftliche Entwicklung Lettlands vor der zweiten Bolschewistenherrschaft.

[1] Nach verschiedenen amtlichen statistischen Quellen.

[2] Lauksaimniecības skaitīšana Latvijā 1929. gadā (Die Landwirtschaftszählung in Lettland), VIII, 1932, S. 11.

[3] Latvijas statistiskā gada grāmata 1937./38., S. 116.

[4] Latvijas agrārā reforma (Lettlands Agrarreform), Ausgabe des Landwirtschaftsministeriums, Ausgabe 1930, S. 674—676; Ausgabe 1938 (der zweite Band über die Agrarreform), S. 519.

[5] Amtliche statistische Daten.

[6] Die Ausgabe des Staatlichen Statistischen Amtes: Piensaimnieku sabiedrības — 30 gadu darbības atcerei (Zum 30-jährigen Jubiläum der Tätigkeit der Genossenschaften der Milchwirtschaft), S. 16—17.

[7] M. Skujenieks, Latvijas statistikas atlass (Statistischer Atlas Lettlands), Blatt 34; A. Maldups, Vispārējā sējumu un mājlopu skaitīšana Latvijā 1937. gadā (Allgemeine Saatflächen- und Viehzählung in Lettland im Jahre 1937), Teil II.

[8] Latvijas statistikas atlass, Blatt 32; Latvijas statistiskā gada grāmata 1939, S. 116.

[9] Latvijas statistikas atlass, Blatt 32.

[10] Rīga kā Latvijas galvas pilsēta (Riga als Hauptstadt Lettlands), Ausgabe der Stadtverwaltung Rigas, Riga 1932, S. 130.

[11] Latvijas statistiskā gada grāmata 1939, S. 137.

[12] Latvijas statistikas atlass, S. 37; Latvijas statistiskā gada grāmata 1939, S. 142.

[13] Latvijas statistiskā gada grāmata 1932, S. 136—137; Latvijas statistiskā gada grāmata 1939, S. 144—146.

[14] Latvijas statistikas atlass, S. 37.

[15] Latvijas agrārā reforma (Ausgabe des Landwirtschaftsministeriums), Riga 1930, S. 690.

[16] Latvijas statistiskā gada grāmata 1939, S. 123.

[17] Latvijas statistiskā gada grāmata (die letzten Daten — aus der verkürzten Ausgabe der Bolschewistenzeit, 1940, S. 147).

[18] A. Jumiķis, Atjaunotās Latvijas celtniecības pārskats (Übersicht der Bautätigkeit im erneuten Lettland), Riga 1939, S. 43.

[19] Nach den Daten der Bauinspektion des Kraftwerkes Ķegums.

[20] Ceturtais gads (Das vierte Jahr), S. 170.

[21] Latvijas statistikas atlass, S. 44.

[22] Artikel von A. Ceichners in dem „Lettischen Konversationslexikon" („Latviešu konversācijas vārdnīca"), S. 20.731. Die Zahlen der Aussenhandelsumsätze für ausländische Staaten und ihre Bevölkerungszahl sind den Ausgaben des Völkerbundes in Genf über den Welthandel entnommen und in lettischem Geldwerte umgerechnet.

[23] Monatsbulletin des Staatlichen Statistischen Amtes, Nr. 9 1938, S. 1061 und weitere.

[24] *Zwei Ausgaben des Staatlichen Statistischen Amtes: 1) Lauksaimniecības rentabilitāte 1935./36., 1936./37. un 1927./37.

saimniecības gadā (Die Rentabilität der Landwirtschaft in den Wirtschaftsjahren 1935/36, 1936/37 und 1927/37), Riga 1939, S. 54—55; 2) Latvijas lauksaimniecība 1938. gadā (Lettlands Landwirtschaft im Jahre 1938), Riga 1939, S. 83.

[25] Zahlen über Lettland — aus der „Latvijas statistikas gada grāmata 1937/38", S. 332; über andere Staaten — aus der Veröffentlichung des Völkerbundes: Le problème de l'alimentation. Volume IV. Statistiques de la production, de la consommation et des prix, Genève 1936, S. 45, 47, 49, 27.

[26] Latvijas kultūras statistika 1918—1937 (Kulturstatistik Lettlands 1918—1937), Riga 1938, S. 127.

[27] Latviešu konversācijas vārdnīca, Artikel „Latgale"; die Zahlen des Jahres 1937/38 — amtliche Daten des Staatl. Statist. Amtes.

[28] Rūpniecības statistika 1938 (Industriestatistik 1938), Riga 1940, S. 165—166.

[29] Mēneša biļetens (Monatsbulletin des Staatl. Statist. Amtes) Nr. 7 1940, S. 464, 463.

[30] Nach den Daten des Innenministeriums.

IV. Vergleich der lettischen und russischen Wirtschaft.

[1] Kleine Sowjetenzyklopädie, Band 10, Moskau 1940, S. 13.

[2] Sozialistischeskoje stroitelstwo SSSR (1933—1938), Moskau 1939, S. 8—9.

[3] Latvijas statistiskā gada grāmata 1939, S. 107.

[4] Kolchosi wo wtoroi stalinskoi pjatiletke, S. 9.

[5] Sozialist. stroitelstwo SSSR (1933—1938), S. 97. Zahlen über Lettland — nach dem statistischen Jahrbuche Lettlands.

[6] Dieselbe russische Quelle, S. 98. Die Bevölkerungszahl der UdSSR wurde vom Verfasser für 1929 mit 152 Mill., für 1933 — mit 160 Mill. und für 1937 — mit 167 Mill. angenommen.

[7] Sozialistitscheskoje selskoje chosjaistwo SSSR, statist. sbornik, Moskau 1939, S. 72; Latvijas statistikas gada grāmata 1939, S. 115.

[8] Kolchosi wo wtoroi stalinskoi pjatiletke, S. 102.

[9] Zahlen über die Sowjetunion: Sozialist. selskoje chosjaistwo SSSR, Moskau 1939, S. 74.

Zahlen der Milchproduktion Lettlands: Latvijas statistiskā gada grāmata 1939, S. 116. Über die Fleischproduktion Lettlands: Latvijas statistikas atlass, Blatt 32. Über die Wollproduktion Lettlands: Latvijas lauksaimniecība 1932 gadā, S. 78; Latvijas lauksaimniecība 1938. gadā, S. 48.

[10] Latvijas statistiskā gada grāmata 1939, S. 146; Sozialist. stroitelstwo SSSR (1933—1938), S. 77.

[11] Itogi wipolnenija wtorowo pjatiletnewo plana, S. 86.

[12] Latvijas statist. gada grāmata 1939, S. 145.

[13] Die Grosshandelspreise in Riga — nach „Latvijas statistiskā gada grāmata 1939", S. 204—205. Für Getreide ist der Durchschnitt zwischen den Preisen der billigsten und der teuersten Getreideart (Hafer und Weizen) genommen worden. Für Fleisch

wurde der Durchschnitt zwischen den Preisen von Schweinefleisch und Rindfleisch berechnet. Für Kartoffeln ist hier der Produzentenpreis gerechnet, den die Bauern im Kreise Riga bekommen haben (dieselbe Quelle, S. 212). — Die teuerste Getreideart — Weizen — macht in der UdSSR einen bedeutend grösseren Bestandteil der gesamten Getreideernte aus als in Lettland; die Fleischproduktion ist nach durchschnittlicher Qualität in Lettland wertvoller, weil ja Schweinefleisch in Lettland einen viel grösseren Prozentsatz der gesamten Fleischproduktion bildet als in der Sowjetunion.

[14] Itogi wipolnenija wtorowo pjatiletnewo plana, S. 94.

[15] Sozialist. stroitelstwo SSSR (1933—1938), S. 31.

[16] Grosse Sowjetenzyklopädie, Band 36, Moskau 1938, S. 632.

[17] Latvijas mežu statistika (Forststatistik Lettlands) Riga 1938, S. 5.

[18] J. Ozols, Latvijas koku eksports un starptautiskie koku tirgi (Lettlands Holzexport und die internationalen Holzmärkte), Riga 1934, S. 8.

[19] Latvijas statistikas gada grāmata 1939, S. 123, 146; Sozialist. stroitelstwo SSSR (1933—1938), S. 70.

[20] Recueil de statistique de l'Institut International du Commerce, Nr. 7, 20/IX. 1937, Bruxelles, S. 1020.

[21] J. Ozols, Latvijas koku eksports, S. 11.

[22] Sozialist. stroit. Sojusa SSSR (1933—1938), S. 70.

[23] Dieselbe Quelle, S. 67; Angaben über Lettland — nach den statistischen Jahrbüchern Lettlands.

[24] Latvijas statistiskā gada grāmata 1937/38, S. 332.

[25] Nach den schon früher erwähnten amtlichen Daten.

[25a] Sozialist. stroitelstwo Sojusa SSR (1933—1938), S. 77; Latvijas statist. gada grām. 1939, S. 125, 175, 180. Die Daten des Fischfanges in den Flüssen und Seen Lettlands — nach der Schätzung des Ackerbauministeriums.

[26] Latvijas statist. gada grāmata 1937./38., S. 332.

[27] Latvijas statist. gada grāmata 1939, S. 268—269.

[28] Itogi wipolnenija wtorowo pjatiletnewo plana, S. 94.

[29] Latvijas lauksaimniecība 1938. gadā, S. 85.

[30] Itogi wipolnenija wtorowo pjatiletnewo plana, S. 94.

[31] Sozialist. stroitelstwo Sojusa SSR (1933—1938), S. 40; der Zuckerverbrauch in Lettland ist nach den amtlichen Daten der Zuckerproduktion und Zuckereinfuhr berechnet worden.

[32] N. S. Chruschtschew, Itogi 1939 selskochosjaistwennowo goda i sadatschi na 1940 god (Landwirtschaftliche Ergebnisse des Jahres 1939 und Aufgaben für das Jahr 1940), Moskau 1940, S. 36.

[33] Sozialist. stroitelstwo SSSR (1933—1938), S. 73; Latvijas statistiskā gada grāmata 1939, S. 146.

[34] Sozialist. stroitelstwo SSSR (1933—1938), S. 26.

[35] Wneschnaja torgowlja SSSR sa 20 ljet, 1918—1937, Moskau 1939, S. 54.

[36] Latvijas statist. gada grāmata 1939, S. 175, 180.

[37] Dieselbe Quelle, S. 268, 269.

[38] Rūpniecības statistika 1938, Riga 1940, S. 21.

[39] Sozialist. stroitelstwo SSSR (1933—1938), S. 141, 28.

[40] Wtoroi pjatiletnij plan raswitija narodnowo chosjaistwa, Band 1, S. 523.

[41] Sozialist. stroitelstwo SSSR (1933—1938), S. 141; Rūpniecības statistika 1938, S. 23.

[42] Rīgas pilsētas statistiskā gada grāmata 1929—1930 (Statistisches Jahrbuch der Stadt Riga), S. 57.

[43] „Ekonomists" (Ausgabe des Finanzministeriums), Nr. 18, 1934, S. 630; Latvija skaitļos 1938 (Lettland in Zahlen), S. 313; Latvijas statistiskā gada grāmata 1939, S. 150; Statistische Tabellen für das „Statistische Jahrbuch Lettlands 1940" (herausgegeben bereits in der Bolschewistenzeit), S. 147.

[44] Nach den Angaben der Wohnungsbewirtschaftungsdirektion der Stadt Riga betrug die Zahl der Wohnungen in den in der Bolschewistenzeit nationalisierten Wohnhäusern Rigas 79.257, mit 188.824 Zimmern. Die gesamte Dielenfläche dieser Zimmer betrug 3.095.100 m² (Küchen, Korridore, Badezimmer usw. sind nicht eingerechnet). Also betrug die durchschnittliche „Wohnfläche" eines Zimmers 16,4 m².

[45] Wtoroi pjatiletnij plan raswitija narodnowo chosjaistwa SSSR, Band 1, S. 533.

[46] Itogi wipolnenija wtorowo pjatiletnewo plana, S. 63.

[47] Sozialist. stroit. SSSR (1933—1938), S. 9.

[48] Rūpniecības statistika 1938, S. 45; Latvijas ārējā tirdzniecība un tranzits 1938 (Lettlands Aussenhandel und Transit), S. 88—92; Sozialist. stroitelstwo SSSR (1933—1938), S. 71, 28.

[49] Die letztgenannte Quelle, S. 26.

[50] Rūpniecības statistika 1938, S. 124; Statistisches Jahrbuch 1940, S. 135.

[51] Sozialist. stroitelstwo SSSR (1933—1938), S. 20.

[52] Die Warenpreise in Riga — nach „Latvijas statistikas gada grāmata 1939, S. 214—216. Die Preise in Moskau — nach den amtlichen Preisverzeichnissen, die im Punkt 181 des Quellenverzeichnisses zum I. Kapitel dieses Werkes genannt sind. Es wurden die Preise derjenigen Nahrungsmittelsorten gewählt, die ungefähr der lettländischen Qualität entsprechen. Diese amtlichen Kleinhandelspreise sind für einzelne Zonen festgesetzt. Z. B. für jede Fleischsorte gibt es 3 Preise, je nach der Zone. Die Preise für das Rindfleisch, mittlerer Mästung, I. Sorte sind folgende: I. Zone — 8,80 Rubel pro kg, II. Zone — 9 Rub., III. Zone — 9,30 Rub., IV. — 10 Rub., V. Zone — 13 Rubel. Zur I. Zone gehören die Kirgisische Sozialistische Sowjetrepublik u. a., zur II. Zone — die Provinzen Woronesch, Omsk (in Sibirien), Kursk, Saratow, Tambow u. a., zur III. Zone — Ukraine, Grusien u. a., zur IV. Zone — die Städte Moskau und Leningrad nebst Provinzen desselben Namens u. a., zur V. Zone — Provinz Chabarowsk (im Fernen Osten) u. a. — Die Zuckerpreise sind nicht Kleinhandelspreise, sondern Grosshandelspreise; der Kleinhandelspreis muss höher, als der in der Tabelle genannte, gewesen sein. Die sowjetrussischen Preisverzeichnisse sind in den Jahren 1938—1940 in Moskau herausgegeben worden.

[53] Nach den Angaben der damaligen lettischen Gesandtschaft in Moskau (die Preise in Riga — nach der amtlichen Statistik).

[54] Dieselbe Quelle.

[55] Ģimeņu budžeti 1936./37., S. 154—157.

[56] Dieselbe Quelle, S. 90.

[57] Latvijas statistikas gada grāmata 1936, S. 246.

[58] Nach den Daten, die die lettische Gesandtschaft in Moskau für die Regierung Lettlands im April 1940 gesammelt hatte.

[59] Dieselbe Quelle.

[60] Ģimeņu budžeti 1936./37., S. 90.

V. Der Anfang der Bolschewisierung Lettlands im Sommer 1940.

[1] a) Die Ausgabe des Staatlichen Statistischen Amtes „Latvijas republikas Saeimas vēlēšanas 1931. gadā" (Die Wahlen der Saeima in Lettland im Jahre 1931), Text von M. Skujenieks. b) Der Artikel desselben Verfassers „Politische Parteien" im „Lettischen Konversationslexikon" Band 11. S. 20.998.

[2] Latvijas statistiskā gada grāmata 1933, S. 2.

[3] Mēneša biļetens, Nr. 5 1939.

[4] „Planowoje chosjaistwo", Nr. 9 1939, Moskau, S. 5.

[5] Dieselbe Quelle, S. 6.

[5a] Am 1. September 1939 deklarierte die lettländische Regierung Lettlands Neutralität im neuen europäischen Kriege.

[6] Planowoje chosjaistwo, Nr. 9 1939, S. 13.

[6a] Der sowjet-lettische Nichtangriffspakt vom 5. Febr. 1932 bestimmte u. a. folgendes: „Paragraph 1. Beide vertragschliessenden Staaten verpflichten sich, einander nicht anzugreifen und sich vor jeglichen Gewalttaten, ... mit oder ohne eine Kriegserklärung, gegen die territoriale Integrität und Unantastbarkeit oder politische Unabhängigkeit des anderen vertragschliessenden Staates zu enthalten." — Laut Protokoll vom 4. April 1934 (das in Moskau unterzeichnet wurde) sollte dieser Vertrag bis zum 31. Dezember 1945 in Kraft sein. (Recueil des principaux traités conclus par la Lettonie avec les pays étrangers 1930—1938, II, Riga, 1938, S. 130, 228.)

[7] Planowoje chosjaistwo, Nr. 9 1939, S. 7, 16.

[8] „Valdības Vēstnesis" (Regierungsanzeiger), Riga, den 13. Oktober 1939.

[9] Zeitung „Izwestija" (Moskau), 6. X 1939.

[10] Nach den Angaben des ehemaligen Vorsitzenden des „Komitees zur Versorgung der Sowjetgarnisonen", einer besonders geschaffenen lettischen Behörde, deren Aufgabe es in den Jahren 1939—1940 war, die Sowjetgarnisonen Lettlands mit Lebensmitteln und anderen Produkten und Materialien zu versorgen.

[11] Ein übersetzter estnischer Zeitungsartikel, veröffentlicht in der russischen Zeitung „Sewodnja" („Heute") in Riga, am 8. Oktober 1939.

[12] Planowoje chosjaistwo, Nr. 9 1939, S. 23 (ein Originalausdruck der Bolschewisten!).

[13] Die Zeitung „Jaunākās Ziņas" vom 16. Dez. 1939.

[13a] Das beweist, dass, falls Lettland den aufgezwungenen „Pakt der gegenseitigen Hilfe" mit der Sowjetunion nicht abgeschlossen hätte, auch Lettland in einen Kriegsschauplatz verwandelt worden wäre.

[14] „Jaunākās Ziņas" vom 17. Juni 1940, S. 6.

[15] Dieselbe Quelle, S. 1.

[15a] Die Zeitschrift „Revue Baltique" (Organ de la collaboration des états baltes) war eine harmlose Ausgabe, deren erste Nummer in Tallinn (Reval) im Februar 1940 erschien. Die Zeitschrift sollte dreimal jährlich erscheinen (im Februar, Juni und November), aber es erschien nur eine einzige Nummer, weil im Juni die baltischen Staaten schon von der roten Armee okkupiert wurden. Im Geleit erklärte die Schriftleitung: „Das Ziel der „Revue Baltique" ist ein zweifaches: 1) zwischen den baltischen Völkern eine engere Fühlung herzustellen, die Einstellung ihrer öffentlichen Meinung zu den Grundproblemen ihres Lebens, sowie auch den laufenden Tagesfragen wiederzugeben und hierdurch eine einmütige und einheitliche öffentliche Meinung der baltischen Staaten zu bilden, sowie 2) ausländische an den baltischen Staaten interessierte Kreise mit dem Prozess der Bildung einer öffentlichen Meinung in den baltischen Staaten in einen unmittelbaren Kontakt zu setzen, indem ihnen die Möglichkeit geboten wird, sich mit den baltischen Problemen aus direkter Quelle bekannt zu machen" (S. 6). Den Charakter der in der Zeitschrift gedruckten Artikel zeigen die Überschriften: „Litauens Wirtschaftsstruktur und ihre Veränderungstendenz", „Industrialisierung und das Landarbeiterproblem in Lettland", „Die Sprachverhältnisse in den baltischen Staaten", „Gedanken über die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit der baltischen Staaten", usw. Es ist ja auch selbstverständlich, dass die Pläne der „baltischen Militärentente" (Worte der Sowjetnote an Lettland) nicht in einer Zeitschrift öffentlich dargelegt werden konnten. Ausserdem muss man noch bemerken, dass solche Zeitschrift nicht etwas grundsätzlich neues war, denn auch früher waren ähnliche Ausgaben veröffentlicht worden. Die Fragen der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit der baltischen Staaten waren auch früher in verschiedenen Konferenzen, Büchern und Zeitungen erörtert worden. — In der genannten Zeitschrift betonte ein estnischer Verfasser die Bedeutung (für die kleinen baltischen Staaten!) desjenigen Paragraphen der „Pakte der gegenseitigen Hilfe" (Paragraph V des lettisch-sowjetrussischen Paktes), in dem die Sowjetunion es versprach, die Souveränitätsrechte, die Staatsverfassung und das Wirtschaftssystem der baltischen Staaten nicht anzutasten: *„Die UdSSR gibt durch eine solche Klausel eine feierliche Bestätigung vor der ganzen Welt, die Souveränität der baltischen Staaten zu respektieren, ... ihre politische Übermacht zur Beeinflussung ... des Staats- oder Wirtschaftssystems der baltischen Staaten nicht auszunutzen"* (S. 93). — Diese „feierliche Bestätigung" half den baltischen Staaten nicht!

[16] „Jaunākās Ziņas" vom 17. 6. 1940.

[17] „Brīvā Zeme" vom 18. 6. 1940.

[18] Latvijas statistiskā gada grāmata 1939, S. 8—9.

[19] Lietuvos statistikos metraštis 1932 (Statistisches Jahrbuch Litauens 1932), Kauen, 1933, S. 9.

[20] Rigas pilsētas statistiskā gada grāmata 1935, S. 12.

[21] M. Skujenieks, Latvijas statistikas atlass, S. 16.

[22] Latvijas statistiskā gada grāmata 1939, S. 8—9.

[23] Man könnte noch bemerken, dass der Bahnhof in Riga am Rande desjenigen Stadtviertels liegt, der am wenigsten lettisch war. Dieses Stadtviertel Rigas (statistischer Bezirk „Lettgallen"), die frühere „Moskauer Vorstadt", war damals hauptsächlich von Russen und Juden bewohnt. In diesem Viertel wohnten im Jahre 1935 51.537 Menschen, davon nur 19.087 Letten (von denen ein Teil aus der Provinz Lettgallen gekommen waren), d. h. insgesamt nur 37% Letten; 12.342 waren Grossrussen, 2129 Weissrussen, 9605 Juden, 4975 Polen und 1613 Litauer (Ergebnisse der Volkszählung — Rīgas pilsētas statistiskā gada grāmata 1935, S. 12). Die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung dieses Stadtviertels hatte vielleicht auch einen Zusammenhang mit den Ereignissen am Rigaer Bahnhofe am 17. Juni 1940.

[24] „Brīvā Zeme", vom 21. 6. 1940; auch das biographische Lexikon „Es viņu pazīstu" („Ich kenne ihn"), Riga, 1939.

[25] „Valdības Vēstnesis", vom 22. 6. 1940.

[26] „Brīvā Zeme", vom 21. 6. 1940.

[27] „Jaunākās Ziņas", vom 22. 6. 1940.

[28] Dieselbe Quelle.

[29] Der genannte Moskauer Prozess ist in einem grossen Buche (fast 900 Seiten stark) in deutscher Sprache veröffentlicht worden: *„Prozessbericht über die Strafsache des antisowjetischen „Blocks der Rechten und Trotzkisten", verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR vom 2.—13. März 1938, vollständiger stenographischer Bericht, Moskau 1938, herausgegeben vom Volkskommissariat für Justizwesen der UdSSR"*. Es ist nicht ohne Interesse, über den Verlauf dieses Prozesses einige Worte zu sagen, denn der Hauptleiter dieses Prozesses Wyschinski spielte in Lettland im Sommer 1940 eine sehr grosse Rolle. 21 leitende Persönlichkeiten waren angeklagt, „dass sie im Auftrage auswärtiger, der Sowjetunion feindlicher Staaten eine Verschwörergruppe unter der Bezeichnung „Block der Rechten und Trotzkisten" organisiert haben, die sich zum Ziele setzte: Spionage zugunsten auswärtiger Staaten, Schädlingsarbeit, Diversionen, Terror, Untergrabung der Wehrmacht der UdSSR, Provozierung eines kriegerischen Überfalls dieser Staaten auf die UdSSR, Zerstückelung der UdSSR... die Wiederherstellung der Macht der Bourgeoisie" (S. 5). Die Angeklagten (darunter auch Ärzte) wurden ausserdem noch wegen langsamer Ermordung (durch falsche Behandlung und Arzneien, als auch durch Gift) führender Persönlichkeiten des Sowjetstaates und des populären Schriftstellers Gorki beschuldigt, der (nach der Anklageschrift) eine „grosse Rolle bei der Gewinnung der Sympathien der öffentlichen demokratischen Meinung der Welt und insbesondere Westeuropas für die UdSSR" gespielt hätte (S. 25). Die Angeklagten hätten auch At-

tentate gegen Stalin, Molotow u. a. am Ruder stehende Bolschewistenführer vorbereitet (in der Vergangenheit auch auf Lenin!).

Der Angeklagte Grinko (ehemaliger Volkskommissar der Finanzen der UdSSR) sagte (nach der Anklageschrift) folgendes aus: „Die Unterwühlungsarbeit im Volkskommissariat für Finanzen hatte das Hauptziel: *den Sowjetrubel zu schwächen, die Finanzkraft der UdSSR zu schädigen, die Wirtschaft durcheinanderzubringen, um die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Finanzpolitik der Sowjetmacht, Unzufriedenheit mit den Steuern u. a. m. hervorzurufen, was alles zu einer organisierten breiten Unzufriedenheit mit der Sowjetmacht führen ... sollte*" (S. 19). Der ehemalige Volkskommissar der Landwirtschaft der UdSSR Tschernow war beschuldigt, dass er die Unbrauchbarmachung des Getreides auf dem Lande organisiert und es sich weiter zur Aufgabe gestellt hätte, das Zuchtvieh zu schlachten, *ein massenhaftes Eingehen des Viehs zu veranlassen*, die Futterbasis sich nicht entwickeln zu lassen und zum Eingehen des Viehs besonders die *künstliche Infizierung des Viehs mit Bakterien* verschiedener Art (z. B. mit Pest) anzuwenden. Nur in einem einzigen Falle seien durch diese „Schädlingsarbeit" 25.000 Pferde gefallen, usw. Der Zweck sei gewesen, eine *Erbitterung der Bauernschaft gegen die Sowjetmacht* hervorzurufen, und durch die Desorganisierung der Brotversorgung *Unzufriedenheit unter den Arbeitern* zu wecken. (S. 111—115).

Man sieht deutlich, dass endlich die „Schuldigen" gefunden waren, die die furchtbaren Entbehrungen, den Hunger, die grenzenlose Armut, die die Bevölkerung der Sowjetunion 20 Jahre lang ertragen musste, verursacht hatten!

Derartige „Schuldigen" und „Schädlinge" waren auch schon früher gefunden, verurteilt und hingerichtet worden. Diese Herabwälzung der Schuld von den eigenen Schultern war der Sowjetregierung sehr vorteilhaft und ausserdem wurden hierdurch die Gegner und Konkurrenten Stalins und seiner Anhänger vernichtet.

Alle Angeklagten bekannten ihre Schuld gleich nach der Verlesung der Anklageschrift (S. 38—39), mit einer einzigen Ausnahme (Krestinski); aber dieser Angeklagte bekannte sich später beim Verhör als schuldig. Der staatliche Ankläger, der Staatsanwalt der UdSSR — Wyschinski — beschloss seine grosse (80 Seiten) Anklagerede mit folgenden Worten: „Es fehlen Worte, um die Ungeheuerlichkeit der von den Angeklagten verübten Verbrechen zu schildern... Das ganze Volk sieht jetzt, was diese Ungeheuer darstellen. Unser Volk und alle ehrlichen Menschen der ganzen Welt erwarten Ihr gerechtes Urteil. ... *Unser grosses Land, jung und alt, erwartet und fordert das eine: die Verräter und Spione ... müssen wie räudige Hunde erschossen werden!*" (S. 754). Es kamen in dieser Rede auch viele andere „Stilblüten" vor, so z. B. bezeichnete (S. 742) der Redner den Angeklagten Bucharin als *„diese verfluchte Spottgeburt von Fuchs und Schwein"* (!).

Alle Angeklagten bekannten in ihrem letzten Worte noch einmal ihre Schuld und zwar *alle mit fast denselben Worten;* sie bezeichneten ihre Verbrechen mit etwa denselben Worten, die der

staatliche Ankläger Wyschinski gebraucht hatte. So z. B. sagte der Angeklagte Grinko (der ehemalige Volkskommissar der Finanzen) in seinem letzten Worte folgendes: „Ich bin voll und ganz mit der Qualifizierung und politischen Einschätzung einverstanden, die der Staatsanwalt der UdSSR in seiner Rede sowohl unseren allgemeinen Verbrechen als auch meinem Verbrechen gegeben hat. Ja, so ist die Sache. Ich stehe vor dem Obersten Gericht als Verräter an der Heimat, als aktiver Teilnehmer an der Verschwörung ... gegen den Sozialismus, ... als Bundesgenosse und Agent des Kapitalismus in seinem Todeskampfe gegen den Sozialismus, als Staatsverbrecher, ... der bei der Vorbereitung der Ermordung der besten Leute unseres Landes und des gewaltsamen Sturzes des sozialistischen Staats- und Gesellschaftssystems in der UdSSR mit Hand angelegt hat". „Und nun, ... muss ich Ihnen, Mitglieder des Obersten Gerichts, von meiner *Reue* sagen. ... Ich spreche von meiner *inneren Befriedigung.* Ich wage es, von meiner *Freude* darüber zu sprechen, dass unsere ruchlose Verschwörung aufgedeckt wurde ... Das erneuerte Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten hat die Verschwörung der Rechten und Trotzkisten in ihrer letzten Zufluchtsstätte vernichtet. Und *ich freue mich darüber.* Das schwerste Urteil — das höchste Strafmass — nehme ich als mir gebührend an" (S. 778—782).

Der Angeklagte Tschernow (der ehemalige Volkskommissar der Landwirtschaft) sagte in seinem letzten Worte etwa dasselbe: „Ich bin ein Verräter an der sozialistischen Heimat. Ich verschacherte die Interessen der Heimat an den Feind der Arbeiterklasse und der ganzen Menschheit — den Faschismus. Ich bin ein Spion... Teilnehmer an der Organisierung von Schädlingstätigkeit und Diversionen ..." usw. „Die von mir verübten Verbrechen ... können weder verteidigt noch gerechtfertigt werden. *Sie verdienen die strengste Bestrafung".* „Ich führte nicht die Direktiven der Partei auf Festigung des Kollektivwirtschaftssystems ..., — ich führte die Direktiven des Zentrums der konterrevolutionären Organisation ... zur Zerstörung des Kollektivwirtschaftssystems ... aus". „Was stellte unsere konterrevolutionäre Organisation dar? Das war eine Bande vertierter Beamter ...". „Meine Verbrechen sind gross und *ungeheuerlich.* Keine Strafe, die das Gericht zu fällen notwendig finden wird, kann diese Verbrechen austilgen" (S. 782—786).

Der Angeklagte Rykow (der Vorgänger Molotows und Stalins auf dem Posten des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR) sagte in seinem letzten Worte: „In meinem letzten Wort bestätige ich das Bekenntnis meiner *ungeheuerlichen* Verbrechen, das ich in der Gerichtsverhandlung abgelegt habe. Ich habe die Heimat verraten ... Wir bereiteten einen Staatsumsturz vor, organisierten Kulakenaufstände und terroristische Zellen, wandten den Terror als Kampfmethode an ... Vielleicht lebe ich die letzten Tage, und vielleicht ist mein letztes Wort im buchstäblichen Sinne das letzte Wort. Zum Schluss möchte ich das letzte Wort dazu benutzen, um nach Kräften auf diejenigen *meiner*

früheren Anhänger einzuwirken, die vielleicht bis zum heutigen Moment nicht verhaftet sind und nicht abgerüstet haben, von denen ich nichts wusste oder die ich vergessen habe... Zu diesem Zwecke möchte ich, dass erstens meine früheren Gesinnungsgenossen wissen, dass ich alle, die mir in Erinnerung geblieben sind — ... *verraten, alle entlarvt habe.* Ich möchte, dass diejenigen, die noch nicht entlarvt sind und noch nicht abgerüstet haben, dies unverzüglich und offen tun" (S. 800—803).

Der Angeklagte Bucharin sagte in seinem letzten Worte: „Wir (d. h. die Angeklagten. A. C.) fanden uns in den *verfluchten Reihen der Konterrevolution,* wir waren Verräter an der sozialistischen Heimat geworden". „Der äusserst schwere Charakter des Verbrechens ist offensichtlich... Das härteste Urteil wird gerecht sein, weil man für solche Dinge *zehnmal erschiessen kann.* Dies gestehe ich ganz kategorisch und ohne alle Zweifel". „... ich beuge meine Knie vor dem Lande, vor der Partei, vor dem ganzen Volke. *Die Ungeheuerlichkeit meiner Verbrechen ist grenzenlos...* Alle sehen die weise Führung des Landes, die durch Stalin gesichert wird. Mit diesem Bewusstsein erwarte ich das Urteil." (S. 834—848).

Es ist interessant zu bemerken, dass derselbe Bucharin sogar die *„Freiwilligkeit"* seiner „Reue" besonders betonte und hierüber lange „philosophierte": „Die Macht des *proletarischen* Staates äussert sich nicht nur darin, dass er die konterrevolutionären Banden zerschlagen hat, sondern auch darin, *dass er seine Feinde innerlich zersetzt, dass er den Willen seiner Feinde desorganisiert hat.* Dies gibt es nirgends und dies kann es in keinem einzigen kapitalistischen Lande geben... Wenn bezüglich der in der UdSSR vor sich gehenden Prozesse in einem Teil der westeuropäischen Intelligenz verschiedene *Zweifel und Schwankungen beginnen,* ... ich gestatte mir bei diesen Fragen zu verweilen, weil ich im Auslande mit dieser qualifizierten Intelligenz *bedeutende Verbindungen* hatte, insbesondere unter den Gelehrten... Oft erklärt man die *Reue* mit verschiedenen vollständig unsinnigen Sachen, wie etwa mit *tibetanischen Pulvern* usw. Von mir will ich sagen, dass ich im Gefängnis, in dem ich etwa ein Jahr gesessen habe, ... den Kopf bewahrte. Das ist eine tatsächliche Widerlegung aller Märchen und unsinniger konterrevolutionärer Dummheiten. Man spricht von *Hypnose.* Aber ich habe vor Gericht auf dem Prozess auch juristisch meine Verteidigung geführt, ... und jeder erfahrene Mensch wird zugeben müssen, dass es eine solche Hypnose überhaupt nicht geben kann. Sehr oft erklärt man diese Reue mit Dostojewskitum, mit spezifischen Eigenschaften der Seele (der sogenannten „l'âme slave")... Aber hier liegt die Sache ganz und gar nicht darin... Ich habe ungefähr drei Monate geleugnet. Dann begann ich Aussagen zu machen. Warum? Die Ursache liegt darin, dass ich im Gefängnis meine ganze Vergangenheit umgewertet habe... Es gibt nichts, wofür man sterben müsste, wenn man sterben wollte, ohne bereut zu haben. Und umgekehrt, nimmt all das Positive, das in der Sowjetunion leuchtet, nimmt all dies im Bewusstsein des Menschen andere Ausmasse an. Dies hat

mich letzten Endes endgültig entwaffnet, dazu getrieben, *meine Knie vor der Partei und dem Lande zu beugen*" ... „es ergibt sich ein *voller innerer moralischer Sieg der UdSSR über ihre kniefälligen Gegner*" (S. 845—847).

Man sieht, dass alle Angeklagten auffallend mit denselben Worten ihre „ungeheuerlichen" und „unermesslichen" Verbrechen bitter „bereuten". Sie beschimpften und ohrfeigten sich und waren vorzügliche Propagandawerkzeuge der Sowjetregierung. Durch diesen Prozess (und andere frühere Prozesse), durch die Tätigkeit dieser „Schädlinge" wurde von der Sowjetregierung das traurige und armselige Leben und das Hungern im Sowjetreiche erklärt. Der Prozess war nicht nur für die „Aufklärung" des eigenen Volkes, sondern auch für das Ausland gedacht. Doch im Auslande kam man häufig zu entgegengesetzten Schlussfolgerungen, als sie die Sowjetregierung vorgesehen hatte. Die „Reue" der Angeklagten (und am Ende zum Tode Verurteilten, mit Ausnahme von drei, die zu 15—25 Jahren Gefängnis verurteilt wurden) war übermässig und unverständlich, unnatürlich und unerklärlich, wenigstens für die Ausländer. Die Angeklagten bekannten sich sogleich schuldig und „freuten" sich sogar über ihre „Entlarvung". Die Angeklagten mussten sogar die „Freiwilligkeit" ihrer „Reue" begründen und beweisen. In ihren „letzten Worten" verherrlichten sie noch das Sowjetregime, Stalin und den Kommunismus. Einer der „Hauptschuldigen", Rykow, musste sogar in seinem letzten Wort eine „Mahnung" an seine noch „unentdeckten" Anhänger richten, sich zu ergeben. *Aus den Angeklagten wurde vom staatlichen Ankläger Wyschinski alles herausgepresst, was nur irgendeinen Wert für die Sowjetpropaganda hatte.* Man hat den Eindruck, dass die Angeklagten auf der Gerichtssitzung *einfach das vorgelesen haben, was dem staatlichen Ankläger und den hinter ihm Stehenden wünschenswert war.* Auch in den geringsten Kleinigkeiten, welche dem staatlichen Ankläger wünschenswert waren, mussten die Angeklagten sich schuldig bekennen. Wenn sie das nicht sogleich taten (was selten geschah), wurden sie später gezwungen, das doch zu tun und dazu sich noch demütig zu entschuldigen. Der einzige Angeklagte, welcher gleich am Anfang des Prozesses seine Schuld nicht bekannte — Krestinski, war gezwungen, in seinem „letzten Wort" sich folgendermassen darüber zu entschuldigen: „Ich gebe zu, dass meine Ablehnung, mich schuldig zu bekennen, objektiv ein *konterrevolutionärer* Schritt war, aber subjektiv war das für mich kein feindlicher Ausfall... Es schien mir über meine Kräfte zu gehen, mich vor dem Angesicht der ganzen Welt, vor dem Angesicht aller Werktätigen schuldig zu bekennen" (S. 798). — Mit welchen unheimlichen Mitteln dieses Gerichtsschauspiel aufgeführt worden war, bleibe dahingestellt.

Und derselbe skrupellose Wyschinski, der Meister dieser Propagandainszenierungen, der die Menschen in einen solchen Zustand zu versetzen wusste, dass sie sich über ihr Todesurteil „freuten", und der vom Staatsanwalt der UdSSR zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Volkskommissarenrates (zum Stellvertreter Molotows) avancierte, wurde im Juni 1940 nach Riga geschickt, um

den okkupierten Freistaat Lettland in eine Sowjetrepublik nach allen Regeln der bolschewistischen Propagandakunst zu verwandeln. Das musste ein grossartiges Propagandakunststück für die Bevölkerung der Sowjetunion und für das Ausland werden!

Es kann noch bemerkt werden, dass A. J. Wyschinski (geboren 1883; nach Vor- und Zuname zu urteilen Pole) schon in seiner Jugend ein Revolutionär war; Kommunist ist er seit 1920; schon in den ersten Jahren der Sowjetmacht ist er Staatsanwalt bei den höchsten Gerichten der Sowjetunion; er ist auch Professor des Kriminalprozesses, Rektor der 1. Moskauer Staatsuniversität und eine Zeit Stellvertreter des Volkskommissars der Justiz gewesen. Er war Vorsitzender des Gerichtes oder staatlicher Ankläger in einigen wichtigen „Schädlingsprozessen" schon in den Jahren 1928 und 1930. (Diese Angaben des Lebenslaufes dieses Mannes sind in der Kleinen Sowjetenzyklopädie, Band 2, Moskau 1934, S. 786—787, zu finden.)

30 Rīts (die Rigaer Zeitung „Der Morgen") vom 23. VI. 1940.
31 Valdības Vēstnesis, vom 26. VI. 1940.
32 „ „ „ 21. VI. 1940.
33 „ „ „ 22. VI. 1940; Jaunākās Ziņas, vom 22. VI. 1940.
34 Jaunākās Ziņas, vom 22. VI. 1940.
35 Dieselbe Quelle.
36 Rīts, vom 25. VI. 1940.
37 Latviešu konversācijas vārdnīca, Band 11, S. 20.856—20.868.
38 Valdības Vēstnesis, vom 10. VII. 1940.
39 Jaunākās Ziņas, vom 25. VI. 1940.
40 Cīņa, vom 1. VII. 1940.
41 Brīvā Jaunatne (Freie Jugend), vom 26. VI. 1940.
42 Cīņa, vom 29. VI. 1940.
43 Jaunākās Ziņas, vom 1. VII. 1940.
44 Valdības Vēstnesis, vom 8. VII. 1940.
45 Brīvā Zeme, vom 6. Juli 1940.
46 Rīts, vom 29. Juni 1940.
47 Brīvā Zeme, vom 11. VII. 1940.
48 Uralskaja sowetskaja enziklopedija (Uralsche Sowjetenzyklopädie) Band 1, Moskau 1933, S. 767.
49 Valdības Vēstnesis, vom 13. VII. 1940.
50 „ „ „ 27. VII. 1940.
51 „ „ „ 1. VII. 1940.
52 „ „ „ 20. VII. 1940.
53 Jaunākās Ziņas, vom 20. Juli 1940.
54 Brīvā Zeme, vom 27. VI. 1940.
55 Jaunākās Ziņas, vom 4. VII. 1940.
56 Cīņa, vom 31. VII. 1940.
57 Valdības Vēstnesis, vom 28. VI. 1940.
58 „ „ „ 29. VI. 1940.
59 Cīņa, vom 29. VI 1940.
60 Proletarskaja Prawda (Proletarische Wahrheit) vom 25. VI. 1940.
61 Jaunākās Ziņas, vom 5. VII. 1940.

[62] Rīts, vom 28. VII. 1940.
[63] Padomju Latvija (Räte-Lettland), vom 14. III. 1941.
[64] „ „ vom 16. III. 1941.
[65] Cīņa, vom 4. September 1940.
[66] „ „ 27 VI. 1940.
[67] Dieselbe Quelle.
[67a] Im Jahre 1937 gab es in Lettland 72.429 (30,7%) landwirtschaftliche Betriebe mit Lohnarbeitern, ohne Lohnarbeiter 163.771 (69,3%). Die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe ohne Lohnarbeiter befand sich in Lettgallen. In Lettgallen beschäftigten nur 12,5% der landwirtschaftlichen Betriebe Lohnarbeiter, in den übrigen Provinzen waren es 41—48%. (Vispārīgā sējumu un mājlopu skaitīšana Latvijā 1937. gadā, I, S. 62.)
[68] Cīņa, vom 5. VII. 1940.
[69] Jaunākās Ziņas, vom 28. VI. 1940.
[70] Russkaja gaseta (Russische Zeitung) Nr. 4, 1940.
[71] Rīts, vom 30. Juni 1940.
[72] „ „ 4. IX. 1940.
[73] Jaunākās Ziņas, vom 2. VII. 1940.
[74] Mēneša biļetens, Nr. 6 1940, S. 352—353.
[75] Tēvijas Sargs, vom 19. VII. 1940.
[76] Rīts, vom 7. VII. 1940.
[77] Jaunākās Ziņas, vom 9. VII. 1940.
[78] „ „ „ 10. VII. 1940.
[79] Brīvā Zeme, vom 16. VII. 1940.
[80] Jaunākās Ziņas, vom 25. und 27. VII. und 3. VIII. 1940; Rīts, vom 3. VIII. 1940.
[81] Jaunākās Ziņas, vom 3. VIII. 1940.
[82] Rīts, vom 28. VII. 1940.
[83] Brīvā Zeme, vom 25. VI. 1940.
[84] Jaunākās Ziņas, vom 27.VI. 1940.
[85] „ „ „ 6. VII. 1940.
[86] Padomju Latvija, vom 22. VIII. 1940.
[87] Cīņa, vom 3. VII. 1940.
[88] Nach der amtlichen Landwirtschaftsstatistik und den Daten der Volkszählungen berechnet.
[89] Cīņa, vom 1. VII. 1940.
[90] Latvijas statistikas gada grāmata 1939, S. 45, 46. 48.
[91] Latvijas kultūras statistika 1918—1937, S. 33.
[92] Cīņa, vom 1. VII. 1940.
[93] Rīts, vom 7. VII. 1940.
[94] Jaunākās Ziņas, vom 2. VII. 1940.
[95] Padomju Latvija, vom 5. IV. 1941.
[96] Aizliegto grāmatu un brošūru saraksts (Verzeichnis der verbotenen Bücher und Broschüren), Nr. 1 —3, Riga 1941.
[97] „Latvijas vilnis“ („Die Welle Lettlands“, das Rundfunkprogramm), Nr. 12, 21.—27. VII. 1940, S. 5.

VI. Wie der Freistaat Lettland in eine Sowjetrepublik verwandelt wurde.

[1] Pirmais gads (Das erste Jahr), Ausgabe der Lettländischen Telegraphenagentur, Riga, 1935, S. 18. Der Gang der politischen Ereignisse in der Nacht vom 15. auf den 16. Mai 1934 kann aus dem amtlichen Bericht vom 16. Mai 1934 entnommen werden. Im Bericht heisst es: „Die Regierung verkündete in dieser Nacht den Ausnahmezustand. *Die Tätigkeit der politischen Parteien und der Saeima ist bis zur Durchführung der Verfassungsreform unterbrochen.* Die Regierung wurde zu dieser Massnahme durch Nachrichten über Vorbereitungen zu einem bewaffneten Staatsstreiche, die Arbeitsunfähigkeit der Saeima und die Unmöglichkeit notwendige Massnahmen zur Beseitigung von wirtschaftlichen Komplikationen zu ergreifen veranlasst. Bezugnehmend auf die in den weitesten Bevölkerungskreisen ununterbrochen wachsende Unzufriedenheit..., hält die Regierung es für ihre Pflicht mit allen zu ihrer Verfügung stehenden Mitteln den innenpolitischen Komplikationen vorzubeugen... *Versammlungen und Umzüge sind verboten, für Ausgabe periodischer Schriften ist eine Vorzensur eingeführt...* Die Regierungsgebäude werden schon ab Mitte der Nacht von Truppen bewacht, die nirgends einen Widerstand gefunden haben. Die Massnahmen der Regierung sind ohne Verzögerungen und in einem sehr schnellen Tempo durchgeführt. In der Nacht sind Verhaftungen vorgenommen worden. Es wurden mehrere Mitglieder der sozialdemokratischen Partei verhaftet, um den Drohungen mit der Ankündigung eines Generalstreiks und um dem angemeldeten bewaffneten Widerstand gegen die Staatsmacht vorzubeugen. Das Volkshaus*) ist von der Schutzwehr eingenommen worden. Hierbei wurden mehrere Personen verhaftet und Waffen wurden gefunden. In der Villa des Vorsitzenden**) der Saeima im Waldpark sind grosse Waffenvorräte gefunden worden... Die Nacht ist ruhig verlaufen". (Pirmais gads, S. 9—10.)

[2] Jaunākās Ziņas, vom 5. VII. 1940.

[3] Vispārīgā sējumu un mājlopu skaitīšana Latvijā 1935. gadā (Allgemeine Zählung der Saatfläche und des Viehs in Lettland im Jahre 1935), II., S. 94.

[4] Latvijas statistikas gada grāmata 1939, S. 191.

[5] Dieselbe Quelle, S. 132.

[6] Ceturtā tautas skaitīšana Latvijā 1935. gadā (Die vierte Volkszählung in Lettland im Jahre 1935), VI, S. 477.

[7] Jaunākās Ziņas, vom 5. VII. 1940.

[8] „ „ „ 6. VII. 1940.

[9] Dieselbe Quelle.

[10] Cīņa, vom 9. VII. 1940.

---

*) Ein grosses Gebäude in Riga, bis zum 15. Mai 1934 die Zentrale der sozialdemokratischen Organisationen. Nach dem 15. Mai 1934 wurde dieses Gebäude in „Haus der Schutzwehr" verwandelt.

**) Der Vorsitzende war Sozialdemokrat.

11 Cīņa, vom 9. VII. 1940.
12 Jaunākās Ziņas, vom 8. VII. 1940.
13 Cīņa, vom 9. VII. 1940; Rīts, vom 12. VII. 1940.
14 „ „ 1. VII. 1940.
15 Rīts, vom 8. VII. 1940.
16 Jaunākās Ziņas, vom 10. VII. 1940.
16a „ „ „ 9. VII. 1940.
17 Brīvā Zeme, vom 11. VII. 1940.
18 Rīts, vom 8. VII. 1940.
19 Jaunākās Ziņas, vom 8. VII. 1940.
20 „ „ „ 11. VII. 1940.
21 „ „ „ 6. VII. 1940.
22 „ „ „ 10. VII. 1940.
23 Cīņa, vom 29. VI 1940.
24 „ „ 9. VII. 1940.
25 Jaunākās Ziņas, vom 13. VII. 1940.
26 Rīts, vom 11. VII. 1940.
27 Jaunākās Ziņas, vom 13. VII. 1940.
28 „ „ „ 17. VII. 1940.
29 Cīņa, vom 16. VII. 1940.
30 Rīts, vom 17. VII. 1940.
31 Prozessbericht über die Strafsache des antisowjetischen „Blocks der Rechten und Trotzkisten", Moskau 1938, S. 770.
32 Cīņa, vom 16. VII. 1940.
33 „ „ 17. VII. 1940.
34 Rīts, vom 19. VII. 1940.
35 Cīņa, vom 19. VII. 1940.
36—39 Dieselbe Quelle.
40 Cīņa und Jaunākās Ziņas, vom 20. VII. 1940.
41 Jaunākās Ziņas, vom 22. VII. 1940.
42 „ „ „ 23. VII. 1940.
43 „ „ „ 22. VII. 1940.
44 „ „ „ 23. VII. 1940.
45 „ „ „ 22. VII. 1940.
46 „ „ „ 22. VII. 1940.
47 „ „ „ 22. VII. 1940.
48 Cīņa, vom 23. VII. 1940.
49 Jaunākās Ziņas, vom 13. VII. 1940.
50 Jaunākās Ziņas, vom 30. VII. 1940.
51 Die Sowjetrepublik Usbekistan liegt in Asien. Das Territorium ist 378.000 km² gross, die Bevölkerung — 6,3 Mill. (Usbeken, Russen, Tadschiken u. a.) stark. Die Hauptstadt ist Taschkent. — Solche Daten finden wir in der „Kleinen Sowjetenzyklopädie", Band 10, Moskau 1940, S. 975.
52 Sedmaja sessija Werchownowo Sowjeta SSSR (Die siebente Session des Obersten Rates der UdSSR), stenographischer Bericht, Moskau 1940, S. 116.
53 Dieselbe Quelle, S. 25, 27, 28.
54 Padomju Latvija, vom 26. VIII. 1940.
55 Padomju Latvija, vom 28. VIII. 1940.
56 Dieselbe Quelle.

[57] Padomju Latvija, vom 27. VIII., 12. IX. und 24. IX. 1940.
[58] „ „ „ 22. XII. 1940.
[59] Cīņa, vom 26. VIII. 1940.

VII. Zwei bolschewistische Lügendokumente.

[1] Sedmaja sessija Werchownowo Sowjeta SSSR, S. 94. — In der Rede Kirchensteins' in Moskau, die wir jetzt betrachten, sind noch folgende Worte zu finden: „Die Geschichte des lettischen Volkes ist ein schreckliches und finsteres Martyrologium der ... durch Kriege getöteten und vor Hunger, Kälte und Pest gestorbenen Menschen. Die hervorragendsten chronologischen Daten in der Geschichte dieses kleinen vielgeprüften Volkes — sind Jahre eines besonders grausamen Hungerns, Epidemien, Kriege usw."

[2] Dieselbe Quelle, S. 96.

[3] Latvijas statistikas gada grāmata 1939, S. 133. Das sind die Betriebe mit mechanischem Antrieb oder mit wenigstens 5 Lohnarbeitern.

[4] Mēneša biļetens Nr. 7 1940, S. 464.

[5] Latvijas statistikas gada grāmata 1939, S. 11.

[6] Rīgas iedzīvotāju dabīgā kustība 1911—1930, Ausgabe des statist. Büros der Stadt Riga, Riga, 1932, S. 45.

[7] Sedmaja sessija usw., S. 97.

[8] Vispārīgā sējumu un mājlopu skaitīšana Latvijā 1935. gadā, I, Riga 1936, S. 22, 34.

[9] Dieselbe Quelle, S. 37.

[10] Statistische Tabellen für das Jahr 1939 und 1940, S. 198.

[11] Mēneša biļetens, Nr. 7 1940, S. 456—457.

[12] Nach Daten, die von der lettländischen Gesandtschaft in Moskau der Regierung Lettlands gegeben wurden.

[13] Dieselbe Quelle.

[14] Statistische Tabellen für das Jahr 1939 und 1940, S. 198.

[15] Lauksaimniecības rentabilitāte, von A. Fridbergs und J. Skuja, Riga 1939, S. 39; dieser Quelle sind auch die Daten über den Wert der Verpflegung des Landarbeiters entnommen (S. 57).

[20] Sedmaja sessija, S. 99.

[21] Tēvijas Sargs, vom 9. VIII. 1940.

[22] Latvijas statistiskā gada grāmata 1937/38, S. 122.

[23] Cīņa, vom 31. VII. 1940.

[24] Sedmaja sessija, usw., S. 100—101.

[25] Latvijas agrārā reforma, Riga, 1930, S. 296.

[26] Sedmaja sessija, S. 130—131.
[27] „ „ S. 69—70.
[28] „ „ S. 101—102.
[29] „ „ S. 131.
[30] „ „ S. 70.

[31] M. Markow, Sowjetskaja Latvija, Moskau 1940, S. 3.
[32] M. Markow, Sowj. Latvija, S. 21—22.
[33] Latvijas agrārā reforma, 1930, S. 296.
[34] Rīts, vom 26. VII. 1940.
[35] Mēneša biļetens, Nr. 6, 1940, S. 409.
[36] M. Markow, S. 24.
[37] Latvijas statistikas gada grāmata 1939, S. 114.
[38] Latvijas statist. gada grām. 1936. S. 247; Statistische Tabellen für das Jahr 1939, S. 187.
[39] M. Markow, S. 24—25.
[40] Mēneša biļetens, Nr. 7 1939, S. 799—801.
[41] M. Markow, S. 25—26.
[42] Finanču statistika 1934 ((Finanzstatistik 1934), Riga 1934, S. 129.
[43] M. Markow, S. 30—31.
[44] Statistische Tabellen für das Jahr 1939, S. 169.
[45] Dieselbe Quelle, S. 82.
[46] M. Markow, S. 32.
[47] Statistische Tabellen für das Jahr 1939, S. 192.
[48] M. Markow, S. 42, 43.
[49] Dieselbe Quelle, S. 37.
[50] Statistische Tabellen für das Jahr 1939, S. 78.
[51] Dieselbe Quelle, S. 73.

VIII. Löhne, Preise und das Lebensniveau der Arbeiter und Angestellten.

[1] Rīts, vom 29. VI. 1940.
[2] „ „ 4. VII. 1940.
[3] Mēneša biļetens, Nr. 7 1940, S. 462.
[4] Rīts, vom 29. VI. 1940.
[5] Jaunākās Ziņas vom 28. VI. 1940 (Rede eines Ministers).
[6] „ „ „ 6. VII. 1940.
[7] „ „ „ 11. VII. 1940.
[8] Darba statistika 1936 (Arbeitsstatistik, 1936), Riga 1937, S. 174.
[9] Brīvā Zeme, vom 12. VII. 1940.
[10] Jaunākās Ziņas, vom 13. Juli 1940.
[11] Padomju Latvija, vom 26. IX. 1940.
[12] „ „ „ 26. IX. 1940.
[13] Darbs, vom 29. IX. 1940.
[14] Berechnet nach den amtlichen Daten der Industriestatistik über Anzahl und Gehälter der Arbeiter in einzelnen Industriezweigen.
[15] Padomju Latvija, vom 27. IX. 1940.
[16] „ „ „ 28. IX. 1940.
[17] „ „ „ 28. IX. 1940.
[18] Darbs, vom 29. IX. 1940.
[19] Padomju Latvija, vom 12. X. 1940.
[20] Darbs, vom 29. IX. 1940.

[21] Tirdzniecībā saistošais cenrādis (Obligatorisches Verzeichnis der Kleinhandelspreise); Ausgabe des Volkskommissariats des Handels vom 30. IX. 1940.

[22] Padomju Latvija, vom 24. XI. 1940.

[23] Mēneša biļetens: Nr. 7 1940, S. 456; Nr. 9/10, S. 547 .— Sīktirdzniecības cenrādis, Nr. 1—22 (Verzeichnis der Kleinhandelspreise, Nr. 1—22), amtliche Ausgabe des Volkskommissariats des Handels, Riga 1940.

[24] Padomju Latvija, vom 24. XI. 1940.

[25] Mēneša biļetens, Nr. 7 1940, S. 458.

[26] Padomju Latvija, vom 24. XI. 1940.

[27] Statistische Tabellen für das Jahr 1939, S. 194. — Tarifu kategoriju rokas grāmata (Handbuch der Tarifkategorien), Ausgabe des Volkskommissariats der Arbeit, Riga 1940.

[28] Darba statistika 1936, S. 174.

[29] Statistische Tabellen für das Jahr 1939, S. 218.

[30] Padomju Latvija, vom 27. IX. 1940.

[31] „ „ „ 24. XI. 1940.

[32] Dieselbe Quelle.

[33] „Materiāli aģitātoriem sakarā ar algu paaugstināšanu, jaunu mazuma cenu noteikšanu precēm un padomju valūtas ievešanu apgrozībā". (Agitationsmaterial für die Lohnerhöhung, die neuen Kleinhandelspreise und die Einführung der Sowjetvaluta"), Riga 1940.

[34] Darbs, vom 25. XI. 1940.

[35] Cīņa, vom 27. XI. 1940.

[36] Darbs, vom 27. XI. 1940.

[37] Padomju Latvija, vom 19. III. 1941.

[38] Darbs, vom 7. IV. 1941.

[39] Cīņa, vom 10. VI. 1941.

[40] Nach Stenogrammen der Konferenz.

[41] Rūpniecības statistika 1938, S. 122, 124.

[42] Darbs, vom 28. XI. 1940.

[43] Padomju Latvija, vom 9. I. 1941.

[44] „ „ „ 11. I. 1941.

[45] „ „ „ 1. II. 1941.

[46] Mēneša biļetens, Nr. 8, 1938, S. 946.

[47] Ģimeņu budžeti 1936./37.

[47a] Ostland in Zahlen, Riga 1942, S. 21. — Es muss bemerkt werden, dass bei den Berechnungen der Lebenshaltungskosten von den *offiziellen* Preisen der Lebensmittel in der Bolschewistenzeit ausgegangen worden ist. In Wirklichkeit waren aber die Lebenshaltungskosten höher. Die Städter mussten den Bauern für manche wichtigen Lebensmittel viel höhere Preise zahlen, denn in den staatlichen Geschäften konnte man Fleisch, Milch, Butter nicht genügend zu kaufen bekommen.

[48] Osnownije pokasateli wipolnenija narodno-chosjaistwennowo plana Latwijskoi SSR sa aprel 1941 g.", Nr. 4 („Die Kennziffern der Durchführung des volkswirtschaftlichen Planes der Lettländischen SSR für April 1941" Nr. 4), Ausgabe des Statistischen Amtes der Lettländischen SSR.

[49] Mēneša biļetens, Nr. 7 1940, S. 462.
[50] Padomju Latvija, vom 15. V. 1941.
[51] Cīņa, vom 1. VI. 1941.
[52] Padomju Latvija, vom 15. V. 1941.

IX. Landwirtschaft.

[1] Jaunākās Ziņas, vom 3. VII. 1940.
[2] „ „ „ 2. VII. 1940.
[3] Brīvā Zeme, vom 6. VII. 1940.
[4] Jaunākās Ziņas, vom 6. VII. 1940.
[5] „Propaganda un aģitācija" („Propaganda und Agitation") Nr. 1 1940, S. 30—31. Das war eine Zeitschrift des Zentralkomitees der LKP.
[6] Jaunākās Ziņas, vom 6. VII. 1940.
[7] Brīvā Zeme, vom 16. VII. 1940.
[8] Jaunākās Ziņas, vom 23. VII. 1940.
[9] „ „ „ 31. VII. 1940.
[10] Brīvā Zeme, vom 1. VIII. 1940.
[11] Padomju Latvija, vom 13. VIII. 1940.
[12] Brīvais Zemnieks (Der freie Bauer), vom 26. IX. 1940.
[13] Daten des Vermessungsamtes der Hauptverwaltung für Landwirtschaft.
[14] Propaganda und aģitācija, Nr. 2 1940, S. 46.
[15] Daten des Vermessungsamtes.

[15a] Wie die Situation damals auf dem Lande war, das zeigt z. B. das Protokoll einer „Volksversammlung der Arbeitsbauern und Arbeiter" (am 1. April 1941) im Gemeindehaus der Landgemeinde Sermus (Sērmūkši), Kreis Wenden: „... Auf der Versammlung sind 153 Arbeitsleute erschienen. Die Versammlung wird vom Vorsitzenden des Vollzugskomitees der Gemeinde Sermus, Genossen J. Ašmanis eröffnet, es protokolliert Genosse O. Linde. Genosse Ašmanis gibt Erklärungen über den zweiten imperialistischen Krieg und über die Bemühungen der Kapitalisten, die erworbenen Rechte der Arbeiter und Arbeitsbauern zu vernichten... Um den Arbeitsbauern zu helfen... war es notwendig, eine Pferde- und Maschinen-Station zu organisieren. Um für die Bedürfnisse des lebendigen und toten Inventars und der Mitarbeiter der Station Räume zu schaffen, war es notwendig, eine Wirtschaft zu nationalisieren. Für die Gemeinde Sermus hat der Rat der Volkskommissare die Wirtschaft „Vilcēni" bestimmt, deren ehemaliger Inhaber K. Lode stark gegen die Arbeitsleute gestimmt war und in seiner Wirtschaft unverschämt die Arbeiter ausgebeutet hatte... Nach den Erklärungen des Genossen Ašmanis... schlägt Genosse Ģēģeris der Versammlung folgende Resolution vor: „Die Versammlung anerkennt, dass die Nationalisierung des Gesindes „Vilcēni" notwendig war, aber sie ist nicht befriedigt, dass das Gesinde „Mierturi" nicht nationalisiert ist, die Gustavs Mežulis (die-

ser Mann war früher ein Offizier der lettländischen Armee gewesen. A. C.) gehört, der mit seinen Taten vielfach bewiesen hat, dass er ein Feind des Arbeitsvolkes ist". Diese Resolution wird von der Versammlung einstimmig angenommen..." (Aus den Akten des ehemaligen Volkskommissariats des Ackerbaus.)

[16] Daten der Generaldirektion der Landwirtschaft.

[17] Zeitung „Tēvija" (Vaterland), vom 25. VIII. 1941.

[18] Wosmaja sessija Werchownowo Sowjeta SSSR, stenografitscheskij ottschot (Die achte Session des Obersten Rates der UdSSR, ein stenographischer Bericht), Moskau 1941, S. 381.

[19] Lauksaimniecības skaitīšana Latvijā 1929. gadā — Zemes īpašumi un to izmantošana (Die Zählung der Landwirtschaft in Lettland im Jahre 1929. — Landbesitze und ihre Nutzung), Riga 1930, S. 27, 34.

[20] Darbs, vom 1. IX. 1940.

[21] Padomju Latvija, vom 3. IX. 1940.

[22] Dieselbe Quelle.

[23] Padomju Latvija, vom 20. II. 1941.

[24] „ „ „ 8. IV. 1941.

[25] „ „ „ 23. V. 1941.

[26] Propaganda un aģitācija, Nr. 11, 1941, S. 32—43.

[27] Padomju Latvija, vom 20. III. 1941.

[28] „ „ „ 31. V. 1941.

[28a] „Tēvija", vom 15. VII. 1941.

[29] Die vorbolschewistischen Preise: Statistische Tabellen für das Jahr 1939, S. 184—185. Preise ab 25. November 1940: Latvijas PSR Augstākās Padomes Prezīdija Ziņotājs (Anzeiger des Präsidiums des Obersten Rates der Lettländischen SSR) Nr. 82 vom 6. Dezember und Nr. 85 vom 10. Dezember 1940. Einkaufspreise für die obligatorischen Ablieferungen an den Staat: Ziņotājs, Nr. 132 vom 7. VI. 1941.

[30] Latvijas lauksaimniecība 1939. gadā. S. 193.

[31] Mēneša biļetens, Nr. 10, 1936, S. 988—993.

[32] „ „ Nr. 7, 1940, S. 457.

[33] Padomju Latvija, vom 17. IV. 1941.

[34] Nach den Ergebnissen der Landwirtschaftszählung vom Jahre 1935, woraus die Verteilung landwirtschaftlicher Betriebe, ihres Ackerlandes und ihrer Gesamtfläche nach der Betriebsgrösse ersichtlich ist (Vispārējā sējumu un mājlopu skaitīšana Latvijā 1935. gadā, I., S. 37, 40—45. V, S. 727—745).

[35] Padomju Latvija, vom 17. IV. 1941.

[36] Cīņa, vom 8. VI. 1941.

[37] Padomju Latvija, vom 15. V. 1941.

[38] Materiali k gosudarstwennomu bjudschetu Latwijskoi SSR na 1941 god (Unterlagen für das Staatsbudget der Lettländischen SSR für das Jahr 1941), Ausgabe des Volkskommissariats der Finanzen, S. 5.

[39] Finanču un kredita statistika (für das Jahr 1939, S. 6, 9; für das Jahr 1938, S. 57).

[40] Padomju Latvija, vom 15. V. 1941.

[41] Cīņa, vom 14. VI. 1941.

42 Statistische Tabellen für das Jahr 1939, S. 110—111.
43 Padomju Latvija, vom 4. III. 1941.
44 „ „ „ 27. IV. 1941.
45 Brīvais Zemnieks, vom 18. VI. 1941.
46 Cīņa, vom 22. VI. 1941.
47 „ „ 17. VI. 1941.
48 Malaja sowjetskaja enziklopedija, Band 10, Moskau 1940, S. 758.
49 Cīņa, vom 17. VI. 1941.
50 Brīvais Zemnieks, vom 22. VI. 1941.
51 Cīņa, vom 24. VI. 1941.
52 So z. B. „Cīņa", vom 18. VI. 1941.
53 Die Zeitung „Tēvija", vom 18. X. 1941.
54 Nacionālā Zemgale (Das nationale Semgallen), vom 14. VII. 1941.

X. Industrie.

1 Jaunākās Ziņas, vom 23. VII. 1940.
2 Dieselbe Quelle.
3 Statistische Tabellen für das Jahr 1939, S. 138.
4 Jaunākās Ziņas, vom 27. VII. 1940.
5 Ekonomists, Nr. 17/18, vom 15. IX. 1940.
5a Statistische Tabellen für das Jahr 1939, S. 136—137.
6 Padomju Latvija, vom 17. X. 1940.
7 „ „ „ 1. III. 1941.
8 Ekonomists, Nr. 17/18 1940, S. 1076.
9 Jaunākās Ziņas, vom 31. VII. 1940.
10 Likumi, rīkojumi, instrukcijas un paskaidrojumi par nacionālizēto uzņēmumu pārņemšanu un vadīšanu (Gesetze, Verfügungen, Instruktionen und Erklärungen über die Übernahme und Leitung der nationalisierten Unternehmen), Ausgabe des Finanzministeriums, Riga 1940, S. 7—8.
11 Jaunākās Ziņas, vom 29. VII. 1940.
12 „ „ „ 6. VIII. 1940.
13 Padomju Latvija, vom 19. VIII. 1940.
14 „ „ „ 2. IX. 1940.
15 Nach Stenogrammen der Konferenz, S. 24.
16 Stenogramme der Konferenz.
17 Darbs, vom 15. IX. 1940.
18 Padomju Latvija, vom 21. XII. 1940.
19 „ „ „ 22. XII. 1940.
20 „ „ „ 29. V. 1941.
21 „ „ „ 16. II. 1941.
22 „ „ „ 24. XII. 1940.
23 Rīga kā Latvijas galvas pilsēta (Riga als die Hauptstadt Lettlands) Riga 1932, S. 127—128.
24 H. Handraks, Rīgas iedzīvotāju dabīgā kustība 1911—1930, Rīga 1932, S. 80.
25 Padomju Latvija, vom 5. IX. 1940.

[26] Latvijas PSR tautsaimniecības plāns 1941. gadam un 1941. g. I. ceturksnim. — Dieser Plan wurde nicht veröffentlicht, sondern nur für die höheren Leiter der betreffenden Sowjetbehörden in kleiner Auflage gedruckt.

[27] Die Zeitschrift „Karogs" (Die Fahne), Nr. 5 1941, S. 565.

[28] Dieselbe Quelle, S. 566.

[29] Osnownije pokasateli wipolnenija narodno-chosjaistwennowo plana Latwijskoi SSR, Nr. 4, April 1941.

[30] Statistische Tabellen für das Jahr 1939, S. 136.

[31] Karogs, Nr. 5 1941, S. 567—568.

[32] Stenogramme der Konferenz der Betriebsleiter der Textilindustrie am 25.—26. I. 1941, S. 6—7.

[33] Cīņa, vom 9. II. 1941.

[34] Stenogramme der Konferenz, S. 8.

[35] Dieselbe Quelle, S. 9.

[36] A. Jumiķis, Atjaunotās Latvijas celtniecības pārskats, Riga 1939, S. 8.

[37] Statistische Tabellen für das Jahr 1939, S. 180—181.

[38] Ziņotājs, Nr. 65 vom 19. III. 1941.

[39] Cīņa, vom 4. II. 1941.

[40] Statistische Tabellen für das Jahr 1939, S. 147.

[41] Padomju Latvija, vom 9. V. 1941.

[42] „ „ „ 25. V. 1941.

[43] Cīņa, vom 15. VI. 1941.

[44] Padomju Latvija, vom 17. V. 1941.

[45] Statistische Tabellen für das Jahr 1939, S. 137.

[46] Ziņotājs, vom 19. II. 1941.

[47] „ „ 24. XII. 1940.

[48] Padomju Latvija, vom 20. III. 1941.

[49] Darbs, vom 10. IV. 1941; Padomju Latvija, vom 1. IV. 1941.

[50] Sammlung der Beschlüsse des Volkskommissarenrates (Beschluss Nr. 630 vom 24. IV. 1941).

[51] Padomju Latvija, vom 12. IV. 1941.

[52] „ „ „ 13. V. 1941.

[52a] Die Mobilisierung der Jugendlichen (16.700 Personen) drohte ca. 35% der Gesamtzahl der männlichen Jugendlichen Lettlands im Alter von 14—17 Jahren ihren Familien und Lettland zu entreissen. (Izglītības Mēnešraksts, Nr. 1, 1942, S. 9). Der Wunsch der Jünglinge, über ihre künftige Laufbahn selbst zu entscheiden, spielte hier keine Rolle. Es nutzte nichts, wenn die Eltern protestierten und darauf hinwiesen, dass ihre Söhne z. B. Landwirte werden und nicht in der Industrie oder auf den Eisenbahnen arbeiten wollen. Die ländliche Jugend sollte eben zu Fabrikarbeitern-Proletariern gemacht werden.

[53] Cīņa, vom 6. VI. 1941.

[54] Padomju Latvija, vom 4. III. 1941.

[55] Cīņa, vom 7. II. 1941.

[56] „ „ 5. II. 1941.

[57] Padomju Latvija, vom 23. III. 1941.

[58] Amtliche Industriestatistik des Freistaates Lettland.

[59] Nach den Daten des Industriedepartements der Generaldirektion der Wirtschaft.
[60] Darbs, vom 1. III. 1941.
[61] Stenogramme der genannten Konferenz, die am 7. und 8. V. 1941 in Riga stattgefunden hat.

XI. Handel und Transport.

[1] Jaunākās Ziņas, vom 23. VII. 1940. — Nach den Daten des Statistischen Amtes, wurden in der Zentralhandlung des Armee-Universalgeschäftes (Riga, Weberstrasse) im Juli 1939 Waren im Werte von Ls 963.000, aber im Juli 1940 für Ls 2.864.000 verkauft (gestiegen war hauptsächlich der Umsatz von Textilien, Schuhen u. a. Waren).
[2] Jaunākās Ziņas, vom 26. VII. 1940.
[3] „ „ „ 25. VII. 1940.
[4] Padomju Latvija, vom 20. VIII. 1940.
[5] Darbs, vom 1. IX. 1940.
[6] Padomju Latvija, vom 13. IX. 1940.
[7] Darbs, vom 29. IX. 1940.
[8] Dieselbe Quelle. Es wurden 352 Unternehmen für den Handel mit Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Produkten, 246 Textilwarengeschäfte, usw. nationalisiert.
[9] Cīņa, vom 29. IX. 1940.
[10] Padomju Latvija, vom 9. X. 1940.
[11] „ „ „ 16. X. 1940.
[12] Cīņa, vom 18. X. 1940.
[13] Padomju Latvija, vom 22. X. 1940.
[14] „ „ „ 18. V. 1941.
[15] Nach den Daten des Handelsdepartements.
[16] Padomju Latvija, vom 18. V. 1941.
[17] Nach der Schätzung des Handelsdepartements.
[18] Cīņa, vom 29. IX. 1940.
[19] Darbs, vom 28. II. 1941.
[20] Cīņa, vom 28. II. 1941.
[21] Padomju Latvija, vom 16. III. 1941.
[22] „ „ „ 19. und 21. III. 1941.
[23] Cīņa, vom 1. IV. 1941.
[24] Padomju Latvija, vom 13. II. 1941.
[25] Ziņotājs, vom 25. IV. 1941.
[26] Padomju Latvija, vom 27. V. 1941.
[27] „ „ „ 28. V. 1941.
[28] „ „ „ 5. IX. 1940.
[29] Nach den Daten der Eisenbahnverwaltung; auch die weiteren Zahlen entstammen derselben Quelle.
[30] Prikas o powischenii sarabotnoi plati po Latwijskoi schelesnoi doroge (Befehl über die Erhöhung des Arbeitslohnes auf der Lettländischen Eisenbahn).
[31] Pad. Latvija vom 21. III. 1941.

*

Der übrige Transport.

Gleich einen Monat nach der Okkupation Lettlands erliess die neue Regierung am 27. Juli 1940 folgende Anordnung (Rīts, vom 28. VII. 1940): „Die wirtschaftlichen Interessen des lettländischen Staates verlangen es, dass die ganze *Handelsflotte* Lettlands im Geltungsbereich der Regierung Lettlands zu stehen hat. Um die Schiffskapitäne, deren Schiffe sich ausserhalb des Baltischen Meeres befinden, von einer verräterischen Tat fernzuhalten, erlässt die Regierung Lettlands an alle Reeder und Schiffskapitäne folgenden Befehl: 1) Schiffe, die in fremden Gewässern liegen, dürfen nur mit Genehmigung der Regierung Lettlands einen Hafen verlassen und einen anderen Hafen anlaufen. 2) Ohne die Genehmigung der Regierung Lettlands haben die Schiffe nicht das Recht, in einem amerikanischen oder englischen Hafen Anker zu werfen. 3) Schiffskapitäne, die die Anordnung der Regierung Lettlands übertreten, werden bei der Rückkehr in die Heimat *als Volksverräter angesehen und ausserhalb des Gesetzes stehend erklärt.* Zusammen mit ihnen werden *auch ihre Familienmitglieder und die nächsten Verwandten* zur Verantwortung gezogen werden". Diese barbarische Verordnung, die den Familien und Verwandten der Schiffskapitäne mit der Rache der Bolschewisten drohte, hatte den Zweck die Schiffe zu veranlassen, nach Lettland zurückzukehren, um den Kommunisten die Möglichkeit zu geben, die Schiffe für sich zu ergreifen. Dieser Befehl war vollkommen im Einklang mit den Traditionen und Gesetzen der Sowjetunion. Soviel von den ehemaligen Reedern zu erfahren ist, hat diese Anordnung die Angehörigen der Seeleute nicht berührt. Die Reeder wurden in der Bolschewistenzeit gezwungen, ihren Schiffen im Auslande die von den bolschewistischen Behörden erwünschten Befehle zu erteilen. (Am 14. Juni 1941 wurde der grösste Teil der Reeder verhaftet und nach Russland verschickt.)

Anfang Oktober 1940 wurde das Dekret über die Nationalisierung der Unternehmen der See- und Flussflotte veröffentlicht (Padomju Latvija, vom 7. X. 1940). Nicht nur die Seehandelsschiffe, sondern auch die Flussflotte (Schlepper, Fracht- und Passagier-Dampfer und Barken) wurden nationalisiert. Einen grossen Teil der Flotte haben aber die Bolschewisten nicht erhalten. In der Bolschewistenzeit zählte zum 1. Januar 1941 die Flotte 89 Schiffe mit 175.820 BRT. Als die Bolschewisten aus Lettland vertrieben wurden, sind in Lettland (nach den Daten des Marinedepartements) 24 Schiffe mit 19.521 BRT zurückgeblieben; in Amerika sind 8 Schiffe mit 32.823 BRT geblieben, in England 13.152 BRT, in Spanien 4955 BRT, in Dänemark 1875 BRT, in Deutschland 38.128 BRT; nach Russland sind 29 Schiffe verschleppt mit 51.959 BRT (ein grosser Teil dieser Schiffe wurde auf dem Wege nach Russland versenkt).

Die Löhne der Seeleute (nach den Daten des Marinedepartements) waren im November 1940 viel niedriger als im Oktober 1939. So z. B. war vor den Bolschewisten der kleinste Lohn eines Kapitäns Ls 650; in der Bolschewistenzeit betrug der Lohn eines

Kapitäns Rbl. 600 — 1200 (ca. Ls 200—400). Der Lohn eines Matrosen betrug Ls 160 und Rbl. 270 (= Ls 90).

Ende Januar 1941 wurde ein Dekret über die Nationalisierung der Autobusse, der Lastkraftwagen, der Garagen und der Personenkraftwagen veröffentlicht (Padomju Latvija, vom 21. I. 1941). Nationalisiert wurden alle privaten Autobus-Verkehrsunternehmen, einzelne Autobusse und alle Lastkraftwagen, alles nebst Reserveteilen, Instrumenten, Materialien, Ausbesserungswerkstätten und Garagen. Auch Personenkraftwagen „der ehemaligen Inhaber der nationalisierten Handels- und Industrieunternehmen, der Hausbesitzer, der Reeder usw. als auch von allen nicht werktätigen Leuten, die nicht für das allgemeine Wohl arbeiten," wurden nationalisiert.

XII. Planwirtschaft.

1 Padomju Latvija, vom 8. II. 1941.
2 Darbs, vom 10. II. 1941.
3 Karogs, Nr. 5 1941, S. 568.
4 Stenogramme der Konferenz vom 21. und 22. IV. 1941.
5 Stenogramme der Konferenz.
6 „ „ erwähnten Konferenz, S. 35.
7 Padomju Latvija, vom 6. IV. 1941.
8 Nach den Angaben der Eisenbahndirektion.
9 „ „ „ des Handelsdepartements.
10 Dieser Beschluss des Volkskommissarenrates ist dem Archiv der ehemaligen Staatskontrolle in Riga entnommen.
11 Aus den Akten des genannten Volkskommissariats.
12 Dieselbe Quelle.

XIII. Der Hausbesitz in der Stadt.

1 Padomju Latvija, vom 27. VIII. 1940.
2 Rīts, vom 1. VIII. 1940.
3 „ „ 10. VIII. 1940.
4 Padomju Latvija, vom 3. und 13. IX. 1940.
5 „ „ „ 29. X. 1940.
6 Darbs, vom 1. XI. 1940.
7 „Dzīvokļu un pārējo telpu saraksts" („Verzeichnis der Wohnungen und der übrigen Räume").
8 Padomju Latvija, vom 30. X. 1940.
9 Cīņa, vom 30. X. 1940.
10 Pilsētu gruntsgabali und dzīvokļi (Die städtischen Grundstücke und Wohnungen), Ausgabe des Staatlichen Statistischen Amtes, Riga, 1936, S. 10—11.
11 Padomju Latvija, vom 30. X. 1940.
12 „ „ „ 21. XII. 1940.
13 „ „ „ 6. II. 1941.
14 Prof. W. L. Kobalewskij, Organisazija i ekonomika schilischtschnowo chosjaistwa SSSR, Moskau 1940, Ausgabe des Volkskommissariates der Kommunalwirtschaft der Russischen SFSR, S. 6.

15 Padomju Latvija, vom 23. III. 1941.
16 „ „ „ 21. XII. 1940.
17 Nach den Angaben der Rigaer Wohnungsverwaltungsdirektion.
18 Die Grundlagen der Schätzung — nach Kapitel IV dieser Abhandlung.
19 Padomju Latvija, vom 19. VIII. 1940.
20 „ „ „ 13. IX. 1940.
21 „ „ „ 25. IX. 1940.
22 „ „ „ 6. I. 1941.
23 Rīgas dzīvokļu apstākļi (Die Wohnungsverhältnisse in Riga), Ausgabe des Statistischen Büros der Stadt Riga, zusammengestellt von Dr. E. Bulmerincq, Riga 1931, S. XI, XII, 1.
24 Prawda, vom 8. IV. 1941.
25 Ciņa vom 9. IV. 1941.
26 Prawda, vom 25. II. 1940.
27 Padomju Latvija, vom 7. II. 1941.
28 Darbs, vom 3. III. 1941.
29 Padomju Latvija, vom 25. II. 1941.
30 „ „ „ 15. III. 1941.
31 „ „ „ 19. III. 1941.
32 Darbs, vom 10. IV. 1941.
33 Galvas pilsētas Rīgas statistiskā gada grāmata 1938, S. 56.
34 Padomju Latvija, vom 24 V. 1941.
35 „ „ „ 27. V. 1941.

XIV. Geld und Kredit.

1 Rīts, vom 21. VI. 1940.
2 „ „ 31. VII. 1941.
3 Finanču un kredita statistika 1939, S. 72, 73, 91, 101.
4 Rīts, vom 4. VII. 1940.
5 Jaunākās Ziņas, vom 23. VII. 1940.
6 Padomju Latvija, vom 23. III. 1941.
7 Nach den Angaben der Erläuterungen zum Budget des ehemaligen Freistaates Lettland für die Monate Juli und August 1941.
8 Padomju Latvija, vom 15. II. 1941.
9 „ „ „ 29. I. 1941.
10 „ „ „ 5. II. 1941.
11 Archiv der ehemaligen Staatskontrolle.
12 Mēneša biļetens, Nr. 9 1939, S. 953.
13 Padomju Latvija, vom 6. IV. 1941.
14 Die Rigaer Zeitung „Proletarskaja Prawda", vom 28. V. 1941. Eine ganze Zeitungsseite ist hier mit einem Artikel des bolschewistischen (aus der Sowjetunion gesandten) „Professors" der Lettländischen Staatsuniversität A. Gusakow über Staatsanleihen ausgefüllt. Dieser Professor erzählt u. a.: „In kapitalistischen Ländern sind Staatsanleihen, nebst Steuern, ein zusätzliches Mittel zur Ausbeutung der breiten Massen der Werktätigen. Mit Hilfe der Anleihen bemühen sich die Regierungen der kapitalistischen

Staaten denjenigen Teil der Staatsausgaben zu decken, der... für *unproduktive* Bedürfnisse — *für die Unterhaltung des polizeilich-bürokratischen Staatsapparates, zur Vorbereitung der Annexionskriege* usw. ... verwendet wird... In kapitalistischen Ländern sind Anleihen dem Wesen nach Steuern..."

Aber gerade in der Sowjetunion wurden die Staatsanleihensummen mit Gewalt und Terror aus der grenzenlos armen und hungernden Bevölkerung jedes Jahr herausgepresst und gerade für den unerhört riesigen polizeilichen Bedrückungsapparat und die ausserordentlichen Rüstungen für die gewaltsame Bolschewisierung und Versklavung Europas und anderer Länder verwendet! Wie immer, so auch in diesem Falle charakterisieren die Bolschewisten, indem sie das „kapitalistische" Ausland kritisieren, nur sich selbst und die Sowjetunion.

[15] Cīņa, vom 3. Juni 1941.

[16] Dieselbe Quelle. A. Swerew, der Volkskommissar der Finanzen der UdSSR, schrieb hier folgendes: „Der Sowjetstaat ruft alle Werktätigen auf, ihren *zwei- oder dreiwöchentlichen Verdienst* für die Anleihe zu zeichnen. In früheren Jahren haben nicht nur einzelne erstklassige Arbeiter, Angestellte, Kolchosbauern, sondern sogar ganze Kollektive ihren *Monatsverdienst* gezeichnet. Diese Äusserung des Sowjetpatriotismus muss *mit allen Mitteln* (also gewöhnlich mit Terror und Einschüchterung! A. C.) unterstützt werden... Die Subskription der Anleihe muss Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Partei-, Sowjet-, Gewerkschaftsorganisationen, der Organisationen des kommunistischen Jugendverbandes, der Kommissionen zur Förderung des Staatskredits und des Sparens, der ganzen Sowjetgesellschaft sein... Ebenso wie jedes arbeitende Familienmitglied in der Stadt die Anleihe unterzeichnet, so muss erreicht werden, dass man auch auf dem Lande *nicht nur für die ganze Wirtschaft* unterzeichnet, sondern dass *jeder Kolchosbauer und jede Kolchosbäuerin*, welche ein selbständiges Einkommen haben, ihre Unterschrift geben."

[17] Dieselbe Quelle.

[18] Cīņa, vom 18. VI. 1941.

XV. Staatsfinanzen.

[1] Padomju Latvija, vom 3. IV. 1941.

[2] „ „ „ 1. IV. 1941.

[3] Statistische Tabellen für das Jahr 1939, S. 79. Finanču un kredita statistika 1939, S. 6, 31.

[4] A.G. Swerew, Gosudarstwennij bjudschet SSSR na 1941 god, Moskau 1941, S. 8.

[5] Stawki naloga s oborota po prodowolstwennim towaram (Sätze der Umsatzsteuer für die Nahrungsmittel), Moskau 1939, Gosfinisdat. Diese Steuersätze waren ab 1. Januar 1939 in Kraft.

[6] Ziņotājs, vom 8. III. 1941.

[7] Padomju Latvija, vom 3. IV. 1941.

[8] Sobranije postanowlenij i rasporjaschenij prawitelstwa Sojusa Sowetskich Sozialistitscheskich Respublik, Nr. 9 1941, Moskau.

[9] Padomju Latvija, vom 4. IV. 1941.

[10] Laut Beschluss des Volkskommissarenrates der UdSSR in Moskau vom 2. I. 1941 (Sobranije postanowlenij i rasporjaschenij prawitelstwa SSSR, Nr. 2 1941, S. 54) sollten im Jahre 1940/41 30% der Gesamtzahl der Studenten und Schüler der Hochschulen und spezieller Mittelschulen (Techniken) in den Sowjetrepubliken Litauen, Lettland und Estland monatliche staatliche Stipendien erhalten: in Hochschulen 200 Rub., in Techniken 85 Rub. monatlich. Die Empfänger sollten Kinder von „bedürftigen Werktätigen" sein.

[11] Padomju Latvija, vom 15., 16. und 18. III. 1941.

[12] Ziņotājs, vom 2. XII. 1940.

[13] „ „ 17. V. 1941.

[14] „ „ 16. V. 1941.

[15] V. Salnais un J. Jurevics, Tirdzniecības uzņēmumu apgrozījumi 1933.— 1934. gadam (Die Umsätze der Handelsunternehmen in den Jahren 1933— 1935), Ausgabe des Statistischen Amtes, Riga, 1937, S. 40, 41.

[16] Siktirdzniecības cenrādis Nr. 1, Nr. 2.

[17] Ziņotājs, vom 22. V. 1941.

XVI. Sozialversicherung und Gesundheitsfürsorge.

[1] Tautas labklājības ministrijas mēnešraksts (Monatsschrift des Ministeriums der Volkswohlfahrt), Nr. 4/5 1940, S. 243.

[2] Dieselbe Quelle, S. 253.

[3] Statistisches Jahrbuch Lettlands für das Jahr 1939, S. 208.

[4] Dieselbe Quelle.

[5] Finanču un kredita statistika 1939, S. 16.

[6] Statistisches Jahrbuch Lettlands für das Jahr 1939, S. 213.

[7] Ebendaselbst, S. 212.

[8] „ S. 214.

[9] „ S. 217.

[10] Padomju Latvija, vom 24. November 1940.

[11] Dieselbe Quelle.

[12] Noteikumi un paskaidrojumi par sociālo apdrošināšanu (Die Bestimmungen und Erklärungen über die Sozialversicherung), Ausgabe des Zentralrates der Gewerkschaften der LSSR, Riga 1940, S. 5—9.

[13] A. J. Usikow, Gosudarstwennoje sozialnoje obespetschenije (Die staatliche soziale Sicherstellung), Moskau 1939, Ausgabe des Volkskommissariats der sozialen Sicherstellung, S. 48—49.

[14] Ebendaselbst, S. 46.

[15] „ S. 97.

[16] „ S. 15.

[17] „ S. 130.

[18] „ S. 138—139.

[19] „ S. 41, 43—44.

[20] Der bekannte lettische Dichter (Lyriker) Kārlis Skalbe (geboren 1879) hatte im Frühjahr 1934 eine grössere Reise als Mitglied einer von der Sowjetregierung eingeladenen Delegation lettländischer Journalisten durch die UdSSR gemacht (er hatte Moskau, die

Krim u. a. Orte besucht). Nach der Reise veröffentlichte er in der damaligen lettischen Zeitung „Jaunākās Ziņas" eine Serie von Artikeln („J. Z." Nr. 101—104, 106, 111 vom Jahre 1934) unter dem Titel „Das neue Russland". Es ist interessant, einige seiner Beobachtungen hier zu zitieren. Der Dichter bemerkt, dass in der Sowjetunion selten alte Menschen zu sehen sind: *„Die Sowjetluft ist auch den alten Menschen nicht günstig gewesen...* Als ich in Moskau spazierte und auf der Strasse einen Greis erblickte, wollte ich stehen bleiben und ihn begrüssen, weil *alte Menschen dort so selten sind...* Mit der alten Generation, die es nicht mehr gibt, *ist auch die Erinnerung an das frühere Leben verschwunden.* Hier lebt, arbeitet und herrscht die Jugend, die kein anderes Leben kennt, als das, welches sie jetzt für sich schafft. Das ist das neue Russland."

„Das, was wir sahen, waren *Soldaten, Soldaten und wieder Soldaten...* Sowjetrussland bildet vor allem Soldaten aus... *Das ganze Land lebt und arbeitet nur für die Armee...* Sowjetrussland hat jetzt eine der grössten und stärksten Armeen der Welt. Aber diese Kraft, die jetzt alle Lebenssäfte aus dem Lande aussaugt, kann sich auch als eine Schwäche erweisen, weil keine normalen Verhältnisse zwischen einer gut ausgerüsteten Armee und dem wirtschaftlich geschwächten Volke bestehen."

„Moskau sieht in den ersten Maitagen wie ein nervöser Ameisenhaufen aus. Die Häuser sind mit unendlich vielen roten Fahnen und mit riesig grossen Lenin- und Stalinbildern bedeckt. Bunte Feuer, ausdrucksvolle Gebärden, schreiende Plakate. Alles, was die Augen blendet und den Verstand stumpft. So werden Menschenmassen eingespannt."

„Endlich ist die grosse Gleichheit errungen. Alle sind gleich und grau, nicht grösser und nicht kleiner... Es scheint, dass die neue Aufbautätigkeit zuerst für eine grandiose Fassade sorgt, welche die Mängel des Sowjetlebens zudecken muss. Wir, selbstverständlich, sahen nur diese Fassade, weil wir als Gäste nicht durch die Hintertreppe in das Haus hineingehen konnten. Und das grosse Land blieb für uns ein ungelöstes Rätsel."

„Der Sowjetbürger kommt mit so Wenigem aus, dass man ihn fast einem Heiligen gleichstellen könnte."

„Auf der ganzen Reise sah ich keinen Hund und keine Katze. Wo sind diese treuen Gefährten des häuslichen Lebens des Menschen geblieben, die mit dem Menschen mit unzerreissbaren Banden schon aus den Urzeiten her verknüpft sind? Aber das häusliche Leben im Sowjetland ist so eng geworden, dass das Halten eines Hundes oder einer Katze ein übermässiger Luxus wäre. Und dennoch erscheinen in den Sowjetzeitungen Betrachtungen*)... wie

*) Es kann hierzu noch bemerkt werden, dass auch noch im Jahre 1939 das Halten von Hunden empfohlen wird, so z. B. auf der „allunionistischen Landwirtschaftsausstellung" in Moskau. Im Sowjetbuche „Wsesojusnaja selskochosjaistwennaja wistawka 1939" (Die allunionistische Landwirtschaftsausstellung 1939. Moskau 1939) lesen wir unter dem Titel „Pavillon der Hundezucht" folgendes: „In letzter Zeit hat man Hunde in der Viehhütung in den

gut ein Hund ist, ein wie treuer Wächter des Hauses er ist, und wie mit seiner Hilfe... sogar ein Dieb gefangen werden kann. Die Haltung der Hunde sei jedenfalls in den Kolchosen zu empfehlen."

„Das Leben erneuert sich in Fabriken und auf Bauten, aber wie das Leben der Menschen selbst sich erneuert hätte, das ist nicht zu sehen. Die Gesichter der Menschen sind grau... wie ungewaschen, — das kommt davon, dass in der Nahrung wenig Fett enthalten ist..."

„Das Volk hat sich den Bolschewisten anvertraut, es hat ihnen seine Kräfte zur Verfügung gestellt. Dem Volke selbst aber hat dieses Regime wenig geben können... Es ist nur die *Gleichheit in der Armut* erreicht worden... Was früher der arme Bauer hatte, das hat jetzt jeder Sowjetbürger."

„Nur als ich nach Hause zurückgekehrt war, habe ich angefangen das zu durchleben, was ich gesehen hatte. Vor meinen Augen, als ob sie mich anklagen wollten, sah ich die grauen, unpersönlichen und traurigen Menschenmassen stehen. *Ich setzte mich an den Tisch... und wollte weinen.*"

(Zitiert nach: Kārlis Skalbe, Kopotie raksti — Gesammelte Werke, Band 8, Riga 1939, S. 336 und folgende.)

[21] Der vom Volkskommissarenrate der UdSSR bestätigte Beschluss Nr. 507 des Sekretariats des Allunionistischen Zentralrates der Gewerkschaften vom 3. März 1941 bestimmte, dass in Lettland, Litauen und Estland, um die Alters- oder Invalidenpension zu erhalten, die nötige minimale Zahl der Arbeitsjahre „dokumentarisch" bewiesen werden muss. Wenn Dokumente über die Lohnarbeiten fehlen, kann die Feststellung der Anzahl der Arbeitsjahre „auf Grund von Zeugenaussagen aber nur in Ausnahmefällen zugelassen werden."

[22] Zinotājs, vom 2. I. 1941, Nr. 1.

[23] Padomju Latvija, vom 7. II. 1941.

[24] Die Ausgaben im Jahre 1939 sind nach dem Statistischen Jahrbuche Lettlands für das Jahr 1939 berechnet worden, die Ausgaben des Republikbudgets und des örtlichen Budgets im Jahre 1941 — nach der Ausgabe des Volkskommissariats der Finanzen der Lettländischen SSR „Materiali k gosudarstwennomu bjudschetu Latwijskoi SSR na 1941 god" („Materialien zum Staatsbudget der Lettländischen SSR für das Jahr 1941").

[25] Nach den Angaben der Generaldirektion der Finanzen.

[26] Padomju Latvija, vom 24. XI. 1940.

Kolchosen und Sowchosen zu verwenden angefangen... Die Anwendung von Hunden im Hirtendienst hat sich als gerechtfertigt erwiesen und die Ausgaben der Viehhütung haben sich verringert." (S. 386, 388). — Es scheint also, dass Hunde noch in den letzten Jahren in Sowjetrussland selten gewesen sind (in Lettland werden in jedem Bauernhofe ein oder zwei Hunde gehalten). Die Hunde sind in der Hungerszeit von den Menschen verzehrt worden und ausgestorben. In einem Lande, wo der Mensch gewöhnlich kaum zu leben und sich zu ernähren im Stande ist, ist selbstverständlich für Hunde oder Katzen kein Platz.

[27] Padomju Latvija, vom 18. II. 1941.
[28] Noteikumi un paskaidrojumi par sociālo apdrošināšanu, Riga 1940, S. 21.
[29] Ebendaselbst, S. 9—11.
[30] „ S. 21.
[31] „ S. 57.
[32] Tautas labklājības ministrijas mēnešraksts, Nr. 4/5 1940, S. 266. Das ist die durchschnittliche Gelduntersttützung für das Begräbnis der Kassenmitglieder im Jahre 1939. Gezahlt wurde der 40-fache durchschnittliche Tageslohn des Verstorbenen. In der Bolschewistenzeit war die Unterstützung nur etwa dem 3-fachen Tageslohn des Arbeiters gleich.
[33] Berechnet nach den Ausgaben des Statistischen Amtes (die Ausgaben der Krankenhäuser und Sanatorien — nach der Ausgabe „Tautas veselība").
[34] Berechnet nach dem Staatsbudget für das Jahr 1941 und den Daten der Generaldirektion der Finanzen über seine Realisierung, sowie auch nach den Daten des Zentralverbandes der Berufsverbände (diese Organisation ist anstelle des bolschewistischen Zentralrates der Gewerkschaften getreten) über die Realisierung des Budgets der Sozialversicherung (Gelduntersttützungen in Krankheitsfällen, in Entbindungsfällen, Unterhaltung von Sanatorien, Entbindungsheimen usw.).

XVII. Das Ende der Bolschewistenherrschaft in Lettland.

[1] Eine Vorstellung von der Tätigkeit der „Tscheka" und des roten Terrors in Lettland gibt eine Artikelserie, die im September 1941 in der Rigaer Presse („Tēvija", vom 2.—26. Sept.) erschienen ist und von einem ehemaligen lettischen Soldaten (Kavalier des lettischen Kriegsverdienstordens — des „Bärentöter*) Ordens) verfasst worden ist. In diesen Artikeln werden die Erlebnisse des Verfassers (der längere Zeit in der erwähnten Tscheka-Zentrale in Riga und im Rigaer Zentralgefängnis gefangen gehalten und nach der Vertreibung der Bolschewisten durch die deutsche Wehrmacht befreit wurde) und seiner Mitgefangenen geschildert.

a) Im Gefängnis der Tscheka.

„Wenn die Bolschewisten immer mit ihren grossen Errungenschaften der Zivilisation und Kultur prahlen, so wäre es nicht gerecht, wenn man ihnen diese „Ehre" auf dem Tscheka-Gebiet bestreiten würde... Nach dem 17. Juni 1940 behaupteten damals die Knechte des neuen Regimes heuchlerisch, dass nur jetzt das lettische Volk die wahre Freiheit erhalten werde. Die Fehler des Jahres 1919 würde man nicht wiederholen, alle alten Sachen seien vergessen, allen sei die Unantastbarkeit des Vermögens und der Person gesichert usw. Das garantiere die Stalinsche Verfassung, die als solche einzig in der Welt dastehe. Das Leben würde fröhlicher

*) Eine lettische mythologische Heldenfigur.

und besser werden... Aber gleichzeitig wurden in den Kellern der Rigaer Häuser im Stosstempo Gefängnisse mit modernen Folterkammern und Inquisitionsräumen eingerichtet. Diese Folterkammern waren die ersten Zeugnisse der bolschewistischen „Kultur" in Riga... In den ehemaligen vereinigten Gebäuden des Innenministeriums und des Ministeriums für öffentliche Angelegenheiten richtete man eine Abteilung der all-unionistischen Tscheka ein, die „Volkskommissariat für innere Angelegenheiten (NKWD)", genannt wurde. Später wurde sie „Volkskommissariat der staatlichen Sicherheit" benannt... In allen sechs Stockwerken des grossen Gebäudes*) waren mehr als 650 Zimmern (Kabinette) eingerichtet. In diesen Kabinetten wurde ununterbrochen und fieberhaft gearbeitet, hauptsächlich in der Nacht. Über die Treppen und Korridore führte man die Verhafteten aus den Kellergefängnissen auf und ab. Nach meinen persönlichen Erlebnissen und den Erzählungen der Gefangenen kann ich folgern, dass in diesen 650 Zimmern mehr als 1000 aus Moskau hergeschickte Tschekisten arbeiteten. Die Einwohner unserer „Republik" bekleideten, soviel ich beobachten konnte, in der Tscheka keine verantwortlichen Posten. Sie waren Dolmetscher und Kanzleibeamte. Die Pflicht der einheimischen Kommunisten war, für die Tscheka zu spionieren, über alles zu berichten und Material anzuschaffen."

„Wir, die wir in den Kellern der Tscheka gefangen waren, dachten manchmal: *warum in einer so kleinen Republik, in der nach den von den Bolschewisten selbst veröffentlichten Daten alle ungezwungen und mit Begeisterung im Umfange von 99% für ihre „besten Söhne und Töchter"**) abgestimmt hatten, für die Staatssicherheit so viele Wächter und so viele Gefängnisse nötig waren?...* Warum hatte die Todesstrafe ein Jüngling verdient, der nach dem Jahre 1918 geboren worden ist, mit keinem Schritt das grosse Sowjetland betreten hat, mit der Politik sich nicht beschäftigte, friedlich in seinem Lande lebte, als Sohn seines Volkes aufgewachsen ist und alle Gesetze und Pflichten erfüllt hat, die von ihm der Staat forderte? Bald aber verstanden wir, dass ein Massenterror ohnegleichen begonnen hatte. Nach dem in Moskau ausgearbeiteten Plane wurden aus „Staatsgründen" Tausende „aus dem Umsatz genommen."

„Wie schon erwähnt, war dieser riesige Apparat der Tscheka ununterbrochen am Tage und in der Nacht tätig. Die „Besondere Abteilung" und die Untersuchungsabteilung waren von 10—17 Uhr und von 22 bis 6 Uhr morgens tätig. In der Nacht wurden die wichtigsten Verhaftungen gemacht... Mehrere Nächte hindurch hörten wir von oben Geschrei und Hilferufe. Einmal schrie mit herzzerreissender Stimme eine Frau. Sie rief nach Hilfe, aber wir konnten unserer Landsmännin nicht helfen... Am nächsten Morgen nach diesem Ereignis waren unsere Nerven so angespannt, dass

---

*) Dieses Gebäude mit seinen Gefängnissen ist heute für das Publikum zugänglich.

**) So nannten die Bolschewisten die Kandidaten und späteren Mitglieder des bolschewistischen „Parlaments" (Saeima).

in der Frühstückszeit keiner von uns seine Sträflingsportion anrührte".

„Das innere Gefängnis, d. h. die Keller der Tscheka, war eins der wichtigsten Bestandteile dieser Behörde... Die Wache bestand grösstenteils aus schiefäugigen Asiaten, es waren auch zwei Letten und zwei Juden darunter... Alle Fenster des Tscheka-Gebäudes, welche auf die Strassen und den Hof hinausgingen, waren von der Innenseite aus unauffällig mit Stäben aus weissem Metall vergittert.*) In der Zeit vorher waren nämlich in der Tscheka Selbstmordfälle vorgekommen, denn die Verhörten hatten sich auf die Strasse und den Hof geworfen... Mit Drahtgeflecht waren auch die Treppen eingezäumt, die von den Kellern des Tscheka-Gefängnisses nach allen Stockwerken des Hauses führten. Über diese Treppen wurden Tag und Nacht die Verhafteten zum Verhör gebracht. Niemand von den Leidensgenossen war jemals auf der Treppe oder in den vielen Korridoren des Hauses einem anderen begegnet. Das Führen durch die Korridore und Treppenräume war auf die Sekunde mit bewundernswerter Präzision geregelt... Einem Verhafteten konnte man nur auf dem Wege von der Tscheka zum Zentralgefängnis, auf der Fahrt in der grossen oder kleinen „Bertha"**) begegnen. Weiter überraschten jeden Ankömmling die Teppiche in den Korridoren der Tscheka-Keller. Es erwies sich später, dass dieser „Komfort" eine Errungenschaft grosser Erfahrungen war und der moralischen Inquisition der Gefangenen diente. Hierdurch sollte den Gefangenen das Hören der Schritte des Wächters, wenn er zum „Auge" (ein kleines Guckloch) der Kammertür herankam, genommen werden. Unter solchen Umständen glaubten die Gefangenen nämlich, dass sie ständig beobachtet würden, und wagten es daher nicht, sich auch nur die kleinste Freiheit zu erlauben. Sie wagten nicht einmal ihre Augen vor dem grellen Lichte***) zu schützen."

„In dem Tscheka-Gefängnis... war Platz für 300 Verhaftete. Nach der Grösse verteilten sich die Kammern in 8, 6, 4, 2 und 1-plätzige... Fast jeder in die Kammern Neuangekommene erinnerte in den ersten Tagen an ein wildes Tier, das soeben in einen Käfig hineingesteckt worden ist. Alle bemühten sich, auf und ab zu gehen, waren nervös, betrachteten alles mit Misstrauen, fürchteten sich vor den andern, den übrigen Unglücklichen. Sie fürchteten auch, auf Fragen über das Leben ausserhalb des Gefängnisses zu antworten, und konnten sich nicht an das Regime gewöhnen. Dieses Lampenfieber quälte sie bis zum ersten Verhör. Der Hauptfehler war der, dass alle logisch dachten, ihre Verhaftung mit den alten, im bisherigen Leben gewöhnlichen Masstäben der Gesetzlich-

*) Diese Gitter sind noch jetzt in den Zimmern zu sehen (jetzt befindet sich in diesem Gebäude die lettische Generaldirektion der inneren Angelegenheiten).

**) Kraftwagen zur Beförderung von Gefangenen.

***) In den Kammern brannte Tag und Nacht an der Decke eine Lampe, und es war verboten, sich irgendwie vor dem Licht zu schützen.

keit, den Begriffen über die Schuld usw. zu messen sich bemühten. Solche Masstäbe taugten in der Tscheka nichts. In der Tscheka ging alles nach der Schablone, nach dem Plan; der Zweck der langen Verhöre war, das Geständnis zu erreichen und... in die Angelegenheit noch weitere Personen zu verwickeln. Viele, die logisch dachten, nannten zu ihrer Rechtfertigung Namen von Zeugen, aber die Tscheka hatte ihren eigenen Standpunkt und ihren eigenen Begriff der „Gesetzlichkeit", und verhaftete oft die genannten Zeugen... Die Tscheka wusste aus ihrer reichen Erfahrung, dass der „Hauptangriff" gleich am Anfang gemacht werden musste, dass sofort alle Methoden angewendet werden mussten, indem man Tag und Nacht verhörte, isolierte, den Karzer und die geistige und physische Inquisition anwendete usw."

„Man musste um 7 Uhr morgens aufstehen... Um 9 Uhr wurden 400 Gramm Schwarzbrot und Kaffee verteilt. Zwischen 13 und 14 Uhr gab es Mittagessen, um 20 Uhr Abendessen und um 23 Uhr ging man schlafen... Die Tagesordnung unterschied sich also nicht viel von derjenigen eines Internats. Man kann fragen, was fehlte denn den Leuten bei dieser Ordnung noch?"

„Ab 22 Uhr begann das Verhör, das bis 6 Uhr morgens dauerte. Wenn man schlafen ging, konnte niemand wissen, wer gerufen werden wird. Kaum waren die Menschen eingeschlafen, so riss man sie aus dem Bett und verhörte sie bis zum Morgen! Den ganzen nächsten Tag musste man in Hitze und bei grellem Lampenlicht dahindösen (am Tage durfte man nicht schlafen, nicht einmal schlummern), dann kam in der nächsten Nacht um 23 Uhr der Befehl — schlafen, aber nach zwei Stunden: anziehen und folgen!"

„Am Morgen wurden die Betten aufgehoben und an die Wand geschlossen. Am Tage war es nur erlaubt zu sitzen, zu gehen (leise), bis zur Kammertür und zurück. Unsere 6-plätzige Kammer war 2,5×3 Meter gross.*) Schlummern, laut miteinander sprechen, an die Wände sich lehnen, sich etwas auf die Bank legen, um bequemer zu sitzen — alles das war verboten . Um diesen Freiheiten vorzubeugen, kam auf jede 4—5 Kammern ein Wächter, der ununterbrochen von Tür zu Tür ging und durch das „Auge" beobachtete, damit alles „kulturell" und dem Reglement gemäss wäre... Oft wurden mehrere Mal in der Nacht unvorhergesehene Durchsuchungen in den Kammern gemacht. In solchen Fällen wurden alle Sachen und Kleider, Betten usw.... gründlich untersucht. Sogar die Strohsäcke wurden zerrissen und durchwühlt. Wenn man das kleinste Stückchen Papier, ein Fädchen, Schnürchen, eine Aufschrift auf dem Aluminiumnapf oder Kännchen fand, war dem Schuldigen der Karzer gewiss, oder es waren Repressalien für die ganze Kammer unvermeidlich."

Der ehemalige Gefangene spricht über das schwere Halbhungerleben im Gefängnisse der Tscheka und bemerkt dann weiter: „Wenn im Gefängnisse der Tscheka etwas gut war, war es die Reinlichkeit. Zweimal im Monat wurde man in die im Keller eingerichtete Badestube geführt, und an diesen Tagen wurden auch

*) Also 12,5 m²!

die Bett- und Leibwäsche gewechselt. Im Zentralgefängnisse waren dagegen die sanitären Verhältnisse schrecklich."

„Ausserdem musste man in eigentümlichen Lebensumständen leben, die die verschiedensten Gedanken wachriefen. Es wär schwer zu glauben, dass die 100-Kerzen-Lampe, die ununterbrochen Tag und Nacht über den Köpfen der Häftlinge brannte, zum Wohlsein der Gefangenen bestimmt war. Ebenso schwer ist es anzunehmen, dass die 25—30 Grad hohe Temperatur zum Wohlgefühl der Gefangenen aufrecht erhalten wurde. Die Einrichtungen hatten andere Aufgaben: sie gehörten zur passiven Inquisition, waren Errungenschaften der Tscheka-Erfahrungen... Licht und Wärme sind gute Dinge, besonders in den Wintermonaten. In den ersten Tagen... wunderte ich mich, dass die alten Insassen der Kammer stark unter Licht und Hitze litten, aber allmählich begannen sie auch mich zu ermüden. Ich schwitzte, wurde verdriesslich, nervös und gelangte endlich fast bis zum völligen Zusammenbruch der Nerven. Um die Lampe nicht zerschlagen zu können, war sie durch Drahtgeflecht geschützt... Es war strenge Vorschrift, dass in der Nacht während des Schlafes der Kopf nicht bedeckt werden durfte, und am Tage war es nicht gestattet, beim Sitzen die Augen mit den Händen zu schützen. Die Räume wurden nicht gelüftet,... langsam, aber sicher ergriff den Menschen die Verzweiflung. Solche von der Hitze ermatteten und nervösen Menschen werden plötzlich im Schlafe aus dem Bette gerissen und zum Verhör geführt. Mehrere Verhörer stellen im Kreuzfeuer verschiedene Fragen: man muss antworten, was man getan hat, und wo man vor 20 Jahren gewesen war, und plötzlich werden die Fragen wieder in die Gegenwart übertragen. Es fielen Drohungen, Versprechungen, Schimpfworte usw. Viele, die diese Methoden der passiven Inquisition ertragen mussten, sind zusammengebrochen und apathisch geworden und haben alle Protokolle unterschrieben, um nur schneller zu Ende zu kommen, einerlei zu welchem Ende."

b) Der berüchtigte § 58.

„Im Strafgesetz der Sowjetunion befindet sich auch der berühmte 58. Paragraph,*) mit welchem Zehntausende von Letten bekannt wurden. Auf Grund dieses Paragraphen wanderten Tausende in die Tundren des Nordens, Tausende schmachten noch in den Gefängnissen Russlands und mit dem Paragraph 58 auf der Brust liegen Tausende im feuchten Sande begraben... Dieser Paragraph 58 hat etwa zwanzig Punkte, die so elastisch sind, dass man, im Jargon der Häftlinge gesprochen, sogar einem Säugling eine Strafe dafür „anzetteln" kann, dass sein Vater — an Napoleons Begräbnis nicht teilgenommen hat... Einzelne Punkte dieses Paragraphen bestimmen eine Freiheitsentziehung von 6 Monaten bis zu 25 Jahren und auch die Todesstrafe. Die Hauptsache ist die, dass alle Punkte bis zur Todesstrafe ausgedehnt sind, und mit

*) Dieser 58. Paragraph bestraft die „konterrevolutionären Verbrechen".

diesem grossen Unterschiede (6 Monate bis zur Todesstrafe) hantierten die Tschekisten beim Verhör, um den zu Verhörenden zu verwirren. „Wenn du gestehst, bekommst du 6 Monate, wenn nicht — die Todesstrafe". Während der ganzen Zeit der Gefangenschaft habe ich zwar nicht gehört, dass ein politischer „Verbrecher" zu weniger als zu 7 Jahren verurteilt worden wäre. Es gab wohl einige Fälle, in denen nach 3—6 Monaten Haft wegen eines Missverständnisses Personen befreit wurden, allerdings waren sie vorher durch Unterschrift zum Schweigen verpflichtet worden."

Der Verfasser dieser Erinnerungen führt einige ihm bekannte Beispiele von „Verbrechen", für welche die Letten von der Tscheka verhaftet, gequält und verurteilt wurden, an:

„Der Grenzwächter N. wurde verhaftet. In der Untersuchung wurde keine Schuld gefunden, die man laut § 58 beweisen könnte. Der Grenzwächter N. hat in der Grenzwächterbrigade der Republik Lettland, die von der Sowjetunion bereits im Jahre 1920 anerkannt wurde, gedient. Die Tscheka erklärt aber dennoch die Grenzwächterbrigade als *„weisse Armee"*, deren Tätigkeit gegen die Sowjetunion gerichtet gewesen sei, und zur Aufgabe gehabt habe, Kommunisten zu verfolgen und auszuspionieren, und darum fällt der Fall des Grenzwächters N. unter die Punkte 2., 6. und 13. des § 58. Der Grenzwächter, der sich bewusst ist, nichts verbrochen zu haben, erkennt selbstverständlich seine Schuld nicht an, aber gesteht, dass er... gedient hat und alle von der Obrigkeit vorgeschriebenen Dienstpflichten erfüllt habe. Das Urteil des Tribunals lautet — Todesstrafe."

„Ein Landwirt wird verhaftet. Die Tscheka hat sich während der Untersuchungszeit überzeugt, dass dieser Mensch Nationalist ist, aber juristisch können die entsprechenden Punkte nicht angewendet werden. Endlich findet die Tscheka, dass dieser Bauer Mitglied einer politischen Partei (des Bauernbundes) gewesen ist. Mit Hilfe des 4. Punktes des § 58 wird diese Partei als *faschistisch und konterrevolutionär* qualifiziert. Die Partei habe antikommunistische Agitation getrieben usw., und für diese Verbrechen droht die Todesstrafe. Während des Verhörs bekennt der Beschuldigte sich nicht als schuldig, weil er sich bewusst ist, dass er niemals und nirgends mit einer Agitationsrede aufgetreten ist und auch keine andere gegen die Sowjetgewalt gerichtete Tat verübt hat. Der Fall kommt ins Tribunal. Das Tribunal stellt fest, dass der Landwirt, wie er selbst eingestanden hat, *Mitglied einer konterrevolutionären Organisation* gewesen ist, aber sich weigert, die schädliche Tätigkeit dieser Organisation zu enthüllen, und verurteilt den Landwirt als Unverbesserlichen zum Tode. Es muss noch bemerkt werden, dass fast bei jeder Sache ein Gutachten des Bezirkskomitees der kommunistischen Partei beigelegt wurde."

„Alle zum Tode Verurteilten, die ein Begnadigungsgesuch eingereicht*) hatten, wurden unter strenger Bewachung in den „Kä-

*) Das musste in zwei Stunden nach der Verkündigung des Urteils an den Obersten Rat der UdSSR in Moskau eingereicht werden.

figen" des 2. Blocks des Zentralgefängnisses untergebracht. Dort warteten die Unglücklichen auf die Antwort Moskaus 60—72 Tage lang. Was diese Menschen in jenen Tagen durchlebten, ist schwer zu verstehen, aber man kann sich eine Vorstellung machen. Ich glaube, dass viele, die damals ausserhalb der Gefängnismauern leben konnten und... über ihre Nerven (wegen relativ geringer Ursachen. A. C.) geklagt haben... erröten müssen. Solchen Leuten möchte ich raten, an die Märtyrer des lettischen Volkes vom 2. Block zu denken."

„Der ehemalige Soldat — Kavalier des Bärentöterordens — X. war im Jahre 1940 verhaftet worden. Den Versprechen der Bolschewisten misstrauend, hatte X versucht, zu verschwinden, indem er aus Riga auf Landarbeit fuhr... Es erwies sich, dass auch diese Bemühungen vergeblich gewesen waren. Eines Abends, als er müde von der Arbeit aus dem Walde zurückgekehrt war, haben ihn die Tschekisten getroffen und still im Auto nach Riga geführt. „Man hat mich wie ein Kalb zum Schlachten gebracht," erzählt der alte Soldat. Die Sache, wegen welcher X zur Verantwortung gezogen wurde, bezieht sich auf *Ereignisse vor 20 Jahren*)* irgendwo in Südrussland während der Revolution. Diese Ereignisse gehörten jetzt schon der Geschichte an und in der Gegenwart haben sie gar keine Bedeutung mehr. Auf diesen Umstand hat X den Tschekisten beim Verhör hingewiesen, aber ihm wurde kurz erklärt, dass *die Gesetze der Sowjetunion keine Verjährung kennen.* Ebenso *sei es nicht wichtig, in welchem Staate oder Weltteile irgend jemand gegen die Kommunisten tätig gewesen sei. Wenn derartige Personen in die Hände der Tscheka fallen, werden sie bestraft."**)* — „Auch das Alter des Menschen spielt keine Rolle. Mir ist ein Fall bekannt, wo ein 84 Jahre alter Greis zu 15 Jahren Zwangsarbeiten verurteilt wurde, und nur darum, weil er die Weissgardisten seinerzeit unterstützt hatte (die Freischärler in Lettgallen im Jahre 1919)."

„Der Bauer Pr. besuchte am 10. Januar 1941 zusammen mit mehreren Bekannten ein Restaurant... In demselben Raume befanden sich noch einige Pr. unbekannte Personen. Als man die Rechnung bezahlen musste, warf Pr. die „Tscherwonzen"***) auf den Tisch und sagte dem Kellner: „Nehmen Sie, ich brauche diesen „Kram" nicht." Sogleich rief ein Besucher des Restaurants (ein Spion der Tscheka) den Milizionär, und Pr. wurde zur Tscheka

---

*) Die Gefangenen der Tscheka wunderten sich häufig über die detaillierten biographischen Daten, die die Tscheka über die Gefangenen hatte. Es erwies sich, dass schon lange Jahre vor der Okkupation Lettlands durch die rote Armee im Sommer 1940 die Tscheka durch ihre Spione genaue Kenntnisse über die „gefährlichen" Personen in Lettland gesammelt hatte und mit einem schon fertigen Verzeichnisse der zu verhaftenden Personen nach Lettland kam.

**) Das Schicksal des ehemaligen Soldaten X ist nicht völlig bekannt, wahrscheinlich ist er zum Tode verurteilt worden.

***) 1 Tscherwonez = 10 Sowjetrubel.

geführt... Im Frühling wurde das Urteil gefällt, Pr. wurde zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Ich hatte die Gelegenheit, das Urteil zu lesen... Da begründete man das Urteil mit den Zeugnissen des Spions und noch eines anderen Zeugen. Das Gericht erkannte es als erwiesen, dass Pr. am öffentlichen Orte (im Restaurant) sich verächtlich gegen das Sowjetregime benommen und die Sowjetvaluta geschmäht habe, was als *antisowjetische Agitation* zu qualifizieren und daher der Punkt 10 des § 58 anzuwenden sei... Pr. war kein Mitglied einer politischen Partei, kein Mitglied der Schutzwehr, kein „Kulak", sondern arbeitete einfach in seinem Familiengesinde auf dem Lande."

Der Verfasser der Erinnerungen verbrachte einige Zeit auch im Krankenhause des Rigaer Zentralgefängnisses, wo er einen alten Bekannten traf:

„Er erholte sich in dem Gefängniskrankenhaus nach den in der Kammer für die zum Tode Verurteilten verbrachten 72 Tagen. Mein alter Freund war physisch und geistig zusammengebrochen. Die Erzählung seines Leidensweges ist folgende: „Nach fünf Monate langen Verhören kam meine Angelegenheit vor das Tribunal. Obgleich, juristisch und logisch betrachtet, ich nie denken konnte, dass ich irgendeine Strafe verdient hätte, zwangen mich doch die im Gefängnis verbrachte Zeit und die Erfahrung, zu verstehen, dass ich nicht unbestraft bleiben würde. Ich rechnete damit, dass man mir etwa acht Jahre Zwangsarbeit geben würde. Es kam der Tag des Gerichts... Ich war mir bewusst, dass ich nichts getan hatte, was man als gegen die Sowjetunion gerichtet ansehen und als Verbrechen qualifizieren könnte. Ich war ja doch nur ein kleiner Beamter... und erfüllte meine Dienstpflichten nur nach den Verfügungen. *Wir hatten doch in unserem eigenen freien Staate gelebt, und diesen Staat hatte die Sowjetunion selbst anerkannt.* Mit Politik hatte ich mich nicht beschäftigt... Das Urteil lautete: das höchste Strafmass — die Todesstrafe! Ich weiss nicht, was viele andere in solchen Augenblicken in denselben Zuständen fühlen. Alle Menschen sind nicht gleich geschaffen, und starke Eindrücke werden von jedem verschieden aufgenommen... Das, was ich fühlte, war ein starker Hass und Zorn. Ich habe auch nicht klar die Erklärung gehört, dass ich in zwei Stunden ein Begnadigungsgesuch einreichen könnte, sondern ich wartete, dass das Lesen des Urteils noch fortgesetzt werden sollte und endlich die Worte kommen würden, dass, mit Rücksicht auf diese und jene die Strafe mildernden Umstände — etwa die proletarische Herkunft (ich bin der Sohn eines Landarbeiters) usw., — die Todesstrafe in Zwangsarbeit verwandelt würde. Diese Worte kamen nicht. Als ich schon die Feder in der Hand hielt, um das Begnadigungsgesuch zu schreiben, tobten in meinem Innern Stolz, Hass und Rachegefühl. Obgleich ich in fünf Monaten physisch und moralisch gebrochen war, wollte die Hand nicht gehorchen, als ich die Lüge schreiben musste: ich bekenne mich schuldig. Was sollte ich eigentlich gestehen? Das, dass das Schicksal beschlossen hatte, dass ich im nationalen Geiste aufwuchs, dass ich nicht im Gefängnis gesessen hatte?.. Dann folgten die im Leben niemals zu ver-

gessenden, im 2. Block verbrachten Tage... Hier waren die Gefangenen nicht mehr Menschen, sondern man benahm sich gegen sie wie gegen Tiere, manchmal noch schlimmer. Es sind Fälle vorgekommen, und diese wiederholten sich häufig, wo, Menschen ihre Nerven nicht mehr beherrschen konnten, jeder Protest aber wurde mit Schlägen stillgelegt. Man schlug uns wie Hunde... Demjenigen, der mehrere Tage und Nächte nicht schlafen konnte, gab man Schlafpulver, und diejenigen, die wegen der Nerven zu toben anfingen, und bei denen dann auch der Gummiknüppel nicht mehr half, „beruhigte" man mit Morphiumeinspritzungen... So kam der zweiundsiebzigste Tag... Endlich verstand ich, dass ich begnadigt und das höchste Strafmass in 15 Jahre Zwangsarbeit verwandelt worden sei. Selbstverständlich, wenn keine Hoffnung auf Befreiung wäre, hätte diese Begnadigung, wenn man die Verhältnisse in der Sowjetunion kennt, keinen Wert gehabt... Nach allem Erlebten brach ich zusammen, und jetzt liege ich hier in diesem erbärmlichen Krankenhause und warte auf den Tag, an dem man mich nach dem „weiten Vaterland" führen wird." So lautete die Erzählung dieses Menschen. Als ich ihn im Gefängnishospital, ausgetrocknet und mit grauer Gesichtsfarbe sah, erinnerte ich mich, dass er noch vor wenigen Jahren voll Lebensfreude, gesund und munter war."

c) Im Rigaer Zentralgefängnis.

Seine ersten Eindrücke im Rigaer Zentralgefängnis, wohin man ihn von der Tscheka führte, schildert der Verfasser der Erinnerungen folgendermassen: „Wenn man nach dem finsteren Äusseren des Gebäudes noch die schmutzigen, vom Hunger ganz heruntergekommenen und mit Bärten bewachsenen Menschen sieht, die in feuchten, stinkenden Räumen, welche man Kammern nennt, zusammengepfercht, Tage und Monate, wie wilde Tiere hinter Eisengittern eingesperrt, verbringen, wird es verständlich, dass sogar das unfühlbarste Herz beim ersten Eintritt in eine solche Kammer erzittert. Ich bin nicht in den Katakomben gewesen, aber ich erinnere mich, dass das Bild, das ich das erste Mal in jener Nacht erblickte, als man mich durch die grosse eiserne Tür in die Kammer hineinschob, alles übertraf, was ich mir über diese Katakomben vorgestellt hatte. An der Decke brannte die einzige schwache elektrische Lampe, die den feuchten Raum in eine graue dichte Dämmerung einhüllte. An beiden Seiten der Kammer waren 22 Pritschen heruntergelassen und auf diesen, eingehüllt in schmutzige Mäntel und Decken, lagen Menschen mit grauen, zerquälten Gesichtern, mit Bärten bewachsen und schmutzig. In der Mitte der Kammer auf zusammengestellten Tischen, zusammengerollt wie Hunde, und auf dem Zementboden zusammengedrängt, schliefen die übrigen Unglücklichen. In einem solchen Zustande fand ich 48 Söhne des lettischen Volkes, die lettische Intelligenz, und ich selbst als der 49., schloss mich ihnen an. Die gleichen Umstände waren auch in den anderen Gebäudeblocks. Wiederholt kam die Frage auf: *für welche Verbrechen quält man im 20. Jahrhundert*

diese Menschen? Wenn man sich vorstellt, dass viele von den hier liegenden schon vor dem Gericht dem Tode geweiht sind (für Hunderte von ihnen war das Gericht nur „pro forma") oder der physischen und moralischen Inquisition, taucht die Frage auf: *woher kommen diese Zehntausende von Verbrechern in einem so kleinen Staate?* Denn *vor einigen Monaten machte noch jeder seine eigene Arbeit. Nach dem Einzug der Bolschewisten war kein einziger bewaffneter Aufstand,* alle Waffen, sogar Taschenmesser, länger als 7 cm, sind weggenommen worden. *warum mussten diese Menschen solche Qualen und Strafen durchmachen, wenn doch gewöhnlich nur Mörder und Räuber verurteilt werden?"*

[2] „Tēvija", vom 4. VII. 1941.
[3] „ „ 5. VII. 1941.
[4] „ „ 7. VII. 1941.
[5] Nach einer Kopie des genannten Dokuments, die der Verfasser von der Organisation „Volkshilfe" bekommen hatte.
[6] „Tēvija", vom 23. VII. 1941.
[7] „ „ 24. VII. 1941.
[8] Die Kopien dieser russischen Dokumente hat der Verfasser von der Organisation „Volkshilfe" („Tautas Palīdzība") in Riga bekommen. Die genannte Organisation wurde nach der Vertreibung der Bolschewisten aus Lettland gegründet, um den Hinterbliebenen der Opfer der Bolschewisten zu helfen, die Zahl dieser Opfer festzustellen usw. Siehe auch „Tēvija" vom 8. VII. und 8. IX. 1941. und 13. VI. 1942.

[8a] In einigen später gedruckten Erinnerungen an die Deportation der Letten vom 13./14. Juni 1941 ist folgendes zu lesen (der Erzähler ist ein ehemaliger Mitarbeiter des „Vollzugskomitees" einer Landgemeinde in Lettgallen): „Am Abend des 13. Juni 1941 wurden die Vorsitzenden der Vollzugskomitees ... der Gemeinden unseres Kreises durch kurze Telefongespräche aufgefordert, unverzüglich in der Kreisstadt zu erscheinen. Zu ihrer Beförderung standen besondere Kraftwagen bereit ... (Erst spät in der Nacht kehrte der Vorsitzende des Vollzugskomitees in die Gemeindeverwaltung zurück. Einigen technischen Mitarbeitern des Vollzugskomitees wurde befohlen, die „Tschekisten" zu begleiten, um später das Vermögen der Deportierten zu registrieren. A. C.) ... Die abgeordneten Mitarbeiter wurden in Begleitung von Mongolen in einen Lastkraftwagen geladen ... Der Tschekist nannte eine Bauernwirtschaft. Die erwähnte Familie ... war die strebsamste Familie der ganzen Gemeinde ... Die Wirtschaft war gut besorgt ... Der Kraftwagen hielt bei der Wirtschaft ... Der Tschekist und vier mit Gewehren bewaffnete Mongolen ... kreisten das Wohnhaus von allen Seiten ein ... Daraufhin wurde die Tür geöffnet, und die bewaffneten Männer stürzten in das Haus. Mit zum Schuss bereiten Pistolen durcheilten sie alle Zimmer und rissen die schlafenden Einwohner aus den Betten, gleichgültig, ob es ... alte Leute oder kleine, weinende Kinder waren. Alle mussten aufstehen und sich an die Wand stellen ... Daraufhin wurde mit dem Durchsuchen des Hauses bis zum Dachboden begonnen ...) Die Durchsuchung des Hauses, die mehrere Stunden dauerte, war zu

Ende. Die Hauseinwohner, die nur in Unterwäsche gekleidet, die ganze Zeit an der Wand standen, wussten nichts über ihr weiteres Schicksal. Nach der Durchsuchung verkündete der Tschekist den Einwohnern: „Wir werden Sie als der Sowjetmacht untreue, Menschen nach anderen Sowjetgebieten deportieren. Kleiden Sie sich warm an. Nach einer halben Stunde muss das Gepäck fertig sein. Jeder darf ein Gepäck von einem Pud (= 16 kg. A. C.) mitnehmen." Deportation! Ein unbegreifliches Wort für den Menschen unseres Jahrhunderts!... Auch die Unglücklichen können das nicht verstehen und begreifen. Die Leute wissen nicht, was sie packen sollen. Die Zeit vergeht und die Gepäcke bleiben ebenso klein wie im ersten Augenblick. Die arme Frau (die ausserdem schwanger war. A. C.) weint, es weinen auch die Kinder und die Grossmutter. Der Tschekist lächelt höhnisch... „Das haben Sie nicht erwartet," sagt er. Nur jetzt erst fangen wir an zu begreifen, dass wir nicht mehr im kulturellen Europa leben, sondern im asiatischen Sowjetrussland, wo die Deportationen, Verhaftungen und Ermordungen eine alltägliche Erscheinung sind..." (Ausgabe der „Volkshilfe": Lielā sāpju draudze. — Die grosse Leidensgemeinde, Riga, 1943, S. 72—74).

Es muss bemerkt werden, dass das hinterbliebene Vermögen der Deportierten von den Bolschewisten geraubt und verschleppt wurde.

[9] Nach der von der „Volkshilfe" zusammengestellten Statistik.
[10] Proletarskaja Prawda, vom 17. VI. 1941.
[11] Nach der Statistik der „Volkshilfe".
[12] „Tēvija", vom 27. VI. 1942.
[13] „ „ 20. VI. 1942. (Aufsatz vom Oberst Aperats).
[14] „ „ 20. VI. 1942.
[15] „ „ 1. VII. 1941.
[16] Deutsche Zeitung im Ostland, vom 8. VIII. 1941.

Anhang I. Kriminalkodex der Sowjetunion — Lebensspiegel der Sowjetunion.

[1] Ugolownij kodeks RSFSR (Kriminalkodex der RSFSR), Ausgabe des Juristischen Verlages des Volkskommissariats der Justiz der UdSSR, Moskau 1940 (herausgegeben vom Volkskommissariat der Justiz der Lettländischen SSR, Riga 1940).
[2] Dieselbe Quelle, S. 106 (Bemerkung zum Paragraphen 12).
[3] „ „ S. 135.
[4] „ „ S. 131.
[5] „ „ S. 133.
[6] A. Trainin, W. Menschagin, S. Wischinskaja, Ugolownij kodeks RSFSR. Kommentarij (Kommentare zum Kriminalkodex der RSFSR). Ausgabe des Volkskommissariats der Justiz der UdSSR, Moskau, 1941, S. 69. Ferner werden die beiden Werke folgendermassen bezeichnet: Ugolownij kodeks RSFSR — UK, Komentarij — K.

7 UK, S. 135.
8 K, S. 71.
9 K, S. 72.
10 UK, S. 138.
11 K, S. 75.
12 K, S. 85.
13 K, S. 104.
14 K, S. 112.
15 K, S. 113.
16 K, S. 133.
17 K, S. 144.
18 K, S. 145.
18a K, S. 149.
19 K, S. 161, 163.
20 K, S. 164.
21 K, S. 167.
22 K, S. 250.
23 Padomju Latvija, vom 27. Febr. 1941.
24 Cīņa vom 13. Juni 1941.
25 „ „ 19. Juni 1941.
26 Padomju Latvija, vom 4. Jan. 1941.

Anhang II. Bemerkungen über die bolschewistische Propaganda in Lettland.

1 Bei allen bolschewistischen Feierlichkeiten und an Festtagen war die rote Farbe dominierend, die rote Fahne war überall zu sehen. Alles war rot, sowohl Fahnen, als auch Dekorationen auf den Strassen, an den Häusern und in geschlossenen Räumen (in Fabriken, Schulen, Behörden usw.). Während der Bolschewistenherrschaft konnte man in Riga sogar *rote Särge* für Liebhaber, die nach dem Tode ohne die so geliebte rote Farbe nicht auskommen konnten, zu kaufen bekommen!

1a Darbs vom 16. XII. 1940.
2 Cīņa vom 30. X. 1940.
3 Padomju Latvija, vom 24. IX. 1940.
4 Cīņa vom 20. VI. 1941.
5 „ „ 13. II. 1941.
6 „ „ 6. II. 1941.
7 „ „ 14. II. 1941.
8 Padomju Latvija vom 5. V. 1941.
9 Cīņa vom 21. XII. 1940.
10 Padomju Latvija vom 11. IV. 1941.
11 „ „ „ 16. III. 1941.

11a Dieser ins lettische übersetzte Roman des sowjetrussischen Schriftstellers N. Ostrowski schildert den Bürgerkrieg in der Ukraine in den ersten Jahren der Bolschewistenherrschaft in Russland und das Leben in der Ukraine in späteren Jahren. Die zentrale Figur dieses Romanes ist der junge Sohn eines Arbeiters, der Arbeiter Pawel Kortschagin. Die Helden dieses Werkes können ein wenig durch folgende kleine Auszüge charakterisiert werden

(nach der lettischen Übersetzung, Riga 1941): *„In Armut und Hunger aufgewachsen, sah Pawel alle diejenigen feindselig an, die reich waren."* (S. 66.) — Eine andere Figur des Romanes, der ehemalige Matrose der Kriegsmarine, der spätere Chef der örtlichen „Tscheka", Fjodor Schuchraj, erklärt dem jungen Pawel Kortschagin, dass die einzige wahre revolutionäre Partei die Bolschewistenpartei sei: „Der Matrose kannte genau seinen Weg, und Pawel fing an zu begreifen, dass die verschiedenen Parteien mit schönen Namen: Sozialisten- Revolutionäre, Sozialdemokraten, Partei der polnischen Sozialisten — Feinde der Arbeiter sind und dass es nur eine revolutionäre Partei gibt, die gegen alle Reichen kämpft — die Partei der Bolschewisten." (S. 91) — Schuchraj erzählt Pawel von seiner Kindheit: „Ich lebte in Armut. Manchmal siehst du die satten und stolz gekleideten Herrensöhnchen an, und dich ergreift die Wut. *Häufig schlug ich sie grausam...* Jetzt hat das Feuer die Welt ergriffen. Sklaven haben sich erhoben... Aber bei dieser Arbeit sind mutige Genossen nötig..., Genossen, *die ohne Mitleid schlagen können."* (S. 91—92) — Auf einer Versammlung der Schuljugend, wo die Anwesenden grösstenteils nicht bolschewistisch gesinnt waren, erklärt ein junger Rotarmist (ein Maschinengewehrmann) zornig folgendes: „Ich heisse Iwan Scharkij. Ich kenne weder Vater noch Mutter, ich war Landstreicher... Ich hungerte und hatte kein Obdach. *Ich hatte ein Hundesleben, ich konnte nicht so leben, wie die Müttersöhnchen.* Die Sowjets kamen zur Macht und ich wurde von den Rotarmisten aufgenommen... Sie machten mich zum Bolschewisten und Bolschewist werde ich bis zum Tode bleiben... *Der Satte versteht den Hungernden nicht.* Hier fand sich nur einer, weil er arm und Waise ist. Wir werden auch ohne Euch auskommen,... wir werden nicht bitten. Solche Menschen muss man mit dem Maschinengewehr bearbeiten..." (S. 152—153) — Ein anderer Held des Romanes, der junge Bolschewist und Rotarmist Serjoscha kämpft gegen die Polen und tötet im Nahkampf einen polnischen Legionär. Der Verfasser bemerkt hierzu: „Er (Serjoscha) ist kein böser Junge, ist nicht grausam... *Er... tötet, um den Tag näher zu bringen, wenn keiner in der Welt den andern mehr töten wird."* (S. 168) — Pawel Kortschagin erzählt seiner Mutter seine Träume mit folgenden Worten: „Ich, Mütterchen, habe mir das Wort gegeben, Mädchen nicht zu liebkosen, *bis wir in der ganzen Welt die Burschujen vernichtet haben".* (S. 273)

Derartig waren alle bolschewistischen Romane: es wurde ein grenzenloser, grausamer Hass gegen die Wohlhabenden und ein Blutvergiessen und Mord im Namen der Befreiung der Menschheit gepredigt.

[12] Padomju Latvija, vom 28. X. 1940.
[13] „ „ „ 18. III. 1941.
[14] Cīņa vom 10. VI. 1941.
[14a] „ „ 15. VI. 1941.
[15] „Radio vilnis" („Radiowelle"), Nr. 31, 1941.

[15a] Bis zum 1. Januar 1941 waren nur 126 Lehrer der Schulen Lettlands Mitglieder der Kommunistischen Partei und 113 Lehrer

gehörten dem kommunistischen Jugendverbande an. Wirkliche Kommunisten waren also insgesamt nur 0,26% des Lehrerpersonals. Diese 0,26% waren grösstenteils Russen und Leute, die aus Sowjetrussland stammten. Unter den Lehrern hatten die Kommunisten nur sehr wenige Anhänger (Izglītības Mēnešraksts, Nr. 1, 1942, S. 8).

[16] Aus den Akten einer dem Verfasser persönlich bekannten Grundschule der Stadt Rigas.

[17] Aritmetika pamatskolai (Arithmetik für die Grundschulen), Riga 1940, S. 94.

[18] Īss PSRS vēstures kurss, prof. A. V. Šestakova redakcijā (Kurze Geschichte der UdSSR, redigiert von Prof. A. W. Schestakow), Riga 1941, S. 113, 114, 208, 209, 215, 218, 219, 230, 231.

[19] Padomju Latvija vom 26. X. 1940.

[20] „ „ „ 1. II. 1941.

[21] Cīņa vom 30. X. 1940.

[21a] Artikel von J. Kronlins in der Rigaer Zeitschrift „Izglītības mēnešraksts", Nr. 7 1942, S. 207.

[21b] Lettisch: „Pavļiks Morozovs" (Riga, 1940).

[22] Z. B.: Pad. Latvija vom 29. V. 1941.

[23] Padomju Latvija vom 18. X. 1940.

[24] Sammlung der Beschlüsse des Rates der Volkskommissare der LSSR im Archiv der ehemaligen Staatskontrolle.

[25] Padomju Latvija.

Anhang III. Der zweite bolschewistische Wahlschwindel in Lettland 1940/41.

1	Padomju Latvija,		13./XI 1940.
2	„	„	16./XI 1940.
3	„	„	14./XII 1940.
4	„	„	22./XI 1940.
5	„	„	27./XII 1940.
6	„	„	19./XII 1940.
7	„	„	12./XII 1940.
8	„	„	17./XII 1940.
9	„	„	18./XII 1940.
10	„	„	30./XII 1940.
11	„	„	10./I 1941.
12	„	„	12./I 1941.
13	„	„	17./I 1941.

[14] Tēvija, 17./VII 1941.

Bemerkung über die Bilder.

Die Bilder sind verschiedenen Archiven in Riga entnommen worden. Die ersten vier Bilder sind aus dem Sowjetfilm „Podnjataja zelina", der vom Moskauer Kinostudio „Mosfilm" im Jahre 1939 hergestellt worden ist. Dieser Film ist nach der Vertreibung der Bolschewisten in Riga aufgefunden worden.

Inhalt

Seite

Vorwort 5

I. Einiges aus der Wirtschaftsgeschichte und dem Leben Sowjetrusslands.

1. Vernichtung der wirtschaftlichen Macht der wohlhabenden Bevölkerungsschicht 10
2. Der wirtschaftliche Zusammenbruch und Hunger 1918—1921 14
3. Agrarrevolution 17
4. Die Privatwirtschaft nach 1921 21
5. Kollektivierung der Landwirtschaft 23
   Bolschewistische Klassifizierung der Bauern 23. Der Übergang zur totalen Kollektivierung 27. Wie die „Entkulakisierung" und Zwangskollektivierung durchgeführt wurde 29. Die Zahl der vernichteten Bauern 36. Terrorisierung der Bauern in den Jahren 1932—1933 37. Die Katastrophe der Vichzucht 39. Bauernverknechtung 44. Die Arbeitsproduktivität der Kolchosen 45. Kolchosstatistik 47.
6. Industrieentwicklung und Fünfjahrespläne 50
   Gründe der Industrialisierung Sowjetrusslands 50. Industrialisierung und Volkswohlstand 51. Fünfjahrespläne und ihre Erfolge 52. Zusammenbruch der Landwirtschaftspläne 53. Erfolge des städtischen Wohnungsbaus 54. Ergebnisse des zweiten Fünfjahresplanes 55. Quantitative Erfolge der Industrialisierung Sowjetrusslands 55. Russlands Naturschätze 57. Produktion pro Kopf der Bevölkerung in Sowjetrussland und in den „kapitalistischen" Ländern 58. Die tatsächliche Entwicklung des Volkseinkommens in der UdSSR 61. Ein unbestrittener Erfolg der Sowjetmacht 62. Qualität der Industrieerzeugnisse 63.
7. Die Qualität der Wirtschafts- und Betriebsleiter 66
   Arbeiter und Kommunisten — Betriebsleiter in der Industrie 66. Das Bildungsniveau der Kolchosverwaltung 67. Parteisäuberung 68. Enorme Aufgaben der Wirtschaftsleitung in Sowjetrussland 69.
8. Einige Eigentümlichkeiten der Sowjetwirtschaft 70
   Der übermässig grosse Verwaltungsapparat der Kolchosen 70. Verwaltungskosten in der Industrie 72. Schwierigkeiten der Rechenschaftsablegung; Papierfluten 73. Kritik der letzten Parteikonferenz 75.
9. Lebensniveau der Bevölkerung 76
   Die Behauptungen der Bolschewisten 76. Veränderungen des Preisniveaus 78. Tatsächlicher Nahrungsmittelverbrauch 78. Tatsächlicher Kleiderverbrauch 80. Warenhunger 81. Wohnungsnot 82. Nichtbeachtung der allerkleinsten menschlichen Bedürfnisse 84. Lebensniveau der Bauern 86.

Seite

10. Das Rätsel der Bevölkerungszahl der Sowjetunion . . . 89
11. Schlussbetrachtungen 91
12. Eine prinzipielle Bemerkung 94

II. Die erste Bolschewistenherrschaft in Lettland im Jahre 1919.

1. Agrarpolitik 96
   Nationalisierung des Bodens 96. In Pächter verwandelte Bauern 97. Nationalisierung und Enteignung des landwirtschaftlichen Inventars 98. Aufrechterhaltung von Grossbetrieben 99. Terrorisierung der Bauern 100. Die tatsächliche Stimmung der Landbevölkerung 101.
2. Hunger 102
3. Industrie, Handel und Hausbesitz 104
4. Bankwesen, Einlagen, Geld und Gold 105
5. Die Ausplünderung der wohlhabenden Schichten 107
   Die einmalige ausserordentliche Steuer 107. Kleider- und Schuhsteuer 108.
6. Die Verdächtigung der Intelligenz 111
7. Terror 112
   Revolutionstribunale 112. Gefängnisse 113. Zwangsarbeiten 114.
8. Schlussbemerkungen 116

III. Wirtschaftliche Entwicklung des Freistaates Lettland.

1. Landwirtschaft 120
2. Industrialisierung Lettlands 125
3. Bautätigkeit 128
4. Aussenhandel 130
5. Verkehrswesen 132
6. Lebensniveau der Bevölkerung 132
7. Kulturfortschritte 136
8. Das Wirtschaftsleben seit September 1939 137

IV. Ein Vergleich zwischen der lettischen und sowjetrussischen Wirtschaft.

1. Landwirtschaft 141
   Landwirtschaftlich benutzte Bodenfläche 141. Erntehöhe pro Hektar 141. Ernten pro Kopf der Bevölkerung 141. Viehstand 142. Fleisch-, Milch- und Wollerträge 143. Wert der gesamten landwirtschaftlichen Produktion 144.
2. Waldwirtschaft 145
3. Bautätigkeit 147
4. Lebensniveau der Bevölkerung 148
   Nahrungsmittelverbrauch 148. Kleiderverbrauch 151. Verbrauch einiger anderen Waren 153. Wohnungsverhältnisse 154.
5. Kultur 155

Seite

6. Der Reallohn des Arbeiters 156
Löhne 156. Warenpreise 157. Das Lebensniveau 158.
7. Gesamtbild 160

V. Der Anfang der Bolschewisierung Lettlands im Sommer 1940.

1. Die Jahre der autoritären Regierung 163
2. Pakt der gegenseitigen Hilfe zwischen Lettland und der UdSSR 167
3. Die Okkupation Lettlands durch die Sowjettruppen im Juni 1940. 172
Die Überwältigung Litauens 173. Dasselbe Schicksal trifft Lettland 176.
4. Die nationalen und sozialen Gegensätze in Lettland . . . 179
Verschiedenartige Gefühle und Ansichten der Bevölkerung über die Sowjetunion 179. Die Bedeutung der nichtlettischen Bevölkerung 183. Nationale Zusammensetzung der Bevölkerung in Riga 185. Eigentümlichkeiten der Provinz Lettgallen 185.
5. Die ersten Massnahmen der neuen Regierung 188
Zusammensetzung der neuen Regierung 188. Die Deklaration der neuen Regierung 192. Die wahre Macht in den baltischen Ländern im Sommer 1940 194.
2. Die neuen Gesetze in Lettland 197
Amnestie 197. Entwaffnung der Bevölkerung 199. Forderungen der kommunistischen Partei an die Regierung 201. Zersetzung der Armee 205. Erhöhung der Löhne 209. Bekämpfung der „Schädlinge" 209. Die Arbeiterkomitees 212. Weitere neue Massnahmen 213.
7. Die Juni- und Juliereignisse in der damaligen Presse . . 213
Ausschreitungen gegen die Intelligenz und die wohlhabenden Bevölkerungsschichten 213. Reinlichkeit, Ordnung und Disziplin sinken 216. Kritik über das alte Regime 218. Zerspaltung der Bevölkerung in feindliche Gruppen 219. Verherrlichung der Sowjetunion 221. „Befreiung" aller Bevölkerungsgruppen 226. „Die chinesische Mauer ist gefallen!" 229.

VI. Wie der Freistaat Lettland in eine Sowjetrepublik verwandelt wurde.

1. Das neue Wahlgesetz 236
Bestimmungen des Gesetzes 236. Bolschewistenfeinde und Bolschewistenfreunde 237. Wyschinski's bedeutungsvolle Rede 239.
2. Das Wahlprogramm des „Blocks des werktätigen Volkes". 241
3. Die Kandidaten des „Blocks" 244
Zusammensetzung der Kandidaten 244. Biographien der Kandidaten 246.

Seite

4. Beseitigung der Wahlgegner 249
5. Kommunistische Versprechungen 254
Beruhigung der Bauern und der Eigentumsbesitzer 254. Beruhigung der Fabrikanten 256. Andere Versprechungen der Kommunisten 256.
6. Drohungen 257
7. Ergebnis der Wahlen und die Ursachen 259
8. „Erpressung unter Todesdrohung ist kein Scherz!" . . . 262
9. Manifestation am 18. Juli 1940 in Riga 263
10. Proklamierung der Sowjetrepublik Lettland 266
11. Deklaration über den Anschluss Lettlands an die Sowjetunion 270
12. Nationalisierung des Bodens und der grossen Unternehmungen 272
13. Versprechungen und Taten 272
14. Der letzte Akt des Schauspiels. — Der „Segen" des Asiaten 273
15. Die „Stalinsche Verfassung" in Lettland 276
16. Die neue Sowjetregierung in Lettland 278

VII. Zwei bolschewistische Lügendokumente.

1. Eine Rede im Kreml 285
Ist der Freistaat Lettland wirklich ein Hungerland gewesen? 286. Das „Aussterben" der Bevölkerung in Lettland 288. Fälschung der Zahl der „armen" Bauern in Lettland 293. Die wirkliche Stimmung der Bevölkerung in Lettland im Sommer 1940 296. Entstehungsort der „Deklarationen" der baltischen Staaten 298.
2. Lügen aus der Broschüre „Sowjetskaja Latwija" 303
Wer stürzte die alte Regierung Lettlands? 304. „Kulakenagrarreform" 305. Versteigerungen von landwirtschaftlichen Betrieben 305. Brotverbrauch 306. Schulden der Landwirte 307. Ausländische Kapitalinvestierungen in Lettland 308. Arbeiterlohn 310. Ansichten der Bolschewisten über die Sozialdemokraten 311. 4000 treue Söhne des lettländischen Volkes — im Gefängnis 311.

VIII. Löhne, Preise und das Lebensniveau der Arbeiter und Angestellten.

1. Erhöhung der Löhne ab 21. Juni 1940 313
2. Gehaltserhöhung für die niedrigeren Staatsbeamten ab 1. Juli 1940 315
3. Senkung höherer Gehälter 316
4. Erhöhung der Löhne und Gehälter ab 16. September 1940 317
5. Die erste allgemeine Erhöhung der Warenpreise (ab 1. Oktober 1940) 323
6. Erhöhung der Preise ab 25. November 1940 326
7. „Erhöhung" der Arbeiterlöhne ab 10. November 1940 . . 329
8. Veränderungen des Lebensniveaus der Arbeiter 330
9. Gehälter der Angestellten 331

Seite

10. Die Löhne der Landarbeiter 335
11. Bolschewistische Motivierung der Preiserhöhung 338
12. Das neue Lebensniveau in Lettland vom sowjetrussischen Standpunkte betrachtet 343
13. Klagen über niedrige Löhne 344
14. Die „Preisschädlinge“ 347
15. Das neue Lebensniveau des Lohnpersonals 350
16. Schwierigkeiten mit Nahrungsmitteln in Riga Anfang 1941 354
17. Was der städtischen Bevölkerung noch bevorstand . . . 356
18. Trauriges Ende der Arbeitersparnisse 357

IX. Landwirtschaft.

1. Sorgen der Bauern und wie sie beruhigt wurden 358
2. „Die Fehler des Jahres 1919 werden sich nicht wiederholen“ 359
3. „Arbeitsbauern“ 360
4. Die bolschewistische „Agrarreform“ 361
Nationalisierung und Enteignung des Bodens 361. Ergebnisse der Neuverteilung des Bodens 363. Kosten der bolschewistischen Agrarreform 364.
5. Andere Bodenenteignungen auf dem Lande 367
Wie man sowjetrussische Flugplätze ausbaute 368.
6. Wieviel „Kulaken“ gab es in Lettland? 370
7. Landarbeit mit „Hilfe“ des Staatsanwalts 371
Aussaat des Winterkorns im Herbst 1940 372. Überwachung der Frühjahrsaussaat 1941 374. Strafen 378. Charakteristik der bolschewistischen Leiter der Landwirtschaft 379.
8. Die ökonomische Lage der Bauern 381
Produzentenpreise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse 381. Preise für obligatorische Lieferungen an den Staat 382. Preise der vom Landwirt gekauften Industrieerzeugnisse 382. Kaufkraft der landwirtschaftlichen Produkte 384.
9. Die obligatorischen Produktenablieferungen an den Staat 386
Getreide 386. Fleisch 387. Milch und Butter 387. Kartoffeln 388. Verluste, die die Landwirte von den obligatorischen Ablieferungen hatten 389. Motivierung der obligatorischen Ablieferungen 389. Misstände bei den obligatorischen Ablieferungen 391.
10. Die Landwirtschaftssteuer 391
Steuerlast der Landwirte früher und in der Bolschewistenzeit 392. „Begeisterung“ der Bauern über die neue Steuer 393. Intelligenz der bolschewistischen Amtspersonen auf dem Lande 393.
11. Verminderung der Landarbeiteranzahl 395
Hohe Sozialversicherungsbeiträge der Landwirte 395.

Seite

12. Unheildrohende Vorboten der Kollektivierung der Landwirtschaft 396

Genossenschaften der gemeinsamen Bodenbearbeitung 396. Die ersten Kolchosen in Lettland 400. Beweggründe der „freiwilligen" Kollektivierung 402. Anfang der „Entkulakisierung" 404.

13. Der Bauer war — ein Hund 405

X. Industrie.

1. Nationalisierung der Industriebetriebe 407
2. Das Fallen der Arbeitsdisziplin und der Warenqualität 412
3. Die neue Organisation und Leitung der Industrie . . . 415
4. Auslese der bolschewistischen „Kader" 418
5. Grundlagen der Industrieentwicklung vor dem Weltkriege 1914—1918 425
6. Bolschewistische Industrialisierungspläne 427
7. Kampf gegen die Ausschussproduktion 431
8. Pläne für Kapitalanlagen 434
9. Das Schicksal der Kleinindustrie und des Handwerks . . 436
10. Vorbereitung von Arbeitskraftreserven 438
11. Mängel der bolschewistischen Industrie 440

Der „Papiersumpf" 440. Übermässig grosse Verwaltungsapparate 442. Versorgung der Industrie mit Rohstoffen und Materialien 444.

XI. Handel und Transport.

A. Handel.

1. „Einkauffieber" im Sommer 1940 446
2. Nationalisierung der grossen Handelsunternehmungen 448
3. Der „unkulturelle" Handel 451
4 Bekämpfung der „Spekulation" 452
5. Nationalisierung der kleinen Handelsunternehmungen . . 454
6. Weitere Nationalisierungen des Handels 456
7. Organisation des bolschewistischen Handels 457
8. Mängel des Sowjethandels 459

Stockung des Sowjethandels 460. Warenmangel und Verwirrung im Handel 461. Misstände bei Zustellung von Zeitungen 463. Handelsgeschäfte in ungenügender Anzahl 464. Konferenz der Handelsleiter im Mai 1941 465. Mängel im kooperativen Handel 467.

B. Transport.

1. Veränderungen auf den Eisenbahnen 469
2. Folgen der „Planwirtschaft" 472

Seite

XII. Planwirtschaft.

1. Industrieplanung 474
2. Der Volkswirtschaftsplan Lettlands und seine Erfüllung 476
   Absichtliche Verminderung der Produktionspläne 478. Pläneerfüllung auf Kosten der Qualität der Ware 478. Ungleichmässige Erfüllung der Pläne 479.
3. Übermässige und unsinnige Arbeit in den Behörden . . . 481
4. Unfug der Planwirtschaft 483
   In der Industrie 483. Im Transport 484. Im Handel 486. Schlechte Versorgung mit Erzeugnissen der Sowjetunion 487.
5. Kuriositäten der Planwirtschaft 488

XIII. Der Hausbesitz in der Stadt.

1. Vorspiel der Nationalisierung der städtischen Häuser . . 492
2. Die Nationalisierung 493
3. „Fehler" der Nationalisierung 498
4. Lage der nichtnationalisierten Hausbesitzer 499
5. Zukunftsaussichten der kleinen Hausbesitzer 500
6. Beschränkungen der Wohnungsnutzung 504
7. Verwahrlosung der Wohnungen 507
8. Chaos der Wohnungswirtschaft 509

XIV. Geld und Kredit.

1. Einlagen 515
   Beschränkungen der Auszahlung der Einlagen 515. Entwertung der Einlagen 516. Annullierung der Einlagen 516.
2. Das Ende des Lats 518
   Verschwinden des Silbergeldes 518. Betrügerische Versicherungen der bolschewistischen Regierung 519. Panischer Schrecken der Bevölkerung 520. Annullierung des Lats 521.
3. Weitere Veränderungen und verschiedene andere Enteignungen 522
4. Die neuen bolschewistischen Staatssparkassen 524
   Zwang zu den neuen Spareinlagen 525.
5. Bolschewistische Staatsanleihen 526

XV. Staatsfinanzen.

1. „Eigentümlichkeiten" des „sozialistischen" Staatsbudgets. 531
2. Zusammensetzung der Staatseinnahmen im Freistaate Lettland und in Sowjet-Lettland 532
3. Die Umsatzsteuer 533
4. Das bolschewistische „Finanzwunder" 534
5. „Befreiung" der Bevölkerung von Steuern 535
6. Wieviel Moskau für sich Geld aus Lettland schöpfte . . . 537
7. Um welchen Preis Lettland von Militärausgaben „befreit" wurde 538

Seite

8. Unterstützung der Bildung, Kunst und Wissenschaft im Freistaate Lettland 539
9. Steuerlast vor und während der Bolschewistenherrschaft . 540
Einkommensteuer für das Lohnpersonal 540. Einkommensteuer für Unternehmer 542. Gewerbesteuer für private Handels- und Industrieunternehmen 544. Besteuerung der städtischen Grund- und Hausbesitzer 547.
10. Die formellen und tatsächlichen Steuern 548

XVI. Sozialversicherung und Gesundheitsfürsorge.

1. Vor der Bolschewistenherrschaft 550
Krankenkassen 550. Krankensicherstellung auf dem Lande 552. Versicherung gegen Unfälle und Berufskrankheiten 554. Staatspensionen 556. Übrige Arten der Sozialversicherung 557.
2. Die neue bolschewistische Ordnung der Sozialversicherung 558
Alterspensionen 561. Wert der Alterspension 562. Privilegierte Pensionäre 563. Pensionen der Arbeitsinvaliden 564.
4. Die Alters- und Invaliditätspensionen in Sowjet-Lettland 565
Das Schicksal der alten Pensionäre 565. Grösse der bolschewistischen Pensionen 567. Invalidenfürsorge 568. Schlechte Arbeit der Pensionsbehörden 569. Die Intelligenz der Leiter der Pensionsbehörden 571. Ausgaben für Pensionen und zur Versorgung von Invaliden im Jahre 1939 und 1941 571.
5. Gesundheitsfürsorge in Sowjet-Lettland 573
„Freie" ärztliche Hilfe 573. Gewinn und Verlust der Patienten infolge der neuen Ordnung 573. Gehälter der Ärzte und des übrigen medizinischen Personals 574. Die Arbeit der Polikliniken in Riga 576. Gesundheitslage in Lettland 578.
6. Geldunterstützungen der Sozialversicherung 580
Krankheitsunterstützungen 580. Entbindungsunterstützung 581. Beerdigungsunterstützung 583.
7. Schlussbemerkungen 583
8. Abzüge vom Arbeiter- und Angestelltenlohn für Sozialversicherung und Steuern 585

XVII. Das Ende der Bolschewistenherrschaft in Lettland.

1. Der rote Terror 587
2. Die Leistungen der „Tscheka" 590
Die Bluttaten im Rigaer Zentralgefängnis 590. Das Mörderhaus von Weissensee 591.
3. Die „Bartholomäusnacht" des lettischen Volkes 593
4. Statistik des bolschewistischen Terrors in Lettland . . . 599
Gefängnisinsassen 600. Die Verschwundenen nach dem 14. Juni 1941 600. Die Ermordeten 601. Gesamtzahl der Opfer 603.

Seite

5. 250 gegen 34.000 606
6. Die Auflösung der lettländischen Armee 608
7. Lettland ist frei! 612

XVIII. Schlusswort. 618

Anhang I. Kriminalkodex der Sowjetunion — ein Lebensspiegel der Sowjetunion.

1. Staatsverbrechen 623
   Konterrevolutionäre Verbrechen 623. Die übrigen Staatsverbrechen 627.
2. Weitere Verbrechen gegen die Verwaltungsordnung . . . 628
3. Amtsverbrechen 631
4. Wirtschaftliche Verbrechen 632
5. Beschränkung der Freiheit des Lohnpersonals 634
6. Das Leben bedrohende Verbrechen und Verbrechen das Vermögen betreffend 635
7. Das sowjetrussische Strafgesetz in Lettland 637
   Verletzung der Disziplin auf den Eisenbahnen 637. Nichtbeachtung von Feuerschutzvorschriften 638. Verbreitung unbegründeter Gerüchte 638. Zerstörung des sozialistischen Vermögens 638.

Anhang II. Einige Bemerkungen über die bolschewistische Propaganda in Lettland.

1. Presse 644
2. Literatur 650
3. Rundfunk 654
4. Schulen 655
5. Moraliche Erziehung der Kinder und der Jugend 663
6. Religion 667

Anhang III. Der zweite bolschewistische Wahlschwindel in Lettland 1940/41.

1. Bestimmungen des Wahlgesetzes 670
2. Die „Bedeutung" der Wahlen für die Bevölkerung Lettlands 671
3. „Resolutionen" der Arbeiterversammlungen 672
4. Der Umfang der bolschewistischen Wahlkampagne . . . 672
5. Die Aufgaben der Wahlagitation 673
6. Hausagitation 674
7. Unterschied zwischen den Wahlen im Sowjetstaat und in den „kapitalistischen" Ländern 675
8. Die Aufstellung der Kandidaten 676
   In Riga 676. Auf dem Lande 678. Zusammensetzung der Kandidaten 679.
9. Beschlüsse der Wahlkommissionen 679
10. „Überprüfung" der Wählerverzeichnisse 680
11. Stellenangebote 681
12. Der wahre Zweck der „Wahlen" 682
13. Ergebnisse der „Wahlen" und wie sie erreicht wurden . . 685

Quellen und Bemerkungen 689

IX.44 43.
5-2

LATVIJAS NACIONALA BIBLIOTEKA
0305031466

750,-

W 2
1962 1